

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

für

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 1.

Braunschweig, Januar 1900.

X. Jahrgang.

BIBLIOTHEK
HERZOGL.
TECHN. HOCHSCHULE
CAROLO-WILHELMINA
BRAUNSCHWEIG

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Maschstrasse 48, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

97.52.3.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Einlegung eines neuen Schnellzugspaares zwischen Berlin - Köln.

Die Handelskammer hat an den Königlich Preussischen Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten die nachstehende Eingabe gerichtet:

»Wie verlautet, wird von Seiten der Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung die Einlegung eines neuen Schnellzugspaares zwischen Köln und Berlin beabsichtigt. Wenn unsere Informationen in dieser Beziehung zutreffend sind, möchten wir nicht unterlassen, Ew. Excellenz die möglichste Berücksichtigung der Braunschweigischen Verkehrsinteressen bei der Regelung dieser Frage ehrerbietigst nahe zu legen. Wie wir in der Ew. Excellenz überreichten Denkschrift 'Die Eisenbahnverhältnisse im Herzogthum Braunschweig' des Näheren dargelegt haben, und wie unsere Vertreter Ew. Excellenz auch in persönlichem Vortrage ausführen durften, ist es für die Verkehrsinteressen unseres Landes und insbesondere auch der Stadt Braunschweig unumgänglich notwendig, wieder mehr als bisher an den grossen Durchgangsverkehr angeschlossen zu werden. Ew. Excellenz haben diese unsere Ansicht für nicht unbegründet gehalten. Wenn wir daher auf eine wohlwollende Beurtheilung der in der vorliegenden Frage für die Braunschweigischen Interessen in Betracht kommenden Gesichtspunkte wohl rechnen dürfen, möchten wir nur kurz auf die grosse Bedeutung hinweisen, welche die Führung des neuen Schnellzugspaares über die Stadt Braunschweig für unsere Landeshauptstadt haben würde. Von den drei Linien, die vom Rhein nach Berlin führen, erfreuten sich gerade diejenigen beiden, die in einer grösseren Entfernung von unserer Landeshauptstadt vorüberführen, bisher einer besonderen Begünstigung: die Strecke Hannover-Stendal-Berlin ist mit 6 Schnellzugspaares, die Strecke Holzminden-Kreiensen-Magdeburg-Berlin mit 2 Schnellzugspaares aus-

gestattet. Dagegen musste die über Hildesheim-Braunschweig führende Linie, die nach der Bedeutung der von ihr berührten Städte wohl zweifellos von gleicher Wichtigkeit ist, seither mit einem einzigen Schnellzugspaaire auskommen.

Wir glauben die Bedeutung der Frage nicht zu überschätzen, wenn wir der Erwartung Ausdruck geben, dass durch die Neueinlegung eines zweiten Schnellzugspaares auf der Linie Hildesheim-Braunschweig-Magdeburg-Berlin unsere stark zurückgebliebene Stellung im grossen Durchgangsverkehre eine merkliche Verbesserung erfahren wird, jedenfalls würde die seit Jahren von uns beklagte mangelhafte Verbindung mit der Reichshauptstadt in der natürlichsten Weise verbessert werden, da auf diese Weise der uns jetzt noch fehlende direkte Frühzug nach Berlin, und der direkte Abendzug von Berlin eingeschaltet werden würde.

Wir glauben, dass diese Erwägungen auch von Ew. Excellenz voll gewürdigt werden, und wir würden Ew. Excellenz dankbar sein, wenn bei der Entscheidung über die vorliegende Frage auch die in Betracht kommenden Braunschweigischen Interessen die auch aus anderen Gründen wünschenswerthe Beachtung finden würden.

Auf diese Eingabe ist der Handelskammer unter dem 18. d. M. vom Minister der öffentlichen Arbeiten erwidert worden, dass es von vornherein in der Absicht gelegen habe, dass die für den nächsten Sommer vorgesehenen neuen Schnellzüge zwischen Köln und Berlin bis auf Weiteres über Hannover-Braunschweig-Magdeburg gefahren werden sollen, obwohl durch die Kopfstation in Braunschweig betriebliche Schwierigkeiten verursacht würden, die auf der Strecke über Stendal nicht vorlägen. Dieses Zugeständniss ist als ein erster Schritt nach der Richtung einer durchgreifenden Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unseres Landes mit Freuden zu begrüssen, zumal da Braunschweig bisher nur zwei durchgehende direkte Schnellzugsverbindungen von und nach dem Osten besitzt. Gleichzeitig wird dem schon wiederholt geäusserten Wunsche nach einer besseren Abendverbindung von Berlin nach Braunschweig voraussichtlich Rechnung getragen werden. Die in Aussicht gestellte Bewilligung wird in unserem Lande aber auch besonders deshalb mit ungetheilter Freude begrüsst werden, weil wir darin einen thatsächlichen Beweis erblicken, dass die seitens des Preussischen Eisenbahnministers der Handelskammer gemachten Versprechungen auch thatsächlich durchgeführt werden, und man wird die Hoffnung hegen dürfen, dass der Preussische Minister der öffentlichen Arbeiten sein Wohlwollen und sein Verständniss für die unserem Lande so nothwendigen Verkehrsverbesserungen auch bezüglich der anderen noch offenen wichtigen Fragen alsbald bethätigen wird.

Ermässigte Eisenbahnfrachten für Ausfuhrgyps.

Die hiesige Handelskammer hat an den Königlich Preussischen Staatsminister und Minister der öffentlichen Arbeiten die folgende Eingabe gerichtet:

»Ew. Excellenz beehren wir uns, im Interesse der Gypsindustrie, welche in unserem Bezirke hervorragend vertreten ist, das ganz ergebene Ersuchen zu unterbreiten, hochgeneigtest dahin wirken zu wollen, dass für Ausfuhrgyps ermässigte Eisenbahnfrachten in Anwendung gebracht werden.

Zur Begründung dieses Gesuches gestatten wir uns Folgendes zu bemerken:

Die deutsche Gypsproduktion hat im Laufe der letzten Jahre einen derartigen Aufschwung genommen, dass das Angebot die Nachfrage bei Weitem überwiegt und die Gypsproduzenten nicht selten zu verlustbringenden Verkäufen genöthigt sind. Diese Uebelstände drängen unter allen Umständen auf eine Ausdehnung des Marktes, d. h. auf die Ausfuhr nach anderen Ländern. Die Möglichkeit zum Export ist an und für sich vorhanden, zumal der Bedarf der Länder, welche auf die Einfuhr von Gyps angewiesen sind, neuerdings grösseren Umfang anzunehmen beginnt.

Einer Erweiterung des Absatzgebietes über die Grenzen des Reiches hinaus stehen aber zur Zeit die hohen Eisenbahnfrachten entgegen, die trotz der billigsten Herstellungskosten das Produkt so sehr vertheuern, dass es der englischen, französischen und belgischen Konkurrenz, welcher die billigen Wasserfrachten zu Gebote stehen, ein Leichtes ist, den deutschen Wettbewerb überall, wo er sich zeigt, aus dem Felde zu schlagen.

Diese Schwierigkeiten, welche der weiteren Entwicklung der deutschen Gypsindustrie im Wege stehen, können nur dadurch behoben werden, dass für den Gyps, der zur Ausfuhr nach den Seehäfen verfrachtet wird, ermässigte Eisenbahntarife in Anwendung gebracht werden.

Wir geben uns daher der Hoffnung hin, dass Ew. Excellenz in Würdigung der dargelegten Momente unsere Bitte geneigtest in Berücksichtigung ziehen werden.«

Beförderung der zur Herstellung der Cementfässer erforderlichen Dauben und Böden in gedeckt gebauten Wagen.

Von Interessenten Schlesiens ist es bisher unangenehm empfunden worden, dass die zur Herstellung der Cementfässer nothwendigen Dauben und Böden unter diejenigen Waaren gezählt werden, welche in offenen Wagen befördert werden können. Ein Versand derartiger Hölzer in offenen Wagen soll unthunlich sein, da dieselben der Benässung nicht ausgesetzt werden dürften. Würde derartiges nass gewordene Holz zur Herstellung von Cementfässern verwendet, so würde die Feuchtigkeit auf den

Cement einwirken und ihn unbrauchbar machen. Zur Vermeidung dieses Uebelstandes seien daher die Holzhändler und Fassfabriken gezwungen, den tarifmässigen Frachtzuschlag von 10 $\frac{0}{10}$ zu zahlen, um die Hölzer zum Schutze gegen Feuchtigkeit in gedeckt gebauten Wagen befördern zu können.

Die hiesige Handelskammer, welche von der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg um ihre gutachtliche Aeussderung ersucht wurde, hat erwidert, dass auch in ihrem Bezirke ähnliche Verhältnisse, wie die von Interessenten Schlesiens vorgebrachten, beständen und dass sie den von den betreffenden Interessenten vorgebrachten Gründen voll und ganz zustimme.

Neuerungen im Fernsprechverkehr.

Die Kaiserliche Ober-Postdirektion erlässt folgende Bekanntmachung:

Auf Grund des § 11 der Fernsprechgebühren-Ordnung vom 20. Dezember 1899 (R.-Ges.-Bl. No. 51) wird Folgendes bekannt gemacht:

Für jeden Anschluss an das Fernsprechnet in Braunschweig, welcher nicht weiter als 5 km von der Vermittlungsstelle entfernt ist, beträgt vom 1. April 1900 ab

A. die Bauschgebühr 160 Mk.,

B. wenn an deren Stelle die Grund- und Gesprächsgebühr gezahlt werden,

1. die Grundgebühr 75 Mk.,

2. die Gesprächsgebühr 5 Pfg., mindestens 20 Mk., jährlich.

Die den Reichs- und Staatsbehörden, den Provinzial- und Kommunalverwaltungen sowie den Eisenbahngesellschaften gewährte Ermässigung von 25 $\frac{0}{10}$ der Jahresgebühr und die Befreiung jener Behörden etc. von den Gebühren für die Benutzung der Verbindungsleitungen im Vororts- und Nachbarortsverkehr, fällt vom 1. April 1900 ab fort.

Die Theilnehmer, welche an Stelle der Bauschgebühr die Grundgebühr und die Gesprächsgebühr zahlen wollen, müssen dies dem Kaiserlichen Telegraphenamte in Braunschweig bis zum 15. Februar schriftlich mittheilen. Sie erhalten alsdann zum 1. April andere Anschlussnummern.

Theilnehmer, deren Jahresgebühren zur Zeit niedriger sind, als die künftig geltende Bauschgebühr, können ihre Anschlüsse zum 1. April kündigen. Die Kündigung ist bis zum 15. Februar schriftlich bei dem Kaiserlichen Telegraphenamte in Braunschweig anzubringen.

Postwerthzeichen.

Am 1. Januar 1900 sind im Reichspostgebiet neue Postwerthzeichen eingeführt worden, die in Ansehung der niederen Werthe, bis 80 Pfg. einschliesslich, an Stelle des bisherigen Markenbildes eine gekrönte, Schwert und Oelzweig haltende Germania und die Ziffer des Pfennig-Nennwerthes aufweisen. Die Zahl der Markenwerthe wird gleichzeitig vermehrt; sie wird nach Fertigstellung sämmtlicher Werthzeichen Freimarken zu 3, 5, 10, 20, 25, 30, 40, 50 und 80 Pfg., zu 1, 2, 3 und 5 Mk. umfassen; daneben werden neue gestempelte Formulare zu Postkarten, Kartenbriefen und Postanweisungen, sowie in Berlin neue Werthzeichen für Rohrpostsendungen ausgegeben. Zunächst werden zum Verkauf gestellt: Freimarken zu 10 bis 80 Pfg., Postkarten zu 5 Pfg., Weltpostkarten zu 10 Pfg. und 10 + 10 Pfg., Formulare zu Kartenbriefen und Postanweisungen, sowie für die Rohrpost. Mit der Ausgabe dieser neuen Postwerthzeichen bezw. einer Gattung derselben dürfen die Verkehrsanstalten erst dann beginnen, wenn die vorhandenen Bestände an alten — bis zu späterer Bestimmung Gültigkeit behaltenden — Werthzeichen derselben Gattung verkauft sein werden. Der Zeitpunkt für die Ausgabe der übrigen Werthzeichen wird später bekannt gegeben werden.

Eintragungen in die Handels-, Genossenschafts- etc. Register im Jahre 1900.

In dem Geschäftsjahre 1900 werden bei dem Herzoglichen Amtsgerichte Walkenried die auf die Führung der Handelszeichen- und Musterregister bezüglichen Veröffentlichungen durch die Braunschweigischen Anzeigen und den Deutschen Reichsanzeiger, die der Genossenschaftsregister im Deutschen Reichsanzeiger und in der Nordhäuser Zeitung erfolgen. —

Die öffentlichen Bekanntmachungen der Eintragungen in das Handelsregister einschliesslich des Zeichen- und Musterregisters und der Eintragungen in das hiesige Genossenschaftsregister bezüglich des Vorschussvereins Gandersheim sollen, wie das Herzogliche Amtsgericht Gandersheim der hiesigen Handelskammer mitgetheilt hat, im Gandersheimer Kreisblatt, in den Braunschweigischen Anzeigen und im Deutschen Reichsanzeiger, die Bekanntmachungen der übrigen Eintragungen in das Genossenschaftsregister sollen im Gandersheimer Kreisblatte und im Deutschen Reichsanzeiger erfolgen.

Reichsbankstelle.

Am 15. Januar 1900 wurde in Linden vor Hannover eine von der Reichsbankhauptstelle in Hannover abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet. Nach dem 15. Januar verfallende Wechsel auf Linden sind vom genannten Zeitpunkt an die Reichsbanknebenstelle zu giriren.

Einhaltung von Lieferungsabschlüssen bei eventuellen Missernten.

Auf eine Anfrage der Handelskammer Barmen, betreffend die Einhaltung der Lieferungsabschlüsse bei eventuellen Missernten, hat die hiesige Handelskammer durch Umfrage das Folgende festgestellt:

Die hiesigen Konservenfabriken machen fast ausnahmslos ihre Lieferungsabschlüsse unter folgenden oder ähnlich lautenden Vorbehalten:

»Im Falle aussergewöhnlich ungünstiger Ernten in einem oder anderem Artikel übernehme ich keinerlei Verbindlichkeit für volle Lieferung und behalte mir vor, an den in Händen habenden Aufträgen prozentuale Kürzungen vorzunehmen«,

oder:

»Eine geringere Ernte, Betriebsstörung oder durch höhere Gewalt herbeigeführte Umstände und Streiks, entbinden mich von der Lieferung bzw. geben mir das Recht, die Aufträge entsprechend zu reduzieren.«

Durch Aufnahme einer solchen Bestimmung halten sich die hiesigen Fabrikanten für berechtigt, nicht nur eine prozentuale Kürzung aller Aufträge vorzunehmen, sondern auch bei einer totalen Missernte von den Aufträgen ganz zurückzutreten.

Das Angebot der theueren gebrühten Bohnen seitens der Fabrik für den ausfallenden Theil ungebrühter Salzschnittbohnen zum gleichen Preise, muss als sehr coulant bezeichnet werden.

Die Frage, ob der Käufer verpflichtet ist, diesen Ersatz anzunehmen, wird von den Fabrikanten offen gelassen, zumal in manchen Gegenden gebrühte Bohnen nicht eingeführt und daher nicht verkäuflich sind.

Verbandsversammlungen mitteldeutscher Handelskammern.

Am Sonnabend, den 3. Februar d. J., findet in Halle a. S. die Verbandsversammlung mitteldeutscher Handelskammern statt.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände:

1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse vom 5. Juni 1899.
2. Verfrachtungsbedingungen der Flussschiffahrtshedereien.
3. Lage des Kleinhandels und Mittel zur Hebung desselben.
4. Die Prüfung des Gründungsherganges bei Aktiengesellschaften betreffend, und zwar:
 - a) welche Grundsätze sind bezüglich der Ernennung von Revisoren bei der Prüfung des Gründungsherganges zu befolgen;
 - b) ob und welche Gebühren für die Revisionsarbeit zu gewähren sind.
5. Die Detarifirung von Zucker aller Art betreffend.

6. Vorschriften für die Probenahme von Getreide- und Mühlenfabrikaten durch vereidigte Probezieher.
7. Ueber Sachverständigen-Kommissionen bei Handelskammern.
(Referent: Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu Braunschweig.)
8. Vorschriften für Handelschemiker.
9. Antrag des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands, die Errichtung einer Materialprüfungsanstalt und die Regelung des Verkehrs mit Dünge- und Kraftfuttermitteln betreffend.
10. Die Drucklegung der Protokolle und die Bestreitung der Kosten des Verbandes betreffend.

Am Mittwoch, den 31. Januar d. J., findet in Magdeburg eine Sitzung des Verbandes mitteleuropäischer Handelskammern statt. Zur Verhandlung kommen folgende Gegenstände:

1. Der preussische Entwurf einer »Besteuerung der grossen Waarenhäuser« (falls der Entwurf bis dahin beschafft werden kann).
2. Die Lage des Kleinhandels, insbesondere die Wirkungen der Konsumvereine.

(Referent: Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu Braunschweig.)

Ueberblick über die bisherige Wirksamkeit der von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig eingesetzten Sachverständigen-Kommissionen.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hatte im Jahre 1894 Sachverständigen-Kommissionen eingesetzt, welche dazu bestimmt sind, unnötigen Prozessen vorzubeugen bzw. geringwerthige Differenzen im Waarengeschäft auszugleichen, insbesondere haben dieselben auf Antrag einer Partei sachverständige und unparteiische Gutachten über Beschaffenheit, Menge, Verpackung sowie etwaigen Minderwerth einer gelieferten Waare zu erstatten.

Eingerichtet sind zur Zeit 8 Kommissionen und zwar für:

1. Kolonialwaaren, Landesprodukte und Drogen,
2. Manufaktur-, Mode-, Weiss- und Kurzwaaren,
3. Tabak und Cigarren,
4. Eisen- und Kurzwaaren,
5. Delikatessen, Konserven, Fleischwaaren,
6. Kohlen, Koaks, Brikets und sonstige Brennmaterialien,
7. Wein- und Spirituosenbranche,
8. Buchdruckerei, Lithographie und Papierhandel.

Die Sachverständigen-Kommissionen wurden seit deren Einrichtung in 26 Fällen in Anspruch genommen.

In nachstehender Uebersicht (S. 8 bis 16) werden die einzelnen Fälle des Näheren behandelt.

Lit. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
1	Empfänger behauptete, dass die von ihm bestellte Doppeladung Langbohnen aus Galizien nicht der Probe entspreche	Die Bohnen enthielten so viele erdige Klümpchen, dass die ganze Sendung durch die trocken gewordene Erde beschmutzt und grau geworden war. Ausserdem fanden sich viele Holztheilchen und stockige Bohnen in den Säcken vor, so dass es, um die Waare verkäuflich zu machen, einer gründlichen Reinigung, Versiebung und Verlesung derselben bedurft hätte. Der Kaufprobe gegenüber, welche vollständig staubfrei und ohne Beimengung von stockigen Bohnen und fremden Bestandtheilen, war der Minderwerth der Bohnen auf 1 Mk. pro 100 kg anzusehen	Die Streitsache ist in Folge einer anderweitigen Uebereinkunft mit dem Lieferanten aussergerichtlich erledigt
2	Empfänger behauptete, dass die Ausführung der erhaltenen farbigen Lichtdrucke »Braunschweiger Ansichten« nicht nach den vorgelegenen Proben ausgefallen sei	Der Vergleich der Proben mit der Lieferung hat ergeben, dass zunächst eine bedeutend schlechtere Papierqualität verwandt ist. Ferner ist das Kolorit der Lieferung viel zu grell und entspricht durchaus nicht dem der Druckprobe. Der Druck ist ausserdem fleckig und unrein, besonders der der Lichtdruckplatte. — Für die Beurtheilung der übrigen Bilder lagen die Aquarell-Originale vor. Die gelieferten Bilder stehen an künstlerischem Werth so unendlich hinter den Originalen zurück, dass eine Zurückweisung der ganzen Lieferung gerechtfertigt erscheint, zumal die Bilder als Ansichten von Braunschweig unverkäuflich sind	Die Angelegenheit ruht
2a	Empfänger behauptete, dass auch diese anderweite Ausführung der farbigen Lichtdrucke »Braunschweiger Ansichten« nicht den Probe- und Originalabdrücken entspreche	Die mit den Probe- und Originalabdrücken vorgelegten Lichtdrucke zeigten keinen wesentlichen Unterschied gegen die bereits früher untersuchten Abdrücke »Braunschweiger Stadtansichten«, sie schienen allerdings etwas besser wie die früheren ausgeführt zu sein, jedoch können	Die Angelegenheit ruht

Lfd. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
		dieselben nicht als ausreichend angesehen werden, weshalb der Verleger berechtigt ist, auch diese Sendung zurückzuweisen	
3	Käufer beanstandete eine Sendung Mirabellen und behauptete, dass dieselben zum Genuss untauglich seien	Die geöffneten Dosen erwiesen eine genügende Füllung. Die Waare war von gutem Geschmack und Geruch, wenn gleich vereinzelt kleinere, etwas fleckige Früchte vorkamen, deren Geschmack aber ebenfalls gut war. Die Waare ist als verkäuflich zu bezeichnen	Ist nicht mehr festzustellen
4	Empfänger beanstandete eine Sendung Erbsen dritter Siebung und speciell 94er Ernte mit der Behauptung, dass dieselben nicht vollständig gallertfrei und klar geliefert seien	Im Allgemeinen ist die dritte Siebung Erbsen nicht ganz gallertfrei, also mit vollständig klarem Dosenwasser zu liefern. Immerhin ist die Möglichkeit dazu nicht ausgeschlossen, und zwar: 1. wenn die Erbsen bei kühlem Wetter gewachsen sind; 2. bei loser Packung, so dass das unverhältnissmässig viele Dosenwasser im Stande ist, die Mehlsubstanzen aufzulösen; 3. wenn die Erbsen nicht ganz gar gekocht sind; 4. wenn die Erbsen gegrünt sind, und 5. wenn die Lieferung unmittelbar nach der Ernte stattfindet, so dass sich das Gallertartige noch nicht gebildet hat, was erst nach Wochen und Monaten geschieht. Es ist nicht üblich, die dritte Siebung Erbsen gallertfrei zu liefern	Desgleichen
5	Lieferant beantragte die Untersuchung von drei Büchsen Spargel, welche einer Sendung entnommen waren und welche vom Käufer mit der Behauptung beanstandet wur-	Das Bruttogewicht sowie die Stangenanzahl in den vorbezeichneten 3 Dosen entsprechen den berechtigten Anforderungen, dagegen ist die Länge der Stangen in sämtlichen 3 Dosen unter dem Normalmaasse um etwa 1 bis 1 1/2 cm zurückgeblieben	Die vorliegenden Differenzen sind durch Vergleich beigelegt worden

Lfd. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
	den, dass die Packung und Länge der Stangen den Anforderungen nicht entspreche		
6	Empfänger behauptete, dass die an ihn erfolgte Sendung Kümmel in verdorbenem Zustande sich befinde	Die Säcke enthielten einen feuchten im Innern der Säcke noch warmen, deutlich mit Schimmel überzogenen Kümmel, welcher den charakteristischen Kümmelgeruch vollständig verloren und an Stelle desselben einen multrigen, muffigen Geruch angenommen hatte. Das Gutachten geht dahin, dass der in Rede stehende Kümmel selbst mässigen Ansprüchen an eine gesunde, brauchbare Qualität nicht entspricht	Das Gutachten hat zu einer Einigung unter den streitenden Parteien geführt, so dass eine gerichtliche Verhandlung nicht erforderlich war
7	Ein anderer Empfänger einer gleichen Sendung Kümmel von derselben Firma beantragte aus demselben Grunde die Begutachtung	Gutachten wie vorstehend	Die Angelegenheit ist auf gutlichem Wege erledigt worden
8	Empfänger behauptete, dass die Packung der ihm gesandten 5 Tonnen Matjesheringe eine schlechte und lockere sei und die Heringe selbst in schlechtem Zustande sich befinden	Der Spiegel und die Laake liessen zuerst auf eine gute Waare schliessen. Indess kam man beim Auspacken und Auszählen der Heringe (in der Mitte lagen hauptsächlich kleinere Heringe) zu der Ueberzeugung, dass die Packung eine sehr schlechte und ganz unverhältnissmässig lockere war, vollständige sonst übliche Lagen waren nicht mehr zu erkennen und zu fühlen, vielmehr war der ganze Inhalt vollständig durcheinander geworfen. Die Heringe waren zum grossen Theil unansehnlich, theils ohne Kopf, theils zerbrochen, theils sehr ramponirt und weichlich. Die Haut war von vielen abgeschabt, und die Bäuche der Heringe vielfach fleischlos. Die Stückzahl wäre als normal	Desgleichen

Lfd. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
		anzusehen gewesen und auch bezeichnend für die Grösse der Fische (es waren 800), wenn nicht so sehr viele kleine darunter gewesen wären; obenauf lagen durchschnittlich bessere und grössere. Ein von den Sachverständigen durchschnittener Hering war trocken und rothbraun von Fleisch. — Das Gutachten über die Verwerthung der Heringe ging dahin, dass der Empfänger dieselben nur dann behalten könne, wenn ihm ein ganz erheblicher Nachlass gewährt werde, und dass er vollständig sich im Recht befinde, die Sendung zur Verfü- gung zu stellen	
9	Empfänger behauptete, dass die ihm zugesandten Himbeeren mit Fuchsin gefärbt seien	Es wurde nach eingehenden Versuchen festgestellt, dass die Himbeeren als frei von Theerfarbstoffen, insbesondere frei von Fuchsin zu bezeichnen sind	Desgleichen
10	Lieferant behauptete, dass die Qualität und Farbe der Perlwiebeln eine dem Preise entsprechende sei, was vom Käufer bestritten wurde	Die Untersuchung ergab, dass die Qualität und die Farbe der Waare eine dem Preise entsprechend gute zu nennen war	Ist nicht mehr festzustellen
11	Fabrikant beantragte die Untersuchung von Schnittbohnen in Dosen bezüglich Gewicht und Füllung, welche vom Käufer bemängelt wurden	Die Untersuchung hat ergeben, dass das Gewicht und die Füllung der Dosen als üblich anzusehen ist	Die Streitsache hat zur Klageerhebung geführt, welche zu Ungunsten des Lieferanten ausgefallen ist. Von dem Letzteren ist Berufung gegen dieses Urtheil eingelegt. Dieselbe konnte jedoch nicht ausgefochten werden, da die Firma des Käufers in Konkurs gerieth

Lfd. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
12	Käufer behauptete, dass die ihm zugesandten Morcheln bereits vollständig verdorben seien	Die Sachverständigen konstatarnten, dass die Morcheln zum menschlichen Genusse bereits rein untauglich seien, indem der Inhalt von 13 Körben vollständig breiig und faul war und nur aus den restlichen 3 Körben etwa 5 bis 7 $\frac{1}{10}$ noch einigermaassen Taugliches hätte herausgelesen werden können, wenn gleich auch diesen zweifelsohne das Faulige angehaftet hat, so dass höchstens ein sofortiger Verbrauch, nicht aber ein Konserviren räthlich erschien. Dieselben waren vom Empfänger sehr gut aufbewahrt, so dass ein Verderben nicht möglich war, vielmehr die Ursache vor dem Versande gesucht werden musste	Die Differenzen sind in Folge der Begutachtung durch Vergleich beigelegt
13	Fabrikant behauptete, die ihm zur Verfügung gestellte Sendung Lachs-schinken befinde sich in gutem und gesundem Zustande	Der Schinken war durchaus gesund und absolut rein und gutschmeckend	Das Sachverständigen-Gutachten ist von bestem Erfolge gewesen
14	Käufer beantragte, zu entscheiden, ob die ihm gelieferten Kalifornischen Pflaumen von gesunder, haltbarer Beschaffenheit seien	Die Pflaumen waren theils an den Seiten von Schimmel durchsetzt, so dass dieselben in diesem Zustande als unverkäuflich zu bezeichnen waren	Durch Vergleich erledigt
15	Käufer behauptete, dass die ihm gelieferte Postsendung Morcheln in verdorbenem Zustande angekommen sei	Die Morcheln befanden sich in so vorgeschrittener Fäulniss, dass dieselben weder zum Konserviren, noch zum menschlichen Genusse überhaupt zu verwenden waren und daher als werthlos bezeichnet werden mussten	Die Differenzen sind durch Vergleich beigelegt
16	Lieferant beantragte die Untersuchung von 2 Dosen »Riesenspargel«, welche einer ihm vom Käufer zur Verfügung	Die Sachverständigen erklärten den Spargel der Dosen als absolut genussfähig und nicht sauer	Ist nicht mehr festzustellen

Lfd. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
	gestellten Sendung entnommen waren. Käufer behauptete, der Inhalt der Dosen sei sauer		
17	Käufer behauptete, dass die ihm zugesandten Preisselbeeren in Dosen als prima Qualität nicht anzusehen seien	Die Beeren hatten eine zu dunkle Farbe, waren schlecht verlesen und der Geschmack war, vermuthlich durch zu starkes Kochen, beeinträchtigt. Als prima Qualität konnte die Waare nicht bezeichnet werden	Die Angelegenheit ist durch Vergleich geregelt
18	Käufer beanstandete eine Sendung Heringe und behauptete, dass die Sendung in verdorbenem Zustande sich befinde	Die Heringe sahen zum Theil gelblich aus, rochen thranig und sind jedenfalls nicht von tadelloser Beschaffenheit. Die Sachverständigen erklärten, dass eine derartige Waare in ihren Geschäften nicht verwandt werden könne	Die Angelegenheit wurde durch Vergleich erledigt
19	Käufer behauptete, dass die ihm zugesandten Preisselbeeren zum grossen Theil in fauligem und matschigem Zustande sich befänden	Die Preisselbeeren machten den Eindruck alter überstandener Waare. Die Beeren waren, was den Gesamteindruck betrifft, nicht von frischem Hellroth, sondern von einem schmutzigen matten Schwarzroth, und es stellte sich bei eingehender Betrachtung heraus, dass diese eigenartig dunkle Farbe von Fäulnisflecken herrührte, mit welchen ein Theil der Beeren behaftet war	Die Streitsache ist durch Vergleich erledigt
20	Käufer behauptete, dass die ihm zugestellte Sendung schwedischer Kronsbeeren in verdorbenem Zustande sich befinde	Die Beeren konnten nicht für tadellos erklärt werden, denn es befanden sich darunter viele schwarze und braune faulige Beeren, die unbedingt herausgelesen werden müssen. Nach sorgfältiger und gewissenhafter Schätzung wird der Ausfall einschliesslich der durch Verlesen erwachsenden Kosten an Lohn sich auf 20 % des Werthes belaufen, so dass der Preis sich anstatt auf 12,50 Mk. pro Centner nur auf 10 Mk. stellen würde	Die Sache ist durch Vergleich beigelegt worden

Lfd. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
21	Käufer behauptete, dass die ihm zugewandene Sendung Tomatenpurée ungeniessbar sei	Der Inhalt erwies sich als gegohren und zeigte neben dem für die Gährung charakteristischen Geschmache sich mit Sandkörnern durchsetzt, so dass er zwischen den Zähnen knirschte. Das Tomatenpurée war daher als berechtigten Anforderungen entsprechend nicht zu bezeichnen und somit zum Verkaufe ungeeignet	Die Inanspruchnahme der Sachverständigen ist von bestem Erfolge gewesen
22	Fabrikant behauptete, dass eine ihm aus einem Kommissionslager zurückgesandte Partie Heliosöfen, sowie ein Herd im beschädigten Zustande zurückgeliefert seien	Bei der Untersuchung wurden an neun Öfen und einem Herde Beschädigungen durch Brüche im Guss festgestellt. Die Bruchstellen waren grösstentheils neu, einige auch scheinbar alt und ist es nicht möglich, aus der Art derselben einen Schluss zu ziehen, auf welche Weise und wann die Beschädigung eingetreten ist. Die Öfen sind durch die Beschädigung nicht werthlos geworden, lassen sich vielmehr durch Einsetzen neuer Stücke an Stelle der zerbrochenen mit einigen Aufwendungen für Material und Arbeitslohn wieder völlig herstellen. Die Beschädigung des Herdes ist ziemlich bedeutend; aber in gleicher Weise zu beseitigen. Ein Ofen war gefeuert, wodurch derselbe für den Verkauf minderwerthig geworden ist	Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt
23	Käufer behauptete, die ihm zugestellte Sendung »Brechkoaks I« enthalte nicht reinen Brechkoaks, sondern ein Gemisch von minderwerthigem Siebkoaks	Sämmtliche Wagen waren im Ausfall übereinstimmend, der Koaks selbst fiel grussfrei aus. Die Körnung konnte als Korn I etwas gleichmässiger sein. Das Aussehen diverser Stücke in Form und Grösse liess darauf schliessen, dass thatsächlich hier und dort gesiebter Koaks mit zur Verladung gelangt war	Die Kohlen sind zur Verfügung gestellt. Der Lieferant hat hierauf die Kohlen öffentlich meistbietend verkaufen lassen. Eine Forderung gegen den Besteller ist nicht geltend gemacht
	Käufer beanstandete eine weitere Sen-	Dieser Wagen enthielt nicht, wie der Empfänger empfangen	Wie vorstehend

Lfd. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
	dung westfälischen Brechkoaks aus dem vorhingenannten Grunde	wollte, reinen Brechkoaks, sondern hauptsächlich, gesiebten Knabbelkoaks und nur ein Theilchen Brechkoaks	
24	Käufer, welcher die Lieferung inkl. Kisten abgeschlossen hatte, beanstandete die Sendung, da die Lieferung in Lattenverschlügen erfolgt war	Als eine Kiste kann ein Lattenverschlügen nicht angesehen werden. Bei Lieferung »inklusive Kisten« sind die Konserven in vollwandigen Bretterkisten zu liefern	Ist nicht mehr festzustellen
25	Käufer behauptete, eine an ihn erfolgte Sendung »prima Stangenspargel« enthalte eine säuerlich riechende und schmeckende, holzige Qualität	Die fragliche Partie Spargel giebt zu berechtigter Beanstandung Veranlassung, weil der Inhalt einiger Dosen ungeniessbar war und anzunehmen ist, dass die Sendung grössere Mengen von diesen Dosen enthält	In Folge der Begutachtung sind die vorliegenden Differenzen durch Vergleich beigelegt worden
26	Käufer behauptete, eine ihm gelieferte Registrirkasse sei nicht ordnungsmässig geliefert, indem sie einen alten Eindruck mache, viele Mängel zeige und schlecht funktioniere	An der äusseren Erscheinung war nichts zu bemerken, dass die Maschine nicht neu sei. Es wurden verschiedene Stichproben vorgenommen, welche sich auf die einzelnen Funktionen der Kasse bezogen. Dieselben haben sämmtlich ein richtiges Resultat ergeben und hat die Kasse tadellos funktioniert	Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt
27	Käufer behauptete, eine an ihn erfolgte Sendung bayrischer Bierkäse sei als Nahrungsmittel nicht mehr zu verwenden	Der Käse war als Nahrungsmittel absolut ausgeschlossen, da derselbe vollständig von Maden bedeckt und sehr weich, ebenfalls derartig stark im Geruche war, dass er als vollständig werthlos bezeichnet werden musste	Die Streitsache ist durch gütliche Vereinbarung geregelt
28	Käufer behauptete, dass die ihm gesandten Pfirsiche in verdorbenem Zustande angekommen seien	Die Sendung zeigte laut Frachtbrief das Gewicht von 250 kg Brutto und war laut Faktura mit 240 kg Netto berechnet. Bei Empfang der Sendung zeigte sich eine angeblich bahnamtlich festgestellte Gewichts Differenz von 10 kg. Es war augenscheinlich, dass die Sendung	Die Sache ist gütlich beigelegt worden

Lfd. No.	Gegenstand der Beanstandung	Resultat der Untersuchung	Erledigung der Streitsache
		in schon zu reifem Zustande abgesandt war, denn das von den Sachverständigen festgestellte Gewicht ergab, dass 30kg vollständig unbrauchbar, ferner 30 kg als zu einem Drittel brauchbar, der Rest von 170 kg, wenn auch grösstentheils fleckig, so doch noch verwendbar war. Ein Drittel des Verlustes war somit der verspäteten Abnahme zuzuschreiben und kann dem Absender nicht allein zur Last gelegt werden. Zu erwähnen ist, dass die Sendung am Sonnabend eingegangen war, am Sonntag bahnseitig gemeldet und am Montag erst abgenommen werden konnte	

Handelsgebrauch in der Konservenbranche.

Die Handelskammer hat auf ein Ersuchen des Herzoglichen Amtsgerichts hierselbst erwidert, dass nach hier herrschendem Handelsgebrauche Etiketten für Konservenbüchsen, die im Juni oder Juli eines Jahres auf Abruf bei einer Druckerei bestellt sind, erst bis zum Beginne der nächstjährigen Ernte von Konservenfrüchten seitens der bestellenden Konservenfabrik abgenommen zu werden brauchen.

Deutscher Handelstag.

In die Kommission zur Bearbeitung der an den Deutschen Handelstag gerichteten Eingabe der hiesigen Handelskammer und der Handelskammer zu Koburg, betreffend die Vereinfachung der Wechselformulare, ist Herr Kommerzienrath Gutkind delegirt worden.

Das Braunschweigische Gewerbesteuergesetz vom 27. März 1893.

I. Vorgeschichte.

Das am 27. März 1893 erlassene Gewerbesteuergesetz für das Herzogthum Braunschweig ist eine Neuredaktion des durch Gesetz vom 15. Juni 1892 modifizirten alten Gewerbesteuergesetzes

vom 16. November 1870, das seinerseits aus dem Gewerbesteuer-gesetz vom 3. August 1864 hervorgegangen ist.

Die durch das Gesetz von 1892 vorgesehenen Neuerungen zu dem bis dahin geltenden Rechte betreffen, abgesehen von Ergänzungen und Berichtigungen mehr formaler Natur, hauptsächlich die Bestimmungen des Tarifs. Bei tarifmässiger Festlegung der Steuerbeträge für bestimmte Betriebe nach unterscheidenden, äusserlichen Merkmalen — wie Gehilfenzahl etc. —, die für die Leistungsfähigkeit derselben, speciell im Verhältniss der verschiedenen Gewerbsarten untereinander, nicht immer die gleiche Bedeutung behalten, sind solche Revisionen nothwendiger Weise von Zeit zu Zeit vorzunehmen. In der That ist man auch vorzugsweise aus diesem Grunde sowohl im Jahre 1870 wie auch 1892 zur Neugestaltung des Gewerbesteuergesetzes geschritten. Es ist bei der letzten Revision des Gesetzes vom Herzoglichen Staatsministerium zugleich auch die Frage erwogen worden, ob angesichts der in Preussen vorgenommenen Reform der Gewerbebesteuerung und mit Rücksicht auf die wirthschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht eine Reform der Grundsätze des Braunschweigischen Gesetzes nach Maassgabe der Preussischen Gesetzgebung geboten sei. Jedoch hat man von einer Revision des bestehenden Gesetzes in diesem Sinne Abstand genommen, weil sich — wie in der Begründung des 1892 der Landesversammlung zugegangenen Gesetzentwurfes hervorgehoben wurde — bei der Handhabung desselben bis dahin nach Bekundung des Steuerkollegiums wesentliche Uebelstände prinzipieller Art nicht herausgestellt hatten, im Uebrigen aber kein besonderer Anlass gegeben zu sein schien, die Grundsätze der Braunschweigischen Gewerbebesteuerung den Preussischen zu assimiliren.

II. Darstellung der Grundprinzipien des Braunschweigischen Gewerbesteuergesetzes.

Zur Entrichtung der Gewerbesteuer verpflichtet sind in Braunschweig: Inländer und Ausländer, sowohl Einzelne als Körperschaften und Gesellschaften, welche im Herzogthum eine gewerbmässige Beschäftigung betreiben. Jedoch nimmt das Gesetz eine Reihe von Beschäftigungen, die es nicht als Gewerbebetriebe betrachtet, von der Gewerbesteuerpflicht aus; es sind das insbesondere: die Bodennutzungen durch Land- und Gartenbau, Viehzucht, Forstwirtschaft, Grubenbetrieb, Steinbrüche, nutzbare Quellen etc., ferner Bergbau, Staats-, Gemeinde-, geistlicher und Schuldienst, die sogenannten liberalen Berufsarten, auf Gegenseitigkeit gegründete Versicherungsanstalten und einige andere.

Befreit sind ausserdem von der Gewerbebesteuerung solche Gewerbebetriebe, die auf Rechnung der Herzoglichen Hofhaltung und der Regierung betrieben werden, gemeinnützigen Zwecken dienende Anstalten und Einrichtungen, gewerbetreibende Ver-

eine etc., die ihren Verkehr auf ihre Mitglieder beschränken und keinen Gewinn vertheilen, sowie eine Anzahl besonders ungünstig gestellter kleiner Gewerbe.

Die Veranlagung zur Gewerbesteuer geschieht nach Maassgabe eines Tarifes, der in 24 Klassen abgestuft ist, von denen die niederste, die 24. Tarifklasse, den jährlichen Gewerbesteuerbetrag auf 2 Mk. festsetzt, während die oberste die Steuerbeträge von 900 bis 5000 Mk. enthält. In den näheren Bestimmungen zu diesem Steuertarife werden die Gewerbetreibenden in sechs Hauptgruppen eingetheilt, deren jede ihren besonderen Maassstab für die Einschätzung in eine der Tarifklassen besitzt, und zwar erfolgt die Tarifrung für die:

I. Gruppe nach der Anzahl der beschäftigten Gehilfen:

Hierher gehören fast sämtliche Handwerksbetriebe, sowie ferner: Kammerjäger, Holzarbeiter, Musikanten und einige andere Erwerbsarten.

II. Gruppe nach der Anzahl der gehaltenen Pferde, Maulthiere und Esel:

Verleiher von Reitpferden, Maulthieren u. s. w.; Lohnkutscher, Droschkenhalter und dergl.; Hengsthalter; Frachtfahrer; Fruchttreiber.

III. Gruppe nach der Zahl der Webstühle:

Die Weber; jedoch werden solche mit mehr als 8 Webstühlen als Fabrikanten (siehe Gruppe VI) besteuert.

IV. Gruppe nach der Zahl der Druckpressen:

Buchdrucker, Lithographen, Notendrucker, Kupferdrucker.

V. Gruppe nach der Zahl der Mahlgänge:

Mahlmüller mit mehr als 9 Mahlgängen werden als Fabrikanten (siehe VI. Gruppe) besteuert, ebenso Besitzer von Mühlen, die anderen Zwecken als der Bereitung von Mahlwerk dienen.

VI. Gruppe nach dem Umfange des Betriebes:

Unter Anderem insbesondere: Fabrikanten und Kaufleute; ferner Bauunternehmer, Gastwirthe, Lotteriekollekteure etc. etc.

Für die Einreihung der zur Gruppe I gehörenden Gewerbetreibenden in die verschiedenen Tarifklassen findet neben der Gehilfenzahl auch die Grösse des Ortes, in dem das Gewerbe betrieben wird, Berücksichtigung, wobei 3 Ortsklassen unterschieden werden, nämlich:

1. Ortschaften bis zu 2000 Einwohnern;
2. » von über 2000 bis zu 20000 Einwohnern;
3. » von über 20000 Einwohnern (nur die Stadt Braunschweig).

Betreffs der Schätzung des Betriebsumfanges von Gewerbebetrieben, die der VI. Gruppe angehören, enthalten die Tarifbestimmungen keine näheren Angaben. Bei der praktischen Handhabung der bezüglichen Bestimmung wird in der Weise verfahren, dass je nach der Art des einzuschätzenden Betriebes ganz ver-

schiedene Momente, wie Zahl und Art der Angestellten, Umsatz etc. zur Beurtheilung des Betriebsumfanges dienen.

Die Unterlagen für das Veranlagungsgeschäft werden seitens der Gemeindebehörden geliefert, die alljährlich Beschreibungen der in dem betreffenden Gemeindebezirk bestehenden Gewerbebetriebe aufzustellen haben. Für die zu Gruppe VI des Tarifes gehörigen Gewerbebetriebe wird dagegen die Einschätzung durch besondere, je nach der Grösse des Ortes aus 9, 7 oder 5 Mitgliedern bestehende Ortskommissionen unter Vorsitz eines vom Stadtmagistrate zu ernennenden Mitgliedes vollzogen. Wo eine städtische Verwaltung nicht besteht, wird die Einschätzung von dem betreffenden Kreisausschuss vorgenommen.

Zur Erzielung einer möglichst gleichmässigen Besteuerung der zur Tarifgruppe VI gehörenden Gewerbetreibenden besteht eine Revisionsbehörde, welche aus einem Mitgliede des Herzoglichen Steuerkollegiums und vierzehn aus den Gewerbetreibenden der verschiedenen Landestheile zu berufenden Mitgliedern gebildet wird. Die Revisionsbehörde hat die Veranlagungsergebnisse der Orts-Einschätzungskommissionen und Kreisausschüsse nachzuprüfen (für einen Theil der zur Tarifgruppe VI gehörenden Gewerbe geschieht die Nachprüfung jedoch durch das Steuerkollegium) und bei etwaigen Beanstandungen der nachgeprüften Einschätzungsergebnisse seitens des Steuerkollegiums über die Veranlagung endgültig zu entscheiden.

Reklamationen gegen die Veranlagung zur Gewerbebesteuerung sind bei dem Herzoglichen Steuerkollegium einzulegen. Gehören die Beschwerdeführenden den unter den Tarifgruppen I bis V benannten Gewerbetreibenden an, so hat die Entscheidung darüber das Steuerkollegium zu treffen, gegen dessen Beschluss den Reklamanten Rekurs an das Herzogliche Staatsministerium zusteht. Ueber Reklamationen von Gewerbetreibenden der VI. Tarifgruppe entscheidet die Revisionsbehörde, an die das Steuerkollegium die eingegangenen Beschwerden abzugeben hat, und zwar endgültig.

III. Vergleich der Braunschweigischen Gewerbebesteuerung mit derjenigen anderer deutscher Bundesstaaten.

A. Grundzüge der Gewerbebesteuergesetze Preussens, Bayerns, Württembergs, Badens, Hessens und Anhalts.

Preussisches Gewerbebesteuergesetz vom 24. Juni 1891.

1. Abgrenzung der steuerpflichtigen Betriebe.

Pflichtig: Die im Lande betriebenen stehenden Gewerbe.

Befreit: U. A. besonders die Reichs- und Staatsbetriebe; die landschaftlichen Kreditverbände und die öffentlichen Versicherungsanstalten; Kommunalverbände für bestimmte gemeinnützige Unternehmen; sonstige gemeinnützige Unternehmen (nach

Bestimmung des Finanzministers); Land- und Forstwirthschaft, Viehzucht; Jagd etc.; landwirthschaftliche Branntweinbrennereien; Bergbau etc.; Handel auf Messen und Märkten; Eisenbahnbetrieb; Kunst, Wissenschaft, Unterricht, Arzt, Rechtsanwalt, Feldmesser, Markscheider; Genossenschaften, die nur an Mitglieder verkaufen; Betriebe von weniger als 1500 Mk. Jahresertrag oder 3000 Mk. Anlage- und Betriebskapital.

Anmerkung. Für Gast- und Schankwirthschaft und Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus besteht eine besondere Betriebssteuer.

2. Was dient der Besteuerung zur Grundlage?

Die Steuerpflichtigen werden nach der Höhe des Jahresertrages und des Anlage- und Betriebskapitals in vier Steuerklassen eingereiht. Klasse I umfasst die Gewerbebetriebe mit einem jährlichen Ertrage von 50 000 Mk. und darüber oder einem Anlage- und Betriebskapital von 1 000 000 Mk. und darüber; der Steuersatz beträgt für diese Klasse eins vom Hundert des Ertrages. Zur Klasse II gehören die Betriebe von 20 000 bis 50 000 Mk. Jahresertrag oder 150 000 bis 1 000 000 Mk. Anlage- und Betriebskapital, zur Klasse III die Betriebe von 4 000 bis 20 000 Mk. Ertrag oder 30 000 bis 150 000 Mk. Anlage- und Betriebskapital, und endlich zur Klasse IV diejenigen mit einem Ertrage von 1 500 bis 4 000 Mk. oder einem Anlage- und Betriebskapital von 3 000 bis 30 000 Mk.

In den Klassen II bis IV werden die Pflichtigen jedes Bezirkes zu einer Steuergesellschaft vereinigt, welche für das Veranlagungsjahr die Summe der für jeden Betrieb in Ansatz kommenden Mittelsätze aufzubringen hat. Die Mittelsätze betragen:

für Klasse II.	. . .	300 Mk.	(Min. 150 Mk., Max. 480 Mk.)
» » III.	. . .	80 »	(» 32 » » 192 »)
» » IV.	. . .	16 »	(» 4 » » 36 »)

Für die Einreihung in eine der Steuerklassen ist nicht das Anlage- und Betriebskapital, sondern allein der Ertrag dann maassgebend, wenn dieser nachweislich während zweier Jahre

in Klasse I.	weniger als 30 000 Mk.
» » II.	» » 15 000 »
» » III.	» » 3 000 »

betragen hat.

3. In welcher Weise wird die Einschätzung vorgenommen?

Veranlagungsbezirk ist für Klasse I die Provinz, für Klasse II der Regierungsbezirk, für Klasse III und IV der Kreis.

Die Veranlagung wird von den aus einem staatlichen Kommissar als Vorsitzendem und Abgeordneten der Steuergesellschaften gebildeten Steuerausschüssen vorgenommen, welche die Steuersumme auf die einzelnen Mitglieder der Steuergesellschaften zu vertheilen haben.

Bei Ermittlung des Ertrages werden alle Betriebskosten und die wirklicher Werthverminderung angemessenen Abschreibungen abgezogen. Dem Ertrage zuzurechnen sind die aus Betriebs-einnahmen bestrittenen Ausgaben für Verbesserungen und Geschäftserweiterungen sowie für den Unterhalt der Gewerbetreibenden. Nicht abzugsfähig sind Zinsen für das Anlage- und Betriebskapital sowie für Schulden, welche zu Betriebsverbesserungen aufgenommen sind.

4. Welche Wege stehen gegen vermeintlich unrichtige Einschätzung offen?

Berufungen sind bei Klasse I an die Bezirksregierung zu richten; es steht dann weiter Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht offen. Die Steuerpflichtigen der drei übrigen Klassen können Berufung nur wegen vermeintlich unrichtiger Bestimmung der Steuerklasse einlegen, und zwar zunächst bei dem Steuer-ausschuss, sowie gegen dessen Entscheidung wie bei Klasse I.

Anmerkung: Die Preussische Gewerbesteuer ist durch Gesetz vom 14. Juli 1893 den Gemeinden überwiesen.

Bayrisches Gewerbesteuergesetz vom 19. Mai 1881.

1. Abgrenzung der steuerpflichtigen Betriebe.

Pflichtig: Die stehenden Gewerbe. (Die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen ist durch Gesetz vom 10. März 1879 besonders geregelt.)

Nicht pflichtig: Insbesondere Land- und Forstwirthschaft, Jagd, Fischerei, Bergbau (sofern nur Gewinnung der Produkte betrieben wird), sowie ferner:

die Staatsbetriebe, Zweiganstalten der Reichsbank, wechselseitige Versicherungsanstalten, Erwerbs- etc. Genossenschaften (die nur für Mitglieder arbeiten) u. A.

2. Was dient der Besteuerung zur Grundlage?

Die Gewerbesteuer zerfällt in:

- a) Eine unveränderliche, die Gewerbegattung besteuernde tarifmässige Normalanlage für jede Gewerbegattung (unter Berücksichtigung der Grösse des Wohnortes festgesetzt);
- b) eine veränderliche, den Betriebsumfang besteuernde Betriebsanlage, bemessen
 1. nach Gehilfen- und Arbeiterzahl;
 2. nach der Menge des Verbrauches oder der Erzeugnisse;
 3. nach Zahl und Art der Maschinen und sonstiger Einrichtungen.

Das Nähere hierüber bestimmt für jede Gewerbegattung der Tarif.

Genügen die unter 1 bis 3 aufgeführten Kennzeichen nicht zur Beurtheilung der Betriebsanlage, so wird dieselbe nach

einem jährlichen Ertragsanschlage des Gewerbebetriebes bemessen. Maassgebend ist dabei der durchschnittliche Ertrag der beiden letzten Jahre; und zwar sollen $\frac{3}{4}$ bis $1\frac{1}{2}$ ¹⁾ vom Hundert des Ertrages als Betriebsanlage in Ansatz gebracht werden, wobei jedoch die Möglichkeit der Steuerermässigung durch die Besteuerungsbehörde, sowie ferner auch der Steuererhöhung bis zu $2\frac{1}{2}\frac{0}{10}$ des Ertrages offen gelassen ist.

Für dem Arbeitsverdienste zuzurechnende Erträge von nicht über 2050 Mk. kommen die entsprechenden Sätze der Einkommensteuer in Anwendung.

3. In welcher Weise wird die Einschätzung vorgenommen?

Dem Veranlagungsgeschäft geht eine Aufstellung von Verzeichnissen der Gewerbebetriebe durch die Gemeindebehörde voraus, welche zu diesem Zwecke Steuererklärungsformulare an die Steuerpflichtigen vertheilt. In der Steuererklärung müssen die für die Veranlagung nothwendigen Merkmale der Betriebe enthalten sein. Die Steuererklärungen und die Verzeichnisse der Gemeindebehörde gehen sodann an das Rentamt, welches eine Prüfung und eventuelle Ergänzung vornimmt und die Steuerliste anfertigt, Prüfung der Steuerliste und Entscheidung darüber steht dem Steuerausschuss zu.

4. Welche Wege stehen gegen vermeintlich unrichtige Einschätzung offen?

Berufungen sind bei dem Rentamte innerhalb vier Wochen einzulegen. Die Kreisregierung, der die Berufung vorzulegen ist, kann derjenigen des Steuerpflichtigen stattgeben, sowie die des ärarialischen Vertreters abweisen, im Uebrigen bestehen Berufungskommissionen, die zugleich die letzte Instanz bilden.

Württembergisches Gewerbebesteuergesetz vom 28. April 1873.

1. Abgrenzung der steuerpflichtigen Betriebe.

Pflichtig: Die im Lande betriebenen Gewerbe jeder Art.

Befreit: Insbesondere die landesherrlichen und staatlichen Gewerbebetriebe; gemeinnützige Unternehmen; Staats-, Kirchen-, Schuldienst; Handel mit Produkten von eigenen oder gepachteten Grundstücken etc.²⁾

2. Was dient der Besteuerung zur Grundlage?

Die Steuer wird bemessen: 1. Nach dem persönlichen Arbeitsverdienst, und zwar tarifmässig nach Maassgabe der Betriebs-

¹⁾ Höherer oder niederere Einschätzung je nach dem vermuthlichen Einfluss der Kapitalanlage oder des Arbeitsverdienstes auf den Ertrag.

²⁾ Ferner werden einige Betriebe, z. B. die Privateisenbahnen, gemäss dem Gesetze, betreffend die Steuer vom Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufseinkommen, vom 19. September 1852, besteuert. Landwirthschaft, Forstwirthschaft etc. unterliegen der durch gleichzeitig erlassenes Gesetz geregelten Grundsteuer.

weise, Gehilfenzahl und des Betriebskapitals; 2. nach dem in Prozenten zu schätzenden Ertrage aus dem Betriebskapital (das Letztere bleibt ausser Ansatz, wenn das Betriebskapital weniger als 400 fl. beträgt).

Berechnung des Gewerbekatasters:

Zu 1 (betr. den persönlichen Arbeitsverdienst):

bis 500 fl. einschl. $\frac{1}{10}$

von dem Mehrbetrage:

von 500 bis 1000 fl. $\frac{2}{10}$

» 1000 » 1500 » $\frac{4}{10}$

» 1500 » 2000 » $\frac{8}{10}$

» dem weiteren Einkommen der ganze Betrag

Zu 2 (betr. den Ertrag aus dem Betriebskapital):

der eingeschätzte volle Jahresertrag.

Anmerkung: Die wesentlichsten Merkmale der Einschätzung bilden: Zahl und Gattung der Gehilfen sowie das Betriebskapital.

3. In welcher Weise wird die Einschätzung vorgenommen?

Die Steuersätze werden für die Gewerbesteuer für jede Etatsperiode durch das Finanzgesetz geregelt.

Das Einschätzungsgeschäft wird von unter Vorsitz eines Steuerkommissars stehenden Bezirks-Schätzungskommissionen vorgenommen, nachdem der Gemeinderath ein Verzeichniss der im Gemeindebezirk vorhandenen Gewerbebetriebe an das Bezirkssteueramt eingeliefert hat und die Gewerbetreibenden die für die Einschätzung eingeforderten Angaben über ihre Betriebe abgegeben haben.

Eine Prüfung der Einschätzungsergebnisse findet durch die Katasterkommission statt, welche zur Anordnung von Abänderungen befugt ist. Diese Abänderungen werden dann von der früheren Schätzungskommission, die durch zwei von der Katasterkommission erwählte Mitglieder verstärkt ist, vorgenommen.

4. Welche Wege stehen gegen vermeintlich unrichtige Einschätzung offen?

Jedem Steuerpflichtigen steht bezüglich seines Steueranschlages das Recht der Beschwerde zu. Die Berufung ist zu richten an die Katasterkommission. Verweist diese in Folge der Beschwerde die Steuerveranlagung zur nochmaligen Prüfung an die Schätzungskommission zurück, so ist diese um zwei Mitglieder zu vermehren, von denen das eine von der Katasterkommission, das andere vom Beschwerdeführer aus den Bezirksschätzern zu wählen ist. Weitere Berufungsinstanz ist das Finanzministerium, dessen Entscheidung die endgültige ist.

Badisches Gewerbesteuergesetz vom 26. April 1886.**1. Abgrenzung der steuerpflichtigen Betriebe.**

Pflichtig: Die im Lande betriebenen Gewerbe. Die Wanderlager und Gewerbe im Umherziehen werden nach demselben Gesetze besonders besteuert.

Befreit: U. A. besonders die staatlichen Gewerbebetriebe; Reichsbank; Land- und Forstwirtschaft und der Handel mit deren Erzeugnissen; Betriebe mit weniger als 700 Mk. Betriebskapital.

Anmerkung. Konsumvereine mit offenem Laden, eingetragene Genossenschaften mit bankähnlichem Betrieb und Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit sind nicht steuerfrei.

2. Was dient der Besteuerung zur Grundlage?

Die Besteuerung der Gewerbe wird nach der Höhe des Betriebskapitals bemessen. Betriebskapitalien unter 700 Mk. kommen nicht in Betracht. Maassgebend ist für die Veranlagung: der mittlere Werth des in den einzelnen Gewerbsunternehmungen angelegten Betriebskapitals, und zwar nach dem mittleren Jahresstande.

3. In welcher Weise wird die Einschätzung vorgenommen?

Die Feststellung des steuerbaren Betriebskapitals geschieht unter Anwendung des Deklarationszwanges. (In der Deklaration der Gewerbetreibenden müssen auch die Hilfspersonen — ausgenommen die Ehefrauen — angegeben werden.) Die Veranlagung erfolgt durch den Schatzungsrath, dem ein Steuerkommissar beigegeben ist. Für grössere Fabrikanlagen geschieht die Veranlagung nach Anhörung des Gutachtens Sachkundiger, die von der Steuerverwaltung dazu bestimmt werden.

4. Welche Wege stehen gegen vermeintlich unrichtige Einschätzung offen?

Gegen die Entscheidung des Schatzungsrathes steht sowohl dem Pflichtigen als auch dem Steuerkommissar Beschwerde an die Steuerverwaltung und gegen die Entscheidung der letzteren Klage bei dem Grossherzoglichen Verwaltungsgerichtshof zu.

Hessisches Gewerbesteuergesetz vom 8. Juli 1884.**1. Abgrenzung der steuerpflichtigen Betriebe.**

Pflichtig: Die Gewerbebetriebe (Sonderbestimmungen für die Wanderlager).

Nicht pflichtig: U. A. besonders die öffentlichen Beamten; Grundeigenthümer und Pächter; Aerzte etc.; Rechtsanwälte; Architekten; für Lohn Angestellte; einzelne Kleingewerbe wie Flachs-

und Wollspinner, Nätherinnen etc. ohne Gehilfen, Fischer, Besenbinder u. s. w.; Wirthschafts- etc. Genossenschaften, deren Betrieb sich auf die Mitglieder beschränkt.

2. Was dient der Besteuerung zur Grundlage?

Die Gewerbesteuerkapitalien werden gebildet: 1. aus fixen Steuerkapitalien, die im Tarif nach Art der Gewerbe und Grösse des Wohnortes festgesetzt sind (drei Rangstufen der Orte, sieben Klassen der Gewerbe), sowie 2. aus verhältnissmässigen Zusätzen, bemessen nach Kennzeichen des Betriebsumfanges.

Als Kennzeichen des Betriebsumfanges gelten: 1. die Zahl der Gehilfen und 2. der Miethwerth des Betriebslokales, oder eines von beiden. Für einzelne Gewerbe werden jedoch auch andere Merkmale berücksichtigt (z. B. wird für Bankiers, deren Betriebskapital über 1 000 000 Mk. beträgt, für je 100 000 Mk. ein besonderer Zusatz von 100 Mk. zum fixen Steuerkapital aufgelegt).

Der verhältnissmässige Zusatz wird bemessen: a) wenn nur die Gehilfenzahl in Betracht kommt, auf die Hälfte des fixen Steuerkapitals; b) wenn auch der Miethwerth berücksichtigt wird, auf ein Drittel des fixen Satzes; c) bei einigen Gewerben, für die Gehilfenzahl und Miethwerth des Gewerbelokales maassgebend sind, ist der Zusatz keine feste Quote des fixen Satzes, sondern es muss zwischen Gehilfen höherer und niederer Kategorie unterschieden werden.

Das Nähere hierüber bestimmt für jede Gewerbegattung der Tarif.

3. In welcher Weise wird die Einschätzung vorgenommen?

Die Vorbereitungen zur Veranlagung werden von dem Steuerkommissar unter Mitwirkung der Gemeindebehörde getroffen. Die Veranlagung selbst geschieht durch aus Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und dem Steuerkommissar, als Vorsitzendem, bestehenden Kommissionen.

4. Welche Wege stehen gegen vermeintlich unrichtige Einschätzung offen?

Gegen die Veranlagungsergebnisse der Kommission steht sowohl dem Steuerpflichtigen als auch dem Steuerkommissar der Berufungsweg offen. Die Berufungsinstanzen sind: Ministerium der Finanzen, Abtheilung für Steuerwesen, als erste, das Finanzministerium als zweite Instanz.

Anhaltisches Gewerbesteuergesetz vom 22. Mai 1897.

1. Abgrenzung der steuerpflichtigen Betriebe.

Pflichtig: Alle in Anhalt betriebenen stehenden Gewerbe, deren jährlicher Ertrag 10 000 Mk. oder mehr beträgt, ausser Gast- und Schankwirthschaft oder Kleinhandel mit geistigen Getränken.

Befreit: U. A. hauptsächlich die landesherrlichen, Staats- und Reichsbetriebe; öffentliche Sparkassen, Kreditverbände (ohne Gewinnvertheilung), öffentliche Versicherungsanstalten, Kommunalverbände bezüglich ihrer gemeinnützigen Betriebe (z. B. Markthallen, Schlachthäuser).

Nicht pflichtig: U. A. besonders Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht, Jagd, Fischzucht, Gartenbau (pflichtig sind jedoch Pachtungen zum gewerbsmässigen Betriebe, z. B. Mast von Vieh, Fischfang, Obstpachtung etc.); landwirthschaftliche Brennereien; Bergbau; Eisenbahnbetrieb; Kunst, Wissenschaft; Unterricht; Arzt; Rechtsanwalt; Feldmesser; Markscheider.

2. Was dient der Besteuerung zur Grundlage?

Bei jährlichem Ertrage von 10 000 bis 110 000 Mk. (exkl.) beträgt der Steuersatz eins vom Hundert. Von da bis 200 000 Mk. tritt für je 10 000 Mk. 0,1 % Erhöhung des Steuersatzes ein, bis zu 2 % für 200 000 Mk.

Mehrere Betriebe derselben Person gelten dabei als ein Steuerobjekt. Ebenso von mehreren Personen betriebene Gewerbe.

3. In welcher Weise wird die Einschätzung vorgenommen?

Die Veranlagung wird vorgenommen in den vier Hauptstädten von den Bezirkseinschätzungskommissionen, in den übrigen Ortschaften von den Kreiseinschätzungskommissionen (Oberaufsicht der Finanzdirektion).

Zur Ermittlung des Ertrages sind die Betriebskosten und die wirklicher Werthverminderung angemessenen Abschreibungen abzuziehen. Nicht abzugsfähig sind insbesondere: Kapitalzinsen (ausser laufendem Geschäftskredit), Kapitalverluste, Kapitaltilgung, Ausgaben für den eigenen Haushalt, Einkommen- etc. Steuern.

Die für die Steuerbemessung erforderlichen Unterlagen werden durch Erklärungen der Steuerpflichtigen erlangt. Es besteht zu diesem Behufe Deklarationspflicht der zu Besteuernden.

Nach der Steuerveranlagung durch die Einschätzungskommissionen wird die Berechnung der Steuerbeträge im Einzelnen durch das Katasterbureau vorgenommen.

Die Nachschätzung, d. i. Einschätzung eines im Laufe eines Steuerjahres eröffneten Betriebes, geschieht durch den Gemeinde- oder Gutsvorstand.

4. Welche Wege stehen gegen vermeintlich unrichtige Einschätzung offen?

Gegen die Veranlagung steht dem Steuerpflichtigen das Rechtsmittel des Einspruches zu. Der Einspruch ist schriftlich bei der Einschätzungskommission (für Nachschätzungen bei dem Gemeinde- oder Gutsvorstand) einzulegen, spätestens vier Wochen nach Zustellung des Veranlagungsergebnisses. Weitere Berufungsinstanzen: Reklamationskommission; Staatsministerium (je vierzehn Tage Frist).

Der Vorsitzende der Einschätzungskommission kann (innerhalb vierzehn Tagen) gegen das Resultat der Steuerveranlagung sowie gegen die Entscheidung über den Einspruch bei der Reklamationskommission Berufung einlegen; ebenso der Vorsitzende der Reklamationskommission gegen die Entscheidung dieser Behörde beim Staatsministerium.

B. Vergleichende Gegenüberstellung mit der Braunschweigischen Gewerbebesteuerung.

Die im Vorstehenden genannten Staaten lassen sich nach dem Verhältniss, in dem die Prinzipien ihrer Gewerbebesteuerung zu denen der Braunschweigischen stehen, in zwei Gruppen eintheilen. Die eine Gruppe würde die Staaten umfassen, deren Gesetzgebung im Wesentlichen ähnliche Bemessungsgrundlagen an die Hand giebt, wie die Braunschweigische. Dies würde für die süddeutschen Staaten mit Ausnahme Badens zutreffen. Die andere Gruppe, zu der Preussen und Anhalt sowie auch Baden zu zählen wären, würde diejenigen Staaten enthalten, welche nach der Art ihrer Steuerbemessung sich grundsätzlich von der des Braunschweigischen Gesetzes unterscheiden. Insbesondere sind es daher auch die letzteren, und unter diesen speciell die Gesetze Preussens und Anhalts, die zum Vergleiche heranzuziehen sein würden.

Nach dem Braunschweigischen Gesetze unterliegen der Gewerbesteuer alle Personen, welche im Herzogthume eine gewerbmässige Beschäftigung betreiben. Eine Einschränkung, wonach, wie z. B. in Preussen und Anhalt, nur die stehenden Gewerbebetriebe mit der Gewerbesteuer zu belegen sind, macht das Braunschweigische Gesetz nicht, da in Braunschweig eine besondere Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen nicht besteht. Auch der Schankbetrieb und der Kleinhandel mit geistigen Getränken, der in Anhalt gesondert besteuert wird und in Preussen neben der Gewerbesteuer noch einer besonderen, auch bei Gewerbesteuerfreiheit erhobenen Betriebssteuer unterliegt, wird nach den Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes besteuert. Die durch das Braunschweigische Gesetz von der Steuerpflicht ausgenommenen Beschäftigungen entsprechen im Uebrigen im Allgemeinen den bezüglichlichen Bestimmungen des Preussischen und des Anhaltischen Gesetzes. Die Gewerbesteuerpflicht erstreckt sich demgemäss insbesondere nicht auf die der Urproduktion angehörenden, also die landwirthschaftlichen, forstwirthschaftlichen, Bergbau- etc. Betriebe, ferner nicht auf die sogenannten liberalen Berufsarten, den Lohndienst, gemeinnützige Unternehmungen u. A. Bezüglich der Befreiungen von der Gewerbesteuerentrichtung finden sich dagegen neben gemeinsamen Bestimmungen, wie Steuerfreiheit der Reichs- und Staatsbetriebe etc., auch wesentliche Verschiedenheiten. Das Preussische Gesetz zieht beispielsweise die kleinen Gewerbebetriebe, deren jährlicher Reinertrag eine bestimmte Höhe (1500 Mk.) nicht erreicht, nicht mehr zur

(Fortsetzung siehe Seite 30.)

Staat	Gegenstand der Besteuerung	Maassstab der Besteuerung
Braunschweig (Gesetz vom 27. März 1893)	Die Gewerbebetriebe, jedoch unterliegen eine Reihe von Gewerbsarten, wie die land- und forst- wirtschaftlichen Betriebe, die libe- ralen Berufsarten, gemeinnützige Un- ternehmungen u. s. w. der Gewerbe- besteuernng nicht	Aeussere Merkmale des Betriebes wie: Gehilfenzahl, Zahl der gebrauchten Druckpres- sen, Mahlgänge u. s. w.
Preussen (Gesetz vom 24. Juni 1891)	Die stehenden Gewerbebetriebe: Nicht gewerbsteuerpflichtig: im We- sentlichen wie in Braunschweig	1. Ertrag und 2. Anlage- und Betriebs- kapital
Bayern (Gesetz vom 19. Mai 1881)	Die stehenden Gewerbebetriebe: Nicht gewerbsteuerpflichtig: im We- sentlichen wie in Braunschweig	Aeussere Merkmale des Betriebes, wie: Gehilfenzahl, Menge des Verbrauchs und der zeugnisse u. s. w.
Württemberg (Gesetz vom 28. April 1873)	Die Gewerbebetriebe: Gewerbesteuerfreiheit: im Wesent- lichen wie in Braunschweig; nicht ge- werbesteuerfrei jedoch u. A. die unter- irdisch betriebenen Bergwerke und die Mineralbrunnen	1. der persönliche Arbeitsverdienst, 2. der Ertrag aus dem Betriebskapital
Baden (Gesetz vom 26. April 1886)	Die Gewerbebetriebe: Gewerbesteuerfreiheit: im Wesent- lichen wie in Württemberg	Die Höhe des Betriebskapitals
Anhalt (Gesetz vom 22. Mai 1897)	Die stehenden Gewerbebetriebe: Nicht gewerbsteuerpflichtig: im We- sentlichen wie in Braunschweig	Die Höhe des Ertrages
Hessen (Gesetz vom 8. Juli 1884)	Die Gewerbebetriebe: Gewerbesteuerfreiheit: im Wesent- lichen wie in Braunschweig	Aeussere Merkmale des Betriebes, und zwar: 1. Gehilfenzahl; 2. Miethwerth des Betriebslokales

Veranlagungssystem	Steuerbefreiungen kleiner Betriebe	Sonderbesteuerung einzelner Gewerbe												
<p>Tarifsystem:</p> <p>24 Tarifklassen von 2 Mk. bis 5000 Mk. (die oberste Tarifklasse umfasst die Steuersätze von 900 bis 5000 Mk.)</p>	<p>Nur einzelne Gewerbe, die besonders ungünstig gestellt sind, wie: Weber (mit nur 1 bis 2 Webstühlen, Näherinnen, Stickerinnen, Putzmacherinnen, Kochfrauen etc., sofern dieselben ohne Gehilfen arbeiten</p>	—												
<p>4 Steuerklassen:</p> <p>Ertrag oder Anlage- und Betriebskapital</p> <table border="1"> <tr> <td>I.</td> <td>über 50000 Mk. oder über 1000000 Mk.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>II.</td> <td>20000 „ „ „ 150000 „</td> <td></td> </tr> <tr> <td>III.</td> <td>4000 „ „ „ 30000 „</td> <td></td> </tr> <tr> <td>V.</td> <td>1500 „ „ „ 3000 „</td> <td></td> </tr> </table>	I.	über 50000 Mk. oder über 1000000 Mk.		II.	20000 „ „ „ 150000 „		III.	4000 „ „ „ 30000 „		V.	1500 „ „ „ 3000 „		<p>Betriebe von weniger als 1500 Mk. Jahresertrag oder 4000 Mk. Anlage- und Betriebskapital sind steuerfrei</p>	<p>Gast- und Schankwirthschaft, sowie Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus haben neben der Gewerbesteuer noch eine besondere Betriebssteuer zu entrichten, und zwar in Klasse I 100 Mk., Klasse II 50 Mk., Klasse III 25 Mk., Klasse IV 15 Mk., sowie bei Gewerbesteuerfreiheit 10 Mk.</p>
I.	über 50000 Mk. oder über 1000000 Mk.													
II.	20000 „ „ „ 150000 „													
III.	4000 „ „ „ 30000 „													
V.	1500 „ „ „ 3000 „													
<p>Tarifsystem:</p> <p>Die Gewerbesteuer setzt sich zusammen aus einer festen Normalanlage und einer veränderlichen, nach dem Betriebsumfange zu bemessenden Betriebsanlage. Der Tarif bestimmt die Höhe der Normalanlage für die einzelnen Gewerbe, und nach welchen äusseren Merkmalen die Betriebsanlage zu bemessen ist</p>	—	—												
<p>Tarifsystem:</p> <p>Die Tarifrung dient der Berechnung der Steuerkapitalien gemäss dem verschiedenen Antheile von Arbeit und Kapital am Ertrage</p>	<p>Der Ertrag aus dem Betriebskapital wird nicht in Anrechnung gebracht, wenn dieses weniger als 400 fl. beträgt</p>	<p>Das Gewerbesteuergesetz enthält besondere Bestimmungen, durch welche das Wandergewerbe in stärkerem Maasse getroffen wird</p>												
<p>Die Veranlagung wird auf Grund der für jede Finanzperiode im Wege der Verordnung geregelten Steuersätze vorgenommen</p>	<p>Gewerbebetriebe mit weniger als 700 Mk. Betriebskapital werden nicht besteuert</p>	<p>Das Wandergewerbe wird nach den Bestimmungen desselben Gesetzes in stärkerem Maasse herangezogen</p>												
<p>Die Veranlagung wird auf Grund der in bestimmten Prozentsätzen vom Ertrage bestehenden Steuersätze vorgenommen</p>	<p>Betriebe von geringerem Jahresertrage als 10000 Mk. unterliegen der Gewerbebesteuerung nicht</p>	<p>Sonderbestimmungen für Gast- und Schankwirthschaft und Kleinhandel mit geistigen Getränken</p>												
<p>Tarifsystem:</p> <p>Die Steuerkapitalien setzen sich zusammen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. aus tarifmässig festgelegten, fixen Steuerkapitalien, sowie 2. aus verhältnissmässigen, nach den Bestimmungen des Tarifs zu bemessenden Zusätzen 	<p>Einzelne Kleingewerbe</p>	<p>Sonderbestimmungen für die Wanderlager</p>												

Gewerbsteuer heran, wodurch seiner Zeit ungefähr ein Drittel der für die Gewerbebesteuerung in Frage kommenden Betriebe (ca. 300 000 von ca. 866 000) von der Besteuerung entbunden wurde. Das Anhaltische Gesetz geht darin noch weiter, indem es lediglich die grossen Betriebe (von 10 000 Mk. jährlichem Ertrage an) mit der Gewerbebesteuerung belegt, also nicht allein wie in Preussen den kleinen, sondern auch den mittleren Betrieb von der Gewerbebesteuerung befreit. Demgegenüber berücksichtigt das Braunschweigische Gesetz diesen Gesichtspunkt der Entlastung des Kleinbetriebes nicht in gleicher Weise. Es bestehen hier keine Bestimmungen, welche Betrieben, die einen gewissen Betriebsumfang nicht erreichen, Steuerfreiheit gewähren. Jedoch wird der geringeren Leistungsfähigkeit der Kleinbetriebe auch hier insoweit Rechnung getragen, als die Braunschweigische Gewerbebesteuerung gleichfalls die grösseren Betriebe, auch relativ, stärker trifft, während für diejenigen kleinsten Umfanges nur sehr geringe Steuersätze in Anwendung kommen.

Es wurde bereits erwähnt, dass das Braunschweigische Gewerbebesteuergesetz das Veranlagungsverfahren unter Anwendung des sogenannten Tarifsystems regelt, woraus sich der Mangel ergibt, dass bei einer grossen Anzahl von Gewerben für die Einschätzung in eine der Klassen des Tarifs keine sicheren Anhaltspunkte an die Hand gegeben werden können. Vielmehr bleibt es dem Erachten der Einschätzenden überlassen, welche Momente für die Veranlagung in Betracht gezogen werden sollen. Einheitlicher als in dem Braunschweigischen Gewerbebesteuergesetz ist das Veranlagungsverfahren durch die Preussische und die Anhaltische Gesetzgebung gestaltet.

Gemäss dem Preussischen Gesetze von 1891 werden die Gewerbebetriebe nach der Höhe ihres Anlage- und Betriebskapitals bzw. ihres jährlichen Ertrages in mehrere (vier) Steuerklassen eingetheilt. Die oberste Steuerklasse, welche die Betriebe mit dem höchsten Ertrage und Kapital umfasst, wird mit einem bestimmten Prozentsatze (1 %) vom Ertrage besteuert. Die den drei unteren Klassen angehörenden Gewerbebetriebe andererseits werden für jeden Veranlagungsbezirk zu Steuergesellschaften vereinigt und für diese durch Multiplikation bestimmter Mittelsätze mit der Zahl der Betriebe das von denselben aufzubringende Steuerkontingent berechnet, welches sodann durch die aus den Mitgliedern jener Steuergesellschaften gewählten Steueraussschüsse auf die einzelnen Mitglieder der Steuergemeinschaften entsprechend ihrer verschiedenen Leistungsfähigkeit vertheilt wird. Auch für die Steuerskala der drei unteren Klassen, z. B. für die Maximal- und Minimalsätze in denselben, ist der Steuersatz der ersten Klasse, d. i. eins vom Hundert des Ertrages, maassgebend.

Während das Preussische Gesetz bei der Steuerbemessung ausser dem Ertrage auch die Kapitalanlage berücksichtigt und die Zugehörigkeit eines Betriebes zu einer der Steuerklassen nur

dann allein durch den Ertrag bestimmt werden lässt, wenn der Ertrag des zu steuernden Unternehmens nachweislich während einiger (zweier) Jahre eine für jede Steuerklasse normirte Höhe nicht erreicht hat, dient der Anhaltischen Gewerbebesteuerung als Grundlage der Steuerbemessung allein der wirkliche Ertrag bezw. der des vorhergehenden Betriebsjahres, welcher unter Anwendung des Deklarationszwanges ermittelt wird. Die Anhaltische Gewerbebesteuerung ist progressiv für Erträge zwischen 110 000 und 200 000 Mk., für Erträge unterhalb jener Grenze beträgt der Steuersatz eins, für Erträge von 200 000 Mk. und darüber zwei vom Hundert.

Die Gewerbebesteuerung der süddeutschen Staaten zeigt, wie aus der Tabelle (S. 28 und 29) zu ersehen ist, mit Ausnahme Badens im Allgemeinen etwas mehr Aehnlichkeit mit der Braunschweigischen. Wenigstens insofern, als sowohl in Bayern wie auch in Württemberg und Hessen zur (tarifmässigen) Bemessung der Gewerbebesteuer äussere Merkmale des Betriebes in Betracht gezogen werden. Jedoch dienen dieselben in Württemberg nicht als Hilfsmittel zur Schätzung des Betriebsumfanges, sondern des Ertrages, da die Württembergische Gewerbebesteuer nicht wie in Braunschweig den Betriebsumfang, sondern wie in Anhalt und auch in Preussen den Ertrag treffen soll, wobei eine Scheidung zwischen persönlichem Arbeitsverdienst und dem der Kapitalanlage zuzuschreibenden Ertrage gemacht und der letztere in stärkerem Maasse belastet wird.

Der Betriebsumfang bildet dagegen wie in Braunschweig auch in Bayern und Hessen den Gegenstand der Besteuerung. Jedoch wird in Hessen für einige Gewerbe auch das Betriebskapital berücksichtigt, wie andererseits in Bayern in solchen Fällen, wo die äusseren Merkmale des Betriebes für die Schätzung seines Umfanges nicht ausreichen, der Ertrag für die Höhe der Steuer entscheidend ist.

Während in Bayern im Ganzen dieselben Betriebskennzeichen als Maassstab der Besteuerung Verwendung finden wie in Braunschweig, ist es in Württemberg ausser dem Betriebskapital wesentlich nur die Zahl und Art der Gehilfen, sowie in Hessen neben der Gehilfenzahl hauptsächlich nur der Miethwerth des Gewerbslokales, die bei der Steuerbemessung in Betracht kommen. Gemeinsam haben die Bayrische und Hessische Gewerbebesteuer die Eigenthümlichkeit, dass sich die Steuer aus zwei Bestandtheilen, einer fixen und einer variablen Steueranlage, zusammensetzt.

Eine Sonderstellung nimmt die Badische Gesetzgebung ein, für welche das Betriebskapital allein den Gegenstand der Besteuerung bildet.

IV. Einige Bemerkungen zur Beurtheilung der Grundsätze der Braunschweigischen Gewerbebesteuerung.

Bei der Frage nach der Brauchbarkeit der Braunschweigischen Gewerbebestimmungsmethode handelt es sich insonderheit darum,

ob sich die Anwendung des sogenannten Tarifsystems für die Zwecke der Gewerbebesteuerung eignet.

Allerdings vermag ein zu einiger Vollkommenheit ausgebildetes Tarifsystem in einem Lande von geringem Umfange und deshalb ziemlich gleichmässigen Erwerbs- und Lebensbedingungen eine immerhin noch grössere Sicherheit für eine gerechte Vertheilung der Steuerlast zu gewähren, als das beispielsweise in einem Staate von der Ausdehnung Preussens der Fall sein würde. Jedoch hat die Anwendung des Tarifsystems bei der Gewerbebesteuerung den Nachtheil, dass sie nicht im ganzen Umfange durchführbar ist, da es bei vielen Gewerbebetrieben unmöglich ist, einen zuverlässigen und einheitlichen Maassstab für ihren Betriebsumfang aus objektiven Kennzeichen desselben zu konstruiren. Das Braunschweigische Gewerbebesteuergesetz überlässt es daher bezüglich einer grossen Anzahl von Gewerbebetrieben innerhalb sehr weit gesteckter Grenzen dem Ermessen der Einschätzungskommissionen, welcher Tarifsatz in dem einzelnen Falle in Anwendung zu bringen ist. Wenn dabei in der Veranlagungspraxis vielleicht auch Beschwerden in dem vom Gesetze offen gelassenen Wege nicht in erheblichem Maasse erfolgt sein mögen, so könnte das möglicher Weise weniger auf die Zuverlässigkeit des Veranlagungsverfahrens als auf den Umstand zurückzuführen sein, dass es auch dem Besteuernten allzu sehr an einem Vergleichsmaasse, speciell bezüglich der verhältnissmässigen Belastung gegenüber anderen Gewerbsarten, fehlte, als dass der Einzelne die empfundenen Missstände auf dem Beschwerdewege zur Kenntniss der Behörde zu bringen in der Lage gewesen wäre.

Jedenfalls kann wohl kaum bezweifelt werden, dass eine Veranlagungsform, nach der die richtige Einschätzung eines grossen Theiles des Steuerpflichtigen (nach Mittheilungen von Mitgliedern der Einschätzungskommissionen) hauptsächlich eine Sache des Gefühls ist, nur eine zweifelhafte Garantie für eine gerechte Besteuerung gewährt, zumal die Besteuernten ihre etwaigen Reklamationen nicht gleichfalls mit dem allgemeinen Gefühl, zu hoch eingeschätzt zu sein, motiviren können.

Weiterhin pflegt gegen die in Braunschweig angewandte Methode der Gewerbebesteuerung allgemein auch geltend gemacht zu werden, dass bei den wesentlichen Verschiedenheiten in der Technik der einzelnen Gewerbsarten und selbst innerhalb gleichartiger Gewerbe zwischen Gross- und Kleinbetrieb auch hinsichtlich der Art und Bedeutung der für die Veranlagung maassgebenden äusseren Merkmale zu grosse Verschiedenheiten obwalten, um eine verhältnissmässige Besteuerung gewährleisten zu können.

Dass ein Zusammenhang zwischen jenen äusseren Betriebsmerkmalen und dem zu steuernden Betriebsumfange oder Ertrage vorhanden ist, steht natürlich ausser Frage, aber in welchem Verhältnisse diese verschiedenen Faktoren in den einzelnen Fällen zu einander stehen, lässt sich eben überhaupt nicht irgendwie be-

stimmen; und selbst wenn die für einige Gewerbeklassen aufgestellten festen Tarifsätze annäherungsweise eine verhältnissmäßige Belastung der verschiedenen Betriebe bewirken, so müssen doch durch die fortwährend sich vollziehenden Veränderungen in den Produktionsbedingungen vieler Gewerbe stets von Neuem wieder Verschiebungen der Verhältnissmäßigkeit des Steuertarifs eintreten.

Es kommt hier ferner in Betracht, dass bei der stetig mehr hervortretenden Tendenz des Ueberganges vom Handwerks- zum Fabrikbetriebe die Zahl der Unternehmungen, für die eine eigentliche Tarifrung nicht möglich ist, die aber gerade die Hauptträger der Steuerlast sind, in beständiger Zunahme begriffen ist, die mehr oder weniger vorhandenen Mängel eines nicht durchgehends anwendbaren Tarifsystems sich also der Natur der Sache nach ständig vermehren müssen.

Es erscheint daher wohl gerechtfertigt, eine etwaige wiederholte Revision des geltenden Gesetzes nicht auf eine Prüfung der Tarifbestimmungen zu beschränken, sondern auch die Grundlagen des Gesetzes auf ihren Werth zu untersuchen und für ihre Beurtheilung auch den Stand der bezüglichen Gesetzgebung anderer Staaten in Rücksicht zu ziehen.

Kaufmännisches Lehrlingsheim zu Braunschweig.

Nach den anstrengenden Wochen der Weihnachtszeit war es den jugendlichen Mitgliedern des Kaufmännischen Lehrlingsheims wohl zu gönnen, sich zu fröhlichem festlichem Thun am Sonntag, den 7. Januar d. J., in den vorderen Räumen des Hotel d'Angleterre zusammenzufinden. Mehr als 100 Theilnehmer füllten die mit grossem Aufwande an Zeit und Mühe festlich hergerichteten kleinen Räume bis auf den letzten Platz. Erschienen waren ausser den etwa 50 Mitgliedern des Heims, Vertreter der Handelskammer, des Vorstandes, der kaufmännischen Vereine, Lehrherren und Angehörige der Mitglieder und einige Freunde und Gönner des Heims.

Die beiden im Hintergrunde der selbsterrichteten Bühne stehenden schöngeputzten Tannenbäume gaben dem Ganzen die rechte Weihnachtsstimmung.

Es muss vor Allem lobend erwähnt werden, dass sämtliche Darbietungen, auch die musikalischen, lediglich von Mitgliedern des Heims ausgeführt wurden, dass die jugendlichen Darsteller ihre Aufgabe sehr ernst genommen, fleissig geübt hatten und deshalb Ausgezeichnetes leisteten.

Hervorzuheben sind hier das mit schönem Ausdruck vorge tragene Weihnachts-Melodrama »Die Weihnachtsfee«, die mannigfachen wohl gelungenen hoch- und plattdeutschen Vorträge und das vorzüglich nach den Klängen eines Walzers ausgeführte Keulenschwingen, das sehr schwierige Uebungsfolgen brachte.

Das Hauptinteresse des Abends nahm jedoch die Aufführung des humorvollen Schwanks »Der Bauer als König Herodes« in

Anspruch. Die vielen Anklänge an die Braunschweiger Oertlichkeit, an die Tagesereignisse, die Verflechtung des Braunschweiger Industrieliedes in den Text und die ganz vorzügliche Darstellung durch die Mitglieder verdient höchste Anerkennung, zumal es keine leichte Aufgabe war, den ziemlich umfangreichen Zweiakter zu bewältigen.

Den Beschluss des Festes machte eine grosse Weihnachtsverloosung, die jedem Mitgliede einen passenden Gegenstand brachte, und eine humorvolle amerikanische Versteigerung, wobei die besondere Geschäftstüchtigkeit der Veranstalter im besten Lichte erstrahlte.

Auch in diesem Jahre wurden unter einer Ansprache von Seiten des Leiters an sieben tüchtige und strebsame Mitglieder des Heims werthvolle Bücherprämien, gestiftet vom Vorstande, zur Anerkennung und zur Erinnerung vertheilt.

Der Vorsitzende hatte wiederum drei besonders werthvolle Bücher zur Vertheilung gestiftet.

Ein gemeinsames Abendessen, vom Vorstande dargeboten, vereinigte darauf die Mitglieder zu fröhlicher Tafelrunde, und so war bald die heiterste Stimmung eingezogen.

Von Seiten der Mitglieder des Heims wurde dem Leiter eine von einem Mitgliede künstlerisch ausgeführte Widmung im Rahmen überreicht.

Um den kaufmännischen Lehrlingen der Stadt Gelegenheit zu geben, der Vereinigung beizutreten, sei noch Folgendes bemerkt:

Die Veranstaltungen des Kaufmännischen Lehrlingsheims finden allsonntäglich von 4 Uhr ab statt.

Versammlungszimmer sind die vorderen Räume des Hotel d'Angleterre.

Jeder kaufmännische Lehrling Braunschweigs, der sich eines untadelhaften Rufes erfreut, kann Mitglied werden, wenn er sich beim unterzeichneten Leiter des Heims mündlich oder schriftlich anmeldet und sich zur Innehaltung der Hausordnung verpflichtet.

Th. Sander.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(Dezember.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Die anhaltend kalte Temperatur und trockene Luft ist der Fabrikation sehr nützlich gewesen. Es ist wohl durchweg nur allerbeste Qualität in Dauerwaare auf Lager gekommen. Auch der Absatz war im Dezember sehr befriedigend.

Die Bestände per ultimo des Jahres schätzen wir folgendermaassen:

Cervelatwurst in Fettdarm	7500 Ctr.
Plockwurst, Mettwurst, Cervelatwurst in	
Rindsdarm und Salami	2800 »
Rothwurst	1600 »
Speck	2200 »

Denecke & Himmel.

Getreidehandel.

Im abgelaufenen Berichtsmonat war das Wetter recht winterlich; der starke Frost dürfte indessen den Saaten Schaden nicht gebracht haben, da dieselben mit einer genügend schützenden Schneedecke versehen waren.

Obgleich in Weizen die Landzufuhren nicht sehr belangreich waren, blieb doch das Geschäft schwertällig, da Mühlen des unlohnenden Mehlabsatzes halber mit Vorsicht aufnahmen. Erste Kosten kaufte man im Anfang des Monats mit 140 bis 141 Mk. und bewilligte am Schlusse 142 bis 143 Mk.

Roggen war zeitweise gefragt und bis 150 Mk. bezahlt, schwächte sich aber zu Ende des Monats auf 147 Mk. ab. Bezüge in schöner schwerer Qualität liessen hin und wieder von Mecklenburg und der Altmark Rechnung.

In Hafer konnte sich das Geschäft nicht beleben. Wenn auch aus der nahen Umgegend ein stärkeres Angebot nicht hervortrat, so fand doch der Bedarf von den nahen Stationen reichlich Deckung. Beahlt wurden 134 bis 142 Mk. erste Kosten. Braugerste fand schwer Käufer, trotzdem sich Eigner williger zeigten.

Futtergerste blieb in fester Haltung. Die Dezember-Abladungen zu Wasser konnten Magdeburg in Folge des eingetretenen Frostes nicht erreichen und wurde daher greifbare Waare knapp, die auf dem Bahnwege von Hamburg bezogen werden musste.

Ebenso fehlten aus gleichem Grunde die in Magdeburg tälligen Ankünfte in Mais; es konnte sich daher auch dieser Artikel im Preise befestigen. F. Peters.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Carl Quakatz, Handelsgeschäft für Drogen, Material- und Kurzwaaren, Vorfelde. Inhaber: Kaufmann Carl Quakatz, am 10. November 1899.
2. C. Roselieb, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Carl Roselieb daselbst, am 29. November 1899.
3. E. Hel mold, Kartonnagenfabrik mit Dampftrieb, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Ernst Hel mold, am 2. Dezember 1899.
4. Krug & Kiesler, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Paul Krug und Ingenieur Otto Kiesler. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Dezember 1899.
5. Erich Hohnstein, Agentur- und Kommissionsgeschäft in Maschinenölen und technischen Bedarfsartikeln, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Erich Hohnstein, am 2. Dezember 1899.
6. Wilh. Krull & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Königsutter. Das Stammkapital beträgt 250 000 Mk. und wird durch 9 Stammeiplagen, nämlich 8 zu je 1000 Mk., eine zu 242 000 Mk. gebildet, am 6. Dezember 1899.
7. Bourjau & Co., Kommanditgesellschaft, Schöningen. Persönlich haftende Gesellschaft: Fabrikbesitzer Carl Bourjau in Berlin-Charlottenburg, Fabrikbesitzer Otto Bourjau daselbst, Kaufmann Richard Müller zu Schöningen, Chemiker Dr. Richard Stephan daselbst und als Kommanditisten zwei Personen; von den persönlich haftenden Gesellschaftern sind je nur 2 gemeinschaftlich, event. einer mit einem zu bestellenden Prokuristen zusammen zur Vertretung der Gesellschaft befugt, am 7. Dezember 1899.
8. L. W. Grimm, Drahtweberei, -Flechtere und Stacketfabrik, Braunschweig. Inhaber: Drahtwarenfabrikant Louis Wilhelm Grimm, am 9. Dezember 1899.
9. Alb. Grübel, Schöppenstedt. Inhaber: Kaufmann Albert Grübel, am 8. Dezember 1899.
10. Deutscher Waaren-Einkaufs-Verein, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in der Stadt Braunschweig und ist eine Zweigniederlassung der in Hamburg bestehenden Hauptniederlassung. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Weinen und Spirituosen. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 20 000 Mk. Als Geschäftsführer ist der Kaufmann Karl Mendthal zu Königsberg bestellt. 11. Dezember 1899.
11. Julius Maas, Blankenburg a. H. Inhaber: Ehefrau des Kaufmanns Julius Maas, Clara geb. Lindstaedt, in Halberstadt. Das Geschäft ist eine Zweig-

- niederlassung der im Handelsregister Königlichen Amtsgerichts Minden eingetragenen Firma Julius Maas, am 12. Dezember 1899.
12. Geschw. Hinze, Specialgeschäft in Betten und Bettfedern, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Otto Hinze und die unverehelichte Ottilie Hinze. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 15. Dezember 1899.
 13. H. Büssing, Konstruktionen und Vertrieb von Eisenbahnbedarfsgegenständen, Braunschweig. Inhaber: Ober-Ingenieur Heinrich Büssing, am 18. Dezember 1899.
 14. L. Schmidts Wwe., Zorge. Inhaberin: Wwe. Emilie Schmidt, geb. Emmer, daselbst, am 6. Dezember 1899.
 15. Ernst Schilling, Seesen. Inhaber: Kaufmann Ernst Schilling daselbst, am 18. Dezember 1899.
 16. H. Bokemüller, Handel mit Eisen, Eisenwaaren und Kohlen, Königslutter. Inhaber: Kaufmann Heinrich Bokemüller, am 14. Dezember 1899.
 17. Maschinenfabrik M. Ehrhardt, Actiengesellschaft in Wolfenbüttel. Zeitige Vorstandsmitglieder sind: Kaufmann Heinrich Roth-Braunschweig, Ingenieur Otto Schmidt-Wolfenbüttel, Kaufmann Hugo Döring-Wolfenbüttel. Das Grundkapital beträgt 320 000 Mk., zerlegt in 320 auf den Inhaber lautende Aktien à 1000 Mk. Jede Aktie gewährt eine Stimme. Mitglieder des ersten (aus drei Personen bestehenden) Aufsichtsraths sind: Maschinenfabrikant Max Ehrhardt-Wolfenbüttel, Direktor Dr. Oscar von Grüber-Vienenburg, Dr. phil. Hermann Buchler-Braunschweig. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Juli bis 30. Juni. Die Gründer, welche sämtliche Aktien übernommen haben, sind: Maschinenfabrikant Max Ehrhardt-Wolfenbüttel, Kaufmann Heinrich Roth-Braunschweig, Rentner Wilhelm Becker-Wolfenbüttel, Ingenieur Otto Schmidt-Wolfenbüttel, Kaufmann Hugo Döring-Wolfenbüttel. Die Gesellschaft hat die sämtlichen Aktiva und Passiva der Firma M. Ehrhardt in Wolfenbüttel übernommen, am 21. Dezember 1899.
 18. C. F. C. Körner, Velpke. Inhaber: Steinbruchbesitzer Friedrich Körner sen. und Steinbruchbesitzer Friedrich Körner jun. daselbst. Offene Handelsgesellschaft, begonnen 1894, am 7. Dezember 1899.
 19. Maschinenfabriken R. Karges und Gustav Hammer & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. Das Grundkapital beträgt 1 050 000 Mk., eingetheilt in 1050 auf den Inhaber lautende Aktien von je 1000 Mk. Der Vorstand besteht aus zwei oder drei Personen. Die Bestellung von Stellvertretern ist zulässig. Die Gründer der Gesellschaft, als: die Firma D. Meyersfeld, hierselbst, die Firma N. S. Nathalion Nachf., hierselbst, der Kaufmann Carl Heimbürger in Münster, die Firma Theod. Ebeling, hierselbst, der Fabrikant Robert Karges, hierselbst, der Fabrikant Hermann Fröling, der Ingenieur Gustav Hammer, der Fabrikant Richard Heike, haben sämtliche Aktien übernommen. Den Vorstand bilden: Fabrikant Robert Karges, Fabrikant Hermann Fröling, Fabrikant Richard Heike, Prokurist Rudolf Moll, Prokurist Oscar Kirchner, sämtlich hierselbst. Letztere beiden als Stellvertreter des Vorstandes. Zu Mitgliedern des Aufsichtsraths sind gewählt: Oberbaurath Beck in Dresden, Bankier Alfred Ebeling, hierselbst, Ingenieur Gustav Hammer, hierselbst, Fabrikdirektor David Kacmpter, hierselbst, Bankier Otto Löhnefinke, hierselbst, Bankier Bernhard Meyersfeld, hierselbst, Fabrikdirektor Hermann Heylandt in Magdeburg, am 27. Dezember 1899.
 20. Harzer Bankverein, Aktiengesellschaft, Blankenburg a. H. Das Grundkapital beträgt 500 000 Mk., Höhe der einzelnen Aktien 1000 Mk., die Aktien lauten auf den Inhaber. Der Vorstand besteht nach den Bestimmungen des Aufsichtsrathes aus einem oder mehreren Mitgliedern, welche sämtlich vom Aufsichtsrathe gewählt und bestellt werden. Gründer sind: Rentner Hermann Peters zu Blankenburg a. H., Bankier Emil Glaser, daselbst, Bankier Friedrich Lindemann zu Halberstadt, Direktor Johann Lorentz zu Blankenburg a. H., Prokurist Emil Rödiger, daselbst. Diese haben die sämtlichen Aktien übernommen. Vorstand: Emil Rödiger zu Blankenburg a. H., bisher Prokurist im Bankhause M. Glaser, daselbst. Die Aufsichtsrathsmitglieder sind die vorgenannten Gründer mit Ausnahme des Vorstandes Rödiger, am 28. Dezember 1899.

21. A. Wick, Handel mit Korb-, Holz- und Seilerwaaren seit dem 1. April 1899, Blankenburg a. H. Inhaber: Korbmöbelfabrikant Asmus Wick, daselbst, am 28. Dezember 1899.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. C. W. Fricke & Röse, Schöningen. Der Techniker Alfred Fricke ist als alleiniger Inhaber dieser Firma eingetragen. 28. November 1899.
2. Fritz Schröder, Blankenburg. Die Firma ist durch Erbgang auf die Wittve des Kaufmanns Fritz Schröder, Friederike geb. Nethe, und die minderjährigen Otto, Franz, Bertha, Geschwister Schröder, übergegangen. 27. November 1899.
3. Brauerei »Glück auf«, Blankenburg a. H. In Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlung vom 5. August und 8. Dezember 1897 sind 150 Stück Prioritätsaktien zum Nominalbetrage von je 1000 Mk. ausgegeben, welche sämtlich von der Firma Ph. Reichenbach & Co. in Quedlinburg gezeichnet sind. Diese Firma hat den Betrag von 150 000 Mk. voll eingezahlt. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt nunmehr wiederum 300 000 Mk. 27. November 1899.
4. Bierbrauerei zum Feldschlösschen, Aktiengesellschaft zu Braunschweig. Das Grundkapital ist um 50 000 Mk. erhöht. 4. Dezember 1899.
5. Braunschweig-Hannoversche Hypothekbank, Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 3. November d. J. sind die §§ 1 bis 26 des Gesellschaftsstatuts abgeändert resp. ergänzt. Der vom Aufsichtsrath zu ernennende Vorstand (Direktion) besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind im »Deutschen Reichsanzeiger« und in den »Braunschweigischen Anzeigen« zu veröffentlichen. 6. Dezember 1899.
6. Bourjau & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Schöningen. Durch Uebereinkunft der Gesellschafter hat sich die Gesellschaft mit dem 27. November 1899 aufgelöst. Die Firma besteht nur noch als Liquidationsfirma und ist zum Liquidator der Kaufmann Richard Müller zu Schöningen bestellt. 7. Dezember 1899.
7. Braunschweigische Dampfmühlengesellschaft, Braunschweig. Die §§ 1 bis 25 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt. Der Vorstand besteht je nach Bestimmung des Aufsichtsrathes aus einem oder mehreren Direktoren, welche vom Aufsichtsrathe gewählt und eingesetzt werden. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt, falls der Vorstand aus einem Mitgliede besteht, durch dieses oder durch die Mitwirkung zweier Prokuristen; falls der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, durch zwei derselben oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen oder durch zwei Prokuristen. Diese Vorschriften gelten insbesondere auch für die Zeichnung der Firma. Alle Bekanntmachungen der Gesellschaft, alle Ladungen, Aufforderungen und sonstige Mittheilungen an die Aktionäre, welche unter der Firma der Gesellschaft und, falls sie vom Aufsichtsrathe ausgehen, von dessen Vorsitzenden erlassen werden, gelten als gehörig geschehen, wenn sie einmal durch den »Reichsanzeiger« veröffentlicht worden sind. 5. Dezember 1899.
8. Brauerei »Glück auf«, Blankenburg a. H. Der Brauereidirektor Conrad Müller ist aus dem Vorstande ausgeschieden. Der Vorstand besteht fortan aus dem Brauereidirektor Adam Wüchner allein. 4. Dezember 1899.
9. Berzau & Schwieger, Blankenburg a. H. Die Firma ist in »Heinrich Schwieger« abgeändert. 7. Dezember 1899.
10. Braunschweigische Aktiengesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie, Braunschweig. Die §§ 1 bis 31 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt. Das Grundkapital besteht zur Zeit aus: 54 Aktien (Serie I) zu 300 Thlr. = 900 Mk. = 48 600 Mk., 958 Aktien (Serie II) zu 300 Mk. = 47 400 Mk., 2904 Aktien zu 1000 Mk. = 2 904 000 Mk., zusammen 3 000 000 Mk. Jeder Aktienbetrag von 100 Mk. gewährt eine Stimme. Kein Aktionär darf mehr als 1000 Stimmen abgeben. Nach völliger Durchführung des Umtausches der Aktien in Stücke von 1000 Mk. gewährt jede Aktie eine Stimme. Alsdann darf kein Aktionär mehr als 100 Stimmen abgeben. Der

Vorstand besteht aus zwei oder mehreren vom Aufsichtsrathe zu bestellenden Direktoren. Zur Vertretung der Gesellschaft bedarf es der Mitwirkung zweier Vorstandsmitglieder oder der Mitwirkung eines Vorstandsmitgliedes in Gemeinschaft mit einem Prokuristen. Der Aufsichtsrath ist befugt, einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugniß zu ertheilen, die Gesellschaft allein zu vertreten. 9. Dezember 1899.

11. Braunschweigische Torfstreifefabrik vorm. Ed. Meyer & Co., Braunschweig. Laut Beschluss der Generalversammlung vom 5. d. Mts. ist die Liquidation der Gesellschaft beschlossen und der Vorstand, Postmeister a. D. Ludwig Schmidt, als alleiniger Liquidator bestellt. Derselbe ist gleichzeitig zum freihändigen Verkauf des Gesellschaftsgrundstücks nebst Maschinen und Inventar unter Vorbehalt der Genehmigung desselben durch die Generalversammlung ermächtigt. 14. Dezember 1899.
12. Braunschweigische Landeseisenbahngesellschaft, Braunschweig. Der Gesellschaftsvertrag ist abgeändert und neu festgestellt. Die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen rechtsverbindlich durch einmaligen Abdruck in den Gesellschaftsblättern. Die Generalversammlung kann auch durch den Vorstand berufen werden. Die Berufung erfolgt unter Angabe des Zwecks der Generalversammlung durch öffentliche Bekanntmachung in den Gesellschaftsblättern, welche spätestens 18 Tage vor dem Versammlungstage erscheinen muss. 12. Dezember 1899.
13. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, Filiale Darmstadt zu Darmstadt. Ingenieur Hugo Luther zu Braunschweig ist aus dem Vorstande ausgeschieden, und wurden Kaufmann Ferdinand Estel, sowie Ingenieur Rudolf Bayer daselbst als stellvertretende Direktoren in den Vorstand gewählt. 9. Dezember 1899.
14. Aktien-Cementfabrik Schlewecke. Der Kothsass August Strauss, der Ackermann August Bode, der Ackermann August Meyer, der Ackermann Hermann Klingemann, der Kantor G. Zimmermann zu Schlewecke sind in den Vorstand gewählt. 13. Dezember 1899.
15. Zeitter & Winkelmann, Braunschweig. Der Pianofortefabrikant Rudolf Winkelmann ist nach erlangter Volljährigkeit die obige Firma zu zeichnen berechtigt. 20. Dezember 1899.
16. L. W. Grimm, Braunschweig. Das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von dem bisherigen Inhaber, Drahtwaarenfabrikanten Louis Wilhelm Grimm, seit dem 1. Dezember d. J. an die Drahtwaarenfabrikanten Paul und Wilhelm Grimm abgetreten, welche das gedachte Handelsgeschäft jetzt in offener Handelsgesellschaft bei unveränderter Firma fortführen. 20. Dezember 1899.
17. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Die §§ 5, 12, 15 und 16 sind abgeändert resp. ergänzt. Die Ausgabe von Aktien in einem höheren als dem Nennbetrage ist gestattet. Der Vorstand besteht aus einem oder zwei vom Aufsichtsrathe zu ernennenden Mitgliedern (Direktoren). Der Aufsichtsrath kann auch Stellvertreter der Vorstandsmitglieder (stellvertretende Direktoren) ernennen. Alle Urkunden und Erklärungen sind für die Gesellschaft rechtsverbindlich, wenn sie mit der Firma der Gesellschaft unterzeichnet oder unterstempelt, und die Unterschriften entweder von zwei Direktoren, oder von einem Direktor und einem stellvertretenden Direktor, oder von einem Direktor und einem Prokuristen, oder von zwei stellvertretenden Direktoren, oder von einem stellvertretenden Direktor und einem Prokuristen, oder von zwei Prokuristen handschriftlich beigelegt sind. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so zeichnet dieses allein. Der Direktor Albert Lemmer ist als Vorstandsmitglied berechtigt, die obige Firma allein zu zeichnen. 19. Dezember 1899.
18. Zuckerfabrik Gandersheim in Gandersheim. An Stelle des verstorbenen Amtraths Crüsemann ist Oberamtmann Heinrich Dannenbaum in Schachtenbeck zum Vorstandsmitgliede gewählt. 14. Dezember 1899.
19. A. W. Mackensen, Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Schöningen. Das Stammkapital ist um 60 000 Mk. erhöht worden. 27. Dezember 1899.

20. Ludwig Spengler Nachf. R. Sturm, Blankenburg a. H. Nachdem zu Folge der Anmeldung vom 9./11. September 1899 das Geschäft auf die Ehefrau des Juweliers Adolf Sturm, Lina geb. Krug, übergegangen war, nach der Anmeldung vom 14./23. Dezember 1899 aber auf die frühere Firmeninhaberin Rosa Sturm zurück übertragen ist, wird die *eingetragene* Firma unverändert fortgeführt. 28. Dezember 1899.

3. Löschungen.

1. Ed. Heipke Nachf., Braunschweig. 2. Dezember 1899.
2. Fink & Co., Braunschweig. 2. Dezember 1899.
3. Otto Rabsilber, Braunschweig. 2. Dezember 1899.
4. Lina Rabsilber, Braunschweig. 2. Dezember 1899.
5. Julius Maass, Zweigniederlassung der in Hannover bestehenden Hauptniederlassung, Braunschweig. 18. Dezember 1899.
6. H. Willeke jun., Königslutter. 23. Dezember 1899.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. W. Spindler, Zweigniederlassung der in Berlin bestehenden Hauptniederlassung, Braunschweig. Dem Dr. Wilhelm Carl Adolf Spindler und Karl Robert Martin Spindler zu Berlin ist für obige Firma in der Weise Prokura ertheilt, dass dieselben sowohl gemeinschaftlich, als jeder derselben in Gemeinschaft mit einem anderen der bereits bestellten Prokuristen zur Zeichnung der obigen Firma berechtigt sind. 4. Dezember 1899.
2. Herzogliches Hofbrauhaus Carl Wolters & Co., Braunschweig. Dem Kaufmann Edmund Dreyer ist für obige Firma in der Weise Prokura ertheilt, dass derselbe berechtigt sein soll, die Firma in Gemeinschaft mit einem der bereits bestellten Prokuristen Giesecke und Nolte rechtsverbindlich zu zeichnen. 6. Dezember 1899.
3. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, Filiale Darmstadt zu Darmstadt. Dem Ingenieur Rudolf Bayer zu Braunschweig wurde am 19. Juni 1899 und dem Kaufmann Max Winkler daselbst am 12. Juli 1899 Prokura ertheilt, dergestalt, dass Genannte berechtigt sind, in Gemeinschaft mit einem Direktor, stellvertretenden Direktor oder Prokuristen die Gesellschaftsfirmen zu zeichnen. 9. Dezember 1899.
4. H. Büssing, Braunschweig. Dem Ingenieur Ernst Büssing ist für obige Firma Prokura ertheilt. 18. Dezember 1899.
5. Sel. C. F. Bollmann Wwe. & Sohn, Braunschweig. Den Kaufleuten Carl Loth und August Meyer ist für obige Firma Einzelprokura ertheilt. 18. Dezember 1899.
6. Ludwig Spengler Nachf. R. Sturm, Blankenburg a. H. Dem Juwelier Adolf Sturm ist für obige Firma Prokura ertheilt. 28. Dezember 1899.

5. Prokuralöschungen.

Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, Filiale Darmstadt zu Darmstadt. Die dem Kaufmann Heinrich Roth zu Braunschweig ertheilte Prokura ist am 30. Juni 1899, und die dem Kaufmann C. Glück zu Darmstadt ertheilte Prokura ist am 30. September 1899 erloschen. Die dem Kaufmann F. Estel und Ingenieur R. Bayer zu Braunschweig ertheilte Prokura ist erloschen, am 9. Dezember 1899.

Genossenschaftsregister.

Abänderungen.

1. Konsumverein Stadtoldendorf, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Stadtoldendorf. Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Einkauf von Lebens- und Wirthschaftsbedürfnissen im Grossen und Ablass im Kleinen an die Mitglieder. Zwei Vorstandsmitglieder können rechtsverbindlich für die Genossenschaft zeichnen und Erklärungen abgeben. An Stelle des ausgeschiedenen Carl Werner ist Moritz Hackenberg zu Stadtoldendorf zum Vorstandsmitgliede bestellt. 2. Dezember 1899.
2. Allgemeiner Konsumverein, e. G. m. b. H., zu Wolfenbüttel. Die §§ 62 und 66 des Statuts sind abgeändert, Haftsumme und Geschäftsantheil sind auf je 20 Mk. erhöht. 18. Dezember 1899.

3. Molkerei Scharfoldendorf, e. G. m. u. H., in Scharfoldendorf. Für das ausscheidende Vorstandsmitglied Halbmeier Carl Meier in Scharfoldendorf ist der Ackerbürger Carl Müller zu Eschershausen in den Vorstand gewählt. 20. Dezember 1899.
4. Konsumverein für Westerode und Umgegend, e. G. m. b. H. Die bisherigen Vorstandsmitglieder: Kleinköther Heinrich Bothe, Grossköther Heinrich Müller und Halbspänner Hugo Willecke sind wiedergewählt worden. 19. Dezember 1899.
5. Brennereigenossenschaft in Barmke, e. G. m. b. H. Für den verstorbenen Halbspänner Christoph Schünemann ist der Kothsass Heinrich Pape in Barmke neu gewählt. 16. Dezember 1899.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Wilhelm Voigt, Kreisdachdeckermeister, Bündheim, 30. November 1899. Anzeigefrist bis 13. Dezember 1899, Anmeldefrist bis 15. Januar 1900. Prüfungstermin am 23. Januar 1900.
2. C. Schüler, Gastwirth, Trautenstein, 2. Dezember 1899. Anzeigefrist bis 30. Dezember 1899, Anmeldefrist bis 11. Januar 1900. Prüfungstermin am 25. Januar 1900.
3. A. Kage, Händler, Broistedt, 7. Dezember 1899. Anzeige- und Anmeldefrist bis 15. Januar 1900. Prüfungstermin am 15. Februar 1900.
4. Hugo Röber, Goldarbeiter, Braunschweig, 14. Dezember 1899. Anmeldefrist bis 16. Januar 1900. Prüfungstermin am 2. Februar 1900.
5. Carl Schumann, Pastor, Heimburg, 14. Dezember 1899. Anmeldefrist bis 13. Januar 1900. Prüfungstermin am 3. Februar 1900.
6. B. F. Meyer, Offene Handelsgesellschaft, Braunschweig, 23. Dezember 1899. Anzeigefrist bis 10. Februar, Anmeldefrist bis 1. Februar 1900. Prüfungstermin am 27. Februar 1900.
7. Georg Klostermann, Lotteriekollekteur, früher Braunschweig, jetzt unbekannten Aufenthalts, 28. Dezember 1899. Anzeigefrist bis 20. Januar, Anmeldefrist bis 1. Februar 1900. Prüfungstermin am 14. Februar 1900.

2. Abrechnungen.

1. Ernst Bock, Schlossermeister, Braunschweig. Vergleichstermin am 10. Januar 1900
2. Wilhelm Nehls, Fabrikant, Harzburg. Prüfungstermin am 9. Januar 1900.

3. Aufhebungen.

1. Heinrich Mintz, in Firma C. H. Mintz, Wolfenbüttel, am 29. November 1899.
2. Hugo Strössner, Buchhalter, früher auf Zuckerfabrik Jerxheim, jetzt unbekannten Aufenthalts, am 13. Dezember 1899.
3. Heinrich Pistorius, Garderobehändler, Braunschweig, am 27. Dezember 1899.
4. Zickfeldt & Andres, jetziger Inhaber Johannes Andres, Braunschweig, am 22. Dezember 1899.

Dieser Nummer der „Monatsschrift“ liegt ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung von Ferdinand Hirt & Sohn, Leipzig, bei.

Carl Arndt Ingenieur.

Gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Patent-, Muster- und Zeichenwesen.

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Braunschweig,

Kaiser Wilhelmstr. 1a.



Fernsprecher 597.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 2.

Braunschweig, Februar 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Maschstrasse 48, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute.

Für die von uns in der Plenarsitzung vom 6. November v. J. beschlossene Stiftung zur Ausbildung tüchtiger junger Kaufleute sind (ausser den bereits früher gestifteten 10300 Mk.) bis heute noch weitere 12000 Mk. durch freiwillige Zeichnungen unserer Fabrikanten und Kaufleute aufgebracht worden, so dass wir schon jetzt in der Lage sind, von den Erträgen einigen besonders tüchtigen jungen Kaufleuten, welche sich auf einer Handelsschule oder einer Handelshochschule eine höhere fachliche Ausbildung erwerben wollen, hierzu eine Beihilfe zu gewähren. Gesuche sind an den Vorsitzenden der Abtheilung für das kaufmännische Unterrichtswesen, Herrn Kommerzienrath Dr. Schmidt, einzureichen.

Braunschweig, den 16. Februar 1900.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Zur Gewerbesteuerfrage.

In Ergänzung unserer Mittheilungen über die Braunschweigische Gewerbebesteuerung im Januarheft der Monatsschrift geben wir im Folgenden noch eine Darstellung der Grundzüge des Elsass-Lothringischen Gewerbesteuergesetzes, sowie ferner der gesetzlichen Bestimmungen, die für die völlige oder theilweise Ueberweisung des Gewerbesteuer-Ertrages an die Gemeinden Geltung haben.

I. Elsass-Lothringisches Gewerbesteuergesetz vom 8. Juni 1896.

1. Abgrenzung der steuerpflichtigen Betriebe.

Pflichtig: Die im Lande betriebenen stehenden Gewerbe, einschliesslich der Berufsthätigkeit der Aerzte, Gerichtsvollzieher, Notare und Rechtsanwälte.

Befreit: Das Reich, Elsass-Lothringen; öffentliche gemeinnützige Unternehmungen; öffentliche Kreditverbände und Versicherungsanstalten; Reichsbank;

ferner: Land- und Forstwirtschaft, Viehzucht, Jagd, Fischzucht, Obst- und Weinbau, Gartenbau (mit Ausnahme der Handelsgärtner); landwirtschaftliche Brennereien; Bergbau, Steinbrüche, Torfstiche etc. etc.; Handel auf den Wochenmärkten; amtliche Berufe; Genossenschaften etc. zur gemeinsamen Verwertung landwirtschaftlicher Produkte und Gebrauchsgegenstände; nicht öffentliche Kreditvereine mit weniger als 50000 Mk.; Möglichkeit der Steuerbefreiung durch das Ministerium für private gemeinnützige Unternehmungen.

2. Was dient der Besteuerung zur Grundlage?

Die Besteuerung der Gewerbe erfolgt nach Maassgabe der Ertragsfähigkeit derselben, welche unter normalen Verhältnissen nach Abzug der Betriebsunkosten erfahrungsgemäss durchschnittlich angenommen werden kann.

3. In welcher Weise wird die Einschätzung vorgenommen?

Die Höhe der Steuer beträgt 1,90 vom Hundert der Ertragsfähigkeit und wird nach einem Tarife erhoben, gemäss welchem bei kleinen Betrieben nur ein Prozentsatz vom Mittelbetrage der Ertragsfähigkeit der Steuer von 1,90/100 unterliegt.

Tarif zur Berechnung der Gewerbesteuer.

Stufe \	Ertragsfähigkeit	Mittelbetrag der Ertragsfähigkeit	Der Steuer von 1,90/100 unterliegen von dem Mittelbetrag der Ertragsfähigkeit 100
	Mk.	Mk.	
1	unter 500	250	20
2	von 500 bis 1000	750	35
3	» 1000 » 1500	1250	50
10	» 6000 » 7000	6500	75
16	» 17500 » 20000	18750	90
17	» 20000 » 25000	22500	100
22	» 45000 » 50000	47500	100

Jede weitere Stufe steigt um 10000 Mk. Ertragsfähigkeit; der Prozentsatz 100 bleibt unverändert.

Veranlagungsbezirk ist der Gemeindebezirk.

Die Veranlagung geschieht durch besondere Veranlagungskommissionen. Für jeden Steuer-Veranlagungsbezirk wird eine **Kreis-**kommission, für jeden Verwaltungsbezirk eine **Bezirkskommission** gebildet.

Die Veranlagung der vorwiegend nur für den lokalen Bedarf arbeitenden Gewerbetreibenden erfolgt durch die Kreiskommissionen, die der übrigen, einschliesslich der Aerzte, Architekten, Rechtsanwälte u. s. w., durch die Bezirkskommissionen.

Zusammensetzung der Kreiskommission: 1. ein Vertreter der Steuerverwaltung als Vorsitzender; 2. vier vom Bezirkstage gewählte Mitglieder; 3. zwei vom Direktor der direkten Steuern aus der Zahl der Gewerbetreibenden zu ernennende Mitglieder.

Zusammensetzung der Bezirkskommission: 1. Höherer Beamter der Steuerrichtung als Vorsitzender; 2. drei vom Bezirkstage gewählte, sowie 3. drei von den Handelskammern des Bezirks gewählte Mitglieder; 4. vier vom Direktor der direkten Steuern zu ernennende Mitglieder.

Die Vorsitzenden erlassen die öffentlichen Bekanntmachungen wegen Abgabe von Veränderungserklärungen etc.

Die Prüfung und eventuelle Ergänzung der eingegangenen Erklärungen und Veränderungsanzeigen geschieht durch die Kommissionen.

Auf Grund der Feststellungen der Kommissionen hat der Direktor der direkten Steuern die tarifmässigen Steuerbeträge in Ansatz bringen und die Heberollen hiernach aufstellen zu lassen.

4. Welche Wege stehen gegen vermeintlich unrichtige Einschätzung offen?

Gegen die Veranlagung steht sowohl dem Steuerpflichtigen, wie auch dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission das Rechtsmittel des Einspruchs zu, welcher (binnen drei Monaten) bei dem Direktor der direkten Steuern einzulegen ist, und über den die Veranlagungskommission entscheidet.

Gegen diese Entscheidung steht wiederum beiden Parteien das Recht der beim Direktor der direkten Steuern einzulegenden Berufung an die Berufungskommission zu.

Zusammensetzung der Berufungskommission: Sieben Mitglieder, von denen zwei zum Richteramt befähigt und drei Gewerbetreibende sein müssen. Drei Gewerbetreibende werden vom Landesausschuss gewählt, die übrigen Mitglieder vom Statthalter ernannt.

Anmerkung. Das Wandergewerbe wird gemäss dem Gesetze vom 8. Juni 1896 besonders besteuert.

II. Ueberweisungen an die Gemeinden.

In Braunschweig bleiben 75⁰/₁₀₀ der Gewerbesteuer gegenüber der Staatskasse ausser Hebung. Die Gemeinden sind berechtigt, ihrerseits bis zu jenem Prozentsatz eine Gewerbesteuer zu erheben.

Die Preussische Gewerbesteuer ist durch Gesetz vom 14. Juli 1893 den Gemeinden vollständig überwiesen worden.

In Bayern sind die Gemeinden insofern an der Gewerbesteuer betheiligt, als die zur Deckung ihres Bedarfs erforderlichen, mit Haushaltsplan jährlich festzusetzenden Umlagen nach Prozenten der direkten Staatssteuern, also inkl. Gewerbesteuer, bemessen werden.

In Anhalt wird den Gemeinden der vierte Theil der Gewerbesteuer, soweit dieselbe auf Gewerbebetrieb innerhalb der Gemeindebezirke entfällt, überwiesen. In denjenigen Fällen, in welchen die Veranlagung zur Gewerbesteuer sich auf den Gewerbebetrieb innerhalb mehrerer Gemeinden bezieht, hat die Einschätzungskommission eine Zerlegung des veranlagten Gesamtertrages auf Antrag der Gemeindevorstände vorzunehmen.

In Elsass-Lothringen wird den Gemeinden ein Betrag von 8 vom Hundert der in den Rollen zum Ansatz gebrachten Gewerbesteuer überlassen.

Reichshandelsstelle.

Ueber die jüngsten Verhandlungen des engeren Ausschusses ist zu berichten:

Der engere Ausschuss für die Errichtung einer Reichshandelsstelle trat unter dem Ehrenvorsitz des Kommerzienraths Wirth am 31. Januar zu einer ersten vorberathenden Sitzung im Palast-Hotel zu Berlin zusammen.

Dr. Wendlandt legte eine Zusammenstellung einschlägiger Literatur, ferner ein Verzeichniss ähnlicher Einrichtungen im In- und Auslande, sowie den Entwurf eines Grundplanes für die Errichtung einer Reichshandelsstelle vor. Es wurde beschlossen, die Verzeichnisse in Druck zu geben und zur Kenntniss der wirtschaftlichen Vertretungen Deutschlands mit dem Ersuchen um etwaige Ergänzungen zu bringen. Das gesammelte Material soll zu einer informirenden Denkschrift verarbeitet werden, zu welcher Dr. Wendlandt die Einzeldarstellungen und Regierungsrath Dr. Stegemann die synoptische Zusammenstellung anzufertigen übernommen haben. Der Ausschuss bezeichnete den Grundplan für die Reichshandelsstelle als eine geeignete Unterlage für die weiteren Vorarbeiten. Derselbe gelangte an die Mitglieder zur Vertheilung. Eine zweite Zusammenkunft soll im Februar stattfinden. Später werden die Unterlagen dem Gesamtausschuss zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt.

Zulassung von Orts-Eilbriefen.

Vom 1. April ab sollen gewöhnliche Eilbriefsendungen nach dem Orts- und Landbestellbezirke des Aufgabe-Postortes zulässig sein. Für die Eilbestellung sind bei Briefsendungen nach dem Ortsbestellbezirke 25 Pfg., nach dem Landbestellbezirke die wirklich erwachsenden Botenkosten, mindestens aber auch 25 Pfg. zu zahlen.

Reichsbanknebenstelle.

Am 1. März wird in Triberg eine von der Reichsbankstelle in Freiburg i. Br. abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet.

Wechsel auf Triberg, welche nach dem 1. März fällig werden, können von jetzt ab angekauft werden.

Handwerkskammer.

Für die am 1. April d. J. in Wirksamkeit tretende Handwerkskammer ist das Herzogthum Braunschweig in nachstehende Wahlbezirke bezw. Wahlgruppen eingetheilt:

I. Wahlbezirk (Kreis Braunschweig).

- | | |
|----------------------------|----------------------------|
| I. Die Baugewerken-Innung, | 3. Die Brauer-Innung, |
| II. » Buchdrucker-Innung, | XII. 1. » Schmiede-Innung, |
| III. » Schuhmacher-Innung, | 2. » Klempner-Innung, |
| IV. » Schneider-Innung, | XIII. 1. » Buchbinder- |
| V. » Bäcker-Innung, | Innung, |
| VI. » Fleischer-Innung, | 2. » Korbmacher- |
| VII. » Tischler-Innung, | Innung, |
| VIII. » Perrückenmacher-, | 3. » Schornsteinfeger- |
| Barbier- und Friseur- | Innung, |
| Innung, | XIV. 1. » Sattler- und |
| IX. » Schlosser-Innung, | Tapezierer-Innung, |
| X. 1. Die Maler-Innung, | 2. » Tapezierer-Innung, |
| 2. » Glaser-Innung, | 3. » Kürschner-Innung, |
| XI. 1. » Stell- und Rade- | sämmtlich hierselbst. |
| macher-Innung, | XV. Gemischte Innung |
| 2. » Böttcher-Innung, | in Thedinghausen. |

II. Wahlbezirk (Kreis Wolfenbüttel).

- I. 1. Schuhmacher-Innung in Wolfenbüttel.
 2. » » » » Schöppenstedt.

- ### III. Wahlbezirk (Kreis Helmstedt).

- <http://www.digibib.tu-bs.de/?docid=00061488>

- III. 1. Bäcker-Innung in Helmstedt.
- 2. » » » Königsutter.
- 3. » » » Vorsfelde.
- 4. » » » Schöningen.
- 5. Fleischer-Innung in Helmstedt.
- 6. » » » Königsutter.
- IV. 1. Baugewerken-Innung in Helmstedt.
- 2. » » » Königsutter.
- 3. Schmiede-Innung in Helmstedt.
- 4. » » » Schöningen.
- 5. Schmiede- und Stellmacher-Innung in Calvörde.
- 6. Schlosser-Innung in Helmstedt.
- V. 1. Tischler-Innung in Helmstedt.
- 2. » » » Schöningen.
- 3. » » » Königsutter.
- 4. » » » Calvörde.
- VI. 1. Stellmacher-Innung in Helmstedt.
- 2. » » » Schöningen.
- 3. Maler- und Lackirer-Innung in Helmstedt.
- 4. Rade- und Stellmacher-Innung in Vorsfelde.
- 5. Steinhauer-Innung in Velpke.

IV. Wahlbezirk (Kreis Gandersheim).

- I. 1. Schuhmacher-Innung in Gandersheim.
- 2. » » » Seesen.
- 3. Schneider-Innung in Gandersheim.
- 4. » » » Seesen.
- II. 1. Bäcker-Innung in Gandersheim.
- 2. Fleischer-Innung in Seesen.
- 3. » » » Gandersheim.
- 4. Bäcker-Innung in Seesen.
- III. 1. Baugewerken-Innung in Gandersheim.
- 2. Innung für Schlosser, Schmiede und vereinigte Feuerhandwerker in Gandersheim.
- 3. Schmiede- und Schlosser-Innung in Seesen.
- IV. 1. Tischler-Innung in Gandersheim.
- 2. » » » Seesen.
- 3. Stellmacher-Innung in Gandersheim.
- V. 1. Vereinigte Handwerker-Innung in Bodenburg.
- 2. Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung in Seesen.
- 3. Maler-Innung in Gandersheim.
- 4. Sattler- und Tapezirer-Innung in Seesen.
- 5. » » » » » Gandersheim.

V. Wahlbezirk (Kreis Holzminden).

- I. 1. Schuhmacher-Innung in Holzminden.
 2. » » » Stadtoldendorf.
 3. » » » Eschershausen.
 4. Schneider-Innung in Stadtoldendorf.
- II. 1. Bäcker-Innung in Holzminden.
 2. Fleischer-Innung in Holzminden.
 3. » » » Stadtoldendorf.
 4. Bäcker- und Konditor-Innung in Stadtoldendorf.
- III. 1. Schmiede- und Schlosser-Innung in Holzminden.
 2. Schmiede-, Schlosser- und Nagelschmiede-Innung in Stadtoldendorf.
 3. Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung in Holzminden.
- IV. 1. Tischler-, Stellmacher-, Drechsler-, Glaser- und Böttcher-Innung in Holzminden.
 2. Maurer-, Steinhauer-, Zimmerer- und Dachdecker-Innung in Holzminden.
 3. Tischler-Innung in Stadtoldendorf.
 4. Maurer-, Steinmetz- und Zimmerer-Innung in Eschershausen.

VI. Wahlbezirk (Kreis Blankenburg).

- I. 1. Schuhmacher-Innung in Blankenburg.
 2. Bäcker-Innung in Blankenburg.
 3. Maler-Innung in Blankenburg.
- II. 1. Baugewerken-Innung in Blankenburg.
 2. Tischler-Innung in Blankenburg.
 3. Rademacher- und Böttcher-Innung in Blankenburg.

Ausserdem wählen zusammen 1 Mitglied und 2 Ersatzmänner die nach § 103a Absatz 2 Ziffer 2 der R.-G.-O. wahlberechtigten Mitglieder

- a) des Gewerbevereins zu Blankenburg,
- b) » » » Wolfenbüttel,
- c) » » » Holzminden.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1899

I. Theil.

I. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.

A. Bergbau.

1. Die Okerschen Hüttenwerke.

Die am Communion-Unterharz belegenen Werke, als:

das Rammelsberger Bergwerk,

die Hüttenwerke zu Oker,

die Hüttenwerke zu Herzog Julius- und Frau Sophienhütte bei Goslar

befinden sich im gemeinschaftlichen Besitz der Staaten Preussen und Braunschweig und gehören ersterem mit $\frac{4}{7}$, letzterem mit $\frac{3}{7}$ an. Das Rammelsberger Bergwerk liegt auf Preussischem, die übrigen Werke auf Braunschweigischem Gebiet. Von dem genannten Bergwerk sind im Jahre 1899 an Erzen den Hüttenwerken zu Oker zugeführt: 27 935,20 t, hiervon sind 21 357,40 t seitens der Schwefelsäurefabriken zur Ausnutzung des Schwefelgehaltes abgeröstet worden und daraus ca. 20 900 t Kammer Säure von 50° B., von denen 272,123 t zum eigenen Betrieb verwendet wurden, erfolgt. An Handelsprodukten sind auf den Okerschen Hüttenwerken dargestellt:

Feingold	81,6845 kg
Feinsilber	10 245,408 »
Blei	5 237,024 t
Bleigelb	53,925 »
Elektrolytkupfer	1 558,679 »
Kupfervitriol	918,425 »
Zinkvitriol, rohes	477,000 »
Eisenvitriol	16,498 »
Schwefelsaures Natron	148,794 »
Edelmetallhaltige Wismuthgekrätze	679,590 kg
Zinkstaub	1,638 t

Die Geschäftslage war im Allgemeinen eine sehr günstige, da die Preise der Produkte, namentlich diejenigen des Kupfers, Kupfervitriols und Bleies gegen das Vorjahr noch gestiegen sind. Der günstigen Geschäftslage entsprechend können auch die Absatzverhältnisse als befriedigende bezeichnet werden. An Arbeitern beschäftigten die Werke im Durchschnitt 608 Köpfe.

2. Die Herzog Juliiushütte und Frau Sophienhütte.

Die Lage dieser Werke im Jahre 1899 ist in Folge der in den Preisen des Bleies und Zinks eingetretenen Besserung im Allgemeinen sehr günstig gewesen, wenn auch der anhaltende niedrige

Stand des Silberpreises auf die finanziellen Erträge noch immer nachtheilig eingewirkt hat.

Die Nachfrage nach Zinkvitriol war während des ganzen Jahres eine sehr lebhaft, so dass die betreffenden Apparate, um dieser Nachfrage zu genügen, ununterbrochen und angestrengt betrieben werden mussten. Der übrige Betrieb, welcher die Gewinnung eines silberhaltigen Rohbleies für die Weiterverarbeitung auf Metalle in Oker bezweckt, ist bei günstigem Ausbringen normal verlaufen, wengleich die aufsteigende allgemeine Konjunktur viel Arbeitsgelegenheit bot und dadurch die Erhaltung der erforderlichen Arbeitskräfte wesentlich erschwerte.

Im Jahre 1899 sind im Ganzen dargestellt:

4 081 000 kg silberhaltiges Rohwerkblei,

4 770 000 » Zinkvitriol, krystallisirt.

Von diesen sind 286 700 kg mit 44 000 kg Zinkvitriol aus Oker auf 286 500 kg calcinirten Zinkvitriol weiter verarbeitet und ausserdem bei der ersten Röstung 60 600 kg Rohschwefel gewonnen.

B. Eisenhütten.

1. Harzer Werke zu Rübeland und Zorge,

A.-G., zu Blankenburg a. H.

Das neue Geschäftsjahr hat recht gut begonnen und die günstige Lage der Hauptbetriebe der Harzer Werke, d. i. der Giessereien, des Holzkohlenhohofen-Betriebes und der Maschinenfabrik hat bis zum Schlusse des Jahres 1899 angehalten; auch ist alle Aussicht für eine weitere günstige Entwicklung des Unternehmens vorhanden.

Die sämmtlichen Betriebe haben dank der verbesserten Einrichtungen und der anhaltend guten Nachfrage günstiger gearbeitet, so dass ein Betriebsgewinn von 309 402,58 Mk. sich ergeben hat, dem im Betriebsjahre 1897/98, nach Abzug des Gewinnes aus dem Kalkwerk, ein solcher von 190 322,06 Mk. gegenübersteht.

Die Giessereien waren überall gut beschäftigt und haben dementsprechende Resultate erzielt. Letztere wurden etwas beeinflusst durch die noch zu erledigenden billigen Abschlüsse aus den Vorjahren.

Die Produktion an Gusswaaren betrug im Geschäftsjahre

in Blankenburg 1 151 207 kg

in Rübeland . . 1 351 443 »

in Zorge . . . 2 389 425 »

zusammen 4 892 075 kg

gegen 4 011 938 » im Vorjahre.

In Blankenburg wurde die Giesserei weiter ausgebaut und mit zwei starken Laufkränen, neuen Formmaschinen, sowie mit diversen maschinellen Einrichtungen versehen. Auch wurde eine elektrische

Centrale nebst Akkumulatoren-Anlage zur Erzeugung von Licht und Kraft eingerichtet.

Die Rübeländer Giesserei ist ebenfalls besser ausgestattet worden. Die Tischlerei und Schlosserei daselbst wurden umgebaut und vergrößert. In der Tischlerei und in der Schleiferei sind Elektromotoren aufgestellt, und die Cupolofenanlage nebst Aufzug wird jetzt umgebaut. Die Gleisanlage auf dem Hüttenplatz ist verlegt und bis zum inneren Hüttenhof weitergeführt worden. Es wurden neue Ofenmodelle hergestellt und die Kunstgussmodelle vermehrt.

In Zorge kam am 23. November v. J. die neue Giesserei in Betrieb. Die alte Giesserei wurde einem Umbau unterworfen. Diese Renovation schreitet naturgemäss langsam fort, weil der Betrieb nicht gestört werden soll. Der Um- und Ausbau wird aber im laufenden Geschäftsjahr ziemlich vollendet werden. Die Licht- und Kraft-Anlage für die alte Giesserei und die Maschinenfabrik ist, soweit es die Beleuchtung betrifft, seit einigen Tagen in Betrieb. Die Akkumulatoren-Anlage ist im Laufe des Monats Oktober vollendet worden.

Bezüglich der Maschinenfabrik in Zorge ist zu erwähnen, dass dieselbe im laufenden Geschäftsjahre nicht mehr, wie bisher, als Werkstätte für die Giesserei gedient, sondern ihren eigentlichen Zweck, d. h. die Anfertigung neuer Dampfmaschinen, Einrichtungen für Gypsfabriken, Mühlenanlagen etc., Herstellung von Drehbänken, erfüllt hat.

Der Hohofen-Betrieb in Rübeland ergab im Geschäftsjahr abermals gute Resultate und gab dem Werke Veranlassung, Ende Juni d. J. einen zweiten Hohofen in Betrieb zu nehmen. Zu diesem Zwecke wurde eine zweite Winderhitzer-Anlage unter Benutzung der alten Zorger Röhren (nach Wasser-Alfinger-System) eingerichtet. Das Rübeländer Holzkohlen-Eisen wird, so weit es nicht selbst zu Gusswaren verwandt wird, hauptsächlich von den Werften und grossen Maschinenfabriken gekauft. Die Produktion an Holzkohlen-Roheisen betrug 1 484 464 kg.

2. Mathildenhütte (Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb), Harzburg.

War es schon in den letzten Monaten des Jahres 1898 nicht möglich, allen Anforderungen der Konsumenten auf Lieferung von Giesserei-Roheisen prompt gerecht zu werden, so wurde im Laufe des Jahres 1899 der Roheisenmangel immer allgemeiner. Nicht nur in Deutschland, auch in England und Amerika machte derselbe sich in empfindlicher Weise geltend. Viele Verbraucher waren überhaupt nicht in der Lage, sich die benötigten Quantitäten immer rechtzeitig beschaffen zu können und mussten theilweise ihre Betriebe einschränken; augenblicklich kann von einer effektiven Roheisennoth gesprochen werden. Diese ist hervor-

gerufen einerseits durch die immer noch wachsenden Anforderungen an alle Zweige der Eisenindustrie in allen Welttheilen durch eine ausserordentlich starke Bauthätigkeit, andererseits dadurch, dass die Erzeugung von Roheisen nicht dem gewachsenen Bedarfe entsprechend vergrössert worden ist.

Dieser letzte Umstand hat wieder seinen Grund in dem Mangel an Kohlen und Koaks in Deutschland sowohl wie in England und Amerika.

Ist nun auch der Kohlen- und Koaksmangel, sowie die Roh-eisennoth eine unangenehme Begleiterscheinung der jetzigen vorzüglichen Konjunktur des Eisenmarktes, so haben dieselben doch wieder den Vortheil, dass sie eine ausserordentliche Festigkeit des Marktes bewirkt haben und voraussichtlich eine längere Dauer der Konjunktur gewährleisten.

Dass unter solchen Umständen auch die Preise für Roheisen stetig stiegen, ist selbstverständlich. Es wurden in den letzten Monaten 1899 gegen Ende 1898 um 50 bis 70 % höhere Preise willig bezahlt, wenn überhaupt nur Roheisen zu haben war.

Auch die Preise für Fertigfabrikate wurden wiederholt dem Rohmaterialpreise entsprechend erhöht, so dass wohl die meisten Eisenwerke im Jahre 1899 mit gutem Nutzen gearbeitet haben, wenn nicht allzuviel alte Abschlüsse mit noch niedrigen Preisen vorlagen, wie das auch in dem Berichte pro 1898 schon ausgesprochen ist. Wenn nicht unerwartete politische oder elementare Ereignisse dazwischen treten, verspricht das laufende Jahr ebenfalls für die Eisenindustrie ein gutes zu werden, trotzdem die Preise für Brennmaterial und auch die Arbeitslöhne sehr gestiegen sind und die hochgehende Zeit mancherlei Auswüchse gezeitigt hat.

Das Werk produzierte an Roheisen im Jahre 1899: 34 632,10 t. Der Absatz bezifferte sich auf 33 997,08 t.

Wie schon erwähnt, war auch die Bauthätigkeit im Berichtsjahre eine sehr rege, so dass die Mathildenhütte auch in Schlackensteinen allen Anforderungen auf Lieferung kaum nachkommen konnte. In Folge dessen waren die Preise für dieses Material auch, allerdings nur um eine Kleinigkeit, höher.

Die Produktion an Schlackensteinen betrug 9 577 000 Stück, der Absatz stellte sich auf 8 920 800 Stück.

An Flussspath erhöhte sich der Absatz von 10 516 t in 1898 auf 11 477 t in 1899.

Wenn der Verbrauch dieses Materials in Glasfabriken in den letzten Jahren auch bedeutend eingeschränkt worden ist, so ist doch eine andere Industrie als Verbraucherin dieses Materials immer mehr in den Vordergrund getreten und ist Aussicht vorhanden, dass die daraus gewonnenen Erzeugnisse eine immer weitere Verbreitung finden werden.

3. Tarnowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb.

Die bei Ablauf des Kalenderjahres 1898 vorherrschende rege Nachfrage auf dem Stabeisenmarkte erlitt nicht nur keinerlei Einbusse, sondern der Bedarf war stetig noch im Zunehmen begriffen. Zu diesem an sich bestehenden Begehr in Walzeisen kam hinzu der gesteigerte Verbrauch, wie solcher immer im Frühjahr mit dem Beginn der Bauperiode eintritt. Die in den letzten Jahren mit vorübergehenden Abschwächungen anhaltend gewesene gute Lage auf dem Markte der gesammten Eisenindustrie liess Veredlungsanlagen aller Art, als Maschinenfabriken, Konstruktionswerkstätten etc. neu erstehen und die Zahl der Verbraucher vermehren.

Bei dem Andrang der Spezifikationen, welche auf Abschluss eingingen, war die Plazirung freihändiger Bestellungen zum Theil mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die Lieferzeiten betrugen je nach Art der Sortenzusammenstellungen bis sechs Monate und darüber.

Diese ganzen Verhältnisse waren gesunde und nicht wie früher, wie solches häufig der Fall war, ein Aufflackern der Spekulation, sondern die Konjunktur war und ist getragen von dem Bedarf im Inlande.

Im Auslande liegen die Verhältnisse ähnlich.

Trotzdem in Walzeisen ein fest geschlossener Verband nicht besteht, gingen die Notirungen hierfür nicht sprungweise in die Höhe, sondern, in Prozenten ausgedrückt, ist die Preissteigerung zu Ablauf des verstrichenen Jahres gegen den gleichen Zeitpunkt im Jahre 1898 nach Feststellung von berufener Seite auf nur ca. 25 $\frac{0}{0}$ zu veranschlagen. Was dieses Maasshalten in den Preisen für günstige Folgen hat, bedarf keiner Ausführung.

Anders lagen die Verhältnisse auf dem Alteisenmarkt. Die von maassgeblicher Stelle für die oben benannten Termine, Ende 1898 bis Ende 1899 vorgenommenen Feststellungen ergaben eine Steigerung um ca. 60 $\frac{0}{0}$, also um über das Doppelte gegen Fertigfabrikat.

Dieses hatte darin seinen Ursprung, dass an Roheisen Mangel eintrat. Die Folge war, dass die Roheisen verarbeitenden Werke zur theilweisen Verarbeitung von Altmaterial greifen mussten. Die lediglich Alteisen verwendenden Werke waren bereits als starke Verbraucher vorhanden. Bekanntlich steigt aber Material, nach dem rege Nachfrage auf dem Markte ist, im Preise. So schnellten denn die Preise für Altmaterial aller Gattungen rapide in die Höhe. Auf die willkürlichen Forderungen des Zwischenhandels für dieses Material konnte eine Einwirkung nicht getroffen werden, da nur erst für einzelne Bezirke Einkaufsvereinigungen seitens der Werke bestehen, aber noch nicht alle Werke einer Vereinigung dieser Art angehören.

Diejenigen Werke, denen eigene Roheisen- und Kohlen-erzeugung zur Verfügung steht, konnten aus der günstigen Gesamtkonjunktur lohnende Resultate erzielen, während solches bei den Altmaterial verarbeitenden Werken, zu denen auch das in Frage stehende Werk gehört, nicht der Fall sein konnte.

In Eisengusswaaren sind verschiedentlich Preisaufbesserungen seitens der in Betracht kommenden Verbände festgesetzt. In der Praxis sind derartige Festsetzungen jedoch nur bedingt realisierbar. Hier trat eine direkte Kalamität ein, indem bei den Verbrauchsmaterialien — Roheisen und Koaks — sich in Folge nur theilweiser Lieferung der verschlossenen Mengen oder aber, da ein Mehrbedarf darin nicht zu beschaffen war, sich Mangel geltend machte. — Zwischendeckungen konnten aber vom Grosshandel, soweit derselbe noch Quanten disponibel hatte, nur zu abnorm erhöhten Notirungen erreicht werden. Die Verhältnisse liegen hier nach wie vor nicht günstig.

4. Die Tanner Hütte zu Tanne i. H.

Das verflossene Geschäftsjahr reihte sich, was die Absatzverhältnisse anbetrifft, dem Vorjahre ebenbürtig an, doch waren die Verhältnisse abnorm und in der Art ungünstige zu nennen, als die Rohmaterialien fortwährend stiegen, und die fertigen Fabrikate nicht gleichen Schritt damit halten konnten, wodurch die Erträge sehr beeinflusst wurden; überhaupt hatten die Werke an der Knappheit der Rohmaterialien zu leiden, die auch heute noch nicht gehoben ist.

C. Salz.

Herzogliche Saline zu Schöningen.

Das Jahr 1899 ist für die Kochsalz-(Siedesalz-)Industrie bemerkenswerth durch den Abschluss eines Bündnisses zwischen den nord- und süddeutschen Salinen in Vertragsform unter Theiligung sämtlicher fiskalischer Salinen Nord- und Süddeutschlands. Der Zweck dieses Vertrages ist die Verhütung einer Ueberproduktion, die Normirung einheitlicher Preise und die Regulirung des Absatzes.

Ausserhalb dieser „Deutschen Salinen-Vereinigung“ stehen noch die lothringischen Salinen, über deren Beitritt die schwebenden Verhandlungen ein befriedigendes Ergebniss erwarten lassen.

Damit wird der Preisdruck, der in Folge der bestehenden Differenzen noch während des ganzen Jahres auf einem grossen Theile nord- und süddeutscher Salinen lastete, gehoben werden.

Die gesammte Kochsalzproduktion im Jahre 1899 ist zur Zeit noch nicht zu ermitteln, doch steht fest, dass Hand in Hand mit den hohen Erträgen an Einmachefrüchten (Spargel, Gurken, Bohnen, Kohl etc.) der Bedarf in den Sommer- und Herbstmonaten gegen

das Vorjahr bedeutend gestiegen war. In den norddeutschen Gebieten haben auch die beiden letzten Monate des Jahres einen erheblich höheren Absatz aufzuweisen, weil die niedrigere Temperatur dem Einschlachten und Einsalzen von Fleisch besonders günstig war.

Der Import englischen Salzes wurde an den Ostseehäfen erfolgreich bekämpft; die Ausfuhr litt unter billigen englischen Offerten, ist aber gegen das Vorjahr nicht zurückgeblieben.

Der Absatz im Herzogthum Braunschweig an Siedesalz (Speisesalz, Viehsalz und Kleingewerbesalz) hat betragen 3 559 000 kg; daran war die Saline Schöningen mit 1 833 350 kg theilhaftig. Der Gesamtabsatz der hiesigen Saline betrug im Jahre 1899:

	5 122 485 kg	Speisesalz,
	39 700 »	Grausalz,
	114 840 »	Vieh- und Gewerbesalz
	5 277 025 kg,	
ausserdem	70 125 »	Pfannenstein
und	120 000 »	Abfallsalz
in Summe Kochsalz	5 467 150 kg.	
Die Produktion betrug:		
	5 122 226 t	Speisesalz,
	131 874 »	Grausalz
	5 254 100 t,	
ausserdem	70 125 »	Pfannenstein
und	120 000 »	Abfallsalz
in Summe Kochsalz	5 444 225 t.	

D. Braunkohlen.

Braunschweigische Kohlen-Bergwerke.

Der Rohkohlen-Absatz im Jahre 1899 war ein guter, und die Geschäftslage günstig. Während der Dauer der Zuckerfabrikskampagnen herrschte starker Arbeitermangel, der eine prompte Erfüllung der Lieferungsverpflichtungen vielfach hinderte. Obwohl zur Beschaffung von Arbeitern aus Schlesien und Posen frühzeitig Schritte gethan waren, gelang es nicht, den Arbeiterstand genügend zu vermehren, da die in grösserer Anzahl hierher übersiedelten Leute für die Grubenarbeit meist nicht geeignet waren und binnen kürzester Frist fast sämmtlich wieder abkehrten. Um den Ausbruch von Streiks zu verhindern, wurde eine abermalige Erhöhung der Löhne erforderlich.

Das Briketgeschäft litt in 1899 unter der Konkurrenz von drei neuen Briketfabriken, die auf benachbarten preussischen Kohlenzechen erbaut waren; es gelang zwar, die Produktion voll abzusetzen, jedoch konnten die seitherigen Preise vielfach nicht wieder erzielt werden.

Auf den vier Kohlenzechen und den drei Briketfabriken der Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke sind im Jahre 1899 gefördert bzw. produziert: 11683374 hl Kohlen und 2802741 Ctr. Brikets gegen 11345418 hl Kohlen und 2630379 Ctr. Brikets in 1898.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(Januar.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Obgleich das Wetter im Januar an einigen Tagen zum Theil sehr milde war, so ist doch durchweg gute Dauerwaare auf Lager gekommen.
Der Geschäftsgang war befriedigend. Denecke & Himmel.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Wilhelm Röttcher, Spargelkulturen und Spargelexport, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Röttcher, am 2. Januar 1900.
2. Braunschweiger Dampfziegelei Carl Schmidt, Braunschweig. Inhaber: Chemiker Carl Schmidt, am 2. Januar 1900.
3. Th. Loss, Anlagen von rauch- und russfreien Feuerungen, Braunschweig. Inhaber: Schlossermeister Theodor Loss, am 2. Januar 1900.
4. F. W. von Strombeck, Vorsfelde. Inhaberin: Wittve des Kaufmanns Werner von Strombeck, Marie geb. Uechtritz, am 19. Dezember 1899.
5. Otto Voigts, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Otto Voigts daselbst, am 2. Januar 1900.
6. Hermann Heege, Wolfenbüttel. Inhaber: Lederhändler Hermann Heege daselbst, am 2. Januar 1900.
7. F. Richters Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung. Inhaber: Buchhändler Wilhelm Wolter, Helmstedt, am 3. Januar 1900.
8. Karl Schnaudigel, Bad Harzburg. Inhaber: Tapezierer und Möbelschneider Karl Schnaudigel, am 3. Januar 1900.
9. Julius Heiber, Cigarren-Versandgeschäft en gros, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Julius Heiber, am 10. Januar 1900.
10. Brauerei Friedrich Jürgens, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Das Statut der Gesellschaft, welche die bisher unter der Firma Friedrich Jürgens betriebene Bierbrauerei zu übernehmen bezweckt und zur Erreichung und Förderung dieses Zweckes Immobilien erwerben und veräußern, Wirthschaften pachten, einrichten und betreiben kann, ist zum notariellen Protokolle vom 1. Dezember 1899 errichtet. Das Grundkapital beträgt 1 300 000 Mk., eingetheilt in 1300 Aktien zu je 1000 Mk., welche auf den Inhaber lauten. Gründer der Gesellschaft sind: die Firma Friedrich Jürgens, der Bierbrauereibesitzer Friedrich Jürgens jun., hieselbst, der Kaufmann Otto Schley in Magdeburg, der Hofwagenfabrikant Paul Kathe, der Kaufmann Carl Jürgens, hieselbst, und haben sämtliche Aktien übernommen. Den Aufsichtsrath bilden: der Brauereibesitzer Fr. Jürgens sen., hieselbst, Kaufmann Otto Schley in Magdeburg und Hofwagenfabrikant Paul Kathe, hieselbst, am 10. Januar 1900.
11. Reinecke & Buchholz, Schöningen. Inhaber: Kreismaurermeister Fritz Reinecke und Kreismaurermeister Carl Buchholz, beide in Schöningen, offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat mit dem heutigen Tage begonnen. Jeder der Inhaber ist zur Zeichnung der Firma berechtigt, am 9. Januar 1900.

12. Vereinigte Dampfmolkereien Calvörde. Inhaber: Kaufmann Carl Herms daselbst. Zweigniederlassungen sind seitens der genannten Firma in Riesa und Chemnitz errichtet, am 10. Januar 1900.
13. A. Mathei, Zweigniederlassung der in Hamburg befindlichen Hauptniederlassung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Carl August Johann Mathei in Hamburg, am 8. Januar 1900.
14. Paul Hoffmann, Zuckerwaaren-, Konfituren- und Honigkuchenfabrik, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Paul Hoffmann, am 8. Januar 1900.
15. Wilhelm Schwerdtfeger, Wolfenbüttel. Inhaber: Schneidermeister Wilhelm Schwerdtfeger, am 6. Januar 1900.
16. H. Carl Leitzmann, Wolfenbüttel. Inhaber: Handschuhmachermeister und Bandagist Carl Leitzmann, am 6. Januar 1900.
17. Heinrich Henkel, Wolfenbüttel. Inhaber: Material- und Kolonialwaarenhändler Heinrich Henkel, am 6. Januar 1900.
18. Johannes Stamm, Wolfenbüttel. Inhaber: Pferdehändler Johannes Stamm, am 8. Januar 1900.
19. Karl Grubert, Wolfenbüttel. Inhaber: Färbereibesitzer Karl Grubert, am 8. Januar 1900.
20. Ferdinande Henning, Putz-, Weiss- und Wollwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaberin: Wittwe Ferdinande Henning, am 10. Januar 1900.
21. Alwine Vahldiek, Tapisseriegeschäft, Wolfenbüttel. Inhaberin: Fräulein Alwine Vahldiek, am 10. Januar 1900.
22. August Meier, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann August Meier, am 3. Januar 1900.
23. Heinrich Prostmeier, Wolfenbüttel. Inhaber: Materialwaarenhändler Heinrich Prostmeier, am 13. Januar 1900.
24. August Eggeling, Konservenfabrik, Wolfenbüttel. Inhaber: Fabrikbesitzer August Eggeling, am 13. Januar 1900.
25. Erich Ribbentrop, Eisen- und Kurzwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Erich Ribbentrop, am 13. Januar 1900.
26. Robert Angermann, Wolfenbüttel. Inhaber: Buchdruckereibesitzer Robert Angermann, am 3. Januar 1900.
27. Ernst Faesch, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Ernst Faesch, am 15. Januar 1900.
28. Havanna-Haus Gottfried Mehla, Cigarrengeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Gottfried Mehla, am 24. Januar 1900.
29. Minna Bradtke, Korbwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaberin: Minna Bradtke, Wittve des Bürstenmachers, am 15. Januar 1900.
30. August Müller, Materialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Materialwaarenhändler August Müller, am 15. Januar 1900.
31. Frau Johanne Grüttemann, Wolfenbüttel. Inhaberin: Ehefrau des Kaufmanns Hermann Grüttemann, Frau Johanne Grüttemann, am 16. Januar 1900.
32. Otto Oppermann, Uhrengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Uhrmacher Otto Oppermann, am 16. Januar 1900.
33. Louise Rickensdorf, Geschäft mit Weiss- und Wollwaaren, Wolfenbüttel. Inhaberin: Fräulein Louise Rickensdorf, am 16. Januar 1900.
34. Friedrich Köhler, Geschäft mit Kurz- und Spielwaaren, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Friedrich Köhler, am 16. Januar 1900.
35. Robert Grages, Kalkwerk, Wolfenbüttel. Inhaber: Kalkwerkbesitzer Robert Grages, am 18. Januar 1900.
36. H. Langemeier, Handschuh- und Bandagengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaberin: Wittve des Handschuhmachermeisters Heinrich Langemeier, Johanne geb. Wiehe, am 19. Januar 1900.
37. Hugo Groitzsch, Materialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Hugo Groitzsch, am 19. Januar 1900.
38. Wilhelm Lustmann, Handel mit Jagdgeräthen und Munition, Wolfenbüttel. Inhaber: Büchsenmacher Wilhelm Lustmann, am 19. Januar 1900.
39. Andreas Keunecke, Kohlenhandel, Wolfenbüttel. Inhaber: Kohlenhändler Andreas Keunecke, 19. Januar 1900.
40. C. Reese & Co., offene Handelsgesellschaft, Holzminden. Die Gesellschaft, deren Gewerbebetrieb auf die Anschaffung und Weiterveräußerung von Solling-

- resp. Wesersteinen gerichtet ist, besteht aus dem Architekten Carl Reese zu Holzminden, dem Steinbruchsbesitzer Heinrich Klingenhagen zu Deensen, und hat am 1. Januar 1900 begonnen, am 21. Januar 1900.
41. Emilie Ebeling, Materialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaberin: Ehefrau des Kaufmanns Gustav Ebeling, Emilie geb. Dürkop, am 22. Januar 1900.
 42. Helene Tägtmeyer, Weiss- und Wollwaarengeschäft, Handel mit künstlichen Blumen, Wolfenbüttel. Inhaberin: Wittve des Buchhalters Julius Tägtmeyer, Helene geb. Reis, am 22. Januar 1900.
 43. Friedrich Schaper, Erfurter Schuhwaarenlager, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Friedrich Schaper, am 22. Januar 1900.
 44. Werner Bosse, Galanterie- und Papierwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Buchbindermeister Werner Bosse, am 24. Januar 1900.
 45. Emil Rackebrandt, Handel mit Eisen und Stahl, sowie Eisen- und Stahlwaaren, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Emil Rackebrandt, am 25. Januar 1900.
 46. Fritz Becker, Materialwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Fritz Becker, am 25. Januar 1900.
 47. Carl Steinmann, Germania-Drogerie, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Carl Steinmann, am 25. Januar 1900.
 48. H. Schökel, Kürschnerei und Pelzhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kürschnermeister und Pelzwaarenhändler Karl Schökel, am 25. Januar 1900.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. G. Wöhler, Vorwohle. Zweigniederlassung der unter der gleichen Firma zu Hasselfelde bestehenden Hauptniederlassung. Die Zweigniederlassung in Vorwohle ist zur Hauptniederlassung, die Hauptniederlassung zu Hasselfelde zur Zweigniederlassung gemacht. 29. Dezember 1899.
2. Harzer Werke zu Rübeland und Zorge, Blankenburg a. H. Durch die Generalversammlung vom 25. November 1899 sind mehrfache Veränderungen des Gesellschaftsstatuts, welche am 1. Januar 1900 in Kraft treten, genehmigt; der § 1 des Statuts hat hiernach folgenden Zusatz (Zweck der Gesellschaft): »F. Betheiligung der Gesellschaft an Unternehmungen und Gesellschaften, welche der Gesellschaft verwandte Zwecke verfolgen« erfahren, und nach § 2 des neuen Statuts sind die 6000 Stück Prioritätsaktien Litt. A. und die 1125 Stück Aktien Litt. B. fortan gleichberechtigt und ist die Ausgabe von neuen Aktien über den Nennwerth zulässig. Ferner ist die gleichfalls genehmigte Aenderung der §§ 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 20 und 21 des Statuts dem Beschlusse der Generalversammlung gemäss einzutragen. 16. Dezember 1899.
3. Albert Satzinger, Braunschweig. Dem persönlich haftenden Gesellschafter, Kaufmann Oswald Satzinger, ist durch Beschluss Herzoglichen Landgerichts, Kammer für Handelssachen, vom 22. d. Mts. die Zeichnungsbefugniß entzogen. 29. Dezember 1899.
4. J. Wertheim, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Bankier Israel Wertheim, hat seit dem 13. Dezember 1899 seinen Sohn, den Bankier Hugo Wertheim, in das jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen. 2. Januar 1900.
5. O. Klages & Co., Braunschweig. Durch das am 29. Dezember v. J. erfolgte Ausscheiden des Kaufmanns Otto Klages ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft von dem Kaufmann Carl Klorer hierselbst unter der obigen Firma in unveränderter Weise fortgesetzt. 5. Januar 1900.
6. Lehmann Oppenheimer & Sohn, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Bankier Carl Magnus, hat seit dem 28. Dezember v. J. die Kaufleute Georg Schoenfeld und Albert Volkhausen hierselbst in das jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen. 2. Januar 1900.
7. Aug. Schulze, Braunschweig. Durch das durch Tod erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns August Schulze, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Erich

- Wolters bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt. 3. Januar 1900.
8. B. F. Meier, Erfurter Samenhandlung, Braunschweig. Ueber das Vermögen dieser Firma ist durch Beschluss Herzoglichen Amtsgerichts hierselbst vom 23. Dezember 1899 das Konkursverfahren eröffnet. 3. Januar 1900.
 9. Aktienzuckerfabrik Hessen. Die Gesellschaft hat durch Beschluss der Generalversammlung vom 9. Dezember 1899 das Grundkapital um 7 Aktien auf Namen zu je 1500 Mk. auf 406 500 Mk. erhöht. 30. Dezember 1899.
 10. Aktienzuckerfabrik Altenau bei Schöppenstedt. In der Generalversammlung vom 16. Dezember 1899 ist die Abänderung der §§ 3, 11, 14, 16 bis 18, 22, 23, 28, 29, 34, 37 bis 39, 41, 43, 45, 47 des Gesellschaftsvertrages beschlossen, und ist hiernach das abgeänderte Statut vom Dezember 1899 in genauer Fassung festgestellt worden, welches am 1. Januar 1900 in Kraft tritt. 28. Dezember 1899.
 11. Zickfeldt & Andres, Braunschweig. Der am 23. Juli 1898 eingetragene Konkursvermerk ist gelöscht. 3. Januar 1900.
 12. Braunschweiger Aktien-Cichorienfabrik zu Rühme. Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 11. August 1899 geändert. Der Vorstand besteht künftig aus 4 Personen und wird vom Aufsichtsrathe bestellt. Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt: Kaufmann Richard Sollmann zu Braunschweig, Kothsass August Jäger zu Rühme, Kothsass Heinrich Ebeling daselbst, Altvater Christoph Picker daselbst. 5. Januar 1900.
 13. Chemische Fabrik zu Schöningen, Aktiengesellschaft. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 19. Oktober 1899 ist das Gesellschaftsstatut geändert und als »Abgeänderter Gesellschaftsvertrag« mit Geltung vom 1. Januar 1900 genehmigt. Gegenstand des Unternehmens sind alle in das Gebiet der chemischen Industrie fallenden Unternehmungen. Die Umwandlung einer Stammaktie in eine auf den Namen lautende Aktie oder in eine Inhaberaktie oder umgekehrt ist zulässig. Der Vorstand besteht nach Bestimmung des Aufsichtsrathes aus einem oder mehreren Mitgliedern und ist jederzeit widerruflich; daneben können mit Einwilligung des Aufsichtsrathes Prokuristen und Bevollmächtigte durch den Vorstand angestellt werden. 2. Januar 1900.
 14. F. H. Werner, Rübensaftsyrop- und Cichorienfabrik, Velpke. Die bisherige offene Handelsgesellschaft als solche ist erloschen. Das Geschäft ist unter der Firma F. H. Werner seit dem 1. Juli 1899 mit Aktivis und Passivis auf den früheren Gesellschafter, Kaufmann Otto Quandt, als alleinigen Inhaber übergegangen. 21. Dezember 1899.
 15. F. Richter's Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung, Richter & Wolter, Helmstedt. Das von den Buchhändlern Feodor Richter und Wilhelm Wolter in offener Handelsgesellschaft betriebene Geschäft ist laut Uebereinkunft der Inhaber am 1. Januar d. J. auf den Buchhändler Wilhelm Wolter als Alleininhaber übergegangen, welcher das Geschäft unter Uebernahme aller Aktiva und Passiva fortsetzt. Die Firma ist in F. Richter's Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung, Inhaber Wilhelm Wolter abgeändert. 3. Januar 1900.
 16. Carl Uhl & Co., Braunschweig. Zwei Kommanditisten sind eingetreten. 8. Januar 1900.
 17. Joh. Schäfer, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Kaufmann Johann Schäfer, hat seit dem 1. d. Mts. den Kaufmann Georg Müller in das unter obiger Firma jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen. 10. Januar 1900.
 18. Th. Loss, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Schlossermeister Theodor Loss, hat das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft mit Aktiva und Passiva nebst Firma seit dem 1. d. Mts. an seinen Sohn, den Schlosser Gebhard Loss, abgetreten. 10. Januar 1900.
 19. Gebr. Ring, Braunschweig. Durch das erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Juweliers Ludwig Ring, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Juwelier Ernst Ring unter unveränderter Firma fortgesetzt. 10. Januar 1900.

20. A. Grossmann, Blankenburg. Die Firma ist geändert in Adolf Grossmann. 2. Januar 1900.
21. H. Pistorius, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist seit dem 1. d. Mts. mit Aktiva und Passiva auf den Kaufmann Heinrich Pistorius übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma Heinrich Pistorius angenommen hat. 8. Januar 1900.
22. Johannes Neumeyer, Buch- und Kunsthandlung, vorm. Fischer & Mohr, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Buchhändler Johannes Neumeyer, hat für dieselbe die neue Firma: Johannes Neumeyer, Buch- und Kunsthandlung. 8. Januar 1900.
23. Fr. Marx & Sohn, Braunschweig. Durch das durch Tod erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Hoftapeziers Friedrich Marx, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft von dessen Miterben, Hoftapezierer Carl Marx, unter der obigen Firma in unveränderter Weise fortgesetzt. 8. Januar 1900.
24. Brauerei Friedrich Jürgens, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Alleiniges Vorstandsmitglied der genannten Gesellschaft ist der Brauereibesitzer Friedrich Jürgens jun. 10. Januar 1900.
25. Braunschweiger Patent-Keimapparat-Fabrik Louis Schönjahn, Braunschweig. Nach dem Tode der bisherigen Inhaberin, Wittve des Kaufmanns Louis Schönjahn, Dorette geb. Störig, ist das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft auf deren Erben, als: die Ehefrau des Oberlehrers Ludwig Rabert, Elsbeth geb. Schönjahn, zu Blankenburg a. H. und den Chemiker Dr. phil. Adolf Schönjahn zu Hamburg übergegangen, welche das gedachte Handelsgeschäft jetzt in offener Handelsgesellschaft unter obiger Firma in unveränderter Weise fortführen. 12. Januar 1900.
26. Aktien-Zuckerfabrik Altenau bei Schöppenstedt. Zu der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1899, die Abänderung verschiedener Paragraphen des Gesellschaftsvertrages, wird ergänzend bemerkt, dass auch der § 13 des Vertrages geändert ist. 12. Januar 1900.
27. Friedrich Jürgens, Braunschweig. Die Gesellschaft ist in Liquidation getreten und wird die Liquidationsfirma Friedrich Jürgens in Liquidation von dem Brauereibesitzer Friedrich Jürgens sen. als Liquidator vertreten. 10. Januar 1900.
28. Franz Rickel Nachfolger, Braunschweig. Das unter obiger Firma bestehende Handelsgeschäft ist mit Aktiva, jedoch ohne Passiva, seit dem 1. d. Mts. von den bisherigen Firmeninhabern: Wittve des Kaufmanns Johannes Lüdde, Emilie geb. Küntzel, und Referendar Hans Lüdde an die Kaufleute Louis Huffmann und Hermann Dempewolf abgetreten, welche dasselbe in unveränderter Firma fortführen. 12. Januar 1900.
29. Braunschweigische Aktienbierbrauerei Streitberg, Braunschweig. Die §§ 2, 3, 5, 6, 7, 8, 13, 14, 15, 16, 19 und 20 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt. Der Direktor Eduard Erdmann hat sein Amt als Vorstandsmitglied niedergelegt und ist somit am 6. d. Mts. aus dem Vorstande ausgeschieden. 11. Januar 1900.
30. Macke & Wiedemann, Wolfenbüttel. Der bisherige Mitinhaber, Kaufmann Wilhelm Macke, setzt nach dem Tode des Mitinhabers, Kaufmanns Otto Wiedemann, das Geschäft unter Uebernahme sämtlicher Aktiva und Passiva und unter unveränderter Firma allein fort. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. 8. Januar 1900.
31. Heckner'sche Druckerei und Kreisblatt-Verlag, Inhaber: Fritz Heckner, Wolfenbüttel. Zu Folge Anmeldung vom 31. Dezember 1899 resp. 4. Januar 1900 ist der Kaufmann Heinrich Wessel in Wolfenbüttel als Gesellschafter in das Handelsgeschäft, das unter unveränderter Firma fortgeführt wird, eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1900 begonnen. 10. Januar 1900.
32. Leopold Katz & Co., Braunschweig. Das bisher unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva aber ohne Passiva auf eine am 1. d. Mts. begonnene Kommanditgesellschaft übergegangen. Dieselbe besteht aus dem persönlich haftenden Gesellschafter Kaufmann Wilhelm Klopp und einem Kommanditisten, welche für das gedachte Handelsgeschäft die neue Firma: Hamburger Engros-Lager Leopold Katz & Co. angenommen haben. 16. Januar 1900.

33. Zucker-Raffinerie Braunschweig in Braunschweig. Die §§ 1 bis 21 sind abgeändert resp. ergänzt. 16. Januar 1900.
34. Maschinenfabriken R. Karges und Gustav Hammer & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. Die den stellvertretenden Vorstandsmitgliedern, Kaufleuten Rudolf Moll und Oskar Kirchner, ertheilte Vertretungsbefugniß ist gelöscht. 16. Januar 1900.
35. Aktien-Zuckerfabrik Barum. Der Vorstand besteht aus vier durch die Generalversammlung aus dem Kreise der Aktionäre gewählten Mitgliedern und dem jedesmaligen Direktor der Fabrik. Jene fungiren stets vier Jahre und scheiden alle zwei Jahre zur Hälfte aus, das erste Mal durch Loos, später immer nach der Amtsdauer; ihrer Wiederwahl steht nichts im Wege. 14. Januar 1900.
36. Braunschweigische Kreditanstalt, Braunschweig. Die §§ 5, 7, 8, 9, 13, 17, 21, 29, 30, 32, 34, 35, 36 und 37 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt vorbehaltlich der weiteren Erleichterungen nach § 232 des Handelsgesetzbuchs rechtsgültig durch die Mitwirkung zweier Direktoren, oder eines Direktors und eines mit Genehmigung des Aufsichtsrathes bestellten Prokuristen. 19. Januar 1900.
37. Louis Hirsch, Braunschweig. Durch das durch Tod erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Carl Hirsch, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Ludwig Hirsch bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt. 22. Januar 1900.
38. Joh. Gottl. Hauswaldt, Braunschweig. Der Kaufmann Georg Hauswaldt zu Magdeburg-Neustadt ist seit dem 29. Dezember v. J. als persönlich haftender Gesellschafter in die unter obiger Firma bestehende Kommanditgesellschaft eingetreten. 24. Januar 1900.
39. Braunschweigische Maschinenbauanstalt, Braunschweig. Der Direktor Wilhelm Kohlstruck ist seit dem 1. d. Mts. aus dem Vorstande ausgeschieden. 25. Januar 1900.
40. Metallwaarenfabrik vorm. Fr. Zieckerick, Wolfenbüttel. Der Ingenieur Gustav Schneckenberg ist durch Tod aus dem Vorstande ausgeschieden. 26. Januar 1900.
41. Aktienzuckerfabrik Hessen. Der Gesellschaftsvertrag ist in neuer Fassung durch Beschluss der Generalversammlung vom 9. Dezember 1899 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb einer Zuckerfabrik, Zeitdauer unbestimmt. Grundkapital 406 500 Mk., zerfallen in Aktien zu 1500 Mk. Das Aktienkapital ist voll eingezahlt. Der Vorstand besteht aus fünf Mitgliedern, welche von der Generalversammlung auf fünf Jahre gewählt werden. Mitglieder des Vorstandes sind: Kaufmann G. Schlüter-Hessen, Landwirth W. Heyne-Hessen, Landwirth A. Reuter-Deersheim, Amtsrath v. Hantelmann - Gr.-Winnigstedt, Amtsrath v. Schwartz-Hessen. Die Gesellschaft wird nach Aussen durch die Mitwirkung zweier Direktionsmitglieder gültig vertreten, durch Unterschrift derselben wird die Firma wirksam gezeichnet. Der Aufsichtsrath besteht aus neun stimmfähigen Aktionären. 19. Januar 1900.
42. Braunschweiger Fahrradwerke, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 7. Dezember 1899 sind die §§ 1 bis 26 abgeändert resp. ergänzt. Das Vorstandsmitglied, Ingenieur Adolf Pozdëna, ist aus dem Vorstande ausgeschieden. 29. Januar 1900.
43. National-Aktien-Bierbrauerei Braunschweig, vorm. F. Jürgens in Braunschweig. Die §§ 1 bis 41 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt. 29. Januar 1900.

3. Löschungen.

1. A. Mathei, Blankenburg a. H. 28. Dezember 1899.
2. Ahrens & Hess, Braunschweig. 30. Dezember 1899.
3. F. Richter's Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung Richter & Wolter, Helmstedt. 3. Januar 1900.
4. Rosenkranz & Schnaudigel, Bad Harzburg. 3. Januar 1900.
5. Carl Herms, Dampfmolkerei zu Calvörde. 10. Januar 1900.
6. H. Pistorius, Braunschweig. 8. Januar 1900.

7. Leopold Katz & Co., Braunschweig. 16. Januar 1900.
8. A. Hake Nachfolger, Inhaber: Kaufmann Ernst Faesch, Schöningen. 15. Januar 1900.
9. Heinr. Schmidt, Braunschweig. 27. Januar 1900.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Maschinenfabriken R. Karges & Gustav Hammer & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. Den Kaufleuten August Herbolt, Carlo Weber und Wilhelm Schulz, sämtlich hierselbst, ist in der Weise Prokura ertheilt, dass ein jeder derselben berechtigt ist, mit einem Vorstandsmitgliede die Firma zu zeichnen und die Gesellschaft zu vertreten. 30. Dezember 1899.
2. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Am 19. Januar ist dem Kaufmann Johann Mengerlinghausen in Darmstadt für die Firma in der Weise Prokura ertheilt, dass derselbe berechtigt sein soll, die Gesellschaftsfirma mit einem Direktor, stellvertretenden Direktor oder Prokuristen zu zeichnen. 30. Dezember 1899.
3. Aug. Schulze, Braunschweig. Dem Kaufmann Hugo Wolters ist für diese Firma Prokura ertheilt. 3. Januar 1900.
4. Aktiengesellschaft Thiederhall zu Thiede. Dem Buchhalter August Westphal in Thiede ist in der Weise Prokura ertheilt, dass derselbe befugt ist, mit einem der Direktoren die Firma zu zeichnen. 30. Dezember 1899.
5. Harzer Bankverein, Aktiengesellschaft, Blankenburg a. H. Den Kaufleuten Rudolf Sager und Otto Kaupe ist für diese Firma Kollektivprokura ertheilt. 3. Januar 1900.
6. Th. Loss, Braunschweig. Dem Schlossermeister Theodor Loss ist für diese Firma Prokura ertheilt. 10. Januar 1900.
7. Gebr. Ring, Braunschweig. Der Ehefrau des Juweliers Ernst Ring, Alwine geb. Weber, ist für diese Firma Prokura ertheilt. 10. Januar 1900.
8. Heinrich Lüders, Braunschweig. Dem Ingenieur Robert Seppelt und dem Kaufmann Friedrich Schrenk ist für diese Firma Gesamt-Prokura ertheilt. 6. Januar 1900.
9. Macke & Wiedemann, Wolfenbüttel. Dem Kaufmann Heinrich Macke ist für diese Firma Prokura ertheilt. 8. Januar 1900.
10. Heckner'sche Druckerei und Kreisblatt-Verlag, Wolfenbüttel. Dem Kaufmann Gustav Roselieb ist für diese Firma Prokura ertheilt. 10. Januar 1900.
11. Emil Cyrenius, Holz-, Kohlen- und Baumaterialien-Warenhandlung und Holzwarenfabrik, Holzminden. Den Kaufleuten Christian Ohm und Wilhelm Bock ist für diese Firma Gesamt-Prokura ertheilt. 10. Januar 1900.
12. Brauerei Friedrich Jürgens, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Dem Kaufmann Carl Gerlach, Kaufmann Paul Herrmann und Braumeister Ernst Schumann, sämtlich hierselbst, ist in der Weise Gesamt-Prokura ertheilt, dass dieselben berechtigt sein sollen, die Firma je mit einem Direktor oder einem Prokuristen zu zeichnen. 17. Januar 1900.
13. Louis Hirsch, Braunschweig. Dem Kaufmann Georg Walther ist für diese Firma Prokura ertheilt. 22. Januar 1900.
14. Joh. Carl Frey & Schurig, Braunschweig. Den Kaufleuten Curt Hassler und Friedrich Cramer ist für diese Firma Einzel-Prokura ertheilt. 23. Januar 1900.

5. Prokuralöschungen.

1. J. Wertheim, Braunschweig. Die dem Bankier Hugo Wertheim ertheilte Prokura ist gelöscht, am 2. Januar 1900.
2. Lehmann Oppenheimer & Sohn, Braunschweig. Die den Kaufleuten Hermann Mielziner und Georg Schoenfeld ertheilten Prokuren sind gelöscht, am 2. Januar 1900.
3. Aktien-Gesellschaft Thiederhall zu Thiede. Die Prokura des Chemikers Dr. Franz Ebel ist gelöscht, am 30. Dezember 1899.
4. Joh. Schäfer, Braunschweig. Die dem Kaufmann Georg Müller ertheilte Prokura ist gelöscht.
5. Franz Rickel Nachfolger, Braunschweig. Die dem Kaufmann Hermann Dempewolf ertheilte Prokura ist gelöscht, am 12. Januar 1900.

6. Job. Carl Frey & Schurig, Braunschweig. Die dem Kaufmann Carl Marheine erteilte Prokura ist gelöscht, am 23. Januar 1900.
7. Conrad Trumpff, Blankenburg a. H. Die dem Kaufmann Paul Wichmann erteilte Prokura ist gelöscht, am 24. Januar 1900.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Negenborner Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Negenborn. Gegenstand des Unternehmens ist: Hebung der Wirtschaft und des Erwerbes der Mitglieder und Durchführung aller zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten Maassnahmen, insbesondere vorteilhafte Beschaffung der wirtschaftlichen Betriebsmittel und günstiger Absatz der Wirtschaftserzeugnisse. Mitglieder des Vorstandes sind: Pastor Aug. Heydenreich, zugleich als Vereinsvorsteher, Wilhelm Tacke, zugleich als Stellvertreter des Vereinsvorstehers, Carl Grimm und August Schünemann, sämtlich zu Negenborn. 30. Dezember 1899.
2. Uthmödener Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Uthmöden. Die Satzungen datiren vom 6. Dezember 1899. Gegenstand des Unternehmens ist: Hebung der Wirtschaft und des Erwerbes der Mitglieder und Durchführung aller zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten Maassnahmen, insbesondere vorteilhafte Beschaffung der wirtschaftlichen Betriebsmittel und günstiger Absatz der Wirtschaftserzeugnisse. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Fritz F. Fehse zu Uthmöden, zugleich als Vereinsvorsteher, Ackermann Friedrich Girmann zu Uthmöden, zugleich als Stellvertreter des Vereinsvorstehers, Ackermann Fritz Oelze zu Uthmöden, Kothsack Carl Oelze daselbst, Schuhmachermeister August Grobleben daselbst. 31. Dezember 1899.

2. Abänderungen.

1. Allgemeiner Konsumverein zu Braunschweig, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 23. November 1899 sind die §§ 65 und 66 abgeändert. Jeder Genosse kann sich mit mehreren, jedoch nicht über 50 Geschäftsanteilen betheiligen. 29. Dezember 1899.
2. Konservenfabrik Neubrück, e. G. m. b. H., in Neubrück. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 16. Dezember 1899 ist der Absatz 2 des § 13 der Statuten abgeändert worden. 2. Januar 1900.
3. Spar- und Vorschussverein zu Helmstedt, e. G. m. u. H. Für den mit dem 31. Dezember v. J. ausscheidenden bisherigen Direktor Lehrer Carl Siedentop ist der Stadtrath Albert Niemann zum Direktor gewählt. 28. Dezember 1899.
4. Konsumverein zu Hasselfelde, e. G. m. b. H. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 3. Dezember bzw. 16. Dezember 1899 ist an Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder der Kaufmann Fritz Wege zum Geschäftsführer, der Klempnermeister Wilhelm Fessel zum stellvertretenden Geschäftsführer, der Magistratschreiber Wilh. Münchhoff zum Kassirer gewählt worden. 2. Januar 1900.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Georg Klostermann, Lotterie-Kollekteur, früher Braunschweig, jetzt unbekannten Aufenthalts, 28. Dezember 1899. Anzeigefrist bis 20. Januar, Anmeldefrist bis 1. Februar. Prüfungstermin am 14. Februar 1900.
2. Albert Satzinger, Inhaber: Holzhändler Albert Satzinger und Kaufmann Oswald Satzinger, Letzterer zur Zeit unbekannten Aufenthalts, 2. Januar 1900.

- Anzeigefrist bis 30. Januar, Anmeldefrist bis 20. Februar. Prüfungstermin am 20. März 1900.
3. Fritz Rosenkranz, Tapezirer und Möbelhändler, Bad Harzburg, 3. Januar 1900. Anmeldefrist bis 15. Februar. Prüfungstermin am 1. März 1900.
 4. August Jacobs, Zimmermeister, Inhaber der Firma F. Jacobs, Braunschweig, 6. Januar 1900. Anzeigefrist bis 7. Februar, Anmeldefrist bis 20. Februar. Prüfungstermin am 20. März 1900.
 5. Anna Heckmann, geb. Rammelt, Handelsfrau, Blankenburg, 10. Januar 1900. Anmeldefrist bis 10. Februar. Prüfungstermin am 24. Februar 1900.
 6. Ida Bormann, geb. Flentje, Handelsfrau, Braunschweig. Anzeigefrist bis 16. Februar, Anmeldefrist bis 14. Februar. Prüfungstermin am 6. März 1900.
 7. Otto Ebermann, Kaufmann, Mitinhaber der Firma B. F. Meier, Erfurter Samenhandlung, Braunschweig, 16. Januar 1900. Anmeldefrist bis 10. Februar. Prüfungstermin am 27. Februar 1900.
 8. Bernhard Meier, Samenhändler, Mitinhaber der Firma B. F. Meier, Erfurter Samenhandlung, Braunschweig, 16. Januar 1900. Anmeldefrist bis 10. Februar. Prüfungstermin am 27. Februar 1900.
 9. Otto Hattensauer, Tischlermeister, Braunschweig, 18. Januar 1900. Anzeigefrist bis 14. Februar, Anmeldefrist bis 20. Februar. Prüfungstermin am 27. März 1900.
 10. Johann Salomon, Brauereibesitzer, in Firma Brauerei zur Eule von Gustav Salomon zu Braunschweig, 27. Januar 1900. Anzeigefrist bis 1. März, Anmeldefrist bis 7. März. Prüfungstermin am 3. April 1900.
 11. Wilhelm Schmidt, Schuhmachermeister, Hasselfelde, 24. Januar 1900. Anzeige- und Anmeldefrist bis 10. Februar. Prüfungstermin am 20. Februar 1900.
 12. Hermann Brandt, Gastwirth, und dessen Ehefrau, beide in Helmstedt, zur Zeit in Neuhaldensleben, 27. Januar 1900. Anzeige- und Anmeldefrist bis 18. Februar. Prüfungstermin am 27. Februar 1900.

2. Abrechnungen.

1. Lina Süßkind, Ehefrau, in Helmstedt, jetzt in Magdeburg. Schlusstermin am 31. Januar 1900.
2. Wilhelm Drechsler, Klempnermeister, Braunschweig. Prüfungstermin am 25. Januar 1900.
3. Hermann Hentze, Sattlermeister, Velpke. Schlusstermin am 7. Februar 1900.

3. Aufhebungen.

1. A. W. Kahn, Inhaber: Kaufmann August Kahn, Vechelde, am 30. Dezember 1899.
2. Georg Klostermann, Lotterie-Kollekteur, Braunschweig, am 8. Januar 1900.

Carl Arndt

Ingenieur.

Gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Patent-, Muster- und Zeichenwesen.

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Braunschweig,

Kaiser Wilhelmstr. 1a.



Fernsprecher 597.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 3.

Braunschweig, März 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Maschstrasse 48, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

In Gemässheit des Beschlusses unserer letzten Plenarsitzung, betreffend den Entwurf einer neuen Anordnung des deutschen Zolltarifes bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass der Entwurf während der Geschäftsstunden von 9 bis 1 Uhr im Bureau der Handelskammer eingesehen, eventuell auch für kurze Zeit leihweise abgegeben werden kann.

Für alle Ein- bzw. Ausführende von zollpflichtigen Waaren empfiehlt sich die Einsichtnahme des Entwurfes deshalb, weil die Art der Gruppierung der Waare von grosser Bedeutung für die zukünftige Zollbehandlung derselben sein wird.

Im Uebrigen verweisen wir auf Punkt 6 des nachstehenden Protokolls unserer XLI. Plenarsitzung.

Braunschweig, den 12. März 1900.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

XLI. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 26. Februar 1900,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Leo, Gerecke, Lüttge, Baumgarten, Kommerzienrath Gutkind, Dr. Bartz, Lemmer, Himmel, sämmtlich aus Braunschweig, Tielecke-Wolfenbüttel,

Dr. Pfeiffer-Wendessen, Dorguth-Helmstedt, Falinsky-Helmstedt, Wiesmann-Harzburg, Ballin-Gandersheim, Rehn-Holzminen, Corves-Blankenburg, Walter-Seesen, Regierungsrath Dr. Stegemann, die Assistenten F. Stegemann und Dr. Senholdt, sowie der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Riekes.

Entschuldigt fehlen die Herren: Buchholz-Rübeland, Liebold-Holzminen, Strümpell-Schöppenstedt, Rückert-Frellstedt, Kebbel-Schöningen.

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr mit Begrüßung der erschienenen Mitglieder und macht die Mittheilung, dass Herr Dr. Riekes als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in das Bureau der Handelskammer eingetreten sei.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatte: Der Syndikus.

Einige in dem Geschäftsbericht behandelte Angelegenheiten sind bereits durch die Monatsschrift für Handel und Industrie bekannt gegeben.

In Betreff der von der Kammer am 6. November v. J. beschlossenen Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute theilt der Syndikus mit, dass seitdem ca. 14200 Mk. durch freiwillige Beiträge zu diesem Zwecke aufgebracht seien. Es sei unter diesen Umständen möglich, bereits zum 1. April mit der Ertheilung von Stipendien zu beginnen.

Die in der vorigen Plenarversammlung beschlossenen weiteren Erhebungen zur Braunschweigischen Produktionsstatistik haben noch vielfache Berichtigungen und Ergänzungen zur Folge gehabt. Die jetzt vorliegende Zusammenstellung, welche 583 Firmen des Herzogthums umfasst, kann nunmehr als abgeschlossen betrachtet werden.

Seitens des geschäftsführenden Ausschusses wurde der Buchhalter Erich Heine zum Bücherrevisor ernannt und seine Verteidigung veranlasst. — Zum Sachverständigen in der Kommission für die Ermittlung der Handelswerthe wurde das Kammermitglied Herr Dr. Bartz gewählt, sowie ferner Herr Kommerzienrath Gutkind in die Handelstagskommission zur Vereinfachung der Wechselformulare delegirt.

Auf der Versammlung des Vereins der mitteldeutschen Handelskammern in Halle am 3. Februar d. J. wurde entsprechend dem Vorschlage der diesseitigen Kammer beschlossen, in eine allseitige Prüfung der Frage der Sachverständigen-Kommissionen zur Schlichtung von Streitigkeiten im Waarenverkehr einzutreten. Es soll zu diesem Behufe das bisher vorhandene, bezügliche Material den Handelskammern zugestellt und durch Umfrage festgestellt werden, welche Handelskammern bereits die Bildung von Sachverständigen-Kommissionen vorgenommen haben.

Zu einer Kommissionssitzung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern in Magdeburg, welche am 31. Januar stattfand, wurde der Assistent Dr. Senholdt delegirt, der den Standpunkt der Handelskammer in der Kleinhandelsfrage zu vertreten hatte.

Die Untersuchungen über die voraussichtliche Rentabilität eines bis Wolfenbüttel bezw. Börssum verlängerten Stichkanals haben ein so wenig günstiges Resultat ergeben, dass nach einer Besprechung von Interessenten sich die Meinung geltend gemacht hat, die Frage einer Fortführung erst dann in Erwägung zu ziehen, wenn das Projekt des Hauptkanals gesichert sei.

In Betreff des Besuches der Pariser Weltausstellung wird der Vorschlag gemacht, dass die Mitglieder der Handelskammer, welche die Ausstellung besuchen wollen, sich zu gemeinsamem Besuche derselben vereinigen möchten.

Auf die Anfrage, ob die Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute, obwohl sie dem Leipziger Hauptverband angegliedert wäre, doch auch etwaigen lokalen Bedürfnissen (Stipendienvertheilung an Schüler einer Braunschweigischen Handelsschule) Rechnung tragen werde, erwidert der Syndikus zustimmend unter Hinweis auf das Vorschlagsrecht der Handelskammer.

Ueber seine Thätigkeit im Bezirkseisenbahnrathe Hannover berichtet Herr Lemmer, dass der Antrag auf Ermässigung der Frachten für landwirthschaftliche Maschinen der ständigen Tarifkommission zur Entscheidung überwiesen sei. Seinem Antrage auf Einlegung eines weiteren Abendzuges Hannover-Braunschweig sei, wie er aus einem an die Handelskammer gerichteten Schreiben der Eisenbahndirektion Hannover ersehe, zu seiner Befriedigung endlich stattgegeben.

Zu den neuen Schnellzügen, über deren Einlegung bereits in der Januar-Nummer der Monatsschrift berichtet wurde, wird von Herrn Dr. Bartz, dem Vertreter der Handelskammer im Bezirkseisenbahnrathe Magdeburg, bemerkt, dass dieselben nur in Potsdam und Magdeburg kurze Aufenthalte (zwei Minuten) haben würden. Eine weitere Verbesserung des Fahrplans werde durch folgende Verbindungen erzielt:

In Anschluss an den 3. Klasse fahrenden Schnellzug Berlin-Stendal-Hannover, ab Berlin 7 Uhr 4 Min. Abends, werde von Isenbüttel 10 Uhr 32 Min. ein beschleunigter Personenzug nach Braunschweig abgelassen werden, der ohne Anhalten auf den Zwischenstationen bereits 11 Uhr 23 Min. in Braunschweig eintreffen werde.

Eine gute Nachmittagsverbindung mit Berlin würde dadurch geschaffen, dass zum Anschluss an den Schnellzug Hannover-Stendal-Berlin, an Berlin 5 Uhr 35 Min. Nachmittags, um 1 Uhr 9 Min. Mittags ein Zug von Braunschweig nach Isenbüttel abgelassen werde, der dort um 2 Uhr 8 Min. eintreffe und bereits um 2 Uhr 13 Min. Anschluss an den vorgenannten Schnellzug finde.

Auch die Verbindungen mit dem Harz erführen eine angenehme Verbesserung insofern, als der Zug ab Braunschweig 6 Uhr 45 Min. und der Gegenzug ab Harzburg 7. Uhr 35 Min. während der Zeit vom 1. Juni bis 1. September täglich verkehren würden.

Die versuchsweise für den nächsten Sommerfahrplan in Aussicht genommenen Züge dürften freilich dauernd von der Eisenbahnverwaltung nur dann beibehalten werden, wenn ihre Benutzung eine derartige werde, dass sie zu dem aufgewandten Opfer in einem annähernden Verhältniss stehe.

Zu dem Eisenbahnprojekt Braunschweig-Oebisfelde wird von mehreren Seiten das Bedenken ausgesprochen, dass diese Linie möglicher Weise nicht so ausgebaut würde, dass ein regelmässiger Schnellzugsverkehr auf derselben zulässig sei. Man äussert sich übereinstimmend dahin, dass, falls die geplante Bahnstrecke nicht von vornherein als Vollbahn gebaut werde, auf den Bau lieber überhaupt verzichtet werden könnte. Es wird der Beschluss gefasst, durch eine direkte, möglichst persönliche Anfrage bei dem Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten festzustellen, ob den Wünschen Braunschweigs bezüglich des Ausbaues der Strecke als Vollbahn thatsächlich Rechnung getragen werden würde oder nicht.

Ferner spricht man unter dankender Anerkennung des bisher Bewilligten die Erwartung aus, dass die weiteren dringlichen Wünsche Braunschweigs baldigst in Erfüllung gehen möchten.

II. Berathung des Etats pro 1900/1901.

Berichterstatter: Herr Leo.

Der von dem Schatzmeister Herrn Leo vorgeschlagene Haushaltsplan pro 1900/1901 wird in Einnahme und Ausgabe wie nachstehend genehmigt.

Pos.	Einnahme	Etat pro 1900/1901	Pos.	Ausgabe	Etat pro 1900/1901
1	11% der Gewerbesteuer	31 000,—	1	Jahresbericht, Drucksachen und Ankündigungen	1 200,—
			2	Reisekosten	2 000,—
			3	Beiträge und Ehrungen	1 000,—
			4	Miethe	1 500,—
			5	Bureaukosten, Porti und Depeschen	2 800,—
			6	Monatsschrift	400,—
			7	Bücher und Zeitschriften	800,—
			8	Gehälter	17 020,—
			9	Kaufmännische Fortbildungsschulen	3 985,—
			10	Aussergewöhnliches	295,—
				Summa	31 000,—
		Summa			31 000,—

III. Erhöhung des Beitrages zum Deutschen Handelstage.

Berichterstatte: Der Vorsitzende.

Der Vorsitzende führt aus, dass in Folge der beabsichtigten Neuordnung des Deutschen Handelstages mit der Erweiterung der Aufgaben desselben eine Vermehrung der zu Gebote stehenden Mittel sich als nothwendig erweise. Bezüglich der daraus im Einzelnen entstehenden Erhöhungen der Beiträge liegt ein Bericht seitens des Handelstages vor, aus dem sich ergibt, dass für die Braunschweigische Handelskammer der Jahresbeitrag sich von 400 auf 700 Mk. (im Maximum) erhöhen würde. Referent beantragt, eine Erhöhung des Handelstagsbeitrags nicht von vornherein abzulehnen, sondern eine solche von dem weiteren Verlauf der Reorganisation des Deutschen Handelstages abhängig zu machen. Von anderer Seite wird sodann der Antrag gestellt, dass die Handelskammer zu Braunschweig im Ausschuss vertreten sein solle. Beide Anträge werden angenommen.

IV. Abzweigung der Beiträge der aus Handel und Handwerk gemischten Gewerbetreibenden.

Referent: Der Syndikus.

Der Berichterstatter führt aus, dass durch die Einrichtung der Handwerkerkammern in den Einnahmen der Handelskammer ein Ausfall entstehen würde, der sich nach vorläufiger Berechnung auf rund 1550 Mk. belaufen würde. Der Ausfall würde aber ganz oder theilweise durch Heranziehung der Bauunternehmer und Hoteliers zu decken sein, da diese nach dem Handelsgesetzbuch von 1897 als Kaufleute betrachtet werden könnten.

V. Einrichtung eines Musterkontors für junge Kaufleute.

Berichterstatte: Herr Generalsekretär Stegemann.

Der Referent giebt zunächst einen Ueberblick über die verschiedenen Arten von Musterkontoren, welche im Inlande und Auslande bestehen. Besonders eingehend verbreitet er sich über die Einrichtung des Musterkontors an der Handelshochschule zu Leipzig, welches sich auch für die einfacheren Verhältnisse einer kaufmännischen Fortbildungsschule umgestalten lassen dürfte. Die Tendenz dieses Musterkontors gehe dahin, den Schülern im letzten halben Jahre einen zusammenfassenden Unterricht in den Fächern zu ertheilen, die in den früheren Semestern einzeln gelehrt worden seien. Es stelle also gewissermaassen ein Repetitorium des ganzen Fachunterrichts dar, wobei das Musterkontor nur den äusseren Rahmen bilde. Dies Letztere sei aber besonders für die Schüler einer kaufmännischen Fortbildungsschule von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil dieselben in der Lehrzeit nicht immer Gelegenheit finden, alle Posten in einem Geschäft

einmal selbst eine Zeit lang einzunehmen, viel weniger aber einen klaren Einblick in die Leitung des Geschäftes zu erhalten. Hier könne und solle das Musterkontor nachhelfen.

Bei der Mannigfaltigkeit des kaufmännischen Geschäftes würde es nothwendig werden, den Unterricht in einen allgemeinen Theil und in einen speciellen Theil für einzelne Branchen zu trennen. Die Kosten der ersten Einrichtung würden aus der Stiftung des Vorsitzenden der Handelskammer, Herrn Kommerzienrath Jüdel, gedeckt werden können, während die Unterhaltung aus der Schulkasse erfolgen würde.

Für den Besuch würden in erster Linie diejenigen Schüler in Betracht kommen, die bisher Unterricht in der Handelslehre erhalten haben, ferner solche, die von einzelnen Fächern dispensirt seien.

Der Referent bittet um Zustimmung seiner Vorschläge und empfiehlt die Einführung einer Kommission, welche die Einrichtung des Musterkontors in die Wege zu leiten hat. Es wird beschlossen, dem Schulvorstand die Aufgaben dieser Kommission zu übertragen.

VI. Entwurf einer neuen Anordnung des deutschen Zolltarifs.

Berichterstatter: Herr Lemmer.

Der Entwurf einer neuen Anordnung des deutschen Zolltarifs, welcher der Kammer zur Berathung zugegangen ist, wurde bereits Ende Januar dem wirthschaftlichen Ausschusse mit der Bestimmung übergeben, ihn in Kommissionen unter Zuziehung von Sachverständigen aus den Handels- und Industriekreisen einer Prüfung zu unterziehen. Es wird Werth darauf gelegt, dass auch weitere Kreise zu dieser für unsere Handelspolitik ausserordentlich wichtigen Unterlage sich äussern, und deshalb ist der Entwurf auch dem Deutschen Handelstage und den kaufmännischen Korporationen zugänglich gemacht.

Zur richtigen Beurtheilung der uns vorliegenden Arbeit möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es sich zunächst nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, um eine Festsetzung der Höhe der Zollsätze handelt, sondern hauptsächlich um eine zweckentsprechende Aufstellung eines Schemas des Waarenverzeichnisses. Die Zollsätze müssen natürlich insoweit mit in die Berathung gezogen werden, als sie geeignet sind, auf eine richtige Klassirung der Waaren einzuwirken. Um die Festsetzung der Zollsätze wird es sich erst dann handeln, wenn der autonome Zolltarif bearbeitet werden wird, der bei zukünftigen Handelsverträgen den Verhandlungen zu Grunde gelegt werden wird behufs Vereinbarung eines Konventionaltarifes zwischen den vertragschliessenden Staaten. Der autonome Tarif wird nur Anwendung finden solchen Staaten gegenüber, mit denen wir einen Handelsvertrag nicht geschlossen haben werden.

Wenn Deutschland jetzt daran geht, einen neuen Zolltarif aufzustellen, so ist es wohl selbstverständlich, dass wir uns dabei die Erfahrungen zu Nutze machen, welche wir seit dem Bestehen der letzten Handelsverträge, vornehmlich derjenigen mit Oesterreich-Ungarn und Russland geschlossenen, gemacht haben, und die Fehler und Unbequemlichkeiten zu beseitigen suchen, aus denen fortgesetzt eine Schädigung unseres heimischen Erwerbslebens resultirt.

Bei der Aufstellung eines neuen Zolltarifes dürfen wir die wichtige Thatsache nicht aus dem Auge verlieren, dass unsere Ausfuhr stetig zugenommen hat, dass wir auf eine Steigerung derselben Bedacht nehmen müssen, wenn der heimische Bedarf abnehmen sollte, d. h. wenn für diesen sich eine Ueberproduktion einstellen sollte.

Bei den jetzt in Angriff genommenen Vorbereitungen zu späteren Handelsverträgen gebietet uns meines Erachtens die Klugheit, so zu handeln, dass wir nicht die Thüre des eigenen Landes schliessen, sondern uns die Thüren anderer Länder öffnen und offen erhalten, d. h. mit anderen Worten: Bei der Aufnahme der Verhandlungen über die Zollsätze dürfen wir es nicht als unsere Hauptaufgabe betrachten, möglichst hohe Zollsätze für uns zu erzielen, sondern wir müssen unser Leitmotiv in einer gemässigten Zollpolitik erblicken, der Art, dass wir durch eine bequeme und geschickte Gruppierung des Schemas und durch mässige Einfuhrbedingungen unsererseits ähnliche Konzessionen von den anderen Ländern erhalten. Nur dann sind für unsere Ausfuhr die Wege geebnet und die Thore geöffnet.

Der Entwurf eines neuen Zolltarifschemas, wie er uns heute vorliegt, weist gegenüber dem jetzt in Kraft befindlichen wesentliche Aenderungen in der Anordnung auf. Der jetzige autonome Tarif gliedert sich in 43 Nummern, die aber Waaren der allerverschiedensten Art und von den allerverschiedensten Werthen in willkürlicher Zusammenstellung enthalten, so z. B. sind unter No. 15 Instrumente, Maschinen und Fahrzeuge zusammengefasst. Den ganzen Maschinenbau hat man in zwei Unterabtheilungen untergebracht, und zwar: 1. Lokomotiven und Lokomobilen; 2. alle anderen Maschinen, die nur dadurch unterschieden werden, ob sie vorzugsweise aus Holz, aus Gusseisen, aus schmiedbarem Eisen oder aus anderen unedlen Metallen bestehen. Wenn man die sehr grossen Unterschiede der Einheitswerthe der verschiedenen Maschinengattungen in Betracht zieht, so kann wohl über die Unzulänglichkeit dieser Eintheilung ein Zweifel nicht obwalten, sobald man von dem richtigen Grundsatz ausgeht, dass die Zollsätze in einem bestimmten Verhältnisse zu den Einheitswerthen der Maschinen stehen müssen.

Der vorliegende Entwurf zu einem neuen Schema sucht diesen Hauptfehler des jetzigen Tarifes zu vermeiden. Er gliedert sich in 17 Abschnitte nach einzelnen Erwerbszweigen. Diese Abschnitte

sind unter 1365 Nummern in verschiedene Gruppen eingetheilt, die wieder Unterabtheilungen enthalten.

Zweifellos ist diese Anordnung und Specialisirung schon eine weit bessere und brauchbarere, als das jetzt gültige Schema aufweist. Der Uebelstand desselben, dass es unter derselben Position die heterogensten Gegenstände von den verschiedensten Einheitswerthen einreihet, ist zum grossen Theile vermieden. Trotzdem lässt die Specialisirung und Gruppierung, sowie die deutungslose Bezeichnung noch viel zu wünschen übrig, so dass auch unter der Geltung des neuen Tarifes Zollkuriosa, wie sie jetzt beim geltenden Tarife vorkommen, nicht ausgeschlossen sein würden. Der Entwurf entspricht trotz der dem geltenden Tarife gegenüber vorgenommenen Verbesserungen doch bei Weitem noch nicht den Erwartungen, welche man auf ihn setzen musste.

Ich will nach dieser Richtung hin das mir naheliegende Gebiet der Maschinen einer kurzen Besprechung unterziehen, um Ihnen damit Beispiele über die dem Entwurfe noch anhaftenden Mängel vorzuführen.

Ein Hauptmangel liegt in der geringen Uebersichtlichkeit und in der willkürlichen Zusammenfassung verschiedener Erzeugnisse. Wenn Jemand, der sich noch nicht damit beschäftigt hat, in dem Entwurfe die »Maschinen«, das Erzeugniss eines unserer wichtigsten Industriegebiete, aufsuchen will, so wird er sie in den Ueberschriften der 17 Abtheilungen zunächst nicht finden. Bei etwas eingehenderem Studium findet man in Abschnitt 16: »Metalle und Metallwaaren«, und glaubt nun hierunter die Maschinen zu finden, aber enttäuscht findet man nur unter Gruppe E: Eisen und Legirungen von Eisen u. s. w., merkwürdiger Weise bei No. 1139/40 Maschinenlager für Walzwerke, Maschinenrahmen, grobe Maschinentheile, Zahnräder. Bei weiterem beharrlichen Suchen findet man dann mit Feuerwaffen, Uhren, Fahrzeugen, Polstermöbeln, Menschenhaaren, Schmuckfedern, Thonwerkzeugen, in einem Abschnitte 17 friedlich vereinigt in Gruppe C die Maschinen.

Hier ist die Anordnung nach Erzeugungsgruppen ohne ersichtlichen Grund vollständig aufgegeben worden. Man hätte doch für »Maschinen aller Art« in ihrer grossen Mannigfaltigkeit der Art und der Einheitswerthe, ihrer Bedeutung für die Ausfuhr oder die Einfuhr einen besonderen Abschnitt schaffen sollen, angesichts der Bedeutung dieser Erzeugnisse im deutschen Erwerbsleben. Ihr jährlicher Erzeugungswertb beträgt annähernd eine Milliarde Mark, wovon ca. 250 Millionen im Jahre 1899 ausgeführt wurden.

Was nun die weitere Eintheilung der Gruppe C Maschinen anlangt, so werden Sie aus dem uns vorliegenden Entwurfe ersehen, dass sich diese Gruppe in 17 Nummern von No. 1288 bis 1305 gliedert, aber in durchaus unvollkommener und unzureichender Weise. In erster Linie lässt der Entwurf Zweifel darüber offen, unter welche Position eine grosse Zahl nicht genannter

Maschinenarten einzureihen sind, sodann fehlen bei vielen Positionen die durchaus nothwendigen Abstufungen nach Gewicht.

Es ist z. B. zweifelhaft gelassen, unter welche Nummern man die zahlreichen Bergwerks- und Hüttenmaschinen, die Walzwerke, Pressen u. s. w. einreihen soll. Alle Maschinen zur Bearbeitung von Metallen, Hölzern und Steinen sind in einer Nummer zusammengefasst. Eine fein gearbeitete Präzisionsdrehbank oder Fraismaschine würde demnach demselben Zollsatz unterliegen, wie eine Steinsägemaschine oder schwere Walzendrehbank, trotzdem deren Einheitswerthe sich wie 5:1 verhalten können. Es müssen also Abstufungen eingeführt werden.

Eine ähnliche Prüfung, wie ich sie hier mit Gruppe C des Abschnittes 17 vorgenommen habe, müsste mit den anderen Abschnitten des Entwurfes des Zolltarifschemas stattfinden. Es wird daher zweckmässig sein, dass die Mitglieder der Kammer, welche mit den in den bezüglichen Abschnitten behandelten Waaren bekannt sind, sich dieser Arbeit unterziehen wollten, d. h. es wird sich empfehlen, eine Anzahl Kommissionen für die Bearbeitung der einzelnen Abschnitte zu bilden.

Demgemäss wird beschlossen. Die Abschnitte des Entwurfes werden in der folgenden Weise vertheilt: 1. Abschnitt 1 (Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft einschliesslich der entsprechenden Erzeugnisse fremder Klimate, Nahrungs- und Genussmittel) Herr Fabrikbesitzer Himmel. 2. Abschnitt 2 (mineralische und fossile Rohstoffe, Mineralöle) Herr Direktor Wiesmann. 3. Abschnitt 3 (zubereitetes Wachs, feste Fettsäuren, Paraffin, Wallrath und ähnliche Kerzenstoffe, Wachswaaren, Lichte, Seifen und andere unter Verwendung von Wachs, Fetten oder Ölen hergestellte Waaren) Herr Kaufmann Lüttge. 4. Abschnitt 4 (chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbwaaaren) Herr Direktor Dr. Bartz. 5. Abschnitt 5 (thierische und pflanzliche Spinnstoffe und Waaren daraus) Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt. 6. Abschnitte 6 und 7 (Leder- und Lederwaaren, Kürschnerwaaren, Waaren aus Därmen, Kautschukwaaren, Guttaperchawaaren, Linoleum) Herr Kommerzienrath Jüdel. 7. Abschnitte 8, 9 und 10 (Geflechte und Flechtwaaren aus pflanzlichen Stoffen mit Ausnahme der Gespinnstfasern, Besen, Bürsten, Pinsel und Siebwaaren, Waaren aus thierischen und pflanzlichen Schnitz- und Formerstoffen) Herr Hof-Zimmermeister Gerecke. 9. Abschnitte 11 und 12 (Papier, Pappe und Waaren daraus, Bücher, Bilder, Gemälde) Herr Kommerzienrath Gutkind. 10. Abschnitte 13, 14 und 15 (Waaren aus Steinen oder anderen mineralischen Stoffen [mit Ausnahme der Thonwaaren], sowie aus fossilen Stoffen, Thonwaaren, Glas- und Glaswaaren) Herr Fabrikbesitzer Liebold. 11. Abschnitte 16 und 17 (Metalle und Metallwaaren, verschiedene Waaren) Herr Fabrikbesitzer Lemmer.

Die genannten Herren werden demnach entsprechende Anträge aus den beteiligten Kreisen entgegen nehmen.

VII. Gewerbliche Schiedsgerichte.

Berichterstatter: Herr Stadtrath Ballin.

Referent hält den Centrumsantrag, wonach die streitenden Parteien entgegen den seither geltenden Bestimmungen verpflichtet sein sollen, sich den Schiedsgerichten zu unterwerfen, für zu weitgehend. Die Unterstützung der gegen jenen Antrag an den Reichstag gerichteten Eingabe der Handelskammer Barmen glaubt Referent aber nur bedingungsweise befürworten zu können. Referent stellt demgemäss den Antrag, die Kammer wolle die Eingabe der Handelskammer Barmen unterstützen mit dem Zusatze, dass sich die Kammer auch mit einer Regelung einverstanden erkläre, wonach auf Antrag nur eines der Betheiligten das Schiedsgericht in Thätigkeit treten würde.

Nach kurzer Debatte zieht der Referent seinen Zusatzantrag zurück.

Demgemäss wird beschlossen.

VIII. Regelung des Dampfkessel-Ueberwachungswesens im Herzogthum Braunschweig.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Zur Erstattung eines ihr vom Herzoglichen Staatsministerium aufgegebenen Gutachtens über die Frage, ob und in welchem Umfange ein Theil der Braunschweigischen Dampfkesselbesitzer durch den Ausschluss der Preussischen Dampfkessel-Ueberwachungs-Vereine geschädigt werde und ob im Falle des Ausschlusses der Preussischen Vereine auch der Braunschweigische Verein allen Anforderungen gerecht werden könne, hat die Handelskammer bei sämmtlichen Dampfkesselbesitzern, welche dem Magdeburger oder Hannoverschen Verein angehören, eine Umfrage veranstaltet.

Von den 101 befragten Dampfkesselbesitzern hat ungefähr der dritte Theil die obigen Fragen beantwortet.

Gegenüber dem in einem Schreiben erhobenen Vorwurf, dass die Handelskammer durch ihre Umfrage partikularistischen Interessen Vorschub leiste, konstatirt der Vorsitzende, dass die Handelskammer ihre Umfrage auf Veranlassung des Herzoglichen Staatsministeriums gehalten habe, dass der obige Vorwurf unzutreffend sei und wohl nur aus Unkenntniss erhoben sein könne.

Zur Sache selbst bemerkt der Vorsitzende, dass der grösste Theil der eingelaufenen Antworten gegen den Ausschluss der Preussischen Vereine sei, allerdings mehr aus persönlichen als aus sachlichen Gründen.

Es kommt hierauf zu einer gründlichen Aussprache über den Braunschweigischen Dampfkessel-Ueberwachungs-Verein, über die Zahl seiner Mitglieder, über seine Leistungen etc.

Sämmtliche Redner sind einig in dem Wunsche, dass das Dampfkessel-Ueberwachungswesen einer durchgehenden Revision unterzogen werden möge, dass insbesondere der Braunschweigische Verein den Preussischen Vereinen rechtlich gleichgestellt und mit denselben Befugnissen ausgestattet werde, mit welchen man die Preussischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine auszustatten zur Zeit die Absicht habe.

Es wird beschlossen, das vom Herzoglichen Staatsministerium aufgegebene Gutachten in diesem Sinne abzufassen.

IX. Antrag betreffend Bestellgebühr für Postanweisungen im Giro-Postanweisungsverkehr.

Berichterstatfter: Herr Kommerzienrath Gutkind.

Die Handelskammer Sorau war bei dem Staatssekretär des Reichspostamts dahin vorstellig geworden, dass seitens der Postverwaltung bei der Zustellung von Postanweisungen, die der Empfänger auf Reichsbank-Giro-Konto gutschreiben lässt, von der Erhebung einer Bestellgebühr von je 5 Pfg. für die einzelne Postanweisung künftig abgesehen, oder dass eine Bestimmung erlassen werden möchte, nach welcher für die Postgiro-Theilnehmer gestattet sei, die Postanweisungen durch eigene Boten abholen zu lassen, während daneben die Zustellung von Werthsachen und Werthbriefen weiter durch die Post zu erfolgen hätte.

Das Reichspostamt (Abtheilung I) hatte indessen den Antrag der Handelskammer Sorau abgelehnt mit der Begründung: Es müsse im Interesse des geregelten Postbetriebes daran festgehalten werden, dass in Bezug auf die Abholung sämmtliche Werthsendungen (Werthbriefe, Einschreibebriefe, Werth- und Einschreibepackete und Postanweisungen) eine zusammengehörige Klasse bilden, innerhalb deren eine Auswahl in den abzuholenden Gegenständen nicht gestattet werden könne.

Ebenso wenig sei es angängig, die Bestellgebühren für Giro-Postanweisungen an Nichtabholer wegfällen zu lassen oder zu ermässigen, weil diese Gebühren für die Bestellung der Postanweisungen im Vereine mit der Ueberweisung der Beträge auf das Girokonto des Empfängers erhoben würden und diese Uebermittlung der körperlichen Ueberbringung des Geldbetrages an den Empfänger gleich zu achten sei.

Gegen diese Entscheidung hat die Handelskammer Berufung bei dem Staatssekretär des Reichspostamts eingelegt.

Referent bezweifelt es, dass sich die Postverwaltung zu einer völligen Beseitigung der Bestellgebühren für Giro-Postanweisungen verstehen würde. Weit eher dürfte nach seiner Ansicht eine Er-

mässigung dieser Gebühren zu erzielen sein, etwa durch Aufstellung einer herabgehenden Skala, nach welcher

für eine Postanweisung 5 Pfg. Bestellgebühren					
für 2 bis 10 Postanweisungen 10 Pfg. Bestellgebühren					
» 11	» 20	»	20	»	»
» 21	» 30	»	30	»	»
» 31	» 40	»	40	»	»
» 41	» 50	»	50	»	»

über 51 Postanweisungen 1 Mk. »
zu erheben sein würden.

Es wird beschlossen, den Antrag der Handelskammer Sorau auf Beseitigung der Bestellgebühren für Giro-Postanweisungen zu unterstützen bzw. bei dem Reichspostamte durch Aufstellung einer herabgehenden Skala die Ermässigung der fraglichen Gebühren zu beantragen, wenn eine völlige Beseitigung unthunlich sei.

X. Antrag der Handels- und Gewerbekammer Dresden, betreffend Aushändigung telegraphischer Postanweisungen an den Empfänger.

Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Gutkind.

In Rücksicht auf die vorgerückte Zeit wird beschlossen, den Antrag dem geschäftsführenden Ausschuss zur Erledigung zu überweisen.

XI. Abänderung des Braunschweigischen Gewerbesteuergesetzes.

Berichterstatter: Herr Leo.

Referent berichtet, dass eine zur Prüfung der Gewerbesteuerfrage eingesetzte Kommission inzwischen weitere Erhebungen, sowie eine Umfrage bei den Mitgliedern der Handelskammer und denen der Revisionsbehörde veranlasst habe. Wie aus den bisher eingelaufenen Beantwortungen der Umfrage hervorgehe, bestehe in der Beurtheilung der Gewerbebesteuerung die grösste Verschiedenheit.

Referent verliest einige der auf die Umfrage eingegangenen Erwidierungen.

In der sich hieran anknüpfenden Debatte wird auf die Besteuerungsmethode Anhalts hingewiesen und die Meinung ausgesprochen, dass der Reinertrag die geeignetste Grundlage für die Bemessung der Gewerbesteuer biete. Von anderer Seite wird hiergegen eingewendet, dass das eine Doppelbesteuerung bedeuten würde, da in Braunschweig der Reinertrag bereits durch die Einkommensteuer getroffen würde.

Da die Kommissionsarbeiten noch nicht zu Ende geführt sind, wird beschlossen, diesen Punkt wieder auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung zu setzen.

XII. Antrag betreffend Errichtung einer Material-Prüfungsanstalt von Seiten des Reiches bezw. die Uebernahme der seitherigen Königlich Preussischen mechanisch-technischen Versuchsanstalt in Charlottenburg und Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Verkehrs mit Dünge- und Kraftfuttermitteln und andere auf die Verstaatlichung des chemischen Untersuchungswesens abzielende Maassnahmen.

Berichterstatter: Herr Direktor Dr. Bartz.

Referent berichtet, dass die Absicht bestehe und dass ein diesbezüglicher Antrag auch bereits an den Reichstag gelangt sei, die Preussische mechanisch-technische Versuchsanstalt in Charlottenburg mit ihren chemischen Annexen auf das Reich zu übernehmen und auf der Grundlage dieser Anstalt eine Material-Prüfungsanstalt des Deutschen Reiches zu errichten.

Nach dem Reglement habe die Anstalt die Aufgabe, Versuche im allgemeinen, wissenschaftlichen und öffentlichen Interesse anzustellen und auf Grund von Aufträgen von Behörden und Privaten Materialprüfungen physikalischer und chemischer Art auszuführen.

Aus fast allen Gebieten der gewerblichen Thätigkeit würden der Anstalt Aufgaben gestellt. Referent erläutert an einer Anzahl von Beispielen die vielseitige und wichtige Thätigkeit der Anstalt.

Nicht minder wichtig sei die Thätigkeit der Anstalt in ihren chemischen Annexen; auch dort würden Aufgaben von hervorragendem öffentlichen oder volkswirthschaftlichen Interesse zu lösen gesucht. Kurz, die Thätigkeit der Anstalt sei eine sehr umfangreiche und segensreiche, und es sei deshalb der Uebergang der Anstalt auf das Reich zu begrüßen.

In neuerer Zeit gehe man mit dem Plane um, die Thätigkeit des chemischen Theiles der Anstalt zu erweitern und zwar nach der Richtung hin, dass die Anstalt in der Folge auch berufen sein solle, sogenannte Handelsanalysen auszuführen, also Analysen von Handelsartikeln, deren Gehalt oder Qualität für die Preisregulirung maassgebend ist.

Es sei die Frage aufzuwerfen, ob ein Bedürfniss vorhanden sei, Handelsanalysen durch die Anstalt ausführen zu lassen. Diese Frage müsse verneint werden, denn es wäre, über ganz Deutschland verbreitet, eine grosse Zahl von vereideten Handelschemikern thätig, welche die ihnen vom Handel übertragenen Analysen gewissenhaft, exakt und schnell ausführen und mit deren Thätigkeit die Handelswelt durchaus zufrieden sei. Wenn aber die Bedürfnissfrage zu verneinen sei, so könne es nicht gutgeheissen werden, dass einem Staatsinstitut eine Thätigkeit aufgezwungen werde, durch die es einmal seinen höheren Aufgaben entrückt und durch die es zweitens den ganzen Stand der Handelschemiker in seinen Existenzbedingungen erheblich schädigen würde. Gutheissen könne man, dass die staatliche Prüfungsanstalt jedesmal

dann angerufen werden dürfe, wenn es sich um Schiedsanalysen behufs Ausgleichung von Analysendifferenzen handle.

Referent empfiehlt der Handelskammer, ihre Stellungnahme zur Frage durch folgende Resolution kundzugeben:

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig begrüsst die Uebernahme der mechanisch-technischen Versuchsanstalt in Charlottenburg durch das Reich.

Sie vermag indessen ein Bedürfniss für die Erweiterung der chemisch-analytischen Thätigkeit der Anstalt nach der Richtung, dass sie in der Folge auch Handelsanalysen auszuführen berufen sein soll, nicht anzuerkennen und ist der Ansicht, dass eine derartige analytische Thätigkeit die Anstalt ihrer höheren Aufgabe entziehen und zudem den auf diese Thätigkeit angewiesenen Stand der Handelschemiker in materieller Beziehung erheblich schädigen würde.

Die Handelskammer glaubt, dass die Anstalt zur Ausführung von Handelsanalysen nur dann angerufen werden dürfe, wenn im Falle von Doppelanalysen derartige Abweichungen vorliegen, dass ein Superarbitrium erforderlich ist.

Bezüglich der in einzelnen Bundesstaaten bereits vorhandenen, mit den technischen Hochschulen in Verbindung stehenden mechanisch-technischen Versuchsanstalten erachtet es die Handelskammer als durchaus nothwendig, dass die Befugnisse und die Wirksamkeit durch die Reichsversuchsanstalt nicht eingeschränkt, vielmehr in vollem Umfange gewahrt werden.

Weiter berichtet der Referent, dass ein Gesetzentwurf vorliege, der den Verkehr in Düngestoffen und Futtermitteln, soweit dieselben Handelsartikel seien, regeln solle. Beide Artikel gehören zu den Handelswaaren, deren Gestalt nur durch chemische Analyse zu ermitteln ist. Die in Rede stehenden Analysen würden jetzt zum Theil durch die öffentlichen Laboratorien der Handelschemiker, zum Theil durch die landwirthschaftlichen Versuchstationen ausgeführt.

Nun werde nichts Geringeres geplant, als in Bezug auf genannte Artikel eine Art von Verstaatlichung des chemischen Untersuchungswesens einzuführen, d. h. es werde geplant, die Untersuchungen der Dünge- und Futtermittel lediglich durch die landwirthschaftlichen Versuchstationen und die den Landwirthschaftskammern unterstellten Laboratorien ausführen zu lassen.

Eine solche Maassregel wäre natürlich in hohem Grade geeignet, die Handelschemiker auf das Empfindlichste zu schädigen, ja vielleicht die Existenz mancher in Frage zu stellen. Die Maassregel läge weder im Interesse der Landwirthschaft, noch in dem des Handels, besonders aber der letztere würde durch eine solche Beschränkung empfindlich leiden. In sehr vielen Fällen käme es dem Handel darauf an, den durch Analyse festzustellenden Gehalt der genannten Artikel schnell, ohne Zeitverlust, zu erfahren, und

das sei nur möglich, wenn allen öffentlichen Laboratorien das Recht gewahrt bliebe, wie alle übrigen Handelsartikel so auch diese mit dem Recht der Ausstellung gültiger Analysenatteste zu untersuchen.

Es sei deshalb begreiflich, dass der Verein deutscher Grosshändler in Düng- und Kraftfuttermitteln sich mit Entschiedenheit gegen die Bestrebungen, die in Frage stehenden Analysen lediglich den genannten Anstalten zu übertragen, ausgesprochen habe.

Auch hier empfiehlt Referent der Handelskammer, durch eine Resolution ihre Ansicht zum Ausdruck zu bringen.

Bezüglich der ausschliesslichen Uebertragung der Kontrollen des Verkehrs in Düngestoffen und Kraftfuttermitteln auf die den Landwirthschaftskammern unterstellten Versuchsstationen und Laboratorien, oder auf noch zu errichtende Staatsanstalten, spricht die Handelskammer sich dahin aus, dass sie für die in einer solchen Maassregel liegende Verstaatlichung des chemischen Untersuchungswesens ein Bedürfniss nicht anzuerkennen vermag.

Die Handelskammer würde, durchdrungen von der Ueberzeugung, dass in den Laboratorien der Handelschemiker alle hier in Betracht kommenden Untersuchungen mit dem gleichen wissenschaftlichen Können und mit der gleichen Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit ausgeführt werden, wie in den oben gedachten Anstalten, in der geplanten Maassnahme sowohl eine durch nichts gerechtfertigte Degradirung, als auch eine namhafte materielle Schädigung der Handelschemiker erblicken. Sie befürchtet von einer derartigen Monopolisirung des chemischen Untersuchungswesens auch eine grosse Schädigung des Handels, weil derselbe gerade bei den in Rede stehenden Artikeln meist ohne allen Zeitverlust in den Besitz der Analysenatteste gelangen muss, was bei der Ausschliessung der Handelschemiker von diesem Gebiete der chemisch-analytischen Thätigkeit schon wegen der geringen Zahl der gedachten Versuchsstationen und Laboratorien und wegen ihrer häufig recht grossen Entfernung von den Haupthandelsplätzen gar nicht möglich wäre.

Die Handelskammer erachtet es deshalb im Interesse des Handels und in demjenigen der Handelschemiker für durchaus geboten, dass den Laboratorien der Handelschemiker die Befugniss, Untersuchungen von Düng- und Futtermitteln des Handels auszuführen, ungeschmälert erhalten bleibe.

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschliesst in seinem Sinne, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden.

XIII. Antrag des Vereins Deutscher Handelschemiker in Düng- und Kraftfuttermitteln betreffend die Anstellung von Handelschemikern.

Der Antrag wird wegen der vorgeschrittenen Zeit von der Tagesordnung abgesetzt und für die nächste Plenarsitzung zurückgestellt.

XIV. Antrag betreffend Erschwerungen im Handelsverkehr mit Brasilien.

Der Antrag wird in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit dem geschäftsführenden Ausschuss zur Erledigung überwiesen.

XV. 9 Uhr-Ladenschluss in Cigarrengeschäften.

Berichterstatter: Herr Baumgarten.

Referent giebt zunächst den Inhalt einer vom Deutschen Tabakverein an den Bundesrath gerichteten Eingabe wieder, in welcher unter Hinweis auf thatsächliche Verhältnisse des Cigarren-Kleinhandels dagegen Verwahrung eingelegt wird, durch gesetzliche Einführung des allgemeinen Ladenschlusses diese Bestimmung auch auf die Cigarrengeschäfte ausnahmslos auszudehnen.

Die Annahme des dahin gehenden Reichstagsbeschlusses würde zur Folge haben, dass ein grosser Theil des Cigarrenhandels auf die Wirthe überginge. Auch würde sich daraus, da in den Gastwirthschaften gekaufte Cigarren und Cigaretten weit über dem Preise bezahlt werden müssten, ein Rückgang des Verbrauchs ergeben. Demgemäss lautet die an den Bundesrath gerichtete Bitte des Deutschen Tabakvereins dahin, dass derselbe dem vorerwähnten Reichstagsbeschlusse seine Zustimmung versagen möge oder aber, falls dies unthunlich erscheine, auch den Gastwirthschaften den Verkauf von Tabakfabrikaten nach 9 Uhr Abends untersage.

In theilweiser Uebereinstimmung mit diesen Ausführungen hält auch der Referent die durch den Reichstagsbeschluss vorgesehene allgemeine Regelung des 9 Uhr-Ladenschlusses für eine zu weit gehende Beschränkung der Gewerbefreiheit. Dagegen spricht er sich gegen den zweiten Antrag aus, eventuell auch den Gastwirthen den Cigarrenverkauf nach 9 Uhr Abends zu verbieten, da eine derartige Bestimmung praktisch kaum durchführbar sein werde.

Ferner ist Referent der Ansicht, dass eine längere als zehnstündige Ruhepause für Handlungsgehilfen überflüssig sei, zumal den Bedürfnissen der einzelnen Geschäftszweige nur schwer Rechnung getragen werden könne.

Die Versammlung schliesst sich den Ausführungen des Referenten an.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig-

Der Vorsitzende:
Jüdel.

Der Syndikus:
Stegemann.

Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute.

Für die von der Handelskammer beschlossene Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute in Anlehnung an die grosse deutsche Stiftung des gleichen Namens haben neben den bereits früher gezeichneten Summen von 10 300 Mk. bisher Beiträge gezeichnet:

1. Herr Kommerzienrath Dr. H. Schmidt-Braunschweig	3000 Mk.
2. Herren Cramer & Buchholz, Pulverfabriken mit beschränkter Haftung, Rübeland i. Harz	3000 »
3. Die Braunschweigische Aktien-Gesellschaft für Jute- und Flachsindustrie, Braunschweig	500 »
4. Die Braunschweigischen Kohlen-Bergwerke Helmstedt	500 »
5. Die Gewerkschaft vereinigte Braunkohlenwerke Frellstedt	500 »
6. Die Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig	500 »
7. Die Mathildenhütte Harzburg	500 »
8. Die Norddeutsche Zuckerraffinerie Frellstedt	500 »
9. Herr Fabrikbesitzer Otto Himmel-Braunschweig	300 »
10. Herr Ingenieur und Fabrikant Alb. Lemmer-Braunschweig	300 »
11. Herr Wilh. Kebbel, i. Fa. Kebbel & Sohn, Schöningen	300 »
12. Die Vereinigte Harzer Kalkindustrie, Elbingenrode	300 »
13. Herr Stadtrath L. Ballin-Gandersheim	200 »
14. Herren Gebr. Dannenbaum-Braunschweig	200 »
15. Herr Bergwerksdirektor O. Falinsky-Helmstedt	200 »
16. Herr Kommerzienrath Max Gutkind-Braunschweig	200 »
17. Der Kaufmännische Verein Holzminden	200 »
18. Firma W. Paulssen Wwe.-Braunschweig	200 »
19. Herr Fabrikdirektor Rückert-Frellstedt	200 »
20. Herren H. Bolze & Co.-Braunschweig	100 »
21. Herren Bourjau & Co., Kommandit-Gesellschaft, Schöningen	100 »
22. Braunschweigische Mühlenbau-Anstalt Amme, Giesecke & Konegen-Braunschweig	100 »
23. Herren Bremer & Brückmann-Braunschweig	100 »
24. Die Chemische Fabrik Schöningen	100 »
25. Die Dampfkessel- und Gasometerfabrik, vorm. A. Wilke & Co., Braunschweig	100 »

Uebertrag 12 200 Mk.

		Uebertrag 12 200 Mk.
26.	Herr Hof-Zimmermeister C. Gerecke-Braunschweig	100 »
27.	Herren Grimme, Natalis & Co.-Braunschweig	100 »
28.	Der Handelsverein Braunschweig	100 »
29.	Der Kaufmännische Verein Schöningen	100 »
30.	Herr Gustav Lüttge-Wolfenbüttel	100 »
31.	Herren Sachtleben & Co.-Schöningen	100 »
32.	Herren Gebr. Samson-Wolfenbüttel	100 »
33.	Herren Selwig & Lange-Braunschweig	100 »
34.	Herr Herm. Tielecke-Wolfenbüttel	100 »
35.	Die Zuckerraffinerie Braunschweig	100 »
36.	Herr F. C. Danzfuss-Schöningen	80 »
37.	Herr Otto Barnewitz-Wolfenbüttel	50 »
38.	Herr Direktor Dr. W. Bartz-Braunschweig	50 »
39.	Herren v. Dolffs & Helle-Braunschweig	50 »
40.	Der Kaufmännische Verein Seesen	50 »
41.	Herr Heinrich Lüders-Braunschweig	50 »
42.	Herren Macke & Wiedemann-Wolfenbüttel	50 »
43.	Herr A. W. Mackensen, Maschinenfabrik und Eisengiesserei, G. m. b. H., Schöningen	50 »
44.	Herr Direktor Oertel-Carlshütte Delligsen	50 »
45.	Herr Direktor Dr. C. Pfeiffer-Wendessen	50 »
46.	Herr C. Walter-Seesen	50 »
47.	Herr W. Hampe jun.-Helmstedt	30 »
48.	Kaufmännischer Verein Schöppenstedt	30 »
49.	Herren Gebr. Schünemann-Wolfenbüttel	30 »
50.	Herr G. F. Strube-Gandersheim	30 »
51.	Herr Felix Wolff, Besitzer der Gabbrosteinbrüche bei Harzburg	30 »
52.	Herr Heinr. Th. Döring-Helmstedt	20 »
53.	Herr Friedrich Hampe-Helmstedt	20 »
54.	Herr Leopold Kempe-Gandersheim	20 »
55.	Herr Hermann Schoof-Helmstedt	20 »
56.	Herr Carl Schünemann-Wolfenbüttel	20 »
57.	Herr Aug. Schulze-Bad Harzburg	20 »
58.	Herr C. Dressel-Helmstedt	15 »
59.	Herr J. C. Schmidt-Helmstedt	15 »
60.	Herren Weber & Seeländer-Helmstedt	15 »
61.	Herr Herm. Winkler, i. Fa. H. C. Deike, Helmstedt	15 »
62.	Herr Emil Baumgarten-Braunschweig	10 »
63.	Herr W. Bosse-Wendessen	10 »
64.	Herr W. Bracke-Wendessen	10 »
65.	Herr Rich. Lange-Braunschweig	10 »
66.	Herr Carl Adolf Müller-Braunschweig	10 »
67.	Herr H. Müller sen.-Braunschweig	10 »
		Uebertrag 14 170 Mk.

Uebertrag 14 170 Mk.

		10	»
68.	Herr Julius Roever-Braunschweig	10	»
69.	Herren G. C. Sonnenberg & Co.-Braunschweig	10	»
70.	Herr Herm. Strümpell-Schöppenstedt	10	»
71.	Herr Franz Weyland, i. Fa. Weyland & Co., Bad Harzburg	10	»
72.	Herr Carl Wolff-Braunschweig	10	»
73.	Herr Albert Ackenhausen-Braunschweig	5	»
74.	Herr Th. Bähr-Braunschweig	5	»
75.	Herr C. Böcker-Bad Harzburg	5	»
76.	Herr H. W. Dettmar-Braunschweig	5	»
77.	Herr Herm. Ehrenberg-Braunschweig	5	»
78.	Herren Dr. Heinen & Sander-Braunschweig	5	»
79.	Herr A. Nicenstedt-Braunschweig	5	»
80.	Herr Herm. Plagge-Braunschweig	5	»
81.	Herr F. Schmücking-Helmstedt	5	»
82.	Herr Carl Friedrich Schwarze-Braunschweig	5	»
83.	Herr Julius Speth-Braunschweig	5	»
84.	Herr Emil Wasmus-Braunschweig	5	»
85.	Herr Ludwig Weitz jun.-Braunschweig	3	»
86.	Herr Leonhard Ahrens-Braunschweig	3	»
87.	Herr Adolf Assmann-Braunschweig	3	»
88.	Herr Carl Aug. Behse-Braunschweig	3	»
89.	Herr R. Beltz-Braunschweig	3	»
90.	Herr Herm. Brotrück-Braunschweig	3	»
91.	Herr Ernst Camehn-Braunschweig	3	»
92.	Herr Ernst Campe Nachf.-Braunschweig	3	»
93.	Herr F. W. Dempewolf-Braunschweig	3	»
94.	Herr G. Dreyer-Braunschweig	3	»
95.	Herr Gustav Ebeling-Braunschweig	3	»
96.	Herr Ferdinand Eichhorn-Braunschweig	3	»
97.	Herr Fr. Engelbrecht-Braunschweig	3	»
98.	Herr Johannes Giebner-Braunschweig	3	»
99.	Herr W. Grosshennig-Braunschweig	3	»
100.	Herren Günther & Gelpke-Braunschweig	3	»
101.	Herr Alb. Just-Braunschweig	3	»
102.	Herr Alb. Kelle Nachf.-Braunschweig	3	»
103.	Herr A. Kiessling-Braunschweig	3	»
104.	Herr Alfred Koch-Braunschweig	3	»
105.	Herr Carl Otto Koch-Braunschweig	3	»
106.	Herr A. F. Kremmling-Braunschweig	3	»
107.	Herr Carl Kühne-Braunschweig	3	»
108.	Herr A. C. Kuthe-Braunschweig	3	»
109.	Herr W. Lehrmann-Braunschweig	3	»
110.	Herren Lindhorst & Hesse-Braunschweig	3	»
111.	Herr H. A. Lüders Nachf.-Braunschweig	3	»
112.	Herr Joh. Fr. Meier-Braunschweig	3	»

Uebertrag 14 366 Mk.

	Uebertrag	14 366 Mk.
113. Herr Herm. Mewes-Braunschweig	3	»
114. Herr Alb. Mittendorff-Braunschweig	3	»
115. Herr E. F. W. Pusch Nachf.-Braunschweig	3	»
116. Herr Wilhelm Rache-Braunschweig	3	»
117. Herr Wilhelm Ridder-Braunschweig	3	»
118. Herr Friedrich Rummel-Braunschweig	3	»
119. Herr C. A. Scheller-Braunschweig	3	»
120. Herr E. F. G. Schmidt-Braunschweig	3	»
121. Herr Oscar Schöffler-Braunschweig	3	»
122. Herr Herm. Stiddien-Braunschweig	3	»
123. Herr Th. Stöcker-Braunschweig	3	»
124. Herr Hermann Tönnies-Braunschweig	3	»
125. Herr Chr. Voss Nachf.-Braunschweig	3	»
126. Herr C. F. Wille-Braunschweig	3	»
127. Herr Emil Wirgau-Braunschweig	3	»
128. Herr L. Wortmann Nachf.-Braunschweig	3	»
129. Herr Aug. Schirmer-Braunschweig	2	»
130. Herr Fr. Stöcker-Braunschweig	2	»
	Sa.	14 418 Mk.
	Ueberweisung einer Gebühr von	3 »
	Sa.	14 421 Mk.

Zum Fleischschaugesetz.

Die Handelskammer hat zu den von der Reichstagskommission beschlossenen Abänderungen zu dem Gesetzentwürfe, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischschau die nachfolgende Erklärung an den Reichskanzler sowie an den Reichstag eingereicht:

»Die Handelskammer hält die vorliegenden Beschlüsse der Reichstagskommission für zu weitgehend, namentlich erachtet sie das für 1904 in Vorschlag gebrachte Einfuhrverbot bei dem heutigen Stande unserer gesammten Wirthschaft für eine schwere Schädigung. Sie hält an ihrem in dieser Frage seither eingenommenen Standpunkte fest, dass das Fleischschaugesetz Sorge tragen muss, in hygienischer Beziehung alle erforderlichen Schutzmaassregeln zu treffen, und zwar auch gegenüber der Auslandsware in völlig gleichwerthigem Umfange wie der Inlandsware gegenüber. Von jeder weitgehenden, auf Ausschliessung an sich gerichteten Maassnahme muss sie indess aus Rücksichten auf das Gesamtinteresse unserer nationalen Wirthschaft dringend abrathen.«

Der neue Posttarif.

Das Reichspostamt veröffentlicht folgende Bekanntmachung:
Vom 1. April werden die Gebühren für Ortssendungen (Postsendungen an Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirke des Auf-

gabe-Postorts) allgemein folgendermaassen festgesetzt: a) für Briefe im Frankirungsfalle 5 Pfg., im Nichtfrankirungsfalle 10 Pfg.; b) für Postkarten im Frankirungsfalle 2 Pfg., im Nichtfrankirungsfalle 4 Pfg.; c) für Drucksachen bis 50 gr einschliesslich 2 Pfg., über 50 bis 100 gr einschliesslich 3 Pfg., über 100 bis 250 gr einschliesslich 5 Pfg., über 250 bis 500 gr 10 Pfg., über 500 gr bis 1 kg einschliesslich 15 Pfg.; d) für Geschäftspapiere bis 250 gr einschliesslich 5 Pfg., über 250 bis 500 gr einschliesslich 10 Pfg., über 500 gr bis 1 kg einschliesslich 15 Pfg.; e) für Waarenproben bis 250 gr einschliesslich 5 Pfg., über 250 bis 350 gr einschliesslich 10 Pfg.; f) für zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Waarenproben bis 250 gr einschliesslich 5 Pfg., über 250 bis 500 gr einschliesslich 10 Pfg., über 500 gr bis 1 kg einschliesslich 15 Pfg. Drucksachen, Geschäftspapiere und Waarenproben, sowie die daraus zusammengepackten Sendungen müssen frankirt sein. Werden die Postsendungen unter Einschreibung oder unter Nachnahme eingeliefert, so treten den obigen Gebühren die Einschreib- und die Vorzeigegebühr hinzu. Bei Briefen mit Zustellungsurkunde tritt die Zustellungsgebühr hinzu; für die Rücksendung der Zustellungsurkunde wird im Ortsverkehre keine Gebühr erhoben. Bei unzureichend frankirten Briefen wird die Gebühr für unfrankirte Briefe abzüglich des Betrages der verwendeten Postwerthzeichen berechnet, für unzureichend frankirte sonstige Sendungen das Doppelte des Fehlbetrages, nöthigenfalls unter Abrundung auf eine durch 5 theilbare Pfennigsumme aufwärts.

Eigenes Grundstück der Handelskammer zu Altena.

Der Handelskammer zu Altena sind von ihrem stellvertretenden Vorsitzenden, Wilhelm Seissenschmidt, 20 000 Mk. zum Erwerb eines eigenen Geschäftshauses geschenkt worden.

Handelshochschule Aachen.

Die Handelskammer Aachen theilt mit, dass unter dem 23. Januar d. J. durch Erlass der Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten und für Handel und Gewerbe die eingereichte Ordnung für die Diplomprüfung in den Handelswissenschaften genehmigt worden ist. Danach ist nunmehr auch in Preussen die Gelegenheit geboten, und zwar an der Königlich Technischen Hochschule in Aachen, die akademischen Studien in den Handelsfächern mit einer Prüfung zu beschliessen.

Wir machen die Interessenten unseres Bezirkes auf diese werthvolle Neuerung bei der kaufmännischen Hochschuleinrichtung in Aachen aufmerksam. Die Prüfungsordnung kann auf dem Bureau der hiesigen Handelskammer in den Sprechstunden von 11 bis 1 Uhr eingesehen, auch vom Bureau der Handelskammer Aachen bezogen werden.

Der Neusprachliche Verein zu Braunschweig,

der den Zweck hat, fremde Sprachen, besonders Englisch und Französisch unter seinen Mitgliedern zu pflegen, veranstaltet wöchentlich Vorträge und Konversation in englischer und französischer Sprache, um das Ohr an die fremden Laute zu gewöhnen und die Zunge im Gebrauch der Sprache zu üben, wodurch jedes Mitglied seine Kenntnisse in bester Weise erweitern oder befestigen kann. Für diejenigen Mitglieder, die in der englischen und französischen Sprache noch nicht soweit vorgeschritten sind, um den Vorlesungen genügend folgen zu können, oder an der Unterhaltung theilzunehmen, sind besondere Vorbereitungsabende eingerichtet. Die Theilnehmer an diesen Abenden sollen unter der Leitung des Lektors, des Herrn Walter Farmer, durch Lesen und Sprechen auf die nächsten Vortragsabende vorbereitet werden. Die Theilnehmer haben für diesen Unterricht monatlich 50 Pfg. zu bezahlen. Der Unterricht findet Abends 9 Uhr statt, und zwar am ersten und dritten Freitag im Monat Englisch, am zweiten und vierten Freitag im Monat Französisch. Herren sowohl wie Damen können Mitglied des Vereins werden. Der Beitrag jedes Mitgliedes beträgt monatlich 1 Mk.; das Eintrittsgeld 3 Mk. Zu jeder besonderen Auskunft ist der Vorsitzende, Herr Otto Rink, Poststrasse 6. gern bereit.

Geschäftspapiere im Postverkehr.

Der Staatssekretär des Reichspostamts erlässt folgende Bekanntmachung: Vom 1. April ab werden im inneren deutschen Verkehr, einschliesslich des Wechselverkehrs mit Bayern und Württemberg, Geschäftspapiere unter folgenden Bedingungen zugelassen: I. Zulässig zur Versendung als Geschäftspapiere sind: alle Schriftstücke und Urkunden, ganz oder theilweise mit der Hand geschrieben oder gezeichnet, die nicht die Eigenschaft einer eigentlichen und persönlichen Korrespondenz haben, wie Prozessakten, von öffentlichen Beamten aufgenommene Urkunden jeder Art, Frachtbriefe oder Ladescheine, Rechnungen, Quittungen auf gestempeltem oder ungestempeltem Papier, die verschiedenen Dienstpapiere der Versicherungsgesellschaften, Abschriften oder Auszüge aussergerichtlicher Verträge, gleichviel ob auf gestempeltem oder ungestempeltem Papier geschrieben, handschriftliche Partituren oder Notenblätter, die abgesondert versandten Manuskripte von Werken oder Zeitungen, korrigirte Schülerarbeiten mit Ausschluss jeglichen Urtheils über die Arbeit, Militärpässe, Lohn-, Dienst- oder Arbeitsbücher u. s. w. II. Geschäftspapiere unterliegen, was Form und äussere Beschaffenheit betrifft, den für Drucksachen geltenden Vorschriften. Die Aufschrift muss die Bezeichnung »Geschäftspapiere« enthalten. III. Geschäftspapiere, welche den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, werden nicht befördert. IV. Die Vereinigung von Geschäftspapieren mit

Drucksachen und Waarenproben zu einer Sendung ist unter der Bedingung gestattet, dass: 1. jeder Gegenstand, für sich genommen, die auf ihn anwendbaren Grenzen des Gewichts und der Ausdehnung nicht überschreitet, 2. das Gesamtgewicht einer Sendung 1 kg nicht überschreitet. V. Geschäftspapiere müssen frankirt sein. Die Gebühr beträgt, gleichviel ob die Geschäftspapiere für sich allein versendet werden oder ob Drucksachen und Waarenproben damit vereinigt sind: bis 250 gr einschliesslich 10 Pfg., über 250 bis 500 gr einschliesslich 20 Pfg., über 500 gr bis 1 kg einschliesslich 30 Pfg. Unfrankirte Geschäftspapiere gelangen nicht zur Absendung. VI. Für unzureichend frankirte Geschäftspapiere wird dem Empfänger das Doppelte des Fehlbetrages angesetzt, nöthigen Falles unter Abrundung auf eine durch 5 theilbare Pfennigsumme aufwärts.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1899.

I. Theil.

I. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.

C. Salz.

2. Aktiengesellschaft Thiederhall.

Im Jahre 1899 wurden von der Gesellschaft abgesetzt:

Chlorkalium, Gruppe I	92 830 D.-Ctr. per 80 %		
» » II	3 277	»	»
Chlorkalium, aus von der Gewerkschaft Hedwigsburg übernommenen			
Rohsalzen	15 200	»	»
Kalidüngesalze, 20, 30, 40 %	24 402	»	Effektiv
Kalidünger, mindestens 38 %	3 000	»	»
Kieserit in Blöcken	27 800	»	
Kalirohsalze	28 677	»	
Chlormagnesium	34 566	»	
Steinsalz	73 258	»	
Speisesalz (Siedesalz)	36 922	»	

Mit dem 1. Januar des verflossenen Jahres ist der neue Syndikats-Vertrag, welcher auf veränderter Grundlage aufgestellt wurde, in Kraft getreten.

In diesem ersten Jahre des Bestehens des neuen Syndikats betrug die Anzahl der demselben angehörenden Werke nach dem definitiven Beitritt der Gewerkschaften Hedwigsburg bei Neindorf und Glückauf, Sondershausen, zwölf.

Der Absatz in Kalifabrikaten war ein recht befriedigender, indem sowohl in Chlorkalium wie in schwefelsaurem Kali ein nicht unwesentlicher Mehrabsatz gegen das Vorjahr erzielt wurde. Ueber Erwarten gut hat sich auch der Absatz in den seit Anfang des vorigen Jahres neu eingeführten Düngesalzmarken gestaltet.

Es sind dies theils Fabrikate, theils Mischsalze, welche mit einem garantirten Mindestgehalt an reinem Kali von 20, 30 und 40 Prozent zu sehr billigen Preisen abgegeben werden, um der Landwirthschaft Gelegenheit zu bieten, das zur Aufbesserung des Bodens unentbehrliche Kali auch in konzentrirter Form zu beziehen.

Da von den bisher von der Deutschen Landwirthschaft allein verwendeten Kalirohsalzen und zwar Kainit nur 12,4 Prozent und Carnallit 9 Prozent reines Kali enthalten, so muss bei deren Bezug das zwei- bis viereinhalbfache Gewicht transportirt werden, um eine gleiche Menge reines Kali zu erhalten, als wie beim Bezüge der Kalidüngesalze, was natürlich bei weiteren Entfernungen schwer ins Gewicht fällt.

Während in diesen konzentrirten Düngesalzen ein Absatz von ca. 670 000 D.-Ctr. erzielt wurde, weisen die Kalirohsalze einen Minderabsatz gegen das Vorjahr auf, welcher beim Kainit ca. 237 000 D.-Ctr., beim Carnallit ca. 47 000 D.-Ctr. beträgt.

Dieser Minderabsatz ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die erwähnten konzentrirten Kalidüngesalze sich bei der Landwirthschaft anscheinend grösster Beliebtheit erfreuen, und dürfte sich in Zukunft die Nachfrage nach denselben wohl auch noch steigern.

II. Industrie der Steine und Erden.

1. Stein-Industrie des Sollings.

Im Jahre 1899 war Dank der allgemeinen grossen Bauthätigkeit die Nachfrage nach unserem Material eine recht reg. Dieser günstige Umstand kommt jedoch mehr den Arbeitern als den Produzenten zu Gute, da unsere Verkaufspreise sich den Preisen der Konkurrenz mit billigeren, geringwerthigen Steinsorten anpassen müssen.

Besonders grosser Bedarf war in dem Artikel »Hohlwaaren«, welche als Krippen und Tröge bei der Landwirthschaft Verwendung finden; stärkere Platten wurden zu Trottoiren in Hamburg etc., sowie geschliffene Platten zu Belägen für Schlachthäuser stark begehrt, nur der Absatz in sogenannten Exportfliesen für Südamerika stockt noch immer.

2. Vereinigte Harzer Kalk-Industrie, A.-G.

Das Rübeländer Kalkwerk Buchholz & Märtens ist am 1. Juli 1898 in den Besitz der obigen Aktien-Gesellschaft übergegangen.

Trotzdem das erste Jahr hiernach als ein Uebergangsjahr betrachtet werden muss, in dem zur Einführung der Centralisation des Betriebes eine Reihe ausserordentlicher Ausgaben gemacht werden mussten, und der Betrieb durch die Um- und Neubauten sich nicht voll entfalten konnte, darf das Ergebniss des ersten Jahres als günstig bezeichnet werden.

Es wurden versandt: an Rohkalk in Stücken und gemahlen 60496300 kg, an gebranntem Kalk in Stücken und gemahlen, sowie Nebenprodukten 164651700 kg.

Der Reingewinn stellte sich auf 262108,17 Mk.

Auch im begonnenen Geschäftsjahr sind die Werke voll beschäftigt und ist gegen die gleiche Periode des Vorjahres ein vermehrter Absatz eingetreten.

3. Heinrich Brandt, Steingeschäft, Holzminden a. W.

Die Lage des Steingeschäfts hat sich im Jahre 1899 im ähnlichen Verhältniss wie im Jahre 1898 gehalten, und ist eine nennenswerthe Besserung nicht eingetreten.

4. Noelle & v. Campe, Glashütten-Brückfeld.

Das Jahr 1899 hat sich für den vorbezeichneten Betrieb besser angelassen, als vermuthet war. Der Absatz konnte auf der gleichen Höhe gehalten werden wie im Vorjahre, wenn es auch mit der Zurückgewinnung derjenigen Absatzgebiete, die der Konkurrenz auf Grund der ungünstigen Fracht- und Produktionsbedingungen hatten überlassen werden müssen, nur sehr langsam vorwärts gehen will, trotzdem man durch vergrösserte und verbesserte Produktion die immer mehr steigenden Kohlenpreise wieder auszugleichen bemüht war. Es ist mehrfach versucht worden, die Fabrikanten zu vereinigen und die Verkaufspreise, wie dies wohl berechtigt ist, zu erhöhen, doch hat die Erfahrung früherer Jahre gezeigt, dass solche Abmachungen von den Fabrikanten selber nicht gehalten wurden. Die Aussichten für 1900 sind nicht besonders ermutigend. Die sehr schwierigen Geldverhältnisse und die ins Ungemessene steigenden Kohlenpreise lassen eine gewinnbringende Fabrikation immer schwieriger erscheinen.

5. Röhren- und Kunststeinfabrik B. Liebold & Co., Holzminden.

Die günstigen Witterungsverhältnisse im vergangenen Berichtsjahre, die besonders die Vornahme von Bauarbeiten bis spät in den Winter hinein gestatteten, milderten die mannigfachen Verhältnisse, die durch zeitweise wieder aufgetretenen Mangel an Arbeitskräften in dem Fortschritt der Bauarbeiten im Sommer und Herbst entstanden waren, wieder etwas, indem sie es ermöglichten, wenigstens einen Theil später angefangener Arbeiten noch vollenden und zur Abrechnung bringen zu können.

Arbeiten lagen genügend vor und ist u. A. in diesem Jahre die Fertigstellung der grossen Brücken über die Ruhr bei Wetter und Herdecke, sowie der einbogigen Brücke von 45 m Spannweite über die Werra in Meiningen erfolgt. Ausserdem wurde der grosse

Eisenbahn-Viadukt über die Mulde bei Niederschlema vollendet und zwei grössere Eisenbahnbrücken in Ronneburg und Werdau erbaut.

Die Gesamtanzahl der grösseren in diesem Jahre ausgeführten Bauten vertheilt sich wie folgt: 19 Brücken, 2 Bahnsteigtunnels, 2 Kanalisirungen, 10 Wasserbehälter mit 7500 cbm Inhalt, 1 Theerbehälter, 2 Gasglockenbehälter, 3 Cement-Silo-Anlagen, 2 Maschinenfundamente, 6 grössere Wasserkraft-Anlagen.

Auch der Absatz in Cementröhren und Cementplatten war zufriedenstellend, obwohl derselbe zeitweise durch empfindlichen Mangel an Eisenbahnwagen ungünstig beeinflusst wurde. Ausserdem leidet die Cementwaaren-Industrie noch immer unter dem hohen Frachttarife, der namentlich die Lieferung der schweren Cementrohprofile nur auf einen ganz bestimmten Umkreis beschränkt.

Der Tarif für Geräte und Rüstungen für die Bauausführungen der Firma ist seit dem 1. April 1899 je ermässigt und verschliesst sich hoffentlich die Eisenbahnverwaltung auch nicht für die Dauer einer Herabsetzung des Tarifs für die fertigen Cementfabrikate und trägt hoffentlich auch die neue Hafenbahn weiter zur Vergrösserung des Umsatzes der Fabrikate des Werkes bei.

Die Preise werden durch eine Konkurrenz, die meist unter Selbstkosten scheinbar oft arbeitet, leider immer noch ungünstig beeinflusst.

6. Helmstedter Thonwerke Rühne & Co.

Die Helmstedter Thonwerke hatten im Berichtsjahre für ihre Fabrikate, sowohl für Verblender als auch für Hintermauersteine, flotten Absatz. Eine ganze Reihe von Aufträgen, speciell auf Verblender, musste abgelehnt werden, da es nicht möglich war, die vorgeschriebenen Liefertermine inne zu halten. Auch wurden für ihre Fabrikate die normalen Preise bis auf einzelne Fälle erzielt.

Das Thonversandgeschäft war in jeder Weise befriedigend. Rother Thon, welcher ein erstklassiges Naturprodukt ist, findet in jedem Jahre mehr Absatz; auch gelangt derselbe in grossen Mengen nach dem Auslande.

7. Fürstenberger Porzellanfabrik.

Die Porzellan-Industrie hatte im Jahre 1899 ebenfalls Gelegenheit, die allgemeine günstige Geschäftslage für die meisten Industrieartikel auch auf ihre Erzeugnisse ausgedehnt zu sehen.

Die Preise der Waaren liessen allerdings im Hinblick auf die Unterbietungen vieler neu gegründeter Fabriken sowie die Steigerung der Rohmaterialien- und Kohlen-Preise noch viel zu wünschen übrig.

Es gelang aber wenigstens, die langjährigen Wünsche in Bezug auf eine Preisvereinigung sämmtlicher deutscher Porzellan-

fabriken insofern zu einem Ergebniss zu führen, als im Juni eine in Berlin stattgefundene Versammlung eine Kommission wählte, welche ein Programm für die Bildung eines Syndikates, Festlegung einheitlicher Minimalpreise für Stapelartikel und Schaffung solider Verkaufskonditionen, feststellen sollte. In dieser Kommission war auch die einheimische Fürstenberger Porzellanfabrik vertreten und führten die Verhandlungen und Beschlüsse zu dem Ergebniss, dass am 25. Januar 1900 die Gründung einer »Vereinigung deutscher Porzellanfabriken zur Hebung der Porzellan-Industrie, G. m. b. H.« von den anwesenden Fabriken mit fünfjähriger Dauer, beginnend mit 1. Februar 1900 und mit dem Sitze in Berlin, fest beschlossen wurde.

Die Vortheile der Vereinigung werden sich allerdings erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1900 voll Geltung verschaffen können, da vor dem Abschlusse der Konvention noch Abschlüsse auf Waaren in grösserem Umfange zu alten Preisen erledigt wurden.

8. Diabas-Steinbrüche Neuwerk.

Der Absatz im Betriebsjahre 1898/99 war ein erfreulicher. Es wurden verkauft 22567 cbm Pflaster-, rohe Steine, Schotter und Grus, und damit 3550 cbm mehr, als in 1897/98. Durchschnittlich waren 76 Arbeiter und 31 Bossirer thätig.

Der sehr niedrige Wasserstand der Bode im ersten halben Geschäftsjahre zwang die Firma, fortgesetzt Dampfkraft in Anspruch zu nehmen, wodurch das Kostenkonto sich erhöhte.

Die Wintermonate zeigten sich ziemlich günstig, indem die Werke von störenden Schneemassen verschont blieben.

Der Bruttogewinn des Jahres 1898/99 beträgt 28706,85 Mk.

9. Braunschweiger Portland-Cementwerke in Salder.

Die Lage der Cement-Industrie kann bis zum Herbst als durchaus günstig bezeichnet werden. Die Nachfrage im Herbst war aber nicht so gross, als in den Vorjahren, woran wohl zum Theil der Wettbewerb der in Betrieb gekommenen neuen Fabriken die Schuld trägt.

Der früh eingetretene scharfe Frost machte der Bauthätigkeit im Dezember schnell ein Ende.

III. Metallverarbeitung.

1. Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt.

Die Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt, welche sich hauptsächlich mit der Erzeugung von Maschinen und Apparaten für die Zucker-Industrie, sowie neuerdings auch mit der Herstellung elektrotechnischer Gegenstände beschäftigt, war im abgelaufenen

Jahre mit Aufträgen reichlich versehen. Zu Anfang des Berichtsjahres herrschte schon rege Nachfrage, und erreichte dieselbe, immer weiter steigend, gegen Schluss des Jahres eine derartige Höhe, dass es nicht möglich war, allen Anfragen zu genügen, und, mit Rücksicht auf die erfahrungsgemäss nach Schluss der Zuckerfabrik-Kampagne alljährlich wiederkehrenden kleineren Reparatur- und Ergänzungsarbeiten, Offerten überall abzugeben. Aber auch das vorliegende Arbeitsquantum war nur dadurch zu bewältigen, dass neue Arbeitsräume geschaffen, neue Arbeitsmaschinen und Arbeitskräfte eingestellt und Nachtschichten eingelegt wurden.

Die Beschaffung der Rohmaterialien macht nach wie vor die grössten Schwierigkeiten. Das abgeschlossene Material war theils nicht rechtzeitig zu erlangen, theils aber auch überhaupt nicht heranzubeschaffen, weil die Produzenten wegen Mangel an Rohstoffen, namentlich Koaks, ebenfalls gezwungen waren, ihre Produktion ganz erheblich einzuschränken und in mancherlei Fällen sogar ganz einzustellen.

Das Hauptabsatzgebiet für die Fabrikate der Braunschweigischen Maschinenbau-Anstalt bildete das Ausland, namentlich Spanien, Russland, Italien und die Schweiz. Im Inlande machte sich nur wenig Bedarf in der Zucker-Industrie bemerkbar und blieb auf die Ergänzungen und Verbesserung bestehender Anlagen beschränkt. Dahingegen zeigte sich hier verstärkte Nachfrage nach Fabrikaten der Nebenbranchen, so im allgemeinen Maschinenbau, der Spiritus- und chemischen Industrie, im Dampfkesselbau und auf dem Gebiete der elektrischen Industrie.

Zur Zeit der Berichterstattung sind über 1000 Arbeiter in der Braunschweigischen Maschinenbau-Anstalt beschäftigt, und das Beamtenpersonal zählt 130 Personen.

2. Dampfkessel- und Gasometer-Fabrik (vormals A. Wilke & Co.).

Gasometerbau.

Die Gas-Industrie hat im abgelaufenen Jahre 1899 gleich wie im Vorjahre wieder hohe Anforderungen an die Fabrik gestellt. Der Bedarf an Gasbehältern und Gasapparaten ist womöglich noch grösser geworden, wie im Jahre vorher, und aus dem Grunde auch günstiger gewesen, weil an Stelle der sonst gewählten gemauerten Bassins nunmehr solche von Schmiedeisen und Stahl verlangt werden.

Das Gewichtsquantum, welches die Fabrik allein für Gasanstalten ausschickte, betrug ca. 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Kilogramm und waren die erzielten Preise zufriedenstellend. Im Laufe der Sommermonate stiegen die Anforderungen so sehr, dass verschiedene Aufträge abgelehnt werden mussten.

Die Gas-Industrie macht in Bezug auf die Verwendung des Gases zu Koch- und Heizzwecken erhebliche auch von Erfolg begleitete Anstrengungen, so dass eine weitere günstige Entwicklung dieser Industrie wahrscheinlich ist, zumal auch das Gas in Folge des Auerlichtes wieder mehr zu Beleuchtungszwecken verwendet wird.

Dampfkessel-Fabrikation.

Die Fabrikation von Dampfkesseln (das Werk fertigt alle Systeme) lag auch in dem abgelaufenen Jahre darnieder. Durch den übermässigen Wettbewerb auf diesem Gebiete ist es schwierig, Aufträge zu guten Preisen zu erhalten und werden thatsächlich auch nur da erlangt, wo die Kundschaft auf ein tadelloses Fabrikat sieht, das ihr bekannt ist.

Die Produktion der Kesselschmiede betrug ca. 600000 kg.

Maschinen- und Krahnbau.

Die Abtheilung Maschinen- und Krahnbau war im abgelaufenen Jahre durchweg so ausserordentlich beschäftigt, dass Tag und Nacht gearbeitet werden musste. Der kolossale Bedarf, welchen die Eisen-Industrie in diesen Artikeln hat, gab der Firma, wie gesagt, volle Beschäftigung und gute Preise.

Der Gewichtsausgang in diesen Artikeln betrug über eine Million Kilogramm.

Allgemeines.

Der Fabrikbetrieb erlitt durch die unsicheren und mangelhaften Lieferungen der Walzwerke des Oefteren erhebliche Störungen, so dass Verzögerungen in der Ablieferung nicht vermieden werden konnten.

Es muss auch konstatiert werden, dass die Walzwerke, welche durch Syndikate gestärkt sind, ihren Abnehmern gegenüber wenig Coulanz zeigen, vor Allem aber sich auf sichere Lieferungen nicht einlassen.

Da andererseits die Abnehmer kommunale und staatliche Behörden sind, die auf prompte Einhaltung der vereinbarten Termine bestehen und hierauf hohe Konventionalstrafen setzen, so kommen Fabriken, wie die genannte, sehr häufig in Kalamitäten, die abzuwenden nicht in ihrer Macht steht.

3. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Aktien-Gesellschaft, Braunschweig.

Das Unternehmen hat sich auch in diesem Jahre in der gewohnten Weise weiter entwickelt.

Der gesteigerte Verkehr auf den deutschen Bahnen machte die Umgestaltung und Vergrösserung sehr vieler Bahnhöfe und dadurch vermehrte Anwendung von Sicherungseinrichtungen aller Art nothwendig.

Die Versuche, elektrische Energie zum Stellen von Weichen und Signalen zu verwenden, sind so günstig ausgefallen, dass begründete Aussicht auf Einführung dieses Systems für grosse Bahnhöfe vorhanden ist, obgleich die Kosten der elektrischen Stellwerke sehr viel grösser sind als die der mechanischen.

Im öffentlichen wie auch im engeren Ausschreibungsverfahren wurden der Preussischen Staatseisenbahn, die hierfür allein in Betracht kommt, auch in diesem Jahre wieder so billige Angebote gemacht, dass das Werk dagegen mit seinen solidern und deshalb theuerern Einrichtungen nicht aufkommen konnte.

Der überall herrschende Materialmangel hat sich auch hier, trotz rechtzeitiger und ausreichender Abschlüsse, vorübergehend fühlbar gemacht, weil einzelne Werke aus Mangel an Kohlen oder Eisen ihren Lieferungsverpflichtungen nicht immer pünktlich nachkommen konnten. Der Umstand, dass der Bahnbetrieb kaum nennenswerthe Störungen durch Schneefall erlitt, hat die Industrie vor schweren Schädigungen bewahrt.

Das Geschäft nach dem Auslande hat sich ebenfalls vergrössert, obgleich dort überall versucht wird, die eigene Industrie für den Stellwerkbau aufzubieten. Die Aufnahmefähigkeit der Bahnen des ausländischen Arbeitsgebietes ist aber so gross und die für den Stellwerkbau unbedingt erforderliche technische Erfahrung und Fertigkeit noch so gering, dass, die Aufrechterhaltung der Handelsverträge vorausgesetzt, die Ausfuhr sobald noch keinen Abbruch, sondern eher noch eine Steigerung erfahren wird.

4. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, A.-G.

Das Jahr 1899 war durch den dauernden Aufschwung der gesamten Industrie im Allgemeinen ein günstiges zu nennen.

Sämmtliche Abtheilungen des Werkes waren voll beschäftigt, so dass fast während des ganzen Jahres mit Ueberstunden und auch Nachts gearbeitet werden musste.

Belangreiche Aufträge für Neu- und Umbauten von Cementfabriken hatte die Abtheilung für Hartzerkleinerung zu verzeichnen. — Auch die Abtheilung für Dampfmaschinenbau war so stark besetzt, dass eine grosse Anzahl unserer Angebote wegen zu langer Lieferfristen keine Berücksichtigung finden konnte. Zur Vermeidung derartiger Misserfolge wurde vom Aufsichtsrath der Neubau einer grossen Montagehalle nebst entsprechender, mit ausreichenden Hilfsmaschinen ausgerüsteter Werkstatt genehmigt, so dass das Werk nach deren Vollendung in der Lage sein wird, die stetig sich mehrenden Aufträge rechtzeitig auszuführen und den wachsenden Anforderungen an vollkommene Arbeit zu genügen.

In der Abtheilung für Mühlenbau zeigte sich ebenfalls ein erfreulicher Aufschwung; der sehr starke Wettbewerb liess jedoch eine Preissteigerung über das vorhandene Maass nicht zu; auch

machte sich auf diesem Gebiete die seitens anderer Fabriken gegenüber der Kundschaft geübte Praktik der Gewährung von Krediten von vier- bis fünfjähriger Dauer und selbst darüber hinaus in unangenehmer Weise bemerkbar.

In der Abtheilung für hydraulische und Speicheranlagen wurden neben Vollendung einzelner Arbeiten aus dem Vorjahre verschiedene grössere und kleinere Anlagen ausgeführt, namentlich mehrere bedeutende Lagerhäuser.

Wenn auch, wie schon gesagt, das Jahr 1899 im Allgemeinen als ein günstiges für unsere Fabrikation zu bezeichnen ist, so konnten doch die Preise für fertige Fabrikate mit den stetig steigenden hohen Preisen der Rohmaterialien, Halbfabrikate etc. nicht gleichen Schritt halten. Ebenso verursachte der Bezug dieser letzteren sowie von Eisenguss grosse Schwierigkeiten, da die Hüttenwerke und andere Lieferanten sehr ausgedehnte Lieferfristen beanspruchten und solche in vielen Fällen noch überschritten. Die Folge davon zeigte sich in vertheuerter Produktion und erschwerter rechtzeitiger Lieferung der fertigen Fabrikate.

Bei weiterer Dauer dieser Schwierigkeiten beabsichtigt die Firma, einen Theil ihrer Materialien mit Vortheil aus dem Ausland zu beziehen. Bestellungen, die in England gemacht wurden, hatten billigere Preise, als die gleichen deutscher Bezüge, und wurden rechtzeitig und zufriedenstellend ausgeführt.

Schliesslich weist das Werk noch auf den Mangel an gutgeschulten Arbeitern hin, der sich mit dem vermehrten Bedarfe in jedem Jahre fühlbarer gestaltet. Den erhöhten Lohnansprüchen stehen in vielen Fällen minderwerthige Leistungen gegenüber und verursachen einen häufigen Arbeiterwechsel. Der Stamm guter Arbeiter verringert sich, ohne in entsprechendem Maasse ersetzt werden zu können, in Ermangelung genügenden Nachwuchses an wirklich tüchtigen, gut ausgebildeten Facharbeitern.

5. Maschinenfabrik und Eisengiesserei Grimme, Natalis & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien.

Der Gesamtvertrieb des Werkes weist einen Absatz in ähnlicher Höhe wie im Jahre 1898 auf. — Ein wesentliches Plus haben die Lieferungen der Giesserei ergeben. Der Verkauf in Dauerbrandöfen hat dagegen unter der ungewöhnlich milden Witterung des Herbstes — der Hauptverkaufsperiode — gelitten, während der Bedarf an Gas-Kochapparaten zugenommen hat.

Unter fast allen Nähmaschinenfabrikanten Deutschlands ist nach langen Verhandlungen im Spätsommer eine Preiskonvention zu Stande gekommen, welche — wenn auch im ersten Stadium — nur eine bescheidene Erhöhung der Preise gezeitigt hat. Herbeigeführt ist diese Preiskonvention hauptsächlich durch den Rückgang der Fahrrad-Industrie. Die Fabrikanten, welche mit wenigen Ausnahmen auch Fahrräder fabrizirten, und die Nähmaschinen als Neben-

artikel zu jedem Preise placirten, mussten durch den Rückgang in der Fahrrad-Industrie sich mehr und mehr der Nähmaschinen-Fabrikation wieder zuwenden. Es ist daher zu begrüßen, dass endlich ein so wichtiger Bedarfsartikel, wie die Nähmaschine, deren Hauptproduktion neben Nordamerika in Deutschland liegt, wieder erspriesslicher werde.

6. Fabrik für Nähmaschinenbestandtheile von Müller & Petri.

Trotzdem die Preise für Materialien und Löhne fortwährend stiegen, sind die Verkaufspreise in Folge einer unverständigen Konkurrenz derartig gesunken, dass von einem nutzbringenden Geschäfte nicht mehr die Rede sein kann. Der Bedarf an Schiffchen war ein grosser.

7. Eisengiesserei, Maschinenfabrik und Geldschrankfabrik Heinrich Lüders, Braunschweig.

Die Maschinenfabrik und Eisengiesserei war das ganze Jahr hindurch sehr stark beschäftigt, und konnten oft die Liefertermine nicht inne gehalten werden. In der Maschinenfabrik wurden hauptsächlich Maschinen für Konservenfabriken und Holzbearbeitung erzeugt; die Giesserei war so stark in Anspruch genommen, dass täglich einmal, sogar zweimal gegossen werden musste, um den nöthigen Guss herauszubekommen, es waren grösstentheils Aufträge für Bauten (Kasernen etc.), für eigenen Bedarf und hiesige und auswärtige Maschinenfabriken. Es wurden durchweg 140 bis 145 Mann beschäftigt. Der Umsatz hat sich auch dementsprechend vergrössert.

Ueber die Geldschrankfabrikation ist nichts Besonderes zu erwähnen.

8. Wagenfabrikation.

Die Entwicklung des Geschäftes im Wagenbau war im abgelaufenen Berichtsjahre eine stetige und, soweit sie den Gang des Geschäftes betraf, zufriedenstellend. Die gestiegenen Produktionskosten sowie die erheblichen Mehrausgaben für Rohmaterial und andere Waaren haben auch eine entsprechende Erhöhung der Preise für die fertigen neuen Wagen sowohl, als auch bei den Reparaturen in der Folge gehabt.

Die Steigerung der Preise war aber immerhin eine begrenzte, da sie von Seiten der Konkurrenz bedingt wurde.

9. Blechwaaren-Industrie.

Die Blechwaaren-Industrie war im Berichtsjahre gut beschäftigt. Die Produktion steigerte sich gegen das Vorjahr um ca. 20%.

Die Verkaufspreise waren verhältnissmässig niedrig, die Preise der Rohprodukte zur Herstellung der Dosen dagegen stiegen im Laufe des Jahres sehr; in Folge der starken Ernte an Gemüse wurden die Dosen im Hochsommer sehr knapp und alle Vorräthe daher aufgeräumt.

10. Braunschweiger Fahrradwerke, Aktien-Gesellschaft, Braunschweig.

In der Fahrrad-Industrie ist in diesem Jahre ein allgemeiner Rückgang zu verzeichnen, jedoch ist es gelungen, in der verflossenen Saison das Werk voll zu beschäftigen und ein den Verhältnissen entsprechend günstiges Resultat zu erzielen.

So lange Deutschland nicht wie die übrigen Länder einen hohen Schutzzoll auf ausländische Fahrräder hat, glauben wir kaum, dass sich die deutsche Fahrrad-Industrie, welche sehr unter der fremdländischen, besonders amerikanischen Schleuderkonkurrenz zu leiden hat, wieder erholen wird.

11. Gold- und Silberwaaren.

Das Geschäft in Gold- und Silberwaaren war im Berichtsjahre etwas reger als im Vorjahre. Das Brillantgeschäft hat sich etwas gehoben, während die Gebrauchsgegenstände, wie Bestecks etc., immer noch maassgebend sind.

12. Bijouteriewaaren.

Das Geschäft in der Bijouteriewaaren-Branche ist im abgelaufenen Jahre lebhafter gewesen und haben die Arbeiter bei guten Löhnen vollauf Beschäftigung gehabt. In den Monaten vor Weihnachten hatten sich die Aufträge derart gehäuft, dass zeitweise ein Mangel an fertiger Waare sich fühlbar machte.

13. Pianofortefabrikation.

Ueber das letztverflossene Jahr lässt sich von der Pianofortefabrikation nicht viel Neues sagen. Die seit einigen Jahren anhaltende langsame Steigerung hielt erfreulicher Weise weiter an und konnte im letzten Jahre ein erhöhter Umsatz verzeichnet werden. Es verdient in Folge dessen auch das Jahr 1899 als befriedigend bezeichnet zu werden, wenngleich die Kauflust für bessere Sachen im Allgemeinen etwas zurückblieb.

Der Export ist bis auf Russland aus dem bisherigen Niveau nicht herausgetreten. Es wurde indess versucht, den Klavieren nach dort mehr Eingang zu verschaffen und ist dies mit Benutzung von dort bestehenden persönlichen Beziehungen auch recht gut gelungen. Es lässt sich aber nicht leugnen, dass die Schwierigkeiten, dort Fuss zu fassen, sehr bedeutende sind. Kamen bisher schon die langen Transportwege mit ihren hohen Frachten und den sehr bedeutenden Schutzzöllen erschwerend in Betracht, so tritt neuerdings noch eine weitere Abgabe hinzu, welche von jedem in Russland reisenden Kaufmann erhoben wird. Diese Schwierigkeiten, verbunden mit den ungemein ausgedehnten Kreditansprüchen, welche in Russland allgemeine Usance zu sein scheinen, reduzieren den finanziellen Gewinn ganz beträchtlich.

14. Optische Anstalt Voigtländer & Sohn, Aktien-Gesellschaft.

Während des verflossenen Geschäftsjahres bestand für alle Fabrikate rege Nachfrage, so dass die Anstalt voll beschäftigt war, und die Erzeugnisse fanden schlanken Absatz.

IV. Chemische Industrie.

1. Chemische Fabrik zu Schöningen.

Das Düngergeschäft, der Hauptzweig dieses Werkes, war im Frühjahr befriedigend, dagegen war der Absatz im Herbst wesentlich geringer als im Vorjahre, da der Konsum allgemein zurückgegangen ist.

Sulfat war gefragt und erzielte etwas höhere Preise als 1898, dagegen liegt Salzsäure noch immer schwach.

2. Theerproduktenfabrik Hubert Baese & Co.

Die Lage der Theerprodukten-Industrie war im vergangenen Jahre eine ziemlich gleichmässige, und nur wenig Preisschwankungen sind zu verzeichnen gewesen.

Benzol blieb das ganze Jahr hindurch gleichmässig flau und musste zu Preisen verkauft werden, wie sie nie zuvor dagewesen waren. Die höher siedenden Benzole, wie Toluol, Hylol und Solvent-Naphta blieben in guter Nachfrage bei ziemlich festen Preisen.

Naphtalin. Während das Rohprodukt namentlich in England im Preise anzog, musste das Rein-Naphtalin womöglich noch billiger als zuvor verkauft werden, so dass die Raffination nur wenig lohnend war. Für das beginnende Jahr sind Preissteigerungen auch für die reinen Produkte kaum zu vermeiden.

Anthracen. Dieses früher so wichtige Steinkohlentheerprodukt ist nach und nach immer mehr in den Hintergrund getreten. Der

schon seit Jahren bestehende abnorm billige Preis bietet den Fabrikanten wenig Interesse, und so dürfte auch die Produktion in diesem Artikel allseitig in Abnahme begriffen sein.

Karbolsäure. Die reine krystallische Waare, die in den letzten Jahren einen ziemlich gleichmässigen Preis behauptete, fing im Herbst des abgelaufenen Jahres nach Beginn des süd-afrikanischen Krieges gewaltig an zu steigen, und bei der Knappheit des Produktes, die anscheinend überall vorhanden ist, dürfte sich die Preissteigerung auch noch für längere Zeit behaupten. Flüssige Karbolsäure, d. h. Kresol, blieb dagegen ziemlich vernachlässigt und die Preise konnten sich auch im Herbst kaum merklich heben.

Karbolineum sowie sonstige schwere Steinkohlentheeröle waren im Laufe des Berichtsjahres gut gesucht und konnten die Preise um Kleinigkeiten erhöhen.

Steinkohlentheerpech, welches wegen des hohen Prozentsatzes, der davon bei der Theerdestillation resultirt, für den Fabrikanten stets von grosser Wichtigkeit ist, war im Laufe des vergangenen Jahres sehr fest und konnte seinen Preis nach und nach weiter erhöhen. Bei der guten Lage der Kohlen- und Briket-Industrie lässt sich die Behauptung des Preises für die nächste Zeit erwarten.

Phenolin, identisch mit Lysol, fand einen ziemlich gleichmässigen, wenn auch nicht sehr grossen Absatz, während auf Artmann's Kreolin die im abgelaufenen Jahre spielenden Prozesse wegen Gebrauch dieses Namens naturgemäss ungünstig einwirkten. Wenn die Gerichte bezüglich Verwendung des Namens »Kreolin« vorläufig auch zu Gunsten einer Hamburger Firma entschieden haben, so lässt sich doch erwarten, dass die umfangreichen Erhebungen, die das Kaiserliche Patentamt seit Jahr und Tag über diese Materie veranstaltet hat, baldigst dazu führen werden, dass das Wort »Kreolin« als Freizeichen erklärt wird, und dann die Fabrikanten, die den Namen seit mehr als zwölf Jahren verwendet haben, in Zukunft in dem Gebrauch desselben nicht mehr gestört werden.

3. Asphalt-, Dachpappen-, Theerprodukten- und Mastixkitt-Fabrik F. Schacht, Braunschweig.

Im letzten Jahre hat die anhaltend lebhaft Nachfrage in den meisten Industrieerzeugnissen eine weitere Vergrösserung einer Anzahl Fabrikbetriebe erfordert. Da für derartige Neu- oder Erweiterungsbauten fast durchweg die leichtere und dennoch dauerhafte Bedachung aus Asphalt-Dachpappe oder Holzcement vorgezogen wird, so war die Nachfrage und der Absatz in Dachpappen, Isolirplatten etc. ziemlich lebhaft und befriedigend. Namentlich die Kaliwerkanlagen beanspruchten für die Abdeckung der Schachtgebäude und Arbeiterwohnungen etc. beträchtliche Mengen von Fabrikaten des Werkes. Trotzdem war eine Auf-

besserung der Preise für gute Waare nicht zu erzielen, obgleich die Preise für Rohpappe, Kohlen, Arbeitslöhne etc. auch im verflossenen Jahre gestiegen sind. — Das Absatzgebiet für Dachpappen etc. bleibt ein begrenztes, solange die hohen Eisenbahnfrachten nicht ermässigt werden. Auf weitere Entfernungen sind grössere Aufträge nur mit ganz niedrigem Nutzen zum Abschluss zu bringen. Die nunmehr fertiggestellten verbesserten Neueinrichtungen der Fabrik-Anlagen erhöhen die Leistungsfähigkeit derselben, so dass die Fabrik der drängenden Konkurrenz und den gesteigerten Anforderungen beim Eintritt in das neue Jahrhundert mit Vertrauen begegnen kann.

4. Weiss-Farben-Werk Bourjau & Co., Commanditgesellschaft, Schöningen.

Der Geschäftsgang hat sich während des Jahres 1899 in zufriedenstellenden Bahnen bewegt und auch wieder bessere Verkaufspreise mit sich gebracht, welche letzteren indessen die gesteigerten Preise aller Rohmaterialien und höhere Arbeitslöhne gegenüber zu stellen sind.

5. Cramer & Buchholz, Pulverfabriken mit beschränkter Haftung.

Der Geschäftsgang war im Berichtsjahre 1899 ein befriedigender.

6. Zündholzfabrikation.

In der Zündholzbranche sind gegen das Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. In Folge der hohen Kohlenpreise, der enormen Steigerung der chemischen Bleiprodukte und der Paraffine, sowie der allseitig gesteigerten Löhne hat sich unter den Zündholzfabrikanten das Bedürfniss nach einer Erhöhung der Preise fühlbar gemacht. Im Sommer ist bereits eine Preiskonvention unter den süddeutschen Fabrikanten zu Stande gekommen; mit Ende des Jahres trat eine Konvention unter den grösseren Fabriken für die überall entzündbaren paraffinirten Zündhölzer in Kraft und weitere Preiseinigungen der Fabrikanten für Sicherheitshölzer und Schwefelhölzer in Mittel- und Norddeutschland sind in der Bildung begriffen.

Für die Herstellung von Sicherheitshölzern (sogenannten Schweden) sind neue Erfindungen auf den Markt gebracht, über deren Vortheile noch keine endgültigen Resultate aus der Praxis vorliegen. In Mannheim wird von einer Aktiengesellschaft eine grosse Zündholzfabrik errichtet, in der diese neuen Erfindungen zur Verwendung kommen sollen.

Können jene Maschinen thatsächlich das leisten, was sie leisten sollen, so dürfte eine weitere Verbilligung der Sicherheitshölzer und deren grössere Ausbreitung auf Kosten der Phosphorhölzer eine unausbleibliche Folge sein.

V. Textil-Industrie.

1. Die Jute-Industrie.

Die deutsche Jute-Industrie kann auf das Jahr 1899 mit Befriedigung insofern nicht zurückblicken, als die Spannung zwischen den jeweiligen Preisen des Rohstoffes und der Fabrikate selten Nutzen, häufig aber Verlust gelassen hat.

Die Höhe der Dividenden wird daher wesentlich bestimmt werden von dem Umfange der aus den reichen Jute-Ernten früherer Jahre in das Jahr 1899 übernommenen billigen Jutevorräthe.

Die 1898/99er Jute-Ernte war, was Mengen betrifft, unzureichend und hinsichtlich der Güte gering.

Indien führte aus:

1898/99	1897/98	1896/97	1895/96	1894/95
2 305 000	3 552 000	2 780 000	2 990 800	2 917 000

Ballen.

Die jetzige 1899/1900er Jute-Ernte ist abermals klein; die Ausfuhrmenge wird auf 2 bis $2\frac{1}{4}$ Millionen Ballen geschätzt. Die Jute ist von aussergewöhnlich geringer Beschaffenheit und dazu, soweit das die bisherigen Ankünfte beurtheilen lassen, durchschnittlich feucht gepackt.

Der Preis für die 1899/1900er Jute-Ernte setzte mit £ 12.10. — für die $\frac{1}{2}$ Gruppe ein und stieg auf £ 15.10. — im Oktober. Seitdem ist der Werth bis auf £ 14. — zurückgegangen, verfolgte aber am Schluss des Jahres, trotz des theueren Geldstandes, wieder eine steigende Richtung.

Zur Verschiffung bis Ende Dezember dürften ca. 1 500 000 Ballen angemeldet werden, gegen 1 417 000 Ballen in 1898/99, 2 275 000 Ballen in 1897/98, 2 030 000 Ballen in 1896/97 und 2 057 000 Ballen in 1895/96.

Der Absatz der Jutefabrikate hat zum Nachtheile der Verkaufspreise durchschnittlich mit der Erzeugung nicht gleichen Schritt gehalten.

In den letzten drei Monaten des abgelaufenen Jahres trat von Südamerika unerwartet eine ungewöhnlich starke Nachfrage ein, die eine erhebliche Preissteigerung der Jutegewebe an den Auslandsmärkten zur Folge hatte und die für den Export günstig gelegenen deutschen Jutefabriken veranlasste, erhebliche Mengen Jutewaren zu exportiren.

Die dergestalt und ausserdem durch Brandschaden dem deutschen Markte entzogenen Jutegewebemengen sind auf ca. 10% der dreimonatlichen deutschen Gesamtproduktion zu schätzen.

Diese Entlastung hat weder die Dringlichkeit des Angebots auf dem deutschen Markte abgeschwächt, noch hat sie vermocht, die Preise auf einen gewinnbringenden Stand zu heben.

Die deutsche Jute-Industrie hat eine Vermehrung der Erzeugungsmaschinen von

73 226 Spindeln und 3558 Webstühlen in 1889 auf
ca. 135 000 „ „ 6545 Webstühle Ende 1899

erfahren und ist damit dem Bedarfe maasslos vorausgeeilt.

Die gegenwärtige Ueberproduktion hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, weil ein nicht unerheblicher Theil der neuen Spindeln und Webstühle noch der Inbetriebnahme harret.

Die beiden Jutfabriken unseres Herzogthums erzeugten während des Betriebsjahres derselben

11 722 858 kg Garne,
16 910 965 m Gewebe,
9 655 408 Stück Säcke.

Beschäftigt wurden in beiden Fabriken ca. 2250 Personen.

Die Leistungen zu den gesetzlichen Wohlfahrtseinrichtungen betrugen 32 076,32 Mk. Der Vermögensbestand der Fabrikkrankenkasse „Concordia“ betrug Ende des Jahres 39 832,87 Mk.

2. A. J. Rothschild Söhne Aktiengesellschaft. Leinen-Industrie.

Der Geschäftsgang in den Erzeugnissen war gleichmässig und befriedigend. Die Preise der Leinen-, Baumwoll- und Jutegarne waren bis zum Herbst ebenso niedrig, wie diejenigen der Gewebe, dann aber setzte ziemlich unvermuthet auf allen Gebieten erst langsamer, dann aber immer rapider eine Preissteigerung ein, welche auch bis jetzt noch nicht abgeschlossen zu sein scheint. Die Notirungen der gewebten Waaren können bis jetzt nur langsam folgen, doch steht zu hoffen, dass angesichts der guten Aussichten für den Frühjahrsbedarf auch hier ein energischeres Tempo eintreten wird.

Wenn schon nicht verkannt werden darf, dass die Preise der rohen Flächse und der daraus hergestellten Erzeugnisse einer Aufbesserung dringend bedürftig waren, so ist doch zu wünschen, dass diese Aufbesserung in vernünftigen und massigen Grenzen bleibe. Ein Ueberschreiten dieser Grenzen hat noch jedes Mal zur Folge gehabt, dass eine Anzahl von Konsumenten, von aus Flachs hergestellten Stoffen, deren schlimmsten Konkurrenten, der Baumwolle und Jute zugeführt werden, was einen dauernden Verlust bedeutet. Der Rückschlag ist deshalb nachher stets doppelt empfindlich gewesen.

VI. Fette, Oele und Firnisse.

1. Lack- und Firnissfabrik H. Müller sen.

Das Geschäft in Firnissen, Lacken und Farben, Leinöl und Terpentinöl war im verflossenen Jahre ein recht lebhaftes.

Leinöl-Firniss folgte den im Laufe des Jahres um 25⁰/₁₀ im Preise gestiegenen Leinöl-Preisen. Letztere gaben geschlossene Lieferungskäufe, den Käufern guten Nutzen.

Lacke. Der Umsatz war ein grösserer als im Vorjahre, doch blieb der Nutzen in Folge der höheren Preise der Rohprodukte — Kopal, Terpentinöl, Leinöl — geringer, da ein entsprechender Aufschlag noch nicht durchzuholen war.

Farben. Metallfarben, Bleiweiss, Lithopone fanden guten Absatz, die Fabriken waren häufig mit den Ablieferungen im Rückstande. Bleifarben stiegen um ca. 10⁰/₁₀, und auch für Lithopone mussten höhere Preise bewilligt werden.

Terpentinöl. Die Preise waren grossen Schwankungen unterworfen, erreichten aber nach Aufnahme der Ablieferungen der neuen Produktion sehr hohe Preise, welche 20⁰/₁₀ über den im Januar gezahlten stehen.

2. Maschinenöl- und Wagenfettfabrik von J. N. Apel.

Von den günstigen Verhältnissen des Jahres 1899, das den seit mehreren Jahren anhaltenden wirthschaftlichen Aufschwung weiter verfolgte, konnten fast alle Branchen profitieren, und war denn auch die Nachfrage für Mineral-Schmieröle eine recht starke.

Die Preise für amerikanische Oele blieben bis Mitte des Jahres dieselben, dann aber traten allmählich ganz bedeutende Steigerungen um ziemlich 4 Mk. pro 100 kg ein, und zwar in Folge der kolossalen Aufbesserung des amerikanischen Rohölmarktes. Der Grund dieser Aufbesserung liegt in der immer kleiner werdenden Ausbeute der Quellen, so dass auch der Export für die nächsten Jahre ein entschieden geringerer werden wird, sofern nicht neue ergiebige Oelfelder gefunden werden. Die heutige Marktlage ist eine dauernd feste, und muss man sich auf weitere Steigerungen vorbereiten.

Die allgemeinen Verhältnisse in russischen Oelen haben sich wesentlich anders gestaltet, wie früher anzunehmen war. Die Produktion des Rückstandes (Masut) ist ständig, und da der Absatz dieses Artikels für Heizzwecke ein flotter und dauernd steigender ist, so ist die Nachfrage nach Rohöl eine ganz bedeutende, und die Preise müssen naturgemäss anziehen. Da aber andererseits die Notirungen für raffinierte Oele in gar keinem Verhältniss zu denen der Rohöle stehen, so haben viele Raffinerien in Baku die Fabrikation eingestellt, woraus sich auch der um ca. 15000 Barrels geringere Export während 1899 erklärt. In Anbetracht dieser Verhältnisse kam den russischen Oelfabrikanten die Aufwärts-

bewegung der Amerikaner sehr gelegen, und erhöhten sie die Preise für helle Oele Mitte September um 1 Mk. pro 100 kg, und Ende November weiter um 1 Mk. pro 100 kg. Die heutige Marktsituation ist, wie bei den amerikanischen Oelen, fest, und grössere Erhöhungen für spätere Zeit sehr wahrscheinlich.

Das Geschäft in Fetten, d. h. konsistenten Maschinenfetten, Lederfetten, Wagen- und Walzenfetten hat keine Aenderung erfahren. Der Absatz war ein guter; die Preise für Prima-Qualitäten, namentlich in Wagenfetten, liessen bei den theueren Rohölpreisen zu wünschen übrig.

VII. Papier.

1. Im Allgemeinen.

Die bedeutende Stellung, die die Anfertigung von Papieren aller Arten in Deutschland zum Weltmarkte sich errungen hat, ist nicht nur die gleiche geblieben, sondern ist noch sichtlich gestiegen.

Deutschland ist heute auf diesem Gebiete das hervorragendste Land der Erde, und nicht nur ist dadurch die Einfuhr gegen frühere Jahre wesentlich herabgesetzt, sondern die Ausfuhr nach anderen Ländern hat zugenommen und zwar mit jedem Jahre zunehmend, so dass man eine gesunde Entwicklung dieses Geschäftszweiges damit feststellen kann.

In früheren Jahren war eine grosse Ueberschreitung vorhanden, wodurch die Preise sehr herabgedrückt wurden, es scheint aber, dass durch die starke Ausfuhr dieser Uebelstand, der sich auf dem heimischen Markte geltend machte, ausgeglichen würde.

Die deutschen Fabriken hatten ohne Unterschied das ganze Jahr reichliche Aufträge vorliegen und gegen Ende des Jahres häuften sich die Aufträge derartig, dass lange Lieferzeiten verlangt werden mussten.

Leider konnte sich der Markt immer noch nicht frei machen von dem seit Jahrzehnten darauf lastenden Drucke des Preisniederganges, und erst Ende des Jahres konnten sich die Fabriken ermannen, eine Preissteigerung, wenn auch in sehr bescheidenen Grenzen, anzukündigen und zum Theil durchzusetzen.

Namentlich sind es die geringeren Sorten, die der Preisauflösung besonders bedürfen und bei denen sich der Aufschlag auch zuerst bemerkbar macht.

Zeitungsdruckpapiere waren bis zu einem Preise heruntergedrückt, bei dem die Fabriken Geld zusetzen mussten.

Die Kriegsergebnisse in Südafrika brachten einen grossen Mehrbedarf bei allen Zeitungen, ganz besonders aber in England und Amerika, so dass dort heute ein so fühlbarer Mangel an Zeitungsdruckpapier ist, dass jeder Preis dafür bezahlt wird, nur um die Zeitungen weiter erscheinen lassen zu können. Einige

der grossen Blätter mussten sich wesentlich einschränken, nur wegen der knappen Papierzufuhr; es giebt in London Zeitungen, die täglich 15 bis 20000 kg gebrauchen.

Die deutschen Fabriken haben dadurch auch viel mehr zu liefern bekommen, und die Preise konnten um 10%₀ im Inlande deswegen erhöht werden. Auch die Preisstufe 30 bis 40 Pfg. das Kilo wird um 10%₀ hinaufgesetzt, die von 40 bis 50 Pfg. vorläufig um 5%₀, bei den theueren Stoffen sieht man einstweilen von einer Erhöhung ab, doch wird auch da die Preissteigerung im nächsten Jahre sicher durchgreifen.

Nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Ausfuhr schwächer geworden, während nach allen anderen Ländern der Erde mehr ausgeführt wurde, namentlich nach Australien, Japan, China und Südamerika.

Bei den Fabriken ist in Folge dessen wieder eine grosse Neigung zu Vergrösserungen vorhanden, und da, wo das Betriebskapital des Einzelnen nicht ausreicht, werden Aktiengesellschaften gebildet. Einige der länger bestehenden Aktiengesellschaften geben guten Nutzen, der gegen frühere Jahre nicht nur gleich geblieben, sondern noch gestiegen ist.

Der Handel ist so ziemlich gleich geblieben, der Grosshandel geht mit der Erzeugung darin Hand in Hand, und es ist zu hoffen, dass auch da demnächst die Preisaufbesserung endlich durchzuführen sein wird.

Die langen Lieferzeiten hemmen das Geschäft ungemein, und nur durch grosse Läger ist es möglich, da ausgleichend zu wirken.

Im Allgemeinen kann man auf das Jahr befriedigt zurückblicken und einer noch besseren Zukunft entgegensehen.

In Deutschland bestanden bis Ende 1898 485 grosse und mittlere Papierfabriken mit 1441 Maschinen, 40 mit Handbetrieb, sogenannte Büttenfabriken oder Papiermühlen mit 117 Bütten, 406 Pappfabriken.

Zur Papier-Industrie gehören ausserdem die den Rohstoff bereitenden Fabriken, nämlich 600 Holzschleifereien, 71 Zellstofffabriken, 30 Strohstofffabriken, 5 Lumpenhalbstofffabriken.

Die erzeugten Mengen sind nicht genau festzustellen, man schätzt sie auf 1 Million Tonnen gleich 1000 Millionen Kilo.

2. Papierfabrik Gebr. Hahn Nachf., Königslutter.

Das Geschäft ist auch im Berichtsjahre in denselben Grenzen geblieben als im Jahre 1898.

Monatsberichte

über
die Lage des Handels und der Industrie.
(Februar.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Die Fabrikation der Dauerwaare ist mit dem Monat Februar in der Hauptsache beendet.

Der diesjährige kalte Winter hat veranlasst, dass die Dauerwurst sich gut entwickeln konnte und ist wohl anzunehmen, dass die Fabrikanten ein hochfeines Fabrikat auf Lager bekommen haben und in der Lage sind, für das Sommergeschäft die allerbeste Bedienung in Aussicht stellen zu können.

Der Geschäftsgang im Februar ist der ruhigste von allen Wintermonaten, da sehr viel Hauschlachtungen stattfinden und ausserdem in der Fastenzeit mehr Fisch- wie Fleischwaaren konsumirt werden.

Denecke & Himmel.

Konserven.

Das Wintergeschäft war in Konserven auffallend still, eine Erscheinung, die bei dem für den Konsum in Konserven sonst günstigen Wetter um so merkwürdiger ist. Trotz alledem macht sich bei der grösseren Kundschaft schon der Wunsch nach Abschlüssen per Herbstlieferung bemerkbar. Während einzelne grosse Geschäfte zu den erhöhten Preisen bereits perfekt sein sollen, zögern andere Firmen noch, die durch die Verhältnisse bedingten Preiserhöhungen anzulegen.

Trotz der geringen Nachfrage sind die Preise für Lokowaare unverändert fest geblieben.

A. W. Querner.

Getreidehandel.

(Januar und Februar.)

In den beiden Berichtsmonaten nahm das Getreidegeschäft einen ruhigen Verlauf, und sind nennenswerthe Veränderungen nicht zu verzeichnen.

Das sehr veränderliche Wetter, besonders die nach vorherigen milden Tagen jäh eingetretenen Fröste vom 13. Januar und 6. Februar dürften an den Wintersaaten nicht ganz ohne schädigenden Einfluss vorübergegangen sein, zur Vernichtung des Ungeziefers und Unkrautes aber auch nutzbringend gewirkt haben.

In Weizen blieb der Handel unlohnend, da sich ein Rendiment nach auswärts nicht entwickeln konnte; das normale Angebot wurde zu 142, 141, 140 Mk. erste Kosten aufgenommen; beste trockene schwere Qualitäten erreichten ab und zu 1 bis 2 Mk. mehr. — Kleberreife amerikanische Sorten stellten sich, je nach Beschaffenheit, auf 127 bis 132 Mk. cif. trans. Magdeburg.

Roggen, der sich Anfang Januar mit 147 Mk. über Weizenpreis stellte, ging Mitte Januar ebenfalls auf 140 Mk. zurück und beharrte in dieser Preislage auch im Februar. Es wurden mehrfach schöne trockene Pöstchen aus Mecklenburg und der Altmark bezogen, die sich 3 bis 4 Mk. über hiesige Notiz stellten. Abladungen von Russland und Amerika liessen für hier keine Rechnung.

Das Geschäft in Hafer blieb schwerfällig, und konnte sich derselbe im Werthe von 142 Mk. nicht behaupten, sondern ging auf 140 Mk. zurück.

Braugerste, stark offerirt, konnte nur zu rückgängigen Preisen schwer Käufer finden, besonders in geringen und Mittelsorten.

Futtergerste konnte sich zeitweise befestigen, da die Wasserabladungen nach Magdeburg durch die in Folge des unerwartet eingetretenen Frostes unterbrochene Schifffahrt verspätet und unregelmässig eintrafen. Durch grössere Angebote von schlesischer Fegegerste wurde der Artikel Ende Februar etwas gedrückt.

In Mais blieb der Handel lebhaft, da dies Futtermittel zu Folge seines billigen Preisstandes anderen Futterartikeln gegenüber bevorzugt wird.

Der Umsatz in Feldbohnen war nicht zufriedenstellend; von Thüringen wurde schöne trockene Waare zu 145 bis 148 Mk. gehandelt, nicht ganz trockene Qualität aus der Umgegend mit 136 bis 140 Mk. bezahlt.

P. Peters.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. August Ernst, Manufaktur- und Wollwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann August Ernst.
2. Otto Saeger, Manufakturwaarengeschäft und Weinhandel, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Otto Saeger.
3. Robert Bornemann, Material- und Kolonialwaarenhandlung, Fabrikation von Mineralwasser und Agenturgeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Robert Bornemann.
4. Louis Diesenbergh, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Louis Diesenbergh.
5. Fr. Otto Bode, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Otto Bode.
6. Gebr. Cohn, Viehhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Isaak Cohn und Kaufmann Samuel Cohn. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Januar 1891.
7. Wilhelm Jürgens Nachf., Gold- und Silberwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Juwelier Pincus Rosenthal.
8. Adolf Denecke, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Adolf Denecke.
9. F. Mandel, Konservenfabrik, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Robert Elsholz.
10. W. Hauer Söhne, Geschäft mit Rohprodukten, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Carl Hauer und Kaufmann Wilhelm Hauer. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 20. Januar 1896.
11. Gebr. Schloss, Viehhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Viehhändler Natan Schloss und Viehhändler Lipmann Schloss. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 15. November 1882.
12. Otto Leitzmann, Woll- und Weisswaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Otto Leitzmann.
13. Wilhelm Gerecke, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Materialwaarenhändler Wilhelm Gerecke.
14. Fritz Tiedermann, Musikinstrumentenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Musikinstrumentenhändler Fritz Tiedermann.
15. Adolph Gropp, Rübeland. Inhaber: Materialwaarenhändler Adolph Gropp.
16. Jacob A. Körner, Handlung in Regulatoren, Bildern und Spiegeln, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Jacob Abraham Körner.
17. Heinrich Schulze, Drechslerwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kunstdrechslermeister Heinrich Schulze.
18. Wilhelm Klinck, Uhrengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Uhrmacher Otto Klinck.
19. Wilhelm Jordens, Kohlenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kohlenhändler Wilhelm Jordens.
20. Schrieber & Behmann, Stadtoldendorf. Inhaber: Schlachtermeister Louis Schrieber zu Stadtoldendorf und Rentner August Behmann zu Hildesheim. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Januar 1900.
21. Gustav Junge, Rübeland. Inhaber: Zimmermeister Gustav Junge.
22. Ferdinand Weber, Lotterie-Haupt-Kollekte, Braunschweig. Inhaber: Lotterie-Haupt-Kollekteur Ferdinand Weber.
23. Ed. Pfeiffer, Kalkwerk, Wolfenbüttel. Inhaber: Kalkwerkesitzer Bernhard Plagge.
24. Fritz Heine, Woll-, Weiss-, Manufaktur- und Schuhwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Fritz Heine.
25. Rudolf Giesen, Tuchhandlung mit Maassschneiderei, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Rudolf Giesen.
26. Hermann Grotjahn, Eisen- und Kurzwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Eisen- und Kurzwaarenhändler Hermann Grotjahn.
27. Albert Hennecke, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Albert Hennecke.

28. Gustav Görrig, Gold- und Silberwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Juwelier Gustav Görrig.
29. Friedrich Wilhelm Koch, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Friedrich Wilhelm Koch.
30. Paul Böttcher, Cigarren-Import- und Cigarren-Versandgeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Paul Böttcher.
31. Gottlieb Junghans & Sohn, Schuhwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Schuhmachermeister Gottlieb Junghans und Robert Junghans. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 22. Oktober 1899.
32. Julius Daus, Eisen-, Kurz- und Spielwaaren-, sowie Glas- und Porzellanwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Julius Daus.
33. Mittendorf & Nette, Blumen- und Samenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kunstgärtner Carl Mittendorf und Kaufmann Heinrich Nette. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. April 1895.
34. Robert Lippelt, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Gastwirth Robert Lippelt.
35. Rudolf Jäger, Manufaktur-, Weiss- und Wollwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Rudolf Jäger.
36. Heinrich Wunderling, Kartoffel-, Obst- und Futterartikel-Handel, Wolfenbüttel. Inhaber: Händler Heinrich Wunderling.
37. Otto Steinecke, Schuhwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Schuhmachermeister Otto Steinecke.
38. Carl Wilhelm Müller, Material- und Kolonialwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Müller.
39. Bernhard Milzer, Lederhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Lederhändler Bernhard Milzer.
40. Gustav Odewald, Hefehandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Gustav Odewald.
41. F. Fleegel, Zinngiesserei und Geschäft mit Kurzwaaren und Haushaltsartikeln, Wolfenbüttel. Inhaber: Die Erben des Zinngiessers Albert Fleegel, und zwar dessen Wittwe, Emilie, geb. Kühlewindt, dessen minderjährigen Kinder Friedrich Johann Conrad Fleegel und Laura Marie Auguste Fleegel.
42. Hermann Linne, Material- und Kolonialwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Hermann Linne.
43. Wilhelm Mast, Essigfabrik und Destillation, Wolfenbüttel. Inhaber: Essigfabrikant Wilhelm Mast.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Rhüdener Thonwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kl.-Rhüden. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb des der Firma Rhüdener Thonwerke, Kommanditgesellschaft, in Kl.-Rhüden gehörigen Fabriketablissemments mit allem Zubehör und allen Vorräthen, jedoch ohne Forderungen und Schulden, sodann die Fortführung dieser Fabrik. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 185000 Mk. Geschäftsführer der Gesellschaft ist Chemiker Rudolf Keseling in Braunschweig, Stellvertreter Kaufmann Iwan Freudenthal in Seesen.
2. Zucker-Raffinerie Brunonia, Braunschweig. Die §§ 1 bis 22 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt, die Firma der Gesellschaft kann auch von einem Direktor und einem vom Aufsichtsrathe dazu ernannten Prokuristen gezeichnet werden.
3. P. v. Bostell & Co., Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma seit dem 1. Januar von der bisherigen Firmen-Inhaberin, Ehefrau des Farbewaarenhändlers Georg Werner, Friederike, geb. Lüders, an deren genannten Ehemann abgetreten.
4. A. Runge & Co., Dampfziegelei, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Heinrich Eichhorst, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft von dem Kaufmann Fritz Pape unter Uebernahme der Aktiva und Passiva bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.

5. C. Böhmke & Co., Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist ohne Aktiva und Passiva, aber mit Firma von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Fabrikant Carl Böhmke, seit dem 1. Februar an den Optiker und Mechaniker Bruno Dorer abgetreten.
6. Brauerei »Glück auf«, Blankenburg a. H. Die Firma ist in »Brauerei Glück auf« Aktiengesellschaft abgeändert.
7. Neue Glashütte Holzminden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Holzminden. Die Gesellschaft ist am 23. Januar 1900 aufgelöst.
8. Krug & Kiesler, Braunschweig. In Berlin ist eine Zweigniederlassung errichtet.
9. Metallwaarenfabrik vormals Fr. Zickerick, Wolfenbüttel. Die §§ 2, 3, 4, 6, 7, 9, 10, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27, 28, 29 der Statuten sind geändert. Firma und Sitz der Gesellschaft, der Gegenstand des Unternehmens, die Höhe des Grundkapitals und der einzelnen Aktien sind unverändert geblieben. Die Ausgabe von neuen Aktien kann über pari erfolgen. Der Vorstand besteht aus einem oder mehreren vom Aufsichtsrathe kontraktlich zu engagirenden Direktoren.
10. Jacob A. Körner, Braunschweig. Der Firmen-Inhaber, Kaufmann Jacob Abraham Körner, hat seit dem 9. Februar die Wittve des Maschinisten Roehle, Pauline, geb. Gaupitsch zu Leipzig, in das unter obiger Firma jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaberin aufgenommen.
11. Krug & Kiesler, Braunschweig. In Bielefeld ist eine Zweigniederlassung errichtet.
12. Louis Müller, Holzminden. Am 1. Februar 1900 ist der Kaufmann Oskar Hasper zu Holzminden als Theilhaber in das Geschäft eingetreten und wird dasselbe von dem genannten Kaufmann Hasper und dem bisherigen alleinigen Inhaber, Kaufmann Louis Müller, in der Form einer offenen Handelsgesellschaft unter unveränderter Firma weitergeführt.
13. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, Filiale Darmstadt zu Darmstadt. Die am 5. Dezember 1899 abgehaltene Generalversammlung hat in Abänderung des Gesellschaftsvertrages vom 10. Dezember 1898 beschlossen: Die Ausgabe von Aktien in einem höheren als dem Nennbetrage ist gestattet. Der Vorstand besteht aus einem oder zwei vom Aufsichtsrathe zu ernennenden Mitgliedern, Direktoren; die Ernennung derselben erfolgt zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll und ist durch die Gesellschaftsblätter bekannt zu machen. Der Aufsichtsrath kann auch Stellvertreter der Vorstandsmitglieder (stellvertretende Direktoren) ernennen. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft nach aussen. Alle Urkunden und Erklärungen sind für die Gesellschaft rechtsverbindlich, wenn sie mit der Firma der Gesellschaft unterzeichnet oder unterstempelt und die Unterschriften entweder: von zwei Direktoren oder von einem Direktor und einem stellvertretenden Direktor oder von einem Direktor und einem Prokuristen oder von zwei stellvertretenden Direktoren oder von einem stellvertretenden Direktor und einem Prokuristen oder von zwei Prokuristen handschriftlich beigefügt sind. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so zeichnet dieses allein. Der Aufsichtsrath besteht aus drei bis neun von der Generalversammlung zu wählenden Mitgliedern.
14. Ebinger & Röver, Braunschweig. In Aschersleben ist eine Zweigniederlassung errichtet.
15. Braunschweiger Patent-Keimapparat-Fabrik Louis Schönjahn, Braunschweig. In Harburg ist eine Zweigniederlassung errichtet.
16. Verkehrs-Bureau Germania, Walterscheid & Schumacher, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Georg Schumacher, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Das gedachte Handelsgeschäft wird unter Uebernahme der Aktiva und Passiva bei unveränderter Firma von dem Kaufmann Bertram Walterscheid auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
17. W. Veth, Aktiengesellschaft, Gandersheim. Der Gesellschaftsvertrag vom 31. Januar 1899 ist abgeändert.

18. Franz John, Braunschweig. Der Inhaber, Bierhändler Friedrich Lütje, hat seit dem 1. Februar den Bierverleger Johannes Weisbrodt in das unter obiger Firma jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
19. Balhorns Bierbrauerei, Aktiengesellschaft zu Braunschweig. Die §§ 2, 4, 5, 7, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 16 und 17 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt.
20. M. Oertel, Braunschweig. Der Inhaber, Kaufmann Hermann Salge, hat seit dem 1. Januar d. J. seinen Sohn, den Kaufmann Curt Salge, in das unter obiger Firma jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.

3. Löschungen.

1. Jünke & Giesecke, Zweigniederlassung der zu Hildesheim bestehenden Hauptniederlassung, Braunschweig.
2. August Ernst, Eduard Freise Nachf., Wollenbüttel.
3. Albert Hermann, Braunschweig.
4. Wittwe Friedr. Gropp, Rübeland.
5. S. D. Kopf & Co., Braunschweig.
6. Willh. Krull & Co., Offene Handelsgesellschaft, Königsutter.
7. G. Junge & Heinemann, Offene Handelsgesellschaft, Rübeland.
8. Jacob Altgenug Söhne, Braunschweig. Die Hauptniederlassung dieser Firma ist im Handelsregister von Aurich am 12. Februar gelöscht.
9. Herzog Ludolfsbad in Liquidation, Gandersheim. Die Firma ist in Folge Beendigung der Liquidation erloschen.
10. Julius Maass, Blankenburg a. H.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. P. v. Bostell & Co., Braunschweig. Dem Kaufmann Carl Werner.
2. Theod. Ebeling, Braunschweig. Den Kaufleuten Bernhard Peters und Otto Ruff.
3. G. Daubert jun., Braunschweig. Den Kaufleuten Bernhard Peters und Otto Ruff.
4. Selwig & Lange, Braunschweig. Dem Ingenieur Bruno Lange jun. Gesammt-Prokura mit dem Ingenieur Friedrich Schönauf.
5. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, Filiale Darmstadt zu Darmstadt. Dem Kaufmann Johannes Mengeringhausen zu Darmstadt.

5. Prokuralöschungen.

1. P. v. Bostell & Co., Braunschweig. Farbwaarenhändler Georg Werner.
2. Theod. Ebeling, Braunschweig. Kaufmann Oscar Kirchner.
3. G. Daubert jun., Braunschweig. Kaufmann Oscar Kirchner.
4. Selwig & Lange, Braunschweig. Ingenieur Rudolf Sachers.
5. Prestele & Friedrichs, Braunschweig. Buchdruckereibesitzer Joseph Prestele.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

Glentorfer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Glentorf. Zweck des Vereins ist: Hebung der Wirthschaft und des Erwerbes der Mitglieder und Durchführung aller zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten Maassnahmen, insbesondere vortheilhafte Beschaffung der wirthschaftlichen Betriebsmittel; günstigen Absatz der Wirthschafterzeugnisse. Der Vorstand besteht zur Zeit aus folgenden Mitgliedern: Rittergutspächter Wilhelm Helmecke zu Glentorf, Landwirth Wilhelm Warnecke I. daselbst, Gemeindevorsteher H. Stute zu Kl.-Steinke.

2. Abänderungen.

1. Vorschuss-Verein Holzminden, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Der Rentner Wilhelm Schrader ist aus dem Vorstande ausgeschieden und an seiner Stelle der Kaufmann Julius Mänder zu Holzminden als Vorstandsmitglied gewählt.
2. Vereinigte Dienstmänner, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Braunschweig. An Stelle der ausgeschiedenen Dienstmänner Gustav Goldmann und Heinrich Eschemann sind die Dienstmänner Wilhelm Schumacher und Christian Wittweg in den Vorstand gewählt.
3. Konsum-Verein zu Blankenburg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des ausgeschiedenen Schuhmachermeisters Wilhelm Bekurs ist der Tischler Gustav Braune zum Vorstandsmitgliede gewählt.
4. Vorschussverein Seesen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. An Stelle des ausgeschiedenen Rentners Georg Steigertahl ist der Kaufmann Gustav Bosse anderweit als Kassirer in den Vorstand gewählt, und zwar zunächst bis 30. September 1900.
5. Konsum-Verein Remlingen, e. G. m. b. H. An Stelle des bisherigen I. Beisitzenden, Pferdekechts Fritz Koch, ist der Kothsass Otto Lindemann, und an Stelle des bisherigen II. Beisitzers, Fritz Hasenfuss, ist der Arbeiter Wilhelm Rosenthal in den Vorstand gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Carl Voigt, Kaufmann, Calvörde, 29. Januar 1900.
2. August Fahrenbruch, Zimmermeister, Braunschweig, 7. Februar 1900.
3. Wilhelm Tegtmeyer, Kaufmann, Kaierde, 6. Februar 1900.
4. H. Wiese, Schneidermeister, Velpke, 7. Februar 1900.
5. August Schaper, Kalkwerkbesitzer, Kreienssen, 16. Februar 1900.
6. August Kirchhoff, Dr. med., Hessen, 21. Februar 1900.

2. Aufhebungen.

1. Gustav Letzner, Kaufmann, und Wittve Letzner, Pabstorf, am 27. Januar 1900.
2. Ernst Bock, Schlossermeister, Braunschweig, am 30. Januar 1900.
3. Lina Süßkind, Ehefrau, Helmstedt, jetzt in Magdeburg, am 31. Januar 1900.
4. Friedrich Bode, Dampfpflugbesitzer zu Söllingen, am 3. Februar 1900.
5. Franz Müller, Dampfpflugbesitzer zu Söllingen, am 3. Februar 1900.

Eingegangene Bücher.

Spanjer Herford & Hahn, Bankgeschäft, Braunschweig. Verzeichniss kraftlos erklärter (mortifizirter), aufgebotener, gesperrter und abhandengekommener Werthpapiere. Nach amtlichen resp. authentischen Quellen bearbeitet und herausgegeben im Selbstverlage. Braunschweig 1898.

Die Verfasserin hat, veranlasst durch ein im Jahre 1881 ergangenes reichsgerichtliches Urtheil, in welchem der Gedanke Ausdruck fand, dass ein Bankier über die veröffentlichten Verluste von Effekten informirt sein müsse, Verzeichnisse kraftlos erklärter, aufgebotener, gesperrter und abhandengekommener Werthpapiere herausgegeben und diese mit dem Jahre 1881 erfolgten Veröffentlichungen in einem Bande, welcher etwa 500 Seiten einschliesslich Inhaltsverzeichniss stark ist, zusammen gestellt. Durch die Herausgabe dieser Veröffentlichungen ist einem grossen Uebelstande abgeholfen.

Bis vor wenigen Jahren erschienen die Veröffentlichungen alle vierzehn Tage, jetzt erfolgen dieselben in einem achttägigen Zeitraum, und alle zwei Jahre erfolgt eine systematische Zusammenstellung aller noch interessierenden Veröffentlichungen.

Die Anschaffung dieses Werkes dürfte mit Einführung der neuen Gesetze am 1. Januar 1900 um so notwendiger werden, als der Bankier einerseits unbedingt dafür haftet, dass ein von ihm verkauftes Papier nicht abhanden gekommen resp. aufgehoben ist und er andererseits nicht Eigenthümer eines gekauften Effekts wird, wenn er ohne grosse Mühe hätte erfahren können, dass es in Verlust gerathen war. Dazu kommt, dass die unbeanstandete Einlösung der Zinskoupons von Seiten der Emissionsstellen keine Gewähr bietet, dass die Obligation nicht für kraftlos erklärt ist, da zuvielgezahlte Zinsen am Kapital gekürzt werden.

Die Verzeichnisse geben auch bei vielen Effekten Aufschluss über die eingetretene Verjährung, namentlich der Serien von Loospapieren.

Die Zusammenstellung ist mit eingelegtem weissen Papier versehen, damit jeder Abonnent das Verzeichniss selbst an Hand der wöchentlich erscheinenden Verzeichnisse für zwei Jahre hindurch vervollständigen kann.

Wir können daher die Anschaffung dieser Zusammenstellung, welche demnächst erscheinen wird, sowie ein Abonnement auf die wöchentlich erscheinenden Listen hiermit bestens empfehlen.

Flugschriften der Deutschen Volkspartei. Heft 5: Bericht über die Verhandlungen des 20. Parteitags der Deutschen Volkspartei in Mainz. (Mit besonderer Berücksichtigung der Frage der Arbeitslosen-Versicherung.) 80. 38 Seiten. 60 Pfg. J. D. Sauerländers Verlag, Frankfurt a. M.

Oertmann, Prof. Dr. Paul, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich. (Fünf Vorträge, gehalten im Verein für Volkswirtschaft und Gewerbe zu Frankfurt a. M.) Gr. 80. 88 Seiten. 2 Mk. J. D. Sauerländers Verlag, Frankfurt a. M.

Wärmemotoren. Kurzgefasste Darstellung des gegenwärtigen Standes derselben in thermischer und wirtschaftlicher Beziehung unter specieller Berücksichtigung des Diesel-Motor. Von Alfred Musil, o. ö. Professor an der K. K. deutschen technischen Hochschule in Brünn. 106 Seiten Text, 31 Figuren.

Für alle Diejenigen, welche in einer kurzgefassten, klaren und verständlichen Darstellung im Allgemeinen, ohne auf schwierige Einzelfragen einzugehen, sich über die bekannten Systeme der Wärmemotoren informieren wollen, besonders über den wirtschaftlichen Werth derselben, mag das vorliegende Buch aufs Beste empfohlen werden. Auch die Dampfmaschine ist hierbei in Vergleich gezogen. Einen breiten Raum in dem Buche nimmt die Besprechung des Diesel-Motors ein, von welchem auch konstruktive Einzelheiten gegeben sind. Der Verfasser hat diesen Theil seiner Schrift mit besonderer Ausführlichkeit auf 36 Seiten behandelt. Die Erwartungen, die man im Anfange an den Diesel-Motor knüpfte, sind nicht in vollem Maasse in Erfüllung gegangen. Immerhin ist er nach den vom Verfasser zusammengestellten Versuchszahlen der wirtschaftlich vortheilhafteste Petroleum-(Viertakt-)Motor.

Carl Arndt Ingenieur.

Gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Patent-, Muster- und Zeichenwesen.

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Braunschweig,
Kaiser Wilhelmstr. 1a.  **Fernsprecher 597.**

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 4.

Braunschweig, April 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Maschstrasse 48, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Bei dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans verfehlen wir nicht, noch einmal auf die durch Anschluss in Isenbüttel geschaffenen neuen Schnellzugs-Verbindungen mit Berlin (ab Braunschweig 109 Nachmittags, an Berlin 555, ab Berlin 704 Abends, an Braunschweig 1123 Abends) hinzuweisen.

Es liegt im Interesse aller betheiligten Kreise, diese Verbindungen bei Reisen von und nach Berlin nach Möglichkeit zu benutzen, da die gedachten Züge nach ausdrücklicher Erklärung nur versuchsweise eingelegt worden sind und bei ungenügender Benutzung wieder eingehen werden.

Braunschweig, den 1. Mai 1900.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

XLII. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 7. Mai 1900,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Abnahme der Jahresrechnung 1899/1900 und Ernennung der Revisoren.
3. Berathung über den Bahnbau Oebisfelde-Schandelah.
4. Antrag der Handelskammer Wesel, betreffend die Münznovelle.

5. Eingabe, betreffend den Gutschein-Handel in der Uhrenindustrie.
6. Antrag des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, betreffend den Verkehr mit Geheimmitteln.
7. Antrag, betreffend einheitliche Preisnotirung im Zuckerhandel und Zuckermarkte und Einführung der Bezeichnung Doppelcentner.
8. Antrag, betreffend Versetzung von Margarine in den Special-eilguttarif.
9. Antrag der Handelskammer Magdeburg, betreffend Einschränkung des Waarenterminregisters (Befreiung der Zuckerfabriken und Raffinerien von der Eintragspflicht).

Braunschweig, den 24. April 1900.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Bahnbau Oebisfelde-Schandelah.

Die Handelskammer hat an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten die nachstehende Eingabe gerichtet:

»Wir verfehlen zunächst nicht, Ew. Excellenz unseren ganz ergebenen Dank für die Berücksichtigung eines Theiles der Wünsche, die wir Ew. Excellenz vorgetragen haben, auszusprechen. Wir geben uns der Hoffnung hin, dass es Ew. Excellenz wohlwollender und sachkundiger Beurtheilung der Verhältnisse unseres Landes gelingen wird, auch in den noch offen stehenden Fragen eine für unsere Interessen günstige Lösung herbeizuführen.

Wie wir in unserer Denkschrift des Näheren begründet haben und wie gelegentlich unseres mündlichen Vortrages auch von Ew. Excellenz anerkannt worden ist, wird die Strecke Oebisfelde-Schandelah nur dann für unsere Landesinteressen von Werth sein, wenn sie in ihrem gesammten Unterbau so ausgebaut wird, dass der Schnellzugsverkehr darüber geleitet werden kann.

Wir haben auch thatsächlich bisher bei der Gepflogenheit der Preussischen Eisenbahnverwaltung, derartige Sekundärbahnen für den Vollbahnbetrieb auszubauen, annehmen zu können geglaubt, dass die in Rede stehende Linie so ausgeführt wird, dass der Schnellzugsverkehr auf derselben ohne erhebliche Schwierigkeiten eingerichtet werden kann.

Es hat sich nun in den letzten Tagen hier ein Gerücht verbreitet, dass unsere Voraussetzung sich möglicher Weise nicht erfüllen könne. Die von uns an den hiesigen Stellen eingezogenen Erkundigungen haben uns bisher keine Gewissheit schaffen können,

so dass wir uns gegenüber der hier vorhandenen Ungewissheit und Unruhe die Freiheit nehmen müssen, bei Ew. Excellenz direkt anzufragen, ob bei dem bevorstehenden Ausbau die Möglichkeit vorgesehen ist, auf der Strecke Oebisfelde-Schandelaß den Schnellzugsverkehr einzuführen.«

Frachtermässigung für Ausfuhrgyps.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hatte im Januar d. J. an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten eine Eingabe gerichtet, in welcher darum nachgesucht wurde, dass die Eisenbahnfracht für Ausfuhrgyps ermässigt werden möge (siehe Januar-Nummer).

Diese Eingabe ist zur geschäftsmässigen Behandlung der Könighchen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg überwiesen, welche sich wegen einiger weiterer Fragen an die Handelskammer gewandt hat.

Die Letztere hat, nachdem sie weitere Erhebungen in ihrem Bezirke angestellt hatte, der Könighchen Eisenbahn-Direktion das Folgende erwidert:

I. Als Versandgebiete bzw. als Versandstationen kommen in Braunschweig und den benachbarten preussischen Gebieten vornehmlich der Südwest-Harz bzw. die Stationen Ellrich, Niedersachswerfen und Osterode, ferner der Kreis Holzminden bzw. die Station Stadtoldendorf in Betracht.

Innerhalb der Grenzen des Reichsgebietes gelten ferner Thüringen, der Kreis Teltow (Station Speerenberg) und Süddeutschland als hauptsächlichste Versandgebiete.

II. Als ausländische Absatzgebiete der deutschen Gypsindustrie kommen vornehmlich Skandinavien, Russland und Oesterreich, ferner Holland, Nord- und Süd-Amerika, sowie Ost-Asien in Frage.

Die Ausfuhr nach diesen Ländern erfolgt über die Häfen Bremen, Hamburg, Lübeck, Stettin, Antwerpen, und bei reinen Landtransporten über die in Betracht kommenden Grenzstationen.

III. Die Hauptsitze der belgischen Gypsindustrie sind Gent und Brüssel, deren Fabriken an schiffbaren Kanälen liegen und ohne Benutzung der Eisenbahn ihre Produkte sofort in seetüchtige Schiffe verladen können.

Die französische Gypsfabrikation ist hauptsächlich in den Departements Seine, Seine et Oise und Seine et Marne vertreten. Der Versand erfolgt entweder über Rouen oder le Havre. Als Versandstationen sind zu erwähnen: Argenteuil, Cormeilles (en Parisis), Montigny und Herblay (sämmtlich an der Seine unterhalb von Paris), ferner Triel, Vermouillet, Vaux, Meulau-Hadricourt (die ebenfalls an der Seine, jedoch weiter flussabwärts liegen) und endlich Montreuil sous Bois, Neuilly-Plaisance und Gagny, die sämmtlich östlich von Paris belegen sind.

IV. Die Frachtverhältnisse in England und Belgien sind für Gyps und Gypswaaren ausserordentlich günstig, weil den Exporteuren dieser Länder Wasserstrassen zur Verfügung stehen, die selbst von Seeschiffen befahren werden können.

In Frankreich liegen die Gypsbrüche und Gypsfabriken, welche hauptsächlich auf die sub III genannten Plätze konzentriert sind, fast unmittelbar an der Seine, so dass die Verladung direkt in die Kähne erfolgen kann.

Die Wasserfracht ab Argenteuil und von den unterhalb dieses Ortes gelegenen Plätzen beträgt für rohen wie für gebrannten Gyps bis Havre 4 Frs. pro 1000 kg.

Von den oberhalb Argenteuil gelegenen Orten, insbesondere von den Fabriken, welche weiter an der Marne und an der Oise belegen sind, beträgt sie 7 Frs. pro 1000 kg.

Die Eisenbahnfrachten (Chemin de fer de l'Ouest Tarif special No. 10, petite vitesse) sind ebenfalls nicht bedeutend.

Sie betragen für Waggonen von 5000 kg ab Waggon Bahnhof von Argenteuil, Cormeilles, Montigny und Herblay nach:

1. Rouen, bei einer Durchschnittsentfernung von 121 km:

für rohen Gyps	2,75 Frs. pro 1000 kg	} einschliesslich Bahnhofskosten,
» gebr. »	3,— » » 1000 »	

2. Havre, bei einer Durchschnittsentfernung von 213 km:

für rohen Gyps	4,50 Frs. pro 1000 kg	} einschliesslich Bahnhofskosten,
» gebr. »	5,50 » » 1000 »	

von Triel, Vermoulet, Vaux, Meulau-Hadricourt nach:

1. Rouen, bei einer durchschnittlichen Entfernung von 99 km:

für rohen Gyps	2,25 Frs. pro 1000 kg	} einschliesslich Bahnhofskosten,
» gebr. »	2,50 » » 1000 »	

2. Havre, bei einer Durchschnittsentfernung von 191 km:

für rohen Gyps	4,— Frs. pro 1000 kg	} einschliesslich Bahnhofskosten,
» gebr. »	5,— » » 1000 »	

und endlich von Montreuil sous Bois Neuilly - Plaisance und Gagny nach:

1. Rouen:

für rohen Gyps	4,55 Frs. pro 1000 kg	} einschliesslich Bahnhofskosten,
» gebr. »	4,80 » » 1000 »	

2. Havre:

für rohen Gyps	6,30 Frs. pro 1000 kg	} einschliesslich Bahnhofskosten,
» gebr. »	7,30 » » 1000 »	

V. Die Frachtermässigung muss sich zu einer wirksamen Hebung der deutschen Gypsindustrie auch auf Gypswaaren, Gypsstuck etc. erstrecken. Eine Tarifiermässigung von 30 % würde nach Ansicht der diesseitigen Interessenten genügen, um die deutsche Gypsindustrie im Auslande konkurrenzfähig zu machen.

Versetzung von amerikanischem Fassholz in Specialtarif II.

Die hiesige Handelskammer hat sich einer ausführlich begründeten Eingabe der Handelskammer Kassel an das Königlich Preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten angeschlossen, in welcher beantragt worden ist, dass gespaltene amerikanische Eichenfasshölzer aus dem Specialtarif I in den Specialtarif II, resp. in den Ausnahmetarif desselben für Holz, versetzt werden.

Rückversetzung von Holzkohle aus dem Rohstofftarif in den Specialtarif III.

Auf eine Anfrage der Königl. Eisenbahndirektion zu Kassel hat die Handelskammer das Folgende erwidert:

Der Königl. Eisenbahndirektion Kassel beehren wir uns auf das uns am 12. v. Mts. nebst Anlagen zugesandte Schreiben — Journal-No. IV, 1734 V — ergebend das Folgende zu erwidern:

I. Die wirthschaftlichen Verhältnisse der inländischen chemischen Industrie, welche Holzkohlen als Nebenprodukt der Retortenverkohlung gewinnt, werden seit mehreren Jahren als sehr ungünstig bezeichnet. Die ausländische Konkurrenz, insbesondere die österreichisch-ungarische und die amerikanische, bringt so viel Produkte der trockenen Holzdestillation (Holzkohle, Rohholzgeist, essig-sauren Kalk etc.) auf den deutschen Markt, dass es der heimischen Industrie sehr schwer fällt, ihr Produkt zu lohnenden Preisen zu verkaufen.

II. Die Jahresproduktion an Holzkohlen in den Retortenverkohlungsanstalten des diesseitigen Bezirks beläuft sich auf etwa 500 bis 550 Waggon à 10 000 kg, während der Verbrauch an Holz ca. 55 000 rm beträgt. Zur Verkohlung wird hauptsächlich Buchenholz verwandt, das vorwiegend aus den fiskalisch-braunschweigischen bzw. preussischen Forstrevieren bezogen wird. Im Harzdistrikt, wo Buchenholz in genügender Menge nicht zu beschaffen ist, wird indessen auch Fichtenholz verkohlt, obwohl dieses viel weniger Holzgeist und Essigsäure liefert als Buchenholz.

Während der letzten Jahre betrugen die Preise für Buchen- bzw. für Fichtenholz pro Raummeter im Harz 4,25 bis 5 Mk., im Weserdistrikt 5,50 bis 6,50 Mk. frei Verkohlungsplatz; während die gleichartigen chemischen Werke in Oesterreich gutes Brennholz für 1,50 bis 3 Mk. pro rm beziehen können.

Abgesehen von der Holzkohlenproduktion der Retortenverkohlungsanstalten wurden im diesseitigen Bezirk noch etwa 600 Waggon Meilerkohlen hergestellt.

III. Die im diesseitigen Bezirk erzeugten Retorten-Holzkohlen werden theils am Ort der Herstellung zur Verhüttung von Eisen-erzen verbraucht, theils an benachbarte Eisengiessereien, Zuckerfabriken und andere industrielle Betriebe abgegeben, theils aber

auch auf weitere Entfernungen bis nach Süddeutschland im Süden und bis nach Stettin im Norden vorwiegend zu Plättzwecken versandt.

IV. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre stellten sich die Preise für Holzkohle auf ca. 4,75 Mk. pro 100 kg. Zur Zeit werden in Rübeland frei Hüttenplatz für Meilerkohlen 4,55 bis 4,90 Mk. pro 100 kg gezahlt, während österreichische Retortenkohlen für ca. 5 Mk. bis in den mittleren Harz geliefert werden. Im nord-deutschen Flachlande dürfte sich der gegenwärtige Preis für 100 kg auf 4,25 bis 4,50 Mk. stellen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Preisgestaltung der deutschen Holzkohle durch die Konkurrenz der ausländischen Holzkohle ungünstig beeinflusst wird. Insbesondere ist der Wettbewerb der gleichartigen österreichisch-ungarischen Werke, die mangels genügender Absatzgelegenheit im eigenen Lande auf den Export in das Ausland angewiesen sind, der deutschen Holzverkohlungsindustrie sehr nachtheilig geworden, namentlich, seitdem durch die Versetzung des Artikels »Holzkohlen« aus dem Specialtarif III in den Rohstofftarif für diese Konkurrenzwerke die Transportkosten sich nicht unwesentlich verringert haben.

Der Absatz der Nebenprodukte der Retortenverkohlung wird vielfach durch ihre jetzige Tarifstellung erschwert. So tarifiert der Artikel Aceton, ein Reinprodukt aus holzessigsäurem Kalk, der sich 15 bis 20 % niedriger bewerthet als reiner Holzgeist, nicht etwa niedriger, sondern sogar den allgemeinen Wagenladungstarif.

V. Ein Bedürfniss, für die in Rede stehende heimische Industrie gegen die ausländische Konkurrenz besondere Schutzmaassregeln zu treffen, ist unverkennbar vorhanden.

Die beantragte Frachterhöhung würde nach Ansicht der diesseitigen Interessenten dazu beitragen, den Betrieb der heimischen Retorten-Holzverkohlungen wieder lohnender zu gestalten.

Regelung des Dampfkessel-Ueberwachungswesens.

Die Handelskammer hat an das Herzogliche Staatsministerium das nachstehende Gutachten erstattet:

Im Verfolg des Erlasses vom 8. v. Mts., No. 146 I, beehren wir uns, Herzoglichem Staatsministerium unser Gutachten wie folgt zu erstatten. Um die uns vorgelegte Frage — ob durch einen Ausschluss der Preussischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine die beteiligten Braunschweigischen Dampfkesselbesitzer geschädigt werden und event. in welchem Umfange — sachgemäss beurtheilen zu können, haben wir uns mit dem in der Anlage beigefügten Rundschreiben an sämtliche Braunschweigischen Dampfkesselbesitzer, welche jetzt noch dem Magdeburger oder dem Hannoverischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine angehören, gewandt.

Gefragt wurden 101 Firmen, und zwar 85 Firmen, welche zur Zeit durch den Magdeburger, 16 Firmen, welche durch den Hannoverschen Verein revidiren lassen. Von diesen befragten Firmen haben nur 41 geantwortet, so dass unter Bezugnahme auf den Schlusssatz unseres Rundschreibens an sich schon angenommen werden könnte, dass die Mehrheit der Firmen, die jetzt noch durch Preussische Vereine revidiren lassen, von einem künftigen Ausschlusse der Nicht-Braunschweigischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine eine nennenswerthe Schädigung für ihren Betrieb nicht befürchten.

Auch von den 41 Firmen, welche überhaupt geantwortet haben, haben noch 4 ausdrücklich erklärt, dass sie einen Nachtheil für ihren Betrieb von der in Frage stehenden Maassnahme nicht besorgen.

Die von den verbleibenden 37 Firmen gegen den Ausschluss der auswärtigen Dampfkessel-Revisionsvereine geltend gemachten Bedenken sind in der Anlage B kurz zusammengestellt.

Wenngleich ein grosser Theil dieser Bedenken offenbar auf unrichtigen Voraussetzungen beruht, so hielten wir es doch im Interesse einer möglichsten Klarstellung für angezeigt, den Vorstand des Braunschweigischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereins zu einer Aeusserung über die vorgebrachten Einwendungen aufzufordern; den uns von demselben darauf erstatteten Bericht nebst Anlagen fügen wir unter Anlage C bei.

Wenn wir nach diesen Ausführungen unserer eigenen Ansicht Ausdruck geben sollen, so möchten wir zunächst feststellen, dass die geringere Leistungsfähigkeit und das geringere Entgegenkommen des hiesigen Dampfkessel-Ueberwachungsvereins zwar vielfach behauptet, aber in keinem einzigen Falle nachgewiesen ist. Diesen Behauptungen stehen ferner zuverlässige Erklärungen aus den Kreisen derjenigen Dampfkesselbesitzer, welche dem Braunschweigischen Verein angehören, mindestens vollwichtig gegenüber. In der Hauptsache werden die Firmen, welche sich für ein Verbleiben in den Preussischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereinen ausgesprochen haben, sich hierbei mehr durch ein persönliches Gefühl haben leiten lassen, das man durchaus natürlich finden kann, das aber für die Entscheidung der vorliegenden Frage nicht wohl maassgebend sein darf: man möchte nicht gerne die alten, lieb gewonnenen Verbindungen aufgeben, um neue, die man noch nicht genügend kennt, anzuknüpfen. Dieses, wie gesagt, an sich erklärliche Gefühl muss unseres Erachtens gegenüber den allgemeinen Gründen, welche für eine Neuregelung unseres Braunschweigischen Dampfkessel-Ueberwachungswesens sprechen, zurücktreten. Die gegenseitigen Anfeindungen des Magdeburger und des Braunschweigischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereins, welche sich ausschliesslich auf unserem Boden abspielen, erscheinen uns wenig im Interesse unseres Landes zu liegen. Wir wollen nicht entscheiden, welchen Verein hierbei die grössere

Schuld trifft, wenn aber ein auswärtiger Verein, der durch einen besonderen Akt unserer Landesverwaltung zur Revision im Herzogthum Braunschweig zugelassen ist, der Handelskammer die Ausführung eines ihr vom Herzoglichen Staatsministerium übertragenen Auftrages als Agitation auslegt, vor der sie Braunschweigische Landesangehörige verwarnen zu müssen glaubt (Anlage D), so scheint uns in einem derartigen Uebergreifen doch eine gewisse Verschiebung der natürlichen Verhältnisse zu liegen, der gegenüber über die Momente persönlichen Gefühls einzelner Betheiligter zurückzutreten haben. Nachdem Preussen eine Neuregelung des Dampfkessel-Ueberwachungswesens auf administrativer Grundlage beschlossen und ein Uebergreifen unserer Landeseinrichtung auf Preussisches Gebiet wiederholt und mit Bestimmtheit abgelehnt hat, ist für das Herzogthum Braunschweig unseres Erachtens die Frage nur so gestellt, dass wir unser Dampfkessel-Ueberwachungswesen ebenfalls selbständig regeln und das Uebergreifen Preussischer Dampfkessel-Ueberwachungsvereine dem Beschlusse unseres Landtages gemäss künftig ausschliessen.

Allerdings darf eine solche Regelung zu keiner Schädigung unserer Dampfkesselbesitzer führen, und wir sind daher der Ansicht, der wir auch in unserer Plenarversammlung vom 26. Februar d. J. durch den anliegenden Beschluss (Anlage E) Ausdruck gegeben haben, dass, wenn man die Konkurrenz auswärtiger Ueberwachungsvereine künftig ausschliesst, das Dampfkessel-Ueberwachungswesen unseres Landes einer grundsätzlichen Revision unterzogen werden muss und hierbei auch die Verhältnisse und Funktionen des hiesigen Dampfkessel-Ueberwachungsvereins etwa nach Preussischem Muster eine Umbildung erfahren müssen.

Braunschweig, den 5. April 1900.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.
gez. Jüdel.

gez. Dr. Senholdt.

Sachverständigen-Kommission.

Auf Antrag einer hiesigen Firma wurde von der Sachverständigen-Kommission eine Partie weisser Pfeffer untersucht. Das Resultat dieser Untersuchung bestätigte die von der Antragstellerin gemachten Angaben über die mangelhafte Beschaffenheit des Pfeffers.

Derselbe ist nach dem Urtheile der Sachverständigen für Genusszwecke unbrauchbar, da derselbe auch jetzt noch, nach vierwöchentlicher Lagerung auf dem trockenen Boden der Packhofsniederlage, feucht ist, einen verdorbenen Geruch hat, und, wie die entnommene Probe ergiebt, mit Schimmel behaftet ist.

Der Pfeffer entspricht nicht den Anforderungen, die man selbst an eine Waare mittlerer Qualität stellen darf, ganz ab-

gesehen von dem Umstande, dass der Weiterverkauf dieser, im gegenwärtigen Zustande als verdorben zu bezeichnenden Waare, als ein Verstoß gegen das Nahrungsmittelgesetz angesehen werden muss.

Zollbehandlung von Walnussbrühe.

Seitens der betheiligten Konservenfabrikanten wurde darüber Klage geführt, dass seit einiger Zeit der Zollsatz für aus England eingeführte Walnussbrühe von 4 Mk. pro 100 kg auf 60 Mk. pro 100 kg erhöht und dadurch eine Schädigung der Industrie eingetreten sei. Es wurde dabei ausgeführt, dass Walnussbrühe nur bei Artikeln Verwendung finde, welche sonst speciell in England hergestellt würden, und dass andererseits in Deutschland Walnussbrühe nicht hergestellt werden könnte, da Walnusschalen nicht in genügender Menge zu haben seien. Versuche, Walnusschalen von ausserhalb zu beziehen, seien daran gescheitert, dass dieselben auf dem Transporte in kürzester Zeit verdorben seien. Nachdem eine Vorstellung bei der Herzoglichen Zoll- und Steuere direktion erfolglos gewesen war, ist eine Eingabe seitens der Konservenfabrikanten an den Bundesrath erfolgt und diese von der Handelskammer befürwortend eingereicht worden.

Diese an den Bundesrath gerichtete Eingabe wurde vom Staatssekretär des Innern dahin beantwortet, dass zunächst die Entscheidungen der Braunschweigischen Finanzbehörden einzuholen seien. Nachdem dieses erfolgt war und die Entscheidungen dem Staatssekretär des Innern vorgelegt worden sind, hat der Bundesrath in seiner Sitzung vom 15. Februar beschlossen, anzuerkennen, dass unter Zusatz von Kochsalz hergestellte Walnussbrühe nach Tarifnummer 25 p. l. mit dem Satze von 60 Mk. für den Doppelcentner zollpflichtig sei.

Deutscher Handelstag.

Die diesjährige Plenarversammlung des Deutschen Handelstages fand am 6. und 7. April d. J. statt. Zu derselben waren die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Generaldirektor C. E. Buchholz und Regierungsrath Dr. Stegemann delegirt.

Deutscher Verband für das Kaufmännische Unterrichtswesen.

Am 22. und 23. Mai findet in Weimar eine Ausschußsitzung des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen statt.

Unterrichtszeit in den gewerblichen Fortbildungsschulen.

Ueber den Unterricht in den gewerblichen Fortbildungsschulen hat der Minister für Handel und Gewerbe eine Verfügung vom 3. Februar d. J. erlassen, wonach er der Ansicht, dass der

Unterricht grundsätzlich in die Abendstunden zu verlegen sei, nicht beitriff. Für die Bestimmung der Unterrichtszeit müsse in erster Linie die Erwägung maassgebend sein, dass die Schüler nicht geistig und körperlich ermüdet sein dürften. Dies sei aber bei der im Handwerk durchweg üblichen Länge der täglichen Arbeitszeit und bei dem grössten Theil der jungen Leute in den späteren Abendstunden der Fall. Darum seien auch erfahrungsgemäss die Erfolge um so geringer und die Unaufmerksamkeit um so grösser, je später die Unterrichtsstunden liegen. Darauf, dass die jungen Leute durch den Abendunterricht vom Unfugtreiben abgehalten werden, sei keineswegs zu rechnen, vielmehr sei verschiedentlich darüber geklagt worden, dass die Fortbildungsschüler, wenn sie im Dunkel nach Hause gingen, besonders zu Ausschreitungen geneigt seien. Im Allgemeinen wird, nach der Ansicht des Ministers, dahin zu streben sein, dass der Unterricht in die Nachmittags- oder früheren Abendstunden verlegt wird. In keinem Falle sollte jedoch noch nach 9 Uhr Abends Unterricht stattfinden.

Bleihaltige Löthmasse an Konservebüchsen.

Die preussischen Minister der Medizinalangelegenheiten, für Handel und Gewerbe und des Innern haben folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Technik in der Herstellung von Konservebüchsen hat in neuerer Zeit solche Fortschritte gemacht, dass Konservebüchsen mit Löthmasse, welche von aussen in das Innere gedungen ist, nur noch selten vorkommen. Durch das mehr und mehr zur Anwendung gelangende Falzverfahren lassen sich die in Frage stehenden Gefässe derart herstellen, dass nur noch an einer einzigen Naht ein Verschluss mittelst Löthmasse erforderlich ist. Selbst wenn aber bei der Aussenlöthung mittelst einer Legirung, welche mehr Blei enthält, als für Innenlöthung zulässig ist, kleine Theile der Löthmasse an einer zufällig durchlässigen Stelle in das Innere der Büchse eindringen, ist eine ernstliche Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch den Inhalt solcher Konservebüchsen nicht gegeben. In der Herstellung und in dem Vertriebe solcher Büchsen kann auch kein Verstoß gegen das Gesetz, betreffend den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, vom 25. Juni 1887 (R.-G.-Bl. S. 173) erblickt werden.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

Der Sprechverkehr zwischen hier einerseits und Schwerin (Mecklenburg), Güstrow, Wismar, Rostock, Boizenburg und Dömitz andererseits ist eröffnet. Die Sprechgebühr für ein gewöhnliches einfaches Gespräch von 3 Minuten mit Dömitz beträgt 50 Pfg., mit den anderen Orten 1 Mk.

Getreidepreise
im Monatsdurchschnitt für 100 kg nach Feststellung der Marktkommission.

1899	Weizen									Roggen									Gerste									Hafer									Erbsen			Bohnen			Linsen		
	gut			mittel			gering			gut			mittel			gering			gut			mittel			gering			gut			mittel			gering			Mb. Pfg.			Mk. Pfg.			Mk. Pfg.		
	Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.		Mk.	Pfg.							
Januar	15	81		15	48	—	—		14	71		14	45	—	—		—	—		—	—		15	—		14	50	—	—		22	50		22	—		37	50							
Februar	15	26		14	98	—	—		14	38		14	13	—	—		—	—		—	—		14	81		14	50	14	—		22	—		22	—		35	—							
März	14	78		14	52	—	—		13	98		13	72	—	—		—	—		—	—		14	72		14	44	14	—		21	50		21	50		35	—							
April	14	96		14	73	—	—		14	17		13	90	—	—		—	—		—	13	50		14	66		14	36	14	—		21	25		20	75		35	—						
Mai	15	30		15	—	—	—		14	76		14	44	—	—		—	—		—	13	55	—	—		14	79		14	50	14	—		21	25		20	75		33	50				
Juni	15	18		14	89	—	—		14	90		14	58	—	—		—	—		—	13	60		13	30		14	86		14	49	—	—		20	75		20	50		29	—			
Juli	15	08		14	96	—	—		15	—		14	77	—	—		—	—		—	—	—		15	—		14	50	—	—		20	75		21	75		30	25						
August	14	70		14	50	14	—		13	90		13	77	—	—		14	—		13	70	—	—		14	88		14	50	14	—		20	75		22	—		28	25					
September	14	52		14	20	14	—		14	66		14	31	—	—		—	—		—	—	—		13	79		13	34	13	20	22	—		22	50		28	25							
Oktober	14	68		14	36	14	—		15	18		14	74	14	50		15	50		14	83	14	—		14	—		13	60	13	24	23	—		22	50		32	50						
November	14	36		14	03	13	85		14	96		14	61	14	35		15	—		14	50	—	—		14	20		13	74	13	38	22	25		22	—		29	50						
Dezember	14	14		13	79	13	50		14	76		14	47	—	—		15	—		14	50	—	—		14	15		13	78	13	37	21	50		22	—		29	25						

Reichsbanknebenstelle.

Am 17. April d. J. ist in Moskau eine von der Reichsbankstelle in Görlitz abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Uebersicht

der Geschäfte der Kammer für Handelssachen bei dem Herzoglichen Landgerichte Braunschweig während der Geschäftsjahre 1885 bis 1899.

Zahl der bei Beginn des Jahres anhängigen Prozesssachen	Zahl der im Laufe des Jahres anhängig gewordenen Prozess- sachen	Zahl der statt- gehabten mündlichen Verhandlungen		Im Laufe des Jahres sind abgegeben:		
		nicht kon- tradik- torische	kontradik- torische	Urtheile auf Ver- säumniss, Verzicht, Anerkennt- niss	Urtheile nach kontradik- torischer Ver- handlung	Beweis- beschlüsse
1885: 48	286	273	118	184	35	46
1886: 67	379	567	158	255	40	70
1887: 64	436	412	171	275	49	61
1888: 91	448	434	173	309	55	83
1889: 91	450	321	152	290	47	75
1890: 119	427	305	126	282	43	68
1891: 115	543	375	187	347	67	85
1892: 147	722	466	280	437	81	124
1893: 196	746	513	265	491	75	114
1894: 189	753	557	290	544	88	132
1895: 137	650	505	186	469	66	78
1896: 145	776	566	226	541	77	98
1897: 168	687	508	292	478	89	142
1898: 167	638	454	253	423	68	105
1899: 209	691	495	272	457	90	119

Eilgutverkehr von den Elbestationen und von Magdeburg nach Lübeck.

Wie wir hören, beabsichtigen die schon seit vielen Jahren im Schifffahrts- und Speditionsgeschäft thätigen Magdeburger Firmen Fr. Andreae und C. Stahlkopf nach Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals gemeinschaftlich einen Eilgutverkehr von den Elbestationen und von Magdeburg nach Lübeck und zurück aufzunehmen. Dieselben werden den Verkehr so einrichten, dass wöchentlich mindestens einmal an einem bestimmten Tage eine Expedition stattfindet, auch werden die Firmen ein eigenes Expeditionsbureau sowohl in Lübeck als in Magdeburg einrichten. Spedition wird in Lübeck nicht betrieben werden, vielmehr durch das Lübecker Bureau nur die Expedition der Ladungen stattfinden.

Ueber die Aufnahme des Betriebes behalten sich, da die Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals noch nicht festgesetzt ist, die genannten Firmen seiner Zeit nähere Mittheilungen vor.

Rechtsprechung hiesiger Gerichte.

Ein hiesiger Getreidehändler, der von einer auswärtigen Aktiengesellschaft auf Bestellung 100 Centner Malzkeime geliefert erhalten hatte, stellte die Malzkeime, deren Preis von ihm noch nicht bezahlt war, wegen Unreinheit zur Verfügung und fragte bei der Aktiengesellschaft an, was mit den Malzkeimen geschehen solle. Auf Ersuchen der Aktiengesellschaft schickte er dieser dann die Malzkeime zurück, erhob hierbei jedoch durch Nachnahme nicht nur die von ihm vorauslagte Fracht, sowie die Kosten des Ausladens, Lagerns und Wiedereinladens der Malzkeime, sondern ausserdem noch 50 Mk. als Ersatz des Gewinnes, den er seiner Angabe nach bei Lieferung guter Malzkeime durch deren Weiterverkauf erzielt haben würde. Die Aktiengesellschaft nahm zwar die Malzkeime an und berichtigte den darauf nachgenommenen Betrag, behielt sich hierbei jedoch ihr etwaiges Recht auf Zurückforderung dieses Betrages ausdrücklich vor. Da nun der Getreidehändler die Zurückzahlung der erwähnten 50 Mk. verweigerte, so verklagte ihn die Aktiengesellschaft hierauf. Das Gericht hat die Klage für begründet erklärt und den Getreidehändler zur Zurückzahlung der 50 Mk. verurtheilt, weil der Getreidehändler nach den Grundsätzen des zur Anwendung zu bringenden gemeinen Rechts Ersatz des ihm etwa entgangenen Gewinnes nur in den — hier nicht vorliegenden — beiden Fällen hätte beanspruchen können, dass entweder den gelieferten Malzkeimen Eigenschaften fehlten, deren Vorhandensein durch die Aktiengesellschaft zugesichert war, oder dass die Malzkeime Mängel hatten, die seitens der Aktiengesellschaft schuldhaft verschwiegen waren.

(Br. A.)

Ein hiesiger Fabrikant bestellte im Oktober 1898 bei einer auswärtigen Firma, durch die er einige Zeit früher Hebel nach den Modellen 2365 und 2767 hatte giessen lassen, je zehn Hebel nach den Modellen 2365 und 2473. Obgleich ihm nun die auswärtige Firma, anstatt der bestellten zehn Hebel nach Modell 2473, im November 1898 zehn Hebel nach Modell 2767 lieferte, nahm er diese Hebel, ohne sie zu bemängeln, an und bezahlte sie. Im Januar 1899 bestellte der Fabrikant weitere zwanzig Hebel nach Modell 2473. Als ihm dann am 20. April 1899 abermals, anstatt der bestellten Hebel, solche nach Modell 2767 geliefert wurden, rügte er dies am 29. April 1899 und weigerte sich, die geliefert erhaltenen zwanzig Hebel zu bezahlen, forderte ausserdem auch den bereits gezahlten Preis für

die im November 1898 erhaltenen Hebel nach Modell 2767 theilweise (nämlich für vier Hebel) wieder zurück, indem er angab, er habe im November 1898 bei Annahme der damals gelieferten Hebel nach Modell 2767 übersehen, dass dies nicht die rechten Hebel seien. Die auswärtige Firma lehnte jede Zurückzahlung ab und verklagte den Fabrikanten wegen des Kaufpreises der zuletzt gelieferten zwanzig Hebel. Das Gericht hat zwar den Anspruch des Fabrikanten auf theilweise Zurückzahlung der für die im November 1898 erhaltenen Hebel nach Modell 2767 gezahlten Gelder abgewiesen, weil der Fabrikant die Lieferung dieser Hebel durch das Unterlassen der Bemängelung und durch Berichtigung des Preises der Hebel genehmigt habe. Hiergegen hat das Gericht den Anspruch der auswärtigen Firma auf Bezahlung der am 20. April 1899 gelieferten zwanzig Hebel nicht für begründet erkannt, sondern gleichfalls abgewiesen, weil eine Genehmigung dieser zweiten Lieferung durch den Fabrikanten nicht vorliege und die am 29. April 1899 erfolgte Rüge des Fabrikanten — mit Rücksicht darauf, dass es sich um unbestellte Waaren, nicht aber um bestellte Waaren von mangelhafter Beschaffenheit gehandelt habe — als verspätet nicht angesehen werden könne.

(Br. A.)

Ein auswärtiger Müller kaufte von einem hiesigen Kaufmann 200 Centner Gerste, lieferbar im Juni 1899. Da rechtzeitige Lieferung nicht erfolgte, so forderte er am 5. September 1899 den Kaufmann, unter Bewilligung einer Nachfrist von acht Tagen, zur Nachholung des Versäumten auf. Als er auch jetzt die Gerste nicht geliefert erhielt, verlangte er von dem Kaufmann als Entschädigung den Betrag ersetzt, um den der Marktpreis von Gerste am letzten Tage der bewilligten Nachfrist höher war, als der vereinbarte Kaufpreis. Der Kaufmann verweigerte jegliche Entschädigung, indem er einwandte, die Aufforderung zu nachträglicher Lieferung sei zu spät geschehen, und überdies habe der Müller sich schon im Juni wegen der ausgebliebenen Gerste durch anderweitigen Kauf ohne Schaden gedeckt. Den nunmehr seitens des Müllers gegen den Kaufmann anhängig gemachten Prozess hat das Gericht zu Gunsten des Müllers entschieden, wobei es in der Begründung des Urtheils ausgeführt hat, dass für die Aufforderung zu nachträglicher Lieferung (gemäss Art. 356 des alten Handelsgesetzbuches) keine gesetzliche Frist bestehe, dass vielmehr nur eine illoyale Verspätung dieser Aufforderung — die hier nicht vorliege — als unzulässig betrachtet werden müsse, sowie dass bei Verabsäumung der Nachfrist der Käufer, ohne Rücksicht auf seinen wirklichen Schaden, als Entschädigung entweder den Betrag verlangen könne, um den am Ende der verabredeten Lieferzeit, oder den Betrag, um den am Ende der Nachfrist der Marktpreis von Gerste höher war als der vertragsmässige Kaufpreis.

(Br. A.)

Der Inhaber einer hiesigen Firma bestellte am 18. Oktober 1898 bei dem Reisenden einer auswärtigen Grosshandlung 6 oder 8 Boas, wobei er mündlich mit dem Reisenden ausmachte, dass die Boas noch im Oktober zu liefern seien, und wobei der Reisende in das Kommissionsbuch der hiesigen Firma als Lieferzeit eine Frist von 8 bis 10 Tagen eintrug. Als die Boas am 11. November 1898 noch nicht geliefert waren, theilte der Inhaber der hiesigen Firma der auswärtigen Grosshandlung brieflich mit, dass er nunmehr die Boas nicht mehr gebrauchen könne, und er lehnte denn auch die Annahme der am nämlichen Tage oder am folgenden Tage bei ihm eingehenden Boas ab. Die auswärtige Handlung gab sich hiermit nicht zufrieden, sondern verklagte die hiesige Firma auf Zahlung des Preises der Boas. Das Gericht hat diese Klage als unbegründet abgewiesen, weil der über die Boas geschlossene Kaufvertrag — wegen der als maassgebend zu betrachtenden schriftlichen Festsetzung einer Lieferfrist von 8 bis 10 Tagen den Umständen nach, namentlich mit Rücksicht auf die vorhergegangene ausdrückliche mündliche Zusage einer Lieferung im Oktober — als ein sogenanntes Fixgeschäft angesehen werden müsse und die hiesige Firma daher berechtigt gewesen sei, wegen verspäteter Lieferung der Boas von jenem Vertrage zurückzutreten.

(Br. A.)

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1899.

I. Theil.

VII. Papier.

3. Papier-Tapeten.

In der Jahre lang nothleidenden Tapeten-Industrie kann endlich über eine geringe Besserung und Hebung berichtet werden.

Die sich durchaus bewährende Vereinigung der deutschen Tapetenfabrikanten ist der maasslosen Schleuderei in Tapetenwaaren durch Festlegung von Minimalpreisen wirksam entgegengetreten, und da eine gesteigerte Nachfrage nach besseren Fabrikaten vorhanden, Papier und andere Rohmaterialien bedeutend im Preise gestiegen sind, ist eine durchgreifende Preiserhöhung für sämtliche Sorten Tapeten unvermeidlich und in sicherer Aussicht.

Die französischen und englischen Tapetenfabriken, welche als starke Konkurrenten in Betracht kommen, sind dem Beispiel der deutschen Fabrikanten bereits gefolgt und haben ebenfalls Fachvereine zwecks Durchführung höherer Preise gebildet, so dass nunmehr die Tapeten-Industrie hoffen darf, mit einem den Leistungen und dem Anlagekapital entsprechenden Nutzen arbeiten zu können.

Die in Betracht kommende hiesige Tapetenfabrik war das Berichtsjahr hindurch voll beschäftigt.

VIII. Leder, Gummi und Guttapercha.

1. Leder- und Galanteriewaaren.

In der Leder- und Galanteriewaaren-Branche ist keine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr eingetreten; das Weihnachtsgeschäft war in Folge der strengen Kälte etwas ruhiger. Die echten Bronzewaaren haben in der Fabrikation einen Aufschlag von 10%₀ erhalten.

2. v. Dolffs & Helle.

Gummi und Guttapercha.

Der ausserordentliche Bedarf in Kautschuk, der bereits im Jahre 1898 ein sehr bedeutender war, erfuhr durch die starke Beschäftigung der Maschinen-Industrie und besonders der Elektrizitätswerke etc. eine wesentliche Steigerung, welche sich auch bis jetzt nicht vermindert hat. In einem zu Anfang des nächsten Jahres eintretenden Preisaufschlag gelangte das Verhältniss des erhöhten Bedarfes gegenüber der Produktion der Gummi- und Guttaperchafabrikate besonders zum Ausdruck.

Soweit sich überblicken lässt, wird ein Rückgang im kommenden Jahre nicht eintreten, da die konsumirenden Industriezweige noch auf längere Zeit mit grösseren Aufträgen versehen sind.

IX. Holz- und Schnittstoffe.

1. Baugewerbe.

a) Baugeschäfte.

Die Bauhätigkeit im Jahre 1899 war im Allgemeinen und bei bescheidenem Verdienst zufriedenstellend, wenngleich im Häuserbau auf Spekulation dauernd eine grosse Ueberproduktion zu verzeichnen war, welcher nur schwer Einhalt gethan werden kann.

Verschiedene Ziegeleien, welche diesen Zweig der Bauspekulation seit Jahren gross gezogen haben, unterstützen darin direkt oder indirekt jeden Mann, wenn er nur ihren Bedingungen entspricht, und schädigen dadurch das solide Geschäft und demnächst auch wohl sich selbst.

Einhalt wird jetzt nur der steife Geldmarkt bringen und der Umstand, dass selbst erste und gute Hypotheken schwer und mit erhöhtem Zinsfuss, zweite Hypotheken nur in ganz seltenen Fällen zu beschaffen sind.

Diejenigen Baugeschäfte, welche nur auf Bestellung arbeiten, waren genügend beschäftigt und hatten theilweise auch auswärts grössere Industriebauten auszuführen, bei denen die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit grösserer Geschäfte in Betracht kommt.

Freilich kommt auch bei diesen Bauten fast immer der Billigste in Betracht, so dass bei den sehr unruhigen Arbeiterver-

hältnissen und den in kurzen Zeiträumen sich steigenden Löhnen und Materialpreisen, nur sehr bescheidene Verdienste erzielt werden konnten.

Viel Unzuverlässigkeiten haben sich durch die verspäteten Materiallieferungen herausgestellt und zwar hauptsächlich in Trägern und sonstigen Eisenarbeiten. Selbst bei den weitsichtigsten Bestellungen musste häufig noch viele Wochen über den Termin hinaus auf die Lieferung gewartet werden.

b) Holzhandel.

Im Holzhandel vollzog sich das Geschäft unter dauernder Erhöhung der Preise auf allen Gebieten. Es wurden auf den öffentlichen Rundholz-Auktionen im Harz so hohe Preise geboten, welche jeder Kalkulation Hohn sprachen und welche zu den Preisen des daraus erzeugten Schnittmaterials in kein Verhältniss zu bringen waren. — Das Harzgebiet als Holzbezugsquelle ist schon bei gewöhnlicher Bauthätigkeit zu klein gewesen, wie viel mehr bei der gesteigerten Inanspruchnahme durch die jetzige Hochfluth in der Industrie. — Ferner kommt in Betracht, dass die kleineren Rundhölzer, als Stämme 5. und auch 4. Klasse, ein Material, woraus die Sägewerke sonst Sparren etc. herstellten, von den Schleifmühlen und Cellulosefabriken zu solchen hohen Preisen gekauft werden, welche für die Bauholzproduktion nur ausnahmsweise angelegt werden können. — Ausserdem giebt es im Harz viele kleine Sägewerke, welche hohe Preise für Rundhölzer anlegen, sich meistens in der Geldklemme befinden und die erzeugten Kanthölzer dann wieder sehr billig verkaufen und dadurch den auf reeller Basis arbeitenden Sägewerken den Wettbewerb oft sehr schwierig gestalten. — Alle diese zahllosen Schwierigkeiten am einheimischen Rundholzmarkt, zu denen sich noch sehr oft Mindermaasse von 10 bis 15% gegen die Soll-Forstmaasse herausstellen, hat dem Materialbezug aus Bayern, Böhmen, Mähren, Galizien, Polen und selbst der Bukowina die Wege geebnet, und es kommt von dort, theilweise unter Benutzung der Wasserwege, ein recht gutes brauchbares Material in jeder gewünschten Menge zu marktmässigen Preisen, die rechnungsmässig noch einen bescheidenen Nutzen lassen.

c) Sägemühlen.

Die Sägemühlen waren in Folge des grossen Bedarfes sehr gut beschäftigt und konnten die Liefertermine nur unter grösster Anstrengung innegehalten werden.

2. Holzstoff-Fabrikation.

Die Wasserverhältnisse des Jahres 1899 waren im Allgemeinen zufriedenstellend, so dass die Durchschnittsproduktion erreicht wurde. Das Ergebniss des Jahres wird aber nicht unwesentlich beeinträchtigt durch das immer noch andauernde Steigen der

Holzpreise, sowie namentlich durch das Steigen der Löhne. Auch Arbeitermangel machte sich zeitweilig, besonders im Sommer und Herbst, sehr störend bemerkbar. — Der Geschäftsgang war rege, doch waren die Preise, die angesichts der bedeutend gestiegenen Unkosten auch bedeutend höher hätten sein müssen, nicht immer auf der Höhe des Vorjahres zu halten.

3. Deutsche Fassfabrik, Gittelde.

Das Geschäft in buchenen Fassstäben für Margarine-Gebinde liess im vorigen Jahre wieder ziemlich viel zu wünschen übrig. Trotz leidlich guter Nachfrage gelang es nicht, die Verkaufspreise mit den theuren Einkaufspreisen für Buchen-Rohholz besser in Einklang zu bringen, und das neue Jahr eröffnet in dieser Beziehung keine günstigeren Aussichten.

X. Nahrungs- und Genussmittel.

1. Mühlen-Industrie.

Im verflossenen Jahre war der Absatz in Weizenmehl nach auswärts ein ziemlich reger, indessen waren die Preise so gedrückt, dass nur ein mehr als bescheidener Nutzen blieb.

Der Grund, weshalb nicht bessere Preise zu erzielen waren, liegt in den grossen Mehlfabriken, die die Vortheile der billigen Frachten und Betriebskräfte für sich haben. Dieselben sind dadurch in der Lage, die besseren Mehle zu billigen Preisen auf den Inlandsmarkt zu werfen, während sie die geringeren Mehle nach dem Auslande verladen und dafür von der Regierung die Bonifikation bekommen. Ausserdem kommt noch in Betracht, dass fast alle zum Betrieb erforderlichen Materialien, als Kohlen, Eisen etc., bedeutend im Preise gestiegen sind und auf diese Weise die Betriebskosten nicht unwesentlich erhöht haben.

In Roggenmehl war das Geschäft bis zur neuen Ernte ziemlich normal. Nach der neuen Ernte wurde jedoch von auswärts eine Menge fremdes Mehl (Brandenburger etc.) zu so billigen Preisen auf den hiesigen Markt geworfen, dass es noch nicht einmal möglich war, zu denselben Preisen hier das Mehl herzustellen. Dieser Zustand besetzt zum Theil auch heute noch.

Nach Ansicht der Interessenten, liegt die Schuld daran, dass im Berichtsjahre in hiesiger Gegend zu wenig Roggen gebaut worden ist; derselbe ist gegen andere Gegenden hier viel zu theuer und haben die Mühlen in Folge dessen mit der auswärtigen Konkurrenz schwer zu kämpfen gehabt, leider sehr oft ohne den gewünschten Erfolg.

2. Dampfbäckerei.

Die seitherige Lage und Entwicklung dieses Geschäftszweiges hat sich gegen das Vorjahr nicht verändert.

3. Chokoladen und Kakaofabrikation.

Die Befürchtungen, die in dem vorjährigen Bericht über die Aussichten dieses Industriezweiges zum Ausdrucke gebracht waren, sind leider in vollem Maasse eingetroffen. Der Absatz liess nichts zu wünschen übrig, wohl aber das Gewinn-Ergebniss. Während Rohkakao seinen hohen Werthstand durchweg behauptete und die allgemeinen Fabrikationsunkosten wiederum eine nicht unwesentliche Erhöhung erfuhren, konnten keine nutzbringenden Preise für fertige Fabrikate erzielt werden. Eine maasslose Schleuderei ist eingerissen. Die einst so blühende deutsche Chokoladen-Industrie geht ihrem Ruin sicher entgegen, wenn der unheilvolle Kampf so rücksichtslos weitergeführt wird.

4. Nudeln und Maccaroni.

Das Geschäft bewegte sich in ruhigen Bahnen, der Absatz war flott und das Ergebniss zufriedenstellend.

5. Wurst- und Fleischwaaren-Industrie.

Wenn auch die Resultate im Jahre 1899 nicht glänzend zu nennen sind, so ist doch mit Gewinn gearbeitet worden und den Zeitverhältnissen entsprechend der Geschäftsgang befriedigend gewesen.

Der Umsatz ist gegen das Vorjahr nicht zurückgeblieben. Die Lager in Dauerwurst sind im Herbst zur rechten Zeit geräumt worden. Speck ist dagegen zum Theil nicht ausverkauft worden.

Die Preise für Schweine, die noch in den letzten Monaten 1898 sehr hoch, mit 58 bis 60 Pfg. pro Pfd. Schlachtgewicht, gezahlt werden mussten, gingen stetig zurück, hielten sich vom Januar bis März auf 55 bis 56 Pfg., sanken von Monat zu Monat immer weiter, bis sie im Herbst auf den Stand von 50 bis 52 Pfg. kamen. Nach den bisherigen Erfahrungen tritt im August, September stets wegen Mangel an Schlachtschweinen eine bedeutende Preissteigerung ein, und diese Preise halten sich dann gewöhnlich annähernd in der Höhe bis zum Schluss des Jahres. In diesem Jahre waren Schweine stets reichlich zu haben, und in Folge dessen blieb die Preissteigerung aus. In der Hauptsache ist wohl dieser Umstand auf die amerikanische Konkurrenz zurückzuführen.

Der Import von Speck und Schmalz wächst von Jahr zu Jahr, seit den letzten Jahren wird nun auch in enormen Massen Wurstwaare, Schweinefleisch zerlegt, jedes Nebenprodukt von Schweinen, wie Flome, Leber etc. eingeführt. Die Preise hierfür sind so niedrig, dass deutsches Produkt dagegen nicht in Konkurrenz treten kann.

Alles dieses drückt die Preise für die einheimischen Produkte und bedingt die niedrigen Schweinepreise.

Die amerikanischen Schweineprodukte, die ja dem deutschen Produkte in der Qualität nicht annähernd gleich kommen und durch scharfe Erhaltungsmittel noch mehr entwerthet sind, werden dem Konsumenten in den seltensten Fällen unter dieser Bezeichnung verkauft. Insbesondere amerikanische Wurstwaren, deren Geschmack und Qualität ja viel zu wünschen übrig lässt, und die durch reichlich Farbe und sonstige Mittel verschönt sind, werden in Verkaufsstellen, Restaurationen und vielen Bahnhofswirthschaften dem Konsumenten als Aufschnitt verabreicht. Dadurch wird der gute Ruf der deutschen Dauerwurst untergraben und die Industrie geschädigt.

Wenn nichts Besseres vorerst zu erreichen ist, so müssen diese Produkte aller Orten dem Konsumenten nur unter der Ursprungsbezeichnung in denklich deutlichster Form verabreicht werden.

Trotzdem im Norden des Reiches heute die mikroskopische und makroskopische Fleischschau obligatorisch ist, so wird von vielen Kommunen zu jeder einzelnen Lieferung Wurstwaren ein Attest verlangt, dass die Schweine, woraus die Fabrikate hergestellt wurden, untersucht worden sind. Hierzu findet jedoch nicht ein einheitliches Attest Gültigkeit, sondern jede Kommune hat darüber besondere Vorschriften, und es gehört ein Studium dazu, für die vielen Städte die besonderen Untersuchungsatteste zu wissen. Es wäre für die Fleischwaren-Fabrikanten eine Wohlthat, wenn ein Normalattest für alle Kommunen des Reiches die gleiche Gültigkeit hätte.

Dem Reichstage liegt jetzt das Reichsfleischschaugesetz zur Berathung vor, und es ist zu wünschen, dass dasselbe den berechtigten Forderungen aller Betheiligten entsprechend zur Beschlussfassung kommt, und dass dadurch der Fleischwaren-Industrie und Landwirtschaft, der ausländischen Konkurrenz gegenüber, der berechtigte Schutz gewährt wird.

Vielfach sind gerichtliche Anklagen und zum Theil Verurtheilungen, zum Theil Freisprechungen in der gleichen Sache erfolgt, weil durch Anwendung von Färbemitteln die Wurstwaren verschönt waren, oder Konservierungsmittel zur besseren Erhaltung des Fleisches und der Fleischwaren verwandt sind. Fabrikanten, die Färbemittel etc. nicht verwenden, um sich der Gefahr der Anklage nicht auszusetzen, sind jenen gegenüber, die das Fabrikat durch Färben verschönen, im Nachtheil und nicht konkurrenzfähig, und es wäre zu wünschen, dass von Reichswegen bestimmte Vorschriften erlassen würden, wie und was für Konservierungsmittel zu verwenden sind, und ob das Färben der Fleisch- und Wurstwaren als Fälschung anzusehen ist oder nicht!

6. Konserven.

Das verflossene Jahr hat für die Konservenbranche wenig Erfreuliches gebracht.

Die Hoffnungen, welche man allerseits gehegt hatte, sind, wie so oft, auch dieses Mal zum grösseren Theile zu Schanden geworden.

Der Stand des Spargels im Herbste 1898 berechtigte zu einer guten Ernte, jedoch machte der äusserst milde Winter einen Strich durch diese Ansicht.

In Folge der warmen Tage im Februar und März hat der Spargel stark angesetzt und sind die frühen Triebe durch spätere Kälte und Nässe abgestorben.

Hierzu kam nun noch, dass während der Spargelernte selbst sehr ungünstiges Wetter herrschte, so dass auch der 1899er Ertrag durchaus unbefriedigend gewesen und somit die dritte Missernte hintereinander zu verzeichnen ist.

Die natürliche Folge hiervon war, dass wohl alle Fabrikanten die eingegangenen Verpflichtungen nicht voll erfüllen konnten und dass während der Ernte für die wenige rohe Waare, welche ausser Schluss zu haben war, jeder Preis bezahlt wurde, während für Spargel vor der Ernte folgende Preise stipulirt waren:

für Prima-Spargel	50 Pfg.	à	Pfund
» Sekunda- »	40	»	»
» Tertia- »	20	»	»

Die Annahme, dass ein milder Winter für das Gedeihen des Spargels sehr schädlich ist, hat sich einmal wieder bewahrheitet, wie ja überhaupt die ganze Konserven-Industrie zu sehr von den Witterungsverhältnissen abhängig ist.

Die Erbsenernte ist qualitativ sehr schlecht ausgefallen, während man sich über die Quantitäten nicht beklagen konnte. Auch hier hat das Wetter wieder sehr ungünstig eingewirkt. Während die Monate Mai und Juni für das Wachsthum der Erbsen fast zu kalt waren, setzte Anfang Juli eine derartige tropische Hitze ein, dass innerhalb acht bis zehn Tagen die ganzen Erbsen mit einem Male reif und bei der Kürze der Zeit in enormen Quantitäten herangebracht wurden, was mancherorts viel Arbeit und Sorge hervorgerufen hat.

Ein Uebelstand, unter dem sämtliche Konservenfabriken in diesem Jahre besonders zu leiden gehabt haben, ist das Geliren der Erbsen gewesen, ein Vorgang, der in der Branche ja genügend bekannt ist, in einem solchen Maassstabe, wie in diesem Jahre, aber nur bei ganz schlechten Ernten eintritt.

Jedenfalls ist hierdurch in der Kundschaft recht viel Unzufriedenheit hervorgerufen, so dass sich im verflossenen Jahre an verschiedenen Plätzen sogar die Handelskammern der Sache angenommen haben.

Erlaubte Mittel, um das Geliren der Erbsen zu verhüten, kennt man bis heute noch nicht.

Für gestiefelte Folgererbsen wurden 1899 9 Mk. per Centner bezahlt.

Die Bohnenernte war quantitativ nur gering, qualitativ dagegen vorzüglich.

In Folge der verhältnissmässig kleinen Mengen, welche herangebracht wurden, kam der Preis für die konservirte Bohne einmal wieder etwas höher, als man es in den letzten Jahren gewöhnt gewesen war.

Für weisse Hinrichs-Riesenbohnen, die hier fast nur noch zu Konservezwecken angebaut werden, zahlte man bei vorherigen Abschlüssen 5 Mk. per Centner.

Im Allgemeinen konnten für die Konserven, mit Ausnahme der stärkeren Siebungen Erbsen einen bescheidenen Nutzen lassende Preise erzielt werden.

In Folge der enorm gestiegenen Preise für die Rohmaterialien, wie Blech, Zinn, Kohlen etc., sind im kommenden Jahre ganz bedeutende Preiserhöhungen unvermeidlich, um so mehr, als auch die Rohspargel-Preise wieder wesentlich in die Höhe getrieben sind.

7. Brauereien.

Das Geschäftsjahr 1898/99 war für die Brauereibranche im Allgemeinen als ein weniger günstiges zu bezeichnen, und trugen zu dem in vielen Fällen verminderten Gewinnresultat vor allen Dingen die beträchtlich theureren Hopfenpreise bei, denn Hopfen stellte sich durchschnittlich um 100 Mk. per Centner höher wie im Vorjahre. Malz war in der Ausbeute gut und auch etwas billiger, doch vermochte das letztere bei Weitem nicht einen Ausgleich für die hohen Hopfenpreise zu schaffen.

Der Eisbedarf für das Jahr 1898/99 konnte von den hiesigen Brauereien während einer kurzen Frostperiode gerade noch gedeckt werden, und da die Witterung im Sommer nicht eine zu heisse war, so waren die eingefahrenen Eisbestände auch hinreichend.

Der Bierabsatz hat sich im Allgemeinen wieder gehoben, und sind im Herzogthum Braunschweig im verflossenen Betriebsjahre wiederum ca. 25000 hl Bier mehr umgesetzt worden, so dass sich nunmehr der Gesamtumsatz im Herzogthum auf ca. 535000 hl beziffert.

Für das laufende Geschäftsjahr 1899/1900 sind die Aussichten als nicht ungünstig zu bezeichnen, denn Hopfen ist beträchtlich billiger, auch Malz, welches allerdings diesmal in der Ausbeute weniger ergiebig ist, hat im Preise etwas nachgelassen, und auch der Eisbedarf konnte in starker krystallklarer Waare reichlich gedeckt werden.

8. Spirituosen und Fruchtsäfte.

1. Spirituosen. Eine Besserung der Geschäftslage ist im verflossenen Jahre, wie auch vorauszusehen war, nicht eingetreten, und haben sich die Verhältnisse eher verschlechtert. Das Steigen der Spirituspreise hat angehalten, zum nicht geringen Theil veranlasst durch die Ringbildung der bedeutenderen Spiritusproduzenten. Auch kommt noch der Umstand hinzu, dass die Konkurrenz, um sich auf jeden Fall ins Geschäft zu drängen, durch Lieferung minderwerthiger Waare zu niedrigen Preisen verkaufte, wodurch den besseren Geschäften der Handel sehr erschwert wurde. Versuche, die theilgenommenen Fabrikanten zu einer Einigung über die Verkaufspreise zu bewegen, haben auf Widerstand gestossen.

2. Fruchtsäfte. Was die Fruchtsäfte anbetrifft, so sind die Preise in Himbeersaft normale, da die Ernte befriedigend war, Kirschsaff hingegen ist noch theurer geworden, da Sauerkirschen in hiesiger Gegend so gut wie gar nicht geerntet worden sind.

9. Malzfabrik Funke & Moll.

Die Fabrik verarbeitete in der Zeit von September 1898 bis 16. Juni 1899 rund 21000 Ctr. rohe Gerste, aus welcher ca. 17000 Ctr. fertiges Malz hergestellt wurden.

Die Preise setzten für bessere Braugerste zu Anfang der vorjährigen Kampagne sehr hoch ein; da die Qualitäten aber weniger für Export geeignet waren, konnten sie sich nicht auf ihrer Höhe halten. Durch den Preisrückgang der Gersten kam es, dass der Mälzereibetrieb doch noch lohnend wurde.

Die Produktion der Fabrik wurde sehr bald verschlossen, somit konnte dieselbe ein befriedigendes Resultat feststellen. Die Aussichten für die gegenwärtige Kampagne sind heute weniger erfreulich. Die Firma hofft jedoch auf eine rückgängige Konjunktur der Preise für Gerste.

10. Essigfabrikation.

a) Essigfabrik C. Brasche & Sohn.

Der Absatz des Spiritus-Essigs für Genusszwecke war sehr gut. Durch die grosse Ernte in Konservefrüchten wurde pro Juli bis September viel Essig gebraucht und die vorhandenen Lagerbestände vollständig geräumt.

Seit dem 1. Oktober v. J. hat sich für die Spiritusverwerthung ein Ring gebildet mit dem Sitze in Berlin. Diese Vereinigung soll über drei Viertel der gesammten Spiritusproduktion in Deutschland verfügen.

Die Preise für Rohspiritus sind im letzten Halbjahr stetig gestiegen. Derselbe kostete bei einer Abgabe von 70 Mk. pro

10000 1% loco Berlin etwa: Juli 41, Oktober 44 und Ende Dezember 48 Mk.

Zu technischen Zwecken findet der Spiritus-Essig nur noch geringe Anwendung, weil er durch den billigeren Holzessig immer mehr verdrängt wird.

b) Essigfabrik Gustav Giebel.

Essigsprit.

Wenn schon das Jahr 1898 sich für die Essigfabrikanten als ungünstig erwies, so ist solches in dem verflossenen Jahre 1899 trotz des grösseren Konsums in noch erhöhterem Maasse der Fall gewesen.

Die Fabrikation von Essigsprit bei einem Preise von 46 Mk. pro 10000 1% für Roh-Kartoffelspirituss ist nicht mehr rentabel, geschweige bei einem Preise von 48 bis 50 Mk., wie solcher seit 6. November v. J. notirt wird.

Erwägt man, dass auch die Betriebsunkosten, wie Gehälter, Löhne u. s. w. erheblich gestiegen sind, so ist es eine Frage der Zeit, dass die Essigfabrikanten ihrem Ruin entgegengehen, wenn solche nicht durch Bildung von Distriktsverbänden höhere Verkaufspreise anzustreben suchen.

Liqueurbranche.

Was von der Essigbranche gesagt ist, gilt auch für die Liqueurbranche.

Auch solche krankt unter den hohen Spirituspreisen und schlechten Verkaufspreisen und in Folge der übergrossen Konkurrenz.

11. Mostrieh-Fabrikation.

Die Senfsaaten waren im verflossenen Jahre hoch im Preise. Die feinsten holländischen Marken waren gegen August nicht mehr zu haben, auch geringere Qualitäten wurden vollständig geräumt.

Auch die braune indische Senfsaat, welche seit zehn Jahren in grösseren Mengen an den Markt kommt, war knapp. —

Der Absatz des Mostriehs war befriedigend.

Die Preise für gewöhnliche Konsumwaare, welche mindestens neun Zehntel der gesamten Produktion ausmacht, waren leider immer noch sehr gedrückt.

12. Molkereien.

Der Ertrag der Milchwirtschaft wurde auch im verflossenen Jahre durch den hohen Preisstand der Kraftfuttermittel, welcher fast durchweg die Höhe des Jahres 1893 erreichte, sehr erheblich beeinflusst. Die hohen Preise für Kraftfuttermittel, die ungewöhnlich hohen Preise, welche für Milchvieh angelegt werden müssen,

lassen es daher erklärlich erscheinen, dass man vielfach eine Erhöhung des Milchpreises theils schon durchgeführt hat, theils ernstlich an eine solche denkt, um die zur Zeit ungenügende Rente aus der Milchviehhaltung zu erhöhen, zumal unter den obwaltenden Verhältnissen und dem Einflusse der ungemindert herrschenden Seuche von einer solchen in den meisten Fällen überhaupt keine Rede sein kann. In Folge dieser Thatsache hat man hier und da den Milchviehbestand bereits verringert, während man in anderen Fällen die Milchviehhaltung bereits ganz aufgegeben hat resp. zur Aufgabe entschlossen ist, da man die schweren Opfer, welche die verheerende Seuche alljährlich von der deutschen Milchwirthschaft fordert und die nach einer statistischen Zusammenstellung für das Jahr 1898 über 80 Millionen Mark betrug, nicht mehr zu tragen im Stande ist.

Was die Lage des Buttermarktes betrifft, so war der Preisstand in den ersten drei Monaten des verflossenen Jahres höher, als zu der betreffenden Zeit der vier vorhergehenden Jahre, während von April bis August etwa der Durchschnitt früherer Jahre erreicht wurde und der Preisstand der späteren Monate nicht unbeträchtlich günstiger sich gestaltete wie in den Vorjahren. Die niedrigste Notirung stellte sich im Monat Juni in Berlin auf 86 Mk., in Hamburg auf 95 Mk., die höchste im Monat Oktober in Berlin auf 120 Mk., in Hamburg auf 135 Mk. per Centner.

In Folge des fruchtbaren Wetters im Jahre 1898, dem zu Folge die Landwirthe eine reiche Ernte an Heu und einen hohen Ertrag an Hackfrüchten erzielt hatten, war die Produktion in der ersten Hälfte des verflossenen Jahres eine äusserst starke und gleichmässige, wogegen im zweiten Halbjahre in Folge einer langen Dürreperiode, unter der die Entwickelung des spätgesäten Grünfutters, des zweiten Kleeschnittes etc. sehr zurückblieb, sie sich wesentlich anders gestaltete, so dass fortwährend Butterknappheit herrschte und die Produktion so stark zurückging, wie solches seit dem Herbst des trockenen Jahres 1893 nicht der Fall gewesen war. Dem zu Folge war der Absatz ein stets schlanker, und die Preise gingen im Herbst, wie bereits oben erwähnt, ausserordentlich in die Höhe. Damit war indess auch der Anlass zum verringerten Konsum gegeben, so dass einer weiteren Steigerung der Preise ein Halt geboten wurde. Es ist eine nicht hinwegzuleugnende Thatsache, dass, sobald der Butterpreis eine gewisse Höhe überschreitet, das konsumirende Publikum sich sehr ablehnend zeigt, der Zwischenhändler, weil bei den hohen Einkaufspreisen ihm ein entsprechender Gewinn nicht mehr verbleibt, das Interesse für den Artikel verliert und Händler und Konsumenten sich den Surrogaten zuwenden. Hieraus erklärt sich auch, dass trotz des grossen, im Herbst 1899 eintretenden Buttermangels eine weitere Steigerung der Preise nicht erreicht werden konnte. Richtig betrachtet, braucht man vom Standpunkte des Milch-

wirthes solches nicht zu bedauern, extrem hohe Herbstpreise sind nie ein Segen für ihn, sie bahnen den Surrogaten nur den Weg, kosten später grosse Opfer, um den letzteren das von ihnen gewonnene Absatzgebiet wieder zu entreissen, und die Preise sinken dann meist um so tiefer. Etwas anders liegt es bei der sogenannten Luxuswaare, d. h. der sogenannten tadellosen Tafelbutter, für welche sich in den Grossstädten immer noch ein kleiner, kaufkräftiger Kreis von ständigen Abnehmern findet, der bereit ist, für die unter besonderen Verhältnissen und mit besonderer Sorgfalt hergestellte Butter einen höheren Preis zu zahlen.

Der Durchschnittspreis auf den Hauptbuttermärkten Berlin und Hamburg stellt sich für das Jahr 1899 auf 101 Mk. per Centner, also um 5 Mk. gegen das Vorjahr höher, so dass der Durchschnittsbutterpreis des Jahres 1897 wieder erreicht wurde. Die besseren Preise dürften zum Theil auch der weiten Verbreitung der Maul- und Klauenseuche und der dadurch hervorgerufenen Verringerung des Viehstandes und der ganzen Milchproduktion zuzuschreiben sein. Leider ist immer noch kein wirksames Mittel gefunden worden, um der Ausbreitung der verheerenden Seuche Einhalt zu thun.

Zeigte sich hinsichtlich des Butterabsatzes einerseits, dass der deutsche Konsument sich als ein kaufkräftiger Abnehmer für die fortwährend steigende heimische Butterproduktion bewährt, die gegen früher wesentlich geringere Ausfuhr nach England dadurch mithin zum Theil ausgeglichen wird, so war andererseits auch die Preisbildung von günstigem Einfluss auf die geringere Einfuhr an Butter aus Galizien, Finnland, Amerika und besonders auch Australien, in Folge dort herrschender Dürre, während Russland erheblich mehr nach unseren Märkten sandte und ein immer fühlbarer Konkurrent wurde.

Die Transportverhältnisse bezüglich der Butter haben im abgelaufenen Jahre, Dank dem überaus dankenswerthen Entgegenkommen der Preussischen Staatseisenbahnverwaltung, eine wesentliche Verbesserung erfahren, indem der 1. April eine schnellere Beförderung der Butter und die Verbilligung des Tarifs, d. h. die Vergünstigung brachte, dass alle Butter als Eilgut zum Frachtgutsatze befördert wird.

Für die in umfangreicher Weise Butter produzierenden östlichen Provinzen wurden ausserdem vom Mai ab Eiskühlwagen in grösserer Anzahl eingestellt, in Folge dessen in den heissen Monaten die Butter in besserer Beschaffenheit auf den grossen Märkten eintraf und eine höhere Verwerthung finden konnte.

Es soll indess nicht unerwähnt bleiben, dass eine schnellere Beförderung der Butter von Braunschweig aus nicht in allen Fällen erreicht wurde, Thatsache ist, dass im verflossenen Sommer wiederholt Buttersendungen, welche nach Thale a. H. bestimmt waren und des Nachmittags hier aufgeliefert wurden, erst nach 24 Stunden und länger in die Hände der Empfänger gelangten,

während ähnliche Sendungen in früherer Zeit, am Abend aufgeliefert, bereits am folgenden Morgen den Empfängern ausgeliefert wurden. Wie sehr bei der wiederholt vorgekommenen Verzögerung in der Beförderung die Butter an heißen Tagen leidet, bedarf kaum des Hinweises.

Das Käsegeschäft hielt sich, abgesehen von den Herbstmonaten, in welchen in einigen Käsesorten starke Nachfrage eintrat, welcher in Folge allgemeinen Milchmangels nicht immer genügt werden konnte, in normalen Grenzen, der Absatz war befriedigend, die erzielten Preise zufriedenstellend. Besonders lebhaft gestaltete sich das Geschäft in sogenannten Harzer Käsen, worin der Konsum noch fortwährend steigt, in Folge dessen war der Absatz das ganze Jahr hindurch ein flotter. Die Preise gingen im Herbste sehr in die Höhe, und die Besitzer solcher Fabriken erzielten einen günstigen Abschluss. Ebenso fanden die Molkereien für den produzierten Quark stets guten Absatz zu vortheilhaften Preisen, wodurch die Verwerthung der Magermilch in günstiger Weise beeinflusst wurde.

Von allen das Molkereiwesen betreffenden Fragen ist neuerdings am meisten in den Vordergrund getreten diejenige der Bekämpfung der Tuberkulose des Milchviehes. Die Gefahr, dass Menschen und Thiere durch den Genuss von Milch und Molkereiprodukten angesteckt werden, ist von mancher Seite theils absichtlich, theils unabsichtlich ganz über Gebühr aufgebauscht worden, obgleich sich andererseits nicht leugnen lässt, dass eine solche Gefahr thatsächlich existirt, weshalb man sich auch darüber einig ist, dass in einer das Allgemeinwohl so empfindlich berührenden Frage gesetzliches Eingreifen nothwendig erscheint. Dass ein solches Eingreifen geschehen wird, ist nur eine Frage der Zeit, und es fragt sich nur, wie auf dem Wege des Erlasses allgemein gültiger und zweckentsprechender Gesetze vorgegangen werden soll. Da die betreffenden Organe sich lebhaft mit dieser Frage beschäftigen, so ist zu erwarten, dass eine Entscheidung in nicht ferner Zeit erfolgen wird.

13. Haarmann & Reimer, Vanillin-Fabrik.

Die Vanillinpreise weichen fortgesetzt, hauptsächlich veranlasst durch Schleuderpreise der Französischen und Schweizer Fabriken, die, um ihr oft minderwerthiges Produkt zu verkaufen, mit immer niedrigeren Notirungen an den Markt kommen.

Der Handel und die Anwendung des für die Parfümerie unentbehrlich gewordenen Jonons ist nach Herabsetzung des Preises in langsamem Steigen begriffen, wenn auch hier wie bei dem Vanillin die illoyale Konkurrenz der ausländischen namentlich Schweizer Firmen ausserordentlich schädigend wirkt. Die Schweiz und Holland schützen die Herstellung chemischer Produkte nicht durch Patente wie andere Kulturstaaten. Die dort nach ausländischen, offen ausliegenden Patenten hergestellten Waaren gehen unter falschem

Namen und unter Irreführung der Zollbehörden nach den Patentländern, wo sie durch niedrigste Verkaufspreise die einheimische Industrie der Früchte berauben, die sie aus ihren Erfindungen, meistens unter grossen Opfern an Zeit, Geld und Arbeitskraft gemacht, geniessen zu können, berechtigt waren. Nicht früher wird diesem Treiben ein Ende gemacht werden, als bis obige Staaten durch internationale Maassnahmen gezwungen werden, auch ihrerseits Patentschutz für chemische Stoffe einzuführen.

14. Cichorien- und Kaffeesurrogat-Industrie.

Nachdem in den verflossenen Jahren die Fabrikation der Cichorien- und Kaffeesurrogate schwer unter der Ungunst der Verhältnisse und dem zu knappen Anbau der Rohwaaren gelitten hat und kaum noch einen Gewinn abwirft, zeigt es sich, dass im Laufe des letzten Jahres der Fehlbetrag an Rohwaaren ein noch bedeutender geworden ist. Die Preise für gedarrte Cichorienbrocken waren stetig in langsamem Steigen begriffen.

Wenn nun auch versucht ist, die Preise der fertigen Fabrikate diesem Verhältnisse anzupassen, so ist die Erhöhung bis jetzt als vollständig gescheitert anzusehen, da in Folge der billigen Kaffeepreise der Konsum in Kaffeesurrogaten fast auf die Hälfte, der in Cichorien noch bedeutender heruntergegangen ist.

Schwer wird es den Cichorien-Fabrikanten, trotz schönerer Packungen, durch fortwährend erscheinende Neuheiten in Essenzen etc. den Umsatz wieder zu heben. Diejenigen Fabrikanten aber, welche versuchten, durch Zusatz billigerer Rohmaterialien noch Gewinn zu erzielen, haben zum Theil schon gefunden, dass gerade beim Gebrauch mit billigen Kaffeessorten diese Waare dem Käufer nicht genügte und haben durch solche Manipulationen den grössten Theil ihrer Kundschaft eingebüsst.

Nicht abzusehen ist es, wann sich diese Verhältnisse bessern werden, da die Vorräthe der Rohwaaren per 1900 sehr knapp sind, dieselben den Bedarf kaum decken dürften und daher schon jetzt annähernd 15 bis 20% höhere Preise als im Jahre 1899 gefordert werden, so dass auch das kommende Jahr unseren Fabrikanten ein wenig erfreuliches Ergebniss bringen wird.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(März.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Die Lagerbestände am Platze sind per 1. April cr. schätzungsweise wie folgt:

Cervelatwurst in Fettdarm	ca. 14 800 Ctr.
Cervelatwurst in Rindsdarm, Salami, Plock-	
wurst und Mettwurst	» 6 500 »
Rothwurst, Zungenwurst	» 2 100 »
Speck	» 1 900 »

Die Fabrikation in Dauerwaare ist jetzt beendet, die obigen Bestände sind die höchsten, welche in dieser Saison erreicht wurden, und beginnen die Läger sich nunmehr wieder zu räumen.

Denecke & Himmel.

Getreidehandel.

(März.)

Im Berichtsmonat war das rauhe, winterliche Wetter der Vegetation hinderlich, und die starken Nachfröste haben den Wintersaaten zweifellos Schaden zugefügt, über dessen Umfang sich erst später ein richtiges Urtheil fällen lassen wird.

Die Frühjahrsbestellung ist naturgemäss wesentlich verzögert.

Weizen war vom Lande nicht stark zugeführt und deckten sich Mühlen hauptsächlich von nahen Stationen, nahmen aber auch nur das Nothwendigste auf, da die Mehlpreise gedrückt waren.

Man bezahlte hier 140 Mk. erste Kosten und ging bei bester Waare auch etwas darüber hinaus. Zu Ende des Monats konnte sich der Markt in Folge der Besorgnisse über Frostschäden und der höheren Notirungen in Amerika befestigen.

Roggen wurde ebenfalls mit 140 Mk. erste Kosten gehandelt, nur prima trockene Qualitäten erreichten etwas mehr. Das Angebot war nicht gross, aber Mühlen kauften auch nur vorsichtig, indem die billigen Mehlpreise mit dem Werth des Rohproduktes nicht in Einklang standen.

In Hafer konnte sich das Geschäft nicht beleben. Wenn auch hiesige Waare etwas zurückgehalten wurde, so drückten doch die starken Ankünfte von Pommern, Posen, Schlesien auf den Markt, so dass nur für bessere Sachen ab und zu über 140 Mk. angelegt wurden.

Braugerste leblos, Futtergerste, besonders schlesische Fegegerste, flott gehandelt, umfangreiche Ankünfte in Magdeburg vermochten den Artikel zeitweise etwas zu drücken.

Mais ging im Laufe des Monats in Amerika ca. 4 Cents höher, daher auch hier die Preise um 6 bis 7 Mk. stiegen.

F. Peters.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Julius Kissel, Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt, Wolfenbüttel. Inhaber: die Erben des Maschinenbauers Gustav Kissel, die Wittve des Maschinenbauers Gustav Kissel, Ida, geb. Herbing, deren minderjährigen Kinder: Martha, Karl und Toni Kissel.
2. Christian Haase, Viehhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Viehhändler Christian Haase.
3. Ludwig H. Dörge, Geschäft mit Drechsler- und Kurzwaaren, sowie Bijouterieartikeln, Wolfenbüttel. Inhaber: Kunstdrechsler Staats und Heinrich Ludwig Dörge.
4. Wilhelm Reifenstuhl, Manufakturwaarengeschäft und feine Herren-Maassschneiderei, Wolfenbüttel. Inhaber: Schneidermeister Wilhelm Reifenstuhl.
5. Albert Kruse, Papier- und Galanteriewaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Buchbinder und Papierwaarenhändler Albert Kruse.
6. Carl Linne, Schuhwaarenlager, Wolfenbüttel. Inhaber: Schuhwaarenhändler Carl Linne.
7. Carl Wurm, Handlung mit Juwelen, Gold-, Silber- und Alténiidewaaren, Braunschweig. Inhaber: Juwelier Carl Wurm.
8. Hermine Kuntze, Handschuhgeschäft, Wolfenbüttel. Inhaberin: Ehefrau des Uhrmachers Adolf Kuntze, Hermine, geb. Metzing.
9. Robert Westphal, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Robert Westphal.
10. Johannes Severin, Seifenfabrik, Wolfenbüttel. Inhaber: Seifenfabrikant Johannes Severin.

11. Carl Herbing, Kolonial- und Materialwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Carl Herbing.
12. H. Nette, Viehhandel, Wolfenbüttel. Inhaber: Viehhändler Robert Nette.
13. Otto Leue, Buchhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Buchhändler Otto Leue.
14. Woldemar Körber, Manufaktur-, Mode- und Kurzwaarengeschäft mit Herren- und Damenkonfektion, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann Woldemar Körber.
15. Robert Lorenz, Kurzwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kurzwaarenhändler Robert Lorenz.
16. Gebrüder Fahlbusch, offene Handelsgesellschaft, Eulenburg bei Kirchberg. Inhaber: Sägemühlenpächter Philipp Fahlbusch und Sägemühlenpächter Fritz Fahlbusch.
17. Wilhelm Weise, xylographische und zinkographische Anstalt, Braunschweig. Inhaber: Xylograph Wilhelm Weise.
18. Fritz Hartmann, Material- und Kolonialwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Fritz Hartmann.
19. Sally Pohly, Viehhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Viehhändler Sally Pohly.
20. Wilhelm Brandt, Material- und Kurzwaarengeschäft, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Brandt.
21. Fritz Runge, Eisenwaaren-, Kohlen- und Kunstdüngerhandlung, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann Fritz Runge.
22. Carl Käse, Galanterie-, Kurz- und Eisenwaaren-Geschäft, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann Carl Käse.
23. Henriette Kornberg, Ottenstein. Inhaberin: Wittwe Henriette Kornberg.
24. Abraham Esberg, Pferdehandel, Wolfenbüttel. Inhaber: Pferdehändler Abraham Esberg.
25. Carl Binder, Zimmerei und Baugeschäft und Kunst-Cementstein-Fabrik »Brunonia«, Wolfenbüttel. Inhaber: Kreiszimmermeister Carl Binder.
26. August Schaper, Ottenstein. Inhaber: Färber und Manufakturwaarenhändler August Schaper.
27. Friedrich Wietbrauk, Ottenstein. Inhaber: Kaufmann Friedrich Wietbrauk.
28. Altschwager & Co., Braunschweig. Offene Handelsgesellschaft.
29. Ferdinand Bödicker, Hehlen. Inhaber: Gerber und Kaufmann Ferdinand Bödicker.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Magazin zum Pfau Carl Zeumer, Braunschweig. In Leipzig ist eine Zweigniederlassung errichtet.
2. Seelig & Delmonte, Braunschweig. Durch Ausscheiden des Bankiers Salomon Delmonte ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und ist das gedachte Handelsgeschäft bei unveränderter Firma auf eine am 16. Januar d. J. begonnene Kommanditgesellschaft übergegangen. Dieselbe besteht aus einem persönlich haftenden Gesellschafter, dem Bankier Bernhard Seelig und einem Kommanditisten.
3. Albert Müller, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Hof-Blumenfabrikanten Albert Müller, auf dessen Wittve Hermine, geb. Maeyers, übergegangen.
4. A. Berglein, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Kaufmann Gustav Sonnemann, hat seit dem 16. März seinen Bruder, den Kaufmann Erich Sonnemann, in das jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
5. L. Stottmeister & Co., Braunschweig. Die Inhaber, Kaufleute Louis Stottmeister und Henry Eggeling, haben seit dem 16. März den Kaufmann Johannes Freitag aus Hildesheim in das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
6. Neue Glashütte Holzminden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Holzminden. Der Fabrikdirektor Julius Eichwald in Höxter ist zum Liquidator bestellt.
7. Dampfkessel- und Gasometerfabrik vorm. A. Wilke & Co., Braunschweig. Der § 3 des Geschäftsstatuts ist abgeändert. Das Grundkapital ist um 500000 Mk. erhöht.

3. Löschungen.

1. R. Meder, Oberlutter.
2. W. Groote, vorm. W. E. Korsineck, Wolfenbüttel.
3. Grosch & Reichardt, Braunschweig.
4. W. Schatz, Braunschweig.
5. Gebr. Müller, Halle i. Br.
6. A. Mathei, Zweigniederlassung der zu Hamburg bestehenden Hauptniederlassung, Braunschweig.
7. Bertha Duve zu Blankenburg a. H.
8. Gustav Krümmel, Timmenrode.
9. L. Göhmann, Heyen.
10. Carl Conze, Bornum.
11. Wissel & Altschwager, Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Carl Wurm, Braunschweig. Der Ehefrau des Juweliers Carl Wurm, Emma geb. Behrens, und dem Kaufmann Ernst Wurm ist Einzel-Prokura ertheilt.
2. H. Nette, Wolfenbüttel. Rentner Heinrich Nette.
3. Sel. C. F. Bollmann Wwe. & Sohn, Braunschweig. Kaufmann Robert Oppermann in Hamburg.

5. Prokuralöschungen.

1. A. Berglein, Braunschweig. Kaufmann Erich Sonnemann.
2. W. König, Braunschweig. Kaufmann Wilhelm Brandes.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Konsumverein zu Offleben (in Braunschweig), eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf im Ganzen, von Branntwein und Spirituosen von unverfälschter Qualität und der Verkauf und die Vertheilung im Einzelnen zu marktgängigen und soliden Preisen an die einzelnen Mitglieder gegen Baarzahlung. In den Vorstand sind gewählt: Kaufmann Jakob Ruhe und der Maschinist Wilhelm Bühnemann.
2. Konsumverein Kemnade, E. G. m. b. H. in Kemnade. Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Einkauf von Lebensmitteln und Wirthschaftsbedürfnissen im Grossen und Ablass im Kleinen gegen Baarzahlung. Mitglieder des Vorstandes sind: Kleinköthner Conrad Gesterling in Kemnade, Anbauer Heinrich Käsemann daselbst, Brinksitzer und Schlosser Carl Grottrian.
3. Molkerei-Genossenschaft Golmbach, E. G. m. b. H. in Golmbach. Gegenstand des Unternehmens ist die Milchverwerthung auf gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr. Mitglieder des Vorstandes sind: Vollmeier August Bruns, Grossköthner Heinrich Böker, Vollmeier Carl Henze.

2. Abänderungen.

1. Konsum-Verein Thiede, e. G. m. b. H. zu Thiede. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Schuhmachers Heinrich Meier ist der Tischler August Vahldieck in den Vorstand gewählt.
2. Konsum-Verein zu Nauen, E. G. m. u. H. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Rakebrandt ist der Hofbesitzer Heinrich Hampe in den Vorstand gewählt.
3. Konsum-Verein Bodenstein, E. G. m. b. H. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes A. Meyer ist der Waldarbeiter Heinrich Alms in den Vorstand gewählt.

4. Majoritäts-Association der Sattler und Tapezierer zu Braunschweig, E. G. m. u. H. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Sattlermeister Louis Brauns ist der Sattlermeister Otto Beltz neu in den Vorstand gewählt.
5. Konservenfabrik Watenbüttel, E. G. m. u. H. Der § 5 Absatz 4 der Statuten ist abgeändert.
6. Konsumverein Braunlage im Harz, E. G. m. b. H. An Stelle des verstorbenen Werkmeisters Aug. Wagner ist der Waldarbeiter Wilhelm Thomas zum Kontrolleur gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. August Fahrenbruch, Zimmermeister, Braunschweig, 7. Februar 1900.
2. Louis Höfert, Kaufmann, Greene, 2. März 1900.
3. Martin Linsingen, Cigarrenhändler, Braunschweig, 27. März 1900.

2. Aufhebungen.

1. Julius Meyerdling, Anbauer, Broitzem.
2. Hermann Hentze, Sattlermeister, Velpke.
3. Adolf Roose, Kaufmann, Braunschweig.
4. Wilhelm Matthess, Kaufmann, Braunschweig.
5. Albert Spillner, Kaufmann, Holzminden.

Bücher=Eingänge.

Gorden, F. Dr., Amtsrichter in Hamburg, Die Eisenbahn-Verkehrsordnung vom 26. Oktober 1899. Nebst einem Anbange, enthaltend den Text der neuen Eisenbahn-Verkehrsordnung. Gr. 8°. Geheftet 1,80 Mk. J. U. Kern's Verlag (Max Müller), Breslau.

Am 1. Januar 1900 ist an Stelle der früheren Verkehrsordnung die neue vom 26. Oktober 1899 in Kraft getreten. Sie wurde nothwendig durch das neue Bürgerliche Gesetzbuch und das neue Handelsgesetzbuch, deren Grundsätze, Institutionen und Sprechweise sie sich zu eigen machen musste. Ebenso war es geboten, sie mit den Vorschriften des Internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr in Uebereinstimmung zu bringen. Dadurch ergaben sich vielfache Aenderungen in formeller und materieller Hinsicht, deren Wesen und Bedeutung gegenüber dem früheren Rechte in der vorliegenden Schrift erläutert werden.

Durch die Beifügung des Textes der neuen Verkehrsordnung nebst Anlagen ist die Schrift auch insbesondere geeignet zur praktischen Benutzung für Alle, die mit dem Eisenbahnfrachtverkehr befasst sind.

Carl Arndt

Ingenieur.

Gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Patent-, Muster- und Zeichenwesen.

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Braunschweig,

Kaiser Wilhelmstr. 1a.



Fernsprecher 597.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Beilage

zur Monatsschrift für Handel und Industrie.

No. 4.

Braunschweig, April 1900.

No. 4.

Ertragsberechnung

für die

Verlängerung des Braunschweiger Stichkanals
bis Wolfenbüttel.

Braunschweig

Druck von Albert Limbach G. m. b. H.

1900.

Vorbemerkung.

Nachdem der Nachweis der technischen und wirthschaftlichen Ausführbarkeit eines vom Rhein-Elbe-Kanal bis zur Stadt Braunschweig zu führenden Stichkanals erbracht war, wurde von Interessenten-Kreisen auch die Frage einer Fortsetzung dieses Zweigkanals bis Wolfenbüttel und weiter eventuell bis an den Harz näher in Erwägung gezogen. Eine Versammlung von Interessenten, welche sich im Januar 1899 in Wolfenbüttel zusammengefunden hatte, um Stellung zu dieser Frage zu nehmen, sprach sich einstimmig für den Anschluss der südlich von Braunschweig gelegenen Gebiete mittelst eines Stichkanals an den Hauptkanal aus. Gleichzeitig wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Regierung möge die Vornahme der erforderlichen technischen Vorarbeiten anordnen und einen Kostenanschlag für die Weiterführung des Kanals machen lassen, während die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zur Uebernahme der Rentabilitätsberechnung aufgefordert werden sollte.

Dem ihr geäußerten Wunsche kam die Regierung bereitwilligst nach. Von den zwei Projekten, welche für eine Verlängerung des Braunschweiger Zweigkanals in Frage kommen konnten, gelangte die eine Linie, die westlich von der Oker führt, zur weiteren Bearbeitung.

Wie man bei der Beschaffenheit des Geländes von vornherein erwartet hatte, stellten sich die Kosten, verglichen mit den Kosten des Zweigkanals, Hauptkanal—Braunschweig, unverhältnissmässig hoch. Sie belaufen sich nach den ausgearbeiteten Projekten für die 14,3 km lange Strecke Braunschweig-Wolfenbüttel auf 9360000 Mk., für die 26,7 km lange Strecke Braunschweig-Börssum auf 15304000 Mk. exkl. Hafenanlagen, während die Herstellungskosten des Kanals Leiferde-Braunschweig bei einer Länge von 20,55 km nur 7100000 Mk. exkl. Hafenanlagen betragen.

Aufgabe der Handelskammer war es nun, zu prüfen, ob und wie weit sich die Anlage eines so kostspieligen Unternehmens rentiren, ob der zu erwartende Verkehr zu einer Verzinsung und Amortisation des Anlage- und Betriebskapitals ausreichen würde.

Da der Handelskammer die Verkehrsaufzeichnungen der in Betracht kommenden Eisenbahnstationen, wie sie den von Preussischer Seite angestellten Berechnungen zu Grunde gelegt sind, nicht zu Gebote standen, so hatte sie bei der Uebernahme ihrer Aufgabe vorausgesetzt, und auch eine dahingehende Zusicherung erhalten, dass die Interessenten sich an den Ermittlungen entsprechend betheiligen und an der Feststellung des voraussichtlichen Kanalverkehrs emsig mitarbeiten würden.

In dieser Voraussetzung hat sich die Handelskammer theilweise getäuscht. Nur für Wolfenbüttel und einige benachbarte Stationen waren, Dank der thätigen Mitarbeit der Kaufmännischen Vereinigung zu Wolfenbüttel, befriedigende Angaben zu erhalten. Zum grössten Theil beruhen daher die nachstehenden Ermittlungen auf Schätzungen, die, wenn sie auch mit Hilfe von Sachverständigen vorgenommen sind, doch immer einen zweifelhaften Werth haben.

Es sei dahingestellt, ob das Resultat, welches die nachstehende Berechnung ergibt, ein günstigeres sein würde, wenn zuverlässige Angaben zu Gebote gestanden hätten, nach den uns bisher vorliegenden Materialien bleibt es jedoch sehr zweifelhaft, ob der zu erwartende Verkehr so gross sein wird, dass sich die Anlage der projektirten Weiterführung des Kanals rentirt.

I.

Grundsätze, welche für die Ertragsberechnung in Anwendung gebracht sind:

A.

Zur Ermittlung der Verkehrsmengen, welche dem bis Wolfenbüttel verlängerten Zweigkanal voraussichtlich zufallen, ist zunächst, wie es auch bei der Rentabilitätsberechnung für den Braunschweiger Stichkanal geschehen ist, die Güterbewegung der Eisenbahn desjenigen Gebietes zu Grunde gelegt, welches für den Stichkanalverkehr in Betracht kommt.

a) Bei der Bestimmung dieses Gebietes ist zu erwägen, dass die Interessensphäre des bis Wolfenbüttel verlängerten Zweigkanals beschränkt wird durch den Einfluss der westlich und östlich von Wolfenbüttel belegenen Umschlagsplätze: Peine, Hildesheim, Oebisfelde, Magdeburg.

In Berücksichtigung dieses Umstandes kann nur der Verkehr der nachstehenden Stationen, soweit er überhaupt für den Wasserweg geeignet ist, für den Stichkanal ohne Weiteres in Betracht gezogen werden, nämlich der Verkehr der Stationen: Rünigen, Thiede, Wolfenbüttel, Hedwigsburg, Börssum, Wendessen, Schladen, Hornburg, Vienenburg, Harzburg und Ilsenburg.

b) Für manche Güter erfahren jedoch die Grenzen des durch die vorstehenden Stationen bestimmten Einflussgebietes noch eine nicht unerhebliche Erweiterung, sie werden nämlich

1. weiter nach Osten hinausgerückt für die Güter, welche nach dem Westen versandt bzw. von dort bezogen werden;
2. auf Kosten des Hildesheimer bzw. Peiner Zweigkanals nach Westen erweitert für die Güter, welche von Osten kommen oder dorthin gehen.

Hiernach kommen für den Wolfenbüttler Zweigkanal, abgesehen von denen unter a genannten Stationen, noch folgende Stationen für die westwärts kommenden oder ausgehenden Güter in Betracht:

b) 1. Wernigerode, Wasserleben, Heudeber, Halberstadt, Osterwieck, Dardesheim, Mattierzoll, Jerxheim, Schöppenstedt, Dettum, Dedeleben und Anderbeck.

b) 2. Für die nach und von Osten gehenden bzw. kommenden Güter sind ausser den unter a. genannten Stationen noch die nachstehenden zu berücksichtigen: Oker, Goslar, Langelsheim, Herzog Julius hütte, Lautenthal, Clausthal-Zellerfeld, Salzgitter, Lichtenberg, Salder und Barum.

B.

Bestimmung der Güter,
welche dem bis Wolfenbüttel verlängerten Zweigkanal
voraussichtlich zufallen werden.

Von den auf diesen Stationen ein- und ausgehenden Gütern kommen für den Zweigkanal hauptsächlich Massengüter in Betracht, d. h. solche Güter, die in ganzen Wagenladungen von wenigstens 10 t = 10000 kg Gewicht zu den Specialtarifen I, II und III, sowie zu den Rohstofftarifen verfrachtet werden, also vor Allem Steinkohlen und Koaks, Düngemittel, Salze, Getreide, Mehl- und Mühlenfabrikate, Rohzucker, Roheisen, Stahl, Steine (gebrannte und rohe), Rund- und Nutzholz, Erden, Erze, Cement, Flachs, Torf u. s. w.

Aber nicht alle Güter dieser Art, welche innerhalb des Einflussgebietes aufgegeben bzw. empfangen werden und mit Rücksicht auf ihren Bestimmungs- resp. Aufgabeort wohl geeignet wären, dem Kanalverkehr zuzufallen, werden in Wirklichkeit auch den Wasserweg benutzen.

In jedem einzelnen Falle muss nachgewiesen werden, dass der Versand bzw. der Bezug auf dem verlängerten Stichkanal auch billiger ist als mit der Eisenbahn, und ferner, dass der Umschlag in Wolfenbüttel vortheilhafter ist als in Braunschweig oder in einem anderen der in Betracht kommenden Kanalhäfen.

Was den Vergleich mit den Eisenbahnfrachtsätzen anbetrifft, so wird nach den bisherigen Erfahrungen angenommen, dass die Transportkosten bei Benutzung des Wasserweges 15% billiger sein müssen als die Eisenbahnfrachten, wenn sie genügen sollen, die für Wasserfracht geeigneten Güter von der Eisenbahn auf den Kanal abzulenken.

Von dem in dieser Weise ermittelten Kanalverkehr wird man dann noch einen gewissen den Eisenbahnen verbleibenden Bruchtheil in Abzug bringen müssen, da einerseits die Wintersperre zu berücksichtigen ist und andererseits manche kleine und eilige Sendungen stets trotz der höheren Frachtkosten den Schienenweg benutzen werden. Dieser Bruchtheil, der von dem rechnungsmässigen Kanalverkehr noch in Abzug gebracht werden muss, ist nach Sympher auf 20% zu beziffern.

Bezüglich der Wahl des Umschlagplatzes muss gezeigt werden, dass die Frachtersparniss, welche durch die Fortführung des Zweigkanals bis Wolfenbüttel gegenüber seiner Endigung in

Braunschweig erzielt wird, so bedeutend ist, dass sie zum Mindesten nicht nur den Zinsen des Anlagekapitals sowie den Unterhaltungs- und Betriebskosten gleichkommt, sondern auch die Amortisation der Baukosten des Kanals ermöglicht.

C.

Feststellung der Bezugs- bzw. Absatzorte
der im Einflussgebiete des verlängerten Kanals
liegenden Eisenbahnstationen.

Da, wie erwähnt, die Aufzeichnungen der Eisenbahnstationen nach der Richtung des Verkehrs, wie sie zur Ermittlung des Verkehrs auf dem Hauptkanal zu Grunde gelegt sind, für die Ertragsberechnung des Braunschweigischen Stichkanals und dessen Fortführung nicht zu Gebote standen, so sind zur Feststellung der Absatz- und Bezugsorte besondere Erhebungen angestellt worden, die indessen nur theilweise, nämlich nur für Wolfenbüttel und einige benachbarte Stationen, zum Ziele führten. Von den entfernter liegenden Stationen waren nur sehr lückenhafte oder überhaupt keine Angaben zu erhalten, so dass hier theilweise Schätzungen haben Platz greifen müssen.

II.

Berechnung des für den verlängerten Stichkanal in Betracht kommenden Anfangsverkehrs im Jahre 1908.

Von dem Verkehr, der rechnungsmässig auf den Kanal übergehen könnte, sind mit Rücksicht auf Wintersperre u. s. w. nur 80 % genommen. Da aber erfahrungsmässig ein natürlicher Verkehrszuwachs von jährlich 3 % eintritt, so werden jene 80 % nach einem Zeitraum von neun Jahren bis zum Jahre 1908 um 27 %, unter Hinzurechnung des bei diesen 27 % eintretenden natürlichen Zuwachses sogar um 39 %, also auf das 1,39fache zu erhöhen sein.

Unter der Annahme, dass auf der Verlängerung des Zweigkanals bis Wolfenbüttel

für Güter	I. Klasse	3,5	Pfg.
»	»	II. »	3
»	»	III. »	2,5
»	Düngemittel	1	

pro tkm als Kanalabgabe zur Erhebung gelangen, und vorausgesetzt, dass die Schifffahrtskosten sich nicht höher stellen als die für den Mittellandkanal berechneten Sätze, würden sich im Jahre 1908 folgende Gütermengen mit einer Ersparniss von 15 % und mehr dem Kanal zuwenden können.¹⁾

¹⁾ Bei der Berechnung sind die Mehrkosten, welche durch den Aufenthalt in den Schleusen entstehen, nicht berücksichtigt.

Güterarten	Empfang	Versand	Zusammen
	1000 t	1000 t	1000 t
1. Steinkohlen und Koaks	28	—	28
2. Düngemittel	5	85	90
3. Steinsalz	—	45	45
4. Getreide	21	10	31
5. Mehl und Mühlenfabrikate	3	16	19
6. Rohzucker	—	32	32
7. Eisen, roh	3	—	3
8. Eisen, Stahl	4	2	6
9. Steine, roh und bearbeitet	1	2	3
10. Rund- und Nutzholz	4	10	14
11. Verschiedenes	20	15	35
Summa	89	217	306

Erläuterung der vorstehenden Tabelle.

Zu 1: Steinkohlen.

Da der Empfang an schlesischer Steinkohle sehr geringfügig ist, so bestimmt sich das Einflussgebiet des Stichkanals für Steinkohle hauptsächlich durch seine Lage zu dem westlichen Bezugsgebiete, dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. In die Interessensphäre fallen demnach die unter a und a1 genannten Stationen, deren Empfang im Jahre 1897/98 175 000 t beträgt. Von diesem Quantum fällt jedoch nur ein geringer Theil dem Kanalverkehr zu, da nur die unmittelbar am Kanal gelegenen und die 6 bis 10 km entfernten Stationen durch Benutzung des Wasserweges eine Frachtersparnis von 15 % und mehr erzielen werden. Beispielsweise beträgt diese Frachtersparnis für Wolfenbüttel noch ca. 2,10 Mk., d. h. ca. 28 %, für Wendessen 16 %, für Vienenburg aber nur ca. 7 %.¹⁾

Bei einer Abgabe von 2,5 Pfg. pro tkm auf dem Braunschweiger Stichkanal und seiner Verlängerung dürften daher für den Kanalverkehr nur ca. 26 000 t Steinkohlen in Betracht zu ziehen sein, die nach dem üblichen Abzug von 20 % unter Berücksichtigung einer jährlichen Verkehrszunahme von 3 % auf ca. 28 000 t gestiegen sein werden. Mittlere Kanallänge: 355 km. Mittlere Eisenbahnlänge 300 km.

Zu 2: Düngemittel.

Der Eisenbahnenmpfang an Düngemitteln belief sich im Jahre 1897/98 auf ca. 100 000 t, der Versand dagegen auf 350 000 t.

Für die Ermittlung des Kanalverkehrs in Düngemitteln kann indessen der Eisenbahnfrachtverkehr nur einen ungenügenden An-

¹⁾ An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass manche Interessenten ihren Kohlenbedarf nach ihrer Angabe auch bei einer Ersparnis von ca. 7 % auf dem Kanalwege beziehen würden.

halt bieten, da gerade die Produktion an Düngesalzen in der Interessensphäre des Stichkanals in ungewöhnlicher Zunahme begriffen ist.

Die Gesamtproduktion der Gewerkschaft Hedwigsburg beispielsweise wird in der »Rentabilitätsberechnung für den Braunschweiger Stichkanal« für das Jahr 1898 noch mit 60 000 t angegeben, während im Jahre 1899 der Inlandsabsatz an Kainit und Karnallit allein bereits eine Höhe von 70 000 t, der Auslandsabsatz eine solche von 10 000 t erreicht (wobei ein Quantum von 40 000 t Kainit und Karnallit, das auf benachbarten Werken verarbeitet und für den Kanal darum gar nicht in Frage kommt, noch nicht eingerechnet ist).

Hierzu kommen noch etwa 4000 t sonstige Düngesalze, die etwa zu 80 % über Hamburg oder Hameln exportiert werden.

Nach den Aufzeichnungen der Gewerkschaft können von dem 70 000 t betragenden Inlandsabsatz an Kainit und Karnallit ca. 50 % für den Kanalweg in Rechnung gestellt werden (von dem 1898er Absatz, der 42 000 t betrug, erhielt Schleswig-Holstein $\frac{1}{6}$, Mecklenburg etwa $\frac{1}{20}$, Westfalen und die Rheinlande zusammen etwa $\frac{1}{7}$, die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück etwa $\frac{1}{8}$ etc.).

Rechnet man von diesem Inlandsabsatz für den Kanal nur etwa 45 %, so würde die Gewerkschaft Hedwigsburg an dem Kanalverkehr in folgender Weise beteiligt sein:

ca. 32 000 t Kainit und Karnallit (Inland),
 » 10 000 t » » » (Ausland),
 » 3 000 t sonstige Düngesalze
 = 45 000 t unter Abzug von 20 % im Jahre 1908
 ca. 45 000 t.

Zu der Produktion von Hedwigsburg treten ferner die Förderungen der Gewerkschaften Asse, Vienenburg und Thiederhall, deren Kanalverkehr sich im Jahre 1908 der Rentabilitätsberechnung für den Braunschweigischen Stichkanal zu Folge auf 40 000 t belaufen wird.

Endlich ist für den Kanal noch ein Empfang von rund 5000 t an Chilisalpeter, Guano und ähnlichen Düngemitteln in Rechnung zu stellen, ein Quantum, das sich trotz des Abzuges von 20 % im Jahre 1908 auf ca. 5500 t belaufen wird.

Der rechnungsmässige Anfangsverkehr im Jahre 1908 wird demnach betragen

ca. 85 000 t an Kalirohsalzen und ähnlichen Düngesalzen,
 5 000 t an Chilisalpeter, Guano
 = 90 000 t insgesamt.

Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass Düngesalze von der Eisenbahn zu einem sehr niedrigen Tarif befördert werden. Von Wendessen, der Eisenbahnstation Hedwigsburg, beträgt die Fracht nach dem 84 km entfernten Magdeburg für Kainit und Karnallit nur 25 Mk. pro Waggon, bzw. 2,50 Mk. pro Tonne, während

bei einer Abgabe von $2\frac{1}{2}$ Pfg. auf dem Braunschweiger Stichtkanal und seiner Verlängerung sich der Versand auf dem Wasserwege auf 27 Mk. pro Ladung oder 2,70 Mk. pro Tonne stellen würde, wie aus nachstehender Berechnung hervorgeht:

Kosten der Versendung pro Tonne bis Magdeburg ¹⁾		
über Braunschweig auf dem Kanal:		per Eisenbahn:
Schiffahrtskosten		2,50 Mk.
1. auf dem Zweigkanal (21×14) 0,3 Pfg.	0,11 Mk.	
2. » » Hauptkanal bis Magdeb.		
109 · 03	0,33 »	
Kanalabgaben		
1. auf dem Zweigkanal $35 \cdot 2\frac{1}{2}$. . .	0,88 Mk.	
2. » » Hauptkanal $109 \cdot 0,5$. . .	0,54 »	
Anschlussfracht		
von Wendessen bis Hafen Wolfenb. 5 km	0,80 Mk.	
	= 2,66 Mk.	2,50 Mk.
	rund = 2,70 Mk.	
Differenz zu Gunsten der Eisenbahnfracht		0,20 Mk.

Man wird darum für den Artikel Düngesalze die Kanalabgabe auf dem Zweigkanal Braunschweig und seiner Verlängerung auf etwa 1 Pfg. herabsetzen müssen, wenn man mit Sicherheit auf den Uebergang der Düngesalze auf die Wasserstrasse rechnen will. Durch die Herabsetzung der Kanalabgabe um $1\frac{1}{2}$ Pfg. würde beispielsweise der Wasserweg von Hedwigsburg bis Magdeburg um ca. 25 Pfg. billiger werden, als die Eisenbahnfracht dorthin, und eine Ersparniss erzielt, die zur Ablenkung des Verkehrs in Düngesalzen auf den Kanal hinreichen würde, zumal die oben ermittelten Frachtmengen sich in Magdeburg der Wasserstrasse ohnehin zuwenden werden. Mittlerer Kanalweg: 200 km. Mittlerer Eisenbahnweg: 180 km.

Zu 3: Steinsalz.

Der Verkehr in Steinsalz hat erst im laufenden Jahre einen nennenswerthen Umfang angenommen und zwar seitdem die Gewerkschaft Hedwigsburg das Steinsalzgeschäft aufgenommen hat.

Nach Angabe der Gewerkschaft beläuft sich der Versand im Jahre 1899 auf 45000 t, von denen 40000 t über Hamburg oder Bremen exportirt werden und 5000 t im Inlande, grösstentheils

¹⁾ Vergl. S. 14 ff.

in der Rheinprovinz bleiben. Für den Kanal können demnach trotz des üblichen Abzuges von 20 % im Jahre 1908 mindestens 45 000 t in Rechnung gestellt werden. Kanalweg 220 km. Eisenbahnweg durchschnittlich 180 km.

Zu 4: Getreide.

Der Eisenbahnverkehr des Jahres 1897/98 beträgt im Versand rund 45 000 t, im Empfang 50 000 t.

Da nach den angestellten Erhebungen der grösste Theil dieser Frachtmengen auf Braunschweigischen Stationen nach benachbarten Stationen aufgegeben wird, so wird man den für den Stichkanal zu erwartenden Verkehr nicht überschätzen dürfen.

Unter Voraussetzung, dass sich die bisherigen Absatz- und Bezugsverhältnisse gleichbleiben, wird man für den Wasserweg nach Abzug der 20 % im Versand ca. 8000 t, im Empfang ca. 18 000 t in Rechnung bringen können, oder im Jahre 1908 im Versand ca. 10 000 t, im Empfang ca. 21 000 t. Mittlerer Kanalweg ca. 300 km. Mittlerer Eisenbahnweg 180 km.¹⁾

Zu 5: Mehl- und Mühlenfabrikate.

Der Eisenbahnverkehr beträgt: im Empfang 25 000 t, im Versand 45 000 t.

Für den Empfang dürften einschliesslich der Futtermittel, wie Oelkuchen, Erdnussmehl u. s. w., etwa 3000 t in Frage kommen, während der Versand im Jahre 1908, soweit er für den Kanal in Rechnung gestellt werden kann, eine Höhe von etwa 19 000 t erreichen wird (einschliesslich des Versands der Rüniger Mühle). Kanalweg 300 km. Eisenbahnweg 250 km.

Zu 6: Rohzucker.

In der Interessensphäre des Wolfenbüttler Stichkanals sind folgende Zuckerfabriken belegen: Thiede, Hedwigsburg, Immenhof, Barum, Wendessen, Dettum, Schladen, Hornburg, Vienenburg, Gross-Mahner, Schöppenstedt, Altenau, Wasserleben, Osterwieck, Mattierzoll, Hessen, Watenstedt, Jerxheim, Dedeleben, Badersleben, Minsleben, Söllingen. Diese Zuckerfabriken haben eine Jahresproduktion von insgesamt 90 000 t Rohzucker, davon gehen, wie in dem Nachtrage zur Rentabilitätsberechnung des Braunschweiger Stichkanals ausgeführt ist, etwa 30 000 t ohne Benutzung des Kanalwegs nach Braunschweig zu weiterer Verarbeitung in die dortigen Raffinerien.

Von dem verbleibenden Rest von 60 000 t dürfte nach dem üblichen Abzug von 20 % die Hälfte, also 24 000 t, für die Wasserstrasse in Frage kommen, da eine Anzahl dieser Fabriken,

¹⁾ Eingerechnet ist der Verbrauch der Rüniger Mühle, die den verlängerten Stichkanal aber nur für eine Strecke von 8 km benutzt.

je nachdem die Sendungen nach Osten oder Westen gehen, den Anschluss an die Wasserstrasse in Magdeburg und Oebisfelde bzw. in Hildesheim finden wird.

Als rechnungsmässiger Anfangsverkehr dürften demnach nur etwa 32 000 t in Rechnung zu stellen sein.

Zu 7: Eisen, roh.

Der Eisenbahnempfang beträgt 5000 t, der Versand 24 000 t.

Der Versand, der hauptsächlich auf Rechnung der Mathildenhütte bei Vienenburg kommt, wird für den Kanalverkehr kaum in Betracht gezogen werden können, da die Absatzgebiete des Werkes nach ihrer Lage für die Benutzung des Wasserweges kaum in Frage kommen.

Im Empfang dürfte sich der Kanalverkehr im Jahre 1908 auf ca. 3000 t stellen. Kanalweg 350 km. Eisenbahnweg 300 km.

Zu 8, Eisen und Stahl.

Der Eisenbahnverkehr betrug im Empfang ca. 18 000 t, im Versand 12 000 t. Da einerseits Eisen und Stahlwaaren in der Regel höher bewerthete Güter darstellen, bei denen die Frachtkosten im Verhältniss zu den Gesamtkosten kaum ins Gewicht fallen und andererseits die Frachtersparniss, die bei Benutzung des Wasserweges erzielt würde, zum grossen Theile durch den durch die längere Transportdauer verursachten Zinsverlust ausgeglichen werden dürfte, so wird man für den Wasserweg ein Quantum von höchstens 6000 t in Rechnung stellen dürfen. Kanal-länge 350 km. Eisenbahnlänge 300 km.

Zu 9: Steine, bearbeitete und rohe.

Der Eisenbahnempfang der in Betracht kommenden Stationen beläuft sich auf ca. 55 000 t, der Versand auf ca. 215 000 t.

An dem Versand sind in erster Linie die grossen Steinbrüche im Harze betheiligt, die ihre Produkte heute hauptsächlich im Herzogthum Braunschweig, in der Provinz Hannover und in der Nähe von Magdeburg absetzen. Nur die bearbeiteten Steine werden, allerdings in geringen Mengen, auch schon heute mit der Eisenbahn bis nach Hamburg und Berlin geliefert. Bei einer Verbilligung der Frachtkosten dürften aber auch nicht unerhebliche Mengen von rohen Steinen östlich der Elbe abgesetzt werden. Voraussetzung für diese Erweiterung des Marktes ist indessen eine günstige Lösung der Tarifffrage auf dem Braunschweiger Stichkanal und seiner Verlängerung. Es würden daher für den Kanal zunächst nur 1000 t (Empfang der Mühlsteinfabrik in Wolfenbüttel) im Empfang und etwa 2000 t im Versand als Anfangsverkehr in Rechnung zu stellen sein.

Zu 10: Rund- und Nutzholz.

Der Empfang der Stationen beläuft sich auf ca. 24 000 t, der Versand auf 30 000 t. Davon würde man in Rücksicht auf die Konkurrenz der Umschlagsplätze Hildesheim und Magdeburg für den Kanal höchstens 3500 t im Empfang, und 8000 t im Versandt in Rechnung bringen können, oder 1908 4000 t im Empfang und 10 000 t im Versand. Kanalweg: 220 km. Eisenbahnweg: 200 km.

Zu 11: Sonstige Güter.

Ausser den unter 1 bis 10 genannten Massengütern weist der Eisenbahnverkehr noch verschiedene Güterarten auf, die ebenfalls zum Theil den Wasserweg aufsuchen werden. Unter diesen Gütern sind als besonders für den Kanal in Betracht kommend zu erwähnen:

a) Flachs	2500 t
Petroleum	1800 t
Spiritus	1500 t
	<hr/>
	Sa. 5800 t,

oder im Jahre 1908 ca. 6000 t.

b) ausserdem ca. 300 000 t (144 000 t im Empfang, 155 000 t im Versand) verschiedene Güter wie Torf, Rübensyrup, Schiefer, Chemikalien, Erze, Holzzeugmasse, raffinirter Zucker u. s. w.

Nimmt man von diesen Gütern, die theilweise auf weite Entfernungen hin versandt bezw. bezogen werden, $\frac{1}{15}$ für den Kanal an, so vergrössert sich der Kanalverkehr dadurch um ca. 20 000 t oder, abzüglich 20 %, 1908 um ca. 22 000 t;

c) endlich gehen auf den in Betracht kommenden Stationen noch grosse Sendungen von Massengütern ein und aus, die zwar nicht auf weitere Entfernungen verfrachtet werden, von denen aber trotzdem voraussichtlich ein Theil den Wasserweg benutzen wird.

Der Eisenbahnverkehr in diesen Gütern betrug 1897/98:

	im Empfang	im Versand
Gebrannte Steine	25 000 t	8 000 t
Brennholz	12 000 t	14 000 t
Rüben und Schnitzel	35 000 t	40 000 t
Kartoffeln	10 000 t	4 000 t
Cement	12 000 t	500 t
	<hr/>	<hr/>
	Sa. 94 000 t	66 500 t

Rechnet man von diesem Quantum $\frac{1}{20}$ auf den Kanalweg, so ergibt sich ein Kanalverkehr von 4700 im Versand und 3300 im Empfang oder 1908 ca. 4500 im Versand und 3500 im Empfang.

III.

Berechnung der Frachtersparnis.

a) **Frachtersparnis, welche durch Benutzung des Wasserweges gegenüber der Eisenbahn erzielt wird.**

Die Frachtkosten betragen auf der Wasserstrasse für grobe Massengüter im Durchschnitt $\left(\frac{90}{n} + 0,3\right)$ Pfg. per tkm¹⁾ an reiner Schiffsfracht.

Die Abgaben auf dem Rhein-Weser-Elbe-Kanal sind vorläufig angenommen für

Klasse	I zu	1	Pfg. per km
»	II	0,75	» » »
»	III	0,5	» » »

Auf dem Braunschweigischen Stichkanal betragen nach der Rentabilitätsberechnung der Handelskammer die Abgaben für

Klasse	I	3,5	Pfg. per km
»	II	3	» » »
»	III	2,5	» » »

Für die Fortführung des Zweigkanals bis Wolfenbüttel sind die Abgaben in gleicher Höhe wie auf dem Braunschweigischen Stichkanal in Rechnung gestellt worden.

Zu den eigentlichen Frachtkosten treten noch gewisse Nebenkosten, die sich in folgender Weise zusammensetzen:

Hafengebühr im Versand- und Empfangshafen je 0,15 Mk. per t	= 0,30 Mk. per t
Umladen von Eisenbahn aufs Schiff bei groben Massengütern, insbesondere Kohlen	0,10 » »
Umladen von Schiff auf Eisenbahn	0,22 » »
Versicherung der Ladung	0,5 bis 0,30 » »

Frachtvergleich Herne-Wolfenbüttel für Steinkohlen.

(Eisenbahnentfernung 300 km.)

Frachtsatz nach dem Rohstofftarif	7,30 Mk. per t
Zechenanschluss durchschnittlich	0,10 » »
Sa. 7,40 Mk. per t	

¹⁾ Vergl. Sympher, »Die wirtschaftliche Bedeutung des Rhein-Elbe-Kanals«, Anl. 12, S. 6.
n bedeutet die Anzahl der Tarifkilometer.

Der Bruch $\frac{90}{n}$ ist der Antheil an den Abnutzungs- und Schiffsahrtskosten für Schleppdampfer und -Kahn, an den Löhnen für die Schiffsleute, an den sogenannten Liegekosten u. s. w., welcher auf 1 km der n km langen Strecke, welche zurückgelegt ist, entfällt.

Wasserweg mit Stichkanal.

(Entfernung: Hauptkanal 321 km, Stichkanal [21 + 14] = 35 km.)

Schiffsfracht 90 + 356 · 0,3 Pfg.	= 1,97 Mk. per t
Abgabe Hauptkanal, Güterklasse III, 321 · 0,5 Pfg.	= 1,60 » »
Abgabe Zweigkanal, Güterklasse III, (21 + 14) 2,5 Pfg.	= 0,88 » »
Fracht von der Zeche zum Hafen	0,40 » »
Kippen	0,10 » »
Hafengebühr je 0,15 Pfg.	= 0,30 » »
Versicherung	0,05 » »
Sa. 5,30 Mk. per t	

Ersparniss auf dem Wasserwege = 2,10 Mk. = 28 %.

Die obige Ersparniss von 28 % bezieht sich indessen nur für den unmittelbar am Kanal gelegenen Bezugsort Wolfenbüttel, wo ein Umladen auf die Eisenbahn nicht erforderlich ist. Bei Vergleich eines etwa 10 km von Wolfenbüttel entfernt gelegenen Ortes ändert sich der vorstehend berechnete Satz in nicht unerheblicher Weise, wie aus folgender Berechnung hervorgeht:

Eisenbahnfracht 300 + 10 km = 310 km = 7,60 Mk. per t	
Wasserweg üb. Wolfenbüttel = 5,30 Mk.	
+ Eisenbahnanschlussfracht für 10 km	
nach Specialtarif III + 0,22 Mk.	
Umladekosten	= 6,42 » »
Ersparniss 1,18 Mk. = 15 %	

Die Gesamtersparniss, welche durch den Wasserweg bis Wolfenbüttel gegenüber der Benutzung der Eisenbahn erzielt wird, beträgt nach Anlage I rund 600 000 Mk. (Siehe Anlage I: Berechnung der gesamten Frachtersparniss, welche für das Interessengebiet der verlängerten Stichkanalstrecke in Betracht kommt.)

b) Frachtersparniss, welche auf die Fortführung des Stichkanals bis Wolfenbüttel für die in Anlage II ermittelten Frachtmengen entfällt.

Die Kenntniss der Gesamt-Frachtersparniss, welche durch Benutzung des Wasserweges bis Wolfenbüttel erzielt wird, genügt indessen noch nicht für die Beurtheilung des wirthschaftlichen Nutzens, den der verlängerte Stichkanal als solcher ergiebt.

Es ist ferner nachzuweisen, welcher Theil von der Gesamtersparniss auf die Fortführung des Zweigkanals als solche entfällt. Auch bei dieser Berechnung ist wieder zu unterscheiden zwischen Orten, die unmittelbar am Kanal gelegen sind und solchen, die

beim Bezug bzw. beim Versand ihrer Güter auch die Eisenbahn benutzen müssen.

Das nachstehende Beispiel zeigt die Ersparniss beim Bezug von Steinkohlen für Wolfenbüttel und für einen Ort, der 10 km von dem Kanalhafen Wolfenbüttel entfernt liegt.

Vergleich der Frachtkosten für Steinkohle und Koaks von Herne bis Wolfenbüttel.

Eisenbahnfracht Herne-Wolfenbüttel nach dem Rohstofftarif	7,40 Mk. per t
Kanalfracht Herne-Wolfenbüttel (s. S. 15)	5,30 » »
Kanalfracht Herne-Braunschweig + Eisenbahnfracht Wolfenbüttel-Braunschweig (12 km)	6,10 » »

Fracht-Ersparniss durch Verlängerung des Zweigkanals bis Wolfenbüttel . . .	2,10 Mk. per t
Fracht-Ersparniss ohne die Verlängerung	1,30 » »

Die durch die Verlängerung erzielte Ersparniss	= 0,80 Mk. per t
--	------------------

Bei Vergleich eines 10 km von Wolfenbüttel entfernt gelegenen Ortes vermindert sich der wirthschaftliche Nutzen der Verlängerung in folgender Weise:

Eisenbahnfracht: Herne - Wolfenbüttel 300 + 10 = 310 km	= 7,60 Mk. per t
Kanalfracht: Herne - Wolfenbüttel + Eisenbahnanschlussfracht für 10 km von Wolfenbüttel nach Bezugsort (Specialtarif III + 0,22 Mk. für Umschlagsgebühren = 5,30 Mk. + 0,90 Mk. + 0,22 Mk.)	= 6,42 » »
Kanalfracht: Herne - Braunschweig und Eisenbahnanschlussfracht (für 22 km) von Braunschweig nach dem Bezugsort (nach Specialtarif III + 0,22 Mk. Umladegebühren 4,90 Mk. + 1,20 Mk. + 0,22 Mk.)	= 6,32 » »

Aus der vorstehenden Berechnung geht hervor, dass die dem Specialtarif III angehörenden Güter, welche auch in Wolfenbüttel auf die Eisenbahn umgeladen werden müssen bzw. in Wolfenbüttel durch die Eisenbahn angeschlossen werden müssen, ebenso vortheilhaft oder vortheilhafter bereits in Braunschweig die Eisenbahn aufsuchen können, dass also die Verlängerung des Braunschweigischen Zweigkanals in erster Linie nur für die Orte von erheblichem wirthschaftlichen Nutzen ist, welche unmittelbar am Kanal gelegen sind.

Der Anlage II zu Folge werden ca. 84 000 t, die an und für sich für die Benutzung des Wolfenbüttler Zweigkanals geeignet sind, bereits in Braunschweig die Eisenbahn aufsuchen bzw. Braunschweig als Umschlagshafen benutzen, weil die An- und Abfuhr der Güter sich nach und von dort billiger stellt, als es bei dem näher gelegenen Hafen der Fall ist.¹⁾ (Siehe Anlage II: Vergleichende Uebersicht über die Frachtkosten, welche die für die Benutzung des verlängerten Stichkanals geeigneten Frachtmengen aus dem Interessenbereiche des Wolfenbüttler Zweigkanals verursachen:

- a) bei der Benutzung der Eisenbahn von bzw. nach Braunschweig,
- b) bei der Benutzung des Kanalweges bis Wolfenbüttel.)

Der Grund für diese auffällige Thatsache ist zunächst in dem Umstande zu suchen, dass die Expeditionsgebühr, welche von der Eisenbahn ausser dem Streckensatze erhoben wird, sich innerhalb gewisser Entfernungen gleichbleibt, für kurze Entfernungen per km demnach verhältnissmässig beträchtlich höher ist als für längere Entfernungen, und ferner darin, dass die projektirte Wasserstrasse bis Wolfenbüttel länger ist als der Schienenweg dorthin.

Es dürfte demnach, da der Verkehr den billigsten Weg aufsuchen wird, auf der Verlängerung des Stichkanals zu Anfang des Jahres 1908 nur ein Güterquantum von 222 000 t zu bewegen sein, das sich auf die einzelnen Güterarten in folgender Weise vertheilt: (Siehe umstehende Tabelle.)

IV.

Rentabilitätsberechnung für die Verlängerung des Zweigkanals bis Wolfenbüttel.

Die Anlagekosten der Verlängerung des Stichkanals	
betragen nach dem ausgearbeiteten Projekt	9 360 000 Mk.
Die Hafenanlagen in Wolfenbüttel	348 000 „
Krähne u. s. w. (schätzungsweise)	30 000 „
	9 738 000 Mk.
Dazu andere Hafenanlagen und zur Abrundung	122 000 „
	9 960 000 Mk.
Demnach sind bei einer Verzinsung von $3\frac{1}{2}\%$ und	
einer Amortisation von $1\frac{1}{2}\%$ jährlich aufzu-	
bringen rund	400 000 „
Ausserdem für Unterhaltung und Betrieb des Kanals	40 000 „
Für Unterhaltung und Betrieb der Häfen	10 000 „
jährliche Ausgaben, insgesamt.	450 000 Mk.

¹⁾ Die Frachtmengen, die ohne Erhöhung der Frachtkosten den Stichkanal bis Wolfenbüttel benutzen können, sind für den Verkehr des verlängerten Zweigkanals in Rechnung gestellt.

Rechnungsmässiger Anfangsverkehr, der für den verlängerten Stichkanal im Jahre 1908 zu erwarten ist.

Güterarten	Empfang 1000 t	Versand 1000 t	Zusammen 1000 t	Abgaben auf dem Zweigkanal von Braunschweig bis Wolfenbüttel für 1 t im Ganzen	
1. Steinkohlen und Koaks .	18	—	18	0,35	6 300
2. Düngemittel	5	85	90	0,14	12 600
3. Steinsalz	—	—	—	—	—
4. Getreide ¹⁾	21	10	31	0,49	14 500
5. Mehl und Mühlenfabri- kate ²⁾	3	16	19	0,49	7 000
6. Rohrzucker	—	32	32	0,49	15 700
7. Eisen, roh	1	—	1	0,35	350
8. Eisen und Stahl	4	2	6	0,49	3 000
9. Steine, rohe und bear- beitete	1	—	1	0,35	350
10. Rund- und Nutzholz . .	4	10	14	0,35	4 900
11. Verschiedenes	7	3	10	0,35	3 500
	64	158	222		68 200

Diesen Ausgaben stehen folgende Einnahmen gegenüber:

Hafengebühr 222 000 . 0,15 Mk. . ca. 34 000 Mk.

Kanalabgaben (s. vorstehende Ta-
belle) 3,5 bzw. 3 und 2,5 Pfg. » 70 000 »

Lagerplatz- und Lagerhausmiete » 20 000 »

ca. 125 000 Mk.

Die Berechnung ergibt, dass die Einnahmen um ca. 325 000 Mk. hinter den Ausgaben zurückbleiben.

Dieser Ausfall wird auch nicht durch die Frachtersparnis aufgewogen, welche durch die Benutzung des verlängerten Stichkanals erzielt wird. Die Frachtersparnis beträgt nämlich, wie sich aus Anlage II ergibt, nur 40 000 Mk., es würde daher immer noch ein jährliches Defizit von ca. 280 000 bis 290 000 Mk. zu decken sein.

Schluss. In Rücksicht auf ein so erhebliches Ueberwiegen der Ausgaben über die Einnahmen ist von der Rentabilitätsberechnung des Projekts Braunschweig-Börssum Abstand genommen worden, da der Verkehrszuwachs, welcher durch die Verlängerung des Projekts bis Börssum erzielt werden würde, auch nicht annähernd die Mehrkosten für Bau und Betrieb decken würde.

¹⁾ Da der Bezug der Rüninger Mühle in Höhe von 3000 t den Kanal nur 8 km benutzt, so sind 630 Mk. abzusetzen.

²⁾ Für den Versand der Rüninger Mühle, der 11000 t beträgt, sind aus dem gleichen Grunde 4900 Mk. abzusetzen.

Eine bedeutende Steigerung des Verkehrs würde erst durch eine Herabsetzung der Kanalabgabe auf $\frac{1}{2}$ bis 1 Pfg. zu bewirken sein; ob freilich durch eine solche Ermässigung der Kanalabgabe, die sich auch auf den Zweigkanal Leiferde-Braunschweig erstrecken müsste, die Rentabilität des verlängerten Zweigkanals günstig beeinflusst werden kann, ist eine Frage, die erst zu beantworten wäre, wenn die Ertragsberechnung unter Zugrundelegung der ermässigten Kanalabgabe für den ganzen Zweigkanal vorgenommen würde.

Anlage I.

Berechnung der gesamten Frachtersparnis, welche für das Interessengebiet der verlängerten Stichkanalstrecke in Betracht kommt.

Kanal-Massengüter	Der für den verlängerten Stichkanal geeignete Anfangsverkehr des Jahres 1908 in 1000 t	Mittlere Kanallänge km	Kanalfracht einschl.	Eisenbahn			Frachtersparnis Mk.
			Eisenbahnan-schlussfracht Mk.	Mittlere Eisenbahn-länge km	Eisenbahn-fracht Mk.	Tarif-bezeichnung Kl.	
1. Steinkohlen und Koaks	28	350	159 400	300	207 400	Rohstofftarif	48 000
2. Düngemittel	90	220	369 000	180	423 000	"	54 000
3. Steinsalz	45	275	225 000	240	292 500	Specialtarif III	67 500
4. Getreide	31	300	216 000	240	372 000	I	156 000
5. Mehl und Mühlenfabrikate	19	350	142 000	300	290 000	I	148 000
6. Rohzucker	32	230	253 000	200	326 000	I	73 000
7. Eisen, roh	3	350	17 600	300	23 400	III	6 000
8. Eisen, Stahl	6	350	48 300	300	88 200	I	40 000
9. Steine, roh und bearbeitet	3	250	15 600	230	18 900	III	3 000
10. Rund- und Nutzholz	14	220	85 000	200	100 800	Ausnahmetarif d. Specialtarifs II	16 000
11. Verschiedenes	35	200	182 000	180	196 000	Specialtarif III	14 000
							625 500

Anlage II.

Vergleichende Uebersicht über die Eisenbahn- und Kanalfrachtkosten ab Braunschweig nach oder von den im Interessengebiet des verlängerten Stichkanals belegenen Bezugs- bzw. Versandplätzen.

Güterklassen	Kanalverkehr in 100 t			Vergleich d. Kanal- u. d. Eisenbahnfr. ab od. nach Braunschw. f. d. Güter, w. durch d. Eisenb. nicht erst an- bzw. abgefahren werden			Vergleich der Kanal- und der Eisenbahnfrachten nach bzw. von Braunschweig für die Güter, welche erst noch von oder auf die Eisenbahn umgeladen sind			Es werden mit grösserem Vortheil bereits in Braunschweig theil bereits in Braunschweig auf die Eisenbahn umgeladen			Dem verlängerten Zweigkanal verbleibender Verkehr	
	Ueberhaupt	Davon entfallen auf die Plätze, die unmittelbar am Kanal gelegen sind	Davon müssen erst durch die Eisenbahn angelieft, bzw. abgefahren werden.	Kanalfrachtkosten	Eisenbahnfrachtkosten	Differenz bzw. Ersparniss	Durchschnitt, Länge des Eisenbahnstschl. an den Kanalanfahen Wollenbüttel	Kanalfracht, von Br. n. Wollenb., Eisenb.-Fracht, v. Wollenb. bis an d. Bestim.-Ort	Eisenbahnfracht, v. Braunschw. bis zum Empfangs- bzw. Versandort	Differenz zu Gunsten des Kanals bzw. Ersparniss	Differenz zu Ungunsten der Eisenbahn bzw. Mehrversand	t	t	
				Mk.	Mk.	Mk.	km	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	
1. Steinkohlen und Koaks	28	18	10	7 100	16 200	9 100	10	13 000	12 000	—	1000	10	18	
2. Düngemittel	90	—	90	—	—	—	8	96 000	103 000	7000	—	—	90	
3. Steinsalz	45	—	45	—	—	—	5	49 500	45 000	—	4500	45	—	
4. Getreide	31	11	20	6 000	12 100	6 000	20	40 000	40 000	—	—	—	31	
5. Mehl und Mühlenfabrikate	19	14	5	7 600	15 400	7 800	20	10 000	10 000	—	—	—	19	
6. Rohzucker	32	—	32	—	—	—	38	91 000	93 000	2000	—	—	32	
7. Eisen, roh	3	1	2	400	900	500	20	3 000	2 800	—	200	2	1	
8. Eisen und Stahl	6	3	3	1 500	3 300	1 800	20	6 000	6 000	—	—	—	6	
9. Steine, rohe und bearbeitete	3	1	2	400	900	500	38	4 000	3 800	—	200	2	1	
10. Rund- und Nutzholz	14	2	12	800	2 000	1 200	33	24 000	24 000	—	—	—	14	
11. Verschiedenes	35	10	25	4 000	9 000	5 000	20	37 500	35 000	—	2500	25	10	
Summa	306	60	246	27 800	59 800	31 900	232	374 000	374 600	9000	8400	84	222	

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 5.

Braunschweig, Mai 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Maschstrasse 48, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

XLII. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 7. Mai 1900,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Dr. Bartz, Leo, Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Lemmer, Baumgarten, Lüttge, Gerecke, sämmtlich aus Braunschweig, Tielecke-Wolfenbüttel, Dr. Pfeiffer-Wendessen, Wiesmann-Harzburg, Rückert-Frellstedt, Strümpell-Schöppenstedt, Dorguth-Helmstedt, Kebbel-Schöningen, Walter-Seesen, Buchholz-Rübeland, der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, die Assistenten F. Stegemann und Dr. Senholdt, sowie der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Schmidt.

Entschuldigt fehlen die Herren: Himmel-Braunschweig, Liebold und Rehn-Holzminden, Corves-Blankenburg, Falinsky-Helmstedt.

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr und begrüsst das Mitglied der Kammer, Herrn Direktor Rückert, der der Kammer zwar schon seit einem Jahre angehört habe, in Folge längerer Krankheit aber einer Sitzung noch nicht hatte beiwohnen können. Er theilt dem Kollegium ferner mit, dass der bisherige wissenschaftliche Hilfsarbeiter, Herr Dr. Riekens, in Folge seiner Wahl zum Sekretär der Handwerkskammer für das Herzogthum Braunschweig, inzwischen aus dem Bureau der Kammer ausgeschieden, während Herr Dr. Schmidt zu seiner Ausbildung in dasselbe eingetreten sei.

Im Hinblick auf die vor Kurzem erfolgte Konstituierung der Handwerkskammer giebt der Herr Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, dass zwischen den beiden Kammern, die zur Vertretung der gewerblichen Interessen des Braunschweiger Landes berufen seien, ein freundschaftliches Verhältniss sich herausbilden möchte. Die gleichen Wünsche habe auch die Handwerkskammer durch eine besondere Deputation der älteren Schwesterkammer gegenüber zum Ausdruck gebracht.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Aus dem Geschäftsbericht ist unter Hinweis auf die bereits in der Monatsschrift veröffentlichten Angelegenheiten folgendes hervorzuheben:

Die Bekanntmachung der Handelskammer, betreffend Abänderungsanträge zu dem Entwurf einer neuen Anordnung des deutschen Zolltarifes, hat nur geringe Erfolge gehabt. Anträge sind bislang nur von der Glasbranche, der Hausleinenindustrie, der Konserven- und Ofenindustrie gestellt und dem wirthschaftlichen Ausschuss zur Erledigung überwiesen worden.

Die Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute hat inzwischen eine Höhe von 14926 Mk. erreicht. Bei einer Endsumme von 15000 Mk. ist die Schliessung der Stiftung in Aussicht genommen, so dass spätere Zuwendungen für andere Zwecke frei bleiben.

An der am 6. und 7. April in Berlin stattgefundenen Plenarsitzung des Deutschen Handelstages haben der Vorsitzende und der Syndikus theilgenommen.

Das Gutachten über das Dampfkessel-Ueberwachungswesen im Herzogthum Braunschweig, welches vom Herzoglichen Staatsministerium eingefordert war, ist im Sinne des Beschlusses der letzten Plenarsitzung erstattet und eine Abschrift des Gutachtens allen Firmen zugestellt worden, welche das seiner Zeit von der Handelskammer erlassene Rundschreiben beantwortet hatten.

Die Eingabe der Kammer an das Reichspostamt wegen Ermässigung der Bestellgebühr für Giro-Postanweisungen ist dahin beantwortet worden, dass die Angelegenheit Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen sei, dass aber dem Antrage nicht entsprochen werden könne.

Der Handelskammer war von zuständiger Seite bekannt gegeben, dass es bei dem Empfange von Frachtgütern vielfach Brauch sei, Güter, die in Ermangelung einer besonderen Vorschrift auf dem hiesigen Ostbahnhofe ankommen, nach dem Hauptbahnhofe überführen zu lassen, ohne dass die Empfänger zuvor den Frachtbrief einlösen. Eine Anzahl Firmen hat sogar bei der Güterabfertigungsstelle Ostbahnhof generelle Verfügungen hinterlegt, inhalts derer sie Güter oder Ladungen auf dem Hauptbahnhofe oder einem anderen Bahnhofe abzunehmen wünschen. Da

derartige Dispositionen gesetzlich unzulässig sind, weil der Empfänger erst durch Einlösung des Frachtbriefes in den Frachtvertrag eintritt, vorher also keinerlei Verfügungsrecht über das Gut ausüben kann, und künftig nicht mehr anerkannt werden sollen, hat die Handelskammer den in Betracht kommenden Firmen anheimgegeben, ihre diesbezüglichen Verfügungen zurückzunehmen.

Wegen der von der Kammer im Januar d. J. beantragten Frachtermässigung für Gyps zur Ausfuhr hat dieselbe weitere Erhebungen angestellt. Das Resultat derselben ist der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg mitgetheilt und gleichzeitig eine Frachtermässigung von 30 $\frac{0}{10}$ beantragt.

Eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg wegen der Rückversetzung von Holzkohle aus dem Rohstofftarif in den Specialtarif III hat die Kammer im befürwortenden Sinne beantwortet. — Einen Antrag der Handelskammer zu Cassel an das Preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten auf Versetzung von amerikanischem Fasholz in den Specialtarif II resp. in den Ausnahmetarif für Holz hat die Kammer unterstützt. — Die Kammer hat durch Bekanntmachung auf die durch Anschluss in Isenbüttel geschaffenen neuen Schnellzugsverbindungen mit Berlin (ab Braunschweig 10⁰ Nachmittags, an Berlin 5⁵⁰, ab Berlin 7⁰⁴ Abends, an Braunschweig 11²³ Abends) hingewiesen. Es liege im Interesse aller beteiligten Kreise, diese Verbindungen bei Reisen von und nach Berlin nach Möglichkeit zu benutzen, da die gedachten Züge nach ausdrücklicher Erklärung nur versuchsweise eingelegt worden seien und bei ungenügender Benutzung wieder eingehen würden.

Zu den von der Reichstagskommission beschlossenen Änderungen zu dem Gesetzentwurfe, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, hat die Kammer in der Sitzung des erweiterten Geschäftsausschusses die bereits veröffentlichte Resolution beschlossen und solche dem Reichskanzler und dem Reichstage eingereicht. — Ueber den von Interessenten der Konservenbranche beim Bundesrath gestellten Antrag, betreffend die Zolltarifirung von Walnussbrühe, hat der Bundesrath beschlossen, dass unter Zusatz von Kochsalz hergestellte Walnussbrühe nach Tarifnummer 25 mit 60 Mk. (statt wie früher 4 Mk.) für den Doppelcentner zollpflichtig sei. — Die Kammer hat einem Antrage auf Bewilligung von Mitteln zur Entsendung von Fachleuten der keramischen Industrie zur Pariser Weltausstellung nicht entsprochen, da Mittel für diese Zwecke der Handelskammer nicht zur Verfügung stehen. Dagegen hat sie sich bereit erklärt, nach Beantwortung einiger weiterer Fragen über die Vorbildung der zu entsendenden Vertreter, über die Höhe des Zuschusses etc. einen diesbezüglichen Antrag beim Herzoglichen Staatsministerium zu befürworten.

Der Deutsch-Russische Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen hat ein Rundschreiben, betreffend

Misstände bei dem Bezuge russischer Rohprodukte, an die Handelskammer gerichtet und diese ersucht, Beschwerden und Wünsche, welche sich auf den Bezug russischer Rohprodukte beziehen, dem Verein zur Kenntniss zu bringen.

Die Firma Landauer hier hat in einem Schreiben an die Handelskammer die Zusammenstellung der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Nachrichten für Handel und Industrie bemängelt und unter Hinweis auf die englischen und amerikanischen Konsularberichte dem Wunsche Ausdruck gegeben, dass bei der Abfassung der fraglichen »Nachrichten« durch detaillirte Angaben über die Kaufkraft fremder Absatzgebiete und deren Importverhältnisse den Bedürfnissen des Handels mehr Rechnung getragen werde.

Zu einer in Hannover im März d. J. stattgefundenen Berathung über den Entwurf einer Vorschrift für die Vereidigung der Handelschemiker waren als Vertreter der Kammer der Syndikus und der Hilfsarbeiter delegirt. Die Kammer hält zunächst ein weiteres Eingehen auf die Angelegenheit nicht für erforderlich. Es wird für zweckmässig gehalten, zunächst das weitere Vorgehen Preussens in dieser Frage abzuwarten.

Das Bureau der Kammer ist während der Berichtszeit in der Hauptsache mit der Bearbeitung der einleitenden Berichte für die Jahresberichte, der Produktionsstatistik und mit der Zusammenstellung des Resultates einer Umfrage, betreffend das Geliren von Konserven-Erbsen, sowie mit Erhebungen über die Lage des Kleinhandels, beschäftigt gewesen.

Ueber die Frage der bleihaltigen Löthmasse an Konservendosen, welche die Kammer wiederholt beschäftigt hat, ist nunmehr ein Erlass der Preussischen Minister der Medizinalangelegenheiten, für Handel und Gewerbe und des Innern erfolgt, wonach in der Herstellung und in dem Vertriebe der mit Aussenlöthung versehenen Büchsen ein Verstoß gegen das Gesetz, betreffend den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, nicht erblickt werden könne.

Am 8. April fand in Berlin eine weitere Berathung über die Errichtung einer Reichshandelsstelle statt, in welcher über den Zweck und die Organisation einer Reichshandelsstelle berathen wurde. An dieser Berathung nahm der Syndikus, welcher dem vorbereitenden Ausschusse angehört, Theil.

Der von der Handelskammer zu Magdeburg aufgestellte Entwurf einer Vorschrift für die Probenahme von Getreide, Oel- und Hülsenfrüchten durch vereidete Probenehmer ist zunächst einigen Interessenten zur Begutachtung überwiesen. Diese haben den Entwurf einer Durchsicht unterzogen und einige Abänderungen und Zusätze, sowie die Einbeziehung von Mehl in den Entwurf, der Kammer vorgeschlagen.

Ueber die Zollabfertigung auf dem Güterbahnhofe wird mehrfach Beschwerde geführt. Es fehle zu Zeiten an Arbeitskräften,

so dass zeitweise die Abfertigung sich in bedauerlichem Umfange verzögere. Die theilgenommenen Firmen werden der Handelskammer demnächst noch für weiteres Vorgehen Material zur Verfügung stellen.

Ferner bemerkt der Syndikus, dass Herr Oberpostdirektor Tasche der Kammer mitgetheilt habe, dass er die Leitung der Oberpostdirektion Braunschweig übernommen habe.

Im Anschluss an den Geschäftsbericht des Syndikus macht Herr Kommerzienrath Gutkind die Mittheilung, dass die Rundreisebillets nach Berlin und den östlich von Berlin gelegenen Stationen für die Strecke Braunschweig-Isenbüttel noch nicht anerkannt werden. Es wird darauf beschlossen, bei der Eisenbahndirektion Magdeburg vorstellig zu werden, dass die Rundreisebillets nach Berlin und den östlich gelegenen Stationen auch für die Strecke Braunschweig-Isenbüttel-Stendal Gültigkeit erlangen.

Betreffs der Eingabe des Deutsch-Russischen Vereins ist man der Ansicht, dass durch die Mittheilung ihres Inhaltes im Geschäftsbericht die Interessenten genügend auf die Bestrebungen des genannten Vereins aufmerksam gemacht sind.

II. Abnahme der Jahresrechnung 1899/1900 und Ernennung der Revisoren.

Berichterstatter: Herr Leo.

Herr Leo erstattet Bericht über Einnahme und Ausgabe im letzten Rechnungsjahre. Unter Hinzurechnung einer Summe von 1701 Mk., deren Ueberweisung von der Herzoglichen Hauptfinanzkasse für das verflossene Rechnungsjahr noch zu erwarten ist, ergibt sich ein Ueberschuss von 184,91 Mk.

Zu Revisoren werden Herr Lüttge und Herr Baumgarten ernannt.

III. Berathung über den Bahnbau Oebisfelde-Schandelah.

Berichterstatter: Herr Dr. Bartz.

Die Berathung über den Bahnbau Schandelah-Oebisfelde leitet der Berichterstatter, Herr Dr. Bartz, ein. Dieses seit etwa drei Jahrzehnten schwebende Projekt gehe nun endlich seiner Verwirklichung entgegen. Nach dem Staatsvertrage zwischen Braunschweig und Preussen vom Februar 1897 habe die Preussische Eisenbahnverwaltung den Bau der Bahn übernommen und es sei vor Kurzem mit den Erdarbeiten thatsächlich begonnen worden. Die Freude über die endliche Ausführung des Bahnbaues sei aber erheblich abgeschwächt worden, nachdem bekannt geworden wäre, dass die Bahn nicht als Vollbahn, sondern als Nebenbahn gebaut werden solle. Zwar sei die Preussische Eisenbahnverwaltung auf Grund des erwähnten Staatsvertrages formell berechtigt, die Bahn als Nebenbahn zu bauen, aber wohl Niemand, der die Wichtigkeit

und die Bedeutung der neuen Bahnlinie für die Verkehrsentwicklung Braunschweigs zu würdigen wisse, hätte es für möglich gehalten, dass der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten in diesem Falle von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch machen würde, um so weniger, als es sonst die Gepflogenheit der Preussischen Eisenbahnverwaltung sei, auch solche Bahnen gleich als Vollbahnen zu bauen, für die vorläufig der Nebenbahnbetrieb in Aussicht genommen werde.

Wiederholt sei in maassgebenden Kreisen dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, dass die Linie Schandelah-Oebisfelde als Vollbahn gebaut und betrieben werde. Unsere Handelskammer habe im Jahre 1893 in einem an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten gerichteten Schreiben um die Ausgestaltung der Bahn als Vollbahn gebeten, ebenso sei in der dem Herrn Minister überreichten Denkschrift die Nothwendigkeit des Vollbahnbetriebes betont worden und endlich sei in der Unterredung, welche die von der Handelskammer entsandte Deputation mit dem Herrn Minister gehabt habe, der letztere nochmals ganz besonders gebeten worden, den in Bezug auf diese Bahnlinie in Braunschweig bestehenden Wünschen Rechnung zu tragen. Der Herr Minister habe dies auch in wohlwollender Weise zugesagt, allerdings unter der Voraussetzung, dass die für den Bahnbau bewilligten Mittel ausreichend wären.

Angesichts der erheblichen Geldopfer von Seiten Braunschweigs — das Land habe für diese Bahn einen Zuschuss von 376 000 Mk. geleistet — hätten wir wohl die Erfüllung unserer berechtigten Wünsche erwarten dürfen, aber in dieser Erwartung seien wir, wie schon erwähnt, arg getäuscht worden, denn Anfang März sei das Gerücht entstanden und unwiderlegt geblieben, dass die neue Strecke als Nebenbahn gebaut und betrieben werden solle. Unmittelbar darauf, nämlich am 5. März d. J., habe die Handelskammer sich wiederum an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten gewandt und wiederum gebeten, die Bahn als Vollbahn zu bauen und auch den Schnellzugsverkehr für dieselbe in Aussicht zu nehmen. Darauf sei die folgende Antwort des Herrn Ministers eingegangen:

»Der von der Handelskammer ausgesprochene Wunsch, es möge die als Nebenbahn geplante Linie Schandelah-Oebisfelde als eine für den Schnellzugsverkehr geeignete Hauptbahn ausgebaut werden, hat mir Veranlassung gegeben, diese Frage einer Prüfung zu unterziehen.

Die Untersuchung hat ergeben, dass die für die Nebenbahn gewählte Linie wegen ihrer langen und starken Steigungen für den Schnellzugsverkehr nicht geeignet ist, und dass insbesondere der sich zwischen Fallersleben und Helmstedt hinziehende Höhenrücken einer anderen für diesen Verkehr geeigneteren Linienentwicklung die grössten Hindernisse entgegen-

stellt, auch wenn man die Kosten einer solchen Hauptbahn, die wohl doppelt so hoch sein würden, als diejenigen der zur Ausführung bestimmten Nebenbahn, ausser Betracht lassen dürfte

Ich habe in Folge dessen zu meinem Bedauern diesen Plan fallen lassen müssen, bin aber auch der Ansicht, dass für die den dortseitigen Wünschen entsprechende bessere Verbindung mit Berlin und die grössere Berücksichtigung Braunschweigs bei dem westöstlichen Schnellzugsverkehr der Ausbau von Schandelah-Oebisfelde als Hauptbahn keine nothwendige Voraussetzung ist.

Thielen.

Nun sei auch die Rede davon gewesen, dass die Ausgestaltung der Bahn als Vollbahn zu erhoffen sei, wenn die Braunschweigische Regierung sich entschlösse, den Grund und Boden für das zweite Gleis kostenlos zur Verfügung zu stellen. Dann trete an die Handelskammer die Frage heran, ob sie der Braunschweigischen Regierung empfehlen solle, im Interesse des Ausbaues der in Rede stehenden Bahn abermals und zwar nicht unerhebliche Geldopfer zu bringen? Er könne nur bitten, diese Frage zu verneinen, und zwar aus zwei Gründen: einmal, weil das Braunschweigische Land für den Bahnbau schon eine recht ansehnliche Beihilfe geleistet hätte, dann aber auch, weil die Verkehrsverhältnisse auf den jetzt bestehenden, den Westen mit dem Osten verbindenden Bahnstrecken derartige seien, dass die Eisenbahnverwaltung sich über kurz oder lang gezwungen sehen würde, das neue Verbindungsglied Schandelah-Oebisfelde als Vollbahn zu betreiben; dann würde das von selbst kommen, was bis jetzt vergeblich erbeten worden sei.

Schliesslich bittet der Berichterstatter, die Handelskammer möge sich noch einmal mit einer Eingabe an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten wenden und derselben die folgende Resolution beizufügen:

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat Kenntniss genommen von dem Schreiben des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Sie vermag die darin gegen den Ausbau der Linie Oebisfelde-Schandelah als Vollbahn angeführten Gründe als stichhaltig nicht anzuerkennen. Weder die Steigungs- noch die Krümmungsverhältnisse der Bahntrasse sind derartig, dass sie nicht den Vollbahn- bzw. Schnellzugsverkehr ohne Weiteres gestatten würden, denn der letztere wird auf anderen Strecken der Preussischen Staatsbahnen unter weit ungünstigeren Steigungs- und Krümmungsverhältnissen seit Jahren ohne Schwierigkeit aufrecht erhalten.

Die Handelskammer richtet an den Herrn Minister das ganz ergebene Ersuchen, die Angelegenheit einer nochmaligen

eingehenden Prüfung geneigtest unterziehen zu wollen. Sie ist nach wie vor überzeugt, dass nur durch Einführung des Vollbahn- bzw. Schnellzugsverkehrs auf der Strecke Oebisfelde-Schandelah den Interessen Braunschweigs, den vom Lande geleisteten Zuschüssen entsprechend, Rechnung getragen wird.

Die Handelskammer hält auch an der Annahme fest, dass der Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung selbst aus der in Rede stehenden Bahnstrecke nur dann der volle Nutzen erwachsen wird, wenn die Strecke als Vollbahn gebaut und betrieben wird.

IV. Antrag der Handelskammer Wesel, die Münznovelle betreffend.

Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Gutkind.

Referent berichtet, dass die Handelskammer Wesel sich in einer Eingabe an den Reichstag für die Beibehaltung der Thaler als gesetzliches Zahlungsmittel ausgesprochen habe. Die Bedenken, welche die Handelskammer gegen die Einziehung der Thaler geltend mache, seien indessen in der Hauptsache nicht begründet. Wohl sei es nicht zu leugnen, dass der Thaler bei Auszahlungen von Löhnen das bevorzugteste Zahlungsmittel sei; durch vermehrte Ausprägung von Zehnmarkstücken, an denen es früher gefehlt habe und Neuausprägung von Scheidemünze, welche bekanntlich um 4 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung vermehrt werden solle, seien jedoch dem Thaler andere geeignete Zahlungsmittel bei Lohnzahlungen an die Seite gestellt worden. Unzutreffend sei ferner die Behauptung der Handelskammer Wesel, dass dem kleinen Manne gegenüber bei Zahlungen die Annahme von Scheidemünzen über 20 Mk. hinaus vielfach verweigert werde. Auf der anderen Seite müsse hervorgehoben werden, dass der Thaler, der heute thatsächlich nur einen Werth von etwa 1,25 Mk. habe, mehr und mehr zum Kreditgeld geworden sei, dessen Beseitigung darum eine erhebliche Verbesserung unseres Währungssystems bedeute. Berichterstatter beantragt daher, über den Antrag der Handelskammer zur Tagesordnung überzugehen.

Demgemäss wird beschlossen.

V. Eingabe, betreffend den Gutscheinhandel in der Uhrenindustrie.

Berichterstatter: Der Assistent Dr. Senholdt.

Die Centralstelle der »Uhr«, einer Vereinigung von Fachmännern für die geschäftliche, kunstgewerbliche und technische Förderung der Uhrenindustrie, hat dem Bundesrath ein Gesuch um Unterdrückung des sogenannten Gutscheinhandels in der Uhrenbranche unterbreitet. Das Gesuch wird durch Hinweis auf die schweren Schädigungen begründet, welche dem realen Uhrmachergewerbe durch das Gutscheinsystem zugefügt werden.

Dies Gutscheinsystem selbst wird in der folgenden Weise charakterisirt: Man kauft bei einer Gutscheine ausgebenden Firma oder deren Agenten für 50 Pfg. einen Gutschein. Gegen weitere Zahlung von 3 Mk. erhält man weitere sechs auf den Namen lautende solcher Gutscheine, die weiter an Freunde und Bekannte verkauft werden. Die Käufer dieser Gutscheine senden nun wieder diese nebst den obligaten 3 Mk. ein und erhalten dafür jeder ebenfalls sechs Namens-Gutscheine, welche sie weiter verkaufen müssen. Jeder Käufer der fragwürdigen Scheine muss diese alle abgesetzt haben, um dann in den Besitz einer noch fragwürdigeren Uhr zu kommen.

Da auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes ein Vorgehen gegen die betreffenden Händler nicht möglich ist, so hat die genannte Centralstelle der »Uhr« bei dem Bundesrath beantragt, in einer Novelle zur deutschen Reichsgewerbeordnung an geeigneter Stelle »das Aufsuchen von Bestellungen auf solche Gutscheine« überhaupt zu verbieten.

Die Versammlung erklärt ihr Einverständniß mit den vorstehenden Ausführungen, glaubt aber von einer direkten Unterstützung der Eingabe absehen zu sollen, da Missstände, wie sie in dem Antrage der »Uhr« gekennzeichnet werden, im diesseitigen Bezirk noch nicht zur Sprache gebracht sind.

VI. Antrag des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, betreffend den Verkehr mit Geheimmitteln.

Berichterstatter: Herr Baumgarten.

Anlässlich der Veröffentlichung des Entwurfes einer Verordnung, betreffend den Verkehr mit Geheimmitteln, nach der als »Geheimmittel« im Allgemeinen alle Stoffe und Zubereitungen zu betrachten sind, die nicht »in das deutsche Arzneibuch aufgenommen und unter der dort angewendeten Bezeichnung angeboten werden«, und die nicht »in der medizinischen Wissenschaft und Praxis als Heilmittel allgemeine Anerkennung gefunden haben«, hat der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie eine Eingabe an den Bundesrath gerichtet, in der er gegen diese Bestimmung in Rücksicht auf die empfindliche Schädigung, welche dem Handelsverkehr und insbesondere der grossen Industrie der chemischen Produkte daraus erwachsen würde, Einspruch erhoben.

Berichterstatter hält auf Grund sorgfältiger Informationen die fragliche Eingabe für berechtigt und empfiehlt sie dem Plenum zur Unterstützung.

Es wird beschlossen, den vorstehenden Antrag des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie zu unterstützen, vorher aber an zuständiger Stelle Erkundigungen über den Stand der Frage einzuziehen.

VII. Antrag, betreffend einheitliche Preisnotirung im Zuckerhandel und Zuckermarkt und Einführung der Bezeichnung Doppelcentner.

Berichterstatter: Herr Dr. Bartz.

Der Referent berichtet, dass das Direktorium des Vereins der deutschen Zuckerindustrie angeregt habe, eine einheitliche Preisnotirung im deutschen Zuckerhandel anzustreben, da es ein offener Uebelstand sei, wenn im Osten Deutschlands, sowie in Mittel- und Norddeutschland die Preise fast ausschliesslich per 50 kg, in Süd- und Westdeutschland dagegen vorwiegend per 100 kg gestellt seien. Berichterstatter erklärt, diese Bestrebungen nur billigen zu können, spricht sich aber aus Rücksicht für den Handel bis auf Weiteres für die Beibehaltung der Notirungen für 50 kg aus.

Es wird beschlossen, die Stellungnahme der Handelskammer zu dieser Frage durch folgende Resolution kundzugeben:

»Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig kann die Bestrebungen, eine einheitliche Preisnotirung im Zuckerhandel herbeizuführen, nur unterstützen. Mit Rücksicht auf die Wünsche des Zuckerexporthandels und des Zwischenhandels spricht sie sich dafür aus, dass die Notirungen für Zucker einheitlich auf 50 kg gestellt werden.«

VIII. Antrag, betreffend Versetzung von Margarine in den Special-Eilgut-Tarif.

Berichterstatter: Herr Baumgarten.

Der Berichterstatter verliest eine Eingabe der Vereinigung deutscher Margarinefabrikanten zur Wahrung der gemeinsamen Interessen, in welcher die Versetzung der Margarine in den Eilgut-Specialtarif erstrebt wird.

Entgegen der gehässigen Beurtheilung, welche die vorstehende Eingabe in der landwirthschaftlichen Presse erfahren hat, empfiehlt Berichterstatter in Rücksicht auf die grosse Bedeutung, welche die Margarine als Nahrungsmittel für die weniger bemittelte Bevölkerung gewonnen hat, den vorstehenden Antrag an zuständiger Stelle zu unterstützen.

Demgemäss wird beschlossen.

IX. Antrag der Handelskammer Magdeburg, betreffend Einschränkung des Waaren- und Terminregisters (Befreiung der Zuckerfabriken und Raffinerien von der Eintragspflicht).

Berichterstatter: Herr Lüttge.

Die Handelskammer Magdeburg hat in einer Eingabe an den Reichstag im Interesse des deutschen Zuckerhandels und der deutschen Zuckerindustrie eine Einschränkung des Waaren-Terminregisters beantragt.

Berichterstatter empfiehlt, den Antrag, insofern er auf die Befreiung der Zuckerfabriken und Raffinerien von der Pflicht der Eintragung ins Börsenregister gerichtet ist, zu unterstützen.

Demgemäss wird beschlossen.

X.

Nach Erledigung der Tagesordnung bittet Herr Baumgarten im Namen des Vorstandes des Lehrlingsheims, die jährliche Beihilfe, welche die Handelskammer zu den Kosten des Lehrlingsheims gewährt, um 50 bis 100 Mk. zu erhöhen. Der Vorsitzende hält es für inopportun, den bereits nicht unerheblichen Beitrag der Kammer für die Unterhaltung einer Einrichtung, die nur der Stadt Braunschweig zu Gute komme, abermals zu erhöhen und verweist den Antragsteller an die bestehenden Stiftungen der Handelskammer. Mit der bereitwillig erteilten Genehmigung des Stifters wird beschlossen, für das Lehrlingsheim einen Beitrag von 100 Mk. aus den Erträgen der Jüdel'schen Stiftung zu bewilligen.

Zu der Frage der Errichtung eines mechanisch-technischen Laboratoriums für die technische Hochschule zu Braunschweig, mit Unterstützung der Braunschweiger Industrie, bemerkt Herr Lemmer, dass die mechanisch-technischen Laboratorien seiner Zeit auf Anregung des Verbandes deutscher Ingenieure eingerichtet und jetzt bei allen grösseren technischen Hochschulen eingerichtet seien. Die Institute hätten bisher zum grossen Segen der Industrie und nicht zum mindesten der Landwirthschaft gewirkt. Nach seinem Dafürhalten sei es die Pflicht der Staatsregierung, die für die Errichtung der fraglichen Anstalt erforderlichen Mittel in Bereitschaft zu stellen.

Es wird beschlossen, an Herzogliches Staatsministerium die folgenden Erklärungen zu richten:

Die Handelskammer erachtet die Errichtung eines mechanisch-technischen Laboratoriums, wie sie bei den anderen technischen Hochschulen Deutschlands schon vorhanden sind bezw. eingerichtet werden, an der technischen Hochschule in Braunschweig für ein dringendes Erforderniss zur besseren Ausbildung der Studirenden, sowie zur Lösung der von Industrie und Landwirthschaft zu stellenden Aufgaben technischer und wirtschaftlicher Art.

Das Laboratorium soll also dem Unterrichte, der wissenschaftlichen Forschung und der Lösung von Aufgaben aus der Praxis dienen und muss diesen Zwecken entsprechend ausgerüstet werden.

Zum Schluss bringt Herr Baumgarten die Frage der Waarenhausbesteuerung zur Sprache. Nach dem Dafürhalten des Interpellanten sei zu befürchten, dass nach Annahme des Gesetzesentwurfes, betreffend die Waarenhausbesteuerung, im Preussischen

Abgeordnetenhaus Braunschweig ein bevorzugter Niederlassungs-ort für Waarenhäuser aller Art werden würde. Gegen eine derartige Gefahr seien daher bei Zeiten Vorbeugungsmaassregeln zu treffen.

Es wird beschlossen, zunächst die Erfahrungen, welche Preussen mit der vielumstrittenen Waarenhausbesteuerung machen würde, abzuwarten.

Schluss der Sitzung 3 Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:

Jüdel.

Der Protokollführer:

Dr. Senholdt.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Bahnbau Schandelah-Oebisfelde.

Die Handelskammer hat an den Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten die nachstehende Eingabe gerichtet:

Der uns auf unsere Anfrage unter dem 30. März gewordene Bescheid, betreffend den Ausbau der Linie Schandelah-Oebisfelde, hat, wie wir Ew. Excellenz nicht verhehlen dürfen, in unserem Lande die grösste Bestürzung hervorgerufen. So dankbar auch allseitig die Erleichterungen anerkannt wurden, welche durch die Einrichtung einiger besserer Zugverbindungen für die diesseitigen Landesinteressen in der letzten Zeit geschaffen worden sind, so treten dieselben doch gegenüber der ungleich wichtigeren Frage, wie das Braunschweigische Land wieder dauernd an den grossen Durchgangsverkehr angeschlossen werden kann, so erheblich zurück, dass zur Zeit die öffentliche Meinung unseres Landes wieder stark beunruhigt ist. In unserer am 7. d. Mts. stattgehabten Plenarversammlung ist der uns von Ew. Excellenz gewordene Bescheid zur eingehenden Verhandlung gekommen. In dieser Verhandlung wurde insbesondere allseitig betont, dass es sich bei der projektirten Linie nicht so sehr darum handele, eine bessere Verbindung mit Berlin zu bekommen — mit den uns jetzt bereits zugestandenen Verbindungen können wir uns zur Zeit befriedigt erklären —, die wesentliche Bedeutung der Strecke Oebisfelde-Schandelah liegt vielmehr, wie wir bereits in unserer Denkschrift auf Seite 25 besonders betont haben, darin, dass durch den Ausbau der Linie ein wichtiges Bindeglied für den grossen Durchgangsverkehr von Westen nach Osten geschaffen wird, und in den Erleichterungen, welche der Durchgangsverkehr nach Mecklenburg erfährt. Unsere Interessen verlangen, dass die Stadt Braunschweig mehr in den grossen Durchgangsverkehr hineingezogen wird.

Wie wir des Oefteren hervorgehoben haben, halten wir eine durchgreifende Aufbesserung unserer Eisenbahnverkehrsverhältnisse

nur dann für erfolgreich, wenn die Königlich Preussische Eisenbahnverwaltung in ihrer Eisenbahnpolitik unsere Verhältnisse nicht nur unter dem Gesichtspunkte des Lokalverkehrs beurtheilt, dem mit der Einlegung einiger Züge abzuhelpen ist.

In dieser Beziehung kann durch den Ausbau der Strecke Oebisfelde-Schandelah für die Stadt Braunschweig eine sehr werthvolle neue Verbindungslinie geschaffen werden, wenn von vornherein darauf Bedacht genommen wird, dass die Linie auch wirklich für den durchgehenden Schnellzugsverkehr benutzt werden kann.

Geschieht dies nicht, so hat die Strecke für unser Land nur eine untergeordnete lokale Bedeutung, welche die Höhe des von uns dafür geleisteten Zuschusses nimmer rechtfertigen würde.

Aus diesen Erwägungen heraus beschloss unsere Plenarversammlung, und zwar einstimmig, Ew. Excellenz die nachstehende Resolution zu unterbreiten:

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat Kenntniss genommen von dem Schreiben des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten.

Sie vermag die darin gegen den Ausbau der Linie Oebisfelde-Schandelah als Vollbahn angeführten Gründe als stichhaltig nicht anzuerkennen. Weder die Steigungs- noch die Krümmungsverhältnisse der Bahntrasse sind derartig, dass sie nicht den Vollbahn- bzw. Schnellzugsverkehr ohne Weiteres gestatten würden, denn der letztere wird auf anderen Strecken der Preussischen Staatsbahnen unter weit ungünstigeren Steigungs- und Krümmungsverhältnissen seit Jahren ohne Schwierigkeit aufrecht erhalten.

Die Handelskammer richtet an den Herrn Minister das ganz ergebene Ersuchen, die Angelegenheit einer nochmaligen eingehenden Prüfung geneigtest unterziehen zu wollen. Sie ist nach wie vor überzeugt, dass nur durch Einführung des Vollbahn- bzw. Schnellzugsverkehrs auf der Strecke Oebisfelde-Schandelah den Interessen Braunschweigs, den vom Lande geleisteten Zuschüssen entsprechend, Rechnung getragen wird.

Die Handelskammer hält auch an der Annahme fest, dass der Königlich Preussischen Eisenbahnverwaltung selbst aus der in Rede stehenden Bahnstrecke nur dann der volle Nutzen erwachsen wird, wenn die Strecke als Vollbahn gebaut und betrieben wird.

Sachverständigen-Kommissionen.

1. Zusammenstellung

der bisher eingerichteten Sachverständigen-Kommissionen.

a) Reine, ständige Sachverständigen-Kommissionen, d. h. Organe, die für einen längeren, bestimmten Zeitraum zur Abgabe von Gutachten eingesetzt worden sind, bestehen bei den Handelskammern:

1. Braunschweig,
2. Halberstadt,
3. Halle,
4. Posen.

b) Sachverständigen-Kommissionen, die im Bedarfsfalle ausserdem als Schiedsgerichte thätig sind, event. auch Geschäfts- und Verkehrsbedingungen festsetzen können, sind eingerichtet:

1. von der Handelskammer Hamburg,
2. von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

c) Von Fall zu Fall werden Sachverständigen-Kommissionen berufen:

von der Handelskammer Hamburg.

2. Wesen und Zweck.

Der Betrieb eines kaufmännischen Geschäftes bringt es mit sich, dass der Käufer die Annahme einer bestellten Waaren-sendung verweigert oder Minderung des Kaufpreises beantragt, weil nach seiner Auffassung die Qualität der Waare geringer ist als die vertragsmässig zu liefernde, oder weil sie wegen mangelhafter Verpackung u. s. w. ganz oder theilweise verdorben ist. Der Lieferant wird sich indessen naturgemäss in den meisten Fällen nicht ohne Weiteres zu der Rücknahme der Waare oder zu der Minderung des Kaufpreises verstehen. Der Bemängelung der Waare seitens des Käufers wird der Lieferant die Behauptung entgegenstellen, dass er die Waare so geliefert habe, wie im Kaufvertrage ausgemacht sei oder dass er die inzwischen eingetretenen Mängel nicht zu vertreten habe. Diese Meinungsverschiedenheiten über den Werth einer Waare, eines Werthpapiers u. s. w. führen häufig zu langwierigen und kostspieligen Prozessen, zu denen es nicht kommen würde, wenn die Parteien immer ein sachverständiges Gutachten über den Streitgegenstand erlangen könnten, von dem beide die Ueberzeugung haben, dass es unparteiisch nach bestem Wissen und Glauben abgegeben ist. Diese Thatsache ist die Veranlassung zur Bildung von Sachverständigen-Kommissionen geworden.

Die Sachverständigen-Kommissionen sind hiernach Einrichtungen, die dazu dienen, gutachtliche Meinungsäusserungen bei Streitfällen im Waarenhandel zum Zwecke thunlichster Vermeidung von gerichtlichen Streitigkeiten abzugeben.

Von den Schiedsgerichten unterscheiden sich die Sachverständigen-Kommissionen dadurch, dass sie kein Urtheil fällen, sondern lediglich auf Antrag einer Partei den Werth bzw. Minderwerth von Waaren feststellen, Schätzungen und ähnliche vom Geschäftsbetriebe geforderte Handlungen vornehmen, während dem schiedsrichterlichen Verfahren stets ein Vertrag der Parteien zu Grunde liegen muss des Inhaltes, dass sich die Parteien einem Urtheil, dem Spruch der Schiedsmänner, unterwerfen wollen.

Trotz dieses prinzipiellen Unterschiedes, der zwischen Sachverständigen-Kommissionen und Schiedsgerichten besteht, üben zuweilen die Schiedsgerichte die oben gekennzeichneten Funktionen von Sachverständigen aus. Die von der Hamburger Handelskammer ernannten Sachverständigen fungiren bald als Schiedsmänner, bald durch Abgabe eines reinen Gutachtens als Sachverständige. Ebenso sind die ständigen Deputationen der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin je nach Bedürfniss schiedsrichterlich oder rein gutachtend thätig.

Die Sachverständigen-Kommissionen, von denen hier die Rede ist, sind ferner nicht zu verwechseln mit den Sachverständigen, welche vom Gericht gegebenen Falles berufen werden zur Abgabe eines Gutachtens, welches der richterlichen Entscheidung zu Grunde gelegt werden soll. Die Sachverständigen-Kommissionen in dem hier benutzten Sinne sind vielmehr zu dem Zwecke eingesetzt, einer richterlichen Entscheidung vorzubeugen.

3. Organisation und Träger der Organisation.

Sachverständigen-Kommissionen bestehen je nach Bedürfniss in den einzelnen Bezirken in verschiedener Zahl. In Posen werden für 13 Branchen Sachverständigen-Kommissionen gebildet, in Halberstadt bestehen 7 solcher Kommissionen, in Braunschweig wurden zuerst 6 gebildet und später um 2 vermehrt. Die Zusammensetzung der einzelnen Kommissionen erfolgt naturgemäss in der Weise, dass jedes Mitglied möglichst nur Handelsprodukte der von ihm vertretenen Branche zu beurtheilen hat.

Der Zusammenhang zwischen den einzelnen Kommissionen wird zuweilen, wie in Braunschweig und Halberstadt, dadurch gewahrt, dass sie sich aus ihrer Mitte einen Vorstand wählen und erforderlichen Falles zur Berathung über gemeinsame Angelegenheiten zusammentreten.

Die Einsetzung von Sachverständigen-Kommissionen ist überall dort, wo sie bestehen, seitens der gesetzlichen Vertretungen des Handelsstandes, der Handelskammern und der ihnen gleich gearteten Korporationen erfolgt.

Die Mitglieder werden dabei entweder einfach von der Handelskammer ernannt, oder sie werden auf Vorschlag einer Versammlung von Kaufleuten des in Betracht kommenden Bezirkes oder der kaufmännischen Standesvertretung gewählt.

Vielfach ist es üblich, dass die Handelskammern die gerichtliche Vereidigung der Sachverständigen-Kommissionen vornehmen lassen, um den objektiven Charakter der Gutachten noch stärker hervortreten zu lassen. Gegen die Vereidigung erhebt man aber nicht mit Unrecht den Einwand, dass man ohne zwingende Noth Niemand zur Eidesablegung veranlassen soll. Die Handelskammern Braunschweig und Halle lassen daher die von ihnen ernannten Sachverständigen nicht besonders vereidigen.

4. Verfahren und Kosten des Verfahrens.

Anträge auf Erstattung eines Gutachtens sind regelmässig schriftlich einzureichen, und zwar entweder wie in Braunschweig, Posen, Halle und Hamburg an die Handelskammer, oder wie in Halberstadt und Berlin an den Vorstand der Kommission bezw. an die ständige Deputation. In Posen kann nebenher für gewisse Branchen der Antrag auch an den Vorstand der Kaufmännischen Vereinigung gerichtet werden.

Sobald der Antrag gestellt ist, hat die Handelskammer oder der Vorstand der Kommission eine Anzahl Sachverständiger zur Beurtheilung des Streitobjektes aufzufordern. In der Regel werden zwei Sachverständige berufen, bei widersprechenden Ansichten wird ein dritter als Obmann zugezogen, dessen Urtheil dann entscheidet. In den Fällen, wo von vornherein mehr als zwei Sachverständige zur Beurtheilung eines Streitfalles berufen werden, entscheidet die Majorität.

Die Sachverständigen-Kommission ist verpflichtet, das Gutachten schriftlich zu erstatten bezw. durch den Syndikus der Handelskammer erstatten zu lassen.

Zur Deckung der Unkosten, Baarauslagen u. s. w. wird von der anrufenden Partei eine Gebühr erhoben, die entweder wie in Halberstadt (50 Pfg.) und in Halle (3 Mk. für eingetragene Firmen des Handelskammer-Bezirktes, 5 Mk. für nicht eingetragene Firmen und für Antragsteller ausserhalb des Bezirktes) unveränderlich ist, oder die, wie es in Braunschweig, Posen, Hamburg u. s. w. der Fall ist, zu dem begutachteten Werthgegenstand in einem gewissen Verhältniss steht. Es betragen die Gebühren:

In Posen für jeden Antrag: für die Handelskammer (3 Mk.), für jeden Sachverständigen (3 Mk.) bei einem Werthgegenstand bis zu 3000 Mk. und 1 Mk. für jedes weitere 1000 Mk.

In Braunschweig: bei Werthgegenständen bis zu 300 Mk. 1 Mk., bis zu 1000 Mk. 2 Mk., und für jedes weitere 1000 Mk. mehr 1 Mk.

5. Wirksamkeit der Sachverständigen-Kommissionen.

Die Einrichtung der Sachverständigen-Kommissionen seitens der amtlichen Vertretungen des Handels hat sich nach den bisherigen Erfahrungen durchaus bewährt. Sie sind, wie eine Umfrage ergab, welche die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig bei den in Betracht kommenden Handelskammern veranstaltet hat, bei weitem mehr benutzt worden als die kaufmännischen Schiedsgerichte und Einigungsämter, welche neben den Sachverständigen-Kommissionen bestehen. Auf welche Gebiete sich die Thätigkeit dieser Kommissionen erstreckt, geht aus einer Zusammenstellung hervor, welche die Januar-Nummer der Monatschrift für Handel und Industrie (Jahrgang 1900) auf Seite 7 ff. gebracht hat. Von den 28 Fällen, in denen die Sachverständigen-

Kommissionen in Anspruch genommen wurden, hat nach dieser Zusammenstellung nur eine Angelegenheit zur Klageerhebung geführt, während in den übrigen Fällen meistens durch das Gutachten eine gütliche Einigung herbeigeführt bzw. die Sache erledigt wurde.

Auf Grund dieser Erfahrungen hat die Handelskammer auf dem Verbandstage der Mitteldeutschen Handelskammern in Halle am 3. Februar d. J. nachfolgende Resolution eingebracht:

»Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig empfiehlt dem Verbande der Mitteldeutschen Handelskammern, soweit sie Sachverständigen-Kommissionen noch nicht gebildet haben, solche Organe zur Verhütung unnöthiger Prozesse zu schaffen und stellt das zur näheren Information erforderliche Material allen Handelskammern, welche dem Verbande angehören, zum Umlauf zur Verfügung.«

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1899.

I. Theil.

X. Nahrungs- und Genussmittel.

15. Rübensaft.

Die Lage dieses Geschäftszweiges hat sich wenig geändert, die Preise sind durch verschiedene Fabrikate, welche zur Hälfte und auch $\frac{3}{4}$ mit Melassezusatz versandt werden, sehr gedrückt.

Durch diese geringwerthigen Fabrikate gewöhnt sich das Publikum anscheinend mehr von dem Konsum ab, so dass der Absatz sehr schleppend ist.

16. Cigarrenfabrikation.

Wenn auch das Jahr 1899 in Folge der Lage der Tabaksmärkte für die Cigarrenfabrikation kein besonders günstiges genannt werden kann, so ist doch gegen das Jahr vorher eine kleine Besserung im Absatze von Cigarren zu verzeichnen, so dass man nicht genöthigt war, die Arbeitskräfte zu beschränken, vielmehr wohl in einigen Fabriken etwas mehr Arbeiter eingestellt werden konnten.

Die am Ende des Jahres 1898 bestehenden Schwierigkeiten bezüglich des Rohmaterials hielten jedoch an, indem besonders die 1898er Brasil-Ernte, wie vorausgesehen, in Qualität ein minderwerthiges Produkt lieferte, zu dessen Verwendung man sich erst spät, als die Lager in alter Waare fast ganz geräumt waren, entschliessen konnte. Dementsprechend war auch der Versand ins Inland aus den deutschen Häfen im Berichtsjahre ein ausserordentlich geringer, was man am besten aus der Statistik des Bremer Tabaksmarktes ersieht. Dasselbst beliefen sich die Verkäufe auf:

im Ganzen 225000 Kolli Cigarrengut = 269000 Kolli weniger
als im Jahre 1898,

der Import auf:

im Ganzen 227000 Kolli Cigarrengut = 254000 Kolli weniger als im Jahre 1898.

Es hatte sich eben jeder Fabrikant Ende 1898 seinen Bedarf auf möglichst lange Zeit hinaus gedeckt. — Beim Einkauf der 1898er Brasil-Tabake bedurfte es in der That der grössten Vorsicht, um aus der Ernte das herauszufinden, was zur Ergänzung der kleiner werdenden Lager passte. Die jetzt eintreffenden ersten Zufuhren der 1899er Ernte zeigen ein wesentlich besseres Gewächs, doch haben sich die Hoffnungen auf eine sehr grosse Ernte leider nicht in vollem Maasse bestätigt, so dass die Preise für feine Marken ganz ungewöhnlich hoch einsetzten. Es wird also den Fabrikanten wieder sehr schwer fallen, mittlere und feinere Sorten zu nutzenbringenden Preisen herzustellen.

Naturgemäss zeigt sich auch augenblicklich erhöhte Nachfrage für solche alte Tabake, die die den 1898er anhaftenden Eigenschaften möglichst wenig besitzen, indem die Preise hierfür doch nicht unwesentlich billiger sind wie für neue Tabake.

In Domingo gefielen die ersten Ankünfte sehr wenig, während die späteren Zufuhren besser wurden und mehrfach gute Partien enthielten, die zu vorübergehend anziehenden Preisen gekauft wurden.

Seedleaf wurde wenig gekauft, da die Angebote gering waren und auch die Qualität zu wünschen übrig liess.

Carmen wurde dagegen in Bremen sehr lebhaft gehandelt und auch von vielen Fabrikanten gern gekauft.

Von Havana und Java-Cuba kamen wieder grössere Partien an den Markt, und da auch die Qualität gut war, so konnte man ohne Schwierigkeit den kleinen Bedarf an Umblatt und Einlage decken.

Java-Umblatt war häufig lastig und süss, gute Waare wurde aber gern gekauft und hoch bezahlt.

Sumatra-Deckblatt zeigte nicht immer ein sehr schönes Gewächs, dementsprechend waren aber auch die Preise eher etwas billiger als sonst. Die Farben waren vielfach röthlich gelb, auch war das Blatt häufig lastig und schwer; graue Farben blieben begehrt und erzielten hohe Preise. Für die neue Ernte befürchtet man, da zu wenig Regen gefallen ist, dass das Gewächs zum Theil auch wieder schwer ausfallen wird.

Vorstenlanden-Deckblatt war recht gut und nicht übermässig hoch im Preise, dabei von sicherem Brande. Dieser Tabak bleibt nach wie vor ein beliebtes Deckmaterial und kommt jetzt auch bei theuereren Cigarren mit zur Verwendung. In Folge der vermehrten Nachfrage wird jetzt immer mehr Vorstenlanden-Java gebaut, und war in Folge dessen erfreulicher Weise auch genügend Auswahl vorhanden.

Mexico-Deckblatt liess in Qualität und Farben sehr zu wünschen übrig, so dass vielfach als Ersatz dafür Java-Deckblatt

genommen werden musste. Dagegen gelangte Mexico als Einlage und Umblatt mehr wie sonst zur Verwendung.

Für das neu begonnene Jahr sind die Aussichten auf Absatz wohl nicht ungünstiger wie zu Anfang des vorigen Jahres, dagegen wird der Einkauf des Rohmaterials in vielen Tabakssorten ein schwieriger bleiben, und es wird, wie schon erwähnt, für den Fabrikanten nicht leicht sein, die Einstandspreise mit den Verkaufspreisen für die Cigarren im richtigen Verhältniss zu halten.

17. Aktien-Spargelbau-Gesellschaft Braunschweig.

Im vergangenen Jahre fiel in Folge ungünstiger Witterung die Ernte an Spargel geringer aus, weshalb die eingegangenen Verpflichtungen nicht voll ausgeführt werden konnten. Die für Konservezwecke angelegten Preise für Spargel waren ca. 50 Pfg. per Pfund für Prima, 40 Pfg. für Sekunda und 20 Pfg. für Tertia.

XI. Bekleidung.

Schuhwaaren.

Die ganze Schuhbranche, Fabrikation sowie Handel, zeigte zu Anfang des Jahres eine sehr matte Stimmung und dürften die Umsätze in Folge dessen hinter anderen Jahren zurückstehen.

Nachdem die Preise für Leder und sämtliche Zuthaten gegen Herbst eine lebhaftere Färbung annahmen, wurde auch die Kauflust etwas grösser.

Leider konnten die Fabrikanten, trotz der Steigerung der Materialien, keine besseren Preise erzielen, so dass ein besonderer Gewinn kaum erzielt worden sein kann.

Die Fabriken und Händler in Filzschuhen, Gummischuhen etc., haben durch den Frost und Schnee am Schluss des Jahres noch flott zu thun gehabt. Fast sämtliche alten Läger sind geräumt worden, selbst Sachen, die schon an die Seite gelegt waren, fanden noch Abnehmer. Dieser Zweig der Branche dürfte allein recht zufriedenstellend abgeschlossen haben.

XII. Sonstiges.

Volks- und Jugendspiel-Geräthe von Dolffs & Helle.

Die lebhafte Unterstützung, welche die Bewegungsspiele seitens der Schulen, Turnvereine etc. erfahren haben, ist der Entwicklung dieses Geschäftszweiges vorthellhaft gewesen. Wenn auch die hemmende Wirkung der höheren Preise, besonders für Leder und Gummi, sich bemerkbar machte und die jetzigen Preisverhältnisse dazu noch mehr Veranlassung bieten, so ist doch bei der Forderung, welche den Bewegungsspielen zu Theil wird, eine Verminderung des Absatzes der betreffenden Artikel kaum zu befürchten.

II. Theil.

XIII. Der Handel.

1. Bankwesen.

Das Jahr 1899 hat für das Bankgeschäft einen recht befriedigenden Verlauf genommen. In Folge des günstigen Ganges fast aller Industriezweige, sowie der vermehrten Ansprüche, welche an Staat und Kommunen in vielfacher Hinsicht gestellt wurden, sind im abgelaufenen Jahre die Ansprüche an den Geldmarkt sehr gross gewesen und theils hierdurch, theils durch die bekannten politischen Verhältnisse hat sich, wie überall, so auch in Deutschland der Geldleihwerth dauernd auf einer Höhe gehalten, welche nur wenige Jahre zuvor für kaum möglich angesehen wäre. Trotzdem ist die Emissionsthätigkeit sehr rege gewesen. In Braunschweig sind folgende Werthpapiere zur öffentlichen Zeichnung gebracht worden:

4 000 000 Mk. $3\frac{1}{2}\%$	Braunschweigische Leihhaus-Landes-Schuldverschreibungen	zum Kurse von	93,50
1 250 000 Mk. 4%	zu 105 rückzahlbare Obligationen der Strassen-Eisenbahn, II. Emission	» » »	102,50
800 000 Mk. 4%	Obligationen der Bierbrauerei Streitberg	» » »	100
600 000 Mk. 4%	Obligationen der Rüniger Dampfmühle	» » »	100
100 000 Mk. 4%	zu 105 rückzahlbare Obligationen der Gesellschaft für Ziegelfabrikation	» » »	102,50
250 000 Mk.	Aktien der Brauerei Feldschlösschen, A.-G., II. Emission	» » »	105

Alle diese Papiere haben, soviel bekannt, eine gute Aufnahme gefunden.

Besonders charakteristisch für das Berichtsjahr ist der Rückgang der deutschen Anlegewerthe, in erster Reihe der Staatspapiere. Der Kurs der

3%	Deutschen Reichsanleihe war am 1. Januar 1899	94,25,	
	am 31. Dezember 1899	88,70, mithin	— 5,55 %
$3\frac{1}{2}\%$	Deutschen Reichsanleihe war am 1. Januar 1899	101,70, am 31. Dezember 1899	97,90, mithin
			— 3,80 %
$3\frac{1}{2}\%$	Braunschweigischen Landes-Schuldverschreibungen war am 1. Januar 1899	100,50, am 31. Dezember 1899	95, mithin
			— 5,50 %
$3\frac{1}{2}\%$	Braunschweigischen Kreis-Kommunal-Anleihen war am 1. Januar 1899	100,50, am 31. Dezember 1899	94,50, mithin
			— 6 %
$3\frac{1}{2}\%$	Braunschweigisch-Hannoverschen Hypothekendarlehen war am 1. Januar 1899	96, am 31. Dezember 1899	92,25, mithin
			— 3,75 %

4 $\frac{0}{100}$ Braunschweigisch - Hannoverschen Hypothekenbank-Pfandbriefe war am 1. Januar 1899 101,25, am 31. Dezember 1899 100,50, mithin — 0,75 $\frac{0}{100}$
 4 $\frac{0}{100}$ à 105 rückzahlbaren Obligationen der Strassen-Eisenbahn war am 1. Januar 1899 102,75, am 31. Dezember 1899 101, mithin — 1,75 $\frac{0}{100}$

Die Erklärung hierfür ist theils in der bereits erwähnten Geldvertheuerung zu suchen, theils darin, dass ein grosser Theil des Publikums, besonders in den Landestheilen mit vorherrschender Industrie, seine fest und verhältnissmässig niedrig verzinlichen Papiere in die fast ununterbrochen in steigender Tendenz gewesenen Industriewerthe umgetauscht hat. Naturgemäss ist durch diese Vorgänge auch der Zinsfuss für Hypothekendarlehen beeinflusst worden. Das Herzogliche Leihhaus hat sich genöthigt gesehen, den Zinsfuss, der vorübergehend auf $3\frac{3}{4}\frac{0}{100}$ herabgesetzt war, auf 4 $\frac{0}{100}$ zu erhöhen, und gegen Schluss des Jahres ist für über die Leihhausgrenze hinausgehende, sonst aber erstklassige Hypotheken, schlank $4\frac{1}{4}\frac{0}{100}$, ja vereinzelt sogar darüber, bewilligt worden. Zweitstellige Hypotheken sind überhaupt nur schwer unterzubringen gewesen. —

Anmerkung: 1. Erster Theilbetrag einer Anleihe von 10 000 000 Mk. Die Anleihe ist auch an die Berliner Börse gebracht. 2. Erster Theilbetrag einer Anleihe von 2 000 000 Mk. Der Rest ist Anfang 1900 begeben worden. 3. und 4. Diese Anleihen dienten theils zur Rückzahlung früherer Anleihen.

2. Garn-, Band- und Kurzwaaren Pfeiffer & Schmidt.

Die Steigerung in Kohle und Eisen, mit der das Geschäftsjahr 1898 schloss, übertrug sich sehr bald auf das gesammte Gebiet der Textil-Industrie. Wolle begann schon in den ersten Monaten anzuziehen und stieg ununterbrochen bis Jahresschluss, zuerst für Zephyr und bessere Qualitäten Strickgarn, denen im Herbst die billigeren Wollen folgten. Wir verzeichnen im Ganzen einen Aufschlag von 15 Pfg. — 1,70 Pfg. pro kg für wollene Strickgarne je nach Qualität, d. h. für bessere Preislagen bis zu 30 $\frac{0}{100}$. Auch die Londoner Dezember-Auktion brachte weitere Steigerung, ohne dass die allmählich zurückhaltende Kauflust Einfluss ausüben konnte.

Der Verkauf war theilweise überstürzt, Niemand hatte solche Steigerungen erwartet; Spinner und Händler konnten nur in beschränktem Maasse den Anforderungen genügen. Baumwolle blieb flau bis in den Spätherbst hinein, fing dann aber ebenfalls an stark zu steigen.

Ueber das Ernteergebniss in Amerika wird noch heute gestritten, jedenfalls ist es aber erheblich kleiner als die Riesenernte des Vorjahres, und der Weltkonsum ist gestiegen. Bremen notirte im Januar 1899 29 $\frac{3}{4}$ Pfg. für Baumwolle, im Dezember 40 Pfg. Die Ueberproduktionen der Baumwollspinnereien und Webereien hatten zu Schleuderverkäufen geführt, die erst durch die Konjunktur

im Herbst, verbunden mit einer Konvention der Spinner, beseitigt wurden. Seitdem steigt namentlich ägyptische Baumwolle, und die Zwirnereien haben zweimal bereits, im Oktober und Dezember, Preise erhöhen können für Näh- und Häkelgarne.

Baumwollene Strickgarne sind seit Herbst 10 bis 15⁰/₁₀ höher gesetzt.

Leinen fing auf knappe Ernte hin im Oktober an zu steigen; heute sind die Preise schon 2,50 Mk. für Pack, d. h. um 10⁰/₁₀ höher, und weitere Steigerungen werden in Aussicht gestellt.

Chappe-Seide stieg in den letzten sechs Monaten um 15 bis 20⁰/₁₀, während Realeside schon im Vorjahr erhöht war. Eisenkurzwaren haben den hohen Eisen- und Kupferpreisen folgen müssen.

Stecknadeln sind im Laufe des Geschäftsjahres um 50⁰/₁₀ gestiegen. Kupfer scheint allerdings die Höhe überschritten zu haben; im August notirten London 76⁵/₈, und heute 70 £, doch sind die Forderungen der Fabrikanten unverändert fest.

Die Umsätze in allen Stapelartikeln waren in Folge dessen sehr gesteigert, man suchte möglichst den Bedarf auf lange Monate hinaus zu decken, so dass abzuwarten bleibt, inwieweit ein Rückschlag im Bedarf eintritt. Offenbar war aber die Kaufkraft des Publikums eine gesteigerte, und da die Preiserhöhungen wesentlich auf gesunder Grundlage beruhen, so wird der Rückschlag zunächst hoffentlich kein allzugrosser sein.

Der Geschäftsgang hatte unter zwei offenbaren Uebelständen zu leiden. Einmal wurde allseitig sehr schlecht geliefert, Rohmaterial fehlte dringend, und die Fabriken waren ohnehin durch die Spekulationsordres überhäuft. Dann aber fehlte es noch mehr eigentlich an geschulten Arbeitskräften.

Der Fabrikant klagt gleicher Weise über den Mangel an tüchtigen Arbeitern, wie der Kaufmann über fehlendes tüchtiges Personal. Man kann nicht oft genug auf die Nothwendigkeit einer besseren Heranbildung der Lehrlinge hinweisen. Die Schulen müssen aber auch mehr Werth auf sicheres Rechnen und Schönschreiben legen.

3. Seidenwaaren.

Der Verbrauch in Seidenwaaren hat sich im verflossenen Jahre wiederum ausserordentlich lebhaft gestaltet und ist selbst durch die nun schon seit Sommer 1898 beständig steigende Tendenz kaum oder gar nicht beeinflusst worden. Nur im letzten Halbjahr 1899, wo die Steigerung das Normale überschritt, scheint doch ein kleiner Rückschlag im Verbrauch eingetreten zu sein, was auch bei einer Steigerung von 20 bis 25⁰/₁₀ für fertige Fabrikate, je nach Qualität der zu den Stoffen verwandten Rohseidenmarken, kein Wunder nehmen kann.

Eine besonders hervortretende Mode lässt sich nicht bezeichnen; es wurden Moirés, Carreaux, Rayés, Façonnés, einfarbige

und Glacéstoffe gefertigt und stark gekauft. In Moiréstoffen war ein nie geahnter Verbrauch, der, wenn auch in der letzten Sommersaison gegen 1898 etwas abgeschwächt, doch noch als gross bezeichnet werden kann. Auch in der kommenden Sommersaison scheint dieser Artikel noch eine führende Rolle spielen zu sollen.

Sammete und Peluches waren viel begehrt, die Preise derselben ebenfalls in steigender Richtung, weil neben der Seide auch Chappes wesentliche Preissteigerungen erfuhren.

Zu bedauern ist nur, dass gute und beste Qualitäten, sowohl in Seide als auch in Sammet, immer schwieriger zu verkaufen sind und nur von feinen Modegeschäften noch gut gefragt werden. Im Grossen und Ganzen konzentriert sich der grosse Konsum auf billige und allerhöchstens Mittelqualitäten, nicht zum Vortheil des Publikums.

Stoffe für Herren- und Damen-Kravatten wurden in grossen Mengen verbraucht; die Fabriken brachten anregende und geschmackvolle Neuheiten.

Die Konkurrenz der Fabrikate aus Japan tritt immer mehr hervor und wird weiter steigen, sobald sich die deutschen Damen mehr an die kleinen oder grösseren Ungleichheiten in diesen Geweben gewöhnt haben werden. In England und Amerika sieht man über die hier als grosse Fehler angesehenen Unregelmässigkeiten längst hinweg und beurtheilt diese Stoffe mehr nach ihrer Dauerhaftigkeit.

In Druckartikeln sind ganz ausserordentlich schöne und geschmackvolle Sachen gebracht und gern und viel gekauft.

4. Damen- und Kindermäntel.

Das Geschäft in Damen- und Kindermänteln gestaltete sich gegen das des Vorjahres etwas günstiger. Das Frühjahr- und Sommergeschäft kann man als gut bezeichnen. Der Artikel Damen-Winter-Jackets und -Paletots hatte durch die warme Witterung im Monat November zu leiden, und wurden in Folge dessen die angehäuften Lager der Berliner Gross-Konfektion zu sehr niedrigen Preisen verkauft, wodurch der Kleinhandel nachtheilig beeinflusst wurde. Das vortheilhafte Wetter im Dezember glich diesen Ausfall dann aber ziemlich wieder aus.

Die vielfach vom Vorjahre angehäuften Lager von Winter-Radmänteln fanden in Folge des Frostes im Dezember flotten Absatz zu guten Preisen, und war der Artikel so stark begehrt, dass die Berliner Gross-Konfektion hiervon gar nicht zu Lager kam und auch kaum die tägliche Nachfrage bewältigen konnte.

Selbst bei der Knappheit letztgenannter Waare zog die bekannte Schleuderkonkurrenz auch hierin mit ihren verwegenen Reklamen und unsauberen Mitteln ins Feld.

Die Preise für Stoffe, sowohl in Halbwolle als Wolle, stiegen im letzten Viertel- resp. Halbjahr um 10 bis 15 % und ist gute Waare selbst zu den erhöhten Preisen schwer zu haben.

5. Manufaktur- und Modewaaren.

Das Geschäft in Manufaktur- und Modewaaren war in der ersten Hälfte des Jahres 1899 schlechter als im Vorjahre, in der zweiten Hälfte aber lebhafter, so dass das Endergebniss mit dem Vorjahre gleich ist.

Die Preise sowohl für Seide, Baumwolle, als auch besonders für Wolle waren andauernd im Steigen, so dass sich die Preise für Wollenwaaren jeder Art um 30 bis 40 % erhöhten. Ein Ende dieser Preissteigerung ist bis heute nicht abzusehen.

6. Putzartikel.

Das Geschäft in Putzartikeln war während des Jahres 1899 im Grossen und Ganzen befriedigend, bei andauernder Preissteigerung in fast allen in Betracht kommenden Artikeln. Spielten auch die einfachen Hüte immer noch eine grosse Rolle, so trat doch andererseits wieder der reicher garnirte Hut mehr in den Vordergrund, was den Konsum in Hutputzartikeln günstig beeinflusste.

7. Lederhandel.

Die ersten Monate des Jahres 1899 brachten für den Lederhandel keine besonderen Erscheinungen mit sich und entwickelte sich das Geschäft auf der seitherigen Basis normal weiter. Gegen Beginn des zweiten Halbjahres machte sich ein Anziehen der Preise geltend, welches sich bis Ende des Jahres weiter steigerte. Die Ursache dieser Bewegung lag wohl einerseits in der Steigerung der Rohwaare, andererseits aber fallen die stetig steigenden Arbeitslöhne gleichfalls schwer mit in die Wagschale.

Da die grössere Mehrzahl der bedeutenderen Fabrikanten gleichzeitig beschlossen, ihre Produktion wesentlich einzuschränken, um nicht durch Ueberproduktion die nothwendige Aufbesserung der Preise hintan zu halten, so blieb bis Ende des Jahres der Markt recht fest.

Die Preissteigerung war für die verschiedenen Gattungen nicht gleichmässig, sondern schwankte zwischen einem Aufschlag von 2 bis 10 %.

Wie gewöhnlich bei steigender Konjunktur entwickelte sich das Geschäft im Herbst noch recht flott, um gegen Ende des Jahres langsam abzufallen.

Schuhmacher- sowohl als auch Sattlerleder erzielten den gleichen Umsatz, auch in Luxus- und Möbelledern entwickelte sich ein gleicher Bedarf wie im Vorjahre.

Im Uebrigen aber bilden die Kredit- und Geldverhältnisse der Handwerkerkreise nach wie vor ein lähmendes Element für den freieren Aufschwung des Handels.

8. Kohlenhandel.

Das Jahr 1899 stand im Zeichen des Eisen- und Kohlenmangels, nicht nur für Deutschland, sondern für fast alle Kohlen erzeugenden Länder; es war den Kohlengruben nicht möglich, den erhöhten Ansprüchen der verschiedenen Industrien, namentlich der mit Hochdruck arbeitenden Eisen- und Stahl-Industrie, voll zu genügen. In dem für hiesige Gegend besonders in Betracht kommenden rheinisch-westfälischen Kohlenrevier stieg der Gesamtversand in 1899 gegen das Vorjahr um 6,2 $\frac{0}{0}$, in Oberschlesien um 5,6 Prozent, was aber für den vermehrten Kohlenverbrauch durchaus unzureichend war. Am meisten fehlte es an Waschprodukten, besonders an Koakskohlen, wodurch natürlich die sonst so nöthige Vergrößerung der Kokereien hintangehalten wurde. In Folge dessen war der Koaksmangel noch grösser als der Kohlenmangel. Zur Herbstzeit, wo bekanntlich Landwirthschaft und Zuckerindustrie ihre Transportmengen maasslos steigern, trat auch wieder der übliche Wagenmangel ein, doch erreichte diese Kalamität zur Zeit keine grössere Schärfe als im Vorjahre. Hingegen wurde im Dezember durch den starken Frost die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen derartig in Frage gestellt, dass die Industrie in unerträgliche Zustände gerieth. In der Woche vor Weihnachten mussten viele Kohlenzechen wegen ungenügender Wagengestellung den Betrieb einschränken und Tausende von Arbeitern tagelang feiern lassen. Unter diesen Umständen war es unmöglich, den Fabriken rechtzeitig genügende Mengen Kohlen zuzuführen, so dass auch diese vielfach Betriebsstörungen erlitten, so weit sie nicht in der Lage waren, dem Umfange ihres Kohlenverbrauches entsprechende Vorräthe zu unterhalten. Die Preise für Jahresabschlüsse waren in 1899 durchgängig ungefähr 50 Pfg. per Tonne höher als im Vorjahre. Für nicht vertraglich festgelegte Mengen traten im Laufe des Jahres weitere Preiserhöhungen ein, deren Höhe sich bei Kohlen auf etwa 1 Mk. für die Tonne beziffern lässt. Für Koaks gestaltete sich die Nachfrage im Herbst so stürmisch, dass Preisaufschläge bis zu 12 Mk. für die Tonne bewilligt werden mussten.

9. Weinhandel.

Der Weinhandel des Herzogthums bewegt sich im Allgemeinen in seinen alten Bahnen. Man glaubt behaupten zu dürfen, dass wenigstens von einem Rückgange nicht gesprochen werden kann, wenngleich ein besonderer Aufschwung nirgends konstatiert werden konnte. In Folge der sehr häufigen Massen-Angebote billigster Waaren aus auswärtigen Konkursen, die den Konsumenten theils

in Preislistenform direkt mit den Zeitungen zugehen, theils in den Zeitungen selbst angepriesen werden, sind die Preise, die das Publikum anzulegen pflegte, gegen früher noch mehr gedrückt, so dass der solide Handel alle Anstrengungen machen muss, um durch vergrösserten Absatz diesen Ausfall zu decken. Die Beamten- und Konsum-Vereine, sowie das Berliner Waarenhaus für Armee und Marine tragen auch noch fortlaufend dazu bei, den Weinhandel nach jeder Richtung hin zu schädigen. Nachdem die überall auf Spekulation gekauften grossen Vorräthe 1892er Weine ziemlich verschwunden sind, hat das durch die folgenden weniger guten Ernten bedingte ruhigere Geschäft wieder Platz gegriffen und für den Weinhandel günstigere Resultate geliefert. Neben den Moselweinen werden jetzt auch Rheinweine wieder mehr gefragt, während sich der Konsum in ausländischen Weinen seit dem letzten Berichte im Herzogthum Braunschweig nicht gehoben hat. Hoffentlich gelingt es, durch das neue Reichsweingesetz, welches demnächst im Reichstage berathen werden soll, die Weinfabrikation zu verbieten und die schmutzige Konkurrenz unschädlich zu machen, um so dem alten, ehrbaren Weinhandel wieder das ihm schon seit uralter Zeit zukommende Ansehen und die ihm gebührende Achtung zu verschaffen.

Rechtsprechung hiesiger Gerichte.

Eine hiesige Firma, die bei einem auswärtigen Kaufmann am 26. August 1898 200 Centner Texas-Baumwollsaatmehl »in abgeladenen Original 75-kg-Säcken« bestellt hatte, schrieb am 22. Januar 1899, kurz vor der Lieferung des Mehls, an den Kaufmann, sie verlange, dass das Mehl in gleich schweren Säcken von je 75 kg Gewicht, nicht also (wie bei einer früheren Lieferung) in Säcken von verschiedenem Gewicht geliefert werde. Der Kaufmann antwortete hierauf, dass die Firma, falls sie Lieferung in gleich schweren Säcken von je 75 kg Gewicht wünsche, einen Aufschlag von 1 Mk. für je 1000 kg zahlen müsse. Nachdem dann die Firma erwidert hatte, sie bleibe bei ihrem Verlangen gleichmässiger Verpackung des Mehls in Säcken von je 75 kg Gewicht, lehne aber die Zahlung eines Preisaufschlages ab, liess der Kaufmann das ihm aus Texas in Säcken von ungleichem Gewichte zugegangene, für die Firma bestimmte Baumwollsaatmehl in Säcke von je 75 kg verpacken und so der Firma, unter Nachnahme der hierdurch entstandenen Unkosten von 9,70 Mk., zugehen. Die Firma nahm zwar das Mehl unter Zahlung der durch Nachnahme erhobenen 9,70 Mk. an, brachte aber hinterher bei Bezahlung des Mehls von dessen Preise 9,70 Mk. in Abzug. In Folge dessen verklagte sie der Kaufmann auf nachträgliche Zahlung dieses Betrages. Das Gericht hat nach Einholung eines Sachverständigen-Gutachtens sich in seinem Urtheile dahin ausgesprochen, der Kaufmann sei verpflichtet gewesen, in Original-

säcken zu liefern, habe mithin, da die Originalsäcke nicht alle genau 75 kg wögen, nicht in Säcken von je 75 kg Gewicht zu liefern brauchen. Das Gericht hat demgemäss die Firma zur Bezahlung der eingeklagten 9,70 Mk. verurtheilt.

Reichsbanknebenstellen.

Reichsbanknebenstellen sind in Ohligs (von der Reichsbankstelle in Düsseldorf abhängig), Leer (Ostfriesland) (von der Reichsbankstelle in Emden abhängig), Hohenlimburg (von der Reichsbankhauptstelle in Dortmund abhängig) eröffnet worden.

Markenschutz in Marokko.

Wie uns mitgetheilt wird, können auch die der spanischen Gerichtsbarkeit unterworfenen Personen vor den spanischen Konsulargerichten in Marokko zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie deutsche Fabrik- und Handelsmarken, die in Spanien eingetragen sind, unbefugt verwerthen.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(April.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Der Monat April ist wohl einer der lebhaftesten des Jahres, da die Dauerwaare, bevor die Preissteigerung eintritt, von vielen Käufern, welche über gute Lager verfügen, heringenommen wird.

Die Fabrikanten sind in der Lage, ein vorzügliches Fabrikat abgeben zu können, da der Winter für die Fabrikation sehr günstig war und ist wohl anzunehmen, dass die Waare in Folge der feinen Qualität ferner reichlich Absatz findet.

Auch der Konsum in frischen Artikeln war bei dem kühlen Wetter sehr gut, und ist daher ein flotter und zufriedenstellender Geschäftsgang zu verzeichnen.

Denecke & Himmel,

Konserven.

In den letzten Wochen gestaltete sich das Haupt-Abschlussgeschäft per Herbstlieferung sehr lebhaft.

Für Spargel wurden seitens der Käufer die nothwendigsten Preiserhöhungen bewilligt, doch konnten Preise, welche einen wirklich guten Verdienst erhoffen lassen, nicht erzielt werden, da das Angebot bei der zahlreichen Konkurrenz zu gross ist.

In Erbsen wurden für die besseren Siebungen ausreichende Preise erzielt. Dagegen mussten für die dicksten Siebungen in Folge der im Vorjahre darin gehaltenen grossen Ernte mancherlei Zugeständnisse gemacht werden, welche einen Nutzen zweifelhaft erscheinen lassen.

Auch in Bohnen lassen die Preise viel zu wünschen übrig. Die Braunschweiger Fabriken und die mit diesen in Kontrakt stehenden in der Nähe Braunschweigs liegenden Fabriken setzten mit den den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Preisen ein, doch wirkten die in weiterer Entfernung liegenden neueren Konservenfabriken, um ins Ge-

schäft zu kommen, derart mit Untergeboten auf die Preise ein, dass seitens der hiesigen Fabriken Zugeständnisse gemacht werden mussten, welche den Nutzen an diesem Artikel stark schmälern werden.

A. W. Querner.

Getreidehandel.

Die Frühjahrsbestellung dürfte unter günstigen Witterungsverhältnissen im Berichtsmonat vollendet sein. Die Wintersaaten haben auch gute Fortschritte gemacht, indessen klagt man vielfach über dünnen Bestand derselben und hat auch ein nicht unbeträchtliches Areal, besonders Roggen, umgepflügt werden müssen.

Weizen wurde hier von Produzenten wenig zugeführt; es kam daher eine entschieden festere Haltung zum Durchbruch. Der Preis stieg im Laufe des Monats von 141 auf 147 Mk. erste Kosten; feinste Qualitäten in egalen Posten wurden noch etwas höher bezahlt.

Roggen blieb ebenfalls recht knapp angeboten, dem zu Folge der Bedarf in der Umgegend nicht gedeckt werden konnte; der Artikel bewegte sich gleichfalls in steigender Richtung von 141 auf 147 bis 148 Mk.

In Hafer entwickelte sich ein lebhafter Handel, da eine regere Bedarfsfrage eintrat und hiesige Zufuhren sehr klein blieben. Preise zogen 5 bis 6 Mk. an, so dass Ende dieses Monats gute Waare 145 bis 146 Mk., feinste etwas darüber erreichte.

Gerste für Brauzwecke wurde wenig gehandelt; Futtergerste, besonders südrussische, stark gefragt zu gut behaupteten Preisen; für Herbst sind Forderungen noch hoch gehalten, daher sich noch kein grösseres Geschäft entwickeln konnte.

Maïs, fest, konnte ca. 8 Mk. im Kurse profitieren.

F. Peters.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Friedrich Herrel, Ottenstein. Inhaber: Stellmachermeister und Kaufmann Friedrich Herrel.
2. Heinrich Eilers, Grave. Inhaber: Bäckermeister und Kaufmann Heinrich Eilers.
3. C. W. Schaper, Material- und Kolonialwarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: die Erben des Kaufmanns Wilhelm Schaper, als: dessen Wittwe, Marie, geb. Heicke, dessen minderjähriger Sohn Gustav Schaper.
4. Carl Lohl, Molkerei, Wolfenbüttel. Inhaber: Molkereibesitzer Carl Lohl.
5. Heinrich Faber, Mühlenbetrieb. Inhaber: Mühlenbesitzer Heinrich Faber zur Weissen Mühle bei Warbsen.
6. Wilhelmine Goedeke, Ottenstein. Inhaberin: die Wittve des Brinksitzers und Kaufmanns Georg Goedeke.
7. Julius Eichwald, Neue Glashütte zu Holzminden. Inhaber: Kaufmann Julius Eichwald zu Hötter.
8. Heinrich Meyer, Bröckeln. Inhaber: Gastwirth und Kaufmann Heinrich Meyer.
9. Karl Böker, Ottenstein. Inhaber: Grossköthner und Kaufmann Karl Böker.
10. Georg Hübenthal Nachf., Woll- und Weisswarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Hans Lütthge.
11. Iser & Ohse, Zimmereigenschaft, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Zimmermann Robert Iser und Bautechniker Wilhelm Ohse.
12. Siegfried Rosenbaum, Handlung mit Wäsche und Aussteueregegenständen, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Siegfried Rosenbaum.
13. Acetylen-Industrie Braunschweig und Apparatenbau-Anstalt, Braunschweig. Inhaber: Kupferschmiedemeister Hermann Lehmann.
14. Paul Kasper, Konservenfabrik, Braunschweig. Inhaber: Konservenfabrikant Paul Kasper.
15. Julius Schomer, Holzagentur, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Julius Schomer.
16. Hans Lütthge Nachf., feine Herren-Maassschneiderei, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Otto Paul.
17. Johanne Reitemeyer, Kemnade. Inhaberin: die Wittve des Kaufmanns Carl Reitemeyer.

18. Hermann Becker, Hehlen. Inhaber: Kaufmann Hermann Becker.
19. Carl Lütgeharm, Wolfenbüttel. Inhaber: Manufakturwaarenhändler Carl Lütgeharm.
20. C. Wilhelm Denecke, Material- und Kolonialwaarenhandlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Christian Wilhelm Denecke.
21. Werner Eggers, Handlung mit Herrengarderobe und Maassschneiderei, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Werner Eggers.
22. Steding & Co., Dampfziegelei Moorhütte, Volkmarode, offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. April 1900. Inhaber: Ziegeleibesitzer Heinrich Steding in Hildesheim, Schneidermeister Friedrich Deike in Hildesheim, Bäckermeister Christian Thöne in Hildesheim.
23. Ludwig Eichhorn, Papier- und Schreibwaarengeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: die Erben des weiland Buchbinders L. Eichhorn: seine Wittwe, Emilie, geb. Böttger, seine Kinder Marie und Hedwig Eichhorn.
24. Gebrüder Niehoff, Wolfenbüttel, offene Handelsgesellschaft. Inhaber: Kaufmann Heinrich Niehoff und Kaufmann Hugo Niehoff.
25. Albert Köhler, Herren- und Knaben-Garderobegeschäft, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Albert Köhler.
26. J. H. Koch & Frau, Material- und Kolonialwaarengeschäft, Wolfenbüttel, offene Handelsgesellschaft. Inhaber: Materialwaarenhändler Hermann Koch und dessen Ehefrau.
27. Eduard Krüger, Lohgerberei und Lederhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Lohgerbereibesitzer Eduard Krüger.
28. Wilhelm Pook, Hehlen. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Pook.
29. A. L. Mohr, Aktiengesellschaft, Filiale Braunschweig, Zweigniederlassung der in Hamburg bestehenden Hauptniederlassung, in Braunschweig. Gründer der Gesellschaft sind: Johann Hinrich Mohr, Fabrikbesitzer zu Altona, Theodor Heinrich Anton Sartorisio, Kaufmann zu Gr.-Flottbeck, die zu Altona domizilirende offene Handelsgesellschaft in Firma Gebr. Burgdorf, Friedrich August Schwarz, Bankdirektor zu Hamburg, die in Hamburg domizilirende Aktiengesellschaft in Firma Vereinsbank in Hamburg.
30. Bock & Kleine, Generalvertretung der Allgemeinen Automaten-Gesellschaft Reiner, Pelzer & Co., Köln a. Rh., offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Max Bock und Mechaniker Emil Kleine.
31. Joseph Graul, Handlung mit fertiger Herren- und Knabengarderobe, Wolfenbüttel. Inhaber: Garderobehändler Joseph Graul.
32. Alex Bach jun., Hehlen. Inhaber: Kaufmann Alex Bach.
33. August Dröge, Lichtenhagen. Inhaber: Gastwirth und Kaufmann August Dröge.
34. C. F. Wille, Gandersheim. Inhaber: Kaufmann Carl Friedrich Wille.
35. Fritz Heyser, Wild- und Fruchthandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Wild- und Fruchthändler Fritz Heyser.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Braunschweigische Maschinenbauanstalt, Braunschweig. Der § 2 des Gesellschaftsstatuts ist abgeändert. Das Grundkapital ist um 720000 Mk. erhöht.
2. Aktienzuckerfabrik Schöppenstedt. Die §§ 1, 4, 5, 22, 24, 28, 31, 36, 42 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert, bezw. ergänzt, und der § 43 neu hinzugefügt.
3. Christian Zinner & Co. in Blankenburg a. H. Die Kommanditgesellschaft ist durch Ausscheiden des einzigen Kommanditisten aufgelöst und wird das Geschäft von dem bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter, Kaufmann Christian Zinner, als alleiniger Inhaber, unter der bisherigen Firma fortgesetzt.
4. Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank, Braunschweig. Der Bankdirektor Justizrath Julius Benfey in Hannover ist durch Tod aus dem Vorstande ausgeschieden.
5. Friedrich Clajus, F. Salomon Nachfolger, Braunschweig. Das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von dem bisherigen Firmeninhaber, Kaufmann Friedrich Clajus, an den Kaufmann Fritz Clajus abgetreten.

6. Braunschweigische Aktien-Bierbrauerei Streitberg, Braunschweig. Der Brauereirektor Theodor Krauss aus Minden a. Weser ist neu in den Vorstand gewählt.
7. Julius Pulkowski. Inhaber: Otto Bötticher, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist ohne Aktiva und Passiva auf den Drogisten Otto Fleischer übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma: Otto Fleischer, vormals Julius Pulkowski, angenommen hat.
8. F. Siebrecht, Braunschweig. Der Firmen-Inhaber, Hof-Juwelier Fritz Siebrecht, hat seinen Sohn, den Juwelier Friedrich Siebrecht, als Theilhaber in das unter obiger Firma, jetzt in offener Handelsgesellschaft, betriebene Handelsgeschäft aufgenommen.
9. W. Veth, Aktiengesellschaft, Gandersheim. Durch Generalversammlung vom 5. März 1900 ist beschlossen: Das Aktienkapital wird durch Ausgabe von 90 neuen Aktien auf den Inhaber à 1000 Mk. um 90000 Mk. erhöht.
10. T. F. Lorber, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Lotterie-Hauptkollektors Traugott Fürchtegott Lorber, mit Aktiva und Passiva nebst Firma auf dessen Sohn und Miterben, Lotterie-Hauptkollektor Albert Lorber, übergegangen.
11. Hermann Bokemüller, Wolfenbüttel. Inhaber der Firma sind jetzt: die Erben des Kaufmanns Hermann Bokemüller: 1. dessen Wittwe, Helene, geb. Möhlenkamp, 2. Margarethe, 3. Hans, 4. Elisabeth, 5. Toni Bokemüller.
12. Germania-Brauerei zu Wolfenbüttel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Braumeister Albert Gender ist als Geschäftsführer ausgeschieden und sind der Braumeister Lorenz Bötzel, sowie der Kaufmann Wilhelm Schaare zu Geschäftsführern bestellt.
13. Harzer Margarinewerke, G. m. b. H., Gandersheim. Zu Folge Beschlusses vom 30. März cr. soll die Gesellschaft vom 1. April cr. an aufgelöst werden. Der bisherige Geschäftsführer, Kaufmann Rudolph Wehlmann zu Ballenstedt a. H., ist zum Liquidator ernannt. Derselbe zeichnet für die Gesellschaft: Harzer Margarinewerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, R. Wehlmann.

3. Löschungen.

1. M. Glaser, Bank- und Wechselgeschäft, Blankenburg.
2. A. Praesent, Seesen.
3. Julius Pulkowski. Inhaber: Otto Bötticher, Braunschweig.
4. Rosenbaum & Elias, Braunschweig.
5. Hans Lühge, Wolfenbüttel.
6. C. Wilh. Denecke, vormals Gebr. Könnecke, Braunschweig.
7. Lange & Leske, Braunschweig.
8. Hugo König, Eisenhandlung, Holzminden.
9. Hugo König, Cigarren- und Tabakfabrik, Holzminden.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Mühle Rüningen, Aktiengesellschaft zu Rüningen. Den Kaufleuten Albert Barth und Georg König in Braunschweig.
2. Berthold Kroehl, Braunschweig. Dem Kaufmann Georg Rose.
3. Ludwig & Lohmann, Braunschweig. Dem Kassirer Gustav Ludwig.
4. Carl Lütgeharm, Wolfenbüttel. Dem Kaufmann Ernst Lütgeharm.
5. Steding & Co., Dampfziegelei Moorhütte, Volkmarode. Dem Kaufmann Hermann Hesse in Volkmarode.
6. T. F. Lorber, Braunschweig. Dem Kaufmann Guido Roeder.

5. Prokuralöschungen.

1. Mühle Rüningen, Aktiengesellschaft zu Rüningen. Kaufmann Hermann Greulich in Braunschweig.

2. Consolidirte Suder'sche Braunkohlen-Bergwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Blankenburg a. H. Kaufmann Liestmann zu Helmstedt.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Germania-Brauerei zu Wolfenbüttel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Betrag des Stammkapitals: 250000 Mk.
2. Molkerei-Genossenschaft Braak, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Braak.
3. Fabrik haltbarer Speisen Harlingerode, vormals Herm. Dehn, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Harlingerode.

2. Abänderungen.

1. Konsumverein Bortfeld. An Stelle des aus dem Vorstande freiwillig ausgeschiedenen Maurers Carl Feuge ist der Brinksitzer Hennig Meyer auf ein Jahr neu gewählt worden.
2. Konsumverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, zu Ottenstein. Die bisherige Firma ist abgeändert in: Konsumverein Ottenstein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
3. Konsumverein Oelber a. w. W., eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des Maurers August Rusack und des Brinksitzers Karl Beims sind der Brinksitzer und Arbeiter Hermann Diekmann und der Brinksitzer und Schweinemeister August Nienstedt in Oelber a. w. W. zu Vorstandsmitgliedern gewählt.
4. Molkerei Lehre, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Der Burgmeier Heinrich Schaper ist aus dem Vorstande ausgeschieden. An dessen Stelle ist der Kothsass Wilhelm Bethge als Vorsitzender in den Vorstand gewählt.
5. Allgemeiner Konsumverein zu Braunschweig, E. G. m. b. H. An Stelle des krankheitshalber aus dem Vorstande ausgeschiedenen Schlossers August Deumeland ist der Kaufmann Hermann Klein neu in den Vorstand gewählt.
6. Konservenfabrik Wendeburg, E. G. m. b. H. Die §§ 3, 5 und 7 des Statuts sind abgeändert.
7. Aktien-Cement-Fabrik Schlewecke. Die folgenden, durch Beschluss der Generalversammlung vom 1. April 1900 getroffenen Abänderungen des Gesellschaftsvertrages sind eingetragen: 1. Der Vorstand besteht aus fünf von der Generalversammlung zu wählenden Aktionären. 2. Die Generalversammlung wird vom Vorsitzenden des Aufsichtsraths oder vom Vorstande berufen. Die Berufung erfolgt durch Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. Ausserdem soll thunlichst eine Benachrichtigung der Aktionäre durch Cirkular oder Brief erfolgen. Erhält ein Aktionär in diesem Falle versehentlich weder Cirkular noch Brief, so soll er hieraus eine Einrede nicht herleiten können. 3. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger. 4. Durch Beschluss der Generalversammlung, welcher zwei Drittel Mehrheit erfordern soll, kann das Grundkapital durch Emission von 51 weiteren Aktien auf 91800 Mk. erhöht werden.
8. Konsumverein Braunlage i. H., eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 8. April 1900 ist für den verstorbenen Hotelbesitzer Eggeling der Prokurist Hermann Nebe zum Geschäftsführer gewählt.
9. Molkerei-Genossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, zu Bahrdorf. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Wilh. Schulze zu Bahrdorf ist der Landwirth Heinrich Masche daselbst gewählt und das statutenmässig ausscheidende Vorstandsmitglied, Landwirth Wilhelm Prein zu Bahrdorf, wiedergewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Richard Westphal, Landwirth, Semmenstedt, 4. April 1900.
2. Friedrich Holtschmidt, Kaufmann, in Firma Brüder Holtschmidt, Braunschweig, 14. April 1900.
3. Kasten, Schneidermeister, Gr.-Steinum, 25. April 1900.

2. Aufhebungen.

1. Ehefrau des Anbauers Julius Meyerding, Wilhelmine, geb. Behme, Broitzem.
2. Gustav Schlüter, Schlossermeister, Braunschweig.
3. Otto Weissing, Cigarrenhändler, Braunschweig.
4. Gustav Lutz, Restaurateur, Wolfenbüttel.
5. Heinrich Binroth, Bauunternehmer, früher in Blankenburg, jetzt in Braunschweig.
6. Wittve des Spiegelfabrikanten Heinrich Jahns, Friederike, geb. Scholle, Braunschweig.
7. August Albrecht, Herdfabrikant, Braunschweig.
8. Peinemann, früher Schutzmann, jetzt Händler, Eschershausen.
9. Ehefrau des Kürschners Ferdinand Grotchenn, Auguste, geb. Franke, Eschershausen.
10. Wittve des Brinksitzers Wilhelm Fischer, Auguste, geb. Kuhlmann, Negenborn.
11. Georg Zahn, Kaufmann, Braunschweig.
12. Verstorbene Ehefrau des Bauunternehmers Heinrich Binroth, Mathilde, geb. Lampe, Blankenburg a. H.

Bücher-Eingänge.

Dr. R. Leonhard, Professor, Geh. Justizrath: *Die Hauptziele des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches*. Vorträge in volkstümlicher Fassung. Breslau 1900. J. A. Kern's Verlag. 150 S. Preis 1 Mk.

Der als Rechtslehrer und juristischer Schriftsteller wohlbekannte Verfasser versucht in der vorstehenden Sammlung von Vorträgen das neue Bürgerliche Gesetzbuch in seinen wichtigsten Beziehungen zum Volkswohl in gemeinverständlicher Fassung zu schildern. Am meisten dürfte er dieser Aufgabe in dem Vortrage über das Miethrecht gerecht geworden sein. Trotzdem die Auffassung des Verfassers in manchen Punkten anfechtbar ist und die Neuerungen, welche das Bürgerliche Gesetzbuch bringt, zu ausschliesslich den Bestimmungen des Allgemeinen Preussischen Landrechts gegenübergestellt sind, kann die Anschaffung des Büchleins wegen der für den spröden Stoff ungemein lebendigen und fesselnden Darstellungsweise angelegentlich empfohlen werden.

Carl Arndt

Ingenieur.

Gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Patent-, Muster- und Zeichenwesen.

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Braunschweig,

Kaiser Wilhelmstr. 1a.



Fernsprecher 597.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Jahresbericht

des

Kaufmännischen Lehrlingsheims

(Vereinigung der Handlungslehrlinge)

zu **Braunschweig**

für das Jahr **1899/1900.**

Vorbemerkung.

Das Kaufmännische Lehrlingsheim, welches am 19. Februar 1893 auf Anregung des Fabrikanten Herrn Brückmann vom Kaufmännischen Verein »Union« gegründet wurde, hat sein siebentes Arbeitsjahr vollendet.

Im Oktober 1894 wurde das Heim vom derzeitigen Vorsitzenden der »Union«, Herrn J. Neuman, umgestaltet und dem jetzigen Leiter übertragen.

Am 1. April 1896 wurde die Einrichtung von der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig übernommen, unter Mitwirkung der Handelskammer und der Kaufmannschaft eine feste Grundlage, gute Organisation, Satzungen und Hausordnung geschaffen und die Unterstützung fast sämtlicher hiesiger kaufmännischer Vereine gewonnen.

Das Lehrlingsheim untersteht nunmehr einer Kommission, die sich aus je zwei Vertretern der Handelskammer (Herren Otto Himmel und Emil Baumgarten), sowie der fünf unterstützenden Vereine:

1. Kaufmännischer Verein »Union« (Herren J. Neuman und E. Schreckhas),
 2. Handelsverein (Herren R. Lange und A. Ackenhausen),
 3. Verband reisender Kaufleute Deutschlands, Sektion Braunschweig (Herren L. Cramer und O. Rademacher),
 4. Verband deutscher Handlungsgehilfen, Kreisverein Braunschweig (Herren H. Willms und Ferd. Plate),
 5. Verein für Handlungskommis von 1858, Bezirk Braunschweig (Herren Paul Grunewald und Wilh. Reile)
- und dem Leiter des Heims, Lehrer Th. Sander, zusammengesetzt.

Den engeren **Vorstand** bilden die Herren:

O. Himmel, erster Vorsitzender,
J. Neuman, zweiter Vorsitzender,
L. Cramer, Schriftführer,
R. Lange, Kassenwart,
Th. Sander, Leiter des Heims.

Zweck und Aufgabe des Heims.

Am 30. Juni 1899 empfing der König Albert von Sachsen eine Abordnung des Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen, die Vorstandsmitglieder der neugegründeten »Deutschen Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute«. Nachdem Herr Regierungsrath Dr. Stegemann den Zweck der Stiftung vorgetragen, äusserte sich der König besonders über die Notwendigkeit der Charakterbildung, indem er erwiderte: Er sei auch überzeugt, dass mit der höheren Ausbildung des Geistes eine straffere Zucht der Charakterbildung Hand in Hand gehen werde. Ihm sei es bei den vorgelegten Begnadigungsgesuchen öfters schmerzlich aufgefallen, wie stark der Prozentsatz der Kaufleute unter denselben vertreten sei.

Auf die Charakterbildung müsse gerade auch bei der Ausbildung des jungen Kaufmanns, der so **vielseitigen Versuchungen ausgesetzt sei, besonderes Gewicht gelegt werden.**

Dem Zwecke der Einwirkung auf den Charakter der kaufmännischen Lehrlinge dient hauptsächlich auch die Einrichtung der kaufmännischen Lehrlingsheime. Seit der Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sind dieselben insbesondere für die Grossstädte eine Notwendigkeit geworden, um den kaufmännischen Lehrlingen einer Stadt, ganz besonders den auswärtigen, ein Heim zu bieten, in dem sie Gelegenheit zu geselliger und bildender Unterhaltung finden.

Solche Lehrlingsheime sind notwendig:

A. Im Interesse des Lehrherrn.

Die sonntägliche Freizeit kostet, unrichtig angewandt, dem Lehrling viel Geld, und so liegt gerade in dieser falschen Anwendung in den sonntäglichen Vergnügungen der starke Anreiz und die bleibende Ursache zu Veruntreuungen, wie die tägliche Erfahrung gelehrt hat.

Ausserdem ist es aber auch Pflicht des Lehrherrn, den ihm anvertrauten Lehrling zu einem tüchtigen, charaktervollen Menschen und zu einem brauchbaren, ehrlichen Kaufmann zu erziehen. Das frühere patriarchalische Verhältnis zwischen Lehrherrn und Lehrling ist fast überall geschwunden. Um auch in der Freizeit des Sonntags die erzieherische Aufgabe zu erfüllen, fehlt es dem Kaufmann meist an Zeit und oft auch an der Lust und Fähigkeit dazu. Das Kaufmännische Lehrlingsheim nimmt dem Lehrherrn diese Verpflichtung ab.

Nicht bloss die Rücksicht auf den Kaufmannsstand, auf die Eltern des Lehrlings und auf den Lehrling selbst fordert vom Lehrherrn die Verpflichtung einer tüchtigen Erziehung des Nachwuchses, sondern auch die Rücksicht auf den Staat und auf die Weltwirtschaft. Je mehr das deutsche Volk sich anschickt, den Weltmarkt zu erobern und sich eine bevorzugte Stellung im Welt-

handel zu sichern, um so mehr ist es notwendig, dass alle Berufskreise durch eine gesunde, auf sittlicher Grundlage aufgebaute Ausbildung Ziel und Stellung unserer wirtschaftlichen Entwicklung gewährleisten. Daher muss auch der Kaufmannsstand, der durch seine Thätigkeit tief eingreift in das Wirtschaftsgetriebe, ein hochgebildeter, d. h. tüchtiger und charaktervoller Stand sein. Das Endergebnis auf dem Weltmarkte und im Welthandel ist bedingt durch die geistige und sittliche Tüchtigkeit der Einzelnen. Es setzt sich gewissermaassen aus diesen Faktoren zusammen. Deshalb heisst es mit weitem Blick für die Zukunft sorgen. Diese erntet immer erst, was die Gegenwart in der Lehrlingsbildung gesäet hat.

B. Im Interesse der Lehrlinge und der Eltern derselben.

1. Die Lehrlinge wissen meist nicht, wo und wie sie ihre sonntägliche freie Zeit angemessen verbringen sollen.
2. Der Besuch der Wirtschaften, Vereine, Klubs, Specialitäten, der freie Verkehr erfordern sehr oft grosse Geldausgaben und verleiten daher leicht zu Veruntreuungen. Die jungen unerfahrenen Leute sind sich meistens der vollen Tragweite ihrer Handlungsweise nicht bewusst, vor Allem bei Beginn dieses Lebenswandels, der sehr oft nicht nur mit moralischem, sondern auch gesellschaftlichem Schiffbruch endet. Die Lehrlinge werden Opfer der Gefahren der Grossstadt. Dies will und kann das Lehrlingsheim verhüten.
3. Den Lehrlingen fehlt der veredelnde Verkehr und die Gewöhnung an geistige und höhere Genüsse. Es ist nötig, einen guten Ton, bescheidene, gesittete Umgangsformen und offenes Wesen, keine Duckmäuser, aber auch keine Flegel oder blasierte Hohlköpfe zu erziehen.
4. Da der Leiter des Heims den Lehrlingen menschlich näher zu treten in der Lage ist, so kann er auf die Charakterentwicklung, die Gemütsbildung, die Auswahl der Lektüre und die Weiterbildung der Lehrlinge einen bedeutenden und segensreichen Einfluss ausüben.
5. Das Lehrlingsheim ist somit auch eine notwendige Ergänzung zur Einrichtung der kaufmännischen Fortbildungsschulen. Bei der knapp bemessenen Stundenzahl, welche der kaufmännischen Fortbildungsschule zur Verfügung steht, ist es nicht möglich, manche wünschenswerte und nützliche Fächer, wie Volkswirtschaftslehre, Gesetzes- und Bürgerkunde, Handelsbetriebslehre, Handelsgeschichte, Warenkunde, Litteratur, Turnen und Turnspiele überhaupt oder gebührend zu berücksichtigen. Es drängen sich dem Lehrlinge auch viele Fragen aus der Praxis seines Berufes und aus dem gesellschaftlichen Leben auf.

Im Kaufmännischen Lehrlingsheim ist dem jungen, strebsamen Lehrlinge durch Vorträge, Lektüre und Besprechung Gelegenheit gegeben, manche Lücken in seiner Bildung auszufüllen, manche Anregung zur Weiterbildung zu empfangen und eine geläuterte Lebens- und Weltauffassung zu erhalten.

Die Mittel zur Erreichung des Zweckes.

Zur Erreichung des Zweckes werden Vorträge aus den verschiedenen Wissensgebieten gehalten bezw. zugänglich gemacht, Fragen aus dem praktischen Kaufmannsleben erörtert, Fabriken, gewerbliche Anlagen und Sehenswürdigkeiten der Stadt besucht, Gesellschaftsspiele und eine Büchersammlung zur Verfügung gestellt, Turnübungen, Turnmärsche, Turnspiele, Eislauf und Ausflüge veranstaltet.

Für jedes Heim ist die persönliche Einwirkung durch den Leiter und der einheitliche Geist in den Veranstaltungen ein wichtiges Moment, um auf die Charakterbildung des jungen Nachwuchses günstig einzuwirken.

Aeussere Einrichtung.

Das Kaufmännische Lehrlingsheim ist in der Regel allsonntäglich von 4 bis 9 Uhr nachmittags geöffnet.

Versammlungslokal ist Hotel d'Angleterre.

Die erwähnten Turnspiele finden bei günstigem Wetter von 5 bis 7 Uhr auf dem Amalienplatze vor dem Petrithore statt.

Zum Besuche des Heims ist jeder in der Stadt Braunschweig beschäftigte Handlungslehrling von tadelloser Führung berechtigt, wenn er sich zur Beobachtung der Hausordnung verpflichtet. Die Aufnahme erfolgt nach schriftlicher oder mündlicher Anmeldung beim Leiter durch Unterzeichnung der Hausordnung.

Ausser einer vierteljährlichen Zahlung von 50 Pfg., welche in die Reisekasse fliessen und als Reisezuschuss oder zum Ankauf von Geschenken bei der Weihnachtsfeier Verwendung finden, hat der Lehrling keinerlei Beiträge zu entrichten; er ist auch nicht verpflichtet, in den Räumen des Heims irgend etwas zu verzehren.

Die Veranstaltungen.

Die Veranstaltungen des Kaufmännischen Lehrlingsheims gliedern sich in zwei Hauptgruppen:

1. Beschäftigung im Freien.
2. Beschäftigung im Zimmer.

I. Beschäftigung im Freien.

Diese tritt naturgemäss im Sommer mehr in den Vordergrund, während die Winterzeit den Veranstaltungen im Zimmer weiteren Spielraum gewährt.

A. Die Turnspiele.

Diese sind für die Regelmässigkeit des Besuchs während der Sommermonate und für die gedeihliche Entwicklung von Lehr- lingsheimen überhaupt von grossem Einfluss.

Ueber die Beteiligung, die Spieltage und die Spiele giebt folgende Uebersicht, welche auch die Ferienspiele, die Turnmärsche und das veranstaltete Kriegsspiel berücksichtigt, näheren Aufschluss:

1899:

Anzahl der Spieltage	Anzahl der Teilnehmer an den Turnspielen	Spiele, welche getrieben wurden	Wie oft?
31	848	Schleuderball	8
		Faustball	24
		Fussball	8
		Malstossen	2
		Ball mit Freistätten	4
		Kaiserball	23
		Barlauf	3
		Turnmärsche	5
		Kriegsspiel	1

Die Teilnehmerzahl insgesamt und die Teilnehmer an den Turnspielen, auf die einzelnen Monate verteilt, veranschaulicht folgende Tabelle:

Monat	Teilnehmer	
	insgesamt	bei den Turnspielen
April 1899 (1/2)	111	60
Mai	184	103
Juni und Juli (Ferien)	182	101
August	105	102
September	126	109
Oktober	184	151
November	202	59
Dezember (Ferien)	144	—
Januar 1900	160	15
Februar	119	21
März und April	250	127
Arbeitsjahr 1899/1900	1767	848

Die Gesamtzahl der Teilnehmer (1767), die höchste seit Bestehen des Heims, ist vor Allem deshalb als erfreuliche Thatsache zu bezeichnen, weil der Besuch zugleich, wie auch in den früheren Jahren, ein sehr regelmässiger war und weil der Geist, der in den jungen Leuten herrschte, ein vorzüglicher genannt zu werden verdient.

Aus Anlass des Besuches der Hamburg-Eimsbütteler und Leipziger Turner wurde am Pfingsttage (21. Mai 1899) ein Spiel-fest vom hiesigen Ausschuss für Jugend- und Volksspiele abgehalten.

An demselben beteiligten sich die Mitglieder des Kaufmännischen Lehrlingsheims durch ein Faustball-Wettspiel mit der Leipziger Jugendabteilung, in welchem unsere Spieler mit 39 : 22 siegten.

B. Turnmärsche, Kriegsspiele.

Unsere kleineren Turnmärsche und Spaziergänge führten uns nach dem Nussberge, dem v. Pawel'schen Holze und dem Timmer-laher Busch.

Ein Kriegsspiel fand wiederum unter grosser Beteiligung im September bei Veltenhof statt.

C. Grössere Ausflüge.

Alljährlich finden zwei oder drei grössere Ausflüge statt. Es ist wesentlich und wünschenswert, wenn die Lehrherren hierzu bereitwillig die Erlaubnis erteilen, da hierdurch das Interesse am Lehrlingsheim gesteigert und die Arbeitsfreudigkeit der Lehrlinge im Geschäft erhöht wird.

Unser ganztägiger Frühlingsausflug führte uns wieder, wie alljährlich, nach dem Elme.

Im August fand unsere diesjährige Harzreise statt, die uns über Goslar - Juliushütte - Wolfshagen - Lautenthal - Hüttschenthal - Wildemann-Spiegelthal-Hahnenklee zurück nach Goslar führte und eine ausserordentliche Marschleistungsfähigkeit der Mitglieder zeigte. Die Reise bot viel des Schönen und bildet eine liebe Erinnerung für die Teilnehmer.

Im September wurde eine halbtägige Oderfahrt unternommen. Die elektrische Strassenbahn stellte für die Strecke Braunschweig-Wolfenbüttel einen Extrawagen, von letzterem Orte aus wurde dann der schöne, leider so wenig bekannte Oderwald durchquert und in Ohrum Station gemacht.

Bei diesen grösseren Ausflügen hat sich die Einrichtung der sogenannten Reisekasse trefflich bewährt. Die Kasse, in welche jeder Lehrling, wie eingangs erwähnt, vierteljährlich 50 Pfg. ein-zahlt, wird unter Oberaufsicht des Leiters von einem Mitgliede vorzüglich verwaltet. Die Mittel bilden dann als Reisezuschuss oder bei gesellschaftlichen Veranstaltungen eine willkommene Zu-busse und erleichtern manchem die Teilnahme.

D. Besichtigungen.

Diese sollen den Gesichtskreis des jungen Kaufmannes er-weitern, ihm Verständnis und Interesse für die Industrien der Heimatstadt, für die Entstehung der Waren, sowie Kenntnis der Produkte selbst übermitteln.

Nachfolgende Besichtigungen wurden in diesem Jahre ausgeführt:

1. Der botanische Garten, besonders die ausländischen Handelspflanzen in den Gewächshäusern, unter der liebenswürdigen Führung des Herrn Garteninspektors Hollmer.
2. Silberhütte zu Lautenthal, und zwar:
 - a) das Rösthause und die Schwefelsäuregewinnung,
 - b) die Schmelzhütte zur Bleigewinnung.
3. Die afrikanische Ausstellung in den Räumen der Handelskammer. Dieselbe zeigte Zeugstoffe aller Art für den Handel mit innerafrikanischen Völkern.
4. Die Wurstfabrik von Denecke & Himmel, unter der Leitung des Herrn Meyer, Werkmeister der Fabrik.
5. Die Städtische Gasanstalt an der Taubenstrasse, unter der ausgezeichneten Führung des Herrn Ingenieur Mörs.

Auf die vielfachen Anregungen und Belehrungen, welche die Besichtigungen bringen, mag hier nur hingewiesen werden. Ganz unauffällig lässt sich im Rahmen einer solchen Besichtigung auf viele volkswirtschaftliche Grundbegriffe, auf die Arbeitsteilung, Schutzzölle, auf die Arbeiterschutzgesetzgebung und Arbeiterfürsorge, wie Badeanstalten, Kaffeemaschinen und dergl., hinweisen. Das alles wird dann durch die Anschauung unterstützt und vom unmittelbaren Interesse getragen. Für die scharfe Beobachtung und die Weckung dieser Gabe sind solche Besichtigungen eine gute Schule. Sicher sind sie auch imstande, manche landläufigen und oberflächlichen Urteile zu berichtigen, eine bessere Einsicht und Wertschätzung der Arbeit zu verschaffen und Begeisterung und Liebe zum Kaufmannsstande, dem bei rechtem, tüchtigem Unternehmungsgeist die Welt noch heute offen steht, zu wecken.

II. Beschäftigung im Zimmer.

Dem Kaufmännischen Lehrlingsheim stehen für die Beschäftigung im Zimmer drei grosse Räume im Hotel d'Angleterre zur Verfügung.

Neben der körperlichen Ausbildung ist auch die Fürsorge für die geistige Bildung nicht vernachlässigt worden.

A. Die Vorträge.

Die diesjährigen Vorträge, an welchen sich auch die Herren Lehrer Ernst und Mügge, sowie Herr Schwarzmann in dankenswerter Weise durch Uebernahme von Vorträgen beteiligten, behandelten nach der Zeitfolge:

1. Die wichtigsten ausländischen Handelspflanzen (Leiter).
2. Goethe, ein Gedenkblatt (Leiter).
3. Einiges vom III. Kongress für das Kaufmännische Unternehmertum in Hannover (Leiter).
4. Experimentalvortrag aus dem Gebiete der Elektrizität: Vorführung der Influenzmaschine (Herr Mügge).

5. Transvaal und die jetzige Lage daselbst (Leiter).
6. Unzweckmässige Fussbekleidung (Leiter).
7. Reiseerinnerungen von der Nordsee (Leiter): I. Hamburg-Helgoland.
8. Fortsetzung: II. Die nordfriesischen Inseln einst und jetzt.
9. Eine Reise in die Sternenwelt und die Geburt der Erde (Herr Ernst).
10. Rückblick auf unser Arbeitsjahr (Leiter).
11. Kaufmännische Registratur, Schreibmaschinen nebst Vorführung der verschiedenen Systeme (Herr Schwarzmann).
12. Entstehung der Erde und ihrer Gebirge (Herr Ernst).
13. Teerproduktenfabrikation (Leiter).

B. Freie Vorträge der Mitglieder.

Zum erstenmale ist versucht worden, die Mitglieder zu kurzen freien Vorträgen aus den jeweiligen Lieblingsfächern derselben heranzuziehen, um dadurch die Mitglieder in zusammenhängender Rede, überhaupt im mündlichen Vortrage, zu üben.

Bei den jungen Kaufleuten, wie überhaupt im Kaufmannsstande, zeigt sich oftmals ein bedenklicher Mangel in der Beherrschung der freien Rede. Es ist aber von grosser Wichtigkeit im öffentlichen wie privaten Leben, wenn jemand seinen Gedanken auch den rechten Ausdruck zu geben vermag.

Es ist anzunehmen, dass die Mehrzahl der Mitglieder sich mit irgend einer Sache oder einem Fache gern beschäftigen; aus diesem Lieblingsfache sollte dann jeder selbständig sein Thema wählen. Damit war zugleich auch eine eingehendere Beschäftigung, eine Anregung zur Fortsetzung der Lieblingsbeschäftigung verbunden. Die Vorträge sollten vollkommen frei gehalten werden und eine Zeitdauer von 15 Minuten nicht überschreiten. An den Vortrag sollte sich dann, wenn möglich, eine sachgemässe Besprechung anschliessen.

Die Anregung ist auf fruchtbaren Boden gefallen, wie die nachfolgende Blütenlese der gehaltenen Vorträge beweist:

1. Der Kaufmann im alten Rom. (Mitglied Balke.)
2. Der Seehandel im Altertum. (Mitglied Weber.)
3. Volkswirtschaftliche Systeme. (Mitglied Gothmann.)
4. Ueber Reklame. (Mitglied Bertram.)
5. Eine Palastrevolution unter Zar Paul I. (Mitglied Löhr.)
6. Theodor Körner (Mitglied Cramer.)
7. Entwicklung des Post- und Telegraphenwesens. (Mitglied Gothmann.)

Die Auswahl der Themen zeigt zugleich die jeweilige Richtung des Interesses der Einzelnen. Die gehaltenen Vorträge sind dann teilweise in einer Mappe gesammelt worden. So ist dieser erste Versuch über alles Erwarten gelungen und der Weiterentwicklung wert.

C. Besprechungen aus der Praxis des Kaufmannslebens.

Bisher wurden in den beiden vorhergehenden Jahren verschiedene Wechsellvorfälle, Rechtsfälle, Beispiele aus dem Kontokorrentverkehr, aus der Handelsbetriebslehre, sowie Volkswirtschaftslehre besprochen.

Diesen Besprechungen brachten die Mitglieder auch in diesem Jahre wieder reges Interesse entgegen, und so gestaltete sich der Meinungsaustausch oftmals recht lebhaft.

Es wurden besprochen:

1. Ist Unpünktlichkeit des Handlungsgehilfen ein Grund zu sofortiger Entlassung?
2. Der Warenversand und die Thätigkeit im Versandraume.
3. Die Portokasse und ihre zweckmässige Einrichtung in kleinen, mittleren und grossen Geschäften, sowie in Fabriken.
4. Sind Geschäftslügen erlaubt und geboten?
5. Die kaufmännische Registratur in kleinen, mittleren und grossen Geschäften, sowie in Fabriken.
6. Einheitliches Format bei Geschäftspapieren (wie Briefbogen, Kataloge und dergl.).
7. Inkasso-Verfahren (Zettelsystem für grosse, Buchsystem für mittlere Geschäfte).
8. Auf dem Zollamt.

D. Vorlesungen und kleinere Skizzen.

Ausser den »Reisebriefen eines jungen Kaufmanns«, in denen der erst zwanzigjährige Sohn eines Spielwarenfabrikanten aus Sonneberg seine auf dreizehn Monate berechnete Reise um die Erde beschreibt, wurden kleinere Proben aus **Reuter, Humoresken** von Schröder und einige Skizzen geboten.

E. Besuch von Vereinsvorträgen.

(An Werktagsabenden.)

Dem Kaufmännischen Lehrlingsheim sind in diesem Jahre wieder sowohl vom Kaufmännischen Verein »Union«, als auch vom »Kreisverein Braunschweig im Verbande deutscher Handlungsgehilfen« Eintrittskarten zu den Wintervorträgen für eifrige und strebsame Mitglieder des Heims zur Verfügung gestellt worden.

Soweit diese Vorträge von Mitgliedern stenographisch aufgenommen wurden, sind sie zu einem Berichte verarbeitet und den übrigen Mitgliedern dadurch nutzbar gemacht worden.

Die Unionsvorträge behandelten:

1. Ueber Anmut in Kunst und Leben von Pastor a. D. Eggeling, Lehrer an der Kunstakademie zu Weimar;
2. Die kolonisationsische Bedeutung und die Geschichte der Buren von Prof. Dr. von Oettingen.

Die Vorträge im Kreisverein deutscher Handlungsgehilfen behandelten:

1. Rezitatorischer Abend von Georg Gernss-Gera.
2. Aussichten der Handlungsgehilfen in Nordamerika. (Herr Richter-Magdeburg.)

3. Kaufmännische Standesfragen. (Herr Silbermanns-Leipzig.)
4. Entwicklung des Geld- und Kreditwesens. (Herr Dr. Senholdt-Braunschweig.)
5. Ein Besuch auf der Halliginsel Oland, Reiseerinnerungen. (Herr Sander-Braunschweig.)
6. Ueber Tuberkulose. (Herr Dr. Ahrens-Braunschweig.)

F. Keulenschwingen.

Dasselbe dient besonders der körperlichen Uebung und Kräftigung während des Winters. Es wurde insgesamt an 17 Sonntagen eifrig geübt und die Weihnachtsfeier durch vorzüglich gelungene Vorführungen im Keulenschwingen verschönt.

G. Besondere Feiern.

Nach den anstrengenden Wochen der Weihnachtszeit ist es den jugendlichen Mitgliedern des Kaufmännischen Lehrlingsheims wohl zu gönnen, sich zu fröhlichem festlichen Thun zusammenzufinden.

Unsere diesjährige **Weihnachtsfeier** muss als ganz besonders gut gelungen bezeichnet werden. Die Darbietungen, über welche in der Monatsschrift für Handel und Industrie bereits berichtet ist, zeugten von grossem Fleiss und tüchtigem Können.

An der Feier beteiligten sich Mitglieder der Handelskammer, des Vorstandes, Lehrherren und Eltern der Lehrlinge, sowie einige Freunde der Sache.

Eine veranstaltete Verlosung brachte jedem der Mitglieder einen passenden Gegenstand.

Ausserdem war es dem Leiter wieder möglich, wertvolle **Bücherprämien**, gestiftet vom Vorstande und vom Vorsitzenden, Herrn Himmel, an besonders strebsame und eifrige Mitglieder zu verteilen.

Die mit entsprechender Widmung versehenen Bücher wurden an nachfolgende Mitglieder verteilt:

1. Hermann Balke, i. H.: F. B. C. Becker (Inh. W. Kreter), und zwar »Hungerpastor« von Raabe und »Männer der Zeit, Alfred Krupp«.
2. Eduard Weber, i. H.: Rudo & Co. — Goethes Werke.
3. Robert Lüer, i. H.: L. Cramer & Co. — Huber Schär, Handbuch der Handelswissenschaften.
4. Philipp Gothmann, i. H.: v. Dolffs & Helle — Jentsch, Volkswirtschaftslehre.
5. August Bertram, i. H.: Fr. Störig — Rochus Schmidt, Deutschlands koloniale Helden, I. Teil.
6. Friedrich Ritter, i. H.: Brendecke & Nahde — Rochus Schmidt, Deutschlands koloniale Helden, II. Teil.
7. Karl Scheller, i. H.: Fr. Haake — Einfache, doppelte und amerikanische Buchführung von G. Bender.

Bei der Auswahl der Bücher wurden die Individualität und die besonderen Neigungen der damit Ausgezeichneten berücksichtigt.

Von Seiten der Mitglieder des Heims wurde dem Leiter eine von einem Mitgliede künstlerisch ausgeführte Widmung im Rahmen überreicht.

Gemütliches Beisammensein mit Gesang fröhlicher Lieder, musikalischen und humoristischen Vorträgen fand statt: Am Abend nach dem **Spießfeste, Pfingsten**, ferner aus Anlass des Besuches der Kaufmännischen Fortbildungsschule Schöppenstedt am 18. Juni, sowie an den Sonntagen 14. und 28. Januar und am 8. April, aus Anteilnahme an der unseren Mitgliedern Hermann Balke und Philipp Gothmann gewordenen Prämien-Auszeichnung für ihre vorzüglichen Leistungen in der kaufmännischen Fortbildungsschule.

H. Büchersammlung, Gesellschaftsspiele.

Unsere reichhaltige Büchersammlung, die den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung steht, ist in diesem Jahre durch eine ansehnliche Schenkung des Vorstandsmitgliedes Herrn L. Cramer, und zwar 16 Bände der Zeitschrift »Vom Fels zum Meer«, vermehrt worden, wofür dem Stifter der Dank des Lehrlingsheims auch an dieser Stelle ausgesprochen sei.

Neben der Büchersammlung gewähren die vorzüglichen Gesellschaftsspiele, die beiden zur Verfügung gestellten Billards bei ungünstigem Wetter genügend Unterhaltung und Beschäftigung. Den älteren Lehrlingen stand ausserdem auch die Kegelbahn gegen mässiges Entgelt zeitweise zur Verfügung.

So ist für Unterhaltung, Belehrung und geselligen Verkehr, für Beschäftigung aller Art in reichlichem Maasse gesorgt.

I. Lesegruppe, Abteilung für Kurzschrift.

Die **Lesegruppe** hat in diesem Jahre »Götz von Berlichingen« mit verteilten Rollen gelesen. Ausserdem sind hin und wieder von den Mitgliedern der Lesegruppe kleinere Kapitel aus gelesenen Werken zum Vortrag gebracht worden.

Durch das Lesen klassischer Stücke soll den jungen Leuten Gelegenheit gegeben werden, sich in die Schönheiten der Werke unserer grossen Dichter und Denker zu versenken und sich einen guten Vortragston anzueignen. Ist erst einmal die Liebe zu solcher Beschäftigung geweckt, so wird der junge Mann auch in der Hast des Geschäftslebens in späterer Zeit Mittel und Musse finden, seinen Geist nach dieser Richtung nicht leer ausgehen zu lassen.

Die Gruppe für **Kurzschrift** bezweckt, den jungen Leuten, welche bereits der Stenographie kundig sind, durch Diktierübungen grössere Fertigkeit in der Ausübung der Stenographie zu geben.

Zu diesem Zwecke haben sich öfter einige junge Leute behufs Diktierübungen zusammengesetzt, auch sind die Vorträge in den kaufmännischen Vereinen durch Mitglieder teilweise stenographisch aufgenommen worden.

K. Eislauf.

Die dankenswerte Vergünstigung des hiesigen Eisbahnvereins, unseren Mitgliedern gegen Lösung von Schülerkarten den Zutritt zu seinen Bahnen zu gestatten, wurde an vier Sonntagen benutzt.

Schlusswort.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Arbeit im Kaufmännischen Lehrlingsheim sich mehr in der Stille, abseits von der breiten Oeffentlichkeit, vollzieht.

Das Heim will für das praktische Leben erziehen, den Gemeinsinn fördern, die Selbstthätigkeit, Selbstzucht, Ordnungsliebe und Gewissenhaftigkeit wecken und ein feines, taktvolles Benehmen im Umgange pflegen. Daher sind auch die Einrichtungen gewissermaassen ein Spiegelbild der Verhältnisse des öffentlichen Lebens. Die jungen Leute sollen angeregt werden, für ein Ganzes zu streben, sich in den Dienst des Ganzen zu stellen, sei es als Schriftführer, Kassen- oder Spielwart, sei es als Obmann des Ganzen oder bestimmter Gruppen, sei es als Zimmer- oder Bücherwart mit Gewissenhaftigkeit ihres Amtes zu warten.

Das Interesse für die kaufmännischen Lehrlingsheime scheint augenblicklich im Wachsen begriffen zu sein. Unsere Nachbarstadt Wolfenbüttel denkt ernstlich daran, ein Heim ins Leben zu rufen, der Hamburger Verein von 1858 hat in seinen Bezirken Neugründungen bewirkt oder angeregt. Es ist zu wünschen, dass die gute Sache in immer weitere Kreise eindringt, denn hier liegt noch ein weites Feld brach, das der Beackerung harrt. Je mehr man erkennt, dass nicht bloss Intelligenz und Kenntnisse den tüchtigen Kaufmann ausmachen, dass vielmehr der Charakter auch eine Hauptsache ist, je mehr wird man den kaufmännischen Lehrlingsheimen sein Augenmerk zuwenden müssen.

Um die Idee der Lehrlingsheime zu fördern, ist es wünschenswert, die bisher in Deutschland gesammelten Erfahrungen durch Besprechung der beteiligten Kreise und Leiter von Heimen in einer Zusammenkunft auszutauschen, damit eine Klärung der Sache und eine Anregung zum weiteren Ausbau gegeben wird. Vielleicht nimmt der Verband für das Kaufmännische Unterrichtswesen, der ja die geeignetste Stelle wäre, die Sache in die Hand.

Die Hauptsache aber bei allen Lehrlingsheimen ist und bleibt, dass Leben und Streben, geistige Regsamkeit sich zeigt, dass Fröhlichkeit mit Ernst sich paart und dass die Veranstaltungen insgesamt vom einheitlichen Geist getragen werden. Es ist nicht wohl angebracht, alle Veranstaltungen bis ins Einzelne zu regeln,

eine gewisse Beweglichkeit muss bleiben, und ausserdem müssen auch die örtlichen Verhältnisse immer berücksichtigt werden. Sehr wichtig für das Bestehen eines Heims ist daher, dass es getragen wird von dem Vertrauen und der moralischen Unterstützung der ernster denkenden Lehrherren, dass es herauswächst aus den wahren Bedürfnissen der Lehrlinge und dass die Persönlichkeit des Leiters vom Interesse für die Sache beseelt, mit Energie und der nötigen Beweglichkeit ausgestattet ist.

Unser Heim hatte sich im verflossenen Jahre der thätigen Unterstützung der Kaufmannschaft durch Beiträge und Schenkungen, sowie durch Uebernahme von Vorträgen, durch liebenswürdiges Entgegenkommen und durch Führung bei Besichtigungen u. a. m. des Interesses weiterer Kreise zu erfreuen. Für die Mitarbeit aller sei an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen. Möchte unser Heim, wie dies ganz besonders in diesem Jahre der Fall war, stets von dem rechten Geiste getragen sein, zum Segen des ganzen Kaufmannsstandes!

Braunschweig, im Mai 1900.

Th. Sander,

Leiter des Kaufmännischen Lehrlingsheims.

Arbeitsplan

des

Kaufmännischen Lehrlingsheims zu Braunschweig

für das Jahr 1900/1901.

Die Veranstaltungen finden allsonntäglich von 4 bis 9 Uhr nachmittags statt. Versammlungslokal ist Hotel d'Angleterre.

I. Sommerhalbjahr,

(Beschäftigung im Freien.)

1. **Turnspiele.** Im Mittelpunkte der Veranstaltungen stehen die Turnspiele.

In diesem Jahre wird ausser dem echt deutschen Schlagball- oder Kaiserballspiele nach Braunschweiger Art besonders das Spiel »Rundum« oder Ball mit vier Freistätten, das ein sehr interessantes Spiel ist, geübt werden.

Ausserdem wird gespielt: Faust- und Fussballspiel, Schleuderbball, Barlauf, Raff- und Grenzball.

Als Laufspiele sind Stafettenlauf und Hindernislaufen in Aussicht genommen.

Anmerkung. Spielplatz: Amalienplatz. Spielzeit: Sonntags nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

2. **Turnmärsche, Spaziergänge, Kriegsspiele.** In der Regel findet allmonatlich ein Turnmarsch oder Ausflug statt. Auch ein Kriegsspiel wird wieder veranstaltet werden.

3. **Grössere Ausflüge.** Im Mai findet ein ganztägiger Ausflug nach dem Elme, Himmelfahrt nach dem Fürstenauer Holze, im Juni eine halbtägige Assefahrt und im August unsere Harzreise (entweder nach den Höhlen von Rübeland oder nach Harzburg und dem Ahrensberge) statt.

4. **Besichtigungen** von Fabriken und gewerblichen Anlagen in der Stadt und Umgebung sollen auch in diesem Jahre wieder ausgeführt werden.

In Aussicht genommen ist die Besichtigung einer Konservenfabrik, Cementwarenfabrik, Bierbrauerei, Maschinenfabrik, Zuckerfabrik und die Warensammlung der Handelskammer. Vielleicht lässt sich auch die Besichtigung der Ilseder Hütte ermöglichen, um einem Wunsche der älteren Mitglieder zu willfahren.

II. Winterhalbjahr.

(Beschäftigung im Zimmer.)

1. **Vorträge und Besprechungen.** Dieselben werden den verschiedensten Wissensgebieten entnommen. Volkswirtschaftliche, gesetzeskundliche und handelswissenschaftliche Stoffe werden besonders berücksichtigt.

Die Besprechungen werden die Handelsbetriebslehre in den Mittelpunkt stellen und Fälle aus dem Geschäftsleben zum Ausgangspunkte nehmen.

2. **Freie Vorträge der Mitglieder.** Zur Uebung in freier, zusammenhängender Rede werden selbstgewählte Vortragsthemen aus den Lieblingsfächern durch die Mitglieder vorgeführt.

3. **Vorlesungen.** In den Mittelpunkt tritt nach Beendigung der »Reisebriefe eines jungen Kaufmanns« die »Reise nach Belling« von F. Reuter.

4. **Lesegruppe, Abteilung für Kurzschrift, Keulenschwingen, Handfertigkeit.** Die Lesegruppe wird »Wilhelm Tell« lesen, die Abteilung für Kurzschrift wird ihre Uebungen fortsetzen, ebenso die Gruppe für Keulenschwingen. Es hat sich auch eine Abteilung für Handfertigkeit gebildet, welche dies Gebiet zu pflegen sich angelegen sein lassen will.

5. **Vereinsvorträge.** Die »Union« und der »Kreisverein im Verbands Deutscher Handlungsgehilfen« haben wieder Eintrittskarten zu den Wintervorträgen für eifrige und pünktliche Mitglieder in Aussicht gestellt.

6. **Verschiedene Beschäftigungen.** Die reichhaltige Büchersammlung, die vorzüglichen Gesellschaftsspiele, ferner zwei Billards stehen den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung, den älteren Mitgliedern auch eine Kegelbahn gegen geringes Entgelt.

Der Braunschweiger Eisbahnverein wird voraussichtlich, wie in früheren Jahren, den Mitgliedern gegen Lösung von Schülerkarten den Zutritt zu seinen Eisbahnen gestatten.

Besondere Feiern. Ausser der Veranstaltung einiger gemüthlicher Abende ist wieder eine Weihnachtsfeier mit Verlosung in Aussicht genommen.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 6.

Braunschweig, Juni 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Maschstrasse 48, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Telephonische Verbindung mit Rheinland-Westfalen.

Die Handelskammer hat an den Staatssekretär des Reichspostamts die nachstehende Eingabe gerichtet:

Es ist in unserem Bezirke, der mit dem Westfälischen Kohlenreviere und den Industriegebieten Rheinlands und Westfalens die regsten Geschäftsbeziehungen unterhält, schon des Oefteren der Wunsch rege geworden, mit den genannten Bezirken in telephonische Verbindung gesetzt zu werden. Mit Rücksicht auf die unserer Preussischen Nachbarstadt Hannover in dieser Beziehung bereits gewährte Verkehrserleichterung dürfen wir wohl auch unsererseits hierdurch die ehrerbietige Bitte an Ew. Excellenz richten, unseren Bezirk mit den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirken in telephonische Verbindung zu bringen.

Rundreisekarten.

Die Handelskammer hat an die Königliche Eisenbahndirektion zu Magdeburg die nachstehende Eingabe gerichtet:

Aus Interessentenkreisen war bei uns beantragt worden, bei der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg dahin vorstellig zu werden, dass den Rundreisekarten von Braunschweig nach Berlin und den östlich von Berlin gelegenen Stationen, sowie den Fahrkarten nach Breslau über Berlin auch für die Strecke Braunschweig-Isenbüttel-Stendal Gültigkeit verliehen werde.

Inzwischen ist der Antrag, wie wir aus der Presse erschen, durch die am 1. Juni bevorstehende Einführung eines direkten Fahr-scheines Braunschweig-Berlin, der sowohl für die Linie über Magdeburg wie auch für die Strecke Isenbüttel-Stendal Gültigkeit hat, zum Theil erledigt worden.

Dagegen werden nach den uns gewordenen Mittheilungen die Fahrkarten über Berlin nach Breslau auch künftig nicht zu der Benutzung der Strecke Braunschweig-Isenbüttel-Stendal berechtigen, während die Gültigkeit der Karten nach Danzig, Königsberg u. s. w. anerkannt ist.

Sofern diese Mittheilungen zutreffend sind, möchten wir uns bei der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg den Antrag gestatten, dass auch den Fahrkarten nach Breslau über Berlin für die Strecke Braunschweig-Isenbüttel-Stendal Gültigkeit verliehen wird und den Reisenden, die Breslau besuchen wollen, die Vortheile der neuen durch Anschluss in Isenbüttel geschaffenen Verbindungen Braunschweigs mit Berlin nicht vorenthalten werden.

Eine derartige Maassnahme würde unseres Erachtens auch zur Hebung der Rentabilität der gedachten Züge beitragen, für deren Benutzung die Handelskammer durch öffentliche Bekanntmachungen schon mehrfach eingetreten ist.

Diese Eingabe ist von der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg unter dem 8. Juni dahin beantwortet worden, dass unter der Voraussetzung des Einverständnisses der Königlichen Eisenbahndirektion Breslau, mit welcher dieselbe in Verhandlungen getreten sei, den zur Zeit für den Verkehr von Braunschweig-H. nach Breslau über Magdeburg-Potsdam-Berlin, Potsdamer Bahnhof-Friedrichstrasse-Sommerfeld bestehenden Schnellzug-, Personenzug- und Rückfahrkarten vom 1. Juli d. J. ab auch Gültigkeit über Meine-Isenbüttel-Stendal-Berlin beigelegt werden sollen.

Als anwesend in der XLII. Plenarsitzung der Handelskammer ist ausser den bereits genannten Herren noch Herr Stadtrath Louis Ballin (Gandersheim) aufzuführen.

Industrie-Museum.

Herr Dr. E. Freise, Dirigent der hiesigen Drogisten-Akademie, hat der Handelskammer eine Kollektion Photographien »Schaufenster-Dekorationen« für ihr Industrie-Museum überwiesen. Diese von der Drogisten-Akademie in den Lehrplan aufgenommene praktische Einrichtung der Schaufenster-Dekoration verdient volle Anerkennung und wird den Besuchern der Drogisten-Akademie für ihre künftige Geschäftsthätigkeit recht nützlich sein.

Schnellzüge Köln-Berlin-Köln.

Zur Bewältigung des stärkeren Reiseverkehrs während der Sommermonate und aus Anlass der Pariser Weltausstellung verkehren vom 28. Mai ab bis 31. August 1900 täglich zwischen

Köln und Berlin über Hannover-Stendal folgende Tagesschnellzüge mit 1. bis 3. Wagenklasse:

1. Richtung Köln-Berlin.

Schnellzug No. 13.

Paris (Nordbhf.) (Fr. Z.) . . . ab	1100
London (W. E. Z.) . . . »	905
(über Calais oder Ostende)	
Brüssel (Nordbhf.) (W. E. Z.) »	556
Aachen (Rhein. Bhf.) . . . »	1047
Köln H.-B. an	1155
Köln H.-B. ab	1252
Lehrte »	704
Braunschweig H. an	809
Berlin Zool. Garten	1034
» Friedrichstrasse »	1045
» Alexanderplatz »	1055
» Schles. Bhf. »	1102
St. Petersburg (O. E. Z.) . . . »	815
Warschau (O. E. Z.) »	207
Wien Nordbhf. »	345

2. Richtung Berlin-Köln.

Schnellzug No. 14.

Warschau (O. E. Z.) ab	1207
Wien Nordbhf. »	930
Breslau Oberschl. Bhf. . . . »	605
Berlin Schles. Bhf. »	1251
» Alexanderplatz »	1258
» Friedrichstrasse »	108
» Zoolog. Garten »	120
Helmstedt »	244
Oebisfelde an	355
Köln H.-B. an	1100
Köln H.-B. ab	1121
Paris (Fr. Z.) an	820

Anmerkung. Die Zeiten von 600 Abends bis 5⁵⁹ Morgens sind durch Unterstreichung der Minutenziffern gekennzeichnet.

Vorbereitung von Handelsverträgen.

Der Staatssekretär des Innern hat an die hiesige Handelskammer das nachstehende Schreiben gerichtet:

Um die geschäftliche Behandlung der zahlreichen Eingaben zoll- und handelspolitischen Inhalts zu erleichtern, ersuche ich, in denjenigen Fällen, wo gleichzeitig mehrere Wünsche vorgetragen werden sollen, diese nicht, wie dies jetzt vielfach geschieht, in eine Eingabe zusammenzufassen, sondern für jeden Wunsch (beim Zolltarif für jede Tarifposition) eine Sondereingabe in je fünf Ausfertigungen zu formiren. Zu besonderem Danke würde ich verpflichtet sein, falls Sie vorstehendes Ersuchen auch den an Sie angeschlossenen Verbänden, Vereinen, Handelsfirmen und Einzelpersonen in geeigneter Weise bekannt geben möchten.

Auf die Eingabe des Vorstandes des Deutschen Handelstages vom 12. Mai erwiderte der Staatssekretär des Innern am 22. Mai das Folgende: »Bei den bisherigen Erörterungen im Wirthschaftlichen Ausschuss über die Aufstellung eines neuen Zolltarifs sind Sachverständige in grosser Zahl aus allen Theilen des Reiches und aus allen Erwerbszweigen zugezogen worden. Bei der Auswahl der Sachkundigen hat der Wirthschaftliche Ausschuss im besonderen Maasse auch auf diejenigen Vorschläge Bedacht genommen, welche die Handelskammern der verschiedenen Bundesstaaten seiner Zeit hierher hatten gelangen lassen. Auch für die noch bevorstehenden weiteren Berathungen des Wirthschaftlichen Ausschusses soll eine rege Fühlung mit den Industriellen und Handelsvertretungen beibehalten werden, sowohl durch Verneh-

mung von Sachverständigen über Fragen, welche durch die bisherigen Erörterungen noch nicht geklärt sind, als auch durch Einholung von Gutachten der Handelsorgane oder durch Anhörung der Interessentenvertretungen an Ort und Stelle. Insoweit daneben die Handelskammern es für nützlich erachten, entweder durch Vermittelung des Deutschen Handelstages oder direkt Mittheilungen und Gutachten hierher gelangen zu lassen, wird mir jede solche Darlegung von Werth sein und zur zutreffenden Abwägung der sich entgegenstehenden wirthschaftlichen Interessen beitragen. — Hinsichtlich der Veröffentlichung eines umgearbeiteten Entwurfs vermag ich zur Zeit eine Auskunft nicht zu ertheilen.«

Eigenes Gebäude der Handels- und Gewerbekammer zu Zittau.

Am 11. Juni wurde das neu errichtete eigene Gebäude der Handels- und Gewerbekammer zu Zittau feierlich eingeweiht.

Handelshochschulen.

Die Handelskammer zu Hannover hat die Errichtung einer Handelsakademie in Hannover, etwa im Anschluss an die technische Hochschule, ins Auge gefasst. Zur Verfolgung dieses Gedankens wurde von ihr ein Ausschuss gebildet, welchem Vertreter der Handelskammer, der technischen Hochschule, des Magistrates und des Bürgervorsteher-Kollegiums in Hannover angehören. Von diesem Ausschuss ist eine Denkschrift zur Frage der Errichtung einer Handelshochschule in Hannover herausgegeben. Die Denkschrift zerfällt in vier Theile, deren erster die Nothwendigkeit von Handelshochschulen überhaupt erörtert, deren zweiter die leitenden Gesichtspunkte darstellt, nach denen man die Handelshochschule in Hannover einzurichten gedenkt, während der dritte und vierte Theil eine bis auf die allerjüngste Zeit vollständige Zusammenstellung aller erreichbaren Angaben über Handelshochschulen und handelshochschulartige Gebilde bringen und zeigen, was in Deutschland und im Auslande bisher für Handelshochschulen gethan worden ist.

Für die Errichtung einer Handelshochschule in Berlin spricht sich in einer Schrift der Syndikus der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Dr. Apt, aus; der Plan einer höheren Handelsschule in Berlin ist in einer Abhandlung von Dr. Dunker erörtert.

Rechtsprechung hiesiger Gerichte.

In einem zwischen zwei Kaufleuten anhängig gewordenen Rechtsstreite, in dem der Verklagte einen angeblich von ihm unterstempelten Bestellschein als bedeutungslos um deswillen un-

berücksichtigt gelassen sehen wollte, weil seiner Ansicht nach unterstempelte Urkunden keine Beweiskraft haben, hat hiesiges Herzogliches Landgericht im Einklange mit hiesigem Herzoglichen Amtsgericht sich dahin ausgesprochen, dass eine von einem Privatmanne unterstempelte Urkunde allerdings nicht zu denjenigen Privaturkunden gehört, die nach der Civilprozessordnung vollen Beweis dafür erbringen, dass die in ihnen enthaltenen Erklärungen von den Ausstellern wirklich abgegeben sind, dass aber immerhin eine unterstempelte Privaturkunde nicht jeder Beweiskraft entbehrt, dass vielmehr die Gerichte das Maass der Beweiskraft einer derartigen Urkunde je nach Lage der Umstände zu bestimmen haben.

Reichsbankstellen.

Am 1. Juni cr. ist in Fulda an Stelle der bisherigen Reichsbanknebenstelle eine dem Reichsbankdirektorium unmittelbar untergeordnete Reichsbankstelle errichtet worden.

Nach dem 1. Juni cr. fällige Wechsel sind daher an die Reichsbankstelle in Fulda zu giriren.

Ferner ist am 11. Juni cr. in Waldkirch eine von der Reichsbankstelle in Freiburg i. Br. abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Ausschuss-Sitzung des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen in Weimar, vom 21. bis 23. Mai 1900.

Der Deutsche Verband für das Kaufmännische Unterrichtswesen hielt unter seinem Vorsitzenden, Herrn Regierungsrath Dr. Stegemann, in Weimar vom 21. bis 23. Mai eine Ausschuss-Sitzung ab, zu der auch eine Anzahl Städte, Handelskammern und kaufmännische Vereine, die nicht im Ausschusse vertreten sind, eingeladen waren und Vertreter entsendet hatten. Anwesend waren einige sechzig Herren.

Zuerst hielt der Vorstand der Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute in Verbindung mit dem Ausschusse eine Sitzung ab. Aus derselben verdient hervorgehoben zu werden, dass das Stiftungsvermögen dank der so erfolgreichen Sammelarbeit der Handelskammern Braunschweig, Chemnitz und Leipzig bereits auf 48 179 Mk. gestiegen ist. Bisher haben schon zwei Studenten von der Handelshochschule Leipzig unterstützt werden können. Es wurde beschlossen, weiteren vier Personen, zumeist jungen Kaufleuten, Unterstützungen in Höhe von 100 bis 300 Mk. auf das

Semester zu bewilligen. Diese Stipendien wurden nur von den Zinsen genommen, jedoch sollen für die Zukunft nicht nur einmalige grössere oder kleinere Beträge für die Stiftung, sondern auch jährliche Beiträge zur Erhöhung der Stipendien angenommen werden.

In der Ausschuss-Sitzung des Verbandes wurde zunächst der Haushaltsplan für 1900/1901 vorgelegt und genehmigt. Derselbe balancirt mit 12 600 Mk. in Einnahme und Ausgabe. Den Rechnungsführern der Verbandskasse und der Stiftungskasse wurde nach eingehender Prüfung der Rechnungen Entlastung ertheilt. Darauf wurde beschlossen, die Einladung der Stadt Mannheim, den nächsten Kongress in ihren Mauern abzuhalten, anzunehmen und im Jahre 1902 den IV. Kongress des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen daselbst abzuhalten.

Auf Vorschlag des Referenten wurde Herr Fabrikant L. Uebel in den Vorstand, die Herren Syndikus Dr. Kandt (Potsdam), Kaufmann Eichelbaum (Insterburg), Kommerzienrath Schwartz (Thorn), Handelskammersekretär Dr. Meister (Stettin), Handelskammersekretär Dr. Wermert (Halle), Handelskammersyndikus Dr. Nasse (Oppeln), Kaufmann A. Geyer (Altenburg), Handelskammersyndikus Rösing (Bremen), Kaufmann Alfred Weber und Kaufmann Paul von Hagen (Gera) zu Mitgliedern bezw. stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses gewählt.

Der Antrag des Verbandes Deutscher Handelsschulmänner auf Leistung eines regelmässigen Jahresbeitrages wurde abgelehnt, dagegen gelegentliche Beihilfen für besondere positive Aufgaben des Verbandes in Aussicht genommen.

Der Abhaltung eines gemeinsamen Kongresses mit dem Verbands deutscher Gewerbeschulmänner und dem Deutschen Verein für das Fortbildungsschulwesen wurde zugestimmt und die Beschlussfassung für einen Zusammenschluss bezw. Zusammenarbeiten mit obigen Verbänden zu einem Bunde bis nach diesem Kongresse zurückgestellt.

Es wurde ferner beschlossen, die nächste Ausschuss-Sitzung wieder in Weimar abzuhalten. Den Theilnehmern an dem Kongresse für das technische Unterrichtswesen in Paris soll auf Wunsch gemeinsame Wohnung besorgt werden. Für Inanspruchnahme dieser Vermittelung meldeten sich sogleich mehrere Herren.

Aus der Wirksamkeit des Verbandes ist u. A. hervorzuheben, dass die Errichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen durch Uebersendung der Mustermappen, sowie durch Auskunftsertheilung sehr häufig hat gefördert werden können. Von den Mustermappen, die Lehrpläne, Statuten, Schulordnungen u. s. w. enthalten, hat ein zweites Exemplar zusammengestellt werden müssen, um den Anträgen auf Ueberlassung derselben nur einigermaassen gerecht werden zu können.

Für die Mitarbeit der Handelsschulmänner, besonders an Fachfragen, sind in Folge einer Umfrage bisher 359 Anmeldungen

bei dem Verbandsvorstande eingegangen, so dass der Verband jetzt über eine recht umfassende Mitarbeit aus den Lehrerkreisen verfügt.

Das vom Verbands neu herausgegebene Archiv für Handelsschule und Kontor hat grossen Anklang gefunden und soll weiter geführt werden.

Von den Veröffentlichungen des Verbandes sind seit Oktober vorigen Jahres erschienen:

1. Der Sonderabzug der Rede des Herrn Direktor Ziehen auf dem Kongresse in Hannover.
2. Der stenographische Bericht über den III. Kongress in Hannover.
3. Die Mittheilungen No. 5.
4. Anleitung zur Gründung, Einrichtung und Leitung kaufmännischer Fortbildungsschulen.

Zum Abschlusse gebracht ist ferner die Literatur-Uebersicht, die in den nächsten Wochen im Druck erscheinen wird.

In Vorbereitung befinden sich:

1. Ein Verzeichniss der zu Prämien an Schulen geeigneten Bücher.
2. Ein Verzeichniss für eine Schülerbibliothek:
 - a) für inländische Werke,
 - b) für englische und französische Werke.
3. Das Handbuch für die Wirthschaftskunde Deutschlands.
4. Der II. Band über Handelsschulen, der bis zum 1. Januar n. J. im Manuscript vorliegen soll.

Bezüglich eines Handbuches der Handelsbetriebslehre wurde beschlossen, eine Kommission mit der Weiterbearbeitung der Sache zu beauftragen.

Freiherr Dr. von Boenigk (Halberstadt) sprach in längerer sehr interessanter Ausführung über die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Fortbildungsschulzwanges, die sich daraus ergebenden Rechtsfragen und die von den Gerichten und den Verwaltungsbehörden getroffenen Entscheidungen. Es wurde beschlossen, seinen Vortrag zu vervielfältigen und an alle kaufmännischen Fortbildungsschulen zu versenden mit dem Ersuchen, die ihrerseits gemachten Erfahrungen dem Verbands mitzutheilen.

Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Abtheilung für Fortbildungsschulen möchte sich alsbald der Ausarbeitung des II. Theils für die Errichtung kaufmännischer Fortbildungsschulen unterziehen.

Ueber die an verschiedenen Orten hervorgetretenen Organisationsbestrebungen zur Verbesserung des kaufmännischen Unterrichtswesens berichteten die Herren Stadtrath Grimm (Frankfurt a. M.), Stadtrath Hirschhorn und Julius Witzigmann (Mannheim), Dr. Rocke (Hannover), Dr. Behrend (Magdeburg), Dr. Dunker (Berlin), Dr. Vogels (Köln), Stadtrath Peters (Kiel).

Es wurde beschlossen, die Vorträge, die einen vorzüglichen Ueberblick über die in den verschiedenen Theilen Deutschlands arbeitende Bewegung zur Entwicklung des kaufmännischen Unterrichtswesens geben, drucken zu lassen und den Mitgliedern des Verbandes, sowie sonstigen Interessenten zuzustellen.

Die Bestrebungen in Frankfurt a. M. umfassen den kaufmännischen Unterricht auf sämmtlichen Stufen in der obligatorischen Fortbildungsschule, der Handelsschule und der Handelshochschule. Mannheim will zunächst die obligatorische kaufmännische Fortbildungsschule, eine an das Reformgymnasium oder an die Oberrealschule angegliederte Handelsabtheilung, eine Handelsschule für Mädchen und Fachklassen für weibliche Handelsangestellte errichten, daneben handelswissenschaftliche Vorträge einrichten, die sich allmählich zu einer Handelshochschule erweitern sollen.

In Hannover ist die Errichtung einer Handelshochschule gesichert, die sich an die technische Hochschule anlehnen soll und den Zweck verfolgt, neben den Handelshochschülern kaufmännisch geschulte Ingenieure und Techniker auszubilden.

In Magdeburg richten sich die Bestrebungen zunächst auf die Errichtung von Handelsfachklassen, während Köln die Handelsschule zu einer höheren Handelsschule auszubauen gedenkt. Auch in Schleswig treten die Bestrebungen, das kaufmännische Unterrichtswesen zu entwickeln, in erfreulicher Weise hervor, so in Flensburg, Altona und Kiel, doch haben die Bestrebungen dort noch keine festere Gestalt angenommen.

Wie Herr Stadtrath Trentin (Breslau) berichten konnte, beschäftigt sich auch Breslau damit, das kaufmännische Unterrichtswesen neu auszugestalten.

Herr Dr. Lehmann (Aachen) berichtet über die der höheren Handelsschule zu Aachen seitens der zuständigen Ministerien eingeräumten Berechtigungen, die dahin gehen, dass die Abiturienten der Anstalt an der Technischen Hochschule als Studierende immatrikulirt werden können; auch steht ihnen mit besonderer Genehmigung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten der Zutritt zu den Staatsprüfungen offen.

Herr Professor Ehrenberg (Rostock) warnt davor, zu viele Handelshochschulen zu errichten, da voraussichtlich sehr bald das Schülermaterial fehlen dürfte und dann durch den Zusammenbruch einzelner Handelshochschulen der Sache des kaufmännischen Unterrichtswesens mehr geschadet denn genützt würde.

Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, Berathung für die Aufstellung von Grundsätzen zur Bearbeitung eines Lehrbuches der Wirthschaftskunde wird beschlossen, eine Kommission einzusetzen, welche die Grundsätze ausarbeitet; die Ausarbeitung soll indess in die Hand eines Bearbeiters gelegt werden. Hierbei wurde darauf hingewiesen, dass die Verlegerin das Werk an die Mitglieder des Verbandes zu einem Vorzugspreise abgeben

will und dass das Werk auch in einzelnen Lieferungen bezw. Theilen erhältlich sein wird.

Das von Herrn Professor Wernicke (Braunschweig) in seinem Referate in Vorschlag gebrachte System der einzelnen Gattungen der Handelsschulen (s. S. 83 bis 85 der Mittheilungen des Verbandes No. 5) findet einstimmige Annahme.

Die nun folgenden Vorträge über die einzelnen Gattungen der Handelsschulen führen die Einrichtungen und Lehrziele unter Berücksichtigung der Unterscheidungsmerkmale dieser Anstalten vor. Es wird beschlossen, diese Berichte im Zusammenhange zu veröffentlichen.

Die ausserordentlich anregenden und vielseitigen Verhandlungen, welche drei Tage in Anspruch nahmen, wurden am 24. Mai geschlossen.

Das neue Münzgesetz.

Das neue Münzgesetz enthält in sechs Artikeln folgende Bestimmungen:

Die goldenen 5-Markstücke werden eingezogen. Der Bundesrath bestimmt, wann sie ausser Zahlkraft gesetzt werden sollen.

Die silbernen 20-Pfennigstücke werden am 1. Januar 1902, die nickelnen am 1. Januar 1903 ausser Kurs gesetzt.

Auf den Kopf der Bevölkerung sollen künftig 15 Mk. Reichssilbermünzen entfallen; behufs Neuprägung der Reichssilbermünzen werden die Landessilbermünzen (Thaler) in entsprechender Menge eingezogen.

Das neue Statut der Reichsbank.

Die Bankgesetznovelle vom 7. Juni 1899 erfordert mit Rücksicht auf ihre Bestimmungen über Erhöhung des Grundkapitals der Reichsbank von 120 auf 180 Mill. Mk., über die Ausgabe von Antheilscheinen zu 1000 Mk. und über die Ausübung des Stimmrechts der Antheilseigner in der Generalversammlung eine entsprechende Aenderung des Statuts der Reichsbank vom 21. Mai 1879. Mit der Prüfung des diesbezüglichen Entwurfes befasst sich zur Zeit der Bundesrath. Dieser Entwurf setzt die Erhöhung des Grundkapitals durch Baareinzahlung fest und enthält viele aus der Praxis des Bankverkehrs hervorgegangene Aenderungen.

Elbe-Trave-Kanal.

Am 16. d. Mts. wurde der neue Elbe-Trave-Kanal im Beisein des Kaisers feierlich eröffnet.

Für die Herstellung des Kanals, welcher eine Länge von 67 km hat, war ein Kostenaufwand von 22 754 000 Mk. veranschlagt, wovon Preussen mit einem Drittel zu partizipiren habe.

Dieses Präliminar wurde jedoch weit überschritten.

Die internationale gesetzliche Einführung der metrisch-dezimalen Garnnumerirung.

Diese Frage der einheitlichen, metrisch-dezimalen Garnnumerirung für alle Gespinnststoffe ist nach langjähriger Pause wieder auf die Tagesordnung des öffentlichen Lebens gesetzt worden.

Anlässlich der Pariser Weltausstellung 1900 wurde vom französischen Handelsministerium eine Organisationskommission zu einem Anfang September in Paris ab-

(Fortsetzung auf Seite 188.)

Ueber

der im Verwaltungsbezirke der Herzoglichen Polizei-Direktion Braunschweig bei den sämtl

No.	Bezeichnung der Feuerversicherungs-Gesellschaft	Das Versicherungskapital. betrug am 1. Januar 1899 auf:	
		Mobilien Mk.	Immobilien Mk.
1	Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha		
2	Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft	29 961 002	11 333
3	Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt	24 307 680	526 571
4	Vaterländische Feuerversicherungs - Aktien - Gesellschaft zu Elberfeld	15 198 434	936 414
5	Londoner Phönix, Feuer-Assekuranz-Sozietät	24 363 056	465 927
6	Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	567 156	—
7	Deutscher Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Stettin	17 490 998	4 413 420
8	Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft	9 977 180	782 478
9	Thuringia, Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt	4 019 139	448 372
10	Berlinische Feuerversicherungs-Gesellschaft	10 249 683	51 407
11	Providentia, Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft	11 005 953	1 094 135
12	Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft	4 793 852	—
13	Colonia, Kölnische Feuerversicherungs-Gesellschaft	3 462 124	149 910
14	Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft	8 471 950	1 068 095
15	Deutsche Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin	1 617 833	—
16	Westdeutsche Versicherungs-Aktien-Bank in Essen	3 169 245	126 067
17	Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft	4 436 706	204 464
18	Preussische Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft	5 068 654	75 375
19	Feuerversicherungs-Anstalt der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank in München	2 066 488	3 000
20	Feuer-Assekuranzverein in Altona	3 751 927	—
21	Union, Allgemeine Versicherungs - Aktien - Gesellschaft zu Berlin	2 222 239	—
22	Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Brandenburg a. H.	4 728 235	367 367
23	Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Schwedt a. d. O.	1 478 259	—
24	Aachen-Leipziger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Aachen	259 266	—
25	Norddeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg	1 957 907	—
26	Transatlantische Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Hamburg	1 907 933	—
27	North-British and Mercantile Feuerversicherungs-Aktien- Gesellschaft in London und Edinburg	2 415 518	20 000
28	Baseler Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuerschaden	3 558 863	475 468
29	Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft in Ham- burg	1 221 577	—
30	Commercial Union Versicherungs-Gesellschaft	6 684 404	—
31	Hanseatische Feuerversicherungs-Gesellschaft	1 298 717	—
32	Brandversicherungs-Verein Pr. Staatseisenbahn-Beamten	2 113 002	—
33	Liverpool- & London- & Globe-Versicherungs-Gesellschaft	1 899 500	—
34	Mecklenburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	471 390	—
35	Concordia, Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Hannover	112 769	—
36	Süddeutsche Feuerversicherungs-Bank	265 650	—
37	Badische Feuerversicherungs-Bank zu Karlsruhe	2 177 858	—

sicht

lichen auswärtigen Feuerversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1899 bestandenen Versicherungen.

Im Laufe des Jahres 1899 geschlossen:		Am Schlusse des Jahres 1899 blieb Bestand:		Bemerkungen
Mobilien	Immobilien	Mobilien	Immobilien	
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	
1 309 715	100 764	31 270 717	112 097	
944 798	—	25 252 478	526 571	
313 372	7 524	15 511 806	943 938	
425 766	—	24 788 822	465 927	
101 111	—	668 267	—	
1 816 287	—	19 307 285	4 158 475	
578 381	4 243	10 555 561	786 721	
494 444	10 066	4 513 583	458 438	
87 348	—	10 337 031	51 407	
399 415	—	11 405 368	1 094 135	
459 895	41 427	5 253 747	41 427	
972 538	—	4 434 662	149 105	
458 931	201 975	8 930 881	1 270 070	
—	—	1 591 351	—	
—	—	2 952 876	98 037	
588 361	—	5 025 067	201 498	
925 948	103 174	5 994 602	178 549	
50 509	—	2 116 997	3 000	
—	—	3 629 250	—	
36 521	—	2 258 760	—	
266 665	—	4 994 900	367 367	
31 197	—	1 509 456	—	
—	—	238 813	—	
258 411	—	2 216 318	—	
156 538	—	2 064 471	—	
1 243 103	—	3 658 621	20 000	
68 023	—	3 626 886	471 072	
—	—	1 075 317	—	
1 231 923	—	7 916 327	—	
42 807	—	1 341 524	—	
137 845	—	2 250 847	—	
137 100	—	2 036 600	—	
5 308	—	476 698	—	
248 186	—	360 955	—	
51 800	—	317 450	—	
394 115	—	2 571 973	—	
77 024	—	77 024	—	
Summa		232 533 291	11 397 834	

zuhaltenden internationalen Garnnumerirungs-Kongress von Industriellen und Technologen eingesetzt.

Diese beschloss, durch die französische Regierung die Einladung zu einer Konferenz von Regierungsdelegirten zu veranlassen, welche auf Grund der Beschlüsse der früheren Garnnumerirungs-Kongresse: Wien 1873, Brüssel 1874, Turin 1875 und Paris 1878 den Entwurf zu einem Garnnumerirungsgesetze auszuarbeiten hätten, welcher dann in den einzelnen Staaten der gesetzgeberischen Behandlung zuzuführen wäre.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1899.

II. Theil.

XIII. Der Handel.

10. Drogenhandel.

Auch im Berichtsjahre 1899 war der Geschäftsgang ein reger, und wiederum gestaltete sich das Sommergeschäft lebhafter, als dasjenige der Wintermonate.

Die rastlose Thätigkeit der chemischen Fabriken hat die Anzahl der am Lager zu haltenden Präparate abermals bedeutend vermehrt. Leider vermindert die Nothwendigkeit, der in den meisten Fällen durch starke Reklame hervorgerufenen Nachfrage jederzeit unverzüglich zu entsprechen, die Rentabilität, da das Lager von Jahr zu Jahr wächst und nicht jeder Artikel die Hoffnungen des Erfinders in gleichem Maasse rechtfertigt, wie es z. B. bei der bedeutsamsten Erscheinung des letzten Jahres, dem Tropon, der Fall sein wird.

Die von den Reichsbehörden ins Auge gefasste Neuregelung der Verwendung von steuerfreiem Spiritus zu Heilzwecken trägt den Interessen der beteiligten Kreise Rechnung und gibt daher zu der anfänglich geäußerten Befürchtung, es sollte diesem wichtigen Industriezweige erheblicher Abbruch gethan werden, keine Veranlassung.

11. Viehhandel.

Im Jahre 1899 war der Handel in Magervieh im Allgemeinen ein recht flotter, soweit demselben nicht durch die bald da, bald dort auftretende Maul- und Klauenseuche zeitweilig recht störende Beschränkungen auferlegt wurden.

Die Nachfrage nach Gangochsen war zu den Bedarfszeiten trotz der hohen Preise, die namentlich für die besseren Qualitäten im Bezugsgebiete Bayern angelegt werden mussten, ziemlich stark, was man ebenfalls von Ochsen und Stieren zu Mastzwecken, welche namentlich aus Ostpreussen, Ostfriesland und Oldenburg eingeführt wurden, sagen darf.

Kühe zu Zucht- und Nutzzwecken waren ebenfalls recht gefragt und behaupteten bezw. überstiegen in Folge des immer noch

von der deutschen Regierung aufrecht erhaltenen Einfuhrverbotes für holländisches Vieh und des sich stetig steigenden Bedarfes durchschnittlich die Werthe des Vorjahres.

Einen grossen Aufschwung wird die Schafzucht im verflossenen Jahre genommen haben, denn der Verlang nach Mutterschafen war ein so hervorragender, dass nicht alle Reflektanten Befriedigung fanden. Dieser Aufschwung dürfte, nachdem auch die Wollpreise eine steigende Richtung verfolgten und der Absatz der gemästeten Thiere im Inlande das Geschäft auf eine etwas gesündere Basis gebracht hat, keine Frage sein.

Eine Folge hiervon ist auch der an Umfang zugenommene Import englischer Zuchtböcke verschiedener Rassen.

Das Geschäft in Fettvieh (Rindvieh) variierte im Laufe des Jahres, wie sich das auch stets wiederholt, ungemein; während der Markt in den ersten sechs Monaten durch zu starken Auftrieb ziemliche Einbussen der Preise brachte, steigerten sich diese in den Sommermonaten in einer Weise, wie seit Jahren kaum, flauten dann aber gegen Ausgang des Jahres, sobald frühe, abnahmereife Mastungen dem Markte zugeführt wurden, etwas ab, um in einen normalen Stand überzugehen.

Ganz ähnlich verlief auch das Hammelgeschäft, das sich immer mehr auf das Inland, wie oben bereits gesagt, beschränkt, so lange der Londoner Fleischmarkt durch die grossen überseeischen Zufuhren den Werth für den deutschen Export verloren hat.

Die Preisbewegungen waren nicht bedeutend, die Preise selbst normal, nur feinste englische Qualitäten, auch Kreuzungsprodukte erzielten dann und wann Ausnahmepreise.

12. Getreidehandel.

Das Getreidegeschäft war im Jahre 1899 sehr schleppend und wenig Nutzen bringend, die grosse erwartete Ernte ist kaum befriedigend ausgefallen, die Qualität, besonders des Weizens, ist durch Befall und Lagerung sehr beeinträchtigt.

Die Preisschwankungen sind im ganzen Jahre sehr gering gewesen, Weizen hielt sich bis zur Ernte auf ca. 150 Mk. per Tonne, ist aber in den letzten Monaten ca. 10 Mk. zurückgegangen; Roggen kostete bis zur Ernte ca. 140 Mk., stieg im Oktober und November auf 150 Mk., gab hiervon aber im Dezember ca. 5 Mk. wieder auf; derselbe überholte den Weizen im Preise um 5 bis 6 Mk., eine selten vorgekommene Erscheinung, welche auf eine allgemeine geringe Ernte in Roggen basiren dürfte.

Die Qualität der Gerste befriedigte gar nicht; wenn auch die Normverhältnisse des Herzogthums für diese Frucht nicht als günstig zu bezeichnen sind, so liegt doch Veranlassung vor, in diesem Jahre ganz besonders über schlechte Körnerbildung

zu klagen, in Folge dessen ist das Geschäft ferner sehr schwierig, zumal die Preise 10 bis 15 Mk. gefallen sind.

Hafer kommt in sehr schöner, aber auch vielfach in leichter Qualität an den Markt, die Preisschwankung beschränkt sich im ganzen Jahre auf ca. 10 Mk. per Tonne.

Der Anbau von Hülsenfrüchten ist nur gering, die Qualität ist befriedigend, das Geschäft aber durch die günstige Kartoffelernte sehr beeinträchtigt.

Der Futtermittelmarkt ist im ganzen Jahre trotz der niedrigen Getreidepreise fest und mit Preissteigerungen verbunden gewesen; es ist noch besonders hervorzuheben, dass der Konsum in Mais ein ganz bedeutender gewesen ist.

Das Geschäft in künstlichem Dünger ist ganz flott gewesen, der Verbrauch hat zugenommen, die Preise sind als niedrig zu bezeichnen, haben aber im Laufe des Jahres etwas angezogen.

In Feldsämereien bewegte sich das Geschäft in bisherigen Dimensionen, Qualität war schön bei Mittelpreisen.

13. Tapetenhandel.

Die Tapetenbranche, soweit sie den Handel betrifft, hat zwar pro 1899 im Allgemeinen grössere Umsätze an Waaren, keinesfalls aber an Werth zu verzeichnen. Es blieb eben die Klage bestehen, dass zu viel billige Waare selbst von wohlhabenden Kunden gekauft und viel mehr Werth auf bestechendes Aeussere als solide Qualität gelegt wurde. Es scheint aber insofern sich eine Besserung anzubahnen, als die neuen Bestrebungen im Publikum mehr und mehr Anklang finden, welche seitens hervorragender Fabrikanten darauf gerichtet sind, auch in der Tapete einen gewissen deutsch-nationalen Stil zur Geltung zu bringen, der, wenigstens vorläufig, nur bei feinerer Waare Anwendung findet und somit als Fortschritt in der Branche freudig zu begrüßen ist, um so mehr, als er dazu berufen erscheint, fremdländische Waare mehr und mehr vom Markte zu verdrängen.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(Mai.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Der Abgang in den frischen, weniger haltbaren Artikeln war in Folge der kühlen Tage im Monat Mai noch ziemlich lebhaft, dagegen war das Geschäft in Dauerwaare weniger rege, da dieselbe erst bei wärmerer Temperatur stärkeren Konsum findet.

In Folge der hohen amerikanischen Notirungen sind in Speck grössere Lieferungsabschlüsse zu befriedigten Preisen gemacht worden, und ist nur noch wenig darin disponibel.

Denecke & Himmel.

Getreidehandel.

Gegen Mitte des Monats Mai stellten sich scharfe Nachtfroste ein, die nicht nur das Wachsthum der Sommersaaten, des Grünfutters und der Wiesen hinderten, sondern auch nicht ohne schädigenden Einfluss auf Roggen, der in der Aehrenbildung begriffen war, geblieben sind. Die zweite Hälfte des Monats brachte aber sehr warmes Wetter mit Regen und war der Entwicklung der Saaten recht günstig.

In Weizen blieben die Zufuhren aus der Umgegend ziemlich klein, die feste Haltung konnte sich für den Artikel behaupten, Preise zogen ca. 3 Mk. an, so dass gegen Ende des Monats 150 Mk. erste Kosten bewilligt wurden.

Roggen war recht spärlich offerirt und konnte sich um ca. 8 Mk. im Preise bessern, von 147 Mk. auf 155 Mk., zumal auch die Forderungen von den Bezugsquellen der nördlichen Provinzen wesentlich erhöht wurden. Angekommene russische Abladungen befriedigten zumeist in Qualität nicht.

Hafer gewann ebenfalls ca. 8 Mk., indem Anfang des Monats 140, gegen Schluss 153 bis 154 Mk. dafür bezahlt wurden. Hiesige Provenienz konnte der Nachfrage nicht genügen, und sind daher Anschaffungen von Pommern, Posen etc. gemacht worden; auch russische Waare ist vielfach auf prompte und spätere, Abladungen von nördlichen Häfen gehandelt.

Mais sowohl wie Futtergerste erfreuten sich neben allen anderen Futterartikeln lebhafter Frage und bewegten sich die Preise in steigender Richtung.

F. Peters.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. B. Liebold & Comp., Aktien-Gesellschaft, Holzminden.
2. Krug & Pauli, Möbelhandlung, offene Handelsgesellschaft, Wolfenbüttel. Inhaber: Tischlermeister und Möbelhändler Fritz Krug und Gustav Pauli.
3. Hans Loehte, Seesen. Inhaber: Kaufmann Carl Ernst Johannes Loehte.
4. Armbrrecht & Schliebner, Schöningen. Inhaber: Kaufleute Friedrich Armbrrecht zu Helmstedt und Gustav Schliebner zu Schöppenstedt.
5. Carl Buhrdorf, Vechelde. Inhaber: Buchhalter Carl Buhrdorf.
6. Carl Kuthe, Vallstedt. Inhaber: Kaufmann Carl Kuthe.
7. Theodor Ehlers, Bettmar. Inhaber: Maurermeister Theodor Ehlers.
8. Fritz Ebeling, Vechelde. Inhaber: Gastwirth und Kaufmann Fritz Ebeling.
9. Otto Engelbert, Broitzem. Inhaber: Bäckermeister Otto Engelbert.
10. Hennig Maasberg, Wedtlenstedt. Inhaber: Mühlenbesitzer Hennig Maasberg.
11. Carl Hagemann, Bodenstedt. Inhaber: Material-, Kolonial- und Kurzwaarenhändler Carl Hagemann.
12. Heinrich Lages, Bodenstedt. Inhaber: Schenkewirth, Material- und Kolonialwaarenhändler Heinrich Lages.
13. Heinrich Meyerhoff, Denstorf. Inhaber: Kaufmann Heinrich Meyerhoff.
14. Carl Staake, Bettmar. Inhaber: Auktionator und Agent Carl Staake.
15. Albert v. Nyssen, Broitzem. Inhaber: Mühlenbesitzer Albert Nyssen.
16. Hermann Giesecke, Vechelde. Inhaber: Klempnermeister und Fahrradhändler Hermann Giesecke.
17. Carl Zimmermann, Woltorf. Inhaber: Gastwirth und Kaufmann Carl Zimmermann.
18. Albert Bolm, Vallstedt. Inhaber: Material-, Kolonial- und Kurzwaarenhändler Albert Bolm.
19. August Kurmeyer, Bettmar. Inhaber: Mühlenbesitzer August Kurmeyer.
20. Heinrich Hagemann, Broitzem. Inhaber: die Wittve des Kolonial- und Materialwaarenhändlers Heinrich Hagemann, Bertha, geb. Michelmann,

- sowie deren minderjährigen Kinder Otto und Margarethe Hagemann, offene Handelsgesellschaft.
21. Carl Fallenbacher, Vechelde. Inhaber: Gastwirth und Kaufmann Carl Fallenbacher.
 22. Christian Gremmelt, Bettmar. Inhaber: Kaufmann Christian Gremmelt.
 23. Wilhelm Haarstick, Duttonstedt. Inhaber: Auktionator und Kommissionär Wilhelm Haarstick.
 24. Heinrich Lages, Timmerlah. Inhaber: Kaufmann Heinrich Lages.
 25. Julius Schulze, Vallstedt. Inhaber: Kaufmann Julius Schulze.
 26. Carl Böhnke, Gr.-Gleidingen. Inhaber: Mühlenbesitzer Carl Böhnke.
 27. Wilhelm Schwenke, Timmerlah. Inhaber: Mühlenbesitzer Wilhelm Schwenke.
 28. Emil Brandes, Broitzem. Inhaber: Kaufmann Emil Brandes.
 29. Hermann Meier, Broitzem. Inhaber: Mühlenpächter und Getreidehändler Hermann Meier.
 30. Albert Hotopp, Bodenstedt. Inhaber: Mühlenbesitzer Albert Hotopp.
 31. Friedrich Könnecke, Vechelde. Inhaber: Mühlenbesitzer Friedrich Könnecke.
 32. August Lages, Vechelde. Inhaber: Kreismaurermeister August Lages.
 33. Wilhelm Henze, Holzhandel und Mühlenbau mit Dampftrieb, Deensen. Inhaber: Holzhändler und Mühlenbauer Wilhelm Henze sen.
 34. Ludwig Clauditz, Vechelde. Inhaber: Fuhrunternehmer und Agent Ludwig Clauditz.
 35. Wilhelm Feldmann, Duttonstedt. Inhaber: Kaufmann und Gastwirth Wilhelm Feldmann.
 36. Theodor Klusmann, Meerdorf. Inhaber: Bäckermeister und Kaufmann Theodor Klusmann.
 37. Norddeutsche Braunkohlenwerke, Aktiengesellschaft, Frellstedt.
 38. Wilhelm Moss, Timmerlah. Inhaber: Kreiszimmermeister Wilhelm Moss.
 39. Fritz Niemeier, Sonnenberg. Inhaber: Kaufmann Fritz Niemeier.
 40. Heinrich Behme, Bettmar. Inhaberin: die Wittwe des Ziegleibesitzers Heinrich Behme, Johanne, geb. Langeheine.
 41. Carl Ehlers, Liedingen. Inhaber: Viehhändler Carl Ehlers.
 42. Eduard Brüdern, Watenbüttel. Inhaber: Mühlen- und Dreschmaschinenbesitzer Eduard Brüdern.
 43. August Hahn, Materialwaarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Materialwaarenhändler August Hahn.
 44. Conrad Bethmann, Wurstfabrikation, Braunschweig. Inhaber: Wurstfabrikant Conrad Bethmann.
 45. Martinus & Bertram, Architekturbureau und Fabrik feuersicherer Gips-Bauartikel, Braunschweig, offene Handelsgesellschaft. Inhaber: die Architekten Richard Martinus und Fritz Bertram.
 46. Chem. med. Institut Braunschweig Walther Mondt, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Walther Mondt.
 47. Heinrich Evers, Bettmar. Inhaber: Kaufmann Heinrich Evers.
 48. Joh. Schäfer, Köchingen, Zweigniederlassung der Hauptniederlassung in Braunschweig, offene Handelsgesellschaft. Inhaber: Kaufmann Johann Schäfer in Köchingen und Kaufmann Georg Müller in Braunschweig.
 49. Heinrich Behme, Vechelde. Inhaber: Viehhändler Heinrich Behme.
 50. Eduard Oewerdieck, Wendeburg. Inhaber: Molkereibesitzer Eduard Oewerdieck.
 51. Carl Bölsche, Vechelde. Inhaber: Kaufmann Carl Bölsche.
 52. Wilhelm Siedentop, Vallstedt. Inhaber: Mühlenbesitzer Wilhelm Siedentop.
 53. Hermann Behrens, Timmerlah. Inhaber: Dampfdreschereibesitzer und Kaufmann Hermann Behrens.
 54. Wilhelm Löhr, Möbelfabrik und Dekorationsgeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Löhr.
 55. Erich Giesemann, Vechelde. Inhaber: Fahrradhändler Erich Giesemann.
 56. Heinrich Giesemann, Vechelde. Inhaber: Uhrmacher und Kaufmann Heinrich Giesemann.
 57. Gustav Kellner, Vechelde. Inhaber: Apotheker Gustav Kellner.

58. Hermann Geldmacher, Vechelde. Inhaber: Schlachtermeister und Wurstfabrikant Hermann Geldmacher.
59. Gustav Hartwig, Vechelde. Inhaber: Kaufmann und Buchbindermeister Gustav Hartwig.
60. Brauerei Allerthal, Aktiengesellschaft zu Grasleben.
61. Fritz Meyer, Wierthe. Inhaber: Kaufmann Fritz Meyer.
62. Ernst Gartung, Sophienthal. Inhaber: Maurermeister Ernst Gartung.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Schuhbazar-Vereinigung Theodor Werner, Braunschweig. In Bremen ist eine Zweigniederlassung errichtet.
2. Wilhelm Heupke Nachfolger. Das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Kaufmanns Hermann Witte, auf dessen Erben, als: dessen Wittwe, Clara, geb. Goemann, dessen Sohn, den Kaufmann Richard Witte, und dessen Tochter, die unverheiratete Marie Witte, übergegangen. Diese führen das gedachte Handelsgeschäft jetzt in offener Handelsgesellschaft bei unveränderter Firma fort.
3. C. A. Brandt, offene Handelsgesellschaft zu Holzminden. Die jetzigen Geschäftsinhaber sind: die Erben des Oekonomen Theodor Leusmann und dessen Ehefrau, Louise, geb. Brandt, die Ehefrau des Kaufmanns Ulrich, Adolfin, geb. Leusmann, zu Hildesheim, die Ehefrau des Ober-Steuerkontrolleurs Fehse, Adelheid, geb. Leusmann, zu Braunschweig, Dr. med. Karl Leusmann zu Boffzen, die Ehefrau des Dr. med. Stölting, Charlotte, geb. Leusmann, zu Holzminden, Kaufmann Johann Leusmann daselbst, die unverheiratete Hedwig Leusmann daselbst, der minorenn Wilhelm Leusmann daselbst, die minorennen Kinder des Fabrikanten Heinrich Pistorius zu Holzminden aus dessen Ehe mit seiner verstorbenen Ehefrau, Auguste, geb. Leusmann: Ernst, Daniela und Theodora.
4. Aktien-Gesellschaft Dampf-Dreschgesellschaft zu Vallstedt. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes, Kothsassen Heinrich Harbicht II, ist der Ackermann Fritz Kreye bis auf Weiteres in den Vorstand berufen.
5. Wilh. Krull & Co. zu Königslutter, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. An Stelle des bisherigen Geschäftsführers, Kaufmann Bruno Fink, ist der Rentner W. Krull anderweit zum Geschäftsführer bestimmt. Derselbe wird die Firma der Gesellschaft zeichnen wie folgt: Wilh. Krull & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, W. Krull.
6. Chr. Holzmann, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva ohne Passiva und mit Firma seit dem 1. Mai von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Kaufmann Hermann Hesse, an den Hafenmeister Heinrich Himstedt abgetreten.
7. Harzburger Aktiengesellschaft, Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 17. März 1900 sind die §§ 4, 7, 8, 10, 13, 14, 18, 21, 22 und 27 des Gesellschaftsvertrages abgeändert resp. ergänzt. Dem Vorstandsmitgliede Kaufmann Hermann Hauswaldt ist durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 17. März d. J. die Befugnis erteilt, die Gesellschaft bis auf Weiteres allein zu vertreten.
8. Braunschweiger Portland-Cementwerke, Salder. Laut Anmeldung vom 11. Mai ist in der Generalversammlung vom 23. Februar 1900 beschlossen: Als Zusatz zu § 3 des Statuts: Es ist zulässig, neue Aktien für einen höheren Betrag als den Nennwerth auszugeben, neue Aktien bis zum Betrage von 213 100 Mk. in Stücken von 1300 und 1000 Mk. auszugeben, und zwar nicht unter pari, somit das Grundkapital bis auf 850000 Mk. zu erhöhen.
9. Julius Nehr Korn, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Kaufmann Johann Albert Julius Nehr Korn, auf dessen Miterben, als: dessen Wittve, Henriette, geb. Otte, und dessen Sohn, Kaufmann Johannes Nehr Korn, übergegangen, welche das gedachte Handelsgeschäft jetzt in offener Handelsgesellschaft, begonnen am 26. Februar 1900, unter der alten Firma fortführen.

10. **Konservenfabrik Alb. Froboese, Meyer & Schellbach, Braunschweig.** Durch das durch Tod erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmann Ferdinand Meyer, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft von dem Kaufmann Carl Schellbach unter Uebernahme der vorhandenen Aktiva und Passiva auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
11. **Franz Heuser, Braunschweig.** Das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Fabrikant Franz Heuser, auf dessen Wittve und alleinige Erbin, Anna, geb. Heinemeyer, in Hannover übergegangen.
12. **Vorwohle-Emmerthaler Eisenbahngesellschaft, Eschershausen.** Durch seitens des Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischen Staatsministeriums genehmigten Beschluss der Generalversammlung vom 24. Januar 1900 ist der Gesellschaftsvertrag in der sich aus der überreichten Ausfertigung des notariellen Generalversammlungsprotokolls von diesem Tage ergebenden Weise abgeändert. Der abgeänderte Gesellschaftsvertrag ist bereits am 1. Januar 1900 in Kraft getreten.
13. **H. Schröder, Destedt.** Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva unter unveränderter Firma auf den Kaufmann Heinrich Schröder übergegangen.
14. **Gebrüder Alsberg, Braunschweig.** Der Kaufmann Louis Alsberg zu Köln ist seit dem 15. Mai aus der unter obiger Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden.
15. **Gebr. Schlüter & Co., Lutter a. Bbge.** Auf Grund gegenseitiger Uebereinkunft ist der Klempnermeister Wilhelm Züchner am 1. April 1900 aus der Gesellschaft ausgetreten und der Kaufmann Albert Peterke eingetreten.
16. **Fr. Aug. Bodenstein, Langelsheim.** Der Kaufmann August Bodenstein jun. hat auf Grund einer mit seinem Vater, dem früheren Geschäftsinhaber, getroffenen Vereinbarung das obige Handelsgeschäft erworben und führt die bisherige Firma unverändert fort. Die Geschäftsschulden des bisherigen Inhabers hat derselbe nicht übernommen.
17. **Albert Kelle Nachf., Braunschweig.** Die bisherige Firmeninhaberin, Ehefrau des Kaufmanns Ewald Ficke, Antonie, geb. Kremling, hat das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft mit Aktiva, jedoch ohne Aussenstände und Passiven, seit dem 1. April d. J. an den Kaufmann Erich Richter abgetreten.
18. **Brüder Holtschmidt, Braunschweig.** Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist am 16. Mai mit Aktiva, ausschliesslich der vorhandenen Patente, sowie ausstehenden Forderungen und Schulden auf den Kaufmann Carl Maschmeier übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma Brüder Holtschmidt Nachfolger angenommen hat.
19. **F. Schramme, Holzminden.** Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist nach dem Ableben des Fabrikanten Friedrich Schramme zu Folge Vertrages unter den Miterben mit allen Aktivis und Passivis auf den Kaufmann Otto Schramme übergegangen. Die bisherige Firma wird fortgeführt.

3. Löschungen.

1. H. Roth, Schöppenstedt.
2. C. Pasemann, Möbelhandlung, Holzminden.
3. W. Breustedt, Schöppenstedt.
4. Brüder Holtschmidt, Braunschweig.
5. Grosses Möbelfabrikations- und Dekorations-Geschäft von Wilhelm Löhr, Braunschweig.
6. A. Spillner, Materialwaaren-Handlung, Holzminden.
7. A. Sommerfeldt & Co., Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. C. A. Brandt, offene Handelsgesellschaft, Holzminden. Dem Kaufmann Wilhelm Steinhauer.
2. H. Bolze & Co., Braunschweig. Dem Ingenieur Paul Schmidt jun.
3. Julius Eichwald, Neue Glashütte zu Holzminden. Den Kaufleuten Heinrich Weiss und Wilhelm Sölter ist Gesamtprokura erteilt.

4. Carl Uhl & Co., Braunschweig. Dem Kaufmann August Dreiling.
5. Aktienzuckerfabrik Broistedt. Dem Direktor August Fröhlich ist Kollektivprokura erteilt.
6. Wilhelm Henze, Deensen. Den Holzhändlern und Mühlenbauern Heinrich Henze und Wilhelm Henze jun.
7. Grotrian, Helfferich, Schulz, Th. Steinweg Nachf., Braunschweig. Dem Kaufmann Eduard Dreykluft.
8. Wilhelm Löhr, Braunschweig. Dem Kaufmann Heinrich Kundt.

5. Prokuralösungen.

1. Ludwig Spengler Nachfolger, R. Sturm, Blankenburg a. H. Juwelier Adolf Sturm.
2. H. Bolze & Co., Braunschweig. Kaufmann Wilhelm Hertzner in Wolfenbüttel.
3. Carl Uhl & Co., Braunschweig. Kaufmann Alwin Kues.
4. Grotrian, Helfferich, Schulz, Th. Steinweg Nachf., Braunschweig. Kaufmann W. Kreiter.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Lehre-Eschofer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Lehre. Gegenstand des Unternehmens ist Hebung der Wirtschaft und des Erwerbes der Mitglieder und Durchführung aller zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten Maassnahmen, insbesondere vortheilhafte Beschaffung der wirtschaftlichen Betriebsmittel und günstiger Absatz der Wirtschaftserzeugnisse. Als Vorstandsmitglieder sind gewählt: Ackermann Heinrich Hoppe zu Lehre, Vereinsvorsteher; Ackermann Hermann Schrieber zu Lehre, Stellvertreter des Vereinsvorstehers; Ziegelbesitzer Karl Schulze zu Lehre; Ackermann Heinrich Stieghan zu Eschof.
2. Konsumverein für Kaierde, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Kaierde. Die Genossenschaft beruht auf dem Statut vom 11. März 1900 und bezweckt den gemeinschaftlichen Einkauf im Grossen von Gegenständen für den Haushaltsbedarf aller Art, vorzugsweise von Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Brennmaterialien, und Ablass derselben im Kleinen an seine Mitglieder. Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern, und zwar: dem Fabrikarbeiter Fritz Walter, dem Tischler Fritz Jörns, dem Tischler Wilhelm Koch.
3. Molkerei-Genossenschaft Arholzen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Gegenstand des Unternehmens ist die Milchverwerthung auf gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr. Mitglieder des Vorstandes sind: Heinrich Grupe, Dreiviertelmeier; Heinrich Keunecke, Grossköther; Carl Delhe, Halbmeier.

2. Abänderungen.

1. Konsumverein zu Blankenburg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Maurerpoliers Wilhelm Buchhorn II ist der Tischler Paul Hoffmann für die Zeit vom 1. Mai bis 1. September 1900 zum Vorstandsmitgliede bestellt.
2. Konsumverein Lichtenberg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des Kothsassen Heinrich Schwerdtfeger in Lichtenberg ist der Kothsass Karl Fischer daselbst zum Vorstandsmitgliede gewählt.
3. Beamten-Konsumverein zu Braunschweig, E. G. m. u. H. Der Gerichtsssekretär Robert Perl ist als zweiter Direktor in den Vorstand gewählt.
4. Konsumverein Osterlinde, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Osterlinde. Das Vorstandsmitglied Lindemann ist von seinem Amte zurückgetreten und an seiner Stelle bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung der Tischlermeister Karl Diestel in den Vorstand berufen.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaaren-Aktiengesellschaft in Wieda. 26. April 1900,
3 Lichtdruckbilder, offen, Modelle für Regulir-Postamentöfen und 1 Licht-
druckbild, offen, Modell für Regulir-Rundöfen mit den Fabriknummern 215a
und 215, 216a und 216, 217a und 217, 212 ohne Kochröhre, 212 mit Koch-
röhre, Modelle für plastische Erzeugnisse, Schutzfrist 10 Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Wilhelm Schmidt, Lederhändler, Braunschweig. 28. April 1900.
2. Louis Wiegel, Händler, Holzminden. 10. Mai 1900.
3. Kasten, Schneidermeister, Gr.-Steinum. 25. April 1900.
4. Wilhelm Wassmus, Maurermeister, Braunschweig. 14. Mai 1900.
5. Friedrich Hoffmann, Kaufmann, Bündheim. 17. Mai 1900.
6. Johannes Kohlstöck, Ackermann, Gardessen. 19. Mai 1900.
7. Conrad Lerm, in Firma Lerm & Co., Braunschweig. 29. Mai 1900.
8. Wilhelm Behrens, Ackerbürger, Seesen. 26. Mai 1900.

2. Aufhebungen.

1. Adolf Thiele, Schneidermeister, Wolfenbüttel.
2. August Buwitt, Bäckermeister, Braunschweig.
3. Ehefrau des Bäckermeisters August Buwitt, Braunschweig.
4. Richard Westphal, Landwirth, Semmenstedt.
5. Bernhard Landes, Materialwaarenhändler, Blankenburg a. H.
6. Max Holluschek, Kaufmann, Blankenburg a. H.
7. Arthur Sommerfeldt, Weinhändler, in Firma A. Sommerfeldt & Co., Braunschweig.

Bücher-Eingänge.

Lipinski, Rich., Redakteur, Leipzig, Neunuhr-Ladenschluss, Kommentar
zur Gewerbeordnung. Leipzig, Verlag von Rich. Lipinski. Preis 30 Pfg.

Berichtigung.

In dem Berichte der Herzoglichen Saline zu Schöningen (s. Februar-Nummer)
ist bei den Zahlen über die Produktionsmengen insofern ein Irrthum vorgekommen,
als übersehen ist, die drei letzten Ziffern durch ein Komma abzuthemen.

Dieser Nummer der „Monatsschrift“ liegt ein Prospekt der Firma Gebrüder
Blum in Goch (Rheinland) bei.

Carl Arndt

Ingenieur.

Gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Patent-, Muster- und
Zeichenwesen.

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Braunschweig,

Kaiser Wilhelmstr. 1a.



Fernsprecher 597.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 7/8.

Braunschweig, Juli/August 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Maschstrasse 48, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Hydra-, Gella-, Schneeball- oder Lawinen-System.

Von Herzoglichem Staatsministerium wird die nachstehende Bekanntmachung veröffentlicht:

Unter dem Namen des Hydra-, Gella-, Schneeball- oder Lawinen-Systems beginnt neuerdings ein Geschäftsgebahren Verbreitung zu finden, welches geeignet ist, das Publikum in empfindlicher Weise zu schädigen. Das System besteht darin, dass dem Erwerber eines Hydra-(Gella- etc.)Gutscheins die Lieferung eines im Werthe erheblich über den Preis des Gutscheins hinausgehenden Gegenstandes, vornehmlich einer Uhr, in Aussicht gestellt wird, sobald er von der Firma eine bestimmte Anzahl von Gutscheinen käuflich erworben, diese an andere Personen abgesetzt und jede von diesen Personen wiederum auf ihren Gutschein die gleiche Anzahl von Gutscheinen von der Firma bezogen hat. Ohne die Schwierigkeiten, die der Erfüllung dieser Bedingungen entgegenstehen, zu erkennen, werden leichtgläubige Personen durch die Aussicht auf den Erwerb eines anscheinend werthvollen Gegenstandes für einen unverhältnissmässig niedrigen Betrag zum Ankauf von Gutscheinen verlockt und in der Mehrzahl der Fälle geschädigt. Müssen beispielsweise jedesmal sechs Gutscheine nachgekauft werden, so erhält der erste Gutschein-Inhaber den zugesagten Gegenstand erst, nachdem er sechs Käufer für die von ihm nachbezogenen Gutscheine gefunden und jeder von diesen wiederum sechs Gutscheine bezogen hat, mit anderen Worten, nachdem auf sein Betreiben die Firma insgesamt zweiundvierzig Gutscheine abgesetzt hat. In vereinzelten Fällen mag es dem ersten Gutschein-Inhaber gelingen, den in Aussicht gestellten Gegenstand, der durch den Erlös für die sämtlichen abgesetzten Gutscheine in der Regel weit über den wahren Werth bezahlt ist, zu erhalten; in den meisten Fällen aber werden die Gutschein-Inhaber sich vergeblich bemühen, die erforderliche Zahl von Abnehmern für die nachgekauften Scheine zu finden, so dass sie

Geld, Zeit und Mühe ohne eigenen Nutzen lediglich zum Vortheil der vertreibenden Firma aufgewendet haben.

Die Anwendung dieses Systems muss mit Nothwendigkeit dahin führen, dass die weitaus grösste Zahl der Gutscheine als werthlos verfällt und der Erlös für dieselben ohne Gegenleistung dem Gewerbetreibenden verbleibt, der mit dieser unausbleiblichen Folge des Systems offenbar rechnet, während der Käufer der Gutscheine leer ausgeht und sich getäuscht findet.

Indem wir dieses zur öffentlichen Kenntniss bringen, warnen wir hiermit das Publikum vor dem Ankauf derartiger Gutscheine.

Braunschweig, den 13. Juli 1900.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Staatsministerium.

von Otto.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Bahnbau Schandelah-Oebisfelde.

Auf die von der Handelskammer nochmals an den Königlichen Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtete Eingabe (siehe Mai-Nummer) ist die folgende Antwort erfolgt:

In Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 14. Mai d. J. A. II. 24—3668 muss ich nach nochmaliger Prüfung der Angelegenheit wiederholen, dass die Strecke Schandelah-Oebisfelde in der Linienführung, wie sie als Nebenbahn geplant ist, wegen der starken und langen Steigungen neben den vorhandenen günstigeren Strecken für den westöstlichen Schnellzugsverkehr nicht geeignet ist.

Eine andere Gestaltung der Bahn wäre aber nicht nur mit einer bedeutenden Verlängerung der Linie und unter Ueberwindung grosser Schwierigkeiten möglich. Die hiermit verbundene erhebliche Kostenerhöhung würde nicht zu rechtfertigen sein.

Ich bedauere daher nochmals, dem Antrag nicht Folge geben zu können.

I. v.: Fleck.

Ausnahmetarif für die Beförderung von Kohlen.

Die Handelskammer hat auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Cassel erwidert, dass ein Bedürfniss zur Beibehaltung der Stationen Gandersheim, Gittelde, Holzminden, Kreiensen, Lutter a. Bbge., Naensen, Neuekrug, Seesen, Stadoldendorf und Vorwohle in dem Ausnahmetarife für die Beförderung von Steinkohlen, Steinkohlenasche, Steinkohlenkoks, Steinkohlenkoksasche, sowie Steinkohlenbriketts von Stationen des Kattowitzer Eisenbahn-Direktionsbezirks auch ferner vorliege.

Ferner hat die Handelskammer die Direktion der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn ersucht, die Aufnahme der Stationen der Landesbahn, und zwar Seesen, Bornhausen, Rhüden, Bornum bei Seesen in den betreffenden Tarif bei der geschäftsführenden preussischen Staatsbahnverwaltung zu beantragen.

Tarifirung von Grubenhölzern.

Die Handelskammer hat auf eine Anfrage der Königlichen Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen das nachfolgende Gutachten erstattet:

Zu der Frage der Tarifirung von Grubenhölzern, welche schon wiederholt Gegenstand eingehender Verhandlungen gewesen ist, bemerken wir zunächst im Allgemeinen, dass wir die Bestrebungen der Eisenbahndirektionen Kattowitz und Breslau, durch Aufstellung neuer Tarifvorschriften allen beteiligten Interessenten eine völlig gleichmässige Frachtberechnung zu sichern und gleichzeitig die den reellen Holzhandel und die Eisenbahn schädigenden Frachthinterziehungen unmöglich zu machen, unsererseits im Interesse des Holzhandels und der Holz verarbeitenden Industrie freudig begrüßen.

Was indessen die Abänderungsvorschläge anbetrifft, die zu der jetzt gültigen Tarifbestimmung gemacht sind, so vermögen wir keinem derselben unsere ungetheilte Zustimmung zu geben.

Das grundsätzliche Bedenken, welches gegen die jetzige Tarifbestimmung geltend gemacht ist, wird allerdings in den vorgeschlagenen Neufassungen durch die Fortlassung der Zweckbestimmung beseitigt.

Mit den weiteren Abänderungsvorschlägen, die bezüglich der Zopfstärke und der Länge der Stamm- und Stempelhölzer gemacht werden, können wir uns jedoch nicht einverstanden erklären.

Der Antrag der Eisenbahndirektion Kattowitz, nach welchem die zulässige Länge der Stamm- und Stempelhölzer nicht über 6 m, die Zopfstärke nicht über 25 cm hinausgehen soll, würde zwar allen Interessenten eine erhebliche Frachtverbilligung bringen. Andererseits aber darf nicht übersehen werden, dass der Antrag ein langwieriges und kostspieliges Sortiren der Hölzer seitens der Verlader und eine lästige Kontrolle seitens der Eisenbahnverwaltung erforderlich machen würde.

Die gleichen Schwierigkeiten würde die Annahme des Antrages der Eisenbahndirektion Breslau, nach welchem der zulässige Zopfdurchmesser nur 20 cm betragen soll, für Verlader und Eisenbahnverwaltung zur Folge haben. Gegen diesen Antrag ist ausserdem einzuwenden, dass er den Forst- und Grubenverwaltungen insofern sehr nachtheilig werden würde, als er durch die Herabsetzung des zulässigen Zopfdurchmessers auf 20 cm die jetzt üblichen Abmessungen, die sich bei den Stamm- und Stempel-

hölzern im Laufe der Jahre durch Angebot und Nachfrage herausgebildet haben, plötzlich beseitigen würde.

Eine befriedigendere Lösung der vorliegenden Tarifffrage bietet unseres Erachtens die von der Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen vorgeschlagene Fassung, in der von der Zopfstärke der Stamm- und Stempelhölzer als entscheidendem Kriterium für die Tarifrung nach dem Specialtarif III oder nach dem Specialtarif II gänzlich Abstand genommen und als geeignetes Merkmal zur Abgrenzung der beiden Tariffklassen die Länge in Anwendung gebracht wird. Auf Grund der Erhebungen, welche wir in dieser Angelegenheit veranstaltet haben, glauben wir indessen, dass die vorgeschlagene Länge von 3,30 m zu gering bemessen ist und eine Erhöhung derselben auf etwa 3,60 m stattfinden muss. Mit der Festsetzung der zulässigen Länge der Stamm- und Stempelhölzer auf 3,60 m ohne Rücksichtnahme auf den Durchmesser könnten sich sowohl die Gruben- als auch die Forstverwaltungen einverstanden erklären — letztere namentlich deshalb, weil sie bei dieser Abgrenzung die Möglichkeit haben, zunächst zwei Stempellängen aneinander sitzen zu lassen, während eine Verarbeitung der Stammhölzer auch bis zu 3,60 m Länge zu Brettern nicht zu befürchten sein würde.

Wir würden uns demnach dem Antrage der Generaldirektion der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen in der folgenden Fassung anschließen können:

»Hölzer von der Art, wie sie in Gruben Verwendung finden, folgende: Schwellen, Stege, Schwartenbretter, Schwartenpfähle, sämtlich bis zu 6 m Länge, Stamm- und Stempelhölzer bis zu 3,60 m Länge, sowie dünne Brettchen bis zu 1,5 m Länge«.

Versetzung von Stein- und Kernobst in den Specialtarif.

Die Handelskammer hat auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg erwidert, dass ein Bedürfniss für die Versetzung von Stein- und Kernobst bei der Beförderung in Wagenladungen in den Specialtarif für den diesseitigen Bezirk nicht vorliege.

Tarifrung von Schwerspath.

Die Handelskammer hat auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Cassel das Folgende erwidert:

Der Königlichen Eisenbahndirektion Cassel beehren wir uns in Erledigung der Zuschrift vom 30. Mai d. J. — No. IV 3855 V, betreffend Tarifrung von Schwerspath — ergebenst folgendes zu erwidern:

Trotz umfangreicher Erhebungen, welche wir in Betreff der Absatz- und Preisverhältnisse des Schwerspaths und der Lage des in- und ausländischen Marktes veranstaltet haben, sind wir

nicht in der Lage, die uns vorgelegte Frage erschöpfend zu beantworten.

Nach den uns zugegangenen Berichten ist das Vorkommen von Schwerspath bei Grund (Bahnhof Gittelde) und ausserdem bei Lauterberg a. H. ausserordentlich umfangreich. In der fiskalischen Grube bei Grund wird Schwerspath als Nebenprodukt bei der Bleierzförderung gewonnen und mangels besserer Verwendungs- und Absatzgelegenheiten, wie die anderen Nebengesteine, grösstentheils zum Verfüllen der bei dem Erzbergbau entstehenden Hohlräume verbraucht. Der Versand ist bisher noch nicht über 30 bis 40 Doppelladungen pro Jahr hinausgegangen. Ueber den Versand der Privatunternehmer in Gittelde und Lauterberg haben wir Angaben nicht erhalten können.

Von Lauterberg beziehen die Werke in Langelsheim, Goslar und Othfresen ihren Bedarf. Die Gesamtproduktion an Schwerspath aus den forstfiskalischen Gruben bei Lauterberg soll sich jährlich auf 250 000 Centner belaufen. Durch eine entsprechende billigere Tarification (ca. 15 bis 20 % gegen Specialtarif III) würde ein weit grösserer Absatz ermöglicht werden, welcher auch für den Forstfiskus eine gewinnbringendere Einnahme schaffen würde.

Für einen event. einzuführenden Specialtarif würden ausser den genannten Stationen Grund, Lauterberg, Langelsheim, Goslar und Othfresen die Häfen Bremen und Hamburg für die Ausfuhr von Schwerspath in Betracht kommen, um die heimische Industrie gegenüber der belgischen und englischen Schwerspath-Industrie konkurrenzfähig zu erhalten.

Wie uns mitgetheilt wird, soll der Export von Lauterberg allein jährlich ca. 1200 Waggonen betragen.

Was die Preisgestaltung anbetrifft, so erhält die Königliche Grubenverwaltung in Grund 1 Mk. per 100 kg ab Werk. Die erheblichen Kosten für Achsenfuhrwerk zum Bahnhof Gittelde, die sich per Doppelladung auf 30 bis 40 Mk. belaufen, fallen dem Abnehmer zur Last. Die Gesamtfrachtkosten nach dem Auslande stellen sich daher für den Abnehmer höher als der Kaufpreis an Ort und Stelle. Ob es durch Ermässigung der Eisenbahnfrachtsätze gelingen wird, den Export an Schwerspath bedeutend zu heben, entzieht sich unserer Beurtheilung, da wir über die Auslandspreise nicht unterrichtet sind. Jedenfalls würde die Schaffung besserer Absatzgelegenheiten den Schwerspathproduzenten erhebliche Vortheile bringen.

Rundreisekarten.

Die Königliche Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg hat der hiesigen Handelskammer mitgetheilt, dass vom 15. Juli d. J. ab den einfachen und Rückfahrkarten von Braunschweig nach Breslau auch Gültigkeit über Meine-Isenbüttel-Stendal-Berlin beigelegt werden wird (siehe Juni-Nummer).

Gültigkeit der Fahrkarten zwischen Berlin bezw. Charlottenburg und Wolfenbüttel.

Nach einer Mittheilung der Königlichen Eisenbahndirektion Magdeburg ist den Fahrkarten von Wolfenbüttel nach Berlin bezw. Charlottenburg seit Anfang Juni d. J. Gültigkeit zur Fahrt über Braunschweig-Helmstedt oder Meine-Stendal beigelegt worden.

Ernennung eines Sachverständigen.

Auf Ersuchen des Königlichen Landgerichts, Kammer für Handelssachen, in Dortmund hat die Handelskammer in einer dort anhängigen Prozesssache den Kaufmann und Konservenfabrikanten Herm. Querner von hier in Vorschlag gebracht.

Freizeichen.

Bei dem Kaiserlichen Patentamte ist die Löschung eines für Drucksachen, insbesondere für Kalender eingetragenen Zeichens wegen der Freizeichen-Eigenschaft angeregt worden. Behufs Entscheidung der Freizeichenfrage ist die Handelskammer um Auskunft ersucht worden. Dieselbe hat dem Patentamte erwidert, dass das betreffende Zeichen in ähnlicher Form als Vignette vielfach gebraucht werde und daher nicht wohl zum Eigenthum eines Einzelnen gemacht werden dürfe. In dieser Beziehung sei auf die Gesamtprobe der Schriftgiesserei Klinkhardt in Leipzig 1883 S. 371 No. 1615 und auf das Preisverzeichniss der Galvanoplastischen Anstalt Emil Singer in Leipzig S. 8 No. 4231 zu verweisen.

Kündigungsfrist der Spargelstecherinnen.

Auf Ersuchen des Herzoglichen Amtsgerichts hierselbst hat die Handelskammer über die in einer Civilprozesssache aufgeworfene Frage, ob es in der hiesigen Spargelbranche Usance sei, dass die Spargelstecherinnen jederzeit die Arbeit niederlegen oder entlassen werden können, ohne dass für irgend einen Theil eine Kündigungsfrist bestehe, bei Interessenten eine Umfrage gehalten.

Ein Theil der auf diese Umfrage eingegangenen Antworten spricht sich dahin aus, dass die Spargelstecherinnen gewöhnlich für die Zeit von Anfang April bis Ende Juni kontraktlich verpflichtet seien und während dieser Zeit daher auch ihre Stelle nicht verlassen dürften.

Von anderen Seiten sei dagegen mitgetheilt worden, dass eine allgemeine Kündigungsfrist nicht üblich sei, sondern dass die Spargelstecherinnen nach Belieben an- und abgelohnt werden könnten und von einem Tag zum anderen fortgingen, wenn ihnen ein höherer Verdienst zugesichert werde. Ein fester Handelsgebrauch habe sich hiernach nicht feststellen lassen.

Gehaltszahlungen an Handlungsgehilfen.

Die Handelskammer hat auf Ersuchen des Herzoglichen Landgerichts hieselbst in einer Civilprozesssache ihr Gutachten dahin abgegeben, dass die Auszahlung der Gehälter oder Vergütungen an Handlungsgehilfen in verschiedener Weise erfolge. Die Prinzipale händigten den Handlungsgehilfen die ihnen zustehenden Bezüge entweder persönlich ein, oder sie beauftragten hiermit ihre Vertreter, oder sie ertheilten specielle oder auch wohl generelle Anweisungen an die Kasse. Von einem irgendwie feststehenden Ortsgebrauche könne in dieser Beziehung keine Rede sein.

Angabe des Geschäftszweiges und des Geschäftslokals in den handelsgerichtlichen Bekanntmachungen.

Das Präsidium des Deutschen Handelstages hat an die deutschen Bundesregierungen eine Eingabe gerichtet, welche die Angabe des Geschäftszweiges und -lokals in den handelsgerichtlichen Bekanntmachungen zum Gegenstand hat.

Die Handelskammer, welcher diese Eingabe von dem Herzoglichen Staatsministerium zur gutachtlichen Aeussderung überwiesen wurde, hat daraufhin eine Umfrage bei ihren Mitgliedern gehalten. Das Resultat dieser Umfrage lässt sich dahin zusammenfassen, dass im Allgemeinen die nähere Bezeichnung des Geschäftszweiges in den handelsgerichtlichen Bekanntmachungen gewünscht wird, wogegen der Angabe des Geschäftslokals überall kein Werth beigemessen wird.

Das Herzogliche Staatsministerium hat auf den hierauf erstatteten Bericht den Landgerichtspräsidenten angewiesen, den Registerrichtern anheimzugeben, auf die Angabe des Geschäftszweiges seitens eines Einzelkaufmanns, einer offenen Handelsgesellschaft und einer Kommanditgesellschaft auch dann hinzuwirken, wenn der Geschäftszweig als Zusatz der Firma nicht mit angemeldet wird.

Der angegebene Geschäftszweig soll — vorausgesetzt, dass er nicht Theil der Firma ist — im Register nicht eingetragen werden, da andernfalls auch die späteren Veränderungen eingetragen werden müssten. Er ist aber bei der Veröffentlichung der Eintragung auf Kosten der Anmeldenden durch das Registergericht mit bekannt zu machen, wenn nicht von den Anmeldenden ausdrücklich widersprochen werden wird.

Reichsbanknebenstelle.

In Glatz ist am 1. August d. J. eine von der Reichsbankstelle in Schweidnitz abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kassen-einrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Tarifirung nicht vollbeladener Eisenbahnwagen.

Die Handelskammer zu Magdeburg hat an die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig die folgende Mittheilung gemacht:

Die Frage der Tarifirung nicht vollbeladener Eisenbahnwagen hat im Jahre 1895 die Handelskammer zu Halle zu einer Eingabe veranlasst, in der sie den Minister der öffentlichen Arbeiten darum ersuchte, die Verfügung wieder aufzuheben, wonach für Wagen von 15 t Ladefähigkeit bei Gütern bestimmter Ausnahmetarife die volle Fracht für 15 t auch dann berechnet oder die Fracht nach einem höheren Tarifsatze erhoben werden soll, wenn die Wagen nicht voll beladen und von dem Besteller nur Wagen von 10 t Ladefähigkeit bestellt worden sind. Eine Antwort auf die Eingabe, die auch von den Aeltesten der Kaufmannschaft zu Magdeburg unterstützt worden ist, ist nicht erfolgt.

Wir haben aus Anlass einer Beschwerde einer Firma unseres Bezirkes dieser Frage von Neuem unsere Aufmerksamkeit zugewandt. Wenn wir auch von einem prinzipiellen Vorgehen gegen die Bestimmung der Tarifvorschriften, wonach die Anwendung verschiedener Ausnahmetarife von der Bedingung abhängig gemacht wird, dass die Frachtberechnung unter Zugrundelegung des Ladegewichtes der gestellten Wagen erfolgt, absahen, so erschien es uns doch als ein durchaus billiges und im Interesse von Verloader wie Empfänger gleich berechtigtes Verlangen, dass die Bahnverwaltung bei dem Besteller eines 10-t-Wagens, wenn kein solcher zur Verfügung steht, wenigstens anfrage, ob er auf die Stellung eines Wagens überhaupt verzichten oder einen 15-t-Wagen annehmen wolle. In diesem Sinne sind wir unlängst bei der hiesigen Eisenbahndirektion vorstellig geworden und haben gleichzeitig noch in Anregung gebracht, im Interesse einer schnelleren Verkehrsabwicklung den Anschluss aller Güterstationen an das bestehende Fernsprechnetz zu bewirken.

Darauf ist uns der folgende Bescheid zu Theil geworden, den wir, da er über unseren Bezirk hinausgehende Interessen berührt, nachstehend zu Ihrer Kenntniss bringen:

»Für die Anwendung der Specialtarife des deutschen Eisenbahngütertarifs ist die Verladung von 10000 kg oder die Frachtpzahlung für diese Gewichtsmenge Voraussetzung, auch wenn der Absender thatsächlich weniger als 10000 kg verladen hat, oder auch wegen des Umfanges des Gutes weniger verladen kann. Diese dem gegenwärtigen Tarifsystern zu Grunde liegende Vorschrift ist bisher nicht beanstandet worden. Gewährt nun die Eisenbahnverwaltung Ausnahmetarife zu Sätzen, welche den niedrigsten Specialtarif unterbieten, so kann ihr auch das Recht nicht verschränkt werden, diejenigen Bedingungen festzusetzen, unter welchen die Berechnung nach diesen ermässigten Tarifsätzen eintreten soll, sofern gesetzliche oder reglementarische Bestimmungen nicht entgegenstehen.

Im Interesse des Handels und der Industrie ist die Staatsbahnverwaltung unter Aufwendung bedeutender Kosten dazu übergegangen, das Ladegewicht vorhandener Transportmittel und damit die Leistungen des Eisenbahntransports, soweit zugänglich, zu erhöhen und neue Wagen mit erhöhtem Ladegewicht, namentlich solche mit 15 t Ladegewicht zu beschaffen; dass auf thunlichste Ausnutzung des Ladegewichts der Wagen gehalten und die Anwendung von Tariffermässigungen von Erfüllung entsprechender Bedingungen abhängig gemacht wird, dürfte als ungerechtfertigt wohl nicht angesehen werden können. Zu Zeiten eines starken Verkehrs wird auch seitens der Industrie sowohl als des Handels die Verwendung von Wagen mit mehr als 10 t Ladegewicht willkommen geheissen.

Nach den besonderen Bedingungen der preussischen Staatsbahngütertarife kann der Absender behufs Anwendung der Frachtsätze der Specialtarife die Bereitstellung anderer Wagen, als solcher von 10000 kg Ladegewicht, nicht beanspruchen. Daraus folgt aber nicht die Verpflichtung, stets einen Wagen von einem Ladegewicht von 10000 kg zu stellen. Vielmehr ist dem Versender nur das Recht gewahrt, die Annahme eines ihm nicht passenden Wagens mit einem abweichenden Ladegewicht zu verweigern. Wir wollen jedoch hervorzuheben nicht unterlassen, dass bei Gestellung eines 15-t-Wagens auch die Fracht nicht unbedingt für das Ladegewicht erhoben wird, sondern event. nur die Fracht für das wirklich verladene Gewicht nach dem Satze des Specialtarifes III, sofern sich diese Frachtberechnung billiger stellt, als die Frachtberechnung nach dem Ausnahmetarif für das Ladegewicht des verwendeten Wagens.

Bei den Verfrachtern grösserer und regelmässiger Sendungen (Kohlengruben u. A.) kann die Kenntniss der Bestimmungen über die Frachtberechnung nach solchen Ausnahmetarifen, deren Anwendung an die Bedingung der Ausnutzung des Ladegewichts der gestellten Wagen geknüpft ist, vorausgesetzt werden. Grundsätzlich muss auch daran festgehalten werden, dass es Sache des Absenders ist, sich über die Höhe und Art der Frachtberechnung aus den veröffentlichten Tarifen selbst zu unterrichten. Gleichwohl sind zur Vermeidung unbeabsichtigter Frachtvertheuerungen die Güter-Abfertigungsstellen wiederholt angewiesen worden, die Versender allgemein über die Folgen der Nichtausnutzung des Ladegewichts der gestellten Wagen zu belehren, wenn mangels des verlangten Wagens ein solcher von höherem Ladegewicht gestellt wird, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich die Vortheile des Ausnahmetarifs durch Ausnutzung des vollen Ladegewichts zu sichern. Aus diesen Gründen sind wir zu unserem Bedauern nicht in der Lage, der gewünschten Beseitigung der Bedingungen der Ausnutzung des Ladegewichts der gestellten Wagen näher zu treten.

Die Herstellung von Verbindungen der Stationen und Abfertigungsstellen des diesseitigen Bezirks mit dem öffentlichen Fernsprechnetz, soweit solches vorhanden ist, unterliegt fortgesetzter eingehender Prüfung. Entsprechend dem Verkehrsbedürfniss und nach Maassgabe der zur Verfügung gestellten Mittel sind in den letzten drei Jahren 25 diesseitige grössere und mittlere Stationen und Abfertigungsstellen mit dem öffentlichen Fernsprechnetz verbunden worden, wofür an die Reichstelegraphenverwaltung jährlich rund 2250 Mk. gezahlt werden. Für das laufende Jahr ist der Anschluss weiterer neun Abfertigungsstellen mit einem jährlichen Kostenaufwand von 720 Mk. angemeldet worden. Weiteren Bedürfnissen zur Ausdehnung dieser Verkehrserleichterung wird auch fernerhin in weitestgehendem Umfange Rechnung getragen werden. Die angeregte Herstellung telephonischer Verbindung mit allen Stationen und Abfertigungsstellen dürfte über das vorhandene Bedürfniss hinausgehen, und kann daher dieser Anregung keine Folge gegeben werden.«

Im Zusammenhang mit unserem Vorgehen in dieser Angelegenheit dürfte auch die folgende Verfügung stehen, die wir auf Seite 450 (No. 618) des Amtsblattes der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg finden:

»Frachtberechnung nach dem Ladegewicht der gestellten Wagen. In letzter Zeit sind häufig die in mehreren Ausnahmetarifen enthaltenen Anwendungsbedingungen über die Frachtberechnung nach dem Ladegewicht der gestellten Wagen nicht genügend beachtet worden, indem seitens der Versandstationen die Fracht bei Gestellung von Wagen mit einem höheren Ladegewicht als 10 t nach den Sätzen der Ausnahmetarife für 10000 kg berechnet und dieselbe auch vielfach von den Empfangsstationen anerkannt worden ist, so dass bei der nachträglichen Einziehung der zu wenig erhobenen Frachtbeträge Weiterungen entstanden sind.

Nach diesen Bedingungen finden die Sätze der Ausnahmetarife bei Beförderung der in Frage kommenden Artikel nur unter Zugrundelegung des Ladegewichts der gestellten Wagen Anwendung, sofern sich die Fracht für das wirkliche Gewicht, mindestens jedoch für 10000 kg, nach Specialtarif III nicht niedriger stellt.

Beispielsweise beträgt die Fracht für eine Wagenladung Braunkohlenbrikets von 10000 kg im Verkehr von Gerlebogk nach Magdeburg-Alte Neustadt bei Gestellung eines 15-t-Wagens nach dem Ausnahmetarif VI für Brennstoffe 33 Mk., dagegen für das wirkliche Gewicht (10000 kg) nach Specialtarif III nur 27 Mk. In diesem Falle muss daher die Fracht nach Specialtarif III in Rechnung gestellt werden.

Sofern zur Verfrachtung von solchen Gütern der Ausnahmetarife, für welche die Frachtberechnung

nach dem Ladegewicht der Wagen zu erfolgen hat, in Ermangelung der seitens der Absender angeforderten 10-t-Wagen solche mit höherem Ladegewicht gestellt werden müssen, sind die Absender in jedem Falle vor Ueberweisung der Wagen ausdrücklich auf die bei Verwendung dieser Wagen entstehende höhere Fracht aufmerksam zu machen, damit denselben die Möglichkeit gegeben wird, entweder das Ladegewicht der Wagen auszunutzen oder aber mit der Verfrachtung so lange zu warten, bis die Gestellung passender Wagen möglich ist.

Ferner sind Frachtbriefe mit der Vorschrift

„In Ermangelung eines 10-t-Wagens gestellt“
zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten stets zurückzuweisen.

Es wird erwartet, dass künftig genau nach dieser Verfügung verfahren wird, widrigenfalls die Schuldigen persönlich haftbar gemacht werden. (IV. 6343 k. vom 21. Juni 1900.)«

Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.

Vom 30. Juni 1900.

Aus dem kürzlich erlassenen Gesetze, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900, Reichsgesetzblatt No. 25, S. 321 ff., heben wir auszugsweise das Folgende hervor:

§ 41b.

Auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Gewerbetreibenden kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden durch die höhere Verwaltungsbehörde vorgeschrieben werden, dass an Sonn- und Festtagen in bestimmten Gewerben, deren vollständige oder theilweise Ausübung zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, ein Betrieb nur insoweit stattfinden darf, als Ausnahmen von den im § 105b Abs. 1 getroffenen Bestimmungen zugelassen sind.

Der Bundesrath ist befugt, Bestimmungen darüber zu erlassen, welche Gewerbetreibende als betheiligte anzusehen sind und in welchem Verfahren die erforderliche Zahl von Gewerbetreibenden festzustellen ist.

§ 114a.

Für bestimmte Gewerbe kann der Bundesrath Lohnbücher oder Arbeitszettel vorschreiben. In diese sind von dem Arbeitgeber oder dem dazu Bevollmächtigten einzutragen:

1. Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Akkordarbeit die Stückzahl;
2. die Lohnsätze;
3. die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten.

Der Bundesrath kann bestimmen, dass in die Lohnbücher oder Arbeitszettel auch die Bedingungen für die Gewährung von Kost und Wohnung einzutragen sind, sofern Kost oder Wohnung als Lohn oder Theil des Lohnes gewährt werden sollen.

Auf die Eintragungen finden die Vorschriften des § 111 Abs. 2 bis 4 entsprechende Anwendung.

Das Lohnbuch oder der Arbeitszettel ist von dem Arbeitgeber auf seine Kosten zu beschaffen und dem Arbeiter nach Vollziehung der vorgeschriebenen Eintragungen vor oder bei der Uebergabe der Arbeit kostenfrei auszuhändigen.

Die Lohnbücher sind mit einem Abdrucke der Bestimmungen der §§ 115 bis 119a Abs. 1 und des § 119b zu versehen. Im Uebrigen wird die Einrichtung der Lohnbücher durch den Reichskanzler bestimmt.

Auf die von dem Bundesrathe getroffenen Anordnungen findet die Bestimmung im § 120e Abs. 4 Anwendung.

Artikel 9.

Im § 120 Abs. 3 der Gewerbeordnung wird hinter den Worten »achtzehn Jahren« eingefügt: »sowie für weibliche Gehilfen und -Lehrlinge unter achtzehn Jahren«.

Artikel 11.

In Fabriken, für welche besondere Bestimmungen auf Grund des § 114a Abs. 1 nicht erlassen sind, ist auf Kosten des Arbeitgebers für jeden minderjährigen Arbeiter ein Lohnzahlungsbuch einzurichten. In das Lohnzahlungsbuch ist bei jeder Lohnzahlung der Betrag des verdienten Lohnes einzutragen; es ist bei der Lohnzahlung dem Minderjährigen oder seinem gesetzlichen Vertreter auszuhändigen und von dem Empfänger vor der nächsten Lohnzahlung zurückzureichen. Auf das Lohnzahlungsbuch finden die Bestimmungen des § 110 Satz 1 und des § 111 Abs. 2 bis 4 Anwendung.

Artikel 12.

Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- und Nachmittage je vier Stunden nicht übersteigt.

§ 139c.

In offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörenden Schreibstuben (Kontore) und Lagerräumen ist den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden zu gewähren.

In Gemeinden, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als zwanzigtausend Einwohner haben, muss die Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen, in denen zwei oder mehr Gehilfen und

Lehrlinge beschäftigt werden, für diese mindestens elf Stunden betragen; für kleinere Ortschaften kann diese Ruhezeit durch Ortsstatut vorgeschrieben werden.

Innerhalb der Arbeitszeit muss den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Für Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, die ihre Hauptmahlzeit ausserhalb des die Verkaufsstelle enthaltenden Gebäudes einnehmen, muss diese Pause mindestens ein und eine halbe Stunde betragen.

§ 139 d.

Die Bestimmungen des § 139 c finden keine Anwendung

1. auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens von Waaren unverzüglich vorgenommen werden müssen,
2. für die Aufnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur sowie bei Neueinrichtungen und Umzügen,
3. ausserdem an jährlich höchstens dreissig von der Ortspolizeibehörde allgemein oder für einzelne Geschäftszweige zu bestimmenden Tagen.

§ 139 e.

Von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens müssen offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Die beim Ladenschluss im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.

Ueber 9 Uhr Abends dürfen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein

1. für unvorhergesehene Nothfälle,
2. an höchstens vierzig von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Tagen, jedoch bis spätestens 10 Uhr Abends,
3. nach näherer Bestimmung der höheren Verwaltungsbehörde in Städten, welche nach der jeweilig letzten Volkszählung weniger als zweitausend Einwohner haben, sowie in ländlichen Gemeinden, sofern in denselben der Geschäftsverkehr sich vornehmlich auf einzelne Tage der Woche oder auf einzelne Stunden des Tages beschränkt.

Die Bestimmungen der §§ 139 c und 139 d werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist das Feilbieten von Waaren auf öffentlichen Wegen, Strassen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe (§ 42 b Abs. 1 Ziffer 1), sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen (§ 55 Abs. 1 Ziffer 1) verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Die Bestimmung des § 55 a Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung.

§ 139 f.

Auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich

unmittelbar zusammenhängende Gemeinden durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörden für alle oder einzelne Geschäftszweige angeordnet werden, dass die offenen Verkaufsstellen während bestimmter Zeiträume oder während des ganzen Jahres auch in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr Abends und zwischen 5 und 7 Uhr Morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Die Bestimmungen der §§ 139 c und 139 d werden hierdurch nicht berührt.

Auf Antrag von mindestens einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde die beteiligten Geschäftsinhaber durch ortsübliche Bekanntmachung oder besondere Mittheilung zu einer Aeusserung für oder gegen die Einführung des Ladenschlusses im Sinne des vorstehenden Absatzes aufzufordern. Erklären sich zwei Drittel der Abstimmenden für die Einführung, so kann die höhere Verwaltungsbehörde die entsprechende Anordnung treffen.

Der Bundesrath ist befugt, Bestimmungen darüber zu erlassen, in welchem Verfahren die erforderliche Zahl von Geschäftsinhabern festzustellen ist.

Während der Zeit, wo Verkaufsstellen auf Grund des Abs. 1 geschlossen sein müssen, ist der Verkauf von Waaren der in diesen Verkaufsstellen geführten Art, sowie das Feilbieten von solchen Waaren auf öffentlichen Wegen, Strassen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe (§ 42 b Abs. 1 Ziffer 1), sowie im Gewerbebetriebe im Umherziehen (§ 55 Abs. 1 Ziffer 1) verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Die Bestimmung des § 55 a Abs. 2 Satz 2 findet Anwendung.

§ 139 g.

Die Polizeibehörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne offene Verkaufsstellen diejenigen Maassnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der im § 62 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches enthaltenen Grundsätze in Ansehung der Einrichtung und Unterhaltung der Geschäftsräume und der für den Geschäftsbetrieb bestimmten Vorrichtungen und Geräthschaften, sowie in Ansehung der Regelung des Geschäftsbetriebes erforderlich und nach der Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen.

Die Bestimmungen im § 120 d Abs. 2 bis 4 finden entsprechende Anwendung.

§ 139 h.

Durch Beschluss des Bundesraths können Vorschriften darüber erlassen werden, welchen Anforderungen die Laden-, Arbeits- und Lagerräume und deren Einrichtung, sowie die Maschinen und Geräthschaften zum Zwecke der Durchführung der im § 62 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches enthaltenen Grundsätze zu genügen haben. Die Bestimmung im § 120 e Abs. 4 findet Anwendung.

Soweit solche Vorschriften durch Beschluss des Bundesraths nicht erlassen sind, können sie durch Anordnung der im § 120 e Abs. 2 bezeichneten Behörden erlassen werden.

§ 139 i.

Die durch § 76 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches, sowie durch § 120 Abs. 1 begründete Verpflichtung des Geschäftsinhabers findet an Orten, wo eine vom Staate oder der Gemeindebehörde anerkannte Fachschule besteht, hinsichtlich des Besuches dieser Schule entsprechende Anwendung.

Der Geschäftsinhaber hat die Gehilfen und Lehrlinge unter achtzehn Jahren zum Besuche der Fortbildungs- und Fachschule anzuhalten und den Schulbesuch zu überwachen.

§ 139 k.

Für jede offene Verkaufsstelle, in welcher in der Regel mindestens zwanzig Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt werden, ist innerhalb vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen.

Auf die Arbeitsordnung finden die Vorschriften der §§ 134 a, 134 b Abs. 1 Ziffer 1 bis 4, Abs. 2, Abs. 3 Satz 1, des § 134 c Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 und 3, des § 134 d Abs. 1 und der §§ 134 e, 134 f entsprechende Anwendung.

Andere als die in der Arbeitsordnung oder in den §§ 71 und 72 des Handelsgesetzbuches vorgesehenen Gründe der Entlassung und des Austritts aus der Arbeit dürfen im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden.

Die verhängten Geldstrafen sind in ein Verzeichniss einzutragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergeben und auf Erfordern der Ortspolizeibehörde jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden muss.

Auf Arbeitsordnungen, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden sind, finden die Bestimmungen der §§ 134 a, 134 b Abs. 1 Ziffer 1 bis 4, Abs. 2, Abs. 3 Satz 1, des § 134 c Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 und 3, des § 134 e Abs. 2 und des § 134 f entsprechende Anwendung. Dieselben sind binnen vier Wochen der unteren Verwaltungsbehörde in zwei Ausfertigungen einzureichen. Auf spätere Abänderungen dieser Arbeitsordnungen und auf die seit dem 1. Oktober 1899 erstmalig erlassenen Arbeitsordnungen finden der § 134 d Abs. 1 und der § 134 e Abs. 1 entsprechende Anwendung.

§ 139 l.

Auf das Halten von Lehrlingen in offenen Verkaufsstellen sowie in anderen Betrieben des Handelsgewerbes findet die Bestimmung des § 128 Anwendung.

§ 139 m.

Die Bestimmungen der §§ 139 c bis 139 i finden auf den Geschäftsbetrieb der Konsum- und anderer Vereine entsprechende Anwendung.

Artikel 16.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1900 in Kraft.

Eintragung der Konsumvereine in das Handelsregister.

Die Handelskammer zu Göttingen hatte beim Amtsgericht den Antrag gestellt, den in Göttingen bestehenden Konsumverein in das Handels- oder in das Genossenschaftsregister einzutragen. Das Amtsgericht lehnte diesen Antrag ab, worauf die Handelskammer am 6. April Beschwerde gegen diesen Bescheid einlegte. Hierauf wurde durch Beschluss des Landgerichts vom 8. Mai die Eintragung des Konsumvereins verfügt. Der Beschluss lautete:

1. Die Beschwerde wird soweit verworfen, als sie auf Eintragung des Konsumvereins Göttingen in das Genossenschaftsregister gerichtet ist.

2. Unter Abänderung der angefochtenen Verfügung wird angeordnet, dass der »Konsumverein zu Göttingen« seine Eintragung ins Handelsregister nach den für die Eintragung kaufmännischer Firmen geltenden Vorschriften herbeizuführen hat.

3. Die Kosten der Beschwerde werden ausser Ansatz gelassen.

Aus den Gründen ist Folgendes hervorzuheben:

»In gegebener Veranlassung hat die Handelskammer Göttingen durch Schreiben vom 15. Januar 1900 bei dem mit der Führung des Handelsregisters beauftragten Königlichen Amtsgericht III in Göttingen ein Verzeichniss derjenigen Handels- und Gewerbebetriebe eingereicht, welche dieselbe nach den Vorschriften des am 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Handelsgesetzbuchs für verpflichtet hielt, ihre Firma ins Handelsregister eintragen zu lassen. In diesem Verzeichniss ist unter No. 4 der »Konsumverein Göttingen« aufgeführt. Nachdem das Amtsgericht die Statuten des »Konsumvereins« vom ^{22. Januar 1891}_{25. Februar 1898} eingezogen und mit dem Vorstand Verhandlung zugelegt hatte, ist die Eintragung des Vereins ins Handelsregister durch motivirte Verfügung vom 8. Februar 1900 abgelehnt worden. Gegen diese Verfügung hat die Handelskammer unter dem 6./14. April cr. Beschwerde erhoben und beantragt: ihrem Antrag gemäss die Eintragung des Konsumvereins in das Handels- oder Genossenschaftsregister zu verfügen.

Zur Begründung der Beschwerde führt die Handelskammer an:

1. Bereits 1892 sei vom hiesigen Landgericht anerkannt, dass das Amtsgericht den Konsumverein einzutragen habe. Dem be-

treffenden Beschluss vom 27. Juni 1892 sei nicht entsprochen worden, weil das Kammergericht in seinem Beschluss vom 16. August 1892 der Handelskammer die formelle Berechtigung zur Beschwerdeführung abgesprochen habe. Dieser Mangel sei jetzt (durch § 126 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898) beseitigt.

2. Der Konsumverein sei nach § 2 des Handelsgesetzbuchs verpflichtet, sich ins Handelsregister eintragen zu lassen: a) er zahle eine jährliche Gewerbesteuer von 300 Mk. nach § 5 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891, b) nach dem der Handelskammer vorliegenden Geschäftsbericht für die Zeit vom 15. März 1895 bis 15. März 1899 habe die Einnahme 263 391,62 Mk., die Ausgabe 260 928,39 Mk., der Erlös der abgegebenen Waaren 252 442,14 Mk. betragen. Nach der Hauptinventur vom 15. März 1896 wurde an die Mitglieder pro 1895/96 ein Geschäftsüberschuss von 17 651,62 Mk. vertheilt. Es sei aber notorisch, dass der Verein sich seit der Zeit noch erheblich vergrößert habe. Ein Detailgeschäft mit gegen 300 000 Mk. Umsatz, ohne einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Betrieb zu führen, sei unmöglich.

3. Der Umfang des Geschäfts und die Gewerbesteuerpflicht liessen erkennen, dass der Verein den Charakter eines gewerbemässigen besitze. Nicht nur das Bestreben, billig einzukaufen, wie das Amtsgericht in der angefochtenen Verfügung hervorhebt, sondern namentlich die Gewinnvertheilung bilde den Grund zum Beitritt in den Konsumverein.

4. Die rechtliche Grundlage des Vereins sei eine völlig ungewisse und führe zu bedenklichen Konsequenzen. So sei im Geschäftsbericht pro 1895/99 hervorgehoben, dass der Verein über ein schuldenfreies Heim verfüge. Im Grundbuch seien aber als Eigenthümer des Hauses, Papendiek No. 23, in welchem sich der Laden befinde, drei Einwohner von Göttingen verzeichnet. Das Haus hafte also für die Verpflichtungen dieser Personen, nicht des Vereins.

Was die Entscheidung über diese Beschwerde anlangt, so kann zunächst die Zuständigkeit des angegangenen Gerichts heutigen Tages nicht bezweifelt werden. . . . Dagegen kann die Legitimation der Handelskammer zur Beschwerdeführung nicht im vollen Umfang der geltend gemachten Beschwerde anerkannt werden. Der § 126 R.-G. über F.-G. berechtigt zwar die Handelskammer, Anträge zum Zweck der Berichtigung und Vervollständigung des Handelsregisters zu stellen und gegen Verfügungen, durch die über solche Anträge entschieden wird, das Rechtsmittel der Beschwerde zu erheben. Der § 126 gehört aber nicht zu denjenigen Vorschriften, welche nach § 147 das. auf die Eintragungen in das Genossenschaftsregister entsprechend Anwendung finden. Soweit das Genossenschaftsregister in Frage kommt, ist ausserdem vorliegendenfalls eine Verfügung des Amtsgerichts überhaupt nicht ergangen, mithin die Beschwerde hierher bis

jetzt nicht erwachsen. Es war deshalb geboten, die Beschwerde, soweit in ihr die Eintragung ins Genossenschaftsregister beantragt wird, zu verwerfen. Im Uebrigen musste die Beschwerde für begründet erachtet werden.

Bezüglich der thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse des Konsumvereins muss Folgendes als durch die Erklärung des Vorstandes vom 2. Februar cr., das Statut und die Kontobücher, sowie durch die Beschwerde als festgestellt erachtet werden:

Der am 27. März 1866 gegründete Konsumverein in Göttingen bezweckt nach § 1 des Statuts, seinen Mitgliedern gute und unverfälschte Waaren für ihren persönlichen und Haushaltsbedarf zu möglichst billigen Preisen gegen Baarzahlung zu beschaffen. Er hält zu diesem Zweck in einem mit Mitteln des Vereins erworbenen, aber auf den Namen dreier Mitglieder im Grundbuch eingetragenen Hause ein grösseres Waarenlager und einen offenen Laden. Der Verkauf findet nur an Mitglieder statt, denen es verboten ist, ihre Legitimation Dritten zum Zweck unbefugter Waarenentnahme zu überlassen und die auf Grund ihrer Mitgliedschaft bezogenen Waaren gewohnheits- oder gewerbsmässig an Nichtmitglieder gegen Entgelt zu veräussern. Um diesem Verbot Nachdruck zu verleihen, sind im »Kontobuch« die Bestimmungen des Reichsgesetzes betreffend Abänderung des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 12. August 1896 Art. 1 No. 7; §§ 145a und 145b theilweise abgedruckt. — Der Verein besteht zur Zeit aus 2473 Mitgliedern und hat den aus der Begründung der Beschwerde ersichtlichen Geschäftsbetrieb. Vierteljährlich wird Inventur aufgenommen und jährlich Rechnung gelegt. »Die Vereinsrechnung ist nach den Grundsätzen kaufmännischer Buchführung aufzustellen.« (§ 8.) Im § 4 ist ein »Geschäftsgewinn« vorgesehen, von welchem jährlich 1000 Mk. zur Tilgung der auf dem Grundstücke haftenden Schulden verwandt werden, bis diese getilgt sind. Von dem Rest wird eine Dividende an die Mitglieder nach Höhe ihrer Waarenentnahme und Bestimmung der Generalversammlung vertheilt. Aus nicht vertheilten Ueberschüssen wird ein Reservefonds bis zur Maximalhöhe von 5000 Mk. gebildet. — Organe des Vereins sind die Generalversammlung der Mitglieder und der aus 7 Mitgliedern bestehende Vorstand. — Im Fall der Auflösung wird das Vereinsvermögen nach Kopftheilen an die Mitglieder vertheilt.

Der Beschwerde kann nun zwar darin nicht beigetreten werden, dass auf diesen so gearteten Verein der § 1 des H.-G.-B. Anwendung fände. Der Konsumverein gehört zu den nicht rechtsfähigen Vereinen des § 54 B.-G.-B. und, da er als solcher Rechte nicht zu erwerben vermag, so kann er auch Kaufmann im Sinne des § 1 H.-G.-B. nicht sein (cf. Staub, Komm. z. H.-G.-B. 6 und 6. Aufl. § 1 Anm. 3 C. 1).

Um so unbedenklicher aber muss der § 2 auf den Konsumverein für anwendbar erachtet werden; dass es sich zunächst hier

um ein Unternehmen handelt, „das nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert“, kann einem begründeten Zweifel nicht unterliegen. Es ergibt sich aus der Zahl der Mitglieder, aus der Höhe des Umsatzes, aus der Haltung eines eigenen Lagers und Ladens und aus § 8 des Statuts. Der Beschwerdeführerin ist darin nur beizutreten, dass ein solches Detailgeschäft, ohne einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Betrieb, gar nicht geführt werden kann. — Aber es handelt sich auch um ein „gewerbliches“ Unternehmen im Sinne des Handelsgesetzbuchs. Zur Gewerbemässigkeit gehört, dass die Absicht nicht auf einzelne Geschäfte, sondern einheitlich auf einen ganzen Komplex von Geschäften gerichtet ist, und dass ferner die Absicht dahin geht, aus dieser Thätigkeit Gewinn zu erzielen (R.-G.-E. Bd. 38 S. 20). Dass diese Voraussetzungen vorliegen, ergibt § 9 des Statuts, und es ist völlig gleichgültig, welchen anderen Zwecken der erhoffte Gewinn dienen soll (vergl. Staub a. a. O. Anm. 13 bis 20, insbesondere Anm. 17 und Exkurs zu § 5 und zu § 342).« (Handel und Gewerbe.)

Fernsprech-Nebenanschlüsse.

Der Reichskanzler hat am 31. Januar Bestimmungen über Fernsprech-Nebenanschlüsse erlassen, die mit dem 1. April in Kraft getreten sind. Hervorzuheben ist:

14. Die Inhaber der Nebenstellen sind zum Sprechverkehr mit der Hauptstelle sowie mit anderen an dieselbe Hauptstelle angeschlossenen Nebenstellen befugt. Sprechverbindungen mit dritten Personen werden ihnen in demselben Umfange gewährt wie dem Inhaber der Hauptstelle. — Soweit nichts Abweichendes bestimmt ist, finden für die Benutzung des Nebenanschlusses die für den Hauptanschluss geltenden Bestimmungen entsprechend Anwendung. — Die ... Nebenanschlüsse werden, sofern nichts Gegentheiliges verlangt wird, in das Theilnehmerverzeichniss aufgenommen.

II A. Für die Errichtung und Instandhaltung des Nebenanschlusses durch die Reichs-Telegraphenverwaltung werden erhoben:

1. für Nebenanschlüsse in den auf dem Grundstücke des Hauptanschlusses befindlichen Wohn- oder Geschäftsräumen des Inhabers des Hauptanschlusses
für jeden Nebenanschluss jährlich 20 Mk.;
2. für andere Nebenanschlüsse
für jeden Nebenanschluss jährlich 30 Mk.
3. Sind zur Verbindung der Nebenstelle mit dem Hauptanschluss mehr als 100 m Leitung erforderlich, so werden ausserdem für jede angefangenen weiteren 100 m Leitung erhoben:
bei einfacher Leitung jährlich 3 Mk.,
bei Doppelleitung jährlich 5 Mk.;

4. bei Nebenanschlüssen, die weiter als 10 km von der (Haupt-) Vermittlungsanstalt entfernt sind, werden für die überschüssende, von der Haupt-Sprechstelle zu messende Leitungslänge dieselben Baukostenzuschüsse erhoben wie bei Hauptanschlüssen.

II C. In Bezirks-Fernsprechnetzen wird für Nebenanschlüsse an solche Hauptanschlüsse, deren Inhaber die Bauschgebühr für die Benutzung der Verbindungsleitungen zahlen, zu den nach IIA 2 . . . zu entrichtenden Gebühren ein Zuschlag von 100 Mk. jährlich für jeden Nebenanschluss erhoben. Für Nebenanschlüsse, deren Inhaber die Vergütung nach IIA 1 . . . zu entrichten haben, wird dieser Zuschlag nicht erhoben.

Verein für Knabenhandarbeit.

Die Hauptversammlung des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit fand am 9. und 10. Juni in Hildesheim statt.

Durch einen gemeinsamen Besuch der dortigen blühenden städtischen Handfertigkeitsschule wurde die Hauptversammlung eingeleitet. In den Räumen der städtischen Turnhalle, welche die Stadt auch für die Verhandlungen zur Verfügung gestellt hatte, waren die vollständigen Lehrgänge für die Vorstufe, die Papparbeit, die Hobelbankarbeit und für Kerbschnitt in Zeichnung und Modell ausgestellt. Während diese Lehrgänge ein anschauliches Bild erzeugten von dem, was die Schule erstrebt, konnte man gleichzeitig nebenan in dem eigenen Heim der Anstalt an vier arbeitenden Abtheilungen beobachten, wie das gesteckte Ziel erreicht wird.

Zur Eröffnung der Hauptversammlung begrüßte der Vorsitzende von Schenckendorff die Versammlung, die von verschiedenen Theilen Deutschlands besucht war, und der auch Regierungspräsident von Philipsborn und Oberbürgermeister Struckmann beiwohnten. Ersterer ergriff sodann das Wort, um sein warmes Interesse an den Bestrebungen des Vereins zu bekunden und um die Versicherung zu geben, dass er bereit sei, die Handarbeit als wirksamste Ergänzung der Kopfarbeit zu fördern. Seitens der Stadt Hildesheim begrüßte Senator Wiegmann die Versammlung.

Landesrath Schmedding erstattete dann den Bericht über die wirthschaftliche Lage des Vereins. Die Rechnung schließt ab mit einer Einnahme und Ausgabe von 29 102 Mk. Ueber die Wahlen theilte Oberrealschuldirektor Noeggerath mit, dass an Stelle des verstorbenen Dr. Götze Direktor Raydt (Leipzig) in den Ausschuss, und an Stelle des ausscheidenden Geheimraths Rümelin Schulinspektor Scherer (Worms) in den Vorstand gewählt sei.

Danach erfolgte der Vortrag des Seminardirektors Dr. Papst (Leipzig) über »Stellung und Methode des Handfertigungsunterrichts.

in Deutschland und der Schweiz«. Der Handfertigkeitsunterricht wird, wenn man von dem Betriebe desselben in Internaten, Horten, Hilfsschulen u. s. w. absieht, in Deutschland hauptsächlich in den fakultativen Schülerwerkstätten gepflegt. In wenigen Orten hat er eine solche Ausbildung gefunden, dass er in engere Beziehung zum eigentlichen Schulunterricht treten konnte, in einigen Orten jedoch als ein obligatorisches Fach desselben. Die Unterrichtszweige, zu denen dieser Unterricht in engere Beziehung treten kann, sind in erster Linie das Zeichnen, die Raumlehre und Naturlehre, weiterhin auch Rechnen und Geographie. Wir finden derartigen Unterrichtsbetrieb z. B. in Frankfurt a. M., Zwickau, Neu-ode i. Schl., Glauchau, Königsberg i. Pr., Worms; auch an den Seminaren in Bensheim und anderen Seminaren in Hessen, in Wolfenbüttel, Meersburg in Baden und Cöthen in Anhalt, worüber Redner nähere Mittheilungen macht. Das Schulwesen der Schweiz zeigt uns grösstentheils den fakultativen Betrieb des Arbeitsunterrichts, so in Basel, Bern, Lausanne, Neuchâtel, während Zürich und Genf den Arbeitsunterricht obligatorisch in den Lehrplan der allgemeinen Volksschulen aufgenommen haben. Redner giebt nun eine eingehendere Darstellung des Unterrichtsbetriebes und der Unterrichtsmethode, wie er diese auf einer soeben beendeten Studienreise in Schweizer Schulen kennen gelernt hat, und schliesst mit dem Hinweis, dass wir alle Veranlassung haben, dem Schulwesen des Auslandes unsere Aufmerksamkeit zu widmen und auch vom Auslande zu lernen.

In der Besprechung des Vortrages, an der sich Rektor Brückmann (Königsberg), Schulrath Sickingen (Mannheim) und Lehrer Zipp (Altena) beteiligten, wurde besonders der Gegensatz zwischen der deutschen und der schweizerischen Lehrerschaft in ihrer Stellung zum Handfertigkeitsunterrichte hervorgehoben.

Hierauf berichtet Lehrer Neumann (Görlitz) über die Verhandlungen der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung zu Köln betreffs des Handarbeitsunterrichts. Er giebt in grossen Zügen die Ausführungen des ersten Berichterstatters, des Lehrers und Redakteurs Ries aus Frankfurt a. M., der als Gegner der Sache bekannt ist, wieder. Nach dessen Meinung hat der Volksschulunterricht nur die Aufgabe, für die geistige und sittliche Bildung zu sorgen, dagegen alles abzuweisen, was diesen Zweck beeinträchtigen kann. Der zweite Berichterstatter, Schulinspektor Scherer aus Worms, ein reger Freund der Sache, kennzeichnet dieselbe auf wissenschaftlicher Grundlage dahin, dass die Entwicklungsgeschichte der Menschheit lehrt, wie neben der Sprache die technische Arbeit am meisten dazu beigetragen hat, die Menschen zu höheren Kulturstufen emporzuheben. Neben der Bildung von Auge und Hand befördert der Handfertigkeitsunterricht — und hier steht der zweite Redner in direktem Gegensatz zu dem ersten — weiterhin die geistige und sittliche Bildung. Die Verhandlungen fanden ihren Abschluss in der Annahme der Resolution,

dass der Betrieb des Handfertigkeitsunterrichts von dem Lehrplan der Knabenschulen auszuschliessen sei.

Der Vorstand und Ausschuss des Deutschen Vereins brachten gegenüber diesem Beschluss die nachfolgende Erklärung ein, die die Hauptversammlung einstimmig annahm:

»Die heute hier tagende Hauptversammlung des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit erklärt gegenüber den Verhandlungen der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung zu Köln vom 6. d. Mts.:

1. Die Ausführungen des ersten Berichtstatters, denen die Vertreterversammlung in ihrer Mehrheit zugestimmt hat, sind vorwiegend theoretisch-polemirender Art, berühren nicht den Kernpunkt des Handarbeitsunterrichts und lassen die gewonnenen reichen Erfahrungen, sowie die bis dahin erfolgte methodische Durchbildung dieses Unterrichts ausser allem Betracht. Die heutige Versammlung kann daher in diesen Ausführungen eine sachliche Bekämpfung des Handarbeitsunterrichts nicht erkennen.
2. So sehr der Handarbeitsunterricht mit Rücksicht auf seine erziehenden und bildenden Momente eine allgemeine Einführung in die Schulen wünschenswerth erscheinen lässt, so ist dieselbe doch nach Lage der bestehenden Schulverhältnisse und der gegenwärtigen Entwicklung des Handarbeitsunterrichts nicht möglich.

Die Gestaltung, welche der Handarbeitsunterricht in den Schülerwerkstätten angenommen hat, kann nicht ohne Weiteres maassgebend sein für Versuche einer allgemeinen Einführung, welche thunlichst zu fördern sind. Bei letzterer müssen dieselben pädagogischen Forderungen erfüllt sein, denen jeder verbindliche Unterricht unterworfen ist. Es ist deshalb scharf zu unterscheiden zwischen dem allgemeinen Handarbeitsunterricht in der Schule und dem wahlfreien Unterricht in den Schülerwerkstätten.

3. Der Deutsche Verein, dem zahlreiche Schulmänner angehören, wird die als richtig und zweckmässig erkannten Wege mit Entschiedenheit auch ferner verfolgen, um so mehr, als ihm weite Volkskreise, insbesondere auch solche des praktischen Lebens, ihre Sympathie zuwenden und ihm seit seiner fast zwanzigjährigen Thätigkeit wachsende Erfolge zur Seite stehen.«

Der Vorsitzende schloss sodann die Versammlung mit einem Hoch auf die Stadt Hildesheim.

Münzgesetz.

Einziehung bezw. Ausserkurssetzung der goldnen Fünfmarkstücke.

(Gültig ab 1. Oktober 1900.)

Bekanntmachung, betreffend die Ausserkurssetzung der Reichsgoldmünzen zu 5 Mk. vom 10. Juni 1900.

Auf Grund des Art. I Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Aenderungen im Münzwesen vom 1. Juni 1900, hat der Bundesrath die nachfolgenden Bestimmungen getroffen:

»Vom 1. Oktober 1900 ab gilt die Reichsgoldmünze zu 5 Mk. nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

Es ist von diesem Zeitpunkte ab, ausser den mit der Einlösung beauftragten Kassen, Niemand verpflichtet, diese Münze in Zahlung zu nehmen.«

Meistbegünstigungsvertrag mit England.

(No. 2685) Gesetz, betreffend die Handelsbeziehungen zu dem Britischen Reich vom 30. Juni 1900.

»Der Bundesrath wird ermächtigt, den Angehörigen und Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, sowie den Angehörigen und den Erzeugnissen britischer Kolonien und auswärtiger Besitzungen bis 30. Juli 1901 diejenigen Vortheile einzuräumen, die seitens des Reiches die Angehörigen, sowie die Erzeugnisse der meistbegünstigten Länder geniessen.«

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1899.

II. Theil.

(Schluss.)

XIII. Der Handel.

14. Glas- und Porzellanwaaren.

Die Lage des Handels in Glas und Porzellan im Herzogthum, und diese deckt sich im Allgemeinen mit derjenigen des übrigen Deutschland, ist gegen das Vorjahr unverändert.

Die Fabriken haben eingesehen, dass die, durch die Bazare oder Waarenhäuser geschaffene Lage eine unhaltbare geworden ist.

Dem kaufenden Publikum, auch dem besseren, ist durch diese Geschäfte das Verständniss oder die Beurtheilung für bessere Sachen theilweise abhanden gekommen, da derartige Geschäfte fast nur Ausschuss oder doch minderwerthige Waaren führen. Es eignet sich eben kaum ein Artikel so zur Täuschung wie Porzellan und Glaswaaren.

Die maassgebenden Fabriken, in richtiger Erkenntniss, dass eine Besserung dieser durch sie selbst verschuldeten Lage eintreten müsse und dass das Uebel an der Wurzel anzufassen sei, haben sich zu gemeinsamem Vorgehen vereinigt. Voran gingen die deutschen Steingutfabriken, die Ende Dezember einen bestimmten sofortigen Aufschlag vereinbarten; diesen schlossen sich Ende Januar die Porzellan- und Glasfabriken an.

(Fortsetzung siehe Seite 222.)

Statistische

über den Post- und Telegraphenverkehr bei den im Handelskammerbezirke Post- und Telegraphen-Anstalten des Ober-Postdirek

Laufende No.	Name des Ortes	Einwohnerzahl im Orts- und Landbestellbezirke nach der Zahlung vom 2. Dezember 1895	Porto- und Telegrammgebühren-Einnahme Mk.	An Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk eingegangene portopflichtige und portofreie				Im Orte auch portopflichtig	
				Briefe, Postkarten, Drucksachen u. Waarenproben Stück	Packete ohne Stück	Briefe mit Werthangabe Stück	Packete mit Stück	Briefe, Postkarten, Drucksachen u. Waarenproben Stück	Packete ohne Wert Stück
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	Braunschweig .	121 149	1 975 385	11 475 490	678 078	45 838	14 969	23 356 788	877 694
2	Wolfenbüttel .	19 171	158 449	1 650 948	73 924	4 722	1 571	1 732 614	56 665
3	Schöppenstedt .	7 951	33 934	287 612	18 358	1 246	213	211 848	10 145
4	Helmstedt . .	13 879	117 916	957 294	61 252	3 975	2 263	1 059 864	37 575
5	Schöningen . .	10 425	70 728	611 390	36 816	3 277	332	540 358	22 424
6	Königslutter .	9 303	32 017	289 718	16 067	1 242	171	210 704	9 825
7	Gandersheim .	6 397	51 621	324 740	21 292	1 460	669	671 996	42 896
8	Seesen	5 849	42 603	401 778	24 781	1 172	223	407 030	18 196
9	Holzminde . .	11 580	89 744	729 664	51 571	3 377	1 546	749 684	31 995
10	Stadtoldendorf .	5 011	25 815	236 678	15 281	1 123	166	212 056	9 342
11	Eschershausen .	3 650	13 388	108 914	10 236	634	134	78 156	6 918
12	Blankenburg a.H.	9 403	125 855	1 108 016	86 867	4 335	1 166	1 112 176	45 100
13	Hasselfelde . .	2 853	14 448	119 262	11 083	505	96	105 898	9 563
14	Harzburg . . .	7 752	98 726	1 193 114	44 961	2 546	432	1 114 386	18 973

Fernsprech

Stadt-Fernsprecheinrich

	Jahr	Blankenburg(Harz)	Braunlage	Braunschweig	Gandersheim	Harzburg	Helmstedt
Zahl der Stadt-Fernsprechstellen .	1894	21	—	709	—	36	16
	1895	20	—	813	—	48	18
	1896	18	—	915	—	50	17
	1897	15	8	1008	—	55	30
	1898	17	10	1126	—	61	38
	1899	22	10	1236	12	65	41
Zahl der im abgelaufenen Jahre ausgeführten Verbindungen . .	1894	32 433	—	2 884 351	—	13 994	18 304
	1895	29 640	—	3 077 703	—	34 733	21 149
	1896	42 617	—	3 594 345	—	53 269	25 544
	1897	44 653	2 932	3 194 270	—	54 589	35 853
	1898	52 316	8 939	3 594 120	—	67 038	58 043
	1899	68 259	10 127	4 044 607	4725	69 791	66 062

Nachrichten

Braunschweig und zwar in den vierzehn Städten des Herzogthums belegenden Postbezirks Braunschweig für das Kalenderjahr 1899.

Gegebene und portofreie		An Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk eingegangene portopflichtige und portofreie		Betrag der ein- gezahlten aus- gezahlten		Zahl der von den Verlags- post- anstalten abgesetzten Zeitungs- nummern	Telegramme		Einnahme aus dem Verkauf mit Wechsel- stempel- marken etc.
Briefe mit	Packete mit	Post- nachnahme- sendungen	Post- auftrags- briefe	portopflichtigen und portofreien	Postanweisungen		Auf- gegebene	Ein- gegangene	
Stück	Stück	Stück	Stück	Mk.	Mk.		Stück	Stück	Mk.
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
34 621	12 244	86 341	16 239	29 936 035	44 299 672	6 571 206	149 955	153 981	46 580
5 264	881	11 507	2 812	3 977 976	2 764 209	173 532	11 242	11 207	693
2 133	335	3 932	716	1 161 370	446 539	37 465	3 104	3 446	445
6 106	1 013	10 976	2 658	3 657 072	2 765 855	423 357	10 038	10 681	2 091
4 134	318	8 281	1 692	2 306 271	1 138 613	115 416	6 314	7 258	2 522
1 722	169	3 869	1 147	1 082 741	508 728	15 432	3 414	3 392	672
2 002	450	4 028	568	1 229 331	720 598	64 776	3 027	3 258	1 073
1 423	430	4 446	981	1 442 027	924 450	138 474	4 778	4 341	108
2 806	2 725	8 822	2 048	2 418 335	2 020 727	323 012	9 664	9 282	2 729
952	182	3 036	589	815 170	763 665	7 788	2 462	2 945	719
778	143	2 180	359	503 066	240 722	20 715	1 160	1 124	98
5 320	1 073	13 666	3 345	3 537 013	2 012 573	197 960	13 997	13 552	2 277
578	149	2 071	384	443 789	130 167	3 120	1 389	1 549	39
2 537	316	8 851	1 816	2 192 299	1 275 860	62 506	15 738	14 320	762

Verkehr.

ungen bestehen in:

Holz- minden	Jerxheim	Königs- lutter	Rübeland	Schönin- gen	Schöppen- stadt	Seesen	Stadt- oldendorf	Walken- ried	Wolfen- büttel
—	—	—	—	33	—	—	—	—	48
—	—	—	—	34	—	—	—	—	54
—	—	—	—	36	—	—	—	—	66
—	—	—	—	42	—	—	—	—	67
21	—	13	—	48	22	16	—	—	81
36	8	15	17	47	23	22	5	9	79
—	—	20	19	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	33 478	—	—	—	—	91 825
—	—	—	—	34 801	—	—	—	—	95 339
—	—	—	—	40 285	—	—	—	—	129 286
—	—	—	—	54 279	—	—	—	—	154 267
7 125	—	9 660	—	70 276	8 010	3 386	—	—	192 160
33 893	1824	29 390	7 484	64 207	32 947	25 005	322	5458	230 380
—	—	32 478	47 798	—	—	—	—	—	—

Es beträgt	1894	1895	1896	1897	1898	1899
1. Die Zahl der Post- und Telegraphen- anstalten	140	132	151	153	155	156
2. Die Zahl der Posthilfsstellen	357	360	348	355	354	358
3. Die Zahl der amtlichen Verkaufs- stellen für Postwerthzeichen	308	326	330	406	457	474
4. Die Zahl der Briefkasten	1052	1096	1158	1185	1216	1258

Ausser diesem Aufschlage wurden die Grundpreise derjenigen Artikel festgelegt, die bislang verschieden waren, ebenso wurde ein Mindestpreis für bemalte Stapelartikel festgesetzt.

Die Ausschussfrage wird den Fabrikanten die grössten Schwierigkeiten gemacht haben, doch ist auch hierfür anscheinend eine ausgleichende Verständigung erfolgt, da Ausschuss dem Abnehmer nur im Verhältniss zur guten Waare abgegeben werden soll.

Das Vorgehen der Fabrikanten hat unter dem besseren Theile der Kundschaft Anerkennung und Befriedigung hervorgerufen.

15. Kunstgärtnerei.

Der Topfpflanzen-Verkauf und die Beschäftigung in der Binderei in den Gärtnereien und den Bindegeschäften im Jahre 1899 ist im Allgemeinen als gut zu bezeichnen.

Maiblumen trieben sich gut und wurden auch entsprechend bezahlt. Dasselbe ist von Flieder und anderen Treibsträuchern zu sagen, da deren Holz gut ausgereift war und die Treiberei durch günstiges, mildes Wetter vortheilhaft unterstützt wurde.

Auch Azalien und Camellien liessen sich gut ziehen und erzielten auch entsprechende Preise. Dahingegen war die Blumenzwiebel-Treiberei nicht den Erwartungen entsprechend, sie trieben sich schlecht, und die erzielten Preise entsprechen nicht den theueren Einkaufspreisen, ein nicht unbedeutender Ausfall in den Einnahmen, da in den hiesigen Gärtnereien sehr grosse Mengen Blumenzwiebeln getrieben werden.

Der Umsatz in hochstämmigen und niedrigen Rosen, Ge-
sträuchen und Coniferen war in Folge des sehr milden Winters, der nur ganz wenig Verluste gebracht, schwach, und entsprach nicht den gehegten Erwartungen; dahingegen wurden Allee-bäume und namentlich hochstämmige Apfel- und Birnbäume gesucht und sehr gut bezahlt, Kirschen- und Pflaumenbäume fanden dahingegen nur wenig Käufer und waren nicht abzusetzen.

Der Absatz in Beetpflanzen, als: Pelargonien, Fuchsien, Heliotrop, Begonien, Blattpflanzen etc. ist als gut zu bezeichnen, dieselben erzielten aber in Folge übergrosser Konkurrenz durch Herrschaftsgärtnereien und auch Kunstgärtnereien keine ent-

sprechenden Preise. Der Preis für Teppichbeetpflanzen war sehr gedrückt, trotzdem blieben grosse Mengen unverkauft.

Der ausgedehnte Handel der Herrschaftsgärtnereien sowohl in Schnittblumen, Topfpflanzen als auch in Baumschulartikeln ist ein grosser Krebschaden, da dieselben durch billigere Arbeitslöhne, billigeren Grund und Boden und Düngerpreise viel weniger theuer arbeiten als die Kunstgärtnereien, so dass diese nicht mit ihnen konkurriren können.

In der letzten Versammlung der Handelsgärtner des Herzogthums wurde es allseitig zum Ausdruck gebracht, dass in Folge erhöhter Preise für Rohmaterialien, höhere Arbeitslöhne und kürzere Arbeitszeit es den Kunstgärtnereien nicht möglich sei, ihre Kulturprodukte für den seit Jahren mehr und mehr fallenden Preis zu verkaufen, ein Beweis hierfür sei die zunehmende Ueberschuldung und Einstellung der Zahlungen vieler Gärtnereien im Deutschen Reiche.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(Juli.)

Konserven.

Die Spargel-Ernte hat nicht viel Gutes gebracht. Wenn auch theilweise etwas mehr geerntet wurde als im vorigen Jahre, so hatten die besten Spargelgenden doch derart unter Befall gelitten, dass der Gesamtertrag gegen das schon so schlechte Vorjahr im Durchschnitt noch erheblich zurückgeblieben sein dürfte. In den befallenen Gegenden ist auch sehr wenig Prima-Qualität, und Riesenspargel so gut wie gar nicht geerntet worden, so dass sich im Gegensatz zu früheren Jahren ein empfindlicher Mangel an Extra- und Prima-Stangenspargel bemerkbar macht.

Die Erbsen stehen bis jetzt gut und lassen bei günstigem Wetter eine befriedigende Ernte erwarten.

Der Stand der Bohnen lässt dahingegen sehr zu wünschen übrig. Dieselben sind schlecht gelaufen und haben unter der Ungunst des Wetters sehr gelitten. Nach den vorliegenden Berichten ist eine gute Ernte in diesem Artikel nicht zu erwarten.

Die Verkäufe gingen glatt von statten. — In Folge der schlechten Ernte wurden die Angebote in Spargel schon frühzeitig zurückgezogen. Nennenswerthe Vorräthe sind darin nicht vorhanden, ja es wird schwer halten, die gemachten Verkäufe auszuführen. Für die geringen noch vorhandenen Vorräthe dürften hohe Preise gefordert werden. — Die Preise für Erbsen sind unverändert. — Mit Verkäufen in Bohnen wird zurückgehalten und nur noch zu befriedigenden Preisen verkauft.

A. W. Querner.

Getreide.

Das regnerische Wetter im Berichtsmonat trat der Heuernte störend in den Weg, war aber der Entwicklung der Sommersaaten günstig, so dass letztere einen recht befriedigenden Stand zeigen.

Weizen kam nicht stark zum Angebot, und blieb die Grundtendenz fest im ganzen Monat, indessen konnte der Preis nur ca. 4 Mk. anziehen; es wurden 148 Mk. Anfang des Monats und 152 Mk. Ende desselben bezahlt.

In Amerika stieg der Artikel wesentlich, um ca. 13 Cent.

Auch in Roggen waren die Zufuhren vom Lande beschränkt; russische Waare zwar stark am Markt, jedoch liessen die Forderungen für bessere brauchbare Qualitäten nur schwer Rechnung. Hiesiger guter Roggen wurde mit 158 Mk., 3 Mk. höher als im vorigen Monat, stets schlank aufgenommen.

Hiesiger Hafer war gut in Frage und wurde willig mit 156 Mk., besonders schöne Posten auch einige Mark höher bezahlt. Güter inländischer erfreute sich gleichfalls flotter Aufnahme, während geringe russische Sorten schwer Käufer fanden.

Futtergerste für prompt sowohl wie für Herbst-Lieferung ca. 5 Mk. höher gehalten.

Mais befestigte sich gleichfalls, zumal die amerikanischen Notirungen ca. 5 bis 6 Cent höher lauten.

F. Peters.

Handelsregister.

(Juni.)

1. Neueintragungen.

1. Albert Hauer, Vechelde. Inhaber: Maurermeister und Ziegeleibesitzer Albert Hauer.
2. Heinrich ScheppeImann, Watenbüttel. Inhaber: Konservenfabrikant Heinrich ScheppeImann.
3. Georg Jürgens, Möbelfabrik mit elektrischem Betriebe und Dekorationsgeschäft, Braunschweig. Inhaber: Möbelfabrikant Georg Jürgens.
4. Albert Brandes, Vechelde. Inhaber: Zimmermeister Albert Brandes.
5. Carl Unbescheiden, Wendeburg. Inhaber: Kaufmann Carl Unbescheiden.
6. Heinrich Sachtleben, Siersse. Inhaber: Kaufmann Fritz Behrens.
7. August Schrader & Sohn, Calvörde. Inhaber: Zimmer- und Maurermeister Wilhelm Schrader.
8. Louis Siegmund, Druckwalzen- und Formfabrik, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Louis Siegmund.
9. Fritz Kunst, Cigarrenhandlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Fritz Kunst.
10. Wilhelm Jäger, Vechelde. Inhaber: Sattlermeister und Kaufmann Wilhelm Jäger.
11. C. Müller & Comp., Offene Handelsgesellschaft, Handlung mit Bedarfsartikeln für Tischler, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Carl Müller und Rentner Theodor Habermann.
12. Westphal & Helmhold, Baugeschäft, Helmstedt. Inhaber: die Maurermeister Karl Westphal und Karl Helmhold.
13. Gebr. Dörge, Handlung mit Gemüsekonserven, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Wilhelm und Otto Dörge.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Aktienzuckerfabrik Vechelde. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 3. Februar 1900 sind die §§ 5, 6, 8 bis 15, 18, 19 und 23 der Statuten abgeändert und ist eine neue Fassung derselben beschlossen. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 300000 Mk. und zerfällt in 600 Aktien zu je 500 Mk.
2. R. Behrens, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Hofschlosser Reinhold Behrens, auf dessen Wittwe, Marie geb. Hoffmann, und dessen drei noch minderjährige Kinder, Namens: Hans, Margarethe und Charlotte, Geschwister Behrens, übergegangen.
3. Magazin zum Pfau, Carl Zeumer, Braunschweig. In Kassel ist eine Zweigniederlassung errichtet.
4. Strassen-Eisenbahn-Gesellschaft in Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 9. Mai d. J. sind die §§ 4, 21, 22, 24, 25, 26, 30, 31, 32 und 34 des Gesellschaftsstatuts abgeändert resp. ergänzt.

5. Braunschweig-Hannoversche Hypothekbank, Braunschweig. Durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 23. April 1900 ist der Stadtcämmerer August Netzel zu Hannover in den Vorstand gewählt.
6. Aktiengesellschaft Thiederhall. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 17. Mai 1900 sind die §§ 1, 3, 4, 5, 7, 8, 11, 12, 13, 14, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29 abgeändert, der Titel III § 10 und der Titel VIII §§ 31 und 32 gestrichen und das unter Berücksichtigung dieser Aenderungen und Streichungen entworfene neue Statut genehmigt.
7. L. Rothenberg, Stadtoldendorf. Der Kaufmann Paul Jonas zu Stadtoldendorf ist am 15. Juni 1900 aus der offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden, und nach Auflösung derselben führt der Kaufmann Levi Rothenberg nunmehr als Alleininhaber das Handelsgeschäft fort.
8. Fürstenberger Porzellanfabrik, Aktien-Gesellschaft zu Fürstenberg a. W. Durch Generalversammlungsbeschluss vom 11. April 1900 ist eine neue Satzung festgestellt.
9. Südharz-Eisenbahngesellschaft in Walkenried. Einziger Direktor seit 1. Juni 1900: Regierungs-Baumeister Karl Grimsehl in Berlin.
10. Brauerei Glückauf, Aktiengesellschaft zu Blankenburg a. H. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 13. Dezember 1899 und den am gleichen Tage in gesonderter Abstimmung gefassten Beschluss der Inhaber der Prioritätsaktien und der Stammaktien ist bestimmt, dass das Grundkapital um 50000 Mk. durch Ausgabe weiterer 50 auf den Inhaber lautender Prioritätsaktien über je 1000 Mk., welche mit den älteren Prioritätsaktien in jeder Beziehung gleichwerthig behandelt werden sollen, erhöht werden soll. Die Erhöhung des Grundkapitals ist demgemäss erfolgt. Die neuen Aktien werden zum Nennbetrage ausgegeben.
11. Thedinghäuser Spar- und Leihbank, G. m. b. H., Hagen. Die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder, Höfner Wilhelm Röpke in Werder und Höfner François Ellmers in Horstedt, sind für die Zeit vom 1. Januar 1899 bis 31. Dezember 1900 als solche, und das ausgeschiedene Mitglied des Aufsichtsraths, Amtmann Scholvin in Westerwisch, ist für die Zeit vom 1. Januar 1899 bis 31. Dezember 1901 als solches wiedergewählt.
12. Helmstedter Thonwerke Rühne & Co. Der bisherige persönlich haftende Gesellschafter, Kaufmann Eugen Stern, ist ausgeschieden, dagegen der Kaufmann Heinrich Eichhorst zu Emmerstedt als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.
13. D. Knauer Nachfolger, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Kaufmann Hermann Sthamer in Hamburg, hat für diese die neue Firma D. Knauer Nachfolger, Filiale Braunschweig, angenommen.
14. Armbrecht & Schliebner, Schöningen. Der Kaufmann Gustav Schliebner ist jetzt der alleinige Inhaber der Firma.
15. Aktienzuckerfabrik Oelsburg. In der Generalversammlung am 15. Juni 1900 ist an Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes, Hofbesitzer Wilhelm Feuge in Gadenstedt, der Halbspänner Wilhelm Möllring daselbst gewählt worden.
16. Ludwig & Lohmann, Braunschweig. Durch das am 26. Juni erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Verlagsbuchhändler Georg Lohmann, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva bei unveränderter Firma von dem Verlagsbuchhändler Hermann Ludwig auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
17. Ludwig Doctor, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von dem bisherigen Firmeninhaber, Lotterie-Hauptkollekteur Ludwig Doctor aus Frankfurt a. M., seit dem 25. d. Mts. an den Kaufmann Hermann Borchers hierselbst abgetreten.

3. Löschungen.

1. S. Salomon, Braunschweig.
2. H. Burgdorf in Liquidation, Braunschweig.
3. Mertens & Schwarzkopf, Braunschweig.

4. Karl Rose, Ottenstein.
5. Ernst Grütter, Hammonia-Stadtbriefbeförderung.
6. Oehme & Müller, Braunschweig.
7. J. L. Gericke, Königslutter.
8. Gustav Germann, Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. R. Behrens, Braunschweig. Dem Chemiker Wilhelm Lintz.
2. Fritz Kunst, Braunschweig. Dem Kaufmann Adolf Kunst.
3. Haarmann & Reimer, Kommandit-Gesellschaft zu Holzminden. Dem Dr. phil. Ferdinand Sembritzki, dem Dr. phil. Richard Schmidt, dem Buchhalter Wilhelm Axt ist Gesamtprokura ertheilt.
4. D. Knauer Nachfolger, Filiale Braunschweig. Dem Kaufmann Wilhelm Schreiber.
5. Ludwig & Lohmann, Braunschweig. Dem Verlagsbuchhändler Georg Lohmann ist Prokura ertheilt.

5. Prokuralöschungen.

Nennecke & Co., Braunschweig. Kaufmann Hugo Willms.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

Molkerei-Genossenschaft Deensen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Gegenstand des Unternehmens ist die Milchverwerthung auf gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr. Mitglieder des Vorstandes sind: Holzhändler W. Henze, Grossköther C. Ilse, Grossköther Chr. Notbohm, sämmtlich zu Deensen.

2. Abänderungen.

1. Vorschussverein Gandersheim, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Gandersheim. An Stelle des verstorbenen Stadtcämmerers Weiss ist der Schneidermeister Carl Reimker für das laufende Jahr in den Vorstand gewählt.
2. Spar- und Vorschuss-Verein Königslutter, e. G. m. b. H. Am 30. Mai 1900 ist an Stelle des verstorbenen Rentners Wilhelm Isensee der Kaufmann Fr. Paarmann für die Zeit bis 1. Juli 1902 in den Vorstand gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Conrad Lerm, Fahrradhändler, in Firma Lerm & Co., Braunschweig. 29. Mai 1900.
2. Adolf Förster, Rittergutspächter, Gr.-Sisbeck. 29. Mai 1900.
3. Gustav Kramer, Kaufmann, Emmerstedt. 28. Mai 1900.
4. Franz Zwingmann, Maurermeister, Braunschweig. 11. Juni 1900.
5. Karl Kolle, Zuckerwaarenhändler, Braunschweig. 20. Juni 1900.
6. Moriz Heymann, Braunschweig. 18. Juni 1900.

2. Aufhebungen.

1. Hugo Röber, Goldarbeiter, Braunschweig.
2. Wittwe des Wildhändlers Heinrich Fabro, Minna geb. Hotopp.
3. H. Wiese, Schneidermeister, Velpke.
4. Robert Borchhardt, Fuhrherr, Ottenstein.
5. Anna Heckmann, Ehefrau, Blankenburg a. H.

Handelsregister.

(Juli.)

1. Neueintragungen.

1. Buss & Bock, Tuch- und Buxkinhandlung, sowie feine Maassschneiderei, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Franz Buss und Zuschneider Emil Bock, offene Handelsgesellschaft.
2. M. & H. Gradnauer, Handlung mit Herrengarderobe und Schuhwaren, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Max Gradnauer.
3. Erich Welge, Wein- und Flaschenbierhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Erich Welge.
4. Fritz Gahren, Handlung mit Glas- und Porzellanwaren, Wolfenbüttel. Inhaber: Glasermeister Fritz Gahren.
5. Carl Krüger, Vechelde. Inhaber: Dampfdruckereibesitzer Carl Krüger.
6. Fritz Hessling, Nahrungsmittel- und Kommissionsgeschäft en gros, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Fritz Hessling.
7. Perremaus & Hillecke, Champignonzüchterei und Spargelzucht nebst Versand, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Champignonzüchter Jacques Perremaus und Kaufmann Heinrich Hillecke.
8. Carl Götte, Delikatesswarenhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Kaufmann Carl Götte.
9. H. Hallbaur, Handel mit Leder und Schuhmacherbedarfsartikeln, Zweigniederlassung der in Magdeburg befindlichen Hauptniederlassung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Heinrich Halibaur in Magdeburg.
10. Wilhelm Prott, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Prott.
11. Rheingauer Weinstube Carl Evers, Weinstube und Weinhandlung, Braunschweig. Inhaber: Weinhändler Carl Evers.
12. Theodor Scheller, Lotterie-Hauptkollekte, Braunschweig. Inhaberin die Wittve des Lotterie-Hauptkollekteurs Theodor Scheller, Auguste geb. Haars.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Seger & Co., Schuhwarenhandlung, Braunschweig. Durch Ausscheiden des Kaufmanns Max Seger ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Das Handelsgeschäft wird unter Uebernahme der Aktiva und Passiva bei unveränderter Firma von dem Kaufmann Otto Seger auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
2. Thedinghäuser Spar- und Leihbank, G. m. b. H. in Hagen. Die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Pflugköther Johann Schumacher in Emtinghausen, Sattlermeister Fritz Fischer und Bankier August Gudewill, beide in Hagen, sind für die Zeit vom 1. Januar 1900 bis 31. Dezember 1901 wiedergewählt.
3. B. Becker, Seesen. Laut Anmeldung vom 5. d. Mts. hat der bisherige Inhaber das Handelsgeschäft am 1. d. Mts. auf den Kaufmann Karl Marheine übertragen, welcher dasselbe unter unveränderter Firma fortsetzt.
4. Ferdinand Keunecke, Wolfenbüttel. Inhaber jetzt: Cigarrenhändler Bernhard Schellenberger.
5. Aktienzuckerfabrik Altenau bei Schöppenstedt. Durch Beschluss der Generalversammlung sind die Statuten abgeändert und in neuer Fassung festgestellt, ferner ist an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Landwirth A. Herbst in Berklingen der Landwirth F. Laue, daher, in den Vorstand gewählt.
6. Heinrich Lüders, Braunschweig. Der Firmeninhaber, Fabrikant Louis Lüders, hat seit dem 1. d. Mts. den Kaufmann Wilhelm Marschhausen in das unter obiger Firma, jetzt in offener Handelsgesellschaft, betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
7. Feist & Co., Manufaktur- und Schuhwarenhandlung, Holzminden. Durch Ausscheiden des Kaufmanns Abraham Feist in Verden ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Das Handelsgeschäft ist mit sämmtlichen Aktivis und Passivis

- auf den früheren Gesellschafter, Kaufmann Iwan Isaacsohn, als alleinigen Inhaber übergegangen. Die Firma wird unverändert fortgeführt.
8. Wittekop & Co., Braunschweig. Der Kaufmann Wilhelm Jürgens ist aus der unter obiger Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft durch Tod ausgeschieden, und ist der Mitgesellschafter, Rittergutsbesitzer Paul Wittekop zu Hachenhausen, zur Vertretung und Zeichnung der Firma befugt.
 9. Aktien-Zuckerfabrik Salzdahlum. An Stelle des bisherigen Vorstandsmitgliedes David Achilles ist der Landwirth Heinrich Bosse aus Salzdahlum in den Vorstand gewählt.
 10. A. Elsner jun. in Blankenburg. Diese Firma ist in Nagel & Diesing abgeändert, deren Gesellschafter sind der Architekt und Maurermeister Richard Nagel und Zimmermeister Wilhelm Diesing. Offene Handelsgesellschaft zum Betriebe des Maurer- und Steinhauergeschäfts.

3. Löschungen.

1. O. Klages & Co., Braunschweig.
2. M. Böttcher, Braunschweig.
3. J. F. Ohtmer, Kirchbrak.
4. Braunschweiger Dampfziegelei J. Wertheim & Co., Braunschweig.
5. Otto Gottschalk Nachf., Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. M. S. Herz & Sohn, Braunschweig. Den Kaufleuten Wilhelm Voges und Alfred Levy ist Gesamtprokura ertheilt.
2. J. H. v. d. Heyde Wwe. & Sohn, Braunschweig. Dem Kaufmann Hans Bestmann.
3. Aktien-Zuckerfabrik Holzminden zu Holzminden. Dem jetzigen Betriebsleiter Direktor Adolf Klamroth.
4. Braunschweigische Kohlenhandlungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Den Kaufleuten Heinrich Räddecke und Karl Schrader.
5. Fritz Hessling, Braunschweig. Der Ehefrau des Kaufmanns Fritz Hessling, Anna geb. Schulze.
6. Hahn & Hentze, Braunschweig. Dem Kaufmann Louis Eggeling.
7. Helmstedter Thonwerke Rühne & Co., Helmstedt. Dem Maschineningenieur Paul Meyersfeld in Emmerstedt ist in der Weise Kollektivprokura ertheilt, dass er gemeinschaftlich mit dem Prokuristen, Ziegeleitechniker Reinhard Liebelt in Emmerstedt, die Firma rechtsverbindlich zeichnen kann.
8. Theodor Scheller, Braunschweig. Dem Kaufmann Albert Klages.
9. Wittekop & Co., Braunschweig. Dem Kaufmann Carl Feise ist Einzelprokura ertheilt.

5. Prokuralöschungen.

1. Aktien-Zuckerfabrik Holzminden zu Holzminden. Fabrikdirektor Georg Meinecke.
2. Helmstedter Thonwerke Rühne & Co., Helmstedt. Techniker Hans Assmann und Kaufmann Heinrich Schmitz.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

Molkerei Warbsen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Warbsen. Gegenstand des Unternehmens ist die Milchverwerthung auf gemeinschaftliche Rechnung und Gefahr. Mitglieder des Vorstandes sind: Vollmeier Robert Meier, Vorsitzender, Grossköther Friedrich Schlieker, stellvertretender Vorsitzender, Mühlenbesitzer Anton Klostermann.

2. Abänderungen.

1. Konservenfabrik Neubrück, E. G. m. b. H. in Neubrück. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 28. April 1900 ist an Stelle des aus dem

- Vorstande ausgeschiedenen Ackermanns Heinrich Reinecke zu Neubrück der Kothsass Hermann Fricke in Wendeburg in den Vorstand neu gewählt.
2. Spar- und Darlehnskasse, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Ottenstein. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. April 1900 ist die bisherige Firma abgeändert in Spar- und Darlehnskasse, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Wittwe des Kaufmanns C. Niehus, Königsutter. 3. Juli 1900.
2. August Droege, Mühlenbesitzer zur Schlackenmühle bei Engelage. 12. Juli 1900.
3. H. Schlichthaar, Ackermann, Rothencamp. 27. Juli 1900.

2. Aufhebungen.

1. Wilhelm Görges, Bäckermeister, Vorsfelde.
2. Ida Bormann geb. Flentje, Handelsfrau, Braunschweig.
3. Wilhelm Klär, Kaufmann, Helmstedt.
4. Carl Voigt, Kaufmann, Calvörde.

Die Firma M. S. Herz & Sohn hierselbst hat neben ihrem Getreidegeschäft, welches in unveränderter Weise fortgeführt wird, ein Bankgeschäft errichtet und den Herren Wilhelm Vogel und Alfred Levy Kollektivprokura ertheilt.

Bücher-Eingänge.

Blondel, Georges: *L'essor industrielle et commerciale du peuple allemand*. III. Aufl. Paris, L. Larose 1900. 501 S.

Blondel's in Deutschland bereits bekanntes Werk »Der industrielle und kommerzielle Aufschwung des deutschen Volkes« ist vor Kurzem in III. Auflage erschienen. Zwischen der I. und III. Auflage liegen kaum zwei Jahre, gewiss eine auffallende Erscheinung bei einem so rein fachwissenschaftlichen Werke. Diese Thatsache beweist, dass der Verfasser eine brennende Frage aufgegriffen, und dass er verstanden hat, sie in einer weitesten Kreise interessirenden Form zu behandeln. Dass man sich im Auslande in den letzten Jahren lebhaft mit den Erfolgen unserer gewerblichen Thätigkeit beschäftigt, ist uns nicht verborgen geblieben, dass man diese Untersuchungen vornimmt, nicht weil man ein wissenschaftliches Problem theoretisch lösen, sondern weil man die bei uns wirkenden Kräfte kennen lernen und die gewonnene Erkenntniss im eigenen Lande praktisch verwerthen will, ist uns ebenso wenig zweifelhaft. In dieser Beziehung ist es ganz lehrreich, zu hören, dass die belgische Regierung eine grössere Anzahl Exemplare der Blondel'schen Schrift angekauft und im ganzen Lande an die gewerblichen Unterrichtsanstalten vertheilt hat. Blondel's Werk will auch unter diesem Gesichtspunkte beurtheilt sein. Er sagt selbst in der Vorrede zu seiner I. Auflage: »Pent-être l'exposé impartial des faits, si attristants pour notre patriotisme, que j'ai rassemblés ici, provoquera-t-il quelques reflexions et fera-t-il finalement quelque bien«. Blondel's Untersuchungen erstrecken sich auf die hauptsächlichsten deutschen Industrien (Kapitel I), auf unseren Binnen- und Aussenhandel (Kapitel II) und auf die Hauptfaktoren, auf welche Blondel unseren allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zurückführt. Er sieht die Quellen unserer Kraft 1. in unserer ganzen Veranlagung, 2. in unserem Erziehungs- und Unterrichtswesen, 3. in unseren besonderen Organisationen und 4. in den Aktionen der Reichs- und der einzelnen Landesregierungen. Der Verfasser kommt hierbei zu folgenden Schlüssen: Deutschlands Erfolge beruhen zum Theil auf seinen eigenen Anstrengungen, zum Theil aber auch auf Unterlassungen der mit ihm konkurrirenden ausländischen Staaten. Seine Hauptkraft besteht in der Arbeitsenergie seiner Bürger, in der hohen Werthschätzung und Ausgestaltung eines sorgsam specialisirten Schulsystems, in dem

zielbewussten, die Einzelinteressen verbindenden Zusammenschlusse der vorhandenen produktiven Kräfte und in der planmässigen und konsequenten Wirthschaftspolitik des Reiches und der einzelnen Bundesstaaten. Es ist erklärlich, dass Blondel, weil er sich die Aufgabe gestellt hat, auf seine Landsleute erzieherisch einzuwirken, vorzugsweise diejenigen Beobachtungen wiedergibt, die er seinen Landsleuten zur Beachtung und Nachachtung empfehlen zu sollen glaubt. In dieser Hinsicht ist seine Darstellung durchweg etwas pointirt. Immerhin ist es erstaunlich und bei einem Franzosen ungewöhnlich, mit welcher Eindringlichkeit, Unbefangenheit, und, wenn man so sagen darf, Liebenswürdigkeit er sich in das gesammte Getriebe unserer nationalen Arbeit hineingearbeitet und hineingedacht hat, wie mannigfaltig seine Beobachtungen und wie treffend viele seiner daraus gezogenen Schlüsse sind. Männer wie er, die mit so ernster Auffassung ihres Berufes so wenig nach dem fragen, was ihren Landsleuten schmeichelt und so viel nach dem, was ihnen das Bewusstsein vorhandener Schwächen wecken kann, sind für das heutige Frankreich die allein wahrhaften Patrioten. Auch für den deutschen Leser wird das Blondel'sche Buch von höchstem Interesse sein. Er wird aus ihm erschen, wie sich deutsche Verhältnisse in der Auffassung eines Ausländers abspiegeln, und er wird sich durch das den deutschen Verhältnissen reichlich gespendete Lob nicht über die noch ebenso reichlich vorhandenen Unebenheiten hinwegtäuschen und desto mehr von dem Gefühle durchdrungen sein, dass bei der Erfüllung der weiteren nationalen Aufgaben der Einzelne seine Kraft mit dem Bewusstsein persönlicher Verantwortlichkeit einzusetzen hat.

Systematische Zusammenstellung der Zolltarife des In- und Auslandes. Erster Nachtrag zur Abtheilung D: Holz- und verwandte Industrien, Papier-, Leder- und Kautschukindustrie. Herausgegeben im Reichsamt des Innern. Berlin 1900, E. S. Mittler & Sohn. 1 Mk.

Welchen zahlreichen Aenderungen die Zolltarife mitunter, selbst in kurzer Zeit, unterworfen sind, zeigt deutlich der soeben zur Ausgabe gelangte erste Nachtrag zur »Systematischen Zusammenstellung der Zolltarife des In- und Auslandes. Abth. D«. Diese erst im Sommer 1899 erschienene, vom Reichsamt des Innern im Verlage der Königlichen Hofbuchhandlung von E. S. Mittler & Sohn in Berlin herausgegebene Abtheilung behandelt die Holz- und verwandten Industrien, Papier-, Leder- und Kautschukindustrie. Der vorliegende Nachtrag bietet zunächst eine Neubearbeitung des Abschnittes: »Allgemeine Bestimmungen über Münzen, Maasse und Gewichte, Brutto-, Netto- und Werth-Verzollung« dar, bei welchem erhebliche Aenderungen zu verzeichnen sind und der deshalb im Ganzen neu gedruckt ist. Die Seiten 1 bis 32 des Nachtrags betreffen Tekturen. Dieselben sind einseitig und auf durchlochem Papier gedruckt und, abgesehen von blossen Streichungen, dazu bestimmt, dem Texte theilweise abgeänderter oder ergänzter Tarife durch Kleben eingefügt zu werden oder aber, soweit es sich um die Wiedergabe ganzer Tarife von geringerem Umfange handelt, den veralteten Wortlaut zu überdecken. Die Seiten 33 bis 62 des Nachtrages bieten neu aufgelegte Tarife von erheblicherem Umfange dar, welche, als selbständige Blätter und zweiseitig gedruckt, neben dem veralteten Texte einzukleben bestimmt sind. Die Besitzer der vorgenannten Abtheilung der »Systematischen Zusammenstellung« seien daher auf die Ausgabe des vorliegenden Nachtrags (Preis 1 Mk.) aufmerksam gemacht.

Carl Arndt Ingenieur.

Gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Patent-, Muster- und Zeichenwesen.

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Braunschweig,

Kaiser Wilhelmstr. 1a.



Fernsprecher 597.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 9.

Braunschweig, September 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Maschstrasse 48, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss der Interessenten, dass in unserer Kanzlei Auskünfte über Schwindelfirmen in sämtlichen Ländern ertheilt werden.

Braunschweig, den 20. August 1900.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Telephonische Verbindung mit Rheinland und Westfalen.

Auf die von der Handelskammer an den Staatssekretär des Reichspostamtes gerichtete Eingabe ist die nachfolgende Antwort erfolgt:

»Die Einrichtung des Fernsprechverkehrs zwischen Braunschweig und den Industriegebieten Rheinlands und Westfalens ist ohne eine kostspielige Vermehrung der Leitungsverbindungen nicht durchführbar. Hierzu stehen im laufenden Rechnungsjahre keine etatsmässigen Mittel mehr zu Gebote.

Ich werde indess die Angelegenheit im Auge behalten und die beantragte Verkehrserweiterung von Neuem in Erwägung ziehen, sobald eine Vermehrung der Betriebsmittel auf den in Betracht kommenden Leitungsstrecken stattgefunden haben wird.«

gez. von Podbielski.

Handelsgebrauch im Maschinenbau.

Die Handelskammer hat der Königlichen Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten zu Hildesheim auf eine diesbezügliche Anfrage erwidert, dass es im Maschinenbau nicht üblich sei, wegen der Lieferung einzelner Maschinen Verträge abzuschliessen, und zwar um so mehr nicht, wenn es sich dabei nur um verhältnissmässig geringe Werthe, z. B. bis zu 5000 Mk., handle. Die Bestellung und die Bestätigung der Annahme der Bestellung erfolge meistens auf brieflichem Wege in ganz gleicher Weise, wie dieses beim allgemeinen Waaren-geschäft üblich sei. Anders würde es sich jedoch verhalten, wenn es sich um die Herstellung ganzer maschineller Anlagen handle; bei deren Bestellung werde meistens ein Werkvertrag vereinbart.

Aufhebung des Sperrigkeitszuschlags für sogenannte rückengewaschene Wolle.

Die Handelskammer hat der Grossherzoglichen General-direktion der Badischen Staatsbahnen in Karlsruhe auf eine Anfrage erwidert, dass die Aufhebung des Sperrigkeitszuschlags für sogenannte rückengewaschene Wolle wünschenswerth sei und dass an der Aufhebung desselben sowohl der Produzent als auch die Verbraucher ein Interesse hätten. Bei Aufhebung des Sperrigkeitszuschlags sei eine wesentliche Steigerung des Stückgutverkehrs nicht zu erwarten.

Netto-Kasseverkäufe.

Die Handelskammer hat auf Ersuchen des hiesigen Herzoglichen Amtsgerichts ein Gutachten dahin abgegeben, dass es handelsüblich sei, dass bei Netto-Kasseverkäufen die Zahlungen acht bis zehn Tage nach der Lieferung als rechtzeitig anerkannt würden, wenngleich erste Häuser sofort nach Empfang der Waare resp. zwei bis drei Tage nach demselben zu realisiren pflegten. Im Falle Verzugszinsen in Anrechnung zu bringen seien, so sei es üblich, dieselben vom Tage der Lieferung und nicht erst von einem acht bis zehn Tage später liegenden Zeitpunkt an zu berechnen.

Zur Gewerbeordnungsnovelle vom 30. Juni 1900.

Auf eine Anfrage, ob die Gewerbeordnungsnovelle vom 30. Juni 1900, §§ 139 c, d, e, f und ff. (siehe Monatsschrift für Juli/August) sich nur auf offene Verkaufsstellen, also sogenannte Detailgeschäfte mit Verkauf über den Laden, beziehe, oder sich auch auf solche Geschäfte erstrecke, die eine offene Verkaufsstelle (Laden) nicht besitzen, wohl aber den Verkauf ab Lager-raum (Speicher und Hofraum), sowie die Expedition brieflich

bestellter Waaren ab Lager betreiben, hat die Handelskammer sich wie folgt geäußert:

Unter offener Verkaufsstelle sei nicht nur ein förmlicher Laden, sondern jeder Raum in einem Gebäude oder im Freien zu verstehen, der allgemein zugänglich sei und zum Absatze der Waaren diene. Maassgebend für den Begriff der öffentlichen Verkaufsstelle sei in erster Linie die Frage, ob von der Stelle aus offen, d. h. allgemein zugänglich, verkauft werde. Sei dieses, wie anzunehmen, bei dem in Frage stehenden Geschäft (Kohlen- und Eisenhandlung) der Fall, so unterliege dasselbe auch damit den Vorschriften der Gewerbeordnung.

Sachverständigen - Kommissionen.

Die von der Handelskammer eingesetzten Sachverständigen-Kommissionen sind seit Ende Juli d. J. in vier Fällen in Anspruch genommen worden. Es handelte sich um die Untersuchung einer Sendung rother Sauerkirschen, einer Partie Gurken, um eine Sendung Spargelkonserven und um eine Sendung Kokes.

Ausschuss des Deutschen Handelstages.

Bei der Neuordnung des Deutschen Handelstages ist auch der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig die Ernennung eines Mitgliedes für den Ausschuss des Deutschen Handelstages eingeräumt worden. Die Handelskammer hat hierauf zum Mitgliede des Ausschusses ihren Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrath Max Jüdel, in Vorschlag gebracht.

Gewerbesteuer der Handlungsreisenden in Russland.

Dem Vernehmen nach hat der Reichsrath dahin entschieden, dass vom 1./14. Januar künftigen Jahres ab die Chefs der Häuser, falls sie in Russland reisen, anstatt 500 nur 150 Rubel zu zahlen haben werden, die als Commis voyageurs reisenden Angestellten diese 150 Rubel und ausserdem noch 50 Rubel, zusammen also 200 Rubel.

(Aus den Nachr. f. Handel u. Industrie v. Reichsamt des Innern.)

Markenschutz in Marokko.

Nach einer Erklärung der Oesterreichisch-Ungarischen Regierung können auch die ihrer Gerichtsbarkeit unterworfenen, im Bezirke des Kaiserlichen und Königlichen Konsulargerichts in Tanger sich aufhaltenden Personen zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie deutsche Fabrik- und Handelsmarken, die in Oesterreich-Ungarn eingetragen sind, unbefugt verwerthen.

Ursprungszeugnisse für Sendungen nach der Türkei.

Die Deutsche Levante-Linie in Hamburg schreibt in einer Notiz in der Tagespresse, sie habe vielfach beobachten müssen, dass in deutschen Exporteurkreisen wenig Klarheit bezüglich der von der Türkei geforderten Ursprungsatteste herrsche. Durchaus unzutreffend sei die vielfach verbreitete Ansicht, als ob alle Sendungen nach der Türkei der Ursprungsatteste bedürften; vielmehr können die meisten Waarengattungen nach wie vor ganz formlos ohne Attest nach der Türkei versandt werden. Ein Attest sei erforderlich nur für die im türkischen Differenzialzoll aufgeführten Artikel; von den dort benannten Waaren kommen für den deutsch-türkischen Handelsverkehr in Betracht: Oele und Fette, Wein, Alkohol, Spirituosen, Seilerwaaren, Aba und grober Chayak, Seife, Häute und Leder, Segelleinwand, Baumwollgarne, Baumwollgewebe. Für die meisten der von Deutschland nach der Türkei ausgeführten Waaren sei demnach die türkische Vorschrift ohne Bedeutung.

Russischer Zolltarif.

Im »Reichsanzeiger« vom 10. August ist eine Uebersetzung eines russischen Ukas, betreffend die Zollerhöhungen, welcher in der am 4. August, Nachmittags gegen 5 Uhr, ausgegebenen Gesetz-Sammlung veröffentlicht worden ist, mitgetheilt. Die Einleitung lautet: »Auf Allerhöchsten Befehl sind im Hinblick auf die ausserordentlichen Ausgaben, welche die Ereignisse im fernen Osten erfordern und die zum grössten Theil ins Ausland abfliessen, die Zölle für einzelne Artikel des allgemeinen Tarifs für den Handel über die europäische Grenze und aus Finland erhöht worden, wobei die durch Handelsverträge gebundenen Tarifsätze in Kraft verbleiben«.

Die hauptsächlichsten russischen Zollerhöhungen betreffen folgende Artikel:

Die russischen Zollerhöhungen betreffen folgende Waaren:

- I. a) Erhöhung um 50 Prozent: Mehl, Malz, Grütze, getrocknetes Gemüse, Spargel und Cichorienwurzel, Apfelsinen, Citronen, Pomeranzen, die Schalen dieser Früchte und Weintrauben; Früchte und Beeren jeder Art, getrocknet; Kapern und Oliven; Anis, Kümmel und Johannisbrot. Nüsse. Trüffel und Champignons, Gewürze, Lorbeerblätter. Gebrannter Kaffee und Surrogate. Kakao-bohnen. Tabak. Honigkuchen und Gebäck. Trauben- und Beerenweine, Met, Porter, Bier, Cider, Fruchtsäfte. Fische, Austern und Krebse. Fischleim und Gelatine. Fischbein. Wasserschwamm. Rauchwaaren. Gummi, Gummiharze, Kautschuk und Guttapercha.
- b) Erhöhung um 30 Prozent: Roher Kaffee, Wachs, Lederfabrikate, ausgenommen Handschuhe und Fabrikate aus Sämisch- und Glacéleder, Pergament, Saffian, ungehobelte Bretter.

c) Erhöhung um 20 Prozent: Einkochte Früchte, Talg, Lichte, Fackeln, Dochte, Korb- und Flechtwaaren, Marmorplatten, Porzellanwaaren, Naphthaprodukte, Terpentin, Messerwaaren, blanke Waffen, Brillen, Fernrohre und Operngläser, Uhrmacherwaaren, goldene oder goldverzierte, Equipagen, Rohe Jute, Leinwand und Batist. Wäsche und Kleider. Kupferne Galanteriewaaren.

d) Erhöhung um 10 Prozent: Schusterleim, Agar-Agar. Häute, gegerbte. Edelholz und Fourniere. Zimmermanns- und Böttcherarbeiten. Tischler- und Drechslerarbeiten, Möbel. Lebende Pflanzen. Gagat, Asbest, Steine, ausgenommen Edelsteine. Thonröhren. Fayencewaaren, weiss oder einfarbig. Grüne Glaswaaren. Tafelglas. Spiegel. Gummi elasticum und Guttapercha als Fabrikat. Ammoniak-Präparate. Natron und Kali. Chlorkalk. Säuren, Aetherische Oele. Seife. Lack (flüssiger), Siegellack, Flaschenharz, Gerbstoffe. Indigo. Kupferfabrikate, vergoldet und versilbert. Fabrikate aus unedlen Metallen in gleicher Ausstattung, Drahtfabrikate, Papierwaaren, rohe, Tapeten, gefärbte Wolle und Kunstwolle, Jute-, Flachs- und Hanfgarn, Wachstuch, Seidenwaaren, Foulards, wollene Teppiche, Tüll ausser Tüll zu Möbeln, Spitzen, Stickereien, Einsätze. Knöpfe, Schmelzperlen. Schreib-, Zeichen- und Malutensilien.

e) Feuerfeste Ziegel etc. um 1 Kopeke. Lumpen von wollenen Geweben um 50 Kopeken. Papiermasse und Papierschnitzel um 5 Kopeken. Cellulose um $7\frac{1}{2}$ Kopeken. Rohe Baumwolle um 1 Rubel. Seidencocons um 55 Kopeken, Rohseide um 1 Rubel 50 Kopeken. Baumwollene Watte etc. um 1 Rubel 50 Kopeken, gefärbte baumwollene Watte etc. um 1 Rubel 70 Kopeken. Baumwollgarn um 1 Rubel 50 Kopeken pro Pud. Edelsteine und Halbedelsteine, Perlen, Granaten, Korallen um 5 Rubel 50 Kopeken. Baumwollene Gewebe und Baumwollsammet um 5 Kopeken pro Pfund.

II. Für die im Artikel 176 Punkt 1 Litt. a des russischen Zolltarifs aufgezählten Lumpen sind 3 Rubel 50 Kopeken pro Pud zu erheben; zollfrei ist der in diesem Artikel bezeichnete Bedarf der Papierfabriken. Für Fahrräder und Theile derselben sind die tarifmässigen Zollsätze mit 50 Prozent Aufschlag zu erheben.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

Der Sprechverkehr der hiesigen Stadtfernsprecheinrichtung mit derjenigen in Barsinghausen und den öffentlichen Sprechstellen in Wackersleben und Stötterlingen ist eröffnet worden. Die Gebühr beträgt im Verkehr mit Barsinghausen 50 Pfg., im Verkehr mit Wackersleben und Stötterlingen 25 Pfg. für das einfache, gewöhnliche Gespräch.

Der Sprechverkehr der hiesigen Stadtfernsprecheinrichtung mit der Stadtfernsprecheinrichtung in Tangerhütte ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches, einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg.

Der Sprechverkehr mit den Stadtfernsprecheinrichtungen in Moringen (Solling), Gernrode (Harz) und Hedwigsburg ist eröffnet. Die Gesprächsgebühr beträgt nach Hedwigsburg 25 Pfg., nach den erstgenannten beiden Orten je 50 Pfg.

Die fachliche Ausbildung des Kaufmanns.¹⁾

Von Professor Dr. van der Borcht-Aachen.

Das kaufmännische Bildungswesen hat ein doppeltes Ziel. Es hat zunächst das erforderliche Fachwissen zu vermitteln, sowohl für die selbständigen als auch für die abhängigen Kaufleute. Dass die ersteren — insbesondere im Kleinhandel — oft genug ohne Fachwissen an den so häufig unterschätzten kaufmännischen Beruf herantreten, ist schon erwähnt. Auch bei dem abhängigen Theil der Kaufleute sind in Bezug auf das Fachwissen sehr bedenkliche Lücken vorhanden. Tüchtig vorgebildete Leute finden auch im Kaufmannsstande noch immer gut ihr Fortkommen; aber gerade an solchen besteht ein gewisser Mangel. Ueberall, wo die kaufmännische Stellenvermittlung in grösserem Umfange betrieben wird, beobachtet man oft genug, dass an Bewerbern mit unzulänglichen Kenntnissen ein reicher Ueberfluss vorhanden ist, dass aber manche gute Stelle lange unbesetzt bleibt, weil Bewerber mit ausreichender Vorbildung nicht vorhanden sind. Das, was man »sociale Frage im Kaufmannsstande« nennt, besteht vielmehr in dem grossen Heer derjenigen Angestellten, welche wenig oder nichts gelernt haben, als bei den gut geschulten Elementen, und soweit sich bei letzteren Missstände entwickelt haben, ist darin oft genug ein Rückschlag zu erblicken, der von dem schlechter gebildeten Theil des kaufmännischen Personals ausgeht. Könnte man es dahin bringen, die fachliche Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses überhaupt auf eine höhere Stufe zu bringen, so wären damit zwar nicht sofort alle Missstände beseitigt; aber die wichtigste Grundlage gesunder socialer Verhältnisse wäre geschaffen.

¹⁾ Wir entnehmen diese Ausführungen einer vor Kurzem erschienenen Veröffentlichung van der Borcht's »Handel und Handelspolitik«. Leipzig, Verlag von C. L. Hirschfeld, 1900. Professor van der Borcht hat sich durch Herausgabe seines vorstehenden Werkes ein besonderes Verdienst erworben. Eine Fülle von Material in sorgfältiger, objektiver Darstellung wird uns in dem Werke entgegengebracht. Wir können das Werk unseren Kaufleuten aufs Wärmste zur Anschaffung empfehlen.

Die zweite Aufgabe des kaufmännischen Bildungswesens ist die Hebung der allgemeinen Bildung. Der Kaufmann sollte darauf schon in seinem eigenen Interesse Gewicht legen. Jede einseitige Fachbildung, so unentbehrlich sie ist, schliesst auch die Gefahr in sich, dass alles lediglich von dem engeren Fachgesichtspunkt aus beurtheilt und das Interesse und das Verständniss für andere Dinge abgeschwächt wird. Der Kaufmann aber, der zwischen Produzent und Konsument gestellt ist, kann dieses Interesses und Verständnisses nicht entbehren. Er muss die Zusammenhänge im Wirthschaftsleben, die eigenartige und viel verschlungene Interessenverkettung übersehen und an dem Geistes-, Kultur- und politischen Leben des Volkes mit Verständniss Antheil nehmen können. Man kann den Kaufmannsstand und sein ganzes Wirken ebenso wenig wie andere Berufsarten aus dem Zusammenhang mit dem ganzen Volksleben herausreissen, und deshalb verlangt auch das Gesamtinteresse, dass sich dieser wichtige und so vielfache Beziehungen vermittelnde Theil der Gemeinde- und Staatsbürger nicht mit einer blossen technischen Abrichtung für die kaufmännische Arbeit begnügt.

Selbstverständlich ist das Maass des Fach- und allgemeinen Wissens im Kaufmannsstande nicht überall dasselbe. Hier wie in allen anderen Berufsarten bestehen sehr wesentliche Unterschiede. Die Stellung im geschäftlichen und socialen Leben ist auch für die Kaufleute sehr verschieden abgestuft, und deshalb sind auch die Ansprüche an die geschäftliche und die allgemeine Bildung sehr ungleich gestaltet. Aber jede dieser verschiedenen Stufen erheischt Befriedigung, und in einem geordneten Gemeinwesen muss dem Bildungsbedürfniss der Kaufleute auch eine entsprechend abgestufte Reihe von Bildungsanstalten gegenüberstehen. Da die verschiedenen Stufen des Bildungsbedürfnisses thatsächlich zur gleichen Zeit neben einander bestehen, so ist es nicht berechtigt, einige dieser Bedürfnisse auf spätere Zeiten zu vertrösten. Es klingt ganz plausibel, wenn man sagt, man müsse zuerst für die untersten Stufen dieses Bildungsbedürfnisses sorgen und könne erst, wenn diese befriedigt seien, an die Befriedigung der höheren, auf eine wissenschaftliche Schulung gerichteten Bedürfnisse herangehen. Aber dieses zeitliche Nacheinander würde praktisch bedeuten, dass ein Theil des vorhandenen Bildungsbedürfnisses unbefriedigt bleibt. Das muss vermieden werden. Dem zeitlichen Nebeneinander der verschiedenen Grade des kaufmännischen Bildungsbedürfnisses muss ein zeitliches Nebeneinander der verschiedenen Stufen der kaufmännischen Bildungsanstalten gegenüberstehen.

Es fehlt nicht an Stimmen, welche diesen Bestrebungen unfreundlich sind und die praktische Ausbildung des Kaufmanns für völlig ausreichend und eine theoretische Schulung in den angestrebten Bildungsanstalten geradezu für gefährlich halten. Darin liegt eine völlige Verkennung des Zieles aller kaufmännischen

Bildungsbestrebungen. Nirgends besteht die Absicht, den Kaufmann durch die Bildungsanstalten von der Praxis abzurücken. Auch die beste und höchste theoretische Ausbildung kann dem Kaufmann das nicht verschaffen, was angeboren sein muss und was gerade durch die praktische Arbeit erst ausgelöst und geschärft werden kann, den praktischen Blick und die Fähigkeit zum schnellen Erfassen jeder vorkommenden Situation. Auch die weitestgehende theoretische Ausbildung giebt dem Kaufmann noch nicht die materielle Unterlage geschäftlicher Erfolge, das nöthige Kapital. Aber jeder Kaufmann bedarf neben materiellen Mitteln, angeborenen Fähigkeiten und praktischen Erfahrungen noch eines bestimmten Maasses theoretischer Kenntnisse allgemeiner und besonderer Art. Kaufmännischen Genies mag auch das von selbst zufliegen; denn das Genie bricht sich immer Bahn. Aber die grosse Masse der Kaufleute ist nicht so geartet, dass sie das theoretische Wissen ohne systematische Schulung von selbst erwerben kann, und nur auf diese normal veranlagten, nicht aber auf die überrnormal veranlagten Kaufleute können die Einrichtungen des Gemeinwesens zugeschnitten sein. Wir brauchen deshalb besondere Bildungsanstalten für den Kaufmannsstand in einer ähnlichen Abstufung, wie wir sie schon für die liberalen Berufsarten und für Landwirthe, Forstwirthe, Techniker, Architekten, Ingenieure, Bergleute, Chemiker, Hüttenleute u. s. w. haben. Gefährlich ist in all diesen Berufsarten die theoretische Schulung keineswegs, und die praktische Schulung wird durch sie nirgends entbehrlich gemacht, wohl aber unterstützt und ergänzt. Beim Kaufmannsstand ist es genau ebenso, und er darf wohl die Frage aufwerfen, warum ihm das Gemeinwesen die verschiedenen Stufen von Bildungsanstalten nicht ebenso wie anderen Berufsarten zur Verfügung stellen soll.

Am wenigsten Meinungsverschiedenheit besteht über die unterste Stufe der kaufmännischen Bildungsanstalten. Die Thatsache drängt sich zu deutlich auf, dass der grösste Theil der kaufmännischen Angestellten der Volksschule entstammt, und dass die von dort mitgebrachte Bildung, die der Natur der Sache nach nur allgemeinen Charakter haben und nur die elementaren Grundlagen alles Wissens umfassen kann, einer Ergänzung nach der allgemeinen und nach der fachlichen Seite bedarf. Unter den heutigen Verhältnissen reicht die Volksschulbildung selbst für die handarbeitenden Klassen nicht immer und nicht überall aus, auch in Bezug auf allgemeine Kenntnisse. Noch weniger kann sie ausreichen für den Kaufmannsstand, der auch in seinen niederen Stufen überwiegend geistige Arbeit zu verrichten hat. Hier nachzuhelfen, ist die Aufgabe der »kaufmännischen Fortbildungsschulen«. Sie wollen das aus der Volksschule mitgebrachte Wissen befestigen und nach der allgemeinen und fachlichen Seite soweit ergänzen, dass es den Bedürfnissen des Handels entspricht. Sie legen die Grundlagen, die jeder Kaufmann mindestens haben muss.

Der grösste Theil des kaufmännischen Nachwuchses kann sich mit diesem Mindestmaass begnügen. Daher bedarf es hier einer grossen Zahl von Bildungsanstalten, die über das ganze Land hin zerstreut sein müssen. Freilich dürfen sie nicht ohne Zusammenhang mit einander bleiben und Lehrziele, Lehrpläne, Lehrmittel, Lehrmethoden u. s. w. nicht völlig willkürlich ausgestalten. Oertlichen Besonderheiten kann und muss zwar Rechnung getragen werden, aber die Gemeinsamkeit des Zieles verlangt eine gewisse Uebereinstimmung in wesentlichen Punkten.

Ein kleinerer Theil des kaufmännischen Nachwuchses bedarf noch weitergehender Kenntnisse. Wir brauchen deshalb noch mittlere und höhere Handelsschulen, die erheblich über die Grenze der Fortbildungsschulen hinausgehen, ohne indess für die höchsten Bildungsbedürfnisse im Kaufmannsstande auszureichen. Die Zahl dieser Anstalten kann erheblich geringer sein, als die der Fortbildungsschulen, weil der in Frage kommende Personenkreis viel enger ist. Dem Begriff »mittlere« und »höhere Handelsschulen« eine schultechnische Erläuterung zu geben, ist hier nicht der Ort. Es genügt, zu betonen, dass beide Gruppen zusammen dazu bestimmt sind, den Stufen des Bildungsbedürfnisses gerecht zu werden, welche sich zwischen den elementaren Grundlagen der Fortbildungsschulen und dem akademischen Studium bewegen. Die Grenze zwischen mittleren und höheren Handelsschulen ist naturgemäss flüssig. Für die deutschen Verhältnisse kommt der Name »höhere Handelsschule« nur den Schulen zu, welche als Voraussetzung eine allgemeine Bildung haben, wie sie durch das Examen für den einjährig-freiwilligen Militärdienst nachgewiesen wird. Mittlere Handelsschulen würden dann solche sein, deren Endziel eine diesem Examen etwa entsprechende Ausbildung ist. Die Nothwendigkeit auch solcher mittleren und höheren Handelsschulen wird nicht bestritten. Auch das wird kaum noch in Abrede gestellt, dass kaufmännische Bildungsanstalten nicht nur für männliche, sondern auch für weibliche Angestellte erforderlich sind. Eine ganze Reihe von Anstalten für weibliche Kaufleute besteht bereits in Deutschland und anderswo, und ihr zahlreicher Besuch spricht deutlich dafür, wie unentbehrlich sie sind.

Auf die bisher besprochenen Gruppen von kaufmännischen Bildungsanstalten hat sich die praktische Arbeit bis vor Kurzem im Wesentlichen beschränkt. Ihre Entwicklung gehört durchaus dem neunzehnten Jahrhundert an, und namentlich dessen letzte Jahrzehnte haben die Errichtung höherer, mittlerer und niederer kaufmännischer Schulen wesentlich gefördert in allen Staaten mit lebhafter Handelsthätigkeit. Auch Japan, dieses wissenshungrige Land, hat sich mit einem achtungsgebietenden Eifer auf die Entwicklung kaufmännischer Bildungsanstalten geworfen, die 1896 bereits 134 Lehrer und 2488 Schüler zählten. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben schon lange für praktische Ausbildung die business colleges und für theoretische Ausbildung die com-

mercial colleges in annähernd gleicher Zahl entwickelt. Die Gesamtzahl umfasst mehrere hundert Anstalten. England hat erst seit 1889 die Errichtung von Handelsschulen in grösserem Umfang betrieben, während Frankreich, dessen älteste Anstalt, die École de commerce in Paris, schon 1820 entstanden ist, seit 1871 eine grössere Thätigkeit auf diesem Gebiete entfaltete. In der Schweiz beginnt die Entwicklung von Handelsschulen mit der Bildung einer Industrieabtheilung an der Kantonschule in Zürich. Jetzt sind bei einer ganzen Reihe von staatlichen und privaten Mittelschulen besondere Handelsabtheilungen vorhanden, und ausserdem sehr viele kaufmännische Fortbildungsschulen (1896 bereits 484 mit 18501 Schülern und 14950 Schülerinnen). Russland, dessen älteste kaufmännische Bildungsanstalten 1804 und 1810 in Moskau entstanden, hat jetzt eine ganze Reihe von Handelsschulen, deren höhere Gruppe siebenklassig ist, z. B. in Petersburg, Moskau, Riga, Warschau, Kiew, Odessa u. s. w. In Oesterreich-Ungarn bestand zwar schon 1811 in Triest an der Navigationsschule eine Abtheilung für Handelsunterricht, und 1848 wurde auch in Wien schon eine Art Handelslehranstalt errichtet; aber zu eigentlichen Handelsschulen kam es erst 1856 in Prag, 1857 in Pest, 1858 in Wien, 1863 in Graz. Seitdem hat sich hier eine beachtenswerthe Entwicklung vollzogen, die auch den mittleren und höheren Anstalten zu Gute gekommen ist.

(Schluss folgt.)

Wirthschaftsergebnisse der Braunschweigischen Forstverwaltung.

Aus den Mittheilungen über die Wirthschaftsergebnisse der Herzoglich Braunschweigischen Forstverwaltung für das Jahr 1898/99 erwähnen wir Folgendes:

Die Gesamtgrösse der Forstgrundstücke stellt sich am 31. Dezember 1898 auf 83 855,530 ha gegen 83 601,251 ha am 31. Dezember 1897 (+ 254,279 ha). Die Geld-Einnahme und -Ausgabe, sowie der Reinertrag stellten sich wie folgt:

	Einnahme:	
	1897/98	1898/99
	Mk.	Mk.
1. Für Holz: baar	4 095 917,45	4 106 670,03
frei	315 972,76	275 090,45
2. » Nebennutzungen . .	92 475,08	93 871,38
3. Aus Jagd und Fischerei	32 102,01	31 364,79
4. Verschiedene Einnahmen	25 046,40	28 165,98
Sa. Einnahme	4 561 513,70	4 535 162,63
für 1 ha	54,08 Mk. (54,56 Mk. *)	

*) Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr.

Ausgabe:

	1897/98 Mk.	1898/99 Mk.
1. Besoldung des Forstpersonals	615 724,67	612 762,89
2. Holzwerbungskosten einschliesslich der Waldarbeiter-Unterstützungen und reichsgesetzlichen Versicherungskosten	791 417,08	771 970,71
3. Forstkulturkosten	154 422,99	168 333,49
4. Forstweggebaukosten	203 342,65	225 485,96
5. Beiträge zu den Kreiskommunalweggebaukosten	43 546,76	38 865,72
6. Jagdkosten	18 632,13	12 063,22
7. Verschiedene Ausgaben	157 644,27	177 049,55

Sa. Ausgabe 1 984 730,55 2 006 531,54

für 1 ha 23,93 Mk. (23,74 Mk.).

Es stellt sich demnach der Reinertrag auf 2 528 631,09 Mk. (2 576 783,15 Mk.), für 1 ha auf 30,15 Mk. (30,82 Mk.).

Ausserdem wurden verausgabt:	1897/98 Mk.	1898/99 Mk.
An Forsteinrichtungskosten	50 937,07	33 040,08
» Baukosten für Forstdienstgebäude	45 000,—	45 000,—
Zusammen	95 937,07	78 040,08

Von einer Fläche von insgesamt 81 382 ha (81 143 ha), darunter 81 152 ha (80 913 ha) Hochwald und 230 ha (230 ha) Mittelwald, wurden an Holzmassen geerntet, und zwar

a) aus den Verjüngungshauungen:

	1897/98	1898/99	
an Nutzholz	33 357	35 489	fm Laubholz
» »	98 008	101 257	» Nadelholz
» Brennholz	96 022	94 505	» Laubholz
» »	12 764	10 171	» Nadelholz
Zusammen	129 379	129 994	fm Laubholz
	110 772	111 428	» Nadelholz

b) aus den Vorhauungen:

	1897/98	1898/99	
an Nutzholz	7 656	9 186	fm Laubholz
» »	74 440	36 566	» Nadelholz
» Brennholz	44 464	44 856	» Laubholz
» »	24 807	13 153	» Nadelholz
Zusammen	52 120	54 042	fm Laubholz
	99 247	49 719	» Nadelholz

Zusammen Verjüngungshauungen und Vorhauungen:

1897/98	1898/99
181 499	184 036 fm Laubholz
210 019	161 147 » Nadelholz

Ferner:

	1897/98	1898/99
an Reiserholz . . .	63 842	65 181 fm Laubholz
» » . . .	19 020	11 519 » Nadelholz
» Stockholz . . .	447	492 » Laubholz
» » . . .	16 610	18 600 » Nadelholz
Zusammen	64 289	65 673 fm Laubholz
	35 630	30 119 » Nadelholz

	1897/98	1898/99
Insgesamt Holzmassen . .	245 788	249 709 fm Laubholz
	245 649	191 266 » Nadelholz

Die Holzausnutzung stellte sich vom Derbholzeinschlage für Nutzholz auf 52,9% (54,5), für Brennholz 47,1% (45,5).

Auf 100 fm Derbholz entfielen an Reiserholz 22,2 fm (21,2), an Stockholz 5,5 fm (4,4).

Der Holzertrag stellte sich auf 1 ha Fläche und zwar an Derbholz auf 4,2 fm (4,8), an Reiser- und Stockholz 1,2 fm (1,2), zusammen auf 5,4 fm (6). Die Holzwerbungskosten haben betragen im Ganzen 771 970,71 Mk. = 17,6% (791 417,08 = 17,9) pro fm durchschnittlich auf 1,75 Mk. (1,61).

Es wurden verwerthet insgesamt:

1. An Bau- und Nutzholz: 207 321 fm (206 419 fm) zum Preise von 3 058 214,61 Mk. (2 973 977,02), für 1 fm 14,75 Mk. (14,41), für 1 ha Holzgrund 37,58 Mk. (36,65).

2. An Brennholz: 266 725 fm (295 530) zum Preise von 1 323 545,87 Mk. (1 437 913,19), für 1 fm 4,96 Mk. (4,87), für 1 ha Holzgrund 16,26 Mk. (17,72).

Zusammen 474 046 fm (501 949) zum Preise von 4 381 760,48 Mk. (4 411 890,21), für 1 fm 9,24 Mk. (8,79), für 1 ha Holzgrund 53,84 Mk. (54,37).

Ueber die Kosten der Fürsorge für Arbeiter mag das Folgende erwähnt sein: Die Zahl der versicherten Personen betrug 4078 (4005). Die Zahl der geleisteten Arbeitstage stellte sich auf 445 099 (493 556), die Zahl der Alters- und Invaliden-Renten-Empfänger betrug 162 (139), die Alters- und Invaliden-Renten stellten sich auf 20 176,58 Mk. (17 900,42). Betriebsunfälle ereigneten sich 102 (122). Die Zahl der Unfall-Renten-Empfänger betrug 107 (96).

Der Betrag der aus der Forstkasse gezahlten Unfall-Entschädigungen stellte sich auf 14 887,59 Mk. (13 190,68). Aus der Forstkasse wurden Beiträge geleistet: a) zur Kranken-Versicherung 22 575,04 Mk. (24 783,95), b) zur Alters- und Invaliditäts-Versicherung 10 215,23 Mk. (10 712). An aussergesetzlichen Wald-

arbeiter-Unterstützungen wurden gezahlt: a) Fei ergelder 1780 Mk. (855), b) Pensionen 25 890,95 Mk. (25 702,45), c) ständige Unterstützungen 2346,67 Mk. (2035), d) ausserordentliche Unterstützungen 1646,35 Mk. (1368,50).

Hiernach stellt sich der Gesamtbetrag aller gezahlten Entschädigungen und Unterstützungen auf 79 341,83 Mk. (78 657,58).

Die Uebersicht über die im Kalenderjahr 1898 zur Anzeige gebrachten Forst- und Jagdfrevel enthält 1520 Holzdiebstähle (1556), 205 Streufrevel (319), 105 Grasfrevel (158), 60 sonstige Entwendungen (26), 23 Beschädigungen an stehendem Holze (24), 668 Forstpolizei-Uebertretungen (1021). Von den unter das Reichsstrafgesetzbuch fallenden Vergehen und Uebertretungen in Bezug auf Forsten, Jagden und Fischereien entfallen 13 auf gemeine Holzdiebstähle (17), 18 auf Jagdvergehen (12), 1 auf Widersetzlichkeit gegen Forst- und Jagdbeamte (0), 16 sonstige Vergehen und Uebertretungen (12); ferner: 7 Jagd- und Fischerei-Uebertretungen (10), 15 allgemeine Polizei-Uebertretungen (4), 4 Uebertretungen der Vogelschutzgesetze (2), zusammen 2655 Straffälle (3161). — Nach der Uebersicht des in sämtlichen herrschaftlichen Jagden des Herzogthums erlegten Wildes sind erlegt insgesamt 672 Stück Rothwild (724), 832 Stück Rehwild (738), 107 Stück Schwarzwild (260), 7158 Hasen (7045), 1601 Kaninchen (1621), 386 Füchse (341), 1 wilde Katze (3), 39 Marder (34), 25 Iltisse (45), 54 Dächse (39), 2 Fischottern (1), 22 Stück Birkwild (21), 0 Trappen (1), 247 Fasanen (228), 1910 Rebhühner (2517), 2 Wachteln (25), 232 wilde Tauben (186), 299 wilde Enten (166), 53 Schnepfen (31), 42 Bekassinen (3), 2 Fischreiher (0).

Andauernde Krankheit und Gehaltszahlung.

Nach den Blättern für Rechtspflege haben das Amtsgericht I zu Berlin am 13. Juli 1899, sowie das Landgericht I am 19. Oktober 1899 für Recht erkannt: »Macht der Prinzipal von seinem Recht, dem Handlungsgehilfen wegen andauernder Krankheit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, keinen Gebrauch, so ist er zur Zahlung des Gehalts nicht nur auf die Dauer von sechs Wochen, sondern bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses verpflichtet«. — Das Amtsgericht hatte ausgeführt: »Nach § 63 des Handelsgesetzbuches behält der erkrankte Handlungsgehilfe seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt nicht über sechs Wochen hinaus. Da jedoch im vorliegenden Streitfalle Beklagte trotz der Kenntniss von der Erkrankung des Klägers zum 1. April 1899, in Folge anderer Disposition' gekündigt hat, so konnte dies nur die Absicht der Beklagten ausdrücken, dem Kläger bis zum 1. April 1899 seine Stellung zu erhalten und ihm die Gehaltszahlung bis

dahin nicht verweigern zu wollen. Falls die Absicht vorlag, nur bis zum 21. Januar 1899 zu zahlen, so hätte dies zum erkennbaren Ausdruck gebracht werden müssen. Deshalb musste auf Grund der Thatsache, dass nach dem deutlich ausgedrückten Parteiwillen erst der 1. April 1899 den Endpunkt des Vertragsverhältnisses bilden sollte, auf Verurtheilung zur Zahlung von Gehalt und Verzugszinsen nach dem Klageantrage erkannt werden.« Die gegen dieses Urtheil eingelegte Berufung ist vom Landgericht mit folgender Begründung zurückgewiesen worden: »Bei der Auslegung des § 63 des Handelsgesetzbuches ist nicht nur der Wortlaut der Bestimmung, sondern vor Allem der gesetzgeberische Zweck, welcher für deren Aufnahme maassgebend war, zu berücksichtigen. Dieser Zweck wird erst dann ersichtlich, wenn man die Bestimmung mit denjenigen Paragraphen, welche von dem vorzeitigen Entlassungsrechte des Prinzipals handeln, in Zusammenhang bringt. Die Vergleichung beider Bestimmungen muss dazu führen, den Fall des § 63 nur dann in Anwendung zu bringen, wenn bis zum Ablaufe der sechswöchigen Frist der Prinzipal von seinem Entlassungsrechte Gebrauch gemacht hat. Im vorliegenden Falle hat Beklagte von dem ihr zustehenden Rechte der sofortigen Entlassung keinen Gebrauch gemacht, sie hat dem Kläger erst am 14. Februar zum 1. April 1899 das Dienstverhältniss gekündigt. Es ist anzunehmen, dass Beklagte das Dienstverhältniss als bis zum 1. April fortbestehend betrachtet wissen wollte. — Es muss deshalb in dem Schreiben vom 14. Februar ein Verzicht auf die aus §§ 63, 73 des Handelsgesetzbuches sich ergebenden Rechte gefunden werden. Endete hiernach das Dienstverhältniss erst am 1. April 1899, so war Beklagte auch verpflichtet, dem Kläger bis zum 1. April Gehalt zu zahlen.«

(P. v. K. D.)

Abzahlungsgeschäft ist Leihvertrag.

In Dresden fand kürzlich eine Gerichtsverhandlung statt, in der eine wichtige Entscheidung über die sogenannten Abzahlungsgeschäfte gefällt wurde. Ein auf Leihvertrag von der Firma Julius I. entnommenes Vertiko verkaufte der jetzt in Bautzen wohnende Kellner und Markthelfer Max Richard W. später beim Altwaarenhändler für die Hälfte des Anschaffungswerthes. Das Schöffengericht fasste diese Handlungsweise als Betrug auf und erkannte auf einen Monat Gefängniss. W. wandte sich an das Berufungsgericht und erlangte Freisprechung. Der Gerichtshof führte aus, dass nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches mit der Auslieferung des fraglichen Gegenstandes auch das Eigenthumsrecht auf den Leihvergeber übergegangen sei. Der Leihvertrag selbst stellt sich nur als eine Gestundung des Kaufpreises dar. Im vorliegenden Falle könne es sich also nur um einen Vertrauensbruch, nicht aber um Betrug handeln.

(D. T. Z.)

Achtung vor falschen 50-Markscheinen.

In letzter Zeit sind wiederholt Nachbildungen der neuen Reichskassenscheine zu 50 Mk. vorgekommen, welche sich von den echten Scheinen wie folgt unterscheiden: Die Falschstücke sind durch sorgfältige Federzeichnung in etwas dunklerer, mehr bläulicher und in Wasser löslicher Farbe hergestellt. Die echten Scheine zeigen eine grünlichere Färbung. Der bei den echten Scheinen auf der Vorderseite innerhalb der Umrahmung befindliche oliv-bräunliche Schutzdruck ist bei dem Falschstück durch eine leichte gelbliche Tönung ersetzt. Statt des Guilloche-Unterdrucks auf der Rückseite zeigt das Falschstück eine grüne Tönung des Papiers; die Wilcox-Fasern sind durch bunte Strichelchen angedeutet. — Es befinden sich ferner auch falsche Fünfmarkstücke mit dem Münzzeichen E und der Jahreszahl 1898 im Verkehr.

(Br. Anz.)

Schlichting-Stiftung.

Der Central-Verein für Hebung der deutschen Fluss- und Kanalschiffahrt hat auf Grund der Satzungen der Schlichting-Stiftung die untenstehende Preisaufgabe ausgeschrieben. Zur Bewerbung ist jeder deutsche Reichsangehörige berechtigt.

Der Text der Aufgabe soll über den Raum eines Druckbogens der »Zeitschrift für Binnenschiffahrt« nicht hinausgehen. Die Einsendung der Arbeiten hat bis zum 1. Oktober 1901 portofrei an den Central-Verein zu erfolgen. Jede Arbeit ist mit einem Kennspruch zu versehen, und es ist ein verschlossener Umschlag, der äusserlich denselben Kennspruch trägt und in dem der Name und die Adresse des Verfassers angegeben sind, beizufügen.

Preisrichter sind die Herren: Professor Arnold-Hannover, Professor Dr. van der Borcht-Aachen, Professor Bubendey-Berlin, Geheimer Baurath Germelmann-Berlin, Stadtbaurath Krause-Berlin.

Demjenigen Bewerber, der nach dem Urtheile der Preisrichter die gestellte Aufgabe am besten löst, wird ein Ehrenpreis von 1000 Mk. zuerkannt. Die preisgekrönte Arbeit geht in das Eigenthum des Central-Vereins über und wird in der »Zeitschrift für Binnenschiffahrt« veröffentlicht.

Preisaufgabe für 1900.

Welche Grösse und welche Bauart ist mit Rücksicht auf die zweckmässigste Bewältigung des Güterverkehrs den Schiffen zu geben, die auf dem in Aussicht genommenen Grossschiffahrtswege die Verbindung zwischen Berlin und Stettin zu unterhalten haben?

In der durch Zeichnungen zu erläuternden Beschreibung sollen neben dem Zugwiderstande alle in Betracht kommenden wirthschaftlichen Gesichtspunkte, insbesondere die Verzinsung und

Tilgung der Anschaffungskosten des Schiffes, die Betriebskosten und die durchschnittliche Jahresleistung berücksichtigt werden.

Für die Abmessungen der Kanalstrecke sollen die im Jahrgang 1899, Heft 5 der »Zeitschrift für Binnenschifffahrt« auf Seite 81 — welches auf Wunsch kostenfrei übersandt wird — und auf der beigelegten Tafel mitgetheilten Angaben maassgebend sein. Bezüglich der unteren Oder ist anzunehmen, dass jederzeit eine Fahrwassertiefe von 1,80 m vorhanden ist.

Von der Handelshochschule zu Leipzig.

Wie aus dem kürzlich zur Ausgabe gelangten zweiten Jahresbericht der Leipziger Handelshochschule hervorgeht, hat sich die neue Anstalt in ihrem zweiten Studienjahre in ruhiger Weise ohne Störung günstig weiter entwickelt. Im dritten Semester war der Bestand an Studirenden 194, im vierten 243. Bis heute sind im Ganzen 403 Studirende immatrikulirt worden, von denen 142 wieder abgegangen sind, so dass der Bestand des fünften Semesters 261 Studirende beträgt. Die Hörer sind in den genannten Zahlen nicht eingerechnet.

Von besonderem Interesse ist der Bericht über die ersten Prüfungen, welche zu Ostern d. J. vor der vom Ministerium des Innern zu Dresden ernannten Königlichen Prüfungskommission abgehalten sind. Die Prüfung zerfiel in eine Diplomprüfung für Kaufleute und eine Lehramtsprüfung für Handelslehrer. Beide Prüfungen haben ein sehr befriedigendes Resultat ergeben. Neu ins Leben getreten ist eine eigene Krankenkasse der Handelshochschule, durch welche erkrankten Studirenden unentgeltliche ärztliche Behandlung u. s. w. zu Theil wird.

Im Uebrigen enthält der Bericht die üblichen statistischen Mittheilungen über die Behörden, den Lehrkörper und die Studirenden der Handelshochschule, sowie sämtliche in Betracht kommende Bestimmungen. Damit bietet der im Auftrage des Senates vom Studiendirektor Professor Raydt zusammengestellte Bericht ein vollständiges Material für Alle, die sich über die Leipziger Handelshochschule informiren wollen.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

Wurst- und Fleischwaaren.

(Juni/Juli 1900.)

Im Juni ist gewöhnlich ein sehr ruhiger Geschäftsgang, aber in Folge des durchweg gehaltenen kühlen Wetters war in frischen Fabrikaten ein noch verhältnissmässig flotter Absatz.

Die anhaltende aussergewöhnliche Hitze im Juli war sehr günstig für den Versand der Dauerwaare. Dauerwurst ist zuverlässig haltbar, während fast alle anderen Genusssachen bei der Hitze leicht verderben; ausserdem waren in den letzten Wochen mehrere Ablieferungen für die Verpflegung der für China bestimmten Truppen erfolgt. Die Lager sind in Folge dessen sehr gelichtet worden.

Die Preise der Schweine gingen in den letzten Wochen sehr in die Höhe und sind jetzt über normal.

Denecke & Himmel.

Konserven.

Die Erbsen-Ernte ist quantitativ befriedigend ausgefallen. In Bezug auf die Qualität liegen die Verhältnisse ähnlich wie im vorigen Jahre. Zu Anfang der Ernte wurde allerdings feines Korn geerntet. Sehr bald setzte dann aber tropische Hitze ein, wodurch die Erbsen zu schnell reiften und in Folge dessen wieder unverhältnissmässig viel dickes Korn in die Dosen kam. In den ersten Siebungen, besonders in Kaiserschoten, herrscht daher empfindlicher Mangel, während junge Erbsen und Gemüse-Erbsen noch verfügbar sein dürften, jedoch nicht in solchen Mengen, dass die Preise dadurch beeinträchtigt würden.

Die Aussichten auf die Bohnen-Ernte haben sich nicht gebessert.

Die Preise für Konserven sind sehr fest und zeigen eher Neigung zum Steigen als zum Fallen.

A. W. Querner.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Hermann Christofes, Agentur für Weingrosshandel, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann und Weinagent Hermann Christofes.
2. Richard Fleischhauer & Co., Lederfabrikation in Rottorf. Inhaber: Gerber Richard Fleischhauer in Rottorf und Dampfziegeleibesitzer Franz Kraus in Helmstedt.
3. Albert Bergmann, Manufaktur-, Kurz- und Modewaaren, Bündheim. Inhaber: Kaufmann Albert Bergmann.
4. C. A. Bühring, Fasshandlung, Braunschweig. Inhaber: Böttchermeister August Bühring.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Dampfkessel- und Gasometerfabrik vormals A. Wilke & Co., Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 12. Juni d. J. ist der § 22 Abs. 3 des Gesellschaftsstatuts abgeändert resp. ergänzt.
2. Aktien-Zuckerfabrik Rautheim in Rautheim. Der Gesellschaftsvertrag ist geändert. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Rübenzuckerfabrik und Verkauf deren Fabrikate. Das Grundkapital ist auf 301 500 Mk. erhöht und zerfällt in 201 Aktien zu je 1500 Mk. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen: Landwirth Fritz Curland, Hötzum, Landwirth August Voss, Mascherode, Landwirth Heinrich Lüddecke, Weddel, Rittergutspächter O. Grieffenhagen, Veltheim a. Ohe, Administrator A. Loos, Lucklum.
3. Norddeutsche Zuckerraffinerie in Frellstedt. Das bisherige Aufsichtsrathsmitglied Ernst Georg Heinrich Wellge ist nunmehr zum Mitgliede des Vorstandes bestellt worden. Es besteht demnach der Vorstand zur Zeit aus: Johann Heinrich Rückert, Fabrikdirektor in Frellstedt, und Ernst Georg

Heinrich Wellge, Bankdirektor in Hamburg. Das Grundkapital der Gesellschaft ist durch Beschluss vom 30. April 1900 um 750 000 Mk. durch Ausgabe von 750 Aktien à 1000 Mk., mithin auf insgesamt 2 000 000 Mk., erhöht.

4. Aktien-Zuckerfabrik Wierthe. Durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 25. Juni cr. ist für den vorzeitig aus dem Vorstande ausgeschiedenen Aktionär Christian Ebeling in Liedingen der Aktionär Albert Friedrichs in Sonnenberg in den Vorstand gewählt.
5. Aktienzuckerfabrik Schöppenstedt. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Brauereibesitzer Georg Roth ist der Rittergutsbesitzer Julius Schulze zu Watzum in den Vorstand gewählt.
6. Bardenwerper & Illing, Braunschweig. In Breslau ist eine Zweigniederlassung errichtet.
7. C. Vogeley & Braune, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Kaufmann August Braune ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft von dem Maschinenfabrikanten Carl Vogeley zu Lehdorf unter Uebernahme der Aktiva und Passiva bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt, der Sitz der Firma ist nach Lehdorf verlegt.
8. R. Wolff, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist nebst Firma von dem bisherigen Firmeninhaber, Kaufmann Hermann Katz, jetzt in Zwickau, an den Kaufmann Julius Reich abgetreten.
9. F. Jürgens & Willecke, Stadtoldendorf. Der Ziegeleibesitzer Friedrich Jürgens ist aus der offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden. Nach Auflösung derselben führt der Kaufmann Adolf Willecke als Alleininhaber das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma fort.
10. Bierbrauerei Franz Steger zu Oelper. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt nach wie vor durch den Gesellschafter, Braumeister Carl Pohl in Plauen bei Dresden, in bisheriger Weise allein, im Uebrigen aber fortan in der Weise, dass entweder zwei Gesellschafter oder aber ein Gesellschafter und ein Prokurist die Gesamtvertretung ausüben und zwar erfolgt die Zeichnung der Firma in der Weise, dass Carl Pohl zeichnet mit Hinzufügung der Firma: Bierbrauerei Franz Steger, je zwei Gesellschafter in der Weise, dass der zuerst zeichnende seinem Namen die Firma hinzufügt, während der zweite nur seinen Namen beifügt, wobei der eventuell zeichnende Prokurist seinem Namen einen das Prokuraverhältniss andeutenden Zusatz beizufügen hat.
11. Rübenzuckerfabrik zu Hedwigsburg. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Hilmar Löbbbecke, Hedwigsburg, ist der Landwirth Albert Schlüter, Gr.-Biewende, in den Vorstand gewählt.
12. C. A. Bühring, Braunschweig. Der Inhaber, frühere Böttchermeister, jetzt Rentner August Bühring, hat das Handelsgeschäft mit Aktiva und Passiva nebst Firma an seinen Sohn, den Böttchermeister Otto Bühring, abgetreten.

3. Löschungen.

1. C. A. Schwetschke & Sohn (E. Appelhans), Braunschweig.
2. Hügel, Kothe & Co., Harzburg.
3. Schmidt & Nolting zu Bündheim in Liquidation.
4. Theodor Timpe, Bündheim.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Hermann Schoof, Helmstedt. Dem Kaufmann Wilhelm Amse.
2. Bierbrauerei Franz Steger zu Oelper. Dem Kaufmann Otto Sauer in Braunschweig.

3. Braunschweigische Bank, Braunschweig. Dem Kaufmann Emil Quentin ist in der Weise Prokura ertheilt, dass derselbe die Firma zusammen mit einem Direktor zu zeichnen befugt ist.

5. Prokuralösungen.

Geschw. Schmidt, Braunschweig. Ehefrau des Ingenieurs Ferdinand Clemens, Auguste geb. Schmidt.

Genossenschaftsregister.

Abänderungen.

Molkerei-Genossenschaft Brunsen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. An Stelle des Ackermanns August Wille zu Brunsen ist der Kothsass Wilhelm Engelke daselbst als Stellvertreter des Vorstandes gewählt.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaaren-Actiengesellschaft in Wieda.
7. August 1900. 1 Lichtdruckbild, offen, Modelle für 2 Regulir-Postament-Ofen, und 1 Lichtdruckbild, offen, Modelle für 3 Badeofen-Untersätze, mit den Fabriknummern 219 und 219a, 180, 181 und 190. Modelle für plastische Erzeugnisse. Schutzfrist 10 Jahre

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Dr. med. Max Bungert, Braunschweig. 31. Juli 1900.
2. H. Schlichthaar, Ackermann, Rothenkamp. 27. Juli 1900.
3. Alwin Hochheim, Kaufmann, i. Firma H. Thiemann, Braunschweig. 7. August 1900.
4. Carl Bock, Buchbinder, Thiede. 15. August 1900.
5. Wilhelm Rummel, Kaufmann, Walkenried. 18. August 1900.
6. Albert Schwenke, Handelsgärtner, Braunschweig. 21. August 1900.
7. Eduard Meyer, Generalagent, Braunschweig. 23. August 1900.
8. Otto Schäper, Kaufmann, Helmstedt. 24. August 1900.

2. Aufhebungen.

1. Richard Wieries, Hutmacher, Braunschweig.
2. August Fabrenbruch, Zimmermeister, Braunschweig.
3. Emil Lucas, Tischlermeister, Braunschweig.
4. Frieda Keuche, Putzhändlerin, Braunschweig.
5. Carl Kaste, Zollsekretär, Braunschweig.
6. Wilhelm Schmidt, Schuhmachermeister, Hasselfelde.

Bücher-Eingänge.

Verkehrsentwicklung in Deutschland 1800 bis 1900. Sechs volksthümliche Vorträge über Deutschlands Eisenbahnen und Binnenwasserstrassen, ihre Entwicklung und Verwaltung, sowie ihre Bedeutung für die heutige Volkswirtschaft. Von Professor Dr. W. Lotz. (»Aus Natur und Geisteswelt.« Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 12 monatliche Bändchen zu je 90 Pfg., geschmackvoll gebunden zu je 1,15 Mk.) Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Vom **Mess-Ausschuss der Handelskammer Leipzig** ist ein Verzeichniss der freistehenden Messlokale aufgestellt worden, welches kostenlos von dort bezogen werden kann.

Telschow-Letzel, Der gesammte Geschäftsverkehr mit der Reichsbank. Ein Handbuch zur Orientirung für das Publikum, insbesondere für die mit der Bank im Verkehr stehenden Personen, Firmen, Institute und Behörden, unter Benutzung amtlichen Materials. Neunte Auflage. Leipzig 1900, Verlag von G. A. Gloeckner. Preis geb. 4 Mk.

Maiers Karte von Deutschland und den angrenzenden Ländern für Reise und Kontor. Mit Angabe der Eisenbahnen nebst Ortsverzeichniss und Hinweis zur Auffindung eines jeden Ortes. 60 Pfg.

Dieser Nummer der „Monatsschrift“ liegt ein Prospekt der Firma **Gebrüder Blum in Goch (Rheinland)** bei.

Carl Arndt

Ingenieur.

Gerichtlich vereidigter Sachverständiger für Patent-, Muster- und Zeichenwesen.

Mitglied des Vereines deutscher Patentanwälte.

Braunschweig,

Kaiser Wilhelmstr. 1a.



Fernsprecher 597.

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 10.

Braunschweig, Oktober 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller, Braunschweig, Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Nachdem wir laut Beschluss unserer Plenarversammlung vom 26. Februar d. J. die Ausschreibung der Beträge zu den etatsmässigen Kosten der Handelskammer für das Haushaltsjahr 1900/1901 mit 11 Prozent der Gewerbesteuer bewirkt haben, bringen wir hierdurch zur Kenntniss der Wahlberechtigten, dass Einsprüche gegen diese Veranlagung (§ 22 des Gesetzes vom 19. März 1890) nach dem 6. November d. J. keine Berücksichtigung mehr finden können.

Braunschweig, den 18. Oktober 1900.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Aufhebung des Einfuhrverbots für Wurstwaaren nach Russland und Aufhebung der sanitätspolizeilichen Untersuchung von Konserven bei der Einfuhr nach Oesterreich-Ungarn.

Die Handelskammer hat an das Reichsamt des Innern die nachstehende Eingabe gerichtet:

Das Reichsamt des Innern gestatten wir uns anlässlich der Vorbereitung neuer Handelsverträge im Nachstehenden auf eine Frage aufmerksam zu machen, die für unseren Bezirk von erheblicher Wichtigkeit ist.

In den mit Oesterreich-Ungarn und Russland abgeschlossenen Handelsverträgen vom 6. November 1891 resp. vom 10. Februar 1894 ist in den Artikeln 1 bzw. 5 der Grundsatz ausgesprochen,

dass der Verkehr mit diesen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhrverbote gehemmt werden soll. Die Vertragsstaaten haben sich indessen vorbehalten, gewisse Erzeugnisse überhaupt oder unter bestimmten Umständen von der Einfuhr ausschliessen zu dürfen.

So ist ein Einfuhrverbot für zulässig erklärt, wenn hygienische oder veterinärpolizeiliche Interessen in Frage kommen. Wenn jedoch der Artikel 610 des russischen Zollstatutes die Einfuhr deutscher Zubereitungen aus Schweinefleisch nach Russland gänzlich untersagt, so erblicken wir in diesem Verbote eine Umgehung des deutsch-russischen Handelsvertrages.

Denn das Bedenken, es könnte durch die Einfuhr deutscher Wurstwaren die Trichinose eingeschleppt werden, entbehrt im Hinblick auf die in Deutschland gesetzlich vorgeschriebene und äusserst gewissenhaft durchgeführte Trichinenschau jeder Begründung. Am allerwenigsten kann dasselbe geltend gemacht werden gegen Braunschweiger Wurstwaren, die selbst den strengsten sanitätspolizeilichen Anforderungen entsprechen. Ebenso willkürlich in der Auslegung des vorgedachten Verbotsvorbehalts verfahren die österreichisch-ungarischen Zollbehörden bei der Einfuhr deutscher Konserven. Denn ungeachtet der Beibringung einer amtlichen Bescheinigung der stattgehabten Untersuchung auf ihre Beschaffenheit hin, werden deutsche Konserven bei der Einfuhr nach Oesterreich-Ungarn einer abermaligen sanitätspolizeilichen Untersuchung unterworfen (vergl. § 16 der Durchführungsvorschrift zum Allgemeinen Zolltarif für das österreichisch-ungarische Zollgebiet vom 25. Mai 1882 und 21. Mai 1887), für deren Vornahme eine so hohe Gebühr beansprucht wird, dass bei Berücksichtigung des Verlustes, der nothwendiger Weise durch die Untersuchung entsteht, ein Export der deutschen Industrie unmöglich wird.

Durch derartige mehr oder weniger willkürliche Handhabung der bestehenden vertraglichen Bestimmungen kann schliesslich der Vertrag in solchen Positionen ganz illusorisch gemacht werden.

Wir bitten das Reichsamt des Innern dringend, bei Abschliessung künftiger Handelsverträge der deutschen Ausfuhr in der angedeuteten Richtung die ihr nothwendigen Kautelen zu sichern.

Voraussichtliche Verkehrszunahme für die Zeit vom September 1900 bis Ende März 1901.

Die Handelskammer hat auf eine diesbezügliche Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg sich wie folgt geäussert:

Der Güterverkehr im Winter 1900/01 wird sich, soweit die Zucker-Industrie in Betracht kommt, im Grossen und Ganzen voraussichtlich in den gleichen Grenzen bewegen, wie im Vorjahre. Zwar lässt sich der Ausfall der Rübenenernte im Augenblick

noch nicht zutreffend beurtheilen, weil gerade die Witterung in der Wachstumsperiode der nächsten sechs Wochen von entscheidendem Einfluss ist, aber der gegenwärtige Stand der Rüben berechtigt zu der Annahme, dass bei normalen Witterungsverhältnissen die diesjährige Rübenernte mindestens den vorjährigen Ertrag erreichen wird. Dementsprechend wird sich auch der Verbrauch an Kohlen, Kalk und sonstigen Materialien ungefähr auf der Höhe des Vorjahres bewegen. Das Gleiche gilt von der Erzeugung bezw. Transport von Rohzucker, Melasse und Rübenrückständen (Schnitzeln).

Bei den Raffinerien ist eine Zunahme des Verkehrs so gut wie ausgeschlossen. Durch das Zustandekommen des Zuckerkartells sind den Raffinerien in Bezug auf ihre Produktion, soweit es sich um die Inlandsversorgung handelt, ganz bestimmte Grenzen gezogen. Der Rohzuckereinwurf dürfte den des Vorjahres nicht überschreiten und deshalb werden auch hier die Bezüge an Rohzucker, Kohlen und sonstigen Materialien, sowie der Versand von fertigem Zucker und Melasse den vorjährigen gleichkommen.

In der Eisen- und Maschinen-Industrie ist nach der augenblicklichen Beschäftigung und nach der Nachfrage eine Steigerung des Verkehrs gegen das Vorjahr und die vergangenen Monate dieses Jahres fast ausgeschlossen. — Der Kohlenverbrauch für industrielle Zwecke wird daher voraussichtlich etwas zurückgehen.

Bezüglich der zu erwartenden Erntetransporte bemerken wir, dass in Weizen ein grösseres Quantum geerntet ist als im Vorjahre und dass in diesem Artikel besonders in den Herbstmonaten die Versendungen bedeutender sein werden als im Jahre 1899, allerdings wie es bis jetzt den Anschein hat, nicht auf weitere Entfernungen, sondern es werden sich die Abladungen wahrscheinlich wieder auf nahe hannoversche und westfälische Stationen beschränken.

Der Ertrag in Roggen ist kleiner, derjenige in Gerste ungefähr dem vorjährigen gleich, die Haferernte ist grösser als im Vorjahre; indessen kommen diese Artikel in Bezug auf Aenderungen im Verkehr wenig in Betracht.

Eine Steigerung des Bezuges ausländischen Getreides gegen das Vorjahr wird voraussichtlich nicht eintreten.

Die Kartoffelernte wird im Verhältniss zum Vorjahre quantitativ wesentlich besser ausfallen und dürfte in diesem Artikel eine Steigerung des Verkehrs eintreten.

Der Versand an Düngesalzen wird in den Monaten September d. J. bis Ende März k. J. ein grösserer werden, wie in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Durch die Produktion und den Vertrieb von Siedesalz wird eine weitere nicht unbedeutende Steigerung des Verkehrs eintreten.

Die Kohlentransporte werden gegen das Vorjahr eine erhebliche Zunahme sowohl in Steinkohlen wie auch in Braunkohlen ergeben, da in Folge der herrschenden Kohlenknappheit es vielen

Kohlenhändlern und Fabriken in diesem Jahre bisher nicht gelungen ist, in wünschenswerthem Umfange ihren Winterbedarf zu beschaffen.

Beförderung von Säuren in Kesselwagen.

Auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg hat die Handelskammer sich wie folgt geäußert:

Der Königlichen Eisenbahndirektion erwidern wir auf die gefällige Anfrage vom 14./21. Juli d. J. — J.-No. IV, 6929 k — ergehenst, dass im diesseitigen Bezirke für die Beförderung in Kesselwagen in Betracht kommen:

Schwefelsäure, Salzsäure, Chlorzinklösung, Steinkohlentheer, Steinkohlentheeröl aller Art, Petroleumnaphta, Benzin, Methylalkohol, Holzgeist, Denaturierungsmittel und Theeröl (Kreosotöl).

Da diese Artikel bereits jetzt in Kessel- oder anderen Gefässwagen befördert werden bezw. zur namentlichen Aufführung in den deutschen Eisenbahngütertarif vorgesehen sind, so sehen wir von einer weiteren Behandlung dieses Gegenstandes ab und bemerken noch ergehenst, dass Pottaschenlauge, Chlorkaliumlösung, Manganlauge, holzsaures Eisen, Malztreber und Fäkalien nach unserer Kenntniss bisher von Interessenten unseres Bezirkes nicht zur Auslieferung gelangt sind. Ob derartige Transporte in Zukunft zu erwarten sind, entzieht sich zur Zeit unserer Beurtheilung.

Die in dem gefälligen Schreiben vom 1. August noch genannten Artikel Holzessig und Holzgeist gelangen von Blankenburg und Holzminden zur Versendung und zwar vom ersten Orte hauptsächlich in der Richtung nach Berlin, Hannover, Dresden und nach dem Nieder-Rhein, sowie nach Ludwigshafen und Basel. Von Holzminden gelangen diese Produkte zur Zeit noch in eisernen Fässern oder Glasballons zur Versendung und liegt für Holzminden augenblicklich ein Interesse in dieser Sache nicht vor.

Errichtung von Lesehallen für junge Kaufleute.

Die hiesigen kaufmännischen Vereine waren am Montag, den 1. Oktober, Abends, von der Handelskammer zu einer Besprechung nach dem kleinen Sitzungssaale der Handelskammer geladen. Es hatten dieser Einladung der Kaufmännische Verein »Union«, der »Handelsverein«, der »Verband reisender Kaufleute« und der »Verein katholischer Kaufleute« durch Entsenden von Vertretern Folge geleistet.

Die Veranlassung zu dieser Besprechung bot die mit dem 1. Oktober in Kraft getretene Regelung des Ladenschlusses. Zweck der Besprechung war, die Ansichten der kaufmännischen Vereine darüber zu hören, welche Folgerungen aus dem frühzeitigen Ladenschluss für die Lehrlingshaltung zu ziehen sind.

Derartige Bestimmungen, wie sie in der neuesten Novelle ge-

troffen sind, erweisen sich erst dann als segensreich, wenn sie entsprechend angewendet werden, da sonst die Vortheile solcher Erleichterungen durch die Nachtheile, die sie zur Folge haben, leicht wieder aufgehoben werden können.

Der Vertreter der Handelskammer führte aus, dass es ja selbstverständlich in erster Linie Pflicht der Lehrherren sei, darauf zu achten, dass die Lehrlinge die ihnen gewährte grössere Freiheit nicht missbrauchen, die Handelskammer erachte es aber für ihre Aufgabe, ihrerseits mit Rath und That in dieser Frage der Kaufmannschaft zur Seite zu treten.

Es käme in dieser Beziehung wohl zunächst die Einrichtung eines Lesezimmers in Betracht, in dem die Lehrlinge jederzeit ihre freien Abendstunden zubringen könnten, das sei vornehmlich für solche Lehrlinge von Werth, die bei ihrem Prinzipal oder ihren Wirthsleuten keine passenden Räume zur Verfügung oder keinen entsprechenden Anschluss an eine Familie hätten. In solchen Fällen würde der Lehrling leicht in die Gaststuben getrieben und zu Ausgaben veranlasst, für die er nur in Ausnahmefällen volle Deckung habe.

Es sei dieses wohl zu erwägen, ob man nicht durch Beschaffung eines freundlichen und wohlausgestatteten Lesezimmers derartigen Lehrlingen einen willkommenen Aufenthalt bieten könne. Ein solches Lesezimmer müsse mit unterhaltenden und belehrenden Büchern, mit Fach- und anderen Zeitschriften, auch mit angemessenen Spielen, wie Schach, Domino, Halma, ausgestattet sein.

Anschliessend hieran machte Herr Regierungsrath Dr. Stegmann zugleich die Mittheilung, dass die Handelskammer eine Unterhaltungsbibliothek für die kaufmännischen Fortbildungsschüler einzurichten im Begriffe sei, bestehend aus deutscher und fremdländischer Literatur, die alsdann zur Ausstattung des Lesezimmers mit in Verwendung kommen könne. Auch liege es in der Absicht, diese Bibliothek auch den kaufmännischen Kreisen in den übrigen Städten des Herzogthums durch jährliche Umlaufssendungen nutzbar zu machen.

Das Bedürfniss nach einem derartig eingerichteten Raum wurde von sämmtlichen anwesenden Herren anerkannt. Man hielt es für ein dringendes Erforderniss, einen etwaigen Missbrauch der grösseren Freiheit bei den kaufmännischen Lehrlingen zu verhüten, und man glaubte, diese Frage am besten durch die Einrichtung eines solchen Lesezimmers lösen zu können.

Bezüglich des Raumes erbot sich der Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins »Union«, Herr Konservenfabrikant Neuman, bei seinem Verein dieserhalb vorstellig zu werden. Er stellte in Aussicht, dass dieser sich dazu bereit finden werde, ein Zimmer nebst den erforderlichen Einrichtungen zu dem oben geschilderten Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Das Anerbieten wurde allseitig mit Dank begrüsst. Sollte sich das von der »Union« zur Verfügung zu stellende Zimmer für

den Besuch als zu klein erweisen, so würde event. in einem anderen Stadttheile ein zweites Lesezimmer zu errichten sein.

Nach einigen Erörterungen beschlossen die übrigen Herren, die von der Handelskammer angeregte Frage in ihren Vereinen zur weiteren Besprechung zu bringen. Ende des Monats soll alsdann eine weitere Besprechung und event. Bildung einer besonderen leitenden Kommission erfolgen.

Zugleich wurde auch über die Nutzbarmachung der oben erwähnten Bibliothek gesprochen. Obgleich diese ihrer Bestimmung nach in erster Linie für die Besucher der kaufmännischen Fortbildungsschulen im Herzogthume sein soll, so halten die anwesenden Vertreter der kaufmännischen Vereine eine Nutzbarmachung derselben für weitere kaufmännische Vereine, namentlich auch für die Handlungsgehilfen, für sehr erstrebens- und dankenswerth.

Zum 8 Uhr-Ladenschluss.

Zur Besprechung über eine einheitliche Regelung des Ladenschlusses war von Seiten der Handelskammer am 17. September eine Versammlung der Inhaber offener Verkaufsstellen einberufen, die äusserst stark besucht war und von dem Vorsitzenden der Handelskammer, Herrn Kommerzienrath Jüdel, geleitet wurde.

In derselben entschied man sich mit überwiegender Majorität — dagegen waren nur 11 Stimmen — für einen einheitlichen Schluss von 8 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens.

Nach diesem Verlauf handelte es sich darum, festzustellen, ob die übrigen Inhaber der offenen Verkaufsstellen der Stadt mit diesem Beschluss einverstanden wären und wie sie sich überhaupt der Frage des Ladenschlusses gegenüber verhielten. Zu dieser zu veranstaltenden Umfrage erklärte sich in liebenswürdiger Weise eine Anzahl Mitglieder bereit, des Handels- sowie des Drogistenvereins, persönlich die erwünschten Auskünfte einzuholen.

Es hatten ihre Betheiligung zugesagt die Herren: Baumgarten (zugleich Handelskammermitglied), Sander, Rich. Lange, Nienstedt, Weitz, Speth, Tönnies, Ridder, Behse, Ehrenberg, Friedr. Meier, Just, Kremling, Ackenhausen, Schoeffer, Behr, Grosshennig, Lehrmann, Lindhorst, E. F. G. Schmidt, Dreyer, Stiddien, Rache, Camehn, Kiessling, Mittendorff, Dempewolf.

Die gesammte Stadt wurde dementsprechend in eine Anzahl Bezirke zerlegt und je ein Bezirk den einzelnen Kaufleuten, die sich hierfür zur Verfügung gestellt hatten, zugetheilt.

Nach einer danach im Sitzungssaale der Handelskammer erfolgten informatorischen Besprechung vollzog sich die Umfrage, zu der vom Bureau der Handelskammer die nöthigen Vorarbeiten gemacht waren, glatt und ohne Störung innerhalb drei Tagen und führte zu folgendem Ergebniss:

Ergebniss der Umfrage, betreffend den 8 Uhr-Ladenschluss.

Geschäftszweig	Für den Antrag	Gegen den Antrag	Nicht befragt	Gesamt- zahl der Geschäfte
Kolonial-, Materialwaaren- und Delikatessen- handlungen	207	67	5	279
Höker	111	93	59	263
Fleisch- und Wurstwaaren	101	56	5	162
Grünwaaren-, Gemüse- und Obsthandlungen	45	24	9	78
Tuch-, Manufaktur- und Garderobehandlungen	65	4	—	69
Tabak- und Cigarrenhandlungen	26	40	2	68
Kurz-, Weiss- und Wollwaaren	49	11	—	60
Papier- und Buchhandlungen	52	6	—	58
Schuhwaaren	35	14	—	49
Gärtnereien und Blumenhandlungen	32	8	1	41
Uhrenhandlungen	27	7	—	34
Juweliere, Gold- und Silberwaaren	23	5	—	28
Putz- und Modewaaren	25	2	1	28
Möbelhandlungen und Sargmagazine	24	—	1	25
Eisen-, Stahl- und Drahtwaaren	23	2	—	25
Klempnerei	20	1	1	22
Holz und Kohlen	18	3	—	21
Droguen	19	1	—	20
Butter, Käse, Margarine und Fettwaaren	16	3	—	19
Destillation und Spirituosen	10	8	1	19
Chokolade, Konfituren und Zuckerwaaren	13	4	1	18
Flaschenbierhandlungen	12	4	1	17
Tapeten und Linoleum	13	2	1	16
Sattlerei	11	2	1	14
Leinen und Wäsche	13	1	—	14
Seifen und Parfümerien	9	4	—	13
Lederhandlungen	12	1	—	13
Kürschnerei	5	8	—	13
Pelz-, Mützen- und Hutwaaren	11	2	—	13
Handschuhfabriken	12	—	—	12
Nähmaschinen und Fahrräder	11	—	—	11
Korbwaaren	7	2	1	10
Schirmhandlungen	9	1	—	10
Tapissier- und Posamenterie	10	—	—	10
Friseure und Perrückenmacher	7	3	—	10
Bürsten und Pinsel	7	2	—	9
Kupfer- und Messerschmiede	5	4	—	9
Glas und Porzellan	9	—	—	9
Glaserei und Rahmenhandlungen	8	1	—	9
Weinhandlungen	4	5	—	9
Trödler	5	2	1	8
Spielwaaren	6	2	—	8
Haus- und Küchengeräthe	7	1	—	8
Handschuhe, Kravatten und Wäscheartikel	7	—	1	8
Optiker und Mechaniker	6	1	—	7
Färbereien	6	1	—	7
Drechslereien	4	3	—	7
Bildhauer	3	3	1	7
Galanterie- und Lederwaaren	7	—	—	7
Uebertrag	1167	414	93	1674

Geschäftszweig	Für den Antrag	Gegen den Antrag	Nicht befragt	Gesamtzahl der Geschäfte
Uebertrag	1167	414	93	1674
Mehl, Futterartikel und Getreide	7	—	—	7
Teppiche und Möbelstoffe	4	2	—	6
Holzwaarenhandlungen	5	1	—	6
Kunst- und Musikalienhandlungen	5	1	—	6
Lampen und Beleuchtungsgegenstände	6	—	—	6
Bandagen und Korsets	6	—	—	6
Hüchsenmacher	3	2	—	5
Milchhandlungen	3	2	—	5
Pianofortefabriken	4	—	—	4
Samenhandlungen	3	1	—	4
Seilerei	4	—	—	4
Fischhandlungen	1	3	—	4
Bankgeschäfte	4	—	—	4
Lacke und Farben	4	—	—	4
Darmhandlungen	2	1	—	3
Musikwerke	1	2	—	3
Technische Geschäfte	3	—	—	3
Siebmacherei	1	—	2	3
Betten und Bettfedern	3	—	—	3
Kammwaaren	3	—	—	3
Graviranstalten	3	—	—	3
Vogelhändler	2	—	—	2
Korkenhändler	2	—	—	2
Mineralwasser	2	—	—	2
Landwirthschaftliche Maschinen	2	—	—	2
Böttcherei	2	—	—	2
Ofenhandlungen	2	—	—	2
Militäreffekten	1	1	—	2
Wagenfabriken und -Handlungen	—	1	—	1
Geldschrankfabriken	1	—	—	1
Hefehandlungen	—	1	—	1
Zinnwaaren	1	—	—	1
Baumaterialien	1	—	—	1
Briefmarkenhandlungen	1	—	—	1
Mostrichfabriken	1	—	—	1
Mosthandlungen	1	—	—	1
Gas- und Wasseranlagen	1	—	—	1
Summa	1262	432	95	1789
Ausserdem Bäcker	—	—	—	135

Die Bäcker sind in dieser Aufführung nicht mit einbegriffen, da für sie Ausnahmegestimmungen vorgesehen werden sollen.

»Nicht befragt« ist eine Anzahl kleinerer Läden, vornehmlich Hökereien. Ausserdem befinden sich unter dieser Rubrik solche Geschäfte, deren Inhaber entweder nicht angetroffen sind oder sich der Stimme enthalten haben.

Das Resultat ist als ein sehr erfreuliches zu bezeichnen; da von den 1789 Geschäften sich 1262, mithin mehr als zwei

Drittel, für den 8 Uhr-Ladenschluss erklärt haben, wird die Festlegung der verkürzten Verkaufszeit als wahrscheinlich angenommen werden können.

Patentanwalt.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Liste derjenigen bisherigen Vertreter beim Kaiserlichen Patentamte in Berlin, die auf Grund des neuen Reichsgesetzes, betreffend die Patentanwälte, das am 1. Oktober d. J. in Kraft getreten ist, als »Patentanwälte« beim Kaiserlichen Patentamte zugelassen worden sind. Unter diesen befindet sich der hiesige Ingenieur Carl Arndt.

Einziehung der goldenen Fünfmarkstücke.

Die goldenen Fünfmarkstücke, deren Ausprägung schon seit dem Jahre 1879 eingestellt ist, gelten seit dem 1. Oktober d. J. nicht mehr als Zahlungsmittel; bei den Reichs- und Landeskassen werden sie jedoch noch bis zum 30. September 1901 zum Nennwerthe angenommen. Diese Anordnung hat zur Folge gehabt, dass im Monat September noch ein beträchtlicher Theil der halben Kronen zur Einziehung gelangt ist. Jahre hindurch belief sich der Bestand der noch im Verkehr befindlichen goldenen Fünfmarkstücke andauernd auf nahezu 6 Millionen Mark, während zur Ausprägung insgesamt für nahezu 28 Millionen Mark gelangt waren. Jetzt hat in dem Monat vor der Ausserkurssetzung der Münze der Verkehrsbestand sich um über $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark ermässigt, da nach dem letzten amtlichen Ausweise über die Prägungen in den deutschen Münzstätten nur noch für 4,4 Millionen halbe Kronen im Verkehr geblieben sind. Von den ferner zur Einziehung gelangenden Münzsorten, den silbernen und Nickel-Zwanzigpfennigstücken, hat sich die im Verkehr befindliche Summe in der Zwischenzeit nicht wesentlich geändert. Von den silbernen Zwanzigpfennigstücken, die in einer Gesamtsumme von 35,7 Millionen Mark geprägt sind, liefen Ende September noch für 7,7 Millionen und von den Nickel-Zwanzigpfennigstücken noch fast der ganze zur Ausprägung gelangte Betrag in Höhe von 5 Millionen Mark.

Internationale Ausstellung für Feuerchutz- und Feuerrettungswesen.

Im Juni und Juli 1901 wird in Berlin eine internationale Ausstellung für Feuerchutz- und Feuerrettungswesen stattfinden. Eine Uebersicht über die Ausstellungsgegenstände liegt auf dem Bureau der Handelskammer zur Einsicht etwaiger Interessenten aus.

Reichsbanknebenstellen.

In Markt-Redwitz ist am 2. Oktober d. J. eine von der Reichsbankstelle in Plauen i. V. abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr unter Einbeziehung der Stadt Wunsiedel in den Inkasso-Bezirk eröffnet worden.

In Ratingen wurde am 10. Oktober d. J. eine von der Reichsbankstelle in Düsseldorf abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet.

Am 8. Oktober d. J. ist in Weinheim eine von der Reichsbankhauptstelle in Mannheim abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Am 5. Oktober d. J. wurde in Gelnhausen eine von der Reichsbankstelle in Fulda abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet.

In Alsfeld (Oberhessen) wurde am 15. Oktober d. J. eine von der Reichsbankstelle in Fulda abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet.

Am 1. November d. J. ist in Backnang eine von der Reichsbankhauptstelle in Stuttgart abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Münder am Deister ist eröffnet. Die Sprechgebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg. (Br. Anz.)

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig einer- und Nordstemmen und Wörlitz andererseits ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt: nach Nordstemmen 50 Pfg., nach Wörlitz 1 Mk. (Br. Anz.)

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Hasselfelde, Stiege, Allrode, Trautenstein, Tanne, Paderborn und Gronau (Hannover) andererseits ist eröffnet worden. Die Sprechgebühr für ein einfaches Gespräch mit Paderborn beträgt 1 Mk., mit den übrigen Orten 50 Pfg. (Br. Anz.)

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und der öffentlichen Sprechstelle in Bennisgen ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg. Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Schlutup ist gleichfalls eröffnet worden. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 1 Mk. (Br. Anz.)

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und der öffentlichen Sprechstelle in Riefensbeck ist zugelassen. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg. (Br. Anz.)

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und der öffentlichen Sprechstelle in Vordorf ist zugelassen. Die Sprechgebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 20 Pfg. (Br. Anz.)

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Altrahlstedt ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 1 Mk. Ebenso ist der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Hessen (Braunschweig) eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 25 Pfg. (Br. Anz.)

Der Sprechverkehr mit der öffentlichen Sprechstelle Carlbau bei Tangermünde ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg. (Br. Anz.)

Eigenes Gebäude der Handelskammer zu Bonn.

Die Handelskammer zu Bonn hat ein eigenes Gebäude erworben und wird dasselbe demnächst beziehen.

Staatsgewerbesteuer in Russland.

Nach § 57 des russischen Gesetzes über die Gewerbsteuer vom 8. Juni 1898 war der Unterhalt von Handlungsreisenden (Commis Voyageurs) nur solchen Unternehmungen gestattet, die die Grundgewerbsteuer der ersten Kategorie entrichtet haben und nur denjenigen Gewerbeunternehmungen, die die Grundgewerbsteuer für eine der drei ersten Kategorien entrichtet haben.

Die Grundgewerbsteuer beträgt nach dem dem Gesetze beigefügten Tarife für Handelsunternehmungen erster Kategorie 500 Rubel, für Gewerbeunternehmungen erster, zweiter und dritter Kategorie 1500 bzw. 1000 und 500 Rubel.

Die Handlungsreisenden selbst, die Ankäufe von Waaren ausführen oder Bestellungen annehmen oder nach Mustern für Rechnung ihrer Vollmachtgeber Handel treiben, haben nach dem Ge-

setze die Grundgewerbsteuer für persönliche gewerbliche Beschäftigungen mit 50 Rubel zu entrichten.

Im Gesetze selbst waren für die Ausländer — mit Ausnahme der ausländischen Juden — ebenso wenig besondere Bestimmungen erlassen worden, wie in den später erlassenen Ausführungsvorschriften. Daher hatten auf die im Auslande domizilirten Handels- und Gewerbeunternehmungen, die in Russland reisen lassen wollten, dieselben Bestimmungen Anwendung zu finden, wie auf die in Russland ansässigen Firmen.

Jedoch begnügte man sich bei den ausländischen Firmen mit der Entrichtung des für die Befugniss zur Haltung von Handlungsreisenden als Minimalsatz festgesetzten Grundgewerbsteuerbetrages von 500 Rubel, ohne zu prüfen, ob die ausländischen Firmen thatsächlich den gesetzlichen Voraussetzungen, unter denen allein die Befugniss zur Haltung von Handlungsreisenden gewährt ist, genügten, und ob etwa eine ausländische Gewerbeunternehmung, die in Russland reisen lassen wollte, nicht in die dritte, sondern in die zweite oder erste Kategorie der Gewerbeunternehmungen einzureihen wäre, die nach dem Gesetze 1000 bzw. 1500 Rubel Grundgewerbsteuer zu bezahlen haben.

Dies war die Grundlage, worauf bislang die Besteuerung der ausländischen Handlungsreisenden in Russland beruhte.

Erleichterungen wurden nur insofern gewährt, als ausländische Handlungsreisende, mit Ausnahme von Juden, die Grundgewerbsteuer auf den eigenen Namen entrichten und damit die Nothwendigkeit der gleichzeitigen Entrichtung der Grundgewerbsteuer für persönliche gewerbliche Beschäftigungen umgehen konnten, und als es gestattet wurde, gegen Entrichtung nur der halben Grundgewerbsteuer in der zweiten Hälfte des Jahres als Commis Voyageurs in Russland zu reisen.

Nachdem seit geraumer Zeit Erörterungen darüber gepflogen worden sind, wie diese Bestimmungen zu Gunsten der ausländischen Firmen, die in Russland reisen lassen wollen, gemildert werden könnten, ist nunmehr eine Verordnung, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Staatsgewerbsteuer, vom 5. Juni d. J. veröffentlicht worden, die einige Erleichterungen für die ausländischen Firmen mit sich bringt.

§ 5 bestimmt, dass in Zukunft, d. h. vom 1./14. Januar 1901 ab, alle Handels- und Gewerbeunternehmungen, die nicht weniger als 150 Rubel Grundgewerbsteuer jährlich entrichten, befugt sein sollen, Handlungsreisende zu halten.

Da diese Verordnung, in der der Ausländer wiederum keine besondere Erwähnung gethan wird, zweifellos ebenso für inländische und ausländische Firmen maassgebend sein soll, wie das Gesetz vom 8. Juni 1898 selbst, so ergiebt sich hieraus, dass künftighin ausländische Firmen, die in Russland reisen lassen wollen, nicht mehr 500, sondern nur noch 150 Rubel Grundgewerbsteuer bezahlen müssen.

Die fachliche Ausbildung des Kaufmanns.

Von Professor Dr. van der Borch-Aachen.

(Schluss.)

Neuerdings ist auch der Gedanke an wissenschaftliche Bildungsanstalten in Form von Hochschulen, für den sich auch im achtzehnten Jahrhundert schon Anklänge finden lassen, schärfer hervorgetreten, und über diesen gingen und gehen zum Theil die Ansichten noch sehr auseinander. Man hat allen Ernstes die Bedürfnissfrage in dieser Beziehung verneint, aber sich nicht immer klar gemacht, für welchen Kreis von Kaufleuten ein wirkliches Studium in Betracht kommen würde. Ein Blick auf andere Berufsarten hätte darüber aufklären können und müssen. In der Land- und Forstwirthschaft, im Bergbau, in den technischen Berufen haben wir jetzt überall ein wissenschaftliches Studium; ihm wenden sich diejenigen zu, welche die leitenden Stellen in den Grossbetrieben der betreffenden Zweige erringen oder als selbständige Unternehmer derartige Betriebe verwalten wollen. Auch im Handelsstand haben wir Grossbetriebe, deren Unternehmer und oberste Beamte ein grosses theoretisches Fachwissen mit einer umfangreichen Erfahrung kaufmännischer Art verbinden und wegen ihrer grossen Bedeutung für das öffentliche Leben in Staat und Gemeinde überdies ein sehr ausgedehntes allgemeines Wissen aufweisen müssen. Es hat sich hier eine ähnliche Entwicklung vollzogen wie in den vorhin genannten anderen Erwerbszweigen. Die wachsende Intensität des wirthschaftlichen Lebens hat die Anforderungen an das fachliche und allgemeine Wissen der Unternehmer und obersten Beamten der Grossbetriebe bedeutend gesteigert. Ueberall, wo das eintrat, hat man die Konsequenz daraus gezogen, dass für diese Personen ein wissenschaftliches Studium unerlässlich ist, um ihre Stellung in ihrem Fach und im öffentlichen Leben richtig ausfüllen zu können. Universitäten, die Pflegstätten der reinen Wissenschaften und zugleich die Bildungsanstalten für die älteren wissenschaftlichen Berufe des Geistlichen, des Richters, des Arztes, des Lehrers höherer Schulen u. s. w. giebt es schon lange. Landwirthschaftliche, Forst-, Bergakademien, technische Hochschulen als wissenschaftliche Bildungsstätten für die genannten praktischen Berufe sind ein Ergebniss der neuesten Entwicklung, weil erst die neueste Zeit jene Steigerung der Anforderungen gebracht hat.

Im Kaufmannsstande giebt es nach dem Gesagten ebenfalls eine Elitetruppe, und auch von dieser wird jetzt an allgemeinem und fachlichem Wissen viel mehr verlangt als früher. Kann die Konsequenz dieser Verschiebung hier anders sein als bei den übrigen »praktischen« Berufsarten? Wollte man jene Konsequenz für den Kaufmannsstand ablehnen, so stellt man ihn tiefer als den Stand der Ingenieure, Techniker, Architekten, Landwirthe,

Forstwirthe, Bergleute u. s. w. Man würde damit erklären, dass selbst die höchsten Kräfte des Handelsstandes mit einer Bildung auskommen können, die jenen anderen Berufen für ihre führenden Geister nicht mehr genügt. In diesem Sinne war und ist es berechtigt, wenn schon im Interesse des gesellschaftlichen Ansehens des Handelsstandes die Sicherung eines wissenschaftlichen Studiums für Kaufleute verlangt wird. Studiren soll gewiss nicht Jeder, der Kaufmann heisst; aber studiren müssen heute diejenigen Kaufleute, welche an der Spitze der Kaufmannschaft marschiren und deshalb weithin gesehen werden, und die im öffentlichen Leben als die berufenen Vertreter dieses Standes erscheinen.

Das Bedürfniss dazu wurde, wie gesagt, bis vor Kurzem vielfach bestritten; diejenigen, welche es bestritten, sind sich wohl kaum darüber klar geworden, wie wenig schmeichelhaft das eigentlich für den Kaufmannsstand war. Heute kann man das Bedürfniss ernsthaft nicht mehr in Abrede stellen. Wie weit sich das Bedürfniss erstreckt, lässt sich freilich auch heute noch nicht sagen. Aber dass es besteht, das haben die praktischen Erfahrungen an den kaufmännischen Studienstätten bewiesen, die inzwischen trotz der vielfachen Gegnerschaft errichtet sind.

Man hat nicht nur das Bedürfniss, man hat auch die Möglichkeit eines wissenschaftlichen Studiums für Kaufleute bestritten. Man fand, dass eine kaufmännische Hochschule besten Falles einen bestimmten Kreis von allerlei Wissen lehren könnte, der aber des inneren Zusammenhanges entbehren würde. Selbst wenn das wahr wäre, so würde es nicht bedenklich machen können. Was waren die Kameralwissenschaften, die landwirthschaftlichen und die technischen Wissenschaften ursprünglich anders als ein bestimmter Wissenskreis, der für einen besonderen Ausbildungszweck ausgesucht war? Und doch stellt heute Niemand, der sie wirklich kennt, ihren wissenschaftlichen Charakter in Abrede. Das Gleiche ist auch beim Handel möglich, und aus den »Handelswissenschaften« kann sich auch hier eine wirkliche Wissenschaft vom Handel entwickeln, die mehr als ein in bestimmter Absicht zusammengestellter Kreis von Kenntnissen ist. Eine solche Entwicklung ist beim Handel um so eher möglich, als es dazu nur der Ergänzung und Ausweitung einer schon bestehenden Wissenschaft bedarf. Das ist die Wissenschaft von der Volkswirthschaft, die Nationalökonomie. Diese Wissenschaft geht dem Zusammenhange der wirthschaftlichen Vorgänge, der Verkettung der wirthschaftlichen Interessen, der Eigenart und Bedeutung und den Daseinsbedingungen der einzelnen Zweige der Volkswirthschaft nach, und das ist die wissenschaftliche Grundlage, auf der allein sich die akademische Bildung des Kaufmanns aufbauen kann. Der Handel selbst bildet einen wichtigen Gegenstand der nationalökonomischen Untersuchung. Es ist gewiss nicht Schuld des Handels, wenn diese Untersuchung nicht immer mit der nöthigen Vertiefung erfolgt ist. Stellt man die Nationalökonomie in den

Mittelpunkt des Lehrplans und der Interessen einer kaufmännischen Hochschule, so wird das wesentlich dazu beitragen, die wissenschaftliche Bearbeitung und Untersuchung des Handels anzuregen und auf eine höhere Stufe zu heben. Das würde der gesamten volkswirtschaftlichen Wissenschaft und ihren Arbeiten zu Gute kommen. Ueberdies lässt sich im Laufe der Zeit an einer kaufmännischen Hochschule das Studium der Volkswirtschaftslehre in einer Weise ausbauen, wie sie selbst an einer Universität nicht immer in gleicher Weise möglich ist.

Allerdings bedarf der Kaufmann nicht lediglich volkswirtschaftlicher Durchbildung. Auch rechtswissenschaftliche, naturwissenschaftliche, geschichtliche und zum Theil auch technische Vorlesungen u. s. w. gehören dazu, wenn ihm eine umfassende wissenschaftliche Grundlage für seinen Beruf gegeben werden soll. Gleichzeitig eine Reihe handelstechnischer Kenntnisse und Fertigkeiten dem Studirenden zu vermitteln, die vielleicht dem Vertreter der »reinen Wissenschaft« nicht vollwerthig erscheinen, ist aus praktischen Rücksichten sehr erwünscht. Sie tragen dazu bei, den Geist mannigfaltiger zu beschäftigen, und steigern das Interesse und Verständniss für die volkswirtschaftlichen Vorträge. Ausserdem beugen sie einer unnöthigen Verzögerung der Beendigung der Ausbildung des Kaufmanns vor. Die kaufmännischen Hochschulen folgen damit nur dem Grundsatz, den auch die Universitäten schon lange angenommen haben. Ein gewisser Beisatz praktisch verwerthbarer Kenntnisse und Fertigkeiten ist auf jeder wissenschaftlichen Bildungsanstalt wünschenswerth.

Kaufmännische Hochschulen in dem eigentlichen Sinne wissenschaftlicher Bildungsstätten sind also möglich und im Interesse der Kaufleute selbst nöthig. Wir brauchen sie aber noch aus anderem Grunde. Sie werden und müssen wissenschaftliche Bildungsstätten nicht nur für Kaufleute, sondern auch für kaufmännische Lehrkräfte sein, nach denen der Bedarf ja fortwährend wächst, und sie bieten vielleicht auch die beste Gelegenheit, den Nachwuchs der höheren Beamtenklassen mit grösserem Verständniss für die wirtschaftliche Arbeit des Volkes und ihre Lebensbedingungen auszurüsten. Ueber die Ausgestaltung kaufmännischer Hochschulen im Einzelnen sind die Ansichten natürlich noch getheilt. Hier muss die Erfahrung erst das Zweckmässigste lehren; insbesondere wird sie zeigen müssen, ob besser selbständige Hochschulen errichtet werden, oder ob die kaufmännischen Hochschulen mit Universitäten oder mit technischen Hochschulen zu verbinden sind. Jeder dieser Wege hat ja seine Bedeutung, und heute den einen oder anderen ausschliesslich als den richtigen zu bezeichnen, ist nicht möglich.

Deutsches Uebersee-Kabel.

(Eröffnung des Verkehrs am 1. September 1900.)

Von den bisher bestandenen vierzehn Kabeln nach Amerika haben zehn ihren Ausgangspunkt in England; drei gehen von dem französischen Kriegshafen in Brest aus und nur eines, das seit zwei Monaten im Betrieb steht, nimmt seinen Anfang von den spanischen Azoreninseln.

Auch das deutsche Kabel ist von Borkum aus über die Azoren geleitet, was erst nach Ueberwindung vieler politischer Schwierigkeiten möglich wurde.

Von den Azoren aus führt das Kabel direkt nach New York.

Auf dieser deutschen Linie wird die schnelle Depeschenerbörderung möglich sein, da das Kabel in fast schnurgerader Linie von Europa ab in die Amtsräume der New Yorker Kommerzial-Kabel-Kompany führt, deren Beamte den Dienst auf der amerikanischen Seite versehen.

Das deutsche Kabel hat eine Länge von mehr als 8000 km und soll in der Minute fünfundzwanzig Worte zu je fünf Buchstaben befördern. (A. f. H. u. K.)

Postwesen.

(Reichsgerichts-Entscheidung.)

Die Frage, ob der Adressat eines Geldbriefes gegen die Postanstalt nach Ankunft des Geldbriefes am Bestimmungsorte einen Anspruch auf Auslieferung hat, wurde seitens des Reichsgerichts verneint.

In § 35 der Postordnung ist bestimmt, dass der Absender einer Postsendung dieselbe zurücknehmen kann, so lange die Sendung dem Empfänger noch nicht ausgehändigt ist.

Diese Bestimmung kann ihrem Wortlaute nach nur dahin aufgefasst werden, dass für die Postanstalten eine Klageerhebung des Empfängers nicht die ihm in den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über das Frachtgeschäft beigelegte Bedeutung haben, der Absender vielmehr bis zur Aushändigung des Gutes an den Empfänger rückforderungsberechtigt sein soll. (A. f. H. u. K.)

Ist ein „Vertreter“ zu bindenden Geschäftsabschlüssen befugt?

(Oberlandesgerichts-Entscheidung.)

Wenn eine Firma einen Agenten der Kundschaft gegenüber als ihren Vertreter bezeichnet, lässt sich daraus nicht ohne Weiteres folgern, dass sie ihm die Ermächtigung erteilt habe, in ihrem Namen abzuschliessen, er gilt vielmehr auch dann noch, sofern ihm nicht eine ausdrückliche Vollmacht verliehen wurde, nur als befugt, Geschäfte für die Firma zu vermitteln.

Zu dieser Entscheidung gelangte das Oberlandesgericht zu Zweibrücken in folgendem Falle:

Die beklagte Firma hatte der Klägerin durch Cirkular mitgeteilt, dass sie den Kaufmann N. N. für einen bestimmten Bezirk, in welchem auch die Klägerin domiziliert, zu ihrem »Vertreter« bestellt habe.

Daraufhin setzte sich nun die Klägerin mit dem Vertreter in Verbindung und machte bei ihm eine ziemlich bedeutende Bestellung unter besonders vereinbarten Bedingungen, namentlich in Betreff der Lieferungszeit, des Zahlungstermins etc.

Mit diesen Abmachungen war aber die Beklagte nicht einverstanden, und theilte dies unverzüglich, nachdem sie von dem Abschlusse ihres Vertreters Kenntniss erlangt hatte, der Klägerin mit, wonach sie sich auch nach § 85 des neuen Handelsgesetzbuches vollkommen berechtigt hielt, da ihr Agent nur mit der Vermittelung der Geschäfte betraut war und eine Abschlussvollmacht nicht besass. Die Klägerin bestand aber auf Lieferung und betrat den Prozessweg, indem sie angab, die beklagte

Firma habe mittelst Cirkular selbst den Agenten als »Vertreter« und damit ihn auch zu Abschlüssen im Rahmen des Geschäfts befugt bezeichnet.

Sie wurde aber vom zuständigen Gericht, sowie vom Oberlandesgericht mit ihren Ansprüchen abgewiesen.

Auch nach dem neuen Reichsrechte trifft zu, was die Praxis schon früher aus allgemeinen Rechtsregeln hergeleitet hat, dass in der Bezeichnung »Vertreter« im Zweifel nur ein ungenauer, dem Sprachgebrauche des täglichen Verkehrslebens angepasster Ausdruck zu erblicken sei, dem jeder Hinweis auf die rechtliche Stellung des Bevollmächtigten fehle.

Daraus ergibt sich zugleich, dass der Agent, der sich selbst auf seinem Firmenschild, auf seinen Geschäftskorrespondenzen, Geschäftskarten und im persönlichen Verkehr als »Vertreter der Firma Y« bezeichnet, sich damit noch nicht den Anschein giebt, als bestehe eine Vertretungsvollmacht (BGB. § 179) mit den Befugnissen, die aus einer Abschlussvollmacht hervorgehen.

Der Vertreter kann also auch von dem Dritten, der mit ihm verhandelt hat, wegen Schadenersatzes nicht in Anspruch genommen werden, wenn sein Haus die Ausführung der Ordres verweigert. (A. f. H. u. K.)

Telegraphenwesen.

Von Seiten des Publikums sind mehrfach Wünsche nach einer vereinfachten Bezeichnung für solche Telegramme laut geworden, von denen der Aufgeber wünscht, dass sie nicht während der Nachtstunden an den Empfänger ausgehändigt werden.

Die Reichstelegraphenverwaltung, sowie die Telegraphenverwaltungen von Bayern und Württemberg haben diesen Wünschen durch Erlass einer Bestimmung Rechnung getragen, wonach alle Telegramme, welche vor der Aufschrift die Bezeichnung — (**Tages**) — tragen, während der Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens nicht zur Bestellung gelangen.

Für den Vermerk des Wortes »Tages« wird die Gebühr für ein Wort erhoben (A. f. H. u. K.)

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

Wurst- und Fleischwaaren.

Wie in den Vormonaten, so war auch im August ein flotter Abgang in allen Sorten Dauerwaare. Die Läger sind sehr gelichtet und werden zu Beginn der neuen Saison geräumt sein. Die Preise für Schweine sind noch weiter gestiegen. Es werden heute 56 bis 58 Pfg. für ausgeschlachtete Ia-Waare gezahlt.

Denecke & Himmel.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Gebr. Wagner, Weingrosshandlung, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Friedrich und Rudolf Wagner.
2. Braunschweig-Schöninger Eisenbahn-Aktiengesellschaft, Braunschweig. Gründer der Gesellschaft sind: Der Herzoglich Braunschweigische Staat, die Westdeutsche Eisenbahngesellschaft, Aktiengesellschaft zu Köln, die Handelsgesellschaft Lenz & Co., G. m. b. H. zu Berlin, der Rittergutsbesitzer Hermann Frerichs zu Lucklum und die Aktienzuckerfabrik Rautheim, Aktiengesellschaft.

3. Otto Gollnick, Handlung mit Manufaktur-, Leinen- und Baumwollwaaren, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Otto Gollnick.
4. Wilhelm Kücke, Material- und Kolonialwaarenhandlung, Schöppenstedt. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Kücke.
5. Georg Kegeler, Calvörde. Inhaber: Kaufmann Georg Kegeler.
6. Oscar Lintz, Maschinenfabrik, Braunschweig. Inhaber: Ingenieur Oscar Lintz.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Aktienzuckerfabrik Broistedt. Als Vorstandsmitglieder sind neu gewählt: Der Landwirth Wilhelm Hagemann aus Barbecke, der Landwirth Fritz Kreye aus Vallstedt, der Landwirth Karl Gent aus Engelnstedt, der Landwirth Heinrich Oppermann aus Lebenstedt, der Landwirth Wilhelm Hogrefe aus Reppner.
2. Konsolidirte Sudersche Braunkohlen-Bergwerke, G. m. b. H., Blankenburg a. H. Zum dritten Geschäftsführer ist der Grubendirektor Carl Kraiger zu Helmstedt bestellt.
3. Georg Grupe, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Ausschluss der Aktiva und Passiva, aber mit Firma, von dem bisherigen Firmeninhaber, Kaufmann Georg Grupe, an die Nürnberger Aktienbierbrauerei vormals Heinrich Henninger in Nürnberg abgetreten. Vorstand dieser Aktiengesellschaft ist Kaufmann Gustav Muther in Nürnberg.
4. Aktien-Zuckerfabrik Gandersheim. Am 19. Juli d. J. ist die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. Zu Liquidatoren sind bestellt: Oberamtmann Kreutz, Gandersheim, Ackerbürger Franz Feuerriegel daselbst, Oberamtmann Dannenbaum, Schachtenbeck, Postagent Kulp, Harriehausen, Ackermann Kelpke, Seholdshausen.
5. Hans Lütke Nachf., Wolfenbüttel. Der Inhaber, Kaufmann Otto Paul, hat den Schneider Augustin Hildebrandt in das Handelsgeschäft aufgenommen, das Geschäft wird unter unveränderter Firma in offener Handelsgesellschaft fortgeführt.
6. Aktienzuckerfabrik Eichthal, Braunschweig. Die §§ 4, 6, 23, 25, 36, 37, 41, 42, 43 und 44 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt. Neue Aktien dürfen für einen höheren Betrag als den Nennwerth ausgegeben werden.
7. Grimme, Natalis & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Braunschweig. Die §§ 7, 9, 22, 26, 33, 35 und 38 des Statuts sind abgeändert resp. ergänzt. Die Ausgabe neuer Aktien zu einem höheren als dem Nennbetrage ist statthaft.
8. Aktienzuckerfabrik zu Königslutter. Den Vorstand bilden: Landwirth Heinrich Beese, Lauingen, Landwirth Theodor Reinecke, Gross-Steinum, Landwirth Heinrich Halbe, Abbenrode.
9. Gebr. Grahe, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist nebst Aktiva und Passiva nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Kaufmann Gustav Grahe, auf dessen Wittwe und Miterbin, Emilie geb. Becker, übergegangen.
10. Aug. Schulze, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Kaufmann Erich Wolters, mit Aktiva und Passiva auf dessen Erben, als: dessen Wittve, Anna geb. Klinkicht, dessen Sohn, Kaufmann Hugo Wolters, dessen Sohn, stud. chem. Oskar Wolters, dessen Sohn, Kaufmann Robert Wolters, übergegangen.
11. Aktien-Rübenzuckerfabrik Thiede. Die §§ 10, 12, 19, 20, 21, 24, 26, 29, 30, 37, 38, 42, 44, 46 sind abgeändert.
12. Aktien-Zuckerfabrik Jerxheim. Die §§ 21a, 23, 24, 25, 27, 28 sind abgeändert.
13. I. Bernstein, Braunschweig. Der Firmeninhaber, Kaufmann Iwan Bernstein, hat seit dem 21. d. Mts. den Kaufmann Julius Bernstein in das unter obiger Firma, jetzt in offener Handelsgesellschaft, betriebene Handelsgeschäft aufgenommen.
14. Bernhard Thalacker, G. m. b. H., Braunschweig. Der Buchdruckereibesitzer Adolf Bodenburg und der Prokurist Max Caspar sind als Geschäftsführer ausgeschieden.

15. Grottrian, Helfferich, Schulz, Th. Steinweg Nachf., Braunschweig. In Berlin ist eine Zweigniederlassung errichtet.

3. Löschungen.

1. Felsenkeller-Brauerei J. F. Barth, Harzburg.
2. Vorschuss-Verein zu Zorge, e. G. m. u. H.
3. F. Steinmann, Oker.
4. A. Schuhmacher, Braunschweig.
5. Bürgerliches Brauhaus Wolfenbüttel, A. Gendner & Co.
6. Wilhelm Levison, Braunschweig.
7. August Strohmeier, Harzburg.
8. Wilhelm Schütte, Schöningen.
9. Bock & Kleine, Braunschweig.
10. Pianoforte-Bauanstalt von J. Berthold, Helmstedt.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Georg Grupe, Braunschweig. Dem Kaufmann Carl Ringk.
2. Goebel & Co., Kommanditgesellschaft, Veltenhof. Dem Kaufmann Eduard Huch.
3. Albert Limbach, G. m. b. H., Braunschweig. Dem Buchhändler Johannes Klinkhardt und dem Kaufmann Otto Hagenguth.

5. Prokuralöschungen.

1. Konsolidirte Sudersche Braunkohlen-Bergwerke, G. m. b. H., Blankenburg a. H. Grubendirektor Carl Kraiger, Helmstedt.
2. Aug. Schulze, Braunschweig. Kaufmann Hugo Wolters.
3. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Ingenieur August Gunkel.
4. Albert Limbach, G. m. b. H., Braunschweig. Kaufmann Richard Gartmann.
5. Bernhard Thalacker, G. m. b. H., Braunschweig. Kaufmann Richard Gartmann.

Genossenschaftsregister.

Abänderungen.

1. Vechelder Konsumverein, E. G. m. u. H., Vechelde. Der § 5 der Statuten ist abgeändert.
2. Braunschweiger Molkerei, Braunschweig. § 15 des Genossenschaftsstatuts ist abgeändert.
3. Spar- und Vorschuss-Verein Langelsheim, E. G. m. b. H. Der Kaufmann Philipp Kellner aus Langelsheim ist an Stelle des ausgeschiedenen Kassiers Duderstadt in den Vorstand gewählt.
4. Konsum-Verein zu Hasselfelde, E. G. m. b. H. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes, Klempnermeister W. Fessel, ist der Schmiedemeister Franz Schatz anderweit gewählt.
5. Brennereigenossenschaft Barmke, E. G. m. b. H. Für den durch Loos ausgeschiedenen Kothsass Heinrich Pape ist der Kothsass Robert Weferling in Barmke neu in den Vorstand gewählt.
6. Allgemeiner Konsumverein zu Braunschweig, E. G. m. b. H. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Kaufmanns Hermann Klein ist der Kaufmann Stanislaw Kassyusz in den Vorstand gewählt.
7. Schneider-Association zu Braunschweig, E. G. m. u. H. Die Genossenschaft ist in Liquidation getreten, welche von dem bisherigen Vorstande ausgeführt wird, und dass die Liquidationsfirma: Schneider-Association zu

Braunschweig, E. G. m. u. H. in Liquidation, von den Schneidermeistern
Gustav Burgdorf, Franz Schreiber, Friedrich Jacobi und Carl Bartels,
gemeinschaftlich zu zeichnen ist.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Paul Bannasch, Klempnermeister, Blankenburg a. H. 30. August 1900.
2. Carl Möhle, Tapezierer, Braunschweig. 4. September 1900.
3. Heinrich Reis, Kaufmann, Schöningen. 15. September 1900.
4. Fritz Hornburg, Landwirth, zuletzt wohnhaft in Hemkenrode. 21. September 1900.
5. Wilhelm Hehling, Landwirth, Seesen. 24. September 1900.

2. Aufhebungen.

1. August Capelle, Dachdeckermeister, Königsutter.
2. A. Kage, Händler, Broistedt.
3. Wilhelm Voigt, Schuhmachermeister, Braunschweig.
4. Bruno Gerschler, Kaufmann aus Einsiedel bei Chemnitz.
5. Wilhelm Schmidt, Lederhändler, Braunschweig.

Handelsverhältnisse in Süd-Afrika.

Man schreibt uns: Die Auffassung, dass die Verhältnisse in Süd-Afrika derartige seien, dass Ordres wieder aufgenommen werden können, ist vollständig irrig. Wir können seit April keinerlei Nachrichten an unsere Freunde, die Herren E., gelangen lassen, da die englische Verwaltung die sämtlichen Briefe für alle Leute in Transvaal, ausser diejenigen Briefe, welche an die Konsuln geschickt werden, in Capstadt zurückhält. Die Bewohner Transvaals können selbst auch keine Briefe nach Europa gelangen lassen, wenn sie nicht zufällig Jemandem, der das Land verlässt, die Briefe mit auf den Weg geben. Ein Geldverkehr existirt in Transvaal auch nicht mehr, da laut Verfügung des Oberst-Kommandirenden der Engländer die Banken weder neue Konten eröffnen, noch Transferirungen von dem einen auf das andere Konto machen dürfen, auch darf Niemand mehr als £ 20 per Woche aus den Banken entnehmen, es sei denn, dass er für jeden einzelnen Fall die spezielle Erlaubniss der Regierung nachsucht. Diese Erlaubniss ist aber schwierig zu erlangen. Nach Vorstehendem werden Sie zweifelsohne auch zu der Ansicht gelangen, dass an Geschäfte vorläufig noch nicht zu denken ist. Nach Ansicht von Leuten, die viele Jahre lang in Transvaal gelebt haben, ist es sehr wohl möglich, dass die jetzigen Zustände noch Monate lang andauern können, was wir jedoch im gemeinschaftlichen Interesse nicht hoffen.

Dieser Nummer der „Monatsschrift“ liegt ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung
Franz Deuticke in Leipzig und Wien bei.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift
für

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 11.

Braunschweig, November 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

XLIII. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 12. November 1900,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Lemmer, Leo, Baumgarten, Lüttge, Himmel, Gerecke, sämmtlich aus Braunschweig, Tieleck (Wolfenbüttel), Dr. Pfeiffer (Wendessen), Wiesmann (Harzburg), Strümpell (Schöppenstedt), Walter (Seesen), Buchholz (Rübeland), Liebold (Holzminden), Corves (Blankenburg), Falinsky (Helmstedt), Ballin (Gandersheim), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, die Assistenten F. Stegemann und Dr. Senholdt, sowie der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Schmidt.

Entschuldigt fehlen die Herren: Dr. Bartz (Braunschweig), Dorguth (Helmstedt), Rückert (Frellstedt), Rehn (Holzminden), Kebbel (Schöningen).

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 11¹/₄ Uhr mit einer Begrüssung der erschienenen Mitglieder und ertheilt dem Syndikus das Wort zum Geschäftsbericht.

I. Geschäftsbericht.

Aus demselben ist unter Hinweis auf die bereits in der Monatsschrift veröffentlichten Angelegenheiten folgendes hervorzuheben: Die bezüglich des Bahnbaues Oebisfelde-Schandelah in der Plenarsitzung vom 7. Mai d. J. geplante Resolution ist dem Minister der öffentlichen Arbeiten eingereicht, indessen abschlägig beschieden worden.

Hinsichtlich der einheitlichen Preisnotirung im Zuckerhandel, für welche die Handelskammer in ihrer letzten Plenarversammlung mit der Maassgabe eingetreten ist, dass die Notirung einheitlich auf 50 kg gestellt werde, ist vom Direktorium des Vereins der deutschen Zuckerindustrie die Antwort eingelaufen, dass die Mehrzahl sich für eine einheitliche Notirung von 100 kg entschieden habe. Es wird deshalb im Plenum hierüber noch einmal verhandelt werden.

Dem bei der Eisenbahndirektion zu Magdeburg gestellten Antrage, den Rundreisebillets nach Berlin und den östlich davon gelegenen Stationen, sowie den Fahrkarten nach Breslau über Berlin auch für die Strecke Braunschweig-Isenbüttel-Stendal Gültigkeit zu geben, ist seitens der Direktion entsprochen worden. Dergleichen ist den Fahrkarten von Wolfenbüttel nach Berlin bezw. Charlottenburg seit Anfang Juni d. J. auch Gültigkeit zur Fahrt über Braunschweig-Helmstedt oder Meine-Stendal beigelegt worden.

Gleichzeitig bemerkt der Syndikus, dass es nun des Ferneren das Bestreben der Handelskammer sein wird, dahin zu wirken, dass auch den kleineren Städten des Herzogthums hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs mehr Rechnung getragen werde.

Die Handelskammer ist bei dem Staatssekretär des Reichspostamtes, betreffend Einrichtung einer telephonischen Verbindung mit Rheinland und Westfalen, vorstellig geworden. Es ist darauf der Bescheid eingetroffen, dass Mittel für die Veränderung der Leitungsverbindungen nicht vorhanden seien, wohl aber die An gelegenheit im Auge behalten werden solle.

Auf eine Reihe von tarifarischen Anfragen hat die Handelskammer die gewünschte Auskunft ertheilt, so
 auf eine Anfrage der Eisenbahndirektion zu Kassel, betreffend Ausnahmetarif für die Beförderung von Kohlen,
 auf eine Anfrage der Direktion der Sächsischen Staatsbahnen, betreffend Tarifrung von Grubenhölzern,
 auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg, betreffend Versetzung von Stein- und Kernobst in den Specialtarif,
 auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Kassel, betreffend Tarifrung von Schwerspath,
 auf eine Anfrage der Grossherzoglichen Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen, betreffend Aufhebung des Sperrigkeitszuschlages für sogenannte rückgewaschene Wolle,
 auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg, betreffend Beförderung von Säuren in Kesselwagen.

Die Königliche Eisenbahndirektion zu Magdeburg hat um Mittheilung über die voraussichtliche Verkehrszunahme für die Zeit vom September 1900 bis Ende März 1901 ersucht. Es ist erwidert, dass sich der Güterverkehr im Grossen und Ganzen voraussichtlich in den gleichen Grenzen bewegen werde wie im Vorjahre.

Dem Landgerichte Dortmund und dem Landgerichte Hamburg sind in einer Prozesssache Sachverständige in Vorschlag gebracht.

Die Sachverständigen-Kommissionen sind viermal in Anspruch genommen worden und zwar bei der Untersuchung von Sauerkräuten, Gurken, Spargelkonserven, Kleinkoks.

Gutachten sind ertheilt:

dem Herzoglichen Amtsgerichte, betreffend Netto-Kassaverkäufe und betreffend Kündigungsfrist für Spargelstecherinnen;

dem Herzoglichen Landgerichte, betreffend Gehaltszahlungen an Handlungsgehilfen;

der Königlichen Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten zu Hildesheim, betreffend Handelsgebrauch im Maschinenbau;

dem Kaiserlichen Patentamte, betreffend Entscheidung einer Freizeichenfrage.

Das Präsidium des Deutschen Handelstages hat an die Deutschen Bundesregierungen eine Eingabe gerichtet, welche die Angabe des Geschäftszweiges und -Lokales in den handelsgerichtlichen Bekanntmachungen zum Gegenstande hat. Die Handelskammer, der diese Eingabe von dem Herzoglichen Staatsministerium zur gutachtlichen Äußerung überwiesen wurde, hat bei ihren Mitgliedern eine Umfrage veranstaltet und das Resultat derselben Herzoglichem Staatsministerium übermittelt.

Auf eine Anfrage bezüglich Erläuterung des Begriffes der »offenen Verkaufsstelle« nach der neuesten Novelle zur Gewerbeordnung hat die Handelskammer ihren Standpunkt mitgetheilt.

Bei der Neuordnung des Deutschen Handelstages ist der Handelskammer die Ernennung eines Mitgliedes für den Ausschuss eingeräumt worden. Die Handelskammer hat zum Mitgliede desselben ihren Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrath Jüdel, in Vorschlag gebracht.

An das Reichsamt des Innern hat die Handelskammer eine Eingabe gerichtet über Aufhebung des durch hygienische Rücksichten begründeten Einfuhrverbotes für Wurstwaren nach Russland und Aufhebung der sanitätspolizeilichen Untersuchungen von Konserven bei der Einfuhr nach Oesterreich-Ungarn.

Das Bureau ist während der Berichtszeit mit der Zusammenstellung einer Umfrage, betreffend den 8 Uhr-Ladenschluss, mit der Einrichtung von Lesehallen für junge Kaufleute, mit Steuer-ausschreibungen, mit Untersuchungen über die Lage des Kleinhandels und der Konsumvereine, mit Maassnahmen zur Besteuerung der Warenhäuser und mit den einleitenden Berichten der jetzt fertiggestellten Produktionsstatistik beschäftigt gewesen.

Ferner erwähnt der Syndikus, dass am 20. Oktober eine Sitzung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern in Halberstadt stattgefunden habe und dass beschlossen sei, die nächste Sitzung im Frühjahr folgenden Jahres in Braunschweig abzuhalten.

Herr Reichsbankdirektor Lehmstedt sei in den Ruhestand getreten, und es sei ihm aus diesem Anlass von der Handelskammer eine Adresse überreicht worden. Desgleichen habe die Handelskammer an die Firma Joh. Justus Kellner zur Feier ihres hundertjährigen Geschäftsjubiläums eine Adresse gerichtet. Herr Direktor Dr. Bartz habe einen Urlaub von drei Monaten erhalten. Das Herzogliche Staatsministerium mache auf das Hydra-, Gella-, Schneeball- oder Lawinen-System aufmerksam mit dem Ersuchen, dass, wenn der Handelskammer derartige Fälle bekannt würden, das Staatsministerium davon in Kenntniss zu setzen sei.

Zum Geschäftsbericht bemerkt der Vorsitzende, dass der Bürgerverein Gandersheim der Eisenbahndirektion zu Kassel einen Antrag, betreffend eine bessere Personenzugverbindung auf der Strecke Kreiensen-Braunschweig, unterbreitet hat und die Handelskammer um Unterstützung desselben bittet.

Es wird beschlossen, bei den in Frage kommenden Eisenbahndirektionen Kassel und Magdeburg eine dementsprechende Eingabe zu machen und auch die Vertreter im Bezirkseisenbahnrathe zu ersuchen, dieserhalb vorstellig zu werden.

Weiter theilt er mit, dass die Abgrenzung der Handels- und Handwerkskammerbeiträge Schwierigkeiten bereite und sich dieserhalb eine Kommission gebildet habe, die die Sachlage in jedem einzelnen Falle untersuchen und eine gütliche Einigung erstreben solle.

Zu dieser Kommission gehören sechs Mitglieder, und zwar von der Handelskammer die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Leo und Gerecke, von der Handwerkskammer die Herren: Osterloh, Maring und Wollenweber.

II. Bericht der Revisoren über die Jahresrechnung 1899/1900.

Berichterstatter: Die Herren Lüttge und Baumgarten.

Es wird mitgetheilt, dass die vom Schatzmeister, Herrn Leo, aufgestellte Rechnung als richtig befunden worden ist. Dem Kassenführer wird Entlastung ertheilt.

Im Anschluss hieran erwähnt der Vorsitzende, dass Herr Leo in Folge Aufgabe seines Geschäftes die Absicht kundgethan habe, um seinen Austritt aus der Kammer nachzusuchen. Die Versammlung spricht jedoch den Wunsch aus, dass er bis Ablauf seines Mandates hiervon Abstand nehmen möchte.

III. Vorschläge für die Ernennung von Handelsrichtern.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Auf Antrag des Referenten werden dieselben Herren, wie bisher, und zwar Stadt- und Kommerzienrath Haake und Kaufmann Reidemeister als Handelsrichter, Bankdirektor Holtschmidt, Stadt- und Kommerzienrath Götte, Kaufmann Hauswaldt und Kaufmann Gustav Lüttge (i. F.: J. C. Lüttge & Sohn, Wolfen-

büttel) als stellvertretende Handelsrichter auf drei Jahre dem Herzoglichen Staatsministerium in Vorschlag gebracht.

IV. Nutzbarmachung der Unterhaltungsbibliothek für die Schüler der kaufmännischen Fortbildungsschulen.

Berichterstatter: Generalsekretär F. Stegemann.

Referent berichtet, dass die Handelskammer im Begriffe sei, für die kaufmännischen Fortbildungsschüler eine Unterhaltungsbibliothek, bestehend aus deutscher und fremdländischer Literatur, einzurichten. Wenn auch diese Bibliothek in erster Linie für die Schüler der kaufmännischen Fortbildungsschulen bestimmt sei, so halte man andererseits eine Nutzbarmachung derselben für weitere kaufmännische Kreise, namentlich auch für die Handelsgelhilfen, für sehr erstrebenswerth. Auch solle dieselbe nicht auf die Stadt Braunschweig allein beschränkt sein, sondern auch den kaufmännischen Schülern und Vereinen in den übrigen Städten des Herzogthums, und zwar durch jährliche Umlaufssendungen, zu Gute kommen. Die Kosten seien aufgebracht durch die Straf-gelder der Fortbildungsschüler. Die Verleihung der Bücher solle an die Schüler unentgeltlich, an die übrigen gegen eine geringe Gebühr erfolgen.

Die Versammlung nimmt hiervon Kenntniss und betraut eine Kommission, die aus den Herren Kommerzienrath Dr. Schmidt als Vorsitzenden, Kommerzienrath Lemmer, Fabrikbesitzer Himmel, Hofzimmermeister Gerecke und Kaufmann Lüttge besteht, mit der weiteren Regelung.

V. Einrichtung von Lesehallen für junge Kaufleute.

Berichterstatter: Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Dr. jur. Schmidt.

Referent berichtet über Gründe und Zweck dieser Einrichtung und über die beiden Verhandlungen, die dieserhalb seitens der Handelskammer mit den kaufmännischen Vereinen stattgefunden haben.

Aus der zweiten (über die erste siehe »Monatsschrift für Handel und Industrie« No. 10, S. 254 f.) ist hervorzuheben, dass der Kaufmännische Verein »Union« seine Bereitwilligkeit erklärt hat, in seinem Vereinslokale (Danne's Hotel) ein Zimmer als Lesehalle an sämtlichen Tagen, mit Ausnahme der Sonnabende, zur Verfügung zu stellen. Ein zweites Zimmer will die Handelskammer durch Einräumung des grossen Sitzungssaales hergeben. Des ferneren macht der Referent Mittheilung über die sonstige innere Einrichtung dieser Zimmer und über die Maassnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in denselben getroffen werden sollen.

Die Versammlung stimmt dem diesem Vorhaben zu Grunde liegenden Gedanken zu und beauftragt mit der Erledigung dieser Angelegenheit die unter IV. genannte Kommission.

VI. Umlegung eines Theiles der Diensträume.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Ein Theil der Diensträume habe sich als zu klein und für die Bureaus als nicht ganz geeignet erwiesen. Die Handelskammer wolle deshalb dieselben umlegen und erweitern und zu diesem Zwecke die neben dem grossen Sitzungssaale freistehenden Räumlichkeiten bis 1. April 1902 miethen, wofür eine Mehrausgabe an Miethe von 400 Mk. pro Jahr erforderlich sei.

Die Versammlung bewilligt dieselbe.

Gleichzeitig wird in Erwägung gezogen, ob der bis zum 1. April 1902 laufende Miethskontrakt über diesen Zeitpunkt hinaus zu verlängern sei, oder ob es nicht angezeigt erscheine, die Diensträume alsdann zu verlegen. Die Versammlung betraut eine Kommission mit der Prüfung dieser Frage, die auch den Erwerb eines eigenen Gebäudes unter der Voraussetzung, dass dadurch nicht eine Erhöhung des jetzigen Handelskammerbeitrages erforderlich werde, mit in Betracht ziehen soll.

Punkt VII wird von der Tagesordnung abgesetzt.

VIII. Antrag, betreffend einheitliche Preisnotirung im Zuckerhandel.

Berichterstatter: Herr Lüttge.

Dieser Antrag, der bereits in der vorigen Plenarversammlung verhandelt ist, soll in demselben Sinne wie früher unterstützt werden, d. h. man spricht sich in Rücksicht auf den Zwischenhandel für eine einheitliche Notirung von 50 kg aus.

IX. Umfrage des Deutschen Handelstages, betreffend die Einrichtung einer Centrale zur Förderung des auswärtigen Handels.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Auf Vorschlag desselben fasst die Versammlung die Resolution, dass sie die Errichtung einer derartigen centralen Informationsstelle grundsätzlich für zweckentsprechend und wünschenswerth erachtet; zu den besonderen Ausführungsvorschlägen jetzt schon Stellung zu nehmen, hält sie jedoch für verfrüht.

X. Einführung einer Sondersteuer auf den Betrieb der Waarenhäuser.

Berichterstatter: Herr Baumgarten.

Er führte folgendes aus: Die mannigfachen Klagen über die Schädigungen, welche die kleineren und mittleren Detailgeschäfte durch das Ueberhandnehmen der Waarenhäuser und Konsumvereine erleiden, haben dem Herzoglichen Staatsministerium Veranlassung gegeben, von der Handelskammer ein ausführliches Gutachten über die in Betracht kommenden Verhältnisse einzufordern. In eine Untersuchung dieser Verhältnisse, wie sie zur Erstattung eines solchen Gutachtens nothwendiger Weise vorausgehen muss, war die Handelskammer bereits eingetreten, bevor ihr das Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums zugestellt war, und zwar hat sie diese Untersuchung zunächst für die Kolonialwaarengeschäfte in Angriff genommen, und im Anschluss daran eine Enquête über die Konsumvereine vorbereitet. Das Programm, welches den anwesenden Herren bekannt sein wird und welches die Handelskammer bei ihren Untersuchungen befolgt, ist dem Verbande der mitteldeutschen Handelskammern bei der letzten Tagung in Halberstadt vorgelegt und zur Annahme gelangt, sie haben sich entschlossen, eine analoge Untersuchung in dem in Betracht kommenden Bezirke vorzunehmen.

Die Handelskammer Braunschweig hat ihre Untersuchungen bereits bis zu einem gewissen Punkte zum Abschlusse gebracht, es bedarf nur noch einiger Ergänzungen auf Grund eines Materials, welches ihr erst in nächster Zeit zugänglich werden wird. Die Untersuchung wird abgeschlossen sein, wenn der Verband mitteldeutscher Handelskammern zu seiner nächsten, im kommenden Frühjahr in Braunschweig stattfindenden Sitzung zusammentreten wird.

In Rücksicht auf die Wichtigkeit, welche die in Rede stehende Angelegenheit für die zahlreichen Gruppen des Detailhandels besitzt, möchte ich bei dieser Angelegenheit den Antrag stellen: »Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig wolle in der zweiten Hälfte des Winters, noch vor dem Mitteldeutschen Handelskammertag, zu einer besonderen Plenarsitzung zusammentreten und über etwaige Schutzmaassnahmen für den Detailhandel berathen«.

Zur Beurtheilung der Frage, ob durch Einführung einer Waarenhaussteuer nach dem Muster des preussischen Gesetzes die angebliche schwierige Lage des Detailhandels erleichtert oder gehoben werden könnte, und welche Zweige des Detailhandels besonders durch die Konkurrenz der Waarenhäuser geschädigt sind, hielt ich es für gewagt, Ihnen nur mein eigenes Urtheil zu unterbreiten und habe deshalb eine gemeinsame Besprechung mit mehreren Geschäftsinhabern von verschiedenen Branchen abgehalten, als deren Ergebniss folgendes festgestellt ist:

Ergebnisse der Enquête über die Waarenhäuser im Herzogthume.

1. Waarenhäuser im weiteren Sinne, d. h. Geschäfte, welche mehrere Artikel führen, die der Regel nach in getrennten Branchen gehandelt werden und dabei einen Geschäftsumfang haben, der über den Umfang des gewöhnlichen Detailgeschäftes hinausgeht, würden in der Stadt Braunschweig etwa zehn gezählt.

In den Kreisstädten und grösseren Landorten dürfte ihre Zahl verhältnissmässig grösser sein, da die alten Gemischtwaaren-Geschäfte, die neben Kolonial- und Materialwaaren auch Manufaktur-, Kurzwaaren und dergl. führen, wie sie beispielsweise in Gebhardshagen, Barum, Langelsheim u. s. w. bestehen, oft einen erheblichen Umfang haben und bedeutend mehr umsetzen, als ein durchschnittliches Detailgeschäft. Die Zahl derartiger Geschäfte in den Kreisstädten und auf dem Lande konnte noch nicht festgestellt werden.

2. Als Waarenhäuser im engeren Sinne, d. h. als grosskapitalistisch angelegte und organisirte Betriebe, in denen die meisten Artikel des Detailhandels verkauft werden, also Waarenhäuser im Sinne des preussischen Gesetzes, können in der Stadt Braunschweig drei Geschäfte bezeichnet werden.

Von diesen vereinigt eins die Gruppen A., B. und D. der im § 6 des preussischen Gesetzes unterschiedenen Waarengruppen, eins die Gruppen C. und D., und ein drittes die Gruppen B. und D.

3. Ueber die Entwicklung der in Braunschweig bestehenden Waarenhäuser geben die Steuerlisten Auskunft.

Bei den Massenbezügen und den dadurch bedingten Transportersparnissen ist es den Waarenhäusern möglich, billiger als der kleine und mittlere Detaillist zu verkaufen. Da indessen nur geringwerthigere Waaren in Massen bezogen und abgesetzt werden, so werden nur diese von den Waarenhäusern zu einem billigen Preise abgegeben, während die besseren Artikel meist den gleichen Preis kosten wie im Specialgeschäfte.

Untersuchungen, die sich auf eine Reihe von Waarenhausartikeln erstreckten, haben dieses bestätigt. Seifenpulver, welches auffallend billig verkauft wurde, erwies sich als imitirt. Der Preis dafür im Verhältniss zum Werthe. Kerzen waren nicht rein, sondern bestanden aus Kompositionsmasse. Die Seifen waren gefüllt, und die Chokolade minderwerthig. Kaffee war minderwerthig, ausserdem nicht gar gebrannt, so dass sein Gewicht zu schwer war u. s. w.

Die meisten der Artikel werden in der That zu einem billigeren Preise feilgehalten als beim Detaillisten. Namentlich trifft dieses zu:

- a) für Glas und Porzellan;
- b) für Woll- und Weisswaaren.

Die in Rede stehenden Waarenhäuser verkaufen nur gegen Baar. Umtausch ist nicht gestattet, in den Fällen, wo ein Umtausch der Waare gewährt wird, liegt ein besonderer Gefälligkeitsakt vor.

Die Bedienung ist nicht die, welche man in Specialgeschäften findet. Das Geschäftspersonal besitzt theils wenig oder gar keine Waarenkenntniss, selbst die Verpackung der Waaren wird als mangelhaft bezeichnet.

Welche Vortheile bieten sie thatsächlich dem Käufer?

Die Waarenhäuser bieten in Grossstädten dem Käufer den nicht zu unterschätzenden Vortheil, in einem einzigen Raume verschiedene Artikel, die sonst nur mit einem grossen Zeitverluste gekauft werden können, zusammen zu erhalten. Sie werden indessen in einer Stadt wie Braunschweig für nicht nothwendig erachtet.

Die Unkosten, welche der Betrieb der Waarenhäuser verursacht, sollen nach Ansicht sachverständiger Geschäftsinhaber nicht geringer als bei dem Betriebe der Specialgeschäfte sein, doch möchte ich dieses nach meiner eigenen Ansicht bezweifeln.

Der erdrückende Einfluss der Konkurrenz der Waarenhäuser zeigt sich vor Allem in der Auflösung der unter dem Wettbewerb besonders leidenden Detailgeschäfte.

Es bestanden im Jahre 1895 nach Ausweis des Adressbuches 13 Geschäfte für Haus- und Kücheneinrichtungen, davon sind eingegangen 4; ferner 12 Porzellan- und Steingutgeschäfte, davon sind eingegangen 4, und 1 hat Butter und Delikatessen hinzunehmen müssen; 43 Woll- und Weisswaarengeschäfte, davon sind eingegangen 12; 40 Spiel- und Kurzwaarenhandlungen, davon sind eingegangen 9 Spielwaarenhandlungen vollständig, 3 haben Spielwaaren aufgegeben, 4 sind im Begriff, das Spielwaarengeschäft aufzugeben.

Als Maassregeln zur Beseitigung der übermächtigen Konkurrenz der Waarenhäuser sind vorgeschlagen und durchgesetzt

Umsatzsteuern:

- a) in Frankreich,
- b) in Sachsen.

Umsatz- in Verbindung mit Branchesteuern:

in Preussen.

Die Steuern haben bisher einen Erfolg nicht gehabt, wirksam würde nur eine Erdrosselungssteuer sein, von deren Einführung man überall aus schwerwiegenden Gründen abgesehen hat. Die Waarenhaussteuer ist abgewälzt zum Theil auf die Fabrikanten, zum Theil auf die Angestellten. — In derhierauf folgenden Diskussion hält die Versammlung es für erwiesen, dass das Kleingewerbe durch die Konkurrenz der Waarenhäuser bedrückt wird.

Welche Maassnahmen jedoch gegen den übermächtigen Wettbewerb derselben zu ergreifen seien, insbesondere, ob durch Einführung einer Sondersteuer auf den Betrieb der Waaren-

häuser die Nothlage des Kleinhandels gehoben werden könne, darüber gelangt sie zu keinem positiven Resultate. Sie beschliesst indessen, diese für den Detailhandel wichtige Frage Anfangs des nächsten Jahres unter Hinzuziehung von Interessenten eingehend zu prüfen und im Anschluss daran in einer besonderen Plenarversammlung Stellung dazu zu nehmen, worauf sie dann die geeignet erscheinenden Vorschläge machen wird.

XI. Antrag der Firma Fahlberg, List & Co., betreffend den Verkehr mit künstlichen Süsstoffen.

Berichterstatter: Herr Dr. Pfeiffer.

Die Saccharinfabrik Fahlberg, List & Co. hat ein Schreiben an die Handelskammer gerichtet, in welchem sie um Unterstützung ihrer gegen das in Aussicht genommene Gesetz, betreffend den Verkehr mit künstlichen Süsstoffen, gerichteten Bestrebungen bittet, unter Hinweis, dass Saccharin kein Nahrungsmittel und auch nicht bestimmt sei, den Zucker zu ersetzen.

Der Referent führt aus, dass in Folge der uneingeschränkten Verwendung der künstlichen Süsstoffe die Zuckerindustrie schon viele Jahre hindurch in der allerempfindlichsten Weise geschädigt worden sei. Im Jahre 1898/99 habe die Saccharinerzeugung 132 287 kg betragen, und diese Menge sei in Bezug auf die süssende Kraft äquivalent mit 661 435 D.-Ctr. Zucker. Diese Zahlen sprächen deutlich für die Nothwendigkeit, der deutschen Zuckerindustrie den von ihr so lange erbetenen Schutz gegen das Ueberhandnehmen des Saccharinverbrauchs angedeihen zu lassen. Neben der Zuckerindustrie werde aber auch der Staat in hohem Grade geschädigt; denn obige 661 435 D.-Ctr. Zucker seien nicht nur dem Inlandsverbrauche, sondern auch der Steuer entzogen worden, was einen Steuerverlust des Reiches von über 13 000 000 Mk. bedeute.

Wenn die Firma Fahlberg, List & Co. ausführe, das Saccharin sei nicht dazu bestimmt, den Zucker zu ersetzen bzw. ihm Konkurrenz zu machen, so widerspräche dieses dem Umstande, dass dieselbe Firma fortgesetzt der Welt bekannt gebe, ihr Saccharin sei fünfhundert Mal süsser als Zucker, wodurch sie doch zweifellos an das Publikum die Aufforderung richte, statt des Zuckers lieber Saccharin zu verwenden.

Es sei deshalb im Interesse der deutschen Zuckerindustrie und im Interesse der Reichseinnahmen zu begrüssen, dass nach dem Vorgange der meisten übrigen Kulturstaaten nun auch in Deutschland die Gesetzgebung willens sei, den Vertrieb der künstlichen Süsstoffe gesetzlich zu regeln, d. h. dieselben unter den Apothekenzwang zu stellen.

Aus diesen Gründen und weil es sich um die Wahrung der Interessen der hervorragenden Industrie des Landes handelt, empfiehlt der Referent, die Firma Fahlberg, List & Co. ablehnend zu bescheiden. Die Versammlung beschliesst demgemäss.

XII. Antrag, betreffend die Vertheuerung der Kohlen.

Berichterstatter: Herr Direktor Wiesmann.

Die Handels- und Gewerbekammern des Königreichs Sachsen haben an das Königliche Ministerium des Innern ein Gesuch um Ausdehnung der Sätze des Rohstofftarifs auf die Beförderung von Kohlen von deutschen Seehäfen nach dem deutschen Binnenlande gerichtet. Ein Abdruck dieses Gesuches ist der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig mit dem Ersuchen übersandt, dass, falls die Kohlennoth auch für ihren Bezirk zuträfe und sie ein Interesse daran hätte, dass der Eisenbahnbezug namentlich englischer Steinkohlen über deutsche Seehäfen ermöglicht werde, sie in gleicher Weise bei ihrer Staatsregierung vorstellig werden solle. Der Referent bemerkt hierüber Folgendes:

In diesem Gesuche wird zuerst als Thatsache hingestellt, dass in Sachsen und anderen Theilen Deutschlands eine Kohlennoth, d. h. ein grosser Mangel an Kohlen, statthabe. Aus den vielen Klagen, die man hauptsächlich in der ersten Hälfte dieses Jahres in allen Zeitungen und Zeitschriften, sowie von einem grossen Theile der Kohlenverbraucher in Deutschland hören konnte, kann man diese Thatsache als gegeben gelten lassen. Zum eingehenden Nachweise der Kohlennoth könnte man auch noch auf die Umstände hinweisen, dass es beispielsweise in der zweiten Hälfte des vorigen und in der ersten Hälfte dieses Jahres unmöglich war, von den betreffenden Syndikaten irgend welche Quantitäten Koks oder Kohlen mehr zu erhalten, als fest abgeschlossen war; Händler dagegen, mit welchen man Kohlen- oder ähnliche Abschlüsse gemacht hatte, sind häufig ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen und haben diese nur theilweise erfüllt. Es sind auch Fälle nachweisbar, dass Hausbrandkohlen, welche man, um nicht in Verlegenheit zu kommen, statt pro Oktober schon pro August cr. bestellt hatte, trotz vielfachen Anmahnungen erst im Oktober cr. geliefert wurden. Die Thatsache also, dass ein Kohlenmangel vorhanden gewesen ist, ist unleugbar.

Nicht ebenso klar ist die Frage, ob der Kohlenmangel in unserem Herzogthume so dringend fühlbar geworden ist, als z. B. in Sachsen.

Es sind für den Kohlenmangel dieses Jahres ganz anormale Verhältnisse in Betracht zu ziehen.

Zuerst, und nicht zum Wenigsten, haben die Kriege in Südafrika und Ostasien ganz bedeutende Kohlenmengen, vorzüglich vom englischen, aber auch vom westfälischen Markte, absorbirt, zugleich wurde durch die Kriege viel Schiffsräume in Anspruch genommen, welche mit in erster Linie dem Kohlentransporte von England nach dem Festlande entzogen wurde. Dazu kam der erhöhte Kohlenbedarf, welchen bis vor ganz kurzer Zeit die Eisenindustrie in Anspruch nahm; ganz abgesehen von dem

Streik in Böhmen, der für deutsche Kohlenverbraucher nur in gewissen Bezirken fühlbar geworden ist.

Was für unsere Betrachtung aber weit mehr ins Gewicht fällt als dieser Streik, ist der Umstand, dass das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat nicht diejenigen Kohlenquantitäten hat liefern können, welche es nach der Maximaleinschätzung der Syndikatszechen hätte liefern müssen. Das Syndikat hat zur Zeit des Kohlenüberschusses wohl Betriebseinschränkungen durchsetzen können, um die Preise einigermaassen zu halten, beim Kohlenmangel hat es die Förderung aber nicht auf der Höhe der seitens der einzelnen Zechen prätendierten Fördermengen zu halten vermocht.

Hier muss das Syndikat unbedingt Remedur schaffen, um das in dasselbe gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen, dass es die Kohlenverbraucher in hochgehenden Zeiten nicht in Verlegenheit kommen lässt, nachdem in Zeiten schlechten Geschäftsganges die Kohlenpreise durch Syndikatsthätigkeit verhältnissmässig hoch gehalten sind.

Dass die genannten Umstände in ihrem Kulminationspunkte einen Kohlenmangel zeitigen mussten, ist wohl klar. Wie aber die letzte Zeit gelehrt hat, ist der Kohlenmangel sofort minder fühlbar geworden, sobald das eine oder andere der genannten anormalen Verhältnisse ausgeschieden ist. Zuerst durch das Authören des Streiks in Böhmen, dann durch den Niedergang der Hochkonjunktur auf dem Eisenmarkte, wodurch nicht allein effektive Kohlenmengen frei wurden, sondern wodurch auch der Zwischenhandel gezwungen wurde, Kohlenquantitäten frei zu geben, welche bisher zu Spekulationszwecken festgelegt waren; endlich dadurch, dass die Syndikatszechen besser ihrer Bestimmung nachkamen und ihre Förderung durch Neueinrichtungen mehr dem Bedarfe anpassten.

Ich glaube kaum, dass in Deutschland heute noch von einer Kohlennoth gesprochen werden kann.

Es bleibt jedoch die Frage offen, ob ähnliche anormale Verhältnisse später wieder einen Kohlenmangel nach sich ziehen können, sowie die Frage, wie dem entgegen zu bauen wäre.

Dass Ueberfluss und Mangel abwechseln, ist ein alter Erfahrungssatz, den schon die Geschichte von den sieben fetten und sieben mageren Kühen lehrt; den richtigen Ausgleich zu finden, ist der Stein der Weisen für Volkswirthschafter.

Wichtiger ist die Frage der Kohlenvertheuerung!

Es ist nicht zu bestreiten, dass zur Zeit des Kohlenmangels die grössten Ausschreitungen auf diesem Gebiete vorgekommen sind und dass derjenige schlimm daran war, der sich nicht zeitig vorgesehen hatte oder der gezwungen war, sozusagen von der Hand in den Mund zu leben. Händler und Spekulanten hat es gegeben, welche die Nothlage der Verbraucher ausgenutzt und geradezu übertriebene Preise für Kohlen von den Verbrauchern

erpresst haben. Es ist nicht zu verwundern, wenn solche Vorgänge hier und da zur Erbitterung geführt haben.

Ich kenne Fälle aus eigener Anschauung, wo z. B. Anthracitkohle

in 1900 41 Mk. pro 1000 kg kostete gegen

» 1899 33 » » » »;

Nusskohle

» 1900 15 Mk. » » » gegen

» 1899 12 » » » »;

Oberschlesische Hausbrandkohle

» 1900 sogar 17 Mk. per 1000 kg gegen

» 1899 9 » » » »

Koks, der vom Syndikate pro 1900 17 Mk. pro 1000 kg ab Zeche kostete, wurde vom Zwischenhandel mit 30 bis 40 Mk. angeboten und verkauft, wenn Jemand dringend Bedarf hatte.

Unzweifelhaft müssen gegen solche Ausschreitungen, welche die sogenannte Kohlenvertheuerung herbeigeführt haben, Maassregeln getroffen werden.

Das Kohlsyndikat und die anderen Verbände der Kohlenzechen haben, glaube ich, die Vertheuerung nicht direkt auf dem Gewissen; dieselben haben aber, soweit ich unterrichtet bin, das versäumt, dass sie den Händlern nicht streng genug oder überhaupt nicht vorgeschrieben haben, welchen Händlergewinn dieselben nehmen dürfen und zu welchen Preisen die diversen Kohlsorten im Grossen und Kleinen verkauft werden müssen.

Was den vorliegenden Antrag der sächsischen Handels- und Gewerbekammern angeht, so ist derselbe an sich schon erledigt, da die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen in diesem Falle einem vorliegenden Bedürfnisse schnell Folge gegeben und den beantragten Ausnahmetarif für ausländische Kohlen eingeräumt hat, sogar weiter als beantragt, diesen Ausnahmetarif nicht nur von Seehäfen ins Binnenland, sondern auch von den Flusshäfen und Umschlagsplätzen aus bewilligt hat.

Bei eventuell wieder eintretendem Mangel an Kohlen aber aus einem der genannten anormalen Verhältnisse würde diese Maassnahme aber durchaus nicht genügen und Kohlennoth würde in dem einen oder anderen Bezirke Deutschlands ebenso lebhaft zu Tage treten können wie im letzten Frühjahr.

Um dem zu steuern, wären voraussehende Bestimmungen zu treffen, und zwar dahin, dass, so lange in irgend einem Theile Deutschlands Kohlenmangel herrscht, von allen Kohlen erzeugenden Gebieten Deutschlands, sowie von den See- und Flusshäfen dort hin Ausnahmetarife eingerichtet werden; ferner, dass, um der Ablenkung heimischer Kohle nach dem Auslande vorzubeugen, die Ausnahmetarife für deutsche Kohle nach Ausfuhrhäfen und -plätzen sistirt werden, so lange in einem Theile Deutschlands selbst Kohlennoth oder Kohlentheuerung herrscht.

Die Begünstigung, welche den Zechen durch Bewilligung des Ausnahmetarifs nach den Fluss- und Seehäfen gewährt ist und welche man gelten lassen kann, um den Export zu erleichtern, so lange die heimische Industrie den Zechen nicht genügend Kohlen abnehmen kann, wird in dem Augenblicke eine arge Schädigung der deutschen Industrie und des deutschen Gewerbes, wenn die erleichterte Ausfuhr den deutschen Verbrauchern deutsches Material entzieht, welches durch theueres ausländisches Brennmaterial ersetzt werden muss oder gar unersetzlich ist.

Unter allen Umständen muss aber dem deutschen Kohlenbergbaue in erster Linie das Wohl der übrigen Industrien am Herzen liegen, welche die Grundlage seiner Prosperität sind, während die Ausfuhr doch immer nur ein Nothbehelf bleibt und selten effektiven Nutzen lässt.

Für den Staat ist es aber um so mehr Pflicht, die übrigen Industrien durch zweckmässige Maassnahmen gegen eventuelle Ausbeutung durch den Kohlenbergbau zu schützen, als die Interessen des letzteren gegen die der ersteren doch verhältnissmässig kleine sind, welche am besten durch die beiden Zahlen veranschaulicht werden, dass der Kohlenbergbau Deutschlands ca. 300000 Menschen beschäftigt, während in den übrigen Industrien und Gewerben ca. 10000000 Menschen ihre Existenz finden: ein Verhältniss von ca. 3 : 100.

Die Versammlung einigte sich auf folgende Resolution:

Es erscheine erwünscht:

1. dass Kohlensyndikate und -verbände für Kohlenverwerthung und Kohlenverkauf den Gross- und Kleinhändlern mit Kohlen unter Gewährung eines angemessenen Händlergewinns die Verkaufspreise für Kohlen vorschreiben, und
2. dass, so lange in irgend einem Theile Deutschlands Kohlenmangel herrscht, von allen Kohlen erzeugenden Gebieten Deutschlands, sowie von den See- und Flusshäfen dorthin Ausnahmetarife eingerichtet werden.

Punkt XIII und XIV werden von der Tagesordnung abgesetzt.

XV. Antrag, betreffend die Anwendung des Systems des Maximal- und Minimaltarifs für die Zollbehandlung in Deutschland.

Referent: Kommerzienrath Lemmer.

Korreferent: Kommerzienrath Dr. Schmidt.

Referent giebt einen Ueberblick über die Geschichte der Handels- und Zollpolitik der neueren Zeit. Er bespricht die Freihandelsära, das autonome Schutzzollsystem von 1879 und die jüngsten Handelsverträge. Er betont den Gegensatz zwischen Handel und Industrie einer- und Landwirthschaft andererseits.

Letztere fordere eine Erhöhung der Getreidezölle und ein Nichtbinden derselben, um jeder Zeit in der Lage zu sein, weitere Steigerungen eintreten lassen zu können. Aus diesem Grunde sei die Landwirthschaft die Hauptvertheidigerin des sogenannten Doppeltarifs.

Er schildert alsdann die Vor- und Nachtheile dieses Tarifs und weist insbesondere auf die Erfahrungen hin, die man in Frankreich mit dem Doppeltarife in den Zollkriegen mit Italien und der Schweiz gemacht habe.

Er kommt zu dem Resultate, dass, wenn man auch der Landwirthschaft einen höheren Zollschutz bewillige, man doch von der Einführung des Minimal- und Maximaltarifs, als einer Gefährdung des deutschen Wirthschaftslebens, absehen müsse. Er erachte die Aufstellung eines Generaltarifs und den Abschluss langfristiger Handelsverträge bei Gewährung von Vertragstarifen, bei denen der nationalen Arbeit der durchaus nothwendige Schutz gewahrt werde, sowie die Beibehaltung der Meistbegünstigungsklausel für geboten.

Der Korreferent erklärt sich im Allgemeinen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; auch er sei im Prinzip gegen die Einführung des Doppeltarifs. Er ersuche jedoch, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht möglich sei, dass bei den zu schliessenden Handelsverträgen die Landwirthschaft ausscheide und für diese allein ein Minimal- und Maximaltarif zur Anwendung gelange.

In eine Diskussion über diesen Punkt wird nicht eingetreten, da die Kammer der Ansicht ist, dass bei der vorgerückten Zeit eine eingehende Behandlung einer so überaus wichtigen Frage nicht mehr möglich sei, vielmehr solle dieselbe in einer auf Mitte Dezember anzusetzenden Plenarversammlung, in der auch die übrigen nicht erledigten Punkte der Tagesordnung zur Berathung kommen sollen, eine ausführliche Erörterung und Abwägung erfahren.

Im Anschluss an diese Ausführungen erstattet der Vorsitzende Bericht über seine Theilnahme an der am 11. November in Berlin stattgehabten Versammlung von Vertretern des Handels und der Industrie zur Wahrung der bisherigen Handelsvertragspolitik.

Ausserhalb der Tagesordnung wird beschlossen, die Plenarversammlungen für die Zukunft nöthigenfalls auf zwei Tage auszudehnen.

Schluss der Sitzung 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:

Jüdel.

Der Protokollführer:

Dr. Schmidt.

Reichsgewerbe-Ordnung.

Die Herzogliche Polizei-Direktion hat für die Stadt Braunschweig, und zwar zunächst für den Zeitraum bis zum Schlusse dieses Jahres, folgende Ausnahme-Bestimmungen erlassen:

1. Am 1., 8., 10. bis 15. einschliesslich, 17. bis 22. einschliesslich und 31. Dezember dürfen offene Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr Abends geöffnet sein.
2. An den vorbezeichneten Tagen darf die den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörenden Schreibstuben und Lagerräumen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit zu gewährende ununterbrochene Mindestruhezeit bis auf neun Stunden eingeschränkt werden.
3. Während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, dürfen auf öffentlichen Wegen, Strassen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe und im Gewerbebetriebe im Umherziehen an Werktagen folgende Waaren: Back- und Konditorwaaren, Wurst und andere Lebensmittel, Blumen, Streichhölzer, Ansichtspostkarten und geringwerthige Gebrauchsgegenstände, bei öffentlichen Festen, Truppenzusammenziehungen oder sonstigen aussergewöhnlichen Gelegenheiten auch Erinnerungszeichen und ähnliche Gegenstände feilgeboten werden.

Ursprungszeugnisse für Sendungen nach der Türkei.

Der Minister für Handel und Gewerbe macht aus Anlass eines Specialfalles in der Zeitschrift »Handel und Gewerbe« darauf aufmerksam, dass von der türkischen Zollverwaltung nur für die in dem türkischen Differenzialtarif aufgeführten Waaren Ursprungszeugnisse gefordert, alle übrigen Waaren aber ohne Weiteres zu dem allgemeinen Zollsatz von 8 Prozent des Werthes zugelassen werden. Die von dem Zollamte in Smyrna bisher verlangten Angaben über Namen und Abgangszeit der Schiffe in den Ursprungszeugnissen sind zufolge Anweisung der türkischen Generalzollverwaltung künftig nicht mehr erforderlich.

Geschäftsabschlüsse per Telephon.

Für den telephonischen Verkehr bedeutsam ist ein kürzlich gefälltes Urtheil des Landgerichts I Berlin, das besagt: »Bei Geschäftsschlüssen im telephonischen Verkehr soll sich die Auslegung im Zweifelsfalle gegen denjenigen richten, der diese Verkehrsform gewählt hat«. — In dem Streitfalle hatte Jemand bei einer Maschinenbauanstalt telephonisch angefragt, ob und unter welchen Bedingungen ihm schleunigst ein Monteur zugesandt werden könne. Darauf erfolgte telephonisch die Zusage unter der Be-

dingung, dass dem Monteur freie Kost und Wohnung gewährt werden müsse. Ueber diesen Punkt kam es später zwischen den Parteien zum Streit, den die Civilkammer zu Gunsten der Maschinenbauanstalt entschieden hat. Die in den »Blättern für Rechtspflege« wiedergegebenen Gründe führen aus: Eine telephonische Anfrage und Aufforderung zur telephonischen Antwort der vorgedachten Art enthält eine Handlung, deren Bedeutung im Handelsverkehre nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, im vorliegenden Falle also nach Art. 278/79 des bisherigen Handelsgesetzbuches festzustellen ist. Wer eine solche Anfrage und Aufforderung ergehen lässt, weiss, dass die telephonische Antwort bei dem jetzigen Stande der Technik verstümmelt beim Anfragenden eingehen kann und dass die Folgen dieser Verstümmelung zwischen ihm und dem Antwortenden ausgetragen werden müssen. Er weiss und will, dass der zu einer telephonischen Antwort Aufgeforderte so vorzugehen hat, wie er es pflichtgemäss auf Grund des Art. 282 bisherigen Handelsgesetzbuches thun soll. Er kann keinerlei Anhalt für die Annahme haben, dass es möglich sei, die Folgen eines nur theilweisen oder verstümmelten Eingangs der telephonischen Antwort auf den Antwortenden abzuwälzen, um so weniger, als letzterer das Telephon als Mittel zum Vertragschluss nicht gewählt und pflichtmässig nach der ihm zukommenden Aufforderung gehandelt hat. Eine telephonische Anfrage und Aufforderung dieser Art enthält im Handelsverkehr die Abgabe einer stillschweigenden Willenserklärung des Inhalts, dass der Auffordernde dasjenige, was der Befragte ordnungsmässig in Folge der Aufforderung antworten werde, auch dann als verbindlich gelten lassen wolle, wenn es nur theilweise oder verstümmelt zur Kenntniss des am Telephon stehenden Anfragenden gelangen sollte.

(Manufakturist.)

Kann der Einzelkaufmann unter seiner Firma Hypotheken erwerben und eintragen lassen?

Die Frage, ob von einem Einzelkaufmanne unter seiner Firma Hypotheken erworben und für denselben auf die Firma eingetragen werden können, ist bestritten. Sie ist vom Landgericht Berlin II verneint worden. Die »Blätter für Rechtspflege« theilen aus der Begründung des Urtheils folgendes mit: »Allerdings würde der Wortlaut des § 17 HGB., nach welchem die Firma lediglich der Handelsname des Kaufmanns ist, hier — im Gegensatze zum Erwerbe von Grundeigenthum — nicht entgegenstehen, da beim Erwerbe der Hypothek ein Handelsgeschäft vorliegen kann. Die Eintragung der Firma des Einzelkaufmanns verbietet sich jedoch aus öffentlich rechtlichen Gründen der Sicherheit des Grundbuchverkehrs, die eine möglichst sichere Feststellung der Identität des Gläubigers erfordert. Letztere wird erschwert und vielleicht unmöglich gemacht, wenn etwa der Inhaber der im Grundbuche als Gläubigerin eingetragenen Firma das Handelsgeschäft mit dem

Firmenrecht veräussert. Dann ist, da nach § 17 cit. die Firma des Einzelkaufmanns keinerlei Rechtssubjekt neben und ausser diesem statuiert und repräsentiert (vergl. Entsch. d. ROHG. Bd. 3 S. 411), und einen weitergehenden, selbständigen Inhalt nicht hat, der Hypothekengläubiger ein anderer geworden, ohne dass dies aus dem Grundbuche hervorgeht oder ohne Weiterungen nachzuweisen ist. Dass auch die neue Gesetzgebung auf diesem Standpunkte steht, geht aus § 33 Abs. 2 der RGBO. hervor, welche wohl für Handelsgesellschaften, nicht aber für Einzelfirmen Vorschriften bezüglich der Führung der Legitimation bei grundbücherlichen Eintragungen enthält, welche als Formalbestimmungen eine analoge Ausdehnung nicht zulassen. Die Beschwerde war daher als unbegründet zurückzuweisen. (Beschluss der 3. Civilkammer des Landgerichts Berlin II vom 5. April 1900.)
(Manufakturist.)

Wechsel-Regress.

Vom Reichsgericht liegt ein sehr wichtiger Plenarbeschluss (vom 31. Mai 1900) vor, durch den — im Gegensatz zu der Reichsgerichts-Entscheidung vom 3. Februar 1899 — entschieden ist, dass ein gezogener Wechsel nicht schon deshalb ungültig sei, weil er mehrere Personen nebeneinander (Mann und Frau) als Bezogene aufweist. In der Begründung heisst es laut »Deutscher Juristen-Ztg.«: »Das Bedenken, dass die Zulassung der Benennung mehrerer Bezogenen eine Reihe von Ausnahmen erfordern würde, ist nicht überzeugend, da die Einschränkung eines Rechtssatzes durch Ausnahmen auch im Wechselrecht vorkommen kann. Mag es daher auch, was hier nicht zu entscheiden ist, richtig sein, dass es unzulässig ist, auf mehrere Personen alternativ oder successiv zu ziehen, dass ferner ein Wechsel, der mehrere Bezogene benennt, und, ohne Angabe eines eigenen Zahlungsortes, bei jedem einen anderen Wohnort angiebt, ungültig ist, und dass ein Sichtwechsel auf mehrere Personen unwirksam wird, wenn er den Bezogenen nicht an demselben Tage präsentirt wird, so folgt daraus nicht, dass ein auf Mehrere gezogener Wechsel überhaupt für ungültig erklärt werden muss. Insbesondere ist nicht anzuerkennen, dass eine Unsicherheit über die Haftung der Aussteller und Indossanten für Annahme und Zahlung entstehe, weil zweifelhaft bleibe, wie die Bezogenen haften sollten. Werden mehrere Personen nebeneinander zur Zahlung aufgefordert, so erscheint die Möglichkeit, dass es auf eine alternative Haftung abgesehen sei, schon nach dem Wortlaute ausgeschlossen; und ebenso wenig ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die Absicht auf eine antheilmässige Haftung, mithin auf etwas rechtlich Unzulässiges, gerichtet gewesen sei. Die natürliche und gebotene Auslegung führt vielmehr dahin, die Anweisung zur Zahlung so, wie sie lautet, d. h. als ungetheilt an die Bezogenen gerichtet, zu verstehen. Durch eine solche aber macht sich der Aussteller oder Indossant

anheischig, dem Wechselnehmer in den Bezogenen Gesamtschuldner zu verschaffen. Hieraus folgt, dass der Regress mangels Annahme schon begründet sein muss, wenn auch nur einer der Bezogenen den Wechsel nicht rein annimmt, und dass der Nehmer sich wegen der Zahlung nöthigenfalls an jeden der Bezogenen wenden muss, bevor er Regress mangels Zahlung nehmen kann.«
(Manufakturist.)

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Calvörde ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 25 Pfennige.

Reichsbanknebenstellen.

Am 5. November d. J. ist in Deutsch-Eylau eine von der Reichsbankstelle in Elbing abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Reichsbanknebenstellen wurden eröffnet in Oelsnitz i. V. am 1. November d. J. und in Charlottenburg und Potsdam am 15. November d. J.

Ladenschluss.

Der Vorsitzende des »Vereins der Kolonialwaarenhändler von 1872« in Hamburg, Herr Heinrich Krey, hatte sich wegen verschiedener, im Gesetz nicht klar erkennbarer Punkte an die hamburgische Polizeibehörde gewendet, und erhielt auf die entsprechenden Fragen folgende Antworten:

1. Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen auch nach Eintritt des gesetzlichen Ladenschlusses beschäftigt werden, doch muss ihnen, von der Beendigung der Beschäftigung ab gerechnet, eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn oder elf Stunden gewährt werden.
2. Die Zeit, die der Angestellte nach 9 Uhr Abends zum Bedienen der beim Ladenschluss schon anwesenden Kunden verwendet, gilt als Beschäftigungszeit, d. h. dem Angestellten ist am anderen Morgen eine entsprechend längere Ruhezeit zu gewähren.
3. Die Beschäftigung der Angestellten am Montag Morgen kann erfolgen, sobald die vom Beginn der Sonntagsruhe am vorhergehenden Sonntag Nachmittag zu rechnende zehn- oder elfstündige Ruhezeit abgelaufen ist.
4. Der Prinzipal hat seine ganze Autorität dafür einzusetzen, dass die Gehilfen etc. ihre Beschäftigung mit Beginn der Ruhezeit einstellen. Es genügt nicht, wenn der Arbeitgeber ein bezügliches Verbot erlässt, dieses Verbot aber — für seine Leute erkennbar — nicht ernstlich gemeint ist, oder

wenn er, trotz seiner Kenntniss oder Vermuthung der Nichtbeachtung des Verbotes, seine Leute gewähren lässt.

5. Für Arbeiter ist, abgesehen von der Mittagspause, nur eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden vorgeschrieben.

6. Dass die »angemessene« Mittagspause »ununterbrochen« sein muss, ist nicht vorgeschrieben. Ob die Pause angemessen ist, wird je nach Sachlage zu entscheiden sein.

Besonders interessant ist hiervon Punkt 4, wonach der Prinzipal die Ruhezeit nicht bloss — wie das Gesetz wörtlich sagt — zu »gewähren« hätte, sondern wonach er sie den etwa widerstrebenden, arbeitswüthigen Gehilfen mit aller Gewalt aufzuzwingen hat! — Für den Beginn der Arbeit am Montag Morgen ist also lediglich die Bestimmung maassgebend, dass die Läden vor 5 Uhr Morgens nicht geöffnet werden dürfen; aber um 5 Uhr kann — in vorkommenden Fällen — das Personal zur Arbeit herangezogen werden, weil es eine längere als elfstündige Ruhepause, seit Ladenschluss am Sonntage, hinter sich hat.

Man darf annehmen, dass die von der hamburgischen Polizei ertheilte Auskunft die Ansicht der Behörden im Allgemeinen richtig wiedergibt. — Dass Arbeiter nur eine zehnstündige Ruhepause zu beanspruchen haben, ist zwar im Gesetz nicht ausdrücklich gesagt, doch ergibt es sich aus § 139c von selbst, dass hiernach nur Gehilfen und Lehrlingen in grösseren Plätzen die elfstündige Ruhezeit gewährt wird.

(Kolonialw.-Ztg.)

Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz.

Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 7 des am 1. Oktober 1900 in Kraft getretenen Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt Seite 573) erstreckt sich die Unfallversicherung vom genannten Zeitpunkte auch auf solche Lagerungs-, Holzfällungs- oder der Beförderung von Personen oder Gütern dienende Betriebe, die mit einem Handelsgewerbe verbunden sind, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen steht. Mit Rücksicht auf diese Ausdehnung der Unfallversicherung, deren rechtzeitige Kenntniss für die Handelswelt von Wichtigkeit ist, geben wir im Nachstehenden die vom Reichsversicherungsamt erlassene Anleitung bekannt:

Anleitung,

betreffend die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe.
(§ 35 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900.)

1. Die Anmeldepflicht erstreckt sich auf die bisher der reichsgesetzlichen Unfallversicherung nicht unterstellten, durch die §§ 1 und 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 für versicherungspflichtig erklärten Betriebe. Dem zufolge sind

anzumelden, soweit diese Betriebe nicht bereits der Versicherungspflicht unterworfen sind:

- a) die gewerblichen Brauereien;
- b) die Gewerbebetriebe, welche sich auf die Ausführung von Schlosser- oder Schmiedearbeiten erstrecken, sowie das Fensterputzer- und das Fleischergerwerbe;
- c) die gewerbsmässigen Lagereibetriebe;
- d) die Lagerungs-, Holzfällungs- oder der Beförderung von Personen oder Gütern dienenden Betriebe, wenn sie mit einem Handelsgewerbe, dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen steht, verbunden sind;
- e) Betriebe jeder Art, für welche durch thierische Kraft bewegte Triebwerke nicht bloss vorübergehend zur Anwendung kommen.

2. Als »gewerbliche« Brauereien sind solche anzusehen, deren Erzeugnisse zur Veräusserung an Dritte bestimmt sind, ohne Rücksicht auf den Umfang der Erzeugung und auf die Herstellungsweise des Bieres (ob obergährig oder untergährig).

3. Die Gewerbebetriebe der Schlosser und der Schmiede sind allgemein versicherungspflichtig, auch wenn sie nur handwerksmässig — mit oder ohne Werkstatt — betrieben werden. Auch die Art der ausgeführten Arbeiten ist unerheblich.

4. Das Gleiche gilt für das Fleischergerwerbe; insbesondere sind auch diejenigen Betriebe der Versicherung unterworfen, welche sich auf die Schlachtung fremden Viehs in fremden Haushaltungen beschränken.

5. Die gewerbsmässigen Lagereibetriebe unterliegen — im Gegensatze zu dem bisherigen Rechtszustande — der Versicherungspflicht auch dann, wenn die Lagerung der Güter ganz oder theilweise unter freiem Himmel stattfindet.

6. Die Voraussetzung für die Versicherungspflicht der unter Ziffer 1 d angeführten Lagerungs-, Holzfällungs- und Beförderungsbetriebe ist, dass sie mit einem Handelsgewerbe verbunden sind, und dass der Inhaber dieses Gewerbes im Handelsregister eingetragen steht. Es sind also beispielsweise die von Kleingewerbe-treibenden oder Handwerkern, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, ausgeübten Betriebe jener Art von der Versicherungspflicht ausgenommen, sofern sie nicht Theile eines anderen versicherungspflichtigen Betriebes sind.

7. Ein Lagerungsbetrieb im Sinne der letzterwähnten Vorschrift ist nicht anzunehmen, wenn Waaren in geringerem Umfange oder nicht für einige Dauer, sondern mehr zufällig und gelegentlich gelagert werden.

8. Bei den »der Beförderung von Personen oder Gütern dienenden Betrieben« kommt es nicht darauf an, ob die Beförderung auf dem Lande oder zu Wasser erfolgt. Ebenso ist die Art und Grösse des Fahrzeuges und die Art der bewegendenden Kraft gleichgültig. Insbesondere gehören hierhin die von grösseren

Handelsgeschäften zum Ausfahren von Waaren an die Kunden verwendeten Fuhrwerksbetriebe.

9. Während bisher der Versicherungspflicht nur diejenigen Betriebe unterstanden, in denen Dampfkessel oder durch elementare Kraft (auch Elektrizität) bewegte Triebwerke zur Anwendung kamen, genügt nunmehr auch ein durch thierische Kraft bewegtes Triebwerk, um den Betrieb den »Fabriken« gleichzustellen und damit dessen Versicherungspflicht zu begründen.

10. Nicht versicherungspflichtig und deshalb nicht anzumelden sind alle diejenigen Betriebe, in denen der Unternehmer allein, ohne Gehilfen, Lehrlinge oder sonstige Arbeiter thätig ist. Als Arbeiter etc. gelten aber auch Familienangehörige des Unternehmers, die in dem Betriebe beschäftigt werden, mit Ausnahme der Ehefrau, die niemals als Arbeiterin etc. ihres Ehemannes angesehen werden kann.

11. Zur Anmeldung verpflichtet ist der Unternehmer des Betriebes oder sein gesetzlicher Vertreter. Als Unternehmer gilt derjenige, für dessen Rechnung der Betrieb erfolgt.

Sind mehrere Unternehmer eines Betriebes vorhanden, so ist jeder von ihnen zur Anmeldung verpflichtet. Durch die Anmeldung des einen wird auch der Anmeldepflicht der übrigen genügt.

Für die Anmeldepflicht ist es einflusslos, ob der Inhaber des Betriebes eine natürliche oder eine juristische Person ist.

12. Die unter das neue Gesetz fallenden Betriebe sind dann nicht anzumelden, wenn sie bisher bereits versicherungspflichtig und angemeldet waren, ihre Versicherungspflicht aber durch das neue Gesetz weiter ausgedehnt worden ist, z. B. Schlossergewerbe, die bisher nur bezüglich ihrer Bauschlosserarbeiten versichert waren, deren Gewerbebetrieb aber jetzt im ganzen Umfange der Versicherung unterworfen ist.

Desgleichen sind nicht anzumelden solche Gewerbe, die als Nebenbetriebe der Landwirthschaft sich darstellen und bei einer landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft bereits versichert sind.

13. In der Anmeldung ist der Gegenstand des Betriebes genau zu bezeichnen. Umfasst ein Betrieb wesentliche Bestandtheile verschiedenartiger Gewerbebezüge, so sind die sämtlichen Bestandtheile anzugeben; dabei ist der Hauptbetrieb besonders hervorzuheben.

14. In der Anmeldung ist ferner die Zahl aller in dem Betriebe durchschnittlich beschäftigten versicherungspflichtigen Personen anzugeben, gleichviel ob dieselben Inländer oder Ausländer, männlichen oder weiblichen Geschlechts, ob sie erwachsene oder jugendliche Arbeiter, Lehrlinge mit oder ohne Lohn sind, ob sie dauernd oder vorübergehend beschäftigt werden. Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker sind nur dann versicherungspflichtig, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt dreitausend Mark nicht übersteigt. Als Gehalt oder Lohn gelten auch Tantiemen,

Naturalbezüge und sonstige Bezüge, welche den Versicherten, wenn auch nur gewohnheitsmässig, gewährt werden und ganz oder theilweise an die Stelle des Gehaltes oder Lohnes treten.

15. Bei Betrieben, welche regelmässig nur eine bestimmte Zeit des Jahres arbeiten, ist die anzumeldende »durchschnittliche« Arbeiterzahl diejenige, welche sich zur Zeit des regelmässigen vollen Betriebes ergibt.

16. Als in dem Betriebe beschäftigt sind diejenigen Personen anzumelden, welche im Betriebsdienste stehen und Arbeiten, die zum Betriebe gehören, zu verrichten haben, ohne Rücksicht darauf, ob die Verrichtung innerhalb oder ausserhalb der etwa vorhandenen Betriebsanlage (Werkstätte etc.) erfolgt.

17. Für die Anmeldung wird die Benutzung des nachstehenden Formulars empfohlen.

18. Ist ein Unternehmer zweifelhaft, ob er seinen Betrieb anzumelden habe oder nicht, so wird er gut thun, die Anmeldung zu bewirken, um den aus der Nichtanmeldung eines versicherungspflichtigen Betriebes sich ergebenden Nachtheilen zu entgehen. Hierbei bleibt es ihm unbenommen, in dem Formulare unter Spalte »Bemerkungen« die Gründe anzugeben, aus denen er die Anmeldepflicht bezweifelt.

19. Schliesslich wird darauf hingewiesen, dass nach der vom Reichs-Versicherungsamt erlassenen Bekanntmachung die Anmeldung bis zum 15. November 1900 einschliesslich zu bewirken ist, und dass säumige Unternehmer zu der Anmeldung von der unteren Verwaltungsbehörde durch Geldstrafen im Betrage bis einhundert Mark angehalten werden können.

Formular für die Anmeldung.

Staat Regierungsbezirk Kreis (Amt)
Gemeinde-(Guts-)Bezirk Strasse No.

Anmeldung

an die untere Verwaltungsbehörde auf Grund des § 35 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900.

Name des Unternehmers (Firma)	Gegenstand des Betriebes ¹⁾	Art des Betriebes ²⁾	Zahl der durch- schnittlich beschäf- tigten versiche- rungspflichtigen Personen	Bemerkungen (Insbesondere Angabe, ob bereits Mitglied einer Be- rufsgenossenschaft.)
1	2	3	4	5

., den 190 . .

(Unterschrift des zur Anmeldung Verpflichteten.)

¹⁾ z. B. »Schmiede- und Schlossergewerbe«.

Bei mehreren Betriebszweigen ist der Hauptbetrieb zu unterstreichen.

²⁾ z. B. »Handbetrieb«, oder »Betrieb mit thierischer Kraft«.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

Wurst- und Fleischwaaren.

(September/Oktober 1900.)

Seit längeren Jahren ist wohl nicht ein so reines Lager in allen Artikeln alter Waare gewesen wie in diesem Jahre zu Ende Oktober.

Durch grössere Ablieferungen von verschiedenen Firmen für China sind grosse Posten abgegangen, und in Folge des heissen Sommers ist auch grösserer Konsum in Winterwaare gewesen.

Die Fabrikanten halten sich in Folge des so warmen Wetters noch immer in der Fabrikation reservirt. Neue Cervelatwurst ist sehr begehrt, leider ist darin eine stabile, schnittfeste Waare noch schwer zu schaffen.

Der Geschäftsgang war recht befriedigend, wäre aber noch weit lebhafter gewesen, wenn das warme Wetter nicht so lange angehalten hätte.

Denecke & Himmel.

Konserven.

(Oktober.)

Die in Bezug auf die Bohnenernte gehegten Befürchtungen haben sich nicht als ganz zutreffend erwiesen. Allerdings war die Ernte nur klein, aber durch das günstige Wetter zog sie sich lange hin, so dass doch mehr geerntet wurde als nach dem Stande der Bohnen bei Beginn der Ernte erwartet werden konnte. — Während zu Anfang der Bohnenernte konservirte Waare nicht zu haben war, wurde solche zum Schluss derselben wieder verfügbar und fand auch zu befriedigenden Preisen Absatz.

Die Ernte in Karotten, Kohlrabi, Spinat und Sellerie ist normal, und die Preisdementsprechend.

Steinpilze und Pfefferlinge sind wenig geerntet worden und daher die Notirungen dafür sehr fest. — Champignons sind kaum zu haben, und Preise sehr hoch.

In Spargel und Erbsen ist die Lage unverändert.

A. W. Querner.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Hermann Büschen, Handelsgeschäft in Material-, Kolonial-, Eisen-, Kurz- und Porzellanwaaren, Vorsfelde. Inhaber: Kaufmann Hermann Büschen.
2. Ida Töpfer, Woll- und Weisswaaren-Handlung, Braunschweig. Inhaberin: Ehefrau des Kaufmanns Max Töpfer, Ida geb. Compert.
3. Conrad Noltemeyer, Papiergrosshandlung und Druckerei, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Conrad Noltemeyer.
4. Schrader & Co., offene Handelsgesellschaft, Agentur und Kommissionsgeschäft in Getreide, Dünger und Futterartikeln und Mehl, Braunschweig. Inhaber: Kaufluute Otto Schrader und Arthur Cohen.
5. A. L. Mohr, Aktiengesellschaft, Filiale Helmstedt. Zweigniederlassung der Firma A. L. Mohr, Aktiengesellschaft, in Hamburg. Gründer der Gesellschaft sind: Johann Hinrich Mohr, Fabrikbesitzer in Altona, Theodor Heinrich Anton Sartorisio, Kaufmann zu Gr.-Flottbeck, die offene Handelsgesellschaft in Firma Gebr. Burgdorf in Altona, Friedrich August Schwarz, Bankdirektor in Hamburg, Vereinsbank Hamburg, Aktiengesellschaft.

6. Vereinsbrauerei Braunschweig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig.
7. Karl Hildebrandt, Handlung mit Landesprodukten en gros, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Karl Hildebrandt.
8. Anna Spengler, Gold-, Silber- und Metallwaarenfabrikation, galvanische Anstalt, Blankenburg a.H. Inhaberin: Ehefrau des Goldarbeiters Ludwig Spengler, Anna geb. Unger.
9. Wilhelm Bosse Nachfolger, Handlung mit Material-, Kolonialwaaren, Futterartikeln, künstlichem Dünger und Kohlen, Wendessen. Inhaber: Kaufmann Emil Brandes.
10. Fritz Kuss, Weiss-, Woll- und Kurzwaarengeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Fritz Kuss.
11. J. Priester, Kurz-, Weiss-, Wollwaaren-, sowie Putzartikelgeschäft, Vechelde. Inhaber: Kaufmann Salomon Loewinsohn.
12. Verkaufs-Vereinigung Stadtoldendorfer Ziegeleien, Jürgens, Schrieber & Behmann, Stadtoldendorf. Inhaber: Ziegeleibesitzer Friedrich Jürgens, Schlachtermeister Louis Schrieber, Ziegeleibesitzer August Behmann. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 10. Oktober 1900.
13. F. Richter's Buchhandlung Eggers & Sturm, Helmstedt. Inhaber: Buchhändler Ernst Eggers und Kaufmann Ernst Sturm. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Oktober 1900.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Südharz-Eisenbahn-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Walkenried. An Stelle des veröffentlichten Statuts ist das von der Generalversammlung am 9. November 1899 beschlossene, am 16. Mai 1900 veröffentlichte Statut getreten.
2. Ludwig Fr. Noltemeyer, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmann Ludwig Friedrich Noltemeyer, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das Handelsgeschäft von dem Kaufmann Gustav Bruer unter Uebernahme der Aktiva und Passiva bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
3. Funke & Moll, Braunschweig. Der bisherige Firmen-Inhaber, Kaufmann Louis Henties, hat das Handelsgeschäft nebst Aktiva seit dem 1. d. Mts. an die Kaufleute Hermann Wagener und Robert Baumbach abgetreten, welche dasselbe jetzt in offener Handelsgesellschaft bei unveränderter Firma fortführen.
4. Brauerei Brunonia Gebrüder Alpers, Braunschweig. Der Königliche Forstaufseher Theodor Alpers ist aus der offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden und dagegen der Kaufmann Robert Schaper in dieselbe als Theilhaber eingetreten.
5. C. F. Schrader, Schöppenstedt. Diese Firma ist von dem bisherigen Inhaber Kaufmann Schrader an den Kaufmann Otto Ernst, früher zu Hörter, jetzt hierselbst, abgetreten, jedoch ohne Aussenstände und Schulden.
6. C. H. Kleucker & Co., Braunschweig. Der Hoflieferant Heinrich Kleucker ist seit dem 1. Juli d. J. aus der unter obiger Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden, und dagegen der Techniker Georg Kleucker seit dem Tage in dieselbe als Theilhaber eingetreten. Die gedachte Handelsfirma ist mit dem 1. Juli d. J. auf eine Kommanditgesellschaft übergegangen. Dieselbe besteht aus zwei persönlich haftenden Gesellschaftern, als dem Techniker Georg Kleucker und dem Kaufmann Franz Kleucker, und einem Kommanditisten.
7. Conrad Noltemeyer, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist nebst Aktiva und Passiva mit Firma von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Kaufmann Conrad Noltemeyer, seit dem 12. d. Mts. an den Kaufmann Ludwig Friedrich Noltemeyer abgetreten.
8. Aktien-Zuckerfabrik Mattierzoll. Die §§ 16, 22, 23, 37, 38, 39, 41, 42, 43, sowie §§ 19, 20, 23 des Gesellschaftsvertrages sind abgeändert. Ferner ist an Stelle des verstorbenen Herrn H. Nanse der Amtsvorsteher Heinrich Brandes II aus Veltheim zum Mitgliede des Vorstandes gewählt.

9. Brüning's Saalbau und Kruse's Wilhelmstgarten Aktiengesellschaft, Braunschweig. Die §§ 13, 18 Absatz 1, 23 und 32 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt.
10. Paul Witten, Schöningen. Die Firma ist unter Beibehaltung der bisherigen Bezeichnung am 1. Oktober 1900 in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt, der Kaufmann Paul Witten zu Schöningen und der Kaufmann Franz Witten zu Söllingen sind die Gesellschafter, auch ist eine Zweigniederlassung in Söllingen errichtet.
11. Georg Sander, Hehlen. Nach dem Vertrage vom 20. September, 16. Oktober 1900 ist der Lederfabrikant Georg Sander bezw. dessen Erben aus der Firma ausgeschieden und es ist diese mit allen Aktivis und Passivis auf den bisherigen Mitinhaber Friedrich Winnefeld aus Hehlen als den Alleininhaber übergegangen.
12. Carl Wilhelm Leo, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist seit dem 1. d. Mts. ohne Aktiva und Passiva auf den Kaufmann Richard Meyer übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma Carl Wilhelm Leo Nachf. angenommen hat.
13. D. Knauer Nachf., Filiale Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft nebst Firma ist von dem bisherigen Inhaber, Kaufmann Hermann Sthamer zu Hamburg, an den Kaufmann Paul Moritz Philip zu Hamburg abgetreten.

3. Löschungen.

1. J. Priester, Vechelde.
2. Carl Wilhelm Leo, Braunschweig.
3. Wehrhahn & Co., Bündheim.
4. F. Richter's Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung, Helmstedt.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. E. Helmold, Braunschweig. Dem Kaufmann Friedrich Franke.
2. W. Brodhage, Braunschweig. Dem Kaufmann Friedrich Franke.
3. Schulze & Gram, Braunschweig. Dem Kaufmann Alfred Schmidt.
4. Ludwig & Lohmann, Braunschweig. Dem Kaufmann Richard Dumke.
5. Joh. Justus Kellner, Braunschweig. Dem Kaufmann Ernst Pini.

5. Prokuralöschungen.

Hermann Krüger Nachf., Bergschlossbrauerei und Malzfabrik. C. L. Wilh. Brandt, Aktiengesellschaft in Grünberg i. Schl. Direktor Paul Püschel und Braumeister Maximilian Gatzke.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Hondelager Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Hondelage. Vorstandsmitglieder sind: Kothsass Heinrich Heine zu Hondelage, als Vereinsvorsteher, Kothsass Heinrich Otto zu Hondelage, als Stellvertreter des Vereinsvorstehers, Kothsass Friedrich Meyer zu Hondelage, Anbauer Christian Gericke zu Hondelage.
2. Veltheimer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Veltheim a. d. Ohe. Vorstandsmitglieder sind: Kothsass H. Schlüter zu Veltheim, als Vereinsvorsteher, Pfarrer

H. Palmer zu Veltheim, als Stellvertreter des Vereinsvorstehers, Ackermann H. Curland zu Veltheim, Halbspänner Fr. Curland zu Veltheim, Kothsass Carl Giesecke zu Veltheim.

3. Hordorfer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Hordorf. Vorstandsmitglieder sind: Ackermann Heinrich Schönian zu Hordorf, als Vereinsvorsteher, Ackermann Hermann Beese zu Hordorf, als Stellvertreter des Vereinsvorstehers, Ackermann Christian Reuer zu Hordorf, Kothsass Christian Heine zu Hordorf, Halbspänner Heinrich Henkel zu Hordorf.

2. Abänderungen.

1. Konsum-Verein Rühle, e. G. m. b. H. An Stelle des Halbköthers Ferdinand Böker ist der Halbköther Christian Jaga als Vorstandsmitglied gewählt worden.
2. Konsumverein Oelber a. w. W., eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. An Stelle des Brinksitzers Hermann Diekmann ist der Forstaufseher Wilhelm Ballüer zum Vorstandsmitgliede gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Dr. med. Max Bungert, Arzt, Braunschweig. 31. Juli 1900.
2. Heinrich Reis, Kaufmann, Schöningen. 15. Oktober 1900.
3. Heinrich Günther, Grosskothsass, Hordorf. 3. Oktober 1900.
4. Willy Schmalz, Bäckermeister, Schöningen. 11. Oktober 1900.
5. Heinrich Richter, Schuhmachermeister, Rühren. 18. Oktober 1900.
6. Ernst Müller, Händler, Braunschweig. 20. Oktober 1900.
7. Adolf Kamlah, Oberamtmann, Bisperode. 20. Oktober 1900.
8. Andreas Schrader, Gastwirth, Lutter a. Bbg. 23. Oktober 1900.
9. Gustav Wenzel, Maurermeister, Braunschweig. 30. Oktober 1900.

2. Aufhebungen.

1. Martin Linsingen, Cigarrenhändler, Braunschweig.
2. Franz Zwingmann, Maurermeister, Braunschweig.
3. Louis Höfer, Kaufmann, Greene.

Bücher-Eingänge.

Engelmann, Dr. J., **Leitfaden bei dem Unterrichte in der Handelsgeographie** für Handelslehranstalten und kaufmännische Fortbildungsschulen, sowie zum Selbstunterricht. Dritte, verbesserte Auflage. Erlangen 1900, Verlag von Palm & Enke. Preis geh. 2,80 Mk., geb. 3,10 Mk.

Baumgartner, Andreas, Professor an der Kantonsschule Zürich, **Englisches Uebungsbuch** für Handelsklassen, Vorschule und Hilfsbuch für kaufmännische Korrespondenz. Zürich 1900, Art. Institut Orell Füssli.

Eisenbahn-Handbuch für das Publikum, für Beamte und Behörden im deutschen Reich. Nach amtlichen Quellen bearbeitet von Julius Schwarzkopf, Oberbahnsekretär und Chefredakteur der Deutschen Eisenbahnbeamten-Zeitung. Stuttgart 1900, Druck und Verlag von Greiner & Pfeiffer.

Schmidberger, Heinrich, Handelsschuldirektor in Frankfurt a. M., **Lehrbuch der einfachen, doppelten und amerikanischen Buchführung**. Für Schulen und zum Selbstunterricht mit vielen Beispielen und Aufgaben. Zweite Auflage. Umgearbeitet mit Rücksicht auf das neue Handelsgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 10. Mai 1897 und die Steuergesetzgebung. Frankfurt a. M. 1900, J. D. Sauerländers Verlag. Preis 4,20 Mk.

Das hiermit nun vollständig vorliegende Lehrbuch der Buchführung (Preis brosch. 7 Mk., geb. 7,80 Mk.) umfasst die einfache, doppelte und amerikanische Buchführung, sowie die Lehre von den Kontokorrenten, und ist mit Rücksicht auf das neue Handelsgesetzbuch sowie das neue Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich und die Steuergesetzgebung bearbeitet und dürfte daher den weitgehendsten Ansprüchen gerecht werden.

Da die beiden Theile des Lehrbuches inhaltlich eng zusammengehören, wird das Werk in der Folge nur komplet abgegeben. Der zweite Theil apart wird dagegen nur an die früheren Abnehmer des ersten Theiles geliefert.

Petzold, E. H., **Gemeinde- und Ortslexikon des Deutschen Reiches**. Verzeichniss sämmtlicher Gemeinden und Gutsbezirke, ferner aller nicht selbstständigen Ortschaften, Ortstheile u. s. w. des deutschen Reichsgebietes, sofern solche über fünfzig Einwohner zählen. — Erscheint in 26 Lieferungen, à 50 Pfg., nach Abschluss, etwa Ende dieses Jahres, in 2 Leinenbänden, à 7,50 Mk. — 1. Lieferung. — Bischofswerda (Sachsen) 1900, Verlag von E. H. Petzold.

Offizielles Leipziger Mess-Adressbuch. Verkäuferverzeichnis, herausgegeben vom Messausschuss der Handelskammer Leipzig. 9. Auflage, Michaelismesse 1900 und Neujahrsmesse 1901. I. Band: Keramische, Glas-, Metall-, Kurz-, Galanterie-, Spielwaren und verwandte Branchen nebst Ortsverzeichnis. II. Band: Leder-, Rauchwaren, Borsten und Rosshaare, sowie Textilbranche nebst Ortsverzeichnis.

Das Mess-Adressbuch ist dazu bestimmt, eine Uebersicht aller die Messen besuchenden Verkäufer des In- und Auslandes nach Firmen, Geschäftszweigen bezw. Hauptartikeln, Messlokalen und Herkunftsorten zu bieten, um den auf der Messe verkehrenden in- und ausländischen Einkäufern als geeigneter Führer zu dienen.

Angesichts der grossen Vortheile, welche die Leipziger Messe dem deutschen und ausländischen Einkäufer wie Verkäufer bietet, — durch die zeitliche und räumliche Vereinigung des Angebots der Fabriken und Grosshandelshäuser der zahlreich vertretenen Geschäftszweige der verschiedensten Industrien und Handelszentren aus nah und fern, durch die in grossem Umfang und reichhaltigster Auswahl veranstalteten Ausstellungen von Waaren und Mustern im Gegensatz zu dem mit Beschränkung der Kollektionen, Schwierigkeiten mannigfacher Art und hohen Unkosten nothwendig verknüpften Bemusterungsagenten und Reisegeschäft, soweit diese Absatzformen für die betreffenden Branchen überhaupt in Betracht kommen, namentlich aber durch die unmittelbare Berührung und Aussprache des Käufers mit dem ihn zur bekannten Zeit erwartenden Produzenten, ist es etwai gen Interessenten warm zu empfehlen, sich durch Einsichtnahme in das Mess-Adressbuch von der Art und Bedeutung der Leipziger Messe zu informiren.

Das Mess-Adressbuch liegt im Bureau der Handelskammer zur Einsicht der Interessenten aus.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 12.

Braunschweig, Dezember 1900.

X. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass nach einem Reskripte des Herzoglichen Staatsministeriums, Departement der Justiz, vom 30. November 1900 Seine Königliche Hoheit der Regent gnädigst geruht haben, für die Zeit vom 1. Januar 1901 bis 31. Dezember 1903

den Stadtrath und Kommerzienrath Haake, und

den Kaufmann Reidemeister,

beide hierselbst,

zu Handelsrichtern, sowie

den Stadtrath und Kommerzienrath Götte,

den Direktor der Braunschweigischen Kreditanstalt, Holtschmidt,

den Kaufmann Hermann Hauswaldt,

sämmtlich hier, und

den Kaufmann Gustav Lüttge aus Wolfenbüttel

zu stellvertretenden Handelsrichtern bei der Kammer für Handels-
sachen des Herzoglichen Landgerichts hierselbst zu ernennen.

Braunschweig, den 10. Dezember 1900.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Stiftung zur Ausbildung junger Kaufleute.

Wir bringen hierdurch zur Kenntniss, dass wir von den Erträgen der Stiftung zur Ausbildung tüchtiger junger Kaufleute Beihilfen an solche besonders würdige und tüchtige junge Kaufleute gewähren können, welche sich auf einer Handelsschule oder einer Handelshochschule eine höhere fachliche Ausbildung erwerben wollen.

Gesuche sind an den Vorsitzenden der Abtheilung für kaufmännische Unterrichtswesen, Herrn Kommerzienrath Schmidt hierselbst, einzureichen.

Braunschweig, den 4. Dezember 1900.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

Jüdel.

Stegemann

XLIV. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

Montag, den 10. Dezember 1900,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Leo, Himmel, Kommerzienrath Lemmer, Kommerzienrath Gutkind, Gerecke, Baumgarten, Lüttge, sämmtlich aus Braunschweig, Strümpell (Schöppenstedt), Walter (Seesen), Kebbel (Schöningen), Falinsky und Dorguth (Helmstedt), Buchholz (Rübeland), Rückert (Frellstedt), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, die Assistenten F. Stegemann und Dr. Senholdt, sowie der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Schmidt.

Entschuldigt fehlen die Herren: Dr. Bartz (Braunschweig), Rehn und Liebold (Holzminden), Wiesmann (Harzburg), Tielecke (Wolfenbüttel), Corves (Blankenburg), Ballin (Gandersheim), Dr. Pfeiffer (Wendessen).

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr. Es wird gleich in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Aus demselben ist folgendes hervorzuheben:

Die zwecks besserer Eisenbahnverbindung mit dem Harz und zwischen den Kreisstädten und der Residenz Braunschweig in der letzten Plenarversammlung beschlossene Eingabe ist den Eisenbahndirektionen zu Magdeburg und Kassel eingereicht; der Bescheid steht noch aus.

Der an den preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtete Antrag, betreffend Herstellung einer direkten Schnellzugverbindung zwischen Magdeburg und Erfurt ist gemäss eines

Beschlusses des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern unterstützt worden. Die von der Handelskammer in Vorschlag gebrachten Handelsrichter sind von Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzregenten bestätigt.

Bei der letzten Sitzung der gesammten Sachverständigen-Kommissionen am 1. November ist beschlossen worden, eine Theilung der jetzt bestehenden Kommission für Delikatessen, Konserven und Fleischwaaren vorzunehmen und zwar in der Weise, dass eine besondere Kommission für Delikatessen und Fleischwaaren und eine solche für Gemüse und Konserven eingesetzt werde. In die Kommission für Delikatessen und Fleischwaaren sind die Herren Fabrikbesitzer O. Himmel, Kaufmann C. Ewe und Kaufmann O. Lohmann, und in die Kommission für Gemüse und Konserven die Herren Kaufmann H. Querner, Kaufmann O. Reiche und Fabrikant J. Neuman wieder- bzw. neugewählt. Zur Entlastung der am häufigsten in Anspruch genommenen Mitglieder der Kommission für Gemüse und Konserven ist Herr Hoflieferant O. Roever hinzugewählt.

Der Antrag auf Erweiterung der Kommission für Kolonialwaaren, Landesprodukte und Drogen wurde abgelehnt, ebenso der auf Festsetzung einer Entschädigung für die Sachverständigen. Es wird hierzu beschlossen, die Einrichtung der Sachverständigen-Kommissionen, die sich bisher in jeder Weise bewährt haben, auch den übrigen Städten des Herzogthums zugänglich zu machen oder daselbst für Gründung besonderer Kommissionen Sorge zu tragen.

Auf Vorschlag der Kommission zur Anstellung von Zuckerprobeziehern sind die Herren O. FASTERLING und ERICH HEYNE auf die Vorschriften verpflichtet und vom Amtsgerichte als Zuckerprobezieher vereidigt worden.

Dem Amtsgerichte Helmstedt ist ein Gutachten über die Höhe des Lagergeldes für Holz ertheilt, dahingehend, dass sich ein fester Handelsgebrauch hierbei nicht herausgebildet habe.

Auf eine Anfrage der Handelskammer zu Halberstadt, ob unter einer »Ladung« Kalk 10 000 oder 5000 kg zu verstehen sei, ist geantwortet worden, dass eine solche stets 10 000 kg umfasse, es sei denn, dass es üblich gewesen sei, dass Empfänger immer 5000 kg bezogen habe.

Dem von der Braunschweigischen Kreditanstalt gestellten Antrage, die vierprozentigen Braunschweigischen Leihhaus-Landesschuldverschreibungen zur Kursnotirung zuzulassen, ist entsprochen worden.

Die für das Herzogthum aufgestellte Produktionsstatistik ist einer Revision unterzogen und wird demnächst zur Versendung an Behörden, Konsulate etc. gelangen.

Die beschlossene Umlegung der Bureauräume ist erfolgt.

In der Kleinhandelsfrage hat in Magdeburg eine Kommissions-sitzung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern statt-

gefunden, bei der sich diese dem von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig aufgestellten Arbeitsplane anschlossen haben.

Bezüglich des 8 Uhr-Ladenschlusses wird zur Zeit eine nochmalige Umfrage veranstaltet, um auch formell die erforderliche Zustimmung aller Betheiligten für die gestellten Anträge beibringen zu können.

Auf Antrag der Firma Denecke & Himmel hat die Handelskammer eine Kommission eingesetzt, welche die gegen die Firma aus Anlass ihrer Privatbeleidigungsklage gegen den Oberamtmann Langenstrassen erhobenen Angriffe — die Firma verwende zu ihrer Fabrikation minderwerthiges dänisches Fleisch — des näheren untersuchen soll. Die Kommission, bestehend aus den Handelskammer-Mitgliedern Herren Leo und Baumgarten und dem Rentner Herrn Kiene berichtet, dass sie nach Einsichtnahme der Geschäftsbücher, Korrespondenzen etc., durchaus den Eindruck gewonnen habe, dass die Firma Denecke & Himmel bona fide gehandelt hat. Die Handelskammer hält es jedoch bei der Wichtigkeit dieser für die ganze Wurstindustrie des Herzogthums bedeutsamen Frage für angebracht, dass eine Kommission nach Dänemark geschickt würde zur eingehenden Feststellung der bei der Fleischausfuhr in Betracht kommenden Zustände.

Nach Erlass der Tagesordnung ist noch eingetroffen:

1. Ein Gesuch der chemischen Fabrik von Heyden in Dresden-Radebeul mit der Bitte, gegen den Gesetzentwurf, betreffend den Verkehr mit künstlichen Süsstoffen, Stellung zu nehmen. Die Kammer nimmt denselben Standpunkt ein wie bei dem Antrage der Firma Fahlberg, List & Co. (siehe »Monatsschrift für Handel und Industrie No. 11 S. 280).

2. Ein Schreiben der Handelskammer zu Magdeburg über Maassnahmen zur Beseitigung der Schiffsdiebstähle und Hehlereien im Stromgebiete der Elbe. Der Ausschuss wird ermächtigt, diese Frage zu prüfen.

Im Anschluss an den Geschäftsbericht macht Herr Kommerzienrath Gutkind Mittheilung über seine Theilnahme an einer Bezirkseisenbahnrathe-Sitzung. Er habe aus derselben den Eindruck gewonnen, dass die Behörde in keiner Weise ein Entgegenkommen gegenüber den von der Handelskammer gehegten Wünschen zeige.

Zu der Ladenschlussfrage berichtet Herr Baumgarten, dass bei dem jetzigen 9 Uhr-Schluss es unmöglich sei, dem Geschäftspersonal die elfstündige Ruhezeit zu gewähren und dass gegen diese Bestimmung seitens der meisten Geschäftsinhaber vergangen werde. Man müsse unter allen Umständen danach trachten, den 8 Uhr-Ladenschluss zu erreichen, oder es müsse auf gesetzlichem Wege die elfstündige Ruhezeit in eine zehnstündige umgewandelt werden.

II. Antrag, betreffend die Anwendung des Maximal- und Minimaltarifes für die Zollbehandlung in Deutschland.

1. Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Lemmer.
2. Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt.

Referent und Korreferent rekapituliren kurz ihre Ansichten über diese Frage und verweisen wir auf die diesbezüglichen Ausführungen in der vorigen Nummer der Monatsschrift.

Die Versammlung fasst folgende Resolution:

1. Mit Rücksicht darauf, dass die an der Ausfuhr betheiligte Industrie und der Handel nur dann eine weiterblickende Thätigkeit entfalten können, wenn sie zu den verschiedenen Ausfuhrländern in ein dauernd gesichertes Verhältniss gebracht werden, hält die Handelskammer den Abschluss möglichst langfristiger Verträge für die erste und wichtigste Aufgabe bei dem Abschluss der künftigen Handelsverträge.
2. Die Handelskammer hat keine grundsätzlichen Bedenken dagegen, dass der Landwirthschaft zur Besserung ihrer allgemeinen Lage ein mässig erhöhter Schutz gewährt wird, sie hält es aber für sehr bedenklich, wenn die deutschen Unterhändler von vornherein auf bestimmte Minimal- oder Maximalsätze gebunden werden. Sie ist vielmehr der Ansicht, dass an dem jetzigen bewährten Systeme eines Generaltarifs unter Beibehaltung des Prinzips der Meistbegünstigung festzuhalten ist.

III. Berathung über das in Vorbereitung befindliche Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig.

Berichterstatter: Herr Hofzimmermeister Gerecke.

Nach § 2 der Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig können die erforderlichen weiteren baupolizeilichen Vorschriften nach Bedürfniss der einzelnen Gemeinden auf statutarischem Wege erlassen werden.

Die Stadt Braunschweig hat im Anschluss an diesen Paragraphen ein Statut aufgestellt, das im Entwurf fertig vorliegt. Dieser Entwurf aber, so weist Referent nach, enthalte in einer Anzahl von Paragraphen schwere Schädigungen für Handel und Industrie. Deshalb ist erforderlich, schon jetzt Einspruch gegen denselben zu erheben.

Die Versammlung äussert sich folgendermaassen:

Die Handelskammer würde es für sehr bedenklich halten, wenn die Gemeinden in einer über die Absicht der Landesbauordnung hinausgehenden Weise die baupolizeilichen Bestimmungen für die industriellen, handwerksmässigen und kommerziellen Unternehmungen noch verschärfen würden. Sie hat in dieser Beziehung schon jetzt gegen einzelne Bestimmungen der im Entwurfe vorliegenden Bauordnung für die Stadt Braun-

schweig schwerwiegende Bedenken zu erheben, deren Berücksichtigung sie für unerlässlich hält, wenn die für die Steuerkraft der Gemeinden wichtige Entwicklung der gewerblichen Thätigkeit nicht in ihren Lebensbedingungen gehemmt werden soll.

Sie legt daher den beteiligten Gemeindeverwaltungen dringend ans Herz, vor Erlass der Bauordnungen auch den sachverständigen Beirath von Gewerbetreibenden zu hören und erklärt sich auch ihrerseits gern bereit, vorkommendenfalls in eine Begutachtung der Entwürfe einzutreten.

IV. Mitwirkung der Handelskammern bei Führung der Handelsregister. (Grenze des Kleinhandelsgewerbes.)

Berichterstatter: Der Assistent Dr. Senholdt.

Referent führt eingangs aus, dass die Frage, wie der Gewerbebetrieb des Minderkaufmanns (Kleingewerbe) gegenüber dem des Vollkaufmanns abzugrenzen sei, besonders aktuell geworden ist seit dem Inkrafttreten des Handelsgesetzbuches vom 10. Mai 1897.

Während das alte Handelsgesetzbuch drei Klassen von Handelsleuten minderen Gewerbebetriebes oder von sogenannten Minderkaufleuten unterschieden hat, nämlich:

1. Trödler, Höker, Hausirer und dergleichen Kaufleute minderen Gewerbebetriebes,
 2. gewöhnliche Fuhrleute und Schiffer,
 3. Wirthe (auch mit grösserem Gewerbebetriebe),
- die bezüglich ihrer rechtlichen Stellung zu Zweifeln keine Veranlassung gegeben haben, führt das neue Handelsgesetzbuch ausser den Handwerkern nur eine einzige Klasse auf:

»Personen, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht«.

Nähere Erläuterungen hinsichtlich des Begriffes Umfang giebt das Handelsgesetzbuch nicht, es stattet jedoch die Landesregierungen mit der Befugniss, »Bestimmungen zu erlassen, durch welche die Grenze des Kleingewerbes auf der Grundlage der nach dem Geschäftsumfange bemessenen Steuerpflicht oder in Ermangelung einer solchen Besteuerung nach anderen Merkmalen näher festgesetzt wird,« aus.

Zur Ergänzung dieser, den Landesregierungen ertheilten Befugniss bestimmt ferner das Reichsgesetz über die Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit in § 126, »dass die Organe des Handelsstandes verpflichtet sind, die Registergerichte behufs der Verhütung unrichtiger Eintragungen, sowie behufs der Berichtigung und Vervollständigung des Handelsregisters zu unterstützen«.

Von der ihnen durch das Handelsgesetzbuch zugewiesenen Befugniss, durch Erlass besonderer Bestimmungen die Grenzen des Kleingewerbes näher zu fixiren, haben die Landesregierungen, so bemerkt Referent weiter, in Uebereinstimmung mit der Ansicht namhafter Handelsrechtslehrer keinen Gebrauch gemacht, weil

man befürchtete, durch Aufstellung bestimmter, einheitlicher Grundsätze bei Abgrenzung des Kleingewerbes nicht im Sinne des Gesetzes zu verfahren.

Dagegen haben die Regierungen der meisten grösseren Bundesstaaten die näheren Bestimmungen über die Organe des Handelsstandes bei Führung der Handelsregister getroffen, so Preussen, Bayern, Sachsen.

Es fragt sich nun, ob die jetzige juristische Behandlung dieser Materie für die Zukunft genügen wird, ob sich nicht auf dem Gebiete des für den Handelsstand so wichtigen Firmenwesens u. s. w. Unzuträglichkeiten herausstellen werden, die auf eine Beseitigung hindrängen.

Es ist daher von den Handelskammern die Frage aufgeworfen, ob die Landesregierungen ersucht werden sollen, die näheren Bestimmungen zur Abgrenzung des Kleingewerbes, zu deren Erlass sie nach dem Handelsgesetzbuche befugt sind, auch wirklich zu treffen, oder ob eventuell auf eine Abänderung des § 4 HGB. hinzuwirken ist.

Eine grosse Reihe von Handelskammern hat sich bereits über diese Frage geäussert. So u. A.:

Kassel: Als Vollkaufleute sind bedingungslos nur die zu den Gewerbesteuerklassen I und II veranlagten Handelsgewerbetreibenden anzusehen, die von der Gewerbesteuer überhaupt befreiten Betriebe dagegen bedingungslos als Minderkaufleute. Zweifelhaft ist die fragliche Eigenschaft innerhalb der Gewerbesteuerklassen III und IV. Hier empfiehlt sich, die einen Steuersatz von weniger als 15 Mk. (Mittelsatz der Klasse IV) zahlenden Handelsgewerbetreibenden gleichfalls als Minderkaufleute gelten zu lassen, bei den höher Veranlagten dagegen die Entscheidung von dem Einverständniss zwischen den Handelsvertretungen und den Registerrichtern abhängig zu machen. Für die letzteren Betriebe sind somit weitere Momente zur Begründung der Vollkaufmannseigenschaft von Fall zu Fall geltend zu machen.

Strassburg: Im Interesse der Sicherheit des Verkehrs ist es wünschenswerth, dass der Kreis der Kaufleute, denen die Erfüllung sämtlicher handelsrechtlicher Verpflichtungen obliegt, so weit wie möglich gezogen wird. Der Erlass allgemeiner Bestimmungen zur Festsetzung der Grenze des Kleingewerbes kann nicht befürwortet werden.

Bayreuth: Die Handelskammer vermag den Erlass allgemeiner Bestimmungen zur Festsetzung der Grenze des Kleingewerbes nicht zu befürworten. Sie ist der Ansicht, dass der Kreis der Vollkaufleute möglichst weit zu ziehen ist, insbesondere giebt sie dem Wunsche Ausdruck, dass der § 2 HGB. auf eine möglichst grosse Anzahl von Handwerkern angewendet und in zweifelhaften Fällen die Handels- und Gewerbekammer vom Registerrichter um Aufschluss ersucht werde.

Grundsätzlich sind nach Ansicht der Handelskammer in das Handelsgewerbe einzuziehen:

1. sämtliche Gewerbetreibende, bei denen ein Handel von einiger Bedeutung mit Waaren, die nicht im eigenen Betriebe hergestellt sind, stattfindet;
2. alle Gewerbetreibende, bei denen die zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe einen wesentlich höheren Werth ausmachen als die Arbeitslöhne.

Potsdam: Die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches ermöglichen nicht, das Kleingewerbe vom kaufmännisch eingerichteten Gewerbebetriebe in klarer Weise abzugrenzen. Da eine durch die Verhältnisse gegebene natürliche und feste Grenze zwischen Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches und Kleingewerbetreibenden überhaupt nicht besteht und nicht bestehen kann, so wird auf alle Fälle eine willkürliche mechanische Trennung beider Klassen eintreten. Eine derartige mechanische Trennung kann nicht dem Ermessen jedes Registerrichters überlassen bleiben, und deshalb erscheint es nothwendig, dass die Grenzen des Kleingewerbes bezüglich der Eintragung in das Handelsregister näher festgesetzt werden.

Brandenburg: Die Handelskammer hält die Abgrenzung des Kleingewerbes im Sinne des § 4 HGB. nach allgemeinen Bestimmungen für unmöglich, und deshalb die Entscheidung von Fall zu Fall wie bisher für zweckmässig.

München: Die Handelskammer ist der Ansicht, dass nur von Fall zu Fall festgestellt werden kann, welche Betriebe als Kleingewerbe im Sinne des § 4 HGB. zu erachten sind, sie sieht der richterlichen Entscheidung über diese Frage um so vertrauensvoller entgegen, als bei etwaigen Zweifelsfällen in Gemässheit des Gesetzes über die Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 126) die Organe des Handelsstandes zur Unterstützung der Registergerichte berufen und auch gegen deren Entscheidungen Beschwerde zu erheben befugt sind.

Die meisten haben sich hiernach gegen den Erlass besonderer Bestimmungen ausgesprochen. Von denen, die für eine Abgrenzung des Kleingewerbes im Wege landesgesetzlicher Verordnung eintreten, ist die Handelskammer Potsdam erwähnt, die aber mit ihrer Ansicht ziemlich vereinzelt dasteht.

Auch der Verband mitteldeutscher Handelskammern hat die Frage aufgegriffen und die Handelskammer Dessau mit einer Umfrage über die Stellungnahme der dem Verbands angehörigen Handelskammern zu der Frage der Abgrenzung des Kleingewerbes beauftragt. In Ausführung dieses Auftrages ist von der Handelskammer Dessau ein Fragebogen versandt.

Referent verliest alsdann die darin enthaltenen Fragen und theilt mit, wie dieselben im Einzelnen von der Handelskammer beantwortet sind.

Die Versammlung erklärt ihr Einverständniss hiermit und beschliesst ferner, eine Eingabe an das Ministerium zu richten, in der vorgeschlagen werden soll, die Grenze zwischen Klein- und Grossbetrieb auf Grund des § 4 Abs. 3 HGB. durch Landesgesetz festzulegen und als solche den Gewerbesteuerbetrag von 36 Mk. anzunehmen, da mit demselben die Beitragspflicht zur Handelskammer beginnt. Es bleibt jedoch im einzelnen Falle dem Geschäftsinhaber resp. Registerrichter unbenommen, auch bei einer Gewerbesteuer unter 36 Mk., wenn der Geschäftsbetrieb über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht, die Eintragung im Firmenregister zu bewirken.

V. Antrag, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Schlichtung von Streitigkeiten bei der Kursnotirung hiesiger Werthpapiere,

VI. Antrag, betreffend das private Ausstellungswesen,

VII. Antrag, betreffend die Reinhaltung der Gewässer,
werden von der Tagesordnung abgesetzt.

VIII. Antrag, betreffend die Vorschriften für die Probenahme von Getreide und Mühlenfabrikaten.

Berichterstatte: Herr Fabrikbesitzer Himmel.

Von der Handelskammer zu Magdeburg ist eine Vorschrift über die Probenahme von Getreide, Oelsaaten, Hülsenfrüchten und Erzeugnissen der Getreidemühlen, ausschliesslich Kleie, ausgearbeitet und der Handelskammer zur eventuellen Abänderung übersandt.

Von den Interessenten, die um eine Begutachtung dieses Entwurfes gegangen waren, sind einige Abänderungsvorschläge gemacht, vornehmlich bezüglich der Festsetzung der Gebühren. Referent hält diese zum Theil für zu hoch gegriffen.

Er empfiehlt im Allgemeinen die Annahme der Magdeburger Vorschläge, jedoch mit der Maassgabe, dass den Probenehmern Ersatz der Fahrkosten für Reisen ausserhalb des Bezirks zu gewähren sei (zu § 23 II der Magdeburger Vorschrift).

Die Versammlung beschliesst demgemäss.

IX. Antrag, betreffend die Revision des neuen Börsengesetzes, insbesondere die Beseitigung der Bestimmungen über die Börsentermingeschäfte.

Berichterstatte: Herr Kommerzienrath Gutkind.

Die Handelskammer zu Frankfurt a. M. hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der unter ausführlicher Begründung um eine Revision des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896,

insbesondere der Bestimmungen über den Börseterminhandel gebeten wird.

In Bezug hierauf führt Referent aus, dass durch den Umstand, dass nur ein Theil der Bankfirmen sich in das Börsenregister hat eintragen lassen, ein grosser Theil der an der Börse abgeschlossenen Geschäfte rechtsunverbindlich ist und demzufolge eine Anfechtung derselben keineswegs zu den Seltenheiten gehört. Personen, deren Spekulationen ungünstig auslaufen, missbrauchen das ihnen entgegengebrachte Vertrauen in grober Weise, indem sie sich auf den Buchstaben des Gesetzes stützen und den Einwand der rechtlichen Unverbindlichkeit erheben.

Auch gegenüber bestellten Sicherheiten und abgegebenen Schuldanerkennnissen, bei denen die übernommenen Verpflichtungen klar zu Tage treten, ist dieser Einwand geltend gemacht, da nach der ausdrücklichen Gesetzesbestimmung die Unwirksamkeit sich auch auf »die bestellten Sicherheiten und abgegebenen Schuldanerkennnisse« erstreckt.

Derartige Bestimmungen sind geeignet, Treu und Glauben im Handel zu erschüttern, und die Folge dieser misslichen Verhältnisse ist ein Zustand der Rechtsunsicherheit für die Börsen- und Bankkreise, der dringend Abhilfe erheischt.

Referent schlägt vor, sich dem Frankfurter Antrage anzuschliessen und an die Braunschweigische Staatsregierung die Bitte zu richten, durch den Bundesrathsbevollmächtigten für eine Revision der betreffenden Bestimmungen zu wirken.

Demgemäss wird beschlossen.

X. Antrag des Deutschen Bundes für Handel und Gewerbe (Leipzig), betreffend das Ausverkaufsunwesen.

Berichterstatter: Der Vorsitzende (an Stelle des behinderten Herrn Tielecke).

Der Deutsche Bund für Handel und Gewerbe, Sitz in Leipzig, wendet sich in einer Eingabe an die Handels- und Gewerkekammern in Deutschland mit der Bitte, sein Gesuch an den Reichstag, Regelung des Ausverkaufsunwesens betreffend, zu unterstützen.

Die Handelskammer ist der Ansicht, dass eine Beseitigung der vorhandenen Missstände erwünscht ist, wobei jedoch Sorge zu tragen ist, dass das reelle Geschäft keinen Schaden erleidet. Indess sieht sie davon ab, in eine besondere Berathung der für die Regelung des Ausverkaufsunwesens gemachten Vorschläge einzutreten, da, wie verlautet, bereits an amtlicher Stelle die Aufstellung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes in Angriff genommen ist.

Schluss der Sitzung 2 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

Der Vorsitzende:

Jüdel.

Der Protokollführer:
Dr. W. Schmidt.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Nachsendung von Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapieren aus dem Ortsverkehre in den Fernverkehr.

Die Handelskammer hat auf eine Anfrage des Kaiserlichen Postamts hieselbst sich dahin geäußert, dass es zweckdienlich sein würde, Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapiere, die nach der Ortstaxe frankirt sind, von der Nachsendung in den Fernverkehr auszuschliessen und an die Absender zurückzugeben — oder, wenn diese aus den offenen Sendungen nicht zu ersehen sind, als unanbringlich zu behandeln.

Gültigkeit der Rückfahrkarten Braunschweig-Bernburg über Cöthen.

Die Handelskammer hat bei der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg den Antrag gestellt, es möge den Rückfahrkarten Braunschweig-Bernburg auch Gültigkeit für die Strecke Bernburg-Cöthen verliehen werden.

Auf diesen Antrag ist von der Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg die Antwort ertheilt, dass vom 1. Januar 1901 ab für den Verkehr von Braunschweig-Hauptbahnhof nach Bernburg Rückfahrkarten mit dreitägiger Gültigkeitsdauer zum Preise von I. Klasse 18,40 Mk., II. Klasse 13,80 Mk., III. Klasse 9,20 Mk. mit wahlweiser Gültigkeitsdauer über Magdeburg-Cöthen, oder Güsten, oder über Grizehne Halberstadt-Giersleben eingeführt werden sollen. Den zur Zeit bestehenden Rückfahrkarten ohne Preiserhöhung auch Gültigkeit über den Umweg Magdeburg-Cöthen beizulegen, sei nach den maassgebenden Bestimmungen nicht angängig.

Vereidigte Zuckerprobezieher.

Die Kaufleute Carl Fasterling und Erich Heyne von hier sind nach erfolgter Vereidigung und Verpflichtung auf die erlassenen Vorschriften für die Probenahme von Rohzucker in die Liste der vereidigten Probezieher eingetragen.

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Burgwedel, Bergen bei Celle, Reinbeck und Hoppegarten (Mark) andererseits ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt nach Burgwedel und Bergen bei Celle 50 Pfg., nach Reinbeck und Hoppegarten 1 Mk. (Br. Anz.)

Ermässigung von Post- und Fernsprechgebühren.

Der Staatssekretär des Reichs-Schatzamts sagte am 10. Dezember im Reichstage: »Wir haben bei der Reichspost für das laufende Jahr voraussichtlich mit einem starken Minderüberschuss zu rechnen, der für die Postgemeinschaft sich auf 15 Millionen, für das ganze Reich, also mit den entsprechenden Ausgleichsbeträgen von Bayern und Württemberg, auf rund 18 Millionen beziffern wird. Das verschlingt also fast Alles, was einzelne Steuern mehr gebracht haben. Die Hälfte jener 15 Millionen Ausfall, die ich Ihnen soeben nannte, ist allerdings ein einmaliger Ausfall: es ist die Entschädigung der aufgehobenen privaten Postanstalten. Die andere Hälfte der 15 Millionen ist dagegen zu rechnen auf die Herabminderung verschiedener Portosätze und auf die Verbilligung der Fernsprechgebühren in kleineren Orten. Gerade diese letztere Verbilligung hat eine starke Zunahme der Anträge auf telephonischen Anschluss hervorgerufen und hat dadurch, da die Reichs-Postverwaltung solchen Anträgen zu entsprechen hat, beträchtlich höhere Telegraphenbaukosten verursacht. Wie sich innerhalb dieser letzteren 7½ Millionen die einzelnen Portoermässigungen, also beispielsweise die Erhöhung des einfachen Briefgewichts auf 20 g, die Ermässigung der Stadtpostsätze und Aehnliches, zu einander stellen, ein wie grosser Theil des Ausfalls auf jede dieser einzelnen Maassnahmen zu setzen ist, das lässt sich nicht berechnen.«

(H. u. G.)

Aichung der Fässer.

Wie die Kaiserliche Normalaichungskommission mittheilt, ist aus Interessentenkreisen für den Fall der Einführung der periodischen Nachaichung auch eine Erweiterung des Artikels 12 der Maass- und Gewichtsordnung in Anregung gebracht worden, der Art, dass der Aichzwang für Fässer, der bisher nur für den Weinhandel besteht, auf den Handel mit anderen Flüssigkeiten, etwa Bier, Obstwein, Trinkbranntwein, Petroleum, Spiritus und Oel ausgedehnt wird.

Die Handelskammern zu Mainz am 30. November und zu Harburg am 3. Dezember, sowie die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin am 26. November erklärten, dass Bier und Trinkbranntwein allgemein nach Maass gehandelt und schon jetzt fast ausschliesslich nur in geaichten Fässern geliefert würden, und dass eine Ausdehnung des Aichzwangs auf den Handel mit diesen Flüssigkeiten als nothwendig und zweckmässig zu empfehlen sei. Dagegen liege ein Bedürfniss zur Ausdehnung des Aichzwangs auf den Handel mit Petroleum, Spiritus und Oel nicht vor, denn diese Flüssigkeiten würden fast ausschliesslich nach Gewicht gehandelt und eine Ausdehnung des Aichzwangs auf diese Flüssigkeiten würde deshalb nur als eine unnöthige Belästigung und Erschwerung des Handels zu erachten sein.

Die Handelskammer zu Strassburg erklärte sich am 6. Dezember mit der Ausdehnung des Aichzwangs im Handel mit Bier, Obstwein, Trinkbranntwein und Spiritus einverstanden, konnte jedoch für Petroleum und Oel, welche im Grossen nur nach dem Gewicht gehandelt werden, ein solches Bedürfniss nicht anerkennen.

(H. u. G.)

Rechtsprechung.

Ein hiesiger Kaufmann, der im August 1898 von einer auswärtigen Firma für 592 Mk. 3 Pfg. Kaffee gekauft und geliefert erhalten hatte, stellte der Firma sofort nach der Lieferung den Kaffee, als nicht probemässig zur Verfügung, erklärte sich jedoch zugleich bereit, den Kaffee bei Gestattung eines Preisabzuges von 2 Pfg. für das Pfund, im Ganzen von 13 Mk. 85 Pfg., zu behalten. Nach längeren brieflichen Verhandlungen übersandte dann der Kaufmann am 29. November 1898 der Firma ein Wechselaccept über 578 Mk. 28 Pfg. und theilte hierbei brieflich mit, dass er, wenn die Firma das Accept behielte, deren Einverständniss mit dem erwähnten Preisabzuge annehmen würde. Die Firma behielt nun zwar das Accept und schrieb die Wechselsumme dem Konto des Kaufmanns gut, erwiderte ihm aber am 1. Dezember 1898, sie sei mit dem Abzuge von 2 Pfg. für das Pfund nur unter der Bedingung einverstanden, dass der Kaufmann ihr binnen zwei Monaten einen neuen nennenswerthen Auftrag ertheile. Da der Kaufmann hierauf weder antwortete, noch der Firma während der nächsten Monate einen neuen Auftrag ertheilte, so verklagte ihn die Firma auf Zahlung der abgezogenen 13 Mk. 85 Pfg. Das Gericht hat die erhobene Klage abgewiesen; die Firma hätte, wenn sie den Vergleichsvorschlag des Kaufmanns vom 29. November 1898 ablehnen oder nur bedingt annehmen wollte, das ihr übersandte Wechselaccept zurückschicken müssen. Das Behalten des Accepts müsse nach den Grundsätzen von Treue und Glauben als Annahme des Vergleichsvorschlages des Kaufmanns betrachtet werden. Demnach habe der Kaufmann recht gethan, die von der Firma in ihrem Briefe vom 1. Dezember 1898 noch gestellte Bedingung unbeachtet zu lassen.

(Br. Anz.)

Die Behandlung der Abschreibungen bei Aktiengesellschaften in steuerrechtlicher Hinsicht.

Der Verein der Industriellen Pommerns und der benachbarten Gebiete versendet an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben:

»Bei der Veranlagung von Aktiengesellschaften zu der Einkommens- und Gewerbesteuer ist seitens der Veranlagungskommission vielfach über die Ueberschüsse, welche als Aktienzinsen oder Dividenden vertheilt werden, hinausgegangen worden, indem auch die Abschreibungen als steuerpflichtig herangezogen wurden, soweit sie unterhalb der Grenze stattfanden, welche nach Ansicht der Veranlagungskommission den zeitlichen Werth der Fabrikanlage darstellte.

Gegen dieses Einschätzungsverfahren ist seitens einiger Mitglieder unseres Vereins Berufung bei der Königlichen Regierung zu Stettin eingelegt worden und gegen die hier ergangene abweisende Entscheidung Beschwerde beim Königlichen Oberverwaltungsgerichte erhoben worden.

Die Entscheidung über diese Beschwerden ist je nach dem zuständigen Senat des Oberverwaltungsgerichtes verschieden ausgefallen: soweit sie die Veranlagung zur Gewerbesteuer betraf, ist die Beschwerde als begründet anerkannt, soweit sie sich aber gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer richtete, ist sie als unbegründet zurückgewiesen worden.

Die in diesen von einander abweichenden Entscheidungen zum Ausdruck kommende Verschiedenheit in den Grundsätzen der verwaltungsrechtlichen Beurtheilung trifft eine Frage, die nicht nur ein materielles Interesse für die in der Betriebsform der Aktiengesellschaft arbeitenden Industrien hat, sondern auch von grundsätzlicher Bedeutung für das Verfahren bei Aufstellung der Bilanzen von Aktiengesellschaften und deshalb von grosser Tragweite für die Sicherheit des in solchen Unternehmungen angelegten Kapitals der breitesten Volkskreise ist.

Wir glauben deshalb, im Sinne unserer Mitglieder und im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zu handeln, wenn wir ein einheitliches Vorgehen unserer Mitglieder in der Frage der Heranziehung der Abschreibungen zur Steuerveranlagung anregen und ermöglichen, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen.

Ergänzend sei hier bemerkt, dass nach dem Einkommensteuergesetze für Preussen vom 24. Juni 1891 nach § 9 Abs. 5 von der Steuer befreit sind:

»Die regelmässigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen, Betriebsgeräthschaften u. s. w., soweit solche nicht bereits unter Betriebsausgaben verrechnet sind und soweit dieselben nicht übergebühlich vorgenommen sind«.

Im Königlich-Sächsischen Einkommensteuergesetze vom 24. Juli 1900 heisst es § 21 Abs. 4:

»Bei Handel- und Gewerbetreibenden, welche den Vorschriften des Handelsgesetzbuches entsprechende Bücher führen, ist der Reingewinn nach den Grundsätzen zu berechnen, wie solche für die Inventur und Bilanz durch das Handelsgesetzbuch bestimmt sind und sonst dem Gebrauche eines ordentlichen Kaufmanns entsprechen.

Insbesondere gilt dies einerseits von dem Zuwachse des Anlagekapitals und andererseits von den regelmässigen jährlichen Abschreibungen, soweit sich solche als eine angemessene Berücksichtigung der Werthverminderung darstellen.

Die Steuerbehörde ist sohin berechtigt, die Abschreibungen auf ihre Angemessenheit zu prüfen und hierbei Sachverständige zur Feststellung des Gebrauches bezw. der Angemessenheit der Absetzung heranzuziehen. (A. f. H. u. K.)

Deutsche Kabel.

1. Deutsche Kabel in Ostasien.

Durch das am 4. Oktober 1900 dem Betriebe übergebene Kabel Tsingtau-Tschifu hat das Kiautschaugebiet eine von den chinesischen Landlinien unabhängige Telegraphenverbindung erhalten, mittelst welcher der Anschluss an das internationale Kabelnetz möglich geworden ist.

Unter Benutzung des von Tschifu nach Taku gelegten englisch-dänischen Kabels ist ein telegraphischer Nachrichtenaustausch zwischen Tsingtau und Peking möglich, denn von Tsingtau nach Peking haben die in China operirenden Truppen einen Draht geschaffen und in der sumpfigen Niederung des Peiho wird der telegraphische Verkehr durch Marconi-Apparate mit bestem Erfolge vermittelt.

2. Der Verkehr auf dem deutsch-amerikanischen Kabel.

Der seit Anfang September 1900 unterhaltene Verkehr entwickelt sich über alle Erwartungen günstig.

Während sonst in der Regel neue Verkehrswege nur langsam den andere Bahnen gehenden Verkehr an sich ziehen, hat der neue telegraphische Verkehr über Emden

und die Azoren von den ersten Tagen nach seiner Eröffnung an, sich eines ungemein lebhaften Zuspruches zu erfreuen gehabt.

Sowohl von der deutschen wie von der amerikanischen Handelswelt wird das neue Kabel mit Vorliebe benutzt. (A. f. H. u. K.)

Preisnotirung für Zeitgeschäfte in Waaren.

[Centralblatt für das Deutsche Reich, vom 19. Oktober 1900 (herausgegeben vom Reichsamt des Innern).]

In Ziffer 24 der Ausführungsbestimmungen vom 14. Juni 1900 ist bestimmt, dass die Bundesregierungen feststellen, für welche Waaren an den einzelnen Börsen Terminpreise oder Preise für Zeitgeschäfte, im Sinne der Tarifnummer 4b des Gesetzes ($\frac{1}{10}$ $\frac{0}{100}$ Stempelabgabe), notirt werden.

Wie im Centralblatte mitgeteilt wird, ist nun von den Bundesregierungen folgende Feststellung getroffen worden:

Terminpreise oder Preise für Zeitgeschäfte werden notirt an der Börse: in Berlin für Weizen, Roggen, Hafer, Mais, Roggenmehl, Rüböl und Spiritus; in Magdeburg für Rohzucker; in Hamburg für rohen Kartoffelspirit; good average Santos; Rüben-Rohzucker und nordamerikanische Baumwolle (Basis middling; nicht unter low-middling). (A. f. H. u. K.)

Aus dem Reichsgesetzblatte.

No. 54 vom 24. November 1900.

(No. 2732) **Bekanntmachung, betreffend die Ausserkurssetzung der Vereinsthaler österreichischen Gepräges** (8. November 1900).

§ 1. Die in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1867 geprägten Vereinsthaler und Vereinsdoppelthaler gelten vom 1. Januar 1901 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

Es ist von diesem Zeitpunkte ab ausser den mit der Einlösung beauftragten Kassen Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

(A. f. H. u. K.)

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(November.)

Wurst und Fleischwaaren.

Das gelinde, nasse Wetter war für die Fabrikation von Dauerwaare noch wenig geeignet. Diejenigen Fabriken, welche zu ihren Schlachtungen noch leichtere Schweine verwandten, haben durchweg mit gutem Erfolge gearbeitet und eine befriedigende Dauerwurst auf Lager bekommen; während diejenigen Fabriken, welche zu früh schwere, gemästete Schweine geschlachtet haben, deren erfolgreiche Verwendung nur bei einer dem Gefrierpunkte nahen Temperatur geschehen kann, nicht so befriedigend fabrizirt haben.

Für Speck ist grosse Nachfrage gewesen und hat den Anforderungen kaum entsprochen werden können.

Der Geschäftsgang war im Allgemeinen gut und wäre ganz vorzüglich gewesen, wenn schon frühzeitiger zuverlässigere Dauerwaare hätte an den Markt gebracht werden können.

Die Schweine sind wider Erwarten hoch im Preise geblieben und ist auch wohl kaum auf einen Rückgang derselben zu rechnen.

Denecke & Himmel.

Konserven.

Das Geschäft liegt augenblicklich sehr still, denn die Kundschaft ist befriedigt und jetzt auch durch das Weihnachtsgeschäft zu sehr in Anspruch genommen, um sich um den Einkauf bekümmern zu können.

Das Hauptinteresse der Fabrikanten ist daher auf die Rohabschlüsse für die nächste Kampagne gerichtet. Die Preise für Rohspargel haben wieder eine erhebliche Steigerung erfahren und zwar die erste Sortirung um ca. 10 $\frac{0}{0}$, die zweite Sortirung um ca. 5 $\frac{0}{0}$ und die dritte Sortirung um ca. 8 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{0}$, und haben damit die letzteren Sortirungen eine Höhe erreicht, welche noch niemals auch nur annähernd erreicht wurde. Hoffentlich erleidet der Konsum in Spargel in Folge dieser hohen Preise keinen Rückgang. Einer Befürchtung in dieser Beziehung kann man sich jedenfalls nicht verschliessen und um so weniger, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse einen Rückgang erfahren sollten. Unter gegenwärtigen Verhältnissen scheint es daher geboten zu sein, sich mit der Fabrikation in massigen Grenzen zu bewegen.

In Erbsen und Bohnen sind die Rohpreise unverändert geblieben.

A. W. Querner.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Wilh. Büttner, Inhaber: Emil und Albert Büttner, Cigarrengeschäft mit Fabrikation, offene Handelsgesellschaft, Stadtoldendorf. Inhaber: Kaufleute Emil und Albert Büttner.
2. Louise Zoch, Handel mit Handschuhen, Kravatten und Weisswaaren, Holzminden. Inhaberin: Fräulein Louise Zoch.
3. Hieronymus Wentzel, Tabak-, Cigarren- und Weinhandlung, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Hieronymus Wentzel.
4. Heinrich Timmermann, Baugeschäft und Dampfziegelei, Holzminden. Inhaber: Bauunternehmer Heinrich Timmermann.
5. Carl Tacke sen., Brennholz-Handel, Holzminden. Inhaber: Holzhändler Carl Tacke sen.
6. Richard Schmidt, Frucht-, Fisch- und Delikatess-Handlung, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Richard Schmidt.
7. Louis Schmidt, Konditorei-Geschäft, Holzminden. Inhaber: Konditor Louis Schmidt.
8. Heinrich Ritterbusch, Dampfziegelei-Betrieb, Holzminden. Inhaber: Kreismaurermeister Heinrich Ritterbusch.
9. August Ritterbusch, Material-, Kolonial- und Delikatesshandlung, Holzminden. Inhaber: Kaufmann August Ritterbusch.
10. Christian Rieke, Zimmergeschäft und Holzhandel, Holzminden. Inhaber: Kreismaurermeister Christian Rieke.
11. Carl Reuber, Handel mit Zeichenmaterial und Fahrrädern, Holzminden. Inhaber: Mechaniker Carl Reuber.
12. Ernst Ohle, Möbelhandlung und Tischlerei, Holzminden. Inhaber: Tischlermeister Ernst Ohle.
13. Albert Möhle, Uhren- und Goldwaarenhandlung, Holzminden. Inhaber: Uhrmacher Albert Möhle.
14. Wilhelm Meyer, Getreide- und Kolonialwaarenhandlung, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Wilh. Meyer.

15. Ernst Kösel, Handel mit Kolonial-, Materialwaaren und Porzellan, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Ernst Kösel.
16. Theodor Kornberg, Manufakturwaaren-Handlung, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Theodor Kornberg.
17. Wilhelm Höltje, Hotelbetrieb und Weinhandlung, Holzminden. Inhaber: Hotelier Wilhelm Höltje.
18. August Höltje, Handel mit Leder und Schuhmacher-Bedarfs-Artikeln, Holzminden. Inhaber: Schuhmachermeister August Höltje.
19. Rudolf Hölbe, Handel mit Zeichenmaterialien und Fahrrädern, Holzminden. Inhaber: Mechaniker Rudolf Hölbe.
20. Adolf Helmbrecht, Kolonial- und Materialwaaren-Handlung, Holzminden. Inhaber: Bäckermeister Adolf Helmbrecht.
21. Julius Heitmann, Tabak- und Cigarrenhandlung, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Julius Heitmann.
22. Otto Hartmann, Uhren- und Goldwaaren-Handlung, Holzminden. Inhaber: Uhrmacher Otto Hartmann.
23. Curt Geifrig, Friseurgeschäft, Handel mit Kämmen, Bürsten- und Parfümerie-Waaren, Holzminden. Inhaber: Friseur Curt Geifrig.
24. August Fohrbeck, Handel mit Fahrrädern, Nähmaschinen, Kolonial- und Materialwaaren, Holzminden. Inhaber: Kaufmann August Fohrbeck.
25. Gustav Brandt, Kohlen- und Eisenwaaren-Handlung, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Gustav Brandt.
26. Johanne Bente, Delikatess- und Kolonialwaaren-Handlung, Holzminden. Inhaberin: Fräulein Johanne Bente.
27. Franz Beckedorff, Delikatesshandlung, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Franz Beckedorff.
28. Albert Beckedorff, Käsefabrikation, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Albert Beckedorff.
29. Carl Balke, Handel mit künstlichem Dünger, Holz und Kohlen, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Carl Balke.
30. Elise Meyer, Maassschneiderei und Manufakturwaarenhandel, Hoiersdorf. Inhaberin: Die Wittve des Schneidermeisters Heinrich Jacob Meyer, Elise geb. Haase.
31. Aktiengesellschaft für Holz-Import und -Export, Braunschweig. Gründer der Gesellschaft sind: Die offene Handelsgesellschaft C. Engel in Braunschweig, Kaufmann Stephan Helmecke in Braunschweig, Kaufmann Friedrich Sander in Braunschweig, Generalagent Max Helmecke in Magdeburg, Kaufmann Carl Luther in Braunschweig.
32. H. Nettelbeck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig.
33. Wilhelm Müller, Handel mit Material-, Kolonial-, Manufaktur- und Kurzwaaren, Bündheim. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Müller.
34. Johannes Prange, Handel mit Tabak und Cigarren, Bündheim. Inhaber: Kaufmann Johannes Prange.
35. Heinrich Burgdorf, Kohlenhandlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Heinrich Burgdorf.
36. Gebr. Avon, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Die Fabrikanten Oswald, Victor, Marcello, Pietro und Antonia, Gebrüder Avon.
37. Hüpke & Hesse, offene Handelsgesellschaft, Buchdruckereibetrieb, Holzminden. Gesellschafter sind die Buchdrucker Carl Hüpke und Wilhelm Hesse.
38. Karl Wilhelm Schmidt, Fabrikmäßige Herstellung von Fabrikbedarfsartikeln, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Karl Wilhelm Schmidt.
39. Adolf Lohmann, Handel mit Uhren, Gold, Silber und optischen Waaren, Holzminden. Inhaber: Uhrmacher Adolf Lohmann.

40. Emil Lohmann, Handel mit chirurgischen Gummiartikeln, Holzminden. Inhaber: Aichmeister Emil Lohmann.
41. Karl Teiwes, Handel mit Schuhwaaren, Holzminden. Inhaber: Schuhmachermeister Karl Teiwes.
42. Karl Schuler, Dampfmolkereibetrieb, Holzminden. Inhaber: Molkereibesitzer Karl Schuler.
43. August Reese, Handel mit Schuhwaaren, Holzminden. Inhaber: Schuhmachermeister Karl Reese.
44. Karl Degenhardt, Handel mit Schuhwaaren, Holzminden. Inhaber: Schuhmachermeister Karl Degenhardt.
45. Oscar Bergert, Handel mit Juwelen, Gold, Silber, Alfenide- und Galanteriewaaren, Bad Harzburg. Inhaber: Juwelier Oscar Bergert.
46. Kalkwerk Oker Adolph Willikens, Oker. Inhaber: Fabrikdirektor Adolph Willikens zu Vienenburg.
47. Waldhaus Oelper, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Oelper. Geschäftsführer sind: Brinksitzer Heinrich Sonnenberg in Oelper, Grosskothsack Christoph Köchy, daselbst, Kleinkothsack Heinrich Oppermann, daselbst.
48. Kurhotel Juliushall, Aktiengesellschaft, Bad Harzburg. Vorstandsmitglieder sind: Hotelier Louis Behnecke und Hotelier Julius Behnecke.
49. Fr. Timme & Co., Braunschweig. Durch das am 1. Juli d. J. erfolgte Ausscheiden des Kommanditisten ist die unter obiger Firma bestandene Kommanditgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft von dem Kaufmann Friedrich Timme unter der alten Firma in unveränderter Weise auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
50. Gustav Rohde, Finanzierungs-, Hypotheken-, Immobilien- und Agenturgeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Gustav Rohde.
51. Albert Richter, Handel mit Kolonialwaaren, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Albert Richter.
52. J. H. Grassau & Sohn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Geschäftsführer sind: Kaufmann August Borchers, Kaufmann Friedrich Schraube, Kaufmann Jean Schombardt.
53. Gebrüder Schliephake, Manufakturwaarengeschäft, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann Otto Schliephake.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. G. H. Krone, Braunschweig. Durch das durch Tod erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmann Erich Knauer, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Adolf Diedrichs bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
2. J. H. Stock, Buchdruckereibetrieb in Holzminden, ist in Kreisblatt für den Kreis Holzminden, General-Anzeiger, Holzmindener Zeitung und Tageblatt Hermann Stock umgeändert.
3. Mittendorf & Nette, Wolfenbüttel. Durch den Austritt des Kaufmanns Nette ist die Gesellschaft aufgelöst, Karl Mittendorf führt das Geschäft unter unveränderter Firma allein fort; das Geschäft ist am 1. Oktober 1900 mit allen Aktiven und Passiven an die Kaufleute Gebrüder Dietrich und Georg Wein abgetreten, die dasselbe unter unveränderter Firma als offene Handelsgesellschaft weiterbetreiben.
4. C. Lochte, Seesen. Der Mitgesellschafter Johannes Lochte und die Miterben der verstorbenen Mitgesellschafterin, Wittve des Kaufmanns Karl Lochte, Marie geb. Knorr, nämlich der vorgenannte Kaufmann Johannes Lochte und die unverehelichte Elsbeth Lochte, beide zu Seesen, sind in Folge gütlicher Uebereinkunft mit dem heutigen Tage aus dem Gesellschaftsverhältniss ausgeschieden und setzt der Kaufmann Wilhelm Lochte das Geschäft unter unveränderter Firma und Uebernahme sämtlicher Aktiva und Passiva fort. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst.

5. W. Kloss, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von dem bisherigen Firmeninhaber, Kaufmann August Kloss, an seinen Sohn, den Kaufmann Wilhelm Kloss, abgetreten.
6. E. Rothschild, offene Handelsgesellschaft zu Stadtoldendorf. Als neue Gesellschafter sind in die Gesellschaft aufgenommen Kaufmann Josef Ullmann und Architekt Berthold Ullmann.

3. Löschungen.

1. Wilh. Büttner, Stadtoldendorf.
2. H. Nettelbeck, Braunschweig.
3. Herm. Dehn, Harlingerode.
4. Fritz Hartmann, Wolfenbüttel.
5. Harald Bruhn und Friedrich Wreden, Braunschweig.
6. J. H. Grassau & Sohn, Braunschweig.
7. Rudolf Mentz, Schöppenstedt.

4. Prokura-Ertheilungen.

Heinrich Timmermann, Baugeschäft und Dampfziegelei, Holzminden. Den Architekten August und Heinrich Timmermann.

5. Prokuralöschungen.

1. Pfeiffer & Schmidt, Braunschweig. Kaufmann Wilhelm Rode.
2. W. Kloss, Braunschweig. Kaufmann Wilhelm Kloss.
3. Johann Ernst Polikeit, Braunschweig. Kaufmann Hermann Polikeit.
4. E. Rothschild, Stadtoldendorf. Kaufmann Josef Ullmann und Architekt Berthold Ullmann.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

Consum-Verein für Neuhaus und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Neuhaus. Vorstandsmitglieder sind z. Z. der Gemeindevorsteher Otto Ruhlender, der Glasmacher Wilh. Ruhlender und der Postagent Wilh. Junghans in Neuhaus.

2. Abänderungen.

1. Molkerei-Genossenschaft Eimen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle der am 1. August 1900 ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Wilhelm Müller und Heinrich Messerschmidt sind als solche Ferdinand Huchthausen und August Voges bestellt.
2. Aktien-Zuckerfabrik Trendelbusch. Die §§ 1, 3, 7, 9, 10, 16, 17, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 30 des Gesellschaftsvertrages sind geändert worden.
3. Molkerei Süpplingen, E. G. m. b. H. Als Ersatzmann für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Ackermann Fritz Bartels ist der Ackermann A. Schaper zu Süpplingen für die Zeit bis 1901 einschliesslich in den Vorstand gewählt.
4. Consum-Verein Stiege, E. G. m. b. H. Für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Rentner F. Kallmeyer ist der Landwirth F. Hoppe II als Kassirer gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Gustav Wenzel, Architekt und Maurermeister, Braunschweig. 30. Oktober 1900.
2. Max Aronsohn, Kaufmann, früher zu Worms, jetzt Braunschweig. 30. Oktober 1900.
3. Richard Brumme, Uhrmacher, Bündheim. 30. Oktober 1900.
4. Louis Mügge, Schlossermeister, Lesse. 1. November 1900.
5. Otto Gollnick, Kaufmann, in Firma Otto Gollnick, Braunschweig. 17. November 1900.
6. Otto Seger, Schirmfabrikant und Schuhwaarenhändler, in Firma Seger & Co., Braunschweig. 19. November 1900.
7. Robert Iser, Zimmermann Wilhelm Ohse, Bautechniker, in Firma Iser & Ohse, Braunschweig. 20. November 1900.
8. Wilhelm Nordahl, früher Photograph, jetzt Händler, Blankenburg. 20. November 1900.
9. Max Weber, Kaufmann, Bad Harzburg. 24. November 1900.

2. Aufhebungen.

1. Wilhelm Tegtmeier, Kaufmann, Kaierde.
2. Willi Schmalz, Bäckermeister, Schöningen.

Eingegangene Bücher.

Am sausenden Webstuhl der Zeit. Uebersicht der Wirkungen der Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik. Von Launhardt, Geh. Reg.-Rath, Professor an der Technischen Hochschule zu Hannover. Mit vielen Abbildungen. Geh. —,90 Mk., geschmackvoll geb. 1,15 Mk. (»Aus Natur und Geisteswelt.« Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 23. Bändchen.) Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Heute, wo wir in den Naturwissenschaften und der Technik einen alle vergangenen Zeiten weit überragenden Standpunkt einnehmen, ist ein Rückblick auf ihre Entwicklung, wie sie das vorliegende Bändchen in geistreichen Ausführungen giebt, gewiss Vielen willkommen. Indem er sie den Weltwundern der Alten gegenüberstellt, weiss der Verfasser treffend das Wesen der Wunder unserer Zeit klar zu stellen, die im Wesentlichen der Vervollkommnung des Verkehrs dienen. Vorbereitet wurden sie, wie der Verfasser im Einzelnen schildert, durch naturwissenschaftliche Entdeckungen, die die Sinne verschärfen und vervollkommen. In gleicher Weise geschieht dies dann mit den Erfindungen, die unsere Herrschaft über den Raum in ungeahnter Weise ausgebreitet haben, den modernen Schusswaffen wie den Fernrohren, den Eisenbahnen wie den Dampfschiffen und den Luftschiffen. Eine eingehende Darstellung erfährt insbesondere die Entwicklung des Eisenbahnwesens, in der die für die Beherrschung des Raumes wesentliche Einführung der Zwangsläufigkeit der Bewegung, wie sie durch das Gleis, die Röhre, den Draht und das Getriebe erreicht wird, den bedeutendsten Erfolg erzielt. Im letzten der Vorträge werden die meistens zu entgegengesetzten Erscheinungen führenden Wirkungen der Verkehrsvervollkommnung dargestellt, die in vielseitiger Weise auf wirthschaftlichem, sozialem und politischem Gebiete und auf das gesammte Kulturleben sich geäussert haben.

Ho - 1592
(11)

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 1.

Braunschweig, Januar 1901.

XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

12.52.3.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Bezirks-Eisenbahnrats-Mitglieder.

Die Handelskammer hat die bisherigen Mitglieder der Bezirks-Eisenbahnräthe und zwar für

1. den Eisenbahn-Direktionsbezirk Magdeburg Herrn Fabrikdirektor Dr. Bartz, und als dessen Stellvertreter Herrn Kommerzienrath Gutkind, beide hierselbst,
 2. für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Hannover Herrn Kommerzienrath Lemmer hier, und als dessen Stellvertreter Herrn General-Direktor C. E. Buchholz in Rübeland,
 3. für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Frankfurt a. M.-Kassel Herrn Fabrikbesitzer B. Liebold in Holzminden, und als dessen Stellvertreter Herrn Stadtrath Louis Ballin in Gandersheim
- in Vorschlag gebracht.

Ablehnung einer Zollerhöhung auf Hopfen.

Die Handelskammer hat die Eingabe der Handels- und Gewerbekammer von Mittelfranken in Nürnberg an das Reichsamt des Innern, dasselbe möge dem Antrage des Deutschen Hopfenbau-Vereins und der im wirthschaftlichen Ausschuss geschehenen Befürwortung einer Hopfenzoll-Erhöhung keine weitere Folge geben, unterstützt.

Handelsgebrauch über „franko Lieferung“.

Auf Ersuchen des Herzoglichen Amtsgerichts hierselbst hat die Handelskammer ihr Gutachten dahin abgegeben, dass unter dem Ausdrucke »franko Lieferung« allgemein nur freie Frachtsendung verstanden werde, dass dagegen Post- und Eilgutsendungen nicht unter diesen Begriff fallen. Bei letzterer Versendungsweise werde dem Empfänger in den meisten Fällen die Porto- bzw.

Eilfrachtgebühr in Rechnung gestellt. Voraussetzung sei bei diesen Ausführungen, dass die vereinbarte Lieferfrist innegehalten sei, bei einer Ueberschreitung derselben oder bei Nachsendungen sei der Empfänger berechtigt, die fracht- und portofreie Eilgut- bezw. Postsendung zu fordern.

Aufnahme von leichten Kohlenwasserstoffen in den Specialtarif I.

In der Generalkonferenz der Deutschen Eisenbahn-Verwaltungen wurde beschlossen, in den Specialtarif I folgende neue Position aufzunehmen:

»Kohlenwasserstoffe, leichte; folgende:

1. Rohbenzin aus Petroleum (Rohnaphta, rohes Petroleum-Naphta);
2. leichte Steinkohlentheeröle (Benzol, Toluol, Xylol u. s. w.), welche bei 20° C. ein specifisches Gewicht von mindestens 0,850, ab weniger als 0,950 haben;
3. Kohlenwasserstoffe (Karbure, Hydrokarbure) von der Oelfabrikation«.

Dieser Beschluss wird voraussichtlich am 1. April 1901 in Kraft treten.

Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig.

Referat des Herrn Hofzimmermeisters Gerecke, gehalten in der Plenarsitzung am 10. Dezember 1900.

Dem Auftrage der Handelskammer gemäss habe ich den Entwurf des Orts-Baustatuts für die Stadt Braunschweig dahin geprüft, inwieweit derselbe Industrie, Handel und Gewerbe ungünstiger stellt als die Landes-Bauordnung vom Jahre 1899.

Bei Gegenüberstellung der einzelnen Paragraphen ist die Landes-Bauordnung im Allgemeinen wohlwollender und mehr bereit, nach allen Seiten entgegen zu kommen.

Der Entwurf des Orts-Baustatuts schiesst in vielen Bestimmungen weit über das beabsichtigte Ziel hinaus und wird meistens zu scharf, so dass demnach schwerlich sich neue Industrielle finden werden, die gesonnen sind, mit gutem Gelde alle Bedingungen zu erfüllen, welche dies neue Baugesetz vorschreiben möchte.

Da es ferner nicht ausgeschlossen erscheint, dass die anderen Städte des Herzogthums ebenfalls von dem Rechte der Aufstellung eines Orts-Baustatuts Gebrauch machen und nach Genehmigung des Orts-Baustatuts der Stadt Braunschweig den Inhalt desselben als Richtschnur nehmen werden, so scheint mir für Industrie, Handel und Gewerbe des Herzogthums eine Gefahr im Anzuge zu sein, welche unbedingt abgewendet werden muss.

Diese Abwendung kann nur geschehen durch sorgsame Mitarbeit an der jetzigen Berathung des Orts-Baustatuts für die Stadt Braunschweig. Ist dieses in seinen Vorschriften sachgemäss und maassvoll, werden die kleinen Städte nicht die Bauvorschriften unnöthig verschärfen.

§ 4 sagt: Wohn- und Fabrikgebäude dürfen nur an befestigten und kanalisirten Strassenzügen gebaut werden.

Wenn ich nun schon diese Bestimmung für Wohngebäude gelten lassen will, ist dieselbe auf Fabrikanlagen einfach unmöglich, sobald dieselben eines etwas grösseren Platzes bedürfen. Fabrikanlagen werden im Allgemeinen in die äussere Peripherie der Stadt gehen; hierbei kommt die Frage, ob bereits ausgebaute Strassenzüge vorhanden sind, erst in zweiter Linie. Ja, es ist keineswegs gesagt, dass eine Fabrik sich unbedingt in das projektierte Strassennetz einfügen lässt; vielfach wird es im Interesse der Stadt und ihres Verkehrs selber liegen, wenn sich das Strassennetz derartigen grossen gewerblichen Etablissements noch anpassen vermag.

Alle diese Fälle lässt die Fassung des § 4 nicht zu, und ist aus diesen Gründen eine Abänderung nothwendig.

§ 9 wäre am besten zu streichen oder neu abzufassen, denn diese vorgesehenen Bestimmungen entsprechen nicht dem, was in der Bautechnik heute üblich ist, sondern gehen ohne Grund darüber hinaus. Es würde auch durch die kleinsten Verstösse gegen die starren Maassbestimmungen für die einzelnen Gerüsttheile das ganze Baugewerbe dem Staatsanwalt überantwortet werden.

Erstens ist die Entfernung der Standbäume mit höchstens 2 m von einander viel zu gering; für den heute üblichen und gewiss scharf kontrollirten Gerüstbau ist eine derartige Einengung durchaus nicht gerechtfertigt.

Ausserdem sind die angegebenen Holzstärken der Standbäume viel zu stark, und müssten alle Maurermeister ihren heutigen Gerüstbesitz verkaufen und übermässig starkes Gerüstmaterial neu beschaffen.

Es wären eventuell an Stelle dieses Paragraphen die hier am Platze gültigen Unfallverhütungsvorschriften der Hannoverschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zu setzen. Diese Vorschriften sind sehr scharf, genügen ihrem Zwecke vollständig, sind erst 1897 neu revidirt und vom Reichsversicherungsamte ausdrücklich genehmigt.

§ 24 beschränkt das höchste Maass aller Gebäude auf 20 m, obgleich diese Bestimmung nach der Landes-Bauordnung auf gewerbliche und Handelszwecken dienende Gebäude keine Anwendung finden soll. Es wird also hierdurch Gewerbe und Industrie benachtheiligt. Für gewerbliche Zwecke ist freilich eine grössere Höhe zulässig, aber es soll dazu eine besondere Genehmigung eingeholt werden.

§ 41 verbietet Anlagen von Lichtschächten an der Strasse und enthält diese Vorschrift eine grosse Benachtheiligung für die Anlage von Läden.

Moderne Läden dürfen heute nicht höher als eine Stufe über dem Fussboden der Strasse liegen. Schaufenster werden ebenfalls möglichst tief verlangt, so dass eine Beschaffung von Tageslicht in die darunter liegenden Kellerräume fast immer ausgeschlossen ist.

Bis jetzt waren Lichtschächte mit 40 cm lichtem Abstände vom Gebäude zulässig, wenn dieselben ordnungsmässig mit Gitter versehen waren, wie dieses die letzten Absätze des Paragraphen für bereits vorhandene Lichtschächte vorschreiben. Eine Gefährdung für den Verkehr kann durch Lichtschächte, welche wie bisher vorschriftsmässig errichtet sind, fast kaum stattfinden und ist diese Bestimmung eine unnöthige Härte für den Hausbesitzer resp. für den Geschäftsinhaber.

§ 52. Die Bestimmungen über die Eisenkonstruktionen gehen ebenfalls viel zu weit.

Nach denselben wäre die Ausführung unseres neuen Rathhauses und auch des Finanzgebäudes in allen massiven Deckenkonstruktionen, weil die tragenden Eisenkonstruktionen nicht ummantelt sind, unvorschriftsmässig. Ferner ist es unmöglich, eiserne Dachgerüste oder eiserne Dachbinder mit Holzgespärre durch Ummantelung zu schützen.

Dieser Paragraph müsste jedenfalls sachgemäss umgearbeitet werden.

§ 58 bestimmt massive Umfangswände für alle Gebäude, in welchen ein dauernder Aufenthalt von Menschen stattfindet.

Diese Bestimmung ist nicht allein für den kleinen Wohnhausbau, sondern auch für alle gewerblichen Anlagen unannehmbar. Es ist der Industrie, dem Handel und dem Gewerbe dadurch nicht mehr möglich, Werkstätten und kleinere Fabrikgebäude in billigem Fachwerksbau herzustellen. Der ausschliessliche Massivbau vertheuert in vielen Fällen unnöthig die neuen Anlagen.

Es könnte sehr wohl möglich sein, dass hierdurch Unternehmer abgeschreckt werden, neue Etablissements in der Stadt Braunschweig zu errichten und sich Städten zuwenden, die minder strenge Baupolizeiordnungen haben.

§ 60. Für die Bestimmungen offene Schuppen, welche auf Fabriken und sonstigen gewerblichen Anlagen öfter und für ganz vorübergehende Zwecke gebraucht werden, sollte eine Entfernung bis zu 4 m von der Grenze als völlig ausreichend gelten können.

§ 65. Schwungstufen an gewundenen Treppen dürfen an den schmalsten Stellen nicht unter 15 cm Auftritt haben.

Diese Vorschrift ist unmöglich auszuführen.

Alle Treppen in knappen Räumen, alle Spindeltreppen sind danach unausführbar, ganz gleich, ob das Material Holz, Stein oder Eisen ist. Die Berliner Bauordnung schreibt dafür 10 cm vor.

Es werden nach dieser Bestimmung auch einige Sandstein-treppen im neuen Rathhause nicht mehr vorschriftsmässig sein.

Auch die geforderte Nutzbreite von 1,25 m mag in grösseren Wohnhäusern angängig sein, für die meisten, gewerblichen und Handelszwecken dienenden Anlagen sind Treppen von 1 m Nutzbreite vollauf genügend und müsste diese Breite im Allgemeinen als normal gelten.

Die Landes-Bauordnung schreibt im § 66 eine lichte Mindesthöhe von 2,30 m für Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume vor, § 69 des Orts-Baustatuts fordert dagegen ein Mindestmaass von 2,90 m lichte Höhe. Soweit es sich um die Verhältnisse von Handel, Gewerbe und Industrie handelt, liegt kein Grund vor, über das Mindestmaass der Landes-Bauordnung zu gehen.

§ 82. Die Gebühren für die Genehmigung der Baupläne erscheinen viel zu hoch; es würde nach denselben jede kleine, bauliche Veränderung, welche anzeigepflichtig ist, 10 Mk. kosten; z. B. würde für eine mittlere Fabrik von 50 m Länge, 12 m Tiefe und 3 Geschoss hoch, mit zugehörigem Kessel- und Maschinenhause, Kontorgebäude und Portierwohnung ca. 100 Mk. an Genehmigungsgebühren zu zahlen sein.

Der Betrag ist um die Hälfte zu hoch und empfiehlt sich eine dementsprechende Ermässigung der geplanten Ansätze.

Ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, noch weitere Einzelheiten hervorzuheben, bin vielmehr der grundsätzlichen Ansicht, dass die Handelskammer als solche eine besondere Kommission mit der genaueren Prüfung dieses und anderer Ortsstatute einsetzen und eventuell durch Vorstellungen bei den beteiligten Magistraten dafür sorgen sollte, dass Handel, Gewerbe und Industrie nicht durch unnöthig scharfe baupolizeiliche Bestimmungen geschädigt und möglicher Weise unter besonderen Voraussetzungen in Frage gestellt werden.

Ein derartiger Schaden wird in letzter Linie auf die beteiligten Städte selbst zurückfallen.

(Inzwischen sind die Abänderungs-Vorschläge der Bau-Kommission für die zweite Lesung des Statuts den Stadtverordneten zugegangen, die einige der oben angeführten Paragraphen zu Gunsten der gewerblichen Unternehmungen wesentlich modifiziren.)

Erweiterung des Fernsprechverkehrs.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und den öffentlichen Sprechstellen in Sehnde, Rethmar, Evern und Haimar ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 25 Pfg.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Frankfurt (Main) ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 1 Mk.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Goldbeck, Bielefeld, Horn (Lippe), Rinteln, Vlotho, Warburg, Osnabrück, Pyrmont und Stadthagen ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt nach Goldbeck, Pyrmont und Stadthagen 50 Pfg.; nach den übrigen Orten 1 Mk.

Reichsbanknebenstellen.

In Zabern (Unterelsass) ist eine von der Reichsbankhauptstelle in Strassburg i. E. abhängige Reichsbanknebenstelle eröffnet.

Am 1. Februar ist in Mülheim (Ruhr) an Stelle der bisherigen Reichsbanknebenstelle eine dem Reichsbankdirektorium unmittelbar untergeordnete Reichsbankstelle errichtet. Dem aus dem Kreise Mülheim gebildeten Geschäftsbezirke derselben wird die bisher der Reichsbankstelle in Duisburg unterstellte Reichsbanknebenstelle zu Oberhausen (Rheinland) überwiesen.

Schwedisch-Norwegisches Generalkonsulat.

Mit der einstweiligen Verwaltung des Schwedisch-Norwegischen Generalkonsulats zu Berlin ist der Bankier Robert von Mendelssohn zu Berlin betraut worden. Derselbe ist für die Dauer jenes Auftrages auch innerhalb des Herzogthums Braunschweig als Gerent jener Behörde zugelassen.

Personalien.

Seitens des Herzoglichen Staatsministeriums ist der bis dahin bei Herzoglicher Polizeidirektion beschäftigt gewesene Regierungsassessor Bartels der Handelskammer zur Beschäftigung als Hilfsarbeiter überwiesen. Ferner ist Dr. Ackermann für vorübergehende Beschäftigung in den Bureaudienst der Handelskammer eingetreten.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1900.

I. Theil: Industrie.

1. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.

A. Bergbau.

1. Die Okerschen Hüttenwerke.

Die am nordwestlichen Harz belegenen fiskalischen Werke:

das Rammelsberger Bergwerk bei Goslar,

die Hüttenwerke zu Oker,

die Hüttenwerke zu Herzog Julius- und Frau Sophienhütte bei Goslar,

sind gemeinschaftlicher Besitz der Staaten Preussen (zu $\frac{4}{7}$ Antheilen) und Braunschweig (zu $\frac{3}{7}$ Antheilen). Das Rammelsberger Bergwerk liegt auf Preussischem, die Hüttenwerke liegen auf Braunschweigischem Gebiet.

Von genanntem Bergwerke sind den hiesigen Hüttenwerken im Jahre 1900 26 466 t Erze geliefert.

Zur Verhüttung gelangten 24 227 t Rammelsberger Erze und 1482 t fremde, meist zollausländische Erze und Zwischenprodukte. Ausserdem wurden von Herzog Julius- und Frau Sophienhütte geliefert 4012 t Werkblei zu Handelswaaren weiter verarbeitet.

Die Produktion der hiesigen Hüttenwerke an Handelswaaren war folgende:

Feingold	89 kg
Feinsilber	10 440 »
Blei	5 135 t
Bleigeb	46 »
Elektrolytkupfer	1 429 »
Kupfervitriol	988 »
Zinkvitriol	465 »
Eisenvitriol	14 »
Schwefelsäure auf 50° B red.	20 860 »
Schwefelsaures Natron	147 »
Wismuthgekrätze	645 kg

Die allgemeine Geschäftslage war in Folge der anhaltend hohen Preise der meisten Produkte und wegen des genügenden Absatzes eine günstige. Ein geringer Rückgang bei den Metallpreisen machte sich gegen Schluss des Jahres bemerkbar.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 621, und die Zahl der von den Arbeitern ernährten Angehörigen am Jahresschlusse 1311.

2. Die Herzog Juliushütte und Frau Sophienhütte.

Die Lage der Werke während des Jahres 1900 ist anhaltend sehr günstig gewesen, da sich neben den bedeutend gestiegenen Preisen für Blei auch der Preis für Silber etwas erholt hat. Dem entsprechend ist auch das finanzielle Ergebniss ausgefallen.

Die Nachfrage nach Zinkvitriol blieb, selbst nachdem der Preis für Zink gewichen war, eine sehr rege, so dass alle Apparate ununterbrochen betrieben werden konnten. Der übrige Betrieb, welcher die Gewinnung eines silberhaltigen (Werk-)Bleies für die Weiterverarbeitung auf Metalle in Oker zum Zweck hat, ist bei günstigem Ausbringen normal verlaufen.

Durch die vielfachen Arbeitsgelegenheiten des Vorjahres waren die Arbeitskräfte in der Anzahl geringer geworden und ist deshalb trotz angestrenzter Thätigkeit die vorjährige Produktion nicht ganz erreicht.

Im Jahre 1900 wurden im Ganzen dargestellt

3997,2 t silberhaltiges Werkblei,

4648,5 » Zinkvitriol, kryst.

Von diesen sind 221,5 t mit 19,0 t Zinkvitriol aus Oker auf

210,043 t calcinirten Zinkvitriol

weiter verarbeitet.

Ausserdem sind bei der ersten Röstung 47,48 t Rohschwefel gewonnen, aus welchen durch Läuterung 45,15 t Stangenschwefel und 3,15 t Grauschwefel erfolgt sind.

B. Eisenhütten.

1. Harzer Werke zu Rübeland und Zorge, A.-G., zu Blankenburg a. H.

Das Jahr 1900 war in geschäftlicher Hinsicht im ersten Semester absolut gut, im zweiten dagegen weniger den allgemeinen Wünschen entsprechend.

In der ersten Hälfte gingen Aufträge reichlich ein, und die Preise waren derartige, dass ein entsprechender Ueberschuss verblieb. Im letzten Theile des zweiten Semesters gingen dagegen ausserordentlich wenig Aufträge ein, und die Preise, welche geboten resp. acceptirt wurden, waren stellenweise niedriger als die Selbstkosten.

Es ist zwar noch gelungen, grössere Abschlüsse rechtzeitig zu machen, jedoch wurde auch bei diesen bereits die sogenannte Baisse-Klausel eingefügt, der zu Folge die Preise ermässigt werden müssen, wenn die Rohmaterialien billiger werden.

Bis jetzt sind allerdings Kohlen und Koks nicht im Preise gefallen, sondern noch gestiegen, und die meisten Werke haben für das ganze Jahr 1901 ihren Bedarf in diesen Materialien gedeckt.

Speciell die Eisen-Industrie hat am meisten gelitten, aber auch die chemische Industrie hat bereits Nachlässe zu verzeichnen, so sind z. B. Methyl und Holzgeist im Preise herabgesetzt worden; die Preise für Holzkohlen gingen dagegen in die Höhe.

Anscheinend wird der Niedergang der Konjunktur noch längere Zeit anhalten, und nur Friedensschluss in China und Transvaal bietet die Aussicht zu einer einigermaassen genügenden Aufbesserung.

In dem Bergwerke sind einige gute Eisenstein-Aufschlüsse gemacht, jedoch ist der Betrieb stark reduziert, weil nur noch zwei Holzkohlen-Hohöfen im Betrieb sich befinden und Koks-Eisen zur Zeit nicht hergestellt wird.

2. Mathildenhütte (Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb) Harzburg.

Mit den grössten Hoffnungen und in gehobener Stimmung trat die Eisen-Industrie in das erste Jahr des neuen Jahrhunderts ein. Allem Anscheine nach mit Recht. Kaum je vorher schienen alle Faktoren in dem Maasse gegeben, als Anfang 1900, welche eine lange Andauer des guten Geschäftsganges versprechen konnten. Selten konnte man wohl bemerken, dass Verbraucher es als einen Vortheil betrachteten, wenn sie sich mit Rohmaterial auf ca. zwei Jahre hinaus decken konnten, und wer zu vorsichtig gewesen war, kam sicher in Verlegenheit, da es verfügbare Mengen von Roheisen in Deutschland nicht gab und die Zufuhren aus England und Amerika knapp wurden. Dem lebhaften Geschäfte entsprechend waren die Abschlusspreise gewinnversprechend. Anfang Mai 1900 war das Roheisengeschäft für 1900 vollständig, für 1901 zum weit-aus grössten Theile gemacht.

Die Anforderungen von Roheisen waren während des ersten Semesters 1900 dringend, und es war unmöglich, alle zu befriedigen. Stellenweise herrschte Roheisennoth. Auch in anderen Rohmaterialien, besonders in Kohlen und Koks, konnte der Bedarf nicht befriedigt werden, und über die Kohlennoth war fast täglich in jeder Zeitung zu lesen.

Dann setzte im Juni 1900 von Amerika aus eine rückläufige Bewegung ein, und obgleich greifbares Material immer noch rar war, sah man plötzlich Angebote von Roheisen zu billigen Preisen. Dadurch wurde zuerst die Börse in Mitleidenschaft gezogen und die Abwärtsbewegung, welche hier anhub, wurde verschärft durch die Unsicherheit, welche der Krieg in Südafrika und die Wirren in Ostasien mit sich brachten.

Dem Rückgange der Industriepapiere an der Börse folgten verschiedene Bankkrachs. Grosshändler mit Roheisen konnten ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, und so sahen wir noch vor Jahresschluss auf dem Eisenmarkte eine Deroute, welche

die Lage desselben am Jahresschluss ebenso tiefschwarz erscheinen lässt, als sie zwölf Monate vorher rosig und hoffnungsreich sich darbot. Ein gewaltiger Umschwung, ebenso gross als unvorhergesehen, bedauernswerth in seinen Wirkungen, besonders deshalb, weil so viel Vertrauen zum Geschäft zerstört wurde, mehr vielleicht, als die thatsächlichen Verhältnisse nöthig machten. Die Ausbeute des Werkes pro 1900 ist demnach höher, als pro 1899. Augenblicklich verweilt der Eisenmarkt in der pessimistischsten Stimmung.

Die Anforderungen werden auf das Nöthigste beschränkt; Abschlüsse seitens der Verbraucher werden nicht begehrt, und wo sich ein minimaler prompter Bedarf zeigt, drückt ein Angebot das andere. Auf diese Weise bildet sich auch hier schon ein Vorrath an Eisen, trotzdem alles fast bis Ende dieses Jahres mit sehr guten Preisen ausverkauft ist. Man glaubt daher, auch pro 1901 noch eine gute Ausbeute zu erzielen, welche voraussichtlich sogar noch besser werden wird, als die pro 1900, wenn nicht weitere ungünstige Beeinflussungen von aussen sich geltend machen. Eine bedeutende Besserung wird das Geschäft aber erfahren, wenn die chinesischen Wirren beigelegt und der Krieg in Südafrika beendet sein werden. Selbstverständlich würde auch die Annahme der Kanalvorlage einen Aufschwung der heimischen Industrie zur Folge haben.

Es wurden produziert im Jahre 1900 an Roheisen 33 556 t und abgesetzt 31 276 t.

Die theueren Geldverhältnisse des Jahres 1900 und der Niedergang der Hochkonjunktur machten sich vor allen Dingen im Baugewerbe fühlbar. Die Mathildenhütte konnte ihre grössere Produktion an Schlackensteinen nur mit Preisopfern unterbringen.

Der Absatz betrug in 1900 10 213 155 Stück gegen 8 920 800 Stück in 1899.

Das Geschäft mit Flussspath konnte auch in diesem Jahre wieder verbessert und der Absatz von 11 476 t in 1899 auf 14 318 t in 1900 erhöht werden.

3. Die Tanner Hütte zu Tanne i. H.

Der Geschäftsgang des verflossenen Jahres war im Grossen und Ganzen noch ein zufriedenstellender zu nennen, wenn auch schon in der zweiten Hälfte des Jahres der Niedergang der Eisen-Industrie sich bemerkbar machte, so dass in den letzten beiden Monaten das Geschäft schon ziemlich darnieder lag. Durch die enorme, sagen wir überstürzte Erhöhung der Eisen- und Kokspreise seitens der Syndikate (wohl eine Folge der angenommenen Marinevorlage) werden im Laufe dieses Jahres viele und grosse Verluste entstehen, wenn die Geschäfte sich nicht bessern, wozu indess zur Zeit wenig Aussicht vorhanden ist. Die Bauthätigkeit hat wohl in Folge der so sehr erhöhten An-

beitslöhne und theuren Geldverhältnisse sehr nachgelassen und sieht man in Folge dessen auch in diesem Geschäfte einer flauen Zeit entgegen, die sich schon jetzt im Unterbieten der Preise, hauptsächlich durch die Werke in Hessen-Nassau, sehr fühlbar macht.

Die kaufmännische Bilanz (insbesondere die Bilanz der Aktiengesellschaften).

Die No. 42 des Preussischen Justiz-Ministerialblattes (amtliches Organ für Gesetzgebung und Rechtspflege in Preussen) brachte einen Beschluss des Kammergerichts, als des höchsten Gerichtshofes in Registerbeschwerdesachen vom 5. März 1900, welcher für die Geschäftswelt und Handelslehrenschaft von hohem Interesse sein dürfte, denn er betrifft die Aufstellung und Beschreibung der Bilanz, insbesondere der von Aktienvereinen.

Es wird darin u. A. Folgendes ausgeführt:

»Die Bilanz ist gesetzlich als ein das Verhältniss des Vermögens und der Schulden darstellender Abschluss erklärt.

Es geht aber nicht an, dass dabei von der Angabe der einzelnen Bestandtheile der Aktiva und Passiva in der Bilanz abgesehen wird.

Das Reichsgericht hat mit Recht als klares Ergebniss der Vorschriften des § 39 (ehemaliger Art. 29) bezeichnet, dass die Bilanz nichts anderes sei, als eine Zusammenstellung des aus dem Inventar sich ergebenden Standes der Aktiva und Passiva mit Fixirung des aus ihrer Vergleichung sich ergebenden Resultats.

Es sind bei der Aufstellung der Bilanz sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden nach ihrem näher bezeichneten Werthe anzusetzen.

Damit ist zum unzweideutigen Ausdruck gebracht, dass auch die Bilanz die einzelnen Vermögensgegenstände und die spezifizirten Schulden zu enthalten hat. Die weiteren Bestimmungen (Art. 31 bezw. § 40) stellen ausser Zweifel, dass die Bilanz nicht aus einer blossen Summenzusammenstellung bestehen darf, dass vielmehr in ihr mindestens summarisch angegeben werden muss, durch welche Vermögensgegenstände die Aktiva und durch welche Einzelposten die Passiva gebildet worden ist.

Die Vorschriften setzen offenbar eine Bilanz voraus, die dem Aufsichtsrathe als Grundlage für seine Prüfung dienen soll und aus welcher jeder Genosse einer Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaft sich über die Vermögenslage der Aktiengesellschaft bezw. Genossenschaft zu unterrichten im Stande sein kann.

Diesen Anforderungen kann aber wiederum nur eine solche Bilanz entsprechen, welche die einzelnen Bestandtheile des Aktivvermögens und der Passiva klarstellt.

Eine bloss Gegenüberstellung des Gesamtbetrages der Aktiva und des Gesamtbetrages der Passiva mit Einsetzung des Saldos ist völlig ungeeignet, den Betheiligten ein Bild von dem Vermögensstande zu gewähren.« (A. f. H. u. K.)

Importusancen.

Die holländischen Kaufleute beziehen vom Auslande nur franko Fracht und Zoll, d. h. die Waare muss spesenfrei ihnen in ihre Magazine gestellt werden.

Meist werden die Waaren von ausländischen Exporteuren an holländische Spediteure adressirt, welche die Entrichtung des Einfuhrzolles und die Zustellung an die Importeure zu bewerkstelligen haben.

Der Einfuhrzoll beträgt für die meisten Waaren 5 0/0 des vollen Fakturenbetrages.

Für die Zahlung ist die Kondition zumeist Kassa 30 Tage a dato der Faktur mit 2 0/0 Skonto oder 3 Monate Ziel.

Die holländischen Kaufleute ziehen es vor, nicht zu acceptiren; sie verlangen, dass der Verkäufer unmittelbar vor dem vereinbarten Zahlungstermine unter rechzeitigem Aviso auf den Käufer trassire, und dass die Tratte die Klausel »Ohne Kosten« enthalte. (A. f. H. u. K.)

Postverkehr.

Neue Postbestimmungen für den innerdeutschen Verkehr.

(Gültig vom 1. Januar 1901.)

Zu der neuen Postordnung sind nunmehr auch die neuen Ausführungsbestimmungen, gültig vom 1. Januar 1901 ab, erlassen.

Von weitergehendem Interesse, insbesondere für kaufmännische Kreise, sind darunter die folgenden:

1. Die bisherigen besonderen Beschränkungen für Briefe mit Pappkasten und Briefe in Rollenform sind aufgehoben; es gelten dafür die allgemeinen Grundsätze für Briefsendungen.
2. Bei den nach Berlin bestimmten Sendungen sind vom Absender ausser der Wohnung des Empfängers auch der Postbezirk (O., S., SW., C. etc.) und thunlichst auch die Nummer der Bestellpostanstalt in der Aufschrift hinter der Ortsbezeichnung »Berlin« anzugeben.
3. Die Entscheidung über die Zulässigkeit von Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapieren zur Beförderung gegen die diesbezüglich festgesetzten Taxen trifft lediglich die Aufgabepostanstalt.
4. Die telegraphischen Geldüberweisungen gelangen von jetzt ab dadurch zur rascheren Beförderung, dass die Ueberweisungstelegramme kürzer und billiger gefasst werden.
5. Den Eilboten können u. A. auch Werthbriefe etc. von mehr als 800 Mk. und zwar bis 3000 Mk., zur Abtragung mitgegeben werden. (A. f. H. u. K.)

Beglaubigung von Fakturen über Exportwaaren nach den Vereinigten Staaten.

Ein Kommissionshaus in Magdeburg, welches seine Waaren von anderen Kommissionshäusern kauft, die ihrerseits wieder die Artikel von verschiedenen Fabrikanten beziehen, war beim dortigen amerikanischen Konsulat dahin vorstellig geworden, es von der Erfüllung der vom Schatzdepartement wegen der Fakturbeglaubigung erlassenen Vorschriften zu entbinden, da die Waaren, deren Bestimmung vor der Versendung aus den Fabriken feststände, nicht nach Magdeburg, sondern direkt von den Fabriken an einen Speditionsagenten nach Bremen gesandt würden.

Das Schatzamt bezieht sich in seiner Antwort auf die Treasury-Decisions-Akte Nummern 16381 und 20385 und führt aus, dass im vorgeführten Falle Bremen bloss als Umladeplatz anzusehen wäre, während die Waare ihre Ausreise nach den Vereinigten Staaten aus dem unbekannten inneren Verladungsplatze antritt; die Beglaubigung der Fakturen kann daher nicht in Bremen erfolgen.

Nach den geltenden Vorschriften hat der Versender den Ort anzugeben, wo die Waare ihre Ausreise nach den Vereinigten Staaten beginnt, und die Faktura muss demjenigen Konsul vorgelegt werden, in dessen Bezirk dieser Ort liegt.

Der Name des Fabrikanten braucht nicht angegeben zu werden, vielmehr hat die Faktura nur die Namen des ausländischen Verkäufers und des Käufers in den Vereinigten Staaten zu enthalten. (A. f. H. u. K.)

Zuckerproduktion in der Produktionsjahresperiode 1899/1900.

(In Tonnen — 2240 engl. Pfd.)

I. Rohrzucker.

Amerika	1 326 000
Asien	779 000
Australien und Polynesien	442 500
Afrika	284 000
Europa (Spanien)	8 000
	<u>2 839 500</u>

II. Rübenzucker.

Deutschland	1 790 000
Oesterreich	1 120 000
Frankreich	970 000
Russland	900 000
Belgien	300 000
Niederlande	180 000
Die übrigen europäischen Länder	275 000
Europa	5 535 000
Vereinigte Staaten Amerikas	72 944
	<u>5 607 944</u>

Gesamtproduktion.

(Ein Drittel) Rohrzucker 2 839 500
(Zwei Drittel) Rübenzucker 5 607 944

Tonnen: 8 447 444 — 85 829 430 metrische Centner.

(A. f. H. u. K.)

Rechtsprechung hiesiger Gerichte.

Eine auswärtige Firma lieferte einem hiesigen Kaufmanne am 2. Mai 1899 auf Bestellung eine sogenannte Zinkographie und bemerkte auf der mitgesandten Rechnung, dass »Reklamationen nur innerhalb vierzehn Tagen nach dem Datum der Rechnung berücksichtigt werden können«. Als nun der Kaufmann am 8. desselben Monats die Zinkographie wegen angeblicher Unbrauchbarkeit zur Verfügung stellte, wollte die Firma dies Zurverfügungstellen theils deshalb nicht gelten lassen, weil die Zinkographie gut und brauchbar sei, theils aber auch deshalb, weil das Zurverfügungstellen nach Maassgabe der einschlägigen Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu spät geschehen sei. Die Firma verklagte demgemäss den Kaufmann auf Zahlung des Preises der Zinkographie. Das Gericht hat jedoch, nachdem es zunächst auf Grund des eingeholten Gutachtens von Sachverständigen die Mangelhaftigkeit und Unbrauchbarkeit der Zinkographie festgestellt hatte, die erhobene Klage durch Urtheil abgewiesen. Zur Be-

gründung dieses Urtheils hat das Gericht angeführt, dass wegen der durch die Firma mittelst ihres Rechnungsvermerks gewährten Reklamationsfrist von vierzehn Tagen das fünf oder sechs Tage nach Empfang geschehene Zurverfügungstellen des Kaufmanns als rechtzeitig anzusehen sei.

(Br. Anz.)

Kaufmännisches Lehrlingsheim zu Braunschweig.

Weihnachtsfeier. Am Sonntag, den 6. Januar, hatten sich die Mitglieder des Heims sehr zahlreich zu fröhlichem, festlichem Thun in den vorderen Räumen des Hotels d'Angleterre versammelt.

Anwesend waren ausser den etwa 50 Mitgliedern: Vertreter der Handelskammer, des Vorstandes und der Kaufmannschaft, die Eltern und Verwandte der Mitglieder, sowie einige Freunde und Gönner der Sache, im Ganzen mehr als 130 Personen, so dass der kleine Saal in unserem Versammlungshause kaum die Erschienenen zu fassen vermochte.

Der Saal war aufs Prächtigste durch die Mitglieder ausgeschmückt. Im Hintergrunde der selbsterrichteten Bühne prangte ein reichbehängter Tannenbaum und gab dem Ganzen die rechte Weihnachtsstimmung.

Die Feier verlief in vorzüglicher Weise. Die poetischen Darbietungen ernsten und heiteren Inhalts, die Musikvorträge und das Keulenschwingen zeugten von tüchtigem Können und ernster Arbeit. Es konnte gewagt erscheinen, auf die Vortragsfolge Balladen von Goethe und zwei Scenen aus »Tell« zu setzen. Die tiefe Auffassung und das vortreffliche Spiel der Darsteller, besonders des Attinghausen (Mitglied Weber) und Melchthal (Mitglied Bertram) rechtfertigte vollauf diese Wahl.

Sowohl die Einzelvorträge als auch der kleine Schwank: »Ein fideles Gefängniss« errangen reichen, wohlverdienten Beifall.

Bei der Verloosung, die sich an die Vorträge anschloss, erhielt jedes Mitglied einen passenden, praktischen Gegenstand.

Darauf nahm Herr Himmel, der Vorsitzende des Vorstandes, das Wort, um auf die Einrichtung, Zwecke und Ziele des Heims hinzuweisen und der Thätigkeit des Leiters mit dankenden Worten zu gedenken.

In der Erwiderung des Leiters hob derselbe besonders das einmüthige Zusammenwirken von Behörde, Kaufmannschaft, Vorstand und Leitung hervor, um in und mit dem jungen Nachwuchs den Kaufmannsstand zu heben. Das sei neben dem verständnisvollen Eingehen auf die Sinnes- und Denkungsart und die berechtigten Wünsche der Lehrlinge die beste und gesichertste Grundlage eines kaufmännischen Lehrlingsheims.

Auch in diesem Jahre wurden wieder an die eifrigsten und tüchtigsten Mitglieder des Heims vom Vorstande ausgesetzte Bücherprämien unter einigen begleitenden Worten durch den Leiter vertheilt.

Da der Vorsitzende wiederum drei Werke gestiftet und auch der Gesamtvorstand grössere Mittel zur Verfügung gestellt hatte, so sind die Prämien in diesem Jahre besonders reichlich ausgefallen.

Bücherprämien erhielten die Mitglieder: Ed. Weber, K. Eilert, Fr. Germer, A. Bertram, W. Brüggemann und W. Hansmann. Ausserdem wurden noch ausnahmsweise drei kleinere Bücherspenden als lobende Anerkennung vertheilt.

Bei der nun folgenden sogenannten amerikanischen Versteigerung versuchte noch mancher sein Glück mit mehr oder weniger Erfolg, auch trug jeder Theilnehmer einen geschmackvollen, dem Heim ebenfalls von anderer Seite gestifteten Wandkalender mit heim.

Nach den Anstrengungen des ersten Theiles der Festfeier wurde es doppelt freudig begrüsst, dass ein wohlwöblicher Vorstand in weiser Voraussicht einen kleinen Imbiss nebst einem Glase Bier zu stiften für gut gehalten hatte.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

Wurst und Fleischwaaren.

(Dezember.)

Für die Fabrikation war das Wetter im Dezember nicht sehr befriedigend, aber trotzdem ist bei genügender Aufmerksamkeit die Dauerwaare in guter Qualität auf Lager gekommen.

Die Preise für Vieh sind noch weiter gestiegen, daher wird in kleineren Betrieben weniger geschlachtet, und auch die Hausschlachtungen werden beschränkt. In Folge dessen war das Geschäft im Dezember recht flott und sind durchweg grössere Umsätze erzielt worden, als in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Das Speckgeschäft war, wie immer um diese Jahreszeit, ruhig, und füllen sich darin jetzt die Läger.

Die Bestände schätzen wir per ultimo des Jahres auf

7000	Ctr. Cervelatwurst,
2500	» Plockwurst,
1500	» Rothwurst,
2000	» Speck.

Denecke & Himmel.

Getreide.

(August bis Dezember 1900.)

Das unbeständige Wetter im Anfang August trat den Erntearbeiten störend in den Weg, daher sich auch die ersten Zufuhren von neuem Roggen meistens in feuchter Kondition befanden; nach Mitte des Monats aber begünstigten die heissen sonnigen Tage die Beendigung der Roggenernte, und die Weizenernte nahm flotte Fortschritte.

Von Weizen neuer Ernte kamen Mitte August die ersten Proben an den Markt, welche eine schöne schwere Beschaffenheit zeigten; grössere Angebote erfolgten erst in der zweiten Hälfte des Monats und drückten dieselben den bis dahin für alten Weizen bezahlten Preis von 150 Mk. auf 145 Mk. herab. Gegen Ende September trat mehr Nachfrage ein und wurde die Festigkeit durch höhere amerikanische Notirungen unterstützt, so dass der Preis auf 150 Mk. stieg; im Oktober erfolgte wieder ein Rückgang auf 146 Mk., während dann weiter bis zum Schlusse des Jahres nennenswerthe Schwankungen nicht mehr zu verzeichnen sind; im Dezember wurden 145 Mk., stets erste Kosten, Durchschnittsqualität, notirt. Beste schwere Waare erzielte in der Regel etwas über Kurs.

Da sich die Umsätze hauptsächlich auf die nähere Umgegend beschränkten, ein nach dem Westen eingetretenes Rendiment nur von kurzer Dauer war, so kann das Weizen-Geschäft nicht als lohnend bezeichnet werden.

Die Ernte in Weizen dürfte in Hinsicht auf Menge ziemlich befriedigen, wenn gleich über die Erdruschresultate ab und zu Klage geführt wird; auch qualitativ ist das Ergebniss ein ziemlich gutes, gute trockene Waare hat ein Gewicht von 130 bis 132 Pfund holländisch, auch darüber, Durchschnittsqualität 125 bis 128 Pfund, Brand kommt wenig vor.

In Roggen ist mit einer kaum mässigen Ernte zu rechnen, da die starken Frühjahrsfröste die Saaten schädigten; auch qualitativ ist das Resultat unbefriedigend.

Schöne, scharf trockene Waare kam aus der Umgegend wenig heran, daher der Bedarf zum grossen Theil aus der Altmark, Mecklenburg etc. gedeckt wurde; derartige Waare war, wenn auch zuweilen mit Auswuchs behaftet, recht trocken, und hatte ein holländisches Gewicht bis 125/126 Pfund, während hiesiges Gewächs nur wenig über 115 bis 119 Pfund im Durchschnitt kam.

Der Handel in Roggen blieb recht schleppend, da ein Absatz nach den hannoverschen Mühlen nur unter erschwerenden Umständen zu bewirken war und auch die hiesigen Roggenmühlen in Folge der von auswärts ausserordentlich gedrückten Mehlpreise nur vorsichtig aufnahmen.

Die Anfang August angebotene Waare wurde, wenn einigermaassen trocken, mit 145 Mk. bewerthet, im September stieg dieselbe bei stärkerer Frage auf 150 Mk. büsste aber im Oktober 2 Mk. und im November 2 Mk. ein, so dass Anfang Dezember 146 und am Schluss des Jahres nur noch 144 Mk. erste Kosten für Mittelqualität bewilligt wurden.

Gerste ist in quantitativer Hinsicht zufriedenstellend geerntet. Für Brauzwecke kam aus nächster Nähe wenig hervor; man bezahlte bei Beginn der Malzkampagne ab hiesigen Stationen 170 bis 175 Mk., feinste Sachen noch höher, doch brachte der November einen starken Rückschlag von gut 10 Mk. Gegen Ende des Jahres befanden sich zwar bessere Qualitäten noch in einiger Frage, flache Chevalier- und Land-Gersten blieben jedoch vernachlässigt und konnten über 155 Mk. ab Station kaum noch bedingen.

In Futtergerste blieben Forderungen der mangelhaften Ernte in Südrussland und den Donauländern und der theuren Schiffsräume zufolge hoch. Man bezog fast ausnahmslos, da der Wasserweg bis Schluss des Jahres offen war, über Magdeburg und ist unter mehrfachen Schwankungen 132 Mk. ab Magdeburg als höchster und 124 Mk. als niedrigster Preis zu verzeichnen.

Hafer. Alte Waare konnte sich im August bei guter Nachfrage auf 157 und 156 Mk. behaupten, während Waare neuer Ernte, die gegen Ende August zugeführt wurde, mit 135 Mk., im September bis 139 Mk., Oktober 142 Mk., November und Dezember zu 143 Mk. schlank Käufer fand. Angebote blieben überhaupt sehr schwach, auch noch nach Beendigung der Herbstarbeiten und der Rübenerte, so dass

man zu Ankäufen aus Mecklenburg, Hannover und Hessen gezwungen war, womit wohl die Ansicht über eine nicht volle hiesige Ernte ihre Begründung findet. Qualität neuer Ernte befriedigt ziemlich.

Mais, der hohen Notirungen für Futtermittel zufolge lebhaft begehrt, kostete Anfang August 113 Mk. parität Magdeburg, bewegte sich in steigender Richtung bis auf 123 Mk. Magdeburg im November, und ging dann successive gegen Ende Dezember auf 109 Mk. zurück.

Feldbohnen stellten sich, grösstentheils von Thüringen bezogen, auf 149 bis 154 Mk., der Umsatz war darin sehr minimal, die Ernte soll eine schwache sein.

Auch über die Ernteergebnisse in allen Sorten Erbsen, Wicken und Lupinen wird geklagt, und sind die Preise für diese Artikel verhältnissmässig hoch.

F. Peters.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. B. Seelig & Co., Braunschweig.
2. Johannes Büdefeldt, Wendeburg. Inhaber: Apotheker Johannes Büdefeldt.
3. C. Reitemeyer, Handel mit Kolonial- und Materialwaaren, Kemnade. Inhaber: Kaufmann Carl Reitemeyer.
4. Braunschweigisches Grundbesitz-Verkehrs-Institut Carl Tampke, Hypothekenverkehr, Grundstücks- und Vermögensverwaltung, Vermögensregulirungen und Agenturen, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Carl Tampke.
5. Kaufhaus Emil Gross, Handel mit Putz, Wäsche, Weiss-, Woll- und Modewaaren, Bad Harzburg. Inhaber: Kaufmann Emil Gross.
6. Hermann Wagenführ, Handel mit Kolonial-, Material- und Kurzwaaren, Bündheim. Inhaber: Kaufmann Hermann Wagenführ.
7. Heinrich Elsmann, Handel mit Galanterie-, Kurz-, Spiel- und Papierwaaren, sowie Cigarren, Bad Harzburg. Inhaber: Kaufmann Heinrich Elsmann.
8. Bernhard Angerstein, Bad Harzburg. Inhaber: Buchdruckereibesitzer Bernhard Angerstein.
9. A. Wilke, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, in Braunschweig. Gründer der Gesellschaft sind: Kaufmann Carl Wilke, Ingenieur Richard Wilke, hier, Rechtsanwalt Dr. jur. Oscar Meyer in Verden, Kaufmann Carl Heimbürger in Münster, technischer Direktor Max Gundermann, hier.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Heinrich Burgdorf, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva, jedoch ohne Passiva, aber mit Firma, von dem bisherigen Firmeninhaber, Kaufmann Heinrich Burgdorf, an den Kaufmann Hermann Löhrr abgetreten.
2. C. Engel, Braunschweig. Durch Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmann Stephan Helmecke, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das Handelsgeschäft von dem Kaufmann Carl Engel unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
3. Wolfenbüttler Buch- und Accidenz-Druckerei Heinrich Thie, Wolfenbüttel. Das Handelsgeschäft ist auf den Buchdrucker Alexander Range übergegangen, der dasselbe unter der Firma Alexander Range, Heinr. Thie Nachf., Buchdruckerei und Papierhandlung, Verlag »Der Eisengiesser«, Wolfenbüttel, fortsetzt.
4. W. Veth, Aktiengesellschaft zu Gandersheim. An Stelle des Fabrikdirektors Rudolf Wehlmann zu Ballenstedt ist der Fabrikdirektor Wilhelm Veth zum alleinigen Vorstandsmitgliede bestellt.
5. Molkerei Glentorf. Als Ersatz für das aus der Gesellschaft ausgeschiedene Vorstandsmitglied, Landwirth August Eckhardt zu Boimstorf, ist der Ritterguts-pächter Wilhelm Helmecke zu Glentorf in den Vorstand gewählt.

3. Löschungen.

1. Seelig & Delmonte, Braunschweig.
2. United States Guitar-Zither Co. Friedrich Menzenhauer & Co., Braunschweig.
3. Johanne Reitemeyer, Ottenstein.
4. Hermann Krüger Nachf., Bergschlossbrauerei und Malzfabrik C. L. Wilh. Brandt, Aktiengesellschaft in Grünberg i. Schl.

4. Prokura-Ertheilungen.

Carl Rautmann, Bad Harzburg. Dem Kaufmann Carl Rautmann jun.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Wangelnstedter Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Wangelnstedt. Mitglieder des Vorstandes sind: Gemeindevorsteher Heinrich Heinemeier, Brinksitzer Friedrich Hennings, Brinksitzer Karl Spinty.
2. Arholzener Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Arholzen. Mitglieder des Vorstandes sind: Gemeindevorsteher Karl Grupe, Steinbrecher Fritz Teiwes, Grossköther Heinrich Grupe.
3. Ammenser Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Ammensen. Mitglieder des Vorstandes sind: Gemeindevorsteher Albert Momeyer, Förster Werner Renneberg, Hofbesitzer Fritz Nolte, Anbauer Christian Nienstedt, Anbauer August Mönkemeyer.
4. Stroiter Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Stroitz. Mitglieder des Vorstandes sind: Gemeindevorsteher Wilhelm Ebrecht, Kleinköther August Haars, Anbauer Wilhelm Riemenschneider.
5. Deenser Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, in Deensen. Mitglieder des Vorstandes sind: Kleinköther C. Ilse, Steinbruchsbesitzer H. Klingenhagen, Schmiedemeister A. Blume, Grossköther Heinrich Kues, Grossköther Ludwig Möhle.
6. Konsumverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, zu Neu-Wallmoden. Mitglieder des Vorstandes sind: Bahnarbeiter Heinrich Mohrhof, Kothsass Wilhelm Gaus, Rentier Heinrich Fricke.
7. Beversener Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, zu Bevern. Mitglieder des Vorstandes sind: Bauverwalter Stapel zu Bevern, Zimmermeister Jäger zu Bevern, Halbmeier Friedrich Eickhoff zu Lobach, Tischlermeister Aug. Samse zu Bevern, Lehrer Karl Wurm zu Lobach.
8. Warbsener Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, zu Warbsen. Mitglieder des Vorstandes sind: Lehrer H. Mönkemeyer, Mühlenbesitzer Anton Klostermann, Landwirth Wilhelm Henze, sämmtlich zu Warbsen.

2. Abänderungen.

1. Konsumverein Helmstedt, e. G. m. b. H., Helmstedt. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Lehrers a. D. Behrens ist der Papierhändler Heinrich Schloten zum Vorstandsmitgliede für das Geschäftsjahr 1901 gewählt.

2. Spar- und Bauverein, Wolfenbüttel. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen bisherigen Vorstandsmitgliedes Aufsehers Perkampus ist der Tapezierer Karl Friedrich Schwarz in den Vorstand gewählt.
3. Molkerei Nordsteimke, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes Fr. v. Steimker ist der Ackermann Otto v. Steimker in den Vorstand neugewählt.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaaren-Aktiengesellschaft in Wieda. 26. November 1900, Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr: 1 Lichtdruckbild, offen, Muster für Regulir-Postamentöfen mit den Fabriknummern 218 und 218a, und 1 Lichtdruckbild, offen, Muster für Regulir-Cirkuliröfen mit der Fabriknummer 222 mit Kochröhre, Muster für plastische Erzeugnisse, Schutzfrist 10 Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Heinrich Wilkens, Schuhmachermeister, Braunschweig. 30. November 1900.
2. Wenzel gen. Wilhelm Schuch, Tischlermeister in Bürgerei. 30. November 1900.
3. H. O. Fischer, Bankier, Inhaber der Firma Conrad Trumpf, Blankenburg a. H. 3. Dezember 1900.
4. Robert Grages, Kalkwerkbefitzer, Wolfenbüttel. 12. Dezember 1900.

2. Aufhebungen.

1. Carl Kollé, Zuckerwaarenhändler, Braunschweig.
2. Carl Schaumann, Pastor, Heimburg.
3. Friedrich Kleemann, Ingenieur, Schöningen.
4. Wilhelm Wassmus, Maurermeister, Braunschweig.
5. Wilhelm Steigenthal, Landwirth, Seesen.

Eingegangene Bücher.

Richter, Mil. **Moderne Reklamekunst.** Mit dreizehn Illustrationen und Text-erklärungen. A. Hartlebens Verlag in Wien, Pest und Leipzig, 1901. 1,50 Mk.

Anfangs- und Schlussätze kaufmännischer Briefe. Von einem bewährten Korrespondenten. Leipzig, Verlag von Karl Fr. Pfau. 60 Pfg.

Ude, E., Dr. jur., **Das Recht im Handel, im Gewerbe und Verkehr.** Ein Handbuch für Kaufleute und Gewerbetreibende. 2. Aufl., Lief. 11 u. 12 (Schlusslieferungen). Vollständig in 12 Lieferungen, je 30 Pfg., Gesamtpreis 3,60 Mk. Preis des vollständigen Werkes in 2 Bänden: geh. 5,40 Mk., geb. 7 Mk. Braunschweig 1900, Druck und Verlag von Joh. Heinr. Meyer.

Redl, Eugen, K. u. K. Artillerie-Ingenieur: **Elemente der Organisation und Administration industrieller Unternehmungen.** Als Leitfaden für Studierende, Betriebstechniker, Gewerbetreibende und Fabrikanten. Auf Basis der gesetzlichen Bestimmungen, der Fachliteratur und praktischen Erfahrung zusammengestellt. Leipzig und Wien 1900, Franz Deuticke. 8 Mk.

Die vorliegende Arbeit bezweckt die übersichtliche, elementare Darstellung aller Faktoren, welche bei der Organisation und Administration industrieller Unternehmungen zur Geltung kommen, in ihrem inneren Zusammenhange und ihrer Wechselbeziehung.

Zunächst liegt es in der Absicht des Verfassers, hierdurch einen Behelf zu schaffen, unter dessen Zuhilfenahme es dem in die Praxis tretenden Techniker ermöglicht werden soll, sich über die in industriellen Unternehmungen vorkommenden geschäftlichen Thätigkeiten ihrem Wesen und ihrer gegenseitigen Beziehung nach orientiren zu können. Im Weiteren giebt das Werk dem in der Praxis stehenden Techniker Anhaltspunkte für die Lösung der in dieses Gebiet fallenden Fragen an die Hand.

Lange, H., **Posthandbuch für das Publikum, insbesondere für Kaufleute, Behörden etc.** Verlagsbuchhandlung C. Heinrich, Dresden-N. 60 Pfg.

Fahrplanbuch mit Karte 1901. I. Januar-April. Hannover, Schmorl & von Seefeld Nachf. 50 Pfg.

Verkehrskarte von Europa, Nordafrika und dem Morgenlande. Bearbeitet mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Interessen von Paul Langhans. 1:5000000. Gotha, Justus Perthes. 8 Mk., aufgezogen als Wandkarte (1,30 m breit, 1,06 m hoch) 12 Mk.

Die Betheiligung der deutschen Seeschifffahrt am europäischen Hafenverkehr zeigt zum ersten Male vollständig die neue Verkehrskarte Europas, die unter Prof. Langhans' Leitung aus der Gothaer Geographischen Anstalt hervorgegangen ist. Bisher begnügten sich die Karten mit der Darstellung lediglich der Postdampferlinien, alle anderen regelmässigen deutschen Dampferlinien giebt die vorliegende Karte überhaupt zum ersten Male und ergänzt ihre Angaben durch die Beifügung der Schiffsflaggen der wichtigsten am europäischen Schiffsverkehr beteiligten deutschen Reedereien. Farbig unterschieden erscheinen ferner sämtliche Postdampferlinien anderer Nationalität mit Angabe der Reederei und der Fahrtdauer von Hafen zu Hafen. Alle mit deutschen Häfen in regelmässigem Schiffsverkehr stehenden fremden Häfen sind besonders gekennzeichnet. Der erschöpfenden Darstellung des Seeverkehrs entspricht die vollständige Wiedergabe der Verkehrsverbindungen auf dem Lande. Unter den Eisenbahnen sind deutlich die von Luxus- (Express-) und anderen Schnellzügen befahrenen hervorgehoben; bei grösseren Orten liest man die Fahrtenfernung von Berlin in Stundenzahlen ab. Die Karte zeigt ferner die gesammte europäische Flussdampfschifffahrt, alle Dockanlagen und endlich sämtliche deutschen und österreichisch-ungarischen Konsularbehörden. Ganz besonderen Werth verleiht der Karte aber noch die Beigabe der Pläne von 48 der wichtigsten Umschlagsplätze und Landungskehrengen, die vor Allem die gegenseitige Entfernung der Bahnhöfe und Landungsplätze von einander zeigen. Neben dem für jeden Kaufmann wichtigen, auf das praktische Bedürfniss Rücksicht nehmenden Inhalt der Karte ist wie bei desselben Verfassers »Kaufmännischer Wandkarte der Erde« ganz besonders das Bestreben zu loben, auch für räumlich beschränkte Kontore einen wirkungsvollen Wandschmuck zu schaffen, der wenig Raum einnimmt und doch in technischer Vollendung und praktischer Brauchbarkeit unerreicht dasteht. Nicht weniger als 75 farbenprächtige Handels- und Kontorflaggen schmücken die Karte, die durch einen wirkungsvollen Rahmen zusammengehalten wird. Mit seiner neuen »Verkehrskarte von Europa« bietet Professor Langhans aber auch den Unterrichtsanstalten ein werthvolles Anschauungsmittel, das den Schüler in das gerade für die Gegenwart unentbehrliche Verständniss des weitverzweigten Verkehrslebens Europas einzuführen versteht.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff (Braunschweig).

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 2.

Braunschweig, Februar 1901.

XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Sachverständigen-Kommissionen.

Die von der Handelskammer eingesetzten Sachverständigen-Kommissionen sind in letzter Zeit wiederum in drei Fällen in Anspruch genommen worden. In dem einen Falle handelte es sich um die Untersuchung von Erbsen und Spargel, in einem zweiten Falle um die Prüfung von Spargel-Konserven und in dem dritten Falle um eine Ladung Förderkohlen.

Handelsgebrauch.

Die Handelskammer hat in einer Prozesssache ihr Gutachten dahin abgegeben, dass ein für alle Branchen gleichmässiger Handelsgebrauch, die Emballagen zum vollen Preise, nicht nur zu zwei Drittel des vollen Preises zurückzunehmen, nicht bestehe. Es könne aber in der Holz-, Kurz- und Spielwaarenbranche als handelsüblich angesehen werden, dass die Emballagen, bei dem Fehlen einer besonderen Vereinbarung, zu zwei Drittel des berechneten Werthes zurückgenommen würden, sofern sie sich in gutem Zustande befänden und franko zurückgesandt würden. In der Manufaktur- und Kolonialwaarenbranche würden die Emballagen bei kostenfreier Rücksendung und sofern sie sich in gutem Zustande befänden, zum vollen Preise zurückgenommen.

Gutachten.

Die Handelskammer hat in einer Klagesache ihr Gutachten dahin abgegeben, dass Voranschläge über elektrische Installationsarbeiten immer nur exklusive der Beleuchtungskörper zu verstehen sind, sofern nicht in einem specificirten Kostenanschlage oder einer besonderen Vereinbarung die Lieferung der Be-

leuchtungskörper mit vereinbart worden ist. Dieses ist um so mehr der Fall, als die Auswahl der Beleuchtungskörper in der Regel dem besonderen Geschmacke der Besteller überlassen ist.

Vorlegung falscher Fakturen bei der Verzollung von Waaren in den Niederlanden.

Der »Gerichtshof« (Oberlandesgericht) zu Amsterdam hat in einem Erkenntnis vom 12. Dezember v. J. als Berufungsinanz das Ausstellen unrichtiger Fakturen zum Zwecke der Täuschung der Zollbehörden als Urkundenfälschung qualifiziert und von diesem Gesichtspunkte aus unter Bestätigung des Urtheils der ersten Instanz (Arrondissements-Rechtsbank) zwei Amsterdamer Kaufleute zu einer Gefängnisstrafe von je sechs Monaten verurtheilt.

Reichsbankstellen.

Reichsbanknebenstellen sind errichtet in:

1. Meiderich (Niederrhein), abhängig von der Reichsbankstelle in Duisburg,
2. Markneukirchen, abhängig von der Reichsbankstelle in Plauen i. V.,
3. Biebrich, abhängig von der Reichsbankstelle in Wiesbaden.

In Würzburg ist am 1. Februar cr. an Stelle der bisherigen Reichsbanknebenstelle eine dem Reichsbank-Direktorium unmittelbar untergeordnete Reichsbankstelle errichtet worden.

Dem aus dem Kreise Unterfranken und Aschaffenburg gebildeten Geschäftsbezirke derselben werden die bisher von der Reichsbankstelle in Darmstadt abhängige Reichsbanknebenstelle in Aschaffenburg und die bisher von der Reichsbankstelle in Nürnberg abhängigen Reichsbanknebenstellen in Kitzingen und Schweinfurt überwiesen.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1900.

I. Theil: Industrie.

1. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.

C. Salz.

1. Herzogliche Saline Schöningen.

Die Deutsche Salinen-Vereinigung ist im Jahre 1900 auf sämtliche Salinen Deutschlands ausgedehnt. Die Kochsalzindustrie hat sich dadurch von dem verhängnissvollen Preisdrucke der letzten Jahre befreien und durch eine massige Erhöhung der Salz-

preise auch der einflussreichen Vertheuerung aller Baumaterialien, insbesondere aber der Brennmaterialien entziehen können, so dass die Finanzlage am Schlusse des Jahres allgemein günstig war.

Im deutschen Reiche wurden 498 326 832 kg Siedesalz der Inlandsproduktion abgesetzt. Ausgeschlossen von dieser Ziffer ist das zur Herstellung chemischer Produkte in Grossbetrieben, zum Aufthauen von Schnee und Eis, zu Badezwecken und zur Düngung verwendete Salz, inbegriffen aber das zu gewerblichen Zwecken und zur Viehfütterung dienende Salz, ausschliesslich Pfannenstein.

Der Handel nach dem Auslande wurde durch Konkurrenz der englischen Salinen gedrückt, auch der einheimische Markt war in der zweiten Hälfte des Jahres durch billige Auslandsöfferten beunruhigt und in den Nord- und Ostprovinzen durch ständige Einfuhr englischen Salzes auf einen niedrigen Preisstand angewiesen.

Der Absatz im Herzogthum Braunschweig an Siedesalz (Speisesalz, Viehsalz und Kleingewerbesalz) betrug 3 570 000 kg; daran war die Saline Schöningen mit 1 750 000 kg theilhaftig.

Der Gesamtabsatz der Schöninger Saline bezifferte sich im Jahre 1900 auf:

	4 513 175 kg Speisesalz
	22 750 » Grausalz
	106 250 » Vieh- und Gewerbesalz
<hr/>	
Sa.	4 642 175 kg,
ausserdem	78 737 » Abfallsalz und
	48 431 » Pfannenstein
<hr/>	
zusammen	4 769 343 kg Kochsalz.

Die Produktion betrug:

	4 522 743 t Speisesalz
	102 600 » Grausalz
<hr/>	
Sa.	4 625 343 t,
ausserdem	48 431 » Pfannenstein
und	75 000 » Abfallsalz
<hr/>	
zusammen	4 748 774 t Kochsalz.

Umfangreiche Umbauten zur Herstellung eines erstklassigen Hotel- und Molkereisalzwerkes haben unvermeidliche Störungen im Betriebe und im Absatze mit sich gebracht, welche in den niedrigen Ziffern ihren Ausdruck finden.

2. Aktiengesellschaft Thiederhall.

Den Theilnahmeziffern am Kalisyndikat entsprechend, wobei der Austausch von schwefelsaurem Kali gegen Chlorkalium und schwefelsaurer Kalimagnesia gegen Kalidüngesalze mit einem an-

deren Werke für die ersten neun Monate des Jahres berücksichtigt ist, brachte die Gesellschaft zum Versand:

	1899		1900	
Chlorkalium	96 107	D.-Ctr.	98 638	D.-Ctr. à 80 %
» aus von der Gewerkschaft Hed- wigsburg zu fabrikato- rischer Verwerthung übernommenen Roh- salzen	15 200	»	—	» à 90 %
Schwefelsaures Kali	—	»	4 581	» à 48 %
Schwefels. Kalimagnesia	—	»	2 256	» effektiv
Kalidüngesalz 20,30,40 %	24 402	»	35 121	»
Kalidünger, mind. 38 %	3 000	»	3 900	»
Kieserit in Blöcken	27 800	»	16 310	»
Kalirohsalze, Gruppe IV	28 677	»	24 495	»

Auch der Absatz in Nebenprodukten war im Berichtsjahre zufriedenstellend.

Eine erfreuliche Zunahme hat im verflossenen Jahre der Absatz in Kalifabrikaten, welche für die Rentabilität des Werkes hauptsächlich in Betracht kommen, erfahren, so dass die chemische Fabrik vollständig beschäftigt war, und so der Gewerkschaft Hedwigsburg, Neindorf, Salze zu fabrikatorischer Verwerthung, wie in den Vorjahren, nicht abgenommen werden konnten.

In Folge dessen ist auch das erzielte Betriebsergebniss recht befriedigend und beläuft sich der Mehrgewinn gegen das Vorjahr auf 64867,78 Mk.

Die anhaltend steigende Nachfrage nach schwefelsauren Kalierzeugnissen veranlasste die Gesellschaft, die Rentabilität der Fabrikanlagen durch Errichtung einer Sulfatfabrik zu erhöhen. Dieselbe wurde im September v. J. in Betrieb genommen, so dass der Antheil am Sulfatabsatz für das letzte Quartal des Vorjahres vom Werke selbst fabrizirt werden konnte.

Der Betrieb des Bergwerks sowohl wie der chemischen Fabrik ging ohne Störungen von statten und waren die Arbeiterverhältnisse bei etwas stärkerer Belegschaft zufriedenstellend.

Zum Zwecke der weiteren Ausbeutung der Kalisalzlagstätte in den Grubenfeldern und im Interesse eines gesicherten Betriebes in späteren Jahren ist jetzt mit dem Abteufen eines zweiten Schachtes begonnen worden. Die Gesellschaft hofft, die in diesem und den nächsten Jahren hierfür aufzuwendenden Kosten aus den Betriebsmitteln decken zu können.

Die bei Beginn des neuen Jahres vorliegenden Abschlüsse des Syndikats lassen eine weitere Zunahme des Absatzes, besonders in Kalifabrikaten, auch pro 1901 erwarten, so dass seitens der Gesellschaft, trotz Beitritts einiger neuen Werke zum Syndikat, wieder auf einen guten Geschäftsgang gerechnet wird.

D. Braunkohlen.

Braunschweigische Kohlen-Bergwerke.

Der Absatz in Kohlen ist während des ganzen Jahres 1900 ein guter gewesen; in den Herbstmonaten war es auf den Tiefbau-Gruben wegen der sich von Jahr zu Jahr schwieriger gestaltenden Betriebsverhältnisse, sowie wegen Arbeitermangels schwer, der verstärkten Nachfrage zu genügen. Demgegenüber konnte in dieser Zeit eine der Tagebaugruben, ausser ihrem regelmässigen Versande, täglich bis zu 100 Doppelladungen Kohlen, meistens an Zuckerfabriken, als Ersatz für in Betriebsschwierigkeiten befindlichen preussischen Gruben liefern. Wenn die Preise auch eine Erhöhung erfahren konnten, so stiegen die Gesteungskosten doch derartig, dass der Bruttonutzen per Hektoliter geförderter Kohle auch bei Berücksichtigung der besseren Briketpreise abermals einen Rückgang erfuhr. Die Nachfrage in Brikets war grösser als je zuvor, so dass ihr trotz vermehrter Produktion nicht genügt werden konnte. Zum Theil gab dieser Umstand Veranlassung, mit dem Bau einer vierten Briketfabrik mit verdoppelter Leistungsfähigkeit zu beginnen. Der Betrieb war auf allen Werken ein regelmässiger. Es wurden auf den Werken der Gesellschaft im Jahre 1900 14 968 569 hl Kohlen gegen 11 683 374 hl Kohlen im Jahre 1899 gefördert und 3 712 624 Ctr. Brikets gegen 2 802 741 Ctr. Brikets im Vorjahre produziert.

II. Industrie der Steine und Erden.

1. Stein-Industrie des Sollings.

Im Jahre 1900 war die Bauthätigkeit geringer als im Vorjahre, mithin auch der Bedarf an Steinmetzarbeiten für Hochbauten nicht so bedeutend; dagegen hat die grosse Anforderung an Krippen und Trögen für Viehställe angehalten und die Arbeiter gut beschäftigt.

Der Verbrauch von Platten aus Sollingstein wird immer mehr durch Fabrikation von künstlichem Material eingeschränkt, und nur chemische Fabriken, welche meistens keine Cementfliesen, die nicht säurefest sind, verwenden können, bleiben dem Naturstein treu.

Der Versand in Platten nach Südamerika hat sich auch noch nicht wieder gehoben, so dass zu befürchten ist, dass der Artikel nach dort wohl kaum wieder exportirt werden wird.

2. Vereinigte Harzer Kalk-Industrie, A.-G.

Der Geschäftsgang im verflossenen Jahre war ein befriedigender. Der Absatz in den Produkten hat sich zum Mindesten auf derselben Höhe gehalten wie in den Vorjahren.

3. Heinrich Brandt, Steingeschäft, Holzminden a. W.

Das Jahr 1900 war in Steinhauerarbeiten zu Bauzwecken ein befriedigendes. Auch das Plattengeschäft, d. h. in stärkeren ungeschliffenen, war als gut zu bezeichnen, wohingegen die dünneren geschliffenen Platten einen weiteren Rückgang aufwiesen, da zum Export wenig Nachfrage war und ein kaum nennenswerther Versand stattfand.

Die Aufträge für 1901 lassen speciell in Steinhauerarbeiten eine weitere Besserung erhoffen, auch sind in stärkeren ungeschliffenen Platten schon grössere Aufträge für Fabrik- und Trottoiranlagen eingegangen, wohingegen in dünneren geschliffenen Platten das Geschäft fast vollständig ruht.

4. Noelle & von Campe, Glashütten-Brückfeld.

Das Jahr 1900 stand unter dem Drucke der schlechten Geldverhältnisse und der unmässigen Steigerung der Kohlenpreise. Ueber die letzteren ist bereits genügend Klage geführt; bemerkt sei nur noch, dass die Preise der Kohlen im Zeitraume von etwa zwölf Jahren mehr als verdoppelt sind. Im Jahre 1900 mussten für Kohlen über 9000 Mk. mehr ausgegeben werden als im Vorjahre. Dass unter solchen Verhältnissen, zumal auch die Rohmaterialien der allgemeinen Preissteigerung folgten, das Gesamtergebnis ungünstiger werden musste als früher, ist leicht ersichtlich. Leider gestattete die Konkurrenz eine Preissteigerung der Fabrikate nicht. Als günstig kommt in Betracht, dass gute Aufträge vorlagen, die auch für 1901 sehr reichlich vorhanden sind, so dass die Aussichten sich jetzt etwas günstiger gestalten, zumal wenn die Kohlenpreise endlich weichen sollten. Einzelne Betriebsverbesserungen zeigen jetzt ihre günstigen Wirkungen.

Die Arbeiterverhältnisse sind gut, weil ein guter, solider Stamm geübter Arbeiter vorhanden ist; die unruhigeren Elemente werden gern von anderen, neueren Hütten abgenommen, denen es an dem eigentlichen Arbeiterstamme fehlt.

5. Röhren- und Kunststeinfabrik B. Liebold & Co., A.-G., Holzminden.

Das verflossene Jahr war bezüglich der Witterungsverhältnisse wiederum ein günstiges; es gestattete eine frühzeitige Inangriffnahme der Bauten und ermöglichte wegen des im Dezember herrschenden milden Wetters auch zum grössten Theile noch ihre Fertigstellung in diesem Jahre.

Ausgeführt wurden: 8 grössere Brücken, 1 Viadukt für eine Eisenbahn, 5 grössere Ueber- bzw. Unterführungen, 10 Kanalisationen, 19 Wasserbehälter, 1 Gasbehälter, 1 Bismarcksäule, 2 Maschinenfundamente und 6 zum Theil sehr bedeutende Wasserkraftanlagen.

Im Uebrigen bewegte sich das Baugeschäft in ruhigen Bahnen, wurde aber durch billige Preise ungünstig in seinem Ergebnisse beeinflusst.

Der Absatz an Cementröhren und Cementplatten — namentlich in letzteren ist die Nachfrage eine grosse — war zufriedenstellend; die Frachtsätze beschränken allerdings, wie bereits in dem vorjährigen Berichte erwähnt, namentlich den Absatz in Cementröhren recht empfindlich, auch sind die Preise immer noch gedrückte.

In Königshütte (O.-Schl.) ist eine Zweigniederlassung errichtet.

6. Fürstenberger Porzellanfabrik.

In der Porzellanfabrikation war im abgelaufenen Jahre eine rege Nachfrage sowohl in Deutschland wie in überseeischen Ländern, soweit solche nicht durch politische Verhältnisse beunruhigt waren, zu bemerken.

Für das deutsche Geschäft war auch die Gründung der »Vereinigung deutscher Porzellanfabriken, G. m. b. H.«, ein wichtiger Faktor für die Schaffung fester, geregelter Verhältnisse. Durch eine in den letzten Jahren in Deutschland eingetretene Ueberproduktion waren in der Geschirrabzweig ganz maasslose Preisunterbietungen zu verzeichnen gewesen. Diesem Uebelstande sollte durch Zusammenschluss fast aller hervorragenden deutschen Fabriken zu genannter Vereinigung abgeholfen werden, deren Hauptzweck darin besteht, die Verkaufspreise für die hauptsächlichsten Stapelartikel auf derjenigen Mindestgrenze zu halten, welche durch die fortwährende Steigerung der Löhne, sowie der Preise für Materialien und Kohlen von selbst vorgeschrieben ist.

Wiewohl das erste Geschäftsjahr der Vereinigung noch keinen klaren Ueberblick über das Resultat dieses Zusammenschlusses gewähren kann, weil im Jahre 1900 noch grosse Lieferungen bei einer Anzahl Fabriken zu alten, niedrigen Preisen schwebten und die Lager der Grossisten noch einen grossen Umfang hatten, so war doch mit Freude zu bemerken, dass die solide Branchenkundschaft sich fast durchgehends gern mit den Bestrebungen der »Vereinigung« einverstanden erklärte, so dass wohl schon das nächste Jahr günstigere Ergebnisse und eine voraussichtlich länger andauernde Sicherung der ganzen Gebrauchsartikelbranche herbeiführen wird.

Der Transvaalkrieg schwächte zwar in geringem Umfange den geschäftlichen Verkehr mit England, doch deuten alle Verhältnisse darauf hin, dass speciell im Bezuge mittelfeiner und feinerer Porzellanwaaren keinerlei Störung im nächsten Jahre stattfinden dürfte. Die Exportverhältnisse nach Nordamerika sind nach wie vor günstig.

7. Diabas-Steinbrüche Neuwerk.

Während in dem letzten Berichte ein Mehrverkauf von 3550 cbm gegen 1897/98 konstatirt wurde, muss heute nach einem Absatze von 19 519,89 cbm auf einen Ausfall von circa 3050 cbm hingewiesen werden.

Verschiedene Umstände vereinigten sich in dem abgelaufenen Geschäftsjahre, den Gewinn zu schmälern. So war der Winter mit seinen reichlichen Schneemassen, die bis in den April hineinreichten, verlustbringend. Ferner hinderte mehrere Wochen lang im Betriebe die Reparatur der schiefen Ebene, deren Hölzer teilweise verfault waren. Eine grössere Zahl Arbeiter führte in dieser Zeit am Harensberge Schuttarbeiten aus. Der Bossirlohn für Kleinpflasteranfertigung musste erhöht werden. Schliesslich kam man in den Pfaffenköpfen an einen riesigen mit Quarz durchsetzten Felsen, dessen Material die Herstellung von Pflastersteinen sehr erschwerte. Beschäftigt sind durchschnittlich 100 Arbeiter, unter denen sich 24 Bossirer befanden.

Der Wassermangel der Bode machte sich weniger fühlbar als im Jahre 1898/99.

Gegenwärtig wird ein neuer Steinbruch, hart an dem Schienengeleise, in der Nähe des Tunnels, angelegt. Der betreffende Felsen, Melaphyr, besser Hysterobas genannt, spaltet vorzüglich, ist sehr hart, und man hofft, mit gutem Erfolge das immer mehr in Aufnahme kommende Kleinpflaster herstellen zu können.

8. Braunschweiger Portland-Cementwerke in Salder.

Der Konsum an Portland-Cement in dem natürlichen Absatzgebiete — Nordwest- und Mitteldeutschland — ist gegen das Vorjahr noch gestiegen, aber die vielen Neugründungen, welche im Laufe des Jahres in Betrieb kamen, machten sich am Markte recht unliebsam durch starke Preisunterbietungen bemerkbar. Der Absatz hielt sich auf der Höhe des Vorjahres.

Durch die Bildung des nordwest-mitteldeutschen Syndikats wird gehofft, trotz der Gegnerschaft der oberschlesischen und Stettiner Fabriken, die in Mitteldeutschland einen scharfen Konkurrenzkampf zeitigen wird, ein gutes Resultat zu erzielen, zumal mit den süddeutschen und unterelbischen Fabriken auch wegen des Exports ein Einverständniss erzielt wurde.

9. Vereinigung Braunschweiger Dampfziegeleien.

Die hiesigen Ziegeleien hatten in dem letzten Jahre auch stark mit den immer theurer werdenden Kohlen und den sich stetig steigernden Löhnen zu rechnen. Mit Genugthuung ist es deshalb zu begrüssen, dass diesen ungewöhnlich heraufgeschraubten Herstellungskosten wenigstens ein einigermaassen angemessener Preis für die Produkte in der Stadt und ihrer nächsten Umgebung

gegenübersteht, der nur durch einmüthiges Zusammengehen aller acht Ziegeleien in der »Vereinigung Braunschweiger Dampfziegeleien« möglich war. —

Nach weiter gelegenen Ortschaften wird das Geschäft dagegen immer schwieriger, da alljährlich neben neu entstehenden Ziegeleien die bestehenden sich vergrössern, die kleinen Handziegeleien zu dem rationelleren Maschinenbetriebe übergehen und durch ihre vergrösserten Produktionen die Preise sehr drücken, so dass, nach Abzug der oft recht grossen Transportkosten, kaum ein Nutzen für das hiesige Material bleibt.

Die Preise wurden in Anbetracht der höheren Herstellungskosten im November des Jahres 1899 entsprechend aufgebessert und hielten sich seitdem auf der gleichen Höhe. Sämmtliche Werke waren voll beschäftigt, doch sind durch den strengen Winter immerhin grosse Vorräthe angesammelt, die mit in das neue Jahr 1901 herübergenommen werden mussten.

Die Bauthätigkeit im verflossenen Jahre war in der Stadt Braunschweig wohl noch eine rege, obgleich sie gegen die früheren Jahre zurückblieb, und gegen Ende dieses Jahres bereits die schwierigen Geldverhältnisse auch hier einige Schranken auferlegten.

Die Aussichten für das neue Jahr werden zweifellos unter dem eben geschilderten steifen Geldmarkte zu leiden haben.

Ob eine Einschränkung der Produktionen zu geschehen hat, lässt sich vor der Hand noch nicht feststellen, doch wird eine solche Maassnahme nicht unwahrscheinlich sein.

III. Metallverarbeitung.

1. Gold- und Silberwaaren.

In der Gold- und Silberwaarenbranche ist gegen das Vorjahr ein weiterer, wenn auch geringer Aufschwung zu verzeichnen.

2. Bijouteriewaaren.

Auch in Bijouteriewaaren lagen reichlich Aufträge vor, leider waren jedoch, wie auch in früheren Jahren, die Preise derart gedrückt, dass mit sehr geringem Nutzen gearbeitet werden musste.

IV. Chemische Industrie.

1. Asphalt-Industrie.

Die in Eschershausen und Umgegend arbeitenden Asphaltwerke, welche ihren Rohasphaltstein im Hilsgebirge gewinnen, litten seit mehreren Jahren unter dem sehr heftigen Wettbewerb,

welcher zwischen den zum sogenannten Verkaufs-Verein der Vorwohler Asphaltwerke gehörenden und zwei aussenstehenden Firmen entstanden war.

Die Preise waren in diesem Gegeneinanderarbeiten nach und nach so tief gesunken, dass namentlich bei den erhöhten Löhnen und mit den wesentlich vertheuerten Kohlen nur ein spärlicher Gewinn zu erzielen war. Mit Beginn des Jahres 1900 trat Wandel zum Besseren ein, indem sich dem Verkaufs-Verein auch die bis dahin aussenstehenden Werke anschlossen und es somit möglich wurde, unter Vermeidung der gegenseitigen nutzlosen Unterbietung, zu Preisen zu verkaufen, welche einerseits einen angemessenen Gewinn brachten, andererseits aber nicht so übertrieben hoch waren, dass dadurch die Kundschaft unverhältnissmässig belastet oder neue Konkurrenz hervorgerufen wäre. Die besseren Abnehmer haben, nachdem sie die Unmöglichkeit einsahen, das zwischen den Werken Vereinbarte an der einen oder anderen Stelle zu durchbrechen, selbst zugestanden, dass es ihnen angenehmer sei, jetzt mit festen, wenn auch erhöhten Preisen rechnen zu können, weil ihnen damit bei ihren Voranschlägen für Angebote die feste Grundlage des gleichen Rohmaterialpreises geboten sei und sie somit bei Submissionen vor Ueberrumpelungen gesichert seien, wie solche zur Zeit der zügellosen Unterbietung durch Bewilligung von Schleuderpreisen seitens der Rohmateriallieferanten oft möglich gemacht wurden.

Zu dem »Verkaufs-Verein der Vorwohler Asphaltwerke, G. m. b. H., Hannover« gehören jetzt folgende Firmen:

1. Deutsche Asphalt-Aktien-Gesellschaft der Limmer und Vorwohler Grubenfelder (Hannover),
2. The United Limmer Vorwohle Rock Asphalts Company Lim. (Linden),
3. Vorwohler Asphalt Company Lim. (Eschershausen),
4. Lenne-Vorwohler Asphaltfabrik, L. Haarmann & Co. (Lenne bei Vorwohle),
5. R. Thomae (Eschershausen),
6. Hannoversche Baugesellschaft (Hannover).

Der Versand der Vereinswerke hat im letzten Jahre annähernd betragen: 1. im Vereinsgebiete: 32 000 Tonnen Mastix, 2500 Tonnen Rohasphaltstein, 550 Tonnen Goudrons u. s. w.; 2. ausserdem kamen noch zum Versande: 7000 Tonnen Mastix für das Ausland, 13 000 Tonnen Stampfasphaltnmehl aus Vorwohler Stein hergestellt. Das Stampfasphaltnmehl, das nicht unter den Vereinsverkauf fällt, wurde fast lediglich in Deutschland verbraucht.

In Süddeutschland ist der Wettbewerb des Schweizer und des Elsässer (Lobsann) Asphalts zu bekämpfen, doch führt sich das Vorwohler Material von Jahr zu Jahr mehr ein. Es würde noch rascher Platz gewinnen, wenn nicht manche Beamte, namentlich städtischer Bauverwaltungen, noch mit veraltetem und un-

begründetem Vorurtheile die ausländischen und auch den bei Hannover gewonnenen sogenannten Limmer Mastix vorzögen. Ins Ausland wurde hauptsächlich nach England, Schweden, Norwegen und Dänemark, sowie auch nach den Vereinigten Staaten versandt.

Die stetige Zunahme des Absatzes ist wohl der beste Beweis für die Verwendbarkeit des Vorwohler Asphalts. Ein für die Entwicklung der Vorwohler Asphalt-Industrie sehr wichtiges Ereigniss war die am 9. November 1900 erfolgte Eröffnung der Vorwohle-Emmerthaler Eisenbahn.

Während früher alle Transporte durch gewöhnliches Landfuhrwerk bewerkstelligt werden mussten, während die nächste Eisenbahnstation in Vorwohle bis dahin von den in Eschershausen arbeitenden Werken nur auf einer stark steigenden Chaussee von 6 km Länge erreicht werden konnte, haben jetzt die meisten Fabriken direkten Geleisanschluss.

Allerdings hat die Bahn den Asphaltfabriken bis jetzt noch nicht den Vortheil gebracht, den man erwartet, und auf den namentlich die bei der Aktienzeichnung Beteiligten gerechnet hatten, weil die Preussische Staatsbahnverwaltung für verhältnissmässig sehr wenige Stationen direkte Tarife mit den Stationen der Vorwohle-Emmerthaler Bahn zugelassen hat und den wiederholten Anregungen auf Erweiterung des direkten Tarifverkehrs bis jetzt keine Folge gegeben hat.

So haben die Eschershauser Werke jetzt für jede Ladung, welche nicht nach einer Station des direkten Tarifs versandt wird oder von solcher kommt, einen Betrag von 9,50 Mk. für den Transport der Ladung von und nach Vorwohle zu bezahlen (einschliesslich Ueberführungsgebühr von 1,50 Mk.), während die Doppelladung früher mit eigenem Fuhrwerk etwa für 16 Mk. nach Vorwohle gebracht wurde. Dabei brachte dann das eigene Fuhrwerk die eingehenden Güter (zwei Fünftel der ausgehenden) kostenlos mit zurück.

Mit welcher Willkür bei der Auswahl der Stationen, für welche direkter Verkehr zugelassen ist, verfährt man, erhellt wohl am besten daraus, dass z. B. Magdeburg Hauptbahnhof direkt verbunden ist, während die übrigen Magdeburger Bahnhöfe, an welchen sich die Industrie vornehmlich entwickelt hat, nicht in direktem Verkehre stehen. Ebenso sind in Köln und in Leipzig einige Bahnhöfe mit den hiesigen Stationen verbunden, andere sehr wichtige aber nicht.

Die Interessenten haben sich jetzt hilfesuchend an den Minister der öffentlichen Arbeiten gewandt.

Andererseits hat der Eisenbahnbetrieb, wenn er auch nicht gleich alle Wünsche erfüllen konnte, doch schon jetzt mancherlei Erleichterungen gebracht. Namentlich ist es in den wenigen Monaten seit der Eröffnung bereits klar geworden, welche ausser-

ordentlich wichtige Rolle für den Transport der Asphalt-Industrie die jetzt leicht zu erreichende Weser spielt.

Sowohl für den Bezug des Trinidad-Asphalts, welcher das hauptsächlichste Zusatzmaterial ist, wie auch für den überseeischen Versand von Asphaltstein und Mastix wird jetzt, wenn eben möglich, der Wasserweg Kemnader Hafen-Bremen bezw. umgekehrt gewählt, bei dem sich ganz erhebliche Ersparnisse gegen den früheren Eisenbahntransport Vorwohle-Bremen ergeben. Leider haben sich die Hafenanlagen bei Kemnade schon jetzt zuweilen als unzureichend erwiesen, und es wird in kürzester Zeit daran gedacht werden müssen, das Ufer der Weser selbst mit einem Quai zu versehen, wofür die Wassertiefe und alle sonstigen Verhältnisse ausserordentlich günstige Vorbedingungen bieten.

Während die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika durch die dortigen Zölle fast unmöglich gemacht ist, hat die deutsche Asphalt-Industrie unter dem Wettbewerb der schweizer und französischen Mastix-Marken schwer zu leiden.

Beschaffenheit und Menge des in Deutschland erzeugten Mastix würden für den heimischen Bedarf vollständig ausreichen.

Es ist deshalb kein unbilliges Verlangen, wenn seitens der hiesigen Asphaltfabrikanten unter Hinweis auf die Zölle, mit denen das Ausland Mastix und Rohasphaltstein belegt hat, ein ähnlicher Schutz ihrer Arbeit für Deutschland beantragt wird, zumal der Bezug guter Zusatzmaterialien, wie solche Galizien liefern könnte, durch hohe Eingangszölle fast unmöglich gemacht wird.

Die einheimische Erdöl-Industrie ist durch diese hohen Zölle allerdings gesichert, aber diese Vertheuerung wird in der Asphalt-Industrie um so bitterer empfunden, weil man ihr dieselben auferlegt, ohne ihr selbst irgendwelches Entgelt dafür zu bieten.

Kaufmännisches Lehrlingsheim zu Braunschweig.

Besichtigung des Peiner Walzwerkes und der Ilseder Hütte,
am Mittwoch, den 23. Januar.

(Zugleich ein Beitrag für eine zweckmässige Vertiefung der Wirthschaftskunde durch die Anschauung.)

Schon im Herbst des vorigen Jahres war diese Besichtigung, soweit sie die Ilseder Hütte betrifft, in Aussicht genommen, die Zusage im Allgemeinen ertheilt und ein Sonntag gewählt worden. Da aber der Betrieb beider Werke am Sonntage zwar aufrecht erhalten wird, die führenden Beamten jedoch und der uns freundlich in Aussicht gestellte Sonderzug der Werkbahn nach der Ilseder Hütte unmöglich Sonntags gestellt werden konnten, so musste von der Besichtigung damals Abstand genommen werden.

Auf den Rath des Herrn Direktors G. Crusius wurde dann ein Mittwoch gewählt, nachdem sich herausgestellt, dass auch der braunschweigische Busstag die Besichtigung nicht ermöglichte, da jetzt der hannoversche und braunschweigische Busstag auf denselben Tag fallen.

Es ist das erste Mal, dass die Mitglieder des Kaufmännischen Lehrlingsheims einen Wochentag für eine Besichtigung in Anspruch genommen haben. In Anbetracht der Wichtigkeit der Eisen-Industrie für unser gesamtes deutsches Vaterland als der führenden Industrie, in Rücksicht auf die grossartige Einrichtung der beiden Werke, deren Direktionen in der lebenswürdigsten Weise unseren Wünschen entgegengekommen sind, war wohl eine Ausnahme in diesem Falle gestattet und vollauf gerechtfertigt.

Unsere Erwartungen über die Aufnahme dieser Anordnung bei den Lehrherren sind denn auch durch die Wirklichkeit bei Weitem übertroffen worden. Selbstverständlich war die Ertheilung der Erlaubniss zur Mitfahrt in das freie Ermessen der Herren Prinzipale gestellt. Die meisten von ihnen haben ihren Lehrlingen bereitwilligst die nöthige freie Zeit gewährt, das bedarf auch an dieser Stelle der besonderen Hervorhebung. Auf eine so zahlreiche Betheiligung von mehr als dreissig Lehrlingen und fünfzehn Herren aus der Kaufmannschaft bzw. der Lehrerschaft der Kaufmännischen Fortbildungsschule konnte von vornherein nicht gerechnet werden. Gerade von Seiten der betreffenden Lehrherren ist unter Hinweis auf unsere Bestrebungen direkt erklärt worden, dass zu einer derartigen Veranstaltung sehr gern die Erlaubniss ertheilt würde. Es ist das hochehrfreulich und ein Zeichen dafür, dass trotz der Opfer an Zeit, welche die Fortbildung des Lehrlings als Schüler der Kaufmännischen Fortbildungsschule erfordert, dennoch auch für ein Uebrigtes ein warmes Herz bei vielen Lehrherren zu finden ist. Ebenso sicher ist wohl auch anzunehmen, dass andererseits ein Lehrling unter diesen Umständen sich bemühen wird, das Entgegenkommen durch Gewissenhaftigkeit und Arbeitsfreude doppelt wieder auszugleichen.

Bei herrlichem, fast frühlingsmässigem Wetter wurde am Mittwoch Mittags 12.23 die Fahrt angetreten. An derselben theiligten sich ausser einunddreissig Mitgliedern noch verschiedene Herren des Vorstandes der Kaufmannschaft, Herr Dr. W. Schmidt als Vertreter der Handelskammer und mehrere Lehrer der Kaufmännischen Fortbildungsschule, insgesamt fünfundvierzig Personen.

In Peine wurde sofort mit der Besichtigung des ausgedehnten Walzwerkes begonnen, da wir bereits von den mit der Führung betrauten Herren Bockenamp und Heinze am Eingange zum Werke erwartet wurden.

In zwei Abtheilungen wurde ein Gang durch die grossartige Anlage gemacht, welche etwa 2400 Arbeiter beschäftigt und die

gesamnte Eisenproduktion der Ilseder Hütte, mithin mehr als $1\frac{1}{5}$ Millionen Tonnen Roheisen, verarbeitet.

Nach einander wurden besichtigt: die Thomashütte mit dem interessanten Bessemer Thomas-Prozess und dem prächtigen Anblick einer Entleerung der etwa 15 Tonnen Eisen und 4 Tonnen Thomasschlacke fassenden Bessemerbirne. Das in grosse Blöcke gegossene Eisen wird dann vorgewärmt und im eigentlichen Walzwerk ausgewalzt, zersägt, durch selbstthätige Elevatoren auf die kleinen Wagen der Werkbahn verladen, welche ihrerseits das Eisen auf den Lagerplatz befördert, wo zwei Riesenkrane von 45, bezw. 100 m Spannweite die weitere Verladung besorgen.

Der Besucher muss im Walzraume die Augen überall haben, denn von allen Seiten dringen die feurigen Eisenschlangen heran und unter Zischen und Kreischen, gerichtet von gewandten, zangenbewehrten und geheimnissvoll maskirten Arbeitern müssen die Eisenblöcke immer wieder ihre Reise durch die unerbittlichen, sich rastlos drehenden Walzen antreten.

Selbst der Boden, der überall mit Eisenplatten belegt ist, erscheint belebt: glatte Walzen, durch geheimnissvolle Kräfte bewegt, führen das gewalzte Eisen vor die Zähne der Dampfsäge, die unter Funksprühen und kreischendem Geräusch im Nu die gewünschten Längen schneidet.

Nachdem noch der Dampfkesselanlage, den gewaltigen Gebläsemaschinen mit 4000 Pferdekraften, dem Hobelwerk und der Thomasschlackenmühle ein Besuch abgestattet war, wurde hochbefriedigt von dem Gesehenen der Bahnhof der Ilseder Bahn aufgesucht, um mittelst Sonderzuges 3.05 nach Ilsede abzufahren.

In Ilsede übernahmen die Herren Hüsecken, Möller und Schleicher, denen sich später noch Herr Stübing, ein geborener Braunschweiger, zugesellte, die sachkundige Führung.

In drei Abtheilungen wurden die Erzwäsche, die Kokereien, die elektrische Station — welche 10000 Volt erzeugt und das Peiner Walzwerk später mit der nöthigen Betriebskraft versorgen wird, — das Kesselhaus, die Erzaufbereitung, die Aufwärtsbeförderung mittelst Fahrstuhl, sowie der **Hochofen** selbst besichtigt und letzterer auch bestiegen, um die Füllung mit Koks bezw. Erz in unmittelbarer Nähe anzusehen . . .

Gewaltige Mengen brennbarer Gase entstiegen dabei dem Ofen, um in einem riesigen Flammenbündel gen Himmel aufzulothen. Wir befanden uns hier oben in einer Höhe von 22 m und genossen bei dem prächtigen Wetter eine herrliche Fernsicht.

Nachdem noch an dem im Bau befindlichen Hochofen die Einrichtung desselben, die Anbringung der Windbläser (Düsen), die Kühlvorrichtung, die Winderhitzer, die Auffangung und Verwerthung der im Hochofen erzeugten Kohlenoxydgase gezeigt war, nachdem ein Blick in das glühende, vom flüssigen

Erz und Schlacke wogende Innere eines Hochofens geworfen war, kam endlich der ersehnte Augenblick des **Abstichs**.

Mit gespannter Aufmerksamkeit wurde das unter prächtigen Feuererscheinungen entströmende Eisen auf seinem Wege begleitet. Ueberall aufspringende funkelnde Sterne von kleinen Eisentheilchen zeigten den Weg an, den die Feuerschlange nahm.

Nachdem so der Wissensdurst und die Schaulust vollauf befriedigt waren, wurde die Losung »Kasino« ausgegeben und ihr gern gefolgt, um sich nach des Tages Last und Hitze in gemüthlicher Tafelrunde an Speise und Trank zu erquicken.

Den liebenswürdigen, sach- und fachkundigen Führern sprach der Leiter des Heims den Dank der Besucher aus, und nachdem dann noch eine Momentaufnahme aller Theilnehmer gemacht war, brach der grössere Theil der Gesellschaft trotz der bereits beginnenden Dunkelheit nach Gr.-Bülten auf, um noch einen Blick in die Erzgruben des Tagebaues zu werfen. Nur durch diesen billigen Tagebau und durch die werthvolle Thomasschlacke ist es möglich, das nur 32prozentige Erz, ein Brauneisenstein, mit dem grossen Erfolge zu verhütten.

Gegen $\frac{1}{2}$ 7 Uhr langten wir wieder im Kasino an, um noch zum Abschied einen Trank edlen Gerstensaftes mit unseren liebenswürdigen Führern zu kosten.

Dann ging es heimwärts! Alle Theilnehmer waren hochbefriedigt von dem Gesehenen und werden diesen in jeder Beziehung köstlichen Tag noch lange in lieber Erinnerung behalten.

Den beiden Direktionen der Werke gebührt für das freundliche Entgegenkommen und die vorzügliche Aufnahme auch an dieser Stelle unser bester Dank. Sicher wird eine solche Besichtigung auch im Interesse der grossartigen deutschen Eisenindustrie, die ja eng mit dem Handel und Wandel des Volkes verwachsen ist, bei den angehenden Kaufleuten für spätere Zeit noch ihre Früchte tragen.

Der Besichtigung ging, um das rechte Verständniss zu wecken, eine genaue Einführung von Seiten des Leiters in der letzten Versammlung, unter Benutzung der Hilfsmittel, welche unser Handelsmuseum bietet, voraus. Auch bei dieser Besichtigung zeigte sich die Nothwendigkeit einer derartigen Vorbereitung, da sonst der Hauptzweck der Besichtigung, ein tieferes Verständniss der Industrie zu erschliessen, nicht erreicht wird. Vieles geht sonst bei der Fülle des zu Besichtigenden und bei dem Geräusche der Maschinen dem Unvorbereiteten verloren.

Den Mitgliedern des Heims ist ausserdem in dankenswerther Weise auf Ersuchen des Leiters der betreffende Vortrag des Herrn Professors Badländer, der in den volksthümlichen Lehrkursen am Donnerstag, den 24. Januar, die Eisenverhüttung besprach, unentgeltlich zugänglich gemacht worden und somit zugleich eine gründliche »Nachbereitung« geboten.

Eine Fülle der Belehrung und Anregung ist durch diese Berücksichtigung geschaffen, und es ist sehr wohl anzunehmen, dass durch solche Veranstaltungen dem jungen Nachwuchs im Kaufmannsstande der Blick für das wirtschaftliche Leben geweitet und geschärft, Liebe zum Berufe geschaffen und ein frisches, tüchtiges Streben geweckt wird.

Für diejenigen Lehrherren und Lehrlinge, welche die Einrichtung des der Handelskammer unterstellten Kaufmännischen Lehrlingsheims nicht näher kennen, sei noch bemerkt, dass die Versammlungen allsonntäglich von 4 bis 9 Uhr in den vorderen und oberen Räumen des Hotel d'Angleterre, Breitestrasse, stattfinden.

Mitglied kann jeder kaufmännische Lehrling der Stadt Braunschweig werden, sofern er sich eines untadelhaften Rufes erfreut, sich mündlich oder schriftlich bei dem unterzeichneten Leiter anmeldet und sich zur Innehaltung der Hausordnung verpflichtet.

Th. Sander.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

Wurst und Fleischwaaren.

(Januar.)

Der klare Frost im Januar war ganz vorzüglich für die Fabrikation, und sind daher auch ca. 1000 Schweine mehr wie im Januar des Vorjahres geschlachtet worden.

Die Preise für Schweine sind noch weiter gestiegen und wurden mit 58 bis 60 Pfg. Schlachtgewicht bezahlt.

Der Geschäftsgang war sehr befriedigend, und ist wohl der Mehrumsatz gegen Januar vorigen Jahres auf etwa 100000 Mk. zu schätzen.

Denecke & Himmel.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Carl Fricke, Handel mit Material-, Kolonial-, Manufaktur- und Kurzwaaren, Bündheim. Inhaber: Kaufmann Carl Fricke.
2. Ernst Sievers, Handel mit Eisen und Kurzwaaren, Bad Harzburg. Inhaber: Kaufmann Ernst Sievers.
3. H. Schrader & Sohn, Steinbruchsbetrieb, offene Handelsgesellschaft, Königslutter. Inhaber: Steinbruchbesitzer Heinrich und August Schrader.

4. H. Eberhardt, Maschinen- und Armaturenfabrik in Wolfenbüttel. Inhaber: Fabrikant Albert Eberhardt daselbst.
5. Brauerei Hermann Krüger, Braunschweig. Inhaber: Brauereibesitzer Hermann Krüger.
6. Harzer Holzindustrie, Möbelfabrik, Paul Hasenritter, Blankenburg a. H. Inhaber: Paul Hasenritter.
7. Otto Reinhardt, Herrenmodewaaren, Königslutter. Inhaber: Kaufmann Otto Reinhardt.
8. Albert Westphal, Tuch-, Manufaktur-, Mode- und Weisswaren, Königslutter. Inhaber: Kaufmann Albert Westphal.
9. Munte & Clemens, Baugeschäft und Architekturbureau, offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Januar 1901, Braunschweig. Inhaber: Die Architekten Carl Munte und Richard Clemens.
10. H. Schmooek, Buchbinderei und Handel mit Papier, Schreibmaterialien und Lederwaren, Königslutter. Inhaber: Buchbindermeister Heinrich Schmooek.
11. Edmund Reppling, Handel mit Kolonial-, Materialwaren und Futterartikeln, Königslutter. Inhaber: Kaufmann Edmund Reppling.
12. Karl Priesemann, Mülerei nebst Handel mit Getreide, Mehl und Futterartikeln, Oberlutter. Inhaber: Mühlenbesitzer Karl Priesemann.
13. Emil Brandes Nachf., Handel mit Kolonial-, Material-, Kurzwaren, Spirituosen und Flaschenbier, Broitzem. Inhaber: Kaufmann Georg Fuhrmann.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Konsumverein Schlewecke. An Stelle des Kothsassen Wilhelm Strauss ist der Kothsass August Emmermann aus Schlewecke in den Vorstand gewählt.
2. Wittekop & Co., Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist nebst Aktiva und Passiva mit Firma seit dem 1. Januar d. J. von den bisherigen Firmeninhabern an die Kaufleute Carl Feise und Adolf Märten abgetreten, welche die gedachte Handelsgesellschaft mit dem 1. Januar 1901 in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt haben.
3. Maschinenfabriken R. Karges & Gustav Hammer & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. In Breslau ist eine Zweigniederlassung errichtet.
4. Theodor Engelke, Wolfenbüttel. Der Kaufmann Hermann Herrmann in Wolfenbüttel ist als Gesellschafter in das Handelsgeschäft eingetreten. Offene Handelsgesellschaft nach Eintritt desselben.
5. J. Ballin & Co., Bank- und Wechselgeschäft, Holzminden. Der persönlich haftende Gesellschafter Jacob Ballin ist am 14. Februar 1900 verstorben und dadurch die Gesellschaft aufgelöst. Durch Uebereinkommen vom 5. November 1900 haben aber der Kaufmann Adolf Müller zu Holzminden, die Wittve des def. Jacob Ballin, Bertha geb. Mosheim, zu Hannover, und die Firma Joseph Bremer zu Gandersheim die in Form einer Liquidationsgesellschaft fortbestehende Rechtsgemeinschaft in eine Kommanditgesellschaft unter Beibehaltung der bisherigen Firma und des Sitzes derselben zurückverwandelt. Persönlich haftender Gesellschafter ist jetzt der Kaufmann Adolf Müller in Holzminden.
6. Ludwig Otto Bleibtreu, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Fabrikbesitzer Carl Franquet, führt jetzt den Familiennamen von Franquet.
7. Seger & Co., Schuhwaarenhandlung, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist auf den Kaufmann Carl Götz übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma Seger & Co. Nachf., Schuhwaarenhandlung, angenommen hat.
8. Aug. Peters, Wolfenbüttel. Das Handelsgeschäft ist von den Erben des bisherigen Geschäftsinhabers, Kaufmann Karl Steinmann, auf den Kaufmann Erich Steinmann zu Wolfenbüttel mit der alten Firma, aber ohne die Aktiva und Passiva, übertragen.
9. H. Schrader & Sohn, Steinbruchsbetrieb, Königslutter. Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Gesellschafter aufgelöst, Geschäft und Firma werden vom bisherigen Mitinhaber, Aug. Schrader jun., allein fortgeführt.
10. Heinr. Meinecke, Konservfabrik, Braunschweig. Der Inhaber der Firma, Kaufmann Heinrich Meinecke, hat seit dem 1. Januar 1901 den Kaufmann Hubert Reineke in das unter obiger Firma jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.

11. Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt, Braunschweig. Der Direktor Rudolf Teichs ist aus dem Vorstande ausgeschieden, dagegen der Oberingenieur Robert Neuhaus in den Vorstand gewählt.

3. Löschungen.

1. H. Schrader & Sohn, Königslutter.
2. H. Eberhardt, Armaturenfabrik, Wolfenbüttel.
3. H. Finkelmeier, Braunschweig.
4. Seger & Co., Schuhwarenhandlung, Braunschweig.
5. Braunschweigische TorfstreuFabrik vorm. Ed. Meyer & Co. in Liquidation, Braunschweig.
6. Richard Fleischhauer & Co., Lederfabrik zu Rottorf.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. D. Meyersfeld, Braunschweig. Dem Kaufmann Berthold Meyersfeld ist für die Firma Gesamt-Prokura ertheilt.
2. Antonio Mander & D. Avon, Braunschweig. Dem Geschäftsführer Oswaldo Mander in Halberstadt ist für die Firma Prokura ertheilt.
3. H. Sonder vorm. Conr. Behrens, Braunschweig. Dem Buchhalter August Müller ist Prokura ertheilt.
4. Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt, Braunschweig. Dem Oberingenieur Dr. phil. Bernhard Wiesengrund ist für die Firma Gesamt-Prokura ertheilt.

5. Prokura-Löschungen.

1. Wittekop & Co., Braunschweig. Kaufleute Carl Feise und Adolf Märtens.
2. Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt, Braunschweig. Ingenieur Robert Neuhaus.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Cremlinger Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Cremlingen. Vorstandsmitglieder sind: Grosskothsass Friedrich Beese in Cremlingen, Ackermann Hermann Löhmann in Cremlingen, Brinksitzer Christoph Grasshoff in Cremlingen, Kothsass Friedrich Segger in Cremlingen.
2. Destedter Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Destedt. Vorstandsmitglieder sind: Gemeindevorsteher Heinrich Brendecke in Destedt, Pastor Ernst Dosse in Destedt, Landwirth Fritz Frohbart in Hemkenrode, Samenzüchter Eduard Essmann in Destedt, Anbauer Heinrich Ebers in Destedt.
3. Gr.- und Kl.-Dahlumer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Gr.-Dahlum. Vorstandsmitglieder sind: Gemeindevorsteher Christian Regener zu Gr.-Dahlum, Pastor Johann Kühne daselbst, Landwirth Heinrich Behrens zu Kl.-Dahlum, Landwirth Hermann Bögelsack daselbst, Landwirth Hermann Lodahl zu Gr.-Dahlum.
4. Bortfelder Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Bortfeld. Vorstandsmitglieder sind: Heinr. Wolter, Bortfeld, Herm. Feuerriegel daselbst, Heinrich Voges daselbst, Hennig Bratherig daselbst, Jürg. Jäger daselbst.

5. Konsumverein Selbsthilfe zu Herrhausen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Vorstandsmitglieder sind: Kleinköther Wilhelm Himstedt, Grossköther Friedrich Beuse, Cigarrenarbeiter Christian Kahle, sämtlich in Herrhausen.
6. Wendeburger Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Wendeburg. Vorstandsmitglieder sind: Otto Hayder, Wendeburg, Christian Krüger daselbst, Heinrich Meier daselbst, Wilhelm Bührig in Zweidorf, Christian Hauer daselbst.

2. Abänderungen.

1. Molkereigenossenschaft Grasleben. An Stelle des Kothsassen Friedr. Schulze in Grasleben ist der Kaufmann H. Fricke jun. daselbst anderweit in den Vorstand gewählt.
2. Konsumverein zu Hasselfelde, E. G. m. b. H. Der Magistratsschreiber Wilhelm Münchhoff ist zum Geschäftsführer für die Zeit von 1901 bis 1903 einschliesslich, der Schneidermeister Carl Münchhoff zum Kassirer für die Zeit von 1901 bis 1902 einschliesslich gewählt worden.
3. Vorschussverein Seesen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Die aus dem Vorstande ausscheidenden Mitglieder Lehrer Fritz Gropp und Kaufmann Gustav Bosse sind, und zwar Ersterer auf vier Jahre, Letzterer auf drei Jahre, wiedergewählt. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Sekretärs Kleine ist der Registrator Wilhelm Kraatz neugewählt.
4. Konsumverein für Kaierde, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Fritz Walter und Fritz Jörns sind der Anbauer Carl Rott und der Anbauer August Heise gewählt.
5. Konservenfabrik Watenbüttel, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Watenbüttel. Die Firma lautet in Zukunft: Konservenfabrik Watenbüttel, vorm. Herm. Maasberg, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
6. Konsumverein Rünigen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Rünigen. Nach stattgehabter Ersatzwahl besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern: Schneidermeister August Schmalkoke, Maurer Hermann Brüningk, Arbeiter Heinrich Probst.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Wittve des Schlossermeisters Friedrich Brunke, Marie geb. Schelle, deren minderjährige Kinder Friedrich, Carl und Bertha, Geschwister Brunke, Braunschweig. 11. Dezember 1900.
2. Carl Blanke, Cigarrenhändler, Braunschweig. 2. Januar 1901.
3. August Heine, Gold- und Silberarbeiter, Braunschweig. 11. Januar 1901.
4. Robert Koch, Kaufmann, früherer Bürstenmacher, Schöningen. 12. Januar 1901.
5. Heinrich Sommer, Bauunternehmer, Kissenbrück. 14. Januar 1901.
6. Friedrich Lange, Kaufmann, Braunschweig. 19. Januar 1901.
7. Heinrich Schrader, Anbauer, aus Eischott. 15. Januar 1901, und über das Vermögen der Ehefrau desselben, Betti geb. Gerding. 18. Januar 1901.
8. Erich Ritterbusch, Bäckermeister, Braunschweig. 19. Januar 1901.
9. Wilhelm Fricke, Goldarbeiter, Königslutter. 19. Januar 1901.
10. Hermann Wilke, Tischlermeister, Braunschweig. 23. Januar 1901.

2. Aufhebungen.

1. Heinrich Wilkens, Schuhmachermeister, Braunschweig.
2. Friedrich Rohr, Lederhändler, Helmstedt.
3. Alwin Hochheim, Kaufmann, in Firma H. Thiemann, Braunschweig.
4. Wilhelm Voigt, Kreisdachdeckermeister, Bündheim.
5. Friedrich Hoffmann, Kaufmann, Bündheim.
6. Wilhelm Müller, Bäckermeister, früher in Gandersheim, jetzt in Dassensen.

Eingegangene Bücher.

Tarifverzeichniss. Im Verkehrsbureau des Reichs-Eisenbahnamts ist ein Verzeichniss aufgestellt worden, das alle am 1. Januar 1901 bestehenden Tarife der deutschen Eisenbahnen: A. Für Personen und Gepäck, einschliesslich Expressgut; B. für lebende Thiere; C. für Güter und D. für Kohlen, soweit für diese besonders herausgegebene Ausnahmetarife bestehen, umfasst.

Das Verzeichniss wird im Reichs-Eisenbahnamt weitergeführt, auch sollen in geeigneten Zeitabschnitten Nachträge dazu herausgegeben werden.

In den Abtheilungen A, B und C sind für den Inlandsverkehr die Tarife der Reichseisenbahnen und der Militäreisenbahn vorangestellt; ihnen folgen die Tarife der deutschen Staatseisenbahnen staatenweise geordnet; hieran schliessen sich die Privateisenbahnen mit den Binnentarifen in alphabetischer Reihenfolge, mit den direkten Tarifen nach der geographischen Lage von Nordosten nach Westen und Süden. Die Tarife für den Verkehr mit dem Auslande sind nach den einzelnen ausländischen Staaten ebenfalls in der Richtung von Nordosten nach Westen und Süden eingereiht. In ähnlicher Weise sind auch die zunächst nach Versandgebieten geordneten Kohlenausnahmetarife (Abtheilung D) gruppirt. Das Weitere über die systematische Anordnung ergibt sich aus dem jeder Abtheilung beigegebenen Inhaltsverzeichnisse.

Zunächst ist das Verzeichniss zwar für den Dienstgebrauch der deutschen Eisenbahnverwaltungen bestimmt, es wird aber auch für die Verkehrsinteressenten von grossem Nutzen sein. Insbesondere ermöglicht es einen schnellen und vollständigen Ueberblick über alle auf den deutschen Eisenbahnen bestehenden Tarife und die von diesen bedienten Verkehrsverbindungen. Die nähere Bezeichnung des Geltungsbereichs der einzelnen direkten Tarife und der an ihnen beteiligten Versand- und Empfangsbahnen wird meist sogleich, ohne Einsichtnahme in die Tarife selbst erkennen lassen, ob für die Abfertigung zwischen der Versand- und der Empfangsbahn oder den zwischenliegenden Bahnen direkte Tarife bestehen, gegebenenfalls welche dieser Tarife anzuwenden oder vorzuschreiben sein werden. Auch über die Bedeutung und Tragweite der Bekanntmachungen über Einführung und Abänderung von Tarifen werden sich die Interessenten an der Hand des Verzeichnisses besser und leichter unterrichten als bisher. Ferner ist durch Angabe der geschäftsführenden Verwaltung bei jedem Tarife ersichtlich gemacht, wo nähere Auskunft zu erhalten an welche Behörde etwaige Anträge auf Erweiterung der direkten Abfertigung richten sind u. s. w.

Das Tarifverzeichniss soll deshalb auch dem Publikum zugänglich gemacht werden. Es umfasst etwa 200 Druckseiten, ist Ende Januar im Verlage von J. Springer in Berlin N. 24, Monbijouplatz 3, erschienen und zum Preise von 5 Mark von dort zu beziehen.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 3/4.

Braunschweig, März/April 1901.

XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

IV. Sitzung

des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern.

Braunschweig, den 29. und 30. April 1901.

Tagesordnung:

I. Tag.

Montag, den 29. April, Nachmittags 3 Uhr.

1. Bericht der Kommission für die Ausarbeitung der Vorschriften für Bücherrevisoren.
Referent: Handelskammer zu Magdeburg.
2. Bericht über die am 9. März d. J. in Magdeburg stattgefundene Sitzung des Schifffahrts-Ausschusses.
Referent: Handelskammer zu Magdeburg.
3. Bericht über die Erhebungen bezüglich der Grenze des Kleinbetriebes im Handel (§ 4 HGB.).
Referent: Handelskammer für das Herzogthum Anhalt zu Dessau.
4. Antrag der Handelskammer für das Herzogthum Gotha, betreffend die Gebühren der Revisoren bei Gründungen von Aktiengesellschaften.
Referent: Handelskammer für das Herzogthum Gotha zu Gotha.
5. Antrag der Handelskammer zu Magdeburg, betreffend Zusammensetzung und Befugnisse der Bezirkseisenbahnräthe.
Referent: Handelskammer zu Magdeburg.
6. Antrag der Handelskammer zu Halberstadt, betreffend die Bekämpfung des Ausstellungsschwindels.
Referent: Handelskammer zu Halberstadt.
7. Antrag der Handelskammer zu Halberstadt, betreffend die Verleihung von Ehrenurkunden an gewerbliche Arbeiter durch die Handelskammern.
Referent: Handelskammer zu Halberstadt.

8. Antrag der Handelskammer zu Halle a. S. auf Verbesserung der Ermittlung der Handelswerthe für die Ein- und Ausfuhr.
Referent: Handelskammer zu Halle a. S.
9. Antrag der Handelskammer zu Halberstadt um Erlass von Vorschriften für die Probenahme von Sämereien, ausschliesslich Getreide, Oelsaaten und Hülsenfrüchten.
Referent: Handelskammer zu Halberstadt.

II. Tag.

Dienstag, den 30. April, Vormittags 9^{1/2} Uhr.

1. Welche Mittel erweisen sich als wirksam und durchführbar, um die Lage des Kolonialwaaren-Kleinhandels zu verbessern?
Referent: Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.
2. Welche Mittel sind als gerechtfertigt und wirksam anzusehen, um den erdrückenden Einfluss der Konsumvereine auf den Kolonialwaaren-Kleinhandel zu vermindern?
Referent: Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

XLV. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 11. März 1901,

Nachmittags 2 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Dr. Bartz, Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Lemmer, Leo, Baumgarten, Gerecke, Lüttge, Himmel, sämmtlich aus Braunschweig, Dr. Pfeiffer (Wendessen), Wiesmann (Harzburg), Strümpell (Schöppenstedt), Walter (Seesen), Buchholz (Rübeland), Liebold (Holzminden), Falinsky (Helmstedt), Ballin (Gandersheim), Dorguth (Helmstedt), Rückert (Frellstedt), Rehn (Holzminden), Kebbel (Schöningen), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, die Assistenten F. Stegemann und Dr. Senholdt, der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Schmidt, sowie der vom Herzoglichen Staatsministerium der Kammer als Hilfsarbeiter überwiesene Regierungs-Assessor Bartels.

Entschuldigt fehlen die Herren: Tielecke (Wolfenbüttel) und Corves (Blankenburg).

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 2^{1/4} Uhr mit einer Begrüssung der erschienenen Mitglieder und stellt den seitens Herzoglichen Staatsministeriums zur Beschäftigung als Hilfsarbeiter überwiesenen Herrn Regierungs-Assessor Bartels der Versammlung vor, worauf in die Tagesordnung eingetreten wird.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Aus demselben ist unter Hinweis auf die bereits in der Monatsschrift veröffentlichten Angelegenheiten folgendes hervorzuheben:

Dem Wunsche der hiesigen Kaufmannschaft, allgemein einen einheitlichen 8 Uhr-Ladenschluss für die Stadt Braunschweig einzuführen, kann, da es an der hierzu erforderlichen Uebereinstimmung von zwei Drittel sämmtlicher Kaufleute fehlt, nicht entsprochen werden.

Das im Entwurf vorliegende Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig, das für Handel, Industrie und Gewerbe eine Reihe ungünstiger und ihre Entwicklung hemmender Bestimmungen enthält, hat der Handels- und der Handwerkskammer Veranlassung gegeben, dazu Stellung zu nehmen und durch eine gemischte Kommission den Entwurf einer Prüfung zu unterwerfen. Die Abänderungsvorschläge liegen vor und sind in einer Eingabe dem Stadtverordnetenvorsteher, als dem Vorsitzenden der Kommission zur Vorberathung des Baustatuts, überreicht.

Hinsichtlich der Abgrenzung der Beitragspflicht solcher Betriebe, die sowohl zur Handelskammer wie zur Handwerkskammer beitragspflichtig sind, hat im Staatsministerium eine Konferenz zur Herbeiführung einer Einigung stattgefunden. Das Nähere erfolgt unter Punkt 3 der Tagesordnung.

Die in der Plenarversammlung vom 10. Dezember v. J. an das Ministerium beschlossene Eingabe, betreffend die Revision des neuen Börsengesetzes, insbesondere die Beseitigung der Bestimmungen über die Börsentermingeschäfte (siehe Monatsschrift vom Dezember v. J. S. 307 und 308), ist in dem beschlossenen Sinne erfolgt.

Zwecks Erhebungen über die Konsumvereine und den Kolonialwaaren-Detailhandel sind Fragebogen an die im Herzogthume bestehenden Konsumvereine zur Versendung gelangt; ferner sind die Amtsgerichte um Auskunft angegangen und es ist auch an Herzogliches Staatsministerium die Bitte gerichtet worden, durch die Behörden die wünschenswerthen statistischen Ergänzungen beschaffen zu lassen. Um auch die Anschauungen der beteiligten Kaufmannschaft kennen zu lernen, sind besondere Erhebungen im Herzogthume und auch ausserhalb des Landes veranstaltet, die ein umfassendes Material ergeben haben.

Die im Hotel Danne eingerichtete Lesehalle für junge Kaufleute hat die auf sie gesetzten Hoffnungen nur zum Theil erfüllt. Im Anfange gut besucht (eingeschrieben in die zum Be- auch berechtigenden Listen hatten sich bis zur Eröffnung, am 21. Januar, 35 Personen, bis jetzt insgesamt 100 Personen), hat der Besuch später sehr nachgelassen. Es ist daher bereits eine andere Regelung der Angelegenheit in Erwägung gezogen.

Zu Mitgliedern des Bezirkseisenbahnathes sind auf Vorschlag der Handelskammer dieselben Herren ernannt wie bisher.

Von der Eisenbahndirektion zu Kassel werden zum 1. Mai folgende Personenzüge für das Herzogthum versuchsweise neu eingelegt:

1. Personenzug 361: Holzminden ab 10.39 Vorm. zum Anschluss an den bereits 10.35 Vorm. ankommenden Zug 361 von Otbergen, Kreiensen an 11.45 zum Anschluss an Personenzug 79 und Personenzug 775 nach Hannover und Personenzug 778 nach Kassel, sowie Personenzug 357 nach Seesen-Braunschweig.
2. Personenzug 357: Seesen ab 12.53, Braunschweig an 2.22 Nachm.
3. Personenzug 354: Braunschweig ab 2.45, Seesen an 4.17 Nachm. zum Anschluss an Personenzug 354 nach Kreiensen.

Eine dauernde Beibehaltung dieser Züge ist nur bei genügender Besetzung zu erwarten; es ist daher wünschenswerth, dass auf eine starke Benutzung derselben hingewirkt wird.

Auf eine Anfrage des Kaiserlichen Postamts hierselbst, betreffend Nachsendung von Drucksachen, Waarenproben und Geschäftspapieren aus dem Ortsverkehr in den Fernverkehr, hat die Kammer sich dahin geäußert, dass es zweckdienlich sei, dieselben, wenn nach der Ortstaxe frankirt, von der Nachsendung in den Fernverkehr auszuschliessen und an die Absender zurückzugeben — oder, wenn diese aus den offenen Sendungen nicht zu ersehen sind, als unanbringlich zu behandeln.

Die Sachverständigen-Kommissionen sind inzwischen dreimal in Anspruch genommen worden und zwar bei der Untersuchung von Erbsen und Spargel, Spargelkonserven und einer Ladung Förderkohlen.

Gutachten sind ertheilt:

1. dahin, dass ein für alle Branchen gleichmässiger Handelsgebrauch, Emballagen zum vollen Preise, nicht zu zwei Drittel des vollen Preises, zurückzunehmen, nicht bestehe. In der Holz-, Kurz- und Spielwaarenbranche sei es handelsüblich, die Emballagen bei dem Fehlen einer Vereinbarung zu zwei Drittel des berechneten Werthes zurückzugeben, sofern sie in gutem Zustande sind und franko zurückgesandt würden. In der Manufaktur- und Kolonialwaarenbranche würden dieselben, sofern sie sich in gutem Zustande befänden, zum vollen Preise zurückgenommen;
2. dahin, dass Voranschläge über elektrische Installationsarbeiten exklusive der Beleuchtungskörper zu verstehen seien, sofern nicht in einem specificirten Kostenanschlage oder einer besonderen Vereinbarung die Lieferung der Beleuchtungskörper mit vereinbart worden sei;

3. dahin, dass unter »franko Lieferung« allgemein nur freie Frachtsendung, dagegen nicht Post- und Eilgutsendungen verstanden würden. Bei letzterer Versendungsweise sei es üblich, dem Empfänger die Porto- und Eilfrachtgebühr in Rechnung zu stellen.

Der Eisenbahndirektion Altona ist auf Ersuchen um eine Aeusserrung zu der von der deutschen Levante-Linie beabsichtigten Tarifveränderung erwidert worden, dass Handel und Industrie des Herzogthums Braunschweig ein wesentliches Interesse an einer Veränderung der Tarifrung nicht hätten. In gleichem Sinne ist der Eisenbahndirektion Magdeburg auf eine Anfrage bezüglich der Ostafrika-Linie berichtet.

Von der Eisenbahndirektion Magdeburg war der Kammer ein Fragebogen zugeschickt, betreffend Ausnahmetarif für Holz nach dem Westen, um den Holzabsatz in den östlichen Provinzen zu heben. Gleichzeitig war sie von der hiesigen Herzöglichen Kammer, Direktion der Forsten, um eine diesbezügliche gutachtliche Aeusserrung angegangen. Es fand darauf eine Besprechung mit hiesigen Interessenten unter Theilnahme eines Kammerraths statt, worauf der Fragebogen entsprechend ausgefüllt zurückgesandt worden ist.

Die Handelskammer Lübeck hat um Nachricht ersucht, ob im diesseitigen Bezirk Anstellungsurkunden für langgediente Arbeiter und Beamte ausgestellt würden. Eine gleiche Anfrage hat die Handelskammer Halberstadt gestellt. Es ist geantwortet worden, dass wir Stellung hierzu bisher noch nicht genommen hätten. Auf Antrag der letzteren Kammer ist dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern gesetzt.

Auf Veranlassung der Handelskammer zu Harburg, die an das Reichspostamt eine Eingabe, betreffend Abschaffung der Klopferapparate, gerichtet, und um Unterstützung ihres Antrages gebeten hat, ist im hiesigen Bezirke eine diesbezügliche Umfrage veranstaltet worden, die ergeben hat, dass ein Bedürfniss zur Abschaffung der Klopferapparate nicht vorliegt, dass diese sich vielmehr gegenüber den Morseapparaten im Allgemeinen gut bewährt haben.

Die Jahresberichte sind eingefordert und werden in derselben Weise wie bisher durch die Monatsschrift bekannt gegeben.

Das Bureau war während dieser Zeit in der Hauptsache mit den Erhebungen über die Lage des Kleinhandels, über die Konsumvereine und Waarenhäuser, sowie mit der Zusammenstellung einer Uebersicht über die Einrichtung der gewerblichen Fortbildungsschulen in Deutschland beschäftigt.

Im Anschluss an den Geschäftsbericht macht der Vorsitzende noch einige Bemerkungen über das Ortsbaustatut, sowie über den 8 Uhr-Ladenschluss. Er hält es bezüglich des letzteren nach Abweisung des Antrages durch die Polizeidirektion für das Beste und augenblicklich einzig Mögliche, wenn die einzelnen Branchen,

jede für sich, den 8 Uhr-Ladenschluss zu erreichen suchten. Er macht weiter Mittheilungen über den Handelsvertragsverein.

Alsdann machte Herr Kommerzienrath Gutkind darauf aufmerksam, dass in der am 7. Mai stattgehabten Generalversammlung des Landwirthschaftlichen Centralvereins dessen Vorsitzender in seiner Eröffnungsansprache bemerkt habe, dass die Landwirthschaft gewohnt sei, bei der Hauptvertretung des Handels wenig Entgegenkommen zu finden. Diese Bemerkung könne leicht die Missdeutung hervorrufen, dass die Vertretung des Handels unseres Landes gemeint sei, und es erschiene demgegenüber als nothwendig festzustellen, dass die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig es nie an demjenigen Entgegenkommen für die Landwirthschaft habe fehlen lassen, welches die gemeinsamen Landesinteressen erheischen. Dies sei ja auch neuerdings wieder durch die in ihrer Plenarversammlung vom 10. Dezember v. J. gefasste Resolution zum Ausdruck gebracht worden.

Zu der Ladenschlussfrage bemerkt Herr Baumgarten, dass es für seine Branche, die der Kolonial- und Materialwaarenhändler, äusserst schwierig, ja unmöglich sei, einen 8 Uhr-Ladenschluss zu erzielen, da den 100 normalen Geschäften ca. 700 Hökergeschäfte gegenüberstehen, die mehr oder minder Kolonialwaaren führen, und daher bei der Abstimmung mit in Betracht zu ziehen sind, wobei es nicht zu erwarten steht, dass sie sich für einen 8 Uhr-Schluss aussprechen werden. Dagegen ist es bei dem jetzt bestehenden Zustande undurchführbar, dem Personal die elfstündige Ruhezeit zu gewähren. Er schlägt vor, man solle auf gesetzlichem Wege zu erreichen suchen, dass die elfstündige Ruhezeit in eine zehnstündige umgewandelt wird. Da die Angelegenheit gelegentlich der Verhandlungen des Mitteldeutschen Handelskammertages über die Lage des Kleinhandels wohl mit zur Sprache gelangen wird, beschliesst die Versammlung, zunächst diese Verhandlungen abzuwarten.

Herr Kommerzienrath Lemmer erstattet Bericht über die am 5. März zu Hannover stattgefundene Sitzung des Bezirks-eisenbahn-raths. Danach werden vom 1. Mai d. J. ab folgende für Braunschweig Interesse bietende neue Züge verkehren:

Um eine bessere Frühverbindung mit Bremen zu schaffen, ist ein Schnellzug eingelegt, welcher 8.03 Vorm. Hannover verlässt und schon 9.57 in Bremen und 11.48 in Geestmünde eintrifft. — Bisher konnte man von Braunschweig aus frühestens 11.40 Vorm. Bremen und 3.20 Nachm. Geestmünde erreichen. Hierin liegt also eine wesentliche Verkehrsverbesserung. Leider findet aber der 6.53 Vorm. Braunschweig verlassende Personenzug keinen Anschluss in Hannover an den Schnellzug nach Bremen, da der erstere erst 8.27 in Hannover eintrifft. Es wird aber ein neuer Zug von Hildesheim nach Hannover eingelegt, welcher rechtzeitig zum Anschlusse nach Bremen in Hannover eintreffen wird. Der Anschluss in Hildesheim von Braunschweig wird mit dem 5.43 früh abgehenden Zuge bewerkstelligt.

Als Gegenzug zu dem Frühschnellzug Hannover-Bremen ist ein Schnellzug eingelegt worden, welcher 7.58 Abends Bremen verlässt und 9.55 Abends in Hannover eintrifft.

Eine weitere Verbesserung des Verkehrs nach Bremen-Geestemünde wird dadurch geschaffen, dass der um 11.10 Vorm. Braunschweig verlassende Zug von Bremen aus nach Geestemünde als beschleunigter Personenzug weitergeführt wird, so dass man schon um 5.43 Nachm. in Geestemünde eintrifft. Bisher konnte man Geestemünde erst 7.40 Abends erreichen.

Die im vorigen Jahre während der Sommermonate beförderten Schnellzüge No. 13 und 14 Köln-Berlin und zurück werden vom 1. Mai ab regelmässig nach etwas verändertem Fahrplane verkehren, und es wird für den Anschluss von Braunschweig nach Berlin der Zug No. 13 um 7.21 Abends in Isenbüttel anhalten, so dass der um 6.04 Abends Braunschweig verlassende Personenzug in Isenbüttel Anschluss nach Stendal-Berlin findet und um 10.36 Abends in Berlin (Bahnhof Friedrichstrasse) eintrifft.

Der D-Zug nach Köln, jetzt ab Hannover 3.50 Nachm., wird vom 1. Mai ab schon 3.47 von Hannover abgehen. Der um 2.35 Nachm. Braunschweig verlassende Schnellzug behält seinen Anschluss an den Kölner Zug.

In der Sitzung des Bezirkseisenbahnrates wurde ein Antrag eingebracht dahin gehend, auf der Strecke Osnabrück-Löhne-Hildesheim-Halle im Anschlusse an die holländischen Schnellzüge ein neues Schnellzugpaar einzulegen und ein Entlastungs-Schnellzugpaar der zwischen Berlin-Hildesheim-Köln verkehrenden D-Züge (Anschluss in Hildesheim an die eben genannten Züge auf der Linie Osnabrück-Halle) einzuführen.

Der beantragte Entlastungsschnellzug würde am besten 11.30 Vorm. Berlin verlassen, Braunschweig gegen 3 Uhr Nachm. passiren, in Hildesheim direkten Anschluss nach Osnabrück-Holland bieten und gegen 9 Uhr Abends in Köln eintreffen. Der Gegenzug würde etwa 10 Uhr Vorm. aus Köln abfahren, gegen 4 Uhr Nachm. Braunschweig passiren und gegen 7.30 Abends in Berlin eintreffen.

Dieser Antrag wurde mit grosser Majorität angenommen. Nur die beiden Vertreter Hannovers stimmten dagegen, weil dem Antrage gemäss die Züge nicht über Hannover geleitet werden sollen. Die Nothwendigkeit und Zweckmässigkeit dieser beiden Züge erkannten diese beiden Mitglieder des Bezirks-Eisenbahnrates gleichwohl an.

In Ansehung dessen, dass die Strecke Köln-Hamm-Hannover-Berlin schon jetzt gewaltig überlastet ist, ferner dass auf dieser Strecke schon neun Schnellzüge in jeder Richtung täglich verkehren, darf wohl erhofft werden, dass der Herr Minister nur

die beantragte Linienführung, welche bis jetzt nur ein Schnellzugpaar pro Tag aufweist, genehmigen wird.

Ferner lag eine unsere Harzer Pflasterstein-Industrie vielleicht interessierende Vorlage der Königlichen Eisenbahndirektion zur Berathung vor, betreffend Ermässigung der Fracht für Pflastersteine von Herdorf nach Bremen.

Es handelt sich darum, den Tarif so zu gestalten, dass die Westerwälder Basaltbrüche der Einfuhr schwedischer Pflastersteine in Bremen konkurrenzfähig gegenüberstehen. Um dies zu erreichen, müssten die jetzigen Sätze des Specialtarifs III derart ermässigt werden, dass sich die Fracht für einen Waggon Steine von Herdorf nach Bremen um 20 Mk. niedriger stellt.

Der Bezirks-Eisenbahnrat war einstimmig der Ansicht, dass man nicht zu Gunsten nur einer Relation die Frachten ermässigen solle, da dadurch andere Interessenten geschädigt werden könnten, dass es dagegen wünschenswerth sei, für alle für die Versorgung unserer Seestädte an der Nord- und Ostsee in Betracht kommenden Pflasterstein-Industriestätten zur Begegnung der ausländischen Konkurrenz einen Ausnahmetarif zu schaffen.

Seitens der Handelskammer ist der Eisenbahndirektion Hannover bekannt zu geben, welche im Kammerbezirk gelegenen Stationen in Betracht zu ziehen sein würden.

II. Etat für das Rechnungsjahr 1901/1902.

Berichterstatter: Herr Leo.

Der von dem Schatzmeister Herrn Leo vorgeschlagene Haushaltsplan pro 1901/02 wird in Einnahme und Ausgabe wie nachstehend genehmigt.

Pos.	Einnahme	Etat pro 1901/1902	Pos.	Ausgabe	Etat pro 1901/1902
1	11% der Gewerbesteuer	33 400	1	Jahresbericht, Drucksachen und Ankündigungen	1 700
			2	Reisekosten	2 000
			3	Beiträge u. Ehrungen	1 300
			4	Miethe	1 900
			5	Bureaukosten, Porti u. Depeschen	2 800
			6	Monatsschrift	400
			7	Bücher u. Zeitschriften	800
			8	Gehälter	18 220
			9	Kaufmännisches Fortbildungsschulwesen	3 985
			10	Aussergewöhnliches	295
	Summa	33 400		Summa	33 400

III. Abgrenzung der Beitragspflicht für solche Betriebe, welche sowohl zur Handelskammer wie zur Handwerkskammer beitragspflichtig sind.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Der Vorsitzende berichtet, dass die Abgrenzung der Handels- und Handwerkskammerbeiträge auf Schwierigkeiten gestossen und zur Herbeiführung einer gütlichen Einigung eine Kommission aus Handels- und Handwerkskammer-Mitgliedern gebildet sei (siehe Monatsschrift für November 1900, Seite 274), die in zwei Sitzungen getagt habe.

Da der Handelskammer das Recht zustehe, von dem Gesamtsteuerbetrage den Zuschlag zu erheben, so sei, um etwaige Härten in dieser Beziehung zu vermeiden, in einer im Ministerium stattgehabten Konferenz ein Uebereinkommen dahin getroffen worden, dass, falls Betriebe sowohl zur Handels- wie zur Handwerkskammer beitragspflichtig sind, der auf den handwerksmässigen Betrieb entfallende Steuerbetrag zur Hälfte von der Besteuerung zur Handelskammer abzusetzen ist.

Die Versammlung nimmt hiervon Kenntniss und erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

IV. Tagung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern in Braunschweig.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Der Vorsitzende giebt bekannt, dass am 15. und 16. April in Braunschweig eine Sitzung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern stattfindet,*) wobei die Berathungen über die Lage des Kleinhandels im Mittelpunkt stünden. Er verliest die bis jetzt auf die Tagesordnung gesetzten Punkte und bittet die Herren, möglichst zahlreich zu erscheinen.

V. Berathung über die Vorschriften für die Anstellung von Handelschemikern und Anträge auf Anstellung als Handelschemiker.

Berichterstatter: Herr Direktor Dr. Bartz.

Referent führt aus, dass man in eine specielle Berathung über die Vorschriften für die Anstellung von Handelschemikern nicht eintreten könne, da die Handelskammer auf Grund des Handelskammergesetzes vom 19. März 1890 rechtlich nicht in der Lage sei, eine solche Anstellung zu bewirken. Auf eine diesbezügliche Anfrage bei Herzoglichem Staatsministerium sei der Bescheid ertheilt worden, dass selbiges grundsätzlich Bedenken gegen eine entsprechende Ergänzung des Handelskammergesetzes nicht habe, aber anheim gebe, wenn einmal eine derartige Novelle in Aussicht genommen werde, das jetzt geltende Gesetz darauf durch-

*) Die Sitzung ist neuerdings auf den 29. und 30. April festgesetzt worden.

zusehen, ob nicht auch noch in anderen Punkten Abänderungen bzw. Ergänzungen nach der Richtung des Preussischen Handelskammergesetzes erwünscht erschienen.

Es wird zu diesem Zwecke eine Kommission erwählt, bestehend aus den Herren Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Lemmer und Direktor Dr. Bartz.

Die Anträge auf Anstellung als Handelschemiker werden bis nach erfolgter Abänderung des Gesetzes zurückgestellt.

VI. Vorschläge des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern, betreffend die öffentliche Anstellung von Bücherrevisoren und Aufstellung der Vorschriften für die beeideten Bücherrevisoren.

Berichterstatte: Herr Kommerzienrath Gutkind.

Der vorliegende Entwurf, der auf Veranlassung des Vorstandes mitteldeutscher Handelskammern von den Handelskammern zu Brandenburg und Magdeburg ausgearbeitet ist, stimmt in sachlicher Beziehung im Wesentlichen mit den für den diesseitigen Handelskammerbezirk festgesetzten Vorschriften überein.

Die Versammlung beschliesst daher, dass das Bureau mit der hierorts bestehenden Kommission die weitere Regelung dieser Angelegenheit in die Hand nehmen soll.

VII. Anfrage der Handelskammer Magdeburg, betreffend Beistritt zu der Vereinigung von Körperschaften zur Unterdrückung von Schiffsdiebstählen auf der Elbe.

Berichterstatte: Herr Hofzimmermeister Gerecke.

In Folge eines grossen Schmuggelprozesses ist das Diebs- und Hehlerunwesen auf der Elbe enthüllt worden. Seitdem geht das Bestreben der interessirten Handelskreise und der Regierung dahin, dieses gemeingefährliche Treiben zu unterdrücken. Die Regierung will Geheimpolizisten stellen, während die Handelskreise Prämien auf die Entdeckung und erfolgreiche Verfolgung solcher Diebstähle aussetzen wollen; auch an die hiesige Handelskammer ist eine Aufforderung wegen Betheiligung ergangen. Die gehaltene Umfrage hat ergeben, dass Mankos im grossen Ganzen nur bei gewissen Arten Gütern (Massengütern) zu verzeichnen gewesen sind, und nur bei wilden Schiffern, während die Spedition durch die Grossschiffer nennenswerthe Mankos nicht ergeben hat, so dass das Gebiet der Kammer im Allgemeinen kein grosses Interesse an der Vereinigung zur Unterdrückung von Schiffsdiebstählen auf der Elbe haben dürfte.

Referent hält es trotzdem für wünschenswerth, diese für die betheiligten Handelskreise gemeinnützigen Bestrebungen durch einen kleinen Jahresbeitrag zu unterstützen.

Die Versammlung beschliesst, sich mit 50 Mk. zu betheiligenden

VIII. Anträge, betreffend die Reinhaltung der Gewässer.

Berichterstatter: Herr Direktor Dr. Pfeiffer.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat seinerzeit einige Handelskammern der Provinz Sachsen zu einem Gutachten über den von ihm verfassten Entwurf einer Polizeiverordnung, betreffend die Reinhaltung der Gewässer, aufgefordert. Dieser Entwurf ist bei seiner die Grenzen der Provinz Sachsen überschreitenden Bedeutung dem Verbande mitteldeutscher Handelskammern vorgelegt und zur Besprechung gestellt worden; das Ergebniss dieser Beratungen läuft darauf hinaus, dass es angebracht sei, auf dem genannten Gebiete des Wasserrechtes eine möglichst einheitliche Rechtslage zu schaffen, wobei sich der Blick in erster Linie auf die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie richte. Da aber das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche im Art. 65 ausdrücklich bestimmt, dass die landesgesetzlichen Vorschriften, die dem Wasserrechte angehörten, unberührt blieben, sei es ausgeschlossen, dass bei den entscheidenden Instanzen eine andere Auffassung Platz greifen werde.

Was die Unzulänglichkeit einer landesgesetzlichen Regelung anbetreffe, so trete sie für die Industrie namentlich dann deutlich in Erscheinung, wenn oberhalb einer industriellen Anlage am gleichen Gewässer Werke gelegen seien, die einem anderen Bundesstaate angehörten, dessen Wasserrecht keiner oder einer anderen Regelung unterliege.

Eine Verschiedenheit der Polizeiverordnungen der einzelnen Bundesstaaten könne nur, wofür es schon jetzt nicht an Beispielen fehle, den Erfolg haben, dass Industrien, die zur Ableitung schädlicher Abwässer gezwungen seien, sich vorwiegend da niederliessen, wo die mildesten Vorschriften zur Anwendung kämen.

Die Frage der Reinhaltung der Gewässer, so bemerkt Referent, müsse daher jedenfalls nicht durch polizeiliche Verordnungen erfolgen, sondern es käme allein, da eine reichsgesetzliche Regelung zur Zeit nicht zu erwarten sei, der Weg der Landesgesetzgebung in Betracht, wobei man von der Voraussetzung ausgehen müsse, dass es der Regierung gelingen werde, bezüglich der wichtigsten Punkte mit allen denjenigen deutschen Bundesstaaten, die an je einem Flussgebiete interessirt sind, eine Einigung zu erzielen.

Die Versammlung stimmt diesen Ausführungen zu und hält eine diesbezügliche einheitliche Regelung seitens der Landesregierung für erstrebenswerth, wozu sie das vorhandene Material als werthvolle Anleitung nöthigenfalls zur Verfügung stellen würde.

IX. Antrag, betreffend das private Ausstellungswesen.

Berichterstatter: Herr Rehn.

Referent berichtet folgendes:

Anfang Juni v. J. ging verschiedenen Industriellen und Kaufleuten von Holzminden aus Leipzig ein mit »Die Direktion« unter-

zeichnetes Cirkular zu, durch das sie aufgefordert wurden, sich an einer »Allgemeinen Ausstellung für Volkswohl« zu betheiligen. Die Ausstellung sollte umfassen: Gesundheitspflege, Sanitätspflege, Unfallverhütung, Ernährung, Wohnungswesen, Unterricht, Erziehung und Sport. Man war in den betheiligten Vereinen überrascht, denn bislang hatte man von Vorbereitungen zu einer solchen Ausstellung nichts gehört und gemerkt, Niemand kannte den im Rundschreiben bezeichneten »Direktor« Schubert, und Zweck und Tendenz der Veranstaltung waren ebenfalls nicht sofort zu erkennen. Die industriellen und kaufmännischen Kreise Holzmindens verhielten sich daher von vornherein ziemlich passiv gegenüber diesem Unternehmen, um so mehr als Referent die Handelskammer zu Leipzig und das Bureau Schimmelpfennig um Auskunft über den angebl. »Direktor« Schubert aus Leipzig angegangen und wenig Vertrauen erweckende Nachricht über denselben erhalten hatte. Die Folge war, dass der kaufmännische Verein sich durch keines seiner Mitglieder an der Ausstellung betheiligte, ja dieselbe überhaupt nur von 26 Personen besucht war. Eine nicht ungeschickte Reklame lag in der von dem Ausstellungsleiter in Aussicht gestellten Verleihung von Medaillen, die auch später hauptsächlich in einzelnen Fällen erfolgte, nachdem ein bestimmter Preis für dieselbe erlegt war. Im Allgemeinen hat die Ausstellung aber kläglich Fiasko gemacht.

Von positiven Anträgen gegen derartige schwindelhafte Ausstellungen sieht Referent ab, weist vielmehr darauf hin, dass der Zweck erreicht wird, wenn man sich auf die Selbsthilfe verlässt und ähnlichen Unternehmungen von vornherein die nöthige Beachtung schenkt und so vorgeht, als es in Holzminden und seinerseits geschehen ist.

X. Schreiben des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin, betreffend die Umgestaltung der Nachweise für die Handelsstatistik anlässlich der Einführung eines neuen Zolltarifs.

Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Lemmer.

Seitens des Kaiserlichen Statistischen Amtes ist ein Schreiben eingetroffen des Inhaltes, dass in Folge Einführung eines neuen Zolltarifs, dessen Warenverzeichniss von dem bestehenden völlig abweichen werde, eine Umgestaltung der Nachweise für die Handelsstatistik bedingt sei, wobei auch die Frage in Erwägung zu ziehen sei, ob und wie die Methode der Ermittlung der Handelswerthe zu verbessern, insbesondere, ob an die Stelle der jetzigen Schätzungen ganz oder theilweise Werth-Deklaration zu setzen seien. Die Kammer wird um eine diesbezügliche Meinungsäusserung ersucht.

Referent ist der Ansicht, dass die Abgabe der Werth-Deklaration schwer durchführbar ist. Die Versammlung entscheidet sich daher für keine positive Aeusserung, überweist vielmehr die Erledigung

dieser Frage dem Geschäftsausschusse. Auch wird dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verbandes mittel-deutscher Handelskammern gesetzt.

XI. Antrag des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, betreffend Beseitigung von Missständen in der Taraberechnung gewisser Waaren.

Berichterstatter: Herr Baumgarten.

Die Versammlung beschliesst nach längerer Debatte, diesen Antrag abzulehnen, da sie eine einheitliche Taraberechnung für undurchführbar hält.

XII. Anfrage der Kaiserlichen Normal-Aichungs-Kommission zu Berlin, betreffend den Aichzwang für Fässer.

Berichterstatter: Herr Dorguth.

Der Aichzwang für Fässer, der bisher nur für den Weinhandel besteht, soll auch auf den Handel mit anderen Flüssigkeiten ausgedehnt werden. Die Normal-Aichungs-Kommission ersucht um Mittheilung, auf welche Fässer die Ausdehnung des Aichzwanges für nothwendig und zweckmässig erachtet wird.

Referent schlägt vor, den Aichzwang, ausser auf Fässer für Bier und Wein, auch auf Fässer im Handel mit Obst- und Trinkbranntwein (Liköre, Kümmel, Cognak) auszudehnen, dagegen nicht auf Spiritus, Oel und Petroleum, da diese Artikel stets nach Gewicht gehandelt werden.

Die Versammlung beschliesst demgemäss.

Schluss der Sitzung 6 Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

Jüdel,
Kommerzienrath.

Dr. W. Schmidt,
wissenschaftlicher Hilfsarbeiter.

Berathung über die Lage des Kleinhandels.

Dienstag, den 12. März 1901,

Vormittags 9 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

An der Sitzung nahmen ausser dem grössten Theile der Handelskammermitglieder ca. 30 Vertreter des Kleinhandels und der Konsumvereine aus der Stadt und dem Herzogthume theil. Nachdem Herr Dr. Senholdt über »die Lage des Kolonialwarenhandels und Mittel, dieselbe zu verbessern«, und Herr Regierungsassessor Bartels über »die Konsumvereine im Herzog-

thum Braunschweig und ihr Einfluss auf die Lage des Kolonialwaaren-Kleinhandels« referirt hatten, entspann sich eine längere Debatte, deren Ergebniss sich darin zusammenfassen lässt, dass die Lage des Kleinhandels unverkennbar als eine schwierige anzusehen ist.

Unter den Vorschlägen, die zur Besserung derselben angeführt wurden, wurde hervorgehoben, dass es Hauptaufgabe des Kleinhandels sei, aus sich selbst heraus Abhilfe zu schaffen.

In der darauf folgenden Sitzung der Handelskammer wurden die gegen das Uebergewicht der Konsumvereine von den verschiedenen Seiten in Vorschlag gebrachten Maassnahmen sowie die zur Hebung des Kleinhandels gemachten Vorschläge im Einzelnen erörtert. Eine Stellungnahme zu den einzelnen Vorschlägen wurde aber bis nach der Verbandssitzung der mitteldeutschen Handelskammern hinausgeschoben.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Gutachten.

Die Handelskammer hat auf eine Anfrage sich dahin geäußert, dass in ihrem Bezirke die Bezeichnung »Karlsbader Kaffee-Gewürz« nur eine Qualitäts- und keine Ortsbezeichnung darstelle. Eine Ortsbezeichnung würde nach der ganzen Entstehung des Gewürzes, dasselbe wurde zuerst von Radebeul in den Handel gebracht, ausgeschlossen sein.

Handelsgebrauch.

Die Handelskammer hat in einer vor dem Herzoglichen Landgerichte anhängigen Prozesssache ihr Gutachten dahin abgegeben, dass ein Handelsgebrauch, im Getreidehandel die Sackmiethe, selbst bei Vereinbarung derselben, nur im Höchstbetrage des Werthes der Säcke zu zahlen, weder im Allgemeinen noch im Herzogthume Braunschweig bestehe.

Argentinisches Markenschutzgesetz.

Eine vollständige Uebersetzung des argentinischen Markenschutzgesetzes vom 14. November v. J., sowie eine Uebersetzung der unterm 5. Dezember v. J. erlassenen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz wird in dem vom Kaiserlichen Patentamte herausgegebenen Blatte für »Patent-, Muster- und Zeichenwesen« zum Abdruck gelangen und zwar voraussichtlich in dem Anfang März erscheinenden Februarhefte.

Handelspolitische Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Ursprungszeugnisse für die Einfuhr nach Russland.

Im Deutschen Reichsanzeiger vom 16. Februar heisst es: »In einem Rundschreiben des amerikanischen Schatzsekretärs wird der Kompensationszoll für russische Zuckerraffinade, die künftig nach den Vereinigten Staaten eingeführt wird, auf 0,692 Dollar pro Centner als Zuschlag zu dem gewöhnlichen Zoll festgesetzt. Der Zoll für russische Zucker-Raffinade wird demnach im Ganzen 2,642 Dollar pro Centner betragen. Der Schatzsekretär hat diesen Schritt gethan, um die Angelegenheit zur endgültigen Erledigung vor das Haupt-Einschätzungsamt der Zölle zu bringen.«

Hierzu theilen die Nachrichten für Handel und Industrie, zusammengestellt im Reichsamt des Innern, vom 19. Februar mit: »Der russische Finanzminister hat folgende Verfügung erlassen: 1. Die in der Beilage zum Artikel 628 des Zollustaws vorgesehenen Zollerhöhungen sind auf die Industrieerzeugnisse der Vereinigten Staaten von Amerika anzuwenden, die nach Maassgabe der Artikel 150, 151, 152, 153, 161 und 167 Punkt 2 des Zolltarifs zu verzollen sind. 2. Alle Waaren, die nach den unter 1 genannten Artikeln des Zolltarifs zur Einfuhr zugelassen werden, müssen obligatorisch mit Ursprungscertifikaten versehen sein, falls diese Waaren nicht mit Kennzeichen versehen sind, die ihre Provenienz bezeugen. 3. Die Verfügung tritt zwei Wochen nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die in der obigen Verfügung festgesetzte Zollerhöhung um 30 Prozent erstreckt sich auf folgende Waaren: Gusseiserne Gussstücke ohne Bearbeitung, Geschirr aus emailirtem Gusseisen, Gusseisenfabrikate aller Art, wenn auch mit Theilen aus Holz, Kupfer und dessen Legierungen. Eisen- und Stahlfabrikate, ausser den besonders genannten, geschmiedete, gestanzte, gepresste, gegossene — ungefeilt oder an den Seiten und Rändern befeilt, jedoch ohne weitere Bearbeitung, geschmiedete Nägel. Eisen- und Stahl-Kesselarbeiten, als: Kessel, Reservoirs, Bassins, Kasten, Brücken, Röhren sowie alle Fabrikate aus Eisen- und Stahlblech, ausser den besonders genannten. Eisen- und Stahlfabrikate, mit Ausnahme der besonders genannten, bearbeitet, abgedreht, polirt, geschliffen, bronzirt oder anderswie bearbeitet, mit Theilen aus Holz, Kupfer und dessen Legierungen, oder ohne solche, darunter Vorhänge- und Einsatzschlösser (ausser messingenen), Holzschrauben. Handwerkszeuge für Handwerker, Künstler und Fabriken. Gasmesser, Wassermesser, Gas-, kalorische, Petroleum-, Magnet-, Näh-, Strickmaschinen, Lokomobilen (mit Ausnahme solcher mit komplizirten Dreschmaschinen und Dampfpflügen), Tender, Feuerlöschapparate (ausser Dampfspritzen): alle nicht besonders genannten Maschinen aus Gusseisen, Stahl und Eisen, mit Theilen aus anderen Materialien oder ohne solche.

Um die Provenienz, die zu einer normalen oder vertragsmässig gebundenen Verzollung berechtigt, zu erweisen, müssen für die Einfuhr in Russland Ursprungscertifikate herbeigebracht werden, als welche gelten: 1. Originalfakturen und -Briefe von Fabrikanten, deren Unterschriften von den örtlichen russischen Gesandtschaften oder diplomatischen Vertretungen, Konsuln und Konsularagenten bestätigt sind. Die Bestätigung kann auch seitens der örtlichen Polizei- oder Kommunalbehörden erfolgen. 2. Ursprungscertifikate, die von den oben genannten Beamten und Behörden ausgestellt oder solche, die von den Zollämtern der Länder ausgefertigt werden, deren unter die obigen Bestimmungen fallende Waaren zum Normaltarif zur Einfuhr nach Russland zugelassen werden. 3. Die Ursprungsdokumente müssen enthalten Angaben über die Zahl der Kolli, Signatur und Nummer, das Brutto- und Nettogewicht und über die Art der Waare nach ihrer technischen oder kaufmännischen Bezeichnung. Falls die Waaren unmittelbar nach Russland eingeführt werden, genügt eines der ad 1 und 2 genannten Dokumente. Ist dies nicht der Fall, so müssen die in Punkt 1 genannten Fakturen oder Briefe im Original oder in beglaubigten Abschriften vorgewiesen werden, wobei in diesen Dokumenten angegeben sein müssen: Signatur, Nummer, Bruttogewicht, Art und Quantität der Waare für jedes Kollo. Falls auf der Waare Fabrikmarken angebracht sind, müssen sie auf den genannten Dokumenten angegeben sein. Falls Waaren aus Zolllagern nach Russland eingeführt werden, muss den Waaren eine Bescheinigung der Zollbehörde beigegeben werden darüber, dass die Waaren direkt aus dem Lager exportirt sind. Die Ursprungscertifikate sind den Zollämtern gleichzeitig mit den Frachtdokumenten zuzustellen.«

Handelspolitische Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien.

Da die am 31. Dezember v. J. abgelaufene Handelskonvention zwischen Rumänien und Bulgarien nicht erneuert worden ist, so werden von nun an die bulgarischen Herkunft in Rumänien dem allgemeinen Zolltarife unterworfen. Für Güter, welche Bulgarien transitiren, werden Ursprungszeugnisse verlangt. (Nachrichten für Handel und Industrie, zusammengestellt im Reichsamt des Innern, vom 16. Februar.)

Handelssachverständige bei den Konsularbehörden.

Bei mehreren deutschen Konsularbehörden im Auslande wirken bekanntlich in neuerer Zeit Handelssachverständige, welche berufen sind, die dem Generalkonsul auf wirtschaftlichem Gebiete zugewiesene Thätigkeit zu ergänzen und praktisch auszubauen. Die besondere Aufgabe des Handelssachverständigen besteht darin, dem heimischen Handel und seinen nach dem Auslande entsandten

Vertretern durch praktische Rathschläge und Fingerzeige die Wege zu zeigen und zu ebnen, auf denen sich eine erfolgreiche Bethätigung der Absatzbestrebungen der deutschen Industrie im Auslande, nach der jeweiligen Lage der wirthschaftlichen Verhältnisse, ermöglichen lässt. Auch hat der Handelssachverständige auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die dem deutschen Gewerbe, etwa durch dessen eigene Versäumnisse oder durch das Fortschreiten ausländischen Gewerbefleißes drohen, und auf beachtenswerthe Neuerungen, wie das Aufkommen neuer Rohstoffe, ihre Bearbeitung, neue Erfindungen, vervollkommnete Arbeitsmethoden und sonstige bemerkenswerthe wirthschaftliche Erscheinungen des Auslandes, die in seinem Bezirke hervortreten, hinzuweisen, überhaupt ist es seine Pflicht, über alle Vorgänge im Auslande zu berichten, die für die deutsche Industrie und den deutschen Handel von Nutzen und Interesse sein könnten. Ebenso hat er die Aufmerksamkeit der ausländischen Abnehmerkreise auf die Leistungen und die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrien, sowie auf die geltenden Bezugsbedingungen und die günstigen Bezugsgelegenheiten hinzulenken.

Demnach besteht die Aufgabe des Handelssachverständigen darin, sich allen handelstechnischen und sonstigen unmittelbar praktischen Fragen der Förderung und Erweiterung des Absatzes der heimischen Ausfuhrerzeugnisse, unter Hinweis auf die Absatzmöglichkeiten, Absatzbedingungen und Absatzwege zu widmen.

Zur Zeit befinden sich Handelssachverständige bei den Generalkonsulaten in Buenos-Aires, Konstantinopel, New-York und St. Petersburg, und zwar sind als Handelssachverständige berufen worden:

- für Buenos-Aires: der Königlich preussische Regierungs- und Gewerberath Beckmann,
- für Konstantinopel: Dr. Georg Quandt,
- für New-York: der Königlich preussische Gewerbeinspektor Waetzoldt und
- für St. Petersburg: Dr. Alfred List.

Landwirthschaftliche Ausstellung in Prag.

Die landwirthschaftliche Centralgesellschaft für das Königreich Böhmen veranstaltet in der Zeit vom 15. bis 19. Mai 1901 in Prag eine landwirthschaftliche Ausstellung von Zuchtvieh und Erzeugnissen der landwirthschaftlichen Industrie in Verbindung mit einem Ausstellungsmarkte von landwirthschaftlichen Maschinen und Geräthen.

Durch Finanzministerialerlass vom 29. Januar d. J. sind die K. K. Grenzzollämter beauftragt, die zu dieser Ausstellung aus dem Auslande einlangenden zollpflichtigen Gegenstände zur Vormerkbehandlung an das K. K. Hauptzollamt in Prag anzuweisen.

Reichsbankstellen.

In Brandenburg a. H. ist am 18. März cr. an Stelle der bisherigen Reichsbanknebenstelle eine dem Reichsbank-Direktorium unmittelbar untergeordnete Reichsbankstelle errichtet worden.

Ferner sind Reichsbanknebenstellen errichtet in:

1. Wurzen, abhängig von der Reichsbankhauptstelle in Leipzig,
2. Oberlahnstein, abhängig von der Reichsbankstelle in Coblenz,
3. Rosenheim (Oberbayern), abhängig von der Reichsbankstelle in München,
4. Aue i. Sachsen, abhängig von der Reichsbankstelle in Chemnitz.

Kaufmännisches Lehrlingsheim zu Braunschweig.

Am Sonntag, den 24. Februar, besuchte der Herr Minister Hartweg in Begleitung des Herrn Regierungsassessors v. Unger die Versammlung des Kaufmännischen Lehrlingsheims, um einen Einblick in die Einrichtung und in den Betrieb des Heims zu thun. — Aus diesem Anlass waren als Vertreter der Handelskammer Herr Kommerzienrath Jüdel, Herr Regierungsrath Dr. Stegemann, Herr Generalsekretär F. Stegemann und von Seiten des engeren Vorstandes der zweite Vorsitzende desselben, Herr Fabrikant J. Neuman, erschienen.

Nachdem der Leiter den geschäftlichen Theil der Tagesordnung in üblicher Weise erledigt, gab derselbe einen Ueberblick über die Gründung, Einrichtung, Zwecke und Ziele des Lehrlingsheims, sowie über die Veranstaltungen während des letzten Jahres.

Der Herr Minister nahm dann Einblick in die Besuchlisten, Verzeichnisse der Büchersammlung, Satzungen, Hausordnung und Jahresberichte, sowie in die von Seiten der Mitglieder geführten Berichtbücher über die Veranstaltungen, Vorträge und Besichtigungen.

Auf besonderen Wunsch des hohen Besuches hielt dann der Obmann des Lehrlingsheims, Mitglied Ed. Weber, einen freien Vortrag über die Baukunst bei den Römern, und darauf traten die einzelnen Gruppen in die freie Beschäftigung ein, um theils klassische Werke mit vertheilten Rollen zu lesen, theils Papparbeit, Gesellschaftsspiele, Lektüre nach freier Wahl oder musikalische Unterhaltung zu treiben.

Der Herr Minister sprach sich anerkennend über die ganze Einrichtung, über das Gesehene und Gehörte aus und verweilte etwa anderthalb Stunden in den Räumen des Kaufmännischen Lehrlingsheims.

Durch ministerielles Schreiben vom 7. März d. J. ist dem Kaufmännischen Lehrlingsheim zu den Unterhaltungskosten eine staatliche Beihilfe von 200 Mk. für das laufende Jahr bewilligt worden.

Am Sonntag, den 24. März, wurde das Lichtwerk der Strassenbahngesellschaft besichtigt. Unter der eingehenden Führung des Herrn Schmah, Werkmeister des Betriebes, bot die zweistündige Besichtigung viel des Interessanten und hat manche Anregung geschaffen, zumal das Verständniss für die Besichtigung durch einen Experimentalvortrag des Herrn Mügge und durch einen freien Vortrag des Mitgliedes Ungnade geweckt und vertieft war.

Anlässlich des alljährlich zu Ostern erfolgenden Neueintritts kaufmännischer Lehrlinge ins Geschäftsleben mag besonders auf die Einrichtung des Kaufmännischen Lehrlingsheims hingewiesen werden.

Versammlungsräume sind die vorderen oberen Räume des Hôtels d'Angleterre.

Mitglied des Heims kann jeder Handlungslehrling der Stadt Braunschweig werden, wenn er sich eines tadellosen Rufes erfreut, sich beim unterzeichneten Leiter mündlich oder schriftlich anmeldet und sich zur Innehaltung der Hausordnung durch Namensunterschrift verpflichtet. Die Versammlungen finden allsonntäglich von 4 Uhr Nachmittags ab statt.

Das Heim steht unter der Oberleitung der Handelskammer und der fünf grösseren kaufmännischen Vereine hierorts.

An die Lehrherren ergeht die Bitte, insbesondere die neueintretenden Lehrlinge auf die Einrichtung des Kaufmännischen Lehrlingsheims aufmerksam zu machen.

Th. Sander.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1900.

I. Theil: Industrie.

III. Metallverarbeitung.

3. Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt.

Im verwichenen Jahre waren sämtliche Werkstätten der Maschinenbauabtheilung noch reichlicher mit Beschäftigung versehen, als im vorhergehenden, so dass das Verarbeitungsquantum das höchste bis dahin erzielte war und nur mit Aufbietung aller Kräfte und unter Zuhilfenahme von Nacharbeit im grossen Umfange bewältigt werden konnte.

Die Kalamität der Materialbeschaffung, die den regelrechten Gang der Fabrikation erschwerte, diese selbst wesentlich ver-

theuerte und die Innehaltung der Ablieferungstermine theilweise unmöglich machte, bestand fast bis zum Beginn der Zuckerkampagne ungemindert fort. Verschärft wurde dieser Zustand noch durch die aufs Aeusserste getriebenen Rohmaterialpreise, die die Konkurrenz dem Auslande gegenüber fast unmöglich machten, das Hereinholen von neuen Aufträgen ungemein erschwerten und diese selbst weniger lohnend gestalteten.

Das Hauptabsatzgebiet war Südeuropa und das überseeische Ausland. — Das Inlandgeschäft in der Zuckerbranche beschränkte sich auf die üblichen Reparaturen, Ergänzungen und Verbesserungen vorhandener Anlagen. — Der Nachfrage in Fabrikaten der Nebenbranchen des Werkes konnte in Folge der starken Beschäftigung für die Zuckerindustrie nicht in allen Fällen voll genügt werden. Die elektrische Abtheilung war mit Ausnahme einer vorübergehenden Stockung im verwichenen Herbst durchgehend befriedigend mit Aufträgen versehen.

Die Gesamtbelegschaft bezifferte sich das Jahr hindurch auf ca. 1100 Köpfe bei einem Beamtenstab von etwa 140 Personen.

4. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Aktien-Gesellschaft.

Der Geschäftsgang des Jahres 1900 war im Allgemeinen als ein guter zu bezeichnen. Dank der fortgesetzten Bestrebungen der heimischen Verwaltungen, die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes zu erhöhen, war die Fabrik mit Aufträgen aus dem Inlande so reichlich versehen, dass dadurch das Ausbleiben von Bestellungen aus dem Auslande — namentlich Russland und Rumänien — vollständig ausgeglichen wurde.

Die sich stetig vermehrende Konkurrenz zwingt nicht nur zu unausgesetzten Bestrebungen, die Konstruktionen zu verbessern, sie nöthigt auch zu einer Herabsetzung der Preise, die im Gegensatz steht zu den vermehrten Ausgaben. Bei öffentlichen Ausschreibungen müssen Preise abgegeben werden, die kaum die Herstellungskosten decken, und es ist bedauerlich, dass bei Vergebung der Arbeiten die Höhe der abgegebenen Preise meist in erster Linie berücksichtigt wird.

5. Braunschweigische Mühlenbau-Anstalt Amme, Giesecke & Konegen.

Das Jahr 1900 ist in Folge der Ereignisse in China und Transvaal auch für diesen Geschäftszweig nicht besonders günstig gewesen. Die unsicheren politischen Verhältnisse und der hohe Geldstand hemmten die Unternehmungslust im Inlande fast vollständig. Auch das Ausland war sehr zurückhaltend mit Aufträgen. Ausserdem wurde der Handel durch die ungesunden Verhältnisse am Eisen- und Kohlenmarkte stark beunruhigt.

Das Etablissement litt jedoch unter den geschilderten Verhältnissen weniger, da es aus dem Jahre 1899 bedeutende Aufträge in 1900 mit hinüber genommen hatte, welche das Werk bis zur Hälfte des Jahres beschäftigten. In den Monaten Juli und August trat allerdings eine kleine Stille ein, doch war es immer noch möglich, die Arbeiter ausreichend zu beschäftigen, ohne auf Vorrath arbeiten zu lassen. Von Ende August ab entwickelte sich das Geschäft stetig lebhafter, so dass nicht nur sofort wieder alle Theile des Werkes voll beschäftigt waren, sondern noch durch Einstellung neuer Kräfte, Ueberstunden, sowie theilweise Einrichtung der Nachtschicht die Fabrikation ganz bedeutend erweitert werden musste, um die Lieferungsverbindlichkeiten erfüllen zu können.

Es war dadurch möglich, gegen das Vorjahr einen um ca. 300 000 Mk. höheren Umsatz zu erzielen. Ausserdem konnten Aufträge für über 1,5 Millionen Mark in 1901 mit übernommen werden, und da die Aussichten zur Zeit als sehr gut bezeichnet werden können, so ist zu hoffen, im neuen Jahre auskömmliche Beschäftigung für die Werke zu finden.

Unter der sogenannten Schleuderkonkurrenz hatte die Firma weniger zu leiden, vielmehr kann konstatiert werden, dass man für ihre Fabrikate gern einen höheren Preis zahlt.

Ausser den Bureaus in Paris und Brüssel sind im Laufe des Jahres in Madrid, Wien und Rosario eigene Bureaus errichtet worden, um den Verkehr mit der Kundschaft zu erleichtern.

Die Pariser Weltausstellung wurde mit einer kleinen Kollektion Maschinen beschickt, welche mit der »Goldenen Medaille« ausgezeichnet wurde, während der Leiter des Pariser Bureaus, Herr L. Doloire, die silberne Mitarbeiter-Medaille erhielt.

Ende 1900 waren in dem Etablissement und auf Montagen ca. 700 Personen beschäftigt.

6. Maschinenfabrik und Eisengiesserei Grimme, Natalis & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien.

Während des ganzen Jahres zeigte das Geschäft einen sehr schleppenden Gang. Es mag zunächst die unsichere politische Situation und der Rückgang der Kurse an den inländischen Börsen, sowie der sehr hohe Zinssatz — besonders für Industrie-Anforderungen — einen Theil der Schuld tragen, vornehmlich aber dürfte der Grund in den durch die kolossale Steigerung der Preise für Eisen, Metalle und Kohlen nöthig gewordenen Preisaufschlägen auf die fertige Waare liegen. Für den genannten Betrieb trat noch hinzu, dass durch Verkauf der Patente in einem besonderen Industriezweige letzterer ganz ausfallen musste.

Es war im Ganzen ein Minderabsatz von 360 000 Mk. für das Jahr 1900 zu verzeichnen.

7. Fabrik für Nähmaschinenbestandtheile Müller & Petri.

Im Jahre 1900 sind die Verkaufspreise trotz der gestiegenen Materialpreise und der hohen Anforderungen, die an die Nähmaschinen gestellt werden, noch gesunken, so dass von einem gedeihlichen Geschäftsgange nicht die Rede sein konnte.

8. Eisengiesserei, Maschinenfabrik und Geldschrankfabrik Heinrich Lüders.

Die Eisengiesserei vermochte den zahlreichen Aufträgen im letzten Jahre nicht ganz zu genügen, es mussten verschiedene grössere Gusslieferungen von ausserhalb bezogen werden, namentlich in Bauguss, Säulen, Fenstern etc. Nach besserem Maschinenguss für hiesige Maschinenfabriken war stets grosse Nachfrage und wurde nach Möglichkeit prompt geliefert. Durch günstigen Abschluss in den besten Roheisenmarken war es möglich, stets gutes, dichtes, gleichmässiges Eisen zu erzielen; es sind im verflossenen Jahre ca. 1000 000 kg Eisen verschmolzen und nimmt der Umsatz eher zu als ab.

Die Geldschrankfabrik war stets gleichmässig mit Aufträgen versehen und finden die Geldschränke meistens in den besseren Geschäften ihr Absatzgebiet. Die Geldschränke von heute sehen denen vor fünf Jahren kaum noch ähnlich; der äussere Mantel besteht jetzt aus einem Stück, nicht mehr aus verschiedenen Stücken & Eisen etc. Die Thür liegt glatt wie die Aussenwände, ohne jeden Vorsprung von Leisten, Rosetten etc. Die Schlösser und Riegel liegen verdeckt. Sämmtliche Geldschränke sind gepanzert und zwar mit den besten Compent-Patent-Panzerstahlplatten, dieselben werden für jede Grösse der Schränke auf dem Werke fertig hergestellt, so dass sie hier nur eingesetzt zu werden brauchen.

Die Geld- und Bücherschränke, welche heute nach dem neuesten System aus einem Stück gebogenen Mantel, gewalzten Thür- und Rahmeisen mit angewalzten Feuerfalzen (nicht genietet), verbesserten Sicherheitsschlössern durchaus solide angefertigt sind, brauchen sich vor der soviel alarmirten Thermit-Schmelzung nicht zu fürchten. Ein jeder gut stark gebaute Panzerschrank mit den neuesten Sicherheitsschlössern versehen, bietet immer die genügende Sicherheit.

Die Fabrik beschäftigt durchschnittlich 150 Arbeiter und hat für das kommende Jahr grosse und gute Aufträge, es scheint wieder ein flottes Geschäftsjahr zu werden.

Die Maschinenfabrik war im verflossenen Jahre stark beschäftigt, es wurden viele Apparate und Maschinen für Konservenfabriken im In- und Auslande geliefert, besonderen Zuspruch hatte die verbesserte »Erbsenauslöchtemaschine« für grüne Schoten, und die Nachfrage nach diesen Maschinen und Apparaten vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Ausserdem werden Maschinen für Holzbearbeitung, wie Sägen, Gatter, Kreissägen, Bandsägen, Hobelmaschinen, Bohr- und Fraismaschinen etc. fortwährend gebaut, und haben in Folge ihrer Solidität guten Absatz. Die Nachfrage auch in diesen Maschinen ist stets rege.

9. Wagenfabrikation.

Wie fast alle Zweige der Industrie, so hatte auch der Wagenbau im abgelaufenen Jahre noch unter der Preissteigerung aller Materialien zu leiden und zwar um so fühlbarer, als es nicht möglich gewesen ist, der steigenden Tendenz mit dem fertigen Fabrikat zu folgen.

Die Preise sind durch die kleine Konkurrenz, die immer noch nicht rechnet, bei den einfacheren Wagen eher noch gedrückt. Der Verbrauch hielt sich in den Grenzen der Vorjahre und war befriedigend.

10. Braunschweiger Fahrradwerke, Aktien-Gesellschaft.

In der Fahrrad-Industrie war im verflossenen Jahre in Folge der Ueberproduktion ein fernerer Rückgang zu verzeichnen.

11. Pianofortefabrikation.

In der Pianoforte-Industrie hat der Geschäftsgang im Laufe des Jahres 1900 keine Steigerung, sondern eher einen Rückgang aufzuweisen gehabt. Die erste Hälfte des verflossenen Jahres zeigte einen immerhin regeren Geschäftsverkehr, sobald aber die chinesischen Wirren eintraten, die sich auch sonst in der Industrie ungünstig bemerkbar machten, stellte sich auch in dieser Branche eine stillere Geschäftslage ein. Trotzdem schloss das Jahr 1900 noch mit einem zufriedenstellenden Resultate ab, dagegen scheint sich für das angebrochene Jahr eine ziemlich trübe Aussicht zu bieten.

12. Optische Anstalt Voigtländer & Sohn, Aktien-Gesellschaft.

Die Nachfrage nach sämtlichen Artikeln war trotz der starken Konkurrenz das ganze verflossene Jahr hindurch eine recht rege, so dass sowohl in der Abtheilung für photographische Objektive als auch in derjenigen für Fernrohrbau vollauf zu thun war.

Von günstigem Einfluss auf das Fernrohrgeschäft war unter anderem auch die Mobilmachung der Truppen für China, die belangreiche Aufträge auf Prismen-Doppelfernrohre etc. brachte.

IV. Chemische Industrie.

2. Chemische Fabrik zu Schöningen.

In Salzsäure und Sulfat entwickelte sich während des Jahres 1900 ein ziemlich lebhaftes Geschäft bei besseren Preisen, die voraussichtlich auch für das Jahr 1901 anhalten werden.

Dagegen war die Nachfrage in Schwefelsäure nicht so lebhaft wie im Vorjahre, und die Preise haben in Folge dessen etwas nachgeben müssen.

Das Resultat des Düngemittel-Geschäftes musste nach Auflösung des Syndikats naturgemäss schlechter werden. In Folge der freien Konkurrenz sind die Preise derartig gefallen, dass der Artikel zeitweilig ohne Nutzen gehandelt werden musste.

3. Theerproduktenfabrik Hubert Baese & Co.

Die Theerprodukten-Industrie lag im Laufe des Jahres 1900 im Grossen und Ganzen recht günstig. Die meisten Produkte konnten ihre Preise behaupten oder sogar Preiserhöhungen erzielen, und nur einige wenige Produkte hatten unter dem Drucke der Konkurrenz Preiseinbussen zu erleiden.

Benzol,

welches in den vorhergehenden Jahren äusserst flau und selbst bei billigsten Preisen zeitweise nur schwer zu verkaufen gewesen war, zeigte im Jahre 1900 ein etwas erfreulicheres Bild. Wenn auch die früheren hohen Preise bei weitem nicht wieder erreicht wurden, so konnte doch immerhin eine erhebliche Preisaufbesserung erzielt werden, und die Produktion war leicht zu plazieren. Die höher siedenden Homologen des Benzols, wie Toluol, Xylol und Solvent-Naphta konnten ebenfalls ihre Preise leicht behaupten und theils noch etwas verbessern.

Naphtalin.

Auch dieses Produkt, dessen Preis weiter und weiter heruntergegangen war, kam bereits zu Anfang des vorigen Jahres in eine völlig veränderte Lage. In Folge verschiedener neuer Verwendungszwecke war die Nachfrage eine fortgesetzt sehr rege, und trotz der gewaltigen Produktion herrschte zeitweise geradezu Knappheit in reinem Naphtalin. Die Preise konnten in Folge dessen im Laufe des Jahres immer mehr anziehen. Auch für das laufende Jahr scheint diese Bewegung anhalten zu wollen.

Anthracen.

Dieser früher so sehr wichtige und gesuchte Rohstoff für die Alizarinfabrikation ist schon seit Jahren in Folge der grossen Ueberschussproduktion und anscheinend verminderten Konsums immer weiter heruntergekommen und zur Zeit nur noch zu Preisen ver-

käuflich, die die Darstellung des Produktes kaum noch lohnen. Leider steht eine Aenderung dieser trostlosen Lage des Produktes vorläufig nicht in Aussicht.

Karbolsäure.

Der zu Ende des Jahres 1899 so rapid gestiegene Preis der reinen krystallischen Karbolsäure konnte sich zwar im Laufe des Jahres 1900 nicht ganz auf der erzielten Höhe behaupten, war aber doch im Grossen und Ganzen ziemlich fest und erlitt keine wesentliche Einbusse. Der Preis ist heute immer noch um etwa 50 Prozent höher als vor zwei Jahren.

In der Lage der flüssigen, rohen Karbolsäure, Kresol, ist keine wesentliche Aenderung eingetreten.

Karbolineum

und sonstige schwere Steinkohlentheeröle waren in der ersten Hälfte des Jahres 1900 sehr fest und theilweise knapp. In der zweiten Hälfte des Jahres schwächte sich der Bedarf ab, doch wurden die Preise im Allgemeinen dadurch nicht wesentlich beeinflusst.

Steinkohlentheerpech,

das Rückstandsprodukt von der Theerdestillation, hat seit langen Jahren eine grosse Bedeutung erlangt, sowohl durch seine Verwendung in der Steinkohlenbrikettfabrikation, als auch in der Dachpappenfabrikation und Bau-Industrie. Die gewaltigen Massen, die in Steinkohlentheerpech fortgesetzt erzeugt werden, fanden im Laufe des Jahres 1900 nicht nur leichten Absatz, sondern es herrschte sogar zeitweise Mangel an Waare. Ganz am Schlusse des Jahres zeigte sich allerdings eine erhebliche Abschwächung des Konsums. Die Preise waren im Laufe des Jahres nach und nach gestiegen und behaupteten sich auch bis zum Jahresschlusse.

Phenolin,

identisch mit Lysol sowie Kreolin fand im Laufe des Jahres bei unveränderten Preisen einen gleichmässigen Absatz, wenngleich das letztere Produkt durch die Streitigkeiten über den Gebrauch des Wortes »Kreolin« im Allgemeinen Einbusse erlitten hat. Die endgültige Entscheidung des Kaiserlichen Patentamts über die Freieigenschaft des Wortes »Kreolin« steht noch aus, dürfte aber nun bald zu erwarten sein.

4. Weiss-Farben-Werk Bourjau & Co., Kommanditgesellschaft, Schöningen.

Der günstigere Geschäftsgang und die bessere Preisgestaltung, über welche vor Jahresfrist berichtet wurde, haben sich bis zum Herbst erhalten können; seitdem ist aber leider ein empfindlicher Rückschlag eingetreten, dessen Ursachen zunächst aus den

allgemeinen wirthschaftlichen und politischen Verhältnissen, vor Allem aber aus dem Vorgehen der im Markt erschienenen, auf Grund der höheren Preise neuentstandenen Konkurrenzfabriken herzuleiten sind. — Bei der ohnehin verminderten Nachfrage hatte das Angebot der neu in den Markt gekommenen Fabriken dahin geführt, dass die Preise rapid heruntergingen und die günstigere Geschäftslage wieder vollständig zerstört wurde. Es ist dies um so mehr zu beklagen, als die Rohmaterialien, Kohlen und Arbeitslöhne vorläufig noch vertheuert sind und bleiben und deshalb noch weiter mit höheren Produktionskosten zu rechnen sein wird.

5. Cramer & Buchholz, Pulverfabriken mit beschränkter Haftung.

Der Geschäftsgang war auch im verflossenen Jahre ein befriedigender; insbesondere konnte eine Zunahme im Absatz geladener Jagdpatronen, Marke Diana, konstatiert werden.

6. Zündholzfabrikation.

Zu der schon 1899 begonnenen Steigerung der Preise für Kohlen, Holz, Bleiprodukte und andere Chemikalien, sowie der Löhne, trat im folgenden Jahre eine Steigerung der Preise für Paraffin um nahezu 100 Prozent hinzu.

Demgegenüber konnten die Zündholzfabrikanten nicht gleichgültig bleiben, und es bildeten sich die verschiedensten Gruppen von Fabrikanten zum Zwecke gleichmässiger Erhöhung der Preise.

Voran gingen die Süddeutschen Fabrikanten, dann kam eine Preiskonvention sämmtlicher deutscher Fabrikanten von Sicherheitshölzern zu Stande, der dann bald die verschiedensten Gruppierungen von Fabrikanten anderer Zündhölzersorten folgten.

Die Freude, für einige Zeit auskömmliche Preise zu erhalten, sollte den Fabrikanten von Phosphorhölzern sehr bald getrübt werden durch die Bekanntgabe eines Gesetzentwurfs der Reichsregierung, wonach die Herstellung von Zündhölzern unter Verwendung von weissem Phosphor verboten werden sollte.

Als vor nunmehr einundzwanzig Jahren die Reichsregierung sich mit dem gleichen Gedanken trug, wurde von deren praktischer Verwirklichung in Rücksicht auf die vermögensrechtlichen Folgen abgesehen, die ein solcher Eingriff in die gewerblichen Verhältnisse eines ganzen Industriezweiges nach sich ziehen würde, und es blieb damals bei gewissen Vorschriften in hygienischer Beziehung.

Die gleichen Bedenken gegen ein gänzliches Verbot der Verwendung weissen Phosphors dürften noch heute, nur in verstärktem Maasse, vorliegen. Nachdem inzwischen die Fabriken bedeutende Aufwendungen haben machen müssen, um den hygienischen Vorschriften zu genügen, nachdem an dem gesammten industriellen Aufschwunge Deutschlands auch die Fabriken für Phosphorhölzer

theilgenommen haben, nachdem es letzteren jetzt ungleich schwerer werden würde, nach Verbot ihrer heutigen Fabrikation in einen Kampf mit der bereits bestehenden Grossindustrie für Sicherheits-hölzer einzutreten — schon wegen der circa 100 000 Mk. betragenden Aufwendungen für Anschaffung der erforderlichen Maschinen —, würde ein solches Verbot die Zündholzfabriken jetzt ungleich härter treffen als damals, und nicht ohne Bewilligung bedeutender Entschädigungen möglich sein.

Zudem walten die gleichen Bedenken in gesundheitlicher Beziehung auch gegen eine ganze Reihe anderer Gewerbszweige ob, wie z. B. die Bleifabriken, die Giessereien mit ihrem Kohlenstaub, die Webereien mit ihrem Wollstaub u. a.

Möge es daher, wenn ein solches Verbot Gesetzeskraft erlangen sollte, wenigstens gelingen, dass den Zündholzfabrikanten eine entsprechende Entschädigung gewährt oder für das Inkrafttreten des Phosphorverbots eine Frist von etwa zehn Jahren festgesetzt würde.

Die Zuständigkeit der Behörden in der Stadt Braunschweig.

Vortrag

gehalten auf Veranlassung des Ausschusses für volksthümliche Vorlesungen
am 2. Februar 1901 im Altstadtrathhause
vom Stadtrath H. v. Frankenberg (Braunschweig).

Es ist eine schöne Sache um das Bewusstsein, Recht zu haben. Aber wer im Rechte ist, befindet sich deshalb nicht schon ohne Weiteres im Besitze dessen, auf das er ein Recht hat. Es kommt für ihn häufig darauf an, dass er sich an die Hilfe der Behörde wendet, um durch deren Vermittelung sein Recht zu erhalten, oder, wie man zu sagen pflegt, um »Recht zu kriegen«. Und da ist es von grösster Wichtigkeit, dass man darüber genau Bescheid weiss, wo man sich sein Recht zu holen hat, wo also die richtige Schmiede ist für all die verschiedenen Wünsche und Anliegen, mit denen der Einzelne an die Gerichts- und Verwaltungsbeamten zur Durchführung seiner Ansprüche heranzutreten genöthigt ist.

Je kleiner der Bezirk ist, in dem man lebt, desto einfacher wird meistens die Beantwortung dieser Frage: der Gemeindevorsteher; wenn er hoch kommt, die Kreisdirektion; das nächste Amtsgericht, bei grösseren und wichtigen Angelegenheiten der Rechtsanwalt: das ist für viele Dorfbewohner der Inbegriff der Stellen, bei denen man Rath und Hilfe für seine Angelegenheiten finden kann, und für Manchen ist die Auswahl zwischen diesen vier Helfern in der Noth schon schwierig genug.

Hier in der Stadt Braunschweig aber werden genug andere Anforderungen an die Fähigkeit gestellt, sich unter einer Fülle verschiedener Dienststellen und Beamten diejenigen herauszusuchen, die im Einzelfalle zum Einschreiten und zur Verwirklichung von Rechtsansprüchen berufen sind. Man darf ja freilich von jedem billig Denkenden voraussetzen, dass er gern das Seinige thun wird, um einen rechtsuchenden unwissenden Mann auf den richtigen Weg zu weisen. Hier und da hapert es indess damit: auch wenn der beste Wille vorhanden ist, kann doch selbst von den Beamten nicht immer verlangt werden, dass sie bei der Mannigfaltigkeit unseres Behördenwesens mit untrüglicher Sicherheit stets den geeignetsten Rath zu geben im Stande sind. Ja, ich würde es sogar für unbescheiden halten, wenn sich Jemand einbildete, dass er ausser Stande wäre, sich eines Irrthums über die Zuständigkeit unserer Behörden schuldig zu machen. Deshalb muss ich mich bei meinem Versuche, mit Ihnen heute die einschlagenden Fragen zu besprechen, auf einen Ueberblick beschränken: ich kann das Bild nur in grossen Umrissen zeichnen und muss die Ergänzung oder auch Richtigstellung vorbehalten. Selbstverständlich bin ich, wie bei früheren Vorträgen, gern bereit, etwaige Fragen aus Ihrer Mitte zu beantworten, und ich hoffe, dass auf diese Weise wenigstens einigermaassen die zweifelhaften Punkte Aufklärung finden werden.

Es wird dem Deutschen oft vorgeworfen, dass er bei jeder geringfügigen Veranlassung sogleich nach der Polizei rufe. Ganz so schlimm ist es ja wohl nicht bei allen Leuten; aber die Sache mag sich verhalten, wie sie will, auf alle Fälle ist es nöthig, sich darüber klar zu werden, wann man sich an die Polizeibehörde, also hier an die Herzogliche Polizeidirektion, Münzstrasse No. 1, zu wenden hat.

Die polizeiliche Thätigkeit in unserer Stadt lässt sich in drei Abtheilungen zergliedern: die Ortspolizei, die Landespolizei und die sonstige Ausübung von Regierungsbefugnissen. Bisweilen sind allerdings die Grenzen dieser drei Gebiete gegen einander nicht genau umschrieben, aber das ist für das hilfesuchende Publikum nicht von grosser Erheblichkeit, wenn man daran festhält, dass grundsätzlich alle orts- und landespolizeilichen Angelegenheiten aus der Stadt Braunschweig von der Polizeidirektion zu bearbeiten sind.

Was gehört nun zur Ortspolizei? Die Erforschung und Feststellung von Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen, wobei die Polizeidirektion zur Unterstützung der staatsanwaltschaftlichen Behörden und der Gerichte eingreift und die Herbeiführung der Bestrafung des Schuldigen, nöthigenfalls durch vorläufige Festnahme und Ausführung der förmlichen Verhaftung fördert; auch die Rückerstattung der durch eine straffere Handlung dem Berechtigten genommenen Sachen, soweit angängig, wird von der Polizeibehörde besorgt. In leichten Fällen steht der Polizeidirektion das

Recht zu, Strafverfügungen zu erlassen, zum Beispiel bei Uebertretung der Strassenpolizeiordnung, bei ruhestörendem Lärm, bei dem viel genannten und viel angewandten Paragraphen vom »groben Unfug« und dergleichen. Da es sich hier indess um eine Ausnahme von der gesetzlichen Regel handelt, dass nur die Gerichte Strafen verhängen können, so ist gegen den polizeilichen Strafbefehl der Einspruch gestattet, der zur Verhandlung vor dem Schöffengerichte führt, wenn nicht die Polizeibehörde ihre Anordnung alsbald zurückzieht. — Zur Ortpolizei ist ferner das Meldewesen, also die An- und Abmeldung von Bewohnern, zu rechnen, die zu dem Bestande eines Hauses kamen oder aus demselben ausziehen. Formulare hierfür, auf denen sich die gesetzlichen Bestimmungen vorgedruckt finden, sind von den Polizeistationen zu beziehen. Mit dem Meldewesen hängt zusammen die Ertheilung von Aufenthalts- und Abzugszeugnissen, von denen die ersteren z. B. für den Erlass des standesamtlichen Aufgebots von Wichtigkeit sind, weil dieses in den Gemeinden erfolgen muss, in welchen der Heirathslustige sich im verflossenen halben Jahre aufhielt. Es gehört ferner hierher die Ausübung der Strassen-, Markt-, Fluss-, Feuer-, Jagd-, Gesundheits-, Vereins- und Versammlungs-, Sittlichkeits- und Baupolizei, obgleich in letzterer Beziehung die neue Bauordnung das Stadtbauamt in manchen Fällen unabhängig von der Polizeibehörde gemacht hat; sodann die allgemeine Sicherheitspolizei, also die Befugniss, der Verübung von strafbaren Handlungen und dem Vorkommen von Unglücksfällen rechtzeitig nach Möglichkeit vorzubeugen, die Ausstellung von Führungszeugnissen, wie sie vielfach zu privaten Zwecken auswärts nöthig sind, die Ertheilung von Gesindedienst- und von Arbeitsbüchern für gewerbliche Arbeiter und Lehrlinge bis zum vollendeten 21. Lebensjahre. Auch hat die Polizeidirektion hiesigen Arbeitgebern, welche die Quittungskarte eines Versicherten nach Einklebung der Beitragsmarken gegen dessen Willen zurückhalten, die Karte auf Antrag abzunehmen und dem Berechtigten auszuhändigen. Derartige Anträge sind also, was oft übersehen wird, nicht an den Stadtmagistrat oder das Gewerbegericht zu richten, sondern unmittelbar bei der Polizeidirektion anzubringen. Unabhängig davon ist die Frage der Entschädigungsforderung gegenüber dem säumigen Arbeitgeber. Für diese hat es bei dem Gewerbegerichte oder der sonst unten noch anzuführenden Spruchbehörde sein Bewenden. Mit gewerblichen Streitigkeiten hat im Uebrigen die Polizeidirektion nichts zu thun, wohl aber mit Gesindesachen. Man hat es im Hinblick auf das eigenartige Verhältniss zwischen Herrschaften und Dienstboten für zweckmässig gehalten, die Möglichkeit einer beschleunigten, vorläufigen Entscheidung durch die Polizeibehörde zu geben. Es bezieht sich dies aber nur auf das eigentliche Gesinde, also auf die in die Hausgenossenschaft der Herrschaft aufgenommenen, derselben vertragsmässig untergeordneten, zur Verrichtung gewöhnlicher häuslicher oder auch land-

wirthschaftlicher Dienste gegen Vergütung bestimmten Personen. Die Ausgeherinnen zählen nicht mit zum Gesinde, weil sie, einerlei ob auf einige Tagesstunden oder auf den ganzen Tag angenommen, durch Eintritt in die Stelle nicht aus ihrer eigenen Haushaltung ausscheiden. Sie müssen sich also mit ihrer Forderung an den Schiedsmann oder, wenn sie wollen, sogleich an das Amtsgericht wenden. Ebenso steht es mit den Scheuer-, Wasch-, Reinmach- und Kochfrauen, mit Plätterinnen, Näherinnen u. s. w., welche im Privathaushalte irgendwo thätig gewesen sind, und mit den Angestellten, welche Dienste höherer Art geleistet haben, z. B. Gesellschaftserinnen, Hausdamen, Erzieherinnen, Stützen der Hausfrau u. s. w. Die gewerblichen Arbeiter, Gehilfen, Hausdiener u. s. w. unterstehen dagegen regelmässig dem Gewerbegerichte, einerlei ob sie im Hause des Arbeitgebers gewohnt und nebenbei häusliche Dienste mit verrichtet haben oder nicht. Ich betone dies ganz ausdrücklich, weil hier und da auch in Braunschweig die Ansicht sich findet, als ob das sogenannte »gewerbliche Gesinde« sein Recht bei der Polizeidirektion suchen müsste. Diese Behörde selbst theilt, soweit ich feststellen konnte, meine Meinung und hält sich in derartigen Fällen vom Eingreifen zurück. Wo es sich aber um wirkliches Gesinde im Privathaushalte oder der Landwirtschaft handelt, da können Streitigkeiten, die während der Dienstzeit aus dem Dienstverhältnisse sich ergeben, sowie Anträge und Beschwerden, die sich auf den Antritt oder die Aufhebung des Verhältnisses beziehen, bei der Polizeidirektion angebracht und von ihr durch eine vorläufig vollstreckbare Verfügung erledigt werden. Die endgültige Entscheidung bleibt indess dem ordentlichen Prozesse vorbehalten, ohne dass hierfür eine Klagefrist gesetzt ist. Es ist ausserdem dem Belieben des Klägers überlassen, ob er sich sogleich an das Amtsgericht oder zunächst an die Polizeibehörde wenden will. Umgekehrt kann auch die Polizeidirektion, wenn sie von vornherein oder nach Verhandlung und Beweisaufnahme in der Sache die Abgabe einer Entscheidung nicht für zweckmässig hält, die Parteien auf den Rechtsweg verweisen.

Der Polizeidirektion liegt ferner die Untersuchung von Unfällen solcher Personen ob, für welche die reichsgesetzliche Unfallversicherung eingeführt ist. Jeder Unfall muss bei ihr bis zum dritten Tage vom Unternehmer des Betriebes angemeldet werden, worauf dann, von ganz leichten Fällen abgesehen, die näheren Feststellungen erfolgen. Da die Polizeidirektion auch von Amts wegen die Untersuchung veranlassen kann, so empfiehlt es sich für die Rentenberechtigten, bei ihr einen entsprechenden Antrag zu stellen, falls etwa die Anzeige oder der Untersuchungstermin sich verzögern sollte. Zu den Untersuchungen wird in geeigneten Fällen der Fabrik- oder Gewerbeinspektor zugezogen, mit dem die Polizeidirektion überhaupt wegen der Ueberwachung der Betriebe, wegen Feststellung gefährlicher Anlagen und Einrich-

tungen und dergleichen sich ins Einvernehmen zu setzen pflegt, bei dem aber auch Private ihre Anliegen vorbringen können.

Für das Publikum wichtig ist oft das Verfahren betreffs verlorener und gefundener Sachen. Das Finden ist natürlich sehr viel angenehmer als das Verlieren, aber auch der Finder thut gut, sich vor unrichtigen Schritten zu hüten, damit ihm sein Verhalten nicht als Unterschlagung, als sogenannter Funddiebstahl, ausgelegt werden kann. Wer eine verlorene Sache findet und an sich nimmt, muss nach § 965 BGB. dem Verlierer, dem Eigenthümer oder dem sonstigen Empfangsberechtigten, wenn er ihn kennt, unverzüglich Anzeige machen. Kennt er Niemanden dieser Personen, oder weiss er nicht, wo sie sich aufhalten, so muss er den Fund und die Umstände, welche für die Ermittlung des Empfangsberechtigten wichtig sind, alsbald hier in der Stadt Braunschweig der Polizeidirektion anzeigen. Bei Sachen, die nicht mehr als 3 Mk. werth sind, bedarf es der Anzeige nicht. Der Finder ist berechtigt und auf Anordnung der Polizeidirektion verpflichtet, die Sache an dieselbe abzuliefern. Bei rasch verderblichen oder sonst schwer aufzubewahrenden Sachen kann er die öffentliche Versteigerung herbeiführen; der Erlös tritt dann an die Stelle des Gefundenen. Mit Ablauf eines Jahres nach der Anzeige des Fundes bei der Polizeibehörde wird der Finder Eigenthümer der Sache, falls sich nicht vorher ein Berechtigter gemeldet hat. Von diesem kann der Finder vor Herausgabe der Sache einen Finderlohn verlangen, der bei einem Werthgegenstande bis zu 300 Mk. 5 vom Hundert beträgt, so dass z. B. der Finder eines Hundertmarkscheins 5 Mark, der Finder eines Tausendmarkscheins 22 Mk. Finderlohn beanspruchen darf. Bei Thieren, z. B. bei zugelaufenen Hunden, gilt nur ein Finderlohn von 1 Prozent. Zeigt sich der Finder unehrlich, d. h. verletzt er seine Anzeigepflicht oder verheimlicht er den Fund auf Nachfrage, so kann er Finderlohn nicht verlangen. — Eine Ausnahmestellung haben die Sachen, welche in den Geschäftsräumen oder den Beförderungsmitteln einer öffentlichen Behörde oder einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Verkehrsanstalt, z. B. in einem Strassenbahnwagen, im Vorflur des Postgebäudes gefunden werden. Sie müssen sogleich an die Behörde, die Anstalt oder deren Angestellte abgeliefert werden, und die Vorschriften über Finderlohn sind hier nicht anwendbar. Von Zeit zu Zeit macht die Polizeidirektion ein Verzeichniss der in den letzten Monaten gefundenen Sachen bekannt und fordert die Verlierer auf, sich bei ihr zu melden. Ähnlich wird mit den in öffentlichen Gebäuden, Strassenbahnwagen u. s. w. gefundenen Gegenständen verfahren, und bei unterlassener Meldung wird der gesetzlichen Bestimmung entsprechend anderweit über die Sachen verfügt.

Das sind die hauptsächlichsten Aufgaben der Ortspolizei, welche von der hiesigen Polizeidirektion zu erfüllen sind. Daneben

fällt ihr für den Stadtbezirk die Ausübung der Landespolizei zu, also die Handhabung derjenigen Bestimmungen, welche im polizeilichen Interesse nicht nur der einzelnen Ortschaften, sondern des ganzen Herzogthums oder des Reiches liegen, deren nähere Abgrenzung aber sehr schwer möglich ist. Es gehört dahin z. B. die Thätigkeit der politischen Polizei, ferner die Wahrnehmung der gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung im Einvernehmen mit dem Stadtphysikus und unter der Kontrolle des Herzoglichen Obersanitätskollegiums, sowie die Aufsicht über die gewerblichen Anlagen, wobei die Gewerbeinspektoren und betreffs der Dampfkesselanlagen die Angestellten des Dampfkessel-Ueberwachungsvereins mitzuwirken haben, und wobei zur Vermeidung von Widersprüchen auf den Inhalt der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften zu achten ist.

In Militärangelegenheiten werden die Ersatzgeschäfte für den Aushebungsbezirk Stadt Braunschweig von der Polizeidirektion wahrgenommen; ein Beamter derselben ist Civilvorsitzender der Ersatzkommission für den Stadtaushebungsbezirk.

Zur Ausübung der Regierungsgewalt gehört für die Polizeidirektion das Recht der Genehmigung oder Verbietung bei einer Reihe von gewerblichen Unternehmungen. Sie hat zu entscheiden über Anträge wegen Erlaubniss zum Betriebe der Gastwirthschaft, der Schankwirthschaft und des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus. Dabei kommt es darauf an, ob der Bewerber die nöthige persönliche Gewähr bietet, so dass kein Missbrauch der Befugniss zu befürchten ist, ferner ob die Betriebsstätte nach Lage und Beschaffenheit den polizeilichen Anforderungen genügt, endlich ob in der fraglichen Gegend ein Bedürfniss für eine derartige Einrichtung besteht. Gegen die Entscheidung der Polizeidirektion ist in diesen und ähnlichen Fällen binnen vierzehn Tagen die Klage bei Herzoglichem Verwaltungsgerichtshofe, Turnierstrasse No. 7, hier, zulässig, dessen Urtheil endgültig ist. Die Polizeidirektion hat ebenso zu entscheiden über Gesuche um Zulassung als Schauspielunternehmer, als Inhaber von Singspielhallen, als Pfandleiher, Gesindevermiether, Hausirer und dergleichen. Es ist nicht möglich, hier alle einzelnen konzessionspflichtigen Betriebe dieser Art aufzuzählen, es wird genügen, wenn ich darauf hinweise, dass die Wandergewerbescheine und Legitimationskarten von der Polizeidirektion ausgestellt werden, doch ist der Antrag auf Ertheilung des Wandergewerbescheins hier beim Stadtmagistrate zu stellen, der alsdann für die Weitergabe des Gesuches sorgt.

Eine wichtige Neuerung besteht darin, dass seit dem 1. Oktober v. J. die Polizeidirektion mit einer grossen Zahl fernerer Regierungsgeschäfte betraut ist, die bisher zu den Obliegenheiten der Kreisdirektion gehörten. Dazu rechnet die Thätigkeit im Güterverfahren und die vorläufige Besitzeinweisung bei Zwangsenteignungen, die Ertheilung der Aufnahme-, Naturalisations- und Entlassungsurkunden betreffs der Braunschweigischen Staatsangehörig-

keit, die Entscheidung über Wassernutzungsrechte und dergleichen nach dem Braunschweigischen Wassergesetze vom 20. Juni 1876, die Ertheilung und Versagung von Jagdscheinen, die Zulassung der Lotteriekollekteure und Unterkollekteure, die Feststellung und Einziehung der Abgaben von Testamenten und Verträgen an die Armen- und Wegebesserungskasse, die Ausübung staatlicher Befugnisse bei der Handhabung der Viehseuchengesetze und des Gesetzes über die Landesbrandversicherungsanstalt. Vor Allem aber hat man sich zu merken, dass die Genehmigung der Statute der Kranken- und Sterbekassen, sowie ähnlicher Versicherungseinrichtungen hier jetzt nicht mehr von der Kreisdirektion, sondern von der Polizeidirektion auszusprechen ist. An diese werden vom Stadtmagistrate, der nach wie vor Aufsichtsbehörde aller dieser Kassen ist, die bezüglichen Anträge mit gutachtlicher Aeussierung weitergegeben, einerlei, ob es sich um Ortskrankenkassen, sonstige Zwangskassen oder eingeschriebene Hilfskassen handelt.

Dadurch, dass die Polizeiverwaltung bei uns staatlich ist, stösst manches Mal die Anbringung eines Gesuchs an der richtigen Stelle auf Zweifel: der Stadtmagistrat ist für derartige Angelegenheiten nicht zuständig, aber der Weg vom Rathhause nach der Münzstrasse ist ja auch nicht weit. Wir wollen nun sehen, in welchen Fällen der Stadtmagistrat anzurufen ist. Der Einfachheit halber werde ich dabei zugleich die Angelegenheiten mit nennen, deren Erledigung ebenfalls im Rathhause erfolgt, bei denen aber nicht der Magistrat selbst, sondern eine andere Dienststelle in Frage kommt.

Der Stadtmagistrat ist die Obrigkeit der Stadt; er hat die städtischen Angelegenheiten hier in Braunschweig zu verwalten, in Reichs- und Landessachen die ihm gesetzlich überwiesenen Geschäfte zu besorgen, einzelne ihm von den vorgesetzten Staatsbehörden ertheilte Aufträge zu vollziehen und dem Ersuchen anderer Behörden zu entsprechen. Insbesondere hat er das städtische Vermögen zu verwalten und zu erhalten, den Stadthaushaltsplan aufzustellen und das städtische Kassenwesen zu beaufsichtigen, die erforderlichen Hoch- und Wegebauten auszuführen, Rechtsstreitigkeiten auszufechten, Hilfsbeamte und Gemeindediener anzustellen und zu entlassen, die Vertheilungsrollen über Gemeindeabgaben und Leistungen aufzustellen und für die Einziehung zu sorgen. Der Magistrat ist dabei nach den gesetzlichen Bestimmungen, die sich hauptsächlich in der Städteordnung befinden, an die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gebunden, die aus 36 nach dem Dreiklassensystem gewählten Mitgliedern besteht. In einigen Fällen entscheidet die gemeinschaftliche Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten, also eine Körperschaft von 45 Personen, da der Magistrat 9 Mitglieder, 4 besoldete und 5 unbesoldete, zählt. Es gilt dies vor Allem bei Wahlbeschwerden, bei Entscheidung über Beschwerden gegen Beschlüsse der Stadtverordneten, bei Wahl der Magistratsmitglieder,

bei Verabschiedung derselben, Versetzung in den Ruhestand und Festsetzung des Ruhegehalts gewisser städtischer Beamter. Die Zustimmung der Stadtverordneten ist dagegen vor Allem nöthig zum Erlass statutarischer Bestimmungen und polizeilicher Reglements, zur Schaffung, Aenderung oder Aufhebung dauernder oder vorübergehender Einrichtungen im Gemeindegewesen, zur Ab-schliessung von Dienstverträgen mit den Gemeindebeamten, zur Feststellung des Stadthaushaltsplanes und Ausschreibung der Steuern, zur Aufnahme von Anleihen und Ausleihung von Geldern, zur Erwerbung, Veräusserung und Verpfändung von städtischen Grundstücken und Gerechtsamen, zur Abschliessung von Mieth- und Pachtverträgen, zur Feststellung des Ortsbauplanes, zur Vornahme von Zwangsenteignungen, zu allen Ausgaben über 100 Mk., die nicht im Haushaltsplane vorgesehen waren, zur Prozessführung bei den ordentlichen Gerichten, zu Veränderungen des Stadtbezirks und zur Anstellung, Pensionirung oder Entlassung von Hilfsbeamten und Gemeindedienern. Die Stadtverordneten haben ferner die Entscheidung über die Einreihung der Steuerpflichtigen in die einzelnen Klassen, soweit nicht neuerdings durch das Staatseinkommensteuer- und das Gemeindeabgabengesetz diese Befugniss den Einschätzungskommissionen übertragen ist, sie bestimmen über den Erlass rückständiger Gemeindesteuern und dergleichen, und sie haben überhaupt bei der Leitung und Verwaltung der städtischen Angelegenheiten, bei Wahlen zu besonderen Deputationen und Ehrenämtern und in ähnlichen statutarisch geregelten Fällen als die Vertretung der Gesamtheit der Gemeindegossen mitzuwirken.

(Fortsetzung folgt.)

Rechtsprechung hiesiger Gerichte.

Ein hiesiger Kaufmann trat Anfangs 1898 dem von einer Berliner Firma unter dem Namen »Geschäftsrath« geleiteten sogenannten »Internationalen Verbands von Interessenten aus der Geschäftswelt zur gegenseitigen Kredit-Kontrolle« als Mitglied bei und zahlte den auf das vom 1. März 1898 bis zum 1. März 1899 laufende erste Jahr seiner Mitgliedschaft schuldigen Beitrag von 15 Mk., den Bedingungen der Firma gemäss, im Voraus ein, wogegen ihm eine Legitimationskarte zum Ausweise seiner Mitgliedschaft und ein Verzeichniss aller sogenannten Geschäftsstellen der Firma im Inlande und Auslande übersandt wurde. Im März 1899 entschloss er sich, aus dem Verbands wieder auszutreten, und schickte daher seine Legitimationskarte an die Firma zurück, wobei er zugleich, wie er wenigstens behauptet, seine Austrittsabsicht brieflich kundgab. Die Firma antwortete hierauf nach einigen Tagen, dass der Kaufmann, falls er aus dem Verbands auszuschneiden beabsichtige, nach § 9 ihrer Bedingungen spätestens

am 1. März 1899 nicht nur seine Legitimationskarte, sondern auch das ihm übersandte Geschäftsstellen-Verzeichniss hätte zurückschicken müssen. Der Kaufmann erwiderte hierauf nichts. Im April 1900 verklagte dann die Firma den Kaufmann auf Zahlung des Mitgliedsbeitrages nicht nur für das Jahr vom 1. März 1899 bis zum 1. März 1900, sondern auch noch für das Jahr vom 1. März 1900 bis zum 1. März 1901, indem sie geltend machte, dass der Kaufmann das ihm zugegangene Geschäftsstellen-Verzeichniss noch immer nicht zurückgeschickt und bei Zurücksendung seiner Legitimationskarte seine Austrittsabsicht nicht ausdrücklich kundgegeben habe. Der Kaufmann zahlte nun zwar den Beitrag auf das Jahr vom 1. März 1899 bis zum 1. März 1900 mit 15 Mk. sofort ein, leugnete aber, den Beitrag auf das nächstfolgende Jahr noch schuldig zu sein, da er im März 1899 seine Legitimationskarte zurückgeschickt und überdies zugleich ausdrücklich seinen Austritt aus dem Verbands erklärt habe, und bemerkte betreffs des ihm zugesickten Geschäftsstellen-Verzeichnisses, dass ihm dies verloren gegangen sei. Das Gericht hat die erhobene Klage ohne Weiteres abgewiesen. In der Begründung des Urtheils ist ausgeführt, dass trotz des § 9 der Bedingungen der Firma — wonach von einem Mitgliede des Verbandes »Geschäftsrath«, das nicht spätestens am Tage nach Ablauf seiner Mitgliedschaft seine Legitimationskarte und das ihm zugegangene Geschäftsstellen-Verzeichniss zurückschickt, stillschweigend die Zugehörigkeit zu dem Verbands für ein weiteres Jahr »angenommen« wird — der Austritt aus jenem Verbands auch ohne Zurückschickung des Geschäftsstellen-Verzeichnisses durch ausdrückliche Erklärung oder durch eine entsprechende Handlung geschehen könne, und dass der Kaufmann durch das Zurückschicken seiner Legitimationskarte seinen Entschluss, aus dem Verbands auszutreten, deutlich zu erkennen gegeben habe, mithin eine ausdrückliche Austrittserklärung des Kaufmanns nicht mehr erforderlich gewesen sei. (Br. Anz.)

Ein hiesiger Kaufmann, der von einer auswärtigen Glasschleiferei einen grösseren Posten Waaren auf Bestellung geliefert erhalten hatte, stellte einen Theil der Waaren wegen verschiedener Mängel zur Verfügung und lagerte sie bei einem hiesigen Spediteur. Er erbot sich jedoch nach Kurzem der Glasschleiferei gegenüber, dieser, wofern sie auf den Kaufpreis der bemängelten Waaren verzichte, die Waaren auf eigene Kosten zurückzuschicken und das dem Spediteur gebührende Lagergeld zu berichtigen. Da das Anerbieten durch die Glasschleiferei angenommen wurde, so ersuchte der Kaufmann den Spediteur, die Waaren auf seine (des Kaufmanns) Kosten an die Glasschleiferei zurückzuschicken und das Lagergeld von ihm einzuziehen. Er erhielt aber von dem Spediteur die Antwort, dass die Waaren ohne Zustimmung der Glasschleiferei nicht zurückgeschickt werden könnten. Von dieser

Antwort wurde der Glasschleiferei sowohl durch den Kaufmann, der ihr zugleich seine Bereitschaft zur Tragung der Frachtkosten wiederholte, als auch durch den Spediteur alsbald Kenntniss gegeben. Die Glasschleiferei that daraufhin nichts in der Angelegenheit, sondern verlangte nach einiger Zeit von dem Kaufmann Bezahlung der bemängelten Waaren. Sie berief sich darauf, dass der Kaufmann seiner übernommenen Verpflichtung, ihr die Waaren zurückzuschicken, nicht nachgekommen sei. Da der Kaufmann die Bezahlung verweigerte, so verklagte ihn die Glasschleiferei. Das Gericht hat indessen die erhobene Klage als unbegründet abgewiesen, weil durch den Kaufmann Alles geschehen sei, was er nach dem mit der Glasschleiferei geschlossenen Verträge thun musste. Die Glasschleiferei hat aber gegen die Grundsätze von Treu und Glauben insofern verstossen, als sie dem Spediteur ihr Einvernehmen mit der Zurücksendung der Waaren an sie nicht mitgetheilt habe.

(Br. Anz.)

Ist eine Zeitung zur Lieferung von Beleg-Exemplaren verpflichtet? Eine bemerkenswerthe Entscheidung hat ein Landgericht über Zeitungsbeleg-Exemplare getroffen. Der Auftraggeber einer Annonce hatte aus dem Grunde, dass er keine Belege erhalten, die Bezahlung der betreffenden Annonce verweigert; seitens des Amtsgerichts war ihm hierin Recht gegeben worden. Das Landgericht verwarf das erstinstanzliche Urtheil und verurtheilte den Beklagten zur Zahlung. In den Urtheilsgründen heisst es: »Sich die Möglichkeit zur Prüfung der Ausführung des Auftrages zu verschaffen, ist im vorliegenden Falle Sache des Bestellers. Die Leistung des Verlegers erschöpft sich in der Drucklegung der Anzeige und der Herausgabe der jeweiligen Auflage, da hiermit wirthschaftlich derjenige Erfolg herbeigeführt ist, dessen Erreichung die unmittelbare Veranlassung zum Vertragsabschluss für den Besteller bildet.«

(Br. Anz.)

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. J. H. Pistorius, Maschinenfabrikation, Oberlutter. Inhaber: Maschinenfabrikant Johannes Pistorius.
2. Carl Apel, Handel mit Material- und Kolonialwaaren, Königslutter. Inhaber: Kaufmann Carl Apel.
3. Carl Munnecke, Handel mit Tapisserie-, Weiss- und Wollwaaren, Porzellan und Steingut, Königslutter. Inhaber: Kaufmann Carl Munnecke.
4. Otto Klages, Handel mit Weberei- und Wollwaaren, Königslutter. Inhaber: Kaufmann Otto Klages.
5. Erich Lüddecke, Betrieb einer Apotheke, Königslutter. Inhaber: Apothekenbesitzer Erich Lüddecke.
6. Carl Mönkemeyer, Mauererei und Steinbruchsbetrieb, Königslutter. Inhaber: Maurermeister Carl Mönkemeyer.

7. Hermann Frentzel, Handel mit Material- und Kolonialwaaren, Königsutter. Inhaber: Kaufmann Hermann Frentzel.
8. Otto Meiners, Produktenhandlung, Königsutter. Inhaber: Kaufmann Otto Meiners.
9. Rottorfer Lederfabrik Franz Kraus, Betrieb einer Gerberei, Rottorf bei Königsutter. Inhaber: Ziegeleibesitzer Franz Kraus zu Helmstedt.
10. Harzer Pflastersteinbruch Wolfsburg Erich Berking, Braunschweig. Inhaber: Ingenieur Erich Berking.
11. Paul Bieling, Agenturgeschäft für Hypotheken und Grundbesitz, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Paul Bieling.
12. Dampfziegelei Rieseberg Hermann Germer, Rieseberg. Inhaber: Ziegeleibesitzer Hermann Germer.
13. Wilh. Voigt & Sohn, Material- und Delikatessenhandlung, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Wilhelm und Albert Voigt.
14. Siemann & Thiele, offene Handelsgesellschaft, Lehre. Inhaber: Kreismaurermeister Albert Siemann in Lehre und Maurermeister Carl Thiele daselbst.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. A. C. Scheller Sohn, Braunschweig. In Harburg ist eine Zweigniederlassung errichtet.
2. A. W. Zickfeldt, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist seit dem 21. Januar d. J. auf den Buchdruckereibesitzer Gustav Wenzel übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma Buchdruckerei A. W. Zickfeldt, Inh. Gustav Wenzel, angenommen hat.
3. J. N. Apel, Braunschweig. Die bisherigen Inhaber dieser Firma, Wittwe des Kaufmanns Eugen Tenzer, Meta geb. Apel, und der Kaufmann Alfred Tenzer, haben seit dem 15. Januar d. J. den Kaufmann Curt Tenzer in das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
4. Friedrich Wagner, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Buchhändler Ottomar Lord, hat seit dem 1. Januar d. J. den Buchhändler Rudolph Hargens in das unter obiger Firma, jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
5. A. Spindler, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Ingenieur Erich Berking, hat seit dem 1. Januar d. J. den Maurermeister Wilhelm Vogel in das unter obiger Firma, jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
6. Chr. Münder, Holzminden. Nach dem Versterben des Kaufmanns Christian Münder und der dadurch erfolgten Auflösung der offenen Handelsgesellschaft ist das Handelsgeschäft auf den bisherigen Mitinhaber, Kaufmann Julius Münder, als alleinigen Inhaber übergegangen. Die bisherige Firma wird fortgeführt.
7. A. J. Rothschild Söhne, Aktiengesellschaft, Stadtoldendorf. Der Fabrikant Adolf Wolff ist durch Tod aus dem Vorstände ausgeschieden.
8. Brauerei Allenthal, Aktiengesellschaft zu Grasleben. In der Generalversammlung vom 27. September 1900 ist beschlossen, dass neue Aktien zu je 300 Mk. im Betrage bis zu 200000 Mk. ausgegeben werden sollen, insoweit es dem Vorstände nicht gelingt, durch Aufnahme von Anleihen bei den Aktionären oder ausserhalb ihres Kreises diese zur Beendigung des Baues der Brauerei und zur Inbetriebsetzung noch erforderliche Summe zum Zinsfusse von $4\frac{1}{2}\%$ zu beschaffen.
9. H. Gerling, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von dem bisherigen Firmeninhaber, Kaufmann Ludwig Gerling, an den Kaufmann Richard Hoppe abgetreten.
10. Aktienzuckerfabrik Burgdorf. Das Grundkapital ist durch Ausgabe fünf neuer Aktien um 9000 Mk. erhöht worden.
11. Dampfmolkerei Wolsdorf Keunecke & Co. Der Gesellschaft sind folgende Personen als Gesellschafter beigetreten: Landwirth Heinrich Binroth in Runstedt, Landwirth Heinrich Boockmann daselbst, Landwirth Andreas Boockmann daselbst, Landwirth Wilhelm Ruhe daselbst, Landwirth Hermann Becker in Wolsdorf.

12. G. A. Lehmann, Braunschweig. Durch das Ausscheiden der Ehefrau des Kaufmanns Carl August Berg, Lucie geb. Karutz, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Carl August Berg, welcher für dasselbe die neue Firma Carl August Berg angenommen hat, auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
13. W. Pfannkuche, Holzminden. Das Handelsgeschäft ist auf den Kaufmann August Deichmann und den Schneidermeister Franz Baschus übergegangen und wird von diesen seit dem 26. Januar 1901 in Form der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma W. Pfannkuche Nachf. fortgeführt. Die Geschäfts-Aktiva und -Passiva sind nicht mit übernommen.
14. F. Jürgens & Co., Stadtoldendorf. Durch einstweilige Verfügung der Kammer für Handelssachen des Herzoglichen Landgerichts Braunschweig vom 7. Februar 1901 ist dem Mitinhaber der Firma, Kaufmann Christel Weibchen, früher zu Hannover, jetzt unbekannten Aufenthalts, die Befugniß zur Geschäftsführung und Vertretung der Firma bis zur rechtskräftigen Entscheidung des Rechtsstreits Jürgens & Twele c/a. Weibchen, wegen Ausschlüssung aus der Gesellschaft, entzogen.
15. W. Hartwig, Lotterie-Hauptkollekteur, Helmstedt. Das Geschäft ist mit allen Aktiven und Passiven am 8. Februar d. J. von dem bisherigen Inhaber, Hauptkollekteur Karl Schulz, auf den Hauptkollekteur Erich Sölter übertragen, welcher das Geschäft unter derselben Firma fortführt.

3. Löschungen.

1. Emil Brandes, Broitzem.
2. A. W. Zickfeldt, Braunschweig.
3. F. Kurdum, Rübke.
4. Bourjau & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Schöningen.
5. G. A. Lehmann, Braunschweig.
6. Rheingauer Weinstube Carl Evers, Braunschweig.
7. Rabatt-Sparkassen-Gesellschaft Eichmann & Co., Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. A. Wilke, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Den Kaufleuten Carl Milke und Gerhard Puck.
2. Paul Bieling, Braunschweig. Ehefrau des Kaufmanns Paul Bieling, Louise geb. Müller.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Schlewecker Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., Schlewecke bei Derneburg. Mitglieder des Vorstandes sind: Dampfziegeleibesitzer A. Allers, Brinksitzer Karl Bosse, Anbauer W. Schrader.
2. Mainholzen-Eimer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Mainholzen. Mitglieder des Vorstandes sind: Tischlermeister Wilhelm Pförtner in Mainholzen, Grossköther August Kumlehn daselbst, Grossköther Carl Bretthauer daselbst, Sägewerksbesitzer Heinrich Sauthoff zu Eimen, Grossköther C. Müller daselbst.
3. Mackendorf-Saalsdorfer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Mackendorf. Vorstandsmitglieder sind: Ackermann Wilhelm Strauss, Mackendorf, Halbspänner Hermann Voss, Mackendorf, Halbspänner Christian Seeländer, Saalsdorf, Ackermann Christian Masehe, Saalsdorf, Kaufmann Christian Gerecke, Mackendorf.
4. Zobbenitz-Lössewitzer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Zobbenitz. Mitglieder des Vorstandes sind: Ackermann Friedrich Görges zu Zobbenitz, Ackermann Friedrich Brohme daselbst, Kothsack Wilhelm Schulze daselbst, Tischler Heinrich Brennecke daselbst, Neuanbauer Wilhelm Lenz daselbst.

5. Oppenhäuser Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Oppershausen. Mitglieder des Vorstandes sind: Kothsass C. Hagerodt, Oyershausen, Kothsass H. Mäntz, Oppershausen, Anbauer H. Meinecke, Oppershausen.
6. Weddel-Schapener Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Weddel. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Wilhelm Reinebott in Weddel, Ackermann O. Knopf in Schapen, Landwirth und Ortsvorsteher Heinrich Lüdecke in Weddel, Tischlermeister Hermann Böhme in Weddel, Ackermann H. Wullbrandt in Schapen.
7. Boffzer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Boffzen. Mitglieder des Vorstandes sind: Gemeindevorsteher Carl Knop, Halbmeier Wilhelm Becker, Tischlermeister Jacob Horstmeier, Kaufmann Otto Dreyer, Maler August Bertram, sämmtlich zu Boffzen.
8. Erkeroder Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Erkerode. Mitglieder des Vorstandes sind: Pastor G. Eisfeldt in Erkerode, Landwirth und Gemeindevorsteher W. Günther daselbst, Lehrer und Gemeindevorsteher R. Waldmann in Lucklum, Landwirth F. Curland in Erkerode, Landwirth H. Fricke in Erkerode.
9. Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Dielmissen. Mitglieder des Vorstandes sind: Vollmeier Carl Meyer in Dielmissen, Grossköther Heinrich Winnefeld daselbst, Maurer Wilhelm Saudhoff daselbst, Leibzüchter August Vogelsang daselbst, Landwirth August Hundertmark daselbst.
10. Rohstoffgenossenschaft Braunschweiger Buchbindermeister zu Braunschweig, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Mitglieder des Vorstandes sind: Buchbindermeister Ferd. Oppermann, Buchbindermeister Otto Baumbach, Buchbindermeister Robert Niess.

2. Abänderungen.

1. Braunschweiger Baugenossenschaft, E. G. m. b. H. in Braunschweig. Der Schlosser Carl Röbbeling ist an Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Monteurs Georg Röttger in den Vorstand gewählt.
2. Molkerei Süplingen, e. G. m. b. H. Als Ersatzmann für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Conrad Hesse ist der Kothsass Christoph Könnecke zu Süplingen für die Zeit bis 1902 einschliesslich in den Vorstand gewählt.
3. Molkerei-Genossenschaft Braak, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Vollmeiers Heinrich Deppe ist der Halbmeier Heinrich Weber zum Vorstandsmitgliede bestellt.
4. Majoritäts-Association der Sattler und Tapezierer zu Braunschweig, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Das bisherige Genossenschaftsstatut ist nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches durch ein abgeändertes Statut ersetzt, durch welches folgende Aenderungen eingetreten sind: Die vorbezeichnete Genossenschaft ist in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht umgewandelt und hat gleichzeitig die neue Firma Rohstofflager der Sattler und Tapezierer zu Braunschweig, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, angenommen; der Geschäftsantheil eines jeden Genossen beträgt 1000 Mk. und kann durch Beschluss der Generalversammlung jeder Zeit erhöht werden; die Haftsumme eines jeden Genossen beträgt zur Zeit 1000 Mk. Der Vorstand besteht für die Folge nicht aus fünf, sondern aus sieben Mitgliedern, und sind folgende Personen in den Vorstand gewählt: Sattlermeister Carl Müller, Carl Rhinow, Wilhelm Berkling, Otto Boltz, Wilhelm Nötel, Hermann Wulfes, Sattler Ernst Brennecke.
5. Negenborner Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Negenborn. Der Halbmeier Heinrich Albrecht zu Negenborn ist als fünftes Mitglied in den Vorstand gewählt.

6. Cremlinger Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Cremlingen. Nach stattgehabter Ersatzwahl besteht der Vorstand aus folgenden Mitgliedern: Gemeindevorsteher Christoph Grasshoff in Cremlingen, Ackermann Hermann Löhmann daselbst, Grosskothsass Friedrich Beese daselbst, Kothsass Friedrich Segger daselbst.
7. Konsumverein Bodenstein, e. G. m. b. H. Die Haftsumme ist auf 14 Mk. erhöht.
8. Konsumverein Oelber a. w. W. An Stelle des Anbauers und Schuhmachers Fritz Bock ist der Gemeindevorsteher Heinrich Biel zum Vorstandsmitglied gewählt.
9. Central-Molkerei Salder. Die Kothsassen Heinrich Schrader und Heinrich Lühr sind aus dem Vorstande ausgeschieden, der Kothsass Fritz Wolters in Salder, der Kothsass Christian Dickmann in Lebenstedt, der Zimmermeister Fritz Ottmer in Gebhardshagen, der Halbspänner Gustav Rollwage zu Bruchmachersen und der Ackermann Christian Reupke in Salder aber zu Vorstandsmitgliedern gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. August Staats, Kaufmann, Braunschweig. 29. Januar 1901.
2. Fritz Könnecke, Mühlenbesitzer, Vechelde. 31. Januar 1901.
3. Aktiengesellschaft Eisenwerk Karlshütte, Delligsen. 9. Februar 1901.
4. Albert Hube, Buchbindermeister und Papierhändler, Helmstedt. 13. Februar 1901.
5. Hermann Goes, Lederhändler, Braunschweig. 18. Februar 1901.
6. Wittve des Schlossermeisters Friedrich Brunke, Marie geb. Schelle, und deren minderjährigen Kinder Friedrich, Carl und Bertha Geschwister Brunke, Braunschweig. 11. Dezember 1900.

2. Aufhebungen.

1. Ferdinand Meyer, Gastwirth, Holzminden.
2. Wilhelm Drechsler, Klempnermeister, Braunschweig.
3. Friedrich Holtschmidt, Kaufmann, in Firma Brüder Holtschmidt, Braunschweig.
4. Kommanditgesellschaft Aug. Engelhardt & Co., Braunschweig.
5. Fräulein Julia Kircher, Putzgeschäft, Blankenburg.
6. Richard Brumme, Uhrmacher, Bündheim.
7. Robert Koch, Kaufmann, früher Bürstenmacher, Schöningen.

Eingegangene Bücher.

- Bürner, Dr. R., Der Handlungsreisende im Auslande. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Thätigkeit der Handlungsreisenden in den verschiedenen Ländern. Verlag von Steinkopff & Springer, Dresden-Blasewitz. 1 Mk.
- Karte des Afrikander-Aufstandes im Kaplande. Bearbeitet von Paul Langhans. Verlag von Justus Perthes, Gotha. 1 Mk.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 5.

Braunschweig, Mai 1901.

XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Handelskammer=Wahl.

Am 1. April d. J. haben ihr Amt als Mitglied der Handelskammer niedergelegt:

1. Herr Justus Leo, und

2. Herr Fabrikbesitzer Otto Himmel, beide hierselbst.

Wir haben für die bevorstehende Ersatzwahl das Mitglied der Handelskammer, Herrn Otto Lüttge hierselbst, zum Wahlvorsteher ernannt.

Die Ersatzwahl findet statt für die Zeit bis 31. März 1902.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Bureau der Handelskammer hierselbst, Breitestrasse 9, I, vom 25. April bis 6. Mai d. J. während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb 14 Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Braunschweig, den 20. April 1901.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig für die bevorstehende Ersatzwahl im Kreise Braunschweig zum Wahlvorsteher ernannt, setze ich hiermit Termin für diese Wahl auf

Donnerstag, den 6. Juni d. J.,

von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags
im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9, I an.
Braunschweig, den 20. April 1901.

Der Wahlvorsteher für den Kreis Braunschweig.

Otto Lüttge.

XLVI. Plenarversammlung

der
Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,
Montag, den 29. April 1901,
Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Lemmer, Baumgarten, Gerecke, Lüttge, sämmtlich aus Braunschweig, Dr. Pfeiffer (Wendessen), Wiesmann (Harzburg), Strümpell (Schöppenstedt), Walter (Seesen), Tielecke (Wolfenbüttel), Falinsky (Helmstedt), Ballin (Gandersheim), Dorguth (Helmstedt), Rückert (Frellstedt), Rehn (Holzminden), Corves (Blankenburg), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, der Assistent F. Stegemann, der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Schmidt, der vom Herzoglichen Staatsministerium der Kammer als Hilfsarbeiter überwiesene Regierungsassessor Bartsels, sowie der inzwischen in die Handelskammer Halberstadt übergetretene bisherige Assistent der Kammer Dr. Senholdt. Entschuldigt fehlen die Herren: Dr. Bartz (Braunschweig), Buchholz (Rübeland), Liebold (Holzminden) und Kebbel (Schöningen).

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr, und theilt mit, dass die Herren Leo und Himmel ihr Amt als Mitglied der Handelskammer niedergelegt hätten. Die in Folge dessen nöthig gewordene Ersatzwahl sei auf den 6. Juni angesetzt und zum Wahlvorsteher Herr O. Lüttge ernannt.

Die Versammlung beschliesst, Herrn Leo aus Anlass seines Scheidens den Dank der Kammer auszusprechen für die Dienste, die er als ältestes Mitglied und Rechnungsführer derselben geleistet hat.

Zum Schatzmeister an Stelle des Herrn Leo wird Herr O. Lüttge, und zum Vorsitzenden des Lehrlingsheims für Herrn Himmel Herr Generalsekretär F. Stegemann gewählt.

Weiter theilt der Vorsitzende mit, dass Herr Dr. Senholdt in Folge seiner Bestallung zum Assistenten der Handelskammer Halberstadt aus dem Bureau der Kammer ausgetreten sei.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Aus demselben ist folgendes hervorzuheben:

Der Königlichen Eisenbahndirektion zu Hannover ist auf die in der letzten Sitzung des Bezirks-Eisenbahnrats am 5. März d. J. kundgegebene Absicht, zur Begegnung der schwedischen Konkurrenz einen Ausnahmetarif für die Beförderung von Pflaster-

steinen nach Bremen zu schaffen, mitgetheilt worden, dass aus dem diesseitigen Bezirke die Eisenbahnstationen Bad Harzburg, Velpke i. Br., Holzminden, Stadtoldendorf, Rübeland und Blankenburg a. H. an der Ausfuhr von Pflastersteinen nach Bremen interessiert seien.

Der auf Veranlassung des Verbandes mittele deutscher Handelskammern von den Handelskammern zu Magdeburg und Brandenburg ausgearbeitete Entwurf, betreffend die öffentliche Anstellung von Bücherrevisoren und Aufstellung der Vorschriften für die beeideten Bücherrevisoren, ist in der von der Kammer eingesetzten Kommission durchberathen und die Abänderungsvorschläge der Handelskammer zu Magdeburg übermittelt.

Zur weiteren Behandlung der Frage bezüglich der Reinhaltung der Gewässer ist durch den Geschäftsausschuss eine Kommission ernannt, bestehend aus den Herren: Dr. Pfeiffer, Dr. Bartz, Rückert und Buchholz.

Die Anfrage der Kaiserlichen Normal-Aichungs-Kommission, betreffend den Aichzwang für Fässer, ist im Sinne des in der letzten Plenarversammlung gefassten Beschlusses beantwortet.

Auf die an das Herzogliche Staatsministerium gerichtete Eingabe, nach § 4 Absatz 3 HGB. die Grenze zwischen Gross- und Kleinbetrieb im Handel auf der Grundlage der nach dem Geschäftsumfange bemessenen Steuerpflicht festzusetzen und dafür den Gewerbesteuerbetrag von 36 Mk. anzunehmen (siehe Monatsschrift für Dezember 1900, Seite 307), ist der Bescheid eingetroffen, dass ein dringendes Bedürfniss für die Abgrenzung auf gesetzlichem Wege noch nicht vorzuliegen scheine, zumal nach einem Berichte des Landgerichtspräsidenten sich ernste Unzuträglichkeiten bisher nicht ergeben hätten und auch in anderen deutschen Staaten eine feste Regelung der Frage noch nicht erfolgt sei.

Das Reichsversicherungsamt, Abtheilung für Unfallversicherung, hat um eine gutachtliche Aeussderung darüber ersucht, ob es zweckmässig sei, dass für die durch § 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellten Berufszweige neue Berufsgenossenschaften zu errichten, oder ob sie den schon bestehenden zuzuthellen seien, insbesondere, in welcher Weise die berufsgenossenschaftliche Organisation der Lagerungs-, Holzfallungs- und Beförderungsbetriebe zu gestalten sei.

Die Handelskammer hat nach eingezogener Erkundigung und Rücksprache mit mehreren Interessenten erwidert, dass die Ansicht im Allgemeinen dahin geht, dass es nicht rathsam sei, für die betreffenden Betriebe besondere Berufsgenossenschaften zu bilden, dass es sich vielmehr empfehle, dieselben den bereits bestehenden zu überweisen, nämlich:

- die Lagerungsbetriebe der Speditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft;
- die Holzfallungsbetriebe der Holzberufsgenossenschaft;
- die Beförderungsbetriebe der Fuhrwerksberufsgenossenschaft.

Nur von Seiten einiger grösserer, mit Lagerungsbetrieb verbundener Eisenwaarenhandlungen des diesseitigen Bezirks sei der Wunsch ausgesprochen worden, dass es bei der Eigenart der Betriebsweise im Eisenwaarenhandel und bei der Bedeutung, welche dem Eisenwaarenhandel innerhalb der kaufmännischen Betriebe zukomme, zweckdienlich wäre, wenn für denselben eine besondere Berufsgenossenschaft, event. mit Angliederung verwandter kaufmännischer Betriebe, gebildet werde, um so mehr, als die Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft durch die Angliederung des gesammten Eisenhandels überaus gross würde. Auch sei zu berücksichtigen, dass durch das im Eisenwaarenhandel vorherrschende kaufmännische Personal sowohl die Lohnsummen- als auch die Gefahrenziffer derart beeinflusst werde, dass sich daraus andere Verhältnisse als in der Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft ergäben, in welcher das Arbeitspersonal wesentlich überwiege.

Der Verein Braunschweiger Gastwirthe und die Vereinigung Braunschweiger Gastgeber haben an die Handelskammer eine Eingabe gerichtet des Inhaltes, die hierorts von ersterem Verein unterhaltene Fach- und Fortbildungsschule für Lehrlinge des Gastwirthsgewerbes der kaufmännischen Fortbildungsschule anzugliedern und dahin zu wirken, dass der Besuch dieser Schule obligatorisch und zwar mit einjährigem Kursus gemacht würde. Es ist die Antwort ertheilt worden, dass die Kammer nach wie vor auf dem Standpunkte stehe, dass für einen wirksamen Fortbildungs- und Fachschulunterricht ein mindestens zweijähriger Kursus unerlässlich sei und sie sich daher nicht in der Lage sehe, die bezügliche Eingabe zu befürworten.

Gutachten sind ertheilt:

1. dahin, dass bei der hiesigen Vereinigung für Getreide- und Produktenhandel kein Handelsgebrauch bestehe, wonach bei Lieferungen von Mais in Mengen von 200 bis 400 Centner monatlich die Klausel »offene Schifffahrt vorbehalten« für die Wintermonate sich derartig von selbst verstehe, dass sie dem Lieferungsvertrage nicht hinzugefügt zu werden brauche. Es müsse vielmehr bei einem Fehlen dieser Klausel der Mais auf jeden Fall geliefert werden;
2. dahin, dass es in der Konfektionsbranche nicht üblich sei, Waaren, die bis zu einer Saison geliefert seien, erst zu Beginn der nächsten Saison zu bezahlen. Die Zusage, dass das Ziel ausgenutzt werden könne, bedeute nicht, dass die Waare erst zu Beginn der nächsten Saison bezahlt zu werden brauche, sondern dass über das in der Konfektionsbranche übliche Dreimonatsziel hinaus das Ziel mittelst Accept auf sechs Monate in Anspruch genommen werden könne;
3. dahin, dass ein Handelsgebrauch, im Getreidehandel die Sackmiethe, selbst bei Vereinbarung, nur im Höchstbetrage

des Werthes der Säcke zu zahlen, weder im Allgemeinen, noch im Herzogthum Braunschweig bestehe.

Dem Studirenden Kirchhoff in Göttingen ist für das laufende Rechnungsjahr wiederum ein Stipendium von 50 Mk. aus der Franz Lühnen-Stiftung bewilligt worden.

Die seitens des Kuratoriums der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Wolfenbüttel beantragte Bewilligung eines einmaligen und eines jährlichen Zuschusses für das dort zu errichtende Lehrlingsheim ist in der beantragten Höhe abgelehnt, dagegen ist eine solche von je 100 Mk. in Aussicht gestellt.

Ueber den dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Weingesetzes hat mit mehreren Interessenten des hiesigen Bezirks eine Besprechung stattgefunden, deren Ergebniss sich in folgenden Punkten zusammenfassen lässt:

1. Die Herstellung von Kunstweinen ist durch das Gesetz zu verbieten.
2. Die Kellerkontrolle wird nicht für nothwendig gehalten; sollte sich jedoch die Einführung derselben nicht vermeiden lassen, so wird es als dringend erwünscht bezeichnet, wenn die Ausübung der Kontrolle nicht der Polizei, sondern einem von der Handelskammer zu ernennenden Sachverständigen übertragen wird.
3. Die Festsetzung der Zuckergrenze bis zu höchstens 25 Prozent wird für saure Jahrgänge als zu niedrig bemessen bezeichnet. Es wäre erwünscht, dass im Gesetz wenigstens Ausnahmen für derartige Jahrgänge vorgesehen würden.

Herr Brunner (Wolfenbüttel) wurde ermächtigt, den vorbezeichneten Standpunkt der Handelskammer und der hiesigen Weinändler gelegentlich der in Berlin stattfindenden Versammlung der Weininteressenten zu vertreten.

Die von der Kammer eingerichteten Buchführungs- und fremdsprachlichen Kurse haben eine günstige Aufnahme gefunden und sich regen Zuspruches zu erfreuen, so dass die Erwartungen bedeutend übertroffen sind.

Der an den Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtete Antrag der Handelskammer Magdeburg, die Detarifirung von Oelfrüchten betreffend, ist diesseits unterstützt worden.

Von Herrn Fabrikanten Brückmann hieselbst sind zwei Freistellen für Schüler der kaufmännischen Fortbildungsschule errichtet. Ihm soll hierfür der Dank seitens der Kammer ausgesprochen werden.

Das Bureau ist während der Berichtszeit mit weiteren Erhebungen über die Lage des Kleinhandels und die Einwirkung der Konsumvereine auf dieselbe beschäftigt gewesen.

Im Anschluss an den Geschäftsbericht bringt Herr Kommerzienrath Gutkind die Sprache nochmals auf die letzte General-

versammlung des landwirthschaftlichen Centralvereins (siehe Monatschrift für März/April, Seite 46). Dasselbst habe der Generalsekretär des Deutschen Landwirthschaftsrathes in einem Vortrage »Die Bemessung der Agrarzölle im landwirthschaftlichen und volkwirthschaftlichen Interesse« vom Handel u. A. gesagt, er nehme gegenüber der Landwirthschaft und der Industrie einen internationalen Standpunkt ein und habe zum grossen Theile ganz andere Interessen als die einheimischen Produktionszweige, die nationale Erwerbsgruppen bildeten.

Eine derartige unrichtige Auffassung dürfe nicht unwidersprochen bleiben. Die Versammlung schliesst sich den Ausführungen des Herrn Kommerzienraths Gutkind einstimmig durch nachstehende Erklärung an:

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat mit Bedauern von den Ausführungen des Generalsekretärs des Deutschen Landwirthschaftsrathes in der letzten Generalversammlung des Landwirthschaftlichen Centralvereins des Herzogthums Braunschweig Kenntniss genommen, in denen der Referent dem deutschen Handel eine nationale Gesinnung abspricht und aus dieser Auffassung heraus geradezu verlangt, dass dem deutschen Handel bei der Gestaltung wirthschaftspolitischer Maassnahmen nur eine untergeordnete Bedeutung einzuräumen sei.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig weiss sich darin mit allen übrigen deutschen Handelskammern der übereinstimmenden Ueberzeugung, dass der deutsche Handel gerade durch die Ausdehnung seiner internationalen Machtstellung die nationale Produktion unseres Vaterlandes zur vollen Entfaltung gebracht hat. Mit Entschiedenheit weist sie die Behauptung zurück, als ob der deutsche Exportkaufmann an nationaler Gesinnung irgend einer anderen Erwerbsgruppe nachstehe.

Mit Rücksicht darauf, dass die Aeusserungen hier in Braunschweig gefallen sind, wo Landwirthschaft, Industrie, Handwerk und Handel von jeher in vollem freundschaftlichen Einvernehmen und gegenseitigem Verständniss gearbeitet haben, spricht die Handelskammer ihr weiteres Bedauern aus, dass in dieser Weise versucht wird, Gegensätze zwischen den einzelnen Erwerbsgruppen hervorzurufen.

II. Abnahme der Jahresrechnung für 1900/01 und Bestellung der Revisoren.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Der Vorsitzende erstattet an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Leo Bericht über Einnahme und Ausgabe im letzten Rechnungsjahr. Die Einnahmen betrugen 48 303,45 Mk., die Ausgaben 30 428,35 Mk.

Zu Revisoren werden die Herren Baumgarten und Tiecke ernannt.

III. Eingabe der Handelskammer zu Minden, betreffend Abänderung der Bestimmungen über die Lohnzahlungsbücher.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Die Handelskammer zu Minden hat an den Staatssekretär des Innern eine Eingabe gerichtet, in der um Abänderung der am 1. Oktober 1900 in Kraft getretenen Bestimmungen über die Lohnzahlungsbücher für minderjährige Fabrikarbeiter gebeten wird. Die Bestimmungen hätten die grössten Unbequemlichkeiten verursacht, dabei aber kaum einen praktischen Werth zu verzeichnen. Unbequem sei die Vorschrift, dass die jedesmaligen bei der Lohnzahlung zu bewirkenden Eintragungen in die Lohnzahlungsbücher mit Tinte zu bewirken und von dem Arbeitgeber oder dem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter zu unterzeichnen seien. In den meisten Fällen seien Arbeitgeber und Betriebsleiter anderweitig genügend in Anspruch genommen, um die Mühe der vielen Unterzeichnungen, ohne sie als harte Belästigung zu empfinden, übernehmen zu können. Es dürfte völlig genügen, wenn der mit der Lohnzahlung Beauftragte die Unterzeichnung vornimmt und zwar der Einfachheit wegen durch einen Facsimilestempel der Firma.

Die Absicht der gesetzgebenden Faktoren, möglichst zu bewirken, dass durch die Eintragungen in die Lohnzahlungsbücher den minderjährigen Arbeitern eine Kontrolle durch ihre gesetzlichen Vertreter bzw. der Höhe des Lohnes verschafft werde, sei anzuerkennen, doch werde dies in den wenigsten Fällen bewirkt. Zumeist lieferten die minderjährigen Arbeiter die Bücher gar nicht an ihre Eltern oder Vormünder zur Einsicht ab, so dass der erhoffte praktische Werth ausgeblieben sei.

Der Antrag geht dahin, die Bestimmungen über die Lohnzahlungsbücher aus der Gewerbeordnung wieder auszuscheiden, oder falls dieses nicht für thunlich erachtet werden sollte, die Bestimmungen über die Lohnzahlungsbücher dahin zu ergänzen, dass die Unterzeichnungen der Lohn-Eintragungen auch durch den mit der Lohnzahlung Beauftragten, und zwar unter Benutzung eines Facsimilestempels der Firma, erfolgen dürfen.

Die Kammer beschliesst, diesen Antrag zu unterstützen.

IV. Vorberathung der auf der Tagesordnung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern stehenden Gegenstände.

1. Welche Mittel erweisen sich als wirksam und durchführbar, um die Lage des Kolonialwaaren-Kleinhandels zu bessern?
2. Welche Mittel sind als gerechtfertigt und wirksam anzusehen, um den erdrückenden Einfluss der Konsumvereine auf den Kolonialwaaren-Kleinhandel zu vermindern?
3. Antrag der Handelskammer zu Magdeburg, betreffend Zusammensetzung und Befugnisse der Bezirkseisenbahnräthe.

4. Antrag der Handelskammer zu Halberstadt, betreffend die Bekämpfung des Ausstellungsschwindels.
5. Antrag der Handelskammer zu Halberstadt, betreffend die Verleihung von Ehrenurkunden an gewerbliche Arbeiter durch die Handelskammern.
6. Antrag der Handelskammer zu Halle a. S. auf Verbesserung der Ermittlung der Handelswerthe für die Ein- und Ausfuhr.
7. Antrag der Handelskammer zu Halberstadt um Erlass von Vorschriften für die Probenahme von Sämereien, ausschliesslich Getreide, Oelsaaten und Hülsenfrüchten.

Zu 1 berichtet Herr Dr. Senholdt, zu 2 Herr Regierungs-Assessor Bartels, zu 3 Herr Kommerzienrath Lemmer, zu 4 der Syndikus, Herr Regierungsrath Dr. Stegemann, zu 5 Herr Hof-Zimmermeister Gerecke, zu 6 der Vorsitzende, zu 7 Herr Kommerzienrath Gutkind.

Die Versammlung nimmt von den Ausführungen Kenntniss und fasst Beschluss über ihre Stellungnahme zu den einzelnen Punkten.

Schluss der Sitzung 1 $\frac{3}{4}$ Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:
Jüdel,
Kommerzienrath.

Der Protokollführer:
Dr. W. Schmidt,
wissenschaftlicher Hilfsarbeiter.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Handelsgebrauch.

Die Handelskammer hat auf eine Anfrage des Herzöglichen Amtsgerichts hierselbst sich dahin geäußert, dass es in der Konfektionsbranche nicht üblich sei, Waaren, die bis zu einer Saison geliefert sind, erst zu Beginn der nächsten Saison zu bezahlen. Die Zusicherung, dass das Ziel ausgenutzt werden könne, bedeute nicht, dass die Waare erst zu Beginn der nächsten Saison bezahlt zu werden braucht, sondern dass über das in der Konfektionsbranche übliche Dreimonatsziel hinaus das Ziel mittelst Accept auf sechs Monate in Anspruch genommen werden könne.

Die Handelskammer hat in einer vor dem Königlichen Landgerichte zu Hildesheim anhängigen Prozesssache ihr Gutachten dahin abgegeben, dass bei der hiesigen Vereinigung für Getreide- und Produktenhandel kein Handelsgebrauch besteht, wonach bei Lieferungen von Mais in Mengen von 200 bis 400 Ctr. monatlich die Klausel »offene Schifffahrt vorbehalten« für die Wintermonate

sich derartig von selbst verstehe, dass sie dem Lieferungsvertrage nicht hinzugefügt zu werden brauche.

Bei einem Fehlen der Klausel »offene Schifffahrt vorbehalten« müsse vielmehr der Mais auf jeden Fall monatlich geliefert werden.

Ausnahmetarif für die Beförderung von Pflastersteinen nach Bremen.

Der Vertreter der Handelskammer im Bezirks-Eisenbahnrathe Hannover, Herr Kommerzienrath Lemmer, hatte anlässlich seines Berichtes über die am 5. März stattgehabte Sitzung des Bezirks-Eisenbahnrathe der Handelskammer die Mittheilung gemacht, dass die Königliche Eisenbahndirektion in Erwägung gezogen habe, zur Begegnung der ausländischen, speciell der schwedischen Konkurrenz einen Ausnahmetarif für die Beförderung von Pflastersteinen nach Bremen zu schaffen. — Die Handelskammer hat eine solche Maassnahme im Interesse der Pflasterstein-Industriestätten für ausserordentlich nützlich gehalten und der Königlichen Eisenbahndirektion mitgetheilt, dass aus dem diesseitigen Bezirke die Stationen Bad Harzburg, Velpke i. Br., Holzminden, Stadtdorf, Rübeland und Blankenburg a. H. für die Ausfuhr von Pflastersteinen über Bremen interessirt seien.

Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz.

Das Reichsversicherungsamt, Abtheilung für Unfallversicherung, hatte die hiesige Handelskammer um eine gutachtliche Aeussderung darüber ersucht, ob es zweckmässig sei, dass für die durch § 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellten Berufszweige neue Berufsgenossenschaften zu errichten oder ob sie den schon bestehenden zuzutheilen seien, insbesondere, in welcher Weise die berufsgenossenschaftliche Organisation der Lagerungs-, Holzfällungs- und Beförderungsbetriebe zu gestalten sei.

Nach den von der Handelskammer angestellten Ermittlungen bei den in Betracht kommenden Interessenten hat dieselbe die Anfrage des Reichsversicherungsamtes dahin beantwortet, dass die Ansicht der diesseitigen Interessenten im Allgemeinen dahin gehe, dass es nicht rathsam sei, für die betreffenden Betriebe besondere Berufsgenossenschaften zu bilden, dass es sich vielmehr empfehle, dieselben den bereits bestehenden zu überweisen, nämlich: die Lagerungsbetriebe der Speditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft, die Holzfällungsbetriebe der Holzberufsgenossenschaft und die Beförderungsbetriebe der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft.

Nur von Seiten einiger grösserer mit Lagerungsbetrieb verbundener Eisenwaarenhandlungen des diesseitigen Bezirkes ist der Wunsch ausgesprochen worden, dass es bei der Eigenart der Betriebsweise im Eisenwaarenhandel und bei der Bedeutung, welche

dem Eisenwaarenhandel innerhalb der kaufmännischen Betriebe zukomme, zweckdienlich wäre, wenn für denselben eine besondere Berufsgenossenschaft, event. mit Angliederung verwandter kaufmännischer Betriebe, gebildet werde, um so mehr, als die Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft durch die Angliederung des gesammten Eisenhandels überaus gross würde. Auch sei zu berücksichtigen, dass durch das im Eisenwaarenhandel vorherrschende kaufmännische Personal sowohl die Lohnsummen- als auch die Gefahrenziffer derart beeinflusst werde, dass sich durchaus andere Verhältnisse als in der Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft ergäben, in welcher das Arbeiterpersonal wesentlich überwiege.

Beförderung von Stückgütern.

Die mit der Eisenbahn zu versendenden Stückgüter werden sehr häufig mit mangelhafter Bezeichnung und besonders ohne Bezeichnung der Bestimmungsstation auf dem Frachtstücke selbst zur Auflieferung gebracht.

Hierdurch werden nicht nur die Aus- und Umladegeschäfte erheblich erschwert, sondern auch Verschleppungen und Verzögerungen in der Beförderung, sowie Verlust der Frachtstücke verursacht.

Im allgemeinen Verkehrsinteresse machen wir auf Folgendes aufmerksam:

Vor Allem sind ausser der gültigen Bezeichnung etwa vorhandene andere Bezeichnungen oder ältere Bezettelungen vor der Aufgabe der Stückgüter zu entfernen.

Ausser der Bezeichnung nach Marke und Nummer muss auch die Bestimmungsstation, entsprechend der Eintragung im Frachtbriefe, angegeben werden, und zwar muss die Bezeichnung, soweit irgend zugänglich, wie z. B. bei Kisten, Ballen, Körben etc. auf diesen selbst in dauerhafter Weise angebracht werden.

Am zweckmässigsten ist es, die volle Adresse des Empfängers und der Bestimmungsstation anzugeben.

Da, wo sich die Adresse des Empfängers bzw. die Bezeichnung auf dem Frachtstücke selbst nicht gut anbringen lässt, sind zweckmässig Tafeln aus Holz oder starker Lederpappe, sogenannte Signirfahnen, zu verwenden und an dem Frachtstücke so dauerhaft zu befestigen, dass ein Abreißen derselben nicht leicht möglich ist. Einfache Papierfahnen genügen nicht. Ferner empfiehlt es sich, Eisen-Stahlstangen, Eisentheile mit weisser Oelfarbe zu bezeichnen und mehrere Stücke, wie Stangen etc., thunlichst durch Umwickeln mit Draht oder auf sonst geeignete Weise zu einem Frachtstück zu vereinigen.

Die Eisenbahn-Güterabfertigungsstellen sind angewiesen, streng darauf zu achten, dass die Stückgüter in haltbarer, deut-

licher und Verwechslungen ausschliessender Weise, genau übereinstimmend mit den Angaben im Frachtbriefe, äusserlich bezeichnet sind. Die Absender haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn bei Verstössen gegen diese Bestimmungen etwaige Entschädigungsanträge abgelehnt werden.

Prokura und Handelsvollmacht.

Gegenüber einigen irrigen Auffassungen, welche sich in letzter Zeit bei Ausstellung von Quittungen, selbst bei den kleinsten Beträgen, ergeben haben, indem die Unterschrift des handelsgerichtlich eingetragenen Prokuristen als nicht ausreichend angesehen war, weisen wir auf die folgenden Bestimmungen des allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches hin:

§ 48. Die Prokura kann nur von dem Inhaber des Handelsgeschäfts oder seinem gesetzlichen Vertreter und nur mittelst ausdrücklicher Erklärung ertheilt werden.

Die Ertheilung kann an mehrere Personen gemeinschaftlich erfolgen (Gesammtprokura).

§ 49. Die Prokura ermächtigt zu allen Arten von gerichtlichen und aussergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen, die der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringt.

Zur Veräusserung und Belastung von Grundstücken ist der Prokurist nur ermächtigt, wenn ihm diese Befugniß besonders ertheilt ist.

§ 50. Eine Beschränkung des Umfanges der Prokura ist Dritten gegenüber unwirksam.

Dies gilt insbesondere von der Beschränkung, dass die Prokura nur für gewisse Geschäfte oder gewisse Arten von Geschäften oder nur unter gewissen Umständen oder für eine gewisse Zeit oder an einzelnen Orten ausgeübt werden soll.

Eine Beschränkung der Prokura auf den Betrieb einer von mehreren Niederlassungen des Geschäftsinhabers ist Dritten gegenüber nur wirksam, wenn die Niederlassungen unter verschiedenen Firmen betrieben werden. Eine Verschiedenheit der Firmen im Sinne dieser Vorschrift wird auch dadurch begründet, dass für eine Zweigniederlassung der Firma ein Zusatz beigefügt wird, der sie als Firma der Zweigniederlassung bezeichnet.

§ 51. Der Prokurist hat in der Weise zu zeichnen, dass er der Firma seinen Namen mit einem die Prokura andeutenden Zusatze beifügt.

§ 52. Die Prokura ist ohne Rücksicht auf das der Ertheilung zu Grunde liegende Rechtsverhältniss jederzeit widerruflich, unbeschadet des Anspruchs auf die vertragsmässige Vergütung.

Die Prokura ist nicht übertragbar.

Die Prokura erlischt nicht durch den Tod des Inhabers des Handelsgeschäftes.

§ 53. Die Ertheilung der Prokura ist von dem Inhaber des Handelsgeschäftes zur Eintragung in das Handelsregister anzu-melden. Ist die Prokura als Gesamtprokura ertheilt, so muss auch dies zur Eintragung angemeldet werden.

Der Prokurist hat die Firma nebst seiner Namensunterschrift zur Aufbewahrung bei dem Gerichte zu zeichnen.

Das Erlöschen der Prokura ist in gleicher Weise wie die Ertheilung zur Eintragung anzumelden.

§ 54. Ist Jemand ohne Ertheilung der Prokura zum Betriebe eines Handelsgewerbes oder zur Vornahme einer bestimmten zu einem Handelsgewerbe gehörigen Art von Geschäften oder zur Vornahme einzelner zu einem Handelsgewerbe gehöriger Geschäfte ermächtigt, so erstreckt sich die Vollmacht (Handlungsvollmacht) auf alle Geschäfte und Rechtshandlungen, die der Betrieb eines derartigen Handelsgewerbes oder die Vornahme derartiger Ge-schäfte gewöhnlich mit sich bringt.

Zur Veräußerung oder Belastung von Grundstücken, zur Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, zur Aufnahme von Dar-lehen und zur Prozessführung ist der Handlungsbevollmächtigte nur ermächtigt, wenn ihm eine solche Befugniß besonders ertheilt ist.

Sonstige Beschränkungen der Handlungsvollmacht braucht ein Dritter nur dann gegen sich gelten zu lassen, wenn er sie kannte oder kennen musste.

§ 55. Die Vorschriften des § 54 finden auch auf Handlungs-bevollmächtigte Anwendung, die als Handlungsreisende zur Vor-nahme von Geschäften an Orten verwendet werden, an denen sich eine Niederlassung des Geschäftsinhabers nicht befindet.

Die Reisenden gelten insbesondere für ermächtigt, den Kauf-preis aus den von ihnen abgeschlossenen Verkäufen einzuziehen und dafür Zahlungsfristen zu bewilligen.

Die Anzeige von Mängeln einer Waare, die Erklärung, dass eine Waare zur Verfügung gestellt werde, sowie andere Erklärungen solcher Art können dem anwesenden Reisenden gegenüber ab-gegeben werden.

§ 56. Wer in einem Laden oder in einem offenen Waaren-lager angestellt ist, gilt als ermächtigt zu Verkäufen und Empfang-nahmen, die in einem derartigen Laden oder Waarenlager ge-wöhnlich geschehen.

§ 57. Der Handlungsbevollmächtigte hat sich bei der Zeich-nung jedes eine Prokura andeutenden Zusatzes zu enthalten; er hat mit einem das Vollmachtsverhältniss ausdrückenden Zusatze zu zeichnen.

§ 58. Der Handlungsbevollmächtigte kann ohne Zustimmung des Inhabers des Handelsgeschäftes seine Handlungsvollmacht auf einen Anderen nicht übertragen.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1900.

I. Theil: Industrie.

V. Textil-Industrie.

1. Die Jute-Industrie.

Das Jahr 1900 war für die deutsche Jute-Industrie ein recht ungünstiges, weil die in Folge der in den letzten Jahren stattgehabten maasslosen Betriebserweiterungen eingetretene Uebererzeugung eine angemessene Verwerthung der Erzeugnisse verhinderte.

Ohne diesen Uebelstand würde die deutsche Jute-Industrie ein besonders günstiges Jahr gehabt haben, da die gute Lage des Weltmarktes den ausländischen Wettbewerb vom deutschen Markte fern hielt.

Die 1899/1900er Jute-Ernte war gering, sowohl was Mengen wie Güte betrifft.

Indien führte aus:

1899/1900	1898/99	1897/98	1896/97	1895/96	
2 096 000	2 305 000	3 552 000	2 780 000	2 990 000	Ballen.

Die jetzige 1900/01er Ernte wird mit Bezug auf die Ausfuhrmenge auf ca. 2 700 000 Ballen geschätzt. Die Beschaffenheit der Jute ist durchschnittlich sehr gering.

Die Preise für die Jute der letzten Ernte setzten im August mit £ 13 für die ~~MX~~ Gruppe ein und schlossen bei Jahresschluss in ungefähr gleicher Höhe, nachdem sie inzwischen auf £ 14 gestiegen waren.

Die günstige Lage des Weltmarktes für Jute-Erzeugnisse ermöglichte auch im abgelaufenen Jahre den an der Küste belegenen Fabriken, zeitweise einen Theil ihrer Jute-Erzeugnisse zu exportiren.

Die Zahl der Erzeugungsmaschinen ist Ende des Jahres auf 146 000 Spindeln und 7000 Webstühle zu schätzen, gegen 135 000 » » 6545 » Ende 1899 und 73 226 » » 3558 » Ende 1889.

Die beiden Fabriken unseres Herzogthums erzeugten während des Betriebsjahres desselben:

10 962 503 kg Garne,
15 942 639 m Gewebe,
9 069 585 Stück Säcke.

Beschäftigt wurden in beiden Fabriken ca. 2250 Personen.

Die Leistungen zu den gesetzlichen Wohlfahrtseinrichtungen betrugen 34 668,25 Mk

Der Vermögensstand der Fabrikkrankenkasse »Concordia« betrug Ende des Jahres 34 643,45 Mk.

2. A. J. Rothschild Söhne Aktiengesellschaft.

Leinen-Industrie.

Schon im vorjährigen Berichte wurde der Hoffnung Raum gegeben, bei guter Nachfrage im Frühjahr die Preise der Erzeugnisse der Konjunktur der Rohmaterialien entsprechend erhöhen zu können. Die gute Nachfrage ist im Frühjahr in der That eingetreten, und in mässiger Weise gingen auch die Preise in die Höhe, aber der mittlerweile stürmisch gewordenen Konjunktur konnten sie nicht folgen. Baumwolle stieg um fast 100 Prozent, Flachs um 60 bis 70 Prozent und feine Jute um fast 30 Prozent. Man erwartete allerdings im Herbst eine rückläufige Bewegung, aber diese Hoffnung erwies sich als falsch, denn die Ernten waren in der That schlecht gewesen, und trotz des von Juni anfangenden Rückganges der allgemeinen Nachfrage machte sich der Mangel an gutem Rohmaterial immer mehr geltend und trieb dessen Preise weiter in die Höhe.

Bei dem gegen Ende 1899 noch verhältnissmässig billigen Quotirungen war viel Waare gekauft worden, alle Fabriken waren flott beschäftigt, und die dadurch entstehende stärkere Nachfrage für Rohstoffe bewirkte eine arge Preistreiberei. Es entstand alsbald ein Missverhältniss zwischen den Rohmaterialpreisen und denjenigen der daraus hergestellten Waaren, welches zeitweise ein fast völliges Stocken des Einkaufs seitens des Zwischenhandels herbeiführte und diejenigen Fabrikanten, welche nicht durch günstige frühzeitige Einkäufe rechtzeitig gedeckt waren, in eine fatale Lage brachte. Nun folgten aber auf die knappen 1899er Ernten statt neuer guter wiederum knappe Ernten. Dies hielt in Baumwolle die hohen Preise und trieb sie in Flachs weiter in die Höhe, und wenn im Sommer 1899 die niedrigsten Flachspreise des ganzen Jahrhunderts bestanden, so waren nach anderthalb Jahren so ziemlich die höchsten eingetreten. Hiervon sind natürlich die abnormen Verhältnisse während des amerikanischen Sezessionskrieges auszunehmen.

Allmählich, im Herbst, setzte der Bedarf wieder ein, aber nicht in dem Maasse wurde gekauft, wie im Jahre vorher. Daran werden wohl einmal die chinesischen Unruhen mit ihrer Rückwirkung namentlich auf das englische Geschäft, dann aber auch der Rückgang im Eisengewerbe die Schuld tragen. Wenn auch Gewebepreise langsam gestiegen sind, so bleibt ein grosses Missverhältniss zwischen diesen und den Notirungen des Rohflachses und der Rohbaumwolle bestehen. Ob es möglich sein wird, diesen Unterschied im Laufe des Jahres auszugleichen, wird sehr bezweifelt, dagegen ist anzunehmen, dass in den nächsten Jahren die betreffenden Industrien mit grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden und zu befürchten, dass namentlich der Absatz der leinenen Waaren, wie stets bei sehr hohem Preis-

stande des Rohstoffes, zum Nutzen der baumwollenen Gewebe dauernde Einschränkung erfahren wird.

Für Jute-Erzeugnisse kommen nur die ganz feinen Sorten in Betracht. Deren Verwendung bewegt sich seit Jahren in ziemlich gleichmässigen Verhältnissen. Es ist anzunehmen, dass die theueren Flachspreise den Feinjutefabrikanten erhöhten Absatz zuführen werden.

3. Wilh. Hampe jun., Kammgarn-Spinnerei, Helmstedt.

Zu Anfang des Jahres wurde durch das Winterwetter und die hochgehenden Wollpreise ein lebhaftes Geschäft mit verbesserten Notirungen, die aber nicht voll mit dem Stande der Rohmaterialien in Einklang zu bringen waren, erzielt.

Im zweiten und dritten Quartale war das Garngeschäft normal, um gegen Ende des Jahres schleppender zu werden, was seinen Grund in dem jähen Preisabschlage der Rohwollen hatte.

VI. Fette, Oele und Firnisse.

1. Lack- und Firnissfabrik H. Müller sen.

Die Ertragnisse der Lack- und Firnissfabrikation wurden durch die hohen Preisstände der Rohmaterialien, Kopale, Leinöl, Terpentinöl ungünstig beeinflusst. Der Umsatz war befriedigend.

Die Preissteigerung in Leinöl war eine ganz abnorme und betrug bis zu 50 Prozent des Werthes am Anfang des Jahres. Die Ablieferungen geschahen häufig auch nur langsam, so dass zeitweilig Mangel eintrat. Der Bedarf war trotz der hohen Preise gross.

Die für Terpentinöl zu Anfang des Jahres bestehenden sehr hohen Preise gingen noch um ca. 12 Mk. per 100 kg höher und fielen erst in den letzten Monaten auf den ersten Preisstand zurück.

2. Maschinenöl- und Wagenfettfabrik von J. N. Apel.

Das Jahr 1900 hat wohl allen Gebieten des Handels und der Industrie Enttäuschungen gebracht. Wenn trotzdem der Absatz in Mineralschmierölen nicht geringer geworden ist, so liegt dies in der auch bei ungünstigen Verhältnissen erfolgenden Aufnahme weiterer maschineller Kräfte.

In amerikanischen Oelen trat die erwartete Preissteigerung sehr schnell ein, denn schon im Januar wurden die einzelnen Marken um 3,25 Mk. bis 6 Mk. per 100 kg erhöht. Diese theuren Notirungen hielten sich bis Juni, wo eine kleine Reduktion von 50 Pfg. bis 1,75 Mk. eintrat. Erst als man im November neue ergiebige Bohrungen vorgenommen hatte, wurden die Preise um weitere 1,75 Mk. bis 2,75 Mk. ermässigt. Für

das laufende Jahr erwartet man eher einen Preisrückgang als eine Erhöhung.

Auch in russischen Oelen hatte die Erwartung nach steigenden Preisen nicht getäuscht. Gegen Mitte Januar trat eine Erhöhung von 50 Pfg. bis 1 Mk. per 100 kg ein, weiterhin im März eine solche von weiteren 50 Pfg. bis 1,25 Mk., allerdings im Verhältnisse zum Steigen des Rohöls viel zu wenig. In Folge des gegen Ende des Jahres eingetretenen Preisrückganges für amerikanische Oele sahen die Russen sich genöthigt, ihre Notirungen um 1,50 Mk. bis 1,75 Mk. zu ermässigen, nur um gegenüber Amerika ihre Position behaupten zu können. Da Russland sich den amerikanischen Forderungen anzupassen sucht, so ist man für 1901 auch für russische Oele eher auf eine Reduktion der Preise gefasst. Zu bemerken ist noch, dass Galizien angefangen hat — wohl nur in Folge der theuren Preise zu Beginn des Jahres — nach Deutschland zu versenden. Ob diese Oele sich dauernden Eingang verschaffen werden, bleibt abzuwarten.

Im Geschäft in Fetten (konsistenten Maschinenfetten, Lederfetten, Wagen- und Walzenfetten) hat sich wenig geändert; das Rohmaterial stellte sich durchweg theuer und waren Erhöhungen der Verkaufspreise schlecht durchzusetzen.

3. Seifenfabrikation.

Für die Seifen-Industrie hat das Jahr 1900 einen bemerkenswerthen Wechsel gebracht, insofern sich die meisten Fabrikanten zu einem Verbands vereinigt haben, um der bedrängten Lage ihrer Industrie aufzuhelfen und um dem Absatze einen mässigen Nutzen zu sichern. Die Preise der Rohmaterialien waren insgesamt höher als im Jahre 1899, Leinöl wurde ganz aussergewöhnlich theuer und erfuhr erst gegen Schluss des Jahres einen Rückgang.

Das Jahr schloss mit einer durchgehends festen Haltung.

VII. Papier-Industrie.

1. Im Allgemeinen.

Der Ende 1899 sich geltend machende grössere Bedarf wuchs im Laufe des Jahres 1900 ganz erheblich, namentlich in Zeitungsdruckpapier, das oft kaum zu beschaffen war.

Zeitungsdruckpapier ist ein grosser Massenartikel, sein Hauptbestandtheil ist geschliffenes Holz, und dieser Rohstoff war nur im knappen Maasse vorhanden, weil in dem vorhergehenden Winter keine Arbeitskräfte zum Schlagen des Holzes zu gewinnen waren; erst langsam konnte die Abholzung vorgenommen werden.

zu hohen Lohnsätzen. Dazu kam, dass vom Auslande alle verkäuflichen Mengen in Zeitungsdruck aufgekauft wurden.

Ein Grund, die Preise noch weiter zu erhöhen, war der, dass das verflossene Jahr sehr wasserarm war, so dass Holzstoff, zu dessen Herstellung fast ausschliesslich Wasserkraft benutzt wird, kaum zu gewinnen war.

Die Zeitungsdruckpapier-Fabriken konnten trotz der erhöhten Preise immer nur mit knappem Verdienste arbeiten.

Die Noth um Zeitungsdruckpapier brachte es mit sich, dass die Anfertigungsmengen der Fabriken für 1901 schon fast ganz ausverkauft sind, und was heute noch nicht belegt ist, wird zu immer noch höherem Preise verkauft.

Die Zeitungsverleger hielten den Preisaufschlag für unnatürlich, gründeten dagegen Vereinigungen, um sich billiges Papier zu beschaffen; der Nothwendigkeit gegenüber wird dieses Bestreben aber ohne Erfolg sein.

In die Preissteigerungen werden alle mit Holzstoff und Cellulose gearbeiteten Papiere hineingezogen, und voraussichtlich wird die Steigerung noch bedeutend weiter gehen. Ersatzstoffe sind trotz vielen Suchens nicht aufzutreiben gewesen, und man muss sich in das Unvermeidliche einer höheren Ausgabe auf diesem Gebiete fügen.

Auch holzfreie Papiere haben im Preise stark angezogen; auch darin sind Steigerungen für die Zukunft zu erwarten, die auch berechtigt sind, da im Laufe von zwanzig Jahren die Preise um die Hälfte und noch mehr zurückgegangen waren.

Die Fabriken haben ohne Ausnahme über alle Maassen viel zu thun und verlangen sehr lange, bis dahin nie gekannte Lieferfristen; überall wird mit Hochdruck gearbeitet, und da die Rohstoffe ohne jede Wahl angenommen und verbraucht werden, so leidet das fertige Erzeugniss oft an schlechtem Ausfalle.

Viele Fabriken haben sich zu Vergrößerungen bewogen gefühlt, und es ist nur zu wünschen, dass diese starke Nachfrage lange genug anhalten möge, da im anderen Falle ein grosser Rückschlag für diesen Geschäftszweig zu erwarten sein würde.

Die feinen Papierstoffe wurden früher fast nur in England und Frankreich angefertigt, jetzt aber in Deutschland ebenso gut, und wir haben überall, wo wir mit den ausländischen Erzeugnissen in Wettbewerb treten, guten Erfolg.

Die Ausfuhr hat stetig zugenommen, und deutsche Waare wird im Auslande heute gern gekauft.

Der Grosshandel hat durch diese Verhältnisse ebenfalls gewonnen und grossen Umfang, namentlich nach dem Auslande, angenommen. Leider haben die beiden Kriege in Südafrika und Ostasien dem auswärtigen Handel viel Schaden gebracht.

Man kann mit Sicherheit auf ein lebhaftes Geschäftsjahr im Voraus schliessen.

Alle Nebenzweige, die durch den Verbrauch von Papier beeinflusst werden, haben ebenfalls ihre Preise ziemlich bedeutend erhöhen müssen.

2. Papierfabrik Gebr. Hahn Nachf., Königsutter.

Die Lage des Geschäftsbetriebes im Berichtsjahre ist dieselbe geblieben wie in den vorigen Jahren.

3. Lederpappenfabriken A. Pott, Braunschweig.

Der Geschäftsgang des Jahres 1900 war, besonders im letzten Halbjahre, ein sehr reger, so dass eventuell vorhandene Vorräthe vollständig abgestossen werden konnten. Auch die Preise besserten sich, namentlich nachdem ein Zusammenschluss der gleiches Fabrikat herstellenden Fabriken gelungen war; voll und ganz wird der Vortheil dieses Zusammenschlusses freilich erst dem laufenden Jahre zu gute kommen. Leider machte es der grosse Wassermangel, der etwa seit Mai das ganze Jahr über mit nur kurzen Unterbrechungen andauerte, unmöglich, die günstige Konkurrenz voll auszunutzen; auch stiegen Holz und Kohlen weiter im Preise, so dass das Ergebniss des Jahres kaum als ein befriedigendes bezeichnet werden kann. Doch scheinen die Bemühungen der Vereinigung, die Preise zu festigen und auf gleicher Höhe zu halten, dauernd von Erfolg begleitet zu sein. Die Aussichten für das laufende Jahr sind daher günstige.

4. Dachpappen- und Theerprodukten-Fabrik F. Schacht.

In der Dachpappenfabrikation, dem Hauptartikel des Betriebes, hielt die lebhaftere Nachfrage bis zur Mitte des verflossenen Jahres an. Das Gleiche gilt von den übrigen Artikeln, wie: Holzcement, präparirter Theer, Anstrichmasse, Isolirplatten etc. Die eingetretene Abschwächung ist erklärlich, weil in den vorangegangenen Jahren, durch die allgemeine Produktionssteigerung auf fast allen Gebieten, die rasch in Angriff genommenen Neu- und Erweiterungsbauten ziemlich schnell zu Ende geführt worden sind.

Ein Mangel für die Dachpappen- und Holzcementfabrikation besteht darin, dass eine einheitliche, feststehende Sortenbezeichnung noch nicht eingeführt ist. In Folge dessen herrscht eine gewisse Willkür, und es kommen oft bei Konkurrenz-Ausschreibungen die sinnlosesten Unterbietungen vor. Das reelle und solide Material kann dabei nicht gewürdigt werden, was zum Nachtheile der Dachpappenbranche und des Baugewerbes ist. So lange feststehende Normaltypen für die Dachpappenstärken nicht eingeführt sind, kann sich der betreffende Bauherr nur dadurch schützen, dass er ein bestimmtes Fabrikat nach Probe vorschreibt.

5. Tapetenfabrik Wilhelm Boller, Braunschweig.

Ueber die Lage der Tapeten-Industrie ist für die Kampagne 1899/1900 nichts Günstiges zu berichten, weil die Fabriken durch unerwartet eingetretene Preiserhöhungen für Papier, Farben, Druckwalzen und Kohlen gezwungen waren, zu den auf alter Basis festgelegten Preisen, also theils mit Verlust, zu arbeiten.

Durch am 1. Juli vorigen und 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene, namhafte Preiserhöhungen sämtlicher Tapetenfabrikate ist für diese Industrie eine gesunde Grundlage geschaffen, welche entsprechenden Nutzen verspricht.

Uebersicht

der Geschäfte der Kammer für Handelssachen bei dem Herzoglichen Landgerichte Braunschweig während der Geschäftsjahre 1885 bis 1900.

Zahl der bei Beginn des Jahres anhängigen Prozesssachen	Zahl der im Laufe des Jahres anhängig gewordenen Prozess- sachen	Zahl der statt- gehabten mündlichen Verhandlungen		Im Laufe des Jahres sind abgegeben:		
		nicht kon- tradik- torische	kontradik- torische	Urtheile auf Ver- säumniss, Verzicht, Anerkennt- niss	Urtheile nach kontradik- torischer Ver- handlung	Beweis- beschlüsse
1885: 48	286	273	118	184	35	46
1886: 67	379	567	158	255	40	70
1887: 64	436	412	171	275	49	61
1888: 91	448	434	173	309	55	83
1889: 91	450	321	152	290	47	75
1890: 119	427	305	126	282	43	68
1891: 115	543	375	187	347	67	85
1892: 147	722	466	280	437	81	124
1893: 196	746	513	265	491	75	114
1894: 189	753	557	290	544	88	132
1895: 137	650	505	186	469	66	78
1896: 145	776	566	226	541	77	98
1897: 168	687	508	292	478	89	142
1898: 167	638	454	253	423	68	105
1899: 209	691	495	272	457	90	119
1900: 171	702	506	267	471	76	132

Getreidepreise

im Monatsdurchschnitt für 100 kg nach Feststellung der Marktkommission.

1900	Weizen						Roggen						Gerste						Hafer						Erbsen		Bohnen		Linsen	
	gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		Mk. Pfg.		Mk. Pfg.		Mk. Pfg.	
	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.	Mk. Pfg.
Januar	14 04	13 77	13 53	14 25	13 89	13 47	15 17	14 50	14 —	14 06	13 66	13 21	20 75	21 50	29 25															
Februar	14 03	13 79	13 50	14 03	13 73	13 45	— —	— —	— —	14 —	13 64	13 26	21 50	22 —	31 —															
März	14 —	13 76	13 49	14 01	13 69	13 38	15 50	15 —	14 —	14 —	13 63	13 20	22 50	22 —	30 50															
April	14 38	14 10	14 —	14 47	14 17	13 87	15 50	15 —	14 —	14 25	13 80	13 35	22 50	22 50	31 —															
Mai	14 88	14 64	14 42	15 16	14 93	14 69	15 50	14 95	14 20	14 87	14 48	14 01	24 50	23 50	33 —															
Juni	15 07	14 81	14 65	15 72	15 36	15 8	— —	14 50	14 10	15 46	15 09	14 75	23 75	23 50	34 —															
Juli	15 21	14 95	14 90	15 14	14 90	15 —	— —	— —	— —	15 76	15 39	15 —	23 75	23 50	34 —															
August	14 67	14 42	14 —	14 47	14 22	14 —	16 —	15 40	14 41	15 65	15 36	15 —	24 25	23 50	34 —															
September	14 74	14 51	14 50	14 84	14 66	14 44	16 —	15 29	14 56	15 60	15 30	15 —	24 75	22 75	31 50															
Oktober	14 65	14 45	14 20	— —	— —	— —	15 75	14 50	14 14	14 05	13 68	13 30	24 75	22 25	31 50															
November	14 56	14 31	14 15	14 63	14 52	14 27	15 75	14 35	13 96	14 20	13 80	13 40	24 —	21 —	28 50															
Dezember	14 50	14 30	14 —	— —	— —	14 50	14 12	16 —	14 83	13 84	14 29	13 96	13 60	24 —	21 —	28 50														

Uebersicht

über die Geschäftsthätigkeit des Gewerbegerichts zu Braunschweig
in den Jahren 1892 bis 1900.

Anzahl der Klagen	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
	621	498	580	507	466	590	637	683	715
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Erledigt durch:									
Zurücknahme .	110 17,7	48 9,7	78 13,5	60 11,9	49 10,5	90 15,3	99 15,6	147 21,5	87 12,2
Anerkenntniss .	19 3,1	2 0,4	1 0,2	— —	2 0,4	— —	— —	— —	— —
Vergleich	286 46,1	270 54,2	331 57,2	281 55,4	262 56,2	327 55,4	327 51,3	365 53,4	376 52,6
Versäumniss- urtheil	38 6,1	36 7,2	32 5,2	30 5,9	23 4,9	38 6,4	46 7,2	40 5,9	36 5,0
Endurtheil . . .	167 26,9	112 22,5	110 19,0	101 19,9	85 18,3	70 11,9	102 16,0	89 13,0	69 9,7
Auf andere Weise: aussergericht- liche Einigung, Nichterschei- nen der Par- teien u. s. w.	1 0,1	30 6,0	28 4,9	35 6,9	45 9,7	65 11,0	63 9,9	42 6,2	147 20,5
Summa	621 100	498 100	580 100	507 100	466 100	590 100	637 100	683 100	715 100

Die Zuständigkeit der Behörden in der Stadt Braunschweig.

Vortrag

gehalten auf Veranlassung des Ausschusses für volksthümliche Vorlesungen
am 2. Februar 1901 im Altstadtrathhause
vom Stadtrath H. v. Frankenberg (Braunschweig).

(Fortsetzung.)

Es liegt in der Natur der Sache, dass der einzelne Bürger fast immer mit seinen Anliegen sich nicht an die Stadtverordnetenversammlung, sondern an den Magistrat oder dessen Beauftragte zu wenden hat: das gilt insbesondere auch von den Angelegenheiten, in welchen der Stadtmagistrat staatliche Geschäfte, nicht unmittelbar städtische Aufgaben besorgt. Im Rathhause werden die An- und Abmeldungen der Gewerbebetriebe, die Anträge auf Wandergewerbescheine, die An- und Abmeldungen zur Stammmrolle, die militärischen Befreiungs- und Befristungsgesuche entgegengenommen, ferner die Anträge auf Erwerb der Braun-

schweigischen Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts, dort sind die Erklärungen abzugeben, welche als Unterlage für die Besteuerung dienen sollen, von dem einfachen Hausbogen bis zu der umfangreichen Steuererklärung, dort sind die Steuern und die rückständig gebliebenen Schulgelder und dergleichen einzuzahlen, Beschwerden über städtische Beamte und Einrichtungen anzubringen. Der Magistrat ist Aufsichtsbehörde über alle Innungen, die in der Stadt Braunschweig ihren Sitz haben. Für die Anzeigen der Arbeiterversicherung ist ebenda eine besondere städtische Geschäftsstelle dicht neben der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts und dem Städtischen Arbeitsamt eingerichtet, so dass ein plötzlich entlassener Arbeiter in drei unmittelbar benachbarten Zimmern seine Klage auf Lohn und Entschädigung, sein Gesuch um Vermittelung einer neuen Stelle und seinen Antrag auf Regelung der etwa im Rückstande gelassenen Leistung von Versicherungsbeiträgen anbringen kann. Diese Abtheilung von Arbeiterversicherung ist auch zuständig für die Stellung von Invaliden- und Altersrentenanträgen der hier sich aufhaltenden Personen, sowie für die Gesuche und Erstattung der halben Versicherungsbeiträge für die heirathenden weiblichen Versicherten und für die Hinterbliebenen verstorbener Versicherter; auch für Klagen auf Gewährung von Krankenunterstützung und Sterbegeld, jedoch nur, falls das Mitglied einer Zwangskasse angehört, also einer Ortskrankenkasse, einer Innungs-, Betriebs- oder Fabrik-krankenkasse. Die Mitglieder freier Hilfskassen können nur beim ordentlichen Gerichte, also regelmässig bei Herzoglichem Amtsgerichte Braunschweig, den Klageweg beschreiten, sofern dieser statutarisch überhaupt zulässig ist. In ganz besonderen Ausnahmefällen kann allerdings beim Stadtmagistrate als der Aufsichtsbehörde der Kasse Beschwerde über deren Geschäftsführung erhoben werden. Auch ist bei ihm der Vorstand anzumelden, und jeder Wechsel im Vorstande ist ebenfalls baldigst mitzuthellen. Zur Erhebung von Werthpapieren der Kasse, die auf dem Herzoglichen Leihhause hinterlegt sind, ist die Ermächtigung des Stadtmagistrats erforderlich, ebenso zu Prozessführungen der Kasse seine Bescheinigung darüber, wer den Vorstand bildet. Bei Streitigkeiten über die Kranken- oder die Invalidenversicherungspflicht, sowie über die Höhe der Beiträge entscheidet der Magistrat als erste Instanz, an zweiter Stelle ist in Krankenkassensachen der Verwaltungsgeschichtshof, in Invalidenversicherungsstreitigkeiten das Ministerium zuständig. Die Genehmigung von Statutenänderungen der Kranken-, Sterbe- und sonstigen Versicherungskassen ist, wie schon erwähnt wurde, durch Vermittelung des Stadtmagistrats bei der Polizeidirektion zu beantragen. Auch in Unfallsachen ist seit dem 1. Oktober 1900 der Magistrat als untere Verwaltungsbehörde zuständig: er hat dafür zu sorgen, dass die Unternehmerlisten der verschiedenen Berufsgenossenschaften möglichst vollständig und richtig geführt werden, damit bei Unfällen die Frage der Betriebs-

zugehörigkeit sich glatt erledigt und keinen Aufenthalt bei der Rentenfeststellung verursacht. Die versicherungspflichtigen Betriebe sind deshalb bei ihm an- und abzumelden, und er giebt die Anzeigen an den Genossenschaftsvorstand weiter, auch liegt ihm die Zwangseinzahlung der rückständigen Beiträge und Ordnungsstrafen hier wie bei der Invaliden- und Krankenversicherung ob, nur mit der Einschränkung, dass bei den Hilfskassen eine derartige Zwangsbeitreibung im Verwaltungswege nicht stattfindet: der Freiwilligkeit der freien Kassen entsprechend, kommt lediglich der ordentliche Rechtsweg, also die amtsgerichtliche Klage, in Betracht. In Unfallsachen hat der Stadtmagistrat ferner den Rentenbewerbern auf Antrag vor Erlass des berufsgenossenschaftlichen Bescheides bei Wahrnehmung ihrer Rechte behilflich zu sein: der Genossenschafts- oder Sektions-Vorstand muss nämlich in einem Vorbescheide dem Bewerber mittheilen, in welcher Weise er auf den Rentenanspruch zu verfügen gedenkt, und gegen diese von ihm geäußerte Absicht kann der Bewerber dann durch Vermittelung des Magistrats oder auch direkt binnen vierzehn Tagen bei der Genossenschaft vorstellig werden. Auf diese Weise gehen eine Menge von Rentensachen durch die Hand des Magistrats, der den Betheiligten kostenlos Rath und Hilfe zu gewähren vermag. Ist die Rente bewilligt, so muss die monatliche Quittung des Berechtigten mit der Beglaubigung einer öffentlichen Behörde versehen werden; hier hat man die Wahl, ob man sich an den Magistrat, an die Polizeidirektion oder, was Vielen noch bequemer ist, an eine der Polizeithorstationen deshalb wenden will, bevor die Abholung des Geldes auf der Hauptpost geschehen kann.

Eine wichtige fernere Aufgabe der Stadtverwaltung besteht in der Besorgung der Armenangelegenheiten. Diese erfolgt hier durch die Armendirektion und das derselben unterstellte Armenbureau. Die unmittelbare Gewährung der meisten Armenunterstützungen geschieht aber, wie dies jetzt in den meisten grossen Städten nach dem mustergültigen Vorgange der Stadt Eilberfeld üblich ist, nicht durch städtische Beamte, sondern durch die ehrenamtlich thätigen Armenpfleger, von denen immer eine Anzahl, etwa zehn bis fünfzehn, zu einem Armenbezirke vereinigt sind. Jeder Armenpfleger hat ein Quartier, eine bestimmte Gruppe von Häusern oder Strassen, unter sich; alle Monat ein Mal kommen die Armenpfleger eines Bezirks mit ihrem Vorsteher zur Fassung der nöthigen Beschlüsse über Unterstützungen zusammen, und ebenso tagt allmonatlich einmal die Armendirektion mit den Bezirksvorstehern, neunzehn an Zahl, in einer gemeinschaftlichen Sitzung im Rathhause. Jedes Gesuch um Gewährung von Armenunterstützung ist nicht im Rathhause, sondern bei dem zuständigen Armenpfleger anzubringen, dessen Name leicht im Armenbureau oder von einem der im Adressbuche bei dem Strassenverzeichniss aufgeführten Armenbezirksvorsteher erfragt werden kann. Die Armendirektion entscheidet über Beschwerden

gegen die Geschäftsführung in den Armenbezirken, sie hat die Leitung aller auf das Armenwesen sich beziehenden Angelegenheiten, sie verwaltet das Vermögen der Armenkasse, führt die Verhandlungen mit den theilnehmenden hiesigen und auswärtigen Behörden und sorgt für die Wiedereinzahlung der als Vorschüsse zu betrachtenden Armenunterstützungen von den Empfängern oder den sonst Ersatzverpflichteten, soweit dies möglich ist. Wenn z. B. hier ein Sohn, der unverheirathet ist und 18 Mk. wöchentlich verdient, seine alte Mutter darben lässt, so dass sie in Armenpflege genommen werden muss, so wendet sich die Armendirektion mit dem Ersuchen um Zwangsmaassregeln an die Polizeidirektion, und durch diese kann der Sohn, wenn andere Vorstellungen nichts helfen, zur Leistung des Ersatzes für das Armengeld angehalten werden, nöthigen Falls durch die Kreiskasse und den Exekutor im Wege der Beschlagnahme seines Lohnes, der für Alimentenzwecke gesetzlich vor Pfändung nicht geschützt ist.

Mit der Stadtverwaltung in enger Verbindung stehen eine Anzahl von Dienststellen, die meist auch im Rathhause untergebracht sind: die Städtische Bauverwaltung mit ihren drei Unterabtheilungen für Hochbau, für Wege- und Kanalbau, für Baupolizei; die Vorstände der verschiedenen städtischen Schulen; die Verwaltung zahlreicher städtischer Stiftungen und Legate, sowie der einzelnen städtischen Einrichtungen: Markthalle, Schlachthaus, Strassenreinigungswesen, Licht- und Wasserwerke, Pumpstation, Rieselfelder u. s. w.; sodann das Stadtkirchenbuchamt, das Standesamt und die Friedhofsexpedition, durch deren Zusammenwirken in einem Gebäude den Theilnehmenden viele zeitraubende Wege erspart werden.

(Schluss folgt.)

Handelsregister.

(März.)

1. Neueintragungen.

1. Wilhelm Hausmann, Kolonial-, Porzellan- und Kurzwaarengeschäft, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Hausmann.
2. Heinrich Pistorius, Herrenkonfektionsgeschäft, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann Heinrich Pistorius.
3. Friedrich Ringe, Kurzwaaren-, Farben-, Tapeten- und Glasgeschäft, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann Friedrich Ringe.
4. Adelbert Watermann, Bearbeitung und Verkauf von Dolomitsteinen, Eschershausen. Inhaber: Steinbruchpächter Adelbert Watermann.
5. August Schütte, Anfertigung und Verkauf von Ziegelsteinen, Drainröhren und Dachziegeln, Eschershausen. Inhaber: Ziegeleibesitzer August Schütte in Dielmissen.
6. August Propfe, Kolonial-, Material- und Kurzwaarengeschäft, Handel mit Branntwein, Eschershausen. Inhaber: Kaufmann August Propfe.
7. Hermann Steinbrück, Vechelde. Inhaber: Kolonial- und Materialwaarenhändler Hermann Steinbrück.

8. Gewerkschaft Wilhelmshall, Oelsburg. Mitglieder des Vorstandes sind: Bankier Eugen Gutmann in Berlin, Geheimer Oberfinanzrath Waldemar Mueller ebenda, Kaufmann Friedrich Eduard Behrens in Hannover, Fabrik- und Gutsbesitzer Gerhard Hoyer mann in Hannover, Ingenieur Karl Dietz in Peine als Direktor.
9. Anna Brinckmeier & Co. Offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: die unverehelichten Anna Brinckmeier und Franziska Sagebiel.
10. Reinhold Steckel, Handel mit Drogen, Kolonialwaaren und Delikatessen, Bad Harzburg. Inhaber: Kaufmann Reinhold Steckel.
11. Otto Köhler, Zimmerei und Holzhandlung, Königsutter. Inhaber: Kreiszimmermeister Otto Köhler.
12. Hermann Dempewolf, Handelsgeschäft mit Mehl und Futterartikeln, Scharf-oldendorf. Inhaber: Mühlenbesitzer Hermann Dempewolf.
13. Otto Lüders, Handelsgeschäft mit Mühlenprodukten, Linsc. Inhaber: Mühlenbesitzer Otto Lüders.
14. Carl Dörries, Dreschmaschinenbetrieb und Schrothandel, Eschershausen. Inhaber: Dreschmaschinenbesitzer Carl Dörries.
15. Georg Dempewolf, Dreschmaschinenbetrieb und Handel mit Mühlenprodukten, Holzen. Inhaber: Mühlenbesitzer Georg Dempewolf.
16. Hermann Eilert, Handel mit Mehl und Futterartikeln, Halle i. Brschg. Inhaber: Mühlenbesitzer Hermann Eilert.
17. Louis Behse, Helmstedt. Inhaber: Fuhrherr Louis Behse.
18. Bergh & Fettke, Handelsgeschäft mit Cementwaaren und Kunststeinfabrikation, bautechnisches Bureau, Betonbaugeschäft, zu Blankenburg a. H., offene Handelsgesellschaft. Inhaber: Kaufmann Olof Bergh zu Hamburg und Bauingenieur Curt Fettke zu Silberhütte in Anhalt.
19. Gebr. Klussmann, Cementwaarenfabrik, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Techniker Louis Klussmann und der Kaufmann Robert Klussmann.
20. Reese & Comp., Ziegelei mit Dampfbetrieb, offene Handelsgesellschaft, Hunzen. Inhaber: Lehrer Wilhelm Frohme, Gastwirth Carl Hartmann, beide zu Negenborn, und Ziegelmeister Heinrich Reese in Pegestorf.
21. Heinrich Nelle, Handel mit Kolonial-, Materialwaaren und Wein, Bad Harzburg. Inhaber: Kaufmann Heinrich Nelle.
22. Vormal's Georg Dürkop'sche Farbenwerke Alfred Blanck, Königsutter. Inhaber: Kaufmann Alfred Blanck zu Hannover.
23. Andreas Munnecke, Handel mit Möbeln, Herstellung und Vertrieb von wasserdichten Decken und Stahldrahtmatratzen, Königsutter. Inhaber: Kaufmann Andreas Munnecke.
24. Wilhelm Clauditz, Vechelde. Inhaber: Kolonial- und Materialwaaren und Flaschenbierhändler Wilhelm Clauditz.
25. M. Weissenstein, Bankgeschäft in Hörter. Inhaber: Bankier Meyer Weissenstein daselbst, als Ort der Zweigniederlassung Holzminen a. W.
26. C. Vogeley & Braune, Lehdorf. Inhaber: Maschinenfabrikant Carl Vogeley.
27. Vereinigte Gipswerke Stadtoldendorf und Hörter, Rothschild, Mittendorf, Brandt & Co., Stadtoldendorf. Inhaber: Wittwe des Fabrikanten Ephraim Rothschild, Sarah geb. Mankiewicz, zu Stadtoldendorf, Fabrikant Carl Ullmann daselbst, Kaufmann Joseph Ullmann daselbst, Kaufmann Otto Mittendorf daselbst, Steinbruchsbesitzer Wilhelm Brandt zu Holzminen.
28. Carl Uhl & Co., Filiale Blankenburg a. H., begründet am 9. Februar 1901. Zweigniederlassung der am 15. April 1872 begonnenen Kommanditgesellschaft in Firma Carl Uhl & Co. in Braunschweig. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Kausfleute Albert Schmincke in Braunschweig, Albrecht Funke in Schöningen, Paul Lüttge in Helmstedt und zehn Kommanditisten.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Antonio Mander & D. Avon, Braunschweig. In Halberstadt ist eine Zweigniederlassung errichtet.

2. G. Wenneis & Tippe, Braunlage. Der frühere Sägemüller Wilhelm Tippe ist als Mitinhaber der Firma ausgeschieden.
3. F. Pfingst & Co. Nachf., Braunschweig. Der bisherige Firmeninhaber, Kaufmann Julius Tietz in Nürnberg, hat seit dem 1. Januar d. J. den Kaufmann Arnold Dzialoszuski in Nürnberg in das unter obiger Firma, jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
4. Brüder Holtschmidt Nachf., Braunschweig. Der bisherige Firmeninhaber, Kaufmann Carl Maschmeier, hat das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft seit dem 5. d. Mts. an den Kaufmann Friedrich Holtschmidt abgetreten.
5. Carl Uhl & Co., Braunschweig. In Schöppenstedt ist eine Zweigniederlassung errichtet.
6. Braunschweiger Fahrradwerke Aktiengesellschaft, Braunschweig. Die Generalversammlung vom 30. Januar d. J. hat die Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung der Stammaktien behuf Beseitigung der Unterbilanz beschlossen.
7. Müller & Co., Wolfenbüttel. Die offene Handelsgesellschaft ist durch den Austritt des Rentners Theodor Habermann aufgelöst, das Handelsgeschäft wird unter Uebernahme der sämtlichen Aktiven und Passiven von dem bisherigen Mitinhaber, Kaufmann Carl Müller, jetzt in Altona, unter der Firma C. Müller & Co., Inhaber: C. Müller, allein fortgeführt.
8. Braunschweiger Fahrradwerke Aktiengesellschaft, Braunschweig. Die Generalversammlung hat beschlossen, zu entsprechender Beseitigung der Unterbilanz das Stamm-Aktienkapital von 400000 Mk. auf 130000 Mk. in der Weise herabzusetzen, dass zehn der Gesellschaft ohne Vergütung zur Verfügung gestellte Stammaktien der Firma Ludwig Peters Nachf. vernichtet werden und dass sodann auf je drei zur Einreichung gelangende Stammaktien eines Aktionärs diesem unter Vernichtung der übrigen eine mit entsprechender Abstempelung zurückgewährt wird, dass sodann a) bei Einreichung von weniger als drei Aktien wegen dieser Aktien, oder b) bei Einreichung eines nicht durch drei theilbaren Gesamtbetrages wegen des Ueberschusses, oder c) bei nicht zur Einreichung gelangender Aktien nach Maassgabe des § 290 des Handelsgesetzbuches verfahren wird.
9. J. Vollmer, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Tischlermeister Joseph Vollmer, auf dessen Wittve und Mitrbin, Antonie geb. Salen, übergegangen.
10. Aktien-Molkerei Berklingen, Kl.-Vahlberg. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes Ackermann Albert Herbst ist der Landwirth Otto Heinemann zu Berklingen in den Vorstand gewählt. Die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsraths ist auf fünf erhöht, welche auf fünf Jahre gewählt werden. Die §§ 11 und 12 des Gesellschaftsvertrages sind gestrichen, die §§ 23 bis 26 abgeändert und der § 29a neu hinzugefügt.

3. Löschungen.

1. Elsbeth Stiebel, Schöppenstedt.
2. A. Wicke, Blankenburg a. H.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Mumme & Biermann, Braunschweig. Dem Kaufmann Max Decker.
2. Carl Uhl & Co., Braunschweig. Die den Kauflenten Richard Meyer und August Dreiling ertheilte Prokura ist auf den Betrieb der obenbezeichneten hiesigen Firma beschränkt.
3. Gebrüder Roddewig, Badenhausen. Dem Buchhalter Curt Dressler.
4. M. Weissenstein, Bankgeschäft, in Höxter, Zweigniederlassung Holzminden. Dem Kaufmann Albert Weissenstein ist für Haupt- und Zweigniederlassung Prokura ertheilt.

5. Otto Siebert, Braunschweig. Dem Kaufmann Robert Siebert.
6. Carl Uhl & Co., Filiale Blankenburg a. H. Dem Kaufmann Johannes Hecht in Blankenburg a. H. und dem Kaufmann Richard Meyer zu Braunschweig.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Bornumer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, zu Bornum. Mitglieder des Vorstandes sind: Bauunternehmer Fritz Beese, Landwirth Otto Fromme, Landwirth Wilhelm Uhlenhaut, Schmiedemeister Wilhelm Burchard, Schuhmachermeister Carl Stübzig, sämmtlich zu Bornum.
2. Sicker Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Ober-Sicke. Mitglieder des Vorstandes sind: Mühlenbesitzer Becker in Ober-Sicke, Kreiszimmermeister Heinrich Walke-meyer daselbst, Landwirth August Pape daselbst, Landwirth August Bartels in Nieder-Sicke, Stellmachermeister Wilhelm Thies in Nieder-Sicke.
3. Wendener Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Wenden. Mitglieder des Vorstandes sind: Gemeindevorsteher Heinrich Schrader in Wenden, Mühlenbesitzer Carl Lüderitz in Wendebrück, Malermeister Carl Hilker in Wenden, Fabrikant Fritz Hoppmann in Wendebrück, Landwirth Heinrich Eygeling in Wenden.
4. Evesser Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Evessen. Mitglieder des Vorstandes sind: Halbspänner und Gemeindevorsteher Robert Einicke zu Evessen, Landwirth August Mittendorf zu Gilzum, Müller Heinrich Sandau zu Evessen, Stellmachermeister Heinrich Kurland daselbst, Landwirth H. Jasper zu Gilzum.
5. Konsumverein für Brunsen und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Brunsen. Mitglieder des Vorstandes sind: Wilhelm Gloxin, August Heinemeyer, Ferdinand Lieben, Wilhelm Ebeling, Wilhelm Engelke und Wilhelm Stübzig, sämmtlich in Brunsen.
6. Konsumverein »Frischauf« zu Schöningen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Mitglieder des Vorstandes sind: Kaufmann August Wesemann, Arbeiter Heinrich Kauers zu Schöningen.
7. Konsumverein zu Derenthal, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Mitglieder des Vorstandes sind: Ackerwirth Carl Schoppe zu Derenthal, Landwirth Carl Kuckuck daselbst, Landwirth Hermann Loges daselbst.
8. Konsumverein e. G. m. b. H. zu Volkersheim. Mitglieder des Vorstandes sind: Schuhmacher Carl Kelpc, Hofbesitzer Heinrich Sander, Schneidermeister Hermann Becker, Molkereiarbeiter Karl Rohkamp, sämmtlich in Volkersheim.
9. Delligser Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Delligsen. Mitglieder des Vorstandes sind: Dr. med. Wilhelm Gosmann, Fritz Sötter, Heinrich Wolff, Wilhelm Querfurt, Carl Meyer, sämmtlich in Delligsen.
10. Konsumverein Meerdorf, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Meerdorf. Mitglieder des Vorstandes sind: Hermann Werner, Meerdorf, Heinrich Deppe daselbst, Wilhelm Haarstick daselbst, Karl Voges daselbst, Heinrich Baars daselbst.
11. Iseritzer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Iseritz. Mitglieder des Vorstandes sind: Ackermann Gustav Könecke zu Iseritz, Ackermann Christian Lenze zu Iseritz, Landwirth Friedrich Bruhne zu Parleib, Ackermann Heinrich Eickel zu Berenbrock, Kothass Christoph Fricke zu Iseritz.

2. Abänderungen.

1. Konsumverein Berel, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Berel. Nach vollständiger Vertheilung des Genossenschaftsvermögens ist die Vollmacht der Liquidatoren erloschen.
2. Konsumverein Bettmar, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Steinhauer Fricke ist der Schuhmacher Theodor Rump in Bettmar in den Vorstand gewählt worden.
3. Konsumverein Kissenbrück, c. G. m. b. H. An Stelle des bisherigen Vorstandsmitgliedes Aug. Germer ist der Hofmeister Wilhelm Blumenberg neu in den Vorstand gewählt. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 16. Dezember 1900 ist das Statut vom 18. September 1892 vielfach abgeändert und neu redigirt. Der Vorstand besteht nunmehr aus drei Mitgliedern, er zeichnet die Firma rechtsverbindlich in der Weise, dass mindestens zwei Mitglieder zu der Firma ihre Namensunterschrift zufügen. Geschäftsantheil und Haftsumme sind auf je 30 Mk. erhöht.
4. Konsumverein Schöningen, c. G. m. b. H. An Stelle des Schuhmachermeisters Thielebein ist der Dreschmaschinenbesitzer Wilhelm Jasper für die Zeit vom 11. März 1901 bis 31. Dezember 1903 zum Kontrolleur gewählt.
5. Molkereigenossenschaft Barmke, c. G. m. b. H. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Oekonomen Christian Jacobs in Rottorf a. Kl. ist der Ackermann Friedrich Niemann in Rennau neu in den Vorstand gewählt.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaaren - Aktiengesellschaft in Wieda. 28. Februar 1901, Vormittags 10 Uhr. 2 Lichtdruckbilder, offen, Muster für Regulir-Cirkulir-Oefen mit den Fabriknummern 221 ohne Kochröhre, 221 mit Kochröhre, 223 ohne Kochröhre, 223 mit Kochröhre. Muster für plastische Erzeugnisse. Schutzfrist zehn Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Adolf Kulpe, Tischlermeister, Braunschweig. 28. Februar 1901.
2. Ehefrau des Schlossers Paul Lüddecke, Alwine geb. John, Braunschweig. 12. März 1901.
3. Wilhelm Friedrichs, Weissgerbermeister, Helmstedt. 12. März 1901.
4. Ehefrau des Grossköthners Friedrich Wiedbrank, Caroline geb. Ohm zu Ottenstein. 13. März 1901.

2. Aufhebungen.

1. Rudolf Mentz, Kaufmann, Schöppenstedt.
2. August Jacobs, in Firma F. Jacobs, Zimmermeister, Braunschweig.
3. Moritz Heymann, Braunschweig.
4. Karl Tölke, Gastwirth, Braunschweig.
5. Karl Lauenstein, Gutspächter, Brunkensen.

Handelsregister.

(April.)

1. Neueintragungen.

1. Albert Brandes, Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, sowie Bergwerksprodukten, Vechelde. Inhaber: Kaufmann Albert Brandes.
2. Carl Bihlmaier, Herstellung und Vertrieb elektrischer Heilapparate, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Carl Bihlmaier, z. Z. in Gera.
3. Gustav Dreyer, Kolonial-, Material- und Delikatesswaarengeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Gustav Dreyer.
4. Wilhelm Voges, Getreidegeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Voges.
5. Heibey & Wagener, offene Handelsgesellschaft, ein gros-Geschäft in Fahrrädern und Fahrradzubehörtheilen, sowie eine Waarenagentur und Kommissionsgeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Ferdinand Wagener und Franz Heibey.
6. Harzburger Holzbearbeitungsfabrik. Inhaber: Chemiker Paul Schoepke, Bad Harzburg.
7. C. Wilhelm Quensen, Material-, Kolonial- und Kurzwaarengeschäft, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Quensen.
8. Carl Krug, Manufakturwaarenhandlung und Maassschneiderei, Schöningen. Inhaber: Schneidermeister Carl Krug.
9. Richard Fischer, Kolonial- und Delikatesswaarenhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Richard Fischer.
10. Wilhelm Nebelung, Holzhandlung und Holzschneiderei, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Nebelung.
11. Carl Lesse, Material-, Kolonial- und Delikatesswaarengeschäft, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Carl Lesse.
12. Wilhelm Jordan, auf dem Pfeiffenkrug bei Heimburg, Sägewerk und Handel mit Bau- und Nutzholzlern, Bohnen, Latten. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Jordan.
13. Wilhelm Müller, Handel mit Kolonial- und Materialwaaren, sowie mit Eisen- und Kurzwaaren, Halle i. Br. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Müller.
14. Helene Müller, Eisengiesserei und Maschinenbaugeschäft, Osterbrak. Inhaberin: Ehefrau des Fabrikbesitzers Heinrich Müller, Helene geb. Röber.
15. G. H. Meyer, Handel mit Material- und Kurzwaaren, Branntwein, künstlichem Dünger und Kleie, Hedeper. Inhaber: Erben des weiland Kaufmanns Robert Meyer, als: dessen Wittwe Marie geb. Schrader, dessen Sohn Hans.
16. Reinhold Jacobs, Eisenwaaren- und Cementhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Reinhold Jacobs.
17. Friedrich Holstein, Schuhwaarenhandlung und Werkstatt für Schuhwaaren, Schöningen. Inhaber: Schuhmachermeister Friedrich Holstein.
18. Friedrich Blücher, Handelsagentur, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Friedrich Blücher.
19. Joseph Püthe, Lotterie-Hauptkollekte, Holzminden. Inhaber: Wittve des Lotterie-Haupt-Kollekteurs Joseph Püthe.
20. Hermann Rintelmann, Herren- und Knabengarderobe, sowie Manufakturwaarengeschäft, Schöppenstedt. Inhaber: Kaufmann Hermann Rintelmann.
21. Emilie Nürnberg, Zimmereigenschaft und Holzhandlung, Blankenburg a. H. Inhaberin: Die Ehefrau des Zimmermeisters Wilhelm Nürnberg, Emilie geb. Thomas.
22. Braunschweiger Wurst- und Fleischwaarenfabrik Fritz Dieckmann, Braunschweig. Inhaber: Fleischermeister Fritz Dieckmann.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. M. S. Herz & Sohn, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist ohne Aktiva und Passiva auf eine Kommanditgesellschaft übergegangen. Dieselbe besteht aus dem persönlich haftenden Gesellschafter, Bankier Alfred Levy, und einem

- Kommanditisten, welche für das gedachte Handelsgeschäft die neue Firma: M. S. Herz & Sohn, Kommanditgesellschaft, angenommen haben.
2. Braunschweiger Wurst- und Fleischwaarenfabrik Denecke & Himmel, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva auf den Kaufmann Willy Denecke übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma Braunschweiger Wurst- und Fleischwaarenfabrik Willy Denecke angenommen hat.
 3. Carl Uhl & Co., Braunschweig. In Blankenburg a. H. ist eine Zweigniederlassung errichtet.
 4. Vereinigte Gipswerke Stadtoldendorf und Hörter, Rothschild, Mittendorf, Brandt & Co. Der Kaufmann Berthold Ullmann zu Stadtoldendorf, der Steinbruchsbesitzer Heinrich Brandt zu Holzminden, der Fabrikbesitzer Emil Arntz zu Hörter sind mit dem 3. April 1901 als Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Die Gesellschaft wird unter der bisherigen Firma unverändert fortgesetzt. Die Wittve des Fabrikanten Ephraim Rothschild, Sarah geb. Mankiewicz, ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.
 5. H. L. Krone & Co., Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Kaufmann Heinrich Ludwig Krone ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Hans Munte bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
 6. Vereinsbrauerei Braunschweig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Der Braumeister Bernhard Wladika ist zum zweiten Geschäftsführer der genannten Gesellschaft bestellt.
 7. Camin & Oelze, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Bildhauer Emil Camin ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Otto Oelze bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
 8. Molkerei Königslutter A.-G. in Königslutter. An Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder Rasch und Kohlstock ist der Landwirth Julius Heineke in Lauingen und der Rittergutsbesitzer Hans Schrader in Rhode für das Geschäftsjahr 1901 in den Vorstand gewählt.
 9. Brandes & Bollmann, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Kaufmann Eduard Bollmann ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann August Brandes bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
 10. Adolf Marx, Königslutter. Die unter dieser Firma betriebene Handlung von Material- und Kolonialwaaren, Cement und Futterartikeln ist von dem Kaufmann Fritz Ricke übernommen und wird von ihm unter der veränderten Firma Adolf Marx Nachf. fortgesetzt.

3. Löschungen.

1. Georg Scerl, Braunschweig.
2. M. S. Herz & Sohn, Braunschweig.
3. Albert Brandes, Vechelde.
4. Braunschweiger Wurst- und Fleischwaarenfabrik Denecke & Himmel, Braunschweig.
5. Ueltzense Wollenweberei, Braunschweig.
6. Ch. Hagen Nachfolger. Inhaber: H. Rintelmann, Schöppenstedt.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. J. C. Jentsch & Sohn, Braunschweig. Kassirer Franz Hinrichs.
2. Richard Sichler, Braunschweig. Kaufmann Richard Sichler jun.
3. Joseph Püthe, Holzminden. Kaufmann Heinrich Püthe.
4. Emilie Nürnberg, Blankenburg a. H. Zimmermeister Wilhelm Nürnberg.

5. Robert Brandhorst, Braunschweig. Kaufmann Gustav Bornstedt.
6. L. Zadeckliep Nachfolger, Braunschweig. Kaufmann Max Lipmann.

5. Prokura-Löschungen.

1. Heinrich Lüders, Braunschweig. Ingenieur Robert Seppelt und Kaufmann Friedrich Schrenk.
2. Carl Langerfeldt, Braunschweig. Kaufmann Robert Schumann.
3. Ludwig & Lohmann, Braunschweig. Kaufmann Richard Dumke.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Molkerei-Genossenschaft Kaierde, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Kaierde. Mitglieder des Vorstandes sind: Wilhelm Wolff, August Förstmann und August Brodthage, sämmtlich in Kaierde.
2. Badenhäuser Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Badenhausen. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth August Steinmann, Schuhmachermeister Chr. Hartung, Landwirth W. Kirchhoff, Grossköthner Aug. Oppermann, Schneidermeister C. Schütte, sämmtlich in Badenhausen.
3. Broistedter Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Nachschusspflicht in Broistedt. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth H. Markworth, Landwirth Karl Bartels, Schneidermeister Fritz Büsse, Steueramtsassistent Rich. Grube, Schäfer Fritz Röttger, sämmtlich in Broistedt.

2. Abänderungen.

1. Molkerei Nordsteimke, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Der § 42 der Statuten, die Aufstellung der jährlichen Bilanz, insbesondere die Abschreibungen vom Buchwerthe der Anlagen betreffend, ist in der aus den Akten ersichtlichen Weise geändert.
2. Molkerei, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Grafhorst. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes Wilhelm Schulze ist der Landwirth Friedrich Müller zu Grafhorst in den Vorstand gewählt.
3. Molkerei-Genossenschaft Meinbrexen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Meinbrexen. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Grossköthners Karl Löding ist der Vollmaier W. Meyer zu Meinbrexen in den Vorstand gewählt.
4. Konservenfabrik Brunsviga, E. G. m. b. H., Braunschweig. An Stelle des freiwillig aus dem Vorstande ausgeschiedenen Rentners Conrad Schacht hierselbst, und des durch den Tod ausgeschiedenen Landwirths Gustav Crome ist der Landwirth Carl Keye aus Wenden und der Kaufmann Otto Schlegel hierselbst in den Vorstand gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Aug. Schulze, Braunschweig. 30. März 1901.
2. Konsumverein Stadtoldendorf. 16. April 1901.

2. Aufhebungen.

1. Chr. Kasten, Schneidermeister, Gr.-Steinum.
2. Ehefrau des Schlossers Paul Lüddecke, Alwine geb. John, Braunschweig.
3. Wilhelm Rummel, Kaufmann, Walkenried.
4. Otto Gollnick, Kaufmann, Braunschweig.
5. Ehefrau des Grossköthners Friedrich Wiedbrank, Caroline geb. Ohm zu Ottenstein.
6. Paul Bannasch, Klempnermeister, Blankenburg a. H.
7. Louis Wiegel, Handelsmann, Holzminden.
8. Otto Seger, in Firma Seger & Co., Schuhwaarenhandlung, Braunschweig.
9. Ernst Müller, Händler, Braunschweig.

Eingegangene Bücher.

Pfizer, G., **Das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs.** Gemeinverständliche Darstellung. Vollständig in 14 Lieferungen à 50 Pfg. Gesamtpreis des kompletten Werkes 7 Mk. Ravensburg, Verlag von Otto Maier.

Systematische Zusammenstellung der Zolltarife des In- und Auslandes. Herausgegeben im Reichsamt des Innern. C. Chemische Industrie: Erster Nachtrag: D. Holz- und verwandte Industrien, Papier-, Leder- und Kautschuckindustrie: Zweiter Nachtrag. Preis à 1 Mk. E. S. Mittler & Sohn, Königliche Hofbuchhandlung, Berlin SW., Kochstrasse 68/71.

Zu der im Reichsamt des Innern bearbeiteten »Systematischen Zusammenstellung der Zolltarife des In- und Auslandes«, welche 5 Bände umfasst, von denen der erste, die Textilindustrie behandelnde Band vor Kurzem in bereits zweiter Auflage erschienen ist, sind soeben (Verlag der Königlichen Hofbuchhandlung von E. S. Mittler & Sohn in Berlin) zwei Nachträge erschienen, die den betreffenden Interessentenkreisen sehr willkommen sein werden. Es sind dies der erste Nachtrag zu Band C: »Chemische Industrie« und der zweite Nachtrag zu Band D: »Holz- und verwandte Industrien, Papier-, Leder- und Kautschuck-Industrie« (Preis à 1 Mk.). Auch diese beiden Nachträge, in welchen alle seit dem Erscheinen der Haupttheile eingetretenen Veränderungen der Zolltarife Berücksichtigung fanden, zeichnen sich durch klare übersichtliche Bearbeitung aus, so dass die Möglichkeit einer leichten Orientirung geboten wird. Den Besitzern jener Bände sind die Nachträge unentbehrlich.

Jahresbericht 1900/01

des

Kaufmännischen Lehrlingsheims

(Vereinigung der Handlungslehrlinge, gegründet 1893)

zu Braunschweig.

Vorbemerkung.

Das verflossene achte Arbeitsjahr ist eins der fruchtbarsten und in gewisser Hinsicht der bedeutungsvollsten Jahre seit Bestehen des Heims zu nennen. Es hat uns auch einige besondere Ereignisse gebracht, die vorweg Erwähnung finden mögen.

Mit dem Schlusse des Arbeitsjahres hat der bisherige Vorsitzende des Vorstandes, Herr O. Himmel, sein Mandat als Handelskammermitglied und damit auch den Vorsitz im Vorstande des Kaufmännischen Lehrlingsheims, den derselbe seit fast fünf Jahren mit reger Antheilnahme und thatkräftiger Förderung der Interessen des Heims geführt hat, niedergelegt. An seiner Stelle ist Herr Generalsekretär Stegemann, Assistent der Handelskammer, zum Vorsitzenden des Ausschusses von Seiten der Handelskammer ernannt worden.

Am Sonntag, den 24. Februar, besuchte der Herr Minister Hartwig in Begleitung des Herrn Regierungsassessors von Unger die Versammlung des Kaufmännischen Lehrlingsheims, um einen Einblick in die Einrichtung und den Betrieb des Heims zu gewinnen. — Aus diesem Anlass waren als Vertreter der Handelskammer Herr Kommerzienrath Jüdel, Herr Regierungsrath Dr. Stegemann, Herr Generalsekretär F. Stegemann, und von Seiten des engeren Vorstandes Herr Fabrikant J. Neuman, anwesend.

Der Herr Minister nahm, nachdem der Leiter einen Ueberblick über die Gründung, Einrichtung, Zwecke, Ziele und Veranstaltungen des Heims gegeben, Einblick in die Besuchlisten, Verzeichnisse der Büchersammlung, Satzungen, Hausordnung und Jahresberichte, sowie in die von Seiten der Lehrlinge geführten Berichtbücher über die Veranstaltungen, Vorträge und Besichtigungen. Auf besonderen Wunsch des hohen Besuches hielt darauf ein Mitglied des Heims einen freien Vortrag, und dann begann die freie Beschäftigung der einzelnen Gruppen.

Der Herr Minister sprach sich anerkennend über das Gesehene und Gehörte aus und verweilte etwa 11 $\frac{1}{2}$ Stunden in den Räumen des Heims.

Durch ministerielles Schreiben vom 7. März d. J. ist dem Kaufmännischen Lehrlingsheim zu den Unterhaltungskosten eine staatliche Beihilfe von 200 Mk. für das laufende Jahr bewilligt worden.

Wir freuen uns dankbar der uns gewordenen Unterstützung und Anerkennung, zumal dadurch die schon länger geplante Annahme einer Hilfskraft leichter ermöglicht wird, und das Heim dann vor unvorhergesehenen Wechselfällen in der Zukunft mehr gesichert ist.

Im verflossenen Jahre hat sich, veranlasst durch einen Vortrag des Herrn Seminarlehrers Koltzenburg (Wolfenbüttel), eine Gruppe für Handfertigkeit gebildet, welche besonders die Papparbeiten pflegen will. Es ist damit ein erfreulicher Anfang nach dieser Richtung gemacht, und es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, dass die Ausbildung der Hand auch für den jungen Kaufmann von grosser Bedeutung ist.

Die hierorts veranstalteten volksthümlichen Lehrkurse sind auch von Mitgliedern des Heims eifrig besucht worden und haben viel Anregung und ernstes Streben geschaffen. Auf Antrag des Leiters wurde denjenigen Mitgliedern, welche an der Besichtigung von Peine und Ilsede Theil genommen hatten, die betreffende Vorlesung des Professors Bodländer über Eisenverhüttung zugänglich gemacht und so eine vorzügliche Nachbereitung geschaffen.

Um die Gemüthsbildung zu pflegen, ist neben anderen Veranstaltungen, wie Ausflügen, Lektüre, gemüthliches Beisammensein mit Gesang und sonstigen musikalischen Darbietungen, auch zum ersten Male durch den Leiter versucht worden, an einigen Abenden in zwangloser Weise Besprechungen aus dem Leben für das Leben zu veranstalten. Dieselben haben viel Anklang gefunden und sind geeignet, eine tiefere und ernstere Welt- und Lebensauffassung bei den jungen Kaufleuten anzubahnen.

Die Beschäftigung mit der Literatur, insbesondere mit den Werken unserer Klassiker, bietet in dieser Hinsicht passende Anknüpfungspunkte und ist ihrerseits ganz besonders im Stande, einen Mittelpunkt für den Einfluss auf die Charakterbildung des werdenden Menschen abzugeben. Dass eine nähere Beschäftigung mit den Klassikern nothwendig ist, zeigte eine Umfrage bei den Mitgliedern, welche ergab, dass nur einige wenige im Besitze irgend eines Klassikers waren, ein Beweis mehr, wie wenig unsere Dichter wirklich ins Volk eingedrungen sind und wie sehr eine Einwirkung auf den Lesestoff des Volkes von Nothen ist.

Wenn es nun noch gelingen sollte, wie dies geplant, auch ein tieferes Interesse für die Kunst in ihren verschiedenen Zweigen und ihren Werken zu wecken, so würde damit viel gewonnen und den jungen Leuten der Weg gezeigt sein, auf dem sie ihrem Leben einen tieferen Inhalt zu geben in der Lage sind.

Geschichte und Organisation des Heims.

Das Kaufmännische Lehrlingsheim ist am 19. Februar 1893 auf Anregung des Fabrikanten Herrn Brückmann vom Kaufmännischen Verein »Union« gegründet worden.

Im Oktober 1894 wurde das Heim vom derzeitigen Vorsitzenden der »Union«, Herrn J. Neuman, umgestaltet und dem jetzigen Leiter übertragen.

Am 1. April 1896 wurde die Einrichtung von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig übernommen, unter Mitwirkung der Handelskammer und der Kaufmannschaft eine feste Grundlage, gute Organisation, Satzungen und Hausordnung geschaffen und die Unterstützung fast sämtlicher hiesiger kaufmännischer Vereine gewonnen.

Das Lehrlingsheim untersteht nunmehr einer Kommission, die sich aus je zwei Vertretern der Handelskammer (Herren E. Baumgarten und Generalsekretär F. Stegemann), sowie der fünf unterstützenden Vereine:

1. Kaufmännischer Verein »Union« (Herren J. Neuman und E. Schreckhas),
 2. Handelsverein (Herren R. Lange und A. Ackenhausen),
 3. Verband reisender Kaufleute Deutschlands, Sektion Braunschweig (Herren L. Cramer und O. Rademacher),
 4. Verband deutscher Handlungsgehilfen, Kreisverein Braunschweig (Herren Ferd. Grobecker und Ferd. Plate),
 5. Verein für Handlungskommis von 1858, Bezirk Braunschweig (Herren Paul Grunewald und Wilh. Reile)
- und dem Leiter des Heims, Lehrer Th. Sander, zusammensetzt.

Den engeren Vorstand bilden die Herren:

- F. Stegemann, erster Vorsitzender,
- J. Neuman, zweiter Vorsitzender,
- L. Cramer, Schriftführer,
- R. Lange, Kassenwart,
- Th. Sander, Leiter des Heims.

Zweck und Aufgabe des Heims.

Das Kaufmännische Lehrlingsheim will besonders auf die Charakterbildung des jungen Kaufmanns einwirken. Unter Hinweis auf die eingehenden Ausführungen über diesen Punkt im vorjährigen Berichte, sei hier noch Folgendes hervorgehoben:

Seit Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist die Einrichtung von Lehrlingsheimen, überhaupt die Fürsorge für die heranwachsende Jugend, insbesondere in den Grossstädten, eine Nothwendigkeit geworden. Die Heime haben den Zweck, kaufmännischen Lehrlingen, vorzüglich den auswärtigen, aber auch den übrigen eine Stätte zu bieten, wo sie Gelegenheit zu geselliger und bildender Unterhaltung finden.

Ein Lehrlingsheim ist nöthig im Interesse der Lehrherren, denn in der unrichtigen Anwendung der sonntäglichen Freizeit (Besuch von Wirthschaften, Vereinen, Specialitäten; Gründung von zweifelhaften Verbindungen, Tanzkränzchen und dergl.) liegt für den Lehrling der bleibende Grund und starke Anreiz zu Veruntreuungen und mangelhaften Leistungen im Geschäft, wie die Erfahrung lehrt.

Ausserdem hat der Lehrherr die moralische Pflicht übernommen, den Lehrling zu einem charaktervollen, tüchtigen und ehrlichen Kaufmann heranzubilden. Ihm fehlt aber oftmals nach den Anstrengungen des Geschäftslebens dazu die Zeit und Lust, oder auch die Fähigkeit. Das Kaufmännische Lehrlingsheim nimmt dem Lehrherrn diese schwere Verpflichtung zum Theil ab.

Ist so eine Einrichtung für den Lehrling geschaffen, die ihm ermöglicht, gut und brav zu bleiben in den mannigfachen Versuchungen der Grossstadt, so trifft den Lehrling selbst die Schuld, wenn er diese Gelegenheit, trotz wiederholtem Hinweis darauf, nicht benutzt. Die Kaufmannschaft hat ihre Schuldigkeit gethan und ihre Verpflichtung dem Lehrling, dessen Eltern, dem eigenen Stand und dem Staat gegenüber erfüllt.

Die Einrichtung eines Lehrlingsheims liegt ferner auch im Interesse der Lehrlinge und deren Eltern, denn dem Lehrling fehlt noch der Blick für die Tragweite seiner Handlungen, er weiss nicht, wie und wo er seine freie Zeit nützlich und zweckmässig verbringen soll. Der Verkehr mit moralisch verdorbenen älteren Lehrlingen ist sehr oft der Grund für den eigenen moralischen und gesellschaftlichen Schiffbruch.

Gerade in der Zeit, in der ihre jungen Herzen noch empfänglich sind für alles Edle, müssen ihnen höhere geistige Genüsse lieb und werth gemacht werden.

Damit ist auch den Eltern der Lehrlinge manche schwere Sorge vom Herzen genommen, denn oftmals sind vorsichtige Eltern nur deshalb gegen das Ergreifen des Kaufmannsberufes von Seiten ihrer Söhne, weil sie mit Recht die grösseren Gefahren für die Charakterentwicklung und für die Redlichkeit des Sohnes wohl erkennen und fürchten. Oft auch erfahren die Eltern, insbesondere die auswärts wohnenden, viel zu spät von dem Thun und Treiben des Sohnes, und die ganze Kette von Vorgängen, die der Thatsache des endlichen Fehltrittes vorausgegangen und in ursächlichem Zusammenhang damit steht, bleibt ihnen leider meist verborgen.

Auch aus allgemeinen Gründen ist die Einrichtung eines Heimes wünschenswerth, da dasselbe in mancher Beziehung eine vorzügliche Ergänzung der kaufmännischen Fortbildungsschule sein kann. Das Lehrlingsheim kann die Gemüthsbildung beeinflussen und pflegen, kann sich mit Volkswirtschaftslehre, Handelsgeschichte, Waarenkunde, Turnen und Turnspielen und vor Allem mit Literatur und Kunst beschäftigen, den Geist so vor Einseitigkeit bewahren und ihm Nahrung zuführen, die dem Menschendasein erst den

höchsten Werth verleihen. — Gerade die Werke der echten Literatur und Kunst sind im Stande, den ganzen Menschen zu packen und zu veredeln, ihm Ideale einzuhauchen, die unserer Jugend so sehr fehlen und leider so bald in der Hast und Jagd des unbarmherzigen Erwerbskampfes verloren zu gehen drohen. Starkes Pflichtgefühl, feste Grundsätze und Ideale sind sichere Grundpfeiler für eine gedeihliche Charakterentwicklung. —

An solchen, auf Erziehung des Nachwuchses gerichteten Veranstaltungen hat der gesammte Kaufmannsstand ein lebendiges Interesse, und ebenfalls auch der Staat, denn die Erhaltung eines sittlich und geistig tüchtigen Handelsstandes ist ein wichtiges Erforderniss für die gesammte Volkswohlfahrt und für die zukünftige erfolgreiche Bethätigung auf dem Weltmarkte.

Ein Lehrlingsheim kann somit in jeder Hinsicht einen Mittelpunkt für die sociale Bethätigung der gesammten Kaufmannschaft abgeben und ein einigendes Band um alle Glieder des Standes schlingen, unbeschadet der sonstigen Schranken, welche in gesellschaftlicher, geschäftlicher, religiöser oder politischer Hinsicht bestehen.

Die Mittel zur Erreichung des Zweckes.

Zur Erreichung des Zweckes werden Vorträge aus den verschiedenen Wissensgebieten gehalten bzw. zugänglich gemacht, Fragen aus dem praktischen Kaufmannsleben erörtert, Handfertigkeit u. a. m. getrieben, Fabriken, gewerbliche Anlagen und Sehenswürdigkeiten der Stadt besucht, Gesellschaftsspiele und eine Büchersammlung zur Verfügung gestellt, Turnübungen, Turnmärsche, Turnspiele, Eislauf und Ausflüge veranstaltet.

Für jedes Heim ist die persönliche Einwirkung durch den Leiter und der einheitliche Geist in den Veranstaltungen ein wichtiges Moment, um auf die Charakterbildung des jungen Nachwuchses günstig einzuwirken.

Aeussere Einrichtung.

Das Kaufmännische Lehrlingsheim ist in der Regel allsonntäglich von 4 bis 9 Uhr Nachmittags geöffnet.

Versammlungslokal ist Hotel d'Angleterre.

Die erwähnten Turnspiele finden bei günstigem Wetter von 5 bis 7 Uhr auf dem Amalienplatze vor dem Petritheore statt.

Zum Besuche des Heims ist jeder in der Stadt Braunschweig beschäftigte Handlungslehrling von tadelloser Führung berechtigt, wenn er sich zur Beobachtung der Hausordnung verpflichtet. Die Aufnahme erfolgt nach schriftlicher oder mündlicher Anmeldung beim Leiter durch Unterzeichnung der Hausordnung.

Ausser einer vierteljährlichen Zahlung von 50 Pfg., welche in die Reisekasse fliessen und als Reisezuschuss oder zum Ankauf von Geschenken bei der Weihnachtsfeier Verwendung finden, hat der Lehrling keinerlei Beiträge zu entrichten; er ist auch nicht verpflichtet, in den Räumen des Heims irgend etwas zu verzehren.

Die Veranstaltungen.

Die Veranstaltungen des Kaufmännischen Lehrlingsheims gliedern sich in zwei Hauptgruppen:

1. Beschäftigung im Freien, die naturgemäss im Sommer und
2. Beschäftigung im Zimmer, die im Winter in den Vordergrund tritt.

I. Die Beschäftigung im Freien.

A. Die Turnspiele.

Sie sind wichtig für die Erzielung eines regelmässigen Besuches im Sommer.

Nachstehende Tabelle giebt Aufschluss über die Betheiligung an den einzelnen Spieltagen, an den geübten Spielen, einschliesslich der Turnfahrten und Ausflüge:

1900/01.

Anzahl der Spieltage	Anzahl der Theilnehmer an den Turnspielen	Spiele, welche getrieben wurden	Wie oft?
20	704	Schleuderball	5
		Faustball	12
		Fussball	5
		Ball mit Freistätten	4
		Ball mit vier Freistätten	5
		Kaiserball (nach Braunschweiger Art)	15
		Schlagball (ohne Einsenker)	3
		Barlauf	1
		Turnmärsche	5
		Kriegsspiel (Schneeballschlacht)	1

Die Theilnehmerzahl insgesamt und die Theilnehmer an den Turnspielen auf die einzelnen Monate vertheilt, veranschaulicht folgende Tabelle:

Monat	Theilnehmer	
	insgesamt	bei den Turnspielen
April und Mai 1900	207	176
Juni	110	87
Juli (Ferien), August	172	100
September	131	86
Oktober	133	25
November	201	—
Dezember	156	—
Januar 1901	238	91
Februar	146	25
März und April	285	114
Arbeitsjahr 1900/01	1779	704

Die Gesamtzahl der Theilnehmer 1779, die höchste Jahresziffer seit Bestehen des Heims, zeigt, wie ausserordentlich günstig der Besuch im verflossenen Arbeitsjahre war, zumal gerade die Regelmässigkeit des Besuches hierdurch besonders hervortritt.

B. Turnmärsche, Kriegsspiele.

Unsere kleineren Turnmärsche und Spaziergänge führten uns nach dem v. Pawelschen und Rischauer Holze, dem Sophienthaler und Fürstenauer Forst, nach Bortfeld, Wedtlenstedt und Denstorf.

Anlässlich des Wintermarsches fand am Ausgange des Bortfelder Holzes ein Kriegsspiel in Form einer tüchtigen Schneeballschlacht statt.

C. Grössere Ausflüge.

Es finden in der Regel alle Jahre zwei bis drei grössere Ausflüge statt. Wünschenswerth ist, dass die Lehrherren hierzu, wie das meist bisher der Fall war, bereitwillig die Erlaubniss ertheilen, da hierdurch das Interesse am Heim gesteigert und die Arbeitsfreudigkeit der Lehrlinge im Geschäfte erhöht wird.

Wie alljährlich führte uns unser ganztägiger Frühlingsausflug wieder nach dem Elme.

Unsere Harzreise fand im August statt. Sie führte uns von Harzburg über den Ahrendsberg ins Okerthal und über den Eichenberg und Ramseck nach Goslar, woselbst das Kaiserhaus und die Kunstuhr besichtigt wurden.

Eine Abtheilung von älteren Lehrlingen hatte eine beschwerliche Nachtwanderung nach dem Brocken am Abend vorher angetreten und traf im Ahrendsberger Forsthause mit der Hauptabtheilung zusammen.

Bei diesen grösseren Ausflügen hat sich die Einrichtung der sogenannten Reisekasse trefflich bewährt. Die Kasse, in welche jeder Lehrling, wie eingangs erwähnt, vierteljährlich 50 Pfg. einzahlt, wird unter Oberaufsicht des Leiters von einem Mitgliede vorzüglich verwaltet. Die Mittel bilden dann als Reisezuschuss oder bei gesellschaftlichen Veranstaltungen eine willkommene Zubusse und erleichtern Manchem die Theilnahme.

D. Besichtigungen.

Diese sollen den Gesichtskreis des jungen Kaufmannes erweitern, ihm Verständniss und Interesse für die Industrien der Heimathstadt, für die Entstehung der Waaren, sowie Kenntniss der Produkte selbst übermitteln.

Die Besichtigungen werden stets durch einführende Vorträge vorbereitet, es erfolgen dann an Ort und Stelle die Erläuterungen im Anschluss an das zu Besichtigende. In einer der nächsten Versammlungen wird dann von einem Mitgliede gleichsam zur Nachbereitung ein schriftlicher und mündlicher Bericht erstattet.

Nicht die Befriedigung der Neugierde oder oberflächliches Durchlaufen ist der Zweck der Besichtigungen, sondern wirkliche durch die Anschauung unterstützte genaue Einführung und klarer Einblick in das betreffende Wirtschaftsgebiet. Nur mit solcher Art der Besichtigung ist stets ein Wachsen des Verständnisses, der Beobachtungsgabe und des Interesses verbunden.

Nachfolgende Besichtigungen sind ausgeführt worden:

1. Cementwarenfabrik von Becker.
2. Kaiserhaus und Kunstuhr in Goslar auf der Harzreise.
3. Bierbrauerei von Steger in Oelper, unter Führung des Braumeisters Herrn Meyer.
4. Das Peiner Walzwerk, unter Führung der Beamten des Werkes der Herren Bockenamp und Heinze.
5. Die Ilseder Hütte, unter Führung der Herren Ingenieure Hüschen, Möller, Schleicher und Stübing.
6. Die Ausstellung eines präparirten Walfisches auf dem Schützenplatze.
7. Die Ausstellung der Arbeiten der hiesigen Knabenhorte.
8. Das Lichtwerk der Strasseneisenbahn-Gesellschaft, unter Führung des Werkmeisters Herrn Schmahl.

Für die gütige Gestattung der Besichtigungen, die sachgemässe Führung und die freundliche Aufnahme bei denselben, sprechen wir auch an dieser Stelle besten Dank aus.

In Bezug auf die mannigfachen Anregungen und den Werth solcher Besichtigungen, sowie ihre Nutzbarmachung für die Erkenntniss der wirtschaftlichen Verhältnisse, verweisen wir auf den »Bericht über die Besichtigung des Peiner Walzwerkes und der Ilseder Hütte« in der Februarnummer 1901 der Monatsschrift für Handel und Industrie.

An der betreffenden ausserordentlich interessanten Besichtigung hatten sich ausser den Mitgliedern des Heims auch mehrere Vertreter des Vorstandes, der Kaufmannschaft und einige Lehrer der kaufmännischen Fortbildungsschule betheiligt.

Die Besichtigung fand ausnahmsweise an einem Wochentage statt, und es ist dankbar anzuerkennen, dass, soweit dies irgend möglich war, von Seiten der betheiligten Lehrherren den Lehrlingen für diesen guten Zweck gern die Erlaubniss ertheilt worden ist.

Die Erinnerung an diese vom herrlichsten Wetter begünstigte Besichtigungsfahrt bildet denn auch für alle Betheiligte einen Glanzpunkt in den Erinnerungen des verflossenen Arbeitsjahres.

II. Beschäftigung im Zimmer.

Dem Kaufmännischen Lehrlingsheim stehen für die Beschäftigung im Zimmer drei grosse Räume im Hotel d'Angleterre zur Verfügung.

Neben der körperlichen Ausbildung ist auch die Fürsorge für die geistige Bildung nicht vergessen worden.

A. Die Vorträge.

Bei den Vorträgen wird trotz der verschiedenen Wissensgebiete, denen sie entnommen sind, möglichst eine gewisse Einheitlichkeit angestrebt. So stehen die diesjährigen Vorträge zum Theil auch mit den vorjährigen in Verbindung, indem sie Fortsetzungen oder Ergänzungen derselben bilden.

Auch in diesem Jahre haben die Herren Lehrer K. Ernst und Mügge, sowie Herr Schwarzmann und Herr Seminarlehrer O. Koltzenburg in dankenswerther Weise ausser dem Leiter durch Uebernahme von Vorträgen unserer Sache gedient.

Die Vorträge dieses Jahres behandelten der Zeitfolge nach:

1. Joh. Gutenberg, Ansprache zum 500jährigen Geburtstage des Erfinders der Buchdruckerkunst (Leiter).
2. Reiseskizzen I: Die Lüneburger Heide.
3. » II: Lauenburg-Sachsenwald und Lübeck (Leiter). (Erinnerungen von einer Radfahrt durch Norddeutschland.)
4. Helmuth von Moltke, ein Lebens- und Charakterbild zum 100jährigen Geburtstage des grossen Schlachtenlenkers (Leiter).
5. Der Schauplatz der Tellsage (Reiseerinnerungen a. d. Schweiz, zur Einführung in die Lektüre des Schillerschen Schauspiels [Leiter]).
6. und 7. Handfertigkeit, insbesondere Papparbeiten, nebst Ausstellung selbstgefertigter Gegenstände (Seminarlehrer Koltzenburg [Wolfenbüttel]).
8. Gewinnung und Verarbeitung des Eisens nebst einem geschichtlichen Rückblick und einem kurzen Ueberblick über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Eisenhüttenwesens (Leiter).

Zur Veranschaulichung diente die Vorführung der wichtigsten Eisen-erze und der Tabellen: Hochofen-Bessemerbirne, Dampfhammer, Walzwerk und Giesserei.

Der Vortrag hatte den Zweck, die Besichtigung Peine-Ilse gründlich vorzubereiten.

9. Die Schreibmaschine, ihre Geschichte, Einrichtung und Bedeutung (Herr Schwarzmann).
10. Vorführung des Mimeographen und der verschiedenen Systeme der Schreibmaschinen nebst praktischer Uebungen im Liniiren und Zierschrift (Herr Schwarzmann).

Bei dem nachfolgenden interessanten Vergleichswettschreiben zwischen Schreibmaschine gewöhnlicher Schrift und Stenographie war das Ergebniss in gleicher Zeiteinheit unter Zugrundelegung einer Sentenz folgendes:

Gewöhnliche Schrift 5 Abschriften,
Stenographie (Gabelsberger) 21 Abschriften,
Schreibmaschine ohne Vervielfältigung 8 Abschriften,
mit Vervielfältigung 24 Abschriften.

11. Eine Reise nach dem Monde (Herr Ernst) mit Vorführung selbstgefertigter Veranschaulichungs-Apparate.
12. Galvanische Elektricität und die Anwendung der Elektricität im praktischen Leben (Herr Mügge).

Der Vortrag war durch zahlreiche Versuche erläutert und diente zur Vorbereitung der Besichtigung des Lichtwerkes.

13. Das Schlagballspiel ohne Einsenker, nach den Regeln des Central-ausschusses erläutert (Leiter).
14. Rückblick auf das verflossene Arbeitsjahr (Leiter).

B. Freie Vorträge der Mitglieder.

Nachdem im vorigen Jahre ein erster Versuch gemacht worden ist, die Mitglieder zu freien mündlichen Vorträgen heran-

zuziehen, deren Stoff den jeweiligen Lieblingsfächern der betreffenden Mitglieder entnommen ist, wurden auch in diesem Jahre einige solche Vorträge gehalten.

Die Einrichtung hat den Zweck, die Mitglieder im Gebrauche der mündlichen Rede, insbesondere in zusammenhängender Form zu üben. Der Vortrag ist vollständig frei zu halten und darf die Zeit von 15 Minuten nicht überschreiten. An den Vortrag schliesst sich, wenn irgend möglich, eine sachgemässe kurze Besprechung an.

In diesem Jahre sind folgende Vorträge gehalten:

1. Humoristische Darstellung unserer Harzreise (Weber).
2. und 3. Aus dem Wunderlande der Pharaonen:
 - a) Schlüssel zur Bilderschrift der alten Aegypter.
 - b) Altägyptischer Tempelbau (beide Vorträge, vom Mitgliede Weber, wurden durch Zeichnungen erläutert).
4. und 5. Die Baudenkmäler bei den Griechen und Römern (Weber).
6. Einrichtung der elektrischen Strassenbahn (Mitglied Ungnade).

C. Besprechungen

a) aus der Praxis des Kaufmannslebens.

In den früheren Jahren sind hauptsächlich verschiedene Wechselfälle, Rechtsfälle, Beispiele aus dem Kontokorrentverkehr, aus der Handelsbetriebslehre, sowie aus der Volkswirtschaftslehre, Zoll- und Steuerfragen besprochen worden.

Bei diesen Besprechungen ist das Interesse ein sehr reges und der sich anschliessende Meinungs-austausch meist ein sehr lebhafter.

In diesem Jahre beschäftigten uns folgende Punkte:

1. Ist man zur Annahme eines eingeschriebenen Briefes verpflichtet? Folgen der Nichtannahme.
2. Deutlicher Bankvermerk auf Rechnungen.
3. Befugnisse des Reisenden.
4. Kann der Reisende im Falle seiner Erkrankung Spesen verlangen?
5. Postabholungsfächer.
6. Führung von Kundenregistern.
7. bis 9. Praktische Ausbildung der Lehrlinge.

(Der letzte Stoff ist einem Artikel der Zeitschrift »Organisation« entnommen.)

b) aus dem Leben für das Leben:

Gedankenaustausch und Anregungen über allgemeine menschliche Fragen, um eine vertiefte Auffassung des Lebens anzubahnen und das Gemüthsleben zu fördern.

D. Vorlesungen und kleinere Skizzen.

Es wurde ausser kleineren Skizzen von Warncke, Rosegger, Höppner, besonders die »Reise nach Bellingen« von Fr. Reuter vorgelesen.

E. Besuch von Vereinsvorträgen.

(An Werktagsabenden.)

Auch in diesem Jahre sind von Seiten des Kaufmännischen Vereins »Union« und des »Kreisvereins Braunschweig im Verbande deutscher Handlungsgehilfen« Eintrittskarten zu den Wintervorträgen für eifrige und strebsame Mitglieder des Heims zur Verfügung gestellt worden.

Zum Theil sind diese Vorträge von Mitgliedern stenographisch aufgenommen und dann zu einem Berichte verarbeitet und den übrigen Mitgliedern so nutzbar gemacht worden.

Die Unionsvorträge behandelten:

1. Deutsch-China und die Chinesen von Dr. Curt Boek, Weltreisender.
2. Das deutsche Volkslied von Dr. M. Friedländer, Privatdozent, ein ganz ausgezeichnet Vortrag, der geeignet war, besonders auf das Gemüth zu wirken. In einem Berichte wurde daher der Hauptinhalt des Vortrages durch den Leiter den Mitgliedern dargeboten.

Die Vorträge im Kreisverein behandelten:

1. Rezitatorischer Abend von Georg Gernss (Gera).
2. Reiseerinnerungen. Zu Rade durch die norddeutsche Tiefebene (Th. Sander [Braunschweig]).

F. Keulenschwingen.

Dasselbe dient besonders der körperlichen Uebung und Kräftigung während des Winters. Es wurde an 16 Sonntagen eifrig geübt und die Weihnachtsfeier durch vorzüglich gelungene Vorführungen im Keulenschwingen verschönt.

G. Besondere Feiern.

Unsere diesjährige **Weihnachtsfeier**, die Hauptfeier in unserem Heim, war ganz ausserordentlich stark besucht.

Ausser den Mitgliedern theiligten sich auch Vertreter der Handelskammer, des Vorstandes der Kaufmannschaft, die Eltern der Lehrlinge, sowie einige Freunde der Sache an der Feier.

Auch in diesem Jahre fand ausser einer Verlosung von passenden Gegenständen eine Vertheilung werthvoller **Bücherprämien** statt. Die mit entsprechender Widmung versehenen Bücher, welche der Individualität der betreffenden Mitglieder gemäss ausgewählt wurden, sind an nachfolgende Mitglieder vertheilt:

1. Eduard Weber: Die Leute aus dem Walde von Raabe und Wickenhagens Kunstgeschichte.
2. Karl Eilert: Huber-Schär, Kontorpraxis.
3. Friedrich Germer: Dullers Deutsche Geschichte.
4. August Bertram: Hungerpastor von Wilh. Raabe.
5. Herm. Löhr: Jahn, I. Theil, Erlebnisse eines 24er.
6. Philipp Gothmann: Wirth, Das Geld, und Pache, Lehre vom Staate.
7. Wilh. Brüggemann: Moderne Landsknechte von Berger.
8. Wilh. Hansmann: Deklamatorium von Höpfert.

Ausserdem wurden noch als lobende Anerkennung drei kleine Bücherspenden an die Mitglieder Fr. Schmidt, B. Wehrsen und P. Schacht vertheilt.

Gemüthliches Beisammensein mit Gesang fröhlicher Lieder, musikalischen und humoristischen Vorträgen fand statt am Sonntage nach der Weihnachtsfeier — am 23. September und 24. März als Abschiedsfeier dreier treuer Mitglieder, die in die Ferne zogen, am 21. April aus Anlass der unseren Mitgliedern Ed. Weber, Max Näsemann und Herm. Löhr zu Theil gewordenen Prämienauszeichnung für ihre vorzüglichen Leistungen in der kaufmännischen Fortbildungsschule.

H. Büchersammlung, Gesellschaftsspiele.

Auch in diesem Jahre hat unsere reichhaltige Büchersammlung, welche den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung steht, ausser den Neuanschaffungen eine Bereicherung durch die Schenkung des Herrn R. Cramer (14 Bände von Senff, Briefmarkenalbum) erhalten. Dem Stifter sei auch hier unser Dank ausgesprochen.

Neben der Büchersammlung gewähren die vorzüglichen Gesellschaftsspiele bei ungünstigem Wetter genügend Unterhaltung und Beschäftigung. Auch ein eigenes Klavier ist vorhanden. Den älteren Lehrlingen standen ausserdem zwei Billards und die Kegelbahn gegen mässiges Entgelt zur Verfügung. Die letztere Gelegenheit wurde an 13 Sonntagen benutzt.

So ist für Unterhaltung, Belehrung und geselligen Verkehr, für Beschäftigung aller Art in reichlichem Maasse gesorgt.

I. Besondere Abtheilungen.

Lesegruppe, Abtheilung für Handfertigkeit und
Kurzschrift.

Die Lesegruppe hat in diesem Jahre »Wilhelm Tell« und »Wallensteins Lager« mit vertheilten Rollen gelesen.

Durch den kurz vor Weihnachten stattgefundenen Vortrag des Herrn Seminarlehrers O. Koltzenburg über Handfertigkeit, insbesondere durch die praktische Vorführung der Papparbeiten hat sich eine Gruppe für Handfertigkeit gebildet, welche bereits an neun Tagen eifrig geübt hat.

Die Gruppe für Kurzschrift hat öfter zum Zwecke der Erzielung grösserer Fertigkeit Diktirübungen veranstaltet, auch Vorträge stenographisch aufgenommen.

K. Eislauf.

Die dankenswerthe Vergünstigung des hiesigen Eisbahnvereins, unseren Mitgliedern gegen Lösung von Schülerkarten Einlass auf beiden Bahnen zu gewähren, ist in diesem Jahre eifrig benutzt

worden. Theilweise haben die Mitglieder auch am Abendlaufen Wochentags Theil genommen.

Schlusswort.

Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns. Manche schöne Stunde hat es den Mitgliedern des Heims gebracht und mit Ernst dem Zwecke gedient, den es verfolgt.

Da das Heim seine Mitglieder für das praktische Leben vorbereiten will, so spiegelt seine ganze Einrichtung gewissermaassen die Verhältnisse des öffentlichen Lebens wieder.

Der Einzelne soll lernen, für das Ganze, für die Gesamtheit zu arbeiten und den besten Lohn in seiner treuen Pflichterfüllung zu sehen, sei es als Obmann des Ganzen oder einzelner Gruppen, sei es als Schriftführer, Bücher-, Spiel- oder Kassenwart und dergleichen.

Es scheint, als ob das Interesse für die gute Sache der Lehrlingsheime im Wachsen begriffen ist. Handelskammern und kaufmännische Vereine beschäftigen sich mit der Frage. Im Laufe des Jahres wurden von mehreren Seiten Anfragen an die hiesige Leitung gerichtet und eingehende Auskunft erbeten, so von Halberstadt, Lübeck und Halle. Wünschenswerth ist vor Allem, dass die Erfahrungen über Einrichtung und Leitung von Lehrlingsheimen durch Besprechung der betheiligten Kreise ausgetauscht werden und dass sich eine geeignete Stelle findet, welche die Sache in die Hand nimmt.

Grundbedingung für die gedeihliche Entwicklung eines Heims ist, dass dasselbe von einheitlichem Geiste getragen wird, dass Leben und Streben darin herrscht und ein frischer, fröhlicher Zug das Ganze durchweht.

Den wahren Bedürfnissen der Lehrlinge und den örtlichen Verhältnissen muss überall Rechnung getragen werden; niemals aber auf Augenblickserfolge in unverzeihlicher Kurzsichtigkeit hingearbeitet werden. Fehler auf dem Erziehungsgebiete sind leider nur ganz allmählich oder gar nicht wieder gut zu machen, jedes Geschlecht erntet auf dem Erziehungsgebiete die Saat des vorigen. Leicht ist es, ein Lehrlingsheim ins Leben zu rufen, aber schwer, dasselbe dahin zu bringen, dass es dauernd inneren Werth besitzt, dass es dauernd auf der Höhe erhalten wird und getragen wird von dem Vertrauen der ersten denkenden Lehrherren und Lehrlinge.

Im Laufe des Jahres ist unserem Heime von den verschiedensten Seiten thatkräftige Unterstützung und Interesse entgegengebracht worden. Den hohen Behörden, Vereinen, Firmen und Herren, welche sich unserer Sache durch Beiträge und Schenkungen, durch bei Besichtigungen, durch Uebnahme von Vorträgen angenommen haben, gebührt für das Wohlwollen und die Mitarbeit unser herzlichster Dank.

Möchte das Heim stets in rechter Weise sich weiter entwickeln und ein gemeinsames Band für die Bestrebungen der Kaufmannschaft sein, den Lehrlingsstand sittlich zu heben und zu fördern!

In diesem Sinne rufen wir alle Gleichgesinnten zu fernerer Mitarbeit auf, der Worte gedenkend:

»Kommt, lasst uns unserer Jugend leben, denn in dem Nachwuchs liegt die Zukunft unseres Standes, unseres Volkes!«

Braunschweig, im Mai 1901.

Th. Sander,

Leiter des Kaufmännischen Lehrlingsheims.

Arbeitsplan

des

Kaufmännischen Lehrlingsheims zu Braunschweig für das Jahr 1901/02.

Die Veranstaltungen finden allsonntäglich von 4 bis 9 Uhr Nachmittags statt. Versammlungslokal ist Hotel d'Angleterre.

I. Sommerhalbjahr.

(Beschäftigung im Freien.)

1. **Turnspiele.** Im Mittelpunkte der Veranstaltungen stehen die Turnspiele.

In diesem Jahre wird ausser dem echt deutschen Schlagball- oder Kaiserballspiel nach Braunschweiger Art besonders das Schnell'sche Schlagballspiel ohne Einsenker geübt werden.

Ausserdem wird gespielt: Faust- und Fussballspiel, Schleuderball, Barlauf, Raff- und Grenzball, Ball mit Freistätten.

Anmerkung. Spielplatz: Amalienplatz. Spielzeit: Sonntags Nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

2. **Turnmärsche, Spaziergänge, Kriegsspiele.** In der Regel findet allmonatlich ein Turnmarsch oder Ausflug statt. Auch ein Kriegsspiel wird wieder veranstaltet werden.

3. **Grössere Ausflüge.** Im Mai findet ein ganztägiger Ausflug nach dem Elme, Himmelfahrt nach dem Fürstenauer Holze, im Juni eine halbtägige Assefahrt und im August unsere Harzreise nach den Höhlen von Rübeland statt.

4. **Besichtigungen** von Fabriken und gewerblichen Anlagen in der Stadt und Umgebung sollen auch in diesem Jahre wieder ausgeführt werden.

In Aussicht genommen ist die Besichtigung:

- einer Zuckerfabrik,
- einer Buch- und Kartendruckerei,
- einer Blechwaarenfabrik,
- einer Konservenfabrik,
- der Jutespinnerei,
- einer Maschinenfabrik bezw. Giesserei.

Vielleicht lässt sich in diesem Jahre auch der Wunsch der älteren Lehrlinge, ein Kalibergwerk zu besichtigen, ermöglichen. Um das Kunstverständniss zu wecken, soll ausser der Besichtigung der Burg Dankwarderode und des Doms versucht werden, den Museen Besuche abzustatten. Leider ist zu bedauern, dass dieselben

immer nur dann geöffnet sind, wenn die Lehrlinge dienstlich in Anspruch genommen sind. Vielleicht lässt sich hierin Wandel schaffen.

II. Winterhalbjahr.

(Beschäftigung im Zimmer.)

1. **Vorträge und Besprechungen.** Dieselben werden den verschiedensten Wissensgebieten entnommen. Volkswirthschaftliche, gesetzeskundliche und handelswissenschaftliche Stoffe werden besonders berücksichtigt.

Die Besprechungen werden Fälle aus dem Geschäftsleben zum Ausgangspunkte nehmen und ausserdem auch das Gemüthsleben durch Mittheilungen aus dem Leben für das Leben fördern.

2. **Freie Vorträge der Mitglieder.** Zur Uebung in freier, zusammenhängender Rede werden selbstgewählte Vortragsthemen aus den Lieblingsfächern durch die Mitglieder vorgeführt.

3. **Vorlesungen.** In Aussicht genommen ist: »Ut mine Stromtid« von F. Reuter, Wilh. Raabe: »Die Gänse von Bützow«, Otto Ernst: »Aus verborgenen Tiefen«, Webers »Dreizehnlinden«, neben kleineren humoristischen Skizzen.

4. **Lesegruppe, Abtheilung für Kurzschrift, Keulenschwingen, Handfertigkeit.** Die Lesegruppe wird Dramen unserer Klassiker lesen, die Abtheilung für Kurzschrift ihre Uebungen fortsetzen, ebenso die Gruppe für Keulenschwingen. Die Abtheilung für Handfertigkeit wird die Papparbeiten besonders pflegen.

5. **Vereinsvorträge.** Die »Union« und der »Kreisverein im Verbands Deutscher Handlungsgehilfen« haben wieder Eintrittskarten zu den Wintervorträgen für eifrige und pünktliche Mitglieder in Aussicht gestellt.

6. **Verschiedene Beschäftigungen.** Die reichhaltige Büchersammlung, die vorzüglichen Gesellschaftsspiele stehen den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung, den älteren Mitgliedern sind auch zwei Billards und eine Kegelbahn gegen geringes Entgelt zugänglich.

Der Braunschweiger Eisbahnverein wird voraussichtlich, wie in früheren Jahren, den Mitgliedern gegen Lösung von Schülerkarten den Zutritt zu seinen Eisbahnen gestatten.

Besondere Feiern. Ausser der Veranstaltung einiger gemüthlicher Abende ist wieder eine Weihnachtsfeier mit Verlosung in Aussicht genommen.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 6.

Braunschweig, Juni 1901.

XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Handelskammerwahl.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass bei der am 6. Juni d. J. stattgefundenen Handelskammer-Ersatzwahl die Herren Hoflieferant Otto Meyer, i. Fa. C. Fr. Behrens, und Kaufmann Friedrich Sander, i. Fa. Dr. Heinen & Sander, hier, für die Zeit bis 1. April 1902 zu Mitgliedern der Handelskammer gewählt worden sind.

Braunschweig, den 26. Juni 1901.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Aufnahme von Obligationen in den amtlichen Kursbericht.

Die Handelskammer hat den vereideten Wechselsensal angewiesen, die zur Ausgabe gelangten $4\frac{1}{2}\%$ igen Braunschweig-Schöninger Eisenbahn-Obligationen in den amtlichen Kursbericht aufzunehmen.

Waarenzeichen-Anmeldung »Freimaurer«.

Nach einer Mittheilung des Kaiserlichen Patentamtes, Abtheilung für Waarenzeichen, ist die Waarenzeichenanmeldung, betreffend das Wortzeichen »Freimaurer«, rechtskräftig abgewiesen und das genannte Wort als Freizeichen für Lebkuchen festgestellt worden.

Reichsbankstellen.

Reichsbanknebenstellen sind errichtet in:

1. Bünde (Westfalen), abhängig von der Reichsbankstelle in Minden,
2. Altena (Westfalen), abhängig von der Reichsbankhauptstelle in Dortmund,
3. Luckenwalde, abhängig von der Reichsbankstelle in Brandenburg a. H.,
4. Döbeln, abhängig von der Reichsbankhauptstelle in Leipzig,
5. Lauterbach (Oberhessen), abhängig von der Reichsbankstelle in Fulda,
6. Riesa, abhängig von der Reichsbankstelle in Dresden,
7. Wermelskirchen, abhängig von der Reichsbankstelle in Barmen,
8. Eckernförde, abhängig von der Reichsbankstelle in Kiel,
9. Olpe, abhängig von der Reichsbankstelle in Siegen.

Beschaffenheit der Briefsendungen.

Der Staatssekretär des Reichspostamts hat an die hiesige Handelskammer das nachstehende Schreiben gerichtet:

»Auf der im Februar d. J. im Reichspostamte mit Vertretern der Handels- und Industriekreise abgehaltenen Konferenz haben bekanntlich auch Besprechungen über Maassnahmen zur Erzielung einer den Bedürfnissen des Postbetriebes entsprechenden Beschaffenheit der Briefsendungen stattgefunden. Es kam zur Erörterung, dass die glatte Abwicklung des Briefverkehrs in lästiger Weise erschwert werde durch die übergrosse Verschiedenheit der Briefformate, durch den Mangel an Gleichmässigkeit im Aufkleben der Freimarken und durch die oft geringe Uebersichtlichkeit der Aufschrift.

Bei den Briefumschlägen kommen die mannigfachsten Grössen — vom Folioformat bis zum Miniaturformat — und die eigen thümlichsten Formen zur Verwendung. Diese Verschiedenartigkeit ist für den Postbetrieb äusserst lästig; sie verlangsamt das Sortirgeschäft, macht die Vereinigung zu Briefbunden schwierig und hält das Stempelgeschäft auf. Vor Allem gilt dies von den ganz kleinen Umschlägen und solchen von nicht rechtwinkliger Form. Die stetige Zunahme des Verkehrs drängt auf grösste Beschleunigung der posttechnischen Behandlung der Briefsendungen, namentlich auch der Stempelung, für welche die weiteste Verwendung von Stempelmaschinen im Bedürfnisse liegt. Der vollen Ausnutzung solcher Maschinen steht aber immer die Mannigfaltigkeit der Briefumschläge hindernd entgegen. In der Konferenz wurde die Berechtigung des Verlangens nach einheitlicheren Formaten anerkannt und die Möglichkeit zugegeben, dass wenigstens von der Geschäftswelt den Bedürfnissen nach dieser Richtung hin

durch thunlichst allgemeine Verwendung des schon jetzt bei Geschäftsbriefen bevorzugten Quartformates Rechnung getragen werden könne.

Noch mehr als das ungleiche Format bildet der wechselnde Sitz der Freimarken ein Hinderniss, die Stempelung mit Maschinen auszuführen. Der Maschinenstempel trifft nur eine bestimmte Stelle des Umschlags, die obere rechte Ecke. Befindet sich die Marke dort nicht, so unterbleibt die Entwerthung. Auch bei der Handstempelung stört es den glatten Fortgang des Stempelgeschäftes ungemein, wenn die Marken bald auf der einen, bald auf der anderen Stelle des Umschlags sitzen. Deshalb ist durch § 3 II der Postordnung die Aufklebung der Marken in der oberen rechten Ecke der Aufschriftseite ausdrücklich vorgeschrieben, so dass der Postverwaltung das Recht zustünde, von dieser Bedingung abweichende Sendungen zu beanstanden, was allerdings bis jetzt nicht geschehen ist. Damit die gedachte Vorschrift besser beachtet wird, hält die Reichspostverwaltung, was auch die Billigung der Konferenz fand, es für zweckmässig, dass auf allen Briefumschlägen, die mit Firmenaufdruck etc. versehen werden, in der oberen rechten Ecke der Aufschriftseite ein oder zwei Markenfelder vorgedruckt werden. — Hinsichtlich des Firmenaufdrucks ist im Interesse der Deutlichkeit der Stempelung noch ein anderer Gesichtspunkt hervorzuheben. Die Stempelmaschinen liefern einen reichlich die rechte Hälfte des oberen Randes der Briefumschläge deckenden Abdruck. Damit die Deutlichkeit des eigentlichen Aufgabestempels — Angabe des Ortes und der Zeit der Auflieferung — nicht durch den Firmenaufdruck beeinträchtigt werde, empfiehlt es sich, diesen auf die linke Ecke des oberen Randes zu beschränken oder am linken Seitenrande des Umschlags anzubringen.

Zu Gunsten des Sortirdienstes wurde in der Konferenz darauf hingewiesen, dass auf grösste Uebersichtlichkeit der Aufschrift, insbesondere auf schnelles Erkennen des Bestimmungsortes Werth zu legen wäre. Zur Erfüllung dieses Verlangens würde es wesentlich beitragen, wenn auf den Umschlägen — wenigstens den mit Aufdruck versehenen — unten rechts für die Angabe des Bestimmungsortes ein starker Strich, wie bei den von der Postverwaltung herausgegebenen Formularen zu Postkarten, Postanweisungen etc., vorgedruckt würde, um die Niederschrift des Bestimmungsortes an dieser Stelle zu sichern und so die Ortsangabe aus der Aufschrift hervorzuheben. Von den Konferenztheilnehmern wurde dies als ausführbar bezeichnet.

Kurz zusammengefasst hat hiernach die Postverwaltung in Bezug auf Erleichterung des Briefverkehrs folgende Wünsche an das Publikum:

1. Verminderung der Zahl der Briefformate und namentlich Beseitigung der ganz kleinen Formate; möglichst allgemeine Verwendung von Umschlägen in Quartformat für Geschäftsbriefe;

2. Vordruck von Markenfeldern auf den Umschlägen;
3. Beschränkung des Firmenaufdrucks auf die obere linke Ecke oder die linke Seite des Umschlags;
4. Vordruck eines starken Striches für den Bestimmungsort unten rechts.

Bei dem wesentlichen Antheile der Geschäftswelt am Briefverkehre würde es von grösster Bedeutung sein, wenn von dieser Seite die angegebenen Gesichtspunkte willfährige Berücksichtigung fänden.

Verunreinigung der Flussläufe.

Bekanntlich hat der Reichstag in einer Resolution vom 13. März 1899 an die verbündeten Regierungen das Ersuchen gerichtet, angesichts der zunehmenden Verunreinigung der Flussläufe durch die Einleitung von Fäkalien, Schmutzwässern etc. eine Reichskommission einzusetzen, welche den Zustand der mehreren Bundesstaaten gemeinsamen Wasserstrassen im allgemeinen sanitären Interesse und mit Rücksicht auf die Fischzucht zu beaufsichtigen hätte. Nachdem durch das Seuchengesetz vom 30. Juni v. J. in dem Reichs-Gesundheitsrath ein neues Organ ins Leben gerufen und innerhalb desselben ein besonderer Ausschuss für Wasserversorgung und Beseitigung der Abfallstoffe einschliesslich der Reinhaltung von Gewässern gebildet worden ist, war eine mit den nöthigen technischen und Verwaltungskräften ausgestattete Stelle gegeben, die zur Mitwirkung bei Fragen der Flussverunreinigung herangezogen werden konnte. Im Anschluss an diese Gestaltung der Verhältnisse hat der Bundesrath der erwähnten Reichstagsresolution in der Form Folge gegeben, dass er beschlossen hat:

Dem Reichs-Gesundheitsrath werden mit Bezug auf die aus gesundheits- oder veterinärpolizeilichen Rücksichten gebotene Reinhaltung der das Gebiet mehrerer Bundesstaaten berührenden Gewässer nachbezeichnete Obliegenheiten übertragen:

- a) Der Reichs-Gesundheitsrath hat bei wichtigen Anlässen auf Antrag eines der beteiligten Bundesstaaten in Fragen, welche sich auf die vorbezeichnete Angelegenheit und auf die dabei in Betracht kommenden Anlagen und Einrichtungen (Zuführung von Kanal- und Fabrikwässern, sonstigen Schmutzwässern, Grubenwässern, Aenderungen der Wasserführung und dergl.) beziehen, eine vermittelnde Thätigkeit auszuüben, sowie gutachtliche Vorschläge zur Verbesserung der bestehenden Verhältnisse und zur Verhütung drohender Missstände zu machen;
- b) der Reichs-Gesundheitsrath hat auf Grund vorgängiger Vereinbarung unter den beteiligten Bundesregierungen über Streitigkeiten, welche auf dem vorbezeichneten Gebiete entstehen, einen Schiedsspruch abzugeben;
- c) der Reichs-Gesundheitsrath ist in wichtigeren Fällen befugt, auf dem in Rede stehenden Gebiete durch Vermittelung des Reichs-

kanzlers (Reichsamt des Innern) Anregungen zur Verhütung drohender Missstände oder zur Verbesserung vorhandener Zustände zu geben.

Ausserdem ist unter den verbündeten Regierungen die Vereinbarung getroffen, dass sie wichtige Fragen der bezeichneten Art, insbesondere über die Zuleitung von Fäkalien, häuslichen Abwässern oder Abwässern gewerblicher Anlagen, falls nach der Auffassung eines anderen Bundesstaates innerhalb dessen Staatsgebietes die Reinhaltung eines Gewässers gefährdet wird und eine Einigung in der Sache sich nicht erzielen lässt, nicht endgültig erledigen werden, bevor der Reichs-Gesundheitsrath gutachtlich gehört worden ist.

(Br. Anz.)

Ausbildung der Lehrlinge im Kolonialwaaren-Detailgeschäft in den verschiedenen Ländern.

Zusammengestellt im Bureau des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen.

Frage I. Werden in Kolonialwaarengeschäften überhaupt Lehrlinge eingestellt und werden eventuell in der Mehrzahl der Geschäfte Lehrlinge ausgebildet?

1. **Deutschland:** Ja, die Ausbildung erfolgt in der Mehrzahl der Geschäfte.
2. **Oesterreich:** Ja, fast in allen.
3. **Frankreich (Limoges):** Zwischen Lehrherren und Eltern besteht kein Anstellungsvertrag. Der junge Mann ist in dem Handlungshause untergebracht. In der Mehrzahl der Geschäfte ist er ausgebildet.
4. **Belgien:** Lehrlinge werden selten eingestellt. Es giebt nur Volontäre, welche umsonst arbeiten und in einem freien Verhältniss zu ihrem Meister stehen.
5. **England:** Die meisten jungen Leute werden mit einem kleinen Anfangsgehalt angestellt, ohne Festsetzung einer besonderen Lehrzeit. Der junge Mann avancirt nach seinen Leistungen.
6. **Italien:** Ja, sie werden im Allgemeinen durch die Lageraufseher und durch die Gehilfen ausgebildet, oder auch vom Lehrherrn selbst, wenn das Geschäft kleineren Umfanges ist.
7. **Russland:** Alle Geschäfte haben Lehrlinge zur Ausbildung, und zwar gewöhnlich mehrere.
8. **Schweden:** Ja, eine solche Ausbildung erfolgt beinahe in allen Geschäften. Dieselbe ist jedoch keineswegs organisirt oder gesetzlich geregelt, sondern in jeder Beziehung freiwillig.
9. **Norwegen:** Lehrlinge im deutschen Sinne kommen nicht vor. Die Kaufleute nehmen junge Leute in ihrem Geschäft auf, um sie zu untergeordneten Arbeiten zu verwenden,

übernehmen aber keine Verpflichtung, sie auszubilden und zu unterrichten.

10. **Japan:** Ja, die Ausbildung erfolgt in dem Geschäft.
11. **Ungarn:** Ja.
12. **Niederlande:** Ein Lehrlings-System besteht nicht. Man bedient sich zur Aushilfe der Gehilfen, welche nicht fürs Geschäft ausgebildet werden.

Frage II. In welchem Lebensalter tritt der Lehrling im Allgemeinen in das Geschäft ein?

1. **Deutschland:** Nach der Konfirmation, gewöhnlich nach Beendigung des vierzehnten Lebensjahres.
2. **Oesterreich:** Mit vierzehn bis fünfzehn Jahren.
3. **Frankreich:** Im dreizehnten oder vierzehnten Lebensjahre.
4. **England:** Vierzehn Jahre.
5. **Italien:** Im Allgemeinen vom fünfzehnten Jahre an.
6. **Russland:** Bei Vielen nicht unter sechzehn Jahren, welches Alter im Allgemeinen die Grenze. Es kommen aber auch viele Fälle vor, wo Lehrlinge schon mit vierzehn Jahren im Geschäft thätig sind.
7. **Schweden:** Gewöhnlich nach Beendigung des vierzehnten Lebensjahres, dann und wann schon früher, jedoch niemals vor Beendigung des allgemeinen Volksschulkurses.
8. **Japan:** Im elften bis zwölften Lebensjahre.
9. **Ungarn:** Mit dreizehn bis vierzehn Jahren.

Frage III. Welche allgemeine Vorbildung hat die grosse Masse der Lehrlinge? Hat ein namhafter Theil derselben auch bereits irgendwelche theoretische Fachbildung auf der Schule genossen?

- a) Niederste Vorbildung;
- b) keine fachliche Vorbereitung.

1. **Deutschland:** Die meisten Lehrlinge haben Dorfschul- oder Bürgerschulbildung, auch stammen dieselben aus niederen Klassen höherer Schulen. Eine Fachbildung hat der Lehrling vorher nicht gehabt.
2. **Oesterreich:** Fast alle nur Volksschulen auf dem Lande, da in diese Branche wenig junge Leute aus besseren Häusern eintreten.
3. **Frankreich:** Die meisten Lehrlinge haben die »Ecole primaire« besucht (Dorf- oder Bürgerschule), sehr selten kommen einige Lehrlinge aus höheren Schulen (Ecoles primaires supérieures). Der Lehrling hat vorher keine Fachbildung gehabt.
4. **England:**
5. **Italien:** Gewöhnlich bis zur Seconda tecnica (einigen Klassen der deutschen höheren Bürgerschule entsprechend).

6. **Russland:** Am liebsten und meisten werden zu Lehrlingen genommen die Schüler der sogenannten vierklassigen städtischen Elementarschulen, welche den Kursus dieser Schule beendet haben. In zweiter Linie kommen in Betracht die Schüler der sogenannten mittleren Lehranstalten (Gymnasien, Realschulen), welche die Septima und Sexta, bisweilen auch Quinta, meist ohne Erfolg, besucht haben. Eine Fachbildung hat der Lehrling nie genossen.
7. **Schweden:** Allgemeine Volksschulbildung ohne Ausnahme (Minimalkursus). Es kommen auch Beispiele vor, wo die betreffende Person niedere Klassen höherer Schulen besucht hat. Eine Fachausbildung hat der sogenannte »Ladenjunge« beinahe niemals genossen.
8. **Japan:** Es besteht allgemeiner Schulzwang vom sechsten bis zehnten Lebensjahre. Ferner existiren kaufmännische Fortbildungsschulen, meistens Abendkurse und an Volksschulen angelehnt.
9. **Ungarn:** Die meisten Lehrlinge treten in das Geschäft, nachdem sie die elementare Volksschule (vier Jahre im Alter von sechs bis zehn Jahren) und ausserdem gewöhnlich noch zwei Klassen des Gymnasiums, der Realschule oder einer Bürgerschule besucht haben. Theoretische Fachbildung geht den Lehrlingsjahren niemals voraus.

Frage IV. Wie lange dauert die Lehrzeit?

1. **Deutschland:** In der Regel drei bis vier Jahre.
2. **Oesterreich:** Vier bis fünf Jahre, ausnahmsweise auch drei Jahre.
3. **Frankreich:** Lehrzeit schwer anzugeben. Der junge Mann bleibt im Allgemeinen zwei, selten drei Jahre im Geschäft.
4. **England:** Keine Zeit, sonst drei Jahre.
5. **Italien:** In der Regel nur ein bis anderthalb Jahr.
6. **Russland:** Gewöhnlich vier Jahre. Es kommen auch Fälle vor, wo die Lehrzeit fünf Jahre dauert.
7. **Schweden:** Keine bestimmte Zeit. In der Regel zwei bis drei Jahre.
8. **Japan:** Etwa zehn Jahre: Die ersten drei Jahre Aushilfe im persönlichen Dienste des Lehrherrn, weitere sieben Jahre im Geschäft.
9. **Ungarn:** Gewöhnlich drei bis vier Jahre.

Frage V. Zahlt der Lehrherr eine Entschädigung, event. in welcher Höhe? Oder muss ein Lehrgeld entrichtet werden, event. in welcher Höhe?

1. **Deutschland:** Lehrgeld wird in den meisten Fällen nicht gezahlt, auch findet eine Entschädigung seitens des Lehr-

herrn nicht statt. Die Lehrlinge erhalten Kost und Wohnung von ihrem Lehrherrn. In einigen wenigen Fällen ist ein Lehrgeld von 200 Mk p. a. festgesetzt.

2. **Oesterreich:** Fast alle Lehrlinge haben Kost und Wohnung. Wenn dies nicht der Fall ist, im

1. Jahre	5 bis 10 fl.	} Vergütung für Kost und Wohnung.
2. »	10 » 20 »	
3. »	15 » 25 »	
4. »	20 » 30 »	

Sonst besteht in der Regel keine Entschädigung und kein Lehrgeld.

3. **Frankreich (Limoges):** Da der Lehrling gewöhnlich einer Familie angehört, welche nicht wohlhabend ist, so wird er in dem Geschäft eingestellt, um etwas Geld zu verdienen, weniger um ausgebildet zu werden. In den ersten sechs Monaten erhält er gewöhnlich nichts. Nach dieser Zeit bekommt er monatlich 25 bis 30 Frs. ohne Kost und Wohnung. In grossen Städten ist der Lehrling oft wirklich ausgebildet und nicht bezahlt. Er erhält von Zeit zu Zeit eine kleine Gratifikation, z. B. am Ende des Jahres.
4. **England:** 7 Mk. pro Woche Anfangsgehalt.
5. **Italien:** Von Lire 15 bis 40 pro Monat, je nach der Bedeutung des Geschäftes und der Leistung des Lehrlings.
6. **Russland:** In allen Geschäften erhalten die Lehrlinge eine Entschädigung resp. Vergütung ihrer Arbeit, und zwar von 10 bis 20 Rubel monatlich. Dass die Lehrlinge dem Lehrherrn ein Lehrgeld zu zahlen haben, kommt nur in ausserordentlich seltenen Fällen vor, die nicht in Betracht kommen.
7. **Schweden:** Lehrgeld ist nicht üblich; eine Entschädigung seitens des Lehrherrn kommt vor als Weihnachts- oder Johannisfest-Geld. Die Lehrlinge erhalten Kost und Wohnung (event. in einigen Fällen Bekleidung) von ihren Lehrherren. Im zweiten oder dritten Jahre bekommt der Lehrling möglicherweise Lohn (100 bis 125 Kr. gleich 112 bis 140 Mk.).
8. **Norwegen:** Der Lehrling erhält gleich einen bescheidenen Lohn von 10 bis 20 Kr. pro Monat.
9. **Ungarn:** In der Regel wird dem Lehrherrn nichts bezahlt. Gewöhnlich erhält der Lehrling bei demselben Kost und Quartier; sonst erhält der Lehrling keine Entlohnung.
10. **Japan:** Lehrgeld wird nicht bezahlt.

Frage VI. Worin wird thatsächlich der Lehrling während seiner praktischen Lehrzeit ausgebildet? Bestehen hierfür bestimmte Grundsätze? Mit welchen Arbeiten werden die Lehrlinge thatsächlich in den einzelnen Lehrjahren beschäftigt?

1. **Deutschland:** Die Ausbildung erfolgt:

- a) in den niederen kaufmännischen Arbeiten: Praktisches Arbeiten, Handreichungen aller Art, kleine Geschäftswege zu Kunden, zur Post, event. auch zur Bank; Aufräumungsarbeiten, überhaupt Ordnungsarbeiten, wie Abstäuben, Putzen, Vorholen der Waaren, die Waaren in verkaufsfertige Packete bringen;
- b) hauptsächlich in Verkaufsarbeiten aller Art;
- c) in den Lagerarbeiten;
- d) in Waarenkenntniss.

Bestimmte Grundsätze bestehen nicht. Thatsächlich werden die Lehrlinge beschäftigt:

- α. im ersten Lehrjahre mit niederen kaufmännischen Arbeiten, Verkaufsarbeiten, Abfassen der Waaren;
- β. im zweiten Lehrjahre im Lager und Keller, daneben mit Verkaufsarbeiten und niederen kaufmännischen Arbeiten;
- γ. im dritten und vierten Lehrjahre mit Verkaufs- und Kontorarbeiten, Buchführung.

2. **Oesterreich:** Der Lehrling wird ausgebildet in allen niederen Manipulationsarbeiten, oberflächlich auch in der Waarenkunde, Verpackung, Expedition, Lager und Magazinsarbeiten. In den letzten Lehrjahren auch beim Bedienen der Kunden.

3. **Ungarn:** Dem Lehrling wird Gelegenheit geboten, die Waaren kennen zu lernen. Er wird mit der Klassifizierung, Konservierung beschäftigt. In grösseren Geschäften hilft er dem Dienstpersonal die Waaren aus dem Magazin in das Geschäft zu befördern. In Detailgeschäften bereitet er die Waaren durch Zertheilung in kleinere Packete zum Verkauf vor. Er hilft beim Verkaufe, bei der Reinhaltung des Lokals und dessen Mobiliars. Die Dauer, während welcher er diese Hantirungen besorgt, ist nicht fixirt. Manche Lehrlinge verrichten schon nach einem bis zwei Jahren die Obliegenheiten der Gehilfen.

4. **Frankreich:** Die Ausbildung erfolgt:

- a) in den niederen kaufmännischen Arbeiten: Praktisches Arbeiten, Handreichungen aller Art, kleine Geschäftswege zu Kunden, zur Post, seltener zur Bank. Aufräumungsarbeiten, wie Abstäuben, Putzen, Vorholen der Waaren, Abwiegen, Abfassen, d. h. die Waaren in verkaufsfertige Packete bringen;

- b) im zweiten Lehrjahre in Verkaufsarbeiten aller Art;
- c) in den Lagerarbeiten.

Bestimmte Grundsätze werden nicht beobachtet und der Lehrling selten mit Verkaufs- und Kontorarbeiten, noch seltener mit Buchführung beschäftigt.

5. **England:**

6. **Italien:** Es besteht kein System der Ausbildung. Der Lehrling wird zunächst mit den gewöhnlichsten Arbeiten beschäftigt, bis er schliesslich zum Verkaufen herangezogen wird. Später erlangen die Intelligenteren einen Posten als Stadt- oder auch als Geschäftsreisende.

7. **Russland:** Bestimmte Grundsätze bestehen für die Ausbildung nicht, ebenso wenig eine systematisch fortschreitende Entwicklung. Im ersten Jahre ist der Lehrling eigentlich nur Laufbursche; er besorgt die Geschäfte ausserhalb des Hauses, löst Bahnquittungen ein, bringt Briefe und Pakete zur Post oder sonstwo hin, richtet Aufträge untergeordneter Art an Kunden aus etc. etc. Gegen Ende des ersten Jahres beginnt er im Geschäfte selbst mitzuwirken, und wird hier mit Aufräumen, Abfüllen, Abstäuben, Hervorholen der Waaren aus dem Lager und Keller, Anfertigen von Paketen u. s. w. beschäftigt. Im zweiten Jahre wird er zur Arbeit des Verkaufens herangezogen, anfänglich nur mitwirkend, dann selbständig. Auch in den beiden nächsten Jahren dient er hauptsächlich als Verkäufer, schriftliche oder Buchhaltungsarbeiten werden gewöhnlich nicht von Lehrlingen erledigt. In einzelnen Fällen führt der Lehrling im letzten Jahre eine Verkaufskladde.
8. **Schweden:** Es bestehen keine bestimmten Grundsätze. Die Ausbildung erfolgt:

- a) in niederen kaufmännischen Arbeiten (praktisches Arbeiten, Einbringung der Waaren in verkaufsfertige Pakete, Ordnungsarbeiten, Vorholen und Abwiegen der Waaren etc.) und
- b) in Verkaufsarbeiten aller Art.

Waarenkenntniss wird gründlich erlernt. Kontorarbeiten ebenso wie Buchführung kommen niemals vor.

Frage VII. Wie lange ist der Lehrling am Tage beschäftigt, und welche Ruhepausen sind ihm gewährt? Muss er auch Sonntags im Geschäft thätig sein?

1. **Deutschland:** In der Regel von 7 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends mit Ausnahme einer Frühstücks- und Mittagspause, desgleichen einer Pause zum Abendessen. Sonntags von 7 bis 9 Uhr Vormittags und von 11 bis 2 Uhr Nachmittags.
2. **Oesterreich:** Von 7 oder 6 Uhr Morgens bis 9 oder 10 Uhr Abends mit einer sehr kurzen Frühstücks- und einer halbeinstündigen Mittagspause und halbstündigen Pause für das Abendessen.

3. **Ungarn:** An Wochentagen gewöhnlich von 7 bis 12 und von 1 bis 8 oder 9 Uhr. An Sonn- und Feiertagen von 7 bis 10 Uhr; Nachmittags wird die vom Gesetz vorgeschriebene Sonntagsruhe eingehalten.
4. **Frankreich:** Von 7 Uhr Vormittags bis 7 Uhr Nachmittags mit einer Ruhepause um 12 Uhr von anderthalb Stunden. Sonntags Vormittags bis Mittag.
5. **Russland:** Gewöhnlich von $1\frac{1}{2}$ 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends. In den Sommermonaten (Mitte Juni bis Mitte August) schliessen speciell die Kolonialwaarenläden eine bis anderthalb Stunden früher. Wo der Lehrling nicht im Geschäfte selbst Kost und Logis erhält, wird ihm gewöhnlich eine halbe Stunde zum Frühstück und eine Stunde zum Mittagessen gewährt. Sonntags hat der Lehrling nur die Post abzuholen.
6. **Schweden:** In der Regel von 8 Uhr Vormittags bis 8 Uhr Abends (ausnahmsweise bis 9 Uhr), mit Ausnahme der Frühstücks- und Mittagspause. Keine Sonntagsarbeit, da Sonn- und Feiertags alle Läden geschlossen sind.
7. **Japan:** Keine festgeregelter Ruhepause. Als Regel nur zweimal im Jahre ganz freie Tage. Sonntagsruhe kennt man nicht.

Frage VIII. Finden die Lehrlinge, wenn sie ausgebildet haben, leicht Anstellung als Gehilfen?

1. **Deutschland:** Erlangung einer Stellung nicht schwierig, so weit die jungen Gehilfen brauchbar sind.
2. **Oesterreich:** Tüchtige Gehilfen finden unschwer Anstellung. Weniger Verwendbare müssen sich auf dem Flachlande Stellungen suchen und kommen dann erst wieder ziemlich schwer in grössere Städte.
3. **Ungarn:** Wenn die Lehrlinge sich als geschickt bewähren, bleiben sie bei ihrem Lehrherrn. Ein geschickter Gehilfe findet immer leicht Anstellung.
4. **Frankreich:** Wenn die Lehrlinge brauchbar sind, ist ihnen die Erlangung einer Stellung nicht schwierig.
5. **Russland:** Ja!
6. **Schweden:** Ja!
7. **Japan:** Ja!

Frage IX. Welches Gehalt bezieht der Lehrling, wenn er ausgebildet hat, als junger Gehilfe? Welches Gehalt bezieht ein älterer Gehilfe, etwa im Alter von 25 bis 30 Jahren, in einem mittleren Geschäfte? Welches Maximalgehalt kann ein Gehilfe im Kolonial-Detailhandel überhaupt erreichen?

1. **Deutschland:** Das Anfangsgehalt als Gehilfe beträgt in der Regel 360 Mk. pro anno bei freier Station. Gehilfen im Alter von 25 bis 30 Jahren finden in mittleren

Kolonialwaarengeschäften nur ausnahmsweise Verwendung. Das Gehalt beträgt in diesen Fällen 1500 bis 1800 Mk. ohne freie Station. Das Maximalgehalt bei einem Alter von 22 bis 24 Jahren beträgt 45 bis 50 Mk. pro Monat und freier Station.

2. **Oesterreich:** Es bezieht:

a) Ein ausgelernter Lehrling: ohne Kost und Wohnung	30 bis 40 fl.
b) » älterer Geselle:	40 » 60 »
c) Maximalgehalt:	80 » 100 »
d) Ein ausgelernter Lehrling: mit » » »	10 » 15 »
e) » älterer Geselle: » » »	15 » 25 »
f) Maximalgehalt: » » »	30 » 50 »
3. **Ungarn:** Das Gehalt ist sehr verschieden und wird davon beeinflusst, ob der Lehrling auch Kost und Logis beim Lehrherrn geniesst. Im letzteren Falle beziehen junge Gehilfen ein Gehalt von etwa 30 bis 40 K. monatlich; im zweiten bis fünften Jahre 60 bis 70 K., später auch 80 bis 100 K. — Ohne Kost und Logis bekommen die Gehilfen in der Provinz gewöhnlich 40 bis 50, in der Hauptstadt 70 bis 80 K. mehr.
4. **Frankreich:** Das Anfangsgehalt als Gehilfe beträgt in der Regel 25 bis 30 Frs. monatlich mit Kost und Wohnung. — Im Alter von 21 bis 30 Jahren finden Gehilfen ausnahmsweise in mittleren Kolonialwaaren-Geschäften eine Stellung. In grösseren Geschäften bekommen sie 90 bis 100 Frs. monatlich. Uebrigens ist das Gehalt in den französischen Städten sehr verschieden. In Limoges in grösseren Geschäften bei 25 bis 30 Jahren 100 Frs. pro Monat.
5. **Russland:** a) Gewöhnlich 40 Rubel monatlich ohne freie Station. b) Bis 60 bis 85 Rubel monatlich ohne freie Station. c) Bis 100 Rubel monatlich ohne freie Station.
6. **Schweden:** Das Anfangsgehalt als Gehilfe beträgt in der Regel 300 Kr. (= 302,50 Mk.) pro anno bei freier Station. Das Maximalgehalt bei 22 bis 27 Jahren beträgt 50 bis 60 Kr. (= 60 bis 70 Mk.) pro Monat und freier Station. Aeltere Gehilfen beziehen 1000 bis 1200 Kr. (= 1125 bis 1350 Mk.) pro Jahr ohne freie Station.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1900.

I. Theil: Industrie.

VIII. Leder, Gummi und Guttapercha.

1. Leder- und Galanteriewaaren.

Das Geschäftsjahr 1900 war in der Galanterie- und Lederwaarenbranche gerade nicht schlechter als im Vorjahre, nur der Hauptmonat Dezember war nicht so gut wie sonst.

Der grosse Verlust an Werthpapieren, der wohl auch Manchen hier betroffen hat, mag vielleicht mit auf die Einschränkung in dem Begehr grösserer Luxusgegenstände eingewirkt haben.

2. v. Dolffs & Helle.

Gummi und Guttapercha.

Auf der ausserordentlichen Höhe, welche die Preise und der Absatz der Kautschukfabrikate in den letzten Jahren durch den gesteigerten Bedarf der verschiedenen Industriezweige erreicht hatten, hielten sie sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahre.

Trotz der plötzlichen Rückwärtsbewegung der konsumirenden Industriezweige ist ein Preistrückgang kaum zu erwarten, wenn auch der Absatz in fertigen Fabrikaten die Höhe der letzten Jahre nicht erreichen wird.

IX. Holz- und Schnittstoffe.

1. Baugewerbe.

a) Baugeschäfte.

Durch den anhaltenden Hochdruck in Industrie und Handel waren in den ersten sieben bis neun Monaten des verflossenen Jahres die grösseren hiesigen Baugeschäfte mit der Ausführung von Vergrösserungen und Neubauten hiesiger und auswärtiger Fabrikanlagen, gut beschäftigt. Innerhalb der Stadt wurden bessere Bauten für Wohn- und Geschäftszwecke nur im beschränkteren Umfange ausgeführt, auch hat der Wohnhausbau auf Spekulation gegen frühere Jahre bedeutend nachgelassen.

Der Grund dafür liegt wohl hauptsächlich in der sehr schweren Geldbeschaffung, aber auch in der früheren Ueberproduktion an Wohnungen etc., und dann auch in den durchweg hohen Preisen der hauptsächlichsten Baumaterialien, welche dann oft nicht rechtzeitig geliefert werden konnten. Ferner war es den Bauarbeitern durch den überall guten Geschäftsgang möglich, den bisher üblichen zehnstündigen Arbeitstag auf $9\frac{1}{2}$ Stunden herabzusetzen und dabei auch noch eine Lohnerhöhung zu erreichen.

Alle diese Schwierigkeiten und Theuernisse für Material und Arbeit, verbunden mit dem andauernd hohen Geldstande gegen Ende des Jahres, mussten nothgedrungen eine Verflauung des Baugeschäftes herbeiführen.

b) Holzhandel.

Im Holzhandel machte sich bis gegen Ende des Jahres eine andauernde Preissteigerung des Materials geltend, hauptsächlich die schwedischen Bretter wurden in kürzeren Zwischenräumen davon betroffen. Augenblicklich scheint darin, nach mehrjähriger

stetiger Steigerung, ein Stillstand einzutreten. — Für den Bezug der schwedischen Bretter von Hamburg, Lübeck, Wismar, bietet die neueröffnete Eisenbahn Braunschweig-Gifhorn-Uelzen eine kleine Frachtersparniss gegen den früheren Weg über Lehrte.

Bei dem Einkauf von Rundhölzern im Harze herrschten auf den Auktionen immer noch die übermässig hohen Preise, und wurden die an und für sich schon hohen Taxen bis zu 60 Prozent überboten. — Es sind zuviel Konsumenten, welche an dieser grösseren Holzquelle Norddeutschlands den Bedarf decken wollen, und werden deshalb die manchmal unvernünftig hohen Preisgebote abgegeben. Freilich haben die am Harzgebiete beteiligten Staaten dadurch eine vorzügliche Einnahmequelle für ihre Finanzen.

Der Holzbezug aus Böhmen, Oesterreich-Ungarn hat sich im verflossenen Jahre wieder gesteigert, so dass grössere Holzindustrielle von Oesterreich-Ungarn ihre warnende Stimme erheben und auf die unbeschränkte Holzausfuhr, namentlich nach Deutschland, aufmerksam machen und einen Ausfuhrzoll auf Holz, ähnlich wie vor ca. Jahresfrist von Russland eingerichtet ist, verlangen.

Im verflossenen Jahre ist der Versuch gemacht, grössere Mengen australischer und asiatischer Hölzer nach Deutschland einzuführen. Obgleich diese Hölzer für Holzptlaster, Parketten und Stabfussböden, auch für feinere Bau- und Möbeltischlerei vorzügliche Verwerthung finden könnten, so sind vorab die Preise doch viel zu hoch, um einen grösseren Konsum herbei zu führen.

c) Sägemühlen.

Die Sägemühlen waren dauernd gut beschäftigt, doch wird der Verdienst durch den Wettbewerb der Mühlen im Harze und Thüringen etc., welche bedeutend geringere Arbeitslöhne und Platzmieten aufzubringen haben, arg geschmälert.

2. Deutsche Fassfabrik Gittelde.

Die im vorjährigen Berichte ausgesprochene Befürchtung über die ungünstige Entwicklung des Geschäftes in fertigen und zerlegten Fässern und Kübeln etc. für Margarine hat sich leider erfüllt, indem im Jahre 1900 der Bedarf, namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres, weit hinter den Erwartungen zurückblieb, während die theueren Einkaufspreise für buchen Rohholz im Allgemeinen bestehen geblieben sind. Die Preise für fertige und zerlegte Fässer konnten bei der Ungunst der Verhältnisse keine Erhöhung erfahren, sondern sind eher, vielfach durch kleine Konkurrenz, die nicht zu rechnen versteht, noch weiter gedrückt worden.

Das Geschäft in Packfässern war im ersten Halbjahre 1900 leidlich zufriedenstellend; im zweiten Halbjahre ging dagegen der Bedarf wesentlich zurück.

X. Nahrungs- und Genussmittel.

1. Mühlen-Industrie.

Das verflossene Jahr ist in keiner Beziehung als ein gutes zu bezeichnen; das Geschäft war meistens still und die zu erzielenden Preise zum grössten Theil unlohnend, so dass der Verdienst, wenn man überhaupt von einem solchen reden will, von Jahr zu Jahr geringer wird.

In Weizenmehl war der Export nur nach einigen Gegenden aufrecht zu erhalten, allerdings zu Preisen, die kaum mehr als die Spesen deckten. Es ist auch kaum zu glauben, dass sich dieser Zustand ändern wird, bevor wir nicht höhere Getreidezölle haben, damit die grossen Exportmühlen wieder mehr exportfähig werden und nicht ihre fremden kleberreichen Mehle zu wirklichen Schleuderpreisen auf den Inlandsmarkt werfen.

Auch in Roggenmehl war das Geschäft sehr ruhig, weil in der Hauptsache die auswärtigen, bedeutend besseren Roggenmehle gekauft wurden. Der Grund, weshalb auswärtiges Mehl bevorzugt wird, liegt darin, dass das hiesige Getreide in den letzten Jahren in Qualität sehr nachgelassen hat und damit ein wirklich gutes backfähiges Mehl nicht mehr herzustellen ist.

Die schlechte Qualität des hiesigen Getreides ist wohl nur auf die zu grosse Verwendung von Kunstdünger zurückzuführen und müssten unsere Landwirthe darauf aufmerksam gemacht werden, wieder wie früher mehr Stalidünger zu verwenden.

Die Ansicht des Professors Dr. Edler (Jena), dass in Deutschland kein kleberreicher Weizen anzubauen sei, theilen die hiesigen Interessenten durchaus nicht, denn früher ist man auch ohne fremden Weizen gut ausgekommen.

2. Dampfbäckerei.

Die Mehlpreise waren im verflossenen Jahre nur geringen Schwankungen unterworfen und konnte man in Folge dessen bei etwaigen Mehlab schlüssen nichts verlieren, so dass die Bäckereien, wenn sie verstehen richtig zu rechnen, mit dem Endgeschäfte des vorigen Jahrhunderts zufrieden sein können.

3. Chocladen- und Kakaofabrikation.

Die Lage dieses Industriezweiges hat sich im letzten Jahre eher verschlechtert als verbessert. Trotz wiederholter Versuche war es nicht möglich, die Preise für fertige Fabrikate mit den noch weiter gestiegenen Rohkakaowerthen in Einklang zu bringen. Dazu kam noch die Steigerung auf dem Zuckermarkte, so dass die Aussichten nicht erfreulich sind. Der Absatz hielt sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahres.

4. Nudeln und Maccaroni.

Das Geschäft war, wie das vorjährige, glatt und flott und das Ergebniss befriedigend.

5. Wurst- und Fleischwaaren.

In Folge der niedrigen Einkaufspreise für Schweine ist in der verflossenen Saison 1899/1900 reichlich Dauerwaare fabrizirt worden, und es war zu befürchten, dass die grossen Bestände nicht zur rechten Zeit geräumt wurden.

Der Sommer war sehr warm, und in Folge dessen grosser Konsum in Dauerwurst, auch wurden für unsere Truppen in China grosse Posten haltbarer Fleischwaaren angekauft. Dazu kam, dass Schweine, die bis Mitte des Jahres noch zu 48 bis 50 Mk. pro 100 Pfd. Schlachtgewicht gehandelt, knapp wurden, die Preise dafür rapide in die Höhe gingen und in den kleineren Betrieben die Schlachtungen beschränkt wurden. Auch die amerikanischen Fleischprodukte stiegen stetig im Preise. Alles dieses wirkte vortheilhaft auf einen flotten Geschäftsgang.

Die Lager waren zum Herbst frühzeitig geräumt und durch die vorbemerkten Faktoren zu befriedigenden Preisen begeben. Das verflossene Geschäftsjahr (bei den meisten Geschäften vom September bis September gerechnet) ist daher als recht zufriedenstellend zu bezeichnen.

Die Preise der Schweine sind bis zum Schlusse des Jahres auf 58 Mk. pro 100 Pfd. Schlachtgewicht gestiegen (der normale Durchschnittspreis, womit Landwirth und Fabrikant rechnen können, ist 54 bis 55 Pfg.), trotzdem sind die Schlachtungen nicht beschränkt worden, sondern es wurde mehr fabrizirt.

Da seit 1. Oktober 1900 Fleischwaaren vom Auslande nicht mehr eingeführt werden dürfen, vor Allem die schwere Konkurrenz der amerikanischen Wurst beseitigt worden ist, so wird sich der Konsum inländischer Fabrikate dadurch heben und die Fabrikanten veranlassen, mehr zu produziren.

Ausländischer Speck ist sehr hoch im Preise. Deutsche Waare war bis zum Schlusse des Jahres sehr begehrt und zu befriedigenden Preisen verkauft, so dass nennenswerthe Bestände zur Jahreswende kaum vorhanden gewesen sind.

Für Schweinsflomen (auch Schmer oder Liesen genannt) liegt der Absatz noch immer sehr ungünstig. Dieselben müssen von den grösseren Geschäften roh verkauft werden, ein Aus-schmelzen derselben ist nicht möglich, da das amerikanische Schmalz dagegen zu billig ist. Von Amerika und Dänemark wird dieser Artikel in grossen Massen eingeführt, nach den Zollgesetzen thierische Fette behandelt und demgemäss nur mit 1 Mk. pro 100 Pfd. zur Verzollung herangezogen. Die ausländischen Flomen werden aus diesem Grunde im Grosshandel mit 45 Mk. pro

100 Pfd. gehandelt und ist daher für das inländische Produkt kaum ein höherer Preis zu erzielen, was bei den so hohen Viehpreisen für die Interessenten einen grossen Verlust ausmacht.

6. Konserven.

Das verflossene Geschäftsjahr ist für die Konservenbranche nicht ungünstig gewesen.

Spargel ergab durchschnittlich eine Mittelernte, mit Ausnahme einiger Ortschaften, wo derselbe so stark von Rost befallen war, dass die betreffenden Produzenten kaum die Unkosten herausbekommen haben.

Die Nachfrage nach Spargel war eine grosse und haben verschiedene Fabrikanten mit ihren Lägern nicht gereicht.

Es wurden für Rohspargel folgende Preise gezahlt:

Für die 1. Sorte	53	Pfg.	} pro Pfund.
„ „ 2. „	43	„	
„ „ 3. „	23	„	

Da sich in Spargel wieder eine grosse Knappheit bemerkbar machte, die sich die Produzenten zu Nutze zu machen beabsichtigen, so steht zu befürchten, dass, wenn die Ernte nur einigermaassen gut ausfällt, der Rückschlag ein ziemlich bedeutender sein wird, da die Rohspargelpreise so hoch getrieben werden, dass der Absatz darin voraussichtlich nachlassen muss.

Die Erbsenernte war quantitativ mittelmässig, qualitativ auch gerade nicht besonders, immerhin noch besser als 1899.

Auch hierin war die Nachfrage sehr rege, doch konnte trotzdem im Allgemeinen den Anforderungen der Kundschaft entsprochen werden.

Für gestiefelte Erbsen wurden in diesem Jahre 9 Mk. per Centner bezahlt.

Die Bohnenernte war quantitativ wie qualitativ gut.

Die Nachfrage war ebenfalls eine sehr lebhafte, doch konnte auch hierin allen Ansprüchen genügt werden und zwar mit einem kleinen Preisaufschlag für die konservierte Waare gegen voriges Jahr.

Für weisse Hinrichs-Riesenbohnen zahlte man bei vorherigen Abschlüssen 5 Mk. per Centner.

7. Brauereien.

Im Allgemeinen kann das Geschäftsjahr 1899/1900 als ein für die Branche nicht ungünstiges bezeichnet werden, da die hauptsächlichsten Rohmaterialien, Hopfen und Malz, sich gegenüber dem Vorjahre im Preise wesentlich günstiger stellten und auch hinsichtlich der Qualität den gestellten Anforderungen vollauf genügten.

Das für den Bierkonsum erforderliche heisse Sommerwetter liess zwar viel zu wünschen übrig, trotzdem hat sich aber der Gesammtabsatz innerhalb des Herzogthums auch im letzten Jahre wieder etwas gehoben, so dass sich der Umsatz auf rund 550 000 hl beziffert.

Die strenge Kälteperiode des vorjährigen Winters ermöglichte es den Brauereien, den Eisbedarf in krystallklarer Waare zu mässigen Preisen reichlich zu decken, weshalb das Vorjahr auch in dieser Hinsicht keine aussergewöhnlichen Opfer erforderte und zu den im Allgemeinen nicht ungünstigen Gewinnresultaten mit beitrug.

Das laufende Geschäftsjahr 1900/01 berechtigt bis jetzt zu nicht ungünstigen Hoffnungen, obschon Hopfen und Malz im Preise sich etwas höher wie im Vorjahre bewegen, wofür jedoch in vielen Brauereien durch noch vorhandene vorjährige Bestände annähernd ein Ausgleich geschaffen ist; auch die Eisernte wurde wieder gut geborgen, nur hinsichtlich des Absatzes macht sich vereinzelt auch bereits in Braunschweig der momentan vorhandene Industrierückgang bemerkbar.

8. Spirituosen und Fruchtsäfte.

I. Spirituosen.

In Folge des für die Spiritusbranche verhältnissmässig günstigen Winters war das Geschäft im Jahre 1900. ziemlich lebhaft, und dürfte man im Allgemeinen mit den Umsätzen zufrieden sein. Leider lässt sich von dem Nutzen nicht dasselbe sagen, da in Folge des Spiritusringes der Preis für Sprit ein wesentlich höherer war, als er nach der günstigen Kartoffelernte und der grösseren Spiritusproduktion hätte sein müssen. Hierzu kommt noch, dass auch Zucker durch die Ringbildung weit theurer geworden und eine erneute Zollerhöhung für ausländische, zur Fabrikation notwendige Spirituosen von 125 auf 160 Mk. per 100 kg die Herstellungs-kosten vieler Fabrikate erhöhte, der Fabrikant aber nur einen kleinen Theil dieser Vertheuerung auf seine Abnehmer abwälzen konnte.

II. Fruchtsäfte

anlangend, so war die Ernte in Himbeeren eine kaum mittelmässige, und waren die Preise für Himbeersaft höher als im Vorjahre. In Sauerkirschen war die Ernte endlich wieder eine bessere, so dass der Preis für Kirschsaff herunterging.

9. Malzfabrik Funke & Moll.

In der Zeit vom September 1899 bis Anfang Juni 1900 wurden, wie im Jahre zuvor, rund 21 000 Ctr. rohe Gerste verarbeitet und daraus ca. 16 000 Ctr. fertiges Malz erzielt, gegen 17 000 Ctr. im Vorjahre. Die Preise für bessere Braugersten waren anfangs sehr hoch, so dass man unter 175 bis 180 Mk. per Tonne

nicht ankaufen konnte, was darin seinen Grund hatte, dass die Gersten zum grossen Theil nothreif wurden und sehr flach waren. Beides hatte auch zur Folge, dass die Ausbeute eine geringere war. Das Geschäftsjahr hat somit kein befriedigendes Resultat ergeben. Die Produktion wurde fast ausschliesslich am hiesigen Platze abgesetzt.

Die Aussichten für die gegenwärtige Kampagne scheinen etwas günstiger zu werden.

10. Essig-Fabrikation.

a) Essigfabrik C. Brasche & Sohn.

Der Absatz in Spiritusessig war im abgelaufenen Jahre recht gut.

Die angesammelten Vorräthe wurden im Herbste bei der guten Ernte in Konservenfrüchten wohl vollständig geräumt.

Die Alkoholessig-Industrie hat einen schweren Kampf mit dem Holzessig zu bestehen, welcher in gereinigtem Zustande als Speiseessig in den Handel kommt und für dessen Einführung von den grossen chemischen Fabriken eine gewaltige Reklame gemacht wird. —

Abgesehen von der giftigen Eigenschaft dieses Produktes von ca. 80 Prozent Essigsäure in unverdünntem Zustande, fehlt dem Holzessig vollständig das natürliche Aroma, welches nur dem durch Gährungsprozess hergestellten Spiritusessig eigenthümlich ist.

Die Verkaufspreise lassen sehr zu wünschen übrig, zumal die Preise für Rohspiritus in Folge der Spiritusringe wesentlich gestiegen sind.

b) Essigfabrik Gustav Giebel.

Essigsprit.

Der Umsatz an Essigsprit und besseren Weinessigen zu Einmachezwecken ist im Jahre 1900 ungefähr dem des Vorjahres 1899 gleich gewesen. Durch die sehr gute Gurken- und Zwetschen-ernte hätte der Umsatz eigentlich grösser sein müssen; durch die Rivalität der Essigessenz für Speise- und Einmachezwecke, hauptsächlich gefördert durch die übertriebene Reklame von Dr. Fischers Essigessenz, erlitten sämtliche Essigfabriken Einbusse.

Das Publikum ist derartigen Reklamen zu leicht zugänglich, ohne sich bewusst zu sein, dass es ein sehr gefährliches Gift kauft, wenn die Essenz unverdünnt genossen wird.

Die Preise für Gährungsessig haben sich im vergangenen Jahre nicht höher gestalten können, da die Centrale für Spiritusverwerthung in Berlin die Spirituspreise auf ungeahnter Höhe behauptet hatte.

Liqueurbranche.

In der Liqueurbranche konnten die Preise für Aquavite auch keine Aufbesserung erfahren, obwohl seitens der Destillateure im Herzogthum Braunschweig und Provinz Sachsen dahingehende Einigungsversuche stattgefunden hatten.

Unter den hohen Spirituspreisen und den gesteigerten Unkosten krankt die ganze Liqueurbranche.

Es wäre schon besser, wenn ein Branntwein-Staatsmonopol eingeführt würde, als wenn jetzt nur eine Gesellschaft von Interessenten den grossen Nutzen einheimst.

11. Trinkbranntwein.

Die Getreidebrennereien haben unter den verschiedenen Ringbildungen, wodurch die Preise für Kohlen und Rohmaterialien in die Höhe getrieben sind, sehr zu leiden. Während andere Fabrikationszweige durch gleichen Zusammenschluss sich zu schützen suchen, ist unter den in Betracht kommenden Brennereien des Herzogthums eine Einigung bislang nicht erzielt worden. Da sich der Konsum trotz der Volksvermehrung seit Jahren in denselben Grenzen hält, sind zumeist die kleineren Geschäfte ängstlich bemüht, sich die Kundschaft durch äusserste Konzessionen zu erhalten, statt, der Nothlage gehorchend, die Preise zu erhöhen. Von einem erzielten Nutzen kann kaum noch die Rede sein. In Gegenden, wo durch Zuzug fremder Arbeiter, Polen etc., der Konsum gestiegen ist, wird derselbe meistens durch ganz geringwerthige Waare gedeckt.

12. Mostrich-Fabrikation.

Die holländischen Senfsaaten waren im verflossenen Jahre sehr theuer und gegen den Hochsommer überhaupt nicht mehr am Markte.

Da die Preise des Mostrichs für Fasswaare in Folge der Ueberproduktion noch immer sehr gedrückte sind, so war das Geschäft in dem Artikel wenig nutzbringend.

In neuerer Zeit ist der Verkauf von Mostrich in billigen Gläsern und Kruken mit Kork- oder Deckelverschluss mehr eingeführt. Diese Art der Packung ist dem Auswiegen vorzuziehen, da der Mostrich bei Anbruch im Fass leicht leidet.

Die Zuständigkeit der Behörden in der Stadt Braunschweig.

Vortrag

gehalten auf Veranlassung des Ausschusses für volksthümliche Vorlesungen
am 2. Februar 1901 im Altstadtrathhause
vom Stadtrath H. v. Frankenberg (Braunschweig).

(Schluss.)

Im Rathhause befindet sich ebenfalls das auf Kosten der Stadt geschaffene, seit Juli 1891 bestehende Gewerbegericht, das zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten in der Stadt Braunschweig nach folgenden Grundsätzen zuständig ist: es muss sich um einen Prozess zwischen gewerblichen Arbeitgebern und -Nehmern oder Arbeitern desselben Gewerbetreibenden unter einander handeln, es sind also ausgeschlossen die Betriebe, welche nicht unter den Gewerbebegriff fallen, z. B. Landwirthschaft, Eisenbahnunternehmen, Staats-, Gemeinde- und Kirchendienst einschliesslich der Hilfsarbeiten, ferner Wohlthätigkeitsvereine, sodann die Privathaushaltungen und dergl. Es gehören nicht zu den gewerblichen Arbeitnehmern in diesem Sinne alle Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker, Aufseher, Inspektoren und ähnliche Personen, deren Jahresarbeitsverdienst mehr als 2000 Mk. beträgt; auch sämtliche Handlungsgehilfen und -Lehrlinge unterstehen nicht dem Gewerbegerichte, sondern sie haben sich an das ordentliche Gericht zu wenden, wenn sie es nicht vorziehen, durch Vermittelung der Handelskammer die Regelung durch ein kaufmännisches Schiedsgericht zu versuchen oder den zuständigen Schiedsmann im Markthallengebäude in Anspruch zu nehmen.

Soviel von der persönlichen Zuständigkeit des Gewerbegerichts; sachlich ist es zuständig bei allen gewerblichen Streitigkeiten über Antritt, Fortsetzung oder Auflösung des Arbeitsverhältnisses, über die Leistungs- und Entschädigungsansprüche daraus, also insbesondere über den Lohn, mag er Stunden-, Tage-, Wochen-, Akkord- oder sonstiger Lohn sein, über Innehaltung von Kündigungsfrist und Vergütung wegen vorzeitiger Entlassung oder wegen Kontraktbruchs, über Ordnungs- und andere Vertragsstrafen, über Aushändigung und Inhalt von Arbeitsbüchern und Zeugnissen und Anrechnung von Krankenkassenbeiträgen. Wenn auch das Gewerbegericht ein Ausnahmegericht ist, so hat doch bei der Einfachheit und Schnelligkeit seines Verfahrens die Ansicht vieles für sich, dass man mit der Abgrenzung seiner Zuständigkeit nicht gar zu ängstlich und engherzig vorgehen möge: auch die Forderungen, die sich mittelbar aus dem Arbeitsverhältniss ergeben, z. B. wegen der Herausgabe von Handwerkszeug und Kleidungsstücken eines entlassenen Arbeiters, werden vor dem Gewerbegericht verhandelt werden können.

Voraussetzung ist aber, dass die streitige Verpflichtung im Braunschweiger Stadtbezirk erfüllt werden musste: wo der Arbeiter oder der Arbeitgeber wohnt, ist dabei nicht ausschlaggebend. Es kann also z. B. ein Braunschweiger Arbeiter, der bei den Kalibohrungen auf der Asse beschäftigt war, oder ein Kellner, der im Brockenhotel während der Sommerszeit Stellung hatte, hier bei unserem Gewerbegericht nicht sein Recht suchen, denn die Ansprüche aus dem Dienstverhältnisse waren auf der Asse und auf dem Brocken zu befriedigen. Dagegen kann sehr wohl ein Arbeiter vom Eichsfelde, der hier in Braunschweig in der Zuckerfabrik, auf einem Bau oder anderswie gewerblich thätig war, das hiesige Gewerbegericht in Anspruch nehmen, selbst wenn er inzwischen wieder in seine Heimath gereist ist.

Ausgeschlossen ist die Zuständigkeit des Gewerbegerichts, wenn eine Innung oder ein Innungsschiedsgericht zu entscheiden hat. Früher gab es hier mehrere Innungsschiedsgerichte. Jetzt ist ihre Zahl bis auf eins zusammengeschmolzen, und darüber wird man im Interesse der Einheitlichkeit, Gleichmässigkeit und Beschleunigung der Prozesse nicht traurig sein dürfen: es ist nur noch das Schiedsgericht der Baugewerkeninnung für die Streitigkeiten zwischen Innungsmeistern mit ihren Gesellen und Arbeitern zuständig. Dagegen hat jede Innung, einerlei ob Zwangs- oder freiwillige Innung, durch ihren Lehrlingsausschuss über Streitigkeiten zwischen Lehrherren und Lehrlingen zu entscheiden.

Während es gegen die Urtheile des Gewerbegerichts in den meisten Fällen kein Rechtsmittel giebt, nämlich dann nicht, wenn der Streitwerth nicht mehr als 100 Mk. beträgt, ist gegen die Entscheidungen des Innungsschiedsgerichts und des Lehrlingsausschusses einer Innung die Anrufung des Amtsgerichts binnen Monatsfrist freigestellt, und in letzter Instanz kann das Landgericht als Berufungsgericht sein Urtheil abgeben.

Ich will nun mit einigen Worten die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte besprechen. Dabei ist vorauszuschicken, dass in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten auf Anrufen eines oder beider Theile eine Vergleichsverhandlung vor dem Schiedsmanne stattfindet. Die Schiedsmänner haben, wie ich schon erwähnte, im Vordergebäude der Markthalle am Hagenmarkt ihr Dienstzimmer. Sie sind auch an Stelle der Polizeidirektion zu Sühneverhandlungen über Beleidigungen und Körperverletzungen befugt, wer also Privatklage erheben will, muss sich zunächst wegen des Sühnetermins an sie wenden. Bei Gewerbegerichts- und Arbeiterversicherungssachen ist ihre Zuständigkeit ausgeschlossen.

Gelingt der Sühne- oder Vergleichstermin nicht, so ist bei dem ordentlichen Gerichte Klage zu erheben. Wem seine Vermögensverhältnisse und die Sorge für den Unterhalt der Seinigen die Einzahlung des Kostenvorschusses und die übrigen Prozessaufwendungen nicht ohne erhebliche Beeinträchtigung gestattet, der hat hier im Rathhause, Zimmer 22, einen Armenschein zu

beantragen, um vom Gerichte auf Grund desselben das Armenrecht sich bewilligen zu lassen. Die Gewährung desselben gilt übrigens nicht, wie vielfach angenommen wird, als öffentliche Armenunterstützung, hat also z. B. den Verlust des Wahlrechts nicht zur Folge.

Die Aufgabe des hiesigen Amtsgerichts, Auguststrasse 6, ist es, in Strafsachen, in Civilsachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Recht zu gewähren. In Strafsachen spricht das Amtsgericht als Schöffengericht bei allen Uebertretungen und Privatklagen, sowie bei kleineren Vergehen Recht, während schwerere Fälle und alle Berufungen in Strafsachen vom Landgerichte, und die allerschwersten Strathaten vom Schwurgerichte abzuurtheilen sind. In Civilsachen, also in den bürgerlichen, zwischen zwei Privatparteien schwebenden Rechtsstreitigkeiten, die sich meistens um Mein und Dein drehen, ist das Amtsgericht zuständig, wenn der Streitwerth 300 Mk. nicht übersteigt, ferner bei allen Prozessen wegen Wohnungs- und Dienstmiethe, bei gewissen Alimenterprozessen und einigen anderen Streitigkeiten, die schnelle Erledigung fordern, bei Erlass von Zahlungsbefehlen, Abnahme des Offenbarungseides, bei dem Sühneversuch vor Anstellung der Klage auf Ehescheidung oder auf Herstellung des ehelichen Lebens u. a. m.

Zur freiwilligen Gerichtsbarkeit des Amtsgerichts gehören die Vormundschaften, Pflegschaften, Kuratelen, Entmündigungen, Aufgebote, Erbbescheinigungen. Ferner kommen in Betracht die Grundbuch-, Konkurs-, Zwangsversteigerungs- und Register- sowie ähnliche Angelegenheiten.

Das hiesige Landgericht, Münzstrasse 17, bei dem eine besondere Kammer für Handelssachen besteht, ist für die übrigen Prozesse und Berufungen und Beschwerden gegen die amtsgerichtlichen Entscheidungen zuständig. Auf die Zuständigkeit des Oberlandesgerichts werde ich nicht einzugehen brauchen, weil dort der Anwaltszwang besteht, so dass sich jeder Betheiligte bei seinem Rechtsverständigen leicht Rath holen kann.

Die Befugnisse der Anklagebehörde, also des Amtsanwalts bei dem Amtsgerichte, der Staatsanwaltschaft beim Land- und Schwurgerichte, des Oberstaatsanwalts als Beschwerdeinstanz und bei dem Oberlandesgerichte darf ich im Allgemeinen als bekannt voraussetzen.

Neben den ordentlichen Gerichten giebt es noch einige besondere Gerichtshöfe, über deren Befugnisse vielfach Unklarheit herrscht. Vom Gewerbegericht ist schon gesprochen. Eine hier seit fünf Jahren bestehende Einrichtung, die durchaus noch nicht alle deutschen Bundesstaaten besitzen, ist der Herzogliche Verwaltungsgerichtshof, Turnierstrasse 7, welcher in den vom Gesetz ausdrücklich bezeichneten Fragen des öffentlichen Rechts sein Urtheil abzugeben hat, und zwar in der Regel endgültig, so dass es ein Rechtsmittel dagegen nicht mehr giebt. Die Klage

beim Verwaltungsgerichtshof findet insbesondere statt gegen alle von den Polizeibehörden in orts- und landespolizeilichen Angelegenheiten abgegebenen Verfügungen und Entscheidungen, ferner in städtischen Angelegenheiten gegen Beschlüsse der vereinigten Versammlung des Magistrats und der Stadtverordneten, z. B. über Besitz, Verlust und Ruhen des Bürgerrechts, über Beschwerden gegen die Liste der Wahlberechtigten und gegen die Stadtverordnetenwahlen, gegen Heranziehung und Veranlagung zu den Gemeindesteuern, sowie zu den Kosten der Herstellung, Instandsetzung und Unterhaltung von Strassen und Wegen. In gewerblichen Angelegenheiten richtet sich die Klage z. B. gegen die von der Polizeidirektion erfolgte Versagung der Erlaubniss zum Betriebe gewisser Gewerbe, wie Schauspielunternehmungen, Singspielhallen, Feilbieten von Druckschriften, Anlegen einer Schlachtere, eines Dampfbetriebes, einer Gast- oder Schankwirthschaft, Kleinhandlung mit Branntwein und dergl. Auch in manchen Streitsachen aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist der Verwaltungsgerichtshof zuständig, z. B. bei der Klage gegen die von der Polizeidirektion verweigte Genehmigung der Errichtung einer Ortskrankenkasse oder eingeschriebenen Hilfskasse, ebenso bei der Beanstandung von Statutenänderungen, bei der Verfügung der Schliessung oder Auflösung von Krankenkassen und dergl. Auch wenn eine Privatperson, ein Kassenmitglied und dessen Angehörige mit der Kasse in Streit über die Beiträge oder die Unterstützungsansprüche gerathen, kann bei Zwangskassen die Entscheidung der Aufsichtsbehörde, also hier des Stadtmagistrats, durch Klage bei dem Verwaltungsgerichtshof angefochten werden; bei Hilfskassen gilt, wie oben ausgeführt, von Anfang an der gewöhnliche Rechtsweg. Die Frist für die Anfechtungsklage beträgt bei diesen Unterstützungs- und Beitragsstreitigkeiten vier Wochen nach Zustellung der ersten Entscheidung, während sonst nur vierzehn Tage Zeit zur Erhebung der verwaltungsgerichtlichen Klagen gegeben sind.

Mit Arbeiterversicherungsprozessen anderer Art hat sich ein Schiedsgericht zu befassen, dessen Wirksamkeit in vielen Kreisen noch unbekannt ist, weil es in der jetzigen Verfassung erst seit Anfang dieses Jahres besteht. Das ist das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, das hier im Gebäude der Landesversicherungsanstalt, Petrithorpromenade 5, unter dem Vorsitze des Regierungsraths Dr. Reidemeister über alle Berufungen in Unfall-, Invaliden- und Altersrentensachen aus dem Herzogthume Braunschweig entscheidet. Seine Zuständigkeit ist in Bezug auf die Unfallversicherung dahin abgegrenzt, dass es darauf ankommt, ob der Betrieb, in welchem sich ein Unfall ereignete, hier im Herzogthume seinen Sitz hat. Wo der Unfall passirt ist, wo der verunglückte Arbeiter wohnte, oder wo die Berufsgenossenschaft sich befindet, deren Vorstand, Entschädigungsausschuss oder Sektionsvorstand die angefochtene Verfügung erliess, das ist gleichgültig. Es geht die Berufung an das hiesige Schiedsgericht für Arbeiterversiche-

nung z. B. seitens eines ostpreussischen Sachsengängers, der in Riddagshausen bei der Dreschmaschine verletzt ist; denn er war in einem braunschweigischen Landwirthschaftsbetriebe thätig. Ebenso hat ein Monteur der hiesigen Dampfkessel- und Gasometer-Fabrik, der bei Aufstellung von Maschinen in Kassel verunglückte, bei unserem Schiedsgerichte sein Recht zu suchen, und dasselbe würde sogar von seinen Leidensgefährten gelten, die er etwa in Kassel selbst erst als Hilfsarbeiter hat annehmen müssen. Auch die Arbeiter in solchen Betrieben, für die es im Herzogthume an einem Genossenschafts- oder Sektionsvorstande fehlt, sind jetzt in der Lage, hier am Orte das Schiedsgericht zur Regelung ihrer Ansprüche zu besitzen: so die Tischler und Buchdrucker, die Fleischer, die Arbeiter in der Zucker-, Konserven-, Tabakindustrie, die Angestellten der Strassenbahn u. a. m. Es ist augenfällig, dass hierdurch ein Fortschritt erzielt ist, der die Verfolgung der Rentenansprüche für die Betheiligten bedeutend erleichtert. — In Invaliden- und Altersrentenprozessen ist dasselbe Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hier zuständig, wenn der Rentenbewerber zur Zeit der Stellung seines Rentenanspruches den Wohnsitz oder Beschäftigungsort im Herzogthume Braunschweig hatte. Es ist einflusslos, ob zuletzt für ihn Hannoveraner, Brandenburger, Sachsen-Anhaltiner oder sonstige Marken geklebt sind — hierauf kam es früher an, jetzt ist aber zweckmässiger Weise auch auf diesem Gebiete die Entscheidung möglichst der Stelle nahe gerückt, wo sich der Arbeiter aufhält und wo man mit seinen Verhältnissen am besten vertraut ist.

Nur einige Worte über die anderen Behörden in der Stadt Braunschweig. Die Herzogliche Kreisdirektion, Eiermarkt 5, kommt für die rechtsuchende hiesige Einwohnerschaft nur in wenigen Fällen in Betracht, da sie viele Geschäfte an die Polizeidirektion abgegeben hat. Es steht ihr aber die unmittelbare Aufsicht über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten zu, sie überwacht also als staatliche Behörde die Geschäftsführung des Stadtmagistrats, sie hat als Beschwerdestelle in städtischen Angelegenheiten zu entscheiden und vermittelt in vielen Fällen den schriftlichen Verkehr des Magistrats mit dem Ministerium, sie vertritt ferner den Landarmenverband des Kreises Braunschweig, sie ist Oberaufsichtsbehörde über die hiesigen Innungen, sie hat sich mit den Angelegenheiten der Regierungsgewalt insoweit zu befassen, als diese nicht der Polizeidirektion übertragen sind, und der jedesmalige Kreisdirektor ist hier ständiges Mitglied der Oberersatzkommission für den Bezirk der 40. Infanterie-Brigade im Herzogthume Braunschweig.

Von den übrigen staatlichen Behörden seien in Kürze genannt: das Herzogliche Finanzkollegium (im Finanzgebäude, Dankwardstrasse No. 1), welches mit der Verwaltung des Landes-Schulden-, -Kredit- und Finanzwesens, der Aufsicht über die Leihhausanstalten und das staatliche Rechnungs- und Kassenwesen, sowie der Führung der Finanzaufsicht im Allgemeinen betraut ist;

(Fortsetzung s. S. 140.)

Statistische

über den Post- und Telegraphenverkehr bei den im Handelskammerbezirke Post- und Telegraphen-Anstalten des Ober-Postdirekt

Laufende No.	Name des Ortes	Einwohnerzahl im Orts- und Landbestellbezirke nach der Zählung vom 1. Dezember 1900	Porto- und Telegrammgebühren-Einnahme Mk.	An Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk eingegangene portopflichtige und portofreie				Im Orte auf portopflichtig	
				Briefe, Postkarten, Drucksachen u. Waarenproben Stück	Packete ohne Stück	Briefe mit Werthangabe Stück	Packete mit Stück	Briefe, Postkarten, Drucksachen u. Waarenproben Stück	Packete ohne Werth Stück
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	Braunschweig .	131 148	2 073 955	13 101 140	684 414	44 506	14 117	25 775 776	875 275
2	Wolfenbüttel .	20 241	171 269	1 926 886	77 549	5 063	2 013	2 213 952	60 162
3	Schöppenstedt	7 841	33 822	292 760	19 760	1 254	210	2 371 712	10 876
4	Helmstedt . .	14 259	123 898	965 458	60 628	4 209	2 330	1 077 752	38 723
5	Schöningen . .	10 976	68 488	646 230	37 494	3 082	292	551 538	23 141
6	Königsutter . .	6 493	34 375	314 836	16 594	1 204	179	244 348	10 454
7	Gandersheim . .	6 555	52 332	361 504	23 151	1 556	770	252 876	42 864
8	Seesen	5 408	46 333	397 098	23 402	1 347	200	394 394	18 798
9	Holzminde . .	12 525	92 747	806 598	52 557	3 499	1 599	847 522	33 143
10	Stadtoldendorf	5 363	28 051	234 494	15 661	1 206	171	211 094	9 126
11	Eschershausen	3 872	14 192	115 830	10 399	622	104	83 200	8 333
12	Blankenburg a. H.	10 284	127 632	1 241 188	88 742	4 795	1 383	1 525 966	46 153
13	Hasselfelde . .	2 969	13 570	122 148	11 356	530	81	106 808	7 867
14	Harzburg . . .	7 255	99 193	1 270 724	46 921	2 492	455	1 271 634	20 009

Fernsprech

Stadt-Fernsprecheinrich

	Jahr	Blankenburg (Harz)	Braunlage	Braunschweig	Gandersheim	Harzburg	Helmstedt
Zahl der Stadt-Fernsprechstellen .	1894	21	—	709	—	36	16
	1895	20	—	813	—	48	18
	1896	18	—	915	—	50	17
	1897	15	8	1008	—	55	30
	1898	17	10	1126	—	61	38
	1899	22	10	1236	12	65	41
	1900	56	16	1566	19	84	57
Zahl der in den Jahren 1894 bis 1900 ausgeführten Verbindungen	1894	32 433	—	2 884 351	—	13 994	18 304
	1895	29 640	—	3 077 703	—	34 733	21 149
	1896	42 617	—	3 594 345	—	53 269	25 544
	1897	44 653	2 932	3 194 270	—	54 589	35 853
	1898	52 316	8 939	3 594 120	—	67 038	58 043
	1899	68 259	10 127	4 044 607	4 725	69 791	66 062
	1900	35 865	12 855	3 439 233	15 901	77 970	81 016

Nachrichten

Braunschweig und zwar in den vierzehn Städten des Herzogthums beleghenen
tionsbezirks Braunschweig für das Kalenderjahr 1900.

gegebene und portofreie		An Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk eingegangene portof- pflichtige und portofreie		Betrag der		Zahl der von den Verlags- post- anstalten abgesetzten Zeitungs- nummern	Telegramme		Einnahme aus dem Verkauf von Wechsel- stempel- marken etc.
Briefe mit angabe	Packete mit	Post- nachnahme- sendungen	Post- auftrags- briefe	portopflichtigen und portofreien Postanweisungen	aus- gezählten		Auf- gegebene	Ein- gegangene	
Stück	Stück	Stück	Stück	Mk.	Mk.		Stück	Stück	Mk.
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
32 097	12 875	94 271	15 195	31 784 223	47 114 775	6 790 727	149 932	155 062	51 567
5 454	838	13 387	3 030	4 377 837	3 159 601	160 146	12 780	11 814	711
2 146	315	4 437	712	1 301 103	482 058	37 165	2 551	2 646	649
5 932	900	11 953	2 390	3 991 236	2 978 682	411 816	10 137	10 996	2 329
3 971	300	9 536	1 690	2 517 656	1 235 889	84 603	6 009	6 774	2 685
1 774	146	4 289	1 089	1 231 255	538 243	17 040	3 057	3 213	726
2 021	551	4 590	667	1 384 005	770 312	67 728	3 164	3 465	1 372
1 741	419	4 956	1 094	1 594 587	985 725	107 600	4 730	4 265	155
2 887	2 628	9 354	1 764	2 540 422	2 210 738	313 502	9 282	9 810	2 634
1 122	234	3 077	651	898 396	758 740	7 828	2 511	2 831	764
718	155	2 075	248	554 569	275 620	16 374	1 303	1 429	137
5 623	1 146	15 489	2 942	3 767 779	2 143 243	183 122	13 853	14 031	2 659
632	119	2 055	344	484 637	130 435	2 964	1 363	1 366	31
2 218	358	10 168	1 998	2 373 370	1 385 538	65 672	15 753	14 779	725

verkehr.

tungen bestehen in:

Holz- minden	Jerxheim	Königs- lutter	Rübeland	Schöning- gen	Schöppen- stedt	Seesen	Stadt- oldendorf	Walken- ried	Wolfen- büttel
—	—	—	—	33	—	—	—	—	48
—	—	—	—	34	—	—	—	—	54
—	—	—	—	36	—	—	—	—	66
—	—	13	—	42	—	—	—	—	67
21	—	15	17	48	22	16	—	—	81
36	8	20	19	47	23	22	5	9	79
53	12	28	24	48	26	34	16	12	138
—	—	—	—	33 478	—	—	—	—	91 825
—	—	—	—	34 801	—	—	—	—	95 339
—	—	—	—	40 285	—	—	—	—	129 286
—	—	—	—	54 279	—	—	—	—	154 267
—	—	9 660	—	70 276	8 010	—	—	—	192 160
7 125	—	29 390	7 484	64 207	32 947	3 386	—	—	230 380
33 893	1824	32 478	47 798	69 086	35 762	25 005	322	5 458	242 327
68 870	4317	38 965	62 238	—	—	38 109	9347	15 772	—

Ferner bestehen Stadt-Fernsprecheinrichtungen in:

	Jahr	groistedt	Calvörde	Eschers- hausen *	Hedwigs- burg	Mattier- zell	Vechnelde	Wende- burg *	Veipke* (Brschw.)
Zahl der Stadt- Fernsprechstellen	1900	11	11	3	6	16	10	2	1
Zahl der ausge- führten Verbindungen . . .	1900	3031	5218	77	654	2536	1640	741	37

Anmerkung: Die mit * bezeichneten Orte haben Umschaltestellen.

Es beträgt	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
1. Die Zahl der Post- und Tele- graphenanstalten	140	132	151	153	155	156	160
2. Die Zahl der Posthilfsstellen	357	360	348	355	354	358	354
3. Die Zahl der amtlichen Ver- kaufsstellen für Postwerth- zeichen	308	326	330	406	457	474	490
4. Die Zahl der Briefkasten .	1052	1096	1158	1185	1216	1258	1287

ferner die Herzogliche Steuerektion in demselben Dienstgebäude, mit den Unterabtheilungen: Herzogliches Steuerkollegium, zuständig für die direkten Steuern: Grund-, Gewerbe-, Einkommen-, Ergänzungssteuer, und Herzogliche Zoll- und Steuerektion, betraut mit der Verwaltung der Zölle, Stempel-, Erbschafts-, Veränderungs-, Verbrauchsabgaben, also der indirekten Steuern, und der Gerichtsporteln.

Das Vermögen des Braunschweigischen Staates besteht zum grossen Theile aus Grund und Boden. Die Verwaltung desselben erfolgt durch die Herzogliche Kammer, An der Martinikirche 7; diese gliedert sich nach der Art der einzelnen Besitzungen in die Direktion der Domänen, die Direktion der Forsten, die auch für die staatlichen Fischereien und Jagden, sowie für die Staatsaufsicht über die Gemeinde-, Stiftungs- und Privatforsten zuständig ist, endlich die Direktion der Bergwerke, der neben der Verwaltung der staatlichen Berggerechtsame auch die Ausübung der bergrechtlichen Befugnisse des Staates nach dem Berggesetze und der Reichsgewerbeordnung obliegt.

Die Herzogliche Landesökonomie-Kommission, An der Katharinenkirche 11, hat neben der Ausführung von Separationen, Gemeintheilungen und Ablösung von Lasten eine Aufgabe, die sie in häufige Berührung mit dem Publikum bringt; sie besorgt die Feststellung der Entschädigung bei Zwangsenteignungen nach dem Expropriationsgesetze, wenn der Güteversuch vor der Polizeidirektion vergeblich gewesen ist.

Als besondere Fachbehörden mögen die Herzogliche Bau-
direktion hier, An der Martinikirche 7, die technische Central-
leitung des gesammten staatlichen Bauwesens, und das Herzogliche
Ober-Sanitätskollegium, Eiermarkt 5, genannt sein, die Aufsichts-
behörde über die Medizinal-, Krankenhaus-, Apotheken- und ähn-
lichen Angelegenheiten.

Ein besonderer Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenz-
streitigkeiten (im Justizgebäude) hat etwaige Zuständigkeitszweifel
zwischen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden zu regeln. Er
tritt indess nur sehr selten auf Anrufen einer Verwaltungsbehörde in
Thätigkeit; seine Entscheidungen sind endgültig.

Ueber allen genannten Behörden steht als Oberaufsichts- und
Centralbehörde das Herzogliche Staatsministerium, Bohlweg 51,
mit seinen drei Abtheilungen: für Finanzen-, Handels-, Eisenbahn-,
Bergwerks-, Militär- und auswärtige Angelegenheiten; ferner für
innere Landesverwaltung, Polizei- und Medizinalwesen; endlich
für Justiz, geistliche und Schulangelegenheiten. Bei dem Ministerium
ist ein besonderes Statistisches Bureau, Bohlweg 30, eingerichtet,
durch welches z. B. in nächster Zeit das endgültige Ergebniss der
Volkszählung vom 1. Dezember v. J. festgestellt und an das Sta-
tistische Amt des Deutschen Reiches in Berlin weitergegeben wird.

Damit bin ich am Ende der Uebersicht angelangt, die ich
Ihnen über die Zuständigkeit der Behörden in unserer Stadt geben
wollte. Hoffentlich ist es mir gelungen, wenigstens in den Grund-
zügen ein klares und anschauliches Bild zu geben. Die Haupt-
aufgabe bei der Abgrenzung des Thätigkeitsfeldes ist im einzelnen
Falle von den angerufenen Dienststellen selbst zu erfüllen. Wie
sich Niemand zu scheuen braucht, bei der Behörde sich Rath zu
holen, so wird auch bei den Behörden meistens Bereitwilligkeit
zur Ertheilung einer solchen Auskunft in Zuständigkeitsfragen er-
wartet werden dürfen, damit nicht das Handwerk der Winkel-
konsulenten gefördert wird, die für gutes Geld schlechten Rath
geben. Vor Allem aber muss jede Behörde bestrebt sein, sich
vor Uebergreifen auf das Gebiet einer anderen Amtsstelle zu hüten.
»Jedem das Seine!«, das gilt auch hier.

Kaufmännische Fortbildungsschule zu Schöningen.

Donnerstag, den 20. Juni, Morgens von 6 bis 8 Uhr, be-
sichtigten wir mit den Schülern der Mittel- und Unterstufe die
hiesige Herzogliche Saline. Die Führung durch die mit vorzüg-
lichen, zeitgemässen Einrichtungen ausgestatteten verschiedenen
Abtheilungen übernahm Herr Salineninspektor Gerstner.

An dem im Betriebe befindlichen Werke erläuterte der ge-
nannte Herr in leichtfasslicher, klarer Weise alle Stadien des

Salinenbetriebes und gab so ein anschauliches Bild von der heutigen Gewinnung des Salzes, dieses uralten Handelsartikels. Lehrer und Schüler folgten dem interessanten Vortrage mit grossem Interesse und sprachen dafür beim Abschiede Herrn Salineninspektor Gerstner herzlichen Dank aus.

Im Laufe dieses Sommers hoffen wir noch andere hiesige Werke besichtigen zu können.

W. Th.

Verzeichniss

der

**Im Herzogthum Braunschweig bestehenden Vereine zur Vertretung
wirthschaftlicher Interessen bezw. derjenigen Vereine, welche ihren Sitz
in Braunschweig haben.**

1. Verein deutscher Konserven- und Präservenfabrikanten. Sitz: Braunschweig. Vorsitzender: Konservenfabrikant Julius Neuman (Braunschweig).
2. Verein Deutscher Jute-Industrieller. Vorsitzender: Direktor Kommerzienrath Lupprian (Braunschweig).
3. »Deutscher Gypsverein.« Vorsitzender: Albrecht Meier (Walkenried).
4. Magdeburger Braunkohlenbergbauverein. Vorsitzender: Bergwerksdirektor Bernay (Oschersleben).
5. Landwirthschaftlicher Centralverein des Herzogthums Braunschweig. Präsident: Kammerpräsident Rud. Lüderssen, Generalsekretär: Oekonomierath Dr. phil. Pommer (Braunschweig).
6. Vereinigte Konservenfabriken Braunschweigs und Umgegend. Vorsitzender: Konservenfabrikant Julius Neuman (Braunschweig).
7. Fischerei-Verein für das Herzogthum Braunschweig. Vorsitzender: Freiherr Wilhelm von Giersewald, Rittmeister a. D., Oberstallmeister, Excellenz (Braunschweig).
8. Handelsverein zu Braunschweig. Vorsitzender: Kaufmann Friedrich Sander (Braunschweig).
9. Drogistenverein zu Braunschweig. Vorsitzender: Kaufmann Richard Lange (Braunschweig).
10. Verein Braunschweiger Gastwirthe, Braunschweig. Vorsitzender: Otto Mollenhauer (Braunschweig).
11. Vereinigung Braunschweiger Gastgeber, Braunschweig. Vorsitzender: Hotelbesitzer O. H. Meyer (Braunschweig).
12. Kaufmännische Vereinigung zu Wolfenbüttel. Vorsitzender: Kaufmann G. Jürgens (Wolfenbüttel).

13. Gewerbeverein zu Wolfenbüttel. Vorsitzender: Rob. Angermann (Wolfenbüttel).
14. Kaufmännische Vereinigung zu Schöppenstedt. Vorsitzender: Kaufmann Robert Döttinchem (Schöppenstedt).
15. Kaufmännischer Verein zu Gandersheim. Vorsitzender: Kaufmann H. Euler (Gandersheim).
16. Gewerbe-Schutzverein zu Helmstedt. Vorsitzender: Kaufmann Friedrich Kuhne (Helmstedt).
17. Materialisten-Verein zu Helmstedt. Vorsitzender: Kaufmann Carl Schröder (Helmstedt).
18. Kaufmännischer Verein zu Schöningen. Vorsitzender: Kaufmann Eugen Schönbrunn (Schöningen).
19. Handels- und Gewerbeverein zu Schöningen. Vorsitzender: Rechtsanwalt Max Mädge (Schöningen).
20. Kaufmännischer Verein zu Holzminden. Vorsitzender: Kaufmann Heinrich Rehn (Holzminden).
21. Verein selbständiger Kaufleute zu Blankenburg. Vorsitzender: Kaufmann Hermann Ahrberg (Blankenburg a. H.).

Rechtsprechung hiesiger Gerichte.

Ein hiesiger Kaufmann, der von einem hiesigen Seilermeister für gelieferte Waaren 56 Mk. zu fordern hatte, zog über diesen Betrag am 29. Januar v. J. auf den Seilermeister einen Wechsel, der am 29. April v. J. fällig sein sollte, und gab diesen Wechsel, ohne ihn zuvor dem Seilermeister zur Annahme vorgelegt zu haben, an die hiesige Kreditanstalt weiter. Am 14. April v. J. gerieth der Kaufmann in Konkurs. Am 19. desselben Monats widerrief nunmehr der Konkursverwalter den Wechsel und ersuchte den Seilermeister, den Wechsel nicht mehr anzunehmen und bei Vorlegung zur Zahlung nicht einzulösen, vielmehr die 56 Mk. an ihn (den Konkursverwalter) zu zahlen. Da der Seilermeister trotzdem den Wechsel an dem Fälligkeitstage, dem 29. April, einlöste, so beharrte der Konkursverwalter bei seinem Ansprüche auf Bezahlung der 56 Mk. zur Konkursmasse und verklagte dieserhalb den Seilermeister, der freiwillige Bezahlung ablehnte. Nach Beendigung des Konkurses trat für den Konkursverwalter der Kaufmann selbst in den Prozess ein und ermässigte seinen Anspruch um 14 Mk., weil in dem Konkurse die Gläubiger auf Grund eines Zwangsvergleiches 25 v. H. der angemeldeten Forderungen erhalten hatten und somit die hiesige Kreditanstalt auf ihre ursprünglich angemeldete Forderung von 56 Mk. den Betrag von 14 Mk. erhalten

haben würde, wenn der Seilermeister den Wechsel nicht eingelöst hätte. Das Gericht hat, dem Antrage des Kaufmanns gemäss, den Seilermeister zur Zahlung von 42 Mk. verurtheilt. Zur Begründung dieses Urtheils hat es angeführt, ein gezogener Wechsel sei bis zu seiner Annahme dem Bezogenen gegenüber lediglich eine Zahlungsanweisung, die von dem Wechselaussteller und, falls dieser in Konkurs gerathe, von dem Konkursverwalter widerrufen werden könne.

(Br. Anz.)

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(Mai/Juni).

Konserven.

Wenn die Spargelernte in diesem Jahre in Bezug auf das Quantum auch etwas besser ausgefallen ist als im vorigen, so kann doch von einer grossen Ernte nicht die Rede sein, denn besonders in dem leichten Sandboden hat sich wieder ein Rückgang in erster Sortirung bemerkbar gemacht, der die Erträge stark beeinflusst.

Wenngleich die anhaltende Trockniss die Erbsenfelder nachtheilig beeinflusst hat, so kann nach dem heutigen Stande derselben immer noch auf eine Mittelernte gerechnet werden, vorausgesetzt, dass sich das Wetter günstig gestaltet.

Die Bohnenfelder machen im Allgemeinen einen traurigen Eindruck und lassen nichts Gutes erhoffen. Wenn daher nicht bald für das Wachsthum der Bohnen günstiges Wetter eintritt, wird mit einer Missernte gerechnet werden müssen.

Ueber die Marktlage in Konserven ist zu sagen, dass seitens der Händler seit etwa Anfang dieses Jahres über schlechten Absatz geklagt wird. Dieser Umstand, der wohl auf den Rückgang der allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist, sowie auf die in Händlerkreisen und im Publikum verbreitete falsche Meinung, dass die Spargelernte sehr gross gewesen sei, hat bewirkt, dass eine grosse Anzahl der Händler ihren Bedarf nur zum Theil eingedeckt hat, andere Händler überhaupt noch nicht gekauft haben. Dass auch die hohen Spargelpreise das Ihrige dazu beigetragen haben, um den Absatz dieses sonst so begehrten Artikels nachtheilig zu beeinflussen, wird ohne Weiteres zugegeben werden müssen.

A. W. Querner.

Handelsregister.

1. Neueintragungen.

1. Braunschweiger Sack- und Planen-Fabrik Albert Hugo Müller, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Albert Hugo Müller.
2. Hermann Rosenkranz, Bad Harzburg. Inhaber: Kaufmann Hermann Rosenkranz.
3. Gustav Lietzmann, Handel mit Kohlen und Baumaterialien, Blankenburg a. H. Inhaber: Kaufmann Gustav Lietzmann.
4. Gustav Rüger, Kammfabrik, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Gustav Rüger.

5. Hugo Schlanze, Handel mit Uhren, optischen Artikeln und Goldwaaren, Helmstedt. Inhaber: Uhrmacher und Optiker Hugo Schlanze.
6. E. F. W. Münnich, Vechelde. Inhaber: Apotheker Wilhelm Münnich.
7. Ludwig Kiehl, Braunschweig. Inhaber: Kunstgärtner Ludwig Kiehl.
8. Friedrich Roloff, Dampfmolkerei Lutter a. Bgge. Inhaber: Molkereibesitzer Friedrich Roloff.
9. August Allers, Schlewecke bei Derneburg. Inhaber: Ziegeleibesitzer August Allers.
10. Zuckerfabrik Gandersheim, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Gandersheim. Vorstandsmitglieder sind: Oberamtmann Carl Kreutz, Gandersheim, Fabrikleiter Dr. Paul Martin, daselbst, Viertelspänner Heinrich Probst, Bentierode.
11. L. Frühling, Handlung mit Möbeln, Betten, Polsterwaaren und Manufakturwaaren, sowie fertiger Garderobe, Zweigniederlassung der in Hannover bestehenden Hauptniederlassung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Lewin Frühling zu Hannover.
12. Karl Schwachheim, Handel mit Getreide, Futterartikeln und Kunstdünger, Bodenstein. Inhaber: Kaufmann Karl Schwachheim.
13. Hermann Gahren, Handel mit Mühlenprodukten und Getreide, Lutter a. Bbg. Inhaber: Mühlenbesitzer Hermann Gahren.
14. Adolf Becker, Eisen-, Stahl- und Kurzwaarenhandlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Adolf Becker.
15. Verband deutscher Jute-Industrieller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Der Techniker Otto Buckendahl ist zum alleinigen Geschäftsführer ernannt.
16. Gebrüder Telge, Baugeschäft, offene Handelsgesellschaft, Schapen. Inhaber: Maurermeister Hermann Telge, Schapen, und Bauunternehmer Gustav Telge, Hondelage.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Louis Behse, Helmstedt. Das Speditions-, Rollfuhr- und Möbeltransportgeschäft ist von dem bisherigen Inhaber, Fuhrherrn Louis Behse, auf seinen Sohn, Fuhrherrn Carl Behse, mit sämtlichen Aktiven und Passiven und dem Rechte auf Fortführung der Firma übertragen.
2. Brauerei »Glückauf«, Actiengesellschaft, Blankenburg. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 6. Dezember 1900 sind ausser vielen anderen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, unter gleichzeitiger Feststellung eines neuen Textes desselben, die Bestimmungen über die Bestellungs- und Vertretungsbefugnisse der Vorstandsmitglieder geändert.
3. Bierbrauerei zum Feldschlösschen, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Das Grundkapital ist um 300 000 Mk. erhöht, aufgebracht durch Ausgabe von 300 Stammaktien zu je 1000 Mk.
4. Harzburger Aktiengesellschaft, Braunschweig. Der Regierungs- und Bau-rath Fuhrberg ist aus dem Vorstände ausgeschieden und an dessen Stelle der Regierungs- und Baurath Albert Paffen in den Vorstand gewählt worden.
5. Joseph Bremer, Gandersheim. Als offene Gesellschafter sind ausgeschieden: Frau Wittve Henriette Bremier geb. Ballin, in Braunschweig, Frau Anna Herzfeld geb. Bremer, daselbst, Frau Wittve Clara Bremer geb. Bremer, daselbst, Prokurist Georg Bremer in Berlin. Die Firma besteht vom 1. Januar cr. ab als offene Handelsgesellschaft und zugleich Kommanditgesellschaft, an welcher beteiligt sind die bisherigen offenen Gesellschafter Stadtrath Louis Ballin, Gandersheim, Bankier Louis Bremer, jetzt in Braunschweig, als persönlich haftende Gesellschafter, und ausserdem ein Kommanditist.
6. Vormal's Georg Dürkop'sche Farbenwerke Königslutter Alfred Blank, Königslutter. Der Sitz der Firma ist von Königslutter nach Hannover verlegt, und ist dieselbe daher hier gelöscht.

7. Richard Michelmann, Harlingerode. Das Handelsgeschäft wird von den Erben des Kaufmanns Richard Michelmann, als: dessen Wittwe Ida Michelmann geb. Wolff und dessen Kindern Erich, Gertrud, Antonie Michelmann fortgeführt.
8. L. Arenhold, Wolfenbüttel, Kommanditgesellschaft, begonnen am 30. März 1901. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Kaufmann Richard Arenhold, Kaufmann Adolf Arenhold, beide zu Wolfenbüttel, daneben ein Kommanditist, dessen Einlage jährlich planmässig bis zu einem gewissen Betrage herabgesetzt wird.
9. Krug & Kiesler, Braunschweig. Die in Bielefeld begründete Zweigniederlassung ist aufgegeben.
10. J. Conrad Müller & Co., Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva, jedoch ohne Passiva aber mit Firma, von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Fabrikant Carl Meyer jun., seit dem 7. d. Mts. an den Kaufmann Otto Fiedler abgetreten.
11. Molkerei Glentorf, Akt.-Ges. Zufolge Beschlusses der Generalversammlung vom 30. März 1901 sind die Statuten geändert. Ferner sind der Rittergutsbesitzer Wilhelm Helmcke zu Glentorf, der Ackermann Daniel Märtens, daselbst, der Landwirth Heinrich Altenbach, daselbst, der Landwirth Otto Thiele zu Rieseberg, der Gemeindevorsteher Heinrich Scharenberg zu Boimstorf, der Ackermann Heinrich Bätge zu Kl.-Steinke für die Jahre 1902 bis 1905 einschliesslich in den Vorstand neu- bzw. wiedergewählt.
12. Heckner'sche Druckerei und Kreisblattverlag, Wolfenbüttel. Der bisherige Mitinhaber der Firma, der Buchdruckereibesitzer Fritz Heckner in Braunschweig, ist am 1. April 1901 aus dem Handelsgeschäfte ausgeschieden, das nunmehr unter unveränderter Firma von dem Kaufmann und Buchdruckereibesitzer Heinrich Wessel allein fortgesetzt wird. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst.
13. L. J. Rothschild zu Ottenstein. Die Wittve des Kaufmanns Siegmund (Simon) Rothschild, Bertha geb. Schoenbeck zu Ottenstein, ist heute als Alleininhaberin eingetragen.
14. W. Veth, Aktiengesellschaft, Gandersheim. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 27. August v. J. ist der Gesellschaftsvertrag dahin abgeändert, dass die Stammaktien mit den Prioritätsaktien von der Beschlussfassung an gleichberechtigt sein sollen.
15. C. J. Mehn, Braunschweig. Die bestandene Kommanditgesellschaft ist durch das am 1. April d. J. erfolgte Ausscheiden der beiden Kommanditisten aufgelöst und wird das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft von dem bisherigen, persönlich haftenden Gesellschafter, Kaufmann Conrad Jean Mehn, unter Uebernahme der Aktiva und Passiva bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
16. Siemann & Thiele, Lehre. Aus dieser Firma ist der Mitinhaber Albert Siemann ausgeschieden und damit die offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Die Firma ist vom 1. April 1901 an mit sämmtlichen Aktivis und Passivis auf den Maurermeister Carl Thiele in Lehre unter unveränderter Firma übergegangen.

3. Löschungen.

1. A. Heller Nachf., Braunschweig.
2. Meyer & Senff, Langelsheim.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. A. W. Mackensen, Maschinenfabrik und Eisengiesserei G. m. b. H., Schöningen. Dem Obergeringenieur Adolf Felgentreff.
2. Ludwig Kiehl, Braunschweig. Der Ehefrau des Kunstgärtners Ludwig Kiehl, Johanne geb. Schäfer.
3. Gebr. Witte, Braunschweig. Dem Kaufmann Heinrich Witte.

4. Verband Deutscher Jute-Industrieller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Dem Kaufmann Christian Rieche.
5. Siemann & Thiele, Lehre. Dem Kreismaurermeister Albert Siemann.

5. Prokura-Löschungen.

1. Helmstedter Thonwerke Röhne & Co., Helmstedt. Maschinen-Ingenieur Paul Meyerstein und Ziegelei-Techniker Reinhard Liebelt.
2. A. W. Mackensen, Maschinenfabrik und Eisengiesserei G. m. b. H., Schöningen. Ingenieur Gustav Hartkopf.
3. Harzer Crystall-Sauerbrunnen Sophienhütte bei Goslar, Albert Völker. Kaufmann Gerhard Völker.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Süpplinger Konsumverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Vorstandsmitglieder sind: Laboratoriumsgehilfe Ernst Meinecke, Arbeiter Fritz Schaper, Magazinverwalter Rudolf Kohz, sämmtlich zu Süpplingenburg.
2. Lichtenberger Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Lichtenberg. Vorstandsmitglieder sind: Gemeindevorsteher Christian Unverzagt in Lichtenberg, Kothsass Heinrich Schwerdtfeger daselbst, Schmiedemeister Wilhelm Steckhahn daselbst, Kothsass Heinrich Bortfeld daselbst, Molkereibesitzer Friedrich Bruhn daselbst.
3. Rübker Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Rübke. Vorstandsmitglieder sind: Landwirth Heinrich Bartels zu Rübke, Gemeindevorsteher Heinrich Vahldieck daselbst, Drechslermeister Wilhelm Beckmann daselbst, Anbauer Heinrich Michaelis daselbst, Zimmermeister Heinrich Helmholt daselbst.
4. Flechtorfer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Flechtorf. Vorstandsmitglieder sind: Der Land- und Gastwirth Otto Widdecke in Flechtorf, Ackermann Hermann Harig daselbst, Landwirth und Schmiedemeister Carl Gerke daselbst, Landwirth Hermann Beddig daselbst.

2. Abänderungen.

1. Beamten-Konsumverein zu Braunschweig, e. G. m. u. H. Der Registrator Robert Brennecke ist an Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Gerichtsssekretärs Robert Perl in den Vorstand gewählt.
2. Molkerei, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Velpke. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. Juli 1900 ist das Gesellschaftsstatut dahin abgeändert, dass in § 13 Abs. 4 »die Anzahl Kühe anzugeben« vorgeschaltet ist und dann der übrige Passus zu folgen hat, in § 36 Zeile 4 das Wort »berechtigt« durch »verpflichtet« und in § 43 Zeile 7 das Wort »Geschäftsanteile« in »Kühe« umgewandelt worden ist. An Stelle des bisherigen Vorstandsmitgliedes Friedrich Körner jun. zu Velpke ist der Genosse Otto Kraul zu Wahrstedt in den Vorstand gewählt.
3. Molkerei Bortfeld. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Julius Saue, Hermann Feuge und August Rischbieter ist der Kothsass Hans Heinrich Behme in Bortfeld, der Häusling Hans Heinrich Meier daselbst und der Tischlermeister Conrad Rischbieter in Wedtlenstedt in den Vorstand neugewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Siegmund Schweitzer, Kaufmann, Braunschweig. 7. Mai 1901.
2. Fritz Bethmann, Materialwaarenhändler und Tischlermeister, Thiede. 14. Mai 1901.
3. C. Engel, Braunschweig. 22. Mai 1901.
4. Amtsmühle Königslutter, J. Weidemann & Co., Inhaber Kaufmann Jean Weidemann zu Königslutter. 22. Mai 1901.
5. Fritz de Boer, Malermeister, Greene. 24. Mai 1901.

2. Aufhebungen.

1. C. Schüler, Gastwirth, früher in Trautenstein.
2. Wittve des Kaufmanns C. Niehus, Königslutter.
3. Max Weber, Kaufmann, Bad Harzburg.
4. Friedrich Schulze, Anbauer, Lehre.
5. Heinrich Günther, Grosskothsass, Hordorf.
6. Andreas Schrader, Gastwirth, Lutter a. Bbge.

Eingegangene Bücher.

Koerner, H., Gerichtsreferendar in Wiesbaden, **Das neue deutsche Handelsrecht** unter Ausschluss des Seerechts, gemeinverständlich für den gesamten Handelsstand und zum Gebrauche junger Juristen dargestellt. XII und 292 Seiten. Preis in biegsamem Einbände 3,20 Mk. Helwing'sche Verlagsbuchhandlung, Hannover.

Das 2. Heft des bekannten gelben **Fahrplanbuches für 1901**, enthaltend die für den ganzen Sommer geltenden Fahrpläne, ist soeben bei Schmorl & von Seefeld Nachf. in Hannover in seiner altbewährten Ausstattung erschienen.

Geld und Währung. Zwei Vorträge von Professor Dr. Brenning. Verlag von Franz Wunder, Göttingen.

Der erste dieser beiden Vorträge beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Gelde, giebt eine geschichtliche Uebersicht über seine Entstehung und Entwicklung und sucht die damit verbundenen Verhältnisse klarzulegen.

Der zweite behandelt die eigentliche Währungsfrage, entwickelt das darin liegende Problem und spricht sich nach Erörterung der für und gegen die Doppelwährung angeführten Gründe für die neue Goldwährung aus.

Die vorliegende Schrift wird gewiss zahlreiche Käufer finden, weil sie bei billigem Preise (60 Pfg.) einem Bedürfnisse entgegenkommt.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 7/8.

Braunschweig, Juli/August 1901.

XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Der neue Entwurf des Zolltarifs liegt im Bureau der Handelskammer zur Einsicht für alle Wahlberechtigten aus. Bedenken gegen den Entwurf wolle man möglichst bald zu unserer Kenntniss bringen.

Braunschweig, den 30. Juli 1901.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Rückfahrkarten von Gliesmarode nach Berlin.

Gelegentlich der letzten Sitzung des Bezirks-Eisenbahnrates zu Magdeburg hat der Vertreter der Handelskammer die Königliche Eisenbahn-Direktion ersucht, dieselbe möge bestimmen, dass auch von der Station Gliesmarode Rückfahrkarten nach Berlin ausgegeben würden, weil für viele Bewohner der Stadt Braunschweig jene Station viel angenehmer gelegen sei, als der Hauptbahnhof. Hierauf hat die Königliche Eisenbahn-Direktion erwidert, dass für den Verkehr von Gliesmarode nach Berlin bereits seit längerer Zeit direkte Rückfahrkarten über

Helmstedt- Schöppenstedt- oder Börssum- }	Jerxheim- }	Magdeburg-Potsdam
---	-------------	-------------------

oder Meine-Stendal zum Preise von 27,90 Mk. in I. Klasse, 20,90 Mk. in II. Klasse und 14,— Mk. in III. Klasse mit fünf-tägiger Gültigkeitsdauer bestehen. Einstweilen seien dafür aller-

dings noch keine festen Fahrkarten ausgelegt, sondern es müssten Blankettscheine ausgeschrieben werden. Der Beamte in Gliesmarode sei angewiesen, fragliche Rückfahrkarten auf Verlangen der Reisenden jederzeit zu verabfolgen. Sollten dieselben häufiger verlangt werden, was bisher nicht der Fall gewesen sei, so würden auch feste Karten dafür geliefert werden.

Aufnahme von Obligationen in den amtlichen Kursbericht.

Die Handelskammer hat den vereideten Wechselsensal angewiesen, die zur Ausgabe gelangten $3\frac{1}{2}$ prozentigen Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Obligationen, 3. Ausgabe, in den amtlichen Kursbericht aufzunehmen.

Handelsregister des Kaiserlichen Gerichts in Kiautschou.

Von dem Staatssekretär des Reichs-Marineamts ist der Handelskammer ein Verzeichniss der in das Handelsregister des Kaiserlichen Gerichts von Kiautschou eingetragenen und der nicht eingetragenen Firmen zugesandt.

Dasselbe liegt in der Kanzlei der Handelskammer zur Einsicht etwaiger Interessenten aus.

Reichsbanknebenstellen

sind errichtet in Mittweida, abhängig von der Reichsbankstelle in Chemnitz, in Leisnig, abhängig von der Reichsbankhauptstelle in Leipzig, in Oschatz, abhängig von der Reichsbankhauptstelle in Leipzig, in Friedberg (Hessen), abhängig von der Reichsbankhauptstelle in Frankfurt a. M.

Fernsprechverkehr.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Wulfen (Anhalt), Visselhövede, Gadenstedt, Grossbülten und Oberg ist eröffnet. Die Sprechgebühr für ein einfaches Gespräch beträgt nach Wulfen (Anhalt) 1 Mk., nach Visselhövede 50 Pfg., nach Gadenstedt und Grossbülten 25 Pfg. und nach Oberg 20 Pfg. Die Gebühr für Gespräche von hier nach Wesendorf ist von 20 auf 25 Pfg. erhöht.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1900.

I. Theil: Industrie.

X. Nahrungs- und Genussmittel.

13. Molkereien.

Das verflossene Jahr 1900 hat der Milchwirtschaft eine wesentliche Besserung nicht gebracht. Die geringen Futterernten des Jahres 1899, in Folge deren die Vorräthe im Frühjahr zeitig ausgingen, das kühle Frühjahrswetter, welches den Graswuchs sehr zurückhielt — was besonders in den Weidewirtschaften sehr fühlbar empfunden wurde —, ferner die im Vorjahre so verheerend aufgetretene Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen hatten zur Folge, dass die Produktion hinter der früherer Jahre erheblich zurückblieb. Durch die mit der Seuche verbundenen nicht unerheblichen Verluste waren die Milchviehbestände vielfach wesentlich gelichtet, manche werthvolle Kuh hatte durch die Krankheit ihren Nutzungswerth verloren, und Ersatz für diese war nicht immer sogleich zu beschaffen; zudem erreichten die Preise für Milchvieh eine solche Höhe, dass sie vielfach Lücken in den Stallungen zur Folge hatten. Die hohen Ankauftspreise für leistungsfähige Thiere, die hohen Futtermittelpreise und nicht zu vergessen die leidige Leutefrage, in Folge dessen Personal zum Melken der Kühe fast gar nicht mehr zu haben ist, der dabei sich ergebende stete Verdross haben sogar dazu geführt, dass auf verschiedenen grösseren Gütern die Milchviehhaltung ganz aufgegeben worden und daher der Wunsch nicht unberechtigt erscheint, es möchten den verlustreichen Jahren nun eine Reihe nutzbringender Jahre folgen, damit bezüglich der Milchwirtschaft wirklich einmal von einer Rente gesprochen werden kann.

Das Buttergeschäft lag zu Anfang des Jahres sehr ruhig, obgleich es im Allgemeinen als ein lebhaftes zu bezeichnen ist. In Folge der verringerten Produktion und weil das Inland einen immer wachsenden Konsum zeigte, ruhte der Export nach England fast gänzlich, zumal Dänemark günstigere Preise stellte. Trotzdem aber trat zu Zeiten eine solche Knappheit in Butter ein, wie seit Jahren nicht, so dass zur Deckung des Bedarfs das Ausland herangezogen werden musste. Hierzu kam die im Monat Juni in Dänemark und den östlichen deutschen Provinzen herrschende längere Dürreperiode, so dass mithin unter den ungünstigen Futterverhältnissen die Produktion noch weiter zurückging. Ferner wurden für die Marine zur Verproviantirung unserer Truppen nach China grosse Aufkäufe vorgenommen, wodurch die sonst zu dieser Jahreszeit auf Lager gehenden Posten glatt Käufer fanden.

Die im Allgemeinen auf den grossen Märkten herrschende Knappheit in Butter wirkte auf die Lage des Buttergeschäfts der

engeren Heimath zurück, wenngleich auch nicht in besonders fühlbarer Weise, da die hiesigen Produktionsstätten meist wenig nach den Haupt-Handelsplätzen senden, sondern feste Jahresabschlüsse nach den näher gelegenen grösseren Städten haben.

Vom Auslande sendet Russland von Jahr zu Jahr mehr Butter, die Qualität ist eine wesentlich bessere geworden, so dass für die deutsche Milchwirtschaft alle Ursache vorliegt, auf beste Qualität zu halten. Der Geschmack des konsumirenden Publikums hebt sich immer mehr und wird demgemäss die Nachfrage nach feiner Butter von Jahr zu Jahr grösser, so dass einer im Allgemeinen grösser werdenden Produktion auch ein grösserer Konsum im Inlande gegenübersteht und aus dem noch vor Jahrzehnten bestehenden Butter exportirenden Deutschland sich in nicht sehr ferner Zeit ein Butter importirendes Land gestalten dürfte.

Der Durchschnittspreis der Butter stellte sich gegen das Vorjahr um 3 Mk. pro 50 kg günstiger. Den niedrigsten Preis notirte Hamburg im Monat Juni mit 100 Mk., Berlin mit 91 Mk., den höchsten Preis Berlin im Monat Oktober mit 115 Mk., Hamburg am Schlusse des Jahres mit 128 Mk.

Das Käsegeschäft hielt sich in normalen Grenzen und war im Allgemeinen befriedigend. Die zeitweilige grosse Hitze in den Sommermonaten brachte den Weich- und Harzkäsereien nicht unerhebliche Verluste. Einerseits ruht der Konsum in diesen Sorten bei eintretendem heissen Wetter fast vollständig, andererseits leiden diese Käse auf dem oft langen und weiten Transport mit der Bahn ausserordentlich, abgesehen davon, dass das Rohmaterial zu den Harzkäsen, der Quarg, unter der Einwirkung der grossen Hitze nicht selten schon in sehr zweifelhafter Beschaffenheit am Fabrikationsorte eintrifft.

Grosse Nachfrage nach Käsen herrschte in den Herbstmonaten, so dass in vielen Fällen derselben nicht genügt werden konnte und die Preise demgemäss recht hohe waren. Den Harzkäsefabriken fehlte es vielfach an Rohmaterial, und musste der Quarg aus Schlesien etc. bezogen werden, um nur die regelmässigen Abnehmer befriedigen zu können, obgleich den Fabriken bei der Verarbeitung eines solchen, durch den langen Eisenbahntransport sehr erheblich vertheuerten Rohmaterials ein wesentlicher Gewinn nicht verbleibt.

Der direkte Milchverkauf wurde in den Sommermonaten durch die günstigen Witterungsverhältnisse sehr begünstigt, und aus dem gleichen Grunde war auch der Absatz in sterilisirter Milch, welcher durch die während der heissen Sommermonate regelmässig zahlreich auftretenden Kinderkrankheiten erheblich gefördert wird, ein vorzüglicher. Der Versand einer Molkerei stieg allein auf Hunderttausende von Flaschen, das Absatzgebiet wurde begrenzt durch Eydtkuhnen im Osten und Strassburg im Süden, ausserdem gingen Sendungen nach Buenos Aires,

Estancia Casa blanca etc., welche nachweislich in hoher Weise befriedigten.

14. Haarmann & Reimer, Vanillin-Fabrik.

Die Vanillinpreise sind auch im Jahre 1900 in Folge des steigenden Absatzes französischer, holländischer und schweizerischer Konkurrenzfabrikate, die — vielfach minderwerthig — zu Schleuderpreisen auf den deutschen Markt geworfen werden, ständig weiter gefallen, so dass dieser Zweig der Fabrikation, zumal bei den gestiegenen Preisen für Kohlen und viele der sonst verwandten Rohmaterialien, nur noch einen minimalen Nutzen abwirft.

Der Absatz in Jonon, das nunmehr als einer der wichtigsten Grundstoffe der Parfümerie allgemein anerkannt ist, hat sich auf der im Jahre 1899 erreichten Höhe gehalten, wenn auch der schädigende Einfluss der illoyalen ausländischen Konkurrenz, deren Treiben bereits im vorjährigen Berichte geschildert wurde, eher zu- als abgenommen hat.

15. Cichorien- und Kaffeesurrogat-Industrie.

Die fortgesetzt auch in dem letztverflossenen Jahre anhaltende Steigerung der Preise für gedarrte Cichorien und Zuckerrüben hat den Fabrikanten jeden Nutzen geraubt, um so mehr, als es noch nicht gelungen ist, eine Einigung unter den Interessenten zwecks Erhöhung der Preise für versandfertige Fabrikate zu erzielen.

In der That werden heute noch Cichorien und Kaffeesurrogate theilweise mit Schaden verkauft, da kein Fabrikant seine Kundschaft einbüssen will, was geschehen würde, wenn er, ohne vorherige Einigung unter den Fabrikbesitzern, versuchte, auch nur $1\frac{1}{2}$ Mk. per Centner zu erhöhen.

Zu dem bisher Aufgeführten ist ferner als für die Cichorienfabrikation wesentlich ungünstig hinzuzufügen, dass bei gleich billigen Verkaufspreisen im verflossenen Jahre für Papiere und Kohlen bis zu 25 Prozent, für Fastagen, Holz- und Blechemballagen 10 bis 15 Prozent höhere Preise angelegt werden mussten, was die kleinen kaum nennenswerthen Verdienste früherer Jahre ganz aufhob.

Als Gesamtergebniss ist mithin ein vollständiges Darniederliegen des Cichorienhandels zu verzeichnen, so dass die Fabrikanten endlich zu der Ueberzeugung gekommen sind, dass, wenn weitere grosse Verluste vermieden werden sollen, eine gleichmässige Preissteigerung in allen Betrieben eintreten muss, denn nachdem die norddeutschen Fabrikanten sich bereits auf höhere Verkaufspreise geeinigt haben, sind auf Einladung die mitteldeutschen zusammengetreten und scheint sich endlich eine Einigung vollziehen zu wollen.

Ist dieses nicht der Fall, so dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, wie lange kleinere Fabriken noch mitarbeiten werden, da wohl Niemand andauernd mit Verlust arbeiten wird, wenn keine Aussicht zur Besserung vorhanden ist.

16. Cigarren- und Rauchtabak-Fabrikation.

Der Gang des Geschäftes im Jahre 1900 zeigt gegen das Vorjahr im Allgemeinen keine wesentlichen Veränderungen; der Absatz ist nicht gerade leichter geworden, aber eine Verschlechterung im Verkaufe der Fabrikate der Cigarren-Industrie ist wohl auch nicht zu verzeichnen.

Der Einkauf im Rohmaterial blieb dagegen ein schwieriger. Besonders erfüllten sich die Hoffnungen nicht, die man für die Brasilernnte nach den ersten Ankünften hegte. Das Gewächs war fast durchgehends ein zu schweres, und selbst gute Marken von St. Felix-Brasil zeigten nur selten die denselben sonst auszeichnenden Eigenschaften.

Die Preise, die anfangs hoch einsetzten, erfuhren gegen Ende des Jahres einen kleinen Rückgang; die Läger sind aber sehr zusammengeschmolzen, und hält es augenblicklich ungemein schwer, eintretenden Bedarf zu decken. Sehr gespannt ist man auf die 1900er Ernte, über die die Berichte sehr widersprechend lauten.

Auch die Qualität von Domingo befriedigte nicht, so dass man vielfach den noch vorhandenen Lägern älterer Jahrgänge den Vorzug vor den Ankünften der 1899er Ernte gab, zumal die Eigener sich hierfür in den Preisen entgegenkommend zeigten. In Seedleaf war das Geschäft nur klein, indem keine grösseren Zufuhren von Amerika eintrafen.

Carmen wurde bei ebenfalls kleinen Zufuhren lebhaft gekauft, und hielten sich die Preise, zumal auch für Regiezwecke manches gekauft wurde, sehr fest.

In Java-Umblatt und -Einlage war das Angebot gross, doch liess der Brand der Tabake theilweise zu wünschen übrig. Älteren Jahrgängen gab man auch hier den Vorzug.

Die Havanna-Zufuhren enthielten zum Theil wieder ein recht gutes Material, und hat sich die Qualität guter Gewächse entschieden wieder gebessert, so dass die Fabrikanten nicht in Verlegenheit kommen, für ihre feineren Cigarren gute Tabake zu finden, wenn auch die Preise bei mässigem Angebote hoch bleiben.

In Sumatra-Deckblatt war die Ernte gross, doch fehlte es an hellen Farben, welche deshalb hohe Preise erzielten. Vorthellhaft waren dunkle Tabake zu kaufen, doch ist dafür leider nur eine beschränkte Verwendung vorhanden. Für die noch immer so beliebten graufarbigten Qualitätstabake mussten ganz besonders hohe Preise bewilligt werden.

Die Ernte war auch für die Pflanze keine günstige, da die Verkaufspreise einen zu niedrigen Durchschnitt ergaben.

In Vorstenlanden-Java befriedigten die Ankünfte der letzten Ernte weder in Farbe noch im Geschmack, und kaufte man lieber Decktabake älterer Jahrgänge, wenn auch zu etwas höheren Preisen.

Die Nachfrage nach gut brennenden und schmeckenden Vorstenlanden-Cigarren bleibt nach wie vor lebhaft.

In Mexico-Deckblatt fehlte es auch für das feinere Fabrikat an hellen Farben, oder die vorhandenen hellfarbigen Tabake befriedigten in Qualität nicht, während gut schmeckende Mexicos wieder recht dunkel in Farbe ausfielen.

Sehr zu wünschen ist es, dass die Tabakernte des Jahres 1901 nicht zu ungünstig ausfällt, damit der Einkauf etwas leichter wird und die Fabrikanten bei ihren Berechnungen auch ihren Nutzen finden.

Die Lage der Rauchtabak-Fabrikation ist gegen das Vorjahr ganz unverändert, indem die Pfeife immer mehr der Cigarre und der Cigarette — das Rauchen von Cigaretten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen — weichen muss, so dass es der grössten Anstrengung der Fabrikanten bedarf, die alte Umsatzziffer aufrecht zu erhalten.

17. Aktien-Spargelbau-Gesellschaft, Braunschweig.

Der Ertrag der Felder an Rohspargel war auch im letzten Frühjahr nicht genügend, der Ausfall gegen frühere Jahre beträgt wohl über 2000 Ctr. Die Nachfrage nach Spargel war bedeutend, die Preise erhöhten sich für Prima auf 53 Pfg. per Pfund, Sekunda 43 Pfg., Tertia 23 für Konservezwecke.

XI. Bekleidung.

1. Schuhwaaren.

Die deutschen Schuhfabrikanten haben in dem letzten Jahre in ihrer Fabrikation durch Einführung der Systeme »Handarbeit« grosse Fortschritte gemacht.

Die Fabrikwaare ist dadurch der feinen Handarbeit fast vollständig ebenbürtig geworden. Der Umsatz in besseren Sachen steigerte sich in Folge dessen bedeutend.

Zugleich ist aber auch der amerikanische Konkurrent aufgetaucht. Es werden die deutschen Fabrikanten sich Mühe geben müssen, um das neuerworbene Feld zu behaupten.

2. Schuhwaarenhandel.

Der Handel in Schuhwaaren hat eine kleine Steigerung erfahren. Nachdem die Schuhfabriken mit Einführung besserer

Marken begonnen haben, scheint das Publikum sich mehr und mehr daran zu gewöhnen, fertige Fabrikwaare zu kaufen.

Wäre die sogenannte Schleuderkonkurrenz nicht, so könnten sämtliche Schuhwaarenhändler mit dem verflossenen Geschäftsjahre zufrieden sein.

3. Damen- und Kindermäntel.

Das Frühjahr- und Sommergeschäft war recht gut; die im Anfang der Saison eingeführten Façons behaupteten sich, wodurch keine besonderen Modeverluste entstanden. Mit berechtigten Sorgen sah man dem Wintergeschäfte entgegen, da eine feste Grundlage der Preise für Rohmaterial, Wolle wie Halbwolle nicht vorhanden war. Der geahnte bedeutende Preisrückgang, besonders für Wolle, trat auch im Herbst ein.

Dieses übte auf das ganze Geschäft nicht den übermässig gefürchteten Einfluss aus, weil Stofffabrikanten sowohl wie die Berliner Grosskonfektion mit Vorsicht fabrizirt haben und in Folge dessen ein befriedigender Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage stattfand.

Eine Umwälzung der Mode in Mitte der Wintersaison — statt kurzer Winter-Jackets halblange und lange Paletots — hat kaum bedeutende Verluste gebracht, weil man darauf vorbereitet war und dementsprechende Dispositionen traf.

Der Artikel »Golf-Capes« war sehr stark begehrt.

Im Ganzen ist das Geschäft in Damenmänteln als befriedigend zu betrachten.

XII. Der Handel.

1. Garn-, Band- und Kurzwaaren.

Das Geschäft im vergangenen Jahre war durchaus ungewöhnlich.

Im Beginn stand man allgemein unter dem Eindrucke der scharfen Aufwärtsbewegung aller Preise, namentlich für Wolle. Bald aber zeigte sich, dass gerade in diesem Artikel die Spekulation weit über das Ziel hinausgeschossen hatte.

Rohwollen waren erheblich mehr vorhanden, als ursprünglich angenommen, ausserdem schränkten die hohen Preise den Bedarf in empfindlicher Weise ein. Jede Londoner Wollauktion von Januar bis Dezember brachte einen weiteren Preisabschlag von je 10 bis 15 Prozent, Spinner und Händler hatten theure Läger, und der Konsument wollte zu billigstem Tagespreise kaufen.

Zephyrgarn sank zuerst im Frühjahre, Kammgarn folgte im Herbste, und am Jahresschlusse waren annähernd die billigsten Preise von zwei Jahren wieder erreicht. Der Druck der grossen Läger war so stark, dass allgemein der Lieferant die offenstehenden Garnkontrakte zu hohen Preisen strich, nur um den Kunden zur

Abnahme auf Grund der niedrigsten Tagespreise wieder zu bewegen. Die Schwankungen betrugen je nach Qualität 5 bis $33\frac{1}{3}$ Prozent nach oben und wieder herunter. Es ist zu erwarten, dass der nothwendig im neuen Jahre einsetzende Bedarf die Verluste wenigstens theilweise wieder einbringt.

In Baumwolle war die Bewegung umgekehrt. Abermalige kleine Ernte und steigender Bedarf erhöhten die Preise beständig. Ende September notirte Bremen $64\frac{1}{2}$ Pfg., dann erfolgte allerdings ein Rückschlag bis auf 49 Pfg., doch schloss das Jahr mit $51\frac{1}{4}$ Pfg. gegenüber 41 Pfg. im Januar 1900 und 29 Pfg. im Januar 1899. Billige Vorräthe aus den Vorjahren verschwanden bald, und der Aufschlag in Halb- und Ganzfabrikaten wurde anstandslos erzielt. Konventionen der Spinner haben leider auch hier eine etwas künstliche Höhe hervorgerufen.

Leinen und Flachs stiegen langsam im Laufe des Jahres und schlossen sehr fest mit Aussicht auf weitere Erhöhung.

In Besätzen war die Mode im Frühjahr günstig für Anna-berg und Barmen. Der Herbst brachte aber erhebliche Verminderung in letzteren Fabrikaten. Der Preissturz der Kunstseide; im Sommer namentlich, schädigte Barmen sehr. Gegen Jahreschluss begann die Mode in Goldbesätzen und erweckte grosse Hoffnung für 1901.

Preissteigerung fand besonders in Plauen statt, hervorgerufen durch Arbeitermangel und Streik, so dass die Arbeiter die billigen, weniger lohnenden Qualitäten anzufertigen sich weigerten.

Reale Seide behauptete ihren hohen Preisstand bei normalem Bedarfe, während Chappe 10 bis 15 Prozent Abschlag im Herbste erlitt.

2. Seidenwaaren.

Im Jahre 1900 hat die seit etwa 1896 dauernde, für die Seidenbranche günstige Periode eine Unterbrechung erfahren.

Die schon seit Mitte des Jahres 1898 langsam sich entwickelnde Preissteigerung der Rohstoffe, die den knapperen Ernten entsprach und, wie fast jede Steigerung, gute Umsätze brachte, artete mit Anfang des Jahres 1900 in eine fast wilde Hausse aus, die aber schon im Spätfrühling einen argen Rückschlag erfuhr. Im Laufe des Sommers gingen dann die Preise in Folge der unerquicklichen politischen Lage und des fast gänzlichen Ausbleibens grösserer Abschlüsse auf ein sehr niedriges Niveau zurück, obgleich die Ernten auch des Jahres 1900 dazu keine Veranlassung boten.

Naturgemäss brachte dieser Rückschlag trotz vorsichtigster Disposition Verluste mit sich und wirkte hemmend auf die ganze Entwicklung des Geschäftes.

Seit Herbst 1900 sind die Preise ziemlich fest geblieben; das Geschäft hat aber die alte Lebhaftigkeit noch nicht wieder erreicht. Die Umsätze sind denn auch 1900 etwas hinter denen der Vorjahre zurückgeblieben.

Die Mode war im abgelaufenen Jahre der Seidenbranche auch nicht so günstig wie früher, weil Besatzstoffe nicht so viel verwendet wurden, während Stoffe für Roben sich eines gleichmässig guten Verkaufes erfreuten.

Von den einzelnen Artikeln ist zu erwähnen, dass Moiré velours, worüber noch im letzten Berichte Günstiges gesagt werden konnte, so gut wie ausgespielt hat und nur noch in einigen sehr kouranten Farben und in schwarz gekauft wurde.

Taffet erfreute sich, besonders in schlicht, gestreift und karrirt, grossen Interesses, schlicht für Röcke und Futter, gestreift und karrirt für Blousen. Taffet glacé dagegen wurde selbst in früher viel gekauften Farbstellungen kaum noch gefragt.

Andere farbige schlichte Stoffe, wie Merveilleux, Armure und Diagonal sind gleichmässig, wenn auch in Folge der zeitweise hohen Preise nicht sehr stark gegangen.

Farbige Damaste in Taffet- und Faillefond treten gegen früher zurück, während sie in Satinfond andauernd starken Absatz fanden, was bei den geradezu hervorragenden Dessins, die geschaffen wurden und wobei die Sezession auch ihre Rolle spielte, nicht Wunder nehmen kann.

Samnte, sowohl in schlicht als gemustert, brachten lebhafte Umsätze. In schlicht war es besonders Velours panne (eine Art Spiegelsamnt), der, weil neu, eine grosse Zugkraft ausübte. Velours panne imprimé beherrschte im Spätsommer das ganze Geschäft mit grossartigen Mustern, konnte aber nicht immer in genügenden Quantitäten geliefert werden, weil die Drucker den Anforderungen nicht entsprechen konnten oder zu lange Lieferfristen verlangten.

In letzter Stunde machte sich noch Vorliebe für alle Artikel mit Gold geltend, und es scheint, dass darin fürs Frühjahr ein grosses Geschäft zu erwarten ist.

In schwarzen Stoffen war in schlichten Geweben das Geschäft nicht auf der gleichen Höhe, wie im Vorjahre, während Damaste gut umgesetzt wurden.

Im Grossen und Ganzen scheint das Geschäft immer schwieriger zu werden, weil die Mode zu viele Launen entwickelt, und viele Artikel, die eine Saison durchgemacht haben, als abgethan betrachtet werden.

3. Putzartikel.

Das Jahr 1900 begann mit den erfreulichsten Aussichten: Flottes Geschäft, hohe, feste Preise in fast allen in der Putzbranche zur Verwendung gelangenden Artikeln während der ganzen Frühjahrssaison.

Um die Mitte des Jahres trat ein erheblicher Rückgang in den Preisen der meisten Seidenartikel ein, und während der Wintersaison machte sich die inzwischen in fast allen Geschäftszweigen eingetretene Verstimmung auch in der Putzbranche bemerkbar.

Wohl war der Verkauf seitens der Grossisten ein zufriedenstellender, allein bei der kleineren Kundschaft liess das Geschäft viel zu wünschen übrig, so dass am Schlusse des Jahres die Lage des Geschäfts wesentlich unfreundlicher erschien, als sie zu Beginn desselben gewesen war.

4. Lederhandel.

Die Stimmung im Lederhandel, welche Ende des Jahres 1899 sich immer mehr festigte, blieb auch während des ganzen Jahres 1900 eine gleich feste; ja einige Artikel, wie z. B. Kalbleder, erzielten noch eine weitere Preisaufbesserung. Besonders gefragt, aber auch sehr knapp, waren leichte Unterleder guter Qualität, die dementsprechend auch gute Preise erzielten. In feineren Oberledern war Narbenleder besonders gefragt, dagegen ist der Verbrauch an Wichsledern entsprechend zurückgegangen.

Sattlerleder erzielte gleichen Umsatz bei lebhafter Nachfrage für geringere Qualitäten.

Das Geschäft in Luxus- und Möbelledern hat an Umfang etwas zugenommen und scheint fortdauernd noch steigerungsfähig.

Im Allgemeinen ist die Schuhmacherkundschaft weniger kaufkräftig geworden und der Verbrauch an Schuhmacherledern zurückgegangen. Die fabrikmässige Herstellung von Schuhwaaren nimmt von Jahr zu Jahr zu, und die handwerksmässige Herstellung ab. Die Schuhmacher werden im Laufe der Zeit in diesem Ringen gegen Grossindustrie und Kapital zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden, wenn sie nicht aus sich selbst heraus zu der Einsicht kommen, dass in der seitherigen Weise nicht mehr weiter gearbeitet werden kann. Vor Allem müsste der unheimlich lange Borg beseitigt werden, damit die Schuhmacher entsprechend verdienen könnten.

Unter diesen Verhältnissen hat natürlich der Lederhandel indirekt zu leiden, denn nicht nur dass der Verbrauch ein kleinerer wird, nein, auch die Kreditwürdigkeit der Käufer wird von Jahr zu Jahr geringer.

So bietet denn die Zukunft für diesen Zweig des Geschäfts gerade keine erfreulichen Aussichten.

5. Steinkohlen- und Koaks-Handel.

Der im vorigen Jahresberichte hervorgehobene Kohlenmangel hat sich in 1900 noch verschärft. Zum Theil wurde dies verschuldet durch die Bergarbeiterstreike in den sächsischen und böhmischen Revieren; in der Hauptsache aber dürfte die Ursache in der aussergewöhnlich raschen Steigerung des Industriebedarfes zu suchen sein, mit welcher der Bergbau in der Kohlenerzeugung nicht gleichen Schritt halten konnte.

Der Gesamtversand des Jahres 1900 gegen das Vorjahr stieg im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier um $8,2 \frac{0}{100}$, in Oberschlesien um $7 \frac{0}{100}$, im Saarbezirk um $3,5 \frac{0}{100}$. Die Vermehrung war also weitaus am grössten in demjenigen Bezirke, in welchem alle Kohlenbergwerke im Privatbesitz sind, und innerhalb dieses Bezirkes weisen die im Kohlensyndikat vereinigten Zechen die grösste Vermehrung auf. Wenn es nicht an Arbeitern gefehlt hätte, so wäre die Förderung ohne Zweifel noch stärker vermehrt worden.

Die Betheteiligungsziffern (eingeschätzte Leistungsfähigkeit) sämtlicher zum Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat gehörigen Zechen stiegen von 1899 zu 1900 um $6,19 \frac{0}{100}$, die Förderung blieb aber aus oben angegebenen Grunde um $4,34 \frac{0}{100}$ hinter dieser Einschätzung zurück. Da nun die Gesamtbeteiligungsziffern für das erste Quartal 1901 wiederum um etwa $4\frac{1}{4} \frac{0}{100}$ höher eingeschätzt sind, als für das erste Quartal 1900, so bedeutet der vielfach angefochtene Beschluss des Kohlensyndikates, den theiligten Zechen für das erste Quartal 1901 eine Fördereinschränkung von $10 \frac{0}{100}$ der Einschätzung von 1901 aufzuerlegen, weniger eine Verringerung der seitherigen Förderung, als vielmehr eine vorläufige Abstandnahme von unzeitgemässer weiterer Vermehrung, also eine Maassregel zur Vermeidung schädlicher Ueberproduktion.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat erhöhte die Abschlusspreise für 1900 gegen das Vorjahr durchschnittlich um 1 Mk. auf die Tonne, und im Herbst trat für freibleibende Mengen eine weitere Preissteigerung von etwa 1 Mk. auf die Tonne ein.

In Koaks stellten sich die Abschlusspreise des Koakssyndikates für 1900 um etwa 6 Mk. für die Tonne höher, als im Vorjahre, und die Tagespreise der Händler stiegen, als das Koakssyndikat völlig ausverkauft hatte und die Hochofenwerke die in zweiter Hand noch verfügbaren Koaksmengen zu jedem Preise aufkauften, um weitere 6 bis 10 Mk. die Tonne. Diese abnorme Preisbildung war indess vorübergehend. Sobald die Hochfluth in der Eisen-Industrie zu Ende ging, waren auch wieder für anderweitigen Bedarf genügende Mengen Koaks zu normalen Preisen zu haben.

Die Preise oberschlesischer Kohlen stiegen in 1900 im Vergleich zu 1899 um etwa 3 bis 5 Mk. die Tonne, und die Preise englischer Kohlen noch bedeutend mehr, so dass letztere im hiesigen Bezirke gar nicht mehr gehandelt wurden.

6. Weinhandel.

Wesentliche Veränderungen im Weinhandel des Herzogthums Braunschweig sind im abgelaufenen Geschäftsjahre nicht vorgekommen. Nach wie vor hat der solide Handel gegen die unreelle Konkurrenz zu kämpfen, die ihre sogenannten Weine zu unglaublich billigen Preisen verkauft. Das so lange schon ersohnte Verbot der Weinfabrikation, verbunden mit einer Abänderung des

Weingesetzes vom Jahre 1892, lässt leider immer noch auf sich warten. Ähnlich wie seit Jahren schon in anderen Geschäftszweigen üblich, versuchen auswärtige wie hiesige Weinhändler durch Annoncen, in denen sie behaupten, 20 bis 30 Prozent billiger liefern zu können, da sie keine Reisenden hielten, Kundenschaft zu gewinnen; dass Annoncen- und Reklamemachen auch Geld kostet, sagen sie nicht. Das Gesetz der Zollerhöhung auf ausländische Schaumweine ist inzwischen in Kraft getreten; es beträgt der Aufschlag 1 Mk. pro Flasche. Der im Allgemeinen im Herzogthum schon sehr geringe Konsum in französischen Schaumweinen wird dadurch kaum noch verringert werden. Durch die beabsichtigte Einführung einer Steuer auf deutsche Schaumweine ist der Handel allerdings sehr beunruhigt worden, und hat man sich im Allgemeinen wohl auf ein Jahr im Voraus mit den gängigsten Sorten versorgt. Ob diese Steuer im Reichstage durchgehen wird, bleibt noch abzuwarten. Mit dem gleichzeitig zur Berathung stehenden neuen Weingesetze ist man hier bis auf die projektirte Kellerkontrolle einverstanden. Durch Verfügung einer derartigen Polizeikontrolle wird dem gesamten Weinhandel ein Makel aufgedrückt, den er nicht verdient und gegen den die Vertreter des realen Weinhandels allorts energisch Protest einlegen. Strenge Handhabung des bereits bestehenden Nahrungsmittelgesetzes wird genügen, die unreellen Händler abzufassen und somit den soliden Weinhandel vor schmutziger Konkurrenz zu schützen.

7. Drogenhandel.

Das Ergebniss dieses Handelszweiges darf in Bezug auf das Berichtsjahr als ein gutes bezeichnet werden, da auch ihm die allgemein günstige Geschäftslage zu statten kam und eine rege Nachfrage, die bis zum Herbste andauerte, eine nutzbringende Verwerthung der grossen Läger ermöglichte. Zu verkennen ist jedoch nicht, dass die letzten Monate stiller verliefen und ausserdem der Preisstand vieler wichtiger Artikel die bisher beobachtete Festigkeit vermissen liess.

Die in dem vorjährigen Berichte erwähnte Neuregelung der Verwendung von Spiritus (Branntwein) zu Heilzwecken ist am 1. Oktober in Kraft getreten. Neben manchen, dankbar anzuerkennenden Erleichterungen haben jedoch die amtlichen »Branntweinsteuer-Ausführungsbestimmungen« das tief in die Interessen der Pharmacie, des Drogenhandels und der chemischen Industrie einschneidende Verbot der Herstellung von Aether aus steuerfreiem Branntwein, soweit ersterer nicht unter amtlicher Kontrolle entweder ausgeführt oder im Inlande zu gewerblichen Zwecken verwendet wird, ausgesprochen. Dadurch ist nicht nur durchweg ein in der Heilkunde unentbehrliches Heilmittel fast um das Dreifache vertheuert (bei Schwefeläther beträgt die aus der Verwendung von versteuertem Branntwein sich ergebende Steuerbelastung 160 Mk.

für den Doppelcentner), sondern es ist auch kleineren pharmaceutischen Laboratorien, wie sie neben einer Apotheke oder einer Drogenhandlung betrieben werden, die Herstellung solcher Präparate, zu denen Aether verwendet wird, unmöglich gemacht, da jene die Ankaufserlaubniss für steuerfreien Aether nicht erhalten, während sie den grossen Fabriken ertheilt wird. Mag auch die missbräuchliche Verwendung des stark berauschenden Schwefeläthers zu Genusszwecken, wie sie in den östlichen Provinzen des Königreichs Preussen geübt worden sein soll, zu gesundheitspolizeilichen und nicht in letzter Linie zu fiskalischen Bedenken Veranlassung gegeben haben, so erscheinen doch die neuen Bestimmungen als übermässig hart und ist es zu wünschen, dass die vielfach dagegen erhobenen Proteste eine Milderung derselben herbeiführen.

Als Ergebniss mehrjähriger wissenschaftlicher Vorarbeiten ist am Schlusse des Berichtsjahres die vierte Ausgabe des »Deutschen Arzneibuches« erschienen, die vom 1. Januar 1901 ab gesetzliche Kraft erhält und in Folge der verschärften Anforderungen, welche sie an die Güte und Reinheit der Heilmittel stellt, dazu beitragen wird, die Grundlage des Drogenhandels — Zuverlässigkeit — fernerweit zu festigen.

8. Kolonialwaaren.

Wenn es auch an mannigfachen Preisschwankungen nicht gefehlt hat, die dem Geschäft Störungen bereiteten, so kann dasselbe in seinem Endergebniss doch als zufriedenstellend betrachtet werden. Viele Artikel sind im Laufe des Jahres in Folge kleinerer Ernten oder erhöhten Verbrauches theurer geworden. Die Spekulation, die sich diese Umstände zu Nutze machte, hat nicht immer Maass und Ziel gehalten. Darum ging bei einzelnen Artikeln ein grosser Theil der Besserung wieder verloren; andere, wie z. B. Kaffee, waren am Schlusse des Jahres sogar noch billiger als bei Beginn desselben.

Die Lage des Kleinhandels hat sich nicht verändert. Alle bereits früher erwähnten Ursachen, wie Konkurrenz durch Konsumvereine u. s. w., wirken noch immer fort, das Bestehen zu erschweren. Ein Wandel darin dürfte vorläufig kaum eintreten, weil die maassgebenden Faktoren sich anscheinend mehr auf Seite der Konsumvereine als der Kleinhändler neigen, es auch schwer sein dürfte, gerade auf diesem Gebiete gesetzgeberische Maassregeln zu ergreifen, die allgemeine Billigung fänden. Im Uebrigen haben die Kleinhändler angefangen, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten, theils durch gemeinsame Einkäufe, theils durch Bildung von Vereinen zur Wahrung ihrer Interessen. Es liesse sich nun auf diesem Gebiete wohl noch mehr thun, wenn nicht Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit bei so manchen von ihnen ein Hinderniss böten. So pflegen viele Kleinhändler z. B. Kaffee aus

grösseren Röstereien zu beziehen, statt selbst zu brennen und sich einen ansehnlichen Nutzen daran zu sichern. Die Anschaffung entsprechender Röstapparate ist jetzt mit viel geringeren Kosten verknüpft als früher, und ausserdem sind die Preise für Rohkaffee so ausserordentlich niedrig, dass es unbegreiflich erscheint, warum man den Vortheil den grossen Röstereien zuwendet, statt ihn selbst einzuheimsen.

Hinsichtlich der einzelnen Artikel hat die grössten Ueber-
raschungen wohl die Bewegung der Preise für Kaffee gebracht. Wir geben hier die Notirungen für good average Santos an der Hamburger Börse, so weit sie sich auf Zettelwaare beziehen, aus verschiedenen Perioden des Jahres wieder, um ein anschauliches Bild von dem jeweiligen Werthe zu bieten, — es sprechen diese Notirungen ja für sich selbst. — So kostete Anfang Januar der Kaffee für den laufenden Monat 33 Pfg., für Juli (Beginn der neuen Ernte) 35 Pfg. und Dezember 36 Pfg., um nach und nach — auf ermässigte Ernteschätzungen, besonders für Brasilien — am 20. Juli $46\frac{1}{2}$ Pfg. für den laufenden Monat, $47\frac{1}{4}$ Pfg. für Dezember und $48\frac{1}{2}$ Pfg. für Lieferung März 1901 zu erreichen. Von diesem Tage an trat eine rückläufige Bewegung der Preise ein, nachdem sich inzwischen herausgestellt hatte, dass die neue Ernte voraussichtlich grössere Erträge liefern würde, als die früheren Schätzungen annehmen liessen, die der steigenden Richtung als Folie gedient hatten. So waren die Notirungen bereits am 4. August, also kurze Zeit nachher, auf 42 Pfg. für den laufenden Monat, für Lieferung zum März auf $43\frac{1}{4}$ Pfg. gefallen, und wenn auch vorübergehend leichte Erholungen eintraten, so verhinderten sie doch nicht, dass das Vertrauen zu dem Artikel ernstlich erschüttert wurde. Wir sehen daher am 4. Oktober den laufenden Monat mit 38 Pfg., März-Lieferung mit 40 Pfg. und Anfang Dezember dieselben Termine mit $34\frac{1}{4}$ Pfg. resp. $35\frac{1}{4}$ Pfg. notirt. Diese Preise wurden vielseitig als eine Basis erachtet, um wieder mit grösseren Einkäufen vorzugehen, und es fanden auch bedeutende Umsätze zu anziehenden Kursen statt. Indess, die Besserung erwies sich als ein Strohfeuer, und Ende Dezember konnte man die Waare à $31\frac{3}{4}$ Pfg., März-Lieferung à $32\frac{3}{4}$ Pfg., September à $33\frac{3}{4}$ Pfg. kaufen. Alle übrigen Sorten schwankten entsprechend in ihrem Werthe, doch hielten sich die Bewegungen in engeren Grenzen.

Reis. Die aus dem Jahre 1899 stammenden etwas höheren Preise hielten sich bis zur Mitte des Berichtsjahres, gingen dann 50 bis 75 Pfg. per Ctr. zurück, um bei Ausbruch der Wirren in China von Neuem zu steigen; im Dezember waren sie wieder niedriger. — Der Artikel unterliegt der Spekulation nur in bescheidenem Maasse, und was den Bezug und Versand des hiesigen Bezirkes betrifft, so zeigt sich darin eine grosse Stabilität.

Südfrüchte. Von diesen waren Mandeln fast das ganze Jahr hindurch sehr theuer, denn die 1900er Ernte fiel noch kleiner

aus als die vorhergegangene. Daher sind, der hohen Preise wegen, direkte Bezüge nicht gemacht worden. Die Preise standen Anfang Januar ab Hamburg unverzollt: gewählte süsse Bari und Sicil 81 bis $81\frac{1}{2}$ Mk. und stiegen fortwährend; Ende Oktober waren die Notirungen: 127 bis 126 Mk.; dann liess die Nachfrage nach und konnte man Ende Dezember süsse gewählte Bari à 112 Mk., süsse Sicil P. & G. à 110 Mk. unverzollt ab Hamburg kaufen.

Rosinen. Das Geschäft trug in der ersten Hälfte des Jahres einen schleppenden Charakter mit verhältnissmässig billigen Preisen; diese wurden dann aber wesentlich theurer und erreichten im Herbst, durch kleine Ernten bedingt, einen selten hohen Stand. Später, als der Hauptbedarf gedeckt war, fielen sie wieder. Spanien hatte eine gute Ernte und wurden in Folge dessen viele »Valencia« gekauft, da sie im Verhältniss viel billiger als »Smyrna«-Frucht waren. Von letzterer kosteten Eleme (Kiup Vourla) in Säcken: Anfang Januar $21\frac{1}{2}$ Mk., im Oktober $32\frac{1}{2}$ Mk. und Ende Dezember 21 Mk. unverzollt ab Hamburg. — Von Korinthen waren fast dasselbe, was die Preisbewegung betrifft; die Notirungen waren bis Anfang August mässig zu nennen; dann aber trat eine lebhaftige Steigerung ein, die zu Preisen führte, welche übertrieben hoch waren; im Dezember trat denn auch ein kleiner Rückschlag ein.

Pflaumen. Da die 1899er Ernte in Frankreich missrathen war und auch in Bosnien und Serbien ein viel geringeres Resultat als in früheren Jahren geliefert hatte, so begann das neue Jahr mit verhältnissmässig hohen Preisen, nämlich 33 Mk. für 95/100er und $44\frac{1}{2}$ Mk. für 80/5er Bosnier ab Budapest unverzollt per 100 kg, und diese Notirungen behaupteten sich bei den kleineren Vorräthen bis in den Sommer hinein. Lieferung neuer Ernte war im August à $27\frac{1}{2}$ Mk. 90/5er und à 33 Mk. 80/5er ab Budapest käuflich, während im Dezember dafür $25\frac{1}{2}$ resp. $26\frac{1}{4}$ Mk. verlangt wurden. Der jetzt bestehende kleine Preisunterschied zwischen beiden Sorten erklärt sich dadurch, dass die Ernte eine sehr fleischige Frucht lieferte. Die reichste und zugleich eine der grössten bisherigen Ernten hatte Frankreich, und es wurden grosse Posten von da bezogen; am niedrigsten standen die Preise im Dezember, so dass französische Catharinen-Pflaumen den bosnischen und kalifornischen grosse Konkurrenz machten. Erwähnt sei noch, dass auch die letztere Sorte in erheblichen Quantitäten gekauft ist und billig war.

Fettwaaren. Amerikanisches Schmalz wurde, wie schon seit einer Reihe von Jahren, in den verschiedensten Marken bezogen, von denen Hansa Special, Wilcox, Swife Radbruch die gangbarsten waren. Die Preise verfolgten steigende Richtung und hatten bis Oktober ca. 9 Mk. per Ctr. gewonnen. Mit Beginn der einheimischen Schlachtungen gaben sie etwas nach. Es kostete:

Hansa Special unverzollt ab Hamburg: im Januar $31\frac{3}{8}$, im April $35\frac{3}{4}$, im August $37\frac{1}{8}$, im Oktober 40, im Dezember

37 $\frac{1}{4}$ Mk. per 50 kg in Firkins; Wilcox unverzollt ab Bremen: im Januar 29 $\frac{3}{4}$, im April 34 $\frac{1}{2}$, im August 35 $\frac{3}{4}$, im Oktober 38 $\frac{3}{4}$, im Dezember 38 Mk. per 50 kg in Firkins.

Petroleum. Dieser Artikel ist vollständig zu einem Spekulationsobjekt geworden; der Eine spekulirt, dass Rockefeller die Preise heraufsetzt, der Andere, dass er sie ermässigt, denn eine Regulirung durch Angebot und Frage, wie sie naturgemäss wäre, findet kaum noch statt. So setzte Herr Rockefeller von Juli an die Preise ganz plötzlich herunter, nachdem ein grosser Theil des Bedarfes für den nächsten Winter bereits gedeckt war, und die Folge davon war, dass Petroleum im Oktober/Dezember weniger kostete als im Sommer resp. Frühjahr. Im Einzelnen stellten sich die Notirungen für amerik. raff. stand. white in Barrels: Januar 8,35, März 8, Juli 7,30, Oktober/November 6,55, Anfang Dezember 6,60, Ende Dezember 6,95 Mk. unverzollt ab Hamburg-Bremerhaven.

Thran. Der Handel darin ist im hiesigen Bezirke von ganz untergeordneter Bedeutung; aber für das Wenige, was gekauft wurde, mussten höhere Preise als im Vorjahre bewilligt werden, weil die Erzeugung kleiner war. Die Besserung betrug im Durchschnitt 15 $\frac{0}{100}$.

Heringe. Da die Fangergebnisse im Jahre 1899 ungünstig ausgefallen waren, konnten sich die dadurch bedingten hohen Preise in der ersten Hälfte des Berichtsjahres gut behaupten. Mit dem Erscheinen neuer Waare, zunächst Matjes, dann selected fulls und Holländern, gingen sie jedoch zurück und standen im September am niedrigsten. Von da an trat wieder eine Steigerung ein, weil der Fang, obgleich besser wie im Vorjahre, den gehegten Erwartungen nicht entsprach. Ende Dezember kosteten: Schott. Crownfulls 35 bis 35 $\frac{1}{2}$ Mk., Holländ. Pa. Voll 800/850 Stück per Tonne 28 Mk. unverzollt ab Hamburg resp. Holland, Deutsche Superior 46 Mk., Prima 36 Mk. ab Emden-Weserhäfen.

9. Viehhandel.

Im Grossen und Ganzen verlief der Handel in Magervieh ähnlich dem des Vorjahres; die guten, milchergiebigsten Kühe erfuhren, in Folge des steten Zuwachses an Molkereien, eine Preissteigerung, wie man das ebenfalls von den besseren Qualitäten des Zuchtviehes behaupten darf, das in allen Rassen ein recht begehrter Artikel war.

Der Bedarf an Gangochsen aus Bayern und den anderen Produktionsdistrikten war für das Herzogthum sowohl wie für die angrenzenden preussischen Landestheile von einiger Bedeutung und der Bezug sehr umfangreich. Die Folge davon war denn auch, dass sich die hohen Preise des Vorjahres am Bezugsgebiete, namentlich in der Hauptbedarfszeit Juni-Juli voll behaupten konnten.

Zeitweise aufgetretene kleinere Preisreduktionen, hervorgerufen durch Angebot und Nachfrage, auch durch Abweichung von den verlangten Qualitäten, blieben nur von geringem Einfluss auf das Geschäft.

Mit Stieren (jungen Ochsen) zu Mastzwecken trat das Angebot in leichterem Waare wegen des durch die Dürre des Sommers hervorgerufenen Futtermangels in Ostpreussen etwas mehr hervor, und diese waren dadurch auch preiswerther zu beziehen, während schwerere Stiere bei regerer Nachfrage zu Beginn der Zuckerfabrik-Kampagne nicht so glatt zu beschaffen waren und besser bezahlt werden mussten.

Die Aufstellung von Hammeln zur Mast geschah reichlich, und deshalb unterlagen auch die vom Züchter geforderten Preise keinem allzu grossen Drucke.

Das Geschäft in Fettvieh (Grossvieh) litt im Allgemeinen unter der Zufuhr aus Dänemark, die aus den Quarantäneanstalten Bahrenfeld und Flensburg an den Hamburger Markt kommt und der Zufuhr von österreichisch-ungarischem Vieh seitens der Märkte in Köln, Frankfurt a. M. unter anderem auffällige Konkurrenz machte. In Folge dessen unterlagen auch die Preise je nach Auftrieb des ausländischen Viehes grossen Schwankungen.

Kaum eine Aenderung machte der Berliner Markt mit den bedeutenden Transporten aus Ost- und Westpreussen und Schlesien, besonders in der Zeit des Futtermangels, wo jedes entbehrliche Stück Vieh, ob reif oder nicht, abgestossen wurde und so an der Abschwächung der Preise Antheil nahm.

Für Fetthammel blieben als maassgebendes Absatzgebiet während der Hauptlieferzeit Januar-Juni mit wenigen Ausnahmen nur die Hafenplätze der Nordsee und das Königreich Sachsen, die mit ihrem Bedarfe die Preise in gewissen Grenzen hielten und damit manchem Haussier Zurückhaltung auferlegten, der durch die ab und zu von London kommenden günstigeren Berichte hervorzutreten wagte.

Gemästete Sauglämmer blieben in der Zeit Ostern-Pfingsten vorthellhaft zu placiren, ebenso verzeichneten ältere Lämmer in der zweiten Jahreshälfte einen kleinen Preisaufschwung, im Durchschnitt jedoch blieb das ganze Hammelgeschäft ein recht gedrücktes.

10. Getreidehandel.

Der Handel in Getreide ist im ganzen Vorjahre ohne besondere Anregung geblieben; mit Ausnahme der Monate September und Oktober, in welchen Verkäufe nach dem Rheine Rechnung geben, war man mit Weizen auf hiesige und die Leinemühlen angewiesen.

Futtermittel erfreuten sich eines befriedigenden Begehrs seitens der Landwirthe in Folge der besseren Preise für Mastvieh und eines guten Absatzes der Molkereien.

In künstlichem Dünger ist der Verbrauch seitens der Landwirthschaft zwar nicht zurückgegangen, aber auch gegen das Vorjahr nicht gestiegen.

11. Tapetenhandel.

Der Tapetenbedarf hat auch im verflossenen Jahre zugenommen, leider aber nicht dementsprechend der Werthumsatz, da ganz unverhältnissmässig viel geringe Waare gekauft wurde. Der Grund hierfür liegt, abgesehen von Konkurrenz, wohl in der That- sache, dass die Fabrikanten stets mit Erfolg bemüht bleiben, trotz höherer Preise für Rohmaterialien etc., durch verbesserte Technik eine Waare zu liefern, die hinsichtlich ihres Aeusseren die früheren Jahrgänge übertrifft, nicht aber in der Haltbarkeit. Dies trifft jedoch hauptsächlich zu auf Stapelwaare, und nicht zu verkennen ist, dass in besseren und Luxussachen seitens der Fabrikanten wieder mehr Werth auf innere Qualität gelegt wird. Der Nutzen würde für jeden einzelnen Händler befriedigender sein, wenn nicht seit mehreren Jahren der Markt mit so zahlreichen Neuheiten — oft zweifelhaften Werthes — geradezu überschwemmt würde. Der Händler, welcher in allen diesen Neuheiten assortirt sein will, hat dafür grosse Opfer zu bringen, da die einzelnen Artikel nicht entsprechende Abnahme finden und bald zu werthlosen Laden- hültern herabsinken.

12. Handelsgärtnerei.

Das verflossene Jahr hat den gehofften Aufschwung der Handelsgärtnerei nicht gebracht.

War das Geschäft im Allgemeinen auch nicht gerade schlechter als im Jahre 1899, so hat sich das Jahr 1900 doch dadurch nicht unwesentlich verschlechtert, dass die Kohlen und Koakspreise bedeutend höher waren als im Jahre 1899, und dass sich der Winter 1899 bis 1900 so in die Länge zog, dass ein nicht unbedeutender Mehrverbrauch an Feuerungsmaterial erforderlich wurde. Rechnet man nun neben den hohen Kohlenpreisen höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit für die in der Gärtnerei beschäftigten Arbeiter, hervorgerufen durch Mangel an Arbeitskräften, ferner höhere Preise für Glas, Holz etc., und berücksichtigt daneben, dass ein versuchter Aufschlag der Produkte der Handelsgärtner sich in Folge der übergrossen Konkurrenz als undurchführbar erwies, so kann es nicht wundern, dass die auf das Jahr 1900 gestellten Erwartungen sich nicht erfüllt haben.

(Fortsetzung s. S. 170.)

der im Verwaltungsbezirke der Herzoglichen Polizei-Direktion Braunschweig bei den sän

No.	Bezeichnung der Feuerversicherungs-Gesellschaft	Das Versicherungskapital betrug am 1. Januar 1900 auf:	
		Mobilien Mk.	Immobilien Mk.
1	Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha	31 270 717	112 097
2	Aachen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft	25 252 478	526 571
3	Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt	15 511 806	943 938
4	Vaterländische Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Elberfeld	24 788 822	465 927
5	Londoner Phönix, Feuer-Assekuranz-Sozietät	668 267	—
6	Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	19 307 285	4 158 475
7	Deutscher Phönix, Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin	10 555 561	786 721
8	Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft	4 513 583	458 438
9	Thuringia, Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt	10 337 031	51 407
10	Berlinische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft	11 405 368	1 094 135
11	Providentia, Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft	5 253 747	41 427
12	Schlesische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft	4 434 662	149 105
13	Colonia, Kölnische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft	8 930 881	1 270 070
14	Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft	1 591 351	—
15	Deutsche Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin	2 952 876	98 037
16	Westdeutsche Versicherungs-Aktienbank zu Essen	5 025 067	201 498
17	Gladbacher Feuer-Versicherungs-Gesellschaft	5 994 602	178 549
18	Preussische Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft	2 116 997	3 000
19	Feuerversicherungs-Anstalt der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank in München	3 629 250	—
20	Feuer-Assekuranzverein in Altona	2 258 760	—
21	Union, Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin	4 994 900	367 367
22	Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Brandenburg a. H.	1 509 456	—
23	Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Schwedt a. d. O.	238 813	—
24	Aachen-Leipziger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Aachen	2 216 318	—
25	Norddeutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft in Hamburg	2 064 471	—
26	Transatlantische Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Hamburg	3 658 621	20 000
27	North-British and Mercantile Feuerversicherungs-Aktien- Gesellschaft in London und Edinburg	3 626 886	471 072
28	Baseler Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuerschaden	1 075 317	—
29	Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft in Ham- burg	7 916 327	—
30	Commercial Union Versicherungs-Gesellschaft	1 341 524	—
31	Hanseatische Feuerversicherungs-Gesellschaft	2 250 847	—
32	Brandversicherungsverein Preussisch, Staatseisenbahn-Beamten	2 036 600	—
33	Liverpool- & London- & Globe-Versicherungs-Gesellschaft	476 698	—
34	Mecklenburger Feuerversicherungs-Gesellschaft	360 955	—
35	Concordia, Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Hannover	317 450	—
36	Süddeutsche Feuerversicherungs-Bank	2 571 973	—
37	Badische Feuerversicherungs-Bank zu Karlsruhe	77 024	—

sicht

den auswärtigen Feuerversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1900 bestanden Versicherungen.

Im Laufe des Jahres 1900 geschlossen:		Am Schlusse des Jahres 1900 blieb Bestand:		Bemerkungen
Mobilien Mk.	Immobilien Mk.	Mobilien Mk.	Immobilien Mk.	
316 972	—	31 587 689	112 097	
2 389 079	64 506	27 641 557	591 077	
664 200	72 546	16 176 006	1 016 484	
1 471 624	—	26 260 446	465 927	
71 673	—	739 940	—	
742 488	72 484	20 049 773	4 230 959	
327 990	—	10 883 551	786 721	
2 521 485	322 604	4 664 732	471 104	
309 847	—	10 646 878	51 407	
1 517 530	71 387	12 005 351	1 165 522	
357 575	—	5 611 322	26 927	
319 506	—	4 754 168	146 954	
975 847	1 877	9 906 728	1 271 947	
518 033	—	1 799 195	—	
90 496	—	2 836 150	50 819	
—	—	4 541 390	196 862	
—	—	5 911 407	170 672	
12 292	—	2 129 289	—	
175 109	—	3 818 285	—	
52 850	—	2 311 610	—	
658 378	82 602	5 653 278	449 969	
87 588	—	1 549 044	—	
27 177	—	265 980	—	
246 321	—	2 462 639	—	
510 884	—	2 443 792	—	
1 782 433	61 165	5 274 542	81 165	
52 411	—	3 382 478	315 822	
76 990	—	1 039 726	—	
954 119	—	8 870 446	—	
340 888	—	1 502 287	—	
100 874	—	2 240 735	—	
337 900	—	2 317 000	—	
12 925	—	483 623	—	
303 850	—	641 165	—	
31 500	—	327 750	—	
498 225	—	2 948 859	—	
—	—	77 024	—	
Summa		245 292 996	11 602 435	

Immerhin haben einzelne Geschäftszweige befriedigende Ergebnisse gezeitigt, so das Bindegeschäft, das Geschäft in Fliedern, Maiblumen, die Zwiebeltreiberei — mit einem Ausfall in der durch Pilzkrankheit heimgesuchten Tulpentreiberei —, das Geschäft in Blattpflanzen, die, mit Ausnahme von grossen Pflanzen, stark begehrt und gut bezahlt wurden. Auch das Geschäft zur Oster- und Weihnachtszeit, sowie zum Todtenfeste, war ein zum Theil sehr gutes. Immerhin wurde durch die geschäftsstille Zeit und die erst angeführten Gründe das Gesammtergebniss stark beeinträchtigt, das somit im Vergleich zum Vorjahre schlechter gewesen ist und die Besitzer kleiner Gärtnereien, die ohne nennenswerthes Kapital arbeiten, nur mit Besorgniss in die Zukunft blicken lassen kann.

13. Eisenkurzwaarenhandel.

In Eisenkurzwaaren hielten sich durchweg die hohen Preise des Vorjahres mit nur geringer Abschwächung zum Jahresschluss.

I. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.

B. Eisenhütten.

(Nachtrag.)

4. Die Wiedaer Hütte zu Wieda i. H.

Wie in den beiden Vorjahren war auch in den ersten Monaten des Jahres 1900 das Geschäft noch ganz lebhaft, von da ab wurde die Marktlage insofern ungünstiger, als die Anforderungen etwas nachliessen. Wenn auch der Umsatz von Gusswaaren in den Monaten Juli bis einschliesslich November dem der Vorjahre entsprechend war, so machte sich im Monat Dezember schon ein Ausfall an Aufträgen fühlbar, was wohl darin seinen Grund hatte, dass man annahm, die Gusswaarenpreise müssten gleich denjenigen für Schmiedeeisen und Blech, welche schon bedeutend gewichen waren, ebenfalls ermässigt werden. Die Produktion des Werkes kam im Jahre 1900 derjenigen des Jahres 1899 gleich, würde aber weiter gesteigert sein, wenn nicht eine Verflauung des Marktes eingetreten wäre.

Ueber Einkaufsvereine von Berufskaufleuten.

Von * *

(Abdruck aus der Kolonialwaaren-Zeitung.)

Nachdem in neuerer Zeit die Standesbewegung im Detailhandel kräftiger denn je in Fluss gekommen ist, und sowohl die Regierungen und Parlamente, als auch die officiellen Handelsvertretungen den Wünschen der Detaillisten mehr Aufmerksamkeit, als früher, zuwenden, mehrten sich auch wieder die Stimmen, die die Kleinkaufleute ermahnen, zur Besserung ihrer Lage nicht nur an die Gesetzgebung zu appelliren, sondern hierzu auch nach Möglichkeit im Wege der Selbsthilfe beizutragen. Man hat dabei in erster Linie das Genossenschaftswesen im Auge und betont, dass insbesondere durch gemeinschaftlichen Einkauf der Detaillistenstand seine missliche Lage wesentlich heben könne. Auch innerhalb dieses Standes selbst giebt es Männer genug, die hierauf hingewiesen und für praktische Anwendung dieses Gedankens gewirkt haben; es besteht bereits eine ganze Anzahl tüchtiger Einkaufsvereine, und noch in jüngster Zeit haben einsichtsvolle und erfahrene Männer in unseren organisirten Kreisen die Gründung solcher Vereine angeregt. Dass hierfür die »Kolonialwaaren-Zeitung« stets mit Eifer eingetreten ist, können wir als bekannt voraussetzen.

Es giebt nun freilich auch unter den Detaillisten Leute, die gegen Einkaufsvereine sind, weil bei deren Gründung auch die Konsumvereine nicht mehr bekämpft werden könnten. Diese Ansicht ist indessen durchaus nicht stichhaltig. Wir haben es hier mit zwei Genossenschaftsarten zu thun, die absolut nichts mit einander gemein haben. Die Konsumvereine bezwecken die Befriedigung des hauswirthschaftlichen Bedarfs, sie sind nur auf den Vortheil ihrer eigenen Mitglieder bedacht, beruhen also auf rein egoistischen und unser ganzes Wirthschaftssystem durchbrechenden Grundsätzen. Die Einkaufsvereine der Kaufleute dagegen dienen lediglich dem Geschäftsbetriebe, und erstreben also in Folge dessen Vortheile, die nicht nur ihnen, sondern vornehmlich der Allgemeinheit zu gute kommen. Und dann, vor allen Dingen ist zu berücksichtigen, dass die Konsumvereine nicht im Stande sind, ein Glied in unserer wirthschaftlichen Organisation vollständig zu ersetzen. Nirgends, wo Konsumvereine bestehen — auch in England nicht —, haben sie vermocht, die Waarenvertheilung an die Konsumenten vollständig durchzuführen, und in Zeiten der Noth hat es sich gezeigt, dass die Konsumvereine — wie das bei der Schwerfälligkeit ihrer Organisation auch gar nicht anders zu erwarten ist — unfähig sind, die fehlenden Waarenmengen aus anderen Ländern rechtzeitig zu beschaffen. Das hat vielmehr der berufsmässige Handel besorgt, und zwar ist die Heranschaffung des Waarenbedarfs und die rationelle Vertheilung an die Konsumenten von Gross- und Kleinhandel Hand in Hand be-

wirkt worden. Das Konsumvereinswesen charakterisirt sich in Folge dessen auch als ein arger Misswachs auf volkswirtschaftlichem Gebiete, weil es einzelne an sich unentbehrliche Theile des wirtschaftlichen Organismus zu schwächen sucht, und dadurch natürlich diesen selbst schädigt. Die Konsumvereine würden also deshalb von staatswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus noch nicht einmal zuzulassen sein, wenn sie ihren Mitgliedern thatsächlich kleine Vortheile brächten; wieviel weniger aber kann man sie befürworten, wenn man ihr praktisches Wirken prüft, die lächerliche Dividendenmacherei durch hohe Preise und nicht selten geringe Waare, sowie die innere gar oft haarsträubende Misswirtschaft!

Es ist also ganz unzutreffend, wegen jener Vereine die Einkaufsgenossenschaften der Berufskaufleute bekämpfen zu wollen. Wir haben vielmehr die Frage zu prüfen, ob in letzteren thatsächlich ein Fortschritt liegt, und ist dies der Fall, so muss der Detailhandel sie als Mittel zur Selbsthilfe sich zu eigen machen, denn der objektive Beurtheiler würde es nicht verstehen, wollte man in Folge engherziger Anschauungen den etwaigen Fortschritt unbenutzt lassen. Ueberdies würden in letzterem Falle die Gegner mit Recht darauf hinweisen, dass der Detailhandel mit der Zeit nicht Schritt halte, was doch zur Erfüllung seiner wirtschaftlichen Aufgabe nothwendig ist. Theoretische Erörterungen über den Werth der Einkaufsgenossenschaften sind schon genug gepflogen worden, man kommt damit allein aber nicht weiter, man muss vielmehr in die Praxis hineingreifen, und das hat der Verfasser dieses gethan, indem er von den bedeutenderen Einkaufsvereinen über ihr Wesen und Wirken Auskunft erbat. Diese ist ihm denn auch in bereitwilligster Weise ertheilt worden, wofür den betreffenden Vereinsvorständen auch an dieser Stelle der beste Dank ausgesprochen sei. Es ist nunmehr unsere Aufgabe, das gesammelte Material nachstehend weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

Die Hauptsache ist, zunächst an Hand dieses Materials die bereits oben erwähnte Frage zu beantworten. Nun, grössere Einkäufe bedingen immer billigere Preise, und diesen Grundsatz finden wir vorliegend theils in eklatantester Weise bestätigt. Schreiber dieses hat den Einkaufsvereinen die Frage vorgelegt: Wie stellen sich in Ihrem Verein beim gemeinschaftlichen Einkauf die Preisdifferenzen gegenüber dem Einzeleinkauf? Darauf antworten mehrere Vereine: »Bei kleinen Artikeln sehr bedeutend, bei grossen Massenartikeln weniger«. Zucker wurde 4 bis 5 % billiger gekauft, Kakao 5 bis 10 %, ebenso Pflaumen, Graupen 8 %, Reis 5 %, Weihnachtsartikel 10 % und mehr, Buchgrütze, Knorr'sche Fabrikate, Gelatine 10 %, Cichorien 8 %, Paraffinlichte 4 %, Fleischextrakt, Reisstärke 1 bis 2 % etc. Ein Verein giebt die durchschnittliche Preisdifferenz auf 10 bis 15 % an, bei einem anderen schwankt sie hinsichtlich einer ganzen Reihe von Artikeln zwischen 5 bis 12 %, bei Haar- und Putzpomade beträgt die

Differenz 20 bis 30 %/o. Ein Verein, der sich auch mit Eisenwaaren befasst, giebt die Preisdifferenz bei Bandeisen, schwarzen und verzinnnten Blechen auf 10 bis 12 %/o an.

Mehrere Vereine heben hervor, dass schon allein die Frachtvergünstigungen durch den Bezug in Waggonladungen bedeutend ins Gewicht fallen. Allerdings muss hierbei noch erwähnt werden, dass diese Vergünstigungen je nach Lage des Domizils der Vereinigung sehr verschieden sind. Die weitere Frage: »Sind den Mitgliedern durch das gemeinschaftliche Unternehmen zugestander Maassen wirthschaftliche Vortheile (vielleicht eine Stärkung ihrer Position) erwachsen?« wird von sämmtlichen Vereinen bejahend beantwortet, wie dies im Hinblick auf die obigen Mittheilungen allerdings auch nicht anders zu erwarten war. Die Vortheile richten sich je nach der Betheiligung an dem gemeinschaftlichen Unternehmen, und so berichten mehrere Vereine, dass die Vortheile mancher Mitglieder überaus bedeutend seien. Und zwar liegen sie nicht nur in dem billigen Einkaufe, sondern auch in der Antheilnahme an dem von der Vereinigung erzielten Gewinne, sowie darin, dass die Mitglieder nicht zur oftmals unnöthigen Haltung eines zu grossen Lagers gezwungen sind, und in Folge dessen Verluste bei Eintritt einer Baisse, sowie Zinsverluste vermeiden können. Ein besonders gut organisirter und geleiteter Verein betont noch: »Es ist ferner jedem Mitgliede durch das grössere gemeinschaftliche Lager Gelegenheit gegeben, Geschäfte der verschiedensten Art zu machen, auch mit Artikeln, die es im eignen Detailgeschäfte nur in geringem Quantum braucht«.

Das Ergebniss dieser beiden Fragen muss uns also in überzeugender Weise zu dem Schlusse führen, dass der gemeinschaftliche Einkauf in der That gegenüber dem Einzeleinkauf einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Die Vortheile der genossenschaftlichen Bethätigung sind damit aber noch nicht erschöpft. Mit Ausnahme von zweien haben nämlich sämmtliche Vereinigungen, die Auskünfte ertheilten, Kaffeerösterei mit Motorenbetrieb, ein sehr bedeutender Verein hat sogar zwei Röst-Apparate, ein Verein hat ferner eine Gewürzmühle. Bis auf drei Ausnahmen sind diese Einrichtungen Eigenthum des Vereins; in zwei Fällen haben mehrere Mitglieder, in einem Falle ein Mitglied die Apparate angeschafft und gestatten deren Benutzung auch den übrigen Genossen gegen geringe Vergütung. Gemeinschaftlicher Einkauf von Kaffee findet allerdings in keinem einzigen Vereine statt, es röstet also jedes Mitglied das von ihm selbst bezogene Quantum, dagegen wird Gerste gemeinsam gekauft und geröstet. Ueber den Erfolg dieses Unternehmens lauten sämmtliche Auskünfte günstig, einige betonen, es habe sich vorzüglich bewährt, und sei hochrentabel.

Diese vortheilhafte Beeinflussung der internen geschäftlichen Verhältnisse übt natürlich auch nach aussen eine Rückwirkung aus. Um hierüber Näheres zu erfahren, wurden mehrere Fragen

gestellt. Die erste lautete: Besteht dort ein Konsumverein, und wie gestaltet sich die Konkurrenz mit ihm in den Verkaufspreisen, unter Berücksichtigung der Dividende jenes Vereins? Es soll auf die hierauf ertheilten Auskünfte nur in wenigen Worten eingegangen werden, denn sie bestätigen im Allgemeinen nur bekannte Sachen, nämlich, dass die Konsumvereine höhere Preise, als die Kaufleute, haben, und vielfach geringere Qualitäten führen, auch mit Untergewicht verkaufen. Zwei Antworten lauten dahin, dass die in den betreffenden Städten vorhandenen Beamtenvereine um ein Geringes billiger verkaufen können, weil sie ausserordentliche staatliche Bevorzugungen (z. B. Befreiung von Staats- und Gemeinde-Einkommensteuern) geniessen.

Die zweite Frage geht dahin: Hat die Vereinigung Erfolge gegen Konsumvereine, Waarenhäuser etc., oder gegen Schleuderer erreicht? Hierauf antworten drei Vereine mit »nein«; ein Verein bemerkt dabei sehr treffend: »Das Vorurtheil des grossen Publikums für die Konsumvereine und grosskapitalistischen Betriebe ist eben zu sehr eingefeilscht«. In zwei Städten, aus denen Auskünfte vorliegen, hat der Görlitzer Waaren-Einkaufsverein mehrere Filialen errichtet. Mit Bezug auf dieses Geschäftsungethüm lauten beide Auskünfte dahin, dass die Einkaufsvereinigung die Mitglieder in den Stand setze, in den Artikeln, mit deren Einkauf sie sich befasst, mit dem »Görlitzer« zu konkurriren. Das ist doch sicher ein wesentlicher Erfolg! Was nun im Uebrigen die Konsumvereine anbelangt, so sollte man glauben, jeder vernünftige Mensch müsste ihnen den Rücken kehren, wenn sie theurer verkaufen und schlechte Qualität führen, so dass den kaufmännischen Einkaufsvereinen der Sieg sicher sei. Aber das ist weit gefehlt. Die »Dividende« macht die Leute geradezu blind. Bei der Masse der socialistischen Konsumvereine kommt aber noch ein anderer Umstand hinzu. Die dieser Partei angehörigen Arbeiter sind gut diszipliniert, sie kaufen bei »ihrem« Verein — wie es in einigen Auskünften heisst. Hier ist also Hopfen und Malz verloren, und auch die grössten Anstrengungen der Kaufmannschaft werden die Weiterentwicklung dieser Konsumvereine nicht aufhalten. Daher kommt es denn, dass die Einkaufsgenossenschaften der Detaillisten einen einigermaassen befriedigenden Erfolg nur in sehr wenigen Fällen zu erringen vermochten. Zielbewusste Parteipolitik auf der einen, Standesdünkel der Beamtschaft auf der anderen Seite, und im Verein hiermit eine grosse Gedankenlosigkeit, um nicht zu sagen Dummheit der Masse, das sind Hindernisse, deren Ueberwindung dem Kaufmann nur selten gelingt. Einige derartige Fälle sind aber doch zu verzeichnen. So ist es z. B. einer Einkaufsvereinigung gelungen, ein bedeutendes Wachsen des Konsumvereins zu verhindern; durch eine andere ist dem bestehenden Beamtenvereine der Vertrieb von Massenartikeln vereitelt worden. Sehr erfreulich lautet die Auskunft des grossen Einkaufsvereins unserer bedeutendsten pommerschen Handelsstadt, nämlich: »Wir

haben zweifellos durch unser wiederholtes Einschreiten in der Presse gegen Konsumvereine, Waarenhäuser, Schleuderer etc. grosse Erfolge erzielt. Besonders haben wir den Unfug des Rabattgebens an Beamte etc. vollständig niedergekämpft.

Ein Einkaufsverein theilt mit, dass der am Orte vorhandene Konsumverein im Abnehmen begriffen sei, anscheinend, weil er ersterem gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Die Erfolge gegen Waarenhäuser sind ebenfalls nur vereinzelt. Auch die Schleuderei konnten die meisten Einkaufsvereine nicht verhindern. Wohl haben diese den eigenen Mitgliedern das Schleudern unter Androhung des Ausschlusses statutarisch untersagt, aber gegen ausserhalb der Vereinigung Stehende konnte nichts ausgerichtet werden.

Man kann daraus eben ersehen, dass der Detailhandel gegen Konsumvereine, Waarenhäuser etc. sich im Wege der Selbsthilfe die Existenzmöglichkeit auch bei grösster Anstrengung nicht sichern kann; er bedarf hierzu vielmehr gesetzlichen Schutzes, und erst wenn ihm dieser in ausreichender Weise gewährt wird, dann vermag er allerdings wieder durch Anwendung von Selbsthilfe seine frühere Stellung zu erringen. Das sollten die maassgebenden Stellen bedenken und den vom Detaillistenstande geforderten Schutz nicht länger verweigern, wenn sie — wie nicht zu bezweifeln ist — eine tüchtige Kaufmannschaft erhalten wollen. Aber auch die Manchestermänner, wie sie namentlich auch vielfach in den Handelskammern sitzen, mögen aus obigen Feststellungen ersehen, dass sie sich irren, wenn sie den Kleinhandel einfach auf die Selbsthilfe verweisen und seine Wünsche in Bezug auf staatlichen Schutz hartnäckig bekämpfen. Es gehört zwar nicht in den Rahmen unseres gegenwärtigen Themas, aber wir wollen doch nicht die kurze Bemerkung unterlassen, dass auch die sonstigen von den Handelskammern vertretenen Erwerbszweige sich nicht nur auf die Selbsthilfe verlassen. Die Zollgesetzgebung, die Handelsverträge, die Eisenbahntarife, das Zuckergesetz etc. sind geschaffen worden, um diese Erwerbszweige zu schützen und zu kräftigen, und wenn wir uns einmal mit hoher Politik befassen wollen: Die riesige Vermehrung unserer Flotte soll doch auch zu nicht geringem Theile gleichen Zwecken dienen! Da erweisen sich aber die Handelskammern als eifrige Befürworter derartiger Maassnahmen. Ja, warum wollen sie denn aber dem Kleinhandel nicht ähnliche gesetzgeberische Maassregeln zu seiner Hebung gewähren? Die »Ringe der Grossen« allein sind ebenso wenig wie die »Genossenschaften der Kleinen« im Stande, gesunde wirthschaftliche Zustände zu schaffen. Wir gönnen den Grossen gern die ihnen zu Theil werdende Hilfe, sollten dafür aber auch erwarten können, dass diese Grossen dann dem »Kleinen« das Recht auf Schutz und Hilfe nicht streitig machen.

Doch kehren wir nach dieser Abschweifung zu unserem Thema zurück. Wenn wir die Wirkung der Einkaufsgenossen-

schaften nach innen auf den einzelnen ihr zugehörigen Geschäftsbetrieb, und die Erfolge nach aussen gegen die Konkurrenz in Betracht ziehen, so drängt sich uns die Ueberzeugung auf, dass diese Genossenschaften für den Detailhandel ein sehr schätzbares Hilfsmittel bilden. Und diese Ueberzeugung wird ohne Zweifel zur Nacheiferung anspornen. Um nun zur That aufzumuntern, wollen wir im Nachstehenden ebenfalls an Hand der Praxis zeigen, wie eine solche Vereinigung organisirt sein und wie sie funktionieren muss.

Zuerst bedarf es natürlich der Abfassung eines Statuts, und in diesem ist das Erste die Festsetzung der Firma. Von den, dem Verfasser dieses bekannten Vereinen sind drei Fünftel freie Vereinigungen, zwei Fünftel sind eingetragene Genossenschaften, von denen je die Hälfte beschränkte und unbeschränkte Haftpflicht haben. Das richtigste scheint zu sein, dass die Einkaufsvereine zunächst als »Freie Vereinigungen« ins Leben treten, und erst dann, wenn sich die Verhältnisse konsolidirt haben, die Form eingetragener Genossenschaften annehmen, und zwar möchte dann wohl die beschränkte Haftpflicht vorzuziehen sein.

Es ist nicht unsere Absicht, die sämmtlichen Erfordernisse eines Statuts hier zu erörtern, und dessen bedarf es auch gar nicht, da die meisten Bestimmungen, wie Einsetzung eines Vorstandes, Festlegung der Rechte und Pflichten der Mitglieder, Vorschriften über die Generalversammlung etc. leicht zu normiren sind. Vielmehr kommt es uns darauf an, unseren Lesern vor Augen zu führen, in welcher Weise sich die Vereine praktisch bethätigen. Es war deshalb zu ermitteln, inwieweit die Vereine ein ständiges Lager halten, oder sonst den gemeinsamen Waarenbezug durchführen.

Sämmtliche Vereine, bis auf einen, haben ein ständiges Waarenlager, dessen Umfang bei den einzelnen Vereinen natürlich sehr verschieden ist. Während der Werth dieses Lagers in einigen Fällen 30, 40, auch 50 000 Mk. repräsentirt, ist er in anderen Vereinen wieder nur minimal; einer der letzteren erstreckt den gemeinschaftlichen Einkauf überhaupt nur auf zwei Artikel (Fleischextrakt und Maizena), ein anderer nimmt nur kleinere Artikel auf Lager, während alle übrigen Waaren nach Eintreffen sofort unter die Mitglieder vertheilt werden. Ein Verein, der übrigens zu den bedeutendsten gehört, hat zwar keine eigenen Lagerräume, aber fünfzehn Mitglieder haben die vom Verein vorrätig geführten Waaren übernommen, gegen die geringe Entschädigung von $\frac{1}{4}$ Prozent des Umsatzes. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Markenartikel, wie Knorr'sche Fabrikate, Putzpomaden, Fleischextrakt, Kakao, Toilettenseifen.

Sämmtliche Verwaltungsarbeiten werden von den Mitgliedern geleistet, der Vorstand, oder einzelne Vorstandsmitglieder, ebenso die als Lagerhalter oder Buchhalter fungirenden Vereinsgenossen erhalten eine kleine Entschädigung, die in der Regel prozentualiter

nach dem Umsatze ($\frac{1}{4}$ bis 1 Prozent) bemessen wird. In einzelnen Vereinen wird eine von vornherein bestimmte Entschädigungssumme gewährt. Ein Verein schreibt: »Unser Lagerhalter ist zugleich unser Bankier, an den die Mitglieder ihre Zahlungen leisten, und der für Rechnung des Vereins gegen eine Entschädigung von 1 pro Mille Zahlungen leistet. Das Verhältniss zum Lagerhalter ist durch besonderen Vertrag geregelt.« In dem grossen Dresdner Einkaufsvereine sind zur Besorgung der laufenden Geschäfte ein besoldeter Buchhalter, ein Lagerist und zwei Markthelfer vorhanden.

Ueber die Organisation des Waarenverkehrs ist Folgendes zu berichten.

In fast sämmtlichen Vereinen finden wöchentlich einmal Zusammenkünfte der Mitglieder zu sogenannten Waarenbörsen statt. Diese Versammlungen sind nach den vorliegenden Aeusserungen zweifellos sehr interessant, anregend und lehrreich. Der Vorsitzende, oder ein anderes hiermit beauftragtes Mitglied, giebt die eingelaufenen Offerten bekannt, diese werden besprochen, und alsdann die Bestellungen der Mitglieder entgegengenommen. Oftmals nehmen an den Waarenbörsen auch Agenten und Reisende Theil, um Angebote zu machen.*)

In den meisten Vereinen ist es Regel, dass die Mitglieder an den Börsentagen die Rechnungen für die vom Verein erhaltenen Waaren begleichen.

Ein Verein klagt allerdings darüber, dass diese Versammlungen nur schwach besucht werden, »so dass unser Vorstand beim Einkaufen meistens allein und selbständig operirt. Durch die jahrelange Praxis ist der Vorstand auch ziemlich über die Bedürfnisse der Mitglieder orientirt.« — Ueber den Nutzen des gemeinsamen geschäftlichen Arbeitens sagt ein anderer Verein: »Oft hat ein Mitglied Lagerhüter, oder doch Ueberfluss, und findet da (nämlich auf den Börsentagen) in der Regel Abnehmer, oder er will einen unbedeutenden leicht verderblichen Artikel kaufen, und einigt sich mit Mehreren zum gemeinschaftlichen Bezuge. Lohnt das Quantum, so nimmt der Vorsitzende den Einkauf in die Hand, und dann läuft das Geschäft durch die Vereinsbücher.« Im Dresdner Einkaufsverein werden die Gesellschafter mittelst Preislisten, von übrigens sehr bedeutendem Umfange, von den vorhandenen Waaren und Preisen in Kenntniss gesetzt; den meisten Gesellschaftern steht Telephon zur Verfügung, so dass sie ihren Bedarf bei der Genossenschaft auf die bequemste Weise decken können. Im Stettiner Einkaufsverein, der alle Freitag Abend Waarenbörse abhält, erscheint ausserdem aller Vierteljahre ein Preiskourant über die auf Lager befindlichen Waaren.

Die Normirung der Preise, die die Mitglieder an die Genossenschaft für erhaltene Waaren zu zahlen haben, ist ver-

*) Die Gewohnheit hat sich mehrfach als nachtheilig erwiesen. D. R. d. K.-Z.

schiedentlich geregelt. In den meisten Fällen werden die Waaren zu den Einkaufspreisen, zuzüglich eines zur Deckung der Unkosten ausreichenden Aufschlags, der zwischen $\frac{1}{2}$ bis $1\frac{1}{4}$ Prozent schwankt, abgegeben. Hier kann natürlich von einem grösseren Geschäftsgewinne nicht die Rede sein. Dieses Verfahren greift stets Platz, wenn die gemeinsam gekauften Waaren nach Eintreffen sofort unter die Besteller vertheilt werden, wird aber auch von einigen Vereinen, u. A. von dem Dresdner und dem Kottbuser, hinsichtlich der auf Lager genommenen Waaren beobachtet. Andere Vereine, z. B. der Stettiner, der Hallische und der Gubener, geben letztere Waaren zu den ungefähren Tagespreisen ab, so dass hier also der unter die Mitglieder vertheilbare Vereinsgewinn grösser sein muss. Der finanzielle Effekt ist in beiden Fällen für die Mitglieder natürlich ungefähr der gleiche.

Mehrere Vereine haben statutarisch die Verpflichtung der Mitglieder festgelegt, nur vom Genossenschaftslager — soweit dieses die Verkaufsartikel führt — zu entnehmen; für den Zuwiderhandlungsfall sind Konventionalstrafen vorgesehen.

Als Grundprinzip gilt in allen Vereinen Baarzahlung, und zwar muss diese innerhalb acht bis vierzehn Tagen nach Empfang der Waaren erfolgen; es wird aber auch — wenn einmal ein Kollege zur rechtzeitigen Zahlung nicht im Stande ist — eine längere Frist zugestanden.

Die Aufbringung des Betriebskapitals ist in der Weise geregelt, dass jedes Mitglied eine durch Statut bestimmte Einlage zu zahlen hat, die mit $3\frac{1}{2}$ bis 4 Prozent verzinst wird. Ein Verein hat von einer im Voraus feststehenden Verzinsung abgesehen und gewährt solche nur in Form der Dividende; die übrigen Vereine vertheilen den nach Abzug der statutarischen Zinsen verbleibenden Gewinn, unter Abführung eines Theiles davon an den Reservefonds, ebenfalls als Dividende. Die Höhe der Geschäftsantheile ist sehr verschieden, bei einigen Vereinen ist sie feststehend, bei anderen ist die Erhöhung des im Statut vorgesehenen Mindestbetrages bis zu einem bestimmten Höchstbetrage zulässig, aber nicht Bedingung. Die Geschäftsantheile schwanken zwischen 100 bis 200 Mk. und sind bei den meisten Vereinen auf einmal einzuzahlen; einige Vereine lassen aber auch die ratenweise Einzahlung zu. Zunächst dienen die Einlagen zum Betriebe des genossenschaftlichen Geschäfts, sie werden aber auch in gegebenen Fällen zur Deckung der Verbindlichkeiten der Mitglieder gegen die Genossenschaft verwendet.

Das Gesellschaftskapital beträgt in einem Vereine 80 000 Mk., wovon allerdings vorläufig erst 40 000 Mk. eingezahlt sind; in den übrigen Vereinen schwankt es zwischen 30 000, 20 000, 18 000, 15 000, 8 000 Mk., das niedrigste Betriebskapital beträgt 3 200 Mk. Es ist hierbei zu bemerken, dass die Höhe des Betriebskapitals für den Geschäftsumfang nicht allein maassgebend ist, wie noch weiter unten gezeigt werden wird.

Bei Ermittlung der finanziellen Verhältnisse der Vereinigungen erschien es zugleich wünschenswerth, Näheres über ein etwaiges Bedürfniss nach billigem Kredit festzustellen. Es wurde deshalb die Frage aufgeworfen: »Wäre es für die Vereine vortheilhaft, wenn sie Gelegenheit hätten, zeitweilig bei einem geeigneten Institut billigen Kredit in Anspruch nehmen zu können?« Die grössere Zahl der Vereine verneint diese Frage, wobei der eine Verein hervorhebt, dass nur bei Baarzahlung noch etwas verdient werden könne. Der Verein in Stettin schreibt: »Wir beanspruchen keinen Kredit; kommt es ganz vereinzelt vor, dass wir, wie in der Herbstsaison, einmal vorübergehend mit Kasse knapp sind, so befinden sich im Verein Mitglieder, die gern jede Summe dem Vereine vorstrecken«. Alle Achtung vor einem solchen Zuge echt kaufmännischen Korpsgeistes, der nichts von der Kleinlichkeit und dem Konkurrenzneid kennt, der sonst gar oft in kaufmännischen Kreisen herrscht. Ohne Zweifel hat die gegenseitige enge Berührung in dem Einkaufsverein, die einträchtige Förderung des Geschäfts durch die Genossenschaft, erst diese schöne Harmonie unter den Kollegen, zu ihrem eigenen Vortheil, entwickelt, und hierfür bieten, neben dem Stettiner, auch die übrigen Einkaufs-genossenschaften erfreuliche Beispiele.

Zwei Vereine bejahen obige Frage in bestimmter Weise, während ein Verein bemerkt, wenn die Mitgliederzahl grösser wäre, und er eine Centralstelle — es ist damit wohl ein bedeutendes Waarenlager gemeint — hätte, dass dann die Erlangung eines billigen Kredits von Vortheil sein würde.

Freilich ist es besser, wenn die Vereine Kredit nicht brauchen, aber es kann nach Allem das Bedürfniss nach solchem nicht bestritten werden, um so weniger, als wohl nicht eben häufig das Eintreten einiger Kollegen mit Geldmitteln, wie z. B. in Stettin, zu erwarten ist. Die Gelegenheit zur Erlangung billigen Kredits wäre deshalb auch für die Einkaufsvereine nicht von der Hand zu weisen. Eine solche Gelegenheit bietet für Preussen die Centralgenossenschaftskasse, unter bestimmten Voraussetzungen. Um mit ihr in Verbindung treten zu können, wäre allerdings die Gründung von Verbänden erforderlich. Solche Verbände, nur aus kaufmännischen Einkaufsvereinen bestehend, sind gegenwärtig bei deren geringer Zahl und ihrer zerstreuten Lage allerdings noch nicht möglich, dagegen würden sich die Einkaufsvereine z. B. mit ähnlichen Genossenschaften der Handwerker, oder mit Kreditgenossenschaften verbinden können, um sich die Centralgenossenschaftskasse zugänglich zu machen.

Ueber die internen Verhältnisse der Einkaufsvereine liesse sich noch manche hochinteressante Mittheilung machen, insbesondere über jene Vereine, die die Liebenswürdigkeit hatten, dem Verfasser dieses Geschäftsberichte, Statuten und sonstiges Material zur Verfügung zu stellen. Doch ist dies nicht angängig. Wenn es sich auch nicht gerade um Geschäftsgeheimnisse handelt, so sind diese

Verhältnisse doch immerhin derartig, dass sie einen Rückschluss auf rein persönliche Interessen zulassen. Wir müssen uns deshalb mit einigen kurzen Angaben begnügen:

Ein Verein mit 19 Mitgliedern und einem Betriebskapital von 18000 Mk. hat einen Jahresumsatz von 150000 Mk., er gewährt, neben einer Verzinsung der Geschäftsantheile zu 4 Prozent, aus dem verbleibenden Gewinn eine Dividende von 1 bis 2 Prozent. Dazu kommen als Hauptnutzen natürlich noch die Preisdifferenzen in Folge des Grossocinkaufs. Ein anderer Verein mit 76 Mitgliedern setzte das Betriebskapital von ca. 23 000 Mk. im letzten Jahre $14\frac{1}{2}$ mal um. Ein 32 Mitglieder zählender Verein hat bei einem Betriebskapital von 3200 Mk., das mit 2 Prozent verzinst wird, einen Jahresumsatz von 180 000 Mk. erzielt; er giebt die Waaren zum Einkaufspreis ab und deckt die Unkosten von einem gleichmässig mit $1\frac{1}{4}$ Prozent in Rechnung gestellten Diskont. Der verbleibende Ueberschuss gelangt an die Mitglieder zur Auszahlung und betrug im letzten Jahre immer noch $1\frac{1}{10}$ Prozent.

Der Verein der Kolonialwaarenhändler von 1872 in Hamburg hat neben anderen Kassen auch eine Waarenkasse, die einen Theil des Vereinsvermögens repräsentirt. Er giebt die gemeinschaftlich gekauften Waaren zum Einkaufspreis ab, berechnet einen Aufschlag von ca. $\frac{1}{5}$ Prozent, und der aus diesem erzielte, allerdings nur geringe Gewinn wird dem Waarenkassen-Konto zugeschrieben. Es wird auf diese Weise ein Kapital angesammelt, das der nachfolgenden Generation einmal reichen Segen bringen wird.

Ein Einkaufsverein, der zugleich der bedeutendste zu nennen ist, erzielt bei einem Geschäftskapitale von 40 000 Mk. einen durchschnittlichen Jahresumsatz von ca. 450 000 Mk., die Mitgliederzahl beträgt 80.

Der Umsatz eines anderen Vereins, der mit 15 900 Mk. Betriebskapital, bei 97 Mitgliedern, arbeitet, betrug pro 1896 ausser den vielen sonst an der Börse gehandelten und gemeinsam bezogenen Waaren, die nicht in den Vereinsbüchern figuriren, 120 766 Mk. Es wurde eine Dividende von 6 Prozent vertheilt; der Reingewinn betrug 1896: 1643,17 Mk. und wird pro 1897 noch um ca. 800 Mk. höher sein. Der vorhandene Reservefonds belief sich 1896 auf 2081,71 Mk. Dieser Verein gehört zu denjenigen, die die Waaren zum ungefähren Tagespreise abgeben.

(Schluss folgt.)

Rechtsprechung hiesiger Gerichte.

Ein hiesiger Kaufmann, der sich Ende Juli 1898 einem in Goslar wohnhaften Mühlenbesitzer gegenüber verpflichtet hatte, diesem im September 1898 100 Ctr. Gerste zum Preise von 111 Mk. die Tonne »frei Quaiwaggon Magdeburg« zu liefern und

nach Goslar zu übersenden, theilte am 29. September 1898 dem Mühlenbesitzer brieflich mit, dass er von dem geschlossenen Vertrage zurücktrete. Der Mühlenbesitzer war hiermit nicht einverstanden und setzte dem Kaufmann mittelst Briefes vom 2. Oktober 1898 eine nachträgliche Lieferfrist bis zum 6. desselben Monats, wobei er zugleich androhte, er werde bei fruchtlosem Ablaufe der Frist sich auf Kosten des Kaufmanns anderweitig decken. Da der Kaufmann bis zum 6. Oktober 1898 nicht lieferte, so kaufte sich der Mühlenbesitzer am 7. desselben Monats und an den nächstfolgenden Tagen anderweitig in Goslar 100 Ctr. Gerste zum Preise von 126 Mk. pro Tonne und verlangte nun von dem Kaufmann den Preisunterschied, abzüglich der ersparten Frachtkosten, in Höhe von 40,60 Mk. ersetzt; der Kaufmann lehnte jedoch den Ersatz ab. In dem hierauf seitens des Mühlenbesitzers angestregten Prozesse hat das Gericht — nachdem es festgestellt hatte, dass der Mühlenbesitzer, wenn er alsbald nach Empfang des Briefes des Kaufmanns vom 29. September 1898 sich anderweitig 100 Ctr. Gerste in Magdeburg gekauft hätte, 115 Mk. für die Tonne würde haben zahlen müssen, mithin an jeder Tonne 4 Mk., an der ganzen Gerste aber 20 Mk. verloren haben würde — den Kaufmann zur Zahlung von 20 Mk. Schadenersatz an den Mühlenbesitzer verurtheilt, die (weit mehr als 40 Mk. betragenden) Prozesskosten jedoch, weil der Mühlenbesitzer unberechtigter Weise 20,60 Mk. zu viel gefordert hatte, beiden Theilen gleichmässig auferlegt. In den Gründen des Urtheils hat das Gericht u. A. ausgeführt, dass ein Deckungskauf regelmässig am Ablieferungsorte oder an dem für diesen Ort maassgebenden »Marktplatz« geschehen müsse, dass indessen der Käufer beim Suchen der neuen Kaufgelegenheit jedenfalls wie ein redlicher Käufer zu verfahren habe, sowie ferner, dass, auch wenn Magdeburg in Bezug auf Getreideeinkäufe nicht als maassgebender »Marktplatz« für Goslar (den Ablieferungsort) anzusehen sein sollte, der Mühlenbesitzer demnach als redlicher Kaufmann sich, anstatt in Goslar, in Magdeburg hätte decken müssen, weil es in Goslar nur Kleinhändler, in Magdeburg aber auch Grosshändler in Getreide gebe und nach allgemeiner Erfahrung die Grosshändler niedrigere Preise bei ihren Verkäufen zu berechnen pflegen als die Kleinhändler. Ausserdem hat das Gericht ausgeführt, der Getreidehändler habe, da der Kaufmann durch den Brief vom 29. September 1898 vom Vertrage zurückgetreten sei, mit anderen Worten die Lieferung der Gerste gänzlich verweigert habe, dem Kaufmann keine Nachfrist zu gewähren brauchen, sondern habe, wenn er einen Deckungskauf vornehmen wollte, dies unverzüglich nach Empfang des Briefes vom 29. September, nicht also erst nach Ablauf der überflüssigen Nachfrist thun müssen.

Handelsregister.

(Juni.)

1. Neueintragungen.

1. Herm. Ebeling, Handel mit Mühlenprodukten, Langelsheim. Inhaber: Mühlenbesitzer Hermann Ebeling.
2. Adolf Laue, Handel mit Cigarren, Cigaretten, Tabak und Musikautomaten, Blankenburg a. H. Inhaber: Kaufmann Adolf Laue.
3. O. H. Henke & Sohn, offene Handelsgesellschaft, Fabrikation von Cigarren, Münchhof, Zweigniederlassung der in Bremen bestehenden Hauptniederlassung. Inhaber: Kaufmann Albert Heinrich Arnold Erdbrink zu Bremen, Kaufmann Oltmann Meyer in Bremen.
4. Günther & Tegetmeyer, offene Handelsgesellschaft, Fabrik von wissenschaftlichen und technischen Präzisionsinstrumenten, Braunschweig. Inhaber: Mechaniker Oskar Günther und Otto Tegetmeyer.
5. Heinrich Böse, Blech- und Emballagenfabrik, Braunschweig. Inhaber: Blechwarenfabrikant Heinrich Böse.
6. Fritz Schneeberg, Ausbeutung von Steinbrüchen, Bearbeitung der geförderten Steine, und Handel mit denselben, Langelsheim. Inhaber: Steinbruchspächter Fritz Schneeberg.
7. Kosmetische Fabrik Braunschweig-Hamburg Otto M. H. Nohle, Fabrik kosmetischer Artikel, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Otto M. H. Nohle.
8. Wilhelm Marahrens, Handel mit Mehl und sonstigen Mühlenprodukten, Brunkensen. Inhaber: Mühlenbesitzer Wilhelm Marahrens.
9. Willi Diettrich jun., Handlung mit Manufaktur- und Baumwollwaren, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Willi Diettrich jun.
10. Julius Vockel, Mützen- und Pelzwarenhandlung, Gandersheim. Inhaberin: Ehefrau des Kürschners Julius Vockel, Dina geb. Bormann.
11. Braunschweigische Lack-, Firnis- und Farbenfabrik Conrad Müller, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Conrad Müller.
12. Adolf Reinecke, Zuckeragentur, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Adolf Reinecke.
13. Richard Harring, Handel mit Manufaktur-, Material- und Kurzwaren, Pabstorf. Inhaber: Richard Harring.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. F. L. Schütz, Wolfenbüttel. Zur Zeichnung der Firma ist ausser der Wittve des weiland Fabrikanten Julius Goeze, Sophie geb. Schütz, nur der Kaufmann Reinhard Goeze befugt.
2. J. Zimmermann, offene Handelsgesellschaft, Zweigniederlassung in Blankenburg a. H. der unter gleicher Firma in Dresden bestehenden Hauptniederlassung. Der Fabrikant Albert Benno Rockstroh in Dresden ist aus der Gesellschaft ausgeschieden, der Kaufmann Josef Robert Riedel in Dresden in dieselbe eingetreten.
3. Mathildenhütte, Harzburg. Das Aktienkapital ist auf 1 800 000 Mk. erhöht.
4. Noelle & von Campe in Boffzen. Der Fabrikant August v. Campe ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden und an seiner Stelle sein Sohn, Fabrikant Otto v. Campe zu Brückfeld, mit dem 1. Mai 1901 als Gesellschafter eingetreten.
5. Vereinsbrauerei Braunschweig. Durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 29. Mai 1901 ist der Geschäftsführer, Kaufmann Philipp Fricke, aus dem Vorstande ausgeschieden.
6. C. A. Brandt, Holzminden. Die Mitgesellschafterin Fräulein Hedwig Leusmann ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden und wird das Geschäft von den übrigen Gesellschaftern in unveränderter Weise fortgeführt.
7. Friedrich Hoffmann, Bündheim. Der Sitz der Firma ist nach Bad Harzburg verlegt.

8. Brauerei Allerthal, Aktiengesellschaft zu Grasleben. Die Aktienkapitalserhöhung durch Zeichnung neuer Aktien im Gesamtbetrage von 193 500 Mk. ist erfolgt. Die Aktien werden zum Nennwerthe, à 300 Mk., ausgegeben.
9. Braunschweigische Lagerhausgesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. An Stelle des ausgeschiedenen Geschäftsführers, Kaufmann Rudolf Moll, ist der Kaufmann Karl Kämpe zum Geschäftsführer der Gesellschaft gewählt.
10. Braunschweiger Reitbahngesellschaft, Braunschweig. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes, Kaufmann Wilhelm Götte, ist der Kaufmann Wilhelm Voss in den Vorstand gewählt.
11. Gebr. Avon, Braunschweig. In Dessau ist eine Zweigniederlassung errichtet.

3. Löschungen.

1. Gustav Gersdorf, Schlachtereier mit Wurstfabrikation, Helmstedt.
2. Leech & Schmidt, Braunschweig.
3. G. H. Letzner, Pabstorf.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Georg Grupe, Braunschweig. Kaufmann Franz L. Geissler.
2. Carl Lindenberg, Manufakturwaarenhandlung, Helmstedt. Kaufmann Carl Lindenberg.
3. F. W. v. Strombeck, Vorsfelde. Buchhalter Oskar Kühlhorn.
4. Heinrich Böse, Braunschweig. Otto Böse.
5. Julius Vockel, Gandersheim. Kürschner Julius Vockel.

5. Prokura-Löschungen.

1. Aktien-Zuckerfabrik Broistedt. Kaufmann August Fröhlich.
2. Georg Grupe, Braunschweig. Kaufmann Carl Ringk.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Calvörder Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Calvörde. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Heinrich Märtens, Landwirth und Gastwirth Hermann Wagner, Landwirth Wilhelm Ebeling, Landwirth August Heinemann, Landwirth August Trippler, sämmtlich in Calvörde.
2. Genossenschafts-Bäckerei zu Helmstedt, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Helmstedt. Mitglieder des Vorstandes sind: Zimmermann Karl Kühne, Grubenarbeiter Bernhard Seydholdt, Böttchermeister Friedrich Krüger, Oekonom Karl Schulze, Maurer Theodor Kühne, Briefträger Johann Schnupp, sämmtlich in Helmstedt.

2. Abänderungen.

1. Consumverein Neuwallmoden. Die Firma ist wie folgt abgeändert: Consumverein Neuwallmoden, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
2. Molkerei-Genossenschaft Arholzen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Arholzen. Der § 51 der Statuten ist wie folgt abgeändert: Das Geschäftsjahr beginnt künftig mit dem 1. April und endigt mit dem 31. März.
3. Central-Molkerei-Genossenschaft Wenzeln, e. G. m. b. H. Der § 22 des Statuts ist dahin abgeändert, dass das Geschäftsjahr künftig vom 1. Januar bis 31. Dezember läuft.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaaren-Aktiengesellschaft in Wieda. 31. Mai 1901, Vormittags 10 Uhr: 1 Lichtdruckbild, offen, Muster für Regulir-Circulir-Oefen, mit den Fabriknummern 224, 225, 226. Muster für plastische Erzeugnisse. Schutzfrist 10 Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Gustav Kühne, Gastwirth, Pabstorf. 30. Mai 1901.
2. Aktien-Gesellschaft für Holz-Import und -Export in Braunschweig. 3. Juni 1901.
3. Ehefrau des Kaufmanns Max Töpfer, Ida geb. Compart, in Firma: Ida Töpfer, Braunschweig. 4. Juni 1901.
4. Krug & Kiesler, Maschinenfabrik, Braunschweig, Zweigniederlassung Berlin. 4. Juni 1901.
5. Karl Goldberg, Kaufmann, Braunschweig. 5. Juni 1901.
6. Albert Ehlers, in Firma Braunschweiger Bürstenfabrik von Albert Ehlers, Braunschweig. 5. Juni 1901.
7. Stephan Helmecke, Kaufmann, Braunschweig. 6. Juni 1901.
8. Wittwe des Uhrmachers Hermann Tägtmeyer, Frieda geb. Kallmeyer, in Firma Hermann Tägtmeyer, Braunschweig. 6. Juni 1901.
9. August Ewers, Thierarzt, Seesen a. H. 7. Juni 1901.
10. Adolf Bürmann, Produktenhändler, Braunschweig. 8. Juni 1901.
11. Ulrichs, Oberförster a. D., Braunlage. 10. Juni 1901.
12. Hermann Schwerdtfeger, Halbspänner, Barbecke. 22. Juni 1901.
13. August Duve, Gastwirth und Landwirth, Kl.-Sisbeck. 25. Juni 1901.
14. Wilhelm Lüddecke, Ackergehilfe, Lehdorf. 25. Juni 1901.
15. Dampfziegelei Rieseberg, Hermann Germer zu Rieseberg. 25. Juni 1901.

2. Aufhebungen.

1. August Heine, Gold- und Silberarbeiter, Braunschweig.
2. Louis Mügge, Schlossermeister, Lesse.
3. Wilhelm Nordahl, Händler, Blankenburg a. H.
4. Eduard Meyer, Generalagent, Braunschweig.
5. Otto Hattensauer, Tischlermeister, Braunschweig.
6. Wilhelm Nürnberg, Zimmermeister, Hasselfelde.
7. Friedrich Witte, Schuhmachermeister, Calvörde.
8. Heinrich Reis, Kaufmann, Schöningen.
9. Albert Schwenke, Handelsgärtner, Braunschweig.

Handelsregister.

(Juli.)

1. Neueintragungen.

1. H. F. W. Mügge, Harzer Holzriemenscheiben-Fabrik, Blankenburg a. H. Inhaber: Hofzimmermeister Wilhelm Mügge.
2. Theye & Bode, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Buchdruckereibesitzer Johann Theye und Kaufmann Eduard Bode.

3. Konserven-Fabrik Brunonia Otto Keune, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Otto Keune.
4. Albert Bethge, Weiss- und Wollwaarenhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Albert Bethge.
5. Friedrich Conert, Materialwaaren, Kolonialwaaren und Fahrradhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Friedrich Conert.
6. Hermann Giermann Fritz Kuss Nachfl., Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Hermann Giermann.
7. Wilhelm Wagner, Material- und Kolonialwaarenhandlung, Braunlage. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Wagner.
8. Heinrich Boetel, Holzhandlung, Küblingen. Inhaber: Dachdeckermeister Heinrich Boetel.
9. Wilhelm Seydler, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Seydler.
10. Dellner & Hüser, Bau- und Grabsteingeschäft, Offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Steinmetzmeister August Dellner und August Hüser.
11. Albert Thiele, Destillations- und Weingeschäft, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Albert Thiele.
12. Carl Gödecke, Buch-, Papier- und Galanteriewaarenhandlung, Schöningen. Inhaber: Buchbindermeister Carl Gödecke.
13. Wilhelm Keller, Möbelhandlung, Eschershausen. Inhaber: Sattlermeister und Möbelschneider Wilhelm Keller.
14. Harzer Holzcomptoir Max Wagner, Blankenburg a. H. Inhaber: Kaufmann Max Wagner.
15. Carl Oppermann, Kesselschmiede, Apparatenbau- und Maschinenfabrik, Braunschweig. Inhaber: Schlossermeister Carl Oppermann.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Braunschweigische Lack-, Firniss- und Farbenfabrik Conrad Müller, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von dem bisherigen Inhaber, Fabrikant Conrad Müller, seit dem 28. d. Mts. an den Kaufmann Hugo Gohl abgetreten.
2. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 30. Mai 1901 lautet der § 13 des Gesellschaftsstatuts jetzt: Nach Vornahme der Abschreibungen und Rückstellungen bildet der Ueberschuss der Aktiva über die Passiva den Reingewinn der Gesellschaft. Aus dem Reingewinn werden zunächst entnommen: a) 5 Prozent für den Reservefonds, b) für die Mitglieder des Vorstandes und die Beamten die mit ihnen vertragsmässig vereinbarte Gewinnbetheiligung und andere vom Vorstände etwa zu bewilligende Gratifikationen, c) für die Aktien der Gesellschaft eine 4prozentige Dividende, d) für den Aufsichtsrath eine Tantième von 4 Prozent, während das Uebrige, wenn die Generalversammlung nicht anderweitig beschliesst, als Superdividende an die Aktionäre vertheilt wird. § 19 erhält folgenden Zusatz: und ausserdem jährlich eine feste Vergütung von je 1000 Mk.
3. Gustav Schuchhard, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmann Eduard Dietz, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann August Heller bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
4. Schrader & Oberländer, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Weinändler Friedrich Oberländer, ist die unter obiger Firmabestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Weinändler Paul Böttzel bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
5. Heinrich Köper, Putz-, Tapisserie- und Weisswaarengeschäft, Seesen. Laut Anmeldung vom 28. Juni 1901 hat der bisherige Firmeninhaber das Handelsgeschäft ohne die ausstehenden Forderungen und ohne die im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen an den Kaufmann Hermann Grüttemann

- aus Halle a. S., jetzt in Seesen, abgetreten. Grüttemann wird das Handelsgeschäft unter der Firma: H. Köper Nachfolger betreiben.
6. J. H. Koch & Frau, Wolfenbüttel. Durch das Ausscheiden des Mitinhabers Händlers Julius Hermann Koch ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Das Geschäft wird fortgeführt von der bisherigen Mitinhaberin Frau Dorette Koch unter der Firma J. H. Koch & Frau, Inhaberin Dorette Koch.
 7. Otto Siebert, Braunschweig. Der bisherige Inhaber, Kaufmann Carl Otto Siebert, hat das Handelsgeschäft mit dem vorhandenen Waarenlager, jedoch ohne Forderungen und Schulden, an die Kaufleute Fritz Haake und Rudolf Siebert abgetreten, welche das gedachte Handelsgeschäft jetzt in offener Handelsgesellschaft unter der alten Firma fortbetreiben.
 8. Maschinenfabrik R. Karges & Gustav Hammer & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. Das Vorstandsmitglied, Fabrikant und Kaufmann Hermann Fröling, ist freiwillig aus dem Vorstande ausgeschieden.
 9. H. Saloschin, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Kaufmann Hermann Saloschin, hat den Kaufmann Max Guhrauer als Theilhaber in das Handelsgeschäft aufgenommen.
 10. Hermann Simon, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Kaufmann Hermann Simon sen., hat seinen Sohn, den Kaufmann Hermann Simon jun., in das jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Lotterie- und Kommissionsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
 11. Albert Limbach, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Das Stammkapital ist auf 90250 Mk. herabgesetzt.
 12. Gebrüder Strube, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Max Strube ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Alexander Strube unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
 13. Carl Olivier, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Kaufmann Max Beyersdorf ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Carl Olivier bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
 14. Bodenburg & Röbbel, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Generalagenten Clemens Bodenburg ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird von dem Mitgesellschafter Generalagenten Heinrich Röbbel in unveränderter Weise unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
 15. Gebrüder Witten, Helmstedt. Die Gesellschaft ist durch den Tod des früheren Mitgesellschafters Kaufmann Rudolf Witten aufgelöst. Das Handelsgeschäft ist seit dem 1. Juli 1901 mit sämtlichen Aktiven und Passiven auf den Kaufmann Franz Witten übergegangen, welcher dasselbe in unveränderter Firma fortführt.
 16. Weihe & Klingenspor, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Kaufmann Hugo Sommer ist die unter obiger Firma bisher bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird von dem Mitgesellschafter Kaufmann Werner Eggers unter Uebernahme der Aktiva und Passiva unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.

3. Löschungen.

1. R. Karges, Braunschweig.
2. F. Jürgens & Willecke, Stadtoldendorf.
3. H. F. W. Mügge, Blankenburg a. H.
4. M. Heuse, Zimmer- und Maurergeschäft, Blankenburg a. H.
5. Prestele & Friedrichs, Braunschweig.
6. Fritz Kuss, Braunschweig.
7. Hans Schrader, Braunschweig.
8. Chr. Heuse & Sohn, Blankenburg a. H.
9. W. Seydler, Konsumhalle, Braunschweig.
10. Max Wagner, Holzagentur, Holz- und Kohlenhandlung und Geschäft mit Futterartikeln, Blankenburg a. H.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Braunschweigische Lack-, Firnis- und Farben-Fabrik Conrad Müller, Braunschweig. Dem Fabrikanten Conrad Müller.
2. August Fuhrmann, Inhaber: Carl Ernst, Böttcher, Helmstedt. Dem Kaufmann Wilhelm Brandes.
3. Braunschweiger Fahrradwerke, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Dem Kaufmann Iwan Freudenthal hierselbst ist in der Weise Gesamtprokura ertheilt, dass derselbe berechtigt sein soll, in Gemeinschaft mit dem bereits früher bestellten Prokuristen Ferdinand Siemens hierselbst die Firma zu zeichnen.
4. Harzer Holzcomptoir Max Wagner, Blankenburg a. H. Dem Kaufmann Johannes Sattler.
5. Wilhelm Boller, Braunschweig. Dem Kaufmann Hugo Boller.

5. Prokura-Löschungen.

1. Diedr. Buschmann, Braunschweig. Kaufmann Otto Former.
2. Otto Siebert, Braunschweig. Kaufmann Rudolf Siebert.
3. C. Grüttemann's Nachfolger, Wolfenbüttel. Kaufmann Heinrich Schimmelpfennig.
4. Saline Oelsburg. Bernhard Winter.
5. Grünberg's Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung H. Wollermann, Braunschweig. Buchhändler Paul Krug.
6. Max Wagner, Blankenburg a. H. Zimmermeister Wilhelm Nürnberg.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Molkerei-Genossenschaft Einigkeit in Kaierde, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Mitglieder des Vorstandes sind: Wilhelm Ahlswede, Wilhelm Pförtner und Fritz Wegener in Kaierde.
2. Molkerei-Genossenschaft Billerbeck, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, in Billerbeck. Mitglieder des Vorstandes sind: Halbspänner Wilhelm Uhde, Grossköther Heinrich Bohnsack und Halbspänner August Schelm.

2. Abänderungen.

1. Süpplinger Konsum-Verein e. G. m. b. H., in Süpplingen. Der Bahnwärter Heinrich Bethmann und der Vorarbeiter Albin Pescht zu Süpplingen sind als Ersatzmänner für die freiwillig ausgeschiedenen Mitglieder Ernst Meinecke und Rudolf Kohz in den Vorstand gewählt.
2. Braunschweiger Baugenossenschaft, E. G. m. b. H., Braunschweig. Der Direktor Rudolf Teichs ist an Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Fabrikanten Albert Natalis in den Vorstand gewählt.
3. Konsumverein Selbsthilfe zu Münchhof, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes Cigarrenarbeiter L. Lunkewitz ist der Cigarrenfabrikant Carl Kolle zu Münchhof auf die Dauer von drei Jahren gewählt worden.
4. Konsumverein Volkersheim. Die Firma ist wie folgt abgeändert: Konsumverein Volkersheim, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
5. Molkerei-Genossenschaft Golmbach, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Durch die Wahl vom 21. April 1901 sind der Halbmeier Friedrich Dörpmund zu Holenberg und der Halbmeier Wilhelm Henze zu Negenborn zu weiteren Vorstandsmitgliedern bestellt.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaaren-Aktiengesellschaft in Wieda. 3. Juli 1901, Nachmittags 5 Uhr. 1 Lichtdruckbild, offen, Muster für Regulir-Cirkulir-Ofen mit den Fabriknummern 228 ohne Kochröhre und 228 mit Kochröhre. Muster für plastische Erzeugnisse. Schutzfrist zehn Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. August Graul, Posamentirer, Braunschweig. 28. Juni 1901.
2. Franz Ulbricht, Korbmacher, Braunschweig. 29. Juni 1901.
3. Frau Helene Kurdelbaum, Putzhändlerin, Braunschweig. 1. Juli 1901.
4. Joseph Wand, Handelsmann, Kreiensen. 8. Juli 1901.
5. Dampfziegelei Rieseberg Hermann Germer zu Rieseberg, Inhaber: Ziegelei-besitzer Hermann Germer. 25. Juni 1901.
6. August Wiegeling, Maurermeister, Kreiensen. 12. Juli 1901.
7. Friedrich Niemann, Gastgeber, Braunschweig. 17. Juli 1901.
8. Heinrich Kielhorn, früher Schuhmacher jetzt Walzwerkerarbeiter, Siersee. 18. Juli 1901.
9. Albert Aeldert, Kaufmann, Schöningen. 22. Juli 1901.
10. Wilhelm Räckel, Drechslermeister, Braunschweig, mit Zweigggeschäft in Hannover. 26. Juli 1901.

2. Aufhebungen.

Wilhelm Nehls, Holzwooll- und Kistenfabrikant, Harzburg.

Eingegangene Bücher.

Schmitz, M., Ober-Postassistent in Cöln (Rhein), **Postbuch**. Rathgeber für den Post- und Telegraphenverkehr. Versendungs- und Zollvorschriften, Tarife aller Art für den In- und Auslandsverkehr, einschliesslich eines Verzeichnisses mit 15000 Postorten nebst Zonentafel, Umrechnungstabellen für Postanweisungen u. s. w. 90 Pfg. Verlag: Postdrucksachenlager in Schrimm.

Gutheil, Johannes Rudolf, **Die einfache Buchführung** mit der Eröffnungsinventur, Gewinnberechnung, Abschluss, Steuerdeklaration und Auszug aus dem neuen Handelsgesetzbuch. 2 Mk., geb. 3 Mk. Verlag von J. R. Gutheil, Berlin N. 37, Fehrbellinerstr. 86.

Gutheil, Johannes Rudolf, **Buchführungs-Unterricht. Kaufmännische Unterrichtsbriefe**. Der Bücherabschluss und das Abschlusswesen (einfachen, sowie doppelten Systems) nebst der Eröffnungsinventur, Gewinnberechnung, Steuerdeklaration und Auszug aus dem neuen Handelsgesetzbuch. 1,10 Mk., geb. 1,60 Mk. Verlag von J. R. Gutheil, Berlin N. 37, Fehrbellinerstr. 86.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 9.

Braunschweig, September 1901.

XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, dass der Entwurf eines neuen Zolltarifes zur Einsicht für alle Wahlberechtigten in unserem Bureau, Breitestrasse 9I, ausliegt.

Bedenken gegen denselben wolle man möglichst bald, schriftlich und mit Gründen versehen, zu unserer Kenntniss bringen, da wir sonst ausser Stande sind, etwaige Wünsche und Bedenken der beteiligten Industrien zum Ausdruck zu bringen.

Braunschweig, den 19. September 1901.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Bekanntmachung.

Nachdem wir laut Beschluss unserer Plenarversammlung vom 11. März d. J. die Ausschreibung der Beiträge zu den etatsmässigen Kosten der Handelskammer für das Haushaltsjahr 1901/02 mit 11% der Gewerbesteuer bewirkt haben, bringen wir hierdurch zur Kenntniss der Wahlberechtigten, dass Einsprüche gegen diese Veranlagung (§ 22 des Gesetzes vom 19. März 1890) nach dem 25. Oktober d. J. keine Berücksichtigung mehr finden können.

Braunschweig, den 26. September 1901.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

XLVI. Plenarversammlung
der
Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig
Montag, den 7. Oktober 1901,
Vormittags 11 Uhr,
im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 91.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung von 1900/01.
3. Ernennung der Wahlkommissare für die Neuwahlen 1902.
4. Berathung des Entwurfes eines Zolltarifgesetzes nebst Zolltarif.
5. Eingabe der Wurst- und Fleischwaaren-Industriellen Braunschweigs, betreffend Regelung einiger gesetzlicher Bestimmungen in der Wurst- und Fleischwaaren-Industrie.
6. Antrag der Handelskammer Hannover, betreffend das Auktionswesen, insbesondere Erlass von Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Auktionatoren.

Braunschweig, den 25. September 1901.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.
Jüdel.

Stegemann.

Programm

für

die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung
gewerblicher Etablissements
am 8., 9. und 10. Oktober 1901.

Dienstag, den 8. Oktober.

- Vorm. 7³/₄ Uhr: Zusammenkunft an der Ecke der Adolf-, Salz-
dahlumer- und Campestrasse.
- » 8—10 Uhr: Besichtigung der Optischen Anstalt von Voigt-
länder & Sohn, Aktien-Gesellschaft, Campestrasse 7.
 - » 10¹/₂—12¹/₂ Uhr: Besichtigung der Eisenbahnsignalbau-Anstalt
von Max Jüdel & Co., Aktien-Gesellschaft, Ackerstrasse 22.
 - » 12¹/₂—1¹/₂ Uhr: Frühstückspause.
- Nachm. 2—3 Uhr: Besichtigung des Herzoglichen Hofbrauhauses
Carl Wolters & Co., Aktien-Gesellschaft, Wolfenbüttler-
strasse 29.
- 3—4¹/₂ Uhr: Besichtigung des Elektricitäts-Kraftwerkes, Eisen-
büttlerstrasse 1.

Nachm. 5—6 Uhr: Besichtigung des Elektrizitäts-Lichtwerkes, Wilhelmstrasse 68.

Mittwoch, den 9. Oktober.

- Vorm. 7³/₄ Uhr: Zusammenkunft am »Weissen Ross«, Cellerstrasse.
 » 8 Uhr: Besichtigung der Pianoforte-Fabrik von Zeitter & Winkelmann, Rosstrasse 55.
 » 10¹/₄ Uhr: Besichtigung der Braunschweiger Aktien-Gesellschaft für Jute- und Flachsindustrie, Spinnerstrasse 1.
 » 12 Uhr: Frühstückspause.
 Nachm. 2 Uhr: Besichtigung des Städtischen Gaswerkes, Taubenstrasse 7.
 » 3¹/₂ Uhr: Besichtigung des Städtischen Schlachthauses, Hamburgerstrasse 42.
 » 6 Uhr: Gemeinsames Mittagessen.

Donnerstag, den 10. Oktober.

- Vorm. 7³/₄ Uhr: Zusammenkunft am Neuen Gymnasium, Leonhardstrasse.
 » 8 Uhr: Besichtigung der Konservenfabrik von Max Koch, Bertramstrasse 19.
 » 10¹/₂ Uhr: Besichtigung der Maschinenfabrik und Mühlenbau-Anstalt von G. Luther, Aktien-Gesellschaft, Frankfurterstrasse 61.
 » 12¹/₂ Uhr: Frühstückspause.
 Nachm. 2¹/₄ Uhr: Besichtigung der Nähmaschinen- und Blechwaarenfabrik von Bremer & Brückmann, Juliusstrasse 1.
 » 4 Uhr: Besichtigung der Aktien-Gesellschaft für Ziegelfabrikation und der dort bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen, Madamenweg 81.
 Gegen 6 Uhr: Schluss der Besichtigungen.

Gewerbliche Fortbildungsschulen.

Von Dr. jur. W. Schmidt, Wissenschaftlichem Hilfsarbeiter an der Handelskammer.

Um einen Ueberblick über die Einrichtung der gewerblichen Fortbildungsschulen des Deutschen Reiches zu erhalten, hatte die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig im Laufe des verflossenen Jahres an eine Anzahl dieser Schulen Fragebogen versandt.

Es handelte sich darum, für die einzelnen Arten der Schule (der ortsstatutarisch obligatorischen, der auf freiwilligem Besuch und der auf Landesgesetz begründeten) typische Beispiele zu erhalten, und es waren demzufolge im Ganzen 125 Städte befragt. Berichte gingen ein aus 49 grösseren und 40 kleineren Städten.¹⁾ Von ersteren war ortsstatutarischer Schulzwang in 14,

¹⁾ Die Unterscheidung zwischen grösseren und kleineren Städten, wobei als Grenze eine Einwohnerzahl von 50000 Seelen angenommen ist, wurde deshalb gemacht, weil die Art der Einrichtung der Schule wesentlich von der Grösse der Stadt und den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängt und demgemäss in grösseren Städten vielfach auf anderer Grundlage beruht als in kleineren.

freiwilliger Schulbesuch in 35, von letzteren ortsstatutarischer Schulzwang in 25, freiwilliger Schulbesuch in 15 Städten. Ausserdem hatten 15 Schulen mit landesgesetzlichem Schulzwang Berichte geliefert.

Die im Bureau der Handelskammer erfolgte Verarbeitung des Materials, das erfahrungsgemäss langsam eingeht und die Fertigstellung sehr verzögert, war ursprünglich für die eigenen Zwecke der Kammer bestimmt. Da sie jedoch vielleicht auch für andere an der Frage des gewerblichen Fortbildungsschulwesens theilnehmende Kreise von einigem Interesse ist, so scheint es nicht unangebracht, obwohl seit der Zusammenstellung fast ein Jahr verflossen ist, den wichtigsten Theil derselben — d. i. der Theil bezüglich der Schulen mit ortsstatutarischem Zwange — zum Abdruck zu bringen.

Die im Folgenden behandelten Fragen sind dem zur Versendung gelangten Fragebogen entnommen. Jeder Frage ist in kurzen Worten ein allgemeiner Ueberblick vorausgeschickt, dann folgt, soweit nothwendig, die specielle Zusammenstellung.

Als Anlagen werden beigelegt: Ein Ueberblick über die durch Landesgesetz begründeten Fortbildungsschulen und eine Uebersicht über die Zahl der gewerblichen Fortbildungsschulen und -Schüler des Deutschen Reiches und in Preussen.

1. Bis zu welchem Jahre erstreckt sich der Schulzwang?

Der Schulzwang erstreckt sich in der Regel bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre, in einigen Städten, wie Magdeburg, Duisburg, Halberstadt bis zum Ablauf desjenigen Schuljahres, in welchem das siebzehnte Lebensjahr vollendet wird. In Danzig, Erfurt, Wiesbaden, Detmold, Merseburg, Lissa in Posen besteht die Schulpflicht bis zum vollendeten siebzehnten, in Bochum, Meiningen, Gera, Biebrich bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre. In Posen ist bei Gesellen bis zum siebzehnten, bei Lehrlingen bis zum achtzehnten Lebensjahre die Schulpflicht begründet.

In Königsberg i. Pr., woselbst sich der Zwang nur auf Lehrlinge bezieht, sind diese in drei Gruppen getheilt. Gruppe I und III sind zu drei auf einander folgenden Unterrichtskursen von je $4\frac{1}{2}$ Monaten verpflichtet, von denen der eine am 15. September beginnt und am 31. Januar endet und der andere vom 1. Februar bis 15. Juni dauert; Gruppe II, zu der die Maurer, Zimmerer, Steinmetze, Steinsetzer, Maler und Lackierer, Tapezierer, Töpfer, Glaser, Brunnenmacher, Gärtner und Segelmacher gehören (die übrigen Gewerbe gehören zu Gruppe I und III), ist zur Theilnahme an zwei Unterrichtskursen verpflichtet, deren jeder vom 1. November bis 31. März dauert. Die Schulpflicht darf jedoch höchstens bis zum achtzehnten Lebensjahre ausgedehnt werden.

In Hildesheim erstreckt sie sich bis zum Beginn desjenigen

Schulvierteljahres, in Küstrin bis zum Schluss desjenigen Schulhalbjahres, in dem das siebzehnte Lebensjahr vollendet wird.
Die besondere Zusammenstellung zeigt folgendes Bild:

A. Grössere Städte.

Der Schulzwang erstreckt sich:

Bis zum vollendeten 16. Lebensjahre in:	Bis zum vollendeten 17. Lebensjahre in:	Bis zum vollendeten 18. Lebensjahre in:	Bis zum Ablauf des Schuljahres, in dem das 17. Lebensjahr vollendet wird, in:
1. Bochum	1. Danzig 2. Erfurt 3. Wiesbaden	1. Frankfurt a. O. 2. Altona 3. Freiburg i. Br. 4. Hannover 5. Strassburg i. E. 6. Potsdam	1. Magdeburg 2. Duisburg

B. Kleinere Städte.

Der Schulzwang erstreckt sich:

Bis zum vollendeten 16. Lebensjahre in:	Bis zum vollendeten 17. Lebensjahre in:	Bis zum vollendeten 18. Lebensjahre in:	Bis zum Ablauf des Schuljahres, in dem das 17. Lebensjahr vollendet wird, in:
1. Meiningen 2. Gera 3. Biebrich	1. Detmold 2. Merseburg 3. Lissa in Posen	1. Altena 2. Alt-Zahrze 3. Göttingen 4. Schleswig 5. Celle 6. Allenstein 7. Geestemünde 8. Eisenach 9. Eschwege 10. Oppeln 11. Neustrelitz 12. Bielefeld 13. Marienburg i. Westpr. 14. Elmshorn 15. Bockenheim bei Frankfurt a. M. 16. Heidelberg	1. Halberstadt

2. Wer ist vom Schulbesuche befreit?

Im Allgemeinen sind von der Verpflichtung zum Schulbesuche nur Diejenigen befreit, die

1. den Nachweis führen, dass sie diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, deren Aneignung das Lehrziel der Anstalt bildet, oder die
2. eine kaufmännische Fortbildungsschule oder eine Innungs- oder andere Fortbildungs- oder Fachschule besuchen, sofern der Unterricht dieser Schule von der höheren Verwaltungsbehörde als ein ausreichender Ersatz des allgemeinen Fortbildungsschul-Unterrichts anerkannt wird.

Vereinzelt, wie in Meiningen und Eisenach, kommt noch hinzu:

3. wer geeigneten Privatunterricht empfängt.

Der Nachweis der erforderlichen Kenntnisse geschieht durch Zeugnisse oder nöthigenfalls durch eine vorzunehmende Prüfung.

In Frankfurt a. O. genügt zu dem Nachweise der einjährige erfolgreiche Besuch der Tertia eines Gymnasiums oder einer Oberrealschule oder der ersten Klasse der Bürgerschule.

In Schleswig sind gewesene Sekundaner, in Gera nur die Inhaber des Berechtigungsscheines für den einjährig-freiwilligen Dienst befreit.

3. Wer kann freiwillig am Unterrichte Theil nehmen?

Freiwillig am Unterrichte Theil nehmen können Diejenigen, die das fortbildungsschulpflichtige Alter überschritten haben, d. h. je nach dem Erforderniss in den einzelnen Städten über achtzehn, siebzehn oder sechzehn Jahre alt sind (s. Frage 1), oder die in dem betreffenden Gemeindebezirke nicht wohnen, aber beschäftigt sind, soweit Platz in der Schule vorhanden ist.

In Magdeburg darf Niemand freiwillig am Unterrichte Theil nehmen, in Schleswig auch Schüler der Volksschule, der Realschule und des Gymnasiums, sofern sie die geistige Reife haben, und Schreiber, in Merseburg auch Militärpersonen.

4. Auf welche Kategorie gewerblicher Arbeiter erstreckt sich der Schulzwang?

Bei der grösseren Mehrheit der Zwangsschulen sind zur Theilnahme am Unterrichte alle gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge etc.) in Handwerks- wie Fabrikbetrieben

verpflichtet. In einigen kleineren Städten besteht dieser Zwang nur für Handwerker (Gesellen und Lehrlinge), so in Göttingen, Eisenach, Eschwege, Neustrelitz, Marienburg, Alt-Zabrze. Andererseits ist manchen Orts die Verpflichtung nur auf Lehrlinge ausgedehnt und zwar entweder auf Handwerks- und Fabriklehrlinge, wie in Frankfurt a. O. und Königsberg i. Pr., oder nur auf Handwerkslehrlinge, wie in Meiningen, Celle, Oppeln. In Duisburg, Hannover, Küstrin, Altena sind die Fabrikarbeiter von dem Zwange ausgenommen, desgleichen in einigen Orten die sogenannten Laufburschen. In Freiburg i. Br. und Heidelberg erstreckt sich der Schulzwang auf Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge bestimmter in Statut aufgezählter Gewerbebetriebe, die übrigen müssen die in Baden durch Landesgesetz begründete allgemeine Fortbildungsschule besuchen.

Im Einzelnen sei auf nachstehende Zusammenstellung verwiesen:

A. Grössere Städte.

Zur Theilnahme am Unterrichte sind verpflichtet:

Alle gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge etc.) in:	Alle gewerblichen Arbeiter ausschliesslich der Fabrikarbeiter in:	Nur Handwerker in:	Nur Lehrlinge und zwar	
			Handwerks- und Fabriklehrlinge in:	Handwerkslehrlinge allein in:
1. Magdeburg 2. Bochum 3. Danzig 4. Altona 5. Posen 6. Erfurt 7. Strassburg i. E. 8. Potsdam 9. Wiesbaden 10. Freiburg i. Br.	1. Duisburg 2. Hannover		1. Frankfurt a. O. 2. Königsberg	

B. Kleinere Städte.

Zur Theilnahme am Unterrichte sind verpflichtet:

Alle gewerb- lichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehr- linge etc.)	Alle gewerb- lichen Arbeiter ausschliess- lich der Fabrikarbeiter	Nur Hand- werker	Nur Lehrlinge und zwar	
			Handwerks- und Fabriklehrlinge	Handwerks- lehrlinge allein
in:	in:	in:	in:	in:
1. Hildesheim 2. Schleswig 3. Halberstadt 4. Allenstein 5. Geestemünde 6. Gera 7. Detmold 8. Merseburg 9. Lissa i. Posen 10. Bielefeld 11. Elmshorn 12. Biebrich 13. Bockenheim 14. Heidelberg	1. Küstrin 2. Altena	1. Alt-Zabrze 2. Göttingen 3. Eisenach 4. Eschwege 5. Neustrelitz 6. Marienburg		1. Meiningen 2. Celle 3. Oppeln

5. In welchen Lehrgegenständen wird Unterricht erteilt, und wie viel Stunden entfallen wöchentlich auf dieselben?

Unterrichtet wird in allen befragten Schulen ortsstatutarischen Charakters, mit Ausnahme von Oppeln, in Deutsch, Rechnen und Zeichnen; letzteres Fach ist in einigen Schulen nur für die obligatorisch, für die es bezüglich ihres Gewerbes von Belang ist. Mit Deutsch ist in der Regel Volkswirtschaftslehre und Gesetzeskunde, mit Rechnen Raumlehre verbunden, Buchführung entweder mit Deutsch oder mit Rechnen. In mehreren Schulen wird auch Unterricht in Wechsellehre, Handelsgeographie, Physik und Technologie erteilt.

Ueber die Stundenzahl in diesen einzelnen Fächern giebt die folgende Tabelle Aufschluss:

A. Grössere Städte.

Stadt	Deutsch Stundenzahl?	Rechnen Stundenzahl?	Zeichnen Stundenzahl?	Bemerkungen
1. Frankfurt a. O.	2	2	(2)	Zeichnen nur, wer es nöthig hat Zeichnen nur, wer es nöthig hat
2. Magdeburg	2	2	(2)	
3. Altona	2	2	2	Zeichnen nur, wer es nöthig hat Wer will, im Zeichnen 4 Stunden
4. Hannover	2	2	2	
5. Potsdam	2	2	(2)	
6. Erfurt	2	2	2	
7. Bochum	2	2	4	Je nach den Gruppen (s. Vorbemerkung zu Frage 1): Gruppe I und III: Rechnen und Deutsch 4 Stunden, Zeichnen 4 Stunden. Gruppe II: Rechnen und Deutsch 6 Stunden, Zeichnen 6 Stunden
8. Danzig	2	2	4	
9. Strassburg i. E.	1—2	2—3	4	
10. Duisburg	2	2	4	
11. Posen	2	2	4	
12. Königsberg i. P.	4 bezw. 6 Stunden		4 bezw. 6 fakultativ	
13. Wiesbaden	2	2		

B. Kleinere Städte.

Stadt	Deutsch Stundenzahl?	Rechnen Stundenzahl?	Zeichnen Stundenzahl?	Bemerkungen
1. Altena	2	2	2	Zeichnen nur, wer es nöthig hat
2. Alt-Zabrze	2	2	2	
3. Schleswig	2	2	2	
4. Halberstadt	2	2	2	
5. Merseburg	2	2	(2)	2 Stunden Zeichnen im 1., 5 Stunden im 2.—4. Schul- jahre
6. Neustrelitz	2	2	2	
7. Hildesheim	2	2	SS. 2, WS. 4	
8. Bielefeld	2	2	2 und 5	
9. Küstrin	3	3	2	Im WS. noch 2 Stunden Buchführung u. Wech- sellehre
10. Göttingen	2	2	3—4	
11. Celle	2	2	4	
12. Allenstein	2—3	2	2—3	

Stadt	Deutsch Stundenzahl?	Rechnen Stundenzahl?	Zeichnen Stundenzahl?	Bemerkungen
13. Geestemünde .	2	2	4	{Dazu noch 1 Stunde Naturlehre u. 1 Stunde Handelsgeographie
14. Eisenach . .	1	1	1	
15. Gera	3 Stunden		4	
16. Eschwege . .	2	2	2—4	s. Vorbemerkung zu dieser Frage
17. Oppeln . . .	2	2	—	
18. Marienburg .	4	2	2—4	Zeichnen nur, wer es nötig hat
19. Elmshorn . .	2	2	(3 $\frac{1}{2}$)	
20. Lissa	2—6	2—3	2—4	
21. Detmold . . .	{Im Sommer 2, im Winter 12 St. in Deutsch, Rechnen und Zeichnen, freies Unterrichtsfach: Modelliren			
22. Biebrich . . .	2	2	(4)	Zeichnen freies Unter- richtsfach
23. Meiningen . .	nicht angegeben			
24. Bockenheim .	» »			

6. Wie viel Unterrichtsstunden werden wöchentlich erteilt?

Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden ist schwankend, im Durchschnitt beträgt sie sechs bis acht. In einzelnen Schulen hat man zwischen Sommer- und Winter-Semester unterschieden, für die eine verschiedene Stundenzahl vorgeschrieben ist. In Bielefeld sind sechs Stunden für das erste, neun Stunden für das zweite bis vierte Schuljahr festgesetzt.

Das Nähere ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich.¹⁾

Es werden erteilt:

A. In den grösseren Städten

in:

Stadt	Pro Klasse	Insgesamt	Bemerkungen
1. Frankfurt a. O.	6 Stunden		Für Nichtzeichner 4 St.
2. Magdeburg . .	6 »		» » 4 »
3. Altona	6 »		
4. Hannover . . .	6 »		
5. Potsdam	6 »		» » 4 »
6. Duisburg . . .	8 »		
7. Bochum	8 »		

¹⁾ Es ist zweckmässig, diese Tabelle mit der vorhergehenden (über Frage 5) zu vergleichen. Bei besonders bemerkenswerthen Angaben ist noch eigens auf dieselbe verwiesen.

Stadt	Pro Klasse	Insgesamt	Bemerkungen
8. Danzig . . .	8 Stunden		
9. Strassburg i. E.	8 »		
10. Erfurt . . .	6 »		Wer will, 8 Stunden (s. vorige Frage)
11. Posen . . .	8 »		
12. Königsberg .	8 bzw. 12 Stunden		Je nach der Gruppe (s. vorige Frage)
13. Freiburg i. Br.	8 » 9 $\frac{1}{2}$ »		8 St. f. Klasse I, 9 $\frac{1}{2}$ St. f. Klasse II und III
14. Wiesbaden .	4 Stunden		Ohne Zeichnen

B. In den kleineren Städten

in:

Stadt	Pro Klasse	Insgesamt	Bemerkungen
1. Altena . . .	6 Stunden		
2. Alt-Zabrze . .	6 »		
3. Schleswig . .	6 »		
4. Halberstadt .	6 »		
5. Merseburg . .	6 »		Für Nichtzeichner 4 St. s. vorige Frage
6. Hildesheim . .	SS. 6, WS. 8 Stunden		
7. Küstrin . . .	8 Stunden		
8. Göttingen . .	7—8 »	161 Stunden	
9. Celle	8 »	WS. 62, SS. 60 St.	s. vorige Frage
10. Allenstein . .	7 »	53 Stunden	
11. Geestemünde .	8 »		s. vorige Frage
12. Eisenach . . .	5 »		
13. Gera	7 »		
14. Eschwege . . .	6 bis 8 Stunden		
15. Lissa i. Posen	8 Stunden		
16. Meiningen . .	nicht angegeben	35 »	s. vorige Frage
17. Detmold . . .	SS. 2, WS. 12 Stunden		s. vorige Frage u. Vor- bemerkung zu der- selben
18. Oppeln	4 Stunden		
19. Neustrelitz . .	6 »	40 »	
20. Bielefeld . . .	6 St. im 1., 9 St. im 2. bis 4. Schuljahre		s. vorige Frage
21. Marienburg . .	6 Stunden		
22. Elmshorn . . .	7 $\frac{1}{2}$ »	31 $\frac{1}{2}$ »	Für Nichtzeichner 4 St. » Zeichner 8 St.
23. Biebrich . . .	4 »		
24. Bockenheim . .	nicht angegeben	SS. 44, WS. 88 St.	
25. Heidelberg . .	8 $\frac{1}{2}$ Stunden		

7. Wie viel Jahresstufen umfasst die Anstalt?

(Ist eine Vorstufe für mangelhaft vorgebildete Schüler eingerichtet?)

Meistentheils sind vier Jahresstufen vorgesehen; Schulen mit zwei Jahresstufen können als Ausnahme betrachtet werden, solche mit drei Stufen kommen in grösserer Anzahl vor. Einer ganzen Reihe von Schulen ist eine Vorstufe angefügt, hauptsächlich in den kleineren Städten. In Posen und Königsberg ist eine besondere Organisation getroffen (s. Vorbemerkung zu Frage 1).

Es sind vorhanden:

A. In den grösseren Städten.

2 Jahresstufen in:	3 Jahresstufen in:	4 Jahresstufen in:	Vor- stufe?	Bemerkungen
	1. Magdeburg 2. Duisburg	1. Frankfurt a. O.	Ja —	{ 4 Halbjahresst. . die gewerbliche Fortbildungsschule (indirekter Zwang) { Im Zeichnen 3 Jahres- stufen
		2. Bochum	Ja	
		3. Danzig	—	
		4. Altona	Ja	
	3. Freiburg i. Br.	—	
	4. Strassburg i. E. (f. d. allgemeine Fortbildungsschule)			
		5. Erfurt	—	
		6. Potsdam	—	{ Im Zeichnen 3 Jahres- stufen
		7. Hannover	—	
	5. Wiesbaden		Ja	

B. In den kleineren Städten.

2 Jahresstufen in:	3 Jahresstufen in:	4 Jahresstufen in:	Vor- stufe?	Bemerkungen
1. Meiningen		1. Hildesheim	—	{ 4. Stufe als Vorstufe anzusehen
		2. Altena	—	
	1. Alt-Zabrze		Ja	
	2. Küstrin		Ja	
	3. Schleswig		Ja	
		3. Göttingen	—	
		4. Celle	—	
		5. Halberstadt	Ja	
		6. Allenstein	Ja	
	4. Eisenach		Ja	
		7. Geestemünde	—	
		8. Eschwege	—	

2 Jahresstufen in:	3 Jahresstufen in:	4 Jahresstufen in:	Vor- stufe?	Bemerkungen
2. Gera		9. Detmold 10. Merseburg 11. Lissa 12. Oppeln	— — Ja Ja	{ 4. Stufe als Vorstufe anzusehen
	5. Neustrelitz	13. Bielefeld 14. Marienburg 15. Elmshorn	Ja — —	{ Für sehr gut befähigte Schüler noch eine Oberklasse
3. Biebrich	6. Heidelberg	16. Bockenheim	—	{ Im Zeichnen 3 Jahres- stufen

8. Wie gross ist die Schülerzahl, und wie vertheilt sich dieselbe auf die einzelnen Jahresstufen?

Die Schülerzahl richtet sich naturgemäss nach der Grösse der Stadt und des darin vertretenen Handwerks und der Industrie. Hinsichtlich der Vertheilung auf die einzelnen Jahresstufen sind die Angaben besonders in den grösseren Städten vielfach lückenhaft, so dass sich irgend welche Rückschlüsse mit Sicherheit nicht ziehen lassen.

Im Einzelnen ist die Vertheilung der Schülerzahl folgendermaassen:

A. Grössere Städte.

Stadt	Vor- stufe	IV. Stufe	III. Stufe	II. Stufe	I. Stufe	Summa	Bemerkungen
1. Frankfurt a. O.						811	{ Die Schule zu Magdeburg war bei der Befragung — Sommer 1900 — erst eröffnet und zwar mit der 3. Stufe. Jetzt wird sich die Vertheilung anders ge- stalten
2. Königsberg . . .						800	
3. Magdeburg . . .			1260			1260	
4. Duisburg . . .			437	242	336	1015	
5. Bochum . . .	140	120	140	80	40	520	
6. Danzig . . .						{ SS. 2000 WS. 2500	
7. Altona . . .		259	363	216	65	903	
8. Freiburg i. Br.						870	
9. Posen . . .						800	
10. Erfurt . . .		{ Auf 4 Jahresstufen ziemlich gleichmässig vertheilt }				1200	
11. Potsdam . . .						750	
12. Hannover . . .						1500	

Stadt	Vor- stufe	IV. Stufe	III. Stufe	II. Stufe	I. Stufe	Summa	Bemerkungen
13. Wiesbaden . .						{ SS. 783 WS. 796 330	in der allgem. Fortbildungs- schule in der gewerbl. Fortbildungs- schule (s. vor. Frage)
14. Strassburg i. E.						72	

B. Kleinere Städte.

Stadt	Vor- stufe	IV. Stufe	III. Stufe	II. Stufe	I. Stufe	Summa	Bemerkungen
1. Hildesheim .		56	123	128	11	318	
2. Küstrin . . .		20	63	84	41	208	
3. Meiningen . .				129	131	260	
4. Altena		Etwa 35—40 auf jeder der 4 Stufen				150	
5. Alt-Zabrze . .						180	
6. Göttingen . .		{ Ziemlich gleichmässig auf 4 Stufen vertheilt }				831	
7. Schleswig . .						160	
8. Celle		38	117	73	25	253	
9. Halberstadt .						600	
10. Allenstein . .	20	55	83	68	30	256	
11. Geestemünde .		116	91	39	44	290	
12. Eisenach . . .			215	143	55	413	{ In die Summe von 391 ist die Zahl der Kellner mit einbezogen
13. Gera				191 <small>Fachkl. f. Kellner 31</small>	145 <small>Fachkl. L Kellner 24</small>	391	
14. Eschwege . .						273	
15. Detmold . . .		{ Ziemlich gleichmässig auf die 4 Stufen vertheilt }				146	
16. Merseburg . .						300	
17. Lissa in Posen	10	36	68	84	66	264	
18. Oppeln	29	107	116	96	42	390	
19. Neustrelitz . .			77	64	25	166	{ Ausserdem 1 Oberklasse mit 38 Schül- lern
20. Bielefeld . . .	22	220	264	222	132	860	
21. Marienburg . .		53	63	57	48	221	
22. Elmshorn . . .						189	
23. Biebrich . . .						220	
24. Bockenheim . .						{ SS. 228 WS. 211	
25. Heidelberg . .						640	

9. Zu welcher Tageszeit findet der Unterricht statt?

Die überaus grosse Mehrzahl der Schulen hat ihre Stunden auf die geschäftsfreie Zeit, auf den Sonntag und in die Abendzeit verlegt, in letzterem Falle meistens in die Zeit von 7 bis 9 Uhr; in einigen wenigen Orten wird daneben auch der Nachmittag zum Unterricht verwendet, wie in Frankfurt a. M., Königsberg i. Pr., und von kleineren Städten in Eschwege, Bielefeld, Marienburg. Nur Magdeburg, Danzig und Posen haben den Nachmittag ausschliesslich zum Unterricht bestimmt. In Freiburg i. Br. und Heidelberg findet der Unterricht am Vormittag und Nachmittage statt, da in Baden behördlicherseits die Bestimmung getroffen ist, dass »die Abendstunden in der Regel für den Fortbildungsunterricht nicht verwendet werden sollen«.

A. Von den grösseren Städten

wird unterrichtet in:

Stadt	Vormittags	Nachmittags resp. Abends	Sonntags
1. Frankfurt a. M. .		1—3 und $7\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$	7—9, Winter 8— $9\frac{3}{4}$
2. Königsberg i. Pr.		2—4, 5—8, 7—9	8— $9\frac{3}{4}$
3. Magdeburg . . .		2—7	—
4. Duisburg . . .		7—9	9—1
5. Bochum		$4\frac{3}{4}$ — $6\frac{3}{4}$ u. $7\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$	—
6. Danzig		Nachmittags	—
7. Altona		7—9	—
8. Posen		$3\frac{1}{2}$ — $7\frac{1}{2}$, Winter 3—7	—
9. Hannover		$7\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$	7—9
10. Erfurt		2—9	8—12
11. Strassburg i. E. .		7—9 resp. 8—10	8—12
12. Potsdam		$5\frac{1}{4}$ — $7\frac{1}{4}$ » $7\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$	—
13. Freiburg i. Br. .	{ Sommer 6—8 Winter 8—12	1—5 } nur theilweise	—
14. Wiesbaden . . .		$7\frac{1}{2}$ —9 } 8—10	—

B. Von den kleineren Städten

wird unterrichtet in:

Stadt	Vormittags	Nachmittags resp. Abends	Sonntags
1. Hildesheim . . .		5—7 und 7—9	—
2. Küstrin		$7\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$	$12\frac{1}{2}$ — $2\frac{1}{2}$
3. Meiningen . . .		6—8	7—9 und 11—1
4. Altena		5—9	$7\frac{3}{4}$ — $9\frac{3}{4}$
5. Alt-Zabrze . . .		7—9	1—3
6. Göttingen . . .		Abends und Sonntags	
7. Schleswig . . .		5—7 und $7\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$	7—9
8. Celle		8—10	7—9 und 11—1
9. Halberstadt . .		{ 6—8 8—10 (Zeichnen!) }	8—10
10. Allenstein . . .		5—8	1—3
11. Geestemünde . .		$7\frac{3}{4}$ — $9\frac{3}{4}$	7—9
12. Eisenach . . .		5—8	—
13. Gera		6— $7\frac{1}{2}$	—
14. Eschwege . . .		1—3 und 6—8	7—9 und 11—1
15. Detmold		{ Im Winter 8—10 und Im Sommer nur . . }	8—10 8—10
16. Merseburg . . .		8—10	—
17. Lissa in Posen .		$7\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$	11—1
18. Oppeln		Nachmittags u. Abends	—
19. Neustrelitz . . .		$7\frac{1}{4}$ —9	2—4
20. Bielefeld		{ 1—4 bzw. $6\frac{1}{2}$ — $8\frac{1}{2}$ bzw. 5—9 }	{ SS. $6\frac{1}{2}$ — $9\frac{1}{2}$ und $9\frac{1}{2}$ — $12\frac{1}{2}$ WS. $9\frac{1}{2}$ — $12\frac{1}{2}$ u. 1—4 }
21. Marienburg . . .		2—5 bzw. 7—9	7—9 und 2—4
22. Elmshorn		7 — $9\frac{1}{2}$ und 8—10	SS. 7—9, WS. 1—3
23. Biebrich		8—10	8—12
24. Bockenheim bei Frankfurt a. M. }		6—8	{ Im Sommer 7—9 Im Winter 11—1 }
25. Heidelberg . . .	7— $11\frac{1}{2}$	4—8	—

(Schluss folgt.)

Ueber Einkaufsvereine von Berufskaufleuten.

Von * * *

(Abdruck aus der Kolonialwaaren-Zeitung.)

(Schluss.)

Ganz besonders günstige Resultate hat ein Verein mit 18 Mitgliedern aufzuweisen, der die Waaren ebenfalls zum ungefähren Tagespreise abgiebt. Der Umsatz beträgt für 1896/97: 305 276 Mk., der Gewinn 9264,12 Mk. Es sind Kaffeerösterei und Gewürzmühle vorhanden. Auf erstere werden in diesem Jahre ca. 2200 Mk. abgeschrieben, und voraussichtlich wird sie im kommenden Jahre vollständig abgeschrieben werden können.

Ein Verein hat bei 8000 Mk. Betriebskapital einen Jahresumsatz von 400 000 Mk. durchschnittlich erzielt, die Mitgliederzahl beträgt 22. Die Einlagen werden mit 4 Prozent verzinst, die Waaren mit einem Aufschlage von $\frac{1}{2}$ bis 1 Prozent an die Mitglieder überlassen, und dabei wurde im letzten Jahre noch ein Gewinn von 12 bis 1500 Mk. erzielt.

Vollständig konsolidirt scheinen sich in einem Vereine die Verhältnisse bereits zu haben, der ein eigenes Grundstück besitzt, auf dem sich das Waarenlager und die Kaffeerösterei befinden. Auf letztere sind bereits $33\frac{1}{3}$ Prozent abgeschrieben, und ferner ist ein Reservefonds von ca. 3700 Mk. vorhanden.

Damit schliessen wir die aus der Praxis heraus sich ergebenden Darlegungen über Einkaufsvereine. Ziehen wir aus diesen Darlegungen das Fazit, so müssen wir sagen, dass diese Vereinigungen als ein Allheilmittel für den Kaufmannsstand nicht gelten können. Gegen Konsumvereine vermögen sie nur in seltenen Fällen etwas auszurichten, gegen Waarenhäuser, Bazare, Versandgeschäfte und Filialen sind sie machilos. Dem Schleudern vermögen sie nur in beschränktem Maasse entgegenzutreten. Andererseits bieten sie aber auch durchaus beachtenswerthe Vortheile, billigeren Einkauf, Beschaffung rationeller Betriebs-Einrichtungen, Annäherung der Kollegen an einander, Austausch von Erfahrungen, und damit zusammenhängend fachgemässeste Leitung des Geschäfts, sowie grössere Konkurrenzfähigkeit. Es kann deshalb keine Frage sein, dass die Einkaufsvereinigungen thatsächlich geeignet sind, die wirthschaftliche Position und damit zugleich die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen wesentlich zu kräftigen. Dies wird von mehreren der befragten Vereine noch besonders betont. So hebt z. B. derjenige in Kottbus hervor: »Dass der Verein ein Segen, wird auch von Aussenstehenden anerkannt, und von den Mitgliedern voll gewürdigt;« während der Verein in Königsberg i. Pr. bemerkt, dass nicht nur materielle Vortheile in Betracht kämen, sondern es mache auch der moralische Halt bei den Gegnern Eindruck. Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch eines nicht zu unterschätzenden Umstandes Erwähnung thun. Die Einkaufsvereine sind in der Wahl

ihrer Mitglieder unbeschränkt, also in der Lage, nur Berufskaufleute aufzunehmen. Die Vereinigungen dürften deshalb im Stande sein, das Eindringen unbefugter Elemente in den Stand in einem gewissen Grade zu verhindern, da die Berufskaufleute also nicht nur hinsichtlich ihrer Vorbildung, sondern auch durch die von der Vereinigung gebotenen Vortheile gegenüber jenen Eindringlingen eine Ueberlegenheit haben, der geschäftliche Unternehmungen solcher Personen häufig nicht auf die Dauer werden Stand halten können.

Um Irrthümern vorzubeugen, muss dabei immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Einkaufsvereine in die Organisation unseres wirthschaftlichen Lebens hineinpassen, ihm sogar förderlich sind, und dass diese Vereine nicht unbefugten Elementen Gelegenheit zu wirthschaftlichen Uebergriffen bieten, wie es z. B. Beamte, Lehrer und Pastoren in Konsumvereinen und Raiffeisenschen Darlehnskassen thun.

Die Einkaufsvereine sind eins der besten von den »kleinen Mitteln« zur Hebung des Kaufmannsstandes, sie bergen aber in ihren Existenzbedingungen auch ernste Gesichtspunkte in sich, die jedem zielbewussten und berufsfreudigen Kaufmanne als Ideal vor-schweben sollten, nämlich Standesbewusstsein und Standesehre. Wo im Kaufmannsstande kleinliche Gesinnung, wie sie sich in Konkurrenzneid und unlauterem Geschäftsgebahren zeigt, vorherrscht, da wird auch ein Einkaufsverein nicht zur Blüthe gelangen.

Angesichts der unleugbaren Thatsache, dass mancher im Allgemeinen gesinnungstüchtige Kaufmann doch eine gewisse Abneigung gegen Einkaufsvereinigungen hat, weil er befürchtet, er müsse dann seinen Kollegen einen zu tiefen Einblick in seine Geschäftsverhältnisse gestatten, glaubte der Verfasser dieses, auch nach dieser Richtung hin die Meinung erfahrener Persönlichkeiten erkunden zu sollen. Es wurde ihm darauf von einem hervorragenden Kenner der Verhältnisse im Detailhandel Folgendes erwidert: »Die Frage (eben betreffend die gedachten Befürchtungen) würde ich nicht stellen, da sie zwecklos ist und nur sehr beschränkte Menschen betrifft«. Wir haben dieser allerdings etwas drastischen Aeussderung nichts hinzuzufügen, um so weniger, als die bestehenden Einkaufsvereine uns in dieser Beziehung ebenfalls belehren.

Nicht unerwähnt möge übrigens die Thatsache sein, dass noch vor Kurzem der Verfasser dieses mit einem hervorragenden Mitgliede eines Einkaufsvereins zu sprechen Gelegenheit hatte. Der Herr erklärte, dass für sein eigenes Geschäft der Einkaufsverein einen Vortheil nicht biete, da der Umfang seines Geschäfts ihm allein den Einkauf zu Grossoppreisen ermögliche, aber es sei eine Pflicht der Kollegialität, die Bestrebungen des Einkaufsvereins im Interesse der anderen Mitglieder zu fördern. Diese Mittheilung, die allerdings diskret gemacht wurde, geben wir lediglich zur Nacheiferung bekannt, und Verfasser hofft, dass der betreffende

Herr die Veröffentlichung seiner Aeussierung mit Rücksicht auf den dabei verfolgten guten Zweck entschuldigen wird.

Zum Schluss wünschen wir recht sehr, dass diese Arbeit ihren Zweck, nämlich Aufklärung über das Wesen der Einkaufsvereine zu schaffen, erreicht haben möchte. Der Kaufmannsstand soll die kleinen Mittel zur Besserung seiner Lage nicht von der Hand weisen, sie im Gegentheil benutzen, um zu zeigen, dass er auf der Höhe der Zeit steht; er soll dabei aber auch nicht die grossen Gesichtspunkte ausser Acht lassen, die der Central-Verband deutscher Kaufleute zum Gegenstande seiner Bestrebungen macht, und die eine Hebung des Standes auf gesetzgeberischem Wege von Grund auf bezwecken. Aber die Kaufleute sollen mit Anwendung dieses kleinen Mittels nicht erst warten, bis ihnen die Missstände auf handelsgewerblichem Gebiete die Existenz gefährden; denn wenn ihnen, so zu sagen, das Messer an der Kehle sitzt, dann ist es zu spät, während bei rechtzeitiger Selbsthilfe jene Missstände vielleicht gar nicht zur Geltung kommen, jedenfalls sich aber nicht in so schwerem Maasse fühlbar machen, als wenn ihnen der Kaufmannsstand zersplittert gegenübersteht. Je eher, je besser, so heisst es auch in diesem Falle, und das mögen die Angehörigen des kaufmännischen Mittelstandes sehr wohl beherzigen.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Verkehrswesen.

Eisenbahn-Verhältnisse im Herzogthum Braunschweig.

Die Handelskammer hat an den Minister der öffentlichen Arbeiten in der Angelegenheit der ungünstigen Eisenbahn-Verhältnisse im Herzogthum Braunschweig die nachfolgende Eingabe gerichtet:

»Obgleich nunmehr bereits zwei Jahre verflossen sind, seitdem die Handelskammer in einer Denkschrift die ungünstigen Eisenbahn-Verhältnisse im Herzogthume Braunschweig und die begründeten Wünsche der Bevölkerung nach besseren Zugverbindungen Ew. Excellenz dargelegt hat, harrt aber noch immer der grösste Theil derselben seiner Erfüllung.

Allerdings erkennen wir dankbar an, dass die Verbindung Braunschweigs mit der Reichshauptstadt eine wesentliche Besserung erfahren hat, unterlassen auch nicht, hervorzuheben, dass dem lokalen Interesse Holzmindens durch Einlegung eines neuen Morgenzuges nach Kreiensen Rechnung getragen ist; aber nach wie vor fehlt es der Hauptstadt an einer Schnellzugsverbin-

derung nach dem Süden, die den Verkehr mit den grossen Durchgangslinien nach Köln, Frankfurt u. s. w. vermittelt. Früher wie jetzt wird die Strecke Braunschweig-Börssum-Vienenburg nur von Personenzügen befahren, die diesen Anschluss in der unzureichendsten Weise, wie wir an Beispielen in der Denkschrift genugsam dargethan haben, herstellen. Hat Braunschweig schon unter der unabänderlichen Thatsache zu leiden, dass es wenige Kilometer nördlich wie südlich von zwei grossen Durchgangslinien umgangen wird, so wird dieser Nachtheil um so empfindlicher, wenn es auch an einer dem Verkehrsleben einer Stadt von 128 000 Einwohnern genügenden Verbindung mit diesen Linien fehlt.

Nach wie vor harren auch die Wünsche des Landes nach einer besseren Verbindung mit seiner Hauptstadt der Erfüllung. Wir haben in der Denkschrift ausführlich dargelegt, welcher Art diese Wünsche sind, wir glauben auch, deren Berechtigung nachgewiesen zu haben. Sie hier zu wiederholen, dürfte sich daher erübrigen, zumal sie den zuständigen Stellen seit Langem bekannt sind.

Ew. Excellenz haben uns, als unsere Vertreter die Ehre hatten, bei Ueberreichung der Denkschrift die mangelhaften Eisenbahn-Verhältnisse im Herzogthume Braunschweig auch im persönlichen Vortrage darzulegen, die möglichste Berücksichtigung der Braunschweigischen Wünsche in Aussicht gestellt. Unsere Erwartungen haben sich bisher nur zum kleineren Theile erfüllt. Wir möchten nicht unterlassen, Ew. Excellenz nochmals ehrerbietigst zu bitten, auch den übrigen Wünschen des Landes in naher Frist, wenn möglich schon bei demnächstiger Feststellung der neuen Eisenbahnfahrpläne, eine wohlwollende Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen.«

Zu- oder Abnahme des Güterverkehrs in den noch folgenden Monaten des Etatsjahres.

Auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg, ob und in welchem Umfange für die noch folgenden Monate des Etatsjahres 1901 (September d. J. bis Ende März 1902) eine Verkehrs-Zu- oder -Abnahme im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraume des Vorjahres zu erwarten stehe, und welche Umstände etwa auf die Belebung oder Einschränkung des Verkehrs einwirken werden, hat sich die Handelskammer dahin geäußert, dass in der Eisen- und Maschinen-Industrie nicht anzunehmen sei, dass die seit Anfang dieses Jahres immer mehr abgenommene Beschäftigung bald einer besseren Geschäftslage Platz machen werde, vielmehr könne mit Sicherheit angenommen werden, dass in dem Zeitraume September d. J. bis Ende März 1902 die zum Transport gelangenden Mengen der in der

Eisen-Industrie zur Verwendung gelangenden Rohmaterialien und Halbfabrikate, sowie Kohlen und Coaks geringer ausfallen werden, als im entsprechenden Zeitraume des Vorjahres.

In der Zucker-Industrie würden nach dem gegenwärtigen Stande der Rüben und unter Berücksichtigung des vermehrten Anbaues, sowohl die Rüben- als Zuckerverfrachtungen gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme erfahren. Der Mehranbau von Zuckerrüben beziffere sich auf etwa 7 Prozent. Die gleiche Ernte wie im Vorjahre vorausgesetzt, dürfte die Mehrverfrachtung von Zuckerrüben sich im Allgemeinen in demselben Verhältnisse erhöhen. Das Gleiche gelte von der Verfrachtung der Erzeugnisse der Rohzuckerfabriken, wie Rohzucker, Melasse, Rübenrückstände. Entsprechend der grösseren Rübenmengen werde auch der Bedarf an Kohlen und deren Verfrachtung zunehmen. Bei besonders guten, d. h. dem Wachstume der Rüben günstigen Witterungsverhältnissen in den nächsten sechs Wochen, sei es sehr leicht möglich, dass nicht nur die Rübenenernte das aus dem Mehranbau resultirende Plus von 7 Prozent übersteigen, sondern dass auch die Zuckererzeugung sich um mehr als 7 Prozent steigern werde.

Das sich gegenüber dem Vorjahre wahrscheinlich ergebende Plus an Zucker werde in der Hauptsache den Exporthäfen zugeführt werden, sei es in Gestalt von Rohzucker oder von Granulad. Die Verfrachtungen der Raffinerien dürften denen des Vorjahres gleichkommen, denn der Inlandskonsum werde in Anbetracht der ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse nicht zunehmen, sondern sich auf der vorjährigen Höhe bewegen.

In der Kohlen- und Brikett-Industrie dürfe hinsichtlich der Kohlen- und Brikett-Lieferungen gegen denselben Zeitraum des Vorjahres eine Verkehrszunahme zu erwarten sein.

Die Verkehrsverhältnisse bezüglich des Getreides würden sich voraussichtlich in den noch folgenden Monaten des Etatsjahres gegenüber denjenigen des Vorjahres kaum wesentlich ändern. Winterweizen sei durch die strenge Kälte in den Wintermonaten zum grossen Theil ausgewintert und das umgestürzte Areal mit Sommerweizen, Gerste und Hafer bebaut worden. Trotzdem die Dreschresultate von dem stehengebliebenen Winterweizen, sowie auch vom Sommerweizen gute seien, so sei dennoch ein nicht unbedeutender Ausfall in der Weizenernte zu verzeichnen.

Roggen habe den Winter besser überstanden und seien die Resultate der Ernte zufriedenstellend, jedenfalls nicht geringer als im Vorjahre. Der Gerstenanbau ist grösser als im Vorjahre, und sind die Erträge als sehr gute und als grösser wie im Vorjahre zu bezeichnen.

Ebenso sei die Anbaufläche und der Ertrag an Hafer grösser als im Vorjahre.

Da dem Ausfall in Weizen grössere Ernten in Sommergetreide gegenüberstehen, so dürften die Verkehrsverhältnisse in dem genannten Zeitraume denjenigen des Vorjahres entsprechen.

Auflieferung der Frachtstückgüter bei den Güter-Abfertigungsstellen.

Wir erhalten von der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg folgende Zuschrift:

Bei den grösseren Güter-Abfertigungsstellen findet noch immer, trotz der Bekanntgabe der günstigsten Zeiten für beschleunigte Beförderung, die Auflieferung von Frachtstückgütern, und zwar in grossen Mengen, kurz vor Schluss der für die Annahme ($1\frac{1}{2}$ bzw. 7 Uhr Abends) festgesetzten Stunden statt.

Die unsererseits getroffenen Maassnahmen, wie z. B. Verlängerung bzw. Verlegung der Dienststunden des Abfertigungspersonals in die späten Abendstunden, Verlegung einzelner Verbindungs- und Güterzüge — soweit es der Betrieb zuliess —, Eröffnung neuer Annahmeschalter, haben nur zu einem gewissen Theile vermocht, das in Folge der späten, fast gleichzeitigen Auflieferung der Güter unvermeidliche längere Warten der Aufliefernden an den Güter-Annahmestellen bzw. den verzögerten Abgang der Güter zu verhindern. Diese Missstände werden sich erst durch das — im Allgemeinen in dieser Beziehung bisher vermisste — Entgegenkommen der Interessenten beseitigen lassen, wenn diese selbst für frühzeitige Auflieferung der Güter Sorge tragen und nur in Ausnahmefällen hierzu die letzte Stunde bzw. halbe Stunde vor Schluss der Annahme benutzen.

Die Handelskammer ersuchen wir deshalb ergebenst, dieser Angelegenheit besondere Beachtung widmen und bei den theiligten Kreisen mit Nachdruck auf eine zeitige Auflieferung der Güter hinwirken zu wollen. Sollten auch fernerhin besonders die grösseren Firmen, wie Spediteure etc., unseren diesbezüglichen wiederholten Bitten nicht nachkommen, so würden wir uns zur Verlegung des Schlusses für die Güterannahme bei den grösseren Abfertigungsstellen auf eine frühere Abendstunde genöthigt sehen.

Versetzung des Artikels Jute aus dem Specialtarif II in die Klasse des Specialtarifs III.

Die Handelskammer hat bei der Tarifkommission (Königliche Eisenbahn-Direktion Hannover) den Antrag gestellt, den Artikel Jute aus dem Specialtarif II in die Klasse des Specialtarifs III zu versetzen.

Versetzung der Artikel „Tuffstein und Trass“ unter die Güter des Rohstofftarifs.

Auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Cassel, betreffend die Versetzung der Artikel »Tuffstein und Trass« unter die Güter des Rohstofftarifs, hat sich die Handelskammer dahin geäußert, dass die Ansichten der von ihr befragten Interessenten aus einander gehen. Während von Seiten der Trass-Verbraucher es für durchaus berechtigt gehalten wird, dass Tuffstein und Trass unter die Güter des Rohstofftarifs aufgenommen werden, wird von Seiten der Cementfabriken diese Frachtermässigung für bedenklich gehalten, da man der Meinung ist, dass die Gewährung des Rohstofftarifs für Tuffsteine und Trass der Cementfabrikation schwere Konkurrenz machen würde. Diese Beeinträchtigung wird von ersterer Seite nicht befürchtet, sondern man ist der Ansicht, dass durch den billigen Trassbezug eine Vermehrung der Kunststeinarbeiten und auch der mit Cement hergestellten Bauten eintreten werde, wenn sich die Ueberzeugung erst Bahn gebrochen habe, dass diese Arbeiten und Bauten durch den Trasszusatz eine vermehrte Dichtigkeit und grössere Elasticität erhalten.

Der Ansicht der Handelskammer nach sollte in der Tarifrung ein Unterschied zwischen dem Rohstoff-Tuffstein und dem Fabrikat Trass gemacht werden. Falls dies nicht angängig erscheint, müsste eine entsprechende Ermässigung auch dem Cemente zugestanden werden.

Nachweisung

der

bei der Güter-Abfertigungsstelle Braunschweig H bestehenden Ladeabschnitte und der für diese in Frage kommenden äussersten Auflieferungszeiten.

Für die Abfertigung von Gütern auf dem hiesigen Hauptbahnhofe galt bisher die Bestimmung, dass die Anfuhr der zu expedirenden Güter ohne Unterschied ihres Bestimmungsortes bis 7 Uhr Abends erfolgt sein müsse. Die hierdurch herbeigeführte Anhäufung und demzufolge naturgemäss eingetretene Verzögerung bei der Beförderung der Güter hatte zu mancherlei Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten Veranlassung gegeben.

Von der Güter-Abfertigungsstelle Braunschweig H ist deshalb jüngst eine Neuerung in der Weise getroffen, dass daselbst, wie umstehend ersichtlich, einzelne Ladeabschnitte eingerichtet sind, für die bestimmte (äusserste) Auflieferungszeiten bestehen, wodurch eine wesentliche Erleichterung und präzisere Abwicklung des Güterverkehrs erzielt wird.

Wir glauben, dass diese Einrichtung von den interessirten Geschäftskreisen freudig begrüsst werden wird, und machen auf die folgende Nachweisung der bestehenden Ladeabschnitte und der für diese in Frage kommenden äussersten Auflieferungszeiten noch besonders aufmerksam.

No. des Ladeabschnitts	Richtung	Zug No.	Abfahrtszeit			Acusserste Auflieferungszeit		
			Tages- zeit	Uhr	Minut.	Tag	Uhr	Tages- zeit
I.	1. Gr.-Gleidingen-Wolt- wiesche-Hildesheim .	7	V.	10	15	Vortag	7	N.
	2. Hildesheim-Hameln- Altenbeken-Soest . . .	7	V.	10	15	»	7	N.
II.	1. Triangel-Uelzen . . .	4414	N.	12	55	—	8	V.
	2. Schladen-Vienenburg- Halberstadt	4482	N.	1	23	—	8	V.
	3. Börssum O u. Ü . . . (Hornburg u. Mattierzoll)	4482	N.	1	23	—	8	V.
	4. Oker-Goslar-Claus- thal-Zellerfeld	4482	N.	1	23	—	8	V.
	5. Vienenburg-Halber- stadt-Aschersleben- Sangerhausen-Erfurt- Grimmenthal	4482	N.	1	23	—	8	V.
	(Erfurt, Coburg)							
	6. Vienenburg-Halber- stadt-Aschersleben- Halle Ü-Weissenfels- Saalfeld-Lichtenfels- Bamberg-Nürnberg . .	4482	N.	1	23	—	8	V.
III.	(Weissenfels, Saalfeld)							
	7. Vienenburg-Halber- stadt-Aschersleben- Halle-Gera Ü n. Sach- sen u. Bayern	4482	N.	1	23	—	8	V.
	(Weida-Hof. Greiz-Eger)							
	1. Magdeburg O u. Ü (ohne Zwischenstationen)							
	Ortswagen n. Magde- burg H u. Berlin P . .							
	2. Buckau-Coethen . . .							
	3. Magdebg.-Grunewald- Berlin Ost-Cüstrin, Vorst. Kreuz-Schnei- demühl-Dirschau-Kö- nigsberg-Eydtkuhnen .	3289	N.	4	51	—	11	V.
	(Danzig-Eydtkuhnen)							
	Bromberg-Thorn (Alexandrowo)							
	4. Rummelsburg-Frank- furt a. O.-Reppen- Bentschen-Posen . . .							
	Pankow-Stettin							

No. des Ladeabschnitts	Richtung	Zug No.	Abfahrtszeit			Äusserste Anlieferungszeit		
			Tages- zeit	Uhr	Minut.	Tag	Uhr	Tages- zeit
IV.	5. Falkenberg-Horka-Kohlfurt-Liegnitz-Mochbern	3289	N.	4	51	—	11	V.
	Oppeln, Tarnowitz, Gleiwitz, Ratibor (Oberschlesien)							
	6. Horka-Görlitz (Zittau, Löbau)							
	7. Dresden O.-Fr. (Tetschen-Bodenbach)	11	N.	5	51	—	11	V.
	8. Dessau-Bitterfeld							
	1. Gifhorn	11	N.	5	51	—	11	V.
	2. Querum-Isenbüttel	11	N.	5	51	—	11	V.
	3. Isenbüttel-Oebisfelde-Stendal-Spandau-Berlin H u. L.	11	N.	5	51	—	11	V.
V.	4. Stendal-Wittenberge	11	N.	5	51	—	11	V.
	5. Wittenberge-Ludwigs-lust-Schwerin-Wismar-Rostock							
	1. Harzburg-Wernigerode O u. Ü-Minsleben O u. Ü-Blankenburg a. H.							
	2. Watenstedt-Magdebg.-Buckau O u. Ü	4472	V.	2	—	Vortag	7	N.
	3. Wendessen-Schöppenstedt	4421	V.	2	43	»	7	N.
	4. Wefensleben-Eilsleben-Magdeburg H	4421	V.	2	43	»	7	N.
	5. Helmstedt-Büddenstedt-Schöningen	4353	V.	4	8	»	7	N.
	6. Schandelah-Königs-lutter-Frellstedt	4353	V.	4	8	»	7	N.
	Ferner die Richtungen:							
	Cassel-Coblenz-Metz-Frankfurt a. M.-Mainz-Saarbrücken	4472	V.	2	—	»	7	N.
VI.	Darmstadt-Karlsruhe-Reichsland, Schweiz							
	Darmstadt H							
	Württemberg	4478	V.	5	37	»	7	N.
	Schmalkalden							
	Würzburg-München							
	Fröttstadt-Gotha	5706	V.	5	55	»	7	N.
	1. Wolfenbüttel Ortsw.							
	2. Lehrte Ortsw.							
	3. Hamburg H Ortsw.	5706	V.	5	55	»	7	N.
	4. Hannover Nord Ortsw.	5706	V.	5	55	»	7	N.
	5. Vechede-PeineKursw.	5706	V.	5	55	»	7	N.
	6. Vöhrum-Hämelerwald-Lehrte Kursw.	5706	V.	5	55	»	7	N.

No. des Ladeabschnitts	Richtung	Zug No.	Abfahrtszeit			Aeusserste Auflieferungszeit		
			Tages- zeit	Uhr	Minut.	Tag	Uhr	Tages- zeit
	7. Richtungen:							
	Lehrte-Altona							
	Kiel-Flensburg							
	Itzehoe							
	Stade-Cuxhaven							
	Lübeck							
	Bremen-Oldenburg							
	Löhne-Osnabrück- Rheine							
	(Amsterdam, Vlissingen)	5706	V.	5	55	Vortag	7	N.
	Wesel							
	Elberfeld-Barmen							
	Hagen-Iserlohn-Rem- scheid							
	Herbesthal							
	Cöln-Bonn							
	Neuss-Düren							
	Essen-Mülheim (Ruhr)							

Die Beförderung der Güter zu den vorgenannten Zügen kann nur bei regelmässigem Geschäftsgange erwartet werden.

Handelsgebräuche.

Arbeiten in den Champignonkellern.

Die Handelskammer hat sich auf eine Anfrage des Herzoglichen Amtsgerichts hierselbst, ob die Arbeiten in den Champignonkellern als landwirthschaftliche Arbeiten anzusehen seien, dahin geäussert, dass die Champignonzüchterei an sich weder zu den landwirthschaftlichen noch zu den industriellen Arbeiten, sondern zu den gärtnerischen Arbeiten zu rechnen ist.

Soweit die Champignonzüchterei nicht selbständig, sondern, wie im vorliegenden Falle, als Nebenbetrieb betrieben würde, sei sie nach dem zugehörigen Hauptbetriebe zu beurtheilen.

Handel mit Kuxen.

Die Handelskammer hat in einer Prozesssache auf Anfrage des Herzoglichen Amtsgerichts sich dahin geäussert, dass es beim Handel mit Kuxen üblich sei, dass der auswärtige Verkäufer dem Käufer auf dessen Accept einen Schlussschein am Tage des Geschäftsabschlusses ausstelle und ihn dem Käufer spätestens am dritten Tage nach dem Tage des Geschäftsabschlusses übersende (§§ 8 und 9 des Reichsstempelgesetzes vom 14. Juni 1900).

Preise für Bindegarn.

Die Handelskammer hat sich auf eine Anfrage des Königlichen Amtsgerichts zu Peine dahin geäußert, dass es in Braunschweig handelsüblich sei, den Konsumenten von italienischem Bindegarn die Preise für dasselbe nach dem Bruttogewichte der Waare zu berechnen.

Auslagen für den Transport von Musterkoffern bei Reisen nach England.

Auf eine Anfrage des Herzoglichen Landgerichts, hier, an die Handelskammer, hat sich diese in der Frage, ob in den für die Reise nach England bewilligten Reisespesen zu 20 Schilling die Auslagen für den Transport der Musterkoffer mit einbegriffen seien, dahin geäußert, dass ein Handelsgebrauch nicht bestehe. Vielmehr sei es üblich, bei Einstellung eines Reisenden klar abzumachen, ob feste Reisespesen oder Vertrauensspesen gezahlt werden sollen. In den festen Spesen seien die Auslagen für Fracht und Bedienung der Musterkoffer einbegriffen. Die Höhe der Spesen sei verschieden, je nach den betreffenden Verhältnissen, und müsse von Fall zu Fall beurtheilt werden.

Handel mit Sauerkraut.

Auf eine Anfrage des Herzoglichen Amtsgerichts zu Holzminden, ob 1. neue Fässer aus Tannenholz zur Versendung von Sauerkraut mit der Eisenbahn zulässig seien, und 2. ob es handelsüblich sei, dass derartige Fässer, die binnen drei Monaten nicht zurückgesandt seien, bezahlt werden müssten, hat sich die Handelskammer dahin geäußert, dass

1. neue Fässer mit Deckel und Boden aus Tannenholz zur Versendung von Sauerkraut mit der Eisenbahn zulässig sind, wenn das verwendete Tannenholz von zäher, undurchlässiger Art ist. Tannene Fässer mit grösserem Inhalte seien für die durch den Witterungswechsel bedingten Gährungen nicht widerstandsfähig genug und für Sauerkraut deshalb nicht zu verwenden.
2. Soweit nicht besondere Abmachungen getroffen sind, ist es handelsüblich, dass Sauerkohl inkl. Fass gehandelt wird, und dass daher die Fässer nicht besonders berechnet werden. Sind nach besonderen Abmachungen die Fässer besonders berechnet, so ist es allgemein üblich, dass die Rücksendung der leeren Fässer innerhalb drei Monaten geschieht, andernfalls müssen dieselben bezahlt werden.

Sachverständigen-Kommissionen.

Die von der Handelskammer eingesetzten Sachverständigen-Kommissionen sind in letzter Zeit wiederum in vier Fällen in Anspruch genommen worden. Es handelte sich um die Untersuchung von Weizenkleie, Himbeersaft, Mandeln und Hopfen.

Statistik.

Entwicklung der Stadt Braunschweig im letzten Jahrzehnte. — 1890 (1886) — 1900 — (1895).

I. Bevölkerungszuwachs.

1. 1885: 85 174
2. 1890: 101 047 (+ 19 $\frac{0}{0}$)
3. 1895: 115 138 (+ 14 $\frac{0}{0}$)
4. 1900: 128 174 (+ 11 $\frac{0}{0}$)

Der Bevölkerungszuwachs betrug von 1885 bis 1895: 35 $\frac{0}{0}$, von 1890 bis 1900: 27 $\frac{0}{0}$.

II. Gebäudezuwachs.

Wohngebäude 1885: 5059 mit 83 507 Bewohnern
» 1895: 6532 mit 113 107 »

Der Gebäudezuwachs betrug somit von 1885 bis 1895: 29 $\frac{0}{0}$.

— Das Ergebniss der Zählung von 1900 ist noch nicht bekannt gegeben. —

III. Steigerung des Steuerbetrages.

1. a) Einkommensteuerbetrag in der Stadt:

1890: 1 092 658 Mk.
1900: 1 631 909 »

Steigerung: 49 $\frac{0}{0}$.

b) Zahl der einkommensteuerpflichtigen Personen:

1890: 34 638
1900: 36 592

Steigerung: 5 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{0}$.

2. Gewerbesteuerbetrag:

a) Gewerbebetriebe überhaupt:

1885: 6002
1895: 8353

Steigerung: 39 $\frac{0}{0}$.

b) Zahl der 36 Mk. und mehr zahlenden Gewerbebetriebe:

1890: 710
1900: 1048

Steigerung: 48 $\frac{0}{0}$.

c) Steuerbetrag der 36 Mk. und mehr zahlenden Gewerbebetriebe:

1890: 79672 Mk.

1900: 177118 »

Steigerung: 122 %.

IV. Verkehr der Reichsbankstelle (hier) 1890 und 1900.

	1890	1900
Lombardverkehr	18 044 700 Mk.	39 203 700 Mk.
Gesamfter Wechselverkehr	120 986 500 »	121 484 700 »
Giro-Anweisungsverkehr	471 167 000 »	815 702 700 »
Verkehr mit Reichs- u. Staatskassen	19 259 300 »	—
Angekaufte und eingeogene Staatspapiere		209 600 »

Summa 629 457 800 Mk. 975 600 700 Mk.

Steigerung: im Verkehre der Reichsbankstelle von 1890 bis 1900: **55 %.**

V. Personen- und Güterverkehr der Staatsbahnhöfe, hier.

1. Anzahl der verausgabten Fahrkarten und Scheine:

1890: 649 529 }
1900: 896 917 } **+ 38 %.**

2. Einnahmen aus dem Personenverkehr:

1890: 1390 437 Mk. }
1900: 1782 742 » } **+ 28 %.**

3. Angekommene Fracht- und Eilgüter:

1890: 472 050 }
1900: 190 323 } **— 2 %.**

4. Abgegangene Fracht- und Eilgüter:

1890: 162 021 }
1900: 190 323 } **+ 17 %.**

5. Einnahmen aus dem Güter- und Viehverkehr:

1890: 3 295 846 Mk. }
1900: 2 547 054 » } **— 29 %.**

VI. Personen- und Güterverkehr der Landeseisenbahn.

1. Zahl der abgefahrenen Personen:

1890: 58 311

1899: 66 119

Steigerung: 13 %.

2. Angekommene Fracht-Eilgüter:

1890: 168 798

1899: 279 572

Steigerung: 66 %.

3. Abgegangene Fracht- und Eilgüter:

1890: 46378

1899: 111887

Steigerung: 156⁰/₀.

Zusammenstellung nach Prozenten der Steigerung in der Entwicklung der Stadt Braunschweig 1890 bis 1900 (* = 1885 bis 1895)
(** = 1891 bis 1899)

1.	Bevölkerungszuwachs	+	27	⁰ / ₀	
2.	Gebäudezuwachs	+	29	⁰ / ₀ *	
3.	Steigerung des Einkommen-Steuerertrages	+	49	⁰ / ₀	
4.	» der Steuerzahler	+	5 ¹ / ₂	⁰ / ₀	
5.	» der gewerbsteuerpflichtigen Personen	+	39	⁰ / ₀ *	
6. a)	» der gewerbsteuerpflichtigen Betriebe über 36 Mk.	+	48	⁰ / ₀	
6. b)	» des Steuerbetrages dieser Be- triebe	+	122	⁰ / ₀	
7.	» des Reichsbankverkehrs	+	55	⁰ / ₀	
			Staatsbahn	Landesbahn	
8.	» des Personenverkehrs der Bahnhöfe	+	38 ⁰ / ₀	+	13 ⁰ / ₀ **
9.	» der Einnahmen aus dem Personenverkehr	+	28 ⁰ / ₀		?
10.	» des Güterverkehrs:				
	a) Empfang	—	2 ⁰ / ₀	+	66 ⁰ / ₀ *
	b) Versand	+	17 ⁰ / ₀	+	156 ⁰ / ₀ **
11.	» der Einnahmen aus dem Güterverkehr	—	29 ⁰ / ₀		?

Wirtschaftsergebnisse der Braunschweigischen Forstverwaltung.

Aus den Mittheilungen über die Wirtschaftsergebnisse der Herzoglich Braunschweigischen Forstverwaltung für das Jahr 1899/1900 erwähnen wir folgendes.

Die Gesamtgrösse der Forstgrundstücke stellte sich am 31. Dezember 1899 auf 84 101 076 ha gegen 83 855 530 ha am 31. Dezember 1898 (+ 245 546 ha).

Die Geld-Einnahme und -Ausgabe, sowie der Reinertrag stellten sich wie folgt:

Einnahme.

	1898/99 Mk.	1899/1900 Mk.
1. Für Holz: baar	4 106 670,03	3 788 992,58
» » : frei	275 090,45	263 768,75
2. » Nebennutzungen	93 871,38	95 153,29
3. Aus Jagd und Fischerei	31 364,79	38 911,84
4. Verschiedene Einnahmen	28 165,98	35 555,70
Sa. Einnahme	4 535 162,63	4 222 382,16

für 1 ha 50,20 Mk. (54,08 Mk.¹⁾)

Ausgabe.

	1898/99 Mk.	1899/1900 Mk.
1. Besoldung des Forstpersonals . . .	612 762,89	617 255,16
2. Holzwerbungskosten einschliesslich der Waldarbeiter - Unterstützungen und reichsgesetzlichen Versicherungs- kosten	771 970,71	679 380,57
3. Forstkulturkosten	168 333,49	177 088,69
4. Forstwegebaukosten	225 485,96	230 188,44
5. Beiträge zu den Kreiskommunal- wegebaukosten	38 865,72	47 916,59
6. Jagdkosten	12 063,22	14 394,09
7. Verschiedene Ausgaben	177 049,55	233 872,62
Sa. Ausgabe	2 006 531,54	2 000 096,16

für 1 ha 23,78 Mk. (23,93 Mk.)

Es stellt sich demnach der Reinertrag auf 2 222 286 Mk.
(2 528 631,09 Mk.), für 1 ha auf 26,42 Mk. (30,15 Mk.)

Ausserdem wurden verausgabt:

	1898/99 Mk.	1899/1900 Mk.
An Forsteinrichtungskosten	33 040,08	33 024,41
» Baukosten für Forstdienstgebäude . .	45 000,—	45 000,—
Zusammen	78 040,08	78 024,41

Von einer Gesamtfläche von 81 587 ha (81 382 ha), darunter
81 357 ha (81 152 ha) Hochwald und 230 ha (230 ha) Mittel-
wald, wurden an Holzmassen geerntet, und zwar:

¹⁾ Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr.

a) aus den Verjüngungshauungen:

	1898/99	1899/1900	
	fm	fm	
an Nutzholz	35 489	36 355	Laubholz
» »	101 257	87 945	Nadelholz
» Brennholz	94 505	95 281	Laubholz
» »	10 171	7 801	Nadelholz
Zusammen	129 994	131 636	Laubholz
	111 428	95 746	Nadelholz

b) aus den Vorhauungen:

	1898/99	1899/1900	
	fm	fm	
an Nutzholz	9 186	5 880	Laubholz
» »	36 566	37 560	Nadelholz
» Brennholz	44 856	48 647	Laubholz
» »	13 453	13 346	Nadelholz
Zusammen	54 042	54 527	Laubholz
	49 719	50 906	Nadelholz

Zusammen Verjüngungshauungen und Vorhauungen

1898/99	1899/1900	
fm	fm	
184 036	186 163	Laubholz
161 147	146 652	Nadelholz

Ferner:

	1898/99	1899/1900	
	fm	fm	
an Reiserholz	65 181	65 610	Laubholz
» »	11 519	8 040	Nadelholz
» Stockholz	492	423	Laubholz
» »	18 600	18 973	Nadelholz
Zusammen	65 673	66 033	Laubholz
	30 119	27 013	Nadelholz

	1898/99	1899/1900	
	fm	fm	
Insgesamt	249 709	252 196	Laubholz
Holzmassen	191 266	173 665	Nadelholz

Die Holzausnutzung stellte sich vom Derbholzeinschlage für Nutzholz auf 50,4 % (52,9 %), für Brennholz auf 49,6 % (47,1 %). Auf 100 fm Derbholz entfielen an Reiserholz 22,1 fm (22,2 fm), an Stockholz 5,8 fm (5,5 fm).

Der Holzertrag stellte sich auf ha Fläche und zwar an Derbholz 4,1 fm (4,2 fm), an Reiser- und Stockholz 1,1 fm (1,2 fm), zusammen auf 5,2 fm (5,4 fm). Die Holzwerbungskosten haben

betrugen im Ganzen 679 380,57 Mk. = 16,8 $\frac{1}{4}$ % (771,970,71 Mk. = 17,6 $\frac{1}{4}$ %), pro fm durchschnittlich auf 1,60 Mk. (1,75 Mk.)

Es wurden verwerthet insgesamt: 1. An Bau- und Nutzholz: 172 666 fm (207 321 fm) zum Preise von 2 767 522,90 Mk. (3 058 214,61 Mk.), für 1 fm 16,03 Mk. (14,75 Mk.), für 1 ha Holzgrund 33,92 Mk. (37,58 Mk.) 2. An Brennholz: 254 465 fm (266 725 fm) zum Preise von 1 278 813,83 Mk. (1 323 545,87 Mk.), für 1 fm 5,03 Mk. (4,96 Mk.), für 1 ha Holzgrund 15,67 Mk. (16,26 Mk.)

Zusammen 427 131 fm (474 046 fm) zum Preise von 4 046 336,73 Mk. (4 381 760,48 Mk.), für 1 fm 9,47 Mk. (9,24 Mk.), für 1 ha Holzgrund 49,59 Mk. (53,84 Mk.)

Ueber die Kosten der Fürsorge für Arbeiter mag das Folgende erwähnt sein: Die Zahl der versicherten Personen betrug 4250 (4078). Die Zahl der geleisteten Arbeitstage stellte sich auf 442 049 (445 099). Die Zahl der Alters- und Invaliden-Renten Empfänger betrug 186 (162), die Alters- und Invaliden-Renten stellten sich auf 23 751,80 Mk. (20 176,58 Mk.) Betriebsunfälle ereigneten sich 128 (102). Die Zahl der Unfall-Renten-Empfänger betrug 120 (107).

Der Betrag der aus der Forstkasse gezahlten Unfall-Entschädigungen stellte sich auf 19 426,76 Mk. (14 887,59 Mk.). Aus der Forstkasse wurden Beiträge geleistet: a) zur Kranken-Versicherung 22 594,57 Mk. (22 575,04 Mk.), b) zur Alters- und Invaliditäts-Versicherung 9974,42 Mk. (10 215,23 Mk.).

An aussergesetzlichen Waldarbeiter-Unterstützungen wurden gezahlt: a) Fei ergelder 1612 Mk. (1780 Mk.), b) Pensionen 25 949,65 Mk. (25 890,95 Mk.), c) ständige Unterstützungen 2367,50 Mk. (2346,67 Mk.), d) ausserordentliche Unterstützungen 1848 Mk. (1646,35 Mk.). Hiernach stellt sich der Gesamtbetrag aller gezahlten Entschädigungen und Unterstützungen auf 83 772,90 Mk. (79 341,83 Mk.).

Die Uebersicht über die im Kalenderjahre 1899 zur Anzeige gebrachten Forst- und Jagdfrevel enthält:

Holzdiebstähle	1415	(1520)	Straffälle
Streufrevel	110	(205)	»
Grasfrevel	89	(105)	»
sonstige Entwendungen	43	(60)	»
Beschädigungen an stehendem Holze	12	(23)	»
Forstpolizei-Uebertretungen	628	(668)	»

Von den unter das Reichsstrafgesetzbuch fallenden Vergehen und Uebertretungen in Bezug auf Forsten, Jagden und Fischereien entfallen

auf gemeine Holzdiebstähle	30	(13)	»
» Jagdvergehen	16	(18)	»

Uebertrag 2343 (2612) Straffälle

Uebertrag 2343 (2612) Straffälle
auf Widersetzlichkeit gegen Forst- und Jagd-

beamte	3	(1)	»
» sonstige Vergehen und Uebertretungen	12	(16)	»
» Jagd- und Fischerei-Uebertretungen . .	13	(7)	»
» allgemeine Polizei-Uebertretungen . .	8	(15)	»
» Uebertretungen der Vogelschutzgesetze	3	(4)	»

Zusammen 2382 (2655) Straffälle

Nach der Uebersicht des in sämtlichen herrschaftlichen Jagden des Herzogthums erlegten Wildes sind erlegt insgesamt: Rothwild 841 (672), Damwild 0 (0), Rehwild 984 (832), Schwarzwild 639 (107), Hasen 7518 (7158), Kaninchen 2033 (1601), Füchse 411 (386), wilde Katzen 3 (1), Marder 53 (39), Iltisse 47 (25), Dächse 20 (54), Fischotter 0 (2), Auerwild 0 (0), Birkwild 16 (22), Trappen 0 (0), Fasanen 226 (247), Rebhühner 2052 (1910), Wachteln 4 (2), wilde Tauben 256 (232), wilde Enten 269 (299), Schnepfen 54 (53), Bekassinen 20 (42), Fischreiher 0 (2).

Aus dem Bezirke.

Fernsprechverkehr.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig und Neustadt a. Rbg. ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Gross-Winnigstedt, Roclum, Veltheim am Fallstein und Gross-Himstedt andererseits ist eröffnet worden. Die Sprechgebühr beträgt für ein einfaches Gespräch 25 Pfg.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Brandenburg (Havel) sowie Kreiensen andererseits ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt nach Brandenburg (Havel) 1 Mk., nach Kreiensen 50 Pfg. (Br. Anz.)

Reichsbanknebenstellen

sind errichtet in Buchholz (Sachsen), abhängig von der Reichsbankstelle in Chemnitz, mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr; in Striegau, abhängig von der Reichsbankstelle in Schweidnitz, mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr.

Kaufmännische Fortbildungsschule zu Seesen.

Am Sonntag, den 18. August, ist von den Schülern der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Seesen ein Ausflug nach Oker

unternommen worden. Nach einer eingehenden Besichtigung der dortigen Hütte begaben sich die Schüler nach Romkerhall und sodann über das Waldhaus nach Goslar, von welchem Orte schliesslich die Rückfahrt angetreten wurde.

Vermischtes.

Handelshochschule zu Leipzig.

An der Diplomprüfung für Kaufleute haben sich in diesem Semester 27 Studierende der Handelshochschule betheiligt. Die schriftlichen Prüfungen fanden am 8. und 9. Juli, die mündlichen Prüfungen vom 20. bis 27. Juli statt. 23 Kandidaten haben die Prüfung bestanden; von ihnen erhielten 12 die Gesamtcensur II, d. i. gut, und 11 die Note III, d. i. ausreichend. Der Lehramtsprüfung unterzogen sich 6 Lehramtskandidaten, von denen einer nach der schriftlichen Prüfung (10. bis 12. Juli) zurücktrat. Die übrigen 5 Kandidaten haben die mündliche Prüfung am 20. Juli bestanden und sämtlich die Gesamtcensur II, d. i. gut, erhalten. Die Königliche Prüfungskommission war auch diesmal wie bisher aus dem Vorsitzenden Geh. Regierungsrath Dr. Grünler, den Universitätsprofessoren Dr. Bücher, Geh. Rath Dr. Friedberg, Geh. Hofrath Dr. Ratzel und den Oberlehrern der Oeffentlichen Handelslehranstalt Prof. Dr. Adler, Dr. Döll und Lambert zusammengesetzt.

(Zeitschr. f. d. g. k. U.)

Schiffsdiebstähle auf der Elbe.

Die im deutschen Stromgebiete der Elbe gelegenen amtlichen Handelsvertretungen haben eine grössere Geldsumme bereit gestellt, um daraus Demjenigen, der eine Veruntreuung oder Unterschlagung von Kaufmannsgütern auf der Elbe und ihren sämtlichen Zuflüssen einschliesslich der märkischen Wasserstrassen mit dem Erfolge einer rechtskräftigen gerichtlichen Bestrafung des Thäters oder Hehlers oder mit dem Erfolge des Schadenersatzes zur Anzeige bringt, in der Regel eine Belohnung von 50 bis 100 Mk. zu gewähren. Gesuche sind an die Handelskammer zu Magdeburg zu richten.

Rechtsprechung.

Auseinandersetzung mit einem ausscheidenden Gesellschafter.

(Neues Handelsgesetzbuch § 141.)

»Macht ein Privatgläubiger eines Gesellschafters von dem ihm nach § 135 des neuen Handelsgesetzbuches (siehe weiter unten) zustehenden Rechte Gebrauch, so können die übrigen Gesellschafter auf Grund eines von ihnen gefassten Be-

schlusses dem Gläubiger erklären, dass die Gesellschaft unter ihnen fortbestehen solle. In diesem Falle scheidet der betreffende Gesellschafter mit dem Ende des Geschäftsjahres aus der Gesellschaft aus.«

(§ 135.) »Hat ein Privatgläubiger eines Gesellschafters, nachdem innerhalb der letzten sechs Monate eine Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Gesellschafters ohne Erfolg versucht ist, auf Grund eines nicht bloss vorläufig vollstreckbaren Schudtitels die Pfändung und Abweisung des Anspruches auf Dasjenige erwirkt, was dem Gesellschafter bei der Auseinandersetzung zukommt, so kann er die Gesellschaft ohne Rücksicht darauf, ob sie für bestimmte oder unbestimmte Zeit eingegangen ist, sechs Monate vor Ende des Geschäftsjahres für diesen Zeitpunkt kündigen.« —

Hat also ein Exekutionsgläubiger eines Gesellschafters auf Grund des eben citirten § 135 die Gesellschaft aufgekündigt, so können die übrigen Gesellschafter ihr Recht auf Fortsetzung der Gesellschaft durch diesbezügliche Beschlussfassung geltend machen.

Die Wirkung hiervon ist, dass der betreffende Gesellschafter mit dem Ende des Geschäftsjahres, unter Umständen auch früher, aus der Firma ausscheidet. Der Exekutionsgläubiger kann sich nunmehr an das Auseinandersetzungsguthaben des Gesellschafters halten.

Das Unternehmen geht mit Aktiven und Passiven (und unter der Voraussetzung des § 24 des neuen Handelsgesetzbuches auch mit der bisherigen Firma) an die verbleibenden Gesellschafter über.

Ein etwaiger Ueberschuss gebührt dem austretenden Gesellschafter, der zufolge dessen auch das Recht auf Rechnungslegung hat.

Beispiel: Der Gläubiger X. hat im Juli 1901 wegen einer Privatforderung an den öffentlichen Gesellschafter Y. eine Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Y. ohne Erfolg versucht, und daher die Pfändung und Ueberweisung seines Anspruches auf Dasjenige erwirkt, was dem Gesellschafter bei der Auseinandersetzung laut § 135 des neuen Handelsgesetzbuches zukommt, erwirkt.

Der Gesellschafter Y. scheidet zufolge der im August 1901 durch den Gläubiger X. erfolgten Kündigung (siehe den oben citirten § 135) mit dem 31. Dezember 1901 aus der Gesellschaft aus.

Die Gesellschaft besteht unter den beiden anderen Gesellschaftern A. und B. weiter.

Auseinandersetzung:

Kapital-Konto des Gesellschafters Y. laut Kontoausweis am	
31. Dezember 1900	Mk. 15 912,80
Dazu 4 ⁰ / ₁₀₀ Zinsen für 1901	» 636,50
	Mk. 16 549,30
Sein restlicher Gewinnantheil per 1901 laut Vertrag	» 1 919,80
	Mk. 18 469,10
Ab seine Entnahme laut Privat-Konto (Kontokorrent mit 4 ⁰ / ₁₀₀ Zinsenabrechnung)	» 2 256,20
	Mk. 16 212,90
Ab die Forderung des unbefriedigten Privatgläubigers X. sammt allen Kosten und Zinsen per 31. Dezember 1901	» 9 285,30
Rest zu Gunsten des ausscheidenden Gesellschafters Y.	Mk. 6 927,60
	(A. f. H. u. K.)

Entscheidung in einer Firmenbezeichnung.

(Kammergerichts-Entscheidung.)

Die Handelskammer von Solingen bringt in ihrem neuesten Berichte folgende beachtenswerthe Mittheilung:

»Von einer Firma des Kammerbezirks X. war die Aenderung der Firmenbezeichnung in 'X ... Werk' beantragt worden.

Auf Anfrage des zuständigen Registerrichters über die etwaige Beanstandung einer solchen Abänderung erstattete die Kammer ihr Gutachten dahin, dass nach dem allgemeinen Sprachgebrauche mit dem Worte ‚Werk‘ der Begriff eines grossen, oder doch grösseren Fabrikunternehmens mit einer bedeutenden Arbeiterzahl verknüpft sei. Die Firma X . . . betreibe aber lediglich ein Versandgeschäft, das fast sämtliche Waaren fertig kaufe und nur wenige Arbeiter in ihrem Betriebe beschäftige.

Die Bezeichnung ‚X . . . Werk‘ würde daher nur geeignet sein, eine Täuschung der öffentlichen Meinung über die Art und den Umfang des Geschäfts der Firma X . . . zu veranlassen und somit gegen § 18 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches verstossen.

[„Der Firma — des Einzelkaufmannes — darf kein Zusatz beigefügt werden, der geeignet ist, eine Täuschung über die Art oder den Umfang des Geschäfts oder die Verhältnisse des Geschäftsinhabers herbeizuführen.“]

Das Kammergericht in Berlin, bei dem gegen die Ablehnung des Antrages Beschwerde geführt wurde, hat sich durch Beschluss vom 7. September 1900 der Auffassung der Solinger Handelskammer angeschlossen. (A. f. H. u. K.)

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(August.)

Konserven.

Das anhaltend trockene Wetter liess die sonst gut stehenden Erbsen nicht zur völligen Entwicklung kommen, so dass reichliche Erträge nur die auf schwerem und feuchtem Boden gewachsenen Erbsen brachten; dahingegen blieben die auf leichtem und trockenem Boden stehenden Erbsen gegen den Normalertrag theilweise weit zurück, so dass sich das Gesamtergebniss auf eine kleine Mittelernte beläuft. Wenngleich auch wieder recht viel dicke Erbsen geerntet wurden, so steht dieses doch nicht im Verhältniss zu den grossen Mengen des vorigen Jahres. Vor allen Dingen war in diesem Jahre auch die Qualität in Bezug auf Zartheit und Wohlgeschmack erheblich besser als in den beiden vorausgegangenen Jahren.

Die Bohnenernte schloss sich der Erbsenernte sehr bald an und brachte den Konservenfabriken wider alles Erwarten noch viel Arbeit. Standen die Bohnen Mitte Juli noch so, dass mit einer Missernte gerechnet werden musste, so erholten sich dieselben in Folge eines ergiebigen Regens derart, dass aus der vermutheten Missernte eine gute Durchschnittsernte wurde. Die im Spargel gepflanzten Bohnen lieferten theilweise sogar ganz ausserordentlich hohe Erträge, welche in ihrer Unberechenbarkeit den Fabrikanten wieder gezeigt haben, dass es eine zwingende Nothwendigkeit ist, neben dem Flächeninhalt auch ein Maximalquantum im Kontrakte mit den Lieferanten zu fixiren.

Die Nachfrage in Konserven lässt noch immer sehr zu wünschen übrig, und dürfte derselben bis jetzt noch jede Fabrik mit ihren verfügbaren Vorräthen gewachsen sein. Ergänzungskäufe der Fabriken unter einander finden daher so gut wie gar nicht statt. Die Preise, zu denen theilweise angeboten wird, sind im Verhältniss zu den hohen Selbstkostenpreisen als nutzbringend nicht mehr zu bezeichnen. Da die Versandzeit nunmehr herankommt, wird sich sehr bald zeigen müssen, ob die Zurückhaltung so mancher Händler, welche bis jetzt noch nicht gekauft haben, eine freiwillige ist, oder ob bei denselben in Folge noch vorhandener grosser Vorräthe die Unmöglichkeit zum Kauf vorliegt. Eine Besserung der Verhältnisse wird davon abhängig sein.

A. W. Querner.

Handelsregister.

(August.)

1. Neueintragungen.

1. Christian Strümpel, Handlung mit Kohlen und Coaks, Hedeper. Inhaber: Agent Christian Strümpel.
2. Minna Schmidt, Handel mit Kolonial-, Material- und Kurzwaren, Bündheim. Inhaberin: Ehefrau des Gestütsbedienten Carl Schmidt, Wilhelmine geb. Hilbrecht.
3. Sally Möllerich, Kolonial- und Manufakturwaarengeschäft, Bevern. Inhaber: Kaufmann Sally Möllerich.
4. Friedrich Meyer, Kolonial- und Materialwaarenhandlung, Bevern. Inhaber: Kaufmann Friedrich Meyer.
5. Ernst Warnecke, Handel mit Mühlenprodukten, Bevern. Inhaber: Mühlenbesitzer Ernst Warnecke.
6. Carl Multhoff, Handel mit Kolonial-, Material-, Eisenwaaren und Kohlen, Lobach. Inhaber: Kaufmann Carl Multhoff.
7. Ernst Heller, Handel mit Mühlenprodukten, Altendorf. Inhaber: Mühlenbesitzer Ernst Heller.
8. Carl Engelke, Holzhandlung, Altendorf. Inhaber: Tischlermeister und Holzhändler Carl Engelke.
9. Ernst Jacob, Handel mit Mühlenprodukten, Forst. Inhaber: Mühlenbesitzer Ernst Jacob.
10. Albert Schreiber, Holzhandlung, Fohlenplacken. Inhaber: Holzhändler Albert Schreiber.
11. Albert Mundt, Holzhandlung, Neubaus. Inhaber: Holzhändler Albert Mundt.
12. August Kaste, Handel mit Kolonial-, Material-, Manufaktur- und Kurzwaren, Fürstenberg. Inhaber: Kaufmann August Kaste.
13. Anton Klostermann, Handel mit Mühlenprodukten, Warbsen. Inhaber: Mühlenbesitzer Anton Klostermann.
14. Heinrich Hausmann, Getreide- und Kolonialwaarenhandlung, Boffzen. Inhaber: Händler Heinrich Hausmann.
15. Seligmann Lebenbaum, Handel mit Kolonialwaaren und Getreide, Boffzen. Inhaber: Kaufmann Seligmann Lebenbaum.
16. August Knop, Baugeschäft, Boffzen. Inhaber: Bauunternehmer August Knop.
17. Heinrich Pooch, Handel mit Manufakturwaaren, Boffzen. Inhaber: Manufakturwaarenhändler und Schneidermeister Heinrich Pooch.
18. Heinrich Friedrich Hausmann, Handel mit Manufakturwaaren, Boffzen. Inhaber: Manufakturwaarenhändler und Schneidermeister Heinrich Friedrich Hausmann.
19. August Gronemann, Handel mit Material- und Kolonialwaaren und Kohlen, Brückfeld bei Boffzen. Inhaber: Kaufmann August Gronemann.
20. C. Müller, Maschinenfabrik, Forst. Inhaber: Wittwe des Maschinenfabrikanten Carl Müller, Caroline geb. Teiwes, Maschinentechniker Carl Müller, Maschinenbauer Friedrich Müller, unverheiratete Frieda Müller, der minderjährige Otto Müller, der minderjährige August Müller.
21. Fritz Gronemann, Käsefabrik und Himbeerversandgeschäft, Brückfeld bei Boffzen. Inhaber: Kaufmann Fritz Gronemann.
22. Robert Salbach, Material-, Putz-, Wollwaaren, Mehl- und Futterartikel, Vallstedt. Inhaber: Kaufmann Robert Salbach.
23. Fritz Panse, Möbelhandlung mit Dekorationsgeschäft, Schöningen. Inhaber: Tapezierer Friedrich Panse.
24. August Lünig, Drechserei und Kurzwaarenhandlung, Schöningen. Inhaber: Drechslermeister August Lünig.
25. August Meyer, Materialwaarenhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann August Meyer.
26. Richard Massmann, Möbelhandlung, Schöningen. Inhaber: Tapezierer Richard Massmann.

27. August Wesemann, Kolonial- und Materialwaarenhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann August-Wesemann.
28. Reinhold Lampe, Droguen-, Chemikalien-, Wein- und Cigarrenhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Reinhold Lampe.
29. Christian Vahldiek, Zimmerei und Holzhandlung, Schöningen. Inhaber: Kreiszimmermeister Christian Vahldiek.
30. Gebr. Uhde, Möbelgeschäft und Sattlerei, Stadtoldendorf. Inhaber: Tapezierer Otto und Friedrich Uhde.
31. Emil Borchers, Manufaktur- und Materialwaarenhandlung, Hedeper. Inhaber: Kaufmann Emil Borchers.
32. Friedrich Miche, Holz- und Kohlenhandlung, Thiede. Inhaber: Friedrich Miche.
33. A. Ohnesorge, Bankgeschäft, Handlung mit Futterartikeln und Düngemitteln, Schöppenstedt. Inhaber: Kaufmann Albert Ohnesorge.
34. Braunschweiger Gummi-Manufaktur Ernst August Grossklaus, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Ernst August Grossklaus.
35. Heinrich Becker, Kolonial- und Materialwaarenhandlung, Boffzen. Inhaber: Gastwirth Heinrich Becker.
36. Hermann Roloff, Kolonial- und Materialwaarenhandlung, Fürstenberg. Inhaber: Bäckermeister Hermann Roloff.
37. Harzer Maschinenfabrik von Probst & Kamphenkel, offene Handelsgesellschaft, Maschinenfabrikation für Ziegeleien und dergl. und von Hebezeugen, Wieda. Inhaber: die Ingenieure Friedrich Kamphenkel und Wilhelm Probst.
38. Julius Bergmann, Gypsfabrikation, Walkenried. Inhaber: Fabrikant Julius Bergmann in Hattingen.
39. A. Stoffregen & Sohn, Handel mit Material- und Kolonialwaaren, Kurzwaaren und Futterartikeln, Dettum. Inhaber: Ehefrau des Kaufmanns Otto Stoffregen, Auguste geb. Lambrecht, und deren Sohn, Kaufmann Rudolf Stoffregen. Offene Handelsgesellschaft, begonnen 7. August 1901.
40. Fr. Kruse, Börssum, Zweigniederlassung der in Goslar befindlichen Hauptniederlassung, Geschäftsweig, Getreide-, Futterartikel und Düngemittel-Geschäft. Inhaber: Friedrich Kruse in Goslar.
41. Wilhelm Meyer, Handel mit Material-, Kurz-, Woll- und Zeug-, sowie Fleisch- und Wurstwaaren, Dettum. Inhaber: Materialwaarenhändler Wilhelm Meyer.
42. Dampfmolkerei Kalme, Karl Lindemann, Herstellung und Vertrieb von Molkereierzeugnissen, Kalme. Inhaber: Karl Lindemann.
43. Carl Schwannecke, Handel mit Materialwaaren, Mehl- und Futterartikeln, Thiede. Inhaber: Carl Schwannecke.
44. Wilhelm Rzehak, Handlung mit Herren- und Knabengarderobe, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Rzehak.
45. Jul. Kaminsky, Buchdruckerei, verbunden mit einem Verlagsgeschäfte und einer Buch- und Papierhandlung, Schöningen. Inhaber: Marie und Paul Kaminsky.
46. Der Stellen-Bote Johannes Althaus, Zeitungsverlag, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Johannes Althaus.
47. August Gudehus, Handel mit Material- und Kolonialwaaren, sowie Kohlen und Dünger, Börssum. Inhaber: Kaufmann August Gudehus.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Wilh. Kühner & Co., Braunschweig. Die Ehefrau des Cigarrenfabrikanten Wilhelm Kühner, Anna geb. Kühner, ist seit dem 1. Januar d. J. aus der offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden und dagegen der Kaufmann Ernst Kühner seit jenem Tage in dieselbe als Theilhaber eingetreten.
2. Albert Limbach, G. m. b. H., Braunschweig. Die Zweigniederlassung in Berlin ist aufgegeben.
3. Aktiengesellschaft Zuckerfabrik Oestrum. Der Gesellschaftsvertrag ist abgeändert. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt nach aussen durch die Mitwirkung je zweier Direktionsmitglieder. Das Grundkapital ist um 14 500 Mk. auf 386 500 Mk. durch Ausgabe von 29 Namensaktien zu je 500 Mk. zum Ausgabekurse von 105 Prozent erhöht.

4. Aktien-Zuckerfabrik Hoiersdorf. Die Vorstandsmitglieder Otto Müller und H. Almes sind wiedergewählt und der Amtmann Henties zu Wobbeck neu in den Vorstand gewählt.
5. F. Jürgens II. & Co., Stadtoldendorf. Der Mitinhaber der Firma, Kaufmann Christel Weibchen, früher in Hannover, ist aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Eintragung vom 22. Februar 1901, betreffend die dem Kaufmann Christel Weibchen durch einstweilige Verfügung vom 7. Februar 1901 entzogene Befugniß zur Geschäftsführung und Vertretung der Firma ist gelöscht. Die beiden Gesellschafter haben den bestehenden Gesellschaftsvertrag dahin abgeändert, dass hinfort die Firma nur von beiden Gesellschaftern gemeinschaftlich vertreten und gezeichnet werden kann.
6. I. Kugelman & Sohn, Holzminden. Der Kaufmann Isaak Kugelman ist aus der Gesellschaft ausgetreten und an seiner Stelle der Kaufmann Sally Kugelman als Gesellschafter eingetreten.
7. C. Glas, Wolfenbüttel. Inhaber ist jetzt Kaufmann Ernst Stiddien.
8. Hermann Heege, Wolfenbüttel. Die Firma lautet jetzt: Hermann Heege Erben. Inhaber: Wittve des weiland Kaufmanns Hermann Heege, Auguste geb. Herbst, Kaufmann Franz Heege. Offene Handelsgesellschaft, beginnend am 15. August 1901.
9. Gebr. Küpper, Wolfenbüttel. Die Firma lautet jetzt: Küpper & Brick, Schlossbrauerei. Inhaber: Brauereibesitzer Hermann Küpper, Braumeister Richard Brick. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. Juni 1901.
10. Aktienzuckerfabrik Seesen. An Stelle des durch Tod aus dem Vorstände ausgeschiedenen Rentners Rudolf Lohmann ist der Landwirth Fritz Bittelmann als Mitglied in den Vorstand gewählt.
11. Otto Wetzell & Co., Braunschweig, Zweigniederlassung der in Berlin bestehenden Hauptniederlassung. Die Inhaber Schuhfabrikant Otto Wetzell und Kaufmann Harry Marcuse zu Berlin haben den Kaufmann Salomon Marcuse zu Berlin in die offene Handelsgesellschaft aufgenommen.
12. Braunschweiger Fahrradwerke, Aktiengesellschaft in Braunschweig. Der Kaufmann Ernst Simson ist aus dem Vorstände ausgeschieden und sind an dessen Stelle die Kaufleute Iwan Freudenthal und Ferdinand Siemens in den Vorstand gewählt.
13. August Westphal, Inhaber: Albert Klein, Gandersheim. Der Kaufmann Albert Klein in Gandersheim, welcher das unter der Firma Aug. Westphal bislang geführte Handelsgeschäft pachtweise erworben hat, wird dasselbe unter der abgeänderten Firma fortführen.
14. Helmstedter Glashütte, Albert Kahn & Comp. in Helmstedt. Die persönlich haftenden Gesellschafter, Glasmacher Wilhelm Schlieker, Rudolf Schlieker, Carl Schlieker und Wilhelm Dreier sind aus der Gesellschaft ausgeschieden und die übrigen Gesellschafter, die Glasmacher Carl und Emil Herzog und der Kaufmann Albert Kahn setzen die Gesellschaft und das Geschäft unter der bisherigen Firma fort. Zur Zeichnung der Firma ist allein der p. Albert Kahn berechtigt.
15. Aktienzuckerfabrik Schöppenstedt in Schöppenstedt. Der Landwirth Fritz Barnstorf in Uehrde ist als Vorstandsmitglied für die nächsten fünf Jahre wiedergewählt.
16. Aktien-Zuckerfabrik Mattierzoll. Der Landwirth Ludwig Lindhauer in Klein Winnigstedt ist als Vorstandsmitglied für die nächsten vier Jahre wiedergewählt.
17. Altschwager & Co., Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Technikers Heinrich Altschwager, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebnahme der Aktiva und Passiva von der Wittve des General-Agenten Ernst Lahmann, Elisabeth geb. Hölter, unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
18. Eduard Krüger, Wolfenbüttel. Inhaber ist jetzt die Wittve des Lohgerbermeisters Eduard Krüger, Aurelie geb. Schweinhagen.
19. August Wiegerring, Kriensen. Das Geschäft mit sämtlichen Aktiven und Passiven ist vom 15. Februar d. J. an auf den Maurermeister Wilhelm Wiegerring in Kriensen übergegangen.

3. Löschungen.

1. J. Hallenstein Nachfolger, Halle i. Br.
2. Carl Kuthe, Vechelde.
3. Kalkwerk Lamme, Hr. Sticher.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. A. Ohnesorge, Schöppenstedt. Dem Kaufmann Erich Busse.
2. Eduard Krüger, Wolfenbüttel. Dem Lohgerber Otto Krüger und dem Kaufmann Ernst Krüger.

5. Prokura-Löschungen.

1. Wilh. Kühner & Co., Braunschweig. Kaufmann Ernst Kühner.
2. W. Veth, Aktiengesellschaft, Gandersheim. Kaufmann Philipp Marcus.
3. C. Glas, Wolfenbüttel. Kaufmann Ernst Stiddien.
4. Braunschweiger Fahrradwerke Aktiengesellschaft, Braunschweig. Kaufleute Iwan Freudenthal und Ferdinand Siemens.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

Konsumverein Merkur zu Schöningen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Mitglieder des Vorstandes sind: Kaufmann Robert Bögershausen, Klempnermeister Carl Nebel.

2. Abänderungen.

1. Beamten-Konsum-Verein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Wolfenbüttel. Das Statut ist dahin geändert, dass die Firma nunmehr lautet: Beamten-Konsum-Verein zu Wolfenbüttel, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
2. Elektrizitätswerk Söllingen-Jerxheim, e. G. m. b. H. Für das behinderte Vorstandsmitglied, Gutsbesitzer Ferdinand von Alten aus Jerxheim, ist der Gutsbesitzer Robert Kahmann daselbst zum Vertreter bestellt.
3. Vereinigte Dienstmänner, E. G. m. u. H., Braunschweig. Die Genossenschaft ist mit dem 1. August d. J. in Liquidation getreten, welche von dem bisherigen Vorstand ausgeführt wird. Die Liquidationsfirma: Vereinigte Dienstmänner, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Liquidation, wird von den Dienstmännern Wilhelm Schuhmacher, Christian Wittweg und Wilhelm Zier gemeinschaftlich gezeichnet.
4. Germania-Brauerei zu Wolfenbüttel, G. m. b. H. Der Braumeister Vogl ist an Stelle des verstorbenen Geschäftsführers Lorenz Bötzel zum Geschäftsführer der Germania-Brauerei bestellt und zur kollektiven Zeichnung der Firma mit dem Geschäftsführer Schaare berechtigt.
5. Molkerei-Genossenschaft Naensen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des ausgeschiedenen Halbspäners August Brinkmann ist der Kleinköther Christian Strohmeier in Naensen zum Vorstandsmitgliede bestellt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Wilhelm Fricke, Kürschnermeister, Schöningen. 29. Juli 1901.
2. August Thiele, Liniirantaltbesitzer, Braunschweig. 13. August 1901.
3. Wilhelm Heutling, Landwirth und Vollköther, Tiddiche. 22. August 1901.
4. Christian Bartölke, Kornhändler, Mahlum. 28. August 1901.

2. Aufhebungen.

1. Wenzel genannt Wilhelm Schuch, Tischlermeister, Bürgerei.
2. Karl Blanke, Cigarrenhändler, Braunschweig.
3. B. F. Meier, Handelsgesellschaft, Braunschweig.
4. Dr. med. Max Bungert, Braunschweig.
5. Wilhelm Lüddecke, Ackergehilfe, Lehdorf.
6. H. Schlichthaar, Ackermann, Rothenkamp.
7. August Könnecke, Bäckermeister, Braunschweig.

Eingegangene Bücher.

Mit Redaktionsschluss per Juni, also alle neuen Bestimmungen bis dahin enthaltend, erschien soeben in elfter Auflage Oberpostsekretär Hettler's bekanntes **Postbuch** für den Verkehr im Reich, Bayern und Württemberg. Von der Generaldirektion der Königlich Württembergischen Posten und Telegraphen amtlich eingeführt und für alle Postämter angeschafft, kann dies wohl als der beste Beweis dafür gelten, dass wir es hier mit einem Postbuch zu thun haben, welches absolut lückenlos und daher von grösster Zuverlässigkeit ist. Wer Zeit, Mühe, Verdross und oft viele Mark Porto sparen will, benutze dieses in jedem Kontor und Bureau unentbehrliche Buch. Neben der Ausgabe à 2 Mk. haben die Verleger auch eine solche mit Registerzungen auf stärkerem Papier à 3 Mk. herausgegeben. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch Greiner & Pfeiffer, Hofbuchdrucker in Stuttgart.

A. Hampe, **Das partikuläre Braunschweigische Privatrecht**. Zweite Auflage. Die Vorzüge des vorstehenden Werkes, das eine umfassende Darstellung des gesammten, im Herzogthume geltenden Partikularrechts bietet, haben es in den sechs Jahren seines Bestehens schnell zu einem unentbehrlichen Rathgeber für Juristen wie Laien gemacht. Die neuen Reichsgesetze, insbesondere das Bürgerliche Gesetzbuch, das eine ganze Reihe landesgesetzlicher Bestimmungen ersetzt hat, haben nunmehr eine Neuauflage des Buches erforderlich gemacht, die bereits vorliegt. Mit grossem Fleiss und Geschick hat der Verfasser die vielen Schwierigkeiten zu lösen gewusst, die die Frage, wie weit die Reichsgesetzgebung unser Privatrecht beeinflusst hat, ergab, und dadurch dem Buche einen neuen Werth verliehen. Wie es jetzt vorliegt, bildet es für unser Land eine willkommene, ja fast unentbehrliche Ergänzung der Verwendung unserer Reichsgesetze privatrechtlichen Inhalts.

Wir können daher das Buch Jedem, auch dem Nichtjuristen, nur warm empfehlen, da es ihm nicht nur gestattet, sich über manche Rechtsfrage des praktischen Lebens (z. B. das Gesinderecht) selbst zu instruiren, sondern auch aus ihm die Kenntniss der Gestaltung so mancher Einrichtung des öffentlichen Lebens zu schöpfen. Wir erinnern z. B. an die Darstellung des Kammergutes und anderer Abschnitte aus dem Privatfürstenrechte, der Realgenossenschaften, der Rechtsverhältnisse von Staat und Gemeinden, des Herzöglichen Leihhauses, der Landesbrandversicherungsanstalt, an die Abschnitte über die baupolizeilichen Beschränkungen des Grundeigenthums, das Expropriationsverfahren, die Erbschaftssteuer und andere Materien von allgemeinem Interesse.

B.

Lehrlingsheim.

Wie uns mitgetheilt wird, hat das hiesige kaufmännische Lehrlingsheim vom 1. Oktober d. J. seine Versammlungsräume nach Balhorn's Brauerei-Ausschank, Güldenstrasse 43, verlegt. Die Versammlungen finden wie bisher von 4 bis 9 Uhr an jedem Sonntage statt. Neuanmeldungen nimmt der Leiter, Herr Lehrer Theodor Sander, Eulenstrasse 9 I, entgegen.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 10.

Braunschweig, Oktober 1901.

XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomastrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass wir in unserer Plenarversammlung vom 7. Oktober d. J. zu Wahlvorstehern für die im nächsten Etatsjahre nothwendigen Neuwahlen zur Handelskammer ernannt haben:

1. Für den Kreis Braunschweig: Herrn Kaufmann Otto Lüttge hierselbst;
2. für den Kreis Wolfenbüttel: Herrn Direktor Dr. Pfeiffer (Wendessen);
3. für den Kreis Helmstedt: Herrn Bergwerksdirektor Otto Falinsky (Helmstedt);
4. für den Kreis Holzminden: Herrn Kaufmann Heinrich Rehn (Holzminden);
5. für den Kreis Gandersheim: Herrn Stadtrath Louis Ballin (Gandersheim);
6. für den Kreis Blankenburg a. H.: Herrn Kaufmann August Corves (Blankenburg a. H.).

Braunschweig, den 8. Oktober 1901.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Gewerbliche Fortbildungsschulen.

Von Dr. jur. W. Schmidt, Wissenschaftlichem Hilfsarbeiter an der Handelskammer.
(Fortsetzung statt Schluss.)

10A. In welcher Frist muss die Anmeldung geschehen, und wer ist für die rechtzeitige Anmeldung verantwortlich?

Die Fristen zur An- und Abmeldung sind in den einzelnen Orten ziemlich übereinstimmend geregelt. Die Anmeldung hat in

der Regel innerhalb sechs Tagen nach Annahme des Schulpflichtigen durch den Arbeitgeber zu erfolgen, der auch seinerseits für die rechtzeitige Anmeldung verantwortlich ist.

Die sogenannte Probezeit entbindet nicht von dieser Verpflichtung.

In Lissa in Posen hat die Anmeldung bald (!) nach Aufnahme des Lehrlings zu geschehen, in Detmold und Biebrich ist keine Frist festgesetzt, jedoch sind Eltern, Vormünder, Arbeits- und Lehrherren straffällig, wenn sie die Verpflichteten zum Besuche nicht anhalten. Die übrigen Abweichungen giebt die Zusammenstellung an.

Die Anmeldung muss geschehen:

a) In den grösseren Städten.

Sofort nach Eintritt in:	Innerhalb 3 Tagen in:	Innerhalb 6 Tagen in:	Innerhalb 8 Tagen in:	Innerhalb 14 Tagen in:	Wer ist für die Anmeldung verantwort- lich?
1. Freiburg i. Br.		1. Frankfurt a. O. 2. Magdeburg 3. Bochum 4. Danzig 5. Altona 6. Posen 7. Hannover 8. Erfurt 9. Strassburg 10. Potsdam 11. Wiesbaden	1. Duisburg		Der Gewerbe- unter- nehmer

b) In den kleineren Städten.

Sofort nach Eintritt in:	Innerhalb 3 Tagen in:	Innerhalb 6 Tagen in:	Innerhalb 8 Tagen in:	Innerhalb 14 Tagen in:	Wer ist für die Anmeldung verantwort- lich?
		1. Hildesheim 2. Altena 3. Alt-Zabrze 4. Göttingen	1. Meiningen		Der Gewerbe- unter- nehmer

Sofort nach Eintritt in:	Innerhalb 3 Tagen in:	Innerhalb 6 Tagen in:	Innerhalb 8 Tagen in:	Innerhalb 14 Tagen in:	Wer ist für die Anmeldung verantwort- lich?
1. Gera	1. Schleswig	5. Celle 6. Halberstadt 7. Allenstein 8. Geestemünde			Der Gewerbe- unter- nehmer
2. Heidelberg	2. Eisenach	9. Eschwege 10. Merseburg 11. Oppeln 12. Neustrelitz 13. Bielefeld 14. Marienburg		1. Elmshorn 2. Bocken- heim	

10B. In welcher Frist muss die Abmeldung erfolgen, und wer hat dieselbe zu bewirken?

Die Abmeldung hat in der Regel spätestens am dritten Tage nach Entlassung des Schulpflichtigen aus der Arbeit stattzufinden.

In Detmold und Biebrich ist keine Frist festgesetzt; gleichfalls ist in Merseburg über die Abmeldung keine Bestimmung getroffen.

Im Einzelnen hat sie zu erfolgen:

a) In den grösseren Städten.

Sofort nach dem Austritt in:	Spätestens am 3. Tage in:	Spätestens am 6. Tage in:	Spätestens am 8. Tage in:	Spätestens am 14. Tage in:	Wer hat die Abmel- dung zu bewirken?
1. Freiburg i. Br.	1. Frankfurt a. O. 2. Magdeburg 3. Duisburg 4. Bochum 5. Danzig 6. Altona				Der Ge- werbe- unter- nehmer
	7. Posen 8. Hannover 9. Erfurt 10. Strassburg 11. Potsdam 12. Wiesbaden				

b) In den kleineren Städten.

Sofort nach dem Austritt in:	Spätestens am 3. Tage in:	Spätestens am 6. Tage in:	Spätestens am 8. Tage in:	Spätestens am 14. Tage in:	Wer hat die Abmeldung zu bewirken?
	1. Hildesheim		1. Meiningen		Der Gewerbeunternehmer
	2. Altena				
	3. Alt-Zabrze				
	4. Göttingen	1. Schleswig			
	5. Celle				
	6. Halberstadt				
	7. Allenstein				
	8. Geestemünde				
	9. Eisenach				
1. Gera					
2. Eschwege					
	10. Oppeln				
	11. Neustrelitz				
	12. Bielefeld				
	13. Marienburg				
				1. Elmshorn	
3. Heidelberg	14. Bockenheim bei Frankfurt a. M.				

11. Wie hoch ist das Schulgeld bemessen, und von wem muss es bezahlt werden?

Die Frage des Schulgeldes ist nicht in übereinstimmender Weise gelöst. Einzelne Gemeinden leiten aus dem Zwange zum Besuche der Schule für sich die Pflicht ab, kein Schulgeld zu erheben. Im Grossen und Ganzen wird die Frage zumeist vom finanziellen Standpunkte aus entschieden werden, und es wird sich hiernach auch die Höhe des Schulgeldes richten.

Ebenso ist eine offene Frage, wer das Schulgeld bezahlen soll, ob der Arbeitgeber oder die Eltern. Die folgende Aufstellung giebt einen Ueberblick über die verschiedenartige Regelung dieses Punktes.

A. Grössere Städte.

Stadt	Wird Schulgeld erhoben?	Wie hoch ist dasselbe?			Von wem muss es bez. werden?	
		pro Viertel- jahr	pro Halbjahr	pro Jahr	Vom Arbeitgeber	Von den Eltern resp. Schülern
1. Frankfurt a. O.	Ja	1 Mk.			Vom Arbeitg.	—
2. Königsberg	»	3 Mk.	pro Unterrichtskurs.		»	—
3. Magdeburg	»			6 Mk.	»	—
4. Duisburg	»			10 »	»	—
5. Bochum	Ja { F. Einh. » Ausw.		3, 4, 6 Mk. 6, 8, 12 » je nach d. Kl.		Keine Vorschrift	
6. Danzig	Nein	—	—	—	—	—
7. Altona	»	—	—	—	—	—
8. Posen	»	—	—	—	—	Von d. Eltern
9. Freiburg i. Br.	Ja			4 Mk.	—	» » Schül.
10. Hannover	»		2 Mk.		—	» » Eltern
11. Strassburg	»		4 »		Vom Arbeitg.	—
12. Potsdam	»		1,50 Mk.		»	—
13. Erfurt	»	1 Mk.		—	—	—
14. Wiesbaden	Nein	—	—	—	—	—

B. Kleinere Städte.

Stadt	Wird Schulgeld erhoben?	Wie hoch ist dasselbe?				Von wem muss es bezahlt werden?	
		pro Monat	pro Vierteljahr	pro Halb- jahr	pro Jahr	Vom Arbeit- geber	Von den Eltern resp. Schülern
1. Hildesheim	Ja			4 Mk.		—	V. d. Eltern
2. Küstrin	Nein			—	—	—	—
3. Meiningen	Ja		1,70 Mk.			V. Arb.	V. d. Eltern
4. Altena	»		0,75 »			»	—
5. Alt-Zabrze	»	1 Mk.			4,6 bez. 7 Mk.	—	V. d. Schül.
6. Göttingen	»			—	—	—	—
7. Schleswig	Nein	—	—	—	—	—	V. d. Eltern
8. Celle	Ja {		1 Mk. b. 2 St. 1,50 » » 4—6 2 » » 8—10	—	—	—	—
9. Halberstadt	Nein	—	—	—	—	{ 0,50 Mk. pro Monat, wird nur von freiw. Schülern erhoben.	
10. Allenstein	»	—	—	—	—	—	—
11. Geestemünde	»	—	—	—	—	—	—
12. Eisenach	»	—	—	—	—	V. Arb.	—
13. Gera	Ja		1,50 Mk.		4 Mk. b. 6 St. 6 » » 8 » SS. 1 Mk. WS. 3 »	—	V. d. Eltern
14. Eschwege	»					—	»
15. Detmold	»					—	—

Stadt	Wird Schulgeld erhoben?	Wie hoch ist dasselbe?				Von wem muss es bezahlt werden?	
		pro Monat	pro Vierteljahr	pro Halb- jahr	pro Jahr	Vom Arbeit- geber	Von den Eltern resp. Schülern
16. Merseburg .	Nein	—	—	—	—	—	—
17. Lissa in Posen	»	—	—	—	—	—	—
18. Oppeln . . .	Ja	—	0,75 Mk.	—	—	V. Arbz.	—
19. Neustrelitz .	»	—	0,50 »	—	—	—	V. d. Schül.
20. Bielefeld . .	Nein	—	—	—	—	—	—
21. Marienburg .	»	—	—	—	—	—	—
22. Elmshorn . .	Ja	—	—	3 Mk.	—	Ist gleichgültig	—
23. Biebrich . .	N. f. Zeich.	—	1 Mk.	—	—	—	—
24. Bockenheim .	Nein	—	—	—	—	—	—
25. Heidelberg .	Ja	—	—	—	7 Mk.	—	V. d. Eltern

12. Wird Eintrittsgeld erhoben?

Eintrittsgeld wurde nur in einer Stadt erhoben und zwar in Detmold im Betrage von 1 Mk.

13. Wie setzt sich der Schulvorstand zusammen?

Die Zusammensetzung des Schulvorstandes ist äusserst verschieden und in den einzelnen Orten folgendermaassen gestaltet:

A. Grössere Städte.

Er besteht in:

1. Frankfurt a. O. . .	Aus 1 Magistratsmitglieder (Bürgermeister), 4 Bürgern, dem Leiter.
2. Königsberg i. Pr. .	» 2 Magistratsmitgliedern und 5 Bürgern (von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt).
3. Danzig	» dem Oberbürgermeister, einem zweiten Magistratsmitglieder, dem Leiter.
4. Erfurt	» 3 Magistratsmitgliedern, 6 Bürgern (von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt), dem Leiter.
5. Duisburg	» dem Oberbürgermeister, dem Stadtschulinspektor, 5 Bürgern.
6. Magdeburg	» Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten, Gewerbetreibenden, Arbeitern, dem Stadtschulrath und dem Leiter der Schule.

7. Bochum	Aus 1 besoldeten Stadtrath (Vorsitzender), dem Leiter und 6 Bürgern.
8. Posen	» dem Dezernten für das gewerbliche Schulwesen bei der Königlichen Regierung (Vorsitzender), dem Leiter (Stellvertreter), 7 Mitgliedern (3 ernannt die Regierung, 4 die städtischen Behörden).
9. Hannover	» 3 Magistratsmitgliedern, 2 Bürgervorstehern, dem Stadtschulrath, 1 Vertreter des Regierungspräsidenten, 3 Mitgliedern aus dem Handwerkerstande, dem Leiter.
10. Potsdam	» 3 Magistratsmitgliedern, 3 Stadtverordneten, 2 Sachverständigen, dem Leiter.
11. Altona	Besonderer Vorstand besteht nicht, Verwaltung besorgt die städtische Schulbehörde.
12. Strassburg i. E.	Aufsichtskommission soll erst gebildet werden.
13. Wiesbaden	Aus Mitgliedern des Vorstandes des Gewerbevereins, des Magistrates und der Stadtverordneten-Versammlung.
14. Freiburg i. Br.	» einem lokalen Gewerbeschulrath, der dem Grossherzoglichen Gewerbeschulrath untergeordnet ist.

Er besteht in:

B. Kleinere Städte.

1. Hildesheim	Aus 2 Magistratsmitgliedern, 2 Bürgervorstehern, dem Leiter, 5 Angehörigen des Gewerbestandes, 3 Angehörigen des Handelsstandes.
2. Küstrin	» dem Magistrat.
3. Meiningen	» dem Bürgermeister, dem Leiter, 3 Mitgliedern (vom Gemeinderath auf 3 Jahre gewählt).
4. Altena	» dem Bürgermeister, einem weiteren Magistratsmitgliede, dem Leiter, 4 Mitgliedern (von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt), wovon 2 Stadtverordnete und 2 Handwerker.
5. Alt-Zabrze	» dem Kreisschulinspektor und 6 Innungsmeistern.
6. Göttingen	» 2 Magistratsmitgliedern, 2 Bürgervorstehern, dem Leiter.
7. Schleswig	» 1 Magistratsmitgliede, 3 Stadtverordneten, 4 Gewerbetreibenden, dem Leiter.
8. Celle	» 1 Magistratsmitgliede, 1 Bürgervorsteher, dem Leiter, 3 Handwerksmeistern.
9. Halberstadt	» Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten, Gewerbeunternehmern und Schulmännern.
10. Allenstein	» dem Bürgermeister, 1 Fabrikbesitzer, 1 Handwerker, 1 Gymnasialprofessor, 1 Kreisschulinspektor und dem Leiter.
11. Geestemünde	» 2 Magistratsmitgliedern, 2 Mitgliedern (jährlich vom Bürgervorsteher-Kolleg. zu wählen) und dem Leiter.
12. Eisenach	» dem Oberbürgermeister, dem Leiter, 2 Handwerksmeistern (vom Gewerbeverein zu wählen).

- | | |
|--|---|
| 13. Gera | Aus 2 Magistratsmitgliedern (darunter der Oberbürgermeister als Vorsitzender), 2 Gemeinderathsmitgliedern, dem ersten Geistlichen und 2 Rektoren. |
| 14. Eschwege | » dem Bürgermeister, dem Leiter, 1 Magistratsmitgliede, 1 Stadtverordneten, 3 Handwerksmeistern. |
| 15. Detmold | » dem Bürgermeister, 1 von der Regierung ernannten Mitglieder, 2 von der städtischen Behörde aus den Baugewerbetreibenden gewählten Mitgliedern, dem ersten Lehrer der Schule. |
| 16. Merseburg | » 2 Magistratsmitgliedern, 2 Stadtverordneten, 1 Handwerksmeister, 1 Rektor. |
| 17. Lissa in Posen | » dem Landrath (Vorsitzender), dem Oberbürgermeister (Stellvertreter), 1 Mitglieder aus dem Lehrstande (Gymnasial-Professor), 3 Mitgliedern aus den gewerblichen Kreisen, dem Leiter. |
| 18. Oppeln | » 1 Magistratsmitgliede und 4 Bürgern (Handwerker). |
| 19. Neustrelitz | » 1 Magistratsmitgliede, 1 Grossherzoglichen Baumeister, dem Leiter, 2 Gewerbetreibenden. |
| 20. Bielefeld | » dem zweiten Bürgermeister, dem Leiter, 2 Stadtverordneten, 5 Gewerbetreibenden. |
| 21. Marienburg | » dem Bürgermeister und mehreren Mitgliedern des Gewerbestandes. |
| 22. Elmshorn | » dem Vorstände des Fortbildungsschulvereins. |
| 23. Biebrich | » Mitgliedern des Gewerbevereins. |
| 24. Bockenheims. Frankfurt a. M. | » Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten, Gewerbetreibenden, Arbeitern, dem Stadtschulrath und dem Leiter der Schule. |
| 25. Heidelberg | » einem lokalen Gewerbeschulrath, der dem Grossherzoglichen Gewerbeschulrath unterstellt ist. |

14. Wird vom Staate ein Zuschuss zu den Kosten der Schule geleistet, und in welcher Höhe?

Nur in einigen wenigen Orten werden die Schulen von der Stadt allein unterhalten, in den meisten giebt der Staat einen Zuschuss, mitunter einen recht namentlichen. Er schwankt zwischen einem Viertel und zwei Dritteln. Die Stadt hat im Allgemeinen für die Unterhaltung der Schulräume, für deren Beleuchtung und Heizung Sorge zu tragen.

In Danzig, Posen und Marienburg, woselbst die Schulen staatlich sind auf Grund des Gesetzes, betreffend die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreussen und Posen vom 4. Mai 1886, werden dieselben auch vom Staate allein unterhalten.

Zur Veranschaulichung über den Zuschuss diene folgende Tabelle:

A. Grössere Städte.

Stadt unterhält allein die An- stalt in	Staat giebt Zuschuss			Bemerkungen
	wo?	wieviel?		
		verhältniss- mässig	überhaupt	
1. Königsberg	1. Frankfurt a.O.	$\frac{2}{3}$	bis z. Höhe v. 25 000 Mk.	Stadt circa 20 000 Mk. für Unterhalt des eigenen Gebäudes Reinigung, Verzin- sung des Anlage- kapitals u. s. w.
	2. Magdeburg .	$\frac{1}{2}$	8400 »	
	3. Duisburg . .		6250 »	
	4. Bochum . .		68 000 »	
	5. Danzig . . .			
	6. Altona . . .	$\frac{1}{2}$	3 000 »	
	7. Freiburg . .			
	8. Hannover . .	$\frac{1}{3}$		
	9. Erfurt . . .	$\frac{1}{2}$		
	10. Potsdam . .	$\frac{2}{3}$		
	11. Posen . . .		30 000 »	
2. Strassburg i. E.				
3. Wiesbaden				

B. Kleinere Städte.

Stadt unterhält allein die An- stalt in	Staat giebt Zuschuss			Bemerkungen
	wo?	wieviel?		
		verhältniss- mässig	überhaupt	
1. Meiningen	1. Hildesheim .	(ca. $\frac{1}{3}$)	5000 Mk.	Stadt 8500 Mk.
	2. Küstrin . .	$\frac{1}{2}$	1600 »	
	3. Altena . . .	$\frac{1}{2}$	950 »	{ Stadt 1083 Mk., Gew.- Verein 400 Mk. Stadt 2385 Mk. » 4494 » » 2100 »
	4. Alt-Zabrze .	nach Bedarf		
	5. Göttingen .	$\frac{1}{2}$		
	6. Schleswig .	(ca. $\frac{2}{3}$)	2450 »	
	7. Celle . . .	(ca. $\frac{1}{2}$)	2600 »	
	8. Halberstadt.	(ca. $\frac{1}{2}$)	4490 »	
	9. Allenstein .	(ca. $\frac{1}{2}$)	2850 »	
	10. Geestemünde		2515 »	
2. Eisenach				
3. Gera				

Stadt unterhält allein die An- stalt in	Staat giebt Zuschuss			Bemerkungen
	wo?	wieviel?		
		verhältniss- mässig	überhaupt	
4. Bockenheim bei Frankfurt a. M.	11. Eschwege .	(ca. $\frac{2}{3}$)	2400 Mk.	{ Stadt 1055 Mk., Kreis 245 Mk.
	12. Detmold . .	(ca. $\frac{1}{4}$)	900 »	Stadt 3000 Mk.
	13. Oppeln . . .	$\frac{1}{2}$	1300 »	» 1250 »
	14. Neustrelitz .	(ca. $\frac{1}{2}$)	1500 »	{ » 200 » , Gew.- Stiftg. 1000 Mk.
	15. Merseburg .		1680 »	
	16. Bielefeld . .	$\frac{1}{2}$		
	17. Marienburg .	$\frac{1}{1}$		
	18. Elmshorn .	(ca. $\frac{2}{3}$)	1160 »	Stadt 570 Mk.
	19. Biebrich			
	20. Heidelberg .	(ca. $\frac{1}{4}$)	7000 »	» 23 000 »

(Schluss folgt.)

XLVII. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

Montag, den 7. Oktober 1901,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Lemmer, Baumgarten, Gerecke, Lüttge, Meyer und

Sander, sämmtlich aus Braunschweig, Tielecke (Wolfenbüttel), Wiesmann (Harzburg), Falinsky (Helmstedt), Stadtrath Ballin (Gandersheim), Walter (Seesen), Liebold (Holzminden), Rehn (Holzminden), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, der Assistent F. Stegemann, Regierungsassessor Bartels, sowie der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Schmidt.

Entschuldigt fehlen die Herren: Dr. Bartz (Braunschweig), Dorguth (Helmstedt), Rückert (Frellstedt), Kebbel (Schöningen), Strümpell (Schöppenstedt), Dr. Pfeiffer (Wendessen), Buchholz (Rübeland) und Corves (Blankenburg).

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 11¹/₄ Uhr und begrüsst zunächst die beiden neugewählten Mitglieder, die Herren Hoflieferant Otto Meyer und Kaufmann Friedrich Sander.

Hiernach giebt er folgende Erklärung ab:

»Zu meinem Bedauern bin ich genöthigt, der Plenarversammlung von einem Vorgange auch an dieser Stelle Kenntniss zu geben, der bereits in der Oeffentlichkeit zur Sprache gekommen ist. Wie die Herren Mitglieder sich erinnern, bin ich seiner Zeit im Einverständniss mit der Handelskammer für meine Person dem Handelsvertragsverein beigetreten, um mit dem Vereine und seinen Bestrebungen die wünschenswerthen Beziehungen zu unterhalten.

Sie, meine Herren, wie ich, haben uns hierbei durch die Ansicht leiten lassen, dass der Verein in der Hauptsache die Anbahnung langfristiger Handelsverträge verfolge und hierbei weder rein freihändlerische noch rein schutzzöllnerische Tendenzen vertrete. Soweit ich hierzu Gelegenheit hatte, habe ich dabei mitzuwirken gesucht, dass dieser durchaus praktische neutrale Standpunkt des Vereins nicht nach einer der beiden extremen Richtungen gedrängt wurde. Dem wiederholt an mich gerichteten Ersuchen, die Bildung einer besonderen Ortsgruppe in Braunschweig zu fördern, habe ich nicht entsprechen zu sollen geglaubt, weil ich einmal mich dem Eindrucke nicht verschliessen konnte, dass die doctrinär freihändlerische Richtung in dem Vereine allmählich doch mehr in den Vordergrund trat und ich andererseits nach der ganzen Stimmung in unseren Kreisen mir von einer agitatorischen Arbeit in gewöhnlichem Sinne irgend welchen Nutzen für unsere Interessen, soweit die Verhältnisse unseres Landes in Betracht kommen, nicht versprechen konnte. Sie werden begreifen, dass ich auf das Unangenehmste überrascht war, als vor einigen Tagen ein Flugblatt, von dem ich vorher keine Kenntniss erhalten hatte, mit meiner Unterschrift versehen, hiesigen Zeitungen beigelegt war.

Ich habe nach Rücksprache mit dem Herrn Syndikus den betreffenden Zeitungen sofort eine die Sachlage richtig stellende Notiz zugehen lassen und gleichzeitig dem Handelsvertragsverein durch folgendes Anschreiben meinen Austritt erklärt:

Braunschweig, den 5. Oktober 1901.

An
den Handelsvertragsverein

Berlin W., Köthenerstr. 21.

Den hiesigen Zeitungen liegt heute der anliegende Aufruf bei.

Zu meinem grössten Erstaunen ist derselbe „namens der Ortsgruppe Braunschweig“ unterzeichnet und steht dabei an erster Stelle mein Name.

Mir ist nun nicht nur von dem Bestehen einer „Ortsgruppe Braunschweig“ nichts bekannt, ich habe mich vielmehr wiederholten Anregungen gegenüber entschieden gegen die Errichtung einer solchen ausgesprochen und erblicke daher in der Benutzung meines Namens einen Missbrauch desselben, der mich veranlasst, meinen Austritt aus dem Verein hierdurch zu erklären. Ich behalte mir weitere Schritte vor und zeichne

Hochachtungsvoll
Jüdel.

Wir haben stets Werth darauf gelegt, dass das gute Einvernehmen der grossen Erwerbsgruppen unseres Landes, Industrie, Handel und Landwirthschaft, auch bei widersprechenden Interessen nicht gestört wird. Ich würde mich aus diesem Grunde niemals bereit gefunden haben, ein derartiges Agitationsblatt mit meinem Namen zu vertreten. Ich glaube, dass Sie, meine Herren, der gleichen Ansicht sind und mein Vorgehen billigen werden.

Die Mitglieder der Handelskammer nahmen von dieser Erklärung mit Befriedigung Kenntniss und sprachen dem Herrn Vorsitzenden ihren Dank aus für die Art und Weise, wie er die peinliche Angelegenheit zur Erledigung gebracht hat.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Aus dem Geschäftsbericht heben wir hervor, dass die Kammer zur Prüfung der im Harz projektirten Thalsperren eine Kommission eingesetzt hat, welche aus den Herren Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Direktor Dr. Pfeiffer (Wendessen), Direktor Wiesmann (Mathildenhütte) und dem Syndikus besteht.

Die Kammer hat in der Berichtszeit sich mit dem Zolltarifgesetz nebst Zolltarif befasst und die Wünsche der einzelnen Industrien gesammelt.

Die Kammer ist bei dem Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten dahin vorstellig geworden, nunmehr, und zwar möglichst schon jetzt, bei Aufstellung des Winterfahrplans die noch rückständigen Wünsche des Landes zu berücksichtigen.

Eine Anfrage der Königlichen Eisenbahndirektion zu Magdeburg um gutachtliche Aeussierung über eine Zu- oder Abnahme

des Güterverkehrs in den noch folgenden Monaten des Etatsjahres ist dahin beantwortet, dass in der Zuckerindustrie und in der Kohlen- und Brikettindustrie eine Zunahme, in der Eisen- und Maschinenindustrie eine Abnahme des Verkehrs bevorsteht, dass aber im Getreidehandel eine Hebung gegen das Vorjahr nicht zu erwarten ist.

Auf eine pünktliche Auflieferung der Frachtstückgüter, auf welche von der Eisenbahndirektion zu Magdeburg und von der hiesigen Verkehrsinspektion hingewiesen wurde, sind die Interessenten von der Kammer aufmerksam gemacht.

Von der Einrichtung einer Ueberführung von Gütern zwischen den beiden Bahnhöfen in Sorge, über welche die Handelskammer Ermittlungen angestellt hatte, und welche dahin geführt haben, dass ein ausreichendes Interesse nicht vorliegt, ist vom Reichs-Eisenbahnname Abstand genommen.

Die Handelskammer hat ferner mehrere Gutachten über hier bestehende Handelsgebräuche, und zwar über Arbeiten in den Champignonkellern, über die Ausstellung von Schlusscheinen beim Handel mit Kuxen, über Preise für italienisches Bindegarn und über die Höhe von Reisespesen nach England erstattet.

Die Sachverständigen-Kommissionen, welche die Kammer zur Vermeidung von Prozessen eingesetzt hat, sind viermal in Anspruch genommen, und zwar handelte es sich um die Untersuchung von Weizenkleie, Himbeersaft, Mandeln und Hopfen.

Die Kammer hat die Aufnahme der $3\frac{1}{2}$ prozentigen Braunschweigischen Landeseisenbahn-Obligationen und der $4\frac{1}{2}$ prozentigen Braunschweig-Schöninger Eisenbahn-Obligationen in den amtlichen Kursbericht veranlasst.

Ferner hat die Kammer den Ingenieur Hasenbalg als Sachverständigen für den gesamten Maschinenbau und für Regulirung bei Brandschäden zugelassen, und ist derselbe daraufhin vom Herzoglichen Amtsgerichte hierselbst vereidigt worden. Ebenso hat die Kammer den bisherigen Buchhalter Wilh. Sölter (Holzminden) für den dortigen Bezirk als Bücherrevisor angestellt. Auch dieser ist vom Herzoglichen Amtsgerichte Holzminden vereidigt worden.

Einen Antrag der Handelskammer zu Barmen um einheitliche Regelung der Zollbehandlung von Postpaketen im Auslande bei Nach- und Rücksendung hat die Handelskammer unterstützt.

In der Berichtszeit hat die Kammer Erhebungen über das gewerbliche Fortbildungsschulwesen angestellt, deren Resultat zur Zeit in der Monatsschrift zum Abdruck gelangt.

Die Erhebungen, welche im Verein mit mehreren Handelskammern des Mitteldeutschen Verbandes und kaufmännischer Vereine über Kolonialwaaren-Kleinhandel und Konsumvereine angestellt sind, sind nunmehr abgeschlossen. Das Werk ist kürzlich im Druck erschienen und sämtlichen Regierungen, Handelskammern und kaufmännischen Vereinen zur Kenntniss gebracht.

Zu der am 18. September d. J. in Dessau stattgefundenen Sitzung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern waren der Syndikus und der Assistent entsandt.

In der Plenarsitzung des Deutschen Handelstages am 30. September, in welcher über das Zolltarifgesetz und Zolltarif beraten wurde, waren vertreten der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt, Herr Kommerzienrath Gutkind und der Syndikus.

Da die Anmeldungen in ausreichender Zahl eingegangen sind, hat die Kammer die Einrichtung von Unterrichtskursen für weibliche Angestellte und junge Mädchen beschlossen. Der Unterricht soll sich zunächst auf Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Stenographie und Maschinenschreiben erstrecken. Er wird am 16. Oktober seinen Anfang nehmen und im Sitzungssaale der Handelskammer, sowie dem Konferenzzimmer der Abtheilung abgehalten werden.

Die von den Handelskammern des Mitteldeutschen Verbandes auf dem Vierten mitteldeutschen Handelskammertage eingesetzte Kommission über die Kleinhandelsfrage, in welcher die Handelskammer Braunschweig den Vorsitz führt, wird demnächst hier in Braunschweig zusammenkommen.

Anschliessend an den Geschäftsbericht werden noch verschiedene Fragen angeregt, so u. A. bezüglich weiblicher Fabrikinspektoren, staatlicher Ueberwachung der Syndikate und der Entlastung der Verantwortlichkeit der Aufsichtsräthe durch Einrichtung besonderer Revisoren. In letzterer Beziehung wird betont, es solle darauf gesehen werden, dass die Revisoren nicht lediglich nach der leeren Formvorschrift die Revisionen vornehmen, sondern mehr in eine sachliche Prüfung eintreten. Die Kammer beschliesst, diesen Fragen näher zu treten und die erforderlichen Vorarbeiten, besonders hinsichtlich des 2. und 3. Punktes, in die Hand zu nehmen.

II. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung 1900/01.

Berichterstatter: Die Herren Baumgarten und Tielecke.

Es wird mitgetheilt, dass die vom Schatzmeister, Herrn Leo, aufgestellte Rechnung als richtig befunden worden ist. Dem Kassenführer wird hierauf Decharge ertheilt.

III. Ernennung der Wahlkommissare für die Neuwahlen 1902.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Es werden zu Wahlkommissaren ernannt:

1. für den Kreis Braunschweig: Herr Otto Lüttge;
2. » » » Wolfenbüttel: Herr Direktor Dr. Pfeiffer
(Wendessen);

3. für den Kreis Helmstedt: Herr Bergwerksdirektor Falinsky (Helmstedt);
4. » » » Holzminden: Herr Kaufmann Heinr. Rehn (Holzminden);
5. » » » Gandersheim: Herr Stadtrath Louis Ballin (Gandersheim);
6. » » » Blankenburg: Herr Kaufmann Aug. Corves (Blankenburg).

IV. Berathung des Entwurfes eines Zolltarifgesetzes nebst Zolltarif.

Nachdem der Vorsitzende über die in Berlin zur Berathung über das neue Zolltarifgesetz am 30. September stattgehabte Vollversammlung des Deutschen Handelstages Bericht erstattet hat, giebt der Syndikus eine Charakteristik des vorliegenden Entwurfes und hebt die besonderen Eigenthümlichkeiten desselben hervor, worunter in erster Linie der Doppeltarif für Getreide steht. Im weiteren Referate wird als bemerkenswerth betont, dass die Zölle im Allgemeinen vom Gewicht — und zwar mit einigen im Gesetze genannten Ausnahmen vom Reingewicht — erhoben werden sollen, und dass nur im Falle eines Zollkrieges Werthzölle Platz greifen können, ferner, dass mit der Post eingehende Waarensendungen bis 250 g Rohgewicht von der Verzollung befreit bleiben, dass Getreide, Hülsenfrüchte etc. von der Zollstundung ausgenommen sind, und dass Waaren, die im Tarife nicht besonders genannt und auch in keiner Tarifstelle inbegriffen sind, denjenigen Tarifstellen zugewiesen werden, in denen die ihnen nach Beschaffenheit oder Verwendungszweck am nächsten stehenden Waaren aufgeführt sind, während früher solche Waaren zollfrei waren.

Die Kammer spricht sich dahin aus:

1. dass auch im Falle von Zollkriegen keine Werthzölle erhoben werden sollen, vielmehr die im § 8 zugelassene Zollbelastung bis zur Höhe des vollen Werthes bzw. bei zollfreien Waaren bis zur Hälfte des Werthes in Form von Zöllen auf die Menge oder Gewicht zu erfolgen habe;
2. dass, nachdem durch den Weltpostvertrag vom 15. Juni 1897 das Gewicht von Waarenprobesendungen auf 350 g festgesetzt ist, dieser Bestimmung auch im Zolltarifgesetze dadurch Rechnung getragen werde, dass mit der Post eingehende Waarensendungen bis zu einem Rohgewicht von 350 g von der Verzollung befreit werden;
3. dass die Zollstundung für Getreide u. s. w. ebenso wie für die anderen Waaren beizubehalten sei.

Bezüglich des Doppeltarifes für Getreide und der Festlegung der Zölle als Minimalzölle fasst die Versammlung ihre Ansicht in folgender Resolution zusammen:

»Die Handelskammer hält in Uebereinstimmung mit ihrem Beschluss vom 10. Dezember v. J. den Abschluss langfristiger

Verträge für die erste und wichtigste Aufgabe bei den Abschlüssen der künftigen Handelsverträge, da die an der Ausfuhr betheiligte Industrie und der Handel nur dann eine weiterblickende Thätigkeit entfalten können, wenn sie zu den verschiedenen Ausfuhrländern in ein dauernd gesichertes Verhältniss gebracht werden.

Die Handelskammer hat auch nach wie vor keine grundsätzlichen Bedenken dagegen, dass der Landwirthschaft zur Besserung ihrer allgemeinen Lage ein mässig erhöhter Schutz gewährt wird, sie spricht sich aber mit aller Entschiedenheit dagegen aus, dass der Entwurf durch Festsetzung bestimmter Minimalsätze ausschliesslich für Getreide das im Uebrigen als unzumuthbar verworfene System eines Doppeltarifes aufgenommen hat. Hierdurch werden dem deutschen Unterhändler bei den Vertragsverhandlungen von vornherein die Hände gebunden, und es besteht die Gefahr, dass das Zustandekommen von Handelsverträgen überhaupt in Frage gestellt wird.«

Sodann gelangen die zu den einzelnen Tarifpositionen vorliegenden Anträge der Industriellen zur Berathung. Ueber dieselben berichten der Assistent Generalsekretär Stegemann, Regierungsassessor Bartels und der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. jur. Schmidt.

Es wird beschlossen:

Zu § 5 Ziffer 9 des Zolltarifgesetzes.

Einschaltung folgender Bestimmung: Alle Jutesäcke, die zum Zweck der Ausfuhr inländischer Erzeugnisse eingeführt werden, haben Zoll zu zahlen. Soweit aber diese Säcke gefüllt ins Ausland gehen, ist unter Festhaltung der Identität die Hälfte des bezahlten Zolles zurückzuvergüten.

Zu I A. Pos. 7.

Den Zollsatz auf Mais und Dari nicht zu erhöhen und denselben dem Zollsatz von Gerste anzupassen.

Zu I A. Pos. 3, 9, 30 und I D. Pos. 161.

Für Gerste, Malz, Hopfen und polirten Reis eine Erhöhung des Zollsatzes gegenüber den zur Zeit bestehenden Sätzen nicht eintreten zu lassen.

Zu I A. Pos. 35.

Den Einfuhrzoll auf Champignons nicht zu erhöhen, sondern auf 4 Mk. pro 100 kg zu belassen.

Zu I A. Pos. 46.

Aprikosen, Pfirsiche und Quitten wie bisher zollfrei einführen zu lassen.

Zu I B. Pos. 73 bis 78.

Den Einfuhrzoll auf Holz auf keinen Fall über die bisherigen Zollsätze zu erhöhen, ausserdem eine besondere Verzollung der Hart- und Weichhölzer nicht vorzunehmen.

Zu I B. Pos. 92.

Den bisherigen Zoll auf Quebrachoholz beizubehalten und denselben nicht zu erhöhen.

Zu I C. Pos. 102, 103, 105.

Den Zollsatz für die Einfuhr von Rindvieh, Schafen und Schweinen gleichmässig für 100 kg Lebendgewicht festzusetzen und keine Erhöhung gegen die bisherigen Zollsätze eintreten zu lassen.

Zu I C. Pos. 124 und I D. Pos. 164.

Den Zoll auf Schmalz, Rindsmark, Oleomargarine, Premierjus, andere schmalzartige Fette und auf Baumwollsaamenöl nicht zu erhöhen.

Zu I C. Pos. 134 und 135.

Die vorgesehene Erhöhung des Zolles auf Eier und Eigelb nicht vorzunehmen.

Zu I C. Pos. 151.

Auf die Einfuhr von Fellen und Häuten einen Zoll zu legen.

Zu I E. Pos. 198.

Den Zoll für Teigwaaren auf 26 Mk. zu erhöhen, entsprechend dem Gries- und Weizenzoll.

Zu I E. Pos. 217.

Den Zollsatz für Konserven nicht auf 75 Mk. pro 100 kg zu erhöhen, denselben vielmehr auf 30 Mk. herabzusetzen, aber nur, wenn dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, eine gleichartige Ermässigung der Zollsätze bei den anderen Nationen herbeizuführen.

Zu III Pos. 255.

Einen Zoll von 10 Mk. pro Doppelcentner auf farblofes Glycerin festzusetzen.

Zu IV A. Pos. 267.

Den Zoll auf Phosphor fortfallen zu lassen.

Zu IV E. Pos. 360.

Für Superphosphate einen Zoll von 1 Mk. pro Doppelcentner festzulegen.

Zu IV G. Pos. 381.

Gerbstoffextrakte, wie bisher, zollfrei zu belassen.

Zu V C.

Eine neue Tarifposition für Pausleinen aufzunehmen, lautend: Pausleinwand (Architektenleinen), aus gebleichtem Baumwollgewebe durch blosses Appretiren erzeugter, durchsichtiger Stoff für Zeichner Mark 150.

Zu XI Pos. 653.

Den Zollsatz für Holzmasse auf mindestens 3 Mk. zu erhöhen.

Zu XIII Pos. 694.

Eine Erhöhung des Zolles für Mühlsteine von 0,25 Mk. auf 1 Mk. eintreten zu lassen.

Zu XV Pos. 737 und 739.

Das Wort »gemustert« (Hohlglas) in beiden Positionen wegfällen zu lassen und das gemusterte Hohlglas mit dem ungemusterten gleichzustellen.

Zu XVII A. Pos. 788.

Von einer Erhöhung des Zolles auf Weissblech Abstand zu nehmen.

Zu XVIII A. Pos. 894 und 906.

1. Die bestehenden Positionen für Maschinen in 894 weiter abzustufen und in 906 einige besondere Positionen einzuschalten.

2. Die Zollsätze auf Maschinen in den Positionen 894 und 906 nicht zu erhöhen.

Diese Beschlüsse sollen Herzoglichem Staatsministerium mit der Bitte überreicht werden, bei den bezüglichlichen Verhandlungen im Bundesrathe im Interesse der braunschweigischen Industrie auf eine Aenderung der betreffenden Tarifpositionen in dem von der Handelskammer vorgeschlagenen Sinne hinzuwirken.

V. Antrag der Wurst- und Fleischwaaren-Industriellen Braunschweigs, betreffend Regelung einiger gesetzlicher Bestimmungen in der Wurst- und Fleischwaaren-Industrie.

Berichterstatter: Herr Fabrikant Meyer.

Referent berichtet Folgendes: Mit dem Erlass des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1900, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, seien in den Kreisen der deutschen Wurstfabrikanten die schwersten Befürchtungen in Beziehung auf dieses Gesetz und auf die möglichen Folgen desselben entstanden. Die Befürchtungen erstreckten sich insbesondere auf den Inhalt des § 12 Ziffer 1 und 2. Die Bestimmung des genannten Paragraphen, wonach frisches Fleisch, zunächst bis zum Ende des Jahres 1903, in das Inland nur in ganzen Thierkörpern eingeführt werden dürfe, erzeuge weitgehende Bedenken, weil sie geeignet erscheine, die deutsche Wurst- und Fleischkonserven-Fabrikation in ihrem Bestande zu alteriren. In besonders hohem Grade habe die No. 2 des § 12 die Interessenten erregt, die zunächst richtig besage, dass zubereitetes Fleisch nur eingeführt werden dürfe, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäss ausgeschlossen seien oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen lasse; dann aber fortfahre, dass diese Feststellung als unausführbar gelte insbesondere bei

Sendungen von Pökelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als 4 kg betrage, während auf Schinken, Speck und Därme diese Vorschrift keine Anwendung finden solle.

Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zwecke seiner Haltbarmachung unterzogen worden sei, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im Wesentlichen behalten habe oder durch entsprechende Behandlung wieder gewinnen könne, sei als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen; Fleisch solcher Art unterliege den Bestimmungen in Ziffer 1.

Die hier gezogene Gewichtsgrenze werde es mit sich bringen, dass Schweinslebern und Schweinszungen, sofern das dafür in Anwendung gebrachte Konservungsverfahren als »Pökellung« aufgefasst werde, von der Einfuhr gänzlich ausgeschlossen blieben, während z. B. amerikanische und dänische Schinken, die erfahrungsgemäss nicht selten in Deutschland bei der Nachuntersuchung als trichinös befunden würden, nach wie vor eingingen. Warum gerade Stücke unter 8 Pfd. gesundheitsschädlich sein sollten, während Stücke über 8 Pfd. einem solchen Bedenken nicht unterlägen, erscheine befremdend, weil ja z. B. Schinken in der Regel doch über 10 Pfd. wögen, daher denn auch der Handel mit Schinken, Speck u. s. w. bzw. die Einfuhr von Schinken in dieser Beziehung ungestört bliebe, während die Wursterzeugung, insbesondere die Erzeugung von Leberwurst aus Mangel an genügendem Lebermaterial auf ein Minimum reduziert werden würde. Rindsleber, welche meistens schwerer als 8 Pfd. wiege, sich aber zur Leberwurstherstellung nicht gut eigne, würde ebenfalls vom Einfuhrverbot nicht getroffen werden; nur die besseren und feineren Schweinslebern würden einem solchen unterliegen. Die Wurstfabrikanten als ein Unrecht empfunden werde. Die Wurstfabrikation habe sich mit der Zeit aus der Fleischerei heraus zu einem selbständigen Erwerbszweige grössten Umfanges ausgebildet, wie denn seit Einrichtung der modernen Schlacht- und Viehhöfe das Fleischergewerbe gegen früher vielenorts einen anderen Charakter angenommen habe. Zwar fabrizire jeder Fleischer in der Regel auch Wurst in mehr oder weniger Specialitäten. Während die Fleischerei aber fast durchweg nur für die Deckung des örtlichen Bedarfes an Fleisch u. s. w. Sorge, sei die Wurstwaarenfabrikation zugleich Grosshandelseinrichtung geworden, die für viele Millionen versende und bei Prohibitivmaassregeln ebenso wenig existiren könne, wie der sonstige Handel und die sonstige Industrie, und welche der staatlichen Fürsorge und der Freiheit der Bewegung genau so bedürfe, wie jene und andere legitime Erwerbszweige. Sie beweiße durch ihre Existenz, dass sie einer solchen Rücksicht würdig sei.

Man dürfe annehmen, dass Deutschland zur Zeit rund 12 bis 13 Millionen Kilogramm Schweinslebern per Jahr importire und importiren müsse, um Leberwurst in hinreichender Menge erzeugen zu können. Diese Leberwurst diene nicht bloss für den inländischen

Bedarf, sondern werde auch vielfach exportirt und bilde einen ausserordentlich wichtigen Handelsartikel.

Da die Leberwurst nicht einzig und allein aus Leber gefertigt werden könne, sondern auch eines Zusatzes von Fleisch, insbesondere aber von Fett, bedürfe, so sei leicht einzusehen, dass auch jene Quantitäten Fett u. s. w., die bislang bei der Leberwurstfabrikation Verwendung fänden, für die Zukunft nach dieser Richtung hin in Wegfall kämen und dadurch einem Preisdrucke unterliegen würden, welcher der deutschen Landwirthschaft, als der Erzeugerin von Vieh, in allererster Linie zum Schaden gereiche.

Der Einwand, dass die Lebern in hervorragender Weise gesundheitsschädliche Stoffe in sich bergen könnten, sei hinfällig. Trichinen seien in Lebern nie nachgewiesen worden, und das Verfahren, Lebern mit Konservirungsmittel zu versehen, wie es von den grossen Exportschlächtereien in Amerika, Dänemark, Holland, England u. s. w. in durchaus zuverlässiger Weise geschehe, biete, namentlich auch unter Hinzuziehung der Kontrolle, welcher ausländische Fleischwaaren beim Eingange in das Deutsche Reich oder in die Schlacht- und Viehhöfe der einzelnen Gemeinden oder bezw. durch die neue Fleischschau unterworfen würden, hinreichende Gewähr gegen etwaige Ueberführung gesundheitsschädlichen Materials in den freien Verkehr. Lebern und Zungen würden ja niemals roh genossen, sondern stets in gekochtem Zustande; die in der Wurst befindliche Zunge würde sogar einem zweimaligen Durchkochungsprozesse unterworfen, ehe sie zum Genusse feilgeboten werde.

Werde die Möglichkeit der Beschaffung des Rohmaterials auf ein Minimum reduziert, so würde die Produktion geringer und gleichzeitig auch theurer, als Folge aber nur bemittelten Kreisen zugänglich werden, oder aber es träten Surrogate an die Stelle der Leber. Man würde vielleicht von gewissenloser Seite Leberwurst ohne Leber machen, also einfach Nahrungsmittel fälschen. Man sollte deshalb nicht gewaltsam die Erzeugung eines so beliebten und billigen Volksnahrungsmittels zum Schaden Vieler unterbinden, ohne dass dabei irgendwie Jemandem ein wirklicher Nutzen erwachse.

Er — Referent — beantrage daher, darauf hinwirken zu wollen, dass Schweinslebern und Schweinszungen nicht unter die Einfuhrverbotsvorschriften von § 12 Abs. 2 des Gesetzes vom 3. Juni 1900 fielen, sondern zur Einfuhr zugelassen würden.

Die Kammer erklärt sich im Prinzip bereit, diese Frage aufzunehmen, macht aber die Befürwortung derselben von einigen Vorfragen abhängig, so insbesondere, ob die ausländischen Lebern und Zungen gleichwerthig und gleich schmackhaft wie die heimischen seien, und hält eine eingehende Untersuchung dieser

Vorfragen durch Sachverständige in der Wurstwaaren-Industrie für erforderlich.

Die Frage der Regelung einer anderen gesetzlichen Bestimmung in der Wurst- und Fleischwaaren-Industrie, sowie

VI. Eingabe der Handelskammer Hannover, betreffend das Auktionswesen, insbesondere Erlass von Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Auktionatoren

werden wegen der vorgerückten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluss der Sitzung 4 Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:

Jüdel,

Kommerzienrath.

Der Protokollführer:

Dr. W. Schmidt,

Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Verkehrswesen.

Beförderungsmöglichkeiten für Eilgut nach Minsleben.

Nach einer Mittheilung der Königlichen Eisenbahn-Verkehrsinspektion hierselbst bestehen für Eilgutsendungen nach Minsleben die folgenden Beförderungsmöglichkeiten:

I.	Zug 492	...	7 ⁵⁰	Uhr	Vormittags	ab Braunschweig.
			8 ⁵¹	»	»	in Vienenburg.
	» 523	...	8 ⁵⁹	»	»	ab »
			9 ³³	»	»	in Heudeber-Dannstedt.
»	950	...	11 ³⁷	»	»	ab »
			11 ⁴⁸	»	»	in Minsleben.
II.	» 498	...	4 ²⁷	»	Nachmittags	ab Braunschweig.
			5 ⁵⁰	»	»	in Harzburg.
	» 957	...	6 ⁵⁶	»	»	ab »
III.			8 ¹⁵	»	»	in Minsleben.
	» 500	...	6 ⁴⁵	»	»	ab Braunschweig.
			8 ¹³	»	»	in Harzburg.
	» 945	...	8 ¹⁵	»	Vormittags	ab »
Am folgenden Tage			9 ¹⁴	»	»	in Minsleben.

Versetzung von Cichorienwurzeln in den Ausnahmetarif II.

Die hiesige Handelskammer hat in ihrer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses beschlossen, die von der Handelskammer zu Halberstadt an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gerichtete Eingabe um Versetzung von Cichorienwurzeln in den Ausnahmetarif II zu unterstützen.

Ueberführung von Gütern in Sorge.

Auf eine Anfrage des Reichs-Eisenbahn-Amtes, betreffend die Ueberführung von Gütern in Sorge, hat die Handelskammer folgendes erwidert:

»Die bei allen beteiligten Braunschweigischen Plätzen gehaltene Umfrage hat ergeben, dass es im Allgemeinen als wünschenswerth erachtet wird, auf die Einrichtung einer Güterabfertigungsstelle auf der Station Sorge seitens der Südharzbahn hinzuwirken. Besonders sind es Orte, wie Elend, Schierke, Benneckenstein, die von der jetzigen mangelhaften Verkehrseinrichtung vorwiegend betroffen werden.

Gelangen Güter von Blankenburg a. H. aus nach Benneckenstein zum Versande, so werden sie entweder über Sondersleben-Nordhausen oder über Tanne-Walkenried-Nordhausen befördert. Im letzteren meist zutreffenden Falle müssen die Güter dreimal umgeladen werden und erfahren einen so starken Aufenthalt, dass sie acht Tage und länger unterwegs bleiben; die Post befördert die Güter in drei Stunden. Die Sendungen von Walkenried nach Benneckenstein laufen über Nordhausen und gebrauchen fünf bis sechs Tage Lieferzeit, weshalb sie häufig mit der Achse nach dem 7 km entfernten Benneckenstein befördert werden. Nach den Orten Elend und Schierke gehen die Güter entweder über Walkenried-Nordhausen oder über Derenburg-Minsleben-Wernigerode.

Andererseits wird von Interessenten der Südharzbahn geltend gemacht, dass die Einrichtung einer Güterüberführung auf der Station Sorge die Rentabilität des ganzen Unternehmens in Frage stellen würde. Das Projekt der Südharzbahn sei von vornherein ohne eine Güterstation in Sorge angelegt. Würde es ermöglicht, in Sorge Ladungen von der Südharzbahn auf die Harzquerbahn überzusetzen, so würde, abgesehen von den Kosten, die die Herstellung einer derartigen Einrichtung erfordert, die dadurch verursachte Schädigung für die Südharzbahn eine derartige sein, dass sie mit Erfolg nicht arbeiten könnte, und es wäre die Grundlage entzogen, auf die die Rentabilität derselben begründet sei. Die von den Interessenten übernommenen Garantien seien unter der Bedingung eingegangen, dass die von der Harzquerbahn schon früher geäußerten Wünsche auf Ueberführung der Güter von der einen Bahn auf die andere unter allen Umständen unerfüllt blieben.

Genauere Angaben über die hauptsächlich in Betracht kommenden Güter, ihre Mengen und ihre Beförderungswege haben wir trotz wiederholter Bemühungen nicht erlangen können. Es scheint uns, dass die vorhandenen Missstände nicht so bedeutenden Umfanges sind, dass die Interessenten daraus Anlass zu specialisirten Angaben zu nehmen bemüht sein möchten. Wir müssen uns daher darauf beschränken, die uns in der Angelegenheit erstatteten Berichte hiermit originaliter anzuschliessen.»

Vermischtes.

Zollbehandlung von Postpaketen im Auslande bei Nach- und Rücksendung.

Die Behandlung der auf den Sendungen haftenden Zoll- und sonstigen, nicht postmässigen Gebühren bei der Nach- und Rücksendung von Postpaketen nach einem anderen Lande oder dem Aufgabelande ist im Verkehr mit den einzelnen Ländern, welche an dem Austausch von Postpaketen Theil nehmen, recht verschiedenartig. Die Handelskammer zu Barmen hat nun in einer Eingabe an das Königlich Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe, an den Staatssekretär des Reichspostamts und an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Bitte ausgesprochen, es möge darauf hingewirkt werden, dass die Zollgebühren ausnahmslos im Falle der Nach- oder Rücksendung nach dem Aufgabeorte von Postpaketen niedergeschlagen werden, damit sich nicht einzelne Länder auf Kosten ihrer Nachbarstaaten in einer Weise eine Einnahme verschaffen, die als berechtigt nicht anerkannt werden könne. In zweiter Linie möge die Behandlung des Eingangszolles auf Postpakete und Postfrachtstücke einheitlich geregelt werden.

Die hiesige Handelskammer hat in der Sitzung ihres geschäftsführenden Ausschusses beschlossen, sich diesem Antrage der Handelskammer zu Barmen anzuschliessen.

Sachverständiger für Maschinenbau und für Regulirung bei Brandschäden.

Der Civil-Ingenieur Paul Hasenbalg hierselbst ist von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig als Sachverständiger für den gesammten Maschinenbau und für die Regulirung bei Brandschäden zugelassen und vom Herzoglichen Amtsgerichte unter dem 1. Oktober d. J. vereidigt worden.

Schwedisch-Norwegisches Generalkonsulat.

Der Bankier Robert von Mendelssohn ist zum Schwedisch-Norwegischen Generalkonsul zu Berlin ernannt und ihm Namens

des Deutschen Reiches das Exequatur ertheilt worden. Demgemäss ist der neue Generalkonsul auch innerhalb des zum Amtsbezirk des Schwedisch-Norwegischen Generalkonsulats zu Berlin gehörigen Herzogthums Braunschweig zugelassen.

Aus dem Bezirke.

Reichsbanknebenstelle.

In Helmstedt ist am 18. Oktober d. J. eine von der hiesigen Reichsbankstelle abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kassen-einrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Rechtsprechung.

Ein hiesiger Bäckermeister, bei dem ein Gläubiger auf Grund eines vollstreckbaren Urtheils ein Pferd und einen Brot-Transportwagen hatte pfänden lassen, beschwerte sich beim Gerichte über diese Pfändung, indem er geltend machte, dass er das Pferd und den Wagen zur persönlichen Ueberbringung des von ihm gebackenen Brotes an seine Kunden benutze, und dass ihm hierzu Pferd und Wagen unentbehrlich seien, da seine Kunden theils in entlegenen Strassen, theils sogar ausserhalb hiesiger Stadt, in Watenbüttel und Broitzem, wohnen und Ueberbringung des gekauften Brotes verlangen. Nach Anhörung des Gläubigers, von dem die Angaben des Bäckermeisters über seine Kundschaft nicht bestritten wurden, hat das Gericht in dem abgegebenen Beschlusse die Beschwerde des Bäckermeisters für begründet erklärt. Zur Rechtfertigung dieses Beschlusses hat das Gericht angeführt, dass der Betrieb jeder Bäckerei auch den Absatz des gebackenen Brotes umfasse, und dass der auf Absatz an entfernt wohnende Kunden angewiesene Bäckermeister des gepfändeten Fuhrwerks bedürfe, weil er ohne Fuhrwerk seine Bäckerei nicht nur nicht im bisherigen Umfange und mit dem bisherigen Gewinne, sondern überhaupt nicht betreiben könne, sowie dass die Annahme des Gläubigers, der Bäckermeister könne sich eine andere, in seinem Laden kaufende oder durch Boten zu erreichende Kundschaft erwerben, willkürlich und daher nicht zu berücksichtigen sei.

(Br. Anz.)

Firmenbezeichnungen.

(Entscheidungen des Kammergerichts, Berlin.)

Ueber Firmeneintragungen hat das Kammergericht in Berlin nach dem Inkrafttreten des neuen Handelsgesetzbuches und des Reichsgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit folgende Entscheidungen erlassen:

Auch für einen an sich dem Handwerk zuzurechnenden Gewerbebetrieb muss der Unternehmer eine Firma eintragen lassen, wenn das Unternehmen seinem Umfange und seiner Art nach einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert.

1. Die von einem Arzt gehaltene Privatkrankenheilanstalt ist ein Unternehmen, das, wenn die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen vorhanden sind, mit Firma in das Handelsregister einzutragen ist, wenn der Arzt die Anstalt nicht nur als Mittel zur Ermöglichung oder Förderung seiner ärztlichen Berufstätigkeit benutzt, sondern den Zweck verfolgt, aus dem Anstaltsbetriebe selbst eine dauernde Erwerbsquelle zu machen.

2. Beginnt der Vater oder die Mutter Kraft elterlicher Gewalt ein neues Erwerbsgeschäft im Namen des Kindes, so kann die Eintragung der für das Geschäft angenommenen Firma nicht mangels Genehmigung des Vormundschaftsgerichts abgelehnt werden.

3. Eine Aktiengesellschaft kann nicht als Inhaberin eines von ihr erworbenen Handelsgeschäfts, das unter seiner bisherigen, von der Firma der Aktiengesellschaft abweichenden Firma fortgeführt werden soll, in das Handelsregister eingetragen werden.

4. Die Eintragung der Firma bei dem Gericht der Zweigniederlassung ist nicht von dem Nachweis vorgängiger Eintragung der Zweigniederlassung bei dem Gericht der Hauptniederlassung abhängig.

5. Als zulässige Firmenzusätze sind Phantasiebezeichnungen, wie »Phönix«, (A. f. H. u. K.) nicht ausgeschlossen.

Mangelhafte Lieferung.

(Urtheil des Landgerichts zu Breslau vom 9. Oktober 1900.)

Der Beklagte hatte vom Kläger einen grösseren Posten Waare gekauft, diese nach ihrem Eintreffen sofort in ordnungsmässiger Weise untersucht und, weil sie sich als mangelhaft erwies, zur Verfügung des Klägers gestellt.

Auf die Nachricht hiervon erwiderte der Kläger, dass er einen Rücktritt vom Kaufvertrage nicht acceptire, dass er vielmehr sofort völlig tadellose Waare an die Adresse des Beklagten abgesandt habe und auf Abnahme der Lieferung bestehe.

Das Landgericht zu Breslau hat durch Erkenntniss vom 9. Oktober 1900 die Klage des Verkäufers auf Abnahme der Waare und Zahlung des Kaufpreises abgewiesen.

In der Motivirung wird hervorgehoben: Wenn der Verkäufer eine Waare liefert, welche den gewöhnlichen Verkehrsanforderungen oder den besonders vereinbarten Bestimmungen nicht genügt, so entstehen daraus Rechte lediglich auf Seiten des Käufers. Er kann vom Geschäft zurücktreten oder die Waare behalten und Preisminderung verlangen; endlich kann er unter Umständen Nachlieferung gehörig beschaffener Waare, ebenso aber auch Schadenersatz verlangen. (A. f. H. u. K.)

Unlautere Verwerthung von Geschäftsgeheimnissen.

(Entscheidung des Reichsgerichts in Strafsachen.)

Der Angeklagte, der früher in einem Fabriksunternehmen thätig war, hat die Stellung verlassen und selbständig ein Konkurrenzgeschäft errichtet.

Er wurde wegen Verstoßes gegen § 9 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 27. Mai 1896 zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes verurtheilt, weil er Geschäftsgeheimnisse seines früheren Prinzipals verwerthet hatte, von denen er durch eine gegen die guten Sitten verstossende Handlung Kenntniss erlangt habe.

Der erste Richter hatte in dieser Beziehung ausgeführt: »Das Abschreiben der Rabattkundenliste und die eigenmächtige Mitnahme des Vertretungsregisters stellen sich als solche Handlungen dar, welche gegen die guten Sitten verstossen.

Es verletzt jedes Anstandsgefühl und verstösst wider Treu und Glauben im Verkehre, wenn ein Angestellter ohne Wissen und Willen seines Chefs dessen Ge-

schäftsbücher, die ihm lediglich zur Benutzung im Interesse des Geschäfts anvertraut sind, sei es durch Abschreiben oder Mitnahme einzelner zu den Geschäftsbüchern gehöriger Listen dazu benutzt, sich Kenntniss von den Namen und Adressen der Vertreter und Rabattkunden seines Geschäfts, sowie der Höhe des den Letzteren gewährten Rabatts zu verschaffen, zu dem Zwecke, um seinem Chef damit Konkurrenz zu machen. Dessen ist sich der Angeklagte auch bewusst gewesen. Ein Theil jener Vertreter und Rabattkunden, theilweise die Höhe des Rabattes, mag sich ja dem Gedächtnisse des Angeklagten durch seine Thätigkeit im Geschäfte des Klägers unwillkürlich eingeprägt haben; das meiste davon hat er sich aber doch nicht merken können; die Kenntniss hiervon hat er nur durch das Abschreiben und durch die Mitnahme eines Registers erlangt.»

Die von dem Angeklagten eingebrachte Revision wurde vom Reichsgericht durch Entscheidung vom 9. Januar 1900 zurückgewiesen und darin Folgendes ausgeführt:

»Wenn dem Angeklagten die Einsicht jener Listen zur Benutzung für seine geschäftlichen Arbeiten zustand, so war allerdings ihr Inhalt ihm gegenüber nicht mehr geheim. Unter Strafe ist aber gestellt die Erlangung der Kenntniss von den Geschäftsgeheimnissen durch gewisse Mittel; es fragt sich also, was ihm die Kenntniss vermittelt hat, und zwar nicht die vorübergehende, sich verflüchtigende Kenntnissnahme, sondern vielmehr die bestimmte, zuverlässige und bleibende Kenntniss, den eine gewisse Dauer verbürgenden Zustand des Kennens und Wissens von der Art, dass er ihm die Möglichkeit verschaffte, das Geschäftsgeheimniss im eigenen Interesse zu verwerten.

Kenntniss in diesem Sinne hat der Angeklagte nicht durch Ausübung der ihm vom Kläger übertragenen Geschäftsthätigkeit erlangt, sondern durch Handlungen, welche von der Strafkammer mit Recht schon um deswillen als gegen die guten Sitten verstossend erachtet worden sind, weil sie einen Bruch des in den Angeklagten von seinem Prinzipal gesetzten Vertrauens in sich tragen.« (A. f. H. u. K.)

Anfechtung eines Geschäftsabschlusses wegen Irrthum.

(Urtheil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 21. Dezember 1900.)

Ein Reisender besuchte einen Kunden, mit dem das durch ihn vertretene Haus seit vielen Jahren in Verbindung gestanden war.

Dieser war aber inzwischen in Konkurs gekommen; das Geschäft war an seine Frau übergegangen und er leitete dasselbe als »Geschäftsführer«.

Der Reisende hatte davon keine Kenntniss und verkaufte ihm auf Ziel Waaren für mehrere Tausend Mark.

Am nächsten Tage erfuhr er von der Veränderung des Inhaberverhältnisses und wollte das Geschäft rückgängig machen.

Die Inhaberin der Unternehmung ging jedoch darauf nicht ein und klagte auf Lieferung im Sinne des mit ihrem Manne in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer abgeschlossenen Geschäfts. Sie wurde mit ihrer Klage abgewiesen.

Der wesentliche und für das Urtheil maassgebende »Irrthum« des Reisenden wurde nicht darin gefunden, dass er meinte, der alte Kunde sei noch Inhaber des Geschäfts, denn es könne gleichgültig sein, ob der Reisende mit dem Inhaber selbst oder mit dem Vertreter der Firma das Geschäft abschliesst; maassgebend für das Urtheil war aber die Thatsache, dass die wirkliche Geschäftsinhaberin Nachfolgerin ihres in Konkurs befindlichen Ehegatten sei.

Aus diesem Grunde sei der Abschluss als im Irrthume ausgeführt mit Recht anfechtbar. (A. f. H. u. K.)

Verweigerte Annahme einer Postsendung, weil sie unfrankirt war.

(Urtheil des Landgerichts zu Marienwerder.)

Die Beklagte hatte in einem Konfektionsgeschäfte ein Kleidungsstück bestellt. Das entsprechende Packet ist nun — wie der Inhaber des Konfektionsgeschäftes behauptet — zufolge Irrthums unfrankirt an die Bestellerin abgegangen; diese hat die Sendung zurückgehen lassen und verweigert die Annahme der Waare, weil ohne besondere Abrede die Zusendung unfrankirt erfolgt sei und die Bestellerin nicht verpflichtet sei, die Portogebühr zu zahlen oder für die Firma vorzulegen.

Das Landgericht verurtheilte die Beklagte zur Uebernahme der Waare. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Konfektionsfirma mit Absicht oder zufolge Versehens das Porto nicht bezahlt hat. Es komme auch nicht darauf an, wer nach dem Inhalte des Kaufvertrages das Porto zu bezahlen habe, das nach den gesetzlichen Bestimmungen ja ohne Verabredung immer der Käufer tragen muss. Von der Vertragsverpflichtung ist sie deshalb nicht enthoben. Die Käuferin hätte die Waare zu übernehmen gehabt und das entsprechende Porto bei Begleichung des Rechnungsbetrages in Abzug bringen sollen.

(A. f. H. u. K.)

Handelsregister.

(September.)

1. Neueintragungen.

1. Braunschweiger Bürstenfabrik Minna Ehlers, Braunschweig. Inhaberin: Ehefrau des Bürstenfabrikanten Albert Ehlers, Minna geb. Marten.
2. Joseph Hennes, Lederfabrik, Rottorf. Inhaber: Lederfabrikant Joseph Hennes.
3. Wilhelm Cronjäger & Söhne, offene Handelsgesellschaft, Wurst- und Fleischwarenfabrik, Braunschweig. Inhaber: Wurstfabrikant Wilhelm Cronjäger und dessen beiden Söhne, die Wurstfabrikanten Otto und Emil Cronjäger.
4. Esberg & Haase, offene Handelsgesellschaft, An- und Verkauf von Pferden, Wolfenbüttel. Inhaber: Pferdehändler Abraham Esberg und Pferdehändler Carl Haase.
5. B. Becker, Versandgeschäft holländischer und sogenannter Pastoren-Tabake, Zweigniederlassung der zu Seesen bestehenden Hauptniederlassung, in Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Karl Marheine.
6. Hotel Buntrock H. Grethen, Holzminden. Inhaber: Wittve des Hotelbesitzers Harry Grethen, Frieda geb. Engel, und deren Tochter Emilie Grethen.
7. Kaiserbrauerei von der Heyden & Co., Harzburg. Inhaber: Brauereidirektor Julius von der Heyden aus Saarbrücken und Kaufmann Johann von Broich aus Wiesbaden.
8. Georg Hoffmann, Handlung mit Seiden- und Weisswaren, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Georg Hoffmann.
9. Modebazar Max Schmandt, Putz- und Seidenwaren-Handlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Max Schmandt.
10. Albert Plockhorst, Strassen-Abzugs-Maschinen- und Schneepflug-Fabrik, Braunschweig. Inhaber: Hofschmied Albert Plockhorst.
11. Friedrich Plock, Calvörde. Inhaber: Kaufmann Friedr. Plock.
12. Fritz Sperber, Adler-Drogerie, Schöppenstedt. Inhaber: Kaufmann Fritz Sperber. (Handel mit Drogen, Farben, Kolonialwaren, Cigarren, Wein und Spirituosen.)
13. Wilhelm Meyer & Söhning, W. Holzhausen Nachf., Lutter a. Bbge., Manufaktur, Konfektion, Haushaltungsgegenstände, Luxuswaren und Eisenwaren. Inhaber: Kaufleute Wilhelm Meyer und Rich. Söhning zu Lutter a. Bbge.
14. Herm. Heine, Gittelde. Inhaber: Kaufmann Herm. Heine zu Teichhütte.

15. Heinrich Pechermeyer, Tabak-Haus, Seesen. Inhaber: Kaufmann Heinrich Pechermeyer in Seesen.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Aktien-Zuckerfabrik Gandersheim. An Stelle des ausgeschiedenen Oberamtmanns Kreutz ist der Bücherrevisor Benny Mielziener zu Braunschweig zum Liquidator gewählt.
2. Mumme & Biermann, Braunschweig. Die Inhaberin dieser Firma, Wittwe des Weinhändlers Julius Mumme, Johanne geb. Meyer, hat das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft nebst Aktiva und Passiva mit Firma an den Kaufmann Max Decker abgetreten.
3. Heinr. Meinecke, Konservenfabrik, Braunschweig. Der Mitgesellschafter Kaufmann Heinrich Meinecke ist aus der unter obiger Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft durch Tod ausgeschieden und dagegen dessen drei minderjährigen Söhne: Hubert gen. Friedrich, Heinrich und Walther Gebrüder Meinecke, sowie der Kaufmann Richard Meinecke als Theilhaber in dieselbe eingetreten.
4. Patriotischer Verlag Schlegel, Braunschweig. Der Inhaber, Buchhändler Ernst Schlegel, hat das unter der obigen Firma betriebene Handelsgeschäft ohne Forderungen und Schulden, aber mit Firma an den Buchdruckereibesitzer Leo von Wenckstern in Salzgitter abgetreten.
5. Heinr. Schulze, Gandersheim. Das Handelsgeschäft ist ohne die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten und Forderungen auf den Kaufmann Hugo Wannefried daselbst übergegangen.
6. A. C. Scheller Sohn, Braunschweig. Der Inhaber, Stadtrath und Kommerzienrath Aug. Haake, hat am 16. September er. das unter der obigen Firma betriebene Handelsgeschäft ohne Forderungen und Schulden, aber mit Firma an den Kaufmann Karl Friedrich Emil Scheller in Hamburg abgetreten.
7. Carl Wittenberg, Vechelde. Die offene Handelsgesellschaft ist erloschen, die Firma lautet fortan: »Carl Nolte, Carl Wittenberg Nachf.«. Als Inhaber ist der Kaufmann Carl Nolte in Vechelde eingetragen. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann Carl Nolte ausgeschlossen.
8. Braunschweiger Patent-Keimapparat-Fabrik Louis Schönjahn. Die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft ist durch das erfolgte Ausscheiden der Mitgesellschafterin, Ehefrau des Oberlehrers Ludwig Rabert, Elisabeth geb. Schönjahn zu Blankenburg, aufgelöst. Das gedachte Handelsgeschäft wird aber von dem Chemiker Dr. phil. Adolf Schönjahn zu Hamburg unter der obigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
9. Altschwager & Co., Braunschweig. Das unter vorstehender Firma betriebene Handelsgeschäft ist ohne Aussenstände und Schulden von der bisherigen Inhaberin, Wittve des Generalagenten Ernst Lahmann, Elisabeth geb. Hölter, an den Tischlermeister Friedrich Frommann hier abgetreten. Die neue Firma lautet Friedrich Frommann, vormals Altschwager & Co.
10. L. Stottmeister & Co., Braunschweig. Der Mitgesellschafter der unter obiger Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft, Kaufmann Joh. Freitag, ist aus derselben ausgeschieden. Dieselbe wird in unveränderter Weise unter der alten Firma unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von den Kaufleuten Louis Stottmeister und Henry Eggeling, beide hieselbst, weitergeführt.
11. Georg Hoffmann, Braunschweig. Der Inhaber, Kaufmann Georg Hoffmann, hat den Kaufmann Wilhelm Rischmann hieselbst in das jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
12. Heinr. Lüders, Braunschweig. Durch das erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmann Wilhelm Marschhausen hieselbst, wird die unter der vorbezeichneten Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, das gedachte Handelsgeschäft aber von dem Hofgeldschrankfabrikanten Louis Lüders unter Uebernahme der Aktiva und Passiva auf alleinige Rechnung unter der alten Firma fortgesetzt.

13. Carl Aug. Günther Nachf., Braunschweig. Der bisherige Firmen-Inhaber, Kaufmann Hartwig Sonnemann hier, hat das unter obiger Firma betriebene Handelsgeschäft ausschliesslich der Forderungen und Schulden, aber mit Firma, an den Kaufmann Fritz Meyer hieselbst abgetreten.
14. Joseph Grunsfeld Söhne, Braunschweig. Der Mitgesellschafter Kaufmann Nathan Grunsfeld ist aus der unter der vorbezeichneten Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden, der Kaufmann Adalbert Grunsfeld dagegen in dieselbe als Theilhaber eingetreten.
15. Elsner & Holtschmidt, Braunschweig. Durch das erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmann Ewald Holtschmidt aus Dardesheim, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft von dem Kaufmann Paul Elsner unter Uebernahme der Aktiva und Passiva unter der vorbezeichneten Firma fortgeführt.
16. Adolf Krause, Braunschweig. Das bisher unter der Firma Adolf Krause betriebene Handelsgeschäft ist mit dem vorhandenen Waarenlager, jedoch mit Ausschluss der Aussenstände und Schulden, auf die unverehelichte Else Brüggemann hieselbst übergegangen, welche für das gedachte Handelsgeschäft die neue Firma: Else Brüggemann, Adolf Krause Nachf. angenommen hat.

3. Löschungen.

1. Rottorfer Lederfabrik Franz Kraus, Königsutter.
2. Abraham Esberg, Wolfenbüttel.
3. N. Niemann, Blankenburg a. H.
4. W. Holzhausen, Lutter a. Bbge.
5. F. Sperber, Schöppenstedt.
6. Adolf Krause, Braunschweig.
7. Altschwager & Co., Braunschweig.
8. Carl Wittenberg, Vechelde.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Braunschweiger Bürstenfabrik Minna Ehlers, Braunschweig. Dem Bürstenfabrikanten Albert Ehlers.
2. B. Becker, Zweigniederlassung, Braunschweig. Ehefrau des Kaufmanns Karl Marheine, Minna geb. Warnecke.
3. I. Kugelmann & Sohn, Holzminden. Dem Kaufmann Isaac Kugelmann.
4. Conrad Trumpff, Blankenburg a. H. Kaufmann Richard Rabel daselbst neben den bisherigen Prokuristen, Kaufleuten Jacob Schaffner und Otto Jung in der Weise, dass er in Gemeinschaft mit einem der vorgenannten Prokuristen zur Zeichnung und Vertretung der Firma ermächtigt ist.
5. Joseph Grunsfeld Söhne, Braunschweig. Dem Theilhaber, Kaufmann Nathan Grunsfeld hieselbst.

5. Prokura-Löschungen.

Mumme & Biermann, Braunschweig. Kaufmann Max Decker.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

Central-Molkerei-Genossenschaft Naensen, eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht, mit dem Sitze in Naensen.

2. Abänderungen.

1. Kreditverein zu Seesen, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Nachschusspflicht. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes, Kaufmann Carl Walter in Seesen, ist der Rentner Baltus Becker daselbst auf die Dauer von drei Jahren als solches gewählt worden.
2. Innungsbank Braunschweig, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes, Hofschmied Albert Plockhorst hier, ist der Schlachtermeister Louis Wollenweber gewählt worden.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Christian Lodahl, Mühlenpächter, Küblingen. 28. August 1901.
2. August Loesch, in Firma August Loesch, Oel- und Fettwarenhandlung, Braunschweig. 6. September 1901.
3. Friedrich Böttcher, Bäckermeister, Helmstedt. 5. September 1901.
4. Willy Diettrich, Kaufmann, alleiniger Inhaber der Firma Willy Diettrich jun., Braunschweig. 24. September 1901.

2. Aufhebungen.

1. Hermann Wilke, Tischlermeister, Braunschweig.
2. Hermann Schwerdtfeger, Halbspanner, Barbecke.
3. Wittve des Schlossermeisters Friedrich Brunke, Marie geb. Schelle, und deren drei minderjährigen Kinder Friedrich, Karl und Bertha, Braunschweig.
4. August Engelhard, Buchdruckereibesitzer, Braunschweig.
5. Gustav Kramer, Kaufmann, Emmerstedt.
6. Gustav Thomas, Fleischermeister, Hasselfelde.

Berichtigung. In voriger Nummer der Monatsschrift ist auf Seite 217 insofern ein Druckfehler entstanden, als es unter »V. Personen- und Güterverkehr der Staatsbahnhöfe«, hier, und zwar unter »3. Angekommene Fracht- und Eilgüter« heissen muss:

$$\begin{array}{l} 1890: 472\ 050 \\ 1900: 462\ 773 \end{array} \left. \vphantom{\begin{array}{l} 1890: 472\ 050 \\ 1900: 462\ 773 \end{array}} \right\} - 2\ 0/0$$

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 11/12.

Braunschweig, November/Dezember 1901. XI. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Gewerbliche Fortbildungsschulen.

Von Dr. jur. W. Schmidt, Wissenschaftlichem Hilfsarbeiter an der Handelskammer.
(Schluss.)

15. Wie gross ist die Zahl der Lehrer im Haupt- und Nebenamte, und wie hoch ist das Honorar für dieselben?

Die Zahl der im Hauptamte angestellten Lehrer ist eine äusserst geringe, die meisten werden nebenamtlich beschäftigt. In die Augen springend ist die grosse Zahl der im Hauptberuf thätigen Lehrer in Freiburg i. Br. und Heidelberg. Es beruht dieses auf der besonderen Organisation des gewerblichen Fortbildungsschulwesens im Grossherzogthum Baden.

Die Höhe des Honorars ist verschieden. Von 1,50 Mk. pro Wochenstunde beginnend, steigt es in Frankfurt a. O. und Danzig bis 3 Mk. Das jährliche Honorar pro Wochenstunde beträgt im Durchschnitt 80 bis 100 Mk. In manchen Orten steigt es mit den Dienstjahren und richtet sich auch vielfach nach dem Unterrichtsgegenstande.

Einen Ueberblick gestattet nachstehende Zusammenstellung:

A. Grössere Städte.

Stadt	Wie gross ist die Zahl der Lehrer?		Wie hoch ist das Honorar?		Bemerkungen
	Im Hauptamte	Im Nebenamte	pro Wochenstunde	Jährlich pro Wochenstunde	
1. Frankfurt a. O.	—	33	1,50—3 M.		
2. Königsberg	—	61	2 M.		
3. Magdeburg	1 (Direktor)	39		80 M.	
4. Duisburg	1 (Direktor zugl. Stadtschulinsp.)	48	nicht angegeben		

Stadt	Wie gross ist die Zahl der Lehrer?		Wie hoch ist das Honorar?		Bemerkungen
	Im Haupt- amte	Im Neben- amte	pro Wochen- stunde	Jährlich pro Wochenstunde	
5. Bochum . . .	—	24		100 M.	{ Gewerbeschu- l-kandidat 1200 bis 1500 M. Etatmäss. Lehrer 2100–3800 M. Leiter der prakt. K. 400–600 M.
6. Danzig . . .	3	87	1,75–3 M.		
7. Altona . . .	—	28	2,50 M.		
8. Freiburg . . .	8	7		Im Allgem. 80 M.	
9. Posen . . .	—	40	{ Rechn. 1,70 Disch. 2 M. Zeichn. 2–2,50		
10. Hannover . . .	—	54		90 M.	
11. Erfurt . . .	3	52		90 »	
12. Strassburg i. E.	—	26	2 M.	90 »	
13. Potsdam . . .	—	27		{ 72 M. } 90 » } Durchschn. 108 » } 90 M.	
14. Wiesbaden . . .				{ 80 M. beim Eintritt 90 » nach 3 Jahren 100 » » 6 »	

B. Kleinere Städte.

Stadt	Wie gross ist die Zahl der Lehrer?		Wie hoch ist das Honorar?		Bemerkungen
	Im Haupt- amte	Im Neben- amte	pro Wochen- stunde	Jährlich pro Wochenstunde	
1. Hildesheim . . .	3				{ 1. Für 26 St. 3340 M. 2. » 27 » 2800 » 3. » 27 » 2620 »
2. Küstrin . . .	—	7	1,50 M.		
3. Meiningen . . .	—	12	2,— »		
4. Altona . . .	—	10		75 M.	{ Für Korrigiren der Hefte in Deutsch 30 M. mehr
5. Alt-Zabrze . . .	—	7	1,50 »		
6. Göttingen . . .	2	24		{ 85 M. i. d. 3 unt. Stuf. 90 » » » ersten «	
7. Schleswig . . .	—	9	2,— M.	84 M.	{ Für Deutsch und Buchführung 5 M. mehr
8. Celle . . .	—	11		{ 70 M. v. 1.—5. Dienstj. 75 » » 6.—10. » 80 » » 11. »	
9. Halberstadt . . .	—	19	2,— »		
10. Allenstein . . .	—	9	1,75 »		
11. Geestemünde . . .	—	9		80 M.	
12. Eisenach . . .	—	11		75 »	
13. Gera . . .	—	20		100 »	
14. Eschwege . . .	—	14	2,— »		
15. Detmold . . .	—	8		pro Jahr	{ 700, 231, 308. 456, 385, 260, 198, 231 M.

Stadt	Wie gross ist die Zahl der Lehrer?		Wie hoch ist das Honorar?		Bemerkungen
	Im Haupt- amte	Im Neben- amte	pro Wochen- stunde	Jährlich pro Wochenstunde	
16. Merseburg .	—	8			360 M. pro Jahr
17. Lissa i. Posen	—	18	1,50 M.		
18. Oppeln . . .	—	13	1,50 »		
19. Neustrelitz .	—	7	1,50 »		
20. Bielefeld .	2 (dav. 1 an d. Werkmstr.- Schule)	43		{ 100 M. i. d. obl. Fsch. 120 » » » freiw. Zkl. 150 » » » Werk- meister-Schule	{ Der Direktor 5200—7300 M. Der Ingenieur 3000 M. im Probejahre; bei der Anstellung mehr
21. Marienburg .	—	11	1,50—2,50		
22. Elmshorn . .	—	9	2,— M.		
23. Biebrich . .	—	8	2,— »		
24. Bockenheim .	—	19		{ 100—110—120 u. 120—140—160	von 3 zu 3 Jahren aufsteigend
25. Heidelberg .	8	3	Nicht angegeben		
					{ Die Lehrer zus. 20 000 M.

16. Finden am Schlusse des Schuljahres Abgangsprüfungen und Prämiirungen statt, werden Abgangszeugnisse ertheilt?

In den grösseren der befragten Städte sind Abgangsprüfungen selten vertreten, während sie in den kleineren häufiger vorkommen. Prämiirungen finden in der Mehrzahl statt, desgleichen werden in den meisten Orten Abgangszeugnisse ertheilt, wie aus folgender Aufstellung ersichtlich.

A. Grössere Städte.

Stadt	Prüfungen?		Prä- miirungen?	Zeugnisse?		
	Ab- gangs-	Andere (Jahres-Schluss-)		halb- jährlich	jähr- lich	Abgangs-
1. Frankfurt a. O.	—	—	Ja	—	—	Nur a. Wunsch
2. Königsberg .	—	—	{ Ueber ihre Einr. schw. Verhandl.	—	—	Ja
3. Magdeburg .	—	—	Ja	—	Ja	»
4. Duisburg . .	—	—	»	—	—	»
5. Bochum . . .	—	{ Ostern eine Schlussprüfung	»	—	Ja	—
6. Danzig . . .	Ja	—	»	—	—	Ja
7. Altona . . .	—	—	»	Ja	—	—
8. Freiburg . .	Ja	—	»	—	—	Ja
9. Posen . . .	—	—	»	—	—	»

Stadt	Prüfungen?		Prä- mürungen?	Zeugnisse?		
	Ab- gangs-	Andere (Jahres-Schluss-)		halb- jährlich	jähr- lich	Abgangs-
10. Hannover . .	—	—	—	Auf Wunsch	—	Ja
11. Erfurt . . .	—	—	In einzelnen Fällen	—	—	»
12. Strassburg i.E.	—	—	—	Ja	—	—
13. Potsdam . .	—	—	Ja	—	Ja	—
14. Wiesbaden .	—	—	»	—	—	Ja

B. Kleinere Städte.

Stadt	Prüfungen?		Prä- mürungen?	Zeugnisse?		
	Ab- gangs-	Andere (Jahres-Schluss-)		halb- jährlich	jähr- lich	Abgangs-
1. Hildesheim .	—	—	—	—	—	Ja
2. Küstrin . . .	—	—	Ja	—	—	»
3. Meiningen .	—	Ja (öffentlich)	—	—	—	»
4. Altena . . .	—	—	Ja	—	—	»
5. Alt-Zabrze .	—	—	»	—	—	»
6. Göttingen .	Ja	—	»	Ja	—	»
7. Schleswig .	—	—	»	—	—	Auf Wunsch
8. Celle	Ja	—	»	—	—	» »
9. Halberstadt .	—	—	»	Ja	—	Ja
10. Allenstein .	—	—	»	—	—	»
11. Geestemünde .	Ja	—	»	—	—	»
12. Eisenach . .	»	—	»	—	—	»
13. Gera	»	—	—	—	—	»
14. Eschwege . .	»	—	Ja	—	—	»
15. Detmold . .	—	—	—	—	—	Auf Wunsch
16. Merseburg .	—	—	Ja	—	—	» »
17. Lissa i. Posen	—	—	—	—	—	» »
18. Oppeln . . .	Ja	—	Ja	—	—	Ja
19. Neustrelitz .	—	—	»	—	—	Auf Wunsch
20. Bielefeld . .	Ja	—	»	—	—	» »
21. Marienburg .	—	—	»	—	—	Ja
22. Elmshorn . .	—	—	—	—	—	»
23. Biebrich . .	Ja	—	—	—	—	»
24. Bockenheim .	—	—	Ja	Ja	—	—
25. Heidelberg .	Ja	—	»	—	—	Ja

Sonstige Bemerkungen über Mängel etc., die sich in der Praxis gezeigt haben.

Die Klagen, die in dieser Beziehung erhoben werden, sind ständig dieselben. Besonders wird immer wieder betont, dass der Abendunterricht für den Schüler kaum von irgend welchem nennenswerthen Erfolge sein könne, dass andererseits aber der Versuch einer Früherlegung wiederholt an dem Widerspruche der Gewerbetreibenden gescheitert sei.

Des Weiteren wird die Kontrolle der Anmeldungen als sehr schwierig hervorgehoben. Bielefeld macht den Vorschlag, die Mitwirkung der Behörden in Anspruch zu nehmen, die vielleicht in der Weise geschehen könne, dass das Polizei-Meldeamt die zu- und abziehenden gewerblichen Arbeiter unter achtzehn Jahren der Schule bekannt gebe oder dass die Invaliditäts- und Krankenkassen, die ja für jeden Arbeiter eine Karte ausstellen müssten, ihre Verzeichnisse zur Verfügung stellten oder dergl.

Küstrin beklagt sich über zu geringes Verständniss der kleinen Gewerbetreibenden für den Werth der gewerblichen Fortbildungsschule, Schleswig über unpünktlichen und mangelhaften Besuch, Eisenach über zu geringe Stundenzahl (fünf) und darüber, dass die Lehrherren wegen sogenannter »nothwendiger Arbeit« die Schüler vom Besuche abzuhalten suchten. Detmold bemerkt als Uebelstand, dass die Schule in Miethsräumen untergebracht sei und letztere theilweise zu klein seien, und weiterhin, dass die Lehrer nur nebenamtlich beschäftigt seien und jeder Zeit ihr Dienstverhältniss lösen könnten.

Von Bielefeld wird ferner noch folgendes hervorgehoben: Es sei nöthig, bezüglich der Schulversäumnisse die Bestimmungen des Ortsstatuts streng zu handhaben. Für besondere Fälle enthalte seit Kurzem die Schulordnung daselbst die Bestimmung, dass bei wiederholten ungerechtfertigten Versäumnissen oder Verspätungen die Schüler zwangsweise durch die Polizei vorgeführt würden, eine Maassnahme, die sich als ausserordentlich wirksam erwiesen habe. Ferner: Wenn nur Lehrlinge, nicht aber auch sogenannte Arbeitsburschen, die nur Hilfsleistungen, Botendienste u. s. w. verrichteten, zum Schulbesuche verpflichtet seien, dann sei es erforderlich, die Begriffe »Lehrling« und »Arbeitsbursche« sehr scharf zu fixiren, da immer eine Anzahl von Lehrherren versuche, ihre Lehrlinge als »Arbeitsburschen« zu bezeichnen, um sich auf diese Weise ihren Pflichten gegen die Schule zu entziehen.

I. Durch Landesgesetz begründete Fortbildungsschulen

Staat	Gesetz oder Verordnung	Wer ist schulpflichtig?	Wie lange resp. bis zu welchem Lebensjahre?
1. Bayern	I. a) Kurf. Verordn. v. 12. IX. 1803. b) Königl. Verordn. v. 5. XI. 1880. (betr. Sonntagsschulen) II. Königl. Verordn. v. 1. X. 1870 (betr. die gewerblichen Fortbildungsschulen)	Alle aus den Werktagsschulen entlassenen Knaben u. Mädchen (Entlassung erfolgt mit 13 Jahren)	In der Regel 3 Jahre (ausnahmsweise 4 Jahre)
2. Sachsen	Gesetz vom 26. IV. 1873 (betr. das Volksschulwesen)	Alle entlassenen Knaben	3 Jahre
3. Württemberg	Gesetz v. 22. III. 1895	Alle entlassenen Knaben (durch Verordn. der bürgerl. Kollegien auch Mädchen)	2 »
4. Baden	» v. 18. II. 1874	Alle Knaben und Mädchen	Knaben 2, Mädchen 1 Jahr
5. Hessen	» v. 16. VI. 1874 (betr. das Volksschulwesen)	Vorzugsweise Knaben (doch können auf Antrag auch Schulen für Mädchen errichtet werden)	3 Jahre
6. Sachsen-Weimar	Gesetz v. 24. VI. 1874 (betr. das Volksschulwesen)	Alle Knaben (auch für Mädchen kann der Schulvorstand eine Schule mit Zwang einrichten)	2 »
7. Sachsen-Meiningen	Gesetz v. 22. III. 1875 (betr. das Volksschulwesen)	Alle Knaben (auch für Mädchen kann die Gemeinde eine Schule mit Zwang einrichten)	2 »
8. Sachsen-Koburg	Gesetz v. 27. X. 1874	Alle Knaben	2 »
9. Sachsen-Gotha	» v. 24. VII. 1897	Alle Knaben (auch für Mädchen kann die Gemeinde eine Schule mit Zwang einrichten)	3 »
10. Schwarzburg-Sondershausen	» v. 15. I. 1876	Alle Knaben	2 »
11. Waldeck u. Pyrmont	» v. 9. VII. 1855	Alle Knaben (Mädchen müssen vom 10. Jahre ab die Näh- u. Strickschule besuchen)	2 »
12. Westpreussen und Posen	» v. 4. V. 1886 (betr. die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreussen u. Posen)	Alle Knaben auf Anordnung des Ministers für Handel u. Gewerbe	Bis zum 18. Lebensjahre

und die für diese maassgebenden Bestimmungen.

Worin wird unterrichtet?	Auf Grund welcher Bestimmung?	Wie viel Stunden wöchentlich und zu welcher Zeit?
I. Lesen, Schreiben, Rechnen, Religion. II. a) Elementarabtheilung: Religion, Deutsch, Rechnen, Zeichnen. b) Fachabtheilung: Zeichnen, Modelliren, Arithmetik, Geometrie, Naturlehre, Chemie, Materialienkunde, Buchführung	I. Kurf. Verordn. v. 12. IX. 1803 und Königl. Verordn. v. 5. XI. 1880. II. Königl. Verordn. v. 1. X. 1870	An Sonn- und Feiertagen und in der Regel an 2 Wochentagen
Deutsch und Rechnen, in der erweiterten Fortbildungsschule auch Zeichnen	Bekanntmachung des Kultusministers v. 18. X. 1881 (betr. den Lehrplan)	Mindestens 2, höchstens 6 St. Am Sonntage oder Abende eines Wochentags
Religion, Aufsatz, Rechnen, Realien	Verfügung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens v. 25. III. 1895	Jährlich müssen 80 Stunden ertheilt werden, entweder das ganze Jahr hindurch wöchentlich 2, oder nur im Winter wöchentlich 4 Stunden, und zwar möglichst an Wochentagen
Lesen, Schreiben, Rechnen	Ministerialverordnung v. 5. II. 1875 (betr. den Lehrplan)	Mindestens 2 Stunden; wenn nur im Winter, 3 Stunden
Lehrpläne werden nach Anhörung der Gemeinde- und Schulvorstände von der obersten Schulbehörde resp. Ministerium des Innern getroffen	Ministerialverordnung v. 20. III. 1875	Mindestens 4 Abendstunden während 4 bis 5 Monaten im Winterhalbjahre
Lesen, Schreiben, Rechnen	Ministerialverordnung v. 20. III. 1875	Mindestens während der Wintermonate wöchentl. 4 Stunden
Die Einrichtung wird durch Ortsstatuten geregelt, die der Ministerialabtheilung des Innern zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt werden müssen	Schulordnung d. Herzogthums Koburg v. 26. IV. 1876	Mindestens 2 Stunden
Deutsch, Schreiben, Rechnen, wenn vermehrte Stundenzahl, auch Realien und Zeichnen	Die Einrichtung wird durch Ortsstatuten geregelt	Mindestens 2, höchstens 6 Stunden und mindestens während des Winters
Lesen, Schreiben, Rechnen event. Zeichnen	Ausführungsverordnung v. 4. VIII. 1876	Mindestens 2, höchstens 6 Stunden; wenn nur im Winter, 4 Stunden
ird durch Ortsstatut bestimmt	Ausführungsverordnung v. 4. VIII. 1876	{ 4 (ganz ausnahmsw. 2) Stunden. In der Regel am Abende der Wochentage
		Knaben wenigstens 4, Mädchen wenigstens 2 Stunden

II. Gewerbliche Fortbildungsschulen und gewerbliche Fortbildungsschulen

(Nach dem Stande)

S t a a t	Einwohner	Allgemeine und gewerbliche Fortbildungsschulen	
		Schulen	Schüler
Preussen	31 885 123	1321	150 672
Bayern	5 818 544	252	28 033
Sachsen	3 783 014	1982	87 654
Württemberg	2 080 898	2248	46 768
Baden	1 725 470	1697	34 039
Hessen	1 039 388	986	33 590
Sachsen-Weimar	338 887	462	6 704
Mecklenburg-Schwerin	596 883	45	3 260
Mecklenburg-Strelitz	101 513	9	711
Oldenburg	373 662	9	530
Braunschweig	433 906	12	1 984
Sachsen-Meiningen	233 972	299	4 399
Sachsen-Altenburg	180 012	16	832
Sachsen-Koburg-Gotha	216 624	155	4 088
Anhalt	293 123	17	1 393
Schwarzburg-Sondershausen	78 248	98	1 463
Schwarzburg-Rudolstadt	88 590	14	593
Waldeck und Pyrmont	57 782	121	1 169
Reuss ältere Linie	67 454	1	350
Reuss jüngere Linie	131 469	3	700
Schaumburg-Lippe	41 244	2	65
Lippe	134 617	6	722
Hamburg	681 632	4	2 319
Bremen	196 278	4	1 669
Lübeck	83 324	2	1 203
Elsass-Lothringen	1 640 986	19	3 606
Deutsches Reich	52 272 643	9834	418 516
Durch Landesgesetz geregelt	18 695 845	8436	260 527
Bleibt ortsstatutarisch und freiwillig	33 576 798	1398	157 989

*) Die in Klammern beigefügten Zahlen geben die Reihenfolge in den beiden neben

Die Fortbildungsschüler im Deutschen Reich.

Jahre 1900.)

Es kommen auf 1000 Einwohner wieviel gewerb- liche Fortbil- dungsschüler? *)	Eine gewerbliche Fortbildungs- schule kommt auf wieviel Einwohner? *)	Reihenfolge der Staaten im Verhältniss zur Zahl der gewerb- lichen Fortbildungsschüler (an- gefangen mit dem Staat, auf den relativ die meisten Schüler entfallen)	Reihenfolge der Staaten im Verhältniss zur Zahl der gewerb- lichen Fortbildungsschulen (an- gefangen mit dem Staat, in dem auf eine Schule die wenigsten Einwohner entfallen)
4,73 (19)	24 137 (18)	1. Hessen	1. Waldeck und Pyrmont
4,82 (18)	23 089 (17)	2. Sachsen	2. Sachsen-Weimar
23,17 (2)	1 909 (9)	3. Württemberg	3. Sachsen-Meiningen
22,47 (3)	925 (5)	4. Waldeck und Pyrmont	4. Schwarzb.-Sondershausen
19,73 (6)	1 017 (6)	5. Sachsen-Weimar	5. Württemberg
32,32 (1)	1 054 (7)	6. Baden	6. Baden
19,78 (5)	734 (2)	7. Sachsen-Koburg-Gotha	7. Hessen
5,46 (14)	13 264 (13)	8. Sachsen-Meiningen	8. Sachsen-Koburg-Gotha
7,00 (12)	11 279 (12)	9. Schwarzb.-Sondershausen	9. Sachsen
1,42 (26)	41 518 (20)	10. Lübeck	10. Schwarzburg-Rudolstadt
4,57 (22)	36 159 (19)	11. Bremen	11. Sachsen-Altenburg
18,80 (8)	783 (3)	12. Mecklenburg-Strelitz	12. Mecklenburg-Strelitz
4,62 (20)	11 251 (11)	13. Schwarzburg-Rudolstadt	13. Mecklenburg-Schwerin
18,87 (7)	1 398 (8)	14. Mecklenburg-Schwerin	14. Anhalt
4,75 (21)	17 242 (14)	15. Lippe	15. Schaumburg-Lippe
18,70 (9)	797 (4)	16. Reuss jüngere Linie	16. Lippe
6,69 (13)	6 327 (10)	17. Reuss ältere Linie	17. Bayern
20,23 (4)	477 (1)	18. Bayern	18. Preussen
5,19 (17)	67 454 (24)	19. Preussen	19. Braunschweig
5,32 (16)	43 823 (22)	20. Sachsen-Altenburg	20. Oldenburg
1,57 (25)	20 622 (15)	21. Anhalt	21. Lübeck
5,36 (15)	22 436 (16)	22. Braunschweig	22. Reuss jüngere Linie
3,40 (23)	170 408 (26)	23. Hamburg	23. Bremen
8,50 (11)	49 069 (23)	24. Elsass-Lothringen	24. Reuss ältere Linie
14,44 (10)	41 662 (21)	25. Schaumburg-Lippe	25. Elsass-Lothringen
2,19 (24)	86 367 (25)	26. Oldenburg	26. Hamburg
8,01	5 317		
13,94	2 216		
4,71	24 018		

ehenden Rubriken an.

III. Gewerbliche Fortbildungsschulen ^{*)}

(Nach dem Sta...

P r o v i n z	Einwohner	Allgemeine und gewerbliche Fortbildungsschulen	
		Schulen	Schüler
Ostpreussen	2 006 689	51	4 262
Westpreussen	1 494 360	50	7 386
Posen	1 828 658	86	5 234
Schlesien	4 415 309	142	14 995
Brandenburg	2 821 695	104	5 888
Stadt Berlin	1 677 304	58	25 314
Pommern	1 574 147	71	3 464
Schleswig-Holstein	1 286 416	91	7 576
Hannover	2 422 020	122	15 200
Sachsen	2 698 549	122	11 910
Hessen-Nassau	1 756 802	125	14 509
Westfalen	2 701 420	128	12 300
Rheinprovinz	5 106 002	169	22 452
Hohenzollern	65 752	2	182
Königreich Preussen . . .	31 855 123	1321	150 672
Gesetzlich geregelt	3 323 018	136	12 620
Bleibt ortsstatutarisch und freiwillig	28 532 105	1185	138 052

*) Die in Klammern beigegeführten Zahlen geben die Reihenfolge in den beiden neben...

gewerbliche Fortbildungsschüler in Preussen. im Jahre 1900.)

Es kommen auf 1000 Einwohner wieviel gewerb- liche Fortbil- dungsschüler?*)	Eine gewerbliche Fortbildungs- schule kommt auf wieviel Einwohner?*)	Reihenfolge der Provinzen im Verhältniss zur Zahl der gewerb- lichen Fortbildungsschüler (an- gefangen mit der Provinz, auf die relativ die meisten Schüler entfallen)	Reihenfolge der Provinzen im Verhältniss zur Zahl der gewerb- lichen Fortbildungsschulen (an- gefangen mit der Provinz, in der auf eine Schule die wenigsten Einwohner entfallen)
2,12 (13)	39 347 (14)	1. Berlin	1. Hessen-Nassau
4,94 (5)	29 887 (10)	2. Hessen-Nassau	2. Schleswig-Holstein
2,86 (10)	21 263 (5)	3. Hannover	3. Hannover
3,39 (9)	31 094 (12)	4. Schleswig-Holstein	4. Westfalen
2,09 (14)	27 132 (8)	5. Westpreussen	5. Posen
15,10 (1)	28 919 (9)	6. Westfalen	6. Sachsen
2,20 (12)	22 171 (7)	7. Sachsen	7. Pommern
5,89 (4)	14 136 (2)	8. Rheinprovinz	8. Brandenburg
6,28 (3)	19 853 (3)	9. Schlesien	9. Berlin
4,41 (7)	22 119 (6)	10. Posen	10. Westpreussen
8,26 (2)	14 054 (1)	11. Hohenzollern	11. Rheinprovinz
4,52 (6)	21 105 (4)	12. Pommern	12. Schlesien
4,40 (8)	30 213 (11)	13. Ostpreussen	13. Hohenzollern
2,77 (11)	32 876 (13)	14. Brandenburg	14. Ostpreussen
4,73	24 114		
3,8	24 434		
4,84	24 078		

ehenden Rubriken an.

Bericht

über

die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung
gewerblicher Etablissements.

Theilnehmer-Verzeichniss.

- I. **Handelskammer:** 1. Kommerzienrath Jüdel; 2. Kommerzienrath Dr. Schmidt; 3. Kommerzienrath Gutkind; 4. Kaufmann Baumgarten; 5. Fabrikant Meyer; 6. Stadtrath L. Ballin (Gandersheim); 7. Direktor Wiesmann (Harzburg); 8. Regierungsrath Dr. Stegemann; 9. Generalsekretär F. Stegemann; 10. Dr. W. Schmidt, Hilfsarbeiter; 11. Regierungsassessor Bartels.
- II. **Herzogliches Staatsministerium:** 1. Regierungsassessor Schultze; 2. Regierungsassessor Boden.
- III. **Herzogliche Kammer:** 1. Kammerpräsident Lüderssen; 2. Kammerrath Kybitz; 3. Baurath Pfeifer; 4. Regierungsrath Grotrian.
- IV. **Herzogliche Kreisdirektion:** 1. Kreisdirektor C. Langerfeldt; 2. Regierungsrath Pini; 3. Regierungsassessor Hoffmeister; 4. Regierungsassessor Pockels; 5. Referendare Hartwig, Schottelius, Lehmann und Sommer.
- V. **Herzogliches Finanzkollegium:** Regierungsrath Dr. Degener.
- VI. **Stadtmagistrat Braunschweig:** 1. Stadtrath von Frankenberg; 2. Regierungsassessor Pingel; 3. Referendar Bosse.
- VII. **Stadtmagistrat Gandersheim.** Bürgermeister von Ernst.
- VIII. **Herzogliche Baugewerkschule Holzminden:** Oberlehrer Haberstroh.
- IX. **Kaufmännische Fortbildungsschule Braunschweig:** 1. Schulinspektor Sattler; 2. Lehrer Heinemann; 3. Lehrer Schreyer; 4. Lehrer Siedentopp; 5. Lehrer Sander; 6. Lehrer Müller.
- X. **Kaufmännische Fortbildungsschule Wolfenbüttel:** 1. Kaufmann Rudolf Fink; 2. Lehrer Rodekurt.
- XI. **Kaufmännische Fortbildungsschule Helmstedt:** Lehrer Seubert.
- XII. **Kaufmännische Fortbildungsschule Schöningen:** Lehrer Linne.
- XIII. **Kaufmännische Fortbildungsschule Königslutter:** Rektor Curdt.

- XIV. Kaufmännische Fortbildungsschule Gandersheim:** Lehrer Ackermann.
- XV. Kaufmännische Fortbildungsschule Seesen:** Lehrer Schirmer.
- XVI. Kaufmännische Fortbildungsschule Blankenburg a. H.:** 1. Lehrer Pape; 2. Lehrer Ritzau.
- XVII. Gewerbliche Fortbildungsschule Blankenburg a. H.:** Lehrer Reinert.

Ausserdem war die **Herzoglich Technische Hochschule** durch einige Professoren vertreten.

Anmerkung: Das Verzeichniss ist nicht als vollständig anzusehen, da einige der Herren Theilnehmer es unterlassen haben, ihren Namen einzutragen.

Am Dienstag, den 8. Oktober d. J., Vormittags 8 Uhr, fanden sich die Theilnehmer an den Besichtigungen in einem Saale der Optischen Anstalt von Voigtländer & Sohn, Aktien-Gesellschaft, zusammen. Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt begrüßte hier die Erschienenen seitens der Handelskammer und führte unter Anderem aus, dass der Zweck dieser Besichtigungen ein mehrfacher sei. Einerseits solle durch dieselben Vertretern von Behörden, welche zu dem gewerblichen Leben unseres Landes in näherer amtlicher Beziehung stehen, Gelegenheit geboten werden, sich mit den Verhältnissen unserer Industrie vertraut zu machen, andererseits solle den Handelsgeographielehrern an den zehn kaufmännischen Fortbildungsschulen des Landes eine Anzahl unserer hervorragenden industriellen Werke in dem Umfange vorgeführt werden, dass dieselben in der Lage seien, eventuell an der Hand von kleinen Mustersammlungen den wirthschaftsgeographischen Unterricht in ihren Schulen mit der erforderlichen Anschaulichkeit und Sachkenntniss zu ertheilen. Ferner solle auch Mitgliedern und Beamten der Handelskammer ein näherer Einblick in die industriellen Verhältnisse des Landes gewährt werden.

Wie aus dem den Theilnehmern schön zugestellten Programme hervorgehe, seien für die Besichtigungen der 8., 9. und 10. Oktober vorgesehen worden. Die Durchführung des Programmes sei dem Generalsekretär Stegemann übertragen worden, an den er sich eventuell mit Anfragen u. s. w. zu wenden bitte.

Nach diesen einleitenden Worten wurden die Besichtigungen aufgenommen.

1. Voigtländer & Sohn, Akt.-Ges., Optische Anstalt.

Herr Direktor Dr. Kämpfer gab zunächst einen Ueberblick über die Entstehung und Entwickelung der Anstalt.

Die Firma Voigtländer & Sohn wurde im Jahre 1756 von Christoph Voigtländer in Wien gegründet und befasste sich in

den ersten Jahren ihres Bestehens hauptsächlich mit der Herstellung von Lesegläsern und Brillen, einfachen Mikroskopen und galileischen sowie terrestrischen einfachen Fernrohren. Der schnelle Aufschwung, welchen die junge Firma nahm, gelang ihr dadurch, dass sie als erste die sogenannten periskopischen Brillengläser zu schleifen begann, d. h. an Stelle der bis dahin ausschliesslich gebräuchlichen gleichschenkeligen Brillengläser solche von meniskenförmiger Gestalt erzeugte, welche ihrer ganzen Form nach ein besseres Ausnutzen des Sehfeldes ohne Drehen des Kopfes ermöglichen.

Ein weiterer Fortschritt begann 1811 mit der Konstruierung des Doppelfernrohres, der jetzigen Theater-Perspektive oder Feldstecher; dann folgten die Instrumente auf dem Gebiete der Photographie u. s. w.

In die Mitte der achtziger Jahre fällt dann jener Wendepunkt in der Optik, welcher durch Professor Abbe und durch Dr. Schott unter Subvention des Preussischen Staates verwirklicht wurde: die Herstellung von Glasarten, welche in optischer Beziehung von den bis dahin üblichen Typen in wesentlichen Punkten abwichen. Diese Arbeiten, deren Wichtigkeit besonders für die photographische Optik auch von der Firma sofort erkannt wurde, bildete auch hier die Grundlage einer, man kann sagen vollständigen Umgestaltung ihres Betriebes und ihrer Instrumente. Die Möglichkeit, welche die neuen Glassorten boten, wurde nicht nur ausgenutzt, um die alten Instrumente in wesentlichen Punkten zu verbessern, sondern führte auch zur Konstruktion eines neuen, äusserst wichtigen Instrumententypus, der sogenannten Collineare, ein sechstheiliger Objektivtypus, der in Bezug auf Lichtstärke und Ebenheit des Bildfeldes unter den modernen Linsen eine hervorragende Stelle einnimmt. Einer sehr grossen Beliebtheit in der Jägerwelt erfreuen sich die von der Firma hergestellten Zielfernrohre.

Die angewandten Herstellungsmethoden sind durchweg der wissenschaftlichen Vorarbeit insofern angemessen, als man sich bemüht, mit peinlichster Genauigkeit diejenigen Formen der Linsen etc. praktisch herzustellen, welche durch die theoretische Berechnung gewonnen sind. Es beginnt daher jede Ausführung mit einer vorhergehenden Berechnung, das heisst, jeder neue Typus von Instrumenten wird zunächst errechnet und dann konstruiert. Selbstverständlich kann dann nach der einen Rechnung eine beliebige Anzahl von Exemplaren des betreffenden Apparates hergestellt werden, bis die zu Grunde gelegten Glasschmelzungen aufgebraucht sind. Es kann auch innerhalb gewisser Grenzen eine Grössenveränderung vorgenommen werden, so dass z. B. nach denselben Rechnungen Fernrohr-Objektive von 10 bis 60 cm Brennweite hergestellt werden können.

Die Berechnung zerfällt meist in zwei Stadien; eine mehr allgemeine Voruntersuchung, welche die ungefähren Formen der Linsen, sowie die Natur der anzuwendenden Gläser ergibt, und

eine specielle Durchrechnung für gegebene Glassorten und Linsenformen. Für diese specielle Durchrechnung existiren in der Optik keinerlei allgemeine Methoden, sie läuft vielmehr fast immer auf ein geschicktes Tatonniren hinaus, wobei man unter allmählicher Variation der optischen Elemente, Krümmungsmäasse, Dicken und Glassorten jedesmal bestimmte charakteristische Strahlen durch die Linsen hindurch rechnerisch verfolgt und dadurch bei richtiger Auswahl derselben ein genaues Urtheil über den Effekt des Linsensystems zu gewinnen sucht.

Wenn durch die Rechnungen Formen und Glassorten der auszuführenden Linsen festgestellt sind, so kommt erst auf Grundlage dieser Arbeit die technische Ausführung derselben an die Reihe.

Wie bekannt, ist das Glas, welches zur Herstellung optischer Apparate dient, von dem gewöhnlichen Gebrauchsglase wesentlich verschieden. Während das gewöhnliche Gebrauchsglas alle Zwecke erfüllt, wenn es neben Farblosigkeit und Freiheit von groben sichtbaren Fehlern die nöthigen mechanischen und physikalischen Eigenschaften, als Härte, Elasticität, Wetterbeständigkeit besitzt, so werden an das optische Glas neben diesen Forderungen noch gewisse andere gestellt. Vor Allem ist erforderlich, dass das Glas seiner ganzen Masse nach dieselben optischen Konstanten besitzt, das heisst Brechungsexponent und Zerstreuungsmodul müssen in jedem Theilchen des Glases vollkommen die gleichen sein. Man unterscheidet bekanntlich zwischen Flint- und Crown-glas, je nachdem der Brechungs- und Zerstreuungsmodul absolut und relativ gross oder klein ist.

Das benutzte Glas ist verschiedener Herkunft. Einen Theil desselben liefert die berühmte Glashütte von Chance Brothers in Birmingham, ferner Mantois in Paris (*Verrerie scientifique speciale pour l'optique*), dann vor Allem die Jenaer Glashütte von Schott und Genossen. All dieses Glas kommt in Form von Tafeln von bis ein Quadratfuss Oberfläche und sehr verschiedener Dicke in den Handel.

Diese Rohglastafeln werden dadurch gewonnen, dass die in grossen Tiegelhäfen erstarrte optische Glasmasse in eine Anzahl polygonaler Stücke zerbricht, die dann durch nochmaliges Erhitzen in Chamotteform zu viereckigen Platten geformt werden. Es werden hierbei bereits die fehlerhaften Stücke ausgesondert.

In den meisten optischen Anstalten wird nun das Rohglas auf mechanische Weise zertheilt, und ohne Weiteres werden daraus linsenförmige Körper durch Abbröckeln oder rohes Verschleifen hergestellt. Diese Arbeit ist einmal ausserordentlich langwierig und mit grossem Materialverlust verbunden, hat aber auch sonst noch manches gegen sich. Es zeigt sich nämlich, dass, genau genommen, die optischen Konstanten einer Glasschmelze doch nicht vollkommen konstant sind, dass sie vielmehr von Tafel zu

Tafel, ja oft innerhalb einer Tafel, kleinen, aber nicht vollständig unerheblichen Schwankungen unterworfen sind.

Ausserdem sind die Rohglastafeln fast immer mit einer geringen Spannung behaftet, das heisst das Glas ist durch inneren Druck der Moleküle auf einander, welcher wohl durch ungenügend sorgfältiges Kühlen entsteht, spurenweise doppeltbrechend.

In Folge dieser Verhältnisse ist es bei Fernrohrobjectiven grösserer Dimensionen durchaus erforderlich, bei allen anderen Instrumenten sehr wünschenswerth, dass das Rohglas noch einmal einem sogenannten Feinkühlungsprozess unterworfen wird. Erst hierdurch wird diejenige Homogenität und Spannungsfreiheit erreicht werden, die für die besten Apparate absolut erforderlich ist. In der Anstalt kommt ausschliesslich feingekühltes Glas zur Verarbeitung. Obwohl jetzt die Glasfabriken ihren Gläsern die optischen Konstanten mit grösster Genauigkeit mitzugeben pflegen, werden in der Anstalt bei sämmtlichen Glassorten die Koëffizienten für Brechung und Farbenzerstreuung durch spektrometrische Messung neu bestimmt.

Zur Herstellung von kleineren Linsen werden zunächst die Rohglastafeln in passende Stücke zerlegt, und zwar geschieht dies entweder bei dünnen Tafeln mit glatter Oberfläche in der bekannten Weise mit dem Schneidediamanten, bei starken Tafeln mit Hilfe von spitzen, meisselartigen Hämmern und schliesslich bei schwer zu trennenden Stücken und kostbarem Material mit Hilfe einer Diamantschneidemaschine, welche, durch einen Elektromotor angetrieben, das Glas mit grösster Leichtigkeit zertheilt. Die Diamantschneidemaschine besteht im Wesentlichen aus einer durch den Elektromotor in sehr schnelle Rotation versetzten Stahlscheibe von etwa 25 cm Durchmesser, in deren Rand Diamantpulver befestigt ist.

Sind so die Platten in Stücke zertheilt worden, deren Gewicht nur wenig das Gewicht der fertigen Linsen übersteigt, so werden die Theile in sogenannte Modeln gelegt. Es sind dies cylindrische Formen aus feuerfestem Chamotte, die eine dem Durchmesser und der Krümmung der zu formenden Linsen entsprechende Vertiefung eingedreht enthalten. Hierauf kommen die Gläser in den Modeln in den Vorwärmofen, wobei die Heizung von unten stattfindet und die einzelnen Glassorten je nach ihrer Schmelzbarkeit und Schmelztemperatur in verschiedenen Etagen des Ofens untergebracht werden. Wenn der ganze Ofen gefüllt ist, beginnt die Anfeuerung, wobei durch allmähliches Steigern der Hitze schliesslich eine Temperatur erreicht wird, bei welcher die einzelnen Glasarten eben sich in geringem Grade zu erweichen beginnen. In diesem Zustande der beginnenden Erweichung springt das Glas bei plötzlichem Temperaturwechsel nicht mehr und wird ohne Gefahr in den Pressofen übertragen. Im Pressofen sind nur einige grosse Muffeln vorgesehen, welche durch eine eigenartige Feuerung zu einem gleichmässigen, sehr hohen Grade von Weissgluth erhitzt

sind. Das Glas, welches bis dahin in den Modeln noch seine ursprüngliche kantige Form bewahrt hatte, beginnt in der Temperatur dieses Ofens allmählich immer mehr und mehr zu erweichen und senkt sich schliesslich in die Form der Model hinab; eine Pressung durch sanften Druck von oben mittelst eines Formeisens, durch welches der Linse zugleich die ungefähre Gestalt ihrer zweiten Oberfläche gegeben wird, vollendet die Arbeit.

Die somit in die Model gepressten Gläser kommen nun in den mittlerweile ebenfalls auf helle Rothgluth erwärmten Kühlöfen zurück, wo sie, nachdem der Ofen gefüllt ist, einer sehr allmählichen Abkühlung überlassen werden.

Hierbei hat das Glas, ehe es noch in den festen Zustand ganz allmählich übergeht, Zeit, einen Zustand vollkommener Spannungsfreiheit anzunehmen, welcher sich im Verlaufe der äusserst langsam fortschreitenden Abkühlung erhält.

Nachdem der Kühlprozess beendet ist, werden die Rohlinsen aus den Modeln, von denen sie sich mit Leichtigkeit trennen, herausgenommen und dem sogenannten Formschliff unterworfen. Diese Operation bezweckt, die noch rohe Form der Linsen durch Bearbeitung mit Schmirgel sowohl auf den Flächen wie am Rande weiter zu vollenden.

Nachdem die Rohlinsen durch Vorschleifen auch mit feinerem Schmirgel schon die nahezu richtige Form erhalten haben und auch der Rand ungefähr laufend abgedreht worden ist, kommen sie in die optische Werkstatt, wo ihre Formgebung vervollständigt wird.

Die Bearbeitung grosser Linsen unterscheidet sich bis hierher insofern, als diesen nicht die erste Form durch Pressen, sondern durch Schleifen des rohen Glasblocks mit grossen Formschleif-(Schrupp-)Maschinen gegeben wird.

Die weitere Bearbeitung ist in beiden Fällen die gleiche. Dieselbe erfolgt in der allgemein üblichen Weise theils durch Maschinen mit Fussbetrieb, theils durch grosse automatische Maschinen mit Motorbetrieb, und zwar immer mit Hilfe von Schleifschalen, von denen im Betriebe über 25 000 Paar vorhanden sind. Die Schalen sind numerirt und werden nach jeder Arbeit mit Hilfe von Lehrbogen aus Messing, die auf besonderen Maschinen geschnitten werden, kontrollirt. Es verändert sich nämlich während der Schleifarbeit nicht nur die Form des Glases, sondern, wenn auch wenigstens bei eisernen Schalen in nur geringem Grade, auch die Form der Schalen. Als Schleifmittel dient, wie üblich, feiner Schmirgel, mit dem zunächst die Gläser, entweder einzeln oder zu mehreren aufgekittet, in einigen Fällen auf stehenden, in anderen auf rotirenden Schalen mit Schmirgel und Wasser immer feiner geschliffen werden. Schliesslich wird durch Benutzung des allerfeinsten Schmirgels ein letzter, endgültiger Schliff auf der genau hergestellten Schale gegeben, wobei bei schräger Aufsicht schon eine Spur von Politur sichtbar wird. Zur Her-

stellung der Schalen dieser Art, welche viel Zeit, Mühe und Geschicklichkeit erfordert, dient eine eigene grosse Maschinendrehbank. Die fein geschliffenen Gläser werden schliesslich polirt, was auf Pechunterlage, mit Englischroth und Wasser, geschieht. Das Schleifen sowohl als auch das Poliren wird von denselben Optikern ausgeführt, so dass also ein Optiker die vorgeschriebenen Gläser bis zur vollkommenen Fertigstellung der Politur bearbeitet.

Um nun eine fortgesetzte Kontrolle über die genaue Krümmung der Flächen und ihre Innehaltung während des Polirprozesses, sowie über die richtige sphärische Form der Flächen zu haben, bedient man sich bei der Polirarbeit der sogenannten Passgläser. Es sind dies Glaskörper, welche auf der einen Seite meist plan sind, auf der anderen Seite die der herzustellenden Krümmung entgegengesetzte Kurve anpolirt enthalten.

Die Herstellung dieser Passgläser geschieht in genau derselben Weise, wie die der wirklichen Linsen, nur wird bei ihnen durch besondere Mittel auf das Allergenauenste die richtige Form und die sphärische Gestalt bestimmt. Hierzu dient in erster Linie das sogenannte Sphärometer. Dasselbe arbeitet mit grosser Genauigkeit und gestattet die Ablesung auf $\frac{1}{10000}$ mm. Mit Hilfe der Passgläser sind die zu polirenden Oberflächen mit einer Genauigkeit der Gestalt herzustellen, die weit über diejenige Genauigkeit hinausgeht, mit welcher sonst mechanische Messungen gemacht werden können. Das Prinzip der Benutzung der Passgläser ist folgendes: Wenn eine Linse bereits anpolirt ist, wird ihre Oberfläche auf das Sauberste gereinigt und das ebenfalls peinlich sauber gereinigte Passglas aufgelegt. Passen dann beide genau in einander, so muss die durch Adhäsion an beiden Glasflächen hängende Luft zwischen beiden Gläsern eine überall gleichmässig dichte Schicht bilden, und zwar wird diese Schicht, da sie durch das Gewicht des Glases zu einer ausserordentlichen Dünne vermindert wird, die sogenannten Newtonschen Farben zeigen, wie wir sie an Seifenblasen und ähnlichen dünnen Gebilden beobachten. Ist die Schicht überall genau gleich dick, so muss der Farbenton über die ganze Fläche hin der gleiche sein.

Sind auf diese Weise die einzelnen Linsen polirt und mit den Passgläsern verglichen, so beginnt jetzt der Prozess des Centrirens. Das Centriren geschieht auf senkrecht stehenden Spindeln mit Handbetrieb, auf denen die Gläser mit weichem Pech aufgekittet und vor Erkalten desselben so lange verschoben werden, bis eine absolute Uebereinstimmung der optischen Achse mit der mechanischen Achse erreicht ist. Dies wird daran erkannt, dass die Spiegelbildchen, welche von den blanken Linsenflächen erzeugt werden, beim Drehen der Linsen still zu stehen scheinen. Ist dies erzielt, so schreitet man zum Abdrehen des Randes der Linsen, was mittelst eigenartig konstruierter Supporte mit Schmirgel und Wasser geschieht. Zugleich wird dieses Abschleifen so lange fortgesetzt, bis die Linse den vorgeschriebenen Durchmesser hat

und in eine kreisförmige Lehre, die für diesen Zweck als Tastwerkzeug dient, hineinpasst.

Die somit fertigen Einzellinsen werden nun durch durchsichtigen Kitt (Canada-Balsam, Terpentin oder Mastix) mit einander vereinigt, indem man die in einander passenden Flächen zunächst sorgfältig reinigt, die Linsen zusammenlegt, vorsichtig erwärmt, einen Tropfen des Kittes dazwischen bringt und dann den Ueberschuss desselben durch sanften Druck herausreibt.

Wenn die Linsen gefasst sind, werden sie zunächst je nach ihrer Natur einer besonderen Prüfung unterzogen. Photographische Objektive müssen auf ihre Leistungsfähigkeit genau untersucht werden. Es müssen auch unter Umständen kleine Aenderungen an den Abständen etc. vorgenommen werden, und hierzu dienen ausser optischen Proben verschiedener Art direkte photographische Aufnahmen, welche in einem eigenen sehr grossen Atelier der Firma vorgenommen werden.

Der als wissenschaftlicher Leiter der Anstalt angehörende Dr. H. Harting hat vor Kurzem ein im Jahre 1870 konstruirtes Objektiv neu berechnet. Dasselbe eignet sich wegen seiner ausserordentlichen Lichtstärke in hohem Maasse für astrophotographische und kinematographische Zwecke, sowie für Portraitaufnahmen. In den neuen Portrait-Anastigmaten, ferner in den Triple-Anastigmaten bietet die Anstalt Objektive, die selbst den höchsten Ansprüchen genügen. Hervorragende Eigenschaften derselben sind ebenes, völlig anastigmatisches Bildfeld und eine bedeutende Plastik und Brillanz des Bildes, welch letztere durch die Abwesenheit aller komatischen und anderen störenden Fehler (Spiegelbilder) bewirkt wird.

Besondere Prüfungsapparate verlangen auch die sogenannten Teleobjektive, die ebenfalls in einigen neuen Typen hergestellt werden. Grosse Instrumente dieser Art sind bei der italienischen Küstenvermessung und für ähnliche Zwecke in Gebrauch. Auch für Tracirung der Jungfraubahn haben die Teleobjektive der Firma ausserordentlich wichtige Dienste geleistet und Detailstudien an unzugänglichen Stellen der Bahnstrecke ermöglicht. Die Prüfung der Teleobjektive geschieht vielfach auch auf einem flachen Dach des Hauptgebäudes, wo ein fest fundamentirter Pfeiler zur erschütterungsfreien Aufstellung von Apparaten dienen kann.

Die Justirung und Prüfung von Fernrohren aller Art erfordert andere Vorrichtungen. In den Räumen, in welchen diese Arbeiten vorgenommen werden, sind sämtliche Fenster mit Spiegelglassescheiben versehen, um mit den Instrumenten durch die Fenster hindurch nach eigenen Prüfungsobjekten sehen zu können. Letztere sind grosse, eiserne Tafeln (Testplatten), welche in einer Entfernung von 300 bis 400 m von der Fabrik auf Dächern angebracht sind.

Die Zahl der Angestellten und Arbeiter beträgt zur Zeit 300. Die Leitung der ganzen Anstalt liegt in den Händen zweier tech-

nischer Direktoren. Die Fabrik verfügt über eine Pensionskasse für Arbeiter und Beamte. Die Anstalt hat für die elektrische Beleuchtung eigene Dynamomaschinen und Akkumulatoren. Für den elektrischen Betrieb aller Kraftmaschinen findet eine Ergänzung des elektrischen Stromes aus dem städtischen Elektrizitätswerke statt.

Die Firma ist seit langen Jahren Lieferantin der Kaiserlich deutschen Marine und vieler anderer Marinen, und hat im Laufe der Zeit eine sehr grosse Anzahl sowohl terrestrischer Fernrohre grösserer Dimensionen als auch vor allen Dingen der sogenannten Nachtgläser der Marine geliefert, Doppelfernrohre Galileischer Konstruktion, welche bei schwachen Vergrösserungen eine ausserordentliche Lichtstärke besitzen, und daher mit Vorthail bei sehr schwachem Licht und zum nächtlichen Wachtdienst benutzt werden.

Ausserdem fertigt die Firma Zielfernrohre, Prismen-Doppelfernrohre u. A. an. Erwähnenswerth ist noch, dass in neuerer Zeit zu Objektivfassungen statt Messing Magnalium zur Verwendung gelangt. Magnalium ist eine Legierung von Rein-Aluminium und Rein-Magnesium, zeigt eine silberne glänzende Farbe, übertrifft das Aluminium noch an Leichtigkeit und stellt sich in Bezug auf seine Verwendbarkeit als Arbeitsmetall dem Messing würdig zur Seite. Die Besichtigung der Fabrik fand unter der Führung der beiden Direktoren, der Herren Dr. Kämpfer und Dr. Harting in zwei Gruppen statt. Die beiden Herren gaben in den einzelnen Arbeitsräumen, speciell in dem Pressofen-Raume, der Schleiferei, der Rohrzieherei, der Mechanikerwerkstatt, dem Atelier, der Tischlerei, Lackirerei und der Sattlerei die schon vorweggeschickten Erklärungen und Erläuterungen.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Erhebungen über Arbeitslosigkeit.

Die von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig veranstalteten Erhebungen über den voraussichtlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in diesem Winter sind jetzt zum Abschluss gediehen. Die Erhebungen erstreckten sich über das ganze Herzogthum Braunschweig und zwar wurden sämmtliche wichtigeren industriellen Betriebe, zusammen 101, darunter 28 der Maschinenbranche, gefragt. Danach betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter am 15. Oktober 1900 19867, 15. Oktober 1901 19123, also 744 Arbeiter weniger. In der Eisen-Industrie, die ja durch die wirthschaftliche Krise am meisten in Mitleidenschaft gezogen ist, stellten sich die Zahlen folgendermaassen: Es wurden beschäftigt: a) im Hüttenwesen 1900 2638 Arbeiter, 1901 2348, also 1901 — 290 Arbeiter, b) in der Maschinen-Industrie 1900 5885, 1901 5383, also 1901 — 502 Arbeiter. Die Zahl der im

Laufe der nächsten beiden Monate noch zur Entlassung kommenden Arbeiter dürfte sich auf etwa 500 bis 600 belaufen. Die angeführten Zahlen decken sich nicht mit der Zahl der im Herbste dieses Jahres thatsächlich vorgenommenen und noch zu erwartenden Entlassungen, da zumeist gegen Jahresschluss eine Verminderung der Zahl der Arbeiter einzutreten pflegt, die aber insofern eine Ausgleichung gefunden hat, dass für 1900 der gleiche späte Zeitraum wie für 1901 — 15. Oktober — gewählt wurde, da ferner die Saisonbetriebe unberücksichtigt geblieben sind und schliesslich in Fällen der Zunahme der Arbeiter die Ziffer derselben gegen die Verminderung aufgerechnet wurde. — In der Stadt Braunschweig wurden in den insgesamt 26 grösseren Betrieben, die gefragt wurden, am 15. Oktober 1901 7591 Arbeiter gegen 8200 am gleichen Tage des Jahres 1900, also 609 Arbeiter weniger beschäftigt. Von den in der Stadt Braunschweig beschäftigten Arbeitern entfallen 58 Prozent auf die Maschinen-Industrie. Die verhältnissmässig hohe Ziffer, die sich in der Stadt Braunschweig gegenüber der Ziffer für das gesammte Herzogthum danach ergibt, erklärt sich daraus, dass in der Stadt nur sehr wenige Betriebe eine erhöhte Arbeiterzahl gegenüber dem Vorjahre aufweisen, während dies ausserhalb der Stadt mehrfach der Fall war, in Folge dessen die Zahl der Arbeiterverringerungen durch die der Vermehrungen sich dort mehr ausglich.

Handelsgebräuche.

Handelsgebrauch im Mehlhandel.

Die Handelskammer hat auf Ersuchen des hiesigen Herzoglichen Landgerichts ihr Gutachten dahin abgegeben, dass es Handelsgebrauch im Mehlhandel, insbesondere in dem Handel zwischen Müllern und Bäckern Geschäftsgebrauch sei, dass die Säcke als mitverkauft gelten, wenn die Waare nach Bruttogewicht berechnet sei. Besonders hervorgehoben sei aber, um Zweifel auszuschliessen, dass es zwischen Müllern und Bäckern auch schon seit längeren Jahren Geschäftsgebrauch sei, Mehl brutto inklusive Sack zu handeln.

Falls die Säcke vom Bäcker zurückgegeben würden, sei es üblich, für diese eine angemessene Vergütung zu zahlen, welche in der Regel 30 Pfg. pro Stück betrage.

Handelsgebrauch im Selterswasserhandel.

Die Handelskammer hat auf Ersuchen des hiesigen Herzoglichen Amtsgerichts in einer Prozesssache sich dahin geäussert, dass es im Selterswasserhandel Gewohnheit ist, dass die Zwischenhändler für solche Flaschen, die bei den Kunden verloren oder entzwei gegangen sind, dem Lieferanten oder Fabrikanten gegenüber aufzukommen haben.

„Campagne“ in der Fleischwaarenfabrikationsbranche.

Auf eine Anfrage der Handelskammer zu Halle a. S. hat die hiesige Handelskammer erwidert, dass in der Fleischwaarenfabrikationsbranche bez. der Herstellung von Dauerwaare unter „Campagne“ ungefähr die Zeit zu verstehen sei, welche Mitte September, auch Oktober, beginnt und im Laufe des März endigt.

In Betracht zu ziehen seien hierbei die Witterungsverhältnisse und die jeweilige Lage des Geschäftes.

Markenschutz in Marokko.

Die der amerikanischen Gerichtsbarkeit unterworfenen, im Bezirke des Konsulargerichts der Vereinigten Staaten in Tanger sich aufhaltenden Personen können zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie deutsche Fabrik- und Handelsmarken unbefugt verwerthen, die in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eingetragen sind.

Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Ladengeschäften.

Für die in offenen Verkaufsstellen der Stadt beschäftigten Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter (auch gewerbliche Gehilfen oder Arbeiter, z. B. Hausknechte) gelten nach § 139c der Gewerbeordnung die nachfolgenden Bestimmungen:

1. In offenen Verkaufsstellen, in denen zwei oder mehr Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt werden, muss diesen nach Beendigung der Arbeitszeit eine Ruhezeit von mindestens elf Stunden, den darin beschäftigten Arbeitern eine solche von mindestens zehn Stunden gewährt werden.
2. In offenen Verkaufsstellen, die nicht unter Ziffer 1 fallen, sowie in den zu einer offenen Verkaufsstelle gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen ist den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden zu gewähren.
3. In offenen Verkaufsstellen muss den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern innerhalb der Arbeitszeit eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Für Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, die ihre Hauptmahlzeit ausserhalb des die Verkaufsstelle enthaltenden Gebäudes einnehmen, muss diese Pause mindestens anderthalb Stunden betragen.

Diese Bestimmungen beziehen sich auch auf weibliche Gehilfen etc.

Aus dem Bezirke.

Fernsprechverkehr.

Der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig und Eldagsen ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg. (Br. Anz.)

Der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Frose (Anhalt), Grosslobke und Rautenberg (Hannover) andererseits ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt nach Frose (Anhalt) 50 Pfg. und nach den beiden anderen Orten je 25 Pfg. (Br. Anz.)

Reichsbanknebenstellen.

Am 7. November d. J. ist in Waldheim eine von der Reichsbankstelle in Chemnitz abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr; am 8. November d. J. in Jena eine von der Reichsbankstelle in Gera (Reuss j. L.) abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Die der Reichsbankhauptstelle in Stettin untergeordnete Reichsbanknebenstelle in Anklam ist vom 16. Oktober d. J. ab zur Vermittelung von Wechsel- und Lombard-Geschäften mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr versehen worden.

In Osterode a. H. ist am 14. Oktober d. J. eine von der Reichsbankstelle in Nordhausen abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Kaufmännische Fortbildungsschule zu Schöningen.

Die Mittel- und Unterstufe der kaufmännischen Fortbildungsschule in Schöningen besuchten am Dienstag, den 29. Oktober, Nachmittags 5 Uhr, die Helmstedter Glashütte, um deren Betrieb in Augenschein zu nehmen.

Den in lebenswürdigster und durchaus zweckentsprechender Weise gebotenen Ausführungen des kaufmännischen Leiters des Unternehmens, des Herrn Kahn, folgten die jungen Leute mit dem grössten Interesse. Nachdem der führende Lehrer namens der letzteren dem genannten Herrn Dank für freundliche Führung durch die Arbeitsräume und treffliche Erläuterung gesagt, machte sich die fröhliche Gesellschaft auf den Rückweg zur Stadt Helmstedt, welche sie mit dem $1\frac{1}{2}$ 9-Uhr-Zuge wieder verliess.

Auf dem Heimwege wurde in den verschiedenen Gruppen der Befriedigung über das Gehörte und Gesehene, wie auch dem Verlangen nach ähnlichen Ausflügen lebhaft Ausdruck gegeben. Den Prinzipalen der jungen Leute aber ist die Schule dankbar für das Interesse, das sie durch Urlaubsertheilung in so zahlreicher Menge erwiesen haben.

W. Linne.

Rechtsprechung.

Ein Kaufmann in Braunschweig liess auf Grund eines zu seinen Gunsten im Jahre 1881 gegen einen Kaufmann in Hannover ergangenen vollstreckbaren Urtheils am 3. April 1901 bei dem hannöverschen Kaufmanne durch einen Gerichtsvollzieher einige Sachen pfänden. Der hannöversche Kaufmann beauftragte daraufhin am 4. April 1901 einen Rechtsanwalt in Hannover, den hiesigen Kaufmann aufzufordern, die Pfändung bis zum 6. desselben Monats aufzuheben und, falls dies nicht geschehe, wegen Verjährung der Forderung des hiesigen Kaufmanns gegen diesen auf Freigabe der gepfändeten Sachen zu klagen. Der beauftragte Anwalt forderte demgemäss sofort den Anwalt des hiesigen Kaufmanns brieflich zur Freigabe der Sachen bis zum 6. April mit dem Hinweise auf, dass die Forderung des hiesigen Kaufmanns verjährt sei. In Folge dieser, dem Anwalte des hiesigen Kaufmanns am 5. April, dem Charfreitage, zugegangenen Aufforderung gab der Anwalt des hiesigen Kaufmanns die gepfändeten Sachen am 10. April frei. Der hannöversche Kaufmann hielt diese Freigabe für verspätet und verlangte deshalb die ihm durch die Zuziehung eines Rechtsanwalts und durch die Aufforderung zur Freigabe entstandenen Kosten zu insgesamt 12 Mk. 50 Pfg. von dem hiesigen Kaufmanne ersetzt und erhob, da dieser den Ersatz ablehnte, Klage gegen den hiesigen Kaufmann. Das Gericht hat die erhobene Klage abgewiesen, zur Begründung anführend, dass nach den im Verkehre der Menschen mit einander zur Anwendung kommenden Grundsätzen von »Treu und Glauben« der hannöversche Kaufmann unter den vorliegenden Umständen verpflichtet gewesen sei, vor der Klageerhebung oder der Beauftragung eines Rechtsanwalts mit Klageerhebung dem hiesigen Kaufmanne zur Freigabe der gepfändeten Sachen eine angemessene Frist zu setzen, dass aber die von dem hannöverschen Kaufmanne gesetzte Frist unangemessen kurz gewesen, und dass die am 10. April geschehene Freigabe, mit Rücksicht auf das am 7. und 8. April gefeierte Osterfest, als rechtzeitig anzusehen sei.

(Br. Anz.)

Ein Kaufmann in Braunschweig stellte am 15. Februar 1901 ein junges Mädchen als Verkäuferin in seinem Geschäfte mit einem monatlichen Salär von 50 Mk. auf unbestimmte Zeit an, ohne

betreffs der Kündigung etwas zu vereinbaren. Schon am 28. desselben Monats entliess er jedoch das Mädchen wieder, nachdem ihm inzwischen zu Ohren gekommen war, dass das Mädchen in einer früheren Stellung seinem Prinzipale einen kleinen Geldbetrag veruntreut hatte. Bei dieser Gelegenheit zahlte er dem Mädchen nur das bis zur Entlassung verdiente Salär aus. Das Mädchen war hiermit nicht zufrieden, sondern verklagte den Kaufmann auf Nachzahlung des Salärs für die vier Monate März, April, Mai und Juni 1901, abzüglich eines Betrages von monatlich 10 Mk. für die Zeit vom 15. April bis zum 30. Juni. Zur Begründung dieses Anspruchs berief sich das Mädchen auf die Vorschrift des Handelsgesetzbuchs, wonach das auf unbestimmte Zeit begründete Dienstverhältniss zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfen nur für den Schluss eines Kalendervierteljahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Wochen gekündigt werden kann, und es brachte ausserdem vor, dass es seine Dienste bis Ende Juni dem Kaufmanne zur Verfügung gestellt, seit dem 15. April jedoch eine andere Stellung innegehabt und darin ein Salär von monatlich 10 Mk., sowie freie Wohnung und Beköstigung erhalten habe. Der Kaufmann machte geltend, dass die frühere Untreue des Mädchens einen ausreichenden Grund zu dessen sofortiger Entlassung bilde, zumal er bei Anstellung des Mädchens hervorgehoben habe, dass er nur eine durchaus zuverlässige Verkäuferin gebrauchen könne. Das hiesige Herzogliche Amtsgericht sprach sich dahin aus, dass der vom Handelsgesetzbuche für die sofortige Entlassung eines Handlungsgehilfen erforderliche »wichtige Grund« entweder in dem gegenseitigen Verhältnisse des Prinzipals und Handlungsgehilfen liegen müsse oder, wofern er ausserhalb liege, für dieses Verhältniss nachtheilige Wirkungen habe ausüben oder doch mindestens habe befürchten lassen müssen, dass Derartiges aber im vorliegenden Falle von der früheren Veruntreuung des Mädchens nicht gesagt werden könne. Das Herzogliche Amtsgericht verurtheilte demgemäss den Kaufmann zur Zahlung eines viermonatigen Salärs von 200 Mk., abzüglich des Seitens der Klägerin in der Zeit vom 15. April bis zum 30. Juni verdienten Salärs von 25 Mk., mithin zur Zahlung von 175 Mk. Auf die gegen dieses Urtheil durch den Kaufmann eingelegte Berufung hat das hiesige Herzogliche Landgericht in seinem Urtheile ausgeführt, dass, wenn die Klägerin wirklich einen besonderen Vertrauensposten bei dem Kaufmanne bekleidet hätte, ihre sofortige Entlassung vielleicht gerechtfertigt gewesen wäre. Im vorliegenden Falle aber, wo die Klägerin den Posten einer gewöhnlichen Verkäuferin bekleidete, habe ihre frühere Untreue keinen genügenden Grund zu ihrer sofortigen Entlassung abgegeben. Indessen hat das Herzogliche Landgericht von dem der Klägerin an sich gebührenden viermonatigen Salär, ausser den durch die Klägerin in der Zeit vom 15. April bis zum 30. Juni baar verdienten 25 Mk., auch den Werth der durch sie während

dieser Zeit verdienten Wohnung und Beköstigung mit monatlich 25 Mk. abgezogen und hat daher den Kaufmann zur Zahlung von nur 112 Mk. 50 Pfg. verurtheilt. (Br. Anz.)

Ein bayerischer Schneidermeister, der dem hiesigen Krankenunterstützungsbunde der Schneider, eingeschriebene Hilfskasse, als Mitglied angehört, erkrankte zunächst für die Zeit vom 15. August bis zum 16. September 1900 und kurz nach seiner Genesung von Neuem für die Zeit vom 24. September 1900 bis zum 17. Januar 1901. Die genannte Kasse zahlte ihm die statutenmäßige Krankenunterstützung von täglich 1 Mk. 65 Pfg. zwar für die ganze Dauer der ersten Krankheit, sowie auch noch für die Zeit vom 24. September bis zum 30. Oktober 1900, lehnte jedoch weitere Zahlungen ab, weil der Schneidermeister den Beschluss ihres Vorstandes, wodurch ihm aufgegeben war, sich in dem nächsten, etwa eine Stunde von seinem Wohnorte entfernten Krankenhaus ärztlich behandeln und verpflegen zu lassen, nicht befolgt hatte. Der Schneidermeister fand sich hierdurch beschwert und erhob gegen die Kasse Klage auf Nachzahlung der Krankenunterstützung für die Zeit vom 31. Oktober 1900 bis zum 17. Januar 1901. In dem Prozesse machte die Kasse geltend, dass ihr Vorstand — wie er ihrem Statut nach dürfe — die Ueberführung des Schneidermeisters ins Krankenhaus gegen Ende Oktober 1900 um deswillen angeordnet habe, weil der Schneidermeister während seiner ersten Krankheit zwei Mal verbotswidrig als Musiker bei einer Festlichkeit mitgewirkt, während seiner zweiten Krankheit aber an einem Tage die ihm vorgeschriebene Ausgehezeit überschritten und an einem anderen Tage in seiner Wohnung verbotswidrig Branntwein getrunken habe. Der Schneidermeister bestritt die ihm zur Last gelegten Uebertretungen und entgegnete überdies, dass zwar nach dem Statut ein Kranker, der »wiederholt gegen die über das Verhalten der Kranken und die Krankenaufsicht erlassenen Vorschriften handle«, einem Krankenhaus überwiesen werden könne, dass jedoch die während seiner ersten Krankheit vorgekommenen Uebertretungen jetzt nicht mehr zu berücksichtigen, und dass die während seiner letzten Krankheit vorgekommenen Uebertretungen zu geringfügig seien, um eine Ueberweisung in ein Krankenhaus zu rechtfertigen, sowie endlich, dass er, da ihm und seiner Ehefrau die Erziehung vier unmündiger Enkelkinder obliege, seine Wohnung unmöglich für längere Zeit mit dem Krankenhaus habe vertauschen können. Das Gericht hat zunächst durch Vernehmung von Zeugen festgestellt, dass der Schneidermeister die ihm zur Last gelegten Uebertretungen in der That begangen hatte, und hat sodann die erhobene Klage abgewiesen. Zur Begründung dieses Urtheils hat das Gericht angeführt, dass der Kassenvorstand auf Grund des Statuts bei Ueberweisung eines Kranken in ein Krankenhaus auch die seitens des

Kranken während einer früheren Krankheit etwa begangenen Ordnungswidrigkeiten berücksichtigen dürfe, und dass die etwaige Geringfügigkeit der vorgekommenen Uebertretungen das Recht des Vorstandes zur Ueberweisung in ein Krankenhaus nicht ausschliesse, dass endlich die von dem Schneidermeister hervorgehobene Pflicht zur Erziehung seiner Enkelkinder den Ungehorsam des Schneidermeisters gegen die in Rede stehende Anordnung des Kassenvorstandes nicht rechtfertige.

(Br. Anz.)

Makler und Agent.

Das neue Handelsgesetzbuch hat im Gegensatz zu dem früheren nicht nur die Stellung des Maklers neu geregelt, sondern es hat auch das Verhältniss des Handlungsagenten ausdrücklichen Normen unterworfen, während früher auf diesem Gebiete lediglich die Gewohnheit — der gerichtliche Gebrauch bestimmend war.

Es handelt sich nun einfach in Streitigkeiten darum, worin der Unterschied zwischen einem Agenten und einem Makler zu finden sei.

Ueber diese Frage äussert sich eingehend ein Erkenntniss des Oberlandesgerichts zu Hamburg vom 23. März 1901.

Der durchgreifende Unterschied ist darin zu finden, dass der Agent seine Thätigkeit entwickelt auf Grund eines Vertragsverhältnisses, in welchem er zu seinem Hause steht; zwischen beiden ist ausdrücklich vereinbart worden, dass der eine Theil für den anderen Geschäfte vermitteln bezw. abschliessen soll.

Bei dem Makler dagegen ergeben sich Geschäftsbeziehungen nur von Fall zu Fall.

Wenn sich die Gelegenheit zu einer Vermittelung bietet, so sucht er sich jedes Mal erst denjenigen aus, der ihm als Gegenkontrahent, als Reflektant etc. am besten geeignet erscheint, und an ihn wendet er sich dann.

Daraus ergeben sich aber sehr wichtige praktische Konsequenzen.

Der Agent handelt natürlich auch mit Rücksicht auf seinen eigenen Vortheil, aber doch stets auch im Interesse seines Prinzipals; das Gesetz verpflichtet ihn ausdrücklich dazu: »das Interesse des Geschäftsherrn mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns wahrzunehmen«. Der Makler dagegen hat zunächst nur seinen, eigenen Vortheil im Auge; er überlässt es den beiden Kontrahenten, die er zusammenführen will, selbst zu sehen, wie sie bei dem Geschäfte ihre Rechnung finden.

Der Agent besitzt die sogenannte »Erkundungspflicht«, d. h. er muss sich über die Zahlungsfähigkeit und über die sonstigen Verhältnisse desjenigen, den er seinem Geschäftsherrn zuführen will, selbst vorher informiren; eine solche Pflicht hat der Makler nicht.

Endlich bringt es das Wesen des Agenturvertrages mit sich, dass der Agent ohne besondere Abrede seinem Hause auch im weiteren Sinne noch mancherlei Rücksicht schuldet. Er darf zwar neben der einen Firma auch noch eine oder mehrere andere vertreten, niemals ist es ihm aber ohne ausdrückliche Erlaubniss gestattet, für zwei Konkurrenzfirmen zu gleicher Zeit thätig zu sein.

Der Makler hat eine solche Rücksicht ganz und gar nicht zu nehmen.

(A. f. H. u. K.)

Prüfung der Bilanz durch den Registerrichter.

Das Kammergericht hat ausgeführt, dass der Registerrichter berechtigt und verpflichtet ist, zu prüfen, ob die Rechnungsablage eine Bilanz im gesetzlichen Sinne enthält oder nicht.

Gewiss ist es nicht Aufgabe des Registerrichters, die einzelnen Zahlen auf ihre Richtigkeit zu prüfen; wohl ist aber zu prüfen, ob den Vorlagen der Charakter einer Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung innewohnt und ob dieselben für das gelten

können, wofür sie ausgegeben werden. Wenn der Gesetzgeber die Vorlage einer Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, also einer bestimmt charakterisirten Aufstellung anordnet, so muss das Gericht auch seine Prüfung darauf richten, ob den Vorlagen dieser Charakter innewohnt. Eine andere Auffassung würde dahin führen, dass der Registerrichter jede Aufstellung acceptiren müsste, wenn dieselbe als Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet wäre.

(Beschluss des Amtsgerichts Hamburg vom 26. Juni 1901.) (A. f. H. u. K.)

Ist der Bücherrevisor zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet?

Auf eine Beschwerde der Handelskammer Halle gegen eine Entscheidung des Amtsgerichts beschloss das Landgericht zu Halle am 13. Februar 1901, dass die Eintragung des vereidigten Bücherrevisors X. in das Handelsregister zu veranlassen sei.

In den Gründen heisst es: »Das Unternehmen des X. erfordert nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb.

Ein Bücherrevisor muss, wenn er seine Berufsthätigkeit mit der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt erledigen will, kaufmännische Bücher mit kaufmännischer Sorgfalt führen. Er muss die eingehenden Briefe geordnet aufbewahren und von den abgehenden Kopien zurückbehalten.

Wenn er diese seine Thätigkeit auch in der Regel allein ohne Hilfe kaufmännischer Angestellter vornehmen kann, so ist dennoch ohne kaufmännische Buchführung und kaufmännische Behandlung der eingehenden und abgehenden Briefe eine ordnungsmässige Abwicklung der Thätigkeit eines Bücherrevisors nicht möglich.

Die Art seines Gewerbes erfordert also, wie das Beschwerdegericht aus eigener Sachkenntniss feststellt, einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb und zwar um so mehr, als der Gewerbebetrieb des X. nach der Gewerbesteuer, die er zu zahlen hat (108 Mk. in Klasse III), ein so umfangreicher sein muss, dass zu seiner eigenen Sicherheit und derjenigen seiner Auftraggeber eine Kontrolle durch kaufmännisch geführte Bücher gar nicht entbehrt werden kann. Er ist also nach § 2 Satz 2 HGB, verpflichtet, die Eintragung nach den für die Eintragung kaufmännischer Firmen geltenden Vorschriften herbeizuführen.« (A. f. H. u. K.)

Das metrische System in Indien.

Auf dem Kongresse der englischen Handelskammern, der Ende Juni 1901 in London abgehalten wurde, war auch die Handelskammer von Bengalen durch zwei Delegirte vertreten.

Bei der Berathung einer Resolution, welche die Annahme des metrischen Systems im britischen Reiche empfahl, setzten es die beiden Delegirten durch, dass Indien von dieser Empfehlung ausgenommen würde.

Der inzwischen erschienene Jahresbericht der Handelskammer von Bengalen pro 1900 erklärt sich aber mit dem Vorgehen der beiden Vertreter der Kammer auf dem Londoner Kongresse nicht einverstanden. Gerade Indien, wo angesichts der vielfachen Maasse und Gewichte der Handel mit den grössten Schwierigkeiten zu kämpfen habe, hätte eine Reform durch Annahme des einheitlichen, leicht verständlichen Systems am dringendsten nöthig. (A. f. H. u. K.)

Preisaufgaben

des

Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen.

Der Deutsche Verband für das Kaufmännische Unterrichtswesen und der Verband Deutscher Handelsschulmänner haben folgende Preisaufgaben unter nachstehenden Bedingungen ausgeschrieben:

Allgemeines.

1. Der Ablieferungstermin für die Aufgaben wird auf den 1. März 1902 festgesetzt.
2. Die Arbeiten sind mit einem »Motto« zu versehen. In einem Briefumschlage mit gleichem Motto ist die Adresse des Verfassers anzugeben.
3. Das Manuskript muss eine leserliche Handschrift aufweisen.
4. Die mit dem Preise bedachten Arbeiten gehen in das Eigenthum des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen über.
5. Der Verband behält sich vor, Arbeiten, die nicht mit einem Preise bedacht werden konnten, gegen Zahlung eines entsprechenden Honorars ebenfalls zu veröffentlichen.

Aufgabe 1.

»Wie ist das gesammte Lehrgebiet der Wirthschaftsgeographie auf die einzelnen Klassen der kaufmännischen Fortbildungsschulen zu vertheilen?«

Preis: 300 Mk. (Gestiftet von Herrn Bergwerksdirektor Mook [Eisenach].)

Preisrichterkollegium:

1. Professor Dr. Blind (Köln).
2. Handelskammer-Syndikus Dr. Freiherr von Boenigk (Halberstadt).
3. Direktor Dr. Dunker (Berlin).
4. Direktor Ebeling (Halberstadt).
5. Handelskammer-Syndikus Dr. Lehmann (Aachen).
6. Professor Röhrig (Coburg).

Aufgabe 2.

»Lassen sich bestimmte Grundsätze für eine möglichst einheitliche Behandlung der einfachen und doppelten Buchführung an den kaufmännischen Unterrichtsanstalten aufstellen?

Welche Grundsätze können bezüglich des zu wählenden Systems, des Lehrganges und der Lehrmethode als grundlegend aufgestellt werden?«

Preis: 500 Mk. (Preis des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen und der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.)

Preisrichterkollegium:

1. Bankdirektor Breuer (Euskirchen bei Cöln).
2. Fabrikant Franz Brückmann (Braunschweig).
3. Direktor Hartwig (Dortmund).
4. Direktor Scharf (Magdeburg).
5. Professor Schlimbach (Frankfurt a. M.).

Aufgabe 3.

»Wie stählt der junge Kaufmann am besten seinen Charakter in den Versuchungen und Schwierigkeiten seines Lebens?«

Preis: 300 Mk. (Gestiftet von Herrn Fabrikant L. Uebel [Plauen].)

Preisrichterkollegium:

1. Oberbürgermeister Beck (Mannheim).
2. Justizrath Dr. Gensel (Leipzig).
3. Kommerzienrath Th. Habenicht (Leipzig).
4. Handelsschuldirektor Messien (Meissen).
5. Stadtrath Sombart (Magdeburg).
6. Fabrikant L. Uebel (Plauen).

Aufgabe 4.

»Wie kann der Unterricht im kaufmännischen Rechnen für die höheren kaufmännischen Lehranstalten bei aller Rücksicht auf die weitgehenden Bedürfnisse beruflich-praktischer Verwerthung methodisch auf die Höhe eines allgemein, speciell mathematisch bildenden Faches gehoben werden?«

Preis: 300 Mk. (Preis des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen.)

Preisrichterkollegium:

1. Oberlehrer Just (Dresden).
2. Professor Dr. von Mangold (Aachen).
3. Studiendirektor Professor Raydt (Leipzig).
4. Direktor Professor Dr. Wernicke (Braunschweig).
5. Oberlehrer Rich. Lambert (Leipzig).

Aufgabe 5.

»Bei welcher Gattung kaufmännischer Unterrichtsanstalten kann Waarenkunde, sowie mechanische und chemische Technologie eine selbständige Behandlung als Unterrichtszweig finden?

Zusammenstellung derjenigen wichtigsten Waaren, sowie derjenigen wichtigsten Abschnitte der mechanischen und chemischen Technologie, die an kaufmännischen Unterrichtsanstalten mit Erfolg gelehrt werden können und sollen.

Wie ist der Lehrstoff zu behandeln?«

Preis: 400 Mk. (Gestiftet von der Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner [Leipzig].)

Preisrichterkollegium:

1. Dr. Giesecke (Leipzig).
2. Ingenieur Rinkel (Köln).
3. Dozent Dr. Wieler (Aachen).
4. Dr. Heinrich Becker (Frankfurt a. M.).

Aufgabe 6.

»Welche Abschnitte des deutschen Handels- und Gewerberechts können in den kaufmännischen Fortbildungsschulen mit Nutzen gelehrt werden?

Wie ist der Stoff zu vertheilen und zu behandeln?«

Preis: 300 Mk. (Preis des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen.)

Preisrichterkollegium:

1. Syndikus Dr. Brandt (Düsseldorf).
2. Rechtsanwalt Justizrath Heiliger (Köln a. Rh.).
3. Handelskammer-Syndikus Dr. Mollat (Frankfurt a. O.).
4. Privatdozent Dr. Pohle (Leipzig).
5. Rechtsanwalt Dr. Jürgens (Braunschweig).

Aufgabe 7.

»Wie ist die Handelsbetriebslehre (die Lehre von der Einrichtung und Führung eines Handelsgeschäfts) zur selbständigen Bedeutung zu erheben und in die natürliche Verbindung mit den übrigen kaufmännischen Unterrichtsfächern zu bringen?

Wie ist der Lehrstoff einzutheilen, und welche Methode erweist sich als besonders zweckmässig?«

Preis: 300 Mk. (Preis des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen.)

Preisrichterkollegium:

1. Geheimer Regierungsrath Dr. van der Borcht (Berlin).
2. Kommerzienrath Th. Habenicht (Leipzig).
3. Handelsschuldirektor Jacobi (Göttingen).
4. Kommerzienrath Lissauer (Berlin).
5. Studiendirektor Professor Dr. Schumacher (Köln).
6. Generalsekretär F. Stegemann (Braunschweig).
7. Oberlehrer Professor Stern (Leipzig).
8. Direktor Dr. Voigt (Frankfurt a. M.).

Nähere Auskunft ertheilt der Deutsche Verband für das Kaufmännische Unterrichtswesen in Braunschweig, Breitestrasse 9.

Preisausschreiben.

Die Vereinigung von russischen Privateisenbahnen hat drei Preise, 5000, 3000 und 1000 Rubel, für denjenigen ausgeschrieben, welcher die beste Konstruktion einer selbstthätigen Kuppelung für Eisenbahnfahrzeuge anzugeben vermag. Die Bewerbungen müssen bis zum 15. April 1902 eingereicht werden. Neben dem Preise steht dem glücklichen Erfinder noch die Möglichkeit in Aussicht, seine Konstruktion allgemein eingeführt zu sehen. Die Gesuche sind zu richten an die Vereinigung der russischen Eisenbahn-Gesellschaften in St. Petersburg. (Mittheilung des Patent- und technischen Bureau Richard Lüders in Görlitz.)

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(Oktober.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Die Läger sind wohl in diesem Jahre sämmtlich geräumt.

Die Aufträge in frischer Wurst waren ziemlich bedeutend.

Anfang Oktober beginnt in der Regel die Fabrikation von Dauerwaare, und war das Wetter von Mitte des Monats an günstig. Leider sind die Schweinepreise seit verflossenem Sommer so hohe, dass an einen Nutzen für die Fabrikanten wohl nicht zu denken ist, denn es war bis jetzt unmöglich, die Verkaufspreise den Einkaufspreisen entsprechend zu erhöhen.

C. Fr. Behrens.

Handelsregister.

(Oktober.)

1. Neueintragungen.

1. Harzer Sauerbrunnen Langelsheim a. H., Voigt, Langelsheim. Inhaber: Gemeindevorsteher Grossköther Gustav Voigt.
2. Agnes Gödecke, Holzriemenscheiben-Fabrik in Blankenburg a. H. Inhaberin: Ehefrau des Stellmachermeisters Wilhelm Gödecke, Agnes geb. Wutzler.
3. Harzer Hygrosit-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig.
4. Denecke's Braunschweiger Wurst- und Fleischwaarenfabrik Aktiengesellschaft, Braunschweig. Gründer der Gesellschaft sind: Fabrikant Otto Denecke, Fabrikant Otto Himmel, Kaufmann Willy Denecke, Student der Theologie Bruno Denecke und die Ehefrau des Fabrikanten Otto Himmel, Käthe geb. Bodenburg.
5. Gottlieb Bathmann, Tabak- und Cigarrenhandlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Gottlieb Bathmann.
6. Fuchs & Rox, offene Handelsgesellschaft, Giesmarode. Inhaber: Kaufleute Adolf Fuchs und Hermann Rox.
7. Hermann A. Lühr, Agentur- und Kommissionsgeschäft in der Tabak- und Cigarrenbranche, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Hermann Lühr.
8. Friedrich Willems, Cigarren-Import und Weinhandlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Friedrich Willems.
9. August Riemann, Specialgeschäft für Teppiche und Gardinen, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann August Riemann.
10. Bernhard Strümpel, Handel mit Heu und Kartoffeln, Hedepcr. Inhaber: Handelsmann Bernhard Strümpel.
11. Gerloff & Grünig, Bau- und Möbeltischlerei, offene Handelsgesellschaft, Remlingen. Inhaber: Tischlermeister Hermann Gerloff und Tischler Robert Grünig.
12. Werner Rossmann, Viehhandlung, Wolfenbüttel. Inhaber: Viehhändler Werner Rossmann.
13. Hermann Heine, Konditorei, Wolfenbüttel. Inhaber: Konditor Hermann Heine.
14. Quedlinburger Samenhandlung Hermann Peplow, Braunschweig. Inhaber: Handelsgärtner Hermann Peplow.
15. Haarmann & Reimer, chemische Fabrik zu Holzminden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Metallwaarenfabrik vorm. Fr. Zickerick, Wolfenbüttel. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Direktors Heinrich Kricheldorf ist der Kaufmann Wilhelm Kohlstruck zum Vorstandsmitgliede gewählt.
2. Rübenzuckerfabrik Hedwigsburg. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes H. Bötcl in Börssum ist der Landwirth Erich Bötcl in den Vorstand neugewählt.
3. H. W. Dettmar, Braunschweig. Nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Kaufmanns Wilhelm Dettmar, ist die Firma mit Aktiva und Passiva auf dessen Sohn und Miterben, Kaufmann Wilhelm Dettmar, übergegangen, welcher das Handelsgeschäft in unveränderter Weise und auf alleinige Rechnung fortsetzt.
4. F. Ch. Unger & Sohn, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Fabrikant Franz Unger, ist die unter der vorbezeichneten Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft von dem Kaufmann Werner Ohsenkopp unter Uebnahme der Aktiva und Passiva auf alleinige Rechnung bei unveränderter Firma fortgesetzt.
5. Maschinenfabrik R. Karges & Gustav Hammer & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. Am 25. September d. J. ist in Berlin eine Zweigniederlassung errichtet.

6. Braunschweiger Möbelhalle Hermann Barth, Braunschweig. Der Inhaber, Tischlermeister Hermann Barth, hat seit dem 1. d. Mts. seinen Sohn, den Tischlermeister Emil Barth, in das jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
7. Albert Plockhorst, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Hofschmied Albert Plockhorst, hat das unter der vorbezeichneten Firma betriebene Handelsgeschäft ausschliesslich der Forderungen und Schulden, aber mit Firma, seit dem 1. d. Mts. an den Maschinenfabrikanten Robert Karges und den Kaufmann Otto Martinus abgetreten, welche das gedachte Handelsgeschäft jetzt in offener Handelsgesellschaft unter der bisherigen Firma fortführen.
8. Dampfkessel- und Gasometerfabrik vorm. A. Wilke & Co., Braunschweig. Der § 15 des Gesellschaftsstatuts ist abgeändert.
9. Paul Witten, Schöningen. Der Kaufmann Paul Witten ist jetzt der alleinige Inhaber der Firma.
10. Patriotischer Verlag Schlegel, Braunschweig. Der Sitz der Firma ist nach Salzgitter verlegt und hier im Handelsregister gelöscht.
11. Dampfdreschgesellschaft Vallstedt i. Liq. Die Liquidation ist beendet, die Firma erloschen.
12. A. Wilke, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Die §§ 3, 7 Abs. 1 und § 12 Abs. 1 sind abgeändert resp. ergänzt.
13. Jd. Heinr. Wilke, Braunschweig. Der bisherige Firmeninhaber, Kaufmann Heinrich Wilke, hat das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ohne Forderungen und Schulden, aber mit Firma, an den Kaufmann Otto Witte abgetreten.
14. M. Veth, Gandersheim, jetzt offene Handelsgesellschaft. Der Kaufmann Gustav Eckstein ist in das Handelsgeschäft als offener Gesellschafter aufgenommen. Die Uebnahme der bisherigen Passiva des Geschäfts seitens des neu eingetretenen Gesellschafters Eckstein ist ausgeschlossen.

3. Löschungen.

1. Chr. Meyer & Sohn, Nauen.
2. Heibey & Wagener, Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Brunner & Co., Wolfenbüttel. Die dem Kaufmann und Weinhändler Johannes Brunner ertheilte Kollektiv-Prokura ist dahin abgeändert, dass derselbe fortan berechtigt ist, die Firma allein per procura zu zeichnen.
2. H. Burgsmüller, Kreensen. Dem Geschäftsführer Carl Burgsmüller.
3. C. Grüttemann's Nachf., Wolfenbüttel. Dem Kaufmann Wilhelm Krug.
4. B. Becker, Seesen. Ehefrau des Kaufmanns Karl Marheine, Minna geb. Warnecke zu Braunschweig.
5. J. Wiesener's Wwe., Delligsen. Dem Chemiker Heinrich Henseling.
6. Patentpappenfabrik Kaierte von Bauermeister & Co. Dem Chemiker Hermann Bauermeister.
7. Eisenbahnsignalbau-Anstalt Max Jüdel & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. Dem Ingenieur Ewald Hermsdorf ist in der Weise Prokura ertheilt, dass derselbe berechtigt sein soll, die vorbezeichnete Firma mit einem Vorstandsmitgliede zu zeichnen.
8. Carl Salomon, Helmstedt. Dem Kaufmann Albert Denecke zu Schöningen ist für diese Firma in Helmstedt und Zweigniederlassung in Schöningen Prokura ertheilt.
9. Carl Salomon, Schöningen. Dem Kaufmann Albert Denecke.
10. H. F. W. Mügge, Harzer Holzriemenscheibenfabrik zu Blankenburg a. H. Dem Kaufmann Walter Kretzschmar.

5. Prokura-Löschungen.

1. Brunner & Co., Wolfenbüttel. Kaufmann Franz Karsten und Lagermeister Hermann Schöning.

2. Apotheke von Hermann Frohwein in Zorge mit Zweigniederlassung in Braunlage. Apotheker Reinhold Peters in Braunlage.
3. Braunschweiger Möbelle Halle Hermann Barth, Braunschweig. Tischlermeister Emil Barth.
4. Weichard & Horenburg, Braunschweig. Kaufleute Heinrich Raedecke und Carl Schrader.
5. Braunschweigische Kohlenhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Kaufmann Heinrich Raedecke.
6. Braunschweigische Zuckersiederei G. m. b. H., Braunschweig. Fabrikleiter Max Gundermann und Kaufmann August Haedecke.
7. C. Bockemüller, Hasselfelde. Kaufmann Carl Fessel.

Genossenschaftsregister.

Abänderungen.

1. Konsumverein Vechelde, E. G. m. u. H. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Wilhelm Meier und Julius Söchtig sind der Schlosser Gustav Assmann und der Buchhalter Carl Buhrdorf neugewählt.
2. Konsumverein Selbsthilfe zu Herrhausen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes, Cigarrenarbeiters Christian Kahle, ist der Cigarrenarbeiter Wilh. Sydekum auf die Dauer von drei Jahren gewählt.
3. Allgemeiner Konsumverein zu Wolfenbüttel, E. G. m. b. H. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Müller, Behrens und Lüddecke sind der Schriftsetzer Albert Siedentop, der Schriftsetzer Heinrich Zang und der Tischler Heinrich Ahrens in den Vorstand gewählt.
4. Rohstofflager der Sattler und Tapezierer zu Braunschweig, E. G. m. b. H. Der § 13 des Genossenschaftsstatuts ist abgeändert resp. ergänzt.
5. Spar- und Vorschuss-Verein Vorsfelde, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Der § 4 der Statuten ist abgeändert.
6. Spar- und Vorschuss-Verein Langelsheim, e. G. m. b. H. An Stelle des Lehrers Buss ist der Lagerhalter August Duderstadt in den Vorstand gewählt.
7. Konsumverein für Kaierte, e. G. m. b. H. An Stelle des ausgeschiedenen Tischlers Wilhelm Koch ist der Saalmeister August Heise zum Vorstandsmitgliede bestellt. Das Vorstandsmitglied August Koch wird bis zur nächsten Generalversammlung von dem Waldarbeiter August Rott vertreten.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Robert Ehlers, Buchhändler, Braunschweig. 30. September 1901.
2. August Macke, Schuhmachermeister, Langelsheim. 30. September 1901.
3. Wilhelm Wolters, Herrengarderobehändler, Braunschweig. 9. Oktober 1901.
4. Küpper & Brick, Schlossbrauerei, Wolfenbüttel. 11. Oktober 1901.
5. Carl Sarstedt, Mühlenbesitzer, Lucklum (Kupfermühle). 12. Oktober 1901.
6. Richard Meyer, Kaufmann, i. F. Karl Wilhelm Leo Nachf., Braunschweig. 15. Oktober 1901.
7. Louis Behrens, Seilermeister, Gandersheim. 16. Oktober 1901.
8. August Peters, Tischlermeister, Braunschweig. 22. Oktober 1901.
9. Friedrich Hagelberg, Kaufmann, i. F. Hagelberg & Bonewald, Braunschweig. 24. Oktober 1901.
10. Wittve des Brauereibesitzers Eduard Meinecke, Emma geb. Koch, Blankenburg a. H. 23. Oktober 1901.
11. Carl Bügel, Tischlermeister, Blankenburg a. H. 26. Oktober 1901.
12. Albert Kruse, Buchbinder, Wolfenbüttel. 28. Oktober 1901.

2. Aufhebungen.

1. Friedrich Lange, Kaufmann, Braunschweig.
2. Carl Möhle, Tapezierer, Braunschweig.
3. Eduard Staack, Kaufmann, Helmstedt.
4. Wilhelm Friedrichs, Weissgerbermeister, Helmstedt.
5. Franz Ulbricht, Korbmacher, Braunschweig.
6. Andreas Otto, Bauunternehmer, Braunschweig.
7. Wilhelm Menge, Landwirth und Gastwirth, Ildehausen.
8. Robert Grages, Kalkwerkbefitzer, Wolfenbüttel.
9. August Staats, Kaufmann, Braunschweig.

Handelsregister.

(November.)

1. Neueintragungen.

1. Isaac Mannheimer, Viehhandel, Wolfenbüttel. Inhaber: Viehhändler Isaac Mannheimer.
2. Carl Oswald, Generalagentur, Braunschweig. Inhaber: Generalagent Carl Oswald.
3. Friedr. Bode, Lotterie-Hauptkollekte, Offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Wittve des Lotterie-Hauptkollekteurs Friedr. Bode, Louise geb. Nabert, dessen Tochter Elsbeth Bode, dessen Sohn Friedrich Bode.
4. Max Seyfarth, Lederwaarenfabrik, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Max Seyfarth.
5. Adolf Knapps, Handel mit Kurz-, Weiss-, Woll- und Materialwaaren, Salzdahlum. Inhaber: Kaufmann Adolf Knapps.
6. Franz Becker, Handlung mit Nutzhölzern, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Franz Becker.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. J. Wertheim, Braunschweig. Der Mitgesellschafter, Bankier Israel Wertheim, ist aus der offenen Handelsgesellschaft durch Tod ausgeschieden und dagegen dessen Wittve, Lina geb. Simons, sowie dessen Sohn, der Bankier Moritz Wertheim, als Theilhaber in dieselbe eingetreten.
2. J. G. Zwilmeyer & Söhne, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist bei unveränderter Firma auf eine am 1. November d. J. begonnene Kommanditgesellschaft übergegangen. Dieselbe besteht aus einem persönlich haftenden Gesellschafter, dem bisherigen Firmeninhaber, Kaufmann Georg Ludwig Homann, und zwei Kommanditisten.
3. Braunschweigische Landeseisenbahn-Gesellschaft, Braunschweig. Das Grundkapital ist um 1350000 Mk. erhöht.
4. Joh. Gottl. Hauswaldt, Braunschweig. Durch den Tod des Kommanditisten ist die Kommanditgesellschaft aufgelöst. Das Geschäft wird in offener, am 17. Oktober 1901 begründeter Handelsgesellschaft von den bisherigen persönlich haftenden Gesellschaftern, Fabrikbesitzern Hans Hauswaldt und Georg Hauswaldt in Magdeburg, unter unveränderter Firma fortgesetzt. Das hiesige Geschäft ist eine Zweigniederlassung des unter der gleichen Firma zu Magdeburg betriebenen Hauptgeschäfts.
5. Braunschweigische Konservenfabrik Wittnebe & Co. in Gebhardshagen. Inhaber ist jetzt der Kaufmann Fritz Hellemann allein. Der Kaufmann Wilhelm Wittnebe ist gestorben, und sind dessen Erben aus der Gesellschaft ausgeschieden. Der Kaufmann Fritz Hellemann führt das Geschäft, das er mit Aktiven und Passiven übernommen hat, unter der bisherigen Firma mit Zustimmung der Wittnebe'schen Erben fort.
6. C. H. Burgdorff, Braunschweig. Durch das durch Tod erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafter, Weinhändlers Carl Burgdorff, ist die offene

Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Weinhändler Heinrich Burgdorff bei unveränderter Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt. Die Hauptniederlassung dieser Firma ist nach hier verlegt und daher im Handelsregister von Peine gelöst.

7. Gebr. Kiene, Braunschweig. Die Firma hat in Hannover eine Zweigniederlassung errichtet.
8. Grimme, Natalis & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Braunschweig. Das Grundkapital ist von 969 300 Mk. auf 868 800 Mk. durch schenkweise zur Verfügung gestellte und zu vernichtende 335 Aktien über je 300 Mk. herabgesetzt und ist eine dementsprechende Abänderung des § 6 der Statuten beschlossen.
9. Gebr. Dannenbaum, Braunschweig. Am 7. November d. J. ist in Magdeburg eine Zweigniederlassung errichtet.
10. Neue Glashütte Holzminden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L. Der Direktor Julius Eichwald zu Höxter hat sein Amt als Liquidator niedergelegt und ist an seiner Stelle der Rechtsanwalt Kellerhoff zu Höxter zum Liquidator bestellt.

3. Löschungen.

1. G. Hochstein, Braunschweig.
2. Braunschweigische Lack-, Firnis- und Farbenfabrik Conrad Müller, Braunschweig.
3. Max Hollushek, Blankenburg a. H.
4. Bernhard Landes, Blankenburg a. H.
5. F. Junge, Hasselfelde.
6. H. Degener & Seyfarth, Braunschweig.
7. Krug & Kiesler, Zweigniederlassung in Berlin.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Haarmann & Reimer, chemische Fabrik zu Holzminden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Dem Kaufmann Wilhelm Axt.
2. J. G. Zwillgmeyer & Söhne, Braunschweig. Den Kaufleuten Hermann Schmidt und Robert Schumann ist Einzelprokura ertheilt.

5. Prokura-Löschungen.

1. J. Wertheim, Braunschweig. Wittve des Bankiers Israel Wertheim, Lina geb. Simons.
2. J. G. Zwillgmeyer & Söhne, Braunschweig. Die dem Kaufmann Hermann Schmidt ertheilte Gesamtprokura.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Konservenfabrik Burgdorf-Braunschweig, Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Burgdorf. Mitglieder des Vorstandes sind: Garteninspektor Karl Könncke in Burgdorf, Dr. med. August Reinecke in Lesse, Kreismaurermeister Wilhelm Möhle daselbst, Kantor Ferdinand Brandes in Nordassel, Landwirth Richard Schaper in Hohenassel.
2. Altendorfer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, zu Altendorf. Mitglieder des Vorstandes sind: Halbmeier August Kiene zu Altendorf, Schuhmachermeister Wilhelm Lemke daselbst, Kaufmann August Grabe zu Holzminden, Aufseher Carl Scheele zu Altendorf, Vollmeier August Speitling zu Altendorf.

2. Abänderungen.

1. Genossenschafts-Bäckerei zu Helmstedt, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder: Zimmermann Carl Kühne, Oekonom Carl Schulze, Maurer Theodor Kühne, Briefträger Johann Schnupp, sind in den Vorstand gewählt: Böttcher Fritz Kühne, Cigarrenmacher Hermann Kärmner, Böttcher Gustav Kühne und Bergmann Wilhelm Schier.
2. Konservenfabrik Woltwiesche, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. An Stelle des verstorbenen Kothsassen Heinrich Herweg ist der Zimmermann Heinrich Kreie in Woltwiesche zum Vorstandsmitgliede gewählt.
3. Konsumverein Börssum, e. G. m. u. H. Nach vollständiger Vertheilung des Genossenschaftsvermögens ist die Vollmacht der Liquidatoren erloschen.
4. Evesser Spar- und Darlehnskassenverein. Der Landwirth Robert Eimecke und der Stellmachermeister Kurland sind ausgeschieden. Der Vorstand besteht jetzt aus folgenden Mitgliedern: Landwirth August Mittendorf, Gilzum, Mühlenbesitzer Heinrich Sandau, Evessen, Landwirth Heinrich Jasper, Gilzum, Schäfer Heinrich Müller, daselbst, Maschinenbesitzer Heinrich Hoppe, Evessen.
5. Vorschuss- und Sparverein zu Blankenburg a. H., eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Kaufmanns Ludwig Lichtenberg ist der Kaufmann Gustav Sobbe zum Vorstandsmitgliede gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Friedrich Schmidt, Gärtner, Bad Harzburg. 1. November 1901.
2. F. W. von Strombeck, Vorsfelde. 11. November 1901.
3. Julius Eichwald neue Glashütte zu Holzminden. 23. November 1901.
4. Albert Germer, Kothsass und Schenkwith, Gr.-Dahlum. 25. November 1901.
5. Der Kaufmann Julius Eichwald in Höxter hat über sein nicht zum Vermögen der Firma Julius Eichwald neue Glashütte zu Holzminden gehöriges Vermögen das Konkursverfahren beantragt. 26. November 1901.

2. Aufhebungen.

1. Fritz Hornburg, Landwirth, Hemkenrode.
2. Willi Diettrich, in Firma Willi Diettrich jun., Braunschweig.
3. Hermann Brandt, Gastwirth, Helmstedt.

Eingegangene Bücher.

Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands. Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen. Leipzig, Verlag von B. G. Teubner. 1. Band.

Das Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands, dessen erster Band bereits erschienen ist, stellt einen ersten umfassenden Versuch dar, auf Grundlage der vorhandenen wissenschaftlichen Vorarbeiten eine zusammenfassende Darstellung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse und Einrichtungen Deutschlands zu geben. Eine solche Zusammenstellung wird durch die fortschreitende Differenzirung, die auf allen wirtschaftlichen Gebieten hinsichtlich der Stoffveredelung und des Vertriebes Platz gegriffen hat, unbedingt nothwendig. Die Berufs- und Gewerbebezahlung Deutschlands vom Jahre 1895 weist die stattliche Zahl von 7793 Gewerbebezeichnungen

(1834 mehr als im Jahre 1882) auf, und der Entwurf zum deutschen Zolltarife specialisirt in 17 Abschnitten unter 1365 Nummern die derzeitigen Einfuhr- und Ausfuhrartikel dieses mitteleuropäischen Wirthschaftsgebietes, damit eine überraschende Vielgestaltigkeit der wirthschaftlichen Bedürfnisse einer entwickelten Volkswirthschaft bekundend. — Die Kenntniss unseres Wirthschaftslebens setzte sich bisher mehr oder weniger aus den ihrer Natur nach begrenzten persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen, sowie aus den unendlich zersplitterten Notizen, monographischen, vielfach veralteten Darstellungen, Streitschriften u. s. w. zusammen. Wer nach einer systematischen Erfassung der Verhältnisse strebte, entbehrte bisher ein Sammelwerk, das Zuverlässigkeit der thatsächlichen Angaben und wissenschaftliche Beherrschung des Stoffes vereinte.

Der erste Band des Handbuches behandelt die Verhältnisse der Wirthschaftskunde zur Geographie und zu den Wissenschaften, die allgemeine Beschreibung des Landes nach seiner Lage, Bodenbeschaffenheit, seinem natürlichen Reichtum und seinen natürlichen Vorbedingungen für Landwirthschaft, Industrie und Handel, ferner die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach örtlicher Vertheilung, sozialem Aufbau und allgemeinen Erwerbsverhältnissen.

Die Wirthschaftskunde Deutschlands bietet die genauen Einzelkenntnisse, die nothwendig sind, um den Bau und das Leben des staatlichen Organismus wissenschaftlich exakt zu verstehen.

Die Substrate, aus denen sich der Organismus zusammensetzt, müssen gewissermaassen in ihren anatomischen und physiologischen Eigenthümlichkeiten erfasst werden. Die Wirthschaftskunde ist also die nothwendige Ergänzung der Volkswirthschaftslehre und der Volkswirthschaftspolitik, sie bildet die unentbehrliche Grundlage des gesamten Lehrgebäudes der politischen Oekonomie.

Die Vertreter der Wissenschaft, die Lehrer an Handels- und Industrieschulen, Verwaltungsbeamte, städtische und staatliche Behörden, Politiker u. s. w. werden daher einem solchen zuverlässigen Nachschlagewerk das gleiche freudige Interesse entgegenbringen, wie die selbst im Wirthschaftsleben Stehenden und Schaffenden, die Fabrikanten, Landwirthe, Kaufleute u. s. w. Allen, die an dem wirthschaftlichen Leben unseres Vaterlandes Antheil haben, oder demselben zu dienen berufen sind, wird, wie wir hoffen, das Handbuch der Wirthschaftskunde Deutschlands ein willkommenes Hilfsmittel sein.

„Bank-Archiv“, Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen.

Vor Kurzem ist eine neue Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen, das »Bank-Archiv«, Organ des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, ins Leben getreten. Nach ihrem Programm will die Zeitschrift Aufsätze über alle aktuellen Fragen des Bank- und Börsenwesens bringen, das einschlägige statistische Material dem Leserkreise vorführen, die wichtigsten oberstrichterlichen Urtheile zusammenstellen, Neuerungen auf dem Gebiete der in- und ausländischen Gesetzgebung und Verwaltung erörtern, ferner die Leser mit der Fachliteratur bekannt machen; endlich soll ein Sprechsaal den Fachgenossen Gelegenheit bieten, sich über berufliche Fragen auszusprechen, über Missstände Beschwerde zu führen oder neue Anregungen zu geben. Die beiden ersten Nummern der neuen Zeitschrift enthalten einen Aufsatz aus der Feder des bekannten, besonders auf dem Gebiete des Bank- und Börsenwesens hervorragenden Nationalökonomen, Geheime Rath Professor Dr. Gustav Cohn (Göttingen) über die Ursachen der gegenwärtigen Krisis, ferner Aufsätze von Bankdirektor Thorwart (Frankfurt a. M.) über die Zulassung von Werthpapieren, Bankier Arons (Berlin) über die Umsatzsteuer, einen sachlich treffenden und schwungvollen Nachruf über Georg von Siemens aus der Feder des als hervorragenden Fachmann bekannten Bankdirektors Justizrath Dr. Riesser (Berlin), einen Aufsatz von Oberlandesgerichtsrath Dr. Simonson (Breslau) über die angeregte Verschärfung der Vorschriften über die civil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit des Aufsichtsrathes von Aktiengesellschaften, ferner Notizen über die Konferenz zur Prüfung der Börsengesetz-Revision, oberstrichterliche Urtheile, Verbandsnachrichten u. s. w. Die neue Zeitschrift scheint auch uns eine wesentliche Lücke auszufüllen, insbesondere da sie der Vertretung von Einzelinteressen, der Verfolgung von Erwerbszwecken fern bleiben und nur ein fachwissenschaftliches, das allgemeine Ziel der Förderung des gesamten Bankwesens verfolgendes Blatt sein wird.

Manche unserer Leser, die im praktischen Leben stehen, werden wenig Gefühl mit der Kunst und insbesondere mit der modernen Kunst haben. Das hat seine äusseren und seine inneren Gründe. Nach Stoff und Behandlung hat die neue Kunst Vieles geboten, was gerade dem Manne des praktischen Lebens fremd ist; und andererseits hat dieser oft nur wenig Gelegenheit, in nähere und häufigere Berührung mit ursprünglicher und echter Kunst zu kommen. Unter diesem Gesichtspunkte ist das neue Unternehmen des »**künstlichen Wandschmuckes**« für Schule und Haus besonders zu begrüßen. Denn es bietet farbige Originalkunstblätter zu ausserordentlich billigen Preisen (3 bis 6 Mk. für Blätter von 100/70 und 75/55 cm) als Wandschmuck für Schule und Haus und berücksichtigt in dem gewählten Stoffe vor Allem auch das praktische Leben. So glauben wir unsere Leser besonders auf Friedrich Kallmorgen's »Südamerikadampfer im Hamburger Hafen« hinweisen zu sollen. Klar in der Zeichnung, giebt das Bild doch prächtig die Stimmung wieder, die bei trübem Himmel in der Luft und auf dem Wasser liegt, kurz, das Bild hat alle Vorzüge eines originalen, von allem Extremen sich fern haltenden Kunstwerkes und wird darum Vielen ein hochwillkommener Zimmerschmuck sein. Da das Unternehmen auch in der Folge ähnliche Motive berücksichtigen wird, können wir Jedem empfehlen, sich den ausführlichen illustrierten Katalog, den die Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner in Leipzig unentgeltlich und postfrei versendet, kommen zu lassen.

Die Städtische Handelshochschule in Köln (»Die erste selbständige Handelshochschule in Deutschland«). Eröffnet am 1. Mai 1901. Berlin, Verlag von Julius Springer. Preis 1 Mk.

Das Werk enthält ausser einer Einleitung die bei Eröffnung der Handelshochschule gehaltenen Reden, einen vorläufigen Plan des zweijährigen Lehrkurses, ein Verzeichniss der Lehrkräfte, der Zulassungsbedingungen, ein Verzeichniss der Vorlesungen, eine Ordnung der Handelshochschule, sowie die Studienordnung nebst einem Verzeichnisse der Studirenden im Sommersemester 1901.

Das neu begründete Organ des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes,

„Bank-Archiv“, Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen,

wird, ohne der Vertretung von Erwerbs- oder Geschäftsinteressen zu dienen, in fachwissenschaftlicher Weise alle aktuellen Fragen des Bank- und Börsenwesens behandeln. Seine Verbreitung in den Bank- und Börsenkreisen, in den massgeblichen Stellen der Staatsverwaltung, bei den Handelsvertretungen und wichtigen industriellen Körperschaften ist gesichert; desgleichen sind hervorragende Mitarbeiter unter den Männern der Theorie, wie der Praxis im Bank- und Börsenwesen gewonnen.

Wir glauben daher, allen Kreisen, die sich für die Fragen des Bank- und Börsenwesens interessieren, das Abonnement der Zeitschrift bestens empfehlen zu dürfen.

Der Abonnementspreis beträgt 10 Mk. für den Jahrgang von etwa 12 in der Regel 2 Druckbogen starken Nummern. Das Abonnement kann bei dem unterzeichneten Verlag, wie bei jeder Buchhandlung und Postanstalt bewirkt werden.

Frankfurt a. M., November 1901.

Redaktion und Verlag des „Bank-Archiv“.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 1.

Braunschweig, Januar 1902.

XII. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

912. 50. 3.

Amtlicher Theil.

Handelskammer-Wahlen.

Am 1. April 1902 scheiden die Handelskammer-Mitglieder Herr Kommerzienrath Max Jüdel, Herr Kommerzienrath Dr. Herm. Schmidt, Herr Direktor Dr. W. Bartz, Herr Kaufmann Sander, Herr Fabrikbesitzer Otto Meyer aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Freitag, den 14. Februar 1902,

von 10 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 91, hierselbst, festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird in dem Bureau der Handelskammer, Breitestrasse 91, vom 2. bis 12. Januar 1902 während der Dienststunden zur Einsicht der Wahlberechtigten ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Braunschweig, den 29. Dezember 1901.

Der Wahlkommissar für den Kreis Braunschweig.

Otto Lütge.

Am 1. April 1902 scheiden die Handelskammer-Mitglieder Herr Kaufmann Herm. Strümpell (Schöppenstedt) und Herr Kaufmann Herm. Tielecke (Wolfenbüttel) aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl ist auf

Dienstag, den 25. Februar 1902,

von 11 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags,

im Hotel zum Löwen zu Wolfenbüttel festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Magistratsbureau zu Wolfenbüttel vom 15. bis 25. Januar 1902 während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Wolfenbüttel, den 16. Dezember 1901.

Der Wahlkommissar für den Kreis Wolfenbüttel.

Dr. C. Pfeiffer.

Am 1. April 1902 scheiden die Handelskammer-Mitglieder Herr Kaufmann Otto Dorguth (Helmstedt) und Herr Kaufmann Wilhelm Kebbel (Schöningen) aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Freitag, den 14. Februar 1902,

von 11 Uhr Vormittag, bis 1 Uhr Nachmittags,

im Rathhaussaale in Helmstedt festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Sekretariate des Stadtmagistrats zu Helmstedt vom 2. bis 12. Januar 1902 während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Helmstedt, den 15. Dezember 1901.

Der Wahlkommissar für den Kreis Helmstedt.

Falinsky.

Am 1. April 1902 scheidet das Handelskammer-Mitglied Herr Fabrikbesitzer B. Liebold aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Donnerstag, den 13. Februar 1902,

von Vormittags 10 bis 12 Uhr,

im Stadthause zu Holzminden festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird vom 2. bis 12. Januar 1902 im Stadthause zu Holzminden zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Holzminden, den 13. Dezember 1901.

Der Wahlkommissar für den Kreis Holzminden.

Heinrich Rehn.

Am 1. April 1902 scheidet das Handelskammer-Mitglied Herr Kaufmann Carl Walter (Seesen) aus der Handelskammer aus. Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Freitag, den 14. Februar 1902,

von Vormittags 11 bis 12½ Uhr,

im Rathhause zu Gandersheim festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Sekretariate des Stadtmagistrats zu Gandersheim vom 2. bis 12. Januar 1902 zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Gandersheim, den 20. Dezember 1901.

Der Wahlkommissar für den Kreis Gandersheim.

Ballin.

Am 1. April 1902 scheidet das Handelskammer-Mitglied Herr Generaldirektor C. E. Buchholz (Rübeland) aus der Handelskammer aus.

Der Termin für die Ersatzwahl wird hierdurch auf

Freitag, den 21. Februar 1902,

von Vormittags 11 bis 12 Uhr,

im Stadtverordneten-Sitzungssaal (Tränkestrasse) zu Blankenburg a. H. festgesetzt.

Die Liste der Wahlberechtigten wird im Rathhause, Zimmer 2, zu Blankenburg a. H. vom 2. bis 12. Januar 1902 zur Einsicht ausliegen. Einsprüche gegen dieselbe sind innerhalb vierzehn Tagen bei der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig zu erheben.

Blankenburg a. H., den 20. Dezember 1901.

Der Wahlkommissar für den Kreis Blankenburg a. H.

August Corves.

Bericht

über

**die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung
gewerblicher Etablissements.**

2. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co.

Nach der Besichtigung der optischen Anstalt von Voigtländer & Sohn wurde die Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co. in Augenschein genommen. Zuvor gab Herr Kommerzienrath Max Jüdel, nachdem er die Theilnehmer an

der Studienreise willkommen geheissen hatte, in einem einleitenden Vortrage einen Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung dieses Werkes, aus dem Folgendes hervorging:

Im Jahre 1868 liess die Braunschweigische Eisenbahn in einer rheinischen Maschinenfabrik ein Weichen- und Signalstellwerk nach englischem Vorbild bauen. Dieser Versuch, eine bis dahin nur in England bekannte Einrichtung in Deutschland einzuführen, gelang aber so wenig, dass die genannte Bahn es zwei Jahre später vorzog, für die Bahnhöfe Börssum und Jerxheim Stellwerke aus England zu beziehen. Solche Stellwerke, durch welche eine grössere oder geringere Anzahl von Weichen und Signalen mechanisch gestellt wird, waren in England bereits vielfach eingeführt, in Deutschland und anderen Ländern des Festlandes aber noch unbekannt.

Unter dem Einflusse des damaligen Oberingenieurs der Braunschweigischen Eisenbahn, W. Clauss, entstand zu jener Zeit in Braunschweig eine von dem Ingenieur Heinrich Büssing geleitete kleine Fabrik, die »Eisenbahnsignal-Bauanstalt (G. Ungnade)«, die es sich zur Aufgabe machte, Sicherheitseinrichtungen für das Eisenbahnwesen anzufertigen und einzuführen. Von der Braunschweigischen Eisenbahn mit dem Aufbau der aus England bezogenen Stellwerke betraut, hatte die Fabrik Gelegenheit, die englischen Konstruktionen kennen zu lernen und in Anlehnung daran neue Einrichtungen mit Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse zu schaffen, die für die fernere Entwicklung des Sicherheitswesens nicht bloss für Deutschland, sondern auch für andere Länder maassgebend wurden.

Dieses ältere Werk ging im März 1873 durch Kauf in den Besitz der zu diesem Zwecke gebildeten Firma Max Jüdel & Co. über; es beschäftigte damals 2 Ingenieure, 1 Werkmeister und 38 Arbeiter, heute sind im Dienste der Firma insgesamt thätig 184 Beamte, von denen 116 eine technische Vorbildung besitzen, und 943 Arbeiter. Das Braunschweiger Werk allein verfügt über 145 Beamte, z. Z. über 68 technisch vorgebildete Beamte, über 17 Werkmeister und 58 Kaufleute und Verwaltungsbeamte. Dem Betriebe stehen zur Verfügung: 3 Dampfkessel mit zusammen 353 qm Heizfläche, Dampfsparung $8\frac{1}{2}$ Atmosphären, davon werden betrieben:

Zwei 5 Ctr.-Dampfhämmer und 3 Dampfmaschinen (1 liegende 115 HP., 2 Wanddampfmaschinen zu 40 und 30 HP., zusammen 185 HP.).

Die Kraft wird theilweise elektrisch übertragen, von einem an der Hauptmaschine hängenden Dynamo werden 6 Motore gespeist, die zusammen etwa 100 HP. übertragen.

251 Werkzeugmaschinen, 1 Lastaufzug und 3 Handlaufkräne (Länge der Treibriemen 3500 m).

4 Ventilatoren für die Schmiedefeuer und die Entstaubungsanlagen an den Schleifmaschinen.

Das Braunschweiger Werk liefert durchschnittlich täglich 25 000 kg fertige Waare ab. Am Gesamtumsatz, der 1901 annähernd 7 000 000 Mk. erreichen wird — im ersten Jahre belief er sich nur auf 117 000 Mk. — sind noch Fabriken in Riga, Stockholm, Olten i. Schweiz, Würzburg und Wasseraalengen theiligt, ca. 20 % des Umsatzes geht ins Ausland, z. Z. vorzugsweise nach Schweden-Norwegen, Russland, Rumänien und die Schweiz; 203 Monteure besorgen ausserhalb die Aufstellung der angefertigten Waaren. Die gesammten Monteurlöhne betrugen 1900 444 000 Mk., die Werkstattlöhne 787 000 Mk., das Gehaltskonto der Beamten 447 000 Mk. Der Durchschnittslohn der Arbeiter stellte sich auf 3,50 Mk., der niedrigste Handarbeiterlohn auf 2,50 Mk.

Der höchste Lohn wurde in Schleiferei und Feinmechanik mit 7 Mk. gezahlt. Seit April 1900 ist in den Werkstätten die durchgehende Arbeitszeit eingeführt, deren wirkliche Dauer 9 $\frac{1}{2}$ Stunden beträgt.

An Wohlfahrtseinrichtungen hat die Fabrik eine Arbeiterpensionskasse, die Julie Jüdel-Stiftung für Wittwen verstorbener Arbeiter und die Rüppell-Stiftung zur Unterstützung von Arbeitern, die in Noth gerathen sind, mit einem Vermögen von insgesamt 260 910,36 Mk.

Die Unterstützungskasse für Arbeiter und Unterbeamte, sowie für deren Familien, trägt die Kosten für ärztliche Behandlung und Arzneien und gewährt bei lange dauernder Krankheit des Familienoberhauptes besondere Unterstützungen sowie Begräbnissgelder.

Für Beamte besteht keine besondere Pensionskasse, doch hat das Werk mit dem Deutschen Privatbeamten-Verein ein Abkommen getroffen, nach welchem es für diejenigen Beamten, die den Versorgungskassen dieses Vereins beitreten, die Hälfte des Jahresbeitrages zahlt.

Während der ersten Jahre hatte das Werk mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ende 1879 war eben das hundertste Stellwerk vollendet, und auch in den Jahren bis 1885 ging die Entwicklung nur langsam aufwärts, von da ab aber stieg sie schnell und stetig, theils in Folge der enormen Verkehrszunahme und des dadurch vermehrten Bedürfnisses nach Sicherheitseinrichtungen, theils aber auch und nicht am wenigsten unter dem Einflusse des Vertrauens, das die Eisenbahnen den Leistungen der Eisenbahnsignal-Bauanstalt entgegenbrachten. Bis zum Jahre 1892 waren 1000 Stellwerke gebaut, mit welchen über 12 000 Weichen und Signale gestellt wurden.

Die Zahl der bis Ende 1900 überhaupt gebauten Stellwerke beträgt 3000.

Im Jahre 1900 wurden allein hergestellt: 4500 Stellwerkhebel, 4000 Weichenspitzenverschlüsse, 1000 Flügelsignale, 600 Wegeschränken.

Die Besichtigung des Werkes fand in drei Gruppen unter Führung der Herren Kommerzienrath Jüdel, Direktor Büssing und Prokuristen Lochner statt, die in den einzelnen Arbeitsräumen die nothwendigen Erklärungen und Erläuterungen gaben. Das grösste Interesse bot das Modellzimmer, in welchem die Einrichtung der Weichen und Signalstellwerke in instruktiver Weise vor Augen geführt wurde, und welche mit einigen Worten hier wiedergegeben sein soll.

Die Fahren von Zügen auf Bahnhöfen werden bekanntlich durch Armsignale geregelt, und es soll kein Zug in einen Bahnhof einfahren oder ihn verlassen dürfen, bevor ihm die Erlaubniss dazu nicht am Signal ertheilt worden ist. Soll nun ein Zug das ihm vorgeschriebene Gleis ungefährdet befahren können, so muss in dem Augenblicke, wo sich am Armsignal der Arm in einen Winkel von 45^0 nach oben stellt (Fahrtzeichen), die Gewähr dafür geboten sein, dass nicht allein das Gleis (die Fahrstrasse) für den kommenden, ab- oder durchfahrenden Zug frei und gesichert ist, sondern dass ihm nun auch von keiner Seite her ein anderer Zug gefährlich werden kann. Diese Bedingung konnte beim Stellen der Weichen und Signale von Hand niemals in dem Maasse erfüllt werden, dass es nicht auch bei der grössten Aufmerksamkeit möglich gewesen wäre, eine Weiche noch in dem Augenblicke falsch zu stellen, auch wenn sie vorher richtig gestanden hätte, wo ein Zug sie befahren sollte. Das Stellwerk hebt nun diese Möglichkeit dadurch auf, dass erst alle Weichen, sowohl diejenigen, welche ein Zug befahren soll, wie auch solche, die andere Züge oder Zugtheile in dessen Fahrstrasse lenken könnten, nicht allein erst richtig, bezw. auf Abweisung gestellt sein müssen, bis das Signal auf Fahrt gestellt werden kann, sondern dass nun auch durch das gegebene Fahrsignal alle diese Weichen in der richtigen Lage verschlossen worden sind und darin so lange verbleiben müssen, bis das Signal wieder auf Halt zurückgestellt worden ist.

Die Stellwerke bestehen aus einer mehr oder minder grossen Anzahl von Stellhebeln, die auf einem Gestell neben einander angeordnet und durch gewisse Verschlusseinrichtungen verbunden sind. Diese Hebel, die nach einer bestimmten Dienstanweisung von einem oder mehreren Wärtern, auf kleineren Bahnhöfen häufig auch vom Stationsbeamten selbst bedient werden, sind mit Rohrgestängen oder doppelten Drahtzügen verbunden, die an die Weichen und Signale angreifen und wodurch die Stellbewegungen auf diese übertragen werden. Etwa vorkommende Gestänge- oder Leitungsbrüche werden durch besondere Schutzseinrichtungen für den Zugverkehr unschädlich gemacht.

Während bei den ersten und älteren Stellwerken überhaupt die Sicherheitswirkung in den Stellwerken selbst und allein lag, stehen sie jetzt meist noch unter der mittelbaren Aufsicht und Bethätigung des verantwortlichen Stationsbeamten, der von seinem Dienstzimmer aus die Hebel im Stellwerk durch sogenannte elek-

trische Blockwerke unter Verschluss hält und sie aus diesem erst in dem Momente entlässt, wo das Stellen der Weichen und Signale beginnen soll.

Dass sich der gewaltige Zugverkehr auf den Bahnhöfen, insbesondere auf den grossen und grössten Verkehrsmittelpunkten, mit voller Ordnung und gefahrlos abwickeln lässt, ist in erster Reihe den Stellwerken zu danken, deren Mechanik jede Weiche und jedes Signal in ihrer Hand hält.

Welche Mühe und zielbewusste Arbeit hat es aber gekostet, bis diese letzten Stadien der Entwicklung des Sicherheitswesens erreicht waren. Als die Firma mit ihrem Unternehmen 1873 heraustrat, da gab es noch viele, selbst hervorragende und weit-ausschauende Eisenbahntechniker, die trotz des Bestehens der Sicherheitsanlage — Interlocking-Apparates — in England das Stellen der Weichen auf grössere Entfernungen in unserem wechselvollen Klima für bedenklich hielten, und Mancher sah in diesen Einrichtungen weit eher eine Gefährdung, als eine Sicherung des Betriebes.

Zuerst wurden Versuche auf kleineren Stationen gemacht, und als sich dieselben bewährten, wurden in grösserem Umfange die Einfahrtsweichen mit den Signalen verbunden. Die Bestellungen auf sogenannte Stellböcke mehrten sich. Immer mehr gewann man Zutrauen zu der neuen Einrichtung: bald wurden auch grössere Bahnhöfe mit einer Anzahl von Weichen und Signalen eingerichtet.

Für den Angriff der Gestänge an die Weichen und die Weichenumstellungsvorrichtungen wurde eine Endkompensation konstruirt, die viel dazu beitrug, den Ruf der Firma zu begründen. Aber auch diese ist längst verlassen, neue verbesserte Konstruktionen haben sie verdrängt. An Stelle des Gasrohrgestänges, welches die Verbindung der Weichenhebel im Stellapparat mit der Weiche vermittelte, ist Drahtzug getreten, dessen Einführung trotz vielseitiger Vortheile auf manche nun überwundene Schwierigkeit stiess. Je mehr der Verkehr anwuchs, desto mehr kamen die Sicherheits-einrichtungen in Aufnahme, aber gleichzeitig wuchsen auch die Anforderungen, die man an sie stellte, und unaufhörlich mussten neue Konstruktionen geschaffen werden, was in hervorragender Weise dem technischen Leiter des Werkes, Herrn Büssing, gelungen ist.

Aber nicht nur die Leitungsgegenstände, auch der Stellapparat selbst hat manche Wandlungen erfahren; die ersten einfachen Konstruktionen, die für wenige Hebel ausreichten, wurden durch komplizirtere ersetzt, die mit Sperren, Automaten etc. versehen wurden und nicht selten über 100 Hebel in einem Apparat vereinigten.

Als nun auch die Elektrizität in den Dienst der Sicherheitsvorrichtungen für den Eisenbahnbetrieb eindrang, als die Thätigkeit des Wärters im Weichenthurme unter die Kontrolle der

Station gestellt, als die richtige Stellung der Signalfügel elektrisch sich anzeigte, da wurden wieder und wieder neue, oft recht schwierige Konstruktionen nöthig. Die Herstellung der elektrischen Blockapparate musste aufgenommen werden, und dadurch wurde ein ganz neues Gebiet für das Werk erschlossen.

Dass in unserer Zeit die elektrische Kraft nun auch zum Stellen der Weichen und Signale verwendet wird, kann nicht Wunder nehmen. Nach vielen Versuchen sind einige grössere Anlagen einer elektrischen Signal- und Weichenstellung ausgeführt worden; ob dieselbe sich Eingang verschaffen wird, muss der Zukunft überlassen werden, heute ist der Preis noch ein zu hoher.

Statistischer Ueberblick

über

die Kolonial- und Materialwaarenhandlungen und deren Vertheilung im Herzogthum Braunschweig.

Bearbeitet im Auftrage der Handelskammer von Dr. Senholdt, fr. Assistenten der Handelskammer Braunschweig.

Nach Ausweis der Gewerbesteuerlisten giebt es zur Zeit (d. h. zu Anfang des Jahres 1901) im Herzogthum Braunschweig 2560 Geschäfte, welche sich mit dem Vertrieb von Kolonialwaaren und mit den als »Materialwaaren« bezeichneten Handelsartikeln befassen.¹⁾

Von diesen 2560 Geschäften entfallen:

980 auf die Stadt Braunschweig;

403 auf die 13 Kreisstädte des Landes;

1177 auf die Landgemeinden.

Es kommen somit auf je 1 Geschäft:

in der Stadt Braunschweig bei 128 000 Einwohnern 130 Personen;

in den 13 Kreisstädten bei ca. 86 500 Einwohnern im Durchschnitt 214 Personen;

in den Landgemeinden bei ca. 249 000 Einwohnern 213 Personen.

I. Ist ein Rückgang in der Lage der Kolonialwaarengeschäfte des Bezirkes festzustellen und welche äusseren Anzeichen liegen für eine solche Annahme vor?

- a) Haben sich die normalen Geschäfte des Bezirkes im Laufe der Zeit absolut oder relativ vermindert?

Nach den vom Stadtmagistrat der Stadt Braunschweig herausgegebenen Verwaltungsberichten betrug die Zahl der Kolonialwaarengeschäfte in der Stadt Braunschweig

zu Anfang des Jahres	1887	145
» » » »	1892	192
» » » »	1896	220
» » » »	1901	276

¹⁾ Bei einzelnen Betrieben war die Art des Geschäftes aus den Steuerlisten nicht mit Sicherheit zu erkennen.

Die Zunahme beträgt demnach ca. 90⁰/₀, während die Bevölkerungszahl in derselben Zeit von etwa 86000 (die Volkszählung von 1885 ergab für Braunschweig eine Bevölkerung von 85174) auf ca. 128000, also rund um 60⁰/₀ gestiegen ist.

Die Zunahme ist am stärksten während der Periode 1896 bis 1901, wo sie 56 beträgt, am schwächsten in der Periode von 1892 bis 1896, wo sie sich auf 28 Geschäfte beläuft, während sie in der Zeit von 1887 bis 1892 47 beträgt.

Nach den angestellten Ermittlungen wurden **geleitet von kaufmännisch vorgebildeten Inhabern:**

im Jahre 1887 von den 145 vorhandenen Kolonialgeschäften	97	oder	67 ⁰ / ₀
» » 1892 » » 192 » » » »	108	»	56 ⁰ / ₀
» » 1896 » » 220 » » » »	102	»	46 ⁰ / ₀
» » 1901 » » 276 » » » »	94	»	34 ⁰ / ₀

Die Zahl der von berufsmässig vorgebildeten Inhabern geleiteten Kolonialwaarengeschäfte ist demnach nicht nur relativ, d. h. im Verhältniss zu der Gesamtbevölkerung und den vorhandenen Kleinhandelsgeschäften, sondern auch absolut zurückgegangen.

Ausserdem führten Kolonial- und Materialwaaren:

im Jahre 1887: 456 Höker- oder Vorkostgeschäfte,	
» » 1892: 536 » » » »	
» » 1896: 645 » » » »	
» » 1901: 622 » » » »	

Die absolute Zunahme dieser Geschäfte war am stärksten in der Periode von 1892 bis 1896, in der sie 109 beträgt, während sie sich in der Periode von 1887 bis 1892 auf 80 beläuft. Besonders auffallend ist der Rückgang in der letzten Periode.

Die Verschiebungen in den dem Kolonial- und Materialwaaren-Detailhandel verwandten Handelszweigen bezw. Specialgeschäften während der Periode 1887 bis 1901 ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung:

	1887	1892	1896	1901
Delikatessenhandlungen	21	25	33	45
Drogenhandlungen	16	25	28	29
Butterhandlungen	3	6	18	17
Kaffeehandlungen	8	3	6	10

Bezüglich der Specialgeschäfte und verwandten Geschäftszweige ist zu bemerken, dass sie sämmtlich mehr oder weniger auch die eigentlichen Kolonial- und Materialwaaren führen.

(In Wolfenbüttel betrug die Zahl der von berufsmässig vorgebildeten Inhabern geleiteten Kolonialwaarengeschäfte im Jahre 1890 bei einer Bevölkerung von 14767: 32, im Jahre 1900 bei 17000 Einwohnern 27. Höker- und Zwerg- oder Zwittergeschäfte bestanden 1890: 64, 1900 dagegen 87, sie haben sich demnach um 23 vermehrt.)

b) Sind alte gute Geschäfte unverschuldet eingegangen?

Zu Anfang des Jahres 1880 bestanden in der Stadt Braunschweig 82 Kolonialwaaren-Detailgeschäfte, welche von kaufmännisch vorgebildeten Inhabern geleitet wurden.

Von diesen Geschäften sind inzwischen gänzlich eingegangen: 31, d. h. 38⁰/₀.

Ausserdem sind 3 an nicht kaufmännisch vorgebildete Inhaber übergegangen.

Ob und inwieweit das Eingehen dieser Geschäfte auf ein Verschulden der Inhaber zurückzuführen ist, war mit Sicherheit nicht überall festzustellen.

Soweit sich ermitteln liess, ist die Ursache dieser zahlreichen Geschäftsaufösungen zum Theil in der Unfähigkeit der Inhaber, zum Theil aber in den veränderten wirthschaftlichen Verhältnissen zu suchen, insbesondere wird das Eingehen vieler Geschäfte zurückgeführt auf die veränderten Verkehrsverhältnisse, die den Wegfall des grössten Theiles der Landkundschaft zur Folge hatte, auf die Konkurrenz der in Masse entstandenen Vorkost- und Hökergeschäfte und der mit geringeren Unkosten arbeitenden neu entstandenen Grossbetriebe im Kleinhandelsgewerbe, vor allem aber auf die Ausdehnung der bestehenden bezw. auf die Gründung neuer Konsumvereine, die an Mitgliederzahl in viel stärkerem Maasse als die Bevölkerung zugenommen haben.

Der bei Weitem grössten Zahl der zur Auflösung ihrer Geschäfte veranlassten Kolonialwarenhändler ist es nicht möglich gewesen, während ihrer Geschäftsthätigkeit eine für ihren Unterhalt genügende Rücklage zu erübrigen. Die meisten von ihnen waren vielmehr genöthigt, noch im höheren Lebensalter einen anderen Beruf zu ergreifen. Besondere Ermittlungen, die nach dieser Richtung hin angestellt wurden, haben ergeben, dass von den 31 Kolonialwaren-Detailhändlern

- 2 Grossisten geworden sind,
- 3 Fabrikanten,
- 2 Agenten,
- 1 Cigarrenhändler,
- 1 kaufmännisch Angestellter,
- 3 von Verwandten unterstützt,
- 4 durch Selbstmord endeten,
- 5 in Armuth gestorben,
- 2 sich als Rentner zur Ruhe gesetzt haben,
- 5 verzogen sind.

3 Geschäfte kamen zur Auflösung weil die Inhaber starben.

(In Wolfenbüttel sind im Laufe der letzten 10 Jahre 5 Geschäfte eingegangen, davon 1 in Folge von Ueberschuldung.)

c) Haben unverschuldete Konkurse in unverhältnissmässigem Umfange stattgefunden?

Von den 82 Kolonialwaren-Detailgeschäften, welche zu Anfang des Jahres 1880 bestanden, sind, wie unter b) gesagt, 31 gänzlich eingegangen; davon wurden 8 durch Konkurs aufgelöst, der zum Theil lediglich auf ein Verschulden der Inhaber, zum Theil aber auch mit auf die zunehmende Konkurrenz u. s. w. zurückgeführt wird. Nicht eingeschlossen in diese Zahl sind diejenigen durch Zahlungseinstellung erfolgten Geschäftsaufösungen, die durch aussergerichtlichen Vergleich Erledigung gefunden haben.

(In Wolfenbüttel ist seit 1890 nur ein Kolonialwaarengeschäft in Konkurs gerathen, und zwar in Folge grösserer Spekulationen, auf welche sich der Inhaber eingelassen hatte, als das Detailgeschäft nicht mehr wie früher lohnte.)

d) Treten häufig Aenderungen in den Besitzverhältnissen der Kolonialwaarengeschäfte ein?

Von den 82 Kolonialwaren-Detailgeschäften, welche zu Anfang des Jahres 1880 in der Stadt Braunschweig bestanden, sind seitdem (bis Anfang des Jahres 1901) 21 an eine neue Firma veräussert,

11	davon	1	Mal
5	»	2	»
2	»	3	»
3	»	4	»

Von den in Rede stehenden 82 Geschäften sind ferner mit der Firma veräussert:

13, und zwar:

9	davon	1	Mal
2	»	2	»
1	»	3	»
1	»	4	»

Von denselben Inhabern bzw. deren Söhnen werden geleitet:

14 Geschäfte.

Von den 32 Geschäften, welche Wolfenbüttel im Jahre 1890 aufwies, sind inzwischen 12, davon 3 wegen zerrütteter Vermögensverhältnisse der Inhaber veräussert worden.

- e) Ist der Antheil des legitimen Handels an dem Kolonialwarenumsatz durch den Mitbewerb anderer Faktoren vermindert und in welchem Umfange?

Durch die Entwicklung der in der Stadt Braunschweig bestehenden 3 Konsumvereine, deren Umsatz in Kolonialwaren nach Ausweis der Geschäftsberichte ca. 1 800 000 Mk. ausmacht, ist naturgemäss der legitime Kolonialwaren-Detailhandel aus einem erheblichen Theile seines bisherigen Besitzstandes verdrängt worden. Rechnet man auf ein mittleres Kolonialwarengeschäft 30 000 Mk. Umsatz, so ergibt sich, dass durch die Konsumvereine etwa 60 Geschäfte ersetzt sind.

Die Einwirkung der am Platze vorhandenen, als Waarenhäuser bezeichneten, Grossbetriebe im Kleinhandelsgewerbe, sowie des direkten Bezugs der Konsumenten, des Detailreisens und des Hausierbetriebes auf den zünftigen Kolonialwaren-Kleinhandel lässt sich zwar rechnerisch nicht darstellen, man wird indessen den Mitbewerb einzelner dieser Faktoren, insbesondere den der Waarenhäuser und des direkten Bezuges nicht zu unterschätzen haben.

In den Kreisstädten wird ebenfalls in erster Linie der Mitbewerb der Konsumvereine fühlbar, deren Umsatz in Kolonialwaren mit ca. 1 300 000 Mk. in Rechnung zu stellen ist.

- f) Hat sich der Umfang und der Umsatz der normalen Geschäfte vermindert?

Da in Braunschweig die Veranlagung der kaufmännischen Geschäfte nach dem Umfange (Zahl der Verkaufsstellen, Höhe des Umsatzes, Zahl der beschäftigten Angestellten u. s. w.) erfolgt, so giebt der jeweilige Gewerbesteuerbetrag, den ein Geschäft zu entrichten hat, einen ungefähren Anhalt, ob ein Geschäft zurückgegangen ist oder sich weiter entwickelt hat. Von den gegenwärtig bestehenden 94 normalen Geschäften lassen in dieser Beziehung 65 einen Vergleich für die Steuerjahre 1894/95 und 1900/1901 zu.

Von ihnen sind für das laufende Etatjahr gegenüber dem Jahre 1894/95 nach Ausweis der Steuerlisten herangezogen:

zu einer höheren Gewerbesteuer:

30, und zwar 14 Geschäfte, die Gross- und Kleinhandel betreiben,

16 Geschäfte, die lediglich Detailhandel betreiben,

zu dem gleichen Steuerbetrage:

21, darunter 10 Geschäfte en gros und en detail, 11 Geschäfte en detail,

zu einer niederen Steuer:

14, darunter 3 Gross- und Kleinhandelsgeschäfte und 11 Kleinhandelsgeschäfte.

Zieht man in Erwägung, dass mit dem Wachsen der Staatsausgaben die steuerpflichtigen Betriebe auch stärker herangezogen werden, so erhellt, dass auch diejenigen Geschäfte, welche seit 1894/95 auf demselben Steuer-

betrage stehen geblieben sind, thatsächlich in ihrem Umfange zurückgegangen sein müssen. Unter diesem Gesichtspunkte sind daher von den 65 in Rede stehenden Geschäften 35 oder ca. 54 % in ihrem Umfange und Umsätze zurückgegangen.

g) Hat sich der Ertrag vermindert?

Zugleich mit dem Umsatz eines Kolonialwaaren-Geschäftes muss nothwendigerweise auch die Rentabilität zurückgehen, sofern es dem Inhaber nicht möglich ist, an dem ihm verbleibenden Umsatz einen entsprechend höheren Gewinn zu erzielen d. h. die Waaren mit einem entsprechend höheren Nutzen zu verkaufen als bisher.

Diese Möglichkeit mag bei geschickter Ausnutzung der stets wechselnden Konjunktur, der gerade die wichtigsten Artikel des Kolonialwaaren-Detailhandels unterliegen, in einzelnen Fällen vorhanden sein, im Allgemeinen aber ist auch bezüglich des Ertrages (Geschäftsgewinnes) ein Rückgang zu verzeichnen, wie aus folgenden auf den Angaben von Sachverständigen beruhenden Zahlen hervorgeht:

	im Jahre 1880	im Jahre 1900
bei Kaffee	20 ⁰ / ₁₀	12 ¹ / ₂ bis 15 ⁰ / ₁₀
» Zucker	20 ⁰ / ₁₀	6 » 8 ⁰ / ₁₀
» Hülsenfrüchten	20 bis 25 ⁰ / ₁₀	10 « 12 ⁰ / ₁₀
» Mehl- und Mühlenfabrikaten	20 bis 30 ⁰ / ₁₀	15 « 20 ⁰ / ₁₀
» Petroleum	20 ⁰ / ₁₀	10 « 12 ⁰ / ₁₀

h) Ist es heute schwerer, ein normales Kolonialwaarengeschäft zu veräußern als ein Geschäft anderer Branchen?

Wenn unter h) festgestellt wurde, dass im Laufe der letzten zwanzig Jahre in der Stadt Braunschweig nicht weniger als 31 von berufsmässig vorgebildeten Inhabern geleitete Kolonialwaarengeschäfte zur Auflösung gelangt sind, so erklärt sich diese Thatsache nicht zum wenigsten daraus, dass es heute mit grossen Schwierigkeiten verknüpft ist, für ein derartiges Geschäft einen zahlungsfähigen Käufer zu finden.

So werden von älteren, guten Geschäften in Braunschweig nachweislich schon seit längerer Zeit 3 vergeblich zum Verkauf ausgebaut, während im Herbst 1900 3 seit Jahren bestehende Geschäfte wegen mangelnder Verkaufsgelegenheit eingegangen sind.

Ähnlich liegen den Berichten zufolge die Verhältnisse für die Geschäfte in Wolfenbüttel.

i) Verflüchtigt sich die Branche durch Uebergreifen in andere Branchen und Erwerbszweige?

Ein Uebergreifen des Kolonialwaaren-Detailhandels in andere Branchen bzw. Verflüchtigung desselben lässt sich in mehrfacher Hinsicht konstatiren.

Erwähnt zu werden verdient in dieser Beziehung das Bestreben einzelner (4) Detailhändler, durch Aufnahme des Grossgeschäftes wenigstens in einem Artikel ihren Umsatz zu heben.

Andere (3) suchen durch Uebernahme von Agenturen ein höheres Einkommen zu erzielen. Wieder andere (8 bzw. 3) haben durch Uebernahme von Sparkassenstellen bzw. Sparmarken-Verkaufsstellen Gelegenheit genommen, einen bescheidenen Nebenverdienst zu erlangen und gleichzeitig ihren Kundenkreis zu erweitern.

Als ein Uebergreifen in andere Branchen ist es schliesslich anzusehen, wenn der Kolonialwaaren-Kleinhändler den Vertrieb von Delikatessen, Bier, Selterswasser, selbst Messern, Bürsten, Holzwaaren und ähnlichen Artikeln übernimmt, die ganz ausserhalb des Bereiches seiner Branche liegen.

Auf die ungünstige wirthschaftliche Lage des Kolonialwaaren-Detailhandels ist es endlich zurückzuführen, wenn es an entsprechendem Nachwuchs zu fehlen beginnt.

Allgemein wird seitens der Inhaber von Kolonialwaaren-Detailgeschäften darüber Klage geführt, dass es alljährlich für sie schwieriger werde, Lehrlinge mit einer befriedigenden Schulbildung zu finden und für die selbständig gewordenen oder in andere Branchen übergetretenen Gehilfen Ersatz zu schaffen.

Dass diese Klagen nicht unbegründet sind, lehrt ein Blick in den Inseratentheil der Tages- und Fachzeitungen, in welchem stets eine grössere Anzahl von Lehrstellen der in Rede stehenden Art unter den günstigsten Bedingungen ausgeschrieben werden.

Um überhaupt nur einen Lehrling zu erhalten, sind die Inhaber von Kolonialwaarengeschäften vielfach genöthigt, selbst solche Lehrlinge anzunehmen, die nicht einmal über die elementarsten Kenntnisse verfügen und ohne jegliche Befähigung für den Kaufmannsberuf sind.

Unter den 52 Lehrlingen der Kolonialwaaren-Detailbranche, welche zu Anfang des Jahres 1901 die kaufmännische Fortbildungsschule zu Braunschweig besuchten, hatten nur 7 die oberen Klassen höherer Lehranstalten besucht; 11 dagegen hatten nur Dorfschulbildung; 24 dagegen hatten nur Bürgerschulbildung genossen. Die übrigen 10 waren aus den niederen Klassen höherer Lehranstalten bzw. Privatschulen abgegangen.

k) Wird das Hilfspersonal geringer als in anderen Branchen gelohnt?

Eine Anzahl von Stichproben, die zur Feststellung dieser Frage gemacht sind, haben ergeben, dass die im Kolonialwaaren-Detailhandel beschäftigten Handlungsgehilfen bis zu einem Alter von 20 bis 22 Jahren in Braunschweig im Allgemeinen nicht schlechter bezahlt werden, als die gleichaltrigen Handlungsgehilfen anderer Branchen.

Die Gehälter betragen je nach der Tüchtigkeit und dem Alter der Gehilfen (exclusive Wohnung und Unterhalt)

pro Monat 30 bis 60 Mk.,

und steigen in vereinzelt Fällen auch wohl auf 65 bis 75 Mk. pro Monat.

Kost und Wohnung, die zwar bei der Steuereinschätzung nur mit 400 Mk. pro anno berechnet werden, sind mit ca. 500 Mk. nicht zu hoch in Ansatz gebracht. Das Gehalt würde sich demnach auf etwa 1200 Mk. pro anno stellen und damit den in anderen Branchen den jüngeren Kommis gewährten Gehältern gleichkommen.

Während aber in den übrigen Kleinhandelszweigen die Gehälter mit dem zunehmenden Alter steigen, in der Manufakturwaarenbranche z. B. auf 2400 bis 3000 Mk., in dem Kurzwaarenhandel auf 2400 bis 2700 Mk., wird in der Kolonialwaarenbranche nur in Ausnahmefällen ein über 1200 bis 1500 Mk. (incl. Wohnung und Unterhalt) hinausgehendes Salair bezahlt.

Die Folge davon ist, dass sich die Handlungsgehilfen nach Erreichung eines Alters von 22 bis 24 Jahren anderen Handelszweigen zuwenden oder aber sich selbständig machen. Ferner sind die Gehilfen der Kolonialwaarenhändler gegenüber dem Hilfspersonal anderer Branchen dadurch ungünstiger gestellt, dass sie durchweg eine erheblich längere Arbeitszeit haben. Gleichzeitig sind sie genöthigt, bei ihrem Prinzipal Wohnung und Unterhalt zu nehmen, während andere Branchen in dieser Beziehung eine grössere Freiheit haben.

Die Ergebnisse des ersten Theiles unserer Erhebungen lassen danach wohl einen Zweifel, dass die Lage der von berufsmässig vorgebildeten Kaufleuten geleiteten

Kolonialwaarengeschäfte wenigstens in den Städten eine äusserst schwierige ist, nicht zu.

Von den städtischen Verhältnissen des Kolonialwaarenhandels dagegen weichen bezüglich des Kolonialwaaren-Detailhandels die ländlichen Verhältnisse vielfach insofern ab, als die Zahl der Geschäfte, welche von einem kaufmännisch vorgebildeten Inhaber geleitet werden, eine verschwindende ist im Vergleich zu denjenigen Geschäften, die im Nebenbetriebe eines anderen Gewerbes geführt werden. Bei den diesbezüglichen Erhebungen ergab sich, dass auch die Lage dieser Geschäfte im Laufe der Jahre erheblich zurückgegangen ist. Einer eingehenderen Untersuchung sind diese Verhältnisse nicht unterzogen, da Gegenstand der vorliegenden Enquete nur diejenigen Geschäfte bilden sollen, welche fachgemäss, d. h. von einem beruflich vorgebildeten Inhaber geleitet werden.

II. Auf welche Ursachen ist der Rückgang in der Lage der Kolonialwaarengeschäfte zurückzuführen?

Vorbemerkung. Der Rückgang in der Lage der Kolonialwaarengeschäfte ist keineswegs in einem verminderten Konsumtionsbedürfniss zu suchen, vielmehr ist der Verbrauch gerade an den hauptsächlichsten Artikeln des Kolonialwaarenhandels fortgesetzt gestiegen. So betrug der Jahresverbrauch pro Kopf der Bevölkerung im deutschen Zollgebiet (in kg):

	von 1871—1875	1881—1885	1891—1895	1899
bei Kaffee	2,27	2,44	2,41	2,81
» Zucker	6,45	7,8	9,94	12,04
» Kakao (in Bohnen)	0,05	0,06	0,16	0,31
» Thee	0,02	0,03	0,05	0,05
» Reis	1,55	1,81	2,49	2,58
» Gewürzen (ausländischen)	0,10	0,12	0,15	0,17
» Petroleum	3,75	8,54	14,82	17,09
» Südfrüchten (getrocknete u. frische)	0,57	0,75	1,39	2,09
» Heringen	2,50	3,01	3,74	2,97

Zu diesen seit Langem gehandelten Waaren sind im Laufe der letzten Jahre eine Reihe neuer Artikel, wie Konserven, Fleischextrakt u. s. w. getreten, deren Vertrieb von den Kolonialwaarenhändlern übernommen ist.

A. Inwieweit ist der geringe Umsatz zurückzuführen:

1. Auf die gesteigerte Konkurrenz:

a) innerhalb der Branche

α. der normalen Geschäfte.

Soweit die Konkurrenz der gleichartigen Geschäfte in Frage kommt, ist der Rückgang des Umsatzes zurückzuführen zunächst auf die Entwicklung einiger Geschäfte zu Grossbetrieben, die zusammen bezüglich ihres Detailumsatzes gegenwärtig etwa 15 mittleren Geschäften gleichkommen dürften, ferner auf die Einrichtung grösserer Kaffeeröstereien seitens einzelner Firmen. Der Ausdehnung einiger weniger Geschäfte steht indessen eine relative und absolute Abnahme der Gesamtzahl gegenüber, so dass von einer Verschärfung der Konkurrenz seitens der normalen Geschäfte kaum die Rede sein kann.

β. der anormalen Geschäfte.

Ob und inwieweit der geringe Umsatz auf die Konkurrenz der anormalen, d. h. der Zweig- und Zwittergeschäfte und der Zuckerhandlungen zurückzuführen ist, lässt sich daraus ermassen, dass die Zahl der von Nichtfachleuten geleiteten Kolonialwaarengeschäfte in der Zeit von 1887,

wo ihre Zahl 48 betrug, bis 1901 auf 182 gestiegen ist, während sich die Hökerhandlungen in demselben Zeitraume von 456 auf 622, also um 176 vermehrt haben.

γ. der Specialgeschäfte.

In gleicher Weise haben durch ihre starke Vermehrung die Specialgeschäfte den fachmännisch geleiteten Kolonialwaarengeschäften bezüglich ihres Umsatzes Abbruch gethan.

So haben sich seit 1887 vermehrt

die Drogenhandlungen	um ca. 81 $\frac{9}{10}$,
die Delikatessenhandlungen	» » 114 $\frac{9}{10}$,
die Butterhandlungen	beinahe um das Sechsfache,
die Kaffeehandlungen	seit 1890 um das Dreifache.

Bezüglich der Kaffeespecialgeschäfte ist darauf hinzuweisen, dass sie auch einzelne Nebenartikel, wie Zucker u. s. w., zum Selbstkostenpreise abgeben, um dadurch Kunden zur Abnahme des Hauptartikels heranzuziehen.

b) Durch das Dazwischentreten anderer Faktoren:

α. der Konsumvereine,	} Vergl. die diesbezüglichen Untersuchungen. ¹⁾
β. der Waarenhäuser.	

Inwieweit

γ. direkter Bezug,

δ. Detailreisen,

ε. direkter Verkehr des Grossisten mit der Privatkundschaft,

ζ. Hausirbetrieb

bei dem Rückgange des Umsatzes der fachmännisch geleiteten Geschäfte mitwirken, entzieht sich jeglicher Feststellung. Der direkte Bezug erstreckt sich nach den Angaben der Interessenten namentlich auf Kaffee, Thee, Cigarren, Wein, Spirituosen und im Winter auch auf Butter. Die Konkurrenz der übrigen genannten Faktoren wird als »empfindlich« nicht bezeichnet.

2. Auf das Selbstverschulden der Inhaber.

Der Rückgang des Umsatzes der normalen Geschäfte ist in letzter Linie insofern auf das Selbstverschulden der Inhaber zurückzuführen, als dieselben aus Mangel an Beweglichkeit und kaufmännischer Einsicht sich den veränderten Zeitverhältnissen nicht anzupassen gewusst haben und zu sehr an der überkommenen Betriebsform des Kleinhandels festhalten. Manche Geschäfte kränken überdies nachweislich an der ungenügenden Warenkenntniss, sowie an dem unzulänglichen Betriebskapital ihrer Inhaber.

¹⁾ Kolonialwaaren-Kleinhandel und Konsumvereine. Herausgegeben von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

B. Inwieweit ist der geringere Ertrag (Geschäftsgewinn) zurückzuführen:

1. auf die Konkurrenz der zu A 1 genannten Faktoren?

Durch ihre geringeren Unkosten, die namentlich in der Ersparnis an Miethe durch die Erzielung eines grösseren Umsatzes in denselben Geschäftsräumen, an Beleuchtungs- und Reinigungskosten, sowie in der besseren Ausnutzung der Arbeitskräfte und Grosseinkauf bestehen, sind die Grossbetriebe und die Konsumvereine in den Stand gesetzt, die Waaren zu einem billigeren Preise abgeben zu können. Beispielsweise erzielt der Allgemeine Konsumverein durchschnittlich in jeder seiner 10 Verkaufsstellen einen Umsatz in Kolonialwaaren von ca. 120000 Mk., d. h. ebenso viel als vier mittlere Kolonialwaarengeschäfte. Setzt man als Miethe 1000 Mk. an, so ergibt sich für den Konsumverein allein darin eine Ersparnis von ca. 3000 Mk., die ihn in den Stand setzt, die Waare $2,5\frac{1}{10}\%$ billiger abzugeben. Naturgemäss kommt diese Ersparnis bei dem Konsumverein entweder in den Waarenpreisen oder in der Dividende zum Ausdruck. Will sich der Händler der Gefahr, seinen Umsatz noch weiter zu verringern, nicht aussetzen, so ist er genöthigt, gleichfalls mit seinen Preisen herabzugehen, allerdings auf Kosten seines Einkommens.

2. auf die erleichterte Selbstdeckung durch den Käufer?

Die erleichterte Selbstdeckung durch den Käufer trägt insofern zu einer Herabminderung des Geschäftsgewinnes bei, als der Händler genöthigt ist, seine Waarenpreise zwar denjenigen der Versandgeschäfte anzupassen, während an die Qualität seiner vorher von dem Käufer besichtigten Waare erheblich höhere Ansprüche gestellt werden.

3. auf die Steigerung der Betriebskosten, und zwar

a) bei der Anlage und Einrichtung.

In dieser Beziehung kommen zunächst in Betracht die erheblich höheren Aufwendungen, die im Vergleich zu früher für Ladeneinrichtung zu machen sind. Nach den Angaben von Sachverständigen betragen die Ausgaben bei den erhöhten Ansprüchen der Kundschaft für die Einrichtung eines Ladens das Doppelte von dem, was sie früher kostete.

Beliefen sich beispielsweise die Kosten einer Ladeneinrichtung vor 20 bis 25 Jahren auf 1500 bis 2000 Mk., so soll gegenwärtig eine ähnliche, jedoch den heutigen Anforderungen entsprechende Einrichtung einen Anschaffungswerth von 3000 bis 4000 Mk. haben.

b) bei der Betriebsführung des Geschäftes.

Bei der Betriebsführung sind namentlich die höheren Gehälter und Ausgaben für das Hilfspersonal in Betracht zu ziehen.

Nach den angestellten Ermittlungen beträgt diese Erhöhung seit 1880 im Durchschnitt $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ des 1880 gezahlten Salairs, beispielsweise also bei einem früheren Gehalt von 1000 Mk. 250 bis 330 Mk. pro Jahr. (Die Erhöhung bezieht sich auf die gesammte Lebenshaltung des Hilfspersonals.) Nicht in Betracht gezogen ist hierbei die socialpolitische Belastung (Beitrag

zur Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung), die für jeden Handlungsgehilfen etwa durchschnittlich 18 Mk. pro Jahr ausmacht.

Der Verlust, der durch die Schaustellung der Waaren in den Schaufenstern entsteht, ist rechnerisch nicht darzustellen, wird aber gleichfalls berücksichtigt werden müssen.

Eine weitere, früher unbekannte Ausgabe verursacht das Halten eines Hausknechtes oder Laufburschens zum Austragen der gekauften Waaren. Die Ausgabe für eine derartige Arbeitskraft ist auf ca. 500 bis 700 Mk. durchschnittlich zu veranschlagen.

4. auf das Selbstverschulden der Inhaber?

Den Mehrkosten gegenüber, den die Betriebsführung eines Kolonialwaarengeschäftes heute verursacht, lässt es der Inhaber eines solchen Geschäftes an dem Bestreben fehlen, auf anderem Gebiete Ersparnisse zu erzielen.

Mangel an Geschäftskennntniss und Beweglichkeit sind die Ursache, dass er sein Geschäft an der einmal gewählten Lage weiter zu führen sucht, selbst wenn diese Lage für den Betrieb des Geschäftes völlig ungeeignet geworden ist.

Welche Mittel können nun zur Abhilfe dieser schwierigen Lage des Kolonialwaaren-Kleinhandels in Vorschlag gebracht werden?

Es werden genannt: Bessere Vorbildung des Nachwuchses in Theorie und Praxis, Einführung von fakultativen Lehrlingsprüfungen nach beendeter Lehrzeit, Waareneinkaufsgenossenschaften, Bekämpfung der Schleuderkonkurrenz, Rabatt bei Baarzählung, Befähigungsnachweis, Verpflichtung der Höker zur Buchführung und besondere Steuern für den Hökerbetrieb.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Gutachten.

Die Handelskammer hat auf Ersuchen des hiesigen Herzöglichen Amtsgerichts in einer Prozesssache sich dahin geäußert, dass bei Ausführung von Lohnarbeiten im Tagelohn in der Vergütung für Verleihung der Geräte, die Vergütung für Fahren und Aufladen derselben im Allgemeinen nicht mit einbegriffen seien.

Frachtermässigung auf Musterkoffer für reisende Kaufleute.

Die Handelskammer hat die Eingabe des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands zu Leipzig an das Königlich Preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten um Ermässigung der Fracht auf Musterkoffer für reisende Kaufleute auf 50 Prozent befürwortet.

Telephonische Verbindung mit Rheinland-Westfalen.

Die Handelskammer hat das Reichspostamt nochmals um die Einrichtung des Fernsprechverkehrs zwischen Braunschweig und den Industriegebieten Rheinlands und Westfalens ersucht.

Zollbehandlung von Postpaketen im Auslande bei Nach- und Rücksendung.

Die hiesige Handelskammer hatte bekanntlich einen Antrag der Handelskammer zu Barmen um einheitliche Behandlung der auf den Sendungen haftenden Zoll- und sonstigen, nicht postmässigen Gebühren bei der Nach- und Rücksendung von Postpaketen nach einem anderen Lande oder dem Aufgabelande unterstützt. Nach der an die Handelskammer Barmen ertheilten Antwort des Staatssekretärs des Reichspostamts unterliegt die Zollbehandlung der Postsendungen, wie in Deutschland, so auch im Auslande, der inneren Zoll- und Finanzgesetzgebung der einzelnen Länder. Die Vorschriften über die Niederschlagung oder Anrechnung der Zollgebühren und sonstigen Zolllkosten bei der Rück- und Nachsendung von Paketen können daher nicht durch ein Uebereinkommen zwischen den Postverwaltungen selbständig festgesetzt werden. Die Frage selbst ist bereits auf mehreren internationalen Kongressen erörtert worden, und man hat eine allgemeine Regelung als wünschenswerth bezeichnet. Wenn der wiederholt ausgesprochene Wunsch trotzdem noch nicht durchweg Erfüllung gefunden habe, so liegt dies in der Hauptsache an den Schwierigkeiten, die sich der Umgestaltung der zur Zeit maassgebenden Zoll- und Finanzgesetzgebung in den betreffenden Ländern entgegenstellen.

Aehnlich wie hinsichtlich der eigentlichen Zollbeträge liegen die Verhältnisse bei den Nebenkosten, die bei der Rück- oder Nachsendung der Postpakete angerechnet werden. Auch wegen Beseitigung dieser Gebühren haben sowohl auf den Postkongressen wie im Wege der Verhandlungen Aussprachen mit einzelnen Ländern stattgefunden, die erfolglos waren, weil diese Gebühren meist von fremden Postverwaltungen verauslagte Beträge darstellen, deren Erstattung durch die Zollverwaltungen nach den gesetzlichen Vorschriften der betreffenden Länder nicht zulässig ist.

Die Reichs-Postverwaltung wird jedoch, wie bisher, die Gelegenheit dauernd im Auge behalten und bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Beseitigung der noch bestehenden Ausnahmen hinzuwirken suchen.

Schuldverschreibungen des Kreiskommunalverbandes Braunschweig.

Nach einer Mittheilung der hiesigen Kaiserlichen Reichsbankstelle sind die $3\frac{1}{2}$ prozentigen Schuldverschreibungen des Kreiskommunalverbandes Braunschweig von 1900 zur Belcuhung im Lombardverkehr der Reichsbank in erster Klasse zugelassen.

Aenderung der Postordnung vom 20. März 1900.

Vom 1. Januar d. J. müssen die für Briefe mit Zustellungsurkunde zu erhebenden Beträge, und zwar:

- a) das gewöhnliche Briefporto,
 - b) eine Zustellungsgebühr von 20 Pfg. und
 - c) das Porto von 10 Pfg. für die Rücksendung der Zustellungsurkunde (nur im Fern-, nicht im Ortsverkehre),
- sämmtlich entweder vom Absender sogleich bei der Einlieferung, oder vom Empfänger bei der Aushändigung der Briefe entrichtet werden. Kann die Zustellung nicht ausgeführt werden, so ist bei unfrankirten Briefen nur das Porto zu a) zu entrichten, während bei frankirten Briefen der zu b) und c) vorausbezahlte Betrag erstattet wird. Demnach sind bei frankirten Briefen mit Zustellungsurkunden die gesammten zur Erhebung kommenden Gebühren in Briefmarken auf der Aufschriftsseite des Briefumschlages zu verrechnen. Unzureichend frankirte Briefe mit Zustellungsurkunde werden an den Absender zur Ergänzung des Frankos zurückgegeben.

Die Erstattung des für die Zustellung und Rückbeförderung der Urkunde vorweg entrichteten Theilbetrages des Frankos an den Absender findet bei unbestellbar hierher zurückgelangten Briefen gegen Quittung durch die bestellenden Boten oder durch die Postausgabestelle beim hiesigen Hauptpostamte, je nachdem der Absender des Briefes mit Zustellungsurkunde seine Postsendungen sich durch Briefträger überbringen oder von der Post abholen lässt, statt.

Auskunfts-bureau für Gewerbe und Handel in Norwegen.

Nach einer Mittheilung des Königlich Schwedischen und Norwegischen Generalkonsulats in Berlin ist in diesem Jahre ein Auskunfts-bureau für Gewerbe und Handel in Norwegen gegründet worden. Dieses Bureau, dessen officieller Name »Norges Oplysningskontor for Næringsreie« ist, hat seinen Sitz in Christiania und wird von dem Norwegischen Staate subventionirt. Sein wesentlicher Zweck ist, den norwegischen Industriellen mit Auskünften darüber zu dienen, wo neue Absatzgebiete für norwegische Erzeugnisse zu erwarten sind, ferner Informationen zu geben über Zoll-, Fracht-, Verkehrs- und Kreditverhältnisse, sowie über Schiffsabgaben, Hafenverhältnisse, Konsulatsgebühren, Ursprungs-

zeugnisse, Ausstattung und Verpackung von Waaren etc., schliesslich auch darüber, wo und in welcher Weise Norwegen seine Bedürfnisse am besten decken kann. Als eine wichtige Aufgabe des erwähnten Bureaus gilt auch, ausländische Geschäftsleute über den norwegischen Export zu informiren.

Ursprungsbezeichnung für nach Port Natal einzuführende Waaren.

Da deutsche Lieferanten es öfter unterlassen, ihre nach Port Natal einzuführenden Waaren mit der vorgeschriebenen Ursprungsbezeichnung (Made in Germany) zu versehen, ist kürzlich aus diesem Grunde eine Sendung deutscher Cigarren von der Zollbehörde in Port Natal beschlagnahmt worden.

Wir machen hierdurch auf die durch erwähnte Versäumniss entstehenden Schwierigkeiten aufmerksam.

Aus dem Bezirke.

Fernsprechverkehr.

Der Fernsprechverkehr zwischen Naunhof und Braunschweig ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 1 Mk.
(Br. Anz.)

Der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Büren (Westf.), Halle (Westf.) und Werther (Westf.) andererseits ist eröffnet. Die Sprechgebühr beträgt nach allen drei Orten 1 Mk.
(Br. Anz.)

Der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig und Wegeleben ist eröffnet. Die Sprechgebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg.
(Br. Anz.)

Reichsbanknebenstelle.

Am 1. Februar d. J. wird in Cöthen (Anhalt) eine von der Reichsbankstelle in Halle a. S. abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet werden.

Kaufmännisches Lehrlingsheim.

Am 5. Januar 1902 feierte das Kaufmännische Lehrlingsheim seine diesjährige Weihnachtsfeier, welche zum ersten Male in den neuen Vereinsräumen bei Balhorn stattfand. Zu diesem Zwecke

war der Saal durch einige Mitglieder festlich geschmückt, und sowohl die schöne Dekoration, als auch der im Hintergrunde befindliche prachtvolle Tannenbaum gaben dem Ganzen die rechte Weihnachtsstimmung, und so war denn Alles bereit, unsere Gäste zu empfangen, welche sich auch sehr zahlreich einfanden und aus dem Vorstände des Kaufmännischen Lehrlingsheims, einigen Herren von der Handelskammer, aus Lehrherren und Angehörigen der Mitglieder, sowie Freunden der Sache zusammensetzten.

Pünktlich um 4 $\frac{1}{4}$ Uhr begannen die Vorführungen, welche durch ein vom Mitgliede Ed. Weber unter Harmoniumbegleitung von Herrn Mügge vorgetragenes Melodrama: »Die Weihnachtsfee« von Tschirch eröffnet wurden. Es folgten nun zwei von Fr. Mügge vorgetragene Lieder: »Spirito santo« von Löwe und »Nachtgesang« von F. Abt, welche grossen Beifall erzielten. Nachdem unser Mitglied P. Schacht I noch zwei plattdeutsche Gedichte von Fr. Reuter vorzüglich vorgetragen hatte, kam das Hauptstück unseres diesjährigen Programms, die 9. und 10. Scene des 3. Aktes aus »Don Carlos« (König Philipp: Mitglied Achilles, Marquis Posa: Mitglied Weber) zur Aufführung. Der Vortrag wurde in allen Theilen gut durchgeführt, namentlich fesselte Weber die Zuhörer durch sein geist- und gefühlvolles Spiel. Jetzt folgten zunächst wieder zwei durch Mitglied Schnäcker vorgetragene plattdeutsche Gedichte, und auf diese das Keulenschwingen, meisterhaft ausgeführt durch Weber und Schacht, unter Klavierbegleitung von Herrn Mügge, der nunmehr als Hilfskraft in die Leitung eingetreten ist.

In der nun folgenden Pause nahm Herr Sander das Wort und begrüßte die so überaus zahlreich erschienenen Gäste. Zugleich gab Herr Sander einen Rückblick auf die Geschichte des Kaufmännischen Lehrlingsheims, ging dann näher auf die Zwecke und Ziele desselben ein und schloss mit dem Wunsche, dass das Kaufmännische Lehrlingsheim stets eine Pflanzstätte tüchtiger Charakterbildung sein und bleiben möge, denn die Stellung des deutschen Kaufmanns erfordere nicht nur grosse fachmännische Tüchtigkeit, sondern auch, wie die letzte Zeit besonders gelehrt habe, vor Allem eine feste sittliche Grundlage im Denken und Handeln.

Nachdem jetzt noch zwei plattdeutsche Gedichte durch Mitglied Elster vorgetragen waren, wurde der Schwank »Der verständige Ortsvorsteher« gespielt, welcher einen grossen Heiterkeitserfolg erzielte.

Jetzt fand die Weihnachtsverloosung statt, in welcher jedes Mitglied einen kleinen, praktischen Gegenstand erhielt. Herr Sander hielt darauf eine Ansprache und vertheilte im Anschluss daran einige Bücherprämien, und zwar erhielten als Prämie zur Erinnerung und Anerkennung für Tüchtigkeit und Strebsamkeit im Kaufmännischen Lehrlingsheim:

1. Mitglied Ed. Weber: Hungerpastor von W. Raabe;
2. " K. Eilert: Thibaut, Deutsch-franz. Wörterbuch;
3. " M. Näsemann: Schiebe-Odermann, Buchhaltung;
4. " R. Achilles: Lessings Werke, 6 Theile in 3 Bänden
(Knaur'sche Ausgabe);
5. " P. Schacht I: Regenhart: Die deutschen Mund-
arten: Niederdeutsch und die vom Kunstwart
herausgegebene »Böcklin-Mappe«;
6. " H. Schnäcker: Stadtjunker von Braunschweig
von Carlsen.

Eine lobende Erwähnung und das Werk von H. Jahn: Aus Deutschlands grossen Tagen, erhielt Mitglied Wehrsen.

Zum Schluss wurden noch einige bei der Verloosung übrig gebliebene Gegenstände amerikanisch versteigert, worauf sich die Mitglieder in das untere Zimmer begaben, wo der Vorstand für sie hatte decken lassen.

Nach dem Essen begab man sich wieder in den oberen Saal, wo nun bald die Gemüthlichkeit zu ihrem Rechte kam. Zunächst wurden noch folgende vom Nachmittagsprogramm abgesetzte Stücke vorgetragen: »Der Knoten«, humoristisches Solostück (Mitglied Wehrsen), Deklamation von: »Mignon und Erbkönig« (Mitglied Weber) und ein Geigenvortrag (Mitglieder Alfeld und Pramme).

Hierauf nahm Mitglied Ed. Weber das Wort und dankte im Namen der mit einer Prämie bedachten Mitglieder dem Vorstand und besonders Herrn Sander für die ihnen gewordene Auszeichnung. Herr Regierungsassessor Bartels rühmte die ausgezeichneten Vorführungen und die Verdienste des Herrn Sander um das Kaufmännische Lehrlingsheim und liess seine Rede in ein Hoch auf denselben ausklingen. Herr Generalsekretär F. Stegemann, Vorsitzender des Vorstandes, gedachte der anerkennenden Worte, welche der Herr Minister Hartweg anlässlich seines Besuches im letzten Jahre über das Heim geäussert, und der Wünsche, welche derselbe zum heutigen Tage für die gedeihliche Entwicklung der Einrichtung schriftlich ausgedrückt habe. Herr Stegemann lobte die Haltung der Mitglieder, worauf Herr Sander der Harmonie zwischen Vorstand, Kaufmannschaft, Leitung und den Mitgliedern gedachte und ein Hoch auf den Vorstand des Kaufmännischen Lehrlingsheims ausbrachte, während Weber auf die Gäste toastete.

Es wurde an dem Abend noch manches fröhliche Lied gesungen, und erst in später Abendstunde fand diese schöne Feier, welche wohl Allen in bester Erinnerung bleiben wird, ihren Abschluss.

M. Näsemann,
I. Schriftführer des Kaufmännischen Lehrlingsheims.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(November.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Das Wetter war in diesem Monate zur Fabrikation von Dauerwaare im Allgemeinen nicht günstig. Die enorm hohen Preise, welche schon seit Hochsommer für fette Schweine gezahlt werden mussten, haben auch einen Rückgang im Konsum zur Folge gehabt; denn es wurden im Vorjahre im November im hiesigen Schlachthause bei acht Schlachttagen 6521 Schweine geschlachtet, während in diesem Jahre bei neun Schlachttagen nur 6122 geschlachtet wurden, was einen Rückgang von ca. 800 bis 900 Stück bedeutet.

Speck und Schmalz wurden sehr gefragt, und ist dies eigentlich als Vortheil im Vergleich zu den früheren Jahren zu verzeichnen, wo diese Artikel zumeist unter dem Selbstkostenpreise verkauft werden mussten.

Leider sind vorläufig gar keine Aussichten vorhanden, dass die Preise für fette Schweine, namentlich aber für solche, die zur Fabrikation von Dauerwaare erforderlich sind, zurückgehen, und wird in Folge dessen lange nicht so viel Dauerwaare auf Lager kommen, als in früheren Jahren.

C. Fr. Behrens.

Handelsregister.

(Januar.)

1. Neueintragungen.

1. Fritz Duderstadt, Lotterie-Kollekte, Braunschweig. Inhaber: Lotterie-Kollekteur Fritz Duderstadt.
2. Robert Könnecke, Kohlen-Grosshandlung und Agentur für Bergwerks- und Hüttenprodukte, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Robert Könnecke.
3. Friedrich Zenkel, Gold- und Silberwaarengeschäft, Schöningen. Inhaber: Juwelier Friedrich Zenkel.
4. Wilhelm Vogel, Herrengarderobe, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Vogel.
5. Hinrich Pohndorff, Manufaktur-, Material-, Kurzwaaren- und Eisen-Handlung, Bahrdorf. Inhaber: Kaufmann Jürgen Hinrich Pohndorff.
6. Rosamunde Kremser, Braunschweig. Inhaberin: Ehefrau des Eisenbahnkanzlisten Eduard Kremser, Rosamunde geb. Hering, hierselbst.
7. J. Wettstein, Riddagshausen. Inhaber: Kaufmann Julius Wettstein in Riddagshausen.
8. Emil August Bruncke, Wurstfabrik, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Emil August Bruncke.
9. Louis Freise, Lederhandlung und Schäftefabrik, Braunschweig. Inhaber: Lederhändler Louis Freise.
10. Albert Hampe (Leinen- und Aussteuergeschäft) Helmstedt. Inhaberin: Wittwe des Färbermeisters und Kaufmanns Albert Hampe, Minna geb. Heineburg.
11. Braunschweiger Granit- und Marmorwerke Otto Oelze, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Otto Oelze.
12. Louis Freise Nachf., Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Fritz Pieper.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Tarnowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau- und Eisenhüttenbetrieb, Braunschweig. Der Direktor Johann Claus hierselbst ist aus dem Vorstände ausgeschieden, der Obergeringenieur Richard Steinmeyer dagegen in den Vorstand eingetreten.
2. Richard Michelmann, Harlingerode. Das Handelsgeschäft ist durch Kauf auf den Kaufmann Willy Rose zu Harlingerode übergegangen, welcher das Waarenlager, die Aussenstände und von den Geschäftsschulden den Betrag von 10500 Mk. übernommen hat.
3. Grimme, Natalis & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Braunschweig. Das Grundkapital ist von 969 000 Mk. auf 868 000 Mk. herabgesetzt und ist der § 6 der Statuten abgeändert.
4. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktien-Gesellschaft, Braunschweig. Der stellvertretende Direktor, Ingenieur Rudolf Beyer hierselbst ist mit 30. November 1901 aus dem Vorstände geschieden.
5. Fritz Duderstadt, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Lotteric-Kollekteur Fritz Duderstadt hierselbst, seit dem 13. Dezember 1901 an den Kaufmann Wilhelm Duderstadt hierselbst, abgetreten.
6. Conrad Trumpff zu Blankenburg a. H. Dem Kaufmann Wilhelm Heinzerling zu Blankenburg a. H., ist neben den bisherigen Prokuristen, den Kaufleuten Jacob Schaffner und Richard Rabel daselbst, in der Weise Gesamtprokura erteilt, dass er in Gemeinschaft mit einem derselben zur Zeichnung und Vertretung der Firma ermächtigt ist.
7. Grimme, Natalis & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Braunschweig. Die §§ 1, 9, 15, 16, 17, 26, 33 und 38 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt, ferner ist der Kaufmann Arthur Müller hierselbst als persönlich haftender Gesellschafter in die Kommanditgesellschaft gewählt.
8. Quensell & Spannuth, Braunschweig. Eine Zweigniederlassung ist in Magdeburg errichtet.
9. August Salomon, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Lotteric-Haupt-Kollekteurs August Salomon, auf dessen Wittve und alleinige Erbin, Mathilde geb. Peters hierselbst, übergegangen, welche dasselbe in unveränderter Weise auf alleinige Rechnung fortsetzt.
10. Braunschweigische Landeseisenbahn-Gesellschaft, Braunschweig. Das Grundkapital ist um 1 350 000 Mk. erhöht.
11. Otto Kramer & Co., Bündheim. Die Firma hat den Zusatz erhalten: Inhaber: Hans B. Fedde. Das Handelsgeschäft ist mit Firma und sämtlichen Waarenvorräthen, jedoch ohne Aussenstände und ohne Geschäftsschulden an den Kaufmann Hans B. Fedde zu Bündheim veräußert.
12. Camin & Oelze, Braunschweig. Für das Handelsgeschäft hat der Inhaber desselben, Kaufmann Otto Oelze hierselbst, die neue Firma »Braunschweiger Granit- und Marmorwerke Otto Oelze« angenommen.
13. Louis Freise, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva auf den Kaufmann Fritz Pieper hierselbst übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma »Louis Freise, Nachf.« angenommen hat.

3. Löschungen.

1. H. C. Deike, Getreide- und Spiritusgeschäft, Hohnstedt.
2. Neue Glashütte Holzbinden, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (in Liquidation).
3. Müller & Co., Wolfenbüttel.
4. Emma von Jablonowska (Tapissierwaarengeschäft), Blankenburg a. H.
5. Carl Eisenhuth, Blankenburg a. H.
6. Camin & Oelze, Braunschweig.
7. Louis Freise, Braunschweig.
8. Carl Wehmann, Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Hans Voigtländer, Dampfziegelei, Hessen. Ehefrau des Inhabers, Margarethe Voigtländer geb. Reinecke.
2. Rosamunde Kremser, Braunschweig. Dem Eisenbahnkassistenten a. D. Eduard Kremser.
3. Carl Lippold, Braunschweig. Dem Kaufmann Georg Fickler.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Lauinger Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Lauringen, Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Hermann Eicke, Halbspänner Wilhelm Ringe, Halbspänner Heinr. Ottmer, Grosskothsass Heinr. Kirchhoff, Fleischmeister Andreas Neisecke.
2. Molkerei-Genossenschaft Delligsen, Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Delligsen. Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern: Ludwig Wiegeling, Ludwig Weyberg und Heinrich Binnewies in Delligsen. Die Zeichnung der Genossenschaft geschieht durch zwei Vorstandsmitglieder in der Weise, dass die Zeichnenden zu der Firma ihre Namensunterschrift hinzufügen. Der Geschäftsantheil der Genossen beträgt für jede gezeichnete Kuh 10 Mk., desgleichen auch die Haftsumme.

2. Abänderungen.

1. Konsumverein Ottenstein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Der Geschäftsantheil ist von 30 Mk. auf 15 Mk. herabgesetzt, die Genossen dürfen auf mehrere, höchstens jedoch zwei, Geschäftsantheile theilhaftig werden.
2. Beamten-Haushalts-Verein Braunschweig, E. G. m. b. H. Der § 71 des Genossenschaftsstatuts ist abgeändert resp. ergänzt.
3. Konsum-Verein Süplingen, Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Die Bekanntmachungen erfolgen im Helmstedter Kreisblatt.
4. Allgemeiner Konsum-Verein zu Braunschweig, E. G. m. b. H. Die §§ 1, 4, 5, 11, 15, 16, 17, 19, 28, 35, 38, 39, 49, 50, 51, 52, 53, 60, 61, 62, 63, 64, 73, 75, 81 und 82 des Genossenschaftsstatuts sind durch Beschluss der Generalversammlungen vom 26. September, 12. Oktober und 30. November 1901 abgeändert resp. ergänzt.
5. Molkerei Vorsfelde, Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Steffens ist der Landwirth Wilhelm Fricke daselbst seitens des Aufsichtsraths zum Stellvertreter des Ersteren bestellt.
6. Hordorfer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung. Der Halbspänner Heinrich Henkel in Hordorf ist in Folge Ablebens aus dem Vorstande ausgeschieden. An dessen Stelle ist in der Generalversammlung vom 29. September 1901 der Kothsass Heinrich Janze in Hordorf als Vorstandsmitglied gewählt.

Musterregister.

1. Wiedaer Hütte, Eisengusswaaren-Aktiengesellschaft in Wieda, 29. November 1901, Nachmittags 4 Uhr, 2 Lichtdruckbilder, offen, Muster für Regulir-Cirkulir-Oefen mit den Fabriknummern: 227 ohne Kochröhre, 227 mit Kochröhre, 229 ohne Kochröhre, 229 mit Kochröhre, Muster für plastische Erzeugnisse, Schutzfrist 10 Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Jacob Schmitt, Drogist, Helmstedt, 30. November 1901.
2. Adolf Dammeyer, Böttichermeister, Braunschweig. 5. Dezember 1901.
3. Robert Vietsch, Hutfabrikant, Wolfenbüttel. 5. Dezember 1901.
4. Dr. phil. Paul Degener, Apothekenbesitzer, Braunschweig. 6. Dezember 1901.
5. Carl Richard Wagener, Cigarrenhändler, Braunschweig, Bohlweg 61. 14. Dezember 1901.
6. Erich Richter (i. F. Alb. Kelle Nachf.), Kaufmann, Braunschweig. 17. Dezember 1901.
7. Sophie Weinberg geb. Wolff (i. F. S. Weinberg), Hannover. 28. November 1901.

2. Aufhebungen.

1. Siegmund Schweitzer, Braunschweig.
2. Ehefrau des Kaufmanns Max Töpfer, Ida geb. Comfart; i. F. Ida Töpfer, Braunschweig.
3. August Thiele, Liniiranstaltsbesitzer, Braunschweig.
4. Fritz Bethmann, Tischlermeister, Thiede.
5. Dr. med. August Kirchhoff in Hessen.

Eingegangene Bücher.

Wechselstempelsteuergesetz mit Erläuterungen. Preis 2,20 Mk.

Im Verlage der Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe ist eine mit ausführlichen Erläuterungen von Finanzrath E. Zimmermann versehene Ausgabe des Wechselstempelsteuergesetzes vom 10. Juni 1869 nebst Ausführungsbestimmungen des Bundesraths vom 8. März 1901 erschienen, deren Anschaffung den kaufmännischen Kreisen von mannigfachem Nutzen sein wird.

Die nicht gerade einfachen Bestimmungen über die Erhebung der Wechselstempelsteuer sind in klarer und weitgreifender Weise interpretirt; eine Tabelle über die Berechnung der Steuerbeträge von Wechseln ausländischer Währung, eine übersichtliche Zusammenstellung aller steuerpflichtigen Personen, der Steuerbehörden, der Strafbestimmungen, des Verfahrens bei Wechselstempelhinterziehungen u. A. erhöht den Werth des Buches. B.

Max Claus, Aktuar, **Die Amtsgerichtsklage.** Hand- und Formularbuch zur selbstständigen Führung von Civilprozessen. Verlag der Druckerei Glöss, Verlags-Abtheilung in Dresden. Preis geh. 3 Mk., geb. 4 Mk.

Der Verfasser des vorliegenden Werkes stellt die Behauptung auf, dass selbstständige Führung und Vertretung von einfacheren Klagesachen vor dem Amtsgericht am schnellsten zum Ziele führt und am besten vor Verlusten schützt. Wer häufiger mit Prozessen zu thun hat, wird dieser Behauptung schwerlich widersprechen, und so wird insbesondere jeder Geschäftsmann Veranlassung haben, das Erscheinen einer brauchbaren praktischen Anleitung zur Führung von Amtsgerichts-Prozessen willkommen zu heissen. Das genannte Werk giebt über aller Art von Klagen vor Amts- und Gewerbegerichten an der Hand eines ausführlichen Registers Anschluss und bietet eine Menge von guten Vorlagen für die schriftliche Einleitung der Klagen etc. Auch diejenigen Geschäftsleute, die gewöhnt sind, sich vor dem Amtsgericht der Hilfe eines Anwalts zu bedienen, werden in dem Handbuch manchen schätzenswerthen Fingerzeig und Rath finden, ihren Sachen schneller zum Erfolg zu verhelfen.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 2.

Braunschweig, Februar 1902.

XII. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Amtlicher Theil.

Handelskammer=Wahlen.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass bei den diesjährigen Ersatzwahlen zur Handelskammer zu Mitgliedern der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig für die Zeit vom 1. April 1902 bis ebendahin 1908 gewählt sind:

1. Für den Kreis Braunschweig:

die Herren Kommerzienrath Max Jüdel,
Kommerzienrath Dr. Herm. Schmidt,
Direktor Dr. Bartz,
Wurstfabrikant Otto Meyer,
Konservenfabrikant Hermann Querner, sämt-
lich in Braunschweig.

2. Für den Kreis Wolfenbüttel:

die Herren Kaufmann Hermann Tielecke in Wolfenbüttel,
Kaufmann Hermann Fricke in Schöppenstedt.

3. Für den Kreis Helmstedt:

die Herren Kaufmann Otto Dorguth in Helmstedt,
Kaufmann Wilhelm Kebbel in Schöningen.

4. Für den Kreis Holzminden:

Herr Fabrikbesitzer B. Liebold in Holzminden.

5. Für den Kreis Gandersheim:

Herr Kaufmann Carl Walter in Seesen.

6. Für den Kreis Blankenburg:

Herr Generaldirektor C. E. Buchholz in Rübeland.

Die genannten Herren haben die Wahl angenommen.

Etwaige Einsprüche gegen diese Wahlen sind bis zum

20. d. Mts. bei der unterzeichneten Handelskammer einzureichen.

Braunschweig, den 4. März 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass nach einem Reskripte des Herzoglichen Staatsministeriums vom 19. Februar d. J. Seine Königliche Hoheit der Prinz Albrecht von Preussen etc., Regent des Herzogthums Braunschweig, gnädigst geruht haben, den Direktor der Zuckerraffinerie Ritter und den Konservenfabrikanten Querner, beide hier, als fünften und sechsten Stellvertreter, zu stellvertretenden Handelsrichtern bei der Kammer für Handelssachen des Herzoglichen Landgerichts hier, zu ernennen.

Braunschweig, den 27. Februar 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

XLVII. Plenar-Versammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, den 17. März 1902,

Mittags 1 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Etat pro 1902/3.
3. Antrag betreffend die Ladenschlussfrage.
4. Berathung des Entwurfes eines Reichsgesetzes bezüglich der Sicherung der Bauforderungen.
5. Eingabe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, betreffend die Stellungnahme der Handelskammern gegen den Verband.
6. Antrag der Handelskammer Hannover, betreffend das Auktionswesen, insbesondere Erlass von Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Auktionatoren.
7. Eingabe des Centralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender, betreffend die Einführung von Gewichtsstücken zu 250 g und 125 g, und die Ausprägung von Scheidemünzen im Nennwerthe zu 25 Pfg.
8. Antrag der Handelskammer für das Herzogthum Oldenburg, betreffend Abänderung der Konkursordnung.
9. Eingabe des Vorstandes des Verbandes der Vereine Kreditreform zu Leipzig, betreffend Nichtabschaffung der Wechsel über Beträge von weniger als 100 Mk.

Braunschweig, den 3. März 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Bericht

über

die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung gewerblicher Etablissements.

3. Max Koch, Konservenfabrik.

Am Nachmittag des 8. Oktober fand zuerst die Besichtigung der Konservenfabrik von Max Koch statt. Dieselbe wurde 1881 vom Besitzer Max Koch in richtiger Erkenntniss der volkswirthschaftlichen Zukunft dieser jungen Industrie gegründet. Aus den kleinsten Anfängen heraus hat sie sich zu einer der grössten Konservenfabriken Deutschlands entwickelt. Die Konserven sind wenigstens zum Theil durch die grosse Konkurrenz, dann aber auch der vorgeschrittenen Technik im Konservirungsverfahren heute ein Volksnahrungsmittel geworden, das im Begriffe steht, auch den arbeitenden Klassen die Wohlthat eines Tafelgenusses bei entsprechender Billigkeit zu Theil werden zu lassen. Die Produktion der Firma erstreckt sich in erster Linie auf Gemüsekonserven, wie Erbsen, Bohnen und Spargel, neben diesen auch auf Kohlrabi, Tomaten, Pilze, Ananas, Kohlarten und deutsche Mixed Pickles mit Koch'scher Schutzmarke, Gurken, Perlzwiebeln und Oliven. Die jetzt immer stärker begehrten Fleischkonserven, die für Manöver und Jagd, Ausflüge und längere Reisen immer mehr und mehr Aufnahme finden, bilden einen weiteren umfangreichen Zweig, dessen besondere Specialitäten aus Militärkonserven, Pains und konservirten Suppen aller Art, sowie Hummermayonnaisen etc. bestehen. Einen Theil der zur Konservirung gelangenden Rohmaterialien erntet die Firma auf eigenem, etwa 300 Morgen umfassenden Acker in Neubrück bei Braunschweig. Die grössere Menge an Rohmaterial muss aber von den Landwirthen in grösserer oder geringerer Entfernung gekauft werden. Dies geschieht in der Regel im Laufe des Winters auf Abschlussscheine. Der Fabrikationsprozess gestaltet sich folgendermaassen:

Sobald das Rohmaterial, in erster Linie Spargel, Erbsen, Bohnen und Karotten, eingefahren ist, wird dasselbe nach vorausgegangener Gewichtsfeststellung in besonders dafür eingerichteten Räumen nach Qualitäten sortirt. Dann wandert speciell der Spargel nach dem Schälssaal, die Erbsenschoten kommen in grosse Maschinen, wo die Erbsen enthülst werden, und gelangen daraus, durch Siebmaschinen sortirt, in die Kochküche; die Bohnen werden Schneidemaschinen überliefert, Kohlrabi und Sellerie werden durch Hobelmaschinen in Scheiben geschnitten.

Im Erdgeschoss der Fabrik befinden sich zwei grosse Säle für die Klempnerei. In jeder Kampagne werden daselbst ca. 40 Doppelwaggons harten Weissbleches zur Anfertigung von Dosen

verbraucht, jedoch reicht dieses Quantum noch nicht, da der Versand der Firma über drei Millionen Dosen und Gläser zum luftdichten Verschlusse der Dauergemüse benöthigt. In der Klempnerei geschieht alles vermittelt Maschinen. Einige besorgen das Schneiden des Bleches für die verschiedenen Dosengrößen, andere runden das Material für Dosen und stellen den sogenannten »Aus-schlag« her, eine dritte Serie Maschinen stanzt die Dosendeckel, wieder andere setzen selbstthätig die Böden ein und verschliessen mit fabelhafter Geschwindigkeit die mit Bouillon gefüllten Behälter, ein einziger solcher Apparat kann in einer Stunde 600 Dosen völlig hermetisch verschliessen. — Die Firma besitzt das Patent Max Auer für eine Maschine, um die Deckel und Böden vor dem Verschliessen mit einem ganz besonders zuverlässigen Dichtungsmaterial zu versehen.

Alsdann gelangt man in die Kochküche. Auf langen Marmortischen lagern die angegebenen Quanten von Gemüsen aller Art. Im oberen Raume geht die Verpackung in Dosen vor sich. Fünfzehn Vorkochkessel kochen die Gemüse nur mit Dampf vor. Von da gelangen die Dosen, nachdem sie verschlossen sind, in einen Raum, wo sie in mit Sieben versehenen Kesseln auf ihre Dichtigkeit sorgfältig geprüft werden, kommen dann mittelst Dampfkrahn in fünf »Autoclaves«, mit denen binnen wenigen Minuten 300 kg in Dosen verwahrtes Gemüse in jedem Autoclav unter Abschluss von Luft und Dampfdruck gar kochen. Die Fabrik besitzt drei Dampfmaschinen mit zusammen 90 HP., zwei Dampfkessel mit je 50 qm Heizfläche, weil im Konservenbetrieb nicht so sehr Kraft, sondern Dampf gebraucht wird. Die im Etablissement eingerichtete Beleuchtung, ca. 300 Glühlampen und 8 Bogenlampen, werden von 2 Dynamos erzeugt.

Sämmtliche fast 1200 qm fassende Lagerräume sind mit Dampfheizung versehen, da Konserven Frost nur schwer vertragen können. Hier lagern Millionen von Dosen, und viele Hände sind tagaus, tagein nur damit beschäftigt, die ständigen Aufträge zu erledigen.

Ausser dem Kontorpersonal von 18 Beamten finden in der Kampagne gegen 800 Personen lohnende Beschäftigung. Das Absatzgebiet erstreckt sich auf alle Kulturstaaen: Russland und die nordischen Reiche, England und Frankreich, die Türkei, Mexiko, Nord- und Südamerika, die englischen und deutschen Kolonien, wie auch Transvaal und natürlich ganz Deutschland. Der Verkauf geschieht theils direkt, theils durch Vertreter, die die Firma sowohl in allen grösseren Plätzen Deutschlands, als auch im Auslande: in Antwerpen, London, Liverpool, Stockholm, Christiania, Göteborg, Kopenhagen, Helsingfors, St. Petersburg, Konstantinopel und New York unterhält.

Einen ungefähren Begriff von dem Umfange der Produktion geben nachstehende Zahlen. In einer der letzten Kampagnen wurden verarbeitet:

136 000 Centner Spargel,
 13 000 » Erbsen,
 12 000 » Bohnen.

Die tägliche Produktion — volle Ernte vorausgesetzt — beträgt 30 000 Dosen, und es können, wenn viel Rohmaterial herankommt, pro Tag 1000 Centner Erbsen, 500 Centner Bohnen und 600 Centner Spargel verarbeitet werden.

Zum Schluss konnten sich die Theilnehmer durch eine Kostprobe von der Schmackhaftigkeit des nach dem Besitzer benannten Fleischextrakts »Kochil« überzeugen. Derselbe wird aus den besten Stücken des geschlachteten Viehes hergestellt, und es geben von dem flüssigen Kochil zwei Theelöffel voll in eine Tasse mit Aufguss kochenden Wassers die fertig gewürzte, klare, wohlschmeckende Bouillon. Desgleichen ist Kochil auch für Suppen, Saucen, Ragouts und Fleischgélées vortrefflich zu verwenden.

Die Besichtigung des umfangreichen Betriebes konnte nur in mehreren Gruppen stattfinden. Herr Koch hatte trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit es doch möglich gemacht, sich einige Rohgemüse zu verschaffen, so dass die Theilnehmer die Fabrik in vollem Betriebe, auch Fleischkonserven wurden angefertigt, sehen konnten.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Färbung von Wurstwaaren.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig, in deren Bezirke die Wurstwaaren-Industrie relativ am stärksten vertreten ist, hatte, veranlasst durch die ungleichmässigen gerichtlichen Entscheidungen, welche in letzter Zeit über die Zulässigkeit der Färbung von Wurstwaaren abgegeben worden sind und in Anbetracht der abweichenden Behandlung dieser Frage in den einzelnen Bundesstaaten sich an eine Anzahl Handelskammern im Deutschen Reiche gewandt und diese zur Besprechung am 3. Februar nach Braunschweig eingeladen. Dieser Einladung waren gefolgt Vertreter der Handelskammern zu Altona, Bremen, Bielefeld, Chemnitz, Gotha, Halberstadt, Hannover, Minden, Rügenwalde und Weimar.

In dieser Versammlung gelangte die Frage zu einer eingehenden Besprechung und wurde die folgende Resolution gefasst:

»Die in Braunschweig versammelten Vertreter von Handelskammern erklären, dass die mehrfach geübte Praxis des Wurstfärbens seither durch die unzureichende Mästung der Schlachtthiere und durch die Rücksichtnahme auf die Geschmacksrichtung des Publikums veranlasst ist.

Mit Rücksicht darauf, dass über die Frage des Färbens unter den Vertretern der Handelskammern selbst eine volle Einstimmigkeit nicht zu erzielen ist, spricht sich die Versammlung aber dahin aus, dass der jetzige Zustand absoluter Rechtsunsicherheit so rasch wie möglich behoben wird.

Sie richtet daher an den Bundesrath das Ersuchen, die erforderlichen Anordnungen so bald als möglich zu treffen.

Sollte die Entscheidung auf ein Verbot des Färbens gerichtet sein, so ist es unbedingt nothwendig, der Industrie wenigstens eine entsprechende Zeit zur Räumung ihrer Vorräthe zu lassen.

Die Handelskammer Braunschweig, welche mit der Ausführung der Beschlüsse beauftragt wurde, hat die Resolution in entsprechender Weise dem Bundesrathe, dem Reichsamt des Innern, dem Reichsgesundheitsamte und dem hiesigen Herzoglichen Staats-Ministerium eingereicht, auch den in Betracht kommenden Handelskammern zur eventuellen Unterstützung mitgetheilt.

Handelsgebrauch im Handel mit Ammoniak-Superphosphat.

Die Handelskammer hat in einer vor dem Herzoglichen Landgericht hierselbst schwebenden Civilprozesssache ihr Gutachten dahin abgegeben, dass es im Handel mit Ammoniak-Superphosphat Handelsgebrauch sei, dass wenn verkauft sei: »Im Frühjahr sofort auf Abforderung zu liefern« die Lieferung innerhalb drei Werktagen nach Eingang der Abforderung zu geschehen habe und dass, wenn verkauft sei: nur »auf Abforderung«, so stehe dem Verkäufer eine Lieferfrist von vierzehn Tagen zu.

Sei »prompte Lieferung« vereinbart, so müsse die Lieferung innerhalb zehn Werktagen bewirkt werden.

Einrichtung des Fernsprechverkehrs mit Rheinland und Westfalen.

Nach einer Mittheilung des Reichspostamts an die hiesige Handelskammer ist der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig und den Orten des Bezirks-Fernsprechnetzes im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiete vor Kurzem eröffnet worden und zwar zwischen Braunschweig einerseits und Dortmund, Lünen, Herne, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Horst (Emscher), Bottrop, Borbeck, Essen, Steele, Werden, Kupferdreh, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Ruhrort, Duisburg, Hattingen (Ruhr), Hagen (Westfalen), Witten, Bochum, Hörde, Unna, Hamborn und Sterkrade andererseits. Die Gebühr für einfaches Gespräch beträgt nach diesen Orten 1 Mk. Der Sprechverkehr mit Cöln (Rhein), Crefeld, Düssel-

dorf, Elberfeld, Barmen, München-Gladbach und Münster (Westfalen) wird vom 1. März ab zugelassen werden.

Schnellzüge Leipzig-Vienenburg.

Wie die Königliche Eisenbahn-Direktion in Magdeburg mitgeteilt hat, wird vom 1. Mai d. J. ab die dauernde Beförderung der bisher im Hochsommer gefahrenen Schnellzüge 135 und 136 Leipzig—Vienenburg und deren Durchführung über Braunschweig bis und von Hannover stattfinden, und zwar nach folgendem Fahrplan:

Zug 136			Zug 135		
ab Leipzig	6,00	Vorm.	ab Hannover	6,50	Nachm.
» Halle	6,32	»	» Braunschweig	7,54	»
» Aschersleben	7,33	»	» Vienenburg	8,36	»
in Halberstadt	8,06	»	» Halberstadt	9,15	»
» Vienenburg	8,50	»	in Aschersleben	9,46	»
» Braunschweig	9,31	»	» Halle	10,48	»
» Hannover	10,34	»	» Leipzig	11,20	»

Vermischtes.

Verkehr mit der Reichsbank.

Den Inhabern von Girokonten bei der Reichsbank wird nunmehr, zunächst versuchsweise, gestattet, ihre weissen Checks bei anderen Reichsbankanstalten mit Giroeinrichtung zahlbar zu stellen.

Hierbei muss Folgendes beachtet werden:

Jeder einzelne Check darf nur auf einen bestimmten Ort lauten. Er ist durch die in der Mitte des oberen Randes anzubringende Aufschrift »Ferncheck« besonders zu kennzeichnen. Auch ist auf der im Checkformular für die Angabe des Betrages in Buchstaben vorgesehenen zweiten (halben) Linie der Zahlungsort durch die handschriftlichen Worte: »durch die Reichsbank« anzugeben.

Derartige Checks sind der das Konto führenden Reichsbankanstalt mit einem vom Kontoinhaber für jeden Zahlungsort besonders aufzustellenden Verzeichniss einzureichen.

Die Checks werden darauf mit einem Trockenstempel versehen zurückgegeben.

Für jeden Check ist eine Gebühr von 30 Pfg. ohne Rücksicht auf den Betrag zu entrichten. Von der Erhebung der Gebühr wird aber Abstand genommen, wenn der Kontoinhaber gleichzeitig der Reichsbank Diskont- oder Lombardgeschäfte mit einem wenigstens zehntägigen Zinsgewinn zuführt.

Weltausstellung in St. Louis.

Im Jahre 1903 findet in der Stadt St. Louis in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Weltausstellung von Kunst, Wissenschaft, Industrie und Ackerbau u. s. w. statt.

Der Anlass zu dieser Ausstellung ist die Jahrhundertfeier des Ankaufes des »Luisiana Territoriums« durch die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika von Frankreich.

Nähere Informationen über die Ausstellung werden demnächst noch bekannt gegeben werden.

Reichsbanknebenstelle.

In Euskirchen wird am 1. März d. J. eine von der Reichsbankhauptstelle in Cöln abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet werden.

Statistik.

Postanstalten.

Nach dem Berichte über die Ergebnisse der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung während der Etatsjahre 1896 bis 1900 umfasst das deutsche Reichs-, Post- und Telegraphengebiet 445 275,86 qkm (ohne die Meerestheile: Haffe, Bodden und dergl.) mit 48 004 096 Einwohnern, nach dem vorläufigen Ergebnisse der Zählung vom 1. December 1900.

Die Zahl der Postanstalten ist von 28 683 auf **32 045** gestiegen.

Es waren vorhanden:	Postämter			Zweig- Post- anstalten	Bahn- post- ämter	Post- agen- turen	Posthilfs- stellen	Gesamt- zahl
	I	II	III					
1896	605	672	2998	479	33	7878	16 018	28 683
1900	662	688	2960	528	32	9050	18 125	32 045

Je eine Postanstalt fiel 1896 auf 15,5 qkm und 1547 Einwohner; **1900** auf **13,9** qkm und **1498** Einwohner.

Von 1896 bis 1900 sind 3362 neue Postanstalten eingerichtet worden, davon allein 3279 in Orten des flachen Landes.

Die Zahl der Reichs-Telegraphenanstalten hat sich von 13 729 auf 16 419, mithin um 2690, d. i. um 19,6 vom Hundert vermehrt.

Es entfällt je eine Telegraphenanstalt auf 27,1 qkm und auf 2924 Einwohner gegen 32,4 qkm und 3232 Einwohner im Jahre 1896.

Bei der Einrichtung neuer Telegraphenanstalten ist besonders den Bedürfnissen des flachen Landes Rechnung getragen worden. Den Interessen der Landesvertheidigung und den allgemeinen

Wohlfahrtszwecken ist durch die Eröffnung von neuen Telegraphenanstalten in den Grenz- und Küstengebieten, sowie in den Ueberschwemmungsgebieten der grösseren Flüsse gedient worden.

Den im Jahre 1894 errichteten Seetelegraphenanstalten in Borkum, Helgoland und Rixhöft sind die Seetelegraphenanstalten in Arcona, Borkum Riff, Bülk, Hoherweg, Marienleuchte, Rother sand und Wangeroog hinzugetreten.

Orts-Fernsprechnetze

im Reichs-Telegraphengebiete waren vorhanden:

	E n d e			Zunahme	
	1890	1895	1900	1895 gegen 1890 v. H.	1900 gegen 1895 v. H.
Orte mit Fernsprech-Vermittlungs- anstalten	233	448	2 157	92,3	381,5
Öffentliche Fernsprechstellen mit Anschluss an Ortsnetze und Verbindungsanlagen	97	215	12 951	121,6	5923,7
Sprechstellen	51 419	114 057	247 676	121,8	117,2
Fernsprechapparate	59 230	117 132	250 778	97,8	114,1
Leitungsnetz (in Kilometern) . . .	74 124	165 582	419 955	123,4	153,6

Die neuen Orts-Fernsprechnetze und öffentlichen Fernsprechstellen entfallen in der Hauptsache auf die kleinen Städte und das flache Land. Sie haben sehr dazu beigetragen, die Verkehrsverhältnisse dieser bisher weniger begünstigten Landestheile zu verbessern.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1901.

I. Theil: Industrie.

1. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.

A. Bergbau.

1. Die Okerschen Hüttenwerke.

Die am nordwestlichen Harz belegenen fiskalischen Werke: das Rammelsberger Bergwerk bei Goslar, die Hüttenwerke zu Oker, die Hüttenwerke zu Herzog Julius- und Frau Sophienhütte bei Goslar, sind gemeinschaftlicher Besitz der Staaten Preussen (zu $\frac{4}{7}$ Antheilen) und Braunschweig (zu $\frac{3}{7}$ Antheilen). Das Rammelsberger

Bergwerk liegt auf preussischem, die Hüttenwerke liegen auf braunschweigischem Gebiete.

Von genanntem Bergwerke sind im Jahre 1901 den hiesigen Hüttenwerken 29 194 t Erze geliefert.

Zur Verhüttung gelangten 25 775 t Rammelsberger Erze und 1197 t fremde, meist zollausländische Erze und Zwischenprodukte. Ausserdem wurden von Herzog Julius- und Frau Sophienhütte gelieferte 3968 t Werkblei zu Handelswaaren weiter verarbeitet.

Die Produktion der hiesigen Werke an Handelswaaren war folgende:

Feingold	85,5 kg
Feinsilber	11 289 "
Blei	5 124 t
Bleigelb	40 "
Elektrolytkupfer	1580 "
Kupfervitriol	924 "
Zinkvitriol	463 "
Eisenvitriol	15 "
Schwefelsäure, auf 50° B red.	22 247 "
Schwefelsaures Natron	157 "
Wismuthgekrätze	773 kg

Die Geschäftslage und das finanzielle Ergebniss litten unter der durch die wirtschaftliche und finanzielle Krisis hervorgerufenen Unsicherheit des Metallmarktes und dem ununterbrochenen Rückgang der Metallpreise. Nur für Schwefelsäure zeigte sich im letzten Halbjahr eine lebhaftere, kaum zu befriedigende Nachfrage seitens der Superphosphatfabriken.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 651 und die Zahl der von den Arbeitern ernährten Angehörigen am Jahresschlusse 1307.

2. Herzog Juliushütte und Frau Sophienhütte.

Die finanzielle Lage der Werke, welche bei Beginn des Jahres 1901 in Folge der Hochkonjunktur des Vorjahres noch sehr günstig gewesen war, ist durch das stetige Fallen der Metallpreise — besonders Blei und Silber — bald sehr nachtheilig beeinflusst worden. Da auch der Preis für Zinkvitriol dem weichenen Zinkpreise folgte, ist das Gesamtergebniss gegen die Vorjahre ganz wesentlich zurückgeblieben.

Auch die Nachfrage nach Zinkvitriol war in Folge der Ueberproduktion auf dem Markte der Weissfarben eine sehr mässige zu nennen. Um die Arbeiter voll zu beschäftigen, ist der Betrieb im bisherigen Umfange beibehalten, weshalb sich der Vorrath an Vitriol vergrössert hat. Der übrige Betrieb, welcher die Gewinnung eines silberhaltigen Werkbleies, welches in Oker auf Metalle weiter verarbeitet wird, bezweckt, ist im Ganzen mit Rücksicht

auf die Arbeiterverhältnisse in derselben Weise wie früher fortgeführt, im Ausbringen in Folge geringeren Gehalts an Blei ein wenig zurückgeblieben.

Im ersten Halbjahr bot sich noch vielfach andere Arbeitsgelegenheit, so dass sich die Belegschaft verringerte und die Produktion die Höhe der vorjährigen nicht erreicht hat, zum Schluss des Jahres boten sich wieder mehrere Arbeiter an, mit welchen jedoch, da sie noch nicht eingearbeitet waren, nicht dasselbe geleistet werden konnte, wie mit den ein Vierteljahr früher abgegangenen Arbeitern.

Im Kalenderjahre 1901 wurden im Ganzen dargestellt:

3960,70 t Werkblei,

4785,00 » Rohvitriol,

von welchen 281,9 t zum Selbstverbrauch abgesetzt und auf 244,827 t calcinirten Zinkvitriol weiter verarbeitet sind.

Ausserdem sind bei der ersten Röstung 51,10 t Rohschwefel gewonnen.

An Stangenschwefel als Handelswaare sind 49,15 t dargestellt, bei welcher Arbeit (Läuterung) 3,30 t Grauschwefel erfolgten.

B. Eisenhütten.

1. Harzer Werke zu Rübeland und Zorge, A.-G., zu Blankenburg a. H.

Der ausserordentliche Rückgang, welchen unser gesamntes Geschäftsleben im Jahre 1901 erfuhr, hat naturgemäss auch auf unsere verschiedenen Betriebszweige eingewirkt und die Betriebsergebnisse wesentlich beeinflusst.

Am meisten litt die Maschinenbranche, bei welcher neue Aufträge nur zu verlustbringenden Preisen hereinzubringen waren. Nothwendiger Weise wirkte diese Kalamität auch auf die Maschinengiesserei stark ein und machte sich hier um so mehr fühlbar, als die Rohmaterialien (Koaks, Kohle und Eisen) theuer, die Fertigfabrikate spottbillig waren.

Die Roheisen-Lieferanten drängten auf Erledigung der Abschlüsse resp. auf Abnahme der abgeschlossenen Mengen, während der wirkliche Bedarf sich zeitweilig nicht auf die Hälfte des früheren Quantum belief. Dadurch häuften sich die Materialvorräthe ungemein, und neben dem Zinsverlust machte sich die Unannehmlichkeit geltend, den Kredit stärker in Anspruch nehmen zu müssen.

Bei den Ofengiessereien bezw. den Handelsgusswaren gingen die Preise gleichfalls auf ein noch nicht dagewesenes Niveau herunter, jedoch stellte sich im zweiten Halbjahr wieder einiger Bedarf ein, so dass die Produktion weniger eingeschränkt zu werden brauchte.

Bauguss, überhaupt Bau-Artikel, sind Monate lang fast gar nicht gefragt gewesen.

Die Erzeugnisse der Verkohlungsbranche gingen einigermaassen ab, nachdem die Beunruhigung dieses Betriebszweiges durch die Manöver der Trebertrocknungsgesellschaft aufgehört hat.

Der Bergbau förderte die für die Erzeugung unseres Holzkohlen-Giesserei-Roheisens nöthigen Erze. Dabei wurden die im Vorjahr neu angefahrenen Lager weiter aufgeschlossen.

Der Bedarf an gutem Holzkohlen-Roheisen hat zwar nicht erheblich nachgelassen, trotzdem aber wurde mit Bezugnahme auf den allgemeinen Rückgang vielfach der Preis zu drücken gesucht.

2. Mathildenhütte (Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb) Harzburg.

Das Jahr 1901 war für die Eisenindustrie ein sehr ungünstiges.

So jäh auch der Rückgang der Roheisenpreise und Hüttenkurse im Jahre 1900 gewesen war, um das ganze und grösste Elend zu Tage zu fördern, so blieb doch dem letzt vergangenen Jahre noch ein grösserer Rückgang vorbehalten. — Dunkel genug und wenig vertrauenerweckend waren ja die Aussichten zu Anfang 1901, dass dieses Jahr aber solche Katastrophen bringen würde, wie die Hütte sie erleben musste, hat wohl Niemand vorausgesehen. Dass speciell die Roheisenpreise im Laufe des vergangenen Jahres noch sinken mussten, konnte wohl vermuthet werden. Angesichts der stets wachsenden Bestände auf den Hüttenwerken und der von Tag zu Tag geringer werdenden Kauflust der Abnehmer in Folge mangelnder Beschäftigung, wurde das Angebot in Roheisen immer dringender. Dazu kam, dass bei Weitem der grösste Theil der Verbraucher den Bedarf für 1901 zur Zeit der Hochkonjunktur zu sehr hohen Preisen gedeckt, aber auch bedeutend überschätzt hatten und dass der Zwischenhandel grosse Posten Roheisens zu Spekulationszwecken gekauft hatte. Als nun die Hütten auf Abnahme drängten, konnten weder die Händler das gekaufte Material unterbringen, noch die Giessereien es verbrauchen. Beide versuchten nun dasselbe, wenn auch mit Verlust, loszuschlagen, wenn sie von Hüttenwerken, die auf ihrem Schein bestanden, zur Abnahme gezwungen wurden. Doch in den seltensten Fällen fand sich ein Abnehmer, weil alle Lager voll, alle Bedarfe gedeckt waren. Hüttenwerke, welche ungeduldig wurden, Geld gebrauchten, oder Verluste fürchteten, schritten nun zu Zwangsverkäufen von Roheisen, für Rechnung dessen, den es anging, wobei selbstverständlich immer niedrigere Preise herauskamen. Diese wurden dann später von solchen Verbrauchern als Tagespreis in Anspruch genommen, welche hier und da prompten Bedarf hatten.

Theils durch das Vorgehen rigoroser Lieferanten, theils in Folge der verschiedenen Bankkrachs und endlich, weil hier und da überhaupt unrationell gewirthschaftet war, kam es dann auch zu Zahlungsschwierigkeiten und Konkursen in der Eisenindustrie. Damit war dann das Signal zur allgemeinen Deroute gegeben, und die Roheisenpreise sanken fast auf den tiefsten Stand von 1894/95. Für die Hochöfen war dies um so empfindlicher, als das Kohlen- und Koakssyndikat, sowie die Rohmaterialienlieferanten auf's Rigoroseste an den Abschlusspreisen festhielten und Erleichterungen irgend welcher Art nicht gewähren wollten. In Folge dessen wurden die Tagespreise, welche eingeräumt werden mussten, um hier und da kleine Posten zu verkaufen, immer verlustbringender. Ueberhaupt sind die Maassnahmen und Preisstellungen des Koakssyndikats geeignet, das Werk auf's Schwerste in seiner Existenz zu gefährden, seine Arbeiter brotlos zu machen, wenn dasselbe sich nicht entschliesst, seinen berechtigten Wünschen mehr entgegen zu kommen.

Ueber die Bethätigung und Maassnahmen der Syndikate in dieser Zeit des Niederganges überhaupt ist in letzter Zeit genug geschrieben, und sind daher weitere Bemerkungen überflüssig.

Mit dem Jahreswechsel scheint nun bezüglich des Beschäftigungsgrades das Schlimmste überstanden zu sein. Wenigstens laufen Abforderungen etwas reichlicher ein, sowie hier und da eine Anfrage nach Preisen für Lieferungen in den nächsten Monaten. Hoffentlich sind dies Anzeichen einer stetigen Besserung der Lage, doch soll man sich dadurch nicht verlocken lassen, gleich wieder zu rosig in die Zukunft zu schauen.

Trotz all des Elends des letzten Jahres kann die Hütte mit dem Ergebniss desselben immerhin noch zufrieden sein. Der Betriebsgewinn desselben wird sich noch höher stellen, als derjenige für das Jahr 1900.

Ebenso geht dieselbe in das Jahr 1902 noch mit einem nennenswerthen Auftragsbestand zu recht gewinnbringenden Preisen hinein, da einerseits ein grosser Theil der Kundschaft mit der Abnahme des für 1901 gekauften Roheisens erheblich im Rückstande geblieben ist und das Werk andererseits an manchen Stellen die Durcheinanderverrechnung der Aufträge pro 1901 und 1902 erwirken konnten. Allerdings ist aber auch ein Lagerbestand vorhanden, der in Folge der darauf zu machenden Abschreibungen einen beträchtlichen Theil des Betriebsgewinnes absorbiren wird.

Produzirt wurde an Röhreisen im Jahre 1901: 29770,5 t, im Jahre 1900: 33556 t.

Auch die Bauthätigkeit war in Folge der allgemeinen Missstimmung im Geschäft und bei der Schwierigkeit der Hypothekenverhältnisse beträchtlich vermindert, so dass auch der Schlackensteinversand mit der Produktion nicht gleichen Schritt halten konnte.

Der Absatz betrug in 1901: 9 200 665 Stück gegen 10 213 155 Stück in 1900.

Das Flussspathgeschäft war gut. Der Versand an diesem Material betrug im Jahre 1901 14 273 t gegen 14 318 t in 1900.

Im Frühjahr 1901 vereinigten sich die bedeutenderen Flussspath-Grubenbesitzer zu einem Flussspath-Verkaufs-Verein, wodurch die Preise für dieses Material wieder auf normale Höhe gebracht werden konnten.

3. Tarnowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb.

Die Lage des Eisenmarktes stand in dem Berichtsjahre unter dem Eindruck einer stetig zunehmenden Depression.

Der Walzeisenmarkt bot ein Bild vollständiger Darniederlage, nicht allein in Bezug auf Preise, sondern auch durch Ausbleiben jeglicher Nachfrage. — Die Folge dieser Verhältnisse war die Ausserbetriebstellung einer Anzahl Walzwerke, da der Betrieb speciell bei der Fabrikation von Schweisseisen sich nachgerade als so verlustbringend erwies, dass auch kapitalkräftigere Werke von einer weiteren Produktion dieses Artikels abzusehen gezwungen waren. Es unterliegt keinem Zweifel, dass das vorstehende Moment des Produktionsausfalls mit ein Hauptfaktor zu der schnelleren Gesundung der Lage in Walzeisen sein wird. Die grossen und langstichtigen Abschlüsse sind zudem nach und nach absorbiert und die Lager des Zwischenhandels nicht mehr dermaassen überfüllt.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage abgerechnet, sind die Vorbedingungen für einen Umschwung zum Besseren gegeben.

Auch das in Braunschweig belegene Walzwerk musste, hauptsächlich unter dem Drucke der Konjunktur, diese seine Abtheilung zeitweilig einstellen. Es sind indess Vorkehrungen getroffen, dass die Inbetriebstellung jederzeit wieder erfolgen kann.

Der Gasometerbau hat ebenfalls unter erheblichen Preisreduktionen zu leiden, bei diesem Artikel kommt jedoch in Betracht, dass die Hauptabnehmer Behörden sind, diese aber pflegen sich die Konjunktur hierin zu Nutze zu machen und die Gelegenheit zu einer preiswürdigeren Beschaffung von Gasbehältern zu ergreifen. — Ist so zwar nicht mit einer so intensiven Beschäftigungslosigkeit in dem Artikel wie bei Erzeugnissen anderer Branchen der Eisenindustrie zu rechnen, so lässt andererseits das Bestreben der Werke um Hereinholung von aufkommenden Objekten ein so nutzbringendes Arbeiten, wie wünschenswerth wäre, nicht zu.

Blechbearbeitungsmaschinen werden fast durchgehends nur bei Neuanlagen angeschafft. Da hierbei Objekte von durchschnittlich nicht unter 3000 bis 5000 Mk. in Frage kommen, so

stellt die Industrie derartige Neuanschaffungen vorerst zurück, da ein Betriebsbedürfniss für diese Art Maschinen nicht vorliegt.

Der Geschäftsgang in Blechbearbeitungsmaschinen ist zur Zeit sehr flau.

Im Eisengiessereiwesen sind noch die bekannten Verhältnisse vorherrschend. Die Produzenten laboriren grösstentheils noch an den alten, zu hohen Preisen gethätigten Abschlüssen in Roheisen und Koaks, den dadurch vorhandenen erhöhten Herstellungskosten können entsprechende Verkaufspreise nicht gegenüber gestellt werden; die Fabrikation ist somit als eine verlustbringende zu kennzeichnen.

4. Die Tanner Hütte zu Tanne i. H.

Wie wohl überall in der Industrie, so ist auch für dieses Werk das abgelaufene Geschäftsjahr kein gutes gewesen. Es hat allerdings im ganzen Jahre mit vollen Schichten arbeiten können, jedoch waren auch die Verkaufspreise derart, dass von einem lohnenden Betriebe keine Rede sein kann. Das Missverhältniss zwischen den theueren Roheisen- und Koakspreisen und den Verkaufspreisen trat in der zweiten Hälfte des Jahres noch krasser als in dem ersten Halbjahre hervor, da die Gusswaarenpreise noch fortwährend sanken, und die Syndikate sich auf keine Ermässigung der Abschlüsse einliessen. Bei den niedrigen Verkaufspreisen wurde dann gegen Herbst das Geschäft etwas lebhafter, so dass die Vorräthe zu Ende des Jahres aufgebraucht waren und mit vollen Schichten weitergearbeitet werden konnte.

Wie schon im Vorjahre berichtet wurde, liegt die Hütte jetzt lediglich in den Händen der Syndikate, und wenn auch im Reichstage schon verschiedentlich darauf hingewiesen ist, scheint man nicht gewillt zu sein, der Sache näher zu treten.

Handelsregister.

(Februar.)

1. Neueintragungen.

1. Wilh. Suschitzky & Co., Braunschweig. Offene Handelsgesellschaft, Gummiring-Fabrikation. Inhaber: Kaufleute Hermann Saloschin, Wilhelm Suschitzky, Max Guhrauer.
2. August G. Löhr, Hypotheken- und Immobilien-Geschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann August G. Löhr.
3. Carl Bautz, Granitwerke, Zweigniederlassung der in Gotha befindlichen Hauptniederlassung. Inhaber: Ingenieur Carl Bautz in Gotha.
4. Ernst Bartels, Bank- und Wechselgeschäft, Holzminden. Inhaber: Bankier Ernst Bartels sen. aus Hannover.

5. Carl Mittendorf, Fabrikation von Cigarren, Gittelde. Inhaber: Cigarrenfabrikant Carl Mittendorf sen.
6. Friedrich Schlüter, Dampfziegelei, Schöningen. Inhaber: Ziegeleibesitzer Friedrich Schlüter.
7. Julius Marcus, Holzminden. Inhaber: Kaufmann Julius Marcus.
8. C. Herm. Gerecke, Material- und Kolonialwaaren-Geschäft, verbunden mit Wein- und Cigarrenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Hermann Gerecke.
9. E. Heine Nachf., Schöningen. Inhaber: Kaufmann Albert Mette.
10. Wilhelm Ernst Meyer, Vorsfelde. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Meyer.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Gebr. Toelpe, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist am 2. Januar d. J. ohne Aktiva und Passiva auf den Kaufmann Willy Harms übergegangen, welcher für dasselbe die neue Firma »Gebr. Toelpe Nachfolger« angenommen hat.
2. G. H. Bartels & Söhne Nachf., Braunschweig. Der bisherige Firmen-Inhaber, Fabrikant Julius Schulz, hat das Handelsgeschäft ohne Aktiva und Passiva, aber mit Firma, seit dem 1. d. Mts. an die Kaufleute Hermann Röver und Wilhelm Meyne abgetreten, welche dasselbe jetzt in offener Handelsgesellschaft in unveränderter Weise unter der bisherigen Firma fortführen.
3. Grass & Markwort Nachf., Braunschweig. Der bisherige Firmen-Inhaber, Kaufmann Carl Gustav Thormeyer, hat das Handelsgeschäft ohne Aktiva und Passiva, aber mit Firma, seit dem 1. d. Mts. an die Kaufleute Hermann Röver und Wilhelm Meyne abgetreten, welche dasselbe jetzt in offener Handelsgesellschaft in unveränderter Weise unter der bisherigen Firma fortführen.
4. E. B. Denike & Co., Braunschweig. Der bisherige Firmen-Inhaber, Fabrikant Julius Schulz, hat das Handelsgeschäft ohne Aktiva und Passiva, aber mit Firma, seit dem 1. d. Mts. an die Kaufleute Hermann Röver und Wilhelm Meyne abgetreten, welche dasselbe jetzt in offener Handelsgesellschaft in unveränderter Weise unter der bisherigen Firma fortführen.
5. Reusch & Schulz, Braunschweig. Der bisherige Firmen-Inhaber, Fabrikant Julius Schulz, hat das Handelsgeschäft ohne Aktiva und Passiva, aber mit Firma, seit dem 1. d. Mts. an die Kaufleute Hermann Röver und Wilhelm Meyne abgetreten, welche dasselbe jetzt in offener Handelsgesellschaft in unveränderter Weise unter der bisherigen Firma fortführen.
6. Dopmeyer & Hartung, Braunschweig. Der bisherige Firmen-Inhaber, Fabrikant Julius Schulz, hat das Handelsgeschäft ohne Aktiva und Passiva, aber mit Firma, seit dem 1. d. Mts. an die Kaufleute Hermann Röver und Wilhelm Meyne abgetreten, welche dasselbe jetzt in offener Handelsgesellschaft in unveränderter Weise unter der bisherigen Firma fortführen.
7. Krause & Stege, Braunschweig. Durch das am 1. Januar d. J. erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Maurermeisters Emil Stege, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Das Handelsgeschäft wird unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Maurermeister Wilhelm Krause unter der bisherigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
8. Julius Kissel, Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt in Wolfenbüttel. Das Handelsgeschäft ist durch Verpachtung auf den Werkmeister Augustin Schoureck und Maschinenlieferant Nedderhut in Wolfenbüttel übergegangen. Dasselbe ist in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt und wird unter der bisherigen Firma fortgeführt.
9. M. S. Herz & Sohn, Kommanditgesellschaft, Braunschweig. Der Bankier Hugo Herz ist seit dem 1. d. Mts. in die unter der vorbezeichneten Firma bestehende Kommanditgesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.
10. J. Wettstein, Braunschweig. Das Geschäft ist zur Fortsetzung unter unveränderter Firma auf den Kaufmann Paul Wagner in Riddagshausen übergegangen. Die bisher im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten und For-

derungen gehen bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Paul Wagner auf diesen nicht über.

11. Julius Vockel, Gandersheim. Die Ehefrau Vockel hat am 2. d. Mts. das Geschäft mit Firma und allen Aktivis und Passivis an ihren Ehemann, den Kürschner Julius Vockel, übertragen.
12. Julius Klinghammer, Maschinenfabrik, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Kaufmann Julius Klinghammer, hat seit dem 1. d. Mts. den Kaufmann Hinrich Kricheldorf in das unter der obigen jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
13. Gerloff & Co., Braunschweig. Ein Kommanditist ist ausgeschieden und ein Kommanditist ist eingetreten.
14. A. Wengler & Sohn, Schöningen. Der Seilermeister August Wengler ist ausgeschieden und die offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Der Seilermeister Richard Wengler setzt das Geschäft auf eigene Rechnung fort.
15. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Actiengesellschaft, Filiale Darmstadt zu Darmstadt. Der stellvertretende Direktor Rudolf Bayer ist aus dem Vorstande ausgeschieden.
16. Wilhelm Brümmer & Sohn, Braunschweig. Der Inhaber der Firma, Kaufmann Emil Brümmer, hat seit dem 20. Januar d. J. den Kaufmann Wilhelm Wissel in das unter der vorbezeichneten Firma jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
17. August Schmalbruch, Wolfenbüttel. Das Handelsgeschäft ist unter gleichzeitiger Umwandlung in eine offene Handelsgesellschaft auf den Kaufmann Johannes gen. Hans Schmalbruch und den Kaufmann Bernhard Schuhmacher übergegangen,

3. Löschungen.

1. Rudolf Spengler, Braunschweig.
2. Gebr. Toepe, Braunschweig.
3. Wilhelm Jordan, auf dem Pfeiffenkrüge bei Heimbürg.
4. C. Mittendorf & Söhne, Gittelde.
5. Max Hochfeld, Inhaber: Julius Marcus, Holzminden.
6. Chininfabrik Braunschweig G. m. b. H. in Liquidation, Braunschweig.
7. E. Heine, Schöningen.
8. Friedr. Barnstorf & Co., offene Handelsgesellschaft in Uehrde.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Hermann Meyer, Braunschweig. Dem Kaufmann Hermann Neddermeyer.
2. Benno Göritz, Braunschweig. Dem Buchhändler Oskar Steuber.
3. Ludwig & Lohmann, Braunschweig. Dem Dr. phil. Nikolaus Daigl.
4. Carl Bautz, Granitwerke, Zweigniederlassung der in Gotha befindlichen Hauptniederlassung. Der Ehefrau des Ingenieurs Carl Bautz, Bertha geb. Glene-winkel.
5. Ernst Bartels, Bank- und Wechselgeschäft, Holzminden. Dem Kaufmann Ernst Bartels jun.
6. Bardenwerper & Illing, Braunschweig. Dem Kaufmann Hermann Seiffert in Breslau.

5. Prokura-Löschungen.

1. Bierbrauerei Franz Steger, Oelper. Otto Sauer, Kaufmann in Braunschweig.
2. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Actiengesellschaft, Braunschweig. Ingenieur Fritz Doerk in Darmstadt.
3. W. Axtmann, Schöningen. Ingenieur Carl Pfeffer.
4. Julius Vockel, Gandersheim. Kürschner Julius Vockel.

5. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Actiengesellschaft, Filiale Darmstadt zu Darmstadt. Ingenieur Fritz Doerk in Darmstadt.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Herrhäuser Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Herrhausen. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Carl Weinhausen, Zimmermann Heinrich Paust, Schuhmachermeister August Jacobs, Landwirth Wilhelm Bohn, Cigarrenarbeiter August Deiker.
2. Engelder Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Engelde. Mitglieder des Vorstandes sind: Kleinköther Andreas Fuhrmann, Landwirth Wilhelm Fahlbusch, Bäckermeister Friedrich Ibenthal.
3. Vallstedter Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Vallstedt. Mitglieder des Vorstandes sind: Leopold Siebentritt in Vallstedt, Fritz Buchheister daselbst, Albert Lange-mann daselbst.
4. Gebhardshagener Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Gebhardshagen. Mitglieder des Vorstandes sind: Kothsass und Gemeindevorsteher Heinrich Niehoff, Bauunternehmer Adolf Vespermann, Handelsmann Fritz Wolters.
5. Molkerei Hohenbüchen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Mitglieder des Vorstandes sind: Grossköther Christian Steinborn, Kleinköther Friedrich Fricke, Brinksitzer Hermann Jördens.

2. Abänderungen.

1. Konsumverein Kaierde, e. G. m. b. H., zu Kaierde. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Anbauers Wilhelm Rott ist der Waldarbeiter August Rott gewählt. Die Vertretung des Vorstandsmitgliedes August Heise durch August Rott ist erloschen.
2. Konsumverein Fümmlse, e. G. m. b. H., zu Fümmlse. Das bisherige Vorstandsmitglied, Schuhmachermeister Wilhelm Schüssler in Fümmlse, ist als Geschäftsführer in den Vorstand wiedergewählt, während an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes, Schuhmachermeisters Fritz Künne in Fümmlse, der Maurer Fritz Haase in den Vorstand gewählt ist.
3. Konsumverein Delligsen, e. G. m. b. H. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Tischlers Ludwig Almstedt ist der Schlosser Ludwig Gereke in den Vorstand gewählt.
4. Haushaltungsverein Mahlum. An Stelle des Hofbesitzers Heinrich Sander ist der Schuhmacher August Kelpke in den Vorstand gewählt.
5. Konsumverein Hasselfelde i. H., E. G. m. b. H. An Stelle des Schmiede-meisters Franz Schatz ist der Schuhmachermeister Christian Wode für die Zeit von 1902 bis 1904 einschliesslich zum Vorstandsmitgliede gewählt worden.
6. Ammenser Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. b. H. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Albert Momeyer, Christian Nienstedt und August Mönkemeyer sind gewählt: Heinrich von Seelen, Heinrich Brakel und Ernst Nienstedt.
7. Konsumverein Rünigen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Der Arbeiter Heinrich Probst ist aus dem Vorstande ausgeschieden, und besteht der letztere nach stattgehabter Neuwahl jetzt aus folgenden Mitgliedern: Schneidermeister August Schmalkoke, Maurer Hermann Brüningk, Maurer Heinrich Freise.

8. Konsumverein Remlingen. An Stelle der bisherigen Beisitzer im Vorstände, Kothsassen Otto Lindemann und Schuhmachermeister Wilhelm Rosenthal, ist der Kothsass Christian Wilke und der Arbeiter Albert Giesecke, sowie an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes, Anbauers Friedrich Schneider, der Ackerknecht Fritz Koch in den Vorstand gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Heinrich Kühne, Bäckermeister, Wolfenbüttel. 31. Dezember 1901.
2. Louis Lüders, Maschinenfabrikant, Inhaber der Eisengiesserei und Maschinenfabrik Heinrich Lüders, Braunschweig. 31. Dezember 1901.
3. Wilhelm Rzehak, Kaufmann, in Firma Wilhelm Rzehak, Braunschweig. 4. Januar 1902.
4. Hermann Rodenberg, Kaufmann, Braunschweig. 6. Januar 1902.
5. Franz Hauer, Klempnermeister, Braunschweig. 7. Januar 1902.
6. August Riemann, Kaufmann, Braunschweig. 8. Januar 1902.
7. Karl Müller, Kaufmann, in Firma Karl Müller, Braunschweig. 9. Januar 1902.
8. Max Wagner, Kaufmann, Blankenburg a. H., Inhaber der Firma »Harzer Holzcomtoir Max Wagner«. 9. Januar 1902.
9. Otto Kohnke, Kaufmann, Blankenburg a. H. 13. Januar 1902.
10. Albert Sievers, Schuhmachermeister, Schöningen. 21. Januar 1902.
11. Emil Körtge, Barbier, Rübland. 29. Januar 1902.

2. Aufhebungen.

1. Wilhelm Behrens, Ackerbürger, Seesen a. H.
2. Heinrich Schrader, Anbauer, und dessen Ehefrau, Betti geb. Gerding, in Eischott.
3. Heinrich Kielhorn, Walzwerkerarbeiter, früher Schuhmacher, Siersse.
4. Karl F. Spinzig, Dampfpflugbesitzer, Seesen a. H.
5. Johann Salomon, in Firma »Braucerei zur Eule« von Gustav Salomon, Braunschweig.
6. Fritz de Boer, Malermeister, Greene.
7. Conrad Lerm, Fahrradhändler, in Firma Lerm & Co., Braunschweig.
8. Otto Ebermann, Kaufmann, Braunschweig.
9. Bernhard Meier, Samenhändler, Braunschweig.
10. Friedrich Schmidt, Gärtner, Bad Harzburg.

Bücherschau.

Heinemann-Schreyer, **Rechenbuch für kaufmännische Fortbildungsschulen.**
Verlag von B. G. Teubner, Leipzig.

Das vorliegende Werk ist auf Veranlassung der Handelskammer Braunschweig, die für Gründung und Ausgestaltung der kaufmännischen Fortbildungsschulen besonders anregend gewirkt hat, geschrieben, da sich das Bedürfniss nach einem brauchbaren Rechenbuche für die genannten Schulen herausgestellt hatte. Die Fachlehrer der kaufmännischen Fortbildungsschulen des Herzogthums Braunschweig haben in gemeinsamen Berathungen den Stoff und die Methode festgelegt, während mit der eingehenderen Behandlung die Verfasser beauftragt wurden.

Das Werk ist in vier Heften erschienen, von denen die letzten beiden zu einem Buche vereinigt sind, so dass es sich sowohl für vierstufige als auch für dreistufige Anstalten eignet.

Das erste Heft, für die Vorstufe, enthält die Grundrechnungsarten und die Brüche. Die Dezimalbrüche sind mit den ganzen Zahlen vereinigt behandelt. Wo es angebracht ist, sind den einzelnen Abschnitten werthvolle sachliche Erklärungen in knapper Form vorausgeschickt. Die Darstellungsform ist in geeigneten Musterbeispielen gegeben. Sie nimmt, wo es angängig, stets Bedacht auf die im kaufmännischen Verkehre übliche. Schon die ersten Aufgaben führen durch Form und Inhalt in die kaufmännische Praxis. Durch den geschickt gewählten Inhalt haben die Verfasser fast einer jeden Aufgabe ein besonderes Interesse zu geben verstanden, wodurch einer Ermüdung vorgebeugt wird. Auch ist von vornherein in ungesuchter Weise auf etwaige Rechenvortheile hingewiesen. Das Rechnen mit nackten Zahlen ist möglichst vermieden. Bei der Wahl der Zahlen ist darauf Bedacht genommen, unbequeme Zahlen thunlichst zu vermeiden, wodurch ein flottes Vorwärtsschreiten ermöglicht wird. In den Heften für die Hand des Lehrers sind die Antworten den Aufgaben unmittelbar angefügt.

Die sogenannten Rechenvortheile sind im Vergleich mit anderen Rechenbüchern für kaufmännische Fortbildungsschulen in dem vorliegenden Buche wesentlich beschränkt. Heft II, III und IV enthalten in gut geordneter Reihenfolge die verschiedenen Rechnungsarten. Bei der Schlussrechnung sind die indirekten Verhältnisse sowie die zusammengesetzte Schlussrechnung kurz behandelt. Die Anwendung des Bruchsatzes ist eingeschränkt, wie überhaupt alles schematische Regelwerk möglichst vermieden ist.

Jede in Frage kommende Rechnungsart hat eine recht praktische, sorgfältige, wohlgedachte Behandlung erfahren, so dass Heft II und III im Ganzen als wohlgeungen zu bezeichnen sind. Zu empfehlen wäre es vielleicht, wenn auch dem III. Theile eine Uebersicht der wichtigsten ausländischen Münzen, Maasse und Gewichte beigelegt würde, wie es im II. Theile der Fall ist.

Der IV. Theil enthält die Kontokorrent-, die Devisen- und Waarenrechnung. Wenn auch die erstere nicht in erschöpfender Weise behandelt ist, so ist doch allen billigen Ansprüchen, wie sie eine Fortbildungsschule stellen kann, genügt.

Fassen wir Alles zusammen, so kann man sagen, dass den Verfassern die Lösung der ihnen gestellten Aufgabe, ein brauchbares Buch für kaufmännische Fortbildungsschulen zu schaffen, in anerkennenswerther Weise gelungen ist. Ganz besonderes Lob verdient die Sorgfalt, mit der gearbeitet ist. Gestützt auf die Begutachtungen vieler Fachlehrer, haben die Verfasser mit Umsicht gesammelt, geordnet und mit klarer Einsicht in die Bedürfnisse einer kaufmännischen Fortbildungsschule das Buch geschrieben. Ist auch nicht immer die Klippe des »Zuviel« glücklich vermieden, so ist dieses in Anbetracht des vielen Guten, das uns hier geboten, den Verfassern zu Gute zu halten, zumal sie selbst durch die klare Gliederung dem Lehrer die nöthige Auswahl leicht gemacht haben. Das Buch von Heinemann-Schreyer ist ein schönes Zeugniß gründlicher Fachkenntniß und emsigen Fleißes. Ueberzeugt, dass es mit bestem Erfolge in den kaufmännischen Fortbildungsschulen gebraucht werden kann, und dass diesen Schulen eine werthvolle Gabe durch das Buch gegeben, wünschen wir ihm die weiteste Verbreitung.

Auch der »ausgelernte« Kaufmann wird mit Vortheil das Buch zum Selbststudium gebrauchen können.

Kg.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 3/4.

Braunschweig, März/April 1902.

XII. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

XLVII. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, 17. März 1902,

Nachmittags 1 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9 I.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Kommerzienrath Lemmer, Kommerzienrath Gutkind, Direktor Dr. Bartz, Lüttge, Meyer, Sander, Baumgarten, Gerecke, sämmtlich aus Braunschweig, Tieleck (Wolfenbüttel), Strümpell (Schöppenstedt), Walter (Seesen), Kebbel (Schöningen), Buchholz (Rübeland), Rehn und Liebold (Holzminden), Corves (Blankenburg), Ballin (Gandersheim), Dr. Pfeiffer (Wendessen), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, Generalsekretär F. Stegemann, Regierungsassessor Bartels und wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Dr. Schmidt.

Entschuldigt fehlen die Herren: Wiesmann (Harzburg), Falinsky und Dorguth (Helmstedt), Rückert (Frellstedt).

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, eröffnet die Sitzung um 1 $\frac{1}{4}$ Uhr. Vor Eintritt in die Verhandlungen giebt er Kenntniss von einem Schreiben, das aus Anlass der Wahlen zur Handelskammer in Umlauf gesetzt ist. Es wird darin der Handelskammer der Vorwurf gemacht, dass ihre Thätigkeit bisher nur der Industrie zu Gute gekommen sei, während die Wünsche des Kleinhandelsstandes unberücksichtigt geblieben seien.

Demgegenüber betont der Vorsitzende, dass derartige Aeusserungen entweder auf einer bewussten Entstellung der Wahrheit beruhten oder von Personen herrührten, die sich nie um die Handelskammer bekümmert hätten. Seit Jahren gehe das Bestreben der Kammer dahin, dem Kleinhandel zu helfen, und es sei alles versucht worden, was im Bereich des Möglichen liege; hierüber könnten die Akten, die sich zu Bänden angesammelt hätten, und das gedruckte Material vollgiltigen Beweis liefern. Es

seien zur besseren Ausbildung der Lehrlinge Fortbildungsschulen ins Leben gerufen, es seien Sachverständigen-Kommissionen und Schiedsgerichte eingerichtet worden, die Kammer habe seiner Zeit bei dem Gesetze, betreffend den unlauteren Wettbewerb, thätig mitgewirkt, und auch heute noch bestände eine diesbezügliche Kommission, die Kammer habe weiter auch andere Handelskammern für die schwierige Lage des Kleinhandelsstandes zu interessiren versucht und die gesammte Lage des Kleinhandels in einer Reihe von Sitzungen berathen u. A. m. Ein zweiter Vorwurf betreffe die Eisenbahnverhältnisse. Auch hierin sei alles Denkbare versucht, um Abhilfe zu verschaffen, die Handelskammer allein könne aber nicht Alles, was wünschenswerth sei, durchsetzen, ihr fehle die nothwendige und nachdrückliche Beihilfe der in Betracht kommenden anderen Instanzen, und leider fehle es zuweilen auch an der erforderlichen Mitarbeit der betheiligten Kreise, wie dies gelegentlich einiger Umfragen in letzter Zeit hervorgetreten sei. Jedenfalls habe die Handelskammer das Bewusstsein, ihre Pflicht in jeder Beziehung erfüllt zu haben und weise daher die ganz ungerechtfertigten Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurück.

Herr Baumgarten und Herr Sander bemerken, dass sie resp. ihr Verein (Handelsverein) nichts mit dem Flugblatt gemein hätten, im Gegentheile, der Handelsverein hätte stets dankbar die Arbeit der Handelskammer für den Kleinhandel anerkannt. In gleichem Sinne äussern sich die Herren Tielecke und Rehn für die auswärtigen Bezirke.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus.

In Ausführung der Beschlüsse der letzten Plenarversammlung sind die Anträge zu dem Entwurfe eines neuen Zolltarifes zusammengestellt und dem Herzoglichen Staatsministerium und Bundesrath eingereicht. Für einige Positionen ist es noch möglich gewesen, Abänderungen zu erzielen.

Die ungleichmässigen gerichtlichen Entscheidungen über die Zulässigkeit der Färbung von Wurstwaaren hat die Kammer veranlasst, eine Konferenz mit Vertretern anderer interessirter Handelskammern einzuberufen. Die Resolution (abgedruckt in Monatschrift für Handel und Industrie No. 2, S. 31 f.) ist dem Bundesrath, Reichsamt des Innern, Reichsgesundheitsamt und Herzoglichem Staatsministerium übermittelt, auch haben wir die betheiligten Handelskammern zu einem ähnlichen Vorgehen aufgefordert.

(Inzwischen ist die Entscheidung des Bundesrathes, hinielend auf ein Verbot des Färbens, erlassen. Die in derselben vorgesehene Zeit zur Räumung der Vorräthe bis 1. Oktober d. J. wird seitens der Wurstwaarenfabrikanten des hiesigen Bezirkes als genügend angesehen.)

Auf die erneut an den Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten gerichtete Eingabe, betreffend Verbesserung der Eisen-

bahn-Verhältnisse im Herzogthum Braunschweig (siehe Monatschrift 1901, No. 9, S. 207f.) ist uns eine Antwort bisher nicht zugegangen.

In den Monaten Oktober und Februar sind Erhebungen über die Arbeitslosigkeit veranstaltet; das Resultat ist dem Herzoglichen Staatsministerium eingereicht.

Die angestrebte telephonische Verbindung mit Rheinland und Westfalen ist neuerdings eingerichtet worden.

Der Antrag betreffend bessere Eisenbahn-Verbindung mit Mecklenburg ist im Bezirks-Eisenbahn-rath vorläufig zurückgestellt worden; die Kammer hat sich daher mit Mecklenburg selbst in Verbindung gesetzt, und zwar mit der Korporation der Kaufmannschaft und dem Allgemeinen Mecklenburgischen Handelsverein Rostock. Der letztere hat bereits mitgetheilt, dass er unseren Antrag unterstützt hat.

Der Antrag der Handelskammer Lübeck, betreffend Herstellung eines Anschlusses in Lüneburg bzw. Büchen nach Lübeck an die Züge D 73 und D 70, ist seitens des Ausschusses zur Unterstützung empfohlen und dem Vertreter im Bezirkseisenbahn-rath überwiesen; desgleichen ist der Antrag des Handelsvereins zu Hameln auf bessere Bahnverbindungen diesseits unterstützt worden.

Auf Ersuchen der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg ist eine Umfrage bezüglich Frachtermässigung für Pflastersteine bei den diesseitigen Interessenten gehalten worden und das Resultat nach Magdeburg berichtet.

Der von dem Verein Deutscher Konserven- und Präservenfabrikanten gestellte Antrag auf Frachtermässigung für Gegenstände der in Braunschweig stattfindenden Ausstellung von Maschinen, Geräthen und sonstigen Bedarfsartikeln für die Konserven- und Präserven-Branche ist von der Kammer befürwortet.

Vom Verbandsreisender Kaufleute Deutschlands ist beim Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten eine Frachtermässigung für Musterkoffer um 50 Prozent beantragt worden. Die Kammer hat diesen Antrag unterstützt.

Für den Wechselsensal Ramdohr ist eine Stellvertretung für den Fall seiner Behinderung geschaffen worden, das Herzogliche Staatsministerium hat sich damit einverstanden erklärt.

Mit Herrn Ferd. Thein ist ein neuer Miethsvertrag auf sechs Jahre geschlossen.

Auf Ersuchen Herzoglichen Staatsministeriums hat die Handelskammer die Herren Fabrikdirektor Ritter und Konservenfabrikant Querner als weitere stellvertretende Handelsrichter in Vorschlag gebracht. Genannte Herren sind bestätigt und gerichtlich vereidigt. Gleichzeitig wurde Herzoglichem Staatsministerium die Erwägung nahe gelegt, ob es nicht angebracht erscheine, eine zweite Kammer für Handelssachen einzurichten. Nach Bescheid des Ministeriums liegt ein derartiges Bedürfniss jedoch zur Zeit nicht vor.

Der Handelskammer Görlitz ist auf ihre Anfrage, betreffend den Anschluss der Reichsbank an das Fernsprechnetz, erwidert worden, dass die hiesige Reichsbank nicht an das Fernsprechnetz angeschlossen sei, sich bisher auch ein solcher Anschluss nicht als nothwendig erwiesen habe.

Zum Sachverständigen für Möbeltransporte und Speditionswesen ist auf Vorschlag der Handelskammer der Kaufmann Homilius, in Firma F. W. Noltemeyer, und als dessen Stellvertreter Wilhelm Maue vereidigt worden.

Auf Einfordern von Behörden hat die Handelskammer in der Berichtszeit eine Reihe von Gutachten erstattet, die in der Monatschrift bereits wiedergegeben sind.

Vom Deutschen Handelstage ist eine Kommission zur Berathung über die Entwürfe des Reichsgesetzes, betreffend die Sicherung der Bauforderungen, gebildet worden. Als Vertreter der hiesigen Handelskammer ist Herr Kommerzienrath Gutkind in dieselbe delegirt.

Der Reichskommissar der Weltausstellung in Paris hat noch eine Anzahl Kataloge in französischer und englischer Sprache der Kammer übermittelt. Dieselben werden an die Mitglieder zur Vertheilung gelangen.

Auf die Bitte der Verlagsbuchhandlung Max Nössler-Bremen wird auf ihr Unternehmen »Deutscher Industrie-Anzeiger für Ostasien« hingewiesen.

Das kaufmännische Unterrichtswesen hat durch Einführung von fremdsprachlichen Kursen und Kursen für weibliche Angestellte einen weiteren Ausbau erfahren.

Das Resultat der diesjährigen Ergänzungswahlen ist, dass sämtliche ausgeschiedenen Herren wiedergewählt sind, mit Ausnahme von Herrn Sander, an dessen Stelle Herr Konservenfabrikant Querner, und Herrn Strümpell (Schöppenstedt), an dessen Stelle Herr Fricke (Schöppenstedt) getreten ist.

Die Handelskammer zu Halberstadt hat angeregt, die Zeugnisse der in den beiderseitigen Bezirken eingerichteten kaufmännischen Fortbildungsschulen gegenseitig anzuerkennen. Dieser Anregung ist Folge gegeben, da diese beiden Schulen auf gleicher Grundlage aufgebaut und als gleichwerthig zu betrachten sind.

Von der Anregung des Cigarrenfabrikanten Nennecke, der engeren Zusammenschluss der Kleinhändler durch Einkaufsvereinigungen anrath, ist mit Dank Kenntniss genommen. Die Handelskammer hat selbst wiederholt auf die Vortheile solcher Vereinigungen hingewiesen.

Die Abänderung des Braunschweigischen Handelskammergesetzes ist vorläufig (bis zur nächsten Landtags-Session) zurückgestellt worden, da der diesjährige Landtag wegen der Fülle des ihm in dieser Session vorliegenden Stoffes sich voraussichtlich nicht würde damit beschäftigen können.

Die Firmeneintragung kaufmännischer Betriebe ist in weiterem Umfange seitens einer Kommission aufgenommen.

Zum Schluss fragt der Syndikus an, ob die vom Reichsamt des Innern herausgegebenen »Nachrichten für Handel und Industrie« sich für die Mitglieder als so zweckmässig erwiesen hätten, dass sie die Kosten rechtfertigten.

Herr Kommerzienrath Lemmer hält diese Nachrichten, besonders für die Eisenindustrie für sehr werthvoll und möchte nicht darauf verzichten. Es wird beschlossen, dass diejenigen Mitglieder, welche auf den Bezug der »Nachrichten etc.« kein Gewicht legen, der Handelskammer davon Nachricht machen sollen.

Herr Kommerzienrath Jüdel macht alsdann im Anschluss an den Geschäftsbericht noch einige Mittheilungen über die von der Kammer veranstalteten Erhebungen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit.

II. Etat für das Rechnungsjahr 1902/03.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Der für das Geschäftsjahr 1902/03 vorgeschlagene Haushaltsplan wird in Einnahme und Ausgabe wie nachstehend genehmigt:

Pos.	Einnahme	Etat pro 1902/03	Pos.	Ausgabe	Etat pro 1902/03
1	11% der Gewerbesteuer	36 000	1	Jahresbericht, Drucksachen und Ankündigungen	1 900
			2	Reisekosten	2 000
			3	Beiträge u. Ehrungen	1 300
			4	Miethe	1 700
			5	Bureaukosten, Porti u. Depeschen	3 000
			6	Monatsschrift	400
			7	Bücher u. Zeitschriften	800
			8	Gehälter	18 680
			9	Kaufmännische Fortbildungsschule	3 985
			10	Aussergewöhnliches	135
			11	Rücklage für den Betriebs-Reservefonds	2 100
	Summa	36 000 ₂		Summa	36 000

III. Antrag, betreffend die Ladenschlussfrage.

Berichterstatter: Herr Sander.

Die Handelskammer zu Erfurt hat an den Minister für Handel und Gewerbe eine Eingabe gerichtet, in der sie u. A. bittet, dass die ununterbrochene Ruhezeit der Angestellten in den Kolonialwaaren- und verwandten Detailgeschäften allgemein auf 10 Stunden

abgekürzt wird und dass der 8 Uhr-Ladenschluss schon von der oberen Verwaltungsbehörde angeordnet werden muss (nicht »kann«) wenn die Hälfte (nicht zwei Drittel) der Betheiligten dieses beantragt.

Im Anschluss hieran bemerkt Referent, dass die Einführung eines früheren Ladenschlusses resp. die Abkürzung der Ruhezeit für die Angestellten eine unbedingte Nothwendigkeit sei. Die Handelskammer habe bereits seinerzeit zu der Frage des Ladenschlusses Stellung genommen und bei Herzoglicher Polizeidirektion einen für alle offenen Ladengeschäfte geltenden Antrag gestellt, sei jedoch abschlägig beschieden worden, weil daselbst erhebliche Bedenken gegen die Einführung eines einheitlichen Ladenschlusses von 8 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens hinsichtlich verschiedener Geschäftszweige, insbesondere der Nahrungsmittelbranche bestünden, ausserdem die von der Handelskammer aus veranstaltete Anfrage eine Mehrheit von zwei Drittel nicht ergeben habe. Es bliebe hiernach den einzelnen Branchen nichts Anderes übrig, als dass jede für sich den früheren Ladenschluss zu erreichen suchte. Unter den Manufaktur- und Kurzwaarenhändlern sei eine Einigung wohl unschwer zu erzielen, dagegen fast unmöglich sei sie innerhalb der Kolonialwaarenbranche. Schuld daran seien die Hökergeschäfte, die ohne Personal arbeiteten und daher gar kein Interesse an einem früheren Ladenschlusse hätten. Sie könnten von 5 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends die Geschäfte offen halten. Der Detailkaufmann könne das aber nicht, da falls das Personal bis Abends 9 Uhr thätig sei, er dasselbe nicht vor 8 Uhr Morgens beschäftigen dürfe. Der Geschäftsverkehr, speciell in den Sommermonaten, spiele sich aber in der Zeit von 7 bis 8 Uhr Morgens und noch früher in sehr erheblichem Umfange ab, so dass der Prinzipal gezwungen sei, selbst die Kundschaft zu bedienen. Um Schichtwechsel eintreten zu lassen, müsste eine erhebliche Vermehrung des Personals erfolgen, und eine solche könnten die Geschäfte aus pekuniären Gründen nicht tragen.

Referent beantragt daher, die Handelskammer möge für die Kolonialwaarenbranche einen einheitlichen Ladenschluss von 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens zu erreichen suchen.

Herr Baumgarten legt nochmals die Gründe dar, die für einen einheitlichen Ladenschluss sprechen und befürwortet den Antrag Sander. Wenn ein früherer Ladenschluss nicht zu erreichen sei, dann solle man auf gesetzlichem Wege eine Abänderung der elfstündigen Ruhezeit in eine zehnstündige erstreben.

Die Kammer beschliesst:

1. den Antrag Sander zu unterstützen, falls der Handelsverein dafür Sorge trage, dass das zum Antrage betreffend den Ladenschluss erforderliche Drittel der betheiligten Geschäftsinhaber beschafft werde;
2. die Eingabe der Handelskammer Erfurt zu befürworten.

IV. Berathung des Entwurfes eines Reichsgesetzes bezüglich der Sicherung der Bauforderungen.

1. Berichterstatter: Herr Hofzimmermeister Gerecke.
2. Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Gutkind.

Das Referat des ersten Berichterstatters hatte folgenden Wortlaut:

Meine Herren! Im Sommer 1898 habe ich Ihnen einen Bericht erstattet über den ersten Entwurf eines Reichsgesetzes betreffend die Sicherung der Bauforderungen, welcher Entwurf auch der Kammer mit dem preussischen Ausführungsgesetz vorgelegen hat.

Aus diesem Entwurf ist nun unter Verwendung der allseitig gemachten Verbesserungsvorschläge inzwischen ein neuer Gesetz-entwurf entstanden, welcher von der Reichsbehörde wieder an die verschiedensten Interessenten mit dem Ersuchen um Rück-äusserung gesandt ist.

Die betheiligten Mitglieder des preussischen Ministeriums und der Reichsämter der Justiz und des Innern haben sich aber auf einen gemeinschaftlichen Entwurf nicht einigen können und deshalb sind zwei Entwürfe, A und B, entstanden, die ich Ihnen im Hauptgerippe vorführen will.

Es kommt bei dieser Vorführung sehr darauf an, welchen Interessenstandpunkt man dabei vertritt. — Es wird sehr verschieden sein, ob ein Jurist oder der Direktor einer Hypothekenbank, ob ein Baugewerbetreibender oder ein Terrainspekulant den Gesetzentwurf auf seinen Inhalt und seine Folgen prüft. —

Ich will mich auf den mir zunächst liegenden Standpunkt eines Baugewerbetreibenden stellen, derjenigen Klasse unserer Staatsbürger, deren grosse Bauverluste seit Anfang der siebziger Jahre vorigen Jahrhunderts ins Ungemessene gestiegen sind, und welche Veranlassung zu dem kommenden Gesetz, »Sicherung der Bauforderungen«, gegeben haben.

Bei der Prüfung des Gesetzentwurfes muss man im Auge behalten, wie weit derselbe etwa eine wesentliche Verlangsamung der Bauausführungen herbeiführen könnte und ferner, ob das Baugewerbe, soweit es jetzt von kleinen oder mittleren Baugeschäften betrieben, nicht allzusehr in die Hände des Grosskapitals übergeführt würde.

Aus diesem letzten Gesichtspunkt bin ich dafür, dass das Gesetz nicht, wie der § 1 sagt, durch landesherrliche Verordnung und nur für einzelne Gemeinden in Kraft tritt, sondern dass es Allgemeingut werde und auf jeden Bau in Stadt und Land Anwendung findet. Der kleine Baugewerbetreibende auf dem Lande bedarf des Schutzes gegen Schwindel ebenso gut, wie die grösste Baugesellschaft einer Grossstadt.

Der Verlauf der zu erledigenden Vorschriften für die Bebauung eines Grundstückes hätte nach den Entwürfen wie folgt zu geschehen:

Bei beabsichtigtem Neubau hat der Besitzer einer Baustelle unabhängig von der Nachsuchung einer Bauerlaubniss den Bauvermerk auf das betreffende Grundbuchblatt eintragen zu lassen.

Hierüber wird vom Grundbuchamt eine Bescheinigung ertheilt unter gleichzeitiger Angabe etwaiger Belastungen, soweit sie dem Bauvermerk vorgehen sollen.

Hierauf ist die Ermittlung des Baustellenwerthes herbeizuführen und durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde nachzuweisen.

Uebersteigen nun die vor dem Bauvermerk eingetragenen Belastungen den ermittelten Baustellenwerth nicht, so ist die Bauerlaubniss zu ertheilen.

Uebersteigen aber die Belastungen den ermittelten Baustellenwerth, so darf die Bauerlaubniss erst ertheilt werden, wenn für den Mehrbetrag Sicherheit — durch Hinterlegung von Geld oder Werthpapieren — die sogenannte Differenzkaution geleistet, oder wenn dem Bauvermerk der Vorrang vor dem Mehrbetrage eingeräumt worden ist.

Der Beginn des Baues darf jedoch nicht eher erfolgen, bis der Bauherr oder der Eigenthümer dem Grundbuchamt ein Verzeichniss eingereicht hat, aus dem die im § 7 geforderten Personen ersichtlich sind, nämlich:

1. Die Unternehmer des Bauwerks oder einzelner Theile desselben.
2. Der Betrag der jedem Unternehmer zu zahlenden Vergütung.
3. Die Fristen, in welchen diese Vergütung zu leisten ist.

An Stelle des Bauvermerks entsteht nach Fertigstellung des Gebäudes für die zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Bauforderungen die Bauhypothek. — Die Frist zur Anmeldung dieser Forderungen beim Grundbuchamt währt bis zum Ablauf von drei Monaten nach der erfolgten Gebrauchsabnahme, welcher Termin behördlich bekannt zu machen ist. —

In dieser Weise würde sich die Bebauung eines Grundstückes nach dem Gesetzentwurf vollziehen. —

Ob bei Einführung dieser Vorschriften eine Erschwerung und Verlangsamung der Bauausführung eintreten wird, scheint mir nicht der Fall zu sein, da alle diese Vorschriften unabhängig von einander und vor dem einzureichenden Bauprojekt erledigt werden können.

Meine Herren! Die Hauptsache bei diesen Vorschriften liegt in der Eintragung des Bauvermerks ins Grundbuch und in der Festsetzung des Baustellenwerthes.

Es ist dann nicht mehr möglich, dass eine Baustelle, die durch den beabsichtigten Bau erst den Werth erhält und Renten bringt, schon vorher mit unverhältnissmässig hohen Belastungen an Spekulations- und Gründergewinn dasteht; es ist dann nicht

mehr möglich, dass eine Baustelle, welche bei Uebertragung der Arbeiten an die Unternehmer gar nicht oder gering belastet war, nachher zu Gunsten Einzelner belastet wird auf Grund der Werthe, welche die Unternehmer mit den gelieferten Arbeiten erst schaffen oder geschaffen haben, ohne dass sie dies hindern konnten.

Es können also demnächst keine geheimen Schiebungen mehr stattfinden.

Es werden dann aber auch keine Personen mehr bauen können, die Nichts haben, und dies wird der grösste Segen des Gesetzes für das Baugewerbe und den Grundbesitzer sein. Die leichtsinnige Bauerei wird aufhören, da Alles vorher klar gelegt werden muss.

Geht eine solche Unternehmung aber dennoch schief, so treten die berechtigten Baugläubiger mit ihren Forderungen an Stelle des Bauvermerks und haben unter einander gleichen Rang an der zu bildenden Bauhypothek. Das Vertheilungsverfahren ist im Entwurf des Näheren geregelt. —

Nun wäre noch zu prüfen, wer soll Baugläubiger im Sinne dieses Gesetzes sein?

Darin liegt der Unterschied zwischen den Entwürfen A. und B.

Entwurf A. sieht nur die werktätig liefernden Unternehmer als solche vor und schliesst die Lieferanten aus.

Der Entwurf B. schliesst die Lieferanten und auch die Nachmänner der Hauptunternehmer mit ein.

Als fernerer Unterschied zwischen A. und B. verdient hervorgehoben zu werden, dass nach A. die Baugelderhypothek durch Erwerbung des ganzen oder eines Theilbetrages der Bauhypothek entsprechend vorrücken kann, während Entwurf B. den amtlich anzustellenden Treuhänder für die direkten Bezahlungen zwischen Hypothekendarleiher und eingetragenen Unternehmer ermächtigen will, ein Fünftel der Baugelderhypothek, welche an Stelle der Bauhypothek treten soll, für eventuelle Nachmänner vorläufig zurück zu behalten. —

Es werden also im letzten Falle die Zahlungen verlangsamt und können auch willkürlich sein, deshalb ist dieser Weg im Interesse des Baugewerbes und des bauenden Publikums auszuschliessen. —

Meine Herren! Wie ich Ihnen schon vorher sagte, möchte ich, dass dies Gesetz insofern Allgemeingut würde, als der Bauvermerk bei jedem Bau in Stadt und Land eingetragen wird, dass aber als Baugläubiger nur solche Personen gelten sollen resp. dürfen, welche zur Erlangung einer Vergütung bei resp. zur Herstellung eines Baues werktätige Vorarbeiten zu ihren betreffenden Lieferungen leisten müssen. Ich möchte also diesen Kreis möglichst klein halten und die Lieferanten vorläufig ausgeschlossen wissen.

Diesen Zweck erfüllt der Entwurf A., der, soviel ich jetzt darüber gehört und gelesen habe, wohl die meiste Aussicht hat, als Grundlage für das Gesetz zu dienen.

Der Ausschluss der Lieferanten hört sich schlimmer an, als er ist, wird aber folgende Wirkung haben: es werden die Lieferanten von Holz, Stein oder Eisen sich mehr an die betreffenden Bau- und Werkmeister halten, welche dies Material zur Herstellung der betreffenden Bauarbeiten verbrauchen.

Die Lieferanten werden nicht mehr mit Vorliebe Bauherren machen, welche ohne Mittel ihnen für die Baustellen und Baumaterialien aussergewöhnlich hohe Preise bewilligten. Denn die Eintragungen dieser schon im Voraus erworbenen sogenannten Rechte sind später unmöglich. Es werden aber Bauherren mit eigenen Mitteln bevorzugt werden, die den Bauplatz wohl etwas geringer bezahlen, aber eine möglichst grosse Anzahlung machen können. Denn nur hierdurch wird ein Theil des nachzuweisen- den Baustellenwerthes frei, welcher vor dem Bauvermerk resp. der Bauhypothek zu belasten berechtigt ist. — Das ist der Platz für die Lieferanten, welche an den Bauherrn direkt liefern und eine Sicherung ihres Kredites haben wollen.

Es wird damit dem leichtsinnigen Bauen Einhalt geboten und es wird jeder Lieferant mehr auf die Bonität seines Käufers sehen müssen, kurz, es wird mehr mit eigenem Gelde gebaut werden, als bisher. —

Ich würde aber wünschen, dass aus dem Entwurf B. der Schutz der sogenannten Nachmänner, also wenn ein grösserer Unternehmer Theile seiner übernommenen Arbeiten weiter be- giebt, aber die ganze Lieferungssumme eingetragen erhielt, dass diese Nachmänner an dessen Antheil der Bauhypothek mit gleich- berechtigt sind.

Die verschiedensten Ansichten aus den verschiedensten Ständen werden ja an der Ausgangsstelle der Entwürfe zusammenfliessen, und ich hoffe, dass daraus etwas Gutes entstehen wird.

Für die Zusammenschmelzung der beiden Entwürfe möchte ich bei Ihnen die Frage anregen: ob es nicht im Allgemeinen mit der Eintragung des Bauvermerks und Ermittlung des Baustellenwerthes sein Bewenden haben könnte?

Ob der § 7 beider Entwürfe, welcher vor Beginn des Baues die Angabe der Unternehmer, deren Kostenanschlagssummen und deren Regelung zur Eintragung beim Grundbuchamte fordert, nicht etwas anders gefasst werden könnte, um nur in den Fällen in Thätigkeit zu treten, wenn die Bildung einer Bauhypothek an Stelle des Bauvermerks nöthig wird?

Dieser § 7 würde, wenn das Gesetz für einzelne Städte oder auch als Allgemeingut in Kraft treten sollte, den meisten Bauherren unangenehm sein und dazu beitragen, Grossunternehmer zu schaffen und zu bevorzugen.

Der Bauherr hätte durch Verbindung mit dem Grossunternehmer nur einen Baugläubiger auf sein Grundbuchblatt und die kleinen und mittleren Baugewerbetreibenden würden dadurch nothleidend. Da das Gesetz aber ein Ausnahmegesetz zur Beseitigung schwerer Schäden sein soll, so dürften damit auch nur solche Bauherrn getroffen werden, welche ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. —

Dazu bietet aber der vor Ertheilung der Bauerlaubniss eingetragene Bauvermerk die Handhabe.

Schiebungen sind nicht möglich und der Platz für Bildung einer Bauhypothek ist jetzt drei Monat nach Fertigstellung und nach der behördlichen Bekanntmachung frei, und das ist die Hauptsache. —

Soweit ich die Baugewerbetreibenden kenne, beanspruchen dieselben kein Vorzugsrecht, wollen aber mit ihrem Recht am Eigenthum der von ihnen erst geschaffenen Werthe nicht mehr rechtlos wie bisher hinter denen stehen, welche beflissen waren, sich auf Grund unlauterer Verträge und Eintragungen oft schon im Voraus zu bereichern.

Mit der Eintragung des Bauvermerks hat der Bau- und Werkmeister immer noch kein Geld, sondern nur ein Recht am Mitbesitz der von ihm geschaffenen Werthe, welches Recht ihm bisher fehlte.

Er muss also, wie jeder andere Handels- und Gewerbetreibende, bemüht sein, sich über die Bonität seines Auftraggebers unterrichtet zu halten.

Bekommt der Unternehmer von dem Bauherrn sein Geld, was meistens der Fall sein wird, so fällt die Bildung einer Bauhypothek von selbst aus und der Bauvermerk kommt nach der abgelaufenen Frist ohne Weiteres zur Löschung.

Es sind dann aber auch die Eintragungen der Namen der Unternehmer und deren Kostenermittelungen und Vergütungsfristen, die sich während des Baues vielleicht mehr als einmal geändert haben, unnöthig gewesen. Es fallen dadurch die häufigen Belästigungen des Grundbuchamts, der Bauherren und der Unternehmer, umsomehr, als diese Eintragungen nicht ohne Kosten sein werden. —

Tritt aber der Fall mit einem insolventen Bauherrn ein, dann wird es nicht schwer sein, den Beweis für die gelieferten Arbeiten zu erbringen und die Eintragung als Bauhypothek zu erreichen.

Chikanöse Beantragungen kann der Bauherr leicht durch Hinterlegung des Werthes des Streitobjectes verhindern, um eventuell ein reines Grundbuchblatt zu behalten. Alle diese Bestimmungen sind in den Entwürfen bereits enthalten. Wenn Sie und der Gesetzgeber diesen Ansichten zustimmen sollten, dann wäre es vielleicht berechtigt, die jetzt angesetzte Frist von drei Monat auf sechs Monat nach der behördlichen Bekanntmachung festzusetzen, wie dies im ersten Entwurf von 1897 vorgesehen war.

Es erledigt sich bei Bauforderungen zwischen dem dritten bis sechsten Monat noch manches, was bis zum dritten Monat unmöglich war, ohne dass böser Wille oder Unvermögen zu Grunde lag. —

Und nun zuletzt möchte ich einen schon von vielen Seiten gestellten Antrag wiederholen: Bauunternehmer, welche gewerbmässig Häuser etc. herstellen, müssen ihre Firma ins Handelsregister eintragen lassen.

Mit dieser Verpflichtung müssen ordnungsmässige Bücher geführt werden, aus denen die Verwendung der zu einem Bau aufgenommenen fremden Gelder ersichtlich ist. Andernfalls kommt der Strafrichter, und diese Furcht erzieht zur Ordnung, bringt auch wohl die fundamentalsten Grundsätze von Treu und Glauben, auch im Baugewerbe wieder besser zur Geltung als wie bisher.

Ich fasse meinen Bericht also in folgende Anträge zusammen:

1. Dem Entwurfe A. zuzustimmen und eine Verschmelzung mit Entwurf B. dadurch herbeizuführen, dass eventuell Nachmänner der Unternehmer an deren Eintragungen gleichberechtigten Antheil haben sollen.
2. Den § 1 des Gesetzes dahin zu ändern, dass dasselbe für alle Bauten in Stadt und Land Geltung erhält.
3. Den § 7, welcher von der Eintragung der einzelnen Unternehmer, deren Vergütung und Regulierungsfristen vor Beginn des Baues handelt, so zu fassen, dass diese Eintragungen erst nöthig werden, wenn die Bildung einer Bauhypothek unerlässlich ist und
4. in diesem Fall die Frist von drei auf sechs Monat nach der behördlichen Bekanntmachung zu erhöhen.
5. Eintragungszwang der Bauunternehmer in das Handelsregister.

Der zweite Berichterstatter referirt folgendermaassen:

Der Herr Vorredner sagt, dass er den Gesetzentwurf, über den er referirt, wesentlich vom Standpunkt des Interesses ansieht, den er als Baugewerbetreibender an der Sache hat. Ich verdenke ihm dies nicht, möchte aber betonen, dass ich kein persönliches und geschäftliches Interesse daran habe und dem zufolge ganz unbefangen an die Prüfung der Vorlage herangegangen bin.

Zunächst möchte ich im Gegensatze zu dem Herrn Vorredner eine Vorfrage stellen, nämlich die, ob das Bedürfniss, den Schutz der Bauforderungen gesetzlich zu regeln, noch in dem gleichen Maasse wie früher anzuerkennen ist. Ich bin der Meinung, dass dies heute allerdings mehr als je bestritten wird, und zwar deshalb, weil die Missstände, die dazu geführt haben, den Erlass dieses Gesetzes zu fordern, in den letzten Jahren weniger hervorgetreten sind. Einerseits hat sich die spekulative Bauthätigkeit in bescheidenen Grenzen gehalten; andererseits sind aber auch

meines Erachtens die günstigen Wirkungen nicht hoch genug anzuschlagen, die das Gesetz schon vor seiner Geburt, ich möchte sagen in noch embryonischen Zustände gehabt hat. Ich meine, dass die öffentliche Diskussion in weiten Kreisen, welche den Entwurf dieses Gesetzes eingeleitet und begleitet hat, insofern ausserordentlich nützlich für die interessirten Gewerbetreibenden gewesen ist, als dieselben dadurch mehr als zuvor auf die Ursachen ihrer Verluste hingewiesen und zu grösserer Aufmerksamkeit und Vorsicht, kurz zur Selbsthilfe veranlasst worden sind. Ist diese Ansicht richtig, so könnte daraus der Schluss gezogen werden, dass das Gesetz überhaupt nicht mehr nöthig sei; ich bin aber doch anderer Meinung. — Es ist eine Thatsache, dass trübe Erfahrungen leicht vergessen werden — es bedarf zum Beweise für diese Behauptung nur eines kurzen Rückblickes auf die Wirthschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte — und man kann daher mit Sicherheit darauf rechnen, dass bei der zu erwartenden Belebung der Bauhätigkeit alle die Erscheinungen, welche die betheiligten Kreise zu der Forderung, sie gesetzlich zu schützen, veranlasst haben, sich wiederholen und die gleichen Missstände zur Folge haben werden wie früher. Dann aber scheint mir besonders ein Umstand berücksichtigt werden zu müssen, nämlich der, dass in dem Staate, den wir, in dieser Hinsicht allerdings mit Unrecht, gewohnt sind, als Tummelplatz der freiesten wirthschaftlichen Willkür anzusehen, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die uns beschäftigende Materie schon seit langer Zeit gesetzlich geregelt ist, ohne dass die ungünstigen Folgen eingetreten sind, welche die Gegner des Gesetzes bei uns vorhersehen. Im Gegentheil, die Kenner der dortigen Verhältnisse behaupten, dass die Vortheile des Gesetzes unverkennbar sind. Was aber den Baugläubigern in den Vereinigten Staaten zugebilligt ist, kann und muss ihnen auch bei uns gewährt werden.

Entscheiden wir uns mithin für den Erlass eines Gesetzes, so haben wir nun zu untersuchen, ob die uns vorliegenden Entwürfe dazu zweckentsprechend sind oder etwa, wie von vielen Seiten behauptet wird, eine Erschwerung der Bauhätigkeit und das Verdrängen des Mittelstandes aus dem Baugewerbe zur Folge haben würden. Sie werden darin mit mir übereinstimmen, dass gar kein Gesetz besser sein würde als ein solches, welches diese Folgen hätte. —

Nach dem ausführlichen Referate des Herrn Vorredners kann ich mich darauf beschränken, nur die Hauptpunkte des Gesetzes anzuführen; die formalen Bestimmungen werde ich ganz übergehen, umsomehr, als wesentliche Bedenken nicht dagegen zu erheben sind.

Die Grundlage des Gesetzes ist der Bauvermerk, aus dem die Bauhypothek hervorgeht, welche, vorausgesetzt, dass die verschiedenen vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt werden, nach Entwurf A. nur den Bauhandwerkern, nach Entwurf B. diesen

und den Lieferanten zu Gute kommt. Ich kann mich nun mit den Ausführungen des Herrn Referenten, dass nur den ersteren die Fürsorge zu Theil werden soll, nicht einverstanden erklären, sondern halte dies geradezu für eine Ungerechtigkeit. Meine Herren! Ich kann nicht einsehen, dass ein Unterschied zwischen Bauhandwerkern und Lieferanten zu machen ist, alle Gründe für den Schutz der Bauhandwerker sprechen auch für die Lieferanten. Herr Gerecke sagt, die Bauhandwerker seien zur Vorleistung gezwungen, sind dies aber die Lieferanten nicht? Da ist z. B. der Ziegelfabrikant. Ist seine Vorleistung nicht mindestens die gleiche wie die des Maurermeisters?

Ich beschränke mich auf dies Beispiel, obgleich ich noch viele andere anführen könnte. Und wenn man sagt, dass der Lieferant sich durch Einstellung seiner Lieferungen schützen könne, so gilt das Gleiche für die Bauhandwerker. Ich kann in dieser Beziehung auf die Praxis hinweisen, welche sich in den Vereinigten Staaten herausgebildet hat. Hier wird, wenn der Unternehmer mit seinen Zahlungen rückständig bleibt, einfach die Arbeit eingestellt, und das übt nach den Mittheilungen des Dr. Solmsen, dessen Buch über den »Gesetzlichen Schutz der Baugläubiger in den Vereinigten Staaten von Nordamerika« auch sonst sehr lehrreich ist, einen so heilsamen Druck aus, dass in der Regel die blosse Drohung dieser Maassregel genügt, um den Unternehmer zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu veranlassen. Gewiss hat der Bauhandwerker durch diese äusserste Maassnahme auch seinerseits Nachtheile, aber doch nicht mehr als der Lieferant durch Zurückbehaltung seiner sehr oft auf Bestellung für einen besondern Zweck hergestellten Waare. Es kommt dazu, dass häufig — wie das allgemein anerkannt ist — der Handwerker vom Lieferanten nicht zu trennen ist. Ich kann daher die Ausschliessung des Letzteren nicht für berechtigt halten und beantrage in Folge dessen in Bezug auf diesen Punkt Annahme des Entwurfes B.

Nach § 1 des Entwurfes hat nun die Sicherung zu erfolgen durch Eintragung einer Bauhypothek und, soweit die der Bauhypothek vorhergehenden Belastungen den Baustellenwerth übersteigen, durch Hinterlegung von Geld und Werthpapieren.

§ 5 schreibt vor: Der Baustellenwerth ist durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde nachzuweisen.

Meine Herren! Ich halte diese Bestimmungen für unannehmbar, weil sie in hohem Grade geeignet sind, Erschwerungen aller Art hervorzurufen. Einmal würde eine erhebliche Verzögerung der Ertheilung der Bauerlaubniss eintreten durch die mehr oder weniger bureaukratische Manier, mit welcher die Behörde — das Bauschöffenamts — der die Schätzung des Baustellenwerthes obliegen würde, arbeiten müsste. Dann aber würde die Schätzung selbst ein sehr zweischneidiges Ding sein. Ich lege weniger Werth darauf, dass durch eine zu niedrige Schätzung wohlerworbene

Rechte beeinträchtigt werden könnten, als darauf, dass die Schätzungen, und seien sie von noch so sachverständiger Seite bewirkt, in der Regel keinen praktischen Werth haben, weil in den meisten Fällen der gemeine Werth eines Grundstückes nicht zuverlässig festzustellen ist. Beachten Sie die Fälle, die allein maassgebend sein können, die Zwangsverkäufe. Sie werden da sehen, dass fast ohne Ausnahme zu hoch geschätzt ist. In der Zeit, welche zwischen der Feststellung des Bauwerthes und der Fertigstellung des Baues bzw. der Zwangsversteigerung liegt, kann sich eben sehr viel ereignen, was den Werth des Grundstückes beeinflusst. Hier in Braunschweig ist es jedenfalls eine alte Erfahrung, dass ein bebautes Grundstück bei dem Zwangsverkauf meistens unter dem Herstellungs- und dem Baustellenwerth verkauft werden muss. Die Gefahr liegt mithin nahe, dass gerade durch den vermeintlichen Schutz, der durch die Werthfeststellung bewirkt werden soll, die Interessenten in Verlust gerathen, weil dadurch ihre eigene Vorsicht eingeschläfert wird. Auch in den Vereinigten Staaten kennt man die vorherige Werthfeststellung nicht. Ich halte diese Werthfeststellung aber auch in anderer Hinsicht für gänzlich unnöthig. Woher kommen die Verluste der Baugläubiger? In den bei Weitem meisten Fällen nicht dadurch, dass ein Grundstück zu theuer erworben ist, sondern durch die Unreellität der Unternehmer und durch Belastungen und Schiebungen, die nach Uebernahme der Arbeiten während des Baues eintreten. Dies kann vollständig dadurch verhindert werden, dass, wie von unserer Handelskammer bereits im Jahre 1894 vorgeschlagen sei, einfach bestimmt wird: Nach Ertheilung der Baukonzession dürfen Hypotheken mit Vorrecht vor den Bauhypotheken nicht mehr eingetragen werden. Mehr als dies kann verständiger Weise nicht verlangt werden. Die einfache Vorsicht, sich vor Uebernahme des Auftrages nach der Belastung des Grundstückes zu erkundigen, und, falls dasselbe über Werth belastet erscheint, den Auftrag nicht anzunehmen, muss doch auch jedem Bauhandwerker zugemuthet werden. Wendet er diese nicht an, so ist es nicht Aufgabe des Staates, ihn zu schützen. Man würde dadurch eine privilegierte Klasse von Gläubigern schaffen und die Unzufriedenheit weiter Kreise und die Ansprüche an den Staat noch immer mehr steigern.

Auch gegen den Schutz der mittelbaren Bauforderungen, die Bestimmungen betreffs der Nachmänner, muss ich mich aussprechen. Nachmänner sind nach dem Gesetze diejenigen, denen von dem ersten Unternehmer, der mit dem Bauherrn oder dem Hauptunternehmer abgeschlossen hat, dieser Vertrag ganz oder zum Theil abgetreten wird. Es entstehen dadurch erhebliche Erschwerungen, wie jeder zugeben wird, der die Bestimmungen der §§ 6a und 6b in dem Entwurf B. nachliest. Immerhin müsste man sich damit abfinden, wenn ein Bedürfniss zum Schutz der Nachmänner anzuerkennen wäre. Dass dies der Fall ist, muss ich

aber bestreiten. Wenn jetzt B., der von A. einen Theil des diesem vom Bauherrn oder Hauptunternehmer überwiesenen Auftrags erhält, in Verlust geräth, so ist in den meisten Fällen der Grund nicht der, dass A. den B. absichtlich betrügt, sondern der, dass A. wegen Nichterfüllung der Verbindlichkeiten des Hauptunternehmers nun auch seinerseits in Zahlungsschwierigkeiten kommt und bei noch so gutem Willen B. nicht gerecht werden kann. Ist aber A. durch seinen Antheil an der Bauhypothek vor Verlust geschützt, so ist auch B. dadurch genügend geschützt. Der Schutz der mittelbaren Bauforderungen erscheint daher nicht erforderlich.

Ich wende mich ferner gegen die Bestimmung des § 7 Abs. 4 des Gesetzes, wonach die Einsicht der Erklärungen und Verträge (also die Preisangaben u. s. w.) jedem gestattet sind. Meines Erachtens geht das zu weit und es genügt, dass, wie etwa jetzt die Grundbücher, die Einsicht der erwähnten Angaben jedem gestattet sein soll, der ein Interesse nachweisen kann.

Ein wichtiger Punkt des Gesetzes ist nun noch die Einsetzung des Treuhänders. § 22 sagt darüber: »Auf Antrag des Baugeldgebers ist zur Vermittelung der von ihm zu leistenden Zahlungen ein Treuhänder zu bestellen. In diesem Falle begründen alle durch diesen geleisteten Zahlungen den Vorrang vor der Bauhypothek, sofern der Baugeldgeber durch Anhang auf dem Bau bekannt gemacht hat, dass er durch Vermittelung des Treuhänders Zahlung leisten werde.« Meine Herren! Ich halte diese Bestimmung für sehr zweckmässig, da sie den Bankinstituten, welche sich mit der Hergabe von Baugeldern befassen, eine Erleichterung der Geschäftshandhabung verschafft und bin daher für Annahme dieser Bestimmung.

Meine Herren! Ich komme zum Schluss. Zuvor möchte ich aber noch kurz Ihnen über die Auslassungen der Handelsvertretungen, welche sich mit den Gesetzentwürfen befasst haben, Auskunft geben. Von 23 Handelskammern, die sich bisher über das Gesetz geäußert haben, sind es nur zwei, Mülheim a. Rh. und Göttingen, welche zustimmen, eine, München, stimmt nur bedingt zu, und 20 sprechen sich gegen das Gesetz aus. Das zustimmende München hält Entwurf B. »für zu weitgehend und mit grossen Belästigungen für den Bauherrn verbunden«. Entwurf A. »entspricht nicht in allen Theilen seinem Zweck, er bringt vielmehr dem soliden Bauherrn und Unternehmer unnöthige Erschwerungen«.

Unter den 20 ablehnenden Handelskammern befinden sich Breslau, »welches grundsätzlich gegen alle gesetzgeberischen Maassnahmen mit dem Charakter der Gelegenheits- und Ausnahmegesetze ist«, Brandenburg, welches »keinen Nothstand anerkennt« und in Bezug auf die Feststellung des Baustellenwerthes ganz unseren Standpunkt einnimmt, Augsburg, welches sagt: »Je mehr Schutz der Staat gewährt, je weniger lernen die Leute selbst für

sich zu sorgen«, Barmen, Strassburg, Posen, Bielefeld, Düsseldorf, Nürnberg u. a. m.

Meine Herren! Wenn ich mir die ablehnenden Gründe dieser grossen Zahl von Handelskammern auch nicht zu eigen mache, so bestärken sie mich aber doch in der Ueberzeugung, dass wir dem Gesetze alle erschwerenden und unnöthigen Bestimmungen fern halten müssen. Ich beantrage daher eine Resolution in diesem Sinne, deren Wortlaut ich vorschlage, von dem Bureau feststellen zu lassen:

»Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist nach wie vor der Ansicht, dass der Schutz der Bauforderungen gesetzlich zu regeln ist. Sie hält die Entwürfe eines Reichsgesetzes betreffend die Sicherung der Bauforderungen vom September 1901 in der Hauptsache für zweckentsprechend, muss sich aber gegen einzelne Bestimmungen derselben mit Entschiedenheit aussprechen, besonders gegen die, welche die Feststellung des Baustellenwerthes betreffen. Sie hält diese für erschwerend und unnöthig, da die Baugläubiger schon dann genügend gesichert sind, wenn die Baustelle, nach Eintragung des Bauvermerks, nicht mehr durch andere der Bauhypothek vorhergehende Eintragungen belastet werden kann. Sie glaubt auch, dass auf den Schutz der mittelbaren Bauforderungen verzichtet werden kann, weil die Sicherung der Vormänner nach allen Erfahrungen auch den Nachmännern genügende Gewähr giebt. Ferner ist die Handelskammer der Meinung, dass ein Unterschied zwischen Bauhandwerkern und Lieferanten nicht zu rechtfertigen ist und daher der § 6 des Entwurfes B. anzunehmen ist. Endlich hält sie die Bestimmung des § 7 Abs. 4, dass die Einsicht der Erklärungen und Verträge jedem gestattet sein soll, für zu weitgehend und schlägt vor, zu sagen statt jedem, jedem, der ein nachweisbares Interesse an dem Bau hat.«

Meine Herren! Sie haben gehört, dass meine schwersten Bedenken sich gegen die Festsetzung des Baustellenwerthes richten. Im Hinblick auf die Wichtigkeit, welche dieser Punkt hat, möchte ich zu meiner Unterstützung noch eine Autorität auf diesem Gebiete anführen. Der bereits genannte Dr. Solmsen sagt am Schlusse seines vorerwähnten Buches:

»Eine Gesetzgebung, die den aus diesen Erscheinungen (den wirtschaftlichen) abzuleitenden Lehren keine Beachtung schenkt, muss Schaden stiften. Das amerikanische Schutzrecht hat wohlthätig gewirkt, weil es sich den Forderungen des Wirthschaftslebens anschloss und den Baugläubiger zur Initiative erzog. Es fordert von ihm, dass er vor der Betheiligung an dem Bau über dessen finanzielle Fundirung klar werde und die Bilanz des Unter-

nehmens während dessen Fortschreitens verfolgt. Es schliesst die für denselben Bau thätigen Handwerker und Lieferanten zu einer Gemeinschaft zusammen, deren Interessen sich der Einzelne im Hinblick auf das von Allen erstrebte Ziel unterordnen muss, um dafür durch das Ergebniss der vereinten Arbeit Aller gesichert zu werden. Das amerikanische Recht kennt keine Behörde, die bevormundend feststellt, wieviel das zu bebauende Grundstück werth ist, sondern es fordert, dass sich der Baugläubiger selber, ebenso wie jeder andere Kaufmann, die zahlenmässigen Unterlagen verschafft.

Will man dem Handwerker und Lieferanten wahrhaft helfen, so ahme man dieses Beispiel nach. Man gebe dem Baugewerbe ein Gesetz, dass sich als streitbare Waffe schwingen lässt, überlasse aber dem Einzelnen, sie zu führen so gut er vermag. Der Einzelne wird dann lernen, seine Interessen wahrzunehmen und das Schutzrecht wird schliesslich, ebenso wie dies in den Vereinigten Staaten längst der Fall ist, mehr durch die Möglichkeit seiner Anwendung als durch seine Anwendung selbst Nutzen stiften.«

Meine Herren! Ich würde die Bedeutung dieser Worte nur abschwächen, wenn ich ihnen etwas hinzufügte.

Die Handelskammer sieht von einer definitiven Beschlussfassung bezüglich des vorliegenden Gesetzentwurfes vorläufig ab und stellt nur einige allgemeine Grundsätze auf, um sie Herrn Kommerzienrat Gutkind für die Kommissionsberatungen in Berlin (siehe Geschäftsbericht) als Unterlage mitzugeben und zwar:

1. Eine räumliche Einschränkung der Sicherung der Bauforderungen nach § 1 des Entwurfes ist zweckmässig.
2. Eine Festlegung des Baustellenwerthes ist nicht zu empfehlen.
3. Als Baugläubiger sind Bauhandwerker und Lieferanten anzusehen.
4. Eine Einbeziehung der Nebenmänner nach Entwurf B. ist nicht wünschenswerth.

Zur weiteren Behandlung der Frage betreffend die Sicherung der Bauforderungen wird eine Kommission, bestehend aus den Herren Gerecke, Gutkind und Liebold ernannt.

V. Eingabe des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, betreffend die Stellungnahme der Handelskammern gegen den Verband.

Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Lemmer.

Die Handelskammer Brandenburg hat an die geschäftsführende Stelle des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern ein Schreiben gesandt, in welchem sie über die Gepflogenheiten des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Klage führt. Es würden

den Handlungsgehilfen Fragebogen seitens des Vereins zugeschickt, durch die bis ins Einzelne über das Geschäft, den Prinzipal und seine Charaktereigenschaften Auskunft verlangt werde. Es würde weiter von denjenigen Handlungsgehilfen, welche dem Verbands angehörten, eine Art Kontrolle über den Ladenschluss geführt, so dass Fälle vorgekommen seien, bei denen Ladeninhaber auf die Denunziation von Handlungsgehilfen bzw. vom Verbands hin wegen leichter Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen über den Ladenschluss gerichtlich bestraft worden seien. (Referent verliest alsdann den Wortlaut eines solchen Fragebogens.)

Gegen das Vorgehen der Handelskammer Brandenburg sei nun seitens des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes an die einzelnen, dem mitteldeutschen Verbands angehörenden Kammern eine Eingabe gerichtet, in der der Verband sich zu rechtfertigen sucht. (Es werden darauf Theile dieser Eingabe verlesen.)

Die Kammer sieht von einer Stellungnahme gegen den Verband vorläufig ab, da diese Angelegenheit auf der nächsten Sitzung des Verbandes mitteldeutscher Handelskammern zur Sprache kommen soll.

VI. Antrag der Handelskammer Hannover, betreffend das Auktionswesen, insbesondere Erlass von Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Auktionatoren.

1. Berichterstatter: Herr Tielecke.
2. Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt.

Die Herren Berichterstatter führen Folgendes aus:

Die Handelskammer zu Hannover hat im August v. J. an das Königl. Preussische Ministerium des Innern eine Eingabe betreffend Erlass von Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Auktionatoren gerichtet. In derselben wird darum gebeten, dass, wie es in Bayern durch die bayrische Verordnung vom 1. November 1900 bereits geschehen sei, auch in Preussen auf Grund der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juli 1900 Verordnungen zur Regelung des Versteigerungswesens erlassen würden. Zur Beseitigung der Missstände, die sich beim Auktionswesen herausgestellt hätten, sei es erforderlich, dass der Geschäftsbetrieb der Auktionatoren behördlicher Konzession unterliege und zur Erleichterung der Kontrolle ein Geschäftsregister eingeführt werde, in welches die Angaben des Auftraggebers sowie Angaben über den Verlauf der Auktion einzutragen seien. Um die Herkunft der Waare feststellen zu können, sei die Beseitigung der Fabrikbezeichnung zu verbieten. Die Versteigerungsbekanntmachung müsse Namen und Wohnort des Auftraggebers enthalten und habe sich im Uebrigen von allen verleichen Angaben freizuhalten. Eine Bekanntmachung über die der Versteigerung unterliegenden Sachen, sowie die Bestim-

mungen über den Gewerbebetrieb der Auktionatoren seien an sichtbarer Stelle im Auktionslokale auszuhängen. Alte und neue Gegenstände seien getrennt zu versteigern; längere Unterbrechung der Versteigerung oder plötzliche Zurückziehung von Waaren, auf die nicht genügend geboten wird, seien zu verbieten. Um die ursprüngliche Form des Gewerbes wieder herzustellen und den Auktionator wieder, wie früher, zum Beauftragten, nicht zu einem selbständigen Unternehmer zu machen, sei die Versteigerung eigener Waaren zu verbieten. Zur Ermöglichung einer genauen Ueberwachung durch die Behörde sei ausser bei der Versteigerung von Gegenständen, die leicht dem Verderben ausgesetzt sind, die behördliche Genehmigung zur Auktion nachzusuchen. Endlich wünscht die Kammer auch noch Bestimmungen gegen das unlautere Geschäftsgebahren gewerbsmässiger Mitbieter, der sogenannten Dremmler und Kippemacher. Die Auktionslokale müssten hygienischen sowie bau- und feuerpolizeilichen Anforderungen, wie sie sonst an öffentliche Lokale mit grossem Menschenverkehr gestellt würden, entsprechen. —

Inzwischen ist ein preussischer Entwurf erschienen, der das Gewerbe des Auktionators im Einzelnen regelt.

Da diese Vorschriften sich einerseits auf Preussen beziehen, andererseits die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie ausgeschlossen erscheint, so ist es nicht Aufgabe der hiesigen Handelskammer, in eine Prüfung der Vorschläge einzutreten; es wird vielmehr beschlossen, an die Herzogl. Landesregierung das Ersuchen zu richten, baldmöglichst einen Gesetzentwurf über den Geschäftsbetrieb der Auktionatoren vorzubereiten.

VII. Eingabe des Centralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender, betreffend die Einführung von Gewichtsstücken zu 250 g und 125 g und die Ausprägung von Scheidemünzen im Nennwerthe von 25 Pfg.

Berichterstatter: Herr Baumgarten.

Referent bemerkt einleitend, dass der Centralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender an den Staatssekretär des Innern die Bitte gerichtet habe, er möge auf die Einführung von Gewichtsstücken zu 250 g und 125 g und auf die Ausprägung von Scheidemünzen im Nennwerth von 25 Pfg. hinwirken. Gleichzeitig habe der Centralverband sich an die Handelskammer mit der Bitte um Unterstützung ihres Gewerbes gewandt.

Referent fährt dann fort, er habe es nicht versäumt, mit einem Theil seiner Kollegen darüber zu sprechen, die sich allgemein dahin äusserten, dass es von Vortheil wäre, wenn diese Bitte bald erfüllt würde. Man habe die Ansicht, dass es fast zur Unmöglichkeit gehöre, von der alten Sitte, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Pfd. zu ver-

kaufen, abgehen zu können. Dass andererseits das Zusammen-suchen der Gewichtsstücke höchst unbequem und zeitraubend sei, liege auf der Hand. Das Fehlen eines $\frac{1}{4}$ Pfundstückes bringe aber auch sehr oft Schaden für den Käufer mit sich, da es namentlich in manchen Aufschnittgeschäften Sitte geworden sei, beim Verkauf dieser Gewichtsmenge nur 120 g auf die Schaafe zu legen. Referent richte daher an die Handelskammer die Bitte, den Antrag auf Einführung der Gewichtsstücke von 250 g und 125 g zu unterstützen.

Betreffs der Ausprägung von Scheidemünzen im Nennwerth von 25 Pfg. könne er sich nicht dem Antrage des Centralverbandes anschliessen. Mit dem jetzigen Stückgeld der 5 und 10 Pfennigstücke liesse sich sehr gut auskommen; dies sei auch die Meinung der von ihm befragten Geschäftsleute. Er bitte daher, diesem Antrage nicht zustimmen zu wollen.

Die Kammer beschliesst den Anträgen des Referenten gemäss.

VIII. Antrag der Handelskammer für das Herzogthum Oldenburg, betreffend Abänderung der Konkursordnung.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Die Handelskammer für das Herzogthum Oldenburg hat an den Reichstag das Ersuchen gerichtet, eine Ergänzung der Bestimmung des § 107 Abs. 2 der Reichs-Konkursordnung in dem Sinne zu veranlassen, dass ebenso wie die Namen derjenigen bekannt gemacht würden, über deren Vermögen der Konkurs thatsächlich eröffnet sei, auch eine Veröffentlichung der Namen derjenigen erfolge, bezüglich deren der Konkurs mangels Masse nicht eröffnet werden könne.

Die Versammlung beschliesst, diese Eingabe zu unterstützen.

IX. Eingabe des Verbandsvorstandes des Vereins Creditreform zu Leipzig, betreffend Nichtabschaffung der Wechsel über Beträge von weniger als 100 Mk.

Berichterstatter: Herr Stadtrath Ballin:

Der Verbandsvorstand des Vereins Creditreform in Leipzig ersucht mittelst Schreiben vom 22. Februar d. J. die Handelskammer, dessen Eingabe an den Deutschen Handelstag, betreffend Nichtabschaffung der Wechsel über Beträge von weniger als 100 Mk. zu unterstützen. Veranlasst ist der genannte Verein zu seinem Ersuchen durch einen Antrag der Handelskammer Heidenheim vom 23. November 1901 beim Deutschen Handelstage, derselbe möge ein gesetzliches Verbot der Ausgabe von Wechseln unter 100 Mk. erstreben.

Referent ist der Ansicht, dass diese Beschränkung nicht gutzuheissen sei. Dass Missstände bei den kleineren Wechseln vorkämen, gebe er zu, solche zeigten sich aber auch bei Wechseln

auf grössere Beträge. Der kleine Wechsel werde in den meisten Fällen erst ausgestellt, nachdem die Zahlung bereits fällig gewesen, und es bilde so der Wechsel eine Verlängerung der Zahlungsfrist. Er — der Wechsel — habe darum unter manchen anderen den Vorthail, dass der Gläubiger bezw. Lieferant der Waaren eine vom Schuldner anerkannte Forderung geltend machen könne, während gegen jede andere Forderung von dem böswilligen Schuldner noch alle möglichen Einreden geltend gemacht werden könnten. Referent empfiehlt daher die Unterstützung obengenannter Eingabe.

Die Kammer schliesst sich den Ausführungen des Referenten an.

Schluss der Sitzung 5 Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:

Jüdel,

Kommerzienrath.

Der Protokollführer:

Dr. W. Schmidt,

wissenschaftlicher Hilfsarbeiter.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Frachtermässigung für Rohspargel.

Die Handelskammer hat einen Antrag des »Vereins für Gemüsebau« hierselbst, um Beförderung von Rohspargel als Eilgut zu den Frachtgutsätzen bei dem Königlichen Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten unterstützt.

Handelsgebrauch im Handel mit Ammoniak-Superphosphat.

Die Handelskammer hat in einer vor dem Herzoglichen Landgerichte hierselbst schwebenden Civilprozesssache folgendes Gutachten abgegeben:

1. Es ist Handelsgebrauch, dass per Frühjahr gekaufter künstlicher Dünger nach Anfordern innerhalb einer Frist von 8 bis 14 Tagen zu liefern ist.
2. Der Käufer kann, wie schon zu 1 gesagt, beim Kaufe »per Frühjahr« nicht sofortige Lieferung verlangen, sondern muss eine Lieferfrist von 8 bis 14 Tagen gewähren.

Gutachten.

Die Handelskammer hat sich auf Ersuchen des Herzoglichen Amtsgerichts Holzminden in einer Prozesssache gutachtlich wie folgt geäußert:

Als handelsüblich ist anzusehen, dass Sauerkraut nicht nach Gewicht, sondern nach Fass (Oxhoft) gehandelt wird. Zur Ver-

wendung kommen im Allgemeinen daher gebrauchte Bordeauxfässer (Oxhoft) aus Eichenholz, mit eisernen Reifen (meist auch hölzernen Stirnreifen) versehen.

Werden Fässer besonders angefertigt, so sind sie aus genügend undurchlässigem Material herzustellen, um den Gärungsprozessen Widerstand zu leisten. Dass nicht Holzreifen, sondern Eisenreifen verwendet werden müssen, lässt sich in dieser Allgemeinheit nicht behaupten, da auch Holzreifen bei sorgfältiger Arbeit und hinreichender Stärke und Menge genügen. Dagegen wird regelmässig die Verwendung von Fichtenholz für Deckel und Boden bei Versand grösserer Mengen (über 125 Pfd.) namentlich in den Gärungsmonaten als unzureichend anzusehen sein, wenngleich auch hier die mehr oder weniger sorgfältige Vornahme der Verschliessung des Fasses von wesentlichem Einfluss ist.

Gutachten.

Die Handelskammer hat auf Ersuchen des hiesigen Herzoglichen Amtsgerichts in einer Prozesssache sich dahin geäussert, dass unter der Bemerkung »frachtfrei verzollt Leipzig« und »frachtfrei Leipzig« im Allgemeinen die spesenfreie Lieferung der Waaren bis zum Bahnhof Leipzig zu verstehen sei.

Sachverständige für das gesammte Speditions- und Möbeltransportwesen.

Der Kaufmann August Homilius und der Fuhrwerks- und Möbeltransportgeschäfts-Inhaber Wilhelm Maue, hierselbst, sind von der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig als Sachverständige für das gesammte Speditions- und Möbeltransportwesen zugelassen und vom Herzoglichen Amtsgerichte vereidigt worden.

Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Die Ausfuhr aus dem Konsulatsbezirk Braunschweig nach den Vereinigten Staaten von Amerika im ersten Quartal 1902 betrug 843 128 Mk. 39 Pfg. gegen 1 162 772 Mk. 45 Pfg. im ersten Quartal 1901. Bedeutend geringer war die Ausfuhr an Chemikalien, während fast alle anderen Positionen, namentlich Düngesalze, Zunahme aufzuweisen haben. Die bedeutendsten Posten sind lebende Thiere 46 514 Mk. 80 Pfg. (27 739 Mk. im ersten Quartal 1901), Chemikalien 267 552 Mk. 95 Pfg. (746 246 Mk. 14 Pfg.), Farben 33 623 Mk. 87 Pfg. (23 957 Mk. 42 Pfg.), Glas und optische Gläser 122 082 Mk. 49 Pfg. (128 697 Mk. 43 Pfg.), Handschuhe und Handschuhleder 68 296 Mk. 56 Pfg. (36 100 Mk. 4 Pfg.), Düngesalze 213 274 Mk. 74 Pfg. (126 729 Mk. 41 Pfg.).

Br. Anz.

Fernsprechverkehr.

Der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig und Sorge ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 50 Pfg. — Der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Berenbrock und Wedtlenstedt andererseits ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch nach Berenbrock beträgt 50 Pfg., nach Wedtlenstedt 20 Pfg.

Br. Anz.

Reichsbanknebenstellen.

In Elmshorn wird am 21. April cr. und in Itzehoe wird am 22. April je eine von der Reichsbankstelle in Altona a. E. abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet werden. Ferner wird in Einbeck am 15. April d. J. eine von der Reichsbankstelle zu Kassel abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet werden.

Berichtigung.

In dem Berichte über die Konservenfabrik von Max Koch (in voriger Nummer der Monatsschrift Seite 31) muss es statt 136000 heissen: **13600** Ctr. Spargel.

D. Red.

Bericht

über

die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung gewerblicher Etablissements.

An die Besichtigung der Konservenfabrik von Max Koch schlossen sich die Besichtigungen des Elektrizitäts-Kraftwerkes und des Elektrizitäts-Lichtwerkes an. Vor Beginn derselben erstattete Herr Direktor Major Ribbentrop folgenden Erläuterungsbericht:

Sie haben im Laufe der Besichtigungen, die Sie bisher vorgenommen haben, Fabriken und Anlagen in Augenschein genommen, in denen Material verarbeitet, Gegenstände fabriziert wurden, über welche Sie sich Rechenschaft ablegen konnten. Bei den Anlagen, die Sie nunmehr besichtigen werden, ist dieses nicht der Fall. Wir fabriziren ein Etwas, von dem wir nicht wissen, was es ist und woraus es besteht. Lautlaus treibt die Dampfkraft die Wellen der Dampfmaschinen, auf welchen die Dynamomaschinen sitzen, die ohne irgend welchen erkennbaren Effekt elektrische Energie fabriziren. Spielend scheinen sich die Dynamomaschinen auf den Wellen zu drehen, spielend scheint die Dampfkraft jene im Gange zu erhalten. Der Schein trägt

hier. So schafft z. B. die grosse Maschine, welche Sie sehen werden, in einem Moment eine Kraft von 600 PS., die vielleicht in dem Bruchtheil einer Sekunde auf 60 und noch weniger heruntergeht, um kurze Zeit darauf wiederum auf 600 PS. anzu-
steigen.

Die Drehung der Dynamomaschine geht in einem magnetischen Felde vor sich. Dies Feld wird durch die grossen Magnete, welche die Dynamos umgeben, erzeugt. Die sechszehn Magnete, die mit vielen isolirten Kupferdrahtwindungen umwickelt sind, erzeugen zur Hälfte positiven, zur Hälfte negativen Magnetismus. Gleiten die Leiter, aus welchen der Kranz der Dynamomaschine besteht, an den Magneten vorbei, so wird in ihm bald positive, bald negative Elektrizität erzeugt, welche von dem Leiter durch den Kommutator auf die Kohlenbürsten und von diesen durch den Kabel auf der Strassenbahncentrale Richmond auf die Oberleitung und auf die Schienen, auf dem Lichtwerke auf die Aussenleiter übertragen wird.

Unerkennbar gleitet die elektrische Energie an den Drähten dahin, um in Wolfenbüttel, am Schützenhause, in Gliesmarode u. s. w. die Strassenbahnwagen zu treiben, in Oelper und in der Stadt Braunschweig Licht und in vielen gewerblichen Anlagen Kraft zu spenden, und so Tausenden als bequemes Beförderungsmittel zu dienen oder ihnen Licht und Kraft zu liefern. Keine Kraft wie die Elektrizität ist im Stande, solche Dienste bequem und unbemerkt, ohne unbequem zu werden, zu leisten. Die Strassenbahn beförderte im Jahre 1900 rund 8 000 000 Personen. Das Lichtwerk speiste Ende Oktober 12 947 Glüh- und 473 Bogenlampen, 185 Motore. Ganz besonders sei auf den Nutzen der letzteren hingewiesen, die das Kleingewerbe wieder in die Lage setzen werden, mit der erdrückenden Grossindustrie konkurriren zu können. Es sind Motore von 1/16 PS. bis 40 PS. in Thätigkeit, die in Buchdruckereien, Schlachtereien, Bäckereien, Zuckerwaarenfabriken, bei medizinischen Apparaten, Lichtbädern u. s. w. Verwendung finden.

Soll ich das Wesen dieser Energie zu erklären versuchen, so kann ich solches nicht besser thun, als wenn ich auf den Wasserstrom, der viele Aehnlichkeit mit dem elektrischen Strome hat, zurückgreife. In unserem Wasserwerke im Bürgerpark heben Maschinen das Wasser in die Höhe und vertheilen es an die ganze Stadt. In unseren Centralen hier und auf der Wilhelmstrasse laufen Maschinen, welche die elektrische Energie auf eine gewisse Druckhöhe, in Volt ausgedrückt, setzen und sie gleich wie der Wasserthurm nach dem Schützenhause und über die ganze Stadt vertheilt, in das entfernteste Ende der angeschlossenen Kabel bis nach Wolfenbüttel und nach den Endpunkten unserer Linien leiten. Unsere Maschinen, die hier auf Richmond und im Lichtwerk arbeiten, haben dieselbe Aufgabe wie die Maschinen der Pumpstation. Diese drücken das Wasser auf eine Höhe von

rund, sagen wir 150 Fuss, unsere Maschinen drücken die elektrische Spannung auf eine Druckhöhe von rund 500 Volt. Gleich wie in den Wasserröhren durch den Druck des Wasserwerkes das Wasser über die Stadt in den Röhren verbreitet und den Abnehmern zugeführt wird, drücken unsere Maschinen die elektrische Energie in eine gewisse Spannung (man wolle mir diesen Ausdruck gestatten) zusammen, die sie befähigen, die Energie über das ganze an unsere Centralen angeschlossene Gebiet zu vertheilen. Ebenso wie das Aufdrehen des Zapfhahnes die latenten Kräfte des Wassers frei und von den angeschlossenen Wasserabnehmern benutzt werden, wird auch die elektrische Energie bei unseren Stromabnehmern frei, indem sie den Ausschalter drehen und der elektrischen Energie freien Weg gestatten, um die Lampen zu speisen, den Motor zu drehen oder den Heizapparat in Thätigkeit zu setzen.

Nicht allein unsere Maschinen versenden den Strom direkt an unsere Theilnehmer, sondern sie speichern denselben auch auf in Akkumulatorenbatterien, die die Stelle des Hochreservoirs der demnächsten Wasserleitungsanlage am Giersberge vertreten. Wird dort der Wasserdruck dadurch geschaffen, dass das Wasser des Dowesees auf eine bestimmte Höhe gehoben und den Abnehmern zugeführt wird, so wird die elektrische Energie in unseren Akkumulatorenbatterien dadurch erzeugt, dass die elektrische Energie in chemische Energie umgesetzt wird, die für die Betriebe jederzeit zur Verfügung steht. Diese elektrischen Hochreservoirs, wie wir sie im Strassenbahnbetrieb aufgestellt haben, fangen die Stromstösse, welche z. B. durch das gleichzeitige Anfahren vieler Wagen hervorgebracht werden, auf, sie geben in diesem Moment die in ihnen aufgespeicherte Energie ab, während sie in Momenten, wo die Strassenbahn nur einen geringen Strombedarf, wie z. B. in den Morgenstunden nothwendig hat, die von den Maschinen unnöthig erzeugte Energie aufnehmen.

Ein derartig grosses Hochreservoir werde ich Ihnen in der Lichtcentrale, Wilhelmstrasse 68, vorführen. Es werden in der dortigen Akkumulatorenbatterie chemische Kräfte aufgespeichert, die 4000 Lampen drei Stunden oder rund 10 000 Lampen eine Stunde lang brennend erhalten können.

Der Komplizirtheit der Materie halber kann ich mich hier nicht in weitere Auseinandersetzungen einlassen und bitte Sie, mir zu folgen, unsere Anlagen zu besichtigen und Erklärungen, welche Sie weiter zu haben wünschen, von mir zu fordern.

Die Besichtigung des Kraftwerkes selbst erfolgte in drei Kolonnen und erstreckte sich auf den Dampfkesselraum, den Dampfmaschinenraum mit dem Schaltbrett für alle Strassenbahnlinien, die Wagenremise und den Reparaturraum. Der letztere erregte neben dem Maschinenraume das grösste Interesse, konnte man hier doch die einzelnen Theile der Motoren sowie die Einlagerung und Erneuerung derselben in Augenschein nehmen.

Vom Kraftwerke führen die Theilnehmer mit einem elektrischen Extrazuge zum Lichtwerke. Dasselbe ist erst im Jahre 1900 in Betrieb gesetzt worden. In einem geräumigen Saale befinden sich die grossen Dynamomaschinen, und über diesem, schon über der ebenen Erde liegenden Saale, befindet sich die Dampfesselanlage, also unter dem Dache. In Seitenräumen ist die von Herrn Major Ribbentrop erwähnte Akkumulatoren-Batterie untergebracht. Die ganze Anlage machte auf die Theilnehmer einen grossen Eindruck, welcher noch durch die Vorführung der Verwendbarkeit der Elektrizität zu den verschiedensten häuslichen Verrichtungen, z. B. Plätten, Heizen, Kochen, Trocknen u. s. w., erhöht wurde. Die Theilnehmer fanden hier sogar Gelegenheit, auf elektrischem Wege gekochte warme Würstchen probiren zu können.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1901.

I. Theil: Industrie.

1. Bergbau, Hütten- und Salinenwesen.

C. Salz.

Die Produkte der Deutschen Salinen haben im Jahre 1901 einen guten Absatz im Inlande gefunden, wenn sie auch nicht ganz die hohe Absatzziffer des Vorjahres erreichten. An dem Rückgange sind sämmtliche Gebiete des Deutschen Reiches, mit Ausnahme von Bremen, Hannover, Braunschweig und Pommern, beteiligt; man geht daher in der Annahme nicht fehl, dass die Einschränkung des Verbrauches an Siedesalz von der allgemeinen wirthschaftlichen Lage beeinflusst ist und dass aus Sparsamkeitsrücksichten das billigere Steinsalz besonders zu gewerblichen und landwirthschaftlichen Zwecken eine ausgiebigere Verwendung gefunden hat als bisher. Die Einfuhr englischen und niederländischen Salzes ist zwar wieder gestiegen und hat die westlichen Gebiete mehr, als es sonst der Fall gewesen, mit betroffen, doch ist die Mehreinfuhr zu geringfügig, um den Rückgang des gesammten Absatzes zu begründen.

Der Absatz im Zollinlande betrug

1901: 481021 t deutsches	1900: 498327 t
18890 t englisches und	17950 t
2080 t niederländisches Salz	1650 t
<u>501991 t</u>	<u>517927 t.</u>

Der Preisstand war in Folge des starken Angebotes von ausländischem Salz, welches bei der Einfuhr über See keiner Zollschranke begegnet, in allen westlichen, nördlichen und östlichen Gebieten gedrückt; die Salinen sind daher genöthigt, die im Vorjahre um ein Geringes erhöhten Preise in den übrigen Gebieten zu halten.

Der Salzreichthum des Herzogthums Braunschweig ist durch den Eintritt der Gewerkschaft Hedwigsburg in die Salinenindustrie in hervorragender Weise weiter erschlossen.

Der Absatz der Braunschweigischen Salinen an Konventionssalz, d. h. solchem Salz, welches vertragsmässig bei den Verrechnungsstellen der Deutschen Salinen-Vereinigung anzumelden ist (Speisesalz, Viehsalz und Kleingewerbesalz) betrug im Berichtsjahre:

von der Herzoglichen Saline Schöningen . . .	5 397 942 t
von der Gewerkschaft Hedwigsburg . . .	10 674 600 t
von der Aktiengesellschaft Thiederhall . . .	1 569 100 t
zusammen	17 641 642 t

Im Herzogthume selbst wurden abgesetzt	
von Schöningen . . .	1972,7 t
vom Verbande Norddeutscher Salinen, dem auch die Salinen Hedwigsburg und Thiederhall angehören	1748,0 t
zusammen	3720,7 t
gegen 1900 . . .	3570,5 t
mehr	150,2 t

Die Produktion der Saline Hedwigsburg wird angegeben zu . . . 11 107,8 t

Die Produktion der Saline Thiederhall wird angegeben zu . . . 1 580,5 t

Die Produktion der Herzoglichen Saline Schöningen betrug:

an Speisesalz . . .	5409,7 t	} im gleichen Umfange ab- gesetzt	5729,6 t
an Grausalz . . .	212,3 t		
an Pfannenstein . . .	37,6 t		
an Abfallsalz . . .	70,0 t		
zusammen	18417,9 t		

(Herzogliche Salinen-Administration zu Schöningen.)

D. Braunkohlen.

Der Roh-Kohlenabsatz war auch im Kalenderjahre 1901 ein reger, da die Rohzuckerfabriken während ihrer Kampagne einen erhöhten Kohlenbedarf hatten. — Der Brikettabsatz erfuhr in den ersten neun Monaten eine Steigerung, ging jedoch im vierten Quartal zurück, und es mussten Brikettlagerbestände von 295 607 Ctr. in das Jahr 1902 mit übernommen werden.

Der Betrieb auf den im Kreise Helmstedt belegenen Braunkohlengruben und Brikettfabriken war im Berichtsjahre ein regelmässiger; auf den Werken wurden im Jahre 1901 15 947 547 hl Kohlen gefördert, und 4 579 213 Ctr. Briketts produziert, während im Jahre 1900 die Kohlenförderung 14 968 569 hl Kohlen und die Produktion 3 712 624 Ctr. Briketts betragen hat.

(Braunschw. Kohlenbergwerke Helmstedt.)

II. Industrie der Steine und Erden.

1. Stein-Industrie des Sollings.

Die Sandstein-Industrie des Sollings, in welcher eine erhebliche Anzahl Unternehmer und mehr als 1000 Arbeiter des Weserkreises Beschäftigung finden, hat 1901 besonders in der zweiten Hälfte des Jahres unter dem Drucke der allgemeinen Geschäftsfrauheit recht zu leiden gehabt.

Das Steinplattengeschäft, welches in den früheren Jahren seinen Hauptabsatz nach Südamerika hatte, scheint nicht wieder aufzuleben, und es finden die in geringeren Quantitäten gewonnenen stärkeren Platten nur noch einen beschränkten Absatz als Trottoirplatten und in der chemischen Industrie.

Bedauerlich ist es, dass die in Hamburg und Altona seit Jahren vielfach für die dortigen Trottoire zur Verwendung gekommenen Platten hiesiger Gegend — es sind dort jährlich wohl 30 000 bis 40 000 qm verbraucht — jetzt von englischen Platten verdrängt worden sind, weil letztere bei zollfreiem Eingange und ohne durch die socialpolitischen Gesetze in der Produktion vertheuert zu werden, bei der augenblicklich sehr niedrigen Wasserfracht billiger zu liefern sind, als es von hier aus möglich ist. Es kosten z. B. augenblicklich 200 Ctr. an Wasserfracht von der englischen Produktionsstelle etwa 30 Mk., während die Eisenbahnfracht von Holzminden nach Hamburg 75 Mk. beträgt.

Hierdurch entgeht leider der hiesigen Gegend ein Arbeitsverdienst von etwa 100 000 Mk.

Das ausgedehnte Werksteingeschäft litt gleichfalls bei der geringen Bauthätigkeit sehr, und selbst der Bedarf der bei der Landwirthschaft Verwendung findenden Krippen und Schweinetröge war geringer als im Vorjahre.

Für das Jahr 1902 wird eine noch höhere Flaueheit im Geschäft befürchtet.

2. Vereinigte Harzer Kalk-Industrie, A.-G.

Die Lage und Entwicklung vorgenannten Geschäftszweiges war im Allgemeinen zufriedenstellend, wenn auch der Winter 1900/1901 verhältnissmässig recht ungünstig gewesen ist.

3. Heinrich Brandt, Steingeschäft, Holzminden a. W.

Das verflossene Geschäftsjahr war in dem Steinhauereibetriebe sowie in den stärkeren ungeschliffenen Platten (zu Trottoirs und Fabrikräumen) ein leidliches zu nennen, wohingegen das Geschäft in den dünneren geschliffenen Platten fast vollständig ruhte.

Voraussichtlich wird nun leider auch noch ein bedeutender Rückschlag für dieses Jahr in den stärkeren Platten eintreten, da der »Hamburger Staat« den ganzen Bedarf an Trottoirplatten für

das nächste Etatsjahr von England aus bezieht, und giebt dieses für das hiesige Plattengeschäft einen kolossalen Ausfall.

Sonst ist im Ganzen das Geschäft für dieses Jahr noch sehr ruhig.

4. Glas-Industrie.

Hierüber wird uns berichtet: Zur Lage der Glas-Industrie im Allgemeinen ist mitzuthellen, dass auch hier der allgemeine Niedergang sich durch verringerte Aufträge, schärfere Konkurrenz und reduzierte Preise bemerkbar gemacht hat. Im Uebrigen wird die Glas-Industrie vielleicht nicht so sehr in Mitleidenschaft gezogen werden, weil bei ihr eine so maasslose Ueberproduktion wie auf anderen Gebieten der deutschen Industrie nicht stattgefunden hatte. Der Flaschenarbeiter-Streik fand ausser bei einigen geringwerthigen Elementen der Holzmindener Hütten sonst keine Nahrung. Wie es scheint, werden die Kohlenpreise von ihrer unnatürlichen Höhe herabsteigen, was wohl allgemein als eine grosse Erleichterung empfunden werden wird. Leider ist zu befürchten, dass durch den neuen Tarif der exportirende Theil der Industrie einen schweren Stand bekommen wird; indessen ist eine Berücksichtigung dieser Interessen augenblicklich schwer zu erwarten.

5. Röhren- und Kunststeinfabrik B. Liebold & Co., A.-G., Holzminden.

Auch das verflossene Jahr war betreffs der Witterungsverhältnisse ein günstiges, doch hatte man unter der überall darniederliegenden Industrie mitzuleiden. Aufträge waren nur unter Aufbietung aller Kräfte zu erlangen, und namentlich die Preise für Cementröhren- etc. Fabrikate immer noch weiter gedrückt.

Die Bauausführungen umfassen:

10 zum Theil grössere Kanalisationen, 11 Behälter für Wasser, 18 Brücken, die Herstellung zweier grosser, 40 m hoher Säulen für die diesjährige Düsseldorf Ausstellung, eine Anzahl Wehre, Maschinen- etc. Fundamente, Personentunnel und endlich die Erbauung eines grösseren Wasserwerkes für die Firma Fried. Krupp. Ausserdem führen wir die auf eine dreijährige Bauzeit berechnete Thalsperre in Marklissa mit einem Inhalt von 15000000 cbm aus.

Die Aussichten für 1902 sind bislang noch keine guten zu nennen.

Die Zweigniederlassung Königshütte hat zufriedenstellend gearbeitet.

6. Fürstenberger Porzellanfabrik.

Der ausserordentliche Druck auf allen industriellen Gebieten in Deutschland machte sich naturgemäss auch in der Porzellanbranche bemerkbar, in welcher die Kauflust sehr beschränkt war und sich nur in der durchaus nothwendigen Ergänzung der Haupt- und Stapelartikel bewegte. Da die von der »Vereinigung deut-

scher Porzellanfabriken« festgesetzten Mindestpreise dieser Stapelartikel für eine grosse Anzahl von Fabriken, die für die Fabrikation nicht ganz besonders günstig liegen, bereits unter dem Niveau der Herstellungskosten liegen, so wurde von diesen in dem ebenfalls festgesetzten Verbandsaufschlag von 10 Prozent leider kein genügendes Gegengewicht gefunden. Bei dieser so überaus ungünstigen Lage waren viele deutsche Fabriken gezwungen, den Betrieb einzuschränken, wenn es ihnen nicht rechtzeitig gelungen, durch den Export Ersatz für die fehlenden Inlandordres zu finden. Nur durch die Möglichkeit, unseren Export ausdehnen zu können, hat der Betrieb bis zum Schlusse des Jahres voll aufrecht erhalten werden können.

Zusammenstellung¹⁾

der

wichtigsten Bestimmungen der Handelskammergesetze

von

Preussen	(19. August 1897)	Württemberg . .	(30. Juli 1899)
Braunschweig . .	(19. März 1890)	Sachsen	(4. August 1900)
Coburg	(30. November 1895)	Bayern	(25. Oktober 1889)
Gotha	(9. Juni 1897)	Hamburg	(23. Januar 1880)
Anhalt	(5. April 1898)	Bremen	(1. Januar 1894)
Altenburg	(7. Mai 1900)	Lübeck	(21. Juni 1898)
Oldenburg	(19. Februar 1900)	Hessen (Regierungsvorlage, betr. Entwurf eines neuen Handelskammer- gesetzes, vom 22. Juli 1901)	
Lothringen	(14. April 1897)		
Baden	(11. Dezember 1878 und Ergänz.)		

über

I. die Organisation:

1. Wahlberechtigung,
2. Wählbarkeit,
3. Dauer der Mitgliedschaft,
4. Wahlverfahren.

II. die Aufgaben und Befugnisse der Handelskammern.

I. Organisation.

1. Wahlberechtigung.

Preussen.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. **Diejenigen Kaufleute (natürliche und juristische Personen), die als Inhaber einer Firma in einem der für den Bezirk der Handelskammer geführten Handelsregister eingetragen stehen.**

¹⁾ Die Zusammenstellung erfolgte im Sommer 1901. Die inzwischen erfolgten Trennungen von Handels- und Gewerbekammern in Handelskammern und Gewerbekammern sind daher nicht berücksichtigt.

2. **Diejenigen ein Handelsgewerbe treibenden Gesellschaften und Genossenschaften, die in einem der Handels- oder Genossenschaftsregister des Handelskammerbezirks eingetragen stehen.**
3. Die im Bezirke der Handelskammer den Bergbau treibenden Alleineigenthümer oder Pächter eines Bergwerks, Gewerkschaften oder Gesellschaften, auch wenn sie nicht im Handelsregister oder Genossenschaftsregister eingetragen stehen.
4. **Besitzer von im Handelskammerbezirke belegenen Betriebsstätten, die zu einem ausserhalb dieses Bezirkes stehenden, im Handelsregister eingetragenen Unternehmen gehören, auch wenn die Betriebsstätten nicht im Handelsregister eingetragen stehen, sofern dieselben nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordern,**
ausser:
 - a) den Reichs- und Staatsbetrieben,
 - b) **den mit einem land- oder forstwirthschaftlichen Betriebe verbundenen Nebengewerben,**
 - c) **den landwirthschaftlichen und Handwerksgenossenschaften.**

Zu b) und c): »sofern sie nicht die Zulassung beantragen«.

Die Handelskammer kann beschliessen, dass Wahlrecht und Beitragspflicht ausser **von der Veranlagung zur Gewerbesteuer** noch von der Veranlagung in einer bestimmten Klasse oder zu einem bestimmten Satze der Gewerbesteuer bedingt sein soll. — Der Beschluss bedarf der Genehmigung des Ministers. —

B. Abgabe der Wahlstimme.

1. Nicht wählen dürfen diejenigen, welche:
 - a) nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind;
 - b) nicht über ihr Vermögen verfügen können, weil sie entweder unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, oder weil über ihr Vermögen der Konkurs eröffnet ist, oder sie ihre Zahlungen eingestellt haben.
2. Das Wahlrecht ist regelmässig persönlich auszuüben. Eine Vertretung findet statt:
 - a) für Gesellschaften durch ihren gesetzlichen Vertreter resp. ein Vorstandsmitglied;
 - b) für Frauen, Minderjährige, Pflegebefohlene, für Zweigniederlassungen und für Betriebsstätten ad A 4, die einem Handelskammerbezirke, in dem ihre Hauptniederlassung nicht belegen ist, angehören und nicht von einer nach den vorstehenden Bestimmungen wahlberechtigten Person geleitet werden, durch einen im Handelsregister eingetragenen Prokuristen, oder, wenn sie einen solchen nicht haben, durch einen besonders bestellten Bevollmächtigten.

C. Die Handelskammer kann beschliessen, dass Prokuristen allgemein als Vertreter bei den Wahlen zugelassen werden.

D. Wer hiernach in mehreren Wahlbezirken wahlberechtigt ist, hat sich, da er nur eine Stimme abgeben darf, vor Ablauf

der zu Einwendungen gegen die Wählerliste bestimmten Frist zu erklären, in welchem Wahlbezirke er seine Stimme ausüben will.

Braunschweig.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. und 2. **Diejenigen Kaufleute (Art. 4 d. HGB.) und kaufmännischen Gesellschaften, die zu einer Gewerbesteuer von mindestens 36 Mk. veranlagt sind.**
3. Die im Herzogthume den Bergbau treibenden Alleineigenthümer oder Pächter eines Bergwerkes, Gewerkschaften und in anderer Form organisirten Gesellschaften, **soweit der Werth der jährlich abgesetzten Produkte mindestens 36 000 Mk. beträgt.**
4. **Fehlt,**
 ausser:
 - a) den Betrieben von Staats- und Kommunalverbänden,
 - b) **fehlt,**
 - c) **fehlt.**

B. Abgabe der Wahlstimme.

2. Eine Vertretung findet statt:

bei einer juristischen Person, Aktiengesellschaft oder Genossenschaft durch einen im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Beamten oder ein daselbst eingetragenes Vorstandsmitglied,
 bei einer anderen eingetragenen Gesellschaft durch ein eingetragenes persönlich haftendes Mitglied,
 bei einer Gewerkschaft oder anderen, unter A 3 bezeichneten Gesellschaft durch den Repräsentanten oder ein Vorstandsmitglied,
 bei einer Person weiblichen Geschlechts oder einer unter Vormundschaft oder Kuratel stehenden Person durch einen im Handelsregister eingetragenen Prokuristen,
 bei einem von mehreren betriebenen, nicht in das Handelsregister eingetragenen Unternehmen durch einen der berechtigten Vertreter.

C. **Fehlt.**

Coburg.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. und 2. Diejenigen Kaufleute, Gewerbetreibenden und Gesellschaften, die als Inhaber einer Firma im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind und zu einer Einkommen- oder Klassensteuer von mindestens 36 Mk. veranlagt sind.
3. und 4. **fehlt.**
5. und 6. **Der Staat und die Gemeinden als Besitzer gewerblicher Unternehmungen sind zur Theilnahme an der Wahl der Mitglieder berechtigt.**

Gotha.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. und 2. Diejenigen Kaufleute, Gewerbetreibenden und Gesellschaften, welche Inhaber einer im Handelsregister oder Genossenschaftsregister eingetragenen Firma und entweder zur Staatssteuer mit einem **Einkommen von mindestens 3000 Mk.** oder, sofern eine Veranlagung zur Staatssteuer gesetzlich nicht erfolgen kann, zur Gemeindesteuer in gleicher Höhe veranlagt sind.

3. und 4. fehlt.

Ausnahmen bezüglich des Staates etc. **fehlen.** (a, b, c.)

Anhalt.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. bis 4. wie in Preussen, mit der Beschränkung, dass der aus dem Gewerbebetriebe zufließende **Ertrag mindestens jährlich 3000 Mk.** betragen muss.

5. **Der Staat und die Kommunalverbände**, sofern sie ein gewerbliches Unternehmen betreiben, auch wenn dasselbe nicht im Handelsregister eingetragen ist. **Mindestertrag jährlich 3000 Mk.**

C. Prokuristen sind allgemein als Vertreter zugelassen, **jedoch muss der Prokurist hierzu schriftlich ermächtigt sein.**

Altenburg.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

Sofern das **Einkommen** aus Handel und Gewerbe **mindestens 2000 Mk.** beträgt, die preussischen Berechtigten (1. bis 4.), **jedoch hat jede Firma, Gesellschaft etc. nur eine Stimme und nur einen Beitrag zu entrichten.**

Ausnahmen bezüglich des Staates wie in Preussen.

Zu B. **Die Beitragspflicht wird durch das Ruhen des Wahlrechts nicht berührt.**

Oldenburg.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1., 2. und 4. wie in Preussen (3. fehlt) mit dem Zusatz: Gesellschaften und Genossenschaften sind auch dann wahlberechtigt, wenn sie nicht zur staatlichen Einkommensteuer aus ihrem Gewerbebetriebe herangezogen sind; die übrigen nur dann, wenn sie aus dem Gewerbebetriebe mit einem **Einkommen von mindestens 500 Mk.** zur Einkommensteuer herangezogen sind.

Ausnahmen bezüglich der Staatsbetriebe etc. wie in Preussen.

B. bis D. wie in Preussen.

Lothringen.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. bis 3. wie in Preussen, mit dem Zusatz:
soweit sie mit einer Ertragsfähigkeit von mindestens 6000 Mk. zur Gewerbesteuer herangezogen sind.

Die Staatsbetriebe etc. sind nicht ausgenommen.

Baden.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. Wie in Preussen.
2. Die im Handelsregister eingetragenen Beamten und Vorstandsmitglieder der von einer juristischen Person betriebenen Unternehmen, der Aktiengesellschaften und Genossenschaften, sowie die eingetragenen persönlich haftenden Mitglieder der Handelsgesellschaften.
3. fehlt.
4. Die Inhaber von im Handelskammerbezirk belegenen Betriebsstätten **und Verkaufsstellen**, die zu einem ausserhalb dieses Bezirks stehenden Unternehmen gehören, auch wenn die Betriebsstätten oder Verkaufsstellen nicht im Handelsregister eingetragen sind, sofern der in denselben ausgeübte Gewerbebetrieb **über den Umfang des Kleingewerbes** hinausgeht.

Ausnahmen hinsichtlich der Staatsbetriebe etc. fehlen.

Einschränkungen: Wer weder zur Gewerbesteuer veranlagt ist, noch aus einem 500 Mk. erreichenden Einkommen aus der Einkommensteuer unterliegt, ist zur Theilnahme an der Wahl nicht berechtigt.

Auf das Wahlrecht können diejenigen verzichten, deren der Einkommensteuer unterliegendes jährliches Einkommen aus Gewerbebetrieb oder aus Dienstverhältniss — im doppelten Betrage — ohne Berücksichtigung der Schulden, aber unter Zuschlag ihres Gewerbesteuerkapitals, die Summe von 10000 Mk. nicht überschreitet, sowie Genossenschaften, deren jährlicher Umschlag 100000 Mk. nicht übersteigt.

B. Abgabe der Wahlstimme.

Eine Vertretung findet statt:

Für auswärts Wohnende auf Verlangen, stets für Frauen, Bevormundete und unter Beistandschaft stehende Personen durch einen eingetragenen Vertreter (Prokuristen).

Württemberg.

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. bis 4. wie in Baden, jedoch nur mit der Einschränkung:
sofern sie zur Gewerbesteuer veranlagt sind.

Unabhängig von der Veranlagung sind wahlberechtigt die eingetragenen Handelsbetriebe des Staates sowie derjenigen Vorschuss- und Kreditvereine, die ein Betriebskapital von 50 000 Mk. und mehr besitzen.

B. Abgabe der Wahlstimme.

Zu 2. Vertreten werden:

- a) Bevormundete durch einen eingetragenen Prokuristen.
- b) Aktiengesellschaften durch ein eingetragenes Vorstandsmitglied.
- c) Genossenschaften desgleichen.
- d) Offene Handelsgesellschaften, Kommandit-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien durch einen im Handelsregister eingetragenen persönlich haftenden Gesellschafter.
- e) Gesellschaften m. b. H. durch den Geschäftsführer.
- f) Der Staat durch seine Vertreter.

Die Vertretung kann bei b) c) d) auch einem sonstigen, schriftlich bevollmächtigten Beamten übertragen werden.

Sachsen.

Vorbemerkung.

In Sachsen unterscheidet man Handels- und Gewerbekammern. Handwerkskammern als solche existieren nicht; deren Funktionen werden vielmehr von der Gewerbekammer mit versehen.

Zu den Handelskammern wählen die eingetragenen Gewerbetreibenden mit einem Einkommen von mehr als 3100 Mk.

Zu den Gewerbekammern wählen die Gewerbetreibenden, die eingetragen sind, mit einem Einkommen von 600 bis 3100 Mk., ferner alle nicht eingetragenen Gewerbetreibenden mit einem Einkommen von 600 Mk. aufwärts, sowie das gesamte Handwerk.

Handwerker, die wegen ihres mitbetriebenen Handelsgewerbes auch zu der Handelskammer wählen könnten, haben sich zu entscheiden, zu welcher Kammer sie sich halten wollen.

Die Handels- und Gewerbekammern sind mit Ausnahme von Leipzig überall vereinigt¹⁾ (Dresden, Chemnitz, Plauen, Zittau), d. h. sie haben eine gemeinsame Geschäftsführung. Sie sind insofern getrennt, als einmal eine gesonderte Wahl für die Handels- wie für die Gewerbekammer stattfindet, eine jede ihre eigenen Sitzungen und ihren eigenen Vorsitzenden hat. Sie können jedoch jederzeit durch den Vorsitzenden der Handelskammer, der bei vereinigter Handels- und Gewerbekammer den Titel »Präsident« führt, zu einer Gesamtsitzung geladen werden. Dies Recht der Einberufung einer Gesamtsitzung hat auch das Ministerium des Innern, sowie die Mehrheit beider Kammern, selbst da, wo beide Kammern völlig getrennt sind, wie bis jetzt in Leipzig.

Um der Gewerbekammer auch die Funktionen der Handwerkskammern übertragen zu können, ist angeordnet, dass für diesen Fall die Handwerker gesondert ihre Vertreter in die Gewerbekammer wählen, letztere auch bei allen das Handwerk betreffenden Fragen gesondert abstimmen. Auffallender Weise haben daneben aber auch die übrigen Mitglieder der Gewerbekammer mitzustimmen, so dass de facto die Handwerker einen Beschluss nur durch Gewinnung der Mehrheit der gesamten Gewerbekammer herbeiführen können. — **Die Mitgliederwahl ist eine indirekte: Die Wahlberechtigten wählen in den Urwahlen Wahlmänner, die Wahlmänner in den Hauptwahlen die Mitglieder für die Handels- und Gewerbekammern.**

¹⁾ Trennung inzwischen erfolgt. Vergl. Anm. S. 77.

A. Zur Urwahl berechtigt sind:

1. und 2. Diejenigen natürlichen oder juristischen Personen, welche ein Handelsgewerbe im Sinne von §§ 1 und 2 des Handelsgesetzbuches betreiben und als Inhaber **oder Theilhaber** einer Firma im Handelsregister eingetragen sind; ferner die im Genossenschaftsregister eingetragenen Genossenschaften, sofern sie ein Handelsgewerbe treiben.
3. Die Gesellschaften im Sinne des Berggesetzes vom 16. Juni 1868 (vorhanden, wenn sich ein Berggebäude im Besitze mehrerer natürlicher oder juristischer Personen befindet).
4. Fehlt.
5. **Die Gemeinden und Gemeindeverbände für die von ihnen betriebenen Gewerbeunternehmen, die Pächter der letzteren und die Pächter staatlicher Gewerbeunternehmen.**
6. **Der Staat für die von ihm betriebenen Gewerbeunternehmen (ad 1 bis 5), sofern sie mit einem Einkommen von mehr als 3100 Mk. eingeschätzt sind.**

Anmerkung. Zur Urwahl für die Gewerbekammern sind berechtigt:

- a) Zur Wahl von Handwerkerwahlmännern:
Die Mitglieder einer Handwerkerinnung, sowie sonstige Handwerker mit einem Einkommen von mehr als 600 Mk., auch dann, wenn ihr Einkommen 3100 Mk. übersteigt und sie In- oder Mitinhaber einer im Handelsregister eingetragenen Firma sind. — **Die, welche gleichzeitig ein Handelsgewerbe (§§ 1 u. 2 HGB.) betreiben, im Uebrigen den Vorschriften ad A genügen, können wählen, ob sie zur Handels- oder Gewerbekammer wahlberechtigt sein wollen, anderenfalls zählen sie zur Gewerbekammer. Die Wahl ist bindend für die Beitragspflicht in der nächsten Periode und braucht nicht jedesmal neu erklärt zu werden.**
- b) Zur Wahl von Nichthandwerker-Wahlmännern:
 - I. Eingetragene Gewerbetreibende mit einem Einkommen von 600 bis 3100 Mk.; nicht eingetragene Gewerbetreibende mit einem Einkommen von mehr als 600 Mk.
 - II. Genossenschaften von Handel- und Gewerbetreibenden, Gesellschaften, Gemeinden und Gemeindeverbände mit einem Einkommen von 600 bis 3100 Mk.

B. Abgabe der Wahlstimme.

1. Nicht wählen dürfen:

- a) und b) Wie in Preussen.
- c) Diejenigen, welche öffentliche Armenunterstützung während der letzten zwei Jahre erhalten haben oder noch erhalten; die von öffentlichen Aemtern suspendirt sind, auf die Dauer der Suspension, bei Removirten auf mindestens fünf Jahre; die sich wegen einer Strafthat, die den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, in Untersuchung befinden, Freiheitsstrafen verbüssen oder in einer Besserungs- oder Arbeitsanstalt sich aufhalten; die mit Gemeindeabgaben, einschliesslich für Schule und Armenkassen, für zwei Jahre oder mehr im Rückstande sind [c) aus der Städteordnung entnommen].

- d) Personen, bezüglich deren der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens wegen ungenügender Masse abgelehnt ist, so lange sie in dem bezüglichen Gerichtsverzeichnisse eingetragen sind.
- 2. Vertretung findet statt:
 - a) Für juristische Personen durch ihren gesetzlichen Vertreter.
 - b) Für staatliche Betriebe, solche von Gemeinden und Gemeindeverbänden durch deren Leiter oder einen von der Regierung etc. bestellten Bevollmächtigten.
 - c) Für Zweigniederlassungen, deren Hauptniederlassung nicht zum Kammerbezirke gehört, durch ihren Inhaber oder besonders bestellten Bevollmächtigten.
 - d) Für Geschäftsunfähige oder beschränkt Geschäftsfähige durch den **gesetzlichen Vertreter**.
 - e) **Weibliche Personen können sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen.**
- C. Fehlt.

Bayern.

Vorbemerkung:

Bayern kennt nur Handels- und Gewerbekammern als vereinigte Behörden in dem Sinne, dass die Geschäftsführung bei beiden einheitlich ist, auch jeder Zeit Gesamtsitzungen beider Abtheilungen, der »Für Handel und Industrie« und der »Für die übrigen Gewerbe«, stattfinden können, falls es der Vorsitzende der Handelsabtheilung, der zugleich Vorstand der Handels- und Gewerbekammer ist, für nöthig befindet.

Im Uebrigen sind die Wahlen für beide Abtheilungen getrennt, ebenso hat jede ihren Vorsitzenden und ihre Sitzungen.

Als Unterorgane mit mehr oder weniger Selbständigkeit bestehen daneben noch Bezirksghremien, die gleichfalls in der Regel in zwei Abtheilungen, eine für Handel und Industrie, eine für die übrigen Gewerbe, zerfallen. Die Bezirksghremien haben für ihre kleineren Bezirke die gleichen Aufgaben wie die Handels- und Gewerbekammer, zu der sie örtlich gehören. Sie haben letzterer die Materialien für die Jahresberichte zu liefern, Aufträge der Kammern oder der Regierungsorgane zu erfüllen, können auch in vorwiegend lokalen Angelegenheiten sich anstatt an die Kammer direkt an die Behörden wenden, müssen jedoch bei jeder wichtigeren Sache der Kammer Kenntniss geben. Ihre Mitglieder werden von den lokalen Gewerbetreibenden gewählt, ein fachkundiger, das heisst wissenschaftlich gebildeter Sekretär, ist nicht erforderlich.

Jede Abtheilung der Handels- und Gewerbekammer wird gebildet aus:

- a) den am Sitze der Kammer gewählten Mitgliedern (vergleiche unten), sogenannten einheimischen Mitgliedern;
- b) den auswärtigen Mitgliedern. Als solche fungiren die Abtheilungsvorsitzenden der Handels- und Gewerbeghremien des Regierungsbezirks. Einzelnen Handels- und Gewerbeghremien kann das Recht zur Abordnung von mehr als zwei Mitgliedern zugestanden werden.

A. Zur Wahl berechtigt sind (das heisst zur Wahl der einheimischen Mitglieder):

1. Die **am Sitze** der Kammer zur Gewerbesteuer veranlagten Gewerbetreibenden, die als Inhaber oder **persönlich haftende Theilhaber** einer Firma im Handelsregister eingetragen sind.

2. Die am Sitze der Kammer wohnenden Vorstandsmitglieder derjenigen Handel treibenden Aktiengesellschaften und eingetragenen Genossenschaften, welche ebenda ihren Sitz haben.
3. und 4. fehlt.

Ausnahmen bezüglich des Staates etc. fehlen.

Anmerkung: Zur Gewerbekammer wählen alle übrigen Personen, die am Sitze der Kammer selbständig ein zur Gewerbesteuer veranlagtes stehendes Gewerbe betreiben und in einem Orte von mehr als 20000 Einwohnern mindestens 5 Mk., mehr als 4000 Einwohnern mindestens 4 Mk., 4000 Einwohnern und weniger mindestens 3 Mk. Gewerbesteuer bezahlen.

B. Abgabe der Wahlstimme.

Zu 2. Vertretung findet statt:

- a) Für Korporationen und d. Königl. Aerar durch den zuständigen Beamten.
- b) für Minderjährige und handlungsunfähige Personen durch den gesetzlichen Vertreter.
- c) **Für Frauen durch den Ehemann oder Geschäftsleiter.**
- C. Fehlt.
- D. Fehlt.

Hamburg.

A. Die Mitglieder der Handelskammer werden durch die Versammlung eines ehrbaren Kaufmanns in geheimer Abstimmung gewählt.

Zur Eintragung in die von der Handelskammer geführte Liste der Mitglieder der Versammlung eines ehrbaren Kaufmannes, die alljährlich neu aufgestellt wird, sind auf ihren Antrag befähigt:

die in das Handelsregister eingetragenen Geschäftsinhaber, welche vorzugsweise Geschäfte im Grossen betreiben, die Vorstände der in Hamburg domizilirtten Aktiengesellschaften; ferner auf Beschluss der Handelskammer die in Hamburg domizilirtten Theilhaber auswärtiger Firmen und Personen, **welche nach Aufgabe ihres Geschäftsbetriebes in Hamburg ihren festen Wohnsitz haben**, sämmtlich, soweit sie Hamburgische Staatsangehörige sind.

Die an die Mitgliedschaft sich knüpfenden Rechte dürfen nicht ausgeübt werden: Seitens Entmündigter, Gemeinschuldner, **bevor sie von allen Ansprüchen ihrer Gläubiger befreit sind**, Personen, die ihre Zahlungen eingestellt haben, bevor sie diese wieder aufnehmen, seitens Personen, die sich in Strafuntersuchung oder Haft befinden oder die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben (während dieser Zeit).

Die Mitgliedschaft erlischt bei Verurtheilung wegen eines Verbrechens; **wegen eines Vergehens ebenfalls**, falls die Handelskammer ihn nicht auf seinen Antrag dispensirt.

Bremen.

Zur Förderung der Interessen von Kaufmannschaft und Schifffahrt bestehen der Kaufmannskonvent und die Handelskammer.

Ersterer besteht aus Mitgliedern der Bremischen Börse, und zwar:

1. den Mitgliedern, die dem Senat angehören;
2. denen, die die zur Wahl in die Bürgerschaft erforderlichen Eigenschaften besitzen und entweder Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches oder Vorstände von Aktiengesellschaften, Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften oder Geschäftsführer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind **oder hier oder auswärts gewesen sind, ohne später einen anderen Erwerbszweig ergriffen zu haben.**

Die Handelskammer ist ein Ausschuss des Kaufmannskonventes, bestehend aus 24 aus dessen Mitte gewählten Mitgliedern. Sie beruft den Konvent in allen wichtigeren Angelegenheiten nach Gutdünken resp. auf Antrag einer gewissen Zahl von Mitgliedern des Konventes; eines der Handelskammermitglieder leitet die Versammlungen. Mitglieder des Senates sind nicht zur Handelskammer wählbar.

Lübeck.

Die Handelskammer bildet den Vorstand der Lübecker Kaufmannschaft. Ihre Mitglieder werden von letzterer gewählt. Der Handelskammer steht das Recht zu, der Kaufmannschaft bei der Wahl für jedes zu wählende Mitglied drei Personen aus der Kaufmannschaft vorzuschlagen.

Die Kaufmannschaft ist eine Vereinigung Lübecker Bürger, welche das Handelsgewerbe selbständig betreiben **oder es, ohne zu einer anderen Berufsthätigkeit übergegangen zu sein, betrieben haben.**

Zum Eintritt in die Kaufmannschaft sind berechtigt alle, welche Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches sind und in das Handelsregister eingetragen stehen; ferner die Mitglieder des Vorstandes von Aktiengesellschaften, Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, Geschäftsführer von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, soweit sie ein Handelsgewerbe betreiben, Vertreter und Mitglieder des Grubenvorstandes bergrechtlicher Gewerkschaften, sowie Dispa-cheure. Ausserdem sind die Lübecker Bürger, welche auswärts ein Handelsgewerbe betrieben haben, oder als Prokuristen oder Handlungsbevollmächtigte in einem Lübecker Handelsgewerbe angestellt sind, zum Eintritt berechtigt, wenn sie als Kommanditisten oder stille Gesellschafter an einem dortigen Handelsgewerbe theiligt sind.

Zeitweiliger Ausschluss von den Mitgliedsrechten ähnlich wie in Hamburg. Neu: auch dann, wenn ein Mitglied von öffent-

lichen Wohlthätigkeitsanstalten unterstützt wird, sich ungebührlich betragen oder die öffentliche Achtung verloren hat, verwirkt es zeitweilig die Mitgliedsrechte.

Hessen (Entwurf). ¹⁾

A. Zur Wahl berechtigt sind:

1. und 2. Wie in Preussen.

3. Fehlt.

4. Die Unternehmer solcher Betriebe, welche von einem ausserhalb des Kammerbezirkes gelegenen im Handelsregister eingetragenen Hauptunternehmen aus kaufmännisch geleitet und vertreten werden, auch wenn die Betriebsstätten nicht im Handelsregister eingetragen sind, sofern dieselben einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordern.

zu 1 bis 4, soweit sie zu einer der vier ersten Klassen der Gewerbesteuer veranlagt sind.

Ausnahmen hinsichtlich der Staatsbetriebe etc. fehlen.

B. Abgabe der Wahlstimme.

Zu 2. Vertretung findet statt:

für weibliche Personen, unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehende, Gesellschaften und Genossenschaften durch einen **Vertreter, der sich schriftlich als bevollmächtigt auszuweisen hat**. Gesetzlich zur Vertretung Ermächtigte bedürfen **keines** Ausweises.

Zu C. **Das Wahlrecht kann durch einen schriftlich zur Vertretung Bevollmächtigten ausgeübt werden.** — Im Handelsregister eingetragene **Prokuristen** bedürfen einer Vollmacht **nicht**.

D. Wie in Preussen. — Die Kammer bestimmt für den, welcher die Erklärung unterlässt, in welchem Bezirke er zu wählen hat.

2. Wahlbarkeit.

Preussen.

1. Zu Mitgliedern können diejenigen Wahlberechtigten gewählt werden, welche:

- a) die **deutsche Staatsangehörigkeit** besitzen,
- b) mindestens fünfundzwanzig Jahr alt sind.

2. **Auch Prokuristen sind wählbar in folgenden Fällen:**

- a) als Vertreter von Inhabern wahlberechtigter Firmen, deren Inhaber selbst nicht wegen Minderjährigkeit etc. wählen können (NB. dagegen sind die zu Wahlzwecken besonders bestellten Bevollmächtigten von der Wahlbarkeit ausgeschlossen!),

¹⁾ Vergl. Anm. S. 77.

b) da, wo solche allgemein zu den Wahlen ad a zugelassen sind. Es darf jedoch nicht mehr als der vierte Theil aus ihnen bestehen.

3. Die Handelskammer kann Personen, die zu ihren Mitgliedern gewählt werden konnten, aber die ihre Wählbarkeit begründende Thätigkeit oder Stellung aufgegeben haben, über die Zahl ihrer Mitglieder hinaus zuwählen. Die Zuwahl erfolgt auf drei Jahre. Die Zahl dieser Mitglieder darf den zehnten Theil der übrigen nicht übersteigen.

4. Mehrere Gesellschafter, Vorstandsmitglieder oder Vertreter derselben Gesellschaft etc. dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder der Handelskammer sein.

Braunschweig.

1. Zu Mitgliedern können diejenigen Wahlberechtigten gewählt werden, welche:

- a) ihren Wohnsitz im Herzogthume haben;
- b) mindestens fünfundzwanzig Jahre alt sind;
- c) im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind als: Inhaber einer Firma, persönlich haftende, zur Vertretung befugte Gesellschafter, Vorstand einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft, Alleineigenthümer, Repräsentant oder Vorstandsmitglied einer Bergbauunternehmung oder berechtigte Vertreter eines nicht im Handelsregister eingetragenen gewerblichen Unternehmens.

2. und 3. fehlt.

4. Wie in Preussen.

Coburg.

Wie in Braunschweig. Mindestalter aber dreissig Jahre.

Gotha.

Wählbar sind: die Wahlberechtigten, die männlich, mindestens **dreissig Jahre** alt, insbesondere auch die zur Vertretung einer Gesellschaft eingetragenen Vorstandsmitglieder, persönlich haftenden Gesellschafter **und Prokuristen**.

Anhalt und Altenburg.

1.a) und b) wie in Braunschweig. Nicht wählbar sind in Anhalt Prokuristen und besonders bestellte Bevollmächtigte. — In Altenburg sind **nur die Prokuristen zu 2b** nicht wählbar.

Oldenburg.

Wie in Preussen.

Lothringen.

Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die das **dreissigste Jahr** vollendet haben und **im Bezirk der Handelskammer seit mindestens drei Jahren wohnen.**

Ferner:

Ehemalige Kaufleute und Industrielle unter den gleichen Bedingungen.

Baden.

Wie in Braunschweig.

Württemberg.

Wählbar sind die über fünfundzwanzig Jahre alten Wahlberechtigten, ferner solche, **die wahlberechtigt waren, aber ihre dies begründende Thätigkeit aufgegeben haben.** (Letztere sind auch in ihrem früheren Bezirke wählbar, falls sie in einen anderen Bezirk verzogen sind.)

Sachsen.

1. Zu Wahlmännern und Mitgliedern der Handelskammer können **diejenigen männlichen Reichsangehörigen** unter fünfundzwanzig Jahren gewählt werden, die wahlberechtigt sind, ausser: **Konsuln fremder Staaten, und Personen, die sonstwie in aktiven nichtdeutschen Diensten stehen.**

2. und 3. fehlt.

Bayern.

Wählbar sind alle im Regierungsbezirke wohnhaften, über **dreissig Jahre** alten Wahlberechtigten, **deren Wahlberechtigung seit mindestens drei Jahren gegeben ist oder mindestens drei Jahre lang gegeben war.**

Hessen. (Entwurf.)

1. Wie in Preussen.

2. **Auch Prokuristen, die im öffentlichen Register eingetragen sind, sind wählbar.**

3. Zuwahl fehlt. — Personen, **die ihre, die Wählbarkeit begründende Stellung aufgegeben haben**, ohne einen anderen Beruf zu ergreifen, sind **ebenfalls wählbar**, doch darf deren Zahl $\frac{1}{6}$ (ein Sechstel) der Gesamtmitglieder nicht überschreiten.

4. Wie in Preussen.

3. Dauer der Mitgliedschaft.**Preussen.**

1. Dauer: Sechs Jahre. **Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus.** Die **Ergänzungswahlen** finden am **Schlusse des Jahres** statt, die **Neugewählten** treten bei **Beginn des neuen Jahres** ihr Amt an.

Die Ersatzwahlen geschehen regelmässig im **Anschluss an die Ergänzungswahlen**, jedoch in je einem **besonderen** Wahlgange. Der Ersatzmann bleibt nur für die Zeit des Ausgeschiedenen thätig.

2. Die Kammer kann beschliessen, dass neben den Mitgliedern Stellvertreter gewählt werden, das Nähere bleibt der Kammer vorbehalten.

Braunschweig.

1. Dauer: Sechs Jahre. **Alle drei Jahre scheidet die Hälfte** der in jedem Wahlbezirke Gewählten aus, diese sind aber wieder wählbar.

2. Fehlt.

Coburg.

1. Dauer: Sechs Jahre. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. Ein Mitglied kann wegen fortgesetzter **Pflichtvernachlässigung ausgeschlossen** werden.

2. Fehlt.

Gotha.

1. Dauer: **Vier Jahre. Alljährlich** scheidet ein Viertel der Mitglieder aus. **Das Staatsministerium kann einen Kommissar zu den Sitzungen entsenden.**

2. Fehlt.

Anhalt und Altenburg.

1. Dauer: Sechs Jahre. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus.

2. Fehlt.

Oldenburg.

1. Dauer: Sechs Jahre. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. Ergänzungs- und Ersatzwahlen wie in Preussen.

2. Die Kammer kann beschliessen, dass neben den Mitgliedern **Stellvertreter** gewählt werden.

Lothringen.

1. Dauer: Sechs Jahre. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus. **Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es sechs Monate lang den Sitzungen fern geblieben ist.**

2. Es können **Sachverständige** zu den Sitzungen zugezogen werden.

Baden und Bayern.

1. Dauer: Sechs Jahre. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. **Ersatzwahlen nimmt die Handelskammer selbst vor.** — In Baden

gilt diese Ersatzwahl **nur bis zu den nächsten Ergänzungswahlen**; dann tritt Neuwahl auch dieser Mitglieder ein.

2. Es können **Sachverständige mit beratender Stimme** zugezogen werden.

Württemberg und Sachsen.

1. Dauer: Sechs Jahre. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus.

Für in der Zwischenzeit Ausgeschiedene wählt die Kammer selbst Ersatzmänner aus der Zahl der Wahlberechtigten für die Zeit des Ausgeschiedenen. — In Württemberg bleiben inzwischen erledigte Stellen **unbesetzt**, bei der nächsten Ergänzungswahl findet auch für diese Neuwahl statt.

2. Die Kammer kann sich nach jeder Wahl durch Zuwahl bis zu einem Fünftel, in Württemberg bis zu einem Viertel, ihrer Mitgliederzahl verstärken. Die Zuwahl gilt in Württemberg bis zur nächsten Ergänzungswahl; in Sachsen regeln dies die einzelnen Satzungen. (Leipziger Entwurf für 1902: auf drei Jahre. Zuwahl hat in einer der nächsten drei Sitzungen nach der Neuwahl zu erfolgen.) Die Kammern können zudem Sachverständige mit beratender Stimme zuziehen.

Hamburg.

Alljährlich scheiden vier Mitglieder aus, sind aber wieder wählbar. Das Ausscheiden bestimmt sich nach dem **Amtsalter**.

Bremen.

Alljährlich werden wenigstens zwei neue Mitglieder gewählt. Scheiden nicht aus besonderen Gründen zwei Mitglieder im Laufe des Jahres aus, so entscheidet das Amtsalter. — Die Mitglieder, **welche bereits achtzehn Jahre ihr Amt verwaltet haben**, scheiden auch dann aus, wenn schon zwei Vakanzen vorlagen. Wer austritt, kann für das nächste Mal **nicht wieder gewählt** werden.

Hessen.

Dauer: Sechs Jahre. — Alle zwei Jahre scheiden so viel Mitglieder aus, dass **einschliesslich der inzwischen frei gewordenen Stellen** der dritte Theil aller Stellen zur Wiederbesetzung gelangt. — Geht die Gesamtzahl durch drei nicht auf, so wird die nächste höhere Zahl genommen. — Die Ausscheidenden bestimmt das höhere Dienstalter, bei gleichem Alter das Loos. — In den ersten beiden Wahljahren nach Inkrafttreten des Gesetzes werden die Ausscheidenden angemessen auf die einzelnen Bezirke vertheilt. Ersatzwahlen für inzwischen frei gewordene Stellen **können** auf **Kammerantrag** durch das Ministerium angeordnet werden.

2. Fehlt.

4. Wahlverfahren.

Preussen.

1. **Es werden zunächst Wahlabtheilungen derart gebildet, dass die Wahlberechtigten nach ihrer Steuerveranlagung in drei Abtheilungen getheilt werden, deren jede ein Drittel der Mitglieder wählt. Innerhalb der Abtheilungen können Wahlbezirke gebildet werden.** Statutarische Abänderungen sind vorgesehen, wonach anstatt nach Abtheilungen das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt oder das Proportionalsystem (Steigerung der Zahl der von den einzelnen abzugebenden Stimmen nach ihrer höheren Veranlagung) gewählt werden kann.

2. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Liegt absolute Mehrheit nicht vor, so werden die, welche die meisten Stimmen bekommen haben, **in doppelter Anzahl der zu Wählenden auf die engere Wahl gebracht.**

Statutarische Abweichungen sind erlaubt.

Braunschweig.

1. **Jeder Kreis des Landes** bildet einen Wahlbezirk. Die auf die Kreise entfallende Zahl von Mitgliedern ist gesetzlich festgelegt.

2. Die Wahl erfolgt nach absoluter Mehrheit der Erschienenen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Das Uebrige bestimmt eine Wahlordnung, die der ministeriellen Genehmigung bedarf.

Coburg.

1. Jeder Amtsgerichtsbezirk bildet einen Wahlbezirk.

2. Es entscheidet absolute Stimmenmehrheit der Erschienenen. Wird in erster Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, **wird die Wahl unter den beiden, die die meisten Stimmen erhalten haben, wiederholt.** Hier entscheidet einfache Stimmenmehrheit, eventuell das Loos.

Gotha.

Es sind Wahlbezirke gebildet. **Die Wahlen erfolgen entweder brieflich oder durch Abgabe von Stimmzetteln nach Wahl der Wähler.** Es entscheidet **relative Stimmenmehrheit.**

Anhalt.

Jeder Kreis bildet einen Wahlbezirk. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen. Eventuell werden die, welche die meisten Stimmen erhalten haben, in doppelter Anzahl der zu Wählenden auf die engere Wahl gebracht.

Altenburg.

Wahlbezirke. Es entscheidet relative Mehrheit. Die Handelskammer kann die absolute beschliessen.

Oldenburg.

Das Ministerium bestimmt Wahlbezirke, in denen die Wahlen von allen Berechtigten mit gleichem Stimmrecht vorgenommen werden. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit. Eventuell wie in Anhalt.

Lothringen.

Besondere Wahlordnung durch Verordnung. Allgemeines gleiches Wahlrecht. Es entscheidet absolute Majorität, eventuell in einem **zweiten Wahlgange relative Majorität**. Werden mehrere Personen, die nicht gleichzeitig Mitglied einer Handelskammer sein können, gewählt, **scheidet der aus, der die wenigsten Stimmen von Beiden erhalten hat.**

Finden gleichzeitig Ersatzwahlen statt, **so gilt derjenige für die längere Zeit gewählt, welcher mehr Stimmen erhalten hat.**

Baden, Württemberg, Bayern.

Die Wahlen erfolgen nach Bezirken. Es entscheidet **relative Stimmenmehrheit**. Keine Wahlabtheilungen. Lehnt der Gewählte ab, rückt in Württemberg der nach, **der nach ihm die meisten Stimmen erhalten hat.**

Sachsen.

Wahlmännerwahlen. Das Nähere wie oben angegeben.

Hessen. (Entwurf.)

1. Das Land ist in Kammerbezirke getheilt, die je einen Wahlbezirk bilden.

Es können in einzelnen Wahlbezirken Unterabtheilungen gebildet werden, falls örtliches Bedürfniss vorliegt. Die Zahl der auf die Bezirke entfallenden Mitglieder bestimmt das Ministerium.

Durch genehmigungspflichtiges **Statut kann** bestimmt werden, dass die Wahlen für alle oder einzelne Bezirke **in Abtheilungen der Wahlberechtigten**, nach den drei Erwerbsgruppen: Industrie, Grosshandel und Kleinhandel stattzufinden haben. — Für die Vertheilung der Mitglieder auf diese Abtheilungen **sind die Gewerbesteuerkapitalien der Wahlberechtigten in den einzelnen Erwerbsgruppen maassgebend**, jedoch muss **jede Erwerbsgruppe** in allen Fällen durch **mindestens einen Vertreter** vertreten sein.

Jede Abtheilung wählt ihre Mitglieder in besonderem Wahlgange.

2. Die Wahl erfolgt nach **einfacher** Stimmenmehrheit.

II. Aufgaben und Befugnisse der Handelskammern.

Preussen.

I. Allgemeines.

1. Die Kammern haben die Bestimmung, die Gesamtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung von Handel und Gewerbe durch thatsächliche Mittheilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen.

2. **Sie sind befugt, Anstalten, Anlagen und Einrichtungen, die die Förderung von Handel und Gewerbe, sowie die technische Ausbildung etc. der Gehilfen und Lehrlinge bezwecken, zu begründen und zu unterstützen.**

3. Alljährlich haben sie an den Minister einen Bericht über die Lage von Handel und Industrie zu erstatten.

4. Sie haben den Handel- und Gewerbetreibenden ihres Bezirkes fortlaufende Mittheilungen aus den Berathungsprotokollen zu machen, sowie summarisch von ihren Einnahmen und Ausgaben Kenntniss zu geben.

II. Besonderes.

1. **Ernennung** der Handelsmakler.

2. Beaufsichtigung von Börsen und anderen für den Handelsverkehr bestimmten öffentlichen Anstalten.

3. **Anstellung und Beerdigung der in § 36 der Gewerbeordnung bezeichneten Sachverständigen, Dispacheuren etc. mit Ausnahme der Auktionatoren.**

4. **Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Handelsverkehr dienenden Bescheinigungen.**

Braunschweig.

I. Allgemeines.

1. Wie in Preussen.

2. Gesetzlich nicht festgelegt.

3. Dasselbe. Auch über ihre Geschäftsthätigkeit haben sie dem Ministerium zu berichten.

4. Wie in Preussen.

II. Besonderes.

1. Gutachtliche **Vorschläge** hinsichtlich der Makler.

2. Wie in Preussen.

3. Fehlt.

4. Gesetzlich nicht festgelegt.

Coburg.

I. Allgemeines.

1. und 3. Wie in Preussen.

2. Fehlt.

4. **Mindestens alle drei Jahre** hat die Kammer einen Bericht über die Lage der Industrie etc. und ihre Geschäftsthätigkeit zu veröffentlichen.

II. Besonderes.

Fehlt. Beantragt ist: **Die Kammer hat Recht und Pflicht, zur Erhaltung des Handelsregisters auf dem richtigen Stande mitzuwirken.**

Gotha.

I. Allgemeines.

1. bis 4. Wie in Preussen. (Veröffentlichung ihrer Geschäftsthätigkeit mindestens alle drei Jahre.)

II. Besonderes.

Fehlt.

Anhalt.

I. Allgemeines.

1. und 3. Wie in Preussen.

2. und 4. Fehlt.

II. Besonderes.

1. Wie in Preussen, aber von Bestätigung der Regierung abhängig gemacht.

2. Wie in Preussen.

3. Bezüglich der in § 36 der Gewerbeordnung genannten Personen steht der Kammer zu, die **Bedürfnisfrage** und die **Befähigung** der Bewerber zu prüfen.

4. Wie in Preussen.

Altenburg.

I. Allgemeines.

1. bis 4. Wie in Preussen.

II. Besonderes.

1. bis 3. Fehlt.

4. Wie in Preussen.

5. **Bestellung der Revisoren für Aktiengesellschaften; Unterstützung der Gerichte bei den Registereintragungen; hierbei steht ihnen das Recht der Beschwerde gegen jede Registereintragung zu, die auf Grund eines Antrages oder Gutachtens der Kammer abweichend ergeht. — Begutachtung, ob der Gewerbebetrieb einzelner Personen über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht.**

Oldenburg.**I. Allgemeines.**

1. bis 4. Wie in Preussen. Ueber ihre Geschäftsthätigkeit hat die Kammer alljährlich, über die Lage von Handel und Industrie nach Ermessen jährlich **oder alle zwei Jahre Bericht** zu erstatten und diesen zu veröffentlichen.

II. Besonderes.

1. Fehlt.
2. bis 4. Wie in Preussen.

Lothringen.**I. Allgemeines.**

1. Wie in Preussen.
 2. Die für die Benutzung durch den Handel bestimmten Anstalten, einschliesslich der öffentlichen Unterrichtsanstalten für Handel und Industrie, welche mit besonderen Beiträgen von Kaufleuten oder Industriellen gegründet sind, sowie auch anders errichtete Anstalten können mit Bewilligung des Ministeriums von den Kammern verwaltet werden.

3. **Fehlt.**

4. Alljährlich haben die Kammern über ihre Wirksamkeit zu berichten.

II. Besonderes.

Fehlt.

Baden.**I. Allgemeines.**

1. bis 3. Wie in Preussen.
4. Fehlt.

II. Besonderes.

1. bis 3. Fehlt.
4. Wie in Preussen.

Württemberg.**I. Allgemeines.**

1. bis 3. Wie in Preussen.
4. Fehlt.

II. Besonderes.

Fehlt.

Sachsen.**I. Allgemeines.**

1. Wie in Preussen. **Sie sollen, soweit es die Umstände gestatten, in allen Fragen von Handel und Industrie von Bedeutung gehört werden.** Sie sind zur Wahrnehmung der Rechte und

Pflichten berufen, die den Organen des Handels- und Gewerbestandes in: Gesetzen und Verordnungen übertragen sind.

2. und 3. Wie in Preussen.

II. Besonderes.

1. und 2. Den Handelskammern können mit ihrer Zustimmung die Obliegenheiten örtlicher Handelsvorstände und die Verwaltung oder Beaufsichtigung allgemeiner Handelsanstalten (Handelsschulen, Börsen, Maklerinstitute etc.) überwiesen werden.

3. Fehlt.

Der Entwurf der neuen Satzungen für die Handelskammer Leipzig (1902) führt im Einzelnen noch folgende Obliegenheiten auf:

4. Bestellung der **Revisoren** zur Prüfung des **Gründungsherganges bei Aktiengesellschaften**; Aufbewahrung von deren Berichten; Festsetzung der Revisionsgebühren.

5. **Unterstützung der Registergerichte** zur Verhütung unrichtiger Eintragungen, zur Berichtigung und Vervollständigung des Handelsregisters. — Die Ausübung dieser Befugniß erfolgt **gemeinsam mit der Gewerbekammer** durch einen Ausschuss von zwölf Mitgliedern.

6. Ausfertigung von Ursprungszeugnissen und anderen Handelsbescheinigungen.

7. Befugniß zu **Vorschlägen** für die Ernennung von gerichtlichen Sachverständigen für die öffentliche Anstellung und Beeidigung von Gewerbetreibenden (§ 36 d. GO.), **für die Bestellung von Konkursverwaltern etc.**

Bayern.

I. Allgemeines.

1. und 3. Wie in Preussen.

4. Fehlt.

II. Besonderes.

Fehlt.

Hamburg.

I. Allgemeines.

1. Wie in Preussen. Bei Anträgen an die Bürgerschaft über Handels- und Schiffsangelegenheiten wird von der Kammer ein Gutachten gefordert werden.

2. Fehlt.

3. **Fehlt.**

4. Fehlt.

II. Besonderes.

1. Die Kammer beruft und leitet die Versammlung eines ehrenbaren Kaufmanns.

2. Sie entsendet in verschiedene staatliche Deputationen Mitglieder.

3. Sie kann ein **Schiedsgericht** gemäss Buch 10 der Civilprozessordnung ernennen, wenn sie von den Parteien um Entscheidung angesprochen wird.

4. Sie hat die Aufsicht über die Börse.

5. Sie hat die gesetzlich vorgeschriebenen Wahlen von Sachverständigen vorzunehmen und deren Beeidigung durch den Präses für Handel und Schifffahrtskommission zu veranlassen.

Bremen.

I. Allgemeines.

1. Wie in Preussen.

2. bis 4. Fehlt.

II. Besonderes.

Mitglieder des Senats und der Handelskammer sind zusammen zu verschiedenen Behörden vereinigt, denen die Aufsicht über die Handelshilfsgeschäfte, das Lootsenwesen etc. und das Auswandererwesen untersteht.

Im Uebrigen hat die Kammer die Aufsicht über die Börse, ernennt die Makler und leitet den Kaufmannskonvent.

Lübeck.

Die Kammer ist zunächst als Vorstand der »Kaufmannschaft« mit verschiedenen speciellen Aufgaben betraut.

Daneben obliegen ihr die allgemeinen Pflichten der Interessenvertretung und Berichterstattung, sowie ferner:

- a) Schiedsrichterliche Entscheidung auf Anruf in Kaufmannsstreitigkeiten.
- b) Aufsicht über die Börse, Anstellung von deren Beamten.
- c) **Sachverständigenvorschlag bei Ernennung der Reichskonsuln, der Sachverständigen und Auktionatoren in Handelssachen.**
- d) Vertretung der Interessen des Handels etc. in der Presse, Veranstaltung von Missionen zu Handelszwecken, Beteiligung an im Reiche auf die Förderung des Handels etc. gerichteten Bestrebungen, Erlass von öffentlichen Bekanntmachungen im Interesse von Handel etc., Anregung neuer Unternehmungen auf gleichem Gebiete und Anderes.

Hessen. (Entwurf).

I. Allgemeines.

1. Wie in Preussen, jedoch mit dem Zusatz, »die Handelskammern haben auch **die Interessen des Verkehrswesens wahrzunehmen**«.

2. Wie in Preussen. Zur Deckung von Kosten für Anlagen, Anstalten und Einrichtungen, die einzelnen Bezirken oder einzelnen Gewerbszweigen ausschliesslich bestimmt sind oder ihnen

vorzugsweise zu Gute kommen, können die betreffenden Interessenten **zu besonderen Beiträgen** herangezogen werden. Die Interessenten sind vorher über die Zweckmässigkeitsfrage zu hören.

3. Wie in Preussen.

4. Wie in Preussen, aber nur dann, wenn die Kammern die Öffentlichkeit ihrer Sitzungen nicht beschliessen wollen.

II. Besonderes.

1. bis 4. Wie in Preussen. Vorschriften für die zu 3. benannten Personen bedürfen ministerieller Genehmigung.

5. Bei Streitigkeiten über die **Zugehörigkeit zu einer Innung** (§ 100 h d. GO.) ist vor Entscheidung der Aufsichtsbehörde die Handelskammer **zu hören**.

Handelsregister.

(März.)

1. Neueintragungen.

1. Gerdes & Schlue, E. Weinberg Nachfolger. Offene Handelsgesellschaft Lutter a. Bbge. Inhaber: Kaufleute Friedrich Gerdes und Hermann Schlue.
2. Karl Heyl, Lederfabrik, Bodenburg. Inhaber: Lederfabrikant Karl Heyl.
3. Leopold Prahmann, Maurer und Steinhauergewerbe verbunden mit Steinbruchbetrieb, Gandersheim. Inhaber: Kreismaurermeister Leopold Prahmann.
4. Vereinigung Braunschweiger Dampfziegeleien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Braunschweig. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Ziegeleibesitzer Wilhelm Damköhler, Ziegeleibesitzer Franz Eduard Meyer, Kaufmann Robert Kükenthal. Als Ersatzmann ist gewählt: Ziegeleibesitzer Carl Kleucker.
5. Otto Behrens, Manufaktur-, Kurz- und Kolonialwarenhandlung, Wittmar. Inhaber: Kaufmann Otto Behrens.
6. Deutsche Rabatt-Marken-Gesellschaft Tischmann & Co., Braunschweig. Offene Handelsgesellschaft. Rabatt-Marken-Geschäft. Inhaber: Kaufmann Wolff Tischmann hieselbst und Kaufmann Joseph Kleuert in Stettin.
7. Leopold Frank, Braunschweig. Handlung mit Herren-Wäsche, Handschuhen und Kravatten. Inhaber: Kaufmann Leopold Frank.
8. Fritz Biel, Seesen. Baugeschäft. Inhaber: Kreismaurermeister Fritz Biel.
9. I. Levano, Semmenstedt. Offene Handelsgesellschaft. An- und Verkauf von Vieh, insbesondere Rindvieh. Inhaber: Viehhändler Isaac Levano aus Driburg und der Viehhändler David Levano aus Semmenstedt.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Wilh. Brümmer & Sohn, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Wilhelm Wissel, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Emil Brümmer unter der obigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
2. Der Firma Carl Meyer ist der Zusatz Central-Drogerie beigelegt, Schöppenstedt.
3. Grimme, Natalis & Co., Braunschweig. (Berichtigung.) Die unterm 18. Dezember 1901 ergangene Bekanntmachung wird dahin eingebessert, dass es nicht heissen muss: »die §§ 1, 9, 15, 16, 17, 26, 33 und 38 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert,« sondern nur der § 16 des Gesellschaftsstatus ist aufgehoben.

4. Aktien-Spiritusfabrik Schöppenstedt. In der Generalversammlung vom 26. Oktober 1901 ist die Aufhebung der §§ 11 und 12 der Statuten beschlossen und sind die §§ 27, 28, 29, 30, 31 abgeändert, auch ist der § 33 a hinzugefügt.
5. G. Becker & Co., Neuhaus. Die Zweigniederlassung in Rottmünde ist gelöscht, auf der Georgshütte bei Boffzen ist eine Zweigniederlassung errichtet.
6. Helmstedter Thonwerke Rühne & Co., Kommanditgesellschaft. Der bisherige persönlich haftende Gesellschafter, Kaufmann Heinrich Eichhorst, ist ausgeschieden, dagegen ist der Ingenieur William Engelhardt zu Emmerstedt als persönlich haftender Gesellschafter und Direktor eingetreten.
7. A. Renner, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Ingenieur Emil Euler, hat seit dem 1. Januar d. J. den Kaufmann Hugo Glogner in das unter der vorbezeichneten Firma jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
8. J. N. Apel, Braunschweig. Die Mitgesellschafterin Wittve des Kaufmanns Eugen Tenzer, Meta geb. Apel, ist seit dem 1. Januar d. J. aus der unter vorbezeichneter Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden, und wird das gedachte Handelsgeschäft von den Kaufleuten Alfred und Curt Tenzer unter Uebernahme der Aktiva und Passiva auf alleinige Rechnung unter der alten Firma fortgesetzt.
9. Grimme, Natalis & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Braunschweig. Die §§ 16, Abs. 5 (früher § 17) und 34 sind abgeändert resp. ergänzt. Der bisherige persönlich haftende Gesellschafter, Kaufmann Albert Natalis ist als solcher ausgeschieden.

3. Löschungen.

1. A. L. Mohr, Aktiengesellschaft Filiale Braunschweig.
2. E. Weinberg, Lutter a. Bbge.
3. Heinrich Schulze, Gandersheim.
4. F. und W. Lüers, Thedinghausen.
5. Carl Uhlenhut, Vorsfelde.
6. B. Liebold & Co., Kommanditgesellschaft, Holzminden.

4. Prokuralöschungen.

1. Voigtländer & Sohn, Aktiengesellschaft, Braunschweig. Kaufmann Carl Lippelt.
2. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Actiengesellschaft, Filiale Darmstadt zu Darmstadt. August Gunkel in Braunschweig.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Merxhäuser Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Merxhausen. Mitglieder des Vorstandes sind: Gemeindevorsteher Heinrich Brömsen, Mühlenbesitzer Carl Burgdorf, Grossköther Carl Filmer, Handelsmann Carl Leo, Schmiedemeister Carl Dörries.
2. Dölmer Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, zu Dölme. Mitglieder des Vorstandes sind: Halbmeier Wilhelm Schünemann zu Dölme, Grossköther Heinrich Holste daselbst, Halbmeier Friedrich Bertram daselbst.
3. Ildehäuser Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Ildehausen. Mitglieder des Vorstandes sind: Kantor Wilhelm Benze, Schneidermeister August Weiberg, Stellmachermeister Carl Wolf, Arbeiter Heinrich Probst, Landwirth Wilhelm Bertram.

4. Münchehöfer Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Münchehof. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Wilhelm Clusmann, Cigarrenfabrikant Carl Reinecke, Malermeister Christian Baulecke, Stellmachermeister Heinrich Arnecke.
5. Kirchberger Spar- und Darlehnskassenverein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht, Kirchberg. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Heinrich Warnecke, Landwirth Wilhelm Hüter, Schneider Christian Koch, Anbauer Wilhelm Meier, Molkereibesitzer Fritz Klages.
6. Grünenplaner Spar- und Darlehnskassenverein, e. G. m. u. H. Mitglieder des Vorstandes sind: Pastor Ewald Lüddecke, Fleischermeister Heinrich Merkel, Schneidermeister Carl Räger, Klempnermeister Carl Bauer, Viehhändler Heinrich Rust.
7. Dannhäuser Spar- und Darlehnskassenverein, e. G. m. u. H. Mitglieder des Vorstandes sind: Kothsass Wilhelm Uhde, Sattlermeister Wilhelm Meyer, Anbauer Friedrich Bartels.

2. Abänderungen.

1. Wendener Spar- und Darlehnskassenverein, e. G. m. u. H. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Malermeisters Carl Hilker ist der Pastor Thilo Faust eingetreten.
2. Konsumverein Osterlinde, e. G. m. b. H., an Stelle des Ackermanns Heinrich Meyer ist der Landwirth Carl Fickendei in den Vorstand gewählt.
3. Lichtenberger Spar- und Darlehnskassenverein, e. G. m. u. H. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Gemeindevorstehers Christian Unverzagt und des Kothsassens Heinrich Bortfeld ist der Tischlermeister Louis Blume und der Lehrer Hermann Achilles gewählt.
4. Konsumverein Kemnade, e. G. m. b. H., an Stelle des eingegangenen Weserboten sind die Braunschweigischen Nachrichten für die Bekanntmachungen bestimmt worden.
5. Schlewecker Spar- und Darlehnskassenverein, e. G. m. u. H. An Stelle des bisherigen Vorstandsmitgliedes, Brinksitzers Karl Bosse zu Schlewecke ist der Schuhmachermeister Karl Gaus daselbst in den Vorstand gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Max Seyfarth, in Firma Max Seyfarth, Braunschweig. 30. Januar 1902.
2. Hans Grossmann, Schlachtermmeister, Braunschweig. 3. Februar 1902.
3. Albert Bode, Schuhmachermeister, Braunschweig. 4. Februar 1902.
4. Ehefrau des Kaufmanns Ferrenetz Baresch, Helene geb. Krause, Holzminden. 6. Februar 1902.
5. Hermann Grosse, Eisenwaarenhändler, Bad Harzburg. 5. Februar 1902.
6. Theodor Busch, Gastwirth und Kohlenhändler, Bündheim, alleiniger Inhaber der Firma Theodor Busch zu Braunschweig. 6. Februar 1902.
7. Eduard Buchert, Kaufmann, Braunschweig. 17. Februar 1902.
8. Ernst Grosse, Kaufmann, Helmstedt. 17. Februar 1902.

2. Aufhebungen.

Friedrich Kuhlmann, Anbauer, Heinade.

Handelsregister.

(April.)

1. Neueintragungen.

1. G. Becker & Co., Georgshütte b. Boffzen, Glashüttenbetrieb. Inhaber: Fabrikbesitzer August Becker daselbst.
2. Käsefabrik in Gandersheim, Auguste Schmidt, verwittwete Wannefried. Inhaberin: die Wittve des Schachtmeisters August Schmidt, Auguste geb. Merzrath, verwittwete Wannefried.
3. Gebrüder Keilmann, Gandersheim. Offene Handelsgesellschaft. Inhaber: die Brunnenbauer Ernst und Hermann Keilmann.
4. Friedrich Hübner & Sohn, Braunschweig. Offene Handelsgesellschaft. Unter der vorbezeichneten Firma werden Tiefbohrungen betrieben. Inhaber: Tiefbohrunternehmer Friedrich Hübner und der Techniker Adolf Hübner.
5. Otto Schüssler, Gandersheim. Betrieb eines Maurer- und Steinhauergewerbes, eines Steinbruches und einer Kalkbrennerei. Inhaber: Kreismaurermeister Otto Schüssler.
6. Perremanns & Behrens, Braunschweig. Inhaber: Champignonzüchter Jacques Perremanns und Landwirth Bernhard Behrens.
7. Kaligesellschaft Gutglück, G. m. b. H., Braunschweig. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Direktor Adolf Sternberg in Cassel, Bergwerksunternehmer Albert Krebs hieselbst, Bergwerksunternehmer Heinrich Vaerst in Gladbeck i. W., Kaufmann Heinrich Engelhardt in Hohenlimburg.
8. Reinhold Quasdorff, Kolonial-, Material- und Farbewaaren-Geschäft, en gros und en detail, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Reinhold Quasdorff.
9. Wilhelm & Trost, Holzbiegerei, Sägewerk und Holzhandlung, offene Handelsgesellschaft, Königsutter. Inhaber: Kaufleute Ludwig und Adolf Wilhelm und Fabrikant Joachim Trost.
10. Carl Dressel, Maurermeister, Helmstedt. Inhaber: Maurermeister Carl Dressel.
11. Otto Schwiegershausen, Helmstedt. Inhaber: Pianofortefabrikant Otto Schwiegershausen.
12. Hermann Kuhnert, Handlung mit Mähmaschinen, Fahrrädern und Nähmaschinen, verbunden mit Reparaturwerkstatt, Helmstedt. Inhaber: Mechaniker Hermann Kuhnert.
13. Franz Schoepe, Kolonial- und Materialwaaren- und Futterartikel-Handlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Franz Schoepe.
14. Ed. Seebohm, Dampf-Mehlmühle, Helmstedt. Inhaber: Dampfmühlenbesitzer Eduard Seebohm.
15. Max Dieckmann, Weizenbranntwein-Brennerei, Helmstedt. Inhaber: Gutsbesitzer Max Dieckmann.
16. Oscar Stelling, Maassgeschäft für Schuhwaaren und Schuhwaarenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Schuhmachermeister Oscar Stelling.
17. Carl Schicke, Tapissierie-Geschäft, Petroleumhandlung en gros, Handels-Agentur, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Carl Schicke.
18. Hermann Gernreich, Gold- und Silberwaaren-Geschäft, verbunden mit Uhrenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Hugo Gernreich.
19. Wilhelm Geeb, Delikatessen- und Kolonialwaarenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Geeb.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. W. Veth, Aktiengesellschaft, Gandersheim. Die Bestellung des Fabrikdirektors Wilhelm Veth als Vorstandsmitglied ist widerrufen. Die Kaufleute Leo Reichenbach und Fritz Hohenberg sind zu Vorstandsmitgliedern ernannt.
2. Friedrich Zenkel, Schöningen. Jetziger Inhaber: Juwelier Hugo Zenkel.
3. G. Becker & Co. zu Neuhaus. Die Zweigniederlassung auf Georgshütte bei Boffzen ist gelöscht.
4. F. Schmidt & Sohn, Möbelhandlung, Wolfenbüttel. Das Handelsgeschäft ist auf den Dekorateur Max Pasewaldt übergegangen und wird von demselben unter der Firma F. Schmidt & Sohn Nachf. fortgesetzt.

5. A. Runge, Blechwarenfabrik, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters Pflanzers Ernst Lekebusch ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Fabrikanten Anton Runge unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
6. Aktien-Zuckerfabrik Burgdorf. Abänderung des § 17, Abs. 5. Wahl des Direktors Richard Schmidt als sechstes Mitglied in den Vorstand.
7. Franz John, Braunschweig. Durch Ausscheiden des Mitgesellschafters, Bierverlegers Friedrich Wilhelm Lütje, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Bierverleger Johannes Weisbrodt unter der vorbezeichneten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
8. A. Renner, Braunschweig. Die Geschäftsführung der vorbezeichneten Firma ist bis auf Weiteres dem Mitgesellschafter, Kaufmann Hugo Glogner allein übertragen.
9. Harzer Hygrosit-Fabrik, G. m. b. H., Braunschweig. Der Gesellschafter und Geschäftsführer, Rentner Hermann Lüttge ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden und an dessen Stelle der Rentner Carl Schulze in Helmstedt in die Gesellschaft eingetreten. Die §§ 2 und 4 des Gesellschaftsvertrages sind abgeändert.

3. Löschungen.

1. August Thon & Co., Glasfabrik, Schorborn.
2. Rudolf Willecke, Stadtoldendorf.
3. Haarmann & Reimer, Kommanditgesellschaft, Holzminden.
4. Perremanns & Hillecke, Braunschweig.
5. Th. Riccius, Braunschweig.
6. Heyser & Otto, Hohlglasfabrik, Schorborn.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Käsefabrik in Gandersheim, Auguste Schmidt, verwitwete Wannefried. Dem Kaufmann Hugo Wannefried.
2. Friedrich Hübner & Sohn, Braunschweig. Dem Kaufmann Hermann Bremer.

5. Prokura-Löschungen.

1. G. Becker & Co. zu Neuhaus. Die dem Kaufmann Otto Klapproth auf Georgshütte b. Boffzen ertheilte Prokura ist erloschen.
2. Heinrich Brandt, Holzminden. Kaufmann Paul Otto.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Mechanische Tischlerei vereiniger Tischlermeister Braunschweigs, e. G. m. b. H., Braunschweig. Mitglieder des Vorstandes sind: C. Kleinschmidt, Tischlermeister, O. Nordmann, Tischlermeister, Ph. Hinkel, Tischlermeister, H. Ehlers, Tischlermeister, C. Noack.
2. Spargelbau-Verein Büste in der Altmark, e. G. m. b. H. in Braunschweig. Mitglieder des Vorstandes sind: Postmeister a. D. Ludwig Schmidt und Kaufmann Wilhelm Laup hierselbst und der Landwirth Wilhelm Benecke in Büste in der Altmark.

2. Abänderungen.

1. Kreditverein zu Gittelde, e. G. m. u. H., die Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht ist in eine solche mit unbeschränkter Nachschusspflicht umgewandelt und der Geschäftsantheil auf 50 Mk. herabgesetzt. Die jetzige Firma lautet: Kreditverein zu Gittelde, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Nachschusspflicht. Die Statuten sind dementsprechend abgeändert.

2. Konsumverein Volkersheim, e. G. m. b. H. An Stelle des Vorstandsmitgliedes, Molkereiarbeiters Karl Rohkamp ist der Handelsmann Wilhelm Rake als Beisitzer in den Vorstand gewählt.
3. Konsumverein Lutter a. Blge., e. G. m. b. H. An Stelle des bisherigen Vorstandsmitgliedes, Rechnungsführers Heinrich Bartels, ist der Dachdecker Wilhelm Diessel in den Vorstand gewählt.
4. Genossenschafts-Bäckerei zu Helmstedt, e. G. m. b. H. An Stelle der ausscheidenden Vorstandsmitglieder Grubenarbeiter Bernhard Seydholdt, Böttichermeister Friedrich Krüger, Bötticher Fritz Kanne und Bötticher Gustav Kühne sind neu in den Vorstand gewählt: der Bötticher Simon Studte, der Zimmermann Friedrich Körtge, der Schlosser Emil Carpus, der Dachdecker Theodor Hofmeister.
5. Destedter Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H. zu Destedt. Der Grosskothsass Fritz Weber jun. zu Destedt ist als Mitglied des Vorstandes an Stelle des verstorbenen Samenzüchters Eduard Essmann zu Destedt gewählt worden.
6. Molkerei Cramme, e. G. m. b. H. An Stelle des verstorbenen Kothsassen Sander ist der Ackermann Otto Wrede zu Cramme in den Vorstand gewählt.
7. Molkerei Vorsfelde, e. G. m. b. H., an Stelle der ausscheidenden Vorstandsmitglieder Fricke und Loock, ist der Kämmerer Hermann Markworth und der Landwirth und Schuhmachermeister Wilhelm Helmke gewählt.
8. Erkeroder Spar- und Darlehnskassenverein, e. G. m. u. H. An Stelle des aus dem Vorstande ausgetretenen Vereinsvorstehers Pastor G. Eisfeld ist als solcher der Administrator A. Loos in Lucklum gewählt.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaren-Aktiengesellschaft in Wieda. 26. Februar 1902, Vormittags 10 Uhr, ein Lichtdruckbild, offen, Muster für drei irische Dauerbrandöfen mit den Fabriknummern: 230, 231 und 232, Muster für plastische Erzeugnisse, Schutzfrist zehn Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Heinrich Jungesbluth, Stellmachermeister, Gandersheim. 1. März 1902.
2. Otto Pagel, Glasermeister, Wolfenbüttel. 13. März 1902.
3. Ehefrau des Glasermeisters Otto Pagel, Dorette geb. Angerstein, Wolfenbüttel. 13. März 1902.
4. John Bernhard, Generalkonsul, Braunschweig, 5. März 1902.

2. Aufhebungen.

1. August Graul, Posamentier, Braunschweig.
2. Heinrich Kühne, Bäckermeister, Wolfenbüttel.
3. Wittwe des Uhrmachers Hermann Tägtmeyer, Frieda geb. Kallmeyer, in Firma Hermann Tägtmeyer, Braunschweig.
4. Wilhelm Heutling, Vollköther, Tiddische.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 5/6.

Braunschweig, Mai/Juni 1902.

XII. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Der Handelskammer gehen regelmässig zuverlässige Mittheilungen über schwindelhafte oder zweifelhafte Firmen des Auslandes zu. Die Handel- und Gewerbetreibenden des Herzogthums können nach Bedarf auf dem Bureau der Handelskammer (Breitestrasse 91) Einblick in die betreffenden Register erhalten.

Braunschweig, den 22. Mai 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

XLVIII. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig,

Montag, 28. April 1902,

Vormittags 11 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 91.

Anwesend die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Lüttge, Dr. Bartz, Meyer, Querner, Gerecke, Baumgarten, sämmtlich aus Braunschweig, Tielecke (Wolfenbüttel), Ballin (Gandersheim), Rückert (Freilstedt), Falinsky (Helmstedt), Buchholz (Rübeland), Rehn (Holzminden), Walter (Seesen), Dr. Pfeiffer (Wendessen), Fricke (Schöppenstedt), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, Generalsekretär F. Stegemann, Regierungsassessor Bartels und wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Dr. Schmidt.

Es fehlen die Herren: Kommerzienrath Lemmer und Kommerzienrath Gutkind (Braunschweig), Corves (Blankenburg), Wiesmann (Harzburg), Liebold (Holzminden), Kebbel (Schöningen), Dorguth (Helmstedt).

Herr Kommerzienrath Jüdel eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{4}$ Uhr und begrüsst die neu eingetretenen Mitglieder, Konservenfabrikanten Herrn Querner (Braunschweig) und Kaufmann Herrn Herm. Fricke (Schöppenstedt). Alsdann übernimmt der Alterspräsident Herr Stadtrath Ballin den Vorsitz und es wird geschritten zu

I. Wahl des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden und des Schatzmeisters.

Es werden einstimmig wiedergewählt zum Vorsitzenden Herr Kommerzienrath Jüdel, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt, zum Schatzmeister Herr Lüttge. Die genannten Herren nehmen die Wahl an und Herr Kommerzienrath Jüdel übernimmt wieder den Vorsitz, indem er für das ihm erzeigte Vertrauen seinen Dank ausspricht.

II. Wahl der Ausschüsse.

Es werden wieder- bzw. neugewählt:

In den **geschäftsführenden Ausschuss** die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Kommerzienrath Lemmer, Lüttge und Tielecke.

In den **Ausschuss für Verkehrswesen** die Vertreter in den Bezirks-Eisenbahnräthen und zwar die Herren: Dr. Bartz, Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Lemmer, Buchholz, Ballin, Liebold, Dr. Pfeiffer und Wiesmann.

In den **Ausschuss für Gewerbewesen, Abtheilung Industrie**, die Herren: Kommerzienrath Lemmer, Liebold, Dr. Bartz, Meyer, Dr. Pfeiffer, Falinsky und Querner.

In den **Ausschuss für Gewerbewesen, Abtheilung für Handel und Kleingewerbe**, die Herren Lüttge, Corves, Dorguth, Rehn, Tielecke, Walter, Baumgarten, Fricke.

In die **Kommission für das Marktwesen**: Herr Baumgarten.

In die **Kommission für Stiftungen in der Stadt Braunschweig** die Herren: Kommerzienrath Dr. Schmidt, Lüttge, Baumgarten.

III. Geschäftsbericht des Syndikus.

In Ausführung der Beschlüsse der letzten Plenarversammlung ist der Antrag der Handelskammer Oldenburg, betreffend Abänderung der Konkursordnung (s. Monatsschrift 1902 No. 3/4 S. 67) und der Antrag des Centralverbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender, betreffend Einführung von Gewichtsstücken zu 250 g und 125 g (s. Monatsschrift 1902 No. 3/4 S. 66/67) unterstützt worden.

Bezüglich der Abänderung des Braunschweigischen Handelshandelskammergesetzes ist im geschäftsführenden Ausschusse beschlossen worden, die grundlegenden Fragen mit einigen Herren durchzu-berathen, damit in einer der nächsten Sitzungen dem Plenum bestimmte Vorschläge gemacht werden können.

Das Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums bezw. des Reichsamtes des Innern, betreffend den Ausbau der »Nachrichten für Handel und Industrie«, wonach eine mehr ins Einzelne gehende Berichterstattung angestrebt werden solle, ist dahin beantwortet worden, dass die Kammer der weiteren Ausgestaltung dieser Nachrichten einerseits wohl Interesse entgegenbringt, andererseits jedoch in Anbetracht dessen, dass durch eine Veröffentlichung die Interessen der betheiligten Industriezweige geschädigt werden könnten, nicht in der Lage ist, regelmässig Daten aus ihrem Bezirke zur Verfügung zu stellen.

Der vom Verein für Gemüsebau bei der Kammer gestellte Antrag, für die Beförderung von Rohspargel als Eilgut die Frachtgutsätze zu erwirken, ist dem Königlich Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten befürwortend eingereicht.

Die Eingabe der Handelskammer Metz, betreffend Nichtberechnung des Wagenstandgeldes an Sonn- und Festtagen, ist bereits im Jahre 1898 unterstützt worden; es erübrigt sich daher, diese Frage wieder aufzunehmen.

Harzburger Kaufleute haben darüber Klage geführt, dass aus Anlass der Saison eine Anzahl Geschäfte und Filialen aufgethan werden, die nach Beendigung der Saison wieder verschwinden. Sie bitten, gegen diese ihnen bereitete Konkurrenz Maassnahmen zu ergreifen. Die Kammer hat die Antragsteller dahin beschieden, dass nach dem Stande der Gesetzgebung eine Beschränkung der Saisonsgeschäfte nicht möglich ist.

Während der Berichtszeit hat die Handelskammer mehrere Gutachten abgegeben, die in der Monatsschrift abgedruckt sind. Dem Kaiserlichen Patentamt ist eine Reihe von Auskünften über Freizeichen ertheilt. Die Kammer hat hierbei den Wunsch ausgesprochen, von den getroffenen Entscheidungen künftig regelmässig Kenntniss zu erhalten; das Patentamt hat diesem Ersuchen willfahrt.

Dem hiesigen Herzoglichen Amtsgerichte ist auf Ersuchen um Benennung eines Sachverständigen für Taxation von Grundstücken mit Fabrikanlagen der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, in Vorschlag gebracht.

Die spanischen Exporteure des diesseitigen Bezirkes sind auf das Ferrer'sche Ausstellungsunternehmen in Barcelona durch Rundschreiben hingewiesen worden.

Bei den hiesigen Maschinenfabriken ist eine Umfrage veranstaltet, ob der Besuch einer Fortbildungsschule für Fabriklehrlinge und jugendliche Arbeiter für wünschenswerth gehalten werde; es ist bisher hierauf durchgehends eine zustimmende Antwort eingelaufen.

Die Handelskammer Halle hat ein eigenes Gebäude erworben und ladet zur Eröffnungsfeier für Anfang Mai ein; es werden an derselben der Vorsitzende und der Syndikus theilnehmen.

In Bukarest ist eine deutsche Handelskammer errichtet worden.

Der Deutsche Handelstag ersucht der Frage des Kartellwesens näher zu treten und Erfahrungen auf diesem Gebiete, Beschwerden und Uebergriffe mitzuthellen. Die Versammlung wird hierauf aufmerksam gemacht.

In Hildesheim hat am 19. April der VI. Verbandstag mitteldeutscher Handelskammern stattgefunden. Die hiesige Kammer war vertreten durch Herrn Direktor Wiesmann und den Syndikus. Es ist daselbst beschlossen worden:

Zu Punkt 3: Befugnisse der Handelskammern, insbesondere mit Rücksicht auf die Bezirkseisenbahnräthe: Der Verband mitteldeutscher Handelskammern erachtet es für die weitere Ausgestaltung der inneren Thätigkeit der Handelskammern für förderlich, eine vergleichende Uebersicht über die Wirksamkeit der einzelnen Handelskammern zu erhalten. Er beauftragt eine Kommission mit der Ausführung dieses Gedankens.

Zu Punkt 4: Reformbedürftigkeit des Gerichtsvollzieherwesens: Der Verband mitteldeutscher Handelskammern hält sich überzeugt, dass durch die Einführung der Gerichtsvollzieher-Ordnung vom 31. März 1900 eine Verschlechterung und Vertheuerung des Zustellungswesens und der Zwangsvollstreckung herbeigeführt worden ist. Zur Beseitigung dieser Missstände erachtet der Verband eine durchgreifende Abänderung des jetzigen Gerichtsvollzieherwesens für nothwendig, welche die Schnelligkeit des Verfahrens und das nöthige pekuniäre Interesse des Gerichtsvollziehers an der Ausführung der Parteiaufträge gewährleistet und die Unzuträglichkeiten aufhebt, welche die Eintheilung der Gerichtsvollzieher-Bezirke mit sich bringt.

Zu Punkt 5: Errichtung einer technischen Reichsbehörde: Der Verband mitteldeutscher Handelskammern befürwortet eine stärkere und ausgiebigere Berücksichtigung der Technik in der Organisation der Reichs- und Staatsbehörden und beauftragt die Handelskammer Hildesheim, eine Kommission zu bilden, die die weitere Berathung der Frage in die Hand nimmt.

Zu Punkt 7: Sonntags- und Sommerfahrkarten: Der Verband mitteldeutscher Handelskammern erachtet es, so lange nicht das in erster Linie zu erstrebende Ziel einer durchgreifenden und allgemeinen Herabsetzung der Personentarife erreichbar ist, nach wie vor für dringend nothwendig, den Sonntagskarten-Verkehr in seinem vollen früheren Umfange wiederherzustellen und womöglich zu erweitern. Durch eine Einschränkung des Sonntagskartenverkehrs werden gerade die weniger bemittelten Bevölkerungskreise besonders hart betroffen, denen die Möglichkeit wenig kostspieliger Erholungsausflüge nach anstrengender werktägiger Thätigkeit keinesfalls entzogen werden sollte. Da für die Eisenbahnverwaltung ein einigermaassen sicheres Urtheil darüber, für welche Verkehrsbeziehungen in den verschiedenen Theilen des Reiches die Einführung von Sonntagsfahrkarten im Bedürfniss liegt, selbst bei sorgfältigster Prüfung der Verhältnisse überaus

schwierig und häufig unmöglich ist, so erscheint es als die beste und gerechteste Lösung, eine Entschliessung dahin zu treffen, dass alle an Sonn- und Feiertagen gelösten einfachen Fahrkarten auch zur Rückfahrt am gleichen Tage berechneten.

Zu Punkt 8: Erweiterung der Ortsbrieftaxe auf Nachbarorte: Der Verband mitteldeutscher Handelskammern spricht die Erwartung aus, dass die Ausdehnung des Nachbarortsverkehrs überall da erfolgt, wo sie im Sinne des Gesetzes und der demselben beigegebenen Begründung liegt.

Zu Punkt 9: Ausdehnung des Ausnahme- oder Rohstofftarifs auf Wagen von weniger als 15 t. Der Verband mitteldeutscher Handelskammern beschliesst, den Minister der öffentlichen Arbeiten zu ersuchen, die Eisenbahn-Direktionen anzuweisen, dass, wenn die Eisenbahnverwaltung bei Andienung leerer Wagen entgegen dem Willen des Verfrachters von der Art der angeforderten Wagen abweicht, sie gehalten sein soll, die Anwendung der Ausnahme- bzw. Rohstofftarife auch dann bestehen zu lassen, wenn ein geringeres Ladegewicht als dasjenige der gestellten Wagen ausgenutzt wird, mindestens aber 10 t pro Wagen verfrachtet werden.

Zu Punkt 12: Bekämpfung der Missstände im Ausstellungswesen: Der Verband mitteldeutscher Handelskammern erkennt wiederholt an, dass auf dem Gebiete des gewerblichen Ausstellungswesens Missstände vorliegen und spricht sich dafür aus, dass die Beseitigung dieser Missstände nach Möglichkeit angestrebt werde.

Zu Punkt 13: Einführung einer deutschen Arbitrage für Getreide: Der Verband mitteldeutscher Handelskammern hält im Interesse des deutschen Getreidehandels die Einführung einer deutschen Arbitrage für dringend wünschenswerth.

Der Verband befürwortet, dass nur ein Platz für das Schiedsgericht in Aussicht genommen werde.

Im weiteren Berichte des Syndikus wird Kenntniss gegeben von einem Schreiben der »Freien Vereinigung der Weserschiffahrts-Interessenten« über Wiederaufhebung der Detarifizierung für Zucker zur Ausfuhr, von einem Schreiben des »Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig«, enthaltend verschiedene Anträge von einer Eingabe des »Central-Verbandes Deutscher Händler, Markt- und Messreisender«, in der Klage geführt wird über die Beförderung von Marktgütern auf den Eisenbahnen, von einem Schreiben des »Deutschen Handelstages«, betreffend die Behandlung der Forderungsklagen aus Waarenlieferungen als Feriensachen. Zum Schluss folgt eine vertrauliche Mittheilung.

Im Anschluss an den Geschäftsbericht bringt der Vorsitzende die Angelegenheit bezüglich des Umbaues des hiesigen Hauptbahnhofes zur Sprache. Die Kammer beschliesst, dem Abgeordneten Herrn Horn für sein wiederholtes Eintreten in Bezug auf

Braunschweigische Eisenbahn-Verhältnisse im Preussischen Abgeordnetenhaus den Dank der Kammer auszusprechen.

Herr Direktor Bartz giebt auch seinerseits einige Mittheilungen über den Stand der Angelegenheit.

Bei der Revision des Gründungsherganges einer Aktiengesellschaft haben sich einige Unklarheiten auf Seiten der Schätzer hinsichtlich des Werthes des Grund und Bodens herausgestellt (wie derselbe in Anschlag gebracht werden soll, ob als bebaute oder als unbebaute Fläche). Die Kammer ist der Ansicht, dass sich für alle Fälle geltende Vorschriften nicht werden aufstellen lassen, sondern von Fall zu Fall entschieden werden müsse, dass aber allgemeine Grundsätze, nach denen die Schätzungen vorzunehmen sind, gegeben werden können, so z. B., dass der Verkaufswerth und nicht der Affektionswerth zu veranschlagen ist.

IV. Rechnungslegung pro 1901/02 und Ernennung der Revisoren.

Berichterstatter: Herr Lüttge.

Der Schatzmeister, Herr Lüttge, erstattet Bericht über Einnahme und Ausgabe im letzten Rechnungsjahre.

Zu Revisoren werden Herr Baumgarten und Herr Tielecke ernannt.

V. Stellungnahme zu der beabsichtigten Aufhebung der Zuckerprämie.

Berichterstatter: Herr Direktor Dr. Bartz.

Das Referat lautet folgendermaassen:

Meine Herren! Bekanntlich hat im Februar und März d. J. die sogenannte Brüsseler Zuckerkonferenz getagt. In jenen Tagen war die deutsche Zuckerindustrie in nicht geringer Unruhe, ja sie war in banger Sorge um ihre Zukunft, denn sie hegte die Befürchtung, dass die Beschlüsse der Konferenz ihr nicht zum Segen gereichen würden. Wie berechtigt ihre Befürchtung war, sollte sich nur allzubald zeigen, denn aus der Brüsseler Konferenz ist die Konvention hervorgegangen, deren Bestimmungen der deutschen Zuckerindustrie verhängnissvoll werden können und die nur noch der Sanktion der gesetzgebenden Faktoren bedürfen, um Gesetzeskraft zu erlangen.

Wenn man die Brüsseler Konvention ihres Beiwerks entkleidet, so bleiben zwei Punkte, die als der Tenor derselben angesehen werden können. Der eine Punkt betrifft die Aufhebung der Ausfuhrprämien, der andere die Herabsetzung des Schutzolles.

Was zunächst die Aufhebung der Ausfuhrprämien anlangt, so muss man zugeben, dass diese Maassregel die Zuckerindustrie nicht ganz unvorbereitet getroffen hat, denn es ist vor der Emanation des Zuckersteuergesetzes von 1896 sowohl von den Ver-

tretern der Reichsregierung, als auch in parlamentarischen Kreisen betont worden und im Gesetze selbst klar zum Ausdruck gebracht, dass die Gewährung der in diesem Gesetze festgelegten Ausfuhrprämien den Charakter einer vorübergehenden Maassregel habe und dass die Prämien vermindert oder aufgehoben werden würden, sobald die übrigen Zuckererzeugungsländer auch ihrerseits die Prämien herabzusetzen oder zu beseitigen entschlossen wären. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen, denn die an der Brüsseler Konferenz betheiligt gewesenen Mächte haben durch ihre Vertreter erklären lassen, dass sie in die Aufhebung der Prämien einwilligen. Von den europäischen Zuckererzeugungs- bzw. Zuckerexportländern ist nur Russland nicht vertreten gewesen.

Nicht vorbereitet aber war die deutsche Zuckerindustrie darauf, dass die Aufhebung der Ausfuhrprämien in eine Zeit fallen würde, wo die Industrie unter der schwersten Krisis, die sie je erlebt, zu leiden hat. Das hätte die Reichsregierung nach meinem Dafürhalten verhüten müssen und verhüten können; dafür, dass sie es nicht gethan hat, wird sie die Verantwortung zu tragen haben. Wäre für die Aufhebung der Ausfuhrprämien eine weniger ungünstige Zeit gewählt worden, so würde die deutsche Zuckerindustrie sich nicht dagegen auflehnen, denn unter normalen wirthschaftlichen Verhältnissen wird sie auch ohne Prämien den Konkurrenzkampf mit der ausserdeutschen Zuckerindustrie aufzunehmen im Stande sein. Selbstverständlich muss die deutsche Zuckerindustrie die Gewähr haben, dass die übrigen vertragsschliessenden Mächte der Zuckerindustrie ihrer Länder weder versteckte Prämien noch Begünstigungen anderer Art zu Theil werden lassen. Ob und inwieweit die Regierung im Stande sein wird, uns diese Gewähr zu geben, vermag ich nicht zu beurtheilen.

Viel schlimmer als die Aufhebung der Ausfuhrprämien, ist die geplante Verminderung des Zollschatzes. Während der seitherige Schutzzoll in Höhe von 20 Mk. per dz das Eindringen fremden Zuckers in Deutschland nur in ganz geringem Maasse zuliess, wird nach Herabsetzung desselben auf 4,80 Mk. von einem wirksamen Zollschatz kaum noch die Rede sein können.

Für die Maassregel der Herabsetzung des Schutzzolles von 20 Mk. auf 4 Mk. 80 Pfg. können wir uns bei den Franzosen bedanken, denen die in Deutschland und Oesterreich bestehenden Zuckerkartelle längst ein Dorn im Auge waren. Diese Maassregel richtet denn auch ihre Spitze direkt gegen die Zuckerkartelle. Es liegt darin eine unerhörte Vergewaltigung unserer Industrie und es ist ein Gebot der Selbsterhaltung, dass wir dagegen Verwahrung einlegen. Man mag über Ringbildungen, Verkaufssyndikate und dergl. im Allgemeinen und über das Zuckerkartell im Besonderen denken, wie man will, das Eine steht unzweifelhaft fest, dass unser Zuckerkartell die eine lange Reihe von Jahren darniederliegende Raffinationsindustrie wieder zum Aufathmen gebracht und auch die Lage der Rohzuckerindustrie verbessert hat.

Wenn auch die Wirkung des Kartells in der Rohzuckerindustrie nicht überall befriedigt hat, so wäre es dennoch verfehlt, daraus den Schluss zu ziehen, dass der Fortbestand des Kartells nicht im Interesse der gesammten Zuckerindustrie läge. Es muss nur bei der Erneuerung des Kartellvertrages dafür Sorge getragen werden, die Bestimmungen so zu treffen, dass Licht und Schatten gleichmässig vertheilt werden, auf dass der Segen des Kartells der gesammten Zuckerindustrie gleichmässig zu Theil werde.

Der Fortbestand des Kartells ist aber unmöglich, wenn die Zuckerindustrie nicht gegen das Eindringen fremden Zuckers geschützt wird, und sie wird nicht dagegen geschützt, wenn der Schutzzoll auf 4 Mk. 80 Pfg. herabgesetzt wird.

Man kann einer Industrie unmöglich zumuthen, fortgesetzt ohne Nutzen oder gar mit Verlust zu arbeiten, wie es bei der Raffinationsindustrie thatsächlich viele Jahre hindurch der Fall war. Die Raffinerien bestehen nun einmal, und weil sie bestehen und weil darin ein ungeheures Kapital investirt ist, haben sie auch ein Anrecht darauf, zu arbeiten. Wie die Raffinerien aber fortbestehen und mit dem einer jeden Arbeit gebührenden Nutzen arbeiten sollen, wenn an der Versorgung des Inlandskonsums neben der deutschen auch die ausländische Zuckerindustrie theiligt ist, das ist in der That unerfindlich.

Schon bei dem gegenwärtigen hohen Schutzzoll von 20 Mk. per dz kommt fremder, namentlich französischer Zucker ins Land; es betrug z. B. die Zuckereinfuhr

1899	über 11 000 dz,
1900	» 12 000 »
1901	» 17 500 »

Welche Dimensionen die Zuckereinfuhr annehmen wird, wenn in Zukunft der Schutzzoll noch weniger als ein Viertel des gegenwärtigen betragen wird, ist gar nicht abzusehen. Mit Sicherheit ist zu erwarten, dass alsdann exotische Zucker, wie Java und Demerara, in grossen Mengen werden eingeführt werden, denn dies sind Zuckersorten, die, weil sie als Rohprodukte einen relativ niedrigen Preis haben, in manchen Fällen den raffinierten Zucker zu ersetzen im Stande sind.

Aus allen diesen Gründen ist es unabweisbare Pflicht der deutschen Zuckerindustrie, mit aller Entschiedenheit zu verlangen, dass die Einfuhr ausserdeutschen Zuckers durch eine angemessene Erhöhung des in der Brüsseler Konvention vorgesehenen Schutzzollsatzes erschwert werde.

Endlich, meine Herren, müssen wir die Zunahme des Zucker- verbrauchs im Reiche erstreben. Bei der gegenwärtigen hohen Belastung von 20 Mk. per dz ist eine nennenswerthe Konsumzunahme kaum zu erwarten; sie wird erst eintreten, wenn die Verbrauchsabgabe wesentlich, etwa auf die Hälfte, herabgesetzt wird.

Meine Herren! Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass Sie sich im Wesentlichen meinen Ausführungen anschliessen werden. Bei der grossen Bedeutung, die das Wohlergehen der Zuckerindustrie besonders auch für unser Land hat, ist es wünschenswerth, dass unsere Kammer zu der Frage der Aenderung des Zuckersteuergesetzes im Sinne der Brüsseler Konvention sofort Stellung nehme.

Referent verliest alsdann eine von ihm verfasste Resolution.

Herr Dr. Pfeiffer hält die Stellungnahme für verfrüht und bittet abzuwarten, wie die Regierungsvorlage sich gestalten werde, alsdann sei eine gemeinschaftliche Berathung zwischen Raffinadeuren und Rohzuckerfabrikanten wünschenswerth, denn er könne sich nicht in Allem mit dem Vorredner einverstanden erklären. Er trete für eine Aufhebung der Ausfuhrprämien ein, da dieselben durch die Drohung Englands, Differenzialzölle auf deutschen Zucker zu erheben, unbedingt fallen müssten. Der jetzige Rückgang im Zuckerkonsum sei zurückzuführen auf die hohe Preisstellung durch die Raffinerien und er würde sich nicht heben, so lange das Kartell bestehen bliebe. Der Schutzzoll müsse daher ermässigt werden und dürfe nicht, wie ihm aus der vorgeschlagenen Resolution des Referenten hervorzugehen scheine, auf der jetzigen Höhe bleiben.

Herr Dr. Bartz ist der Ansicht, dass man nicht mit der Stellungnahme warten dürfe, weil die Vorlage noch im Laufe der Woche an den Reichstag gelangen werde. Er wendet sich dann im Einzelnen gegen Herrn Dr. Pfeiffer und zerstreut dessen Bedenken gegen die Resolution, indem er besonders bemerkt, dass seiner Meinung nach aus derselben nicht hervorgehe, dass der jetzige Schutzzoll von 20 Mk. bestehen bleiben solle, er auch entfernt davon gewesen sei, die Absicht in den Wortlaut hineinzulegen.

Daraufhin wird die Resolution, nachdem einige formelle Abänderungen erfolgt sind, einstimmig in folgender Fassung angenommen:

- I. Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig beklagt, dass die deutsche Zuckerindustrie durch die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz zu einer Zeit beunruhigt wird, wo sie, wie nie zuvor, darniederliegt; die Handelskammer kann der Beseitigung der Prämien nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass der Zuckerindustrie anderer Länder keinerlei Prämie oder in der Wirkung dieser gleichzuachtende staatliche Vergünstigungen gewährt werden.

In dieser Voraussetzung ist die Handelskammer der Ansicht, dass die deutsche Zuckerindustrie auch ohne Ausfuhrprämien den Konkurrenzkampf mit der ausserdeutschen Zuckerindustrie aufzunehmen im Stande ist.

- II. Die Handelskammer hält den vorgesehenen Schutzzoll von 4,80 Mk. für den Doppelcentner nicht für ausreichend, um das Eindringen fremden Zuckers wirksam zu verhindern.

Sie ist der Ansicht, dass die deutsche Zuckerindustrie angesichts der bestehenden Anlagen und angesichts des darin investierten Kapitals ein Anrecht darauf hat, dass ihr der Besitzstand im Inlande gewahrt bleibe. Die Handelskammer vertritt den Standpunkt, dass Letzteres nur durch eine erhebliche Erhöhung des in Aussicht genommenen Schutzzollsatzes zu erreichen sein dürfte, ohne indessen die Aufrechterhaltung des jetzigen Schutzzolles von 20 Mk. befürworten zu wollen.

- III. Die Handelskammer erachtet im Interesse der Zunahme des Zuckerkonsums eine wesentliche Ermässigung der Verbrauchsabgabe für unerlässlich.

Ausserhalb der Tagesordnung wird beschlossen, dem Kaufmännischen Lehrlingsheim zu Blankenburg eine Beihilfe von 75 Mark für das Rechnungsjahr 1902/03 zu gewähren.

Schluss der Sitzung 2 Uhr.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:

Jüdel,

Kommerzienrath.

Der Protokollführer:

Dr. W. Schmidt,

wissenschaftlicher Hilfsarbeiter.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Gutachten.

a) Die Handelskammer hat sich in einer Prozesssache dahin geäußert, dass für Reisen innerhalb Deutschlands der Reisende bei festen Spesen im Allgemeinen verpflichtet ist, die Aufwendungen, welche durch die laufenden Korrespondenzen und Telegramme mit der Kundschaft entstehen, selbst zu tragen, indess nur soweit, als diese Auslagen im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs liegen. Für Reisen im Auslande kann dieser Gebrauch nicht als maassgebend angesehen werden, vielmehr sind bei solchen besondere vorherige Abmachungen üblich.

b) Die Handelskammer hat auf Ersuchen des hiesigen Herzoglichen Amtsgerichts in einer Prozesssache sich dahin geäußert, dass die Vereinbarung »Kondition 3/3 Monat 10% Skonto« dahin

zu verstehen sei, dass dem Käufer ein Diskont von 10% zusteht, wenn er 3 Monate nach dem Datum der Faktura mit 3 Monat-Akzept bezahlt.

c) Die Handelskammer hat sich in einer Prozesssache wie folgt geäußert:

1. Es ist nicht durchaus ungewöhnlich, dass französischer Rothwein seitens deutscher Weinhändler nach »tonneau« verkauft wird. Ab Bordeaux wird bei Geschäften mit Wiederverkäufern in der Regel nach »tonneau« verkauft.
2. Wenn französischer Rothwein nach »tonneau« verkauft wird, ist es nicht gebräuchlich, den Preis per Oxhoft festzusetzen.

Annahmeschluss von Frachtstückgüter in Schöningen.

Nach einer Mittheilung der Königlichen Eisenbahn-Direction Magdeburg wird zur Beschleunigung der Stückgutbeförderung von der Station Schöningen vom 1. Juli d. J. ab der Schluss für die Annahme von Frachtstückgut bei der Güterabfertigungsstelle Schöningen bis auf Weiteres auf 6¹/₂ Uhr Abends festgesetzt. Stückgüter, die bis zu diesem Zeitpunkte bei der Güterabfertigungsstelle nicht angebracht sind, werden an diesem Tage nicht mehr zur Beförderung angenommen.

Annahmeschluss für Frachtstückgüter in Broistedt und Woltwiesche.

In Broistedt und Woltwiesche wird nach einer Mittheilung des Vorstandes der Königlichen Eisenbahn-Verkehrsinspektion zu Hameln zwecks besserer Verladung und schnellerer Beförderung sowie zur Erleichterung des Schuppenbetriebes der Annahmeschluss für Frachtstückgüter vom 15. Juni d. J. auf 6 Uhr Abends festgesetzt.

Kaufmännische Fortbildungsschule Braunschweig.

Am Schlusse des Schuljahres werden in der Regel an solche Schüler, welche auf Vorschlag ihrer Lehrer in Berücksichtigung ihres Fleisses und ihres lobenswerthen Verhaltens einer Auszeichnung für würdig erklärt werden, Prämien in Form von Büchern verliehen.

Im abgelaufenen Schuljahre 1901/02 haben die nachbenannten Schüler Prämien verliehen erhalten: Carl Eilert, in Stellung bei Herrn Th. Steinweg Nachf.; Alb. Schacht, bei Herrn W. H. Hieronymie; Walter Peters, bei Herrn Rud. Poll; Rob. Marquard, bei der Braunschweigischen Aktien-Gesellschaft für Jute- und Flachsindustrie; Wilh. Lochte, bei der Firma J. H. Grassau & Sohn; Wilh. Möllerke, bei den Herren Justizräthen Aronheim I und Giesecke.

Frequenz der kaufmännischen Fortbildungsschule zu Braunschweig.

Seit Einführung des obligatorischen Unterrichts hat sich der Besuch folgendermaassen gestaltet:

Schuljahr	1896/97	1897/98	1898/99	1899/1900	1900/01	1901/02	1902/03
Zu Beginn des Schuljahres .	480	555	565	601	608	627	663
Am Schlusse des Schuljahres .	401	434	435	442	452	477	—

Rechtsprechung.

Ein hiesiger Fahrradhändler, dem durch den Hausdiener einer hiesigen Firma ein Fahrrad zur Ausbesserung überbracht wurde, das dem Hausdiener von der Firma zur Benutzung geliehen und das bei der Benutzung beschädigt war, besserte das Fahrrad aus und verlangte nun die Kosten solcher Ausbesserung mit 24 Mk. von der Firma bezahlt. Da die Firma die Bezahlung ablehnte, verklagte er sie. Das Gericht hat, nachdem durch die Vernehmung von Zeugen festgestellt war, dass die Firma zu der Ausbesserung keinen Auftrag gegeben und die Ausbesserung auch nicht nachträglich genehmigt hatte, die Klage abgewiesen, weil der Hausdiener nicht ohne Weiteres für ermächtigt zu halten gewesen sei, Namens der Firma Ausbesserungen an dem Fahrrad zu bestellen, und weil die Firma dadurch, dass ihr der Fahrradhändler ein ausgebessertes Fahrrad verschafft habe, nicht bereichert sei.

(Br. Anz.)

Reichsbanknebenstellen.

In Hattingen (Ruhr) ist am 2. Juni d. J. eine von der Reichsbankstelle in Bochum abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet werden.

Am 2. Juni d. J. ist in Villingen eine von der Reichsbankstelle in Freiburg i. Br. und in Pirna eine von der Reichsbank-

stelle in Dresden abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Fernsprechverkehr.

Der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Elsebeck und Rüper andererseits ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt nach Elsebeck 50 Pfg., nach Rüper 20 Pfg. — Ebenso ist der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig und Timmerlah am 14. April eröffnet worden.

Der Fernsprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Bevenrode, Bleicherode, Erfurt, Gotha, Weimar und Gera (Reuss) andererseits ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch nach Bevenrode beträgt 20 Pfg., nach den übrigen Orten 1 Mk. (Br. Anz.)

Uebersicht

der Geschäfte der Kammer für Handelssachen bei dem Herzöglichen Landgerichte Braunschweig während der Geschäftsjahre 1885 bis 1901.

Zahl der bei Beginn des Jahres anhängigen Prozesssachen	Zahl der im Laufe des Jahres anhängig gewordenen Prozess- sachen	Zahl der statt- gehabten mündlichen Verhandlungen		Im Laufe des Jahres sind abgegeben:		
		nicht kon- tradik- torische	kontradik- torische	Urtheile auf Versäumniss, Verzicht, Anerkennt- niss	Urtheile nach kontradik- torischer Ver- handlung	Beweis- beschlüsse
1885: 48	286	273	118	184	35	46
1886: 67	379	567	158	255	40	70
1887: 64	436	412	171	275	49	61
1888: 91	448	434	173	309	55	83
1889: 91	450	321	152	290	47	75
1890: 119	427	305	126	282	43	68
1891: 115	543	375	187	347	67	85
1892: 147	722	375	187	437	81	124
1893: 196	746	466	280	491	75	114
1894: 189	753	513	265	544	88	132
1895: 137	650	557	290	469	66	78
1896: 145	776	505	186	541	77	98
1897: 168	687	566	226	511	89	142
1898: 167	638	508	292	478	68	105
1899: 209	691	454	253	423	90	119
1900: 171	702	495	272	457	76	132
1901: 166	669	506	267	471	85	113
		412	274	391		

Getreidepreise

im Monatsdurchschnitt für 100 kg nach Feststellung der Marktkommission 1901.

1901	Weizen						Roggen						Gerste						Hafer						Erbsen		Bohnen		Linsen	
	gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		gut		mittel		gering		Mk. Pfg.		Mk. Pfg.		Mk. Pfg.	
	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.	Mk.	Pfg.
Januar	14	80	14	63	14	43	14	67	14	47	14	27	15	23	14	61	13	80	14	39	14	3	13	73	24	—	22	50	28	50
Februar	14	80	14	54	14	25	14	20	14	17	13	87	15	50	14	84	13	99	14	61	14	28	13	95	24	—	23	50	28	50
März	15	23	14	97	14	78	14	20	14	1	13	80	15	29	14	75	14	9	14	92	14	58	14	18	25	—	24	50	26	50
April	—	—	—	—	—	—	14	70	—	—	—	—	—	—	14	20	13	63	15	48	15	19	14	95	25	—	24	50	26	50
Mai	16	81	16	67	16	28	14	46	14	35	14	7	—	—	—	—	13	63	15	73	15	42	15	13	25	50	24	50	26	50
Juni	16	68	16	53	16	31	14	16	13	97	13	80	—	—	—	—	13	55	15	67	15	38	15	7	24	—	24	50	26	50
Juli	16	30	16	14	15	93	13	83	13	64	13	41	—	—	14	—	13	50	15	44	15	22	15	—	24	—	24	50	26	50
August	16	—	15	70	15	59	13	79	13	60	13	35	15	—	14	50	14	—	15	30	15	10	14	93	24	50	23	50	24	50
September . . .	15	47	15	28	15	—	13	66	13	41	13	20	15	—	14	50	14	—	13	11	12	88	12	60	24	—	23	—	24	50
Oktober	15	47	15	24	15	5	13	79	13	59	13	39	14	98	14	50	14	—	13	46	13	20	12	93	23	—	21	50	24	50
November	16	3	15	83	15	60	14	10	13	86	13	63	15	—	14	50	14	—	14	29	13	98	13	54	23	—	20	50	24	50
Dezember	16	45	16	26	15	98	14	20	14	—	13	80	15	—	14	50	14	—	14	99	14	50	14	—	24	—	20	50	24	50

Bericht

über

die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung gewerblicher Etablissements.

Am folgenden Tage erfolgte zunächst die Besichtigung der
Pianofortefabrik von Zeitter & Winkelmann.

Herr Winkelmann gab folgenden Erläuterungsbericht:

Nur wenige Zweige unserer Industrie können bei einem verhältnissmässig kurzen Entwicklungsgange auf so hervorragende Resultate zurückblicken, wie es die Musikinstrumenten-Industrie kann. Viel dazu hat ja das Eindringen der Tonkunst, die man nicht mit Unrecht »die Sprache der Gefühle« nennt, in die breiten Volksschichten beigetragen, wodurch die Musik und ihre Pflege mehr und mehr der Allgemeinheit übertragen wurde, während sie früher nur ein Privilegium der Wohlbegüterten oder geistig Bevorzugten war. Durch die Anstrengungen des deutschen Kunstgewerbes im Verein mit der ausserordentlichen industriellen Bewegung, die im Musikinstrumenten-, speciell Klavierbau, sich in Deutschland entwickelte, hat die Musik innerhalb der gesammten Kulturwelt eine Heimstätte in Bürgerhäusern wie im Palast gefunden, und gerade unsere deutsche Nation ist es, die neben der Erfindung und Interpretation musikalischer Gedanken auch in der Herstellung von guten Musikinstrumenten das Höchste geleistet hat.

War es im Anfange dieses Jahrhunderts Wien, das den Pianofortebau beherrschte, so änderte sich dies im Laufe der Jahrzehnte ganz allmählich zu Gunsten Norddeutschlands. Berlin trat an die Stelle von Wien; aber auch an manchen anderen Plätzen der norddeutschen Tiefebene erlangten durch die Energie, sowie durch die ausserordentliche Befähigung ihrer kunstsinnigen Geschäftsleiter eine weit über lokale Grenzen hinausgehende Bedeutung.

Wir sprechen hier nicht von der jetzt zum Segen vieler Tausende von fleissigen Händen stark ausgebreiteten Massenfabrikation, speciell von Pianos, die den Ansprüchen, die Kunst und Kunstgewerbe an ein erstklassiges Piano stellen, nicht voll genügen, sondern wir haben die Etablissements im Auge, die über dem Industrieprodukt, das ja ein Klavier, sei es auch noch so wundervoll gebaut, immerhin doch darstellt, nicht vergessen, dass sie neben dem naturgemässen Zwecke jedes Unternehmers, Geld zu verdienen, auch eine kunstgewerbliche Leistung hervorbringen wollen.

Dies letztere Ziel verfolgt unsere Firma. Wir haben im Laufe der Jahrzehnte unentwegt an dem Prinzip festgehalten, nur beste Erzeugnisse zu liefern, und diesem Prinzip verdanken wir den Weltruf und die heutige Ausdehnung unserer Fabrikate.

Im Jahre 1837 wurde die Firma von Chr. Th. Winkelmann in Braunschweig in der Scharnstrasse unter sehr bescheidenen Verhältnissen gegründet. Es wurden zunächst nur Tafelklaviere gebaut, dann kamen Flügel und bald darauf die Pianos hinzu. Mit dem allmählichen Wachsen des Geschäftes wurden die bisherigen Räume zu klein, so dass nach zehnjährigem Bestehen die Fabrik 1847 in die geräumigen Lokalitäten des erworbenen Hauses, Wollmarkt 3, verlegt werden mussten.

Vier Jahre später trat in die Fabrik, die zu damaliger Zeit ohne jede Maschine arbeitete, Herr Zeitter als Theilhaber ein. Mit reichen Erfahrungen, die derselbe als technischer Leiter in ähnlichen Fabriken in Paris und London erworben hatte, ausgerüstet, betonte er ebenso wie Winkelmann, als erstes Prinzip, alle Anstrengungen auf edlen Ton jedes einzelnen Instrumentes zu richten. Dieses Bestreben fand dadurch seine Anerkennung, dass die Instrumente nicht nur eine begehrte Marke wurden, sondern auch die hervorragenden, ausübenden Künstler der damaligen Zeiten die Erzeugnisse der Braunschweiger Firma benutzten.

Der Kundenkreis hatte sich bald über Braunschweigs Grenzen ausgedehnt und es wurde schon in den fünfziger und sechziger Jahren nach Amerika, Australien und Indien exportirt.

Das Jahr 1871 brachte die durch Zeitter veranlasste Einrichtung der kreuzsaitigen Pianos und den Flügelbau mit Eisenrahmen.

Im Herbst 1874 schloss Fr. Zeitter seine Augen für immer, und ein Jahr darauf folgte ihm der Begründer der Firma, Chr. Theod. Winkelmann nach.

Das nun schon recht ausgedehnte Geschäft übernahm der älteste Sohn des Begründers, Otto Winkelmann.

Am 23. Juli 1842 geboren, besuchte dieser das Gymnasium seiner Vaterstadt, begann seine Lehrzeit unter Obhut des Vaters in der Fabrik und setzte dieselbe bei dem bekannten Pariser Hause Henri Herz fort.

Bei Uebernahme des Geschäftes sah sich Otto Winkelmann in Folge der wachsenden Betriebsausdehnung vor die Nothwendigkeit einer nochmaligen Verlegung des Geschäftes gestellt.

Auf dem über 10000 qm grossen Holzlagerplatz in der Rossstrasse wurde ein zweistöckiges Fabrikgebäude mit vier grossen Arbeitssälen errichtet, ein Göpelwerk mit Bandsägen und Fraismaschinen eingerichtet.

Zwei Eisenbohrmaschinen wurden angeschafft und die so werthvollen Holzvorräthe, die zum jahrelangen Trocknen dort lagerten, in neuerbauten Schuppen untergebracht.

Wieder vergingen einige Jahre angestrengtester Arbeit, verbunden mit intensivster Reisetätigkeit von Otto Winkelmann, der ausser Deutschland, in Holland, Belgien und England seinen Fabrikaten Absatz erschloss, überall neue Einrichtungen kennen lernend und den Geschmack der Kundschaft studirend, bis der

gesteigerte Absatz und dementsprechend die Produktion abermals zu einem Erweiterungsbau Veranlassung gab.

So entstand das jetzige imposante, vierstöckige Fabrikgebäude mit sechzehn grossen Arbeitssälen, dem angebauten Maschinen- und Kesselhause. Von nun an arbeitet das zum Grossbetriebe eingerichtete Unternehmen mit Dampfkraft.

Die alte Fabrik wurde umgebaut und enthält jetzt das geräumige Kontor, einen grossen Lagerraum für Bedarfsartikel, wie Schrauben, Leuchter, Messingbänder und dergl., die Lackirerei für Eisenrahmen; in der ganzen ersten Etage die Trockenkammer, die 150 cbm zugeschnittenes Holz aller Sorten fasst.

Bei einem Rundgange durch das Etablissement beschreiten wir zunächst den grossen Holzplatz. Hier finden wir drei grosse Schuppen, darunter der grösste zweistöckig, in welchem kolossale Holzvorräthe zum jahrelangen (fünf bis acht Jahre, je nach der Art des Holzes) Trocknen aufgestapelt liegen. Von hier aus gelangen wir, nachdem wir das Kessel- und Maschinenhaus mit seiner 36pferdestarken Dampfmaschine besichtigt haben, in den grossen Maschinenraum, in welchem das Holz zugeschnitten wird und nachdem dasselbe noch etwa ein Jahr auf der Trockenkammer, welche die ganze erste Etage der alten Fabrik einnimmt, gelagert hat, weiter durch Holzbearbeitungsmaschinen bearbeitet wird. Hier finden wir Fournir-, Band- und Kreissägen, Hobel- und Kehlmaschinen, Holz-, Langloch- und Eisenbohrmaschinen und diverse Schleifmaschinen. In diesem Saale befindet sich auch noch die Verleimerei. Die Maschine treibt ausser dem vorhin erwähnten noch einen Fahrstuhl und ferner im Bezieherraum eine Spinnmaschine. Nachdem das Holz für die verschiedenen Branchen zugerichtet ist, gelangt es vermittelt Fahrstuhls in die betreffenden Arbeitsräume. Zuerst finden wir Rasten, die Grundgestelle eines Klaviers; nachdem diese fertig und eine Zeit gelagert, kommen dieselben zu den Resonanzbodenmachern, hier werden dieselben, wie schon der Name sagt, mit dem Resonanzboden (der Seele des Klaviers) und Stimmstock versehen, auf welchem dann die eiserne Platte mit dem Saitenbezug angebracht wird. Nachdem nun ein so bezogener Boden diverse Male »gezwickelt« (vorgestimmt) ist, kommt derselbe zu den Umleimern. Hier werden die Seiten angeleimt, Fronten eingepasst, kurz, das Gehäuse (Umbau), nachdem dasselbe abgeputzt und grundirt ist, umgebaut. Der Umbau für die Klaviere wird in besonders dazu eingerichteten Räumen vorgenommen, sodann furnirt, und lagert wie alle Theile, ehe sie zur Verarbeitung kommen, einige Zeit (etwa ein Jahr), so dass für einen Jahresbedarf von 700 bis 800 Stück fertig furnirter Vorrath vorhanden ist. Nachdem das Piano umgeleimt ist, kommt die Front (Klappe, Ober- und Unterrahmen) zum Frontenpolirer, der Kasten zum Zusammensetzer. Letzterer setzt die Klaviatur und Mechanik zusammen und richtet dieselbe ein. Nachdem das Piano zusammengesetzt und wieder diverse

Male gestimmt ist, wird dasselbe fertig polirt, von Technikern ausgearbeitet und intonirt. Erst nachdem jedes Piano dann noch auf das Genaueste unter persönlicher Oberaufsicht des Chefs geprüft und gespielt ist, gelangt dasselbe zur Versendung.

Aehnlich wie bei den Pianinos, ist auch der Bau der Flügel; dieselben werden in besonderen Räumen hergestellt, da beim Bau derselben, besonders was den gebogenen Umbau anbelangt, wieder andere Einrichtungen nöthig sind. Nachdem die Rasten, ähnlich wie beim Piano, nur in anderer Form verleimt sind, werden vermittelst besonderer Einrichtungen die Wände herumgepresst. Eine solche Wand besteht aus fünf bis sechs Fourniren und Dickten, die lang und quer unter Druck verleimt werden. Die verleimte und umgebaute Raste gelangt nun zum Bodenmacher, von dort zum Anschläger, Polirer, Zusammensetzer, Fertigpolirer, Ausarbeiter, Regulirer und Intoneur in gleicher Reihenfolge, wie bei Pianos.

Alle Räume haben Dampfheizung, und ausser den eigentlichen Arbeitssälen enthält das grosse Fabrikgebäude noch zahlreiche Vorrathsräume, wo die einzelnen Theile ihrer weiteren Verwendung harren.

Naturgemäss kann die Maschine gerade bei solchem Kunstwerk, wie es jedes sorgfältig gebaute Instrument ist, nicht Alles machen, im Gegentheil, sie kann das eigentliche Werk nur vorbereiten, denn die Seele des Klaviers ist nicht, wie bei der Dampfmaschine der Konstrukteur, dessen Intentionen nachzuarbeiten der menschliche Scharfsinn die Werkzeugmaschine geheissen hat, sondern der Ausarbeiter, und zwar nur der kunstverständige, mit feinstem Gehörsinne und musikalischem Gefühle ausgestattete Arbeiter kann den Intentionen seines Chefs nachkommen.

Das unterscheidet ja gerade den Klavier-, überhaupt den Instrumentenbau trotz seiner heutigen Form des Grossbetriebes von rein industriellen Unternehmungen, dass der Geist, der dort herrscht, in erster Linie ein künstlerischer und fachmännischer sein muss, zu dem dann allerdings, um Erfolge zu erzielen, auch der kaufmännische hinzuzutreten hat.

In der Blüthe seines Schaffens wurde Otto Winkelmann vom Tode ereilt am 11. Dezember 1890, und seiner Gattin lag nunmehr während sechs Jahren die schwierige Aufgabe ob, das Werk bis zur Grossjährigkeit ihrer Kinder zu leiten. Dank ihrer ausserordentlichen Thatkraft und mit Hilfe tüchtiger Werkführer ist dies derselben gelungen.

Nunmehr führen ihre beiden Söhne Otto und Rudolf Winkelmann, sowie ihr Schwiegersohn Ernst Meyer das Geschäft im selben Sinne weiter, und es gereicht zur grossen Genugthuung, dass die Firma in den zwölf Jahren, die sie nun in der dritten Winkelmann'schen Generation durchgemacht hat, wiederum an Ehren und Ausdehnung gewachsen ist.

Da die Aussichten auf das innere deutsche Geschäft in den letzten Jahren stets geringer geworden sind, ist die persönliche Bereisung neuer Länder, wie ganz Europäisch Russland, Skandinavien und Rumänien, aufgenommen. Die Einführung der Fabrikate war hier in zwei Jahren nahezu vollständig gelungen.

Die Firma unterhält an allen Haupthandelsplätzen der Welt Vertreter resp. eigene Filialen. Sie hat Hauptvertreter in Berlin, Bukarest, Moskau, Petersburg, London, Glasgow, Stockholm, Christiania, Amsterdam, Brüssel, Messina, Batavia, Valparaiso, Buenos Aires, Cape-Town, Mexico, Melbourne u. s. w.

Auch auf die äussere Ausstattung der Instrumente wird in sorgfältigster Weise Werth gelegt. In den Riesenlagern von Hölzern, die dort jahrelang zum Trocknen liegen, finden sich neben silbergrauen Ahorn-, Pappeln-, Buchen-, Kiefern- und Birkenhölzern die feinsten ausländischen Holzarten, als amerikanisch Nussbaum, Djati (Java-Peak), Mahagony und Whitewood, aus denen die vornehm und künstlerisch stilisirten Gehäuse gefertigt werden.

Aus den bedeutendsten Ausstellungen des In- und Auslandes besitzt die Firma zwölf goldene und silberne Medaillen für ihre vorzüglichen Fabrikate, und bei dem grossen Wettbewerbe, der auch auf diesem Gebiete wie überall um die Herrschaft ringt, sind solche Zeichen der Anerkennung gewiss nicht zu unterschätzen.

Die Besichtigung konnte bei der grossen Theilnehmerzahl nur in Gruppen erfolgen. Die Führer derselben gaben in den einzelnen Werkstätten die nöthigen Sacherklärungen, so dass die Theilnehmer einen recht guten Einblick in das umfangreiche Werk erhielten.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1901.

I. Theil: Industrie.

II. Industrie der Steine und Erden.

7. Diabas-Steinbrüche Neuwerk.

Die Klagen, welche in dem letzten Berichte über strengen und langen Winter und über das zerklüftete Gestein in den Pfaffenköpfen verlauteten, wiederholen sich leider auch heute noch. Schnee und Frost hemmten auch in dem abgelaufenen Jahre die Arbeiten, die Beschaffenheit des Felsens vertheuerten die Löhne und gesellte sich zu den genannten Widerwärtigkeiten zum Ueberfluss noch die Trockenheit des Sommers, wodurch der Kohlenverbrauch ein aussergewöhnlich hoher war.

Verkauft wurden von den Diabas-Steinbrüchen:

3 508,30 cbm	Pflastersteine,
18 292,38 »	div. Chausseematerial und rohe Steine, von dem Weissen Stahlberge:
188,73 »	Pflastersteine,
1 253,05 »	Chausseesteine etc.
23 242,46 cbm.	

Es wurden durchschnittlich in den alten Brüchen 13 Bossirer für Grosspflaster, dieselbe Zahl für Kleinpflaster und 70 Arbeiter in dem Melaphyr-Bruche (Weisser Stahlberg), 2 Bossirer für Grosspflaster und 3 Bossirer für Kleinpflaster neben 9 Arbeitern, in Summa 110 Mann beschäftigt.

8. Braunschweiger Portland-Cementwerke in Salder.

Die Lage der Cement-Industrie war im nordwest-mittel-deutschen Gebiete eine wenig günstige. Die von dem Ende 1901 gebildeten Syndikate erhofften Erwartungen sind nicht erfüllt. Schon bald stellte es sich heraus, dass es unmöglich war, den festgesetzten Preis zu halten, weil mit den schlesischen und stettiner Fabriken eine Einigung nicht erzielt war und ein arger Konkurrenzkampf entbrannte. Eine weitere Kalamität, die in der Folge den Hauptgrund zu der Ende d. J. erfolgten Auflösung bildete, war die Unmöglichkeit, den neu auf den Markt kommenden Fabriken Absatz zu verschaffen.

Die Preise mussten wiederholt stark heruntergesetzt werden. Die Liquidation des Syndikats wird erhebliche Opfer verschlingen, so dass wohl keine Fabrik des ehemaligen Syndikats Dividende vertheilen kann. Da jetzt ein arger Konkurrenzkampf ausgebrochen ist und zu unglaublichen Preisen angeboten wird, so sind auch die Aussichten für das laufende Jahr wenig erfreulich und werden nur diejenigen Fabriken mit kleinem Nutzen arbeiten können, die durch vorzügliches und billiges Rohmaterial, günstige geographische Lage und beste Einrichtungen unterstützt werden.

9. Vereinigung Braunschweiger Dampfziegeleien.

Im abgelaufenen Berichtsjahre wurden anfangs die Produktionen noch abgesetzt und meist auch die alten Preise erzielt, gegen Ende des Jahres aber flaute das Geschäft immer mehr ab, so dass am Jahresschluss überall grosse Vorräthe sich angesammelt hatten. — Dem allgemeinen Rückgang in der Industrie folgend, mussten auch die Preise für das Jahr 1902 heruntergesetzt werden, um die Lager nicht noch mehr zu vergrössern und einer Betriebseinschränkung entgegenzutreten.

III. Metallverarbeitung.

1. Gold- und Silberwaaren.

Das Geschäft in Gold- und Silberwaaren war bis Ostern dem Vorjahre gleich zu erachten. Nach Ostern des Berichtsjahres trat eine ruhige Geschäftslage ein. Nachfrage nach grossen Stücken in Juwelen sowohl, wie auch in Silber war nicht vorhanden.

2. Bijouteriewaaren.

Die allgemeine Lage der Gold- und Silberwaaren-Branche hat sich auch im verflossenen Jahre nicht gebessert. Bestimmend hierfür ist in der Hauptsache eine Ueberproduktion der früheren Jahre gewesen, während der Absatz sich nicht gehoben hat. In der Fabrikation von Specialartikeln in der Bijouteriewaarenbranche war in Folge des lebhaften Absatzes nach dem Auslande voll zu thun.

3. Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt.

Zu Anfang des Jahres 1901 waren die Werkstätten noch sehr lebhaft mit Beschäftigung versehen und es liefen auch neue Aufträge so zahlreich ein, dass die vorliegende Arbeitsmenge nur mit Anspannung aller Kräfte bewältigt werden konnte, besonders auch in Folge des Umstandes, dass meist sehr kurze Liefertermine bedungen wurden.

Die Versteifung des Geldmarktes und die sich schlechter gestaltenden Verhältnisse vieler Industrien, insbesondere aber die Krise, welche über die Zuckerindustrie hereinbrach, hatten zur Folge, dass dieser günstige Zustand gegen Mitte des Jahres sein Ende erreichte und die Aufträge von da ab spärlicher und unter ungünstigeren Bedingungen einliefen. Diese Kalamität verschlimmerte sich gegen Ende des Jahres stetig, noch verschärft durch das Missverhältniss, welches zwischen den Preisen der Rohmaterialien und fertigen Fabrikate bestand, so dass die Herbeischaffung von Aufträgen angesichts der überaus scharfen Konkurrenz mit grossen Schwierigkeiten verknüpft und die erzielten Preise wenig oder gar nicht gewinnbringend waren. Am Ende des Jahres 1901 konnte von einer ausreichenden und lohnenden Beschäftigung nicht mehr gesprochen werden. Dieser ungünstige Zustand machte sich nicht nur auf dem Gebiete der Zuckerindustrie bemerkbar, sondern lastete auch auf allen übrigen Specialitäten, deren Herstellung in die Fabrikation unseres Werkes fällt. Das Ausland bot gleich ungünstige Verhältnisse, so dass auch dort günstige Absatzgelegenheiten nicht zu finden waren. In Folge des verminderten Arbeitsquantums sah man sich genöthigt, Verringerung der Arbeitskräfte und Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen.

Auch im neuen Jahre ist eine Besserung der Geschäftslage noch nicht zu bemerken und es ist noch nicht abzusehen, wie lange dieser Zustand Dauer haben wird. Es wird dies wesentlich davon abhängen, wie sich die allgemeinen Industrieverhältnisse gestalten und insbesondere, in welcher Zeit die Zuckerindustrie aus der gegenwärtigen schweren Krisis sich herausarbeitet.

Am 31. Dezember 1901 wurden 110 Beamte und 586 Arbeiter beschäftigt.

4. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther A.-G.

Das Kalenderjahr 1901 war für den Betrieb so wenig erfreulich, wie für die gesamte Eisenindustrie überhaupt.

Die starke Nachfrage, welche sich im ersten Theile des Jahres 1900 noch bemerkbar machte, konnte zu der Annahme führen, dass für sie ein entsprechender Bedarf die Ursache bilde und deshalb auf längere Dauer eines lebhaften Geschäftes gerechnet werden könnte. Ueberraschender Weise fand dasselbe ein ganz plötzliches Ende in der zweiten Hälfte des Jahres 1900, so zwar, dass zahlreiche und grosse Projekte in ihrer Verwirklichung zum Theil sistirt, zum anderen Theil völlig aufgegeben wurden und an die Stelle des bis dahin lebhaften Geschäftsganges eine fast vollständige Stagnation trat.

Unter dem Zeichen dieser Leblosgkeit und dem Mangel aller Unternehmungslust stand das ganze Jahr 1901. Der Niedbruch verschiedener industrieller Etablissements und einiger Bankhäuser verschärfte die Unlust und das Misstrauen; es ist bekannt, dass die ganze Geschäftswelt nahe daran war, von einer vorübergehenden Panik ergriffen zu werden.

Als Folge dieser Zustände ist der erbitterte Wettbewerb zu betrachten, der sich je länger je mehr auf den Gebieten, in denen sich unsere Fabrikation bewegt, bemerkbar machte. Wenn derselbe nur ein Unterbieten und ein stetiges Heruntergehen in den Verkaufspreisen mit sich gebracht hätte, so wäre hierin nur ein Merkmal zu finden, das wohl jeder niedergehenden Konjunktur eigen ist; leider ist jedoch diesmal auch die Nothlage der arbeitssuchenden Betriebe von einem Theile der seltenen Reflektanten dahin ausgenutzt worden, unverhältnissmässig lange Zahlungsziele herauszupressen, die als eine schwere Schädigung der sonst im deutschen Geschäfte herrschenden Ordnung bezeichnet werden müssen. Es sind uns mehrfach Geschäfte angetragen worden, bei denen man uns Zahlungen in Raten bis zu fünf Jahren anbot, ganz abgesehen von Zugeständnissen noch anderer Art.

Die von den Banken vorgenommene Einschränkung, stellenweise die Entziehung der Kredite verhinderten in vielen Fällen den pünktlichen Eingang von Forderungen und zeitigten Stundungsgesuche von solchen Stellen, an denen man dergleichen bis jetzt durchaus nicht gewöhnt war.

Unter diesen Verhältnissen wurden grosse Unternehmungen, neue Gründungen u. s. w. nur in mehr als mässigem Grade durchgeführt; der weitaus grösste Theil wurde hinausgeschoben, entweder, weil man überhaupt eine Besserung der Zustände abwarten wollte, oder weil es sich als unmöglich erwies, die Finanzierung anzubahnen oder durchzuführen. War vorher in Finanzkreisen Interesse selbst für wenig Gewinn bringende Neuanlagen vorhanden, so verhielten sich dieselben Kreise in der Berichtsperiode theilnahmslos selbst in Fällen, in denen eine ausgezeichnete Rentabilität mit Sicherheit zu erwarten war.

Die geschilderte Situation nöthigte uns mehr denn je zur intensiven Bearbeitung des Auslandes und überseeischer Gebiete zwecks Aufrechterhaltung eines so wenig wie möglich eingeschränkten Betriebes.

Trotz der so ungünstigen Geschäftslage haben die staatlichen wie auch die städtischen Behörden Maschinenlieferungen an ausserhalb domizilierte Werke vergeben, obwohl die Lieferungsobjekte in Braunschweig selbst als Specialität mindestens ebenso gut und vollendet angefertigt werden; das ist sehr zu beklagen, und es ist dadurch den Braunschweiger Werken ein bei dem herrschenden Arbeitsmangel um so empfindlicherer Schaden zugefügt.

Die Preise für die wesentlichsten Materialien für unsere Fabrikation — Eisen und Kohlen — standen und stehen noch immer ausser allem Verhältniss zu den erzielbaren Verkaufspreisen für die Produkte; dazu kommt, dass in der Industrie viele Werke seiner Zeit zu erheblichen Eisenabschlüssen gedrängt worden sind unter der Drohung, später überhaupt kein Material erhalten zu können. —

Wenn sich in neuerer Zeit da und dort anscheinend ein wenig Bedarf schüchtern bemerkbar macht, so bleibt doch sehr die Frage, ob damit der Anfang zu einem wieder befriedigenderen Geschäftsgange gegeben ist; von einer Ausnutzung der Leistungsfähigkeit eines Werkes, welches mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgestattet ist, kann dabei noch lange nicht die Rede sein.

Zu Arbeiterentlassungen in nennenswerthem Umfange waren wir nicht genöthigt.

5. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Aktien-Gesellschaft.

In der Lage und Entwicklung des Geschäfts ist eine Aenderung gegen das Vorjahr nicht eingetreten.

6. Dampfkessel- und Gasometer-Fabrik vorm. A. Wilke & Co., Braunschweig.

Die allgemeine missliche Lage der Industrie hat sich auch auf dem Gebiete des Dampfkessel-, Gasometer- und Maschinen-

baues in empfindlicher Weise bemerkbar gemacht und haben diese Branchen in dem abgelaufenen Jahre eben so schlecht gelegen, wie die anderen Branchen der gesamten Eisenindustrie.

In keinem der genannten Fächer war irgend ein Bedarf von Bedeutung zu verzeichnen, wodurch ein ganz erhebliches Herabdrücken der Preise stattfand und der Beschäftigungsgrad erheblich nachliess.

Besonders in den Wintermonaten war die Beschäftigung eine sehr geringe und verlustbringende.

Aussichten auf Besserung sind leider noch nicht vorhanden.

7. Braunschweigische Mühlenbau-Anstalt Amme, Giesecke & Konegen.

Das Jahr 1901 muss für die Industrie als ein ungünstiges bezeichnet werden, indem in ihm viele Faktoren zusammen wirkten, den Absatz zu erschweren und die Preise zu drücken. In erster Linie ist hier zu nennen die Unsicherheit in den zollpolitischen Verhältnissen, dann die Bildung des Kartells der Dampferlinien, die die Seefrachten um fast das Dreifache erhöhten und schliesslich das theilweise aufgetretene Bestreben der ohne ausreichende Beschäftigung gebliebenen Konkurrenz-Firmen, zu jedem Preise Abschlüsse zu thätigen, was naturgemäss von grossem Einfluss auf den finanziellen Erfolg des Jahres gewesen ist.

Unter Anspannung aller Kräfte und in Folge der guten Beziehungen zum Auslande, nicht zum Wenigsten auch durch die vorzügliche Aufnahme, die unsere Fabriken gefunden haben, war es trotz der grossen Ungunst der wirthschaftlichen allgemeinen Verhältnisse möglich, die im letzten Vierteljahr eingerichtete achtstündige Arbeitszeit nach Verlauf von wenigen Wochen mit der normalen zehnstündigen Arbeitszeit zu vertauschen.

Der Umsatz dürfte sich auf ca. 5 000 000 Mk. stellen. Der Bestand des Personals hat sich erhöht. Zur besseren Pflege der Beziehungen zur Kundschaft befinden sich:

- a) Zweigbureaux in Paris, Madrid, Brüssel, Wien, Ravensburg, London und Rosario,
- b) Repräsentanten in Galatz, Odessa, Livorno, Piraeus, Santiago und Port-Elizabeth.

Für die erste Hälfte des laufenden Jahres wurden aus 1901 ausreichende Aufträge herüber genommen, so dass trotz des weiteren Rückganges der Industrie den Leuten im Jahre 1902 volle Beschäftigung gegeben werden konnte.

8. Maschinenfabrik und Eisengiesserei Grimme Natalis & Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien.

Wenn man das Jahr 1901 in Vergleich stellt zu seinem Vorjahre, so kann, den vorläufigen Feststellungen zufolge, über eine erfreuliche Besserung berichtet werden.

Während bis zum 1. Juli 1901 in Folge der Zugehörigkeit zum Verbands der Deutschen Nähmaschinen-Fabrikanten in der Nähmaschinen-Abtheilung ein namhafter Minderumsatz zu verzeichnen war, hat sich derselbe im zweiten Semester bedeutend gehoben.

In den übrigen Abtheilungen: Guss, Rechenmaschinen, Öfen und Gaskocher war gute und lohnende Beschäftigung vorhanden.

Der Abschluss pro 1901 wird sich demgemäss wesentlich günstiger gestalten als in den früheren Jahren.

9. Maschinen-Fabrik Selwig & Lange.

Der vorjährige Absatz überstieg den des Jahres 1900 um etwa 30 %. Er erstreckte sich fast ausschliesslich auf Maschinen für Zucker- und Pulverfabrikation. Etwa 78 % der Fabrikate wurden an das Inland, etwa 22 % an das Ausland abgesetzt, wobei in erster Linie Belgien, Holland, Schweden, Amerika und Russland in Betracht kommen.

Bereits im Vorjahre wurde das Geschäft mit Zuckerfabriken und Raffinerien durch starke Konkurrenz, gewichene Preise und hohe Unkosten wesentlich erschwert und ist seitdem in dieser Beziehung nur eine Verschlechterung der Geschäftslage zu verzeichnen, so dass die Aussichten für das laufende Jahr als recht trübe anzusehen sind.

Demgegenüber nahm der Absatz an Pulver-Sprengstoff- und Kollodium-Wollfabriken, welcher etwa 25 % des Gesamtumsatzes betrug, einen recht erfreulichen Aufschwung. Zum Theil ist dieses dem Umstande zuzuschreiben, dass die grossen Vortheile, welche die Patent-Nitrir-Centrifugen gewähren, die in Frage kommenden Regierungen (Preussen und Bayern) bewogen, dieselben als ausschliesslich angewandte Nitrirapparate in sämtlichen deutschen Staats-Pulverfabriken einzuführen. Geliefert wurden von denselben im Ganzen 37 Stück (im Werthe von ca. 120 000 Mk.), darunter 27 Stück an Staats-Pulverfabriken, ferner von den Patent-Schiesswoll-Schwammapparaten 23 Stück, unter Anderen 4 an die Königlich Bayerische Staats-Pulverfabrik Ingolstadt, zu den an dieselbe gelieferten Nitrir-Centrifugen gehörig. Weitere recht bedeutende Aufträge in diesen Specialitäten stehen, besonders für das aussereuropäische Ausland, in Aussicht.

10. Fabrik für Nähmaschinenbestandtheile Müller & Petri.

Die Preise sind gegen das Vorjahr abermals gefallen, ohne dass die Selbstkosten vermindert werden konnten. Bei den Singer-Schiffchen decken sich nahezu Verkaufspreis und Herstellungskosten. Die schlechte Lage des Geschäfts ist nicht auf Arbeitsmangel zurückzuführen, sondern nur auf den Umstand, dass

einige kleinere Firmen nur mit sogenannten Lehrlingen arbeiten, welche nicht nur keinen Lohn erhalten, sondern noch Lehrgeld zahlen müssen.

11. Wagenfabrikation.

In der Wagenfabrikation sind im abgelaufenen Berichtsjahre Neuerungen im Wagenbau im Herzogthum nicht eingetreten. Die grössere Inbetriebnahme automobiler Fahrgelegenheiten hat den Betrieb der vorhandenen Wagenfabriken nicht beeinflusst.

Der Verkehr hat sich in den bekannten Grenzen gleichmässig weiter entwickelt und ist das Geschäft befriedigend gewesen.

Die Preise für fertige Wagen sind unverändert geblieben, ebenso sind Löhne und Generalunkosten nennenswerth nicht geändert. Gebessert ist die Stellung der Wagenfabrikation durch den allmählichen Rückgang der Materialpreise auf den früheren normalen Standpunkt.

12. Braunschweiger Fahrradwerke, Aktien-Gesellschaft.

Die Lage der Fahrradbranche im Jahre 1901 hat sich weiter verschlechtert. Das beispiellos schnelle Aufblühen der Branche hat so viel ungewisse Elemente erzeugt, dass es kein Wunder ist, wenn jetzt die Konkurse Schlag auf Schlag erfolgen. Das Unterbieten der Preise hat jetzt einen derartigen Umfang angenommen, dass ein vorsichtig kalkulirender Fabrikant lieber den Betrieb einstellt, als zu solchen verlustbringenden Preisen verkauft. Selbstverständlich gehen solche Schleudereien auch auf Kosten der Qualität, und ist es erfreulich, im Publikum die Wahrnehmung zu machen, dass die solideren Marken bevorzugt und auch höher bewerthet werden, so dass für das Jahr 1902 bislang schon die Erfahrung gemacht wurde, dass man bei guter Qualität höhere Preise als im Vorjahre durchholen kann. Man scheint jetzt also an den Punkt gelangt zu sein, wo sich die Branche langsam sanirt.

13. Pianofortefabrikation Grotrian, Helfferich Schulz, Th. Steinweg Nachf.

Der Geschäftsgang in dieser Branche ist allgemein kein sehr günstiger gewesen. Besonders liessen die Herbstmonate, in denen die Industrie sonst stark beschäftigt ist, zu wünschen übrig, und erst kurz vor Weihnachten trat ein lebhafter Umschwung zum Besseren ein. Ob dieser günstige Wandel aber von Dauer sein wird, ist sehr die Frage.

14. Optische Anstalt Voigtländer & Sohn, Aktiengesellschaft.

Der Umsatz in dem Geschäftsbetriebe für das Jahr 1901 ist, soweit sich bis jetzt übersehen lässt, nur um wenig hinter dem

des Vorjahres zurückgeblieben, doch hat sich die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch insofern fühlbar gemacht, als eine grössere Reklame aufgeben werden musste, um zu dem ähnlichen Ergebnisse zu gelangen.

IV. Chemische Industrie.

1. Die Asphaltindustrie des Hilses.

Bisher gewannen folgende Firmen am Hils bei Eschershausen Asphaltstein: 1. The United Limmer & Vorwohle Rock Asphalte Company Limited Linden, 2. Deutsche Asphalt-Aktien-Gesellschaft der Limmer & Vorwohle Grubenfelder Hannover, 3. Vorwohle Asphalt-Company Limited Eschershausen, 4. Lenne-Vorwohle Asphaltfabrik L. Haarmann & Co., Lenne b. Vorwohle, 5. R. Thomae, Eschershausen, 6. Hannoversche Baugesellschaft Hannover, die sich für ihren inländischen Absatz zum Verkaufs-Verein der Vorwohle Asphaltwerke vereinigt haben, 7. demnächst wird die Industrie-Gesellschaft für Steine und Erden, Magdeburg, eine neue Fabrik in Eschershausen in Betrieb setzen, 8. die Asphaltgesellschaft Union Düsseldorf schürft vorläufig auf einem von ihr erworbenen kleinen Felde.

Bis zum Oktober waren die Werke so stark beschäftigt, dass von dem, namentlich auch von den Cementfabrikanten bitter empfundenen Rückgange des Geschäfts fast nichts zu bemerken war.

Erst im Oktober schwächte sich ganz plötzlich der Umsatz sehr erheblich ab, und das Geschäft blieb bis zum Jahresschlusse träge. Die vom Verkaufs-Verein der Vorwohle Asphaltwerke festgesetzten Preise, welche von vornherein nach dem Grundsatz berechnet waren, einen angemessenen Gewinn für die Werke zu sichern, ohne andererseits die Abnehmer zu übertheuern, konnten um so leichter gehalten werden, als gerade die grösseren Abnehmer selbst in ihrer Mehrzahl bekundeten, dass ihnen die feste Preisstellung für ihre Kalkulation viel angenehmer sei, als eine planlose Unterbietung der Lieferanten, bei welcher schliesslich jede Berechnung aufhöre, weil man nicht mehr wisse, ob nicht der Konkurrent durch weiteres Drücken auf die Asphaltilieferanten noch niedrigere Schleuderpreise erzielt habe und deshalb billiger anbieten könne.

Namentlich bei grossen Ausschreibungen wirkte früher diese Unsicherheit über den Grundpreis des Materials sehr schädlich. Um die Arbeit zu bekommen, wurde eigentlich alles Andere unter wirklichen Preisen eingesetzt (Arbeit, Generalunkosten, Transporte u. s. w.), weil man hauptsächlich damit rechnete, durch findiges Ausnutzen des anbietenden Lieferanten das Rohmaterial billig zu beschaffen. Den Nutzen aber hatte weder der Lieferant noch der Asphalteur.

Der Verkaufs-Verein der Vorwohler Asphaltwerke kann es sich zum Verdienst anrechnen, durch stetes Festhalten an einem den Zeitverhältnissen entsprechenden Preise für das gesammte ausführende Asphaltgewerbe eine solide Grundlage geschaffen zu haben.

Das Asphaltgeschäft Deutschlands ist dadurch entschieden wesentlich gefestigt.

Auch auf dem Gebiete des Zahlungswesens sind durch den genannten Verkaufs-Verein ganz erhebliche Fortschritte angebahnt. Früher war der eine Lieferant gern bereit zu borgen, wenn der andere das nicht mehr wollte oder konnte; jetzt aber hat das Gefühl, dass man nicht von einer Firma zur anderen abspringen kann, wenn das Konto bei dem ersten voll ist, sehr vortheilhaft eingewirkt. Der beste Beweis für die günstige Entwicklung nach dieser Richtung hin ist wohl der verhältnissmässig verschwindend geringe Verlust, den die Verkaufswerke in Folge von Zahlungsunfähigkeit der Kunden erlitten haben. Die Geschäftsführung hat es eben verstanden, die von den Vereinswerken bei ihr anzumeldenden, nicht rechtzeitig eingegangenen Beträge ohne grosses Drängen, aber doch meistens erfolgreich, von den Säumigen herauszuholen.

Es erschien bei den gerade jetzt wieder so heftig geführten Erörterungen pro et contra Syndikate nicht unzweckmässig, die in fünfzehnjährigem Bestehen des Verkaufs-Vereins der Vorwohler Asphaltwerke gemachten Erfahrungen hier zu verzeichnen.

Unverkennbare Vortheile hat die Oktober 1900 eröffnete Eisenbahn Vorwohle-Emmerthal der Hils-Asphaltindustrie gebracht. Einestheils ist die gesammte Wirthschaft im Allgemeinen insofern vereinfacht, als die grösse Pferdehaltung, ein sehr lästiges Apendix, vereinfacht wurde, ja bei einigen Werken fast ganz wegfallen konnte. Ferner ergeben die durchgehenden Frachtsätze so geringe Transportzuschläge bis Vorwohle, dass die Kundschaft dieselben ohne grosses Widerstreben übernahm und somit fast die gesammten früheren so theueren Wagentransporte nach genannter Station für die Eschershäuser Werke gespart werden.

Drittens aber war der Weg zur Weser geöffnet und sowohl für die ins Ausland gehenden Produkte, wie auch vom Ausland kommenden Rohmaterialien war ein billigerer Transportweg gewonnen, der noch vielmehr ausgenützt werden könnte, wenn er zuverlässiger in Bezug auf pünktliche Beförderung wäre.

Von den sechs am Hils arbeitenden Werken sind im Jahre 1901 etwa

53000	Tonnen	Asphaltmastix,
5000	»	Rohasphaltstein,
800	»	anderes Produkt

versandt.

Im Inlande wurden etwa

32000	Tonnen	Asphaltmastix,
4500	»	Rohasphaltstein,
600	»	anderes Produkt

abgesetzt.

Im Auslande war England trotz seiner Kriegerunruhen noch der bei Weitem grösste Abnehmer. Zwei Firmen haben mit Erfolg die Anfertigung von künstlichem Stampfasphaltpulver aufgenommen, und der Absatz von ca. 14000 Tonnen, welche im Jahre 1901 nach fast allen grösseren Städten Deutschlands gegangen sind, beweist, dass das hergestellte Material nicht ungünstig beurtheilt wird.

Die immer mehr in Aufnahme kommende Verwendung des Stampfasphalts aber lässt auf eine weitere Entwicklung der Industrie nach dieser Richtung hoffen.

Das weitere Gedeihen der im Allgemeinen nicht schlecht gestellten Asphaltindustrie ist im Laufe der letzten Monate durch verschiedene neu eingetretene Verhältnisse ungünstig beeinflusst.

Der geradezu spottbillig gewordene Cement ist für manche Verwendungen mit dem Asphalt in Konkurrenz getreten; immerhin würde das nicht schwer empfunden werden, denn es sind doch nur sehr vereinzelte Zwecke, für die mit Cement, wenn er sehr billig ist, unter Umständen der Asphalt ersetzt werden kann.

2. Chemische Fabrik zu Schöningen.

In Salzsäure war das Geschäft sehr lebhaft und war man bei reger Nachfrage im Stande, die Preise erhöhen zu können.

Der Absatz in Düngemitteln hat sich erhöht gegen das letzte Jahr, doch ist der Nutzen bei diesem Artikel weiter zurückgegangen, da in Folge des allgemeinen Wettbewerbes das Preisniveau von Tag zu Tag niedriger geworden ist. Der Nachfrage in reinem Superphosphat konnte theilweise nicht einmal genügt werden, und trotzdem war man nicht in der Lage, die Preise aufbessern zu können. In letzter Zeit scheinen allerdings bei Abschlüssen für spätere Termine endlich etwas bessere Preise Platz zu greifen.

Die Nachfrage nach Schwefelsäure war in Folge der grösseren Superphosphat-Produktion eine sehr rege und konnten an diesem Artikel in der zweiten Hälfte des verflossenen Jahres bessere Preise erzielt werden.

3. Theerproduktenfabrik Hubert Baese & Co., Braunschweig.

Die Lage der Industrie war im Vergleich zu dem Darniederliegen vieler anderer Industriezweige eine verhältnissmässig günstige. Wenn auch die Preise einiger Produkte recht gedrückt waren, so

liess sich doch wenigstens Absatz für die Produktion schaffen, und ein paar Artikel erzielten auch recht günstige Preise. Ueber die einzelne Produkte ist Folgendes zu sagen:

Benzol. Dieses wichtigste aller Steinkohlen-Theerprodukte erlitt im abgelaufenen Jahre keine erheblichen Preisschwankungen. Wenngleich der Preis recht gedrückt war, so liess sich doch stets leicht Absatz für die Produktion schaffen.

Schwieriger dagegen war es, die höher siedenden Homologen des Benzols, wie: Toluol, Xylol und Solvent-Naphta abzusetzen. Das seit langen Jahren für die Indigo-Fabrikation sehr gesuchte Toluol erlitt einen gewaltigen Preissturz, vermuthlich, weil man jetzt mehr das billigere Naphtalin für die Herstellung des Indigo verwendet. Anscheinend ist auch in den genannten Artikeln eine grosse Ueberproduktion eingetreten, so dass der Absatz erschwert ist.

Naphtalin. Dieses Produkt war bereits im Jahre 1900 in eine Hausse-Bewegung getreten und eröffnete das Jahr 1901 mit gegen frühere Zeiten bedeutend gestiegenen Preisen. Diese bröckelten jedoch im Laufe des Jahres immer mehr ab, anscheinend infolge der ausserordentlich gesteigerten Produktion, und am Schlusse des Jahres lag der Artikel derartig schwach, wie man es kaum vermuthet hätte. Das bevorstehende Frühjahr dürfte wieder eine Besserung herbeiführen.

Anthracen. Es erscheint fast ausgeschlossen, dass dieses Produkt jemals wieder in eine günstigere Lage kommt. Man hat sich bereits daran gewöhnt, dasselbe als eine todte Sache zu betrachten. Der Preis ist, wenn dies überhaupt noch möglich war, im Laufe des Jahres noch weiter heruntergegangen.

Carbolsäure. Nach der Hausse, die reine krystallische Carbolsäure in den Jahren 1899/1900 durchgemacht hatte, erfolgte im Jahre 1901 ein ganz bedeutender Rückschlag, und die Preise gingen nach und nach wieder auf den Tiefstand vom Frühjahr 1899 zurück. Von einer grossen Ueberproduktion dürfte jedoch kaum die Rede sein, und es lässt sich hoffen, dass reine Carbolsäure bald wieder in eine günstigere Lage kommt. Rohe flüssige Carbolsäure in den verschiedenen Qualitäten ist im Laufe des Jahres ziemlich unverändert geblieben.

Carbolineum, sowie auch sonstige schwere Steinkohlen-theeröle gingen im Laufe des Jahres 1901 nach und nach etwas zurück, jedoch ist der Preisunterschied kein erheblicher. Die Produktion ist zwar eine ganz bedeutende, aber auch der Konsum nach wie vor ein guter.

Steinkohlenpech. Das Rückstandsprodukt der Steinkohlen-theerdestillation ist im Laufe der Jahre fast zu dem wichtigsten Faktor für den Theerdestillateur geworden, nachdem die meisten der reinen Destillate ausserordentlich im Preise zurückgegangen sind. Pech hatte auch im abgelaufenen Jahre durchweg einen flotten Absatz, und die Preise behaupteten sich gegen das Vorjahr.

In England stiegen dieselben gegen Ende des Jahres sogar sehr bedeutend, doch hat dieses auf die Preisbildung in Deutschland keinen entscheidenden Einfluss mehr.

Creolin, dessen Absatz in den letzten Jahren durch die Monopolisationsbestrebungen und Prozesse einer Hamburger Firma naturgemäss gelitten hatte, hielt sich in wenig veränderter Lage. Ein bedeutender Umschwung steht jedoch bevor, nachdem das Kaiserliche Patentamt in Berlin am 21. November v. J. nach jahrelangen Bemühungen Seitens der deutschen Creolinfabrikanten das Wort Creolin zum Freizeichen erklärt hat. Hiergegen ist zwar Seitens der Hamburger Firma, die das Monopol des Namens für ihr englisches Produkt beansprucht, Beschwerde eingelegt, doch steht zu hoffen, dass diese zurückgewiesen werden wird.

Phenolin, identisch mit Lysol, hatte, wenn auch keinen grossen, so doch einen gleichmässig guten Absatz bei unveränderten Preisen.

4. Weiss-Farben-Werk Bourjau & Co., Commanditgesellschaft, Schöningen.

Die missliche allgemeine wirthschaftliche Lage in Verbindung mit der durch die neuentstandenen Fabriken hervorgerufenen scharfen Konkurrenz hatte das Lithopone-Geschäft im Berichtsjahre recht schwierig gestaltet und die Preise weiter und in noch nicht dagewesener Weise herabgedrückt. — Erst im letzteren Theil des Jahres wurden durch eine Verständigung unter den deutschen Lithopone-Fabriken, mit welcher eine Einschränkung der Fabrikation verknüpft ist, die Verhältnisse etwas gebessert, aber Rohmaterialien, Kohlen und Arbeitslöhne sind noch vertheuert geblieben, und die Fabrikatpreise stehen noch nicht auf einem befriedigenden Niveau.

5. Asphalt-Dachpappen-, Theerprodukten- und Mastixkitt-Fabrik F. Schacht.

Durch eine weitere Ausdehnung des Absatzgebietes hat sich der Verkauf von Dachpappen, Holzcement, Isolirplatten, präparirtem Theer und Mastixkitt auf gleicher Höhe wie im vergangenen Jahre erhalten lassen. Die Arbeitslöhne sind ebenfalls die gleichen wie im Vorjahre geblieben. Nur die Preise für Steinkohlentheer und Rohpappen liessen im letzten Viertel des Jahres nach und schliessen niedriger, wie seit Jahren. Eine Einwirkung auf die fertigen Produkte wird erst in diesem Jahre fühlbar werden, da die Aussichten auch auf diesem Gebiete nicht günstig sind.

6. Cramer & Buchholz, Pulverfabriken mit beschränkter Haftung.

Das Geschäft hat sich im Berichtsjahre zu einem befriedigenden gestaltet; auch war die Fabrik nicht genöthigt, Arbeiter zu entlassen.

7. Zündholzfabrikation, W. Schröter (Wieda).

Die Zündholzbranche arbeitete in der ersten Hälfte des verfloffenen Jahres unter den für fast alle Zündhölzersorten geschlossenen Preiskonventionen.

Besondere Mühe hatte es bereitet, die hauptsächlichsten Werke für Sicherheitshölzer zu vereinigen, und gelang dieses nur unter Berücksichtigung von Sonderinteressen einzelner hervorragender Werke.

Sofort nach Inkrafttreten der Konvention für Sicherheitshölzer wurden den daran betheiligten Firmen grosse Schwierigkeiten durch diejenigen Grossisten bereitet, die zuvor bedeutende Mengen abgeschlossen hatten und nun überall die Fabrikanten bei der Kundschaft unterboten. Man hoffte auf Beendigung der Schleuderei, sobald die Vorräthe der Grossisten erschöpft sein würden. Inzwischen hatte auch das Ausland in verschärftem Maasse importirt und grosse deutsche Fabriken waren, trotz eingeschränkten Betriebs, mit übergrossen Vorräthen in ernste Verlegenheiten gerathen.

Ein Versuch, die Konvention durch Herabsetzung der Preise aufrecht zu erhalten, stellte sich schon nach wenigen Wochen als vergeblich heraus, und es kam zur Auflösung.

Der daraufhin sofort eintretende bedeutende Preisrückgang für Sicherheitshölzer ist auf die Preise für Phosphorhölzer nicht ohne nachtheiligen Einfluss geblieben, aber im Allgemeinen haben sich die Fabrikanten dieser Hölzer von jenem, wie durch eine Panik hervorgerufenen Preissturz nicht beeinflussen lassen.

Die Fabrikanten von Phosphorhölzern werden von einer anderen Gefahr in Erregung gehalten, nämlich von den Seitens des Reichsamts des Innern beabsichtigten Verbot der Verwendung von weissem Phosphor.

Dieses Verbot war von Neuem ins Auge gefasst, weil dessen Befürworter glaubten, in den nach französischem Rezept hergestellten giftfreien, überall entzündbaren Zündhölzern einen vollkommenen Ersatz für Phosphorhölzer gefunden zu haben.

Als vom Verein deutscher Zündholzfabrikanten daraufhin der Nachweis erbracht wurde, dass jene giftfreien Hölzer grosse Mängel sowohl bei der Herstellung, als auch beim Verbrauch aufwiesen, hoffte man, dass die Phosphorverbotsfrage von der Regierung von der Tagesordnung abgesetzt werden würde. Neuerdings sind jedoch wieder neue Fragen vom Reichsamt des Innern an die Zündholzfabrikanten gerichtet, und es heisst, dass die Sache nun doch noch in diesem Jahre vor den Reichstag gebracht werden soll.

V. Textil-Industrie.

1. Die Jute-Industrie.

Wie im Jahre 1900, so hat die deutsche Jute-Industrie auch im abgelaufenen Jahre 1901 im Allgemeinen einen schweren Stand gehabt. Die Ueberproduktion stand der angemessenen Verwerthung der Fabrikate überall im Wege.

Die Jute der Ernte 1900/1901 war, was Güte betrifft, von besonders geringer Beschaffenheit, wogegen sie grössere Mengen ergab, als die letztvorausgegangenen beiden Ernten.

Indien führte aus:

1900/1901	1899/1900	1898/99	1897/98	1896/97	1895/96
2973000	2096000	2305000	3552000	2780000	2990000

Nach den im Juni und September 1901 erschienenen Schätzungen des indischen Gouvernements ist ein günstiger Mengen-Ausfall der Ernte 1901/1902 zu erwarten, eine Nachricht, die neuerdings freilich von anderen indischen Seiten vielfach bestritten wird.

Der Preis der 1901/1902er Jute setzte im Juni mit £ 14.10.— für die ~~xy~~ Gruppe ein, sank dann mit einigen Unterbrechungen nach und nach im November auf £ 10.10.—, worauf er wieder stieg und am Ende des Jahres 1901 £ 11.15 notirte.

Um die Mitte des Jahres 1901 vereinigten sich die deutschen Jute-Fabriken zu einem Verband Deutscher Jute-Industrieller, G. m. b. H. mit dem Sitze in Braunschweig, um durch einheitliche auf die Abstellung der Ueberproduktion gerichtete Maassnahmen dem Verfall der deutschen Jute-Industrie vorzubeugen.

Der Verband, der durch seine Bestimmungen jeden Preiszwang für seine Mitglieder ausschliesst, sucht die Verbesserung der Lage der Jute-Industrie einzig in der Anpassung der Erzeugung an den Verbrauch, zu welchem Zwecke er das Mittel der Betriebs-einschränkung in erster Reihe anwendet. Lassen sich bei diesem Grundsatz günstige Erfolge auch nicht unmittelbar erreichen, so besteht doch die Hoffnung, dass die erstrebte Besserung mit der Zeit eintreten wird.

Die beiden Fabriken des Herzogthums erzeugten während des Betriebsjahres desselben:

11 081 470 kg Garne,
16 407 024 m Gewebe,
8582 170 Stück Säcke.

Beschäftigt wurden in beiden Fabriken ca. 2240 Personen.

Die Leistungen zu den gesetzlichen Wohlfahrtseinrichtungen betrugen 34 820,79 Mk.

Der Vermögensstand der Fabrikkrankenkasse »Concordia«
betrug Ende des Jahres 34 088,50 Mk.

2. A. J. Rothschild Söhne Aktiengesellschaft.

Leinen-Industrie.

Der im Sommer und Herbst des Jahres 1900 eingetretene Niedergang der grossen Montan- und Eisen- und verwandten Gewerbe setzte sich leider im Jahre 1901 in verschärftem Maasse fort, und war auf alle Zweige der Textilindustrie von ungünstigstem Einfluss. Für unsere Branchen trat aber noch als besonders nachtheiliger Umstand hinzu, dass die Preise der Rohmaterialien, Baumwolle und Flachs, im umgekehrten Verhältniss zur Nachfrage nach fertiger Waare standen. Zwei auf einander folgende knappe Ernten hatten Rohflachs und Rohbaumwolle in ebenso unerwarteter, als unerhörter Weise hinaufgetrieben, und die andauernd schlechten Verkaufsverhältnisse der fertigen Fabrikate erlaubten nicht, deren Preise auch nur in ein annäherndes Verhältniss zu den Notirungen der Rohstoffe zu bringen. Hatten wir in den Jahren 1899/1900 billiges Rohmaterial, gute Waarenpreise und guter Absatz, so brachte 1901 theueres Rohmaterial, schlechte Waarenpreise und sich stets vermindernden Absatz. Das gilt namentlich für alle Stapelartikel. Die Fabrik hat glücklicher Weise eine Anzahl neuer Modeartikel geschaffen, welche grossen Beifall fanden, und genügend Beschäftigung gewährten, um den Betrieb fast in vollem Umfange fortsetzen zu können. Mittlerweile sind die Rohmaterialpreise mässig heruntergegangen, der über Gebühr zurückgehaltene Bedarf macht sich mehr geltend, und wenn es zutrifft, dass auch die Eingangs dieses Berichts genannten Grossgewerbe sich einer besseren Beschäftigung erfreuen, dürften die Aussichten des kommenden Jahres günstiger erscheinen.

IX. Internationaler Schiffahrts-Kongress.

In den Tagen vom 29. Juni bis 5. Juli d. J. findet in der Tonhalle zu Düsseldorf der IX. Internationale Schiffahrts-Kongress statt. Das Programm verzeichnet eine reiche Anzahl von Ausarbeitungen hervorragender Ingenieure, Nationalökonomien und Gelehrten des In- und Auslandes über Fragen theils wirthschaftlicher, theils technischer Natur, die auch das Interesse weiterer Kreise beanspruchen dürften.

In der I. Abtheilung (Binnenschiffahrt) stehen folgende Fragen zur Berathung: 1. Ueberwindung grosser Höhen, 2. Schiffahrts-

abgaben, 3. Werthminderung von Kohle und Koke bei der Schiffsbeförderung.

In der II. Abtheilung (Seeschifffahrt) wird verhandelt über:

1. Anlage- und Unterhaltungskosten eiserner und hölzerner Schleusenthore, 2. Verkehr mit Seelachtern, 3. Dockanlagen.

Ausser den zu vorstehenden »Fragen« angemeldeten 41 Berichten sind zu nachstehend bezeichneten »Mittheilungen« weitere 41 Abhandlungen im Programm angekündigt.

I. Binnenschifffahrt.

1. Anlage von Stauweihern, 2. mechanischer Schiffszug auf Kanälen, 3. Flussfahrzeuge von geringerem Tiefgang als 75 cm, 4. Ausnutzung der Wasserkräfte an Wehren, 5. Schiffswiderstand auf Kanälen, 6. Neuere badische Rheinhäfen, 7. der Crefelder Hafen, 8. die hydrographischen Arbeiten in Preussen und Norddeutschland, 9. Binnenschifffahrt und Konjunktur, 10. Gesamtüberblick über die Einrichtung von Wasserstrassen für die Binnenschifffahrt, 11. die österreichischen Kanalprojekte, 12. die Wasserversorgung bei den österreichischen Kanälen, 13. Anwendung von Elektrizität auf den Schiffsverkehrsstrassen und in den russischen Häfen, 14. Ausführung und Erfolg der Korrektur der Hunte unterhalb Oldenburgs.

II. Seeschifffahrt.

1. Spülung von Seehäfen, 2. Schutz der Leuchthürme, 3. Löffel- und Greifbagger, 4. das Nebelsignalwesen, 5. Schiffswiderstand im freien Wasser, 6. die Baggerungsarbeiten am Hafen zu St. Petersburg, 7. der Dnjepr-Seekanal, 8. der Kaiser Wilhelm- (Nord-Ostsee-) Kanal 1895 bis 1901, Betriebsergebnisse und Erfahrungen, 9. Häfen an der Westküste Portugals.

Während der Tagung des Kongresses soll in den an die Sitzungssäle sich anschliessenden Räumen der Tonhalle eine Wasserbau- und Schiffsverkehrs-Ausstellung stattfinden, und zwar werden Gegenstände wie Modelle, Pläne, Druckwerke von allgemeinem Interesse, die besonders bemerkenswerth und neu sind, ausgestellt.

Seitens der Regierungen, Kommunalverbände, Handelskammern, kaufmännischen Korporationen, Schiffsverkehrsvereinen u. s. w. fast aller Staaten Europas und vieler Asiens und Amerikas wird dem Kongresse grosses Interesse entgegengebracht.

Der Generalsekretär des Kongresses, Geheimer Baurath Sympher, Berlin W. 66, Wilhelmstrasse 80, ist zur Ertheilung jeder gewünschten Auskunft sowie zur Uebersendung der Einladungsschrift gern bereit.

Handelsregister.

(Mai.)

1. Neueintragungen.

1. Louis Seidler Nachf., Manufakturwaarengeschäft, Stadtoldendorf. Inhaber: Kaufmann Walther Clarenbach.
2. Fritz Achilles, Material-, Kolonial- und Samenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Fritz Achilles.
3. Hotel Petzold, Friedrich Dübner, Hotel und Restaurant, Helmstedt. Inhaber: Hotelbesitzer Friedrich Dübner.
4. Johannes Henze, Woll- und Weisswaarenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Johannes Henze.
5. Auguste Franze, Materialwaarenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Wittve des Kaufmanns Carl Franze, Auguste geb. Steinbrecht.
6. Heinrich Bertram, Kolonial- und Delikatesshandlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Heinrich Bertram.
7. Georg Huth, Kolonial-, Material-, Tabak- und Cigarrenhandlung. Inhaber: Kaufmann Georg Huth.
8. Carl Neu, Waarenagentur und Petroleum-Handlung en gros, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Carl Neu.
9. Arndt Hellmuth, Kolonialwaaren-, Delikatessen- und Weinhandlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Arndt Hellmuth.
10. Emil Steinkamp, Kolonial- und Materialwaaren-Geschäft, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Emil Steinkamp.
11. Hermann Cours, Mechanische Fassfabrik, Helmstedt. Inhaber: Fassfabrikant Hermann Cours.
12. Dorer & Nickol, Elektrotechnische Fabrik, verbunden mit einer Werkstatt für Feinmechanik, Braunschweig. Inhaber: Mechaniker Bruno Dorer und Kaufmann Hermann Nickol.
13. Ludwig Hesslau, Knopffabrik, Braunschweig. Inhaber: Fabrikant Ludwig Hesslau.
14. Grüneberg's Buch- und Kunsthandlung Wollermann & Hagemann, Braunschweig. Inhaber: Buchhändler Hellmuth Wollermann und Buchhändler Leopold Hagemann.
15. Christian Bertram, Agentur- und Kommissionsgeschäft, sowie eine Teppich- und Gardinenhandlung, Braunschweig. Inhaber: Agent, Auktionator und Gerichtstaxator Christian Bertram.
16. Braunschweigisches Grundbesitz- und Verkehrs-Institut Carl Tampke & Co., Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Carl Tampke und Kaufmann Ernst Günther.
17. Hermann König, Nähmaschinen- und Fahrradhandlung, Helmstedt. Inhaber: Mechaniker Hermann König.
18. Friedrich Seemann, Schuhwaaren-Maassgeschäft und Schuhwaarenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Schuhmachermeister Friedrich Seemann.
19. Ludwig Schulze, Putz- und Wollwaarengeschäft, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Ludwig Schulze.
20. Emil Rohr, Möbeln-, Pianoforte- und Tapetenhandlung und Dekorationsgeschäft, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Emil Rohr.
21. August Stein, Lederhandlung, Helmstedt. Inhaber: Lederhändler August Stein.
22. Friedrich Vahldieck, Kolonial- und Materialwaarenhandlung en gros, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Friedrich Vahldieck.

23. Bertha Schulze, Woll-, Weiss- und Posamentenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Wittve des Kaufmanns August Schulze, Bertha geb. Künne.
24. Hermann Schütze, Manufaktur- und Modewaaren-Handlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Hermann Schütze.
25. Carl Brüggemann, Woll- und Weisswaaren-Handlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Carl Brüggemann.
26. Hans Wolter, Maassgeschäft für Schuhwaaren und Schuhwaarenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Schuhmachermeister Hans Wolter.
27. Geschw. Heidt, Papier- und Galanteriewaaren-Handlung, Helmstedt. Inhaber: Fräulein Marie Heidt.
28. Wilhelm Blötz, Material-, Kolonial- und Delikatess-Handlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Blötz.
29. Friedrich Bock, Kolonial- und Delikatess-Handlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Friedrich Bock.
30. Albert Berkling, Kolonial-, Material-, Cigarren- und Wein-Handlung, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Albert Berkling.
31. Otto Lehn, Herzoglich Braunschweigische privilegierte Apotheke, Helmstedt. Inhaber: Apotheker Otto Lehn.
32. Heinrich Funke, Brauerei, Lagerbierbrauerei, Helmstedt. Inhaber: Bierbrauereibesitzer Heinrich Funke.
33. Wilhelm Weissensee, Cigarrenfabrik und -Handlung, Helmstedt. Inhaber: Cigarrenfabrikant Wilhelm Weissensee.
34. Heinrich Fahrenholz, Cementwaarenfabrik, Cementwaarenfabrik und Brunnenbauerei, Helmstedt. Inhaber: Cementwaarenfabrikant Heinrich Fahrenholz.
35. W. Wesemeier, Zimmergeschäft und Holzhandlung, Helmstedt. Inhaber: Kreiszimmermeister Wilhelm Wesemeier.
36. Wilhelm Hinkelmann, Holzhandlung, Helmstedt. Inhaber: Holzhändler Wilhelm Hinkelmann.
37. August Schilling, Cigarrenfabrik, Tabak- und Cigarrenhandlung, Helmstedt. Inhaber: Cigarrenfabrikant August Schilling.
38. Säuingen-Uefinger Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H. in Säuingen. Mitglieder des Vorstandes sind: Ackermann Hermann Beutnagel in Säuingen, Halbspänner Heinrich Lüddecke in Säuingen, Kaufmann Conrad Witte in Uefingen, Gemeindevorsteher Fritz Heinrichs daselbst, Gemeindevorsteher Otto Biethan in Säuingen.
39. Rennecke & Dr. Paul, offene Handelsgesellschaft, Fabrikation von Insektenvertilgungsmitteln, Braunschweig. Inhaber: Dr. chem. Victor Paul und Kaufmann Carl Rennecke.
40. Konserven-Zeitung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Verlag und Vertrieb der bisher im Verlag des Zeitungsverlegers Gottlob Brandau allein erschienenen Konserven-Zeitung und der Betrieb eines chemischen Laboratoriums mit Versuchstation für die Konserven- und Präservenbranche, sowie auch der Verlag und Vertrieb eines von dem p. Brandau nahezu fertiggestellten Taschenbuches der Konserven-Industrie. Geschäftsführer ist der Zeitungsverleger Gottlob Brandau hieselbst.
41. Max Noack Nachf., offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Hermann Borchers und Gustav Kirchhoff.
42. C. Rambow & Meier, Baugeschäft, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: die Architekten und Maurermeister Christoph Rambow und Ernst Meier.
43. Hermann Asche, Anfertigung von Kühlanlagen, Braunschweig. Inhaber: Tischlermeister Hermann Asche.
44. Th. Riccius, Zweigniederlassung der in Peitz befindlichen Hauptniederlassung, Braunschweig. Inhaber: Schuhwaarenfabrikant Theodor Riccius in Peitz.
45. Knoke & Dreyer, Cigarrenfabrik, offene Handelsgesellschaft, Hasselfelde. Inhaber: Cigarrenfabrikant Wilhelm Knoke und Cigarrenfabrikant Wilhelm Dreyer.
46. Richard Satzinger, Holzhandlung, Braunschweig. Inhaber: Der am 31. Oktober 1887 geborene Sohn des Holzhändlers Albert Satzinger Namens Richard Satzinger.

47. Gebr. Rabeding, Handlung mit Uhren, Goldwaaren und Fahrrädern, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Hermann und Robert Rabeding.
48. Calvörder Vieh-Versicherungs-Verein auf Gegenseitigkeit in Calvörde. Mitglieder des Vorstandes sind: Gastwirth Christian Bethge, Kürschnermeister Wilhelm Graubuer, Landwirth Otto Ebeling, Reihebürger Joh. Müller, Schuhmacher H. Schoof, Schuhmacher Otto Schrader, Direktor Schreiber, Emil Ebeling.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Braunschweigische Bank. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Kaufmanns August Rimpau ist der Kaufmann Hermann Hauswaldt zum unbesoldeten Mitgliede des Vorstandes gewählt.
2. W. Brachvogel, Braunschweig. Der bisherige Inhaber dieser Firma, Holzhändler Wilhelm Brachvogel hat das Handelsgeschäft mit Aktiva und Passiva nebst Firma an seine beiden Söhne, die Kaufleute Wilhelm und Hugo Brachvogel abgetreten.
3. Friedrich Meier, Bevern. Der Grossköther Friedrich Meier führt das Geschäft nach dem Ableben seines Vaters unter Zustimmung des Miterben unter unveränderter Firma fort.
4. C. und H. Burgdorff, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Weinhändler Heinrich Burgdorff hat das Handelsgeschäft mit Aktiva, jedoch unter Ausschluss der ausstehenden Forderungen und ohne Passiva, aber mit Firma an den Weinhändler Friedrich Becker abgetreten.
5. Moritz Eisenberg, Braunschweig. Durch das Ausscheiden der Mitgesellschafterin, Wittve des Schirmfabrikanten Moritz Eisenberg, Pauline geb. Gotthelf, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Julius Eisenberg unter der obigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
6. Pahl & Co., Braunschweig. Durch das Ausscheiden der Mitgesellschafterin, Wittve des Exekutors Heinrich Pahl, Anna geb. Lüders, jetzt Ehefrau des Stations-Inspektors a. D. Wächter, ist die unter der vorbezeichneten Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Fabrikant Ludwig Hesslau unter der obigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
7. Louis Döring, Braunschweig. Der Inhaber, Kaufmann Louis Döring, hat das Handelsgeschäft mit Aktiva, jedoch mit Ausschluss der Passiva, aber mit der Firma seit dem 1. d. Mts. an den Kaufmann Karl Fischer abgetreten.
8. E. W. T. Grassau, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva, jedoch mit Ausschluss der ausstehenden Forderungen und der Passiva, aber mit Firma von den Erben des bisherigen Inhabers, Seifenfabrikanten Gustav Grassau, an die Seifenfabrikanten Wilhelm und Heinrich Apel abgetreten.
9. J. Mauz & Co., Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafter, Kaufmanns Hermann Borchers, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Das gedachte Handelsgeschäft wird bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Joseph Mauz unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
10. Carl Müller, Möbel- und Dekorationsgeschäft, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafter, Tapezierers Carl Müller, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Tapezierer Ferdinand Müller unter der vorbezeichneten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
11. Dampfkessel- und Gasometerfabrik vorm. A. Wilke & Co., Braunschweig. An Stelle des ausgeschiedenen Kaufmanns Adolf Pfeiffer ist der Kaufmann Heinrich Prieger in den Vorstand gewählt.
12. Braunschweigische Landeseisenbahn-Gesellschaft, Braunschweig. Die §§ 2 und 20 des Gesellschaftsvertrags sind abgeändert resp. ergänzt.

13. Wilhelm Bosse Nachfolger, Wendessen. Das Handelsgeschäft ist vom 7. April cr. ab kaufweise, aber ohne Uebernahme der Aktiva und Passiva übergegangen auf den Kaufmann Richard Fuhrmann, welcher das Geschäft unter der bisherigen Firma weiter betreibt.
14. Braunschweigische Zuckersiederei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Braunschweig. Der Fabrikdirektor Wilhelm Knobloch ist zum zweiten Geschäftsführer der genannten Gesellschaft bestellt.
15. St. Leonhard-Drogerie, Dr. Heinen & Sander, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Friedrich Sander, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Dr. chem. Hermann Heinen unter der vorbezeichneten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
16. Hugo Schmidt, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist ohne Aktiva und Passiva, aber mit Firma nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Lotterie-Haupt-Kollektors Hugo Schmidt, auf den Kaufmann August Löhr übergegangen.
17. Hermann Asche, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Tischlermeister Hermann Asche hat das Handelsgeschäft mit dem vorhandenen Waarenlager, jedoch mit Ausschluss der Passiva, aber mit Firma an seine Ehefrau, Louise geb. Grütter, abgetreten.
18. Harzer Hygrosit-Fabrik, G. m. b. H. Der Sitz ist von Braunschweig nach Oker verlegt. Errichtung des Gesellschaftsvertrages: 12. September 1901, abgeändert am 12. März 1902.

3. Löschungen.

1. C. Böhmke & Co., Braunschweig.
2. Grüneberg's Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung. H. Wollermann, Braunschweig.
3. Braunschweigisches Grundbesitz-Verkehrs-Institut Carl Tampke, Braunschweig.
4. Richard Harring, Schöppenstedt.
5. Max Noack, Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. J. Vollmer, Braunschweig. Dem Techniker Hans Vollmer.
2. Steding & Co., Dampfziegelei Moorhütte. Dem Kaufmann Friedrich Deike in Volkmarode.
3. M. Bernstein, Braunschweig. Dem Kaufmann Jacques Bernstein.
4. A. H. Löhr, Braunschweig. Dem Kaufmann August Löhr jun.
5. Hugo Schmidt, Braunschweig. Dem Kaufmann August Löhr jun.
6. Hermann Asche, Braunschweig. Dem Tischlermeister Hermann Asche.

5. Prokura-Löschungen.

1. W. Brachvogel, Braunschweig. Kaufleute Wilhelm und Hugo Brachvogel.
2. Steding & Co., Dampfziegelei Moorhütte. Kaufmann Herman Hesse in Volkmarode.
3. Brunner & Co., Wolfenbüttel. Kaufmann Theodor Grableig.
4. Quenstell & Spannuth, Braunschweig. Kaufmann Richard Schütze.
5. Ludwig & Lohmann, Braunschweig. Früherer Rechts-Anwalt Adolf Fischer.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Konservenfabrik Königsutter, e. G. m. b. H. zu Königsutter. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Hermann Ficke zu Lauingen, Landwirth Otto Michaelis zu Königsutter, Landwirth Heinrich Pape zu Rieseburg.

2. Gross-Steinumer Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., zu Gr. Steinum. Mitglieder des Vorstandes sind: Halbspänner Heinr. Fricke, Halbspänner Emil Fricke, Halbspänner Heinrich Osteroth, sämmtlich zu Gr. Steinum.
3. Süpplingenburger Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., zu Süpplingenburg. Mitglieder des Vorstandes sind: Ackermann Heinrich Schrader, Ackermann Wilhelm Springemann, Mühlenbesitzer Bernhard Gerber, Wegwärter Fritz Denstorf, Stellmacher Fritz Schrader, sämmtlich zu Süpplingenburg.
4. Lelmer Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., zu Lelm. Mitglieder des Vorstandes sind: Kothsass Heinrich Ochsendorf, Halbspänner Fritz Kirchhoff, Kothsass Fritz Koch, Kothsass Franz Kirchhoff, Kothsass Hermann Meiners, sämmtlich zu Lelm.
5. Wolsdorfer Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., zu Wolsdorf. Mitglieder des Vorstandes sind: Ackermann Robert Kirchhof, Landwirth Wilhelm Denecke, Anbauer Carl Michaels, sämmtlich zu Wolsdorf.
6. Runstedter Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., zu Runstedt. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Wilhelm Rühle, Zimmermeister Hermann Krüger, Landwirth Christoph Fricke.
7. Conservenfabrik Braunschweig, e. G. m. b. H., in Braunschweig. Mitglieder des Vorstandes sind: Rentner Friedrich Fulst, Rentner Ferdinand Wrede, Spargelplantagenbesitzer Heinrich Wieduwilt.
8. Dankelsheimer Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., in Dankelsheim. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Heinrich Drücker, Landwirth Heinrich Bertram, Landwirth Wilhelm Schrader.

2. Abänderungen.

1. Molkereij-Genossenschaft Berel, e. G. m. b. H. An Stelle des ausgeschiedenen Ackermanns Albert Meyer in Berel ist der Kothsass Wilhelm Hagemann daselbst in den Vorstand gewählt.
2. Consum-Verein Rühle, e. G. m. b. H. An Stelle der mit dem 1. April 1902 ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder, Viertelmeier Heinrich Möller und Viertelmeier August Harre, sind in der Generalversammlung Friedrich Meyerhenke und Ferdinand Böker gewählt.
3. Boffzer Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., zu Boffzen. An Stelle des Gemeindevorstehers Knop ist der Lehrer Holste als Vereinsvorsteher, und an Stelle des Kaufmanns Dreier der Gemeindevorsteher Knop als Vorstandsmitglied gewählt.
4. Consumverein Neuwallmoden, e. G. m. b. H. An Stelle des Beisitzers Heinrich Fricke ist der Schuhmachermeister Wilhelm Ahrens in den Vorstand gewählt.
5. Badenhäuser Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Kirchhoff ist der Halbspänner Julius Ahrens für die Amtsdauer, welche dem Ersteren noch zustehen würde, in den Vorstand gewählt.
6. Spar- und Vorschuss-Verein, e. G. m. b. H., zu Eschershausen. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Bäckermeisters Carl Bremer ist der Kreiszimmermeister August Walter als stellvertretendes Vorstandsmitglied gewählt.
7. Consumverein Bortfeld, e. G. m. b. H., Bortfeld. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Hans Heinrich Wolter ist der Maurer Albert Feuge in den Vorstand gewählt.
8. Bortfelder Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H., Bortfeld. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Jäger ist der Kothsass H. H. Behme in den Vorstand gewählt.
9. Consum-Verein Königslutter, e. G. m. b. H. Für den verstorbenen Kassirer Eduard Luther ist der Schuhmachermeister Wilhelm Sammann für die Zeit bis 1. Januar 1904 in den Vorstand gewählt.

10. Consum-Verein Nauen, e. G. m. u. H. An Stelle des Vorsitzenden, Bahnarbeiters Christian Düerkop, ist der Schuhmachermeister Wilhelm Keck, und an Stelle des stellvertretenden Vorsitzenden, Waldarbeiters Heinrich Alms, der Handelsmann August Stolte in den Vorstand gewählt.
11. Boffzer Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H. zu Boffzen. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder, Lehrer Holste und Gemeindevorsteher Knop sind als Vorstandsmitglieder der Pastor Schomburg und der Tischlermeister Ludwig Hinze gewählt.
12. Rohstofflager der Sattler und Tapezierer zu Braunschweig, e. G. m. b. H. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes, Sattlermeisters Carl Müller, ist der Sattlermeister Fritz Hoff in den Vorstand gewählt.
13. Molkerei-Genossenschaft zu Stroitz, e. G. m. b. H. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder August Wille, August Binnewies und Gustav Ebrecht, ist der Tischlermeister Carl Binnewies, Kaufmann Heinrich Müller und Anbauer Wilhelm Messerschmidt in den Vorstand gewählt.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaaren-Aktiengesellschaft in Wieda. 15. April 1902, Vormittags 9 Uhr 40 Minuten, ein Lichtdruckbild, offen, Muster für Regulir-
röndöfen, mit der Fabriknummer 234, Muster für plastische Erzeugnisse, Schutz-
frist zehn Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Carl Henze, Tischlermeister, Gandersheim. 3. April 1902.
2. Reinhold Peters, Apotheker und dessen Ehefrau, Ernestine geb. Württem-
berger, Braunlage. 4. April 1902.
3. August Holzberg, Rittergutsbesitzer, Scheppau. 7. April 1902.
4. Heinrich Hagemann, Gastwirth, Bungenstedter Thurm b. Halchter. 18. April
1902.
5. Ehefrau des Gastwirths Gustav Lutz, Marie geb. Heiss, z. Zt. unbekannten
Aufenthalts, Braunschweig. 23. April 1902.
6. Louis Bertram, Sattlermeister, Seesen. 24. April 1902.
7. Wittve des Schuhmachermeisters Heinrich Voss, Dorothee geb. Meyer, Bad-
Harzburg. 25. April 1902.

2. Aufhebungen.

1. Richard Meyer, Kaufmann, in Firma Carl Wilhelm Leo Nachf., Braunschweig.
2. Karl Oppermann, Tischlermeister, Bodenburg.
3. Theodor Kuhlmann, Spediteur, früher Landwirth, nachheriger Hotelbesitzer,
Holzminden.
4. Heinrich Sommer, Bauunternehmer, Kissenbrück.
5. Karl Bock, Buchbinder, Thiede.
6. Wilhelm Göbel, Schuhmacher, Heimbürg.
7. Friedrich Hagelberg, Kaufmann, in Firma Hagelberg & Bonewald, Braun-
schweig.

Handelsregister.

(Juni.)

1. Neueintragungen.

1. Harzer Buch- und Kunstdruckerei Rossack & Frees, offene Handelsgesellschaft,
Bad Harzburg. Inhaber: Kaufmann Georg Rossack zu Bad Harzburg und
Buchdruckerei-Faktor August Hermann Frees zu Bündheim.

2. R. Schünemann & Co., Selterswasserfabrik, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Carl Breitschuh und der Techniker Robert Schünemann.
3. Emil Herzig, Handel mit Material- und Kolonialwaaren, Königsutter. Inhaber: Kaufmann Emil Herzig.
4. Kaligesellschaft Frischgewagt, G. m. b. H., Braunschweig. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Direktor Adolf Sternberg in Cassel, Bergwerksunternehmer Albert Krebs, hier, Bergwerksunternehmer Heinrich Vaerst in Gladbeck i. W., Kaufmann Arthur Rüter in Mülheim a. R.
5. A. Rosenthal, Lederhandlung, Helmstedt, Zweigniederlassung der Firma A. Rosenthal in Hannover. Inhaber: Kaufmann Aron Rosenthal in Hannover.
6. Hof-Verlagsbuchhandlung J. G. Maurer-Greiner Nachf. Heinrich Knackstedt, Gebhardshagen. Inhaber: Verlagsbuchhändler Heinrich Knackstedt.
7. Bürstenfabrik und Borstenzurichterei Braunschweig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Braunschweig. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Friedrich Beer bestellt.
8. Vorwohle Asphalt Company Limited, Hauptniederlassung London, Zweigniederlassung Holzen. Mitglieder des Vorstandes sind: Charles Adolf Rehder in London, Gustav Weber in London, Frank Adolf Rehder in London, August Peter Rehder in Hamburg, George Runge in London.
9. Gebr. Dannenbaum, Zuckerraffinerie in Helmstedt, Zweigniederlassung der im Handelsregister von Braunschweig unter gleicher Firma eingetragenen offenen Handelsgesellschaft, und als Inhaber: Kaufmann Otto Lüttge in Braunschweig, Kaufmann Hermann Lüttge in Sudenburg, Kaufmann Friedrich Lüttge in Braunschweig.
10. Braunschweigische Hannoversche Maschinenfabriken, Aktiengesellschaft in Delligen. Der Vorstand besteht aus dem Direktor Oertel in Alfeld und dem Direktor Friedrich Doerk in Alfeld.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Gustav Junge, Rübeland. In das bisher von dem Zimmermeister Gustav Junge daselbst betriebene Sägewerk, Holzhandlung und Baugeschäft ist am 10. April 1902 der Kaufmann Karl Pacht zu Rübeland als Gesellschafter eingetreten und hat sich mit dem bisherigen Inhaber zur Fortführung des gedachten Geschäfts zu einer offenen Handelsgesellschaft vereinigt. Die bisherige Firma wird unverändert beibehalten.
2. Aktien-Zuckerfabrik Watenstedt. An Stelle des aus dem Vorstände ausgeschiedenen Ackermanns Jacob Bethc in Warle ist der Ackermann H. J. Meyer in Beierstedt in den Vorstand gewählt.
3. W. Veth, Aktiengesellschaft, Gandersheim. Der Gesellschaftsvertrag vom 31. Januar 1899 ist abgeändert.
4. Fritz Willecke, Helmstedt. Die Firma ist durch Erbschaft auf Grund des Testaments des verstorbenen Inhabers Fritz Willecke auf dessen Sohn Fritz Willecke übergegangen.
5. Dampfziegelei Reislungen. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst und die Firma mit allen Aktiven und Passiven auf den bisherigen Gesellschafter, Bankier Alfred Ebeling in Braunschweig, allein übergegangen.
6. Th. Riccius, Braunschweig, Zweigniederlassung der in Peitz bestehenden Hauptniederlassung. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist in eine Hauptniederlassung verwandelt und mit der vorhandenen Aktiva nebst Firma von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Schuhwaarenfabrikanten Theodor Riccius in Peitz, seit dem 1. Februar d. J. an den Kaufmann Theodor Riccius abgetreten.
7. Germania-Brauerei, Wolfenbüttel. An Stelle des ausgeschiedenen Geschäftsführers Wilhelm Schaare ist der Kaufmann Robert Wutzler zum Geschäftsführer bestellt.

8. Robert Pfaue, Braunschweig. Der bisherige persönlich haftende Gesellschafter, Kaufmann Emil Reichel, ist durch Tod ausgeschieden und an dessen Stelle dessen alleinige Erbinnen, die unverheirateten Pauline und Marie Geschwister Reichel als persönlich haftende Gesellschafter in die unter der vorbezeichneten Firma bestehende Kommanditgesellschaft eingetreten.

3. Löschungen.

1. Fr. Schlüter, Handlung mit Sandsteinen, Lutter a. Bbge.
2. Wilhelm Ohlmeyer, Blankenburg a. H.
3. Hermann Frentzel, Königslutter.
4. Carl Reuber, Holzminnen.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Robert Angermann, Wolfenbüttel. Dem Buchdrucker Rudolf Schulz.
2. G. Becker & Co., Georgshütte b. Boffzen. Dem Buchhalter Otto Klapprodt daselbst.
3. Cosmetische Fabrik Braunschweig-Hamburg Otto M. H. Nohle. Dem Kaufmann Otto Stodte hierselbst.
4. Vorwohle Asphalt Company Limited, London-Holzen. Dem Fabrikdirektor Hermann Hahne in Holzen.
5. Hans Bautler & Co., Braunschweig. Dem Kaufmann Heinrich Kunze und dem Kaufmann Julius Forst, Gesamt-Prokura.
6. Braunschweigische Hannoversche Maschinenfabriken, Aktiengesellschaft in Delligsen. Dem Oberingenieur Paul Kauenhowen in Delligsen und dem Oberingenieur Bilstein in Bornum.

5. Prokuralöschungen.

1. Joh. Carl Frey & Schurig, Braunschweig. Privatmann Carl Hargesheimer zu Bremen.
2. Hans Bautler & Co., Braunschweig. Kaufmann Heinrich Kunze in Broitzem.

Genossenschaftsregister.

Abänderungen.

1. Spar- und Vorschussverein Langelsheim, e. G. m. b. H. Der § 4 der Statuten ist wie folgt abgeändert: Der Vorstand besteht aus dem Geschäftsführer und dem Kassirer. Dem Vorstände wurde das Recht zuerkannt, in Streitfällen den Majoritätsbeschluss des Aufsichtsrathes herbeizuführen. Der Vorstand ist auf zwei Mitglieder beschränkt (Geschäftsführer und Kassirer) und damit der bisherige Kontroleur, Lagerhalter August Duderstadt, aus dem Vorstände ausgeschieden.
2. Spar- und Vorschussverein zu Helmstedt, e. G. m. u. H. An Stelle des verstorbenen Kassirers, Kaufmanns Emil Deneke, ist der Kaufmann Hugo Gernreich als Kassirer in den Vorstand gewählt.
3. Molkerei Rühren und Umgegend, e. G. m. u. H., zu Rühren. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes, Gastwirth Vehlhaber in Rühren, ist der Ackermann Fr. Jelpke daselbst in den Vorstand gewählt. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes Heinrich Lemke zu Brechtorf ist der Ackermann Heinrich Täger daselbst gewählt worden.
4. Konservenfabrik Siersse b. Braunschweig, e. G. m. b. H. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes Karl Viedt in Siersse ist der Direktor der Konservenfabrik Siersse, Ferd. Wedemann daselbst, in den Vorstand gewählt.

5. Molkerei-Genossenschaft Ammensen, e. G. m. b. H. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Adolf Arnemann, Wilhelm Grödecke und Gustav Weiberg sind die Hofbesitzer Ernst Reuss, Gustav Bruns und Carl Brinkmann, sämmtlich in Ammensen, in den Vorstand gewählt.

Musterregister.

Wiedaer Hütte, Eisengusswaren-Aktiengesellschaft in Wieda. 15. Mai 1902, Vormittags 10 Uhr, 1 Lichtdruckbild, offen, Muster für zwei Regulir-Rundöfen mit den Fabriknummern 233 und 235, Muster für plastische Erzeugnisse, Schutzfrist zehn Jahre.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Hermann Asche, Tischlermeister, Braunschweig. 2. Mai 1902.
2. Wilhelm Schütte, früheren Stückenköther und Gastwirth, Tiddische. 12. Mai 1902.
3. Gustav Müller, Optiker, Braunschweig. 21. Mai 1902.
4. Joachim Lerner, Kaufmann, Wolfenbüttel. 22. Mai 1902.
5. Friedrich Sprung, Gastwirth, Tanne. 23. Mai 1902.
6. Karl Pintschovius, Dr. med., Altenbrak. 24. Mai 1902.
7. August Palmić, Hotelier, zuletzt in Helmstedt. 24. Mai 1902.

2. Aufhebungen.

1. Richard Peters, Kaufmann, Quedlinburg.
2. Emil Körtge, Barbier, Rübeland.
3. Jacob Schmitt, Drogist, Helmstedt.
4. August Schaper, Kalkwerksbesitzer, Kreiensen.
5. Robert Ehlers, Buchhändler, in Firma Robert Ehlers, Braunschweig.
6. Arthur Ulrichs, Oberförster a. D., Braunlage.
7. Fritz Rischbieter, Kaufmann, Braunschweig.
8. Albert Kruse, Buchbinder, Wolfenbüttel.

Personal-Nachrichten.

Dem stellvertretenden Vorsitzenden der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig, Kommerzienrath Dr. jur. Hermann Schmidt, dem Mitgliede der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig, Fabrikdirektor Dr. W. Bartz und dem Syndikus der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig, Regierungsrath Dr. R. Stegemann sind das Ritterkreuz II. Klasse des Herzoglichen Ordens Heinrich des Löwen verliehen worden.

Eingegangene Bücher.

- Burkas I. H., Rechtsanwalt in Leipzig, Aktionär und Gläubiger im Konkurse der Aktiengesellschaft. Eine Abhandlung über Reservefonds und Regressanspruch. Verlag von Feodor Reinboth, Leipzig. 1,50 Mk.
- Adressbuch der Adressbücher. 5. Jahrgang. Verzeichniss von Fach-, Handels-, Städte- und Länder-Adressbücher mit Inhaltsangabe, Erscheinungsjahr und Preis etc. Verlag von Schulze & Co., Leipzig, Querstrasse 33. 0,50 Mk.

Dieser Nummer der »Monatsschrift« liegt ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung von Velhagen & Klasing in Bielefeld und Leipzig, Handels-Atlas zur Verkehrs- und Wirthschaftsgeographie für Handelshochschulen, kaufmännische und gewerbliche Lehranstalten betreffend, bei.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Ämtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 7.

Braunschweig, Juli 1902.

XII. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Der Handelskammer gehen regelmässig zuverlässige Mittheilungen über schwindelhafte oder zweifelhafte Firmen des Auslandes zu. Die Handel- und Gewerbetreibenden des Herzogthums können nach Bedarf auf dem Bureau der Handelskammer (Breitestrasse 9I) Einblick in die betreffenden Register erhalten.

Braunschweig, den 22. Mai 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Bericht

über

die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung gewerblicher Etablissements.

Nach Besichtigung der Pianofortefabrik von Zeitter & Winkelmann begaben sich die Theilnehmer nach der

Braunschweigischen Aktien-Gesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie.

Herr Klostermann gab in einem einleitenden Vortrage einen Ueberblick über die Entwicklung der Jute-Industrie Deutschlands im Allgemeinen und der Braunschweigischen Aktiengesellschaft im Besonderen, aus dem wir Folgendes entnehmen:

Die Jute ist die Bastfaser mehrerer in Ostindien (hauptsächlich in Bengalen) und in China heimischen Corchorus-Arten und seit Ende des achtzehnten Jahrhunderts in Europa bekannt; als Spinnstoff fand sie 1832 in Dundee, einem Hauptsitze der Jute-Industrie, Eingang. Seit 1861 gelangte die Jute auch auf dem Kontinente zur Verspinnung, und zwar zuerst in Vechelde im Herzogthum Braunschweig.

Die Jutefabrik in Vechelde ist hervorgegangen aus einer kleinen Werggarnspinnerei, die der damaligen Firma Spiegelberg & Co. in Vechelde gehörte. Im Jahre 1861 wurde diese Werggarnspinnerei umgebaut und für die Verspinnung von Jute eingerichtet. So entstand die erste Jutefabrik in Deutschland.

Die grossen Schwierigkeiten, die sich der dauernden Festigung dieses neuen Unternehmens entgegenstellten und der Umstand, dass diese Festigung nur durch einen weiteren, grössere Mittel erfordernden Ausbau der Fabrik gesucht werden konnte, waren die Veranlassung, dass der derzeitige alleinige Inhaber der genannten Firma, Julius Spiegelberg, sein Augenmerk auf Umwandlung seiner Privatunternehmung in ein Aktienunternehmen richtete. Der Ausübung dieses Vorhabens erwuchsen aus dem derzeit in Deutschland herrschenden Misstrauen gegen industrielle Unternehmungen unüberwindliche Schwierigkeiten, zumal es sich um einen Industriezweig handelte, der hier zu Lande bis dahin völlig unbekannt war.

Die Bemühungen wegen Gründung einer deutschen Gesellschaft blieben zunächst erfolglos, wogegen es im Jahre 1866 gelang, das Unternehmen in England, wo der Industriezweig in hoher Blüthe stand, als Aktiengesellschaft unter der Firma British and Continental Jute- and Flax Works Comp. Ltd. zu gründen.

Dass der Sitz dieser Gesellschaft in London war, erschwerte die Geschäfts- und Rechnungsführung erheblich, weshalb der sich seit dem Jahre 1866 zu Gunsten industrieller Unternehmungen in Deutschland vollzogene Meinungsumschwung benutzt wurde, die englische Gesellschaft im Jahre 1868 in eine deutsche mit einem Kapital von 300000 Thlr. unter der Firma Braunschweigische Aktiengesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie umzuwandeln.

Die Vechelder Fabrik, die ursprünglich (1861) mit ca. 1000 Spindeln und einer Arbeiterzahl von ca. 100 Personen eine Garn-erzeugung von ca. 6000 DC. erzielte, erfuhr unter der deutschen Aktiengesellschaft im Jahre 1869/70 die erste namhafte Vergrösserung, indem neben weiteren ca. 1400 Spindeln auch 40 Webstühle in Betrieb genommen und nunmehr

ca. 13500 DC. Garn und
63000 m Gewebe

mit ca. 300 Arbeitern fabrizirt wurden.

Als der nach den glorreichen Jahren 1870/71 eingetretene allgemeine wirtschaftliche Aufschwung auch die junge deutsche Jute-Industrie günstig beeinflusste und erkennen liess, dass sich dem Absatze der Jutefabrikate in Deutschland ein weiteres Feld öffnen werde, wurde dazu geschritten, in der Stadt Braunschweig eine zweite Jutefabrik zu errichten.

Diese Fabrik, die 1874 in Betrieb gesetzt wurde, war bestimmt, neben der Spinnerei auch Weberei in grösserem Umfange zu betreiben. Es gelangten zunächst ca. 2000 Spindeln und 120 Web-

stühle, sowie die erforderlichen Appretur-, Bleicherei-, Färberei- und Sacknäherei-Maschinen zur Aufstellung, jedoch war Fürsorge getroffen, dass eine weitere erhebliche Anzahl von Erzeugungsmaschinen ohne Vornahme baulicher Erweiterung eingereicht werden konnten. Die Eröffnung des Betriebes, in dem ca. 400 Personen als Spinner, Weber, Webereivorrichter, Handwerker etc. beschäftigt wurden, fiel in eine Zeit allgemeinen wirthschaftlichen Niederganges, die von der Gesellschaft um so schwerer empfunden wurde, als die eingetretene Krisis für sie die Veranlassung zu einer finanziellen Nothlage wurde.

Inzwischen aber wurde von der Braunschweigischen Jute-Gesellschaft nicht ausser Acht gelassen, dass über die bestehenden Schwierigkeiten nur die Hebung und Vervollkommnung der Produktion und die sparsamste Ausnutzung der gegebenen Verhältnisse hinweghelfen könnten. Ununterbrochen wurde an dem Ausbau der beiden Fabriken durch Ergänzung, Vervollkommnung und Vermehrung des Betriebes gearbeitet, und die Zukunft hat gezeigt, dass dieser Weg der richtige war. Der Erfolg zeigte sich durch die Besserung der Geschäftsabschlüsse in den folgenden Jahren.

Es konnten für die Rechnungsperioden 1876/77 6% Dividende auf die Prioritäts-Stammaktien und $1\frac{2}{3}\%$ auf die Stammaktien, für 1877/78 6% und $2\frac{1}{2}\%$, für 1878/79 6% und 3% bezahlt werden.

Fabrizirt wurden in den Geschäftsjahren

a) in Braunschweig	1874/75	Garn	980196 kg,	Gewebe	1972880 m
»	»	»	»	»	»
»	1878/79	»	2430898	»	6499440
b) in Vechelde	1874/75	»	1587402	»	94672
»	»	»	»	»	»
»	1878/79	»	2848130	»	97904

Im Jahre 1879 waren im Betriebe

- a) in Braunschweig 3650 Spindeln und 315 Webstühle,
b) » Vechelde 3150 » » 35 »

NB. 5 Webstühle waren nach Braunschweig überführt und es wurden beschäftigt in der Vechelder Fabrik ca. 450, und in der Braunschweiger ca. 850 Personen, sowie ca. 250 Personen ausserhalb der Fabrik mit Sacknähen.

Zu dieser Zeit, und zwar am 29. August 1878, fanden sich die deutschen Fabriken zur Bildung eines Vereins, des »Verein Deutscher Jute-Industrieller« zusammen, der bis auf den heutigen Tag seine segensreiche Wirkung fortgesetzt hat.

Das Jahr 1879 hatte eine für die zukünftige Entwicklung der deutschen Jute-Industrie bedeutsame Wendung zu verzeichnen. Die seit ca. vier Jahren bei der Reichsregierung von den Jute-Industriellen unablässig vertretenen Forderungen wegen rationeller Behandlung der Jutefabrikate im Zolltarif wurden in der Hauptsache gewährt, so dass zu hoffen war, dass mit Beginn des Jahres 1880 der ausländischen Konkurrenz für den deutschen Markt ein Damm gesetzt werden würde.

Mit der im Jahre 1880 eingetretenen Wende in der deutschen Zollpolitik, die, wie für die meisten Industriezweige, auch eine neue Epoche für die Jute-Industrie eröffnete, zeigte zum ersten Male wieder der Geschäftsabschluss der Braunschweigischen Jute-Gesellschaft pro 1879/80 ein erfreuliches Bild. Bei hohen Abschreibungen konnten

9 0/0 Dividende auf die Prioritäts-Stammaktien und
8 0/0 » » » Stammaktien

bezahlt werden.

Auch die finanzielle Lage des Unternehmens erfuhr zu dieser Zeit eine wesentliche Verbesserung, indem die sämtlichen Prioritäts-Obligationen, von denen der grössere Theil bis dahin nur auf dem Wege der Lombardirung hatte verwerthet werden können, fest begeben wurden.

Die so für die zukünftige Befestigung des Unternehmens gewonnene sichere Unterlage veranlasste die Gesellschaft, mit Beginn des Jahres 1880 die Arbeitslöhne um 10 0/0 zu erhöhen und von dem Gewinne des Geschäftsjahres 1879/80 erstmalig den Betrag von 10 000 Mk. zur Gründung einer Arbeiter-Invaliden-Kasse auszusetzen.

Eine Hilfskasse »Concordia« war bereits im Jahre 1879 ins Leben gerufen.

Die guten Resultate, die von den bestehenden deutschen Jutefabriken in den letzten Jahren erzielt worden waren (die Braunschweigische Gesellschaft hatte pro 1880/81 10 0/0 und pro 1881/82 12 0/0 Dividende neben grossen Abschreibungen und Rückstellungen bezahlt), und die Thatsache, dass die heimische Produktion den Bedarf des Inlandes in Jutefabrikaten bis dahin noch nicht deckte, hatten zur Folge, dass eine Menge von Projekten für Gründung neuer Jutefabriken auftauchten. Die wegen dieser Sachlage angestellten Erwägungen führten im Jahre 1882 zu dem Entschluss, eine weitere Betriebsausdehnung durch Aufstellung von ca.

2400 Spindeln und
132 Webstühlen

auf dem Braunschweiger Werke vorzunehmen.

Gleichzeitig wurde die Erbauung eines Aufenthalts- bzw. Speisehauses für das Arbeiterpersonal, sowie die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung beschlossen.

Eine im April des Jahres 1882 berufene ausserordentliche Generalversammlung stellte die erforderlichen Mittel durch Emission von 1750 Stammaktien à 300 Mk. mit 525 000 Mk. zur Verfügung. Das Stammaktien-Kapital war dadurch auf 2 625 000 Mk. angewachsen.

Die nachfolgenden beiden Jahre waren für die Jute-Industrie besonders ergiebige, da neben der Unterstützung, die diese durch den anhaltenden allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung erfuhr, der Umstand günstig einwirkte, dass in Folge reichlicher Jute-

ernteten die Preise dieses Rohstoffes auf ein ungewöhnlich niedriges Niveau sanken.

Die Gesellschaft zahlte für die Geschäftsjahre 1882/83 und 1883/84 je 20 % Dividende und benutzte einen Theil der erzielten hohen Gewinne zu erheblichen Extra-Abschreibungen und Rückstellungen. Gleichzeitig liess sie im Jahre 1883 eine abermalige ca. 10prozentige Lohnerhöhung eintreten.

Mit dem Streben, durch Vervollkommnung des Betriebes dessen Leistungsfähigkeit zu erhöhen, war die ernste Sorge um thunlichste Vollendung der Güte der Fabrikate stets Hand in Hand gegangen, so dass die Erzeugnisse der Gesellschaft sich stets einer besonderen Beliebtheit erfreuten und auch in den nachfolgenden Jahren, wo durch Ueberproduktion der Wettbewerb in erheblichem Maasse erschwert wurde, in bevorzugter Weise gefragt blieben.

Der Betrieb beider Werke umfasste im Jahre 1884

9768 Spindeln und 475 Webstühle

bei einer Arbeiterzahl von ca. 1950.

Es traten nun zunächst ungünstige Jahre für die Jute-Industrie ein. Neben der schottischen Konkurrenz, die bis dahin auf dem Weltmarkte tonangebend gewesen war, hatte sich die indische Jute-Industrie mehr und mehr entwickelt und in den letzten Jahren so bedeutende Fortschritte gemacht, dass sie anfang, die Stellung des schottischen Wettbewerbes zu erschüttern und den deutschen Markt in den Bereich ihres Absatzgebietes zu ziehen.

In Deutschland war durch die Betriebserweiterungen, welche die alten Fabriken vorgenommen hatten, und durch die stattgefundenen Neugründungen die Produktion in Jutefabrikaten so namhaft gestiegen, dass sie den Konsum überragte, zumal die allgemeinen günstigen wirthschaftlichen Verhältnisse einen Rückschlag erfahren hatten. Die Folge war ein Sinken der Preise auf ein Niveau, das den neuen Fabriken Verlust brachte und den Gewinn der alten bedenklich bedrohte.

Die Dividenden der Braunschweigischen Gesellschaft sanken in den Jahren 1884/85 und 1885/86 auf 11 bzw. 6 %.

Während die indische und schottische Jute-Industrie ihre Lage durch Einschränkung der Produktion zu heben trachteten, war die deutsche bedacht, ihre Situation durch eine Preiskonvention zu verbessern. Diese war unter den deutschen Jute-Industriellen im November 1886 geschlossen worden, zu einer Zeit, wo sich die allgemeine Geschäftslage wieder zu heben begann, so dass sie ihren günstigen Einfluss um so leichter ausüben konnte. Die Dividenden der Braunschweigischen Gesellschaft stiegen in den Geschäftsjahren 1886/87, 1887/88, 1888/89 auf $8\frac{2}{3}$ % und 11 bzw. 12 %.

Im November 1887 fand die Schienenverbindung der Braunschweiger Fabrik mit der Landes-Eisenbahn statt und gleichzeitig die seit Jahren angestrebte Neuanlage der an dem Fabrikgrundstück entlang führenden Spinnerstrasse.

Im Einklange mit den Fortschritten der Technik auf dem Gebiete des Dampfmaschinenbaues wurde zur Erreichung eines sparsamen und sichereren Betriebes in dem Geschäftsjahre 1889/90 dazu geschritten, die Dampfmaschinen-Anlagen auf beiden Werken zu erneuern und zu vergrössern. Eine Vergrösserung der Mittel wurde zu dem Zwecke durch Erhöhung des Aktienkapitals von 2625 000 Mk. auf 3 000 000 Mk. durch Ausgabe von 375 Stück neuer Aktien à 1000 Mk. vorgenommen. Gleichzeitig wurde der Beschluss gefasst, die alten Aktienantheile zu 300, 450 und 900 Mk. einheitlich durch einen, wenn auch nur allmählichen und von dem Willen der Aktieninhaber abhängig bleibenden Umtausch ebenfalls auf Beträge von 1000 Mk. zu bringen.

Die eingetretene Besserung der Lage der deutschen Jute-Industrie hatte inzwischen abermals weitere Vergrösserungen der alten Fabriken und die Gründung neuer Jutefabriken zur Folge gehabt.

Die Braunschweigische Gesellschaft hatte im Jahre 1889 ihre Spindelzahl auf 10 714 und ihre Webstuhlzahl auf 495 erhöht.

In Deutschland überhaupt waren zu dieser Zeit

73 226 Spindeln und 3558 Webstühle in Betrieb	
gegen 22 308 » » 955 » im Jahre 1879.	

Das 1892/93er Geschäftsjahr der Gesellschaft war das fünf- undzwanzigste seit Begründung der Braunschweigischen Aktien-Gesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie. Es verlief unter schwierigen Verhältnissen, indem die Schwankungen der Jutepreise wieder besonders gross waren und die Stagnation im Waaren-Geschäfte angehalten hatte.

Die Gesellschaft hat bei Gelegenheit der Feier ihres fünfund-zwanzigjährigen Bestehens unter der Bezeichnung:

Arbeiterunterstützungsfonds der Braunschweigischen Aktien-

Gesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie

eine dem Wohle der Arbeiter dienende Stiftung mit einem aus dem Gesellschaftsvermögen ausgeschiedenen Kapitale von 100 000 Mk. begründet, deren Verwaltung in den Händen des jeweiligen Vorstandes der von der Gesellschaft errichteten Fabrik-Krankenkasse »Concordia« liegt.

Als eine der Gegenwart gewidmete Festgabe wurden der Arbeiterschaft 7000 Mk. zur freien Verwendung überwiesen.

Die Gesellschaft zahlte in dem Geschäftsjahre 1892/93 wieder eine Dividende von 6 $\frac{0}{10}$.

Für die Jahre 1894/95 und 1895/96 zahlte die Gesellschaft 12 bzw. 15 $\frac{0}{10}$ Dividende und vertheilte auch in den folgenden Jahren eine solche von gleicher Höhe.

In Folge des enormen Aufschwunges, den die deutsche Industrie im Laufe der letzten dreissig Jahre genommen hat, gestaltet sich die Beschaffung der Arbeitskräfte zunehmend schwieriger, zumal, da mit der vermehrten Arbeitsgelegenheit ein starker

Wechsel der Arbeiter Hand in Hand geht, zudem die Arbeit des Spinnens und Webens eine längere Zeit zum Erlernen erfordert.

Nachtheilig in dieser Hinsicht wirkten auch die reichsgesetzlichen Bestimmungen wegen Beschränkung der Arbeit jugendlicher Personen, weil gerade diese die meiste Befähigung zur Erlernung der Arbeit in der Textil-Industrie zeigen und sich daher mit dem zunehmenden Alter zu den tüchtigsten Kräften heranbilden.

Eine Abnahme des Arbeitsangebotes ist, wohl als eine Folge des zunehmenden Wohlstandes, auch in der Richtung wahrnehmbar, dass die Neigung zur Fabrikarbeit bei weiblichen jungen Personen immer mehr dem Verlangen weicht, ihren Unterhalt durch Beschäftigung in Geschäftszweigen zu suchen, die eine grössere Freiheit der persönlichen Bewegung gestatten. In vielen Fällen wird erst dann zur Fabrikarbeit geschritten, wenn der eingeschlagene Lebensgang Schiffbruch hat erleiden lassen.

Die Gesellschaft ist daher darauf angewiesen, ihre Arbeiterschaft andauernd durch Zuzug vom Auslande zu ergänzen.

Eine Erleichterung wegen Bezuges des Rohstoffes ist insofern eingetreten, als sich zwei Schiffsgesellschaften in Hamburg und Bremen darauf eingerichtet haben, die Beförderung der Jute von Calcutta direkt bis Hamburg und Bremen zu beschaffen. In früheren Jahren vermittelten englische Schiffe die Beförderung bis London, wo eine mit besonderen Kosten verbundene Umladung auf die zwischen London-Hamburg und London-Bremen fahrenden Dampfer stattzufinden hatte.

Der Einkauf des Rohstoffes geschieht nach wie vor durch Vermittelung englischer, meist Londoner Geschäftshäuser.

Schwer empfunden von der Gesellschaft wird der gänzliche Mangel an Wasserverkehrsstrassen in unserem Herzogthume. Der Bezug der Rohstoffe, der Kohlen und der sonst benöthigten mannigfachen Materialien wird ihr dadurch erheblich vertheuert. Ebenso wird ihr der Wettbewerb auf dem Absatzmarkte ihrer Fabrikate, bei dem die Frage der Frachtkosten eine grosse Rolle spielt, sehr erschwert.

Die Gesellschaft bezog in den letzten Jahren im Durchschnitt an Gütern aller Art ca. 18400 Tons (à 20 Ctr.) und versandte an Fabrikaten in derselben Zeit ca. 11075 Tons. Die eingehenden Güter veranlassten eine Frachtauslage von 151000 Mk., und die der ausgehenden Fabrikate eine solche von 149300 Mk.

Der Absatz der Fabrikate der Braunschweigischen Fabriken erstreckt sich auf alle Theile des Reiches, wobei natürlich die geographisch am günstigsten gelegenen bevorzugt werden.

Die hauptsächlichsten Fabrikate sind
Hessian, zur Verpackung feinerer Waaren-Kollis, aber auch zu Säcken für Salz, Zucker, künstlichen Dünger, Mehl, Korn etc.
Tarpauling, ein stärkeres Gewebe, wird verwendet, wo es auf Stärke und Dichtigkeit ankommt, zur Verpackung von Mehl, gemahlenem Zucker, Korn, Cement etc.

Hessian-Bagging, ein schweres dichtes Gewebe, wird vorherrschend zur Verpackung von Kornzucker für den Export verwandt.

Twilled Sacking, ein Zwillich- oder Drillich-Gewebe von grosser Festigkeit, wird zur Verpackung von Wolle, Hopfen etc. in gepressten Ballen, auch für Cement, Gyps, Kaffee etc. gebraucht.

Fine Twilled Sacking wird vorherrschend zu Filtrationszwecken in grosser Menge benutzt.

Bagging, ein loses weniger dichtes Gewebe, dient zu Emballage-Zwecken und Rohzuckersäcken etc.

Es werden, da sich Jute leicht bleichen und alsdann schön färben lässt, Teppiche, Läufer, Tischdecken, Vorhänge aus Jutegarnen fabrizirt. Man benützt ferner die Garne, sowie daraus gefertigte Zwirne in rohem wie gebleichtem und gefärbtem Zustande zu den verschiedensten Artikeln, wozu man sonst Baumwolle verwendet; so auch als Kette mit Baumwolle, Wolle und Flachs vermischte zu Hosenstoffen, Bettdrellen, Möbelripen etc.; auch zu Jagd- und Feuerwerkszündern, zu Gurten, Kordeln etc.; Billige und für verschiedene Dekorationszwecke verwendbare Stoffe erzeugt man durch Bedrucken der Jutegewebe. Es werden ferner starke Jutegewebe, durch eine Asphaltmischung gezogen, als billiges und sich vorzüglich bewährendes Eindeckungsmaterial benutzt. Ebenso werden Jutegarne für Binde-, Näh- und Umschnürungszwecke in ausgebreitetem Maasse verwendet.

An diesen Vortrag schloss sich die Besichtigung des Betriebes, die in Abtheilungen unter Führung der Herren Direktor Mc. Kean, Prokurist Klostermann und Buchhalter Fuchtel erfolgte. Es wurden die Maschinenräume, die Spinnerei, die Weberei, die Lager- und sonstigen Räume, sowie die für das Arbeiterpersonal bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen in Augenschein genommen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man dem Herstellungsgange der Jutegewebe. In den Spinnereien werden die Ballen, die stark zusammengepresst aus den Häfen Bengalens auf den europäischen Markt gelangen, auf Oeffnern mit stacheligen Walzen aufgelöst. Dann besprengt man die aufgestapelten Baststränge (Risten) mit Wasser und Thran, um sie einzuweichen (Einweichprozess) und quetscht sie in einer Maschine, in der 20 bis 40 Paar grob geriffelte Walzen auf einem horizontalen oder cylindrischen Gestell neben einander liegen und in Folge einer drehenden Bewegung die Juteristen durchziehen, wobei dieselben so geknetet werden, dass sie diese Quetschmaschine geschmeidig verlassen. Nur die Wurzeln bleiben mitunter hart und müssen durch Abhauen mit Beilen oder Schnippmaschinen beseitigt werden. Die Weiterverarbeitung geschieht nach zwei Methoden.

Nach der englischen Methode werden die 2 bis 3 m langen Risten in kürzere 760 mm lange Theile zerschnitten und dann wie Flachs verarbeitet. Dadurch erhält man ein feineres Garn,

das gehechelte oder Jute-Hechel, Jute-Linnengarn. Man verarbeitet dazu nur ausgesuchte Fasern.

Nach der zweiten Methode, welche in Deutschland und Oesterreich allgemein eingeführt ist und das sogenannte kardierte oder Jute-Werggarn liefert, werden die langen Fasern auf sehr kräftigen Karden in kurze Fasern (Hede, Werg) von etwa 25 bis 35 cm Länge zerrissen und in Bänder verwandelt, deren Umwandlung in Feingarn wie beim Flachs erfolgt.

In der Weberei wird dann das Garn zu den oben erwähnten Fabrikaten verarbeitet.

Nach Schluss der Besichtigung, die ca. zwei Stunden währte, wurden die Theilnehmer von dem Direktorium zu einem Frühstück eingeladen.

Am Nachmittage erfolgte zunächst die Besichtigung des

Städtischen Gaswerkes an der Taubenstrasse,

wo Herr Direktor v. Feilitzsch den nachstehenden Erläuterungsbericht gab:

Das Gaswerk an der Taubenstrasse wurde im Jahre 1888 als Ergänzungswerk des an der Bahnhofstrasse belegenen Gaswerkes erbaut und am 1. Januar 1889 in Betrieb genommen. Beide Werke haben den Zweck, die Stadtgemeinde mit Leucht-, Kraft- und Heizgas zu versorgen. Die Werke geben das Gas in ein gemeinschaftliches Rohrnetz nach der Stadt ab, und ist jedes Werk allein im Stande, den Bedarf zeitweilig zu decken.

Zur Erzeugung des Gases werden westfälische Steinkohlen und als Zusatz schottische Kannelkohlen verwandt. Der Zusatz von schottischen Kannelkohlen ist nöthig, da das Gas bestimmungsmässig eine Leuchtkraft von 17 bis 18 Wachskerzen oder von 18,5 bis 19,5 Hefnerkerzen bei einem stündlichen Verbräuche von 120 Liter Gas im offenen Brenner haben soll. Ein aus Steinkohlen allein bereitetes Gas würde unter vorgenannten Verhältnissen nur eine Leuchtkraft von 10 bis 11 Wachskerzen besitzen. Während der Sommermonate werden dem Gase an Stelle der Kannelkohlen Benzoldämpfe zugesetzt, wodurch die geforderte Leuchtkraft erreicht wird. Im Winter ist dieses Verfahren zur Anreicherung deshalb nicht ausführbar, weil durch die niedrige Gastemperatur eine Kondensation der Benzoldämpfe stattfinden würde.

Die mit Kohlen beladenen Eisenbahnwagen werden im Kohlenhause entladen, und es werden die Kohlen von hier aus nach Bedarf vor die Retortenöfen gebracht. Die Retortenöfen, von denen sieben Stück mit je neun Retorten vorhanden sind, dienen dazu, die Kohlen zu entgasen. Zur Feuerung der Oefen wird Koks verwandt, der in den vor den Oefen befindlichen Generatorfeuerungen in glühendem Zustande erhalten wird. Die sich bei dieser unvollkommenen Verbrennung entwickelnden Kohlenoxydgase treten zwischen den

Retorten aus und finden dort die zu ihrer vollständigen Verbrennung nöthige, durch die abziehenden Rauchgase hoch vorgewärmte Luft vor. Die Retorten werden durch diese indirekte Feuerung bis zur Hellrothglut erwärmt. Sämmtliches Material zum Aufbau der Oefen besteht aus besten Chamotten.

Die Füllung der Retorten mit Kohlen geschieht von Hand mittelst Kohlenmulde oder durch Einwerfen mit Schaufel, da die maschinelle Beschickung und Entleerung der Retorten nur bei grösseren Werken vortheilhaft ist. Das Gewicht einer Füllung schwankt zwischen 140 und 180 kg. Die Entgasungszeit der Kohlen beträgt vier Stunden und wird immer nach je zwei Stunden die Hälfte der Retorten geladen. Nach Schluss der Entgasung wird der rückständige Koks ausgezogen, abgelöscht und auf dem Hofe gelagert. Der zur Heizung der Oefen benöthigte Koks wird direkt aus den Retorten in den vorliegenden Generator gebracht. Die bei der Entgasung der Kohlen sich in Gas- und Dampfform entwickelnden Bestandtheile sind vorwiegend Gas, Theer und Wasser. Dieselben werden von jeder Retorte durch ein Steigerrohr nach den auf den Oefen montirten, gemeinschaftlichen Vorlagen geführt, wo sich ein grosser Theil des Theeres und Wassers abscheidet und nach den Sammelgruben geleitet wird.

Das Gas, welches sich jetzt noch in ungereinigtem Zustande befindet, wird von hier nach den verschiedenen Reinigungsapparaten geführt.

Zuerst wird der Theer und Wasserdampf durch Abkühlung ausgeschieden. Hierzu dienen Luft- und Wasserkühler. Die ersteren sind hohe, cylindrische Behälter, in welchen sich das Gas an den Mantelflächen abkühlt. In den Wasserkühlern erfolgt eine durchgreifendere Abkühlung an den äusseren Mantelflächen einer grossen Zahl mit Wasser gefüllter, horizontal liegender Rohre, die in einem gusseisernen Gehäuse eingebaut sind. Auch in diesen beiden Apparaten sammeln sich in Folge der Abkühlung Mengen von Theer und Wasser, die nach den Gruben abgeführt werden.

Die Gassauger haben den Zweck, das in den Retortenöfen erzeugte Gas abzusaugen, durch die nachfolgenden Apparate hindurch zu drücken und die Gasbehälter hoch zu treiben. Ohne diese Vorrichtungen würden in Folge des Druckes in den Retorten grosse Verluste entstehen.

Das nunmehr unter Druck befindliche Gas gelangt zunächst in die Theerscheider, um von dem noch anhaftenden Theernebel befreit zu werden. Dieses geschieht in der Weise, dass das Gas unter eine Glocke geleitet wird, deren unteres Ende in Wasser taucht. Der Mantel dieser Glocke hat feine, $\frac{1}{2}$ mm breite Schlitzze, durch welche das Gas hindurch gedrückt wird und gegen eine dahinterstehende Wand prallt. Der Theer, der sich in Folge dieses Vorganges an der Wand absetzt, fliesst ebenfalls nach den Gruben.

Vom Theer befreit, gelangt das Gas in zwei Ammoniakwascher. Eine in einem gusseisernen Gehäuse befindliche Welle trägt sieben Rädergruppen, bestehend aus je zwei Blechwänden, zwischen denen eine Anzahl Pickete Holzstäbchen so angeordnet ist, dass das durch eine centrale Oeffnung eintretende Gas in feine Strähne vertheilt wird und am Umfang austritt. Die Rädergruppen tauchen auf etwa $\frac{1}{3}$ ihres Durchmessers in Wasser und machen nur wenige Umdrehungen in der Minute. Es werden dem Gase zur Abscheidung des Ammoniaks grosse, benetzte Oberflächen geboten, die bei jeder Umdrehung abgewaschen werden. Das Wasser strömt dem Gase entgegen, so dass das reinste Gas mit dem reinsten Wasser in Berührung kommt. Das angereicherte Wasser fliesst in besondere Behälter. Zwei der Kammern dieser Wascher sind abgetrennt und dienen zur Entfernung des Naphtalins aus dem Gase. Es kommen dabei schwere Theeröle in Anwendung, die das Naphtalin binden.

Das Gas geht zu der letzten Reinigung, um von Schwefelwasserstoff, Kohlensäure und den letzten Spuren von Theer und Ammoniak befreit zu werden. Als Reinigungsmittel dient Eisenoxydhydrat, welches in den Reinigerkästen auf Horden in zwei gleichmässigen Schichten ausgebreitet liegt. Es sind vier solcher Reiniger vorhanden, von denen drei Stück als Vor-, Mittel- und Nachreiniger im Betriebe sind, während der vierte als Reserve dient. Das Gas giebt beim Durchstreichen durch die Masse seine ihm noch anhaftenden unreinen Bestandtheile an dieselbe ab. Ist die Masse durch Bildung von Schwefeleisen gesättigt, so wird sie ausgebracht und der Luft ausgesetzt. Durch die Einwirkung des Sauerstoffes scheidet der grösste Theil des Schwefels aus, und da hierdurch wieder Eisenoxydhydrat gebildet wird, ist die Masse wieder brauchbar. Diese Regenerirung wird so lange fortgesetzt, bis die Masse nicht mehr aufnahmefähig ist.

Das Gas ist nunmehr zum Gebrauche fertig und wird durch grosse Stationsgasmesser in Kubikmetern gemessen und dann in den Gasbehältern aufgespeichert. Die Gasbehälter haben den Zweck, den durch gleichmässige Erzeugung entstehenden Ueberschuss an Gas an den Tagesstunden aufzunehmen und am Abend, sowie in der Nacht abzugeben. Von den Gasbehältern geht das Gas nach der Stadt, und wird durch Druckregulatoren der nöthige Druck so eingestellt, dass in der Mitte der Stadt ein möglichst gleichmässiger Druck herrscht.

An Nebenprodukten werden bei der Leuchtgasfabrikation gewonnen: Koks, Theer, Ammoniakwasser, ausgebrauchte Reinigungsmasse und Kohlenstoff als Graphit oder Retortenkohle. Der Koks wird, zum grossen Theil zerkleinert, sortirt als Brennmaterial abgegeben. Der Theer geht zur weiteren Verarbeitung an chemische und Dachpappenfabriken. Aus der ausgebrauchten Reinigungsmasse wird in chemischen Fabriken Cyan, Berliner Blau und Blutlaugensalz gewonnen. Das Ammoniakwasser, welches sich in den

Sammelgruben vorfindet und aus den Theergruben durch Ueberläufe abfließt, wird auf dem Werke durch einen Feldmann'schen Destillationsapparat zu schwefelsaurem Ammoniak verarbeitet. Die Ammoniaksalze sind hochwerthige Düngemittel mit einem Stickstoffgehalte von etwa 20 $\frac{1}{10}$. Sie werden vorwiegend von Düngerefabriken gekauft, die den Stickstoffgehalt anderer Düngemittel damit aufbessern. Die Retortenkohle findet in der elektrischen Industrie Verwendung.

Am Schlusse seien noch einige Betriebszahlen angegeben.

Aus 100 kg Kohlen werden durchschnittlich gewonnen: 29 bis 30 cbm Gas, 50 bis 60 kg Koks, 7 kg Theer und 0,8 kg schwefelsaures Ammoniak.

Im Betriebsjahre vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 wurden von beiden Werken an Kohlen vergast 20 217 815 kg und daraus 6 002 020 cbm Gas gewonnen. Von diesem Gase wurden an Private abgegeben 4 765 255 cbm, von denen 3 568 612 cbm als Leuchtgas und 1 196 643 cbm als Kraft- und Heizgas Verwendung fanden. Die öffentliche Beleuchtung beanspruchte 819 790 cbm. Der Rest entfällt auf den Selbstverbrauch, auf allgemeine Zwecke und Verluste. Die grösste Gaserzeugung für den Tag betrug 28 170 cbm und die geringste 7240 cbm.

Hierauf begaben sich die Theilnehmer nach dem

Städtischen Schlachthause.

Herr Schlachthaus-Direktor Koch gab nachstehenden Erläuterungsbericht:

Am 15. November 1879 wurde das städtische Schlachthaus zu Braunschweig dem Betriebe übergeben, und damit die Belästigungen und Gefahren, welche aus dem Betriebe der bis dahin in der Innenstadt belegenen vielen Privatschlachtereien für die Stadtbewohner entstehen, beseitigt.

Das Etablissement ist im Norden der Stadt errichtet und wird begrenzt im Süden von der Stadt, im Westen von der Hamburgerstrasse, im Norden von der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn und im Osten vom Mittelwege.

Im Westen und Süden ist der Gebäudekomplex des Schlachthauses zunächst von einer 2 ha 94 a Grundfläche haltenden Länderei, welche behufs Anlage eines Viehhofes vom Schlachthause angekauft worden ist, begrenzt. Mit der Landes-Eisenbahn ist das Schlachthaus durch Gleisanlagen verbunden, auf welchen die Ueberführung der mit der Bahn ankommenden Thiere und der für den Betrieb nothwendigen Materialien etc. stattfindet.

Vor Erbauung des am 15. Mai 1895 in Betrieb gesetzten Kühlhauses bedeckte der Gebäudekomplex einen Flächenraum von 100 m Breite und 200 m Länge. Die nach Errichtung des Kühlhauses bebaute gesammte Grundfläche beträgt etwa 2 ha 60 a.

An beiden Seiten des an der Hamburgerstrasse gelegenen Haupteinganges liegen die beiden Verwaltungsgebäude mit Dienstzimmern und Beamtenwohnungen. In der vordern Hälfte des weiten gepflasterten Hofes erhebt sich die Grossviehslachthalle, vor welcher ein verdecktes Bassin die Stelle bezeichnet, von der aus die Abwässer durch eine Rohrleitung in den Kanal der Hamburgerstrasse und von dort dem Okerflusse zugeführt werden.

Die 45 m lange und 29 m breite Halle ist hoch und luftig und mit Oberlicht versehen; der Fussboden ist, wie in den übrigen Schlachträumen und Stallungen mit Sinziger Platten in Würfelform belegt.

Die Halle zerfällt in zwei Theile, von dem der eine, grössere, zum Schlachten des Grossviehes, der andere, kleinere, zum Schlachten der Kälber und Schafe bestimmt ist. Zu beiden Seiten der Halle liegen die Stallungen für das Gross- und Kleinvieh.

Ein zweites Hauptgebäude, 46 m lang und 33 m breit, enthält den Raum für die Schweineschlachtereie; die eine Hälfte desselben dient zum Tödten, Brühen und Enthaaen der Schweine, die andere zum Zerlegen derselben, sowie zur Reinigung der Eingeweide. Im Westen dieser Halle befindet sich ein Vorbau, der einen 9 m langen und 6 m breiten Saal für die Trichinenschau, einen ebenso grossen Restaurationsraum, ein Dienstzimmer für die Thierärzte und im Obergeschoss eine Wohnung für den Maschinenmeister enthält.

Vollständig getrennt von den beiden eben beschriebenen Schlachthallen liegt links die Pferdeschlachtereie, und neben dieser ein Raum, welcher ursprünglich zum Schlachten kranken Viehes bestimmt gewesen ist, zur Zeit aber zum vorläufigen Ablagern beanstandeter Thiere benutzt wird.

An den in der Mitte der Nordfront belegenen Wasserthurm stösst die Talgsmelze und die Kaldaunenwäsche mit Düngergrube.

Die Stallungen der Schweine befinden sich nur durch einen breiten Fahrweg getrennt zu beiden Seiten der Schweineschlachthalle.

Am 15. Juli 1899, nachdem mit Inbetriebsetzung der Kühlhalle bereits ein grosser Fleischsterilisationsapparat in einem Raume des Kesselhauses Aufstellung gefunden hatte, wurde die Freibank errichtet, so dass damit das Schlachthaus mit allen zur Zeit vorhandenen modernen Einrichtungen versehen ist.

Die innere Einrichtung der Hallen, insbesondere die Schlachteinrichtung und die Fleischtransportbahn ist ebenfalls der Neuzeit entsprechend hergerichtet.

In dem mit der Kühlhalle gleichzeitig erbauten neuen Kesselhause haben drei Dampfkessel mit je 72 qm Heizfläche Aufstellung gefunden, welche nicht nur die Dampfmaschinen, sondern auch die sonstigen Einrichtungen mit Dampf versehen. In einem besonderen Raume des Kesselhauses befinden sich zwei Pumpen mit

den von der Firma G. H. L. Dehne in Halle a. S. gelieferten Wasserreinigungsapparaten, welche den Zweck haben, das Speisewasser vor Eintritt in die Dampfkessel vom Kesselstein zu befreien.

In dem ebenfalls mit dem Kühlhause neu erbauten Maschinenhause sind zwei Dampfmaschinen nebst Kompressoren und sonstigen zur Kälteerzeugung dienenden Apparaten aufgestellt. Die grössere der beiden Maschinen hält 72, die kleinere 52 indizierte Pferdekkräfte. Ausserdem befindet sich eine von der Firma Schuckert & Comp., Nürnberg, gelieferte Dynamomaschine in demselben Raume, welche das Schlachthaus mit Ausnahme der Stallungen und der beiden Verwaltungsgebäude mit elektrischem Licht versieht.

Die Kühlhalle selbst ist zweigeschossig und befindet sich an der Südseite des Schlachthauses. Jedes Geschoss hält 95 Kühlzellen von sehr verschiedener Grösse.

Die Maschinen sowohl als die übrigen Kühlapparate sind von der Firma L. A. Riedinger in Augsburg geliefert. Das zur Anwendung gekommene System ist das »Kohlensäure-Kühlsystem Windhausen«.

Jedes Geschoss der Kühlhalle hält 750 qm Grundfläche. Bevor man in die eigentliche Kühlhalle kommt, durchschreitet man eine 400 qm Grundfläche haltende Vorkühlhalle, in welcher das Fleisch, bevor es in die Kühlhalle übergeführt wird, so lange zu verweilen hat, bis es die Blutwärme verloren hat.

Zur ausgiebigeren Ausnutzung der ganzen Anlage ist zugleich eine Eisfabrikation eingerichtet, welche täglich etwa 140 Centner Eis liefert.

Wie alle Neuerungen in den öffentlichen Schlachthäusern bei den Schlachtern zunächst eine sehr getheilte Aufnahme finden, so begegnete die schon seit vielen Jahren projektierte Kühlanlage besonders an dem hiesigen Schlachthause vielen Einreden. Ueber den heftigsten Gegnern dieser so überaus segensreichen Anlage befanden sich merkwürdiger Weise Inhaber der grössten heimischen Wurstfabriken. Ihre Gegnerschaft verlor sich jedoch in verhältnissmässig sehr kurzer Zeit nach Inbetriebsetzung der Kühlhalle, indem sie einen sehr ausgiebigen Gebrauch von der Benutzung dieser neuen Einrichtung machten.

In der südwestlichen Ecke des Schlachthauses wird zur Zeit ein separates Gebäude für die Freibank errichtet, welches allen Anforderungen der Neuzeit entsprechen wird. Die Fleischbeschau wird zur Zeit ausgeübt von zwei Thierärzten, welchen sich zum 1. April 1902 voraussichtlich ein dritter hinzugesellen wird. Während die Trichinenschau in den ersten Jahren der Inbetriebsetzung des Schlachthauses von zehn Personen ausgeübt wurde, betheiligten sich zur Zeit an derselben fünfundvierzig Personen, welche sich aus verschiedenen Ständen zusammensetzen.

An der Steigerung der Stückzahl der geschlachteten Thiere nehmen die Schweineschlachtungen eine ganz hervorragende Stelle ein, und innerhalb dieser Schlachtungen wiederum die Schweine-exportschlachtereien; ein beredtes Zeugniß von dem guten Ruf der Braunschweiger Wurst- und Fleischwaarenindustrie.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig ist von der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg um Prüfung ersucht worden, ob der nachfolgende, von der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg für die Personenzüge der Neubaustrecke Schandelah-Oebisfelde aufgestellte Fahrplan-Entwurf den diesseitigen Verkehrsbedürfnissen entspreche, oder ob und welche Aenderungen erwünscht seien:

734	124	515	918	ab	Braunschweig H.	an	725	1030	525	812
747	138	529	932	»	Weddel	»	710	1017	512	757
754	145	536	939	»	Schandelah.	»	702	1010	505	749
807	158	549	952	»	Rotenkamp	»	648	956	452	732
818	208	600	1003	»	Neindorf	»	636	944	441	723
833	223	615	1018	»	Twülpstedt.	»	620	928	426	707
841	230	623	1026	»	Velpke	»	611	919	418	658
850	288	632	1035	an	Oebisfelde	ab	600	908	408	647

Die Handelskammer hat der Eisenbahndirektion, nachdem sie sich dieserhalb mit den beteiligten Gemeinden und Interessenten in Verbindung gesetzt hat, darauf folgendes erwidert:

Für die umliegenden Ortschaften, deren Interesse bei dem Charakter der Bahn als Nebenbahn in erster Linie ausschlaggebend sein dürfte, würden nach den eingezogenen Erkundigungen folgende Aenderungen des Fahrplans erwünscht sein:

1. den Morgenzug an Braunschweig 725 eine halbe Stunde früher zu legen, um den die hiesigen Schulen besuchenden Kindern der Umgegend (bis herauf nach Oebisfelde) den rechtzeitigen Besuch des um 7 $\frac{1}{4}$ Uhr beginnenden Unterrichts zu ermöglichen;
2. den Abendzug ab Braunschweig 918 um 1 $\frac{1}{2}$ —2 Stunden später zu legen, um den benachbarten Ortschaften Gelegenheit zum Besuche der hiesigen Theater und sonstigen abendlichen Veranstaltungen zu geben.

Von Seiten der Interessenten der Stadt Braunschweig wird in Anregung gebracht, die Züge ab Oebisfelde 908 bzw. 408 dergestalt umzuändern, dass entweder ersterer Zug ca. 2 $\frac{1}{2}$ Stunden später oder letzterer 2 Stunden früher gelegt wird.

Hierdurch würde erreicht, dass ein halbtägiger Besuch der industriell bedeutenderen Orte Twülpstedt und Velpke (Zuckerfabrik und Steinbrüche) von Braunschweig aus sich unschwer bewerkstelligen liesse, während nach dem Entwurfe der Aufenthalt in den genannten Orten entweder nur eine halbe Stunde (841—919) oder über 8 Stunden (841—418) beträgt.

Gleichzeitig liesse sich durch die eine wie die andere Aenderung für Braunschweig eine vortheilhafte neue Verbindung mit Berlin schaffen, nämlich:

entweder durch Späterlegung des Zuges 908 ab Oebisfelde um 2 $\frac{1}{2}$ Stunden bis etwa 1138 (D-Zug Berlin-Hannover ab Berlin 855, an Oebisfelde, wo ein kurzer Aufenthalt eingerichtet werden müsste, ca. 1128, Personenzug ab Oebisfelde ca. 1138, an Braunschweig ca. 1255, Fahrtdauer Berlin-Braunschweig 4 Stunden,) oder durch Früherlegung des Zuges 408 ab Oebisfelde um 2 Stunden auf etwa 226 (D-Zug Berlin-Hannover ab Berlin 1140, an Oebisfelde, wo ein kurzer Aufenthalt eingerichtet werden müsste, ca. 218, Personenzug ab Oebisfelde ca. 226, an Braunschweig ca. 340. Fahrtdauer Berlin-Braunschweig 4 Stunden.)

Im Uebrigen ist die Handelskammer der Meinung, dass der Fahrplan-Entwurf den Verkehrsbedürfnissen entspricht.

Harzburger Stadtanleihe.

Die Handelskammer hat den vereidigten Wechselsensal angewiesen, die Notirung der 3 $\frac{1}{2}$ prozentigen Anleihe der Stadt Bad Harzburg in dem amtlichen Kursberichte zu bewirken.

Stiftung für die schulentlassene Jugend.

Herr Kommerzienrath Jüdel hat der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig soeben wiederum eine namhafte Stiftung von 20 000 Mk. überwiesen. Die Zinsen dieses Kapitals sollen zusammen mit den Zinsen des vor zwei Jahren gestifteten Betrages der Fürsorge für die schulentlassene Jugend dienen, doch soll die Handelskammer in ihrer Verfügung nicht an diesen Wunsch des Stifters gebunden sein, wenn sie einer anderen Verwendung den Vorzug giebt. Das Kapital selbst soll von der Handelskammer bei etwaiger Erwerbung eines eigenen Hauses als Hypothek an letzter Stelle verwandt werden können.

Kaufmännische Fortbildungsschule zu Schöppenstedt.

Am Sonntag, den 15. Juni, unternahm die kaufmännische Fortbildungsschule zu Schöppenstedt, geführt von den Lehrern, einen eintägigen Ausflug nach dem Harze. Die Direktion der Mathildenhütte hatte bereitwilligst den Besuch ihres Werkes gestattet. Unter sachkundiger Führung wurden die Hochöfen, die Cowperapparate, das Kesselhaus und die Schlackensteinfabrik besichtigt. Einer der Herren Ingenieure des Werkes erklärte die Einrichtung und den Zweck der einzelnen Anlagen. Darauf wurde die Stadt Harzburg besichtigt und dann der Marsch über die Kästeklippe nach dem Okerthale unternommen. Von Oker aus wurde die Rückreise angetreten. Erfreulich war es, dass alle Zöglinge an dieser so ungemein anregenden Reise theilnehmen konnten, da die Prinzipale in aner kennenswerther Weise allen Lehrlingen die Erlaubniss dazu gegeben hatten.

Fernsprechverkehr.

Der Sprechverkehr zwischen Braunschweig einerseits und Rathenow, Warbsen, Lütgenade, Schlarpe und Calbecht anderseits ist eröffnet. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt: nach Rathenow 1 Mk., nach Warbsen, Lütgenade und Schlarpe 50 Pfg. und Calbecht 25 Pfg. (Br. Anz.)

Vermischtes.

Münznachbildungen auf Blechdosen etc.

In neuerer Zeit sind im Handel mit einzelnen Waarengattungen vielfach Münznachbildungen auf Blechdosen, Stanniolpapierumhüllungen und anderen Verpackungen aufgetaucht. Die Königlich Sächsische Regierung, welche die mehrfach bei ihr eingegangenen

Gesuche um Ertheilung der ausdrücklichen Erlaubniss zur Anbringung solcher Münznachbildungen bisher abschlägig beschieden hat, ist an die Reichsverwaltung mit der Anregung herangetreten, die Zulässigkeit derartiger Nachbildungen von Reichsmünzen zu prüfen und auf eine einheitliche Praxis im gesammten Reichsgebiete hinzuwirken. Bei den daraufhin eingeleiteten Verhandlungen ist das Bedürfniss, solchen Münznachbildungen entgegenzutreten, allseitig anerkannt und hinsichtlich der in dieser Beziehung vorhandenen strafgesetzlichen Unterlagen Folgendes festgestellt worden:

1. In Fällen, in denen der Missbrauch zu Münzverfälschungen führen kann, werden die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs eine genügende Handhabe zum Einschreiten bieten. Schon auf Grund der Vorschriften unter Ziffer 4 und 5 des § 360 wird es nicht selten möglich sein, diejenigen, welche Stempel etc. zu geldähnlichen Münznachbildungen anfertigen oder benutzen, zur Bestrafung zu ziehen. Die Voraussetzung, dass die Stempel etc. zur Anfertigung von Metallgeld dienlich sind, wird durch geringfügige Abweichungen im Gepräge nicht ausgeschlossen. Insbesondere ist der strafgesetzliche Thatbestand auch dann erfüllt, wenn die Münznachbildungen nur auf der einen Seite das Gepräge einer echten Geldmünze tragen, da der zur Prägung dieser Seite verwendete Stempel sich insoweit als eine zur Anfertigung von Metallgeld dienliche Form im Sinne des § 360 No. 4 und 5 darstellt.

Daneben kommen die Vorschriften über Münzverbrechen und Münzvergehen (§§ 146 ff.) in Betracht, insbesondere der § 152, nach welchem auf die Einziehung des nachgemachten Geldes sowie der zur Anfertigung von Metallgeld dienlichen Formen auch dann zu erkennen ist, wenn die Verfolgung oder die Verurtheilung einer bestimmten Person nicht stattfindet. Nach der Auslegung des Reichsgerichts ist der Begriff des nachgemachten Geldes schon gegeben, wenn die münzähnlichen Fabrikate nach dem Muster bestimmter, unter öffentlicher Autorität in Geltung gesetzter Geldstücke angefertigt und dem echten Gelde soweit ähnlich sind, dass ihre Beschaffenheit den Arglosen im gewöhnlichen Verkehre zu täuschen geeignet ist (Entscheidungen des Reichsgerichts Bd. 6, S. 142 ff.). Auch wird die Vorschrift des § 152 dahin aufgefasst, dass nicht nur die zur Anfertigung von Metallgeld dienlichen Formen (die »im § 151 bezeichneten Gegenstände«) sondern auch das gesammte nachgemachte oder verfälschte Geld einzuziehen ist, ohne Unterschied, ob der objektive Thatbestand einer der in den §§ 146 ff. vorgesehenen Reate vorliegt oder nicht (Entscheidungen des Reichsgerichts Bd. 14, S. 162).

2. Insoweit dagegen die Münznachbildungen einen geldgleichen oder geldähnlichen Charakter nicht haben und daher die Gefahr einer Münzverfälschung nicht vorliegt, bietet die Bestimmung des § 360, No. 7 des Strafgesetzbuches, welche den unbefugten Ge-

brauch der Abbildung des Kaiserlichen Wappens unter Strafe stellt, die Möglichkeit, gegen die Verwendung der Prägeformen des Reichs auf Waarenverpackungen einzuschreiten. Das Kaiserliche Wappen besteht nach dem Allerhöchsten Erlasse vom 3. August 1871 (Reichsgesetzblatt S. 318) aus dem Adler und der Krone. Nun ist zwar den deutschen Fabrikanten die Verwendung des Kaiserlichen Adlers zur Bezeichnung von Waaren oder Etiketten unter Ausschluss der Form des Wappenschildes gestattet (Allerhöchster Erlass vom 16. März 1872, Reichsgesetzblatt S. 90; Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 11. April 1872, Reichsgesetzblatt S. 93). Diese Erlaubniss bezieht sich aber nicht auf die Krone. Wer also den Reichsadler in der auf den Reichsmünzen üblichen Form des Wappens, d. h. in Verbindung mit der Krone nachbildet, macht sich wegen unbefugter Abbildung des Kaiserlichen Wappens nach § 360, No. 7 strafbar.

Nach der vorstehend entwickelten Rechtsauffassung werden Gesuche um Ertheilung der Erlaubniss zur Anbringung von Münznachbildungen auf Waarenverpackungen abschlägig zu bescheiden sein, wie das bisher schon seitens der Königlich Sächsischen Regierung geschehen ist. Darüber hinaus aber wird gegen solche Nachbildungen auf Grund der angeführten Strafbestimmungen eingeschritten werden können.

Was die Kopfseite (Avers) der Münzen anlangt, welche das Bildniss des Landesherrn oder das Hoheitszeichen der freien Städte trägt, so fehlt es, soweit nicht die Vorschriften des Strafgesetzbuches zur Verhütung von Münzverfälschungen in Betracht kommen, und abgesehen von den Landeswappen der freien Städte, dessen unbefugter Gebrauch nach § 360, No. 7 strafbar ist, zur Zeit an einer reichsgesetzlichen Handhabe zur Verhinderung der Nachbildung. Zu einer Ergänzung der Reichsgesetze scheint jedoch vorläufig kein Bedürfniss vorzuliegen. Es wird voraussichtlich genügen, wenn neben einer nachdrücklichen Handhabung der erwähnten Vorschriften des Strafgesetzbuches die Fabrikanten darauf hingewiesen werden, dass die Nachbildung auch des landesherrlichen Bildnisses auf der Aversseite mit der öffentlichen Ordnung nicht verträglich ist.

Handelsvertrag mit Guatemala.

Die Regierung des Freistaates Guatemala hat die früher ausgesprochene Kündigung des Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrages vom 20. September 1887 (Reichsgesetzblatt 1888, Seite 238 ff.) in amtlicher Form zurückgenommen und den Vertrag von Neuem zum 22. Juni 1904 gekündigt. In Folge dieser Erklärung werden die Bestimmungen des Vertrages am 22. Juni 1904 ausser Kraft treten.

Handelshochschule Leipzig.

Die Zahl der Studirenden stellte sich im Jahre 1901/1902 wie folgt:

Vorbildung der Studirenden	Gesamtzahl der Studirenden im Winter-Semester 1900/1901			Von diesen wurden exmatrikuliert			Somit blieben am Anfang des Sommer-Semesters 1901			Dazu wurden immatrikuliert im Sommer-Semester 1901			Exmatrikuliert im Sommer-Semester 1901			Somit blieben am Anfang des Winter-Semesters 1901/1902			Dazu wurden immatrikuliert im Winter-Semester 1901/1902			Gesamtzahl der Studirenden im Winter-Semester 1901/1902		
	Inländer	Ausländer	überhaupt	Inländer	Ausländer	überhaupt	Inländer	Ausländer	überhaupt	Inländer	Ausländer	überhaupt	Inländer	Ausländer	überhaupt	Inländer	Ausländer	überhaupt	Inländer	Ausländer	überhaupt	Inländer	Ausländer	überhaupt
1. Abiturienten von Gymnasien . . .	23	32	55	8	7	15	15	25	40	15	9	24	11	14	25	19	20	39	7	22	29	26	42	68
2. » » Realgymnasien . .	8	—	8	2	—	2	6	—	6	10	1	11	3	—	3	13	1	14	10	1	11	23	2	25
3. » » Oberrealschulen .	2	14	16	1	8	9	1	6	7	2	—	2	2	5	7	1	1	2	1	3	4	2	4	6
4. » von höheren Handelsschulen und dergl.	4	32	36	—	4	4	4	28	32	—	9	9	1	12	13	3	25	28	—	17	17	3	42	45
5. Seminaristisch gebildete Lehrer . .	30	2	32	10	1	11	20	1	21	6	—	6	6	—	6	20	1	21	9	—	9	29	1	30
6. Kaufleute mit Einjährig-Freiwilligem Zeugniß	129	28	157	42	6	48	87	22	109	56	12	68	51	11	62	92	23	115	47	11	58	139	34	173
7. Aus anderen Berufsarten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	6	6	—	6
Zusammen:	196	108	304	63	26	89	133	82	215	89	31	120	74	42	116	148	71	219	80	54	134	228	125	353

Deutscher Bankiertag in Frankfurt a. M.

Der Vorstand und Ausschuss des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes haben in kürzlich abgehaltenen Sitzungen beschlossen, im Herbst dieses Jahres einen »Allgemeinen Deutschen Bankiertag« zur Erörterung der schwebenden Fragen des Bank- und Börsenwesens, insbesondere der Frage der Revision des Börsengesetzes einzuberufen. Die Bankiertage sind als periodisch — thunlichst alle zwei Jahre — zu berufende Versammlungen gedacht, an welchen alle deutschen Banken und Bankiers, daneben auch — ohne Stimmrecht — Personen, welche sich für Fragen des Bank- und Börsenwesens interessieren, wie Volkswirthe, Juristen u. s. w. theilzunehmen berechtigt sind. Der erste Bankiertag soll Ende September dieses Jahres in Frankfurt a. M. stattfinden.

Die Einladungen zur Theilnahme an den Bankiertag werden demnächst ergehen, und werden mit denselben auch nähere Mittheilungen über das Programm des Bankiertages verbunden sein.

Reichsbanknebenstelle.

In Sangerhausen ist am 2. Juli d. J. eine von der Reichsbankstelle in Nordhausen abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1901.

I. Theil: Industrie.

VI. Fette, Oele und Firnisse.

1. Lack- und Firnissfabrik H. Müller sen.

Der Umsatz in Firnissen, Lacken und Farben während des Jahres 1901 war befriedigend, obwohl grosse Preisschwankungen hemmend auf den Absatz einwirkten.

2. Maschinenöl- und Fett-Fabrik J. N. Apel.

Das Jahr 1901 hatte einen bedeutenden Niedergang der gesammten Industrie zu verzeichnen, dem zu Folge auch der Absatz in Mineralschmierölen gegen das Vorjahr zurückblieb. Zum Beispiel wurden über Hamburg eingeführt:

	von Russland	von Amerika	Diverse	Total Barrels
1901:	266229	166453	20954	453636
1900:	259932	173955	24388	458275

also eine Differenz von 4659 Barrels.

Das in Russland gewonnene Rohöl (Masut genannt) wird bekanntlich in grossen Mengen zu Heizzwecken verwandt, der Absatz hierin wurde aber durch den schlechten Industriegang erheblich verringert. Eine natürliche Folge davon war wiederum der stete Rückgang der Preise für raffinierte Oele. In kurzen Zwischenräumen trat für helle Oele eine Ermässigung von zusammen 3 Mk. per 100 kg ein. Der heutige Stand der Preise ist ein so niedriger, dass ein weiterer Rückgang nicht anzunehmen ist.

Wie im vorigen Jahr erwähnt, wurden von Galizien aus in Deutschland Spindelöle eingeführt; die Erfolge damit scheinen nicht besonders gewesen zu sein, denn von neuen grösseren Abladungen ist nichts bekannt geworden.

Amerika zeigte im Rohölmarkt keinen erheblichen Rückgang. Trotzdem wurden die Preise für raffinierte Oele mehrfach ermässigt, um Russland gegenüber den Absatz behaupten zu können. Sehr billige Ozeanfrachten und die ganz bedeutenden Oellager in Texas mögen vielleicht auch mitgesprochen haben.

Die Preise für consistente Maschinenfette, Lederfette etc. schlossen sich den billigen Notirungen für die dazu verwendeten Oele an. Die Wagenfettfabrikation hat wesentliche Aenderungen nicht zu verzeichnen.

Ueber die Aussichten für 1902 lässt sich wenig sagen. Werden die Industrie-Verhältnisse, von denen unsere Branche abhängig ist, bessere, so wird auch der Absatz wieder zunehmen. Immerhin wird von verschiedenen Seiten für Eisen schon eine kleine Besserung gemeldet. Hoffentlich hält die Aufbesserung an und theilt sich weiteren Industrien mit.

3. Seifenfabrikation.

Das verflossene Jahr 1901 hat die Hoffnungen, die im Anfang auf eine gute Entwicklung der Seifenindustrie gesetzt worden waren, nicht erfüllt. Die Preise der Fabrikate befanden sich von Mitte des Jahres ab unter den durch die Preise der Rohmaterialien bedingten Grenzen und hat sich das Missverhältniss mit dem Schluss des Jahres noch verschärft, da die Preise der Rohmaterialien eine ganz ungewöhnliche Aufwärtsbewegung verfolgten und das Jahr 1901 ausserordentlich fest schloss.

Joh. Fr. Weber.

VII. Papier-Industrie.

1. Im Allgemeinen.

Die am Ende des vorjährigen Berichtes ausgesprochene Befürchtung, dass die Nachfrage nicht lange genug vorhalten würde, und dass in dem Falle ein starker Rückschlag eintreten müsste, hat sich nur gar zu schnell verwirklicht.

Der grosse Aufschlag war hervorgerufen durch einen aussergewöhnlichen Bedarf, namentlich im Jahre 1900; es machte sich schon im Frühjahr bemerkbar, dass der Höhepunkt längst überschritten war, da Aufträge nicht mehr zahlreich genug einliefen, um die vorgesehene Höhe der Produktion auszufüllen.

Die scheinbar längere Zeit anhaltende Nachfrage hatte alle Käufer veranlasst, weit über ihre gewohnten Grenzen zu kaufen, abzuschliessen und zu lagern.

Die Fabriken bemühten sich, Aufträge zu erlangen und der Preisrückgang ging damit Hand in Hand.

Die Vereinigungen der Fabriken konnten die festgelegte Preislage nicht mehr halten, und waren gezwungen, zurückzugehen.

Die Fabriken ausserhalb der Vereinigungen waren im Vortheile mit ihrer freieren Bewegung.

Alle Käufer hatten grosse Schwierigkeiten, ihre Abschlüsse zu erfüllen, und wo nicht das Entgegenkommen der Verkäufer eintrat, kam es zu grossen Härten und zu einer Menge von Prozessen, die Rückfluth machte sich so stark geltend, dass am Ende des Jahres der gleiche Stand in den Preisen wieder erreicht wurde, wie er vor der Erhöhung gewesen war.

Die Fabriken für Zeitungsdruck hatten den grössten Theil des Ausfuhrgeschäftes verloren, der in die Hände ausländischer Fabriken gefallen ist.

Sowohl Fabrikanten als Händler haben durch diesen Rückgang grossen Schaden erlitten.

Die Feinpapiere wurden durch den Preisrückgang wenig berührt, nur die niedrigen Stoffe, die vordem im Preise erhöht waren, mussten wieder zurückgesetzt werden.

Der Bedarf anderer Industrien ist selbstverständlich bestimmend für das Papierfach, namentlich für Packpapiere und Verpackungstoffe, auch für die mit der Herstellung von Verpackungen verbundenen Hilfsfächer.

Der Grosshandel ist selbstverständlich im gleichen Maasse an diesen Schwankungen betheiligt und hat stellenweise viel Verluste aufzuweisen.

Der Rückgang des Geschäftes bringt auch eine Menge Zahlungsschwierigkeiten mit sich, so dass im Geschäftsjahre 1901 viel verloren gegangen ist.

Die Aussichten für 1902 sind noch fraglich, es hat den Anschein, als ob allmählich etwas Ruhe eintreten würde, aber die Gesundung des Geschäftes wird erst langsam zu merken sein, vielleicht erst in mehreren Jahren.

Der Kleinhändler hat wohl kaum unter den Preis-schwankungen zu leiden, da der Verkäufer es den Verbrauchern gegenüber mehr in der Hand hat, seine Verkaufspreise zu stellen.

2. Papierfabrik Gebr. Hahn Nachf., Königsutter.

Das Geschäft liess im Berichtsjahre zu wünschen übrig. Da die Fabrik speciell nur für Zuckerraffinerien arbeitet, so führte dieselbe den nicht erfreulichen Geschäftsgang auf die ungünstige Lage des Zuckergeschäfts mit zurück.

3. Lederpappen-Fabriken A. Pott, Braunschweig.

Während bis zum Herbst des Jahres 1901 eine so überaus starke Nachfrage nach Lederpappen herrschte, dass dieselbe nicht befriedigt werden konnte, änderte sich das Bild, sobald an Stelle des bis dahin fast ununterbrochen herrschenden Wassermangels zu Beginn des Herbstes ein Wasserüberfluss trat. In Folge davon liessen sich die gegen das Vorjahr hohen Preise, die freilich den Ausfall in Folge der wegen des Wassermangels unfreiwillig bedeutend eingeschränkten Produktion durchaus nicht deckten, nicht halten; doch sorgten bisher die verschiedenen Preisvereinigungen dafür, dass die Preise nicht gar zu sehr gedrückt wurden und sich bislang auf einer wohl als angemessen zu bezeichnenden Höhe hielten. Ob das auch für das laufende Jahr gelingen wird, steht freilich dahin. — Im Allgemeinen kann man das abgelaufene Jahr trotz des grossen Produktions-Ausfalles jedoch als ein befriedigendes bezeichnen.

4. Tapeten-Fabrik Wilhelm Boller.

Das verflossene Geschäftsjahr kann für den Artikel Tapeten nur als ein höchst ungünstiges bezeichnet werden.

Das Baugeschäft wurde durch die Verhältnisse auf dem Hypothekenmarkte empfindlich gestört, was auf den durch die allgemeine wirthschaftliche Lage schwächeren Konsum noch wesentlich einwirkte, so dass der Bedarf an Tapeten erheblich geringer war.

Hierzu kam im Frühjahr eine gänzlich unerwartete Preissteigerung von Papier, welche auf die Konsumenten nicht abzuwälzen war, sodass der Gewinn bedeutend geschmälert wurde.

Obschon die Papierpreise wieder zurückgegangen sind, erscheint es noch fraglich, ob sich die Verhältnisse im kommenden Jahre bessern, da dieses von der allgemeinen Geschäftslage abhängen wird.

VIII. Leder, Gummi und Guttapercha.

1. Leder- und Galanteriewaaren.

Der Geschäftsgang in der Lederwaaren-, Galanterie- und Bronzewaarenbranche im Jahre 1901 ist ziemlich derselbe ge-

blieben wie in dem vorhergehenden Jahre. Das Weihnachtsgeschäft gestaltete sich jedoch besser, als vorher anzunehmen war.

2. v. Dolffs & Helle.

Gummi und Guttapercha. Die in dem vorjährigen Bericht ausgesprochene Ansicht, dass ein Preisrückgang für Kautschukfabrikate während der Geschäftsperiode des verflossenen Jahres nicht eintreten würde, hat sich bestätigt. Die Gründe dafür sind in erster Linie in der ausgedehnten Verwendung zu suchen, welche diese Artikel in der Elektrotechnik und den dieser nahestehenden Industriezweigen, Kabelwerken, Fabriken für Isolationsmaterial etc. gefunden haben, trotzdem bei den regelmässigen Konsumenten der Bedarf in Folge des allgemeinen Geschäftsrückganges beschränkt war. Es ist anzunehmen, dass bei normaler Ernte in Rohstoffen das allgemeine Preisniveau für die Kautschukfabrikate einen Rückgang nicht erfahren wird.

IX. Holz- und Schnittstoffe.

1. Baugewerbe.

Das Baugeschäft lag, veranlasst durch die starke Kälte, welche mit Ende 1900 begann, bis Anfang März gänzlich darnieder, obgleich für die Maurer viel Arbeit vorlag. Wasserthurm, Kreditanstalt, Waarenhaus Katz & Co., Zucker-Raffinerie etc. etc., alles Bauten von Eisen und Stein und wozu der Zimmermann und Holzmaterial nur im beschränkten Maasse gebraucht wurde.

Die Privatbauthätigkeit am Platze wurde durch die Ungunst der Geldverhältnisse im Hypothekenmarkt arg beeinträchtigt, was für die bis dahin eigentlich übermässige Bauspekulation als ein Segen bezeichnet werden kann. — Denn Alles, was nicht auf ganz festen Füßen stand, ist ausgeschieden, so dass die augenblicklich stattfindende Bauthätigkeit im Grossen und Ganzen einer gesunden Basis nicht entbehrt.

Neue industrielle Bauten kamen im Stadtbezirk nur vereinzelt vor, denn die meisten unserer Fabriken haben ebenfalls durch die Ungunst der Zeitverhältnisse stark zu leiden.

Die Stadtbehörde entwickelte eine etwas grössere Bauthätigkeit als sonst dadurch, dass ausser den üblichen Schul- und Kanalbauten und Förderung des im Vorjahre begonnenen Wasserwerks am Dowesee, die Kirche und die Pfarrhäuser der St. Johannis-Gemeinde in Angriff genommen und gut gefördert wurden. Zur Erbauung der St. Pauli-Kirche ist der Anfang gemacht. Ebenfalls für Rechnung der Stadt ist das im Vorjahre erworbene Demmer'sche resp. Hunebostel'sche Haus wieder aufgebaut. Dasselbe hat eine schöne Stelle am Burgplatz gefunden und wird nach gänzlicher

Fertigstellung ein Heim der Handwerkskammer und zugleich eine weitere Sehenswürdigkeit unserer alten Stadt bilden resp. bleiben.

An Staatsbauten wurden die Neu- und Umbauten für die Amtsgerichte Braunschweig und Riddagshausen gut gefördert, so dass deren Fertigstellung für Ende 1902 bestimmt zu erwarten ist.

Der Umbau des Herzoglichen Hoftheaters wurde aus verschiedenen Gründen verschoben.

Des Ferneren wurde vom Vorstande des Marienstiftes auf dem nachbarlich angrenzenden früheren Eisenbahngelände das imposante Siechenhaus in Angriff genommen und im Rohbau vollendet.

Im Allgemeinen war die Bauthätigkeit bei sehr gedrückten Preisen eine geringere als im Vorjahre.

Ebenso mässig an Arbeitsgelegenheit war auch die Bautischlerei und Stabfussbodenfabrikation bedacht. Grössere Aufträge gab es fast gar nicht und die sonst vorhandenen Arbeiten wurden zu sehr gedrückten Preisen ausgeführt.

Der Holzhandel. Die Rundholzpreise waren bis Anfang Sommer immer noch sehr fest und wurden auf den Frühjahrsverkäufen im Harz immer noch die Taxen stark überboten. Trotz aller Ungunst der Verhältnisse hatten unsere Forstverwaltungen bei den Sommer- und Herbstauktionen für gutes Material immer noch Aufgebote über die Taxe zu verzeichnen. Der Bezug von Tannen- und Fichten-Rundhölzern aus Böhmen, Ungarn und Galizien war auch im verflossenen Jahre bedeutend zu sehr wenig nachgebenden Preisen, wohingegen der Verkauf von Kiefern und Rothtannen-Rundhölzern aus Polen und Russland sich im Gebiete der Weichsel und Oder sehr schwierig gestaltete, weil die Mühlen und Handelslager von Thorn bis Berlin und noch weiter nach Westen, auch im Elbegebiete, stark überfüllt waren mit reifen Schnittwaaren, welche aus sehr theuer eingekauftem Rohmaterial erzeugt wurden. Monate lang standen sich Käufer und Verkäufer fast unthätig gegenüber. Erst Mitte des Jahres bröckelten die Preise für Kiefern, Mittel- und Zopfwaare ab, während gute Stammwaare im Preise bis heute fast nichts nachgab.

Der Brettimport aus Böhmen, Oesterreich-Ungarn und den Kronländern ist auf der Höhe des Vorjahres geblieben zu sehr wenig nachgebenden Preisen. Die dortigen Holzproduzenten haben im letzten Jahre sehr günstige und bedeutende Absatzverhältnisse ihrer erzeugten Schnittwaaren nach Egypten und Kleinasien gefunden und waren zum Nachlass, im Preise für Lieferungen nach hier selten zu bewegen.

Die mit dem Frühjahr 1901 begonnene langsame Abbröckelung der Preise für schwedische Hölzer, Bretter und Bohlen ist seit Oktober wieder zum Stillstand gekommen und haben festen Preisen Platz gemacht; eine Aufwärtsbewegung derselben zum Frühjahr ist unausbleiblich.

Die Sägemühlen-Industrie war bis zum Herbst bei weichenden Preisen immerhin noch gut beschäftigt. Jedoch dann machte sich eine Knappheit der Aufträge durch Preisschleuderei recht bemerkbar.

C. Gerecke.

2. Deutsche Fassfabrik Gittelde.

Im Gegensatz zum Jahre 1900 war im Berichtsjahre die Nachfrage nach Margarinegebinden aus Buchenholz eine ganz ausserordentlich lebhafte. Zum Theil ist diese vermehrte Nachfrage zweifellos auf die schlechte Heuernte in 1901 und den in Folge der theueren Butterpreise vermehrten Verbrauch von Kunstbutter zurückzuführen. Die Erzeugung von Margarinegebinden ist aber eine so beträchtliche, dass trotz der geschilderten Verhältnisse höhere Preise dafür nicht zu bedingen waren. Das ist für die Fassfabriken um so bedauerlicher, als die Buchen-Rohholzpreise sich fast auf der Höhe der letzten Jahre gehalten haben, wogegen die Preise für Fichtenbauholz bekanntlich beträchtlich zurückgegangen sind.

Das Geschäft in Packfässern hat, wie vorauszusehen war, nicht wenig unter der allgemeinen Ungunst der Verhältnisse gelitten, doch war der Umsatz, wenn auch bei neigenden Preisen, noch leidlich befriedigend.

X. Nahrungs- und Genussmittel.

1. Mühlen-Industrie.

Waren schon die früheren Jahre in keiner Beziehung günstig für die Müllerei, so war es das letzte in noch viel geringerem Maasse; das Geschäft war von Anfang bis Ende des Jahres stockend und der Umsatz der früheren Jahre nicht zu erreichen. Rechnet man dazu, dass auch ein Umsatz nur durch Preiskonkessionen an die Abnehmer aufrecht zu erhalten war, so ist das Resultat des vergangenen Jahres als ein recht trauriges zu bezeichnen.

Zum nicht geringsten Theil an dem schlechten Geschäftsgange des verflossenen Jahres trägt das Erfrieren der ganzen Winterweizenaussaat und damit der fast vollständige Ausfall der diesjährigen Weizenernte in hiesiger Gegend die Schuld. Die Preise, besonders für Weizen, waren während des ganzen Jahres hier so hoch, dass es fast unmöglich war, nach auswärts Mehl zu verkaufen, und dieser Zustand hat sich während des ganzen Jahres nicht geändert, so dass man bereits jetzt in die Lage versetzt ist, Weizen aus Gegenden zu beziehen, die in früheren Jahren Getreide oder Mehl von hier aus kaufen mussten.

Dass Angesichts der vorstehend geschilderten Thatsachen von einem Verdienst im letzten Jahre keine Rede sein kann, dürfte selbst Ueingekehrten klar sein. Den besten Beweis dafür liefern

die Abschlüsse der Aktienmühlen hiesiger Gegend; wir glauben auch kaum, dass irgend eine Mühle hiesiger Gegend die Geschäftslage des vergangenen Jahres günstiger beurtheilen wird, um so mehr, wenn man noch die Unsicherheit im Geldmarkte hinzurechnet, die das Gewähren grösserer Kredite von selbst verbot und die wohl kaum einen grösseren Betrieb vor Schaden hat schützen können.

Nach unserer Ansicht kann für die hiesige Müllerei nur noch mal eine Besserung eintreten, wenn die höheren Getreidezölle eingeführt werden, die wahrscheinlich dem Wettbewerb der grossen Exportmühlen Einhalt thun und diese auf ihr eigentliches Feld, den Export, zurückweisen werden. Dann wird es der hiesigen Müllerei auch wieder mal möglich sein, zu lohnenden Preisen Mehl nach anderen Gegenden zu verkaufen.

Wenn die grossen Exportmühlen nicht mehr zu sehr in Konkurrenz im Innenlande selbst treten, wird es möglich werden, wieder günstigere Verkaufsbedingungen zu erzielen. Die Exportmühlen verkaufen auf Lieferung für das ganze Jahr, weil es ihnen möglich ist, sich mit ausländischem Getreide zu decken, den hiesigen Mühlen ist dies jedoch nicht möglich. Dieselben können nur auf ganz kurze Lieferung ein- und verkaufen, während die Kundschaft lieber für das ganze Jahr abschliessen will.

(Dampfhandelsmühle Gliesmarode.)

2. Dampfbäckerei.

Das Brotgeschäft war ein ganz befriedigendes, denn Roggenmehl war fast keinen Preisschwankungen ausgesetzt.

3. Chokoladen und Kakaofabrikation.

Die schwierige Lage dieses Industriezweiges hat sich nicht gebessert. Wenn auch die Roh-Kakaowerte im zweiten Halbjahr eine Abschwächung erfahren haben, so stehen dem gegenüber die durch das Kartell hochgehaltenen Zuckerpreise und die nach wie vor gedrückten Preise für fertige Fabrikate. Ausserdem war der Absatz im grössten Theile des Jahres schleppend und erreichte nicht die Höhe der früheren Jahre.

4. Nudeln und Maccaroni.

In der Nudeln- und Maccaroni-Fabrikation herrschte während des ganzen Jahres reges Leben. Zahlreiche und grosse Aufträge waren zu erledigen, namentlich in besseren Sorten, die erfreulicherweise immer mehr bevorzugt werden und deren Herstellung einigermassen gewinnbringend ist. Die Aussichten dieses Geschäftszweiges sind nicht ungünstig, wenn die von amerikanischer Seite versuchte Preistreiberei in Weizen nicht alle Hoffnungen vernichtet.

5. Wurst- und Fleischwaaren.

Im Jahre 1901 wurden im Städtischen Schlachthause zu Braunschweig 63881 Stück Schweine geschlachtet, also 8080 Stück mehr, wie im Vorjahre, wodurch der erfreuliche Beweis erbracht wurde, dass heute noch die Möglichkeit besteht, dass unsere Industrie weiter an Ausdehnung gewinnen wird.

Leider waren schon im Anfange des Jahres die Schweinepreise sehr hoch, und erlitten auch im Sommer, wo der Konsum ein sehr kleiner ist, keine Reduzirung, stiegen vielmehr, sobald die Schlachtungen grösser wurden, weiter und erreichten schliesslich einen Stand, der für die ganze Saison dauernd enorm hoch blieb, wurden doch 66 bis 68 Mk. pro Pfund Schlachtgewicht bezahlt. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Qualität der Schweine hinsichtlich der Reife und Mästung ganz entschieden nachgelassen hat und ein unleugbarer Mangel in schweren zur Dauerwarenfabrikation geeigneten Schweinen vorliegt.

Der Geschäftsgang war durchgehends ein reger zu nennen, doch wurde bei Beginn der neuen Saison, wo jeder Fabrikant sich sagen musste, dass bei den enorm hohen Rohproduktpreisen ein nennenswerther Verdienst ausgeschlossen sei, die Fabrikation von Dauerware sehr reduziert und sind deshalb auch in den letzten Monaten des Jahres die Schlachtungen ganz erheblich zurückgegangen.

Es besteht allgemein der Wunsch, dass die Grenzsperrn, bezüglich Einfuhr lebenden Schlachtviehs nach allen Städtischen Schlachthäusern unter strengsten Veterinärvorschriften, die irgend welche Seuchengefahr von vornherein ausschliessen, wieder aufgehoben werden. Dieses liegt nicht nur im Interesse der Industrie, sondern vorwiegend im Interesse des gesammten konsumierenden Publikums.

Eine Nichtöffnung der Grenzen würde zweifelsohne eine weitere Steigerung der Viehpreise zur Folge haben und hierdurch auch die Preise für Wurst- und Fleischwaaren abermals höher gehen, was bei der allgemein ungünstigen Geschäftslage dann einen bedeutenden Rückgang im Consum zur Folge haben würde.

C. Fr. Behrens.

6. Konserven.

Was im vorjährigen Berichte angedeutet wurde, ist leider in einer Weise eingetreten, wie es auch der ärgste Pessimist gewiss nicht geahnt hat.

Trotz aller Vorstellungen haben die Spargelproduzenten doch wieder die Preise für die Rohware erhöht, so dass schon hierdurch allein der Absatz in konservirtem Spargel zurückgehen musste. — Nun kamen zu Anfang des Jahres die finanziellen Krisen hinzu, es folgte der allgemeine Niedergang der deutschen Industrie, zwei Umstände, welche die Kaufkraft bedeutend ein-

schränkten. Ausserdem war die Spargelernte als gut zu bezeichnen. Eine Ueberproduktion war daher zu verzeichnen, wie sie die braunschweigische Konserven-Industrie seit ihrem Bestehen noch nicht erlebt hat.

Die Händler waren nicht allein sehr zurückhaltend mit ihren Einkäufen, sondern die Abschlüsse fielen auch durchgehends kleiner aus als in früheren Jahren, so dass sämtliche Konservenfabriken bei der reichlicheren Ernte mit einem grossen, unverkauften Lager zu rechnen haben werden. Um den Absatz zu heben, wurden nach und nach die Preise so geworfen, dass zuletzt Aufträge fast nur noch zu Verlust bringenden Preisen zu erhalten waren. Der gewünschte Zweck wurde aber auch dadurch nicht erreicht, denn der Absatz, besonders in den geringeren Sorten Spargel, die es aber in diesem Jahre am meisten gegeben hat, stockte fast gänzlich.

Die Notirungen für den Rohspargel waren festgesetzt für die erste Sorte auf 58 Pfg., für die zweite Sorte auf 45 Pfg. und für die dritte Sorte auf 25 Pfg. pro Pfund; doch wurde theilweise zu 3 Pfg. höheren Preisen abgeschlossen.

Da die Fabrikanten angesichts ihrer bedeutenden Lager nicht geneigt sein werden, im nächsten Jahre grosse Abschlüsse auf Rohspargel zu machen, werden die Produzenten sich auf wesentlich niedrigere Preise gefasst machen müssen.

Aber auch den Konservenfabriken stehen weitere schwere Verluste dadurch bevor, da sie bei dem sicher erheblichen Sinken der Rohspargelpreise ihr altes Lager nur weit unter Selbstkostenpreis werden räumen können. — Es ist nicht zu hoffen, einen grösseren Theil des überschüssigen Spargels im nächsten Jahre nach ausserhalb in frischem Zustande abzustossen, denn in Folge der viel zu hohen Rohpreise der letzten Jahre ist jetzt überall Spargel angelegt. Wenn derselbe auch an Qualität sich mit dem Braunschweiger Spargel und dem der angrenzenden Provinz Hannover nur selten messen kann, genügt er doch für den sofortigen lokalen Verbrauch und hat daher den einst so blühenden Rohversand von hier fast lahm gelegt.

Für gestieftete Erbsen wurde wieder der vorjährige Preis von 9 Mk. pro Centner bezahlt, und da der Ertrag hierin kaum mittelmässig war, lagen die Verhältnisse wesentlich besser. Wenn der Absatz auch in diesem Artikel nachgelassen hat, so sind die Lager darin in Folge der geringeren Ernte doch nicht so erheblich und es konnten wenigstens Preise erzielt werden, die einen kleinen Nutzen liessen.

Fast ebenso schlecht wie mit Spargel lag jedoch das Geschäft in Bohnen. Während noch einige Tage vor der Ernte die Bohnenfelder einen Stand zeigten, dass man allgemein mit einer Missernte rechnete, erholten sich die Bohnen nach ergiebigem Regen derartig, dass der Ertrag ein aussergewöhnlich grosser wurde und die Fabriken kaum im Stande waren, die Anfuhr zu bewältigen.

In Folge dessen wurden auch die Bohnenlager überfüllt und die Preise für die konservirte Waare so herabgedrückt, dass Posten davon nur noch mit Verlust zu verkaufen waren.

Die weissen Hinrichsriesenbohnen waren auch zum vorjährigen Preise von 5 Mk. pro Centner wieder abgeschlossen. Die Qualität der Bohnen liess häufig zu wünschen übrig und gab es daher oft Differenzen mit den Lieferanten.

Als schwerer Uebelstand macht es sich ferner für die Konservenbranche immer fühlbarer geltend, dass die Waarenhäuser mehr und mehr den Artikel Konserven aufnehmen und theilweise so damit schleudern, dass die vielen kleineren Händler das Interesse daran ganz verlieren.

7. Brauereien.

Das verflossene Geschäftsjahr kann im Allgemeinen wie auch im Vorjahre als ein befriedigendes bezeichnet werden, obschon verschiedene Faktoren nachtheilig auf dasselbe einwirkten. Die Rohmaterialien, Hopfen und Malz, konnten zu ungefähr denselben Preisen wie im Vorjahre eingekauft werden, ein Gleiches war hinsichtlich der Kohlen der Fall, dahingegen stellten sich die Fouragepreise diesmal beträchtlich höher.

Die überaus günstige Eisernte des Vorjahres kam den Brauereien während des warmen Sommers sehr zu Statten, dahingegen vermochte der letztere nicht den Bierumsatz zu steigern, was in der Hauptsache auf die gegenwärtige allgemeine wirthschaftliche Depression zurückzuführen ist; es sind deshalb im vorigen Geschäftsjahre auch ca. 20 000 Hektoliter Bier weniger abgesetzt worden, was den Gesamtausstoss der Brauereien des Herzogthums auf ca. 530 000 Hektoliter ermässigte.

Der Eisbedarf für das laufende Geschäftsjahr ist bislang noch nicht voll gedeckt, so dass die Brauereien noch kalten Tagen entgegensehen, um vor dem Bezuge des theuren norwegischen Blockeises verschont zu bleiben. Die Preise für Hopfen und Malz sind niedriger wie im Vorjahre, auch ist die Ausbeute des letzteren diesmal sehr gut, so dass, falls der inzwischen im Bierabsatz recht bemerklich gewordene Industrierückgang nicht zu sehr um sich greift, die Brauereien auch im Geschäftsjahr 1901/02 ein befriedigendes Resultat erwarten dürfen.

8. Spirituosen und Fruchtsäfte.

I. Spirituosen. Hatte das Geschäft hierin auch unter der ungünstigen wirthschaftlichen Lage zu leiden, so dürften die Umsätze im Allgemeinen doch befriedigen. Die bis zur Kartoffelernte hohen Spirituspreise sind in Folge der überaus grossen Produktion in den letzten Monaten des Jahres wesentlich heruntergegangen, aber in Anbetracht der grossen Bestände immer noch

um einige Mark höher geblieben, was bei freier Konkurrenz, d. h. ohne den sogenannten Spiritusring, sicher nicht der Fall wäre.

II. Fruchtsäfte. Die Ernte in Gartenhimbeeren war eine kaum nennenswerthe; dagegen sind sehr viel Waldhimbeeren in recht schöner Waare zu normalen Preisen an den Markt gekommen. Der Preis für eingekochten Saft war trotz des höheren Zuckerpreises ein sehr gedrückter, so dass bei diesem Artikel von einem entsprechenden Nutzen nicht die Rede sein kann. Die Sauerkirschenernte ist sehr reichlich ausgefallen; der Preis ist dementsprechend für Kirschsafft weiter heruntergegangen.

9. Malzfabrik von Funcke & Moll.

In der Zeit vom September 1900 bis Anfang Juni 1901 wurden, wie in den beiden vorhergehenden Jahren, rund ca. 21000 Ctr. rohe Gerste verarbeitet und daraus ca. 15 800 Ctr. fertiges Malz erzielt. Anfangs konnte man zu ganz normalen Preisen, ca. 170 Mk. per Tonne, feine Braugersten kaufen, so dass man allgemein hoffte, einem befriedigenden Jahre entgegen zu gehen. Von Januar ab machte sich dann aber eine grosse Knappheit in Braugerste bemerkbar, so dass man gezwungen war, für bessere Waare 190 Mk. per Tonne und darüber anzulegen, wodurch das Ergebniss der Kampagne ein ziemlich ungünstiges wurde. Hierzu kam noch ausserdem, dass man mit einer ca. $1\frac{1}{2}\%$ geringeren Ausbeute zu rechnen hatte. Die Produktion wurde fast ausschliesslich wieder am hiesigen Platze abgesetzt.

Die Aussichten für die gegenwärtige Kampagne scheinen sich noch ungünstiger zu gestalten, da bei Beginn derselben ganz ausserordentlich grosse Bestände an Malz vorhanden waren, was von Beginn der Kampagne an sehr drückend auf die Preise wirkte.

10. Essig-Fabrikation.

a) Essigfabrik C. Brasche & Sohn.

Der Absatz für Spiritusessig war im abgelaufenen Jahre befriedigend. Die angesammelten Vorräthe wurden im Herbste, bei dem reichlichen Ausfall der Conserven-Früchte, vollständig geräumt. — Die Preise für Rohspiritus hielten sich zwischen 45 und 48 Mk. pro 100 Liter reinen Alkohol und wichen erst gegen Ende des Jahres um 5 bis 10 Mk. — Durch die hohen Spirituspreise und die starke Konkurrenz der Essig-Essenz war das Geschäft im abgelaufenen Jahre wenig nutzbringend.

b) Essig- und Liqueurfabrik Gustav Giebel.

Das verflossene Jahr war der Essig- und Liqueur-Branche nicht besonders günstig.

Während im Frühjahr das Geschäft sich leidlich anliess, wurde durch die im Sommer auf allen Gebieten der Maschinen-

und Eisenbranchen etc. auch die Nahrungsmittelbranche davon berührt.

Das Geschäft stockte namentlich während der Herbstmonate in der Liqueurbranche.

Ebenso litt die Essigbranche unter der Unsicherheit der noch im Reichstag zum Austrag zu bringenden Branntweinsteuergesetzesvorlage.

Seit Juli ist den Essigfabrikanten die Brennsteuervergütung von 6 Mk. pro 100 Liter r. A. entzogen und bedeutet dieser Ausfall eine ganz erhebliche Schädigung dieses Gewerbes.

Eine Steigerung der Essigpreise konnte nicht eintreten, da durch die Konkurrenz der Essig-Essenz-Industrie, welche vom Staate begünstigt ist, uns hierin ein Halt geboten ist.

Wenn die Brennsteuervergütung von 6 Mk. oder ein anderer Modus zu Gunsten unseres Gewerbes nicht wieder vom Staate eintritt, so ist den Essigfabrikanten der Lebensnerv unterbunden und bleibt denselben nichts weiter übrig als ihre Fabriken zu schliessen.

11. Trinkbranntwein.

Das Geschäft hat sich fast in dem gleichen Rahmen bewegt wie im Vorjahre. Die Preise waren nach wie vor durch massenhafte Anbietungen von minderwerthigem, meist auf kaltem Wege hergestellten Branntwein gedrückt, obwohl diese Geschäfte durch die hohen Spirituspreise immerhin etwas in den Schranken gehalten wurden. Die fortwährende Beunruhigung durch neue Steuerprojekte und theilweise sehr lästige steuerpolizeiliche Vorschriften liess eine besondere Geschäftsfreudigkeit nicht aufkommen. Der Konsum hat durch die zur Zeit allgemein schlechte wirtschaftliche Lage eine natürliche Einbusse erlitten, wie sie auch wohl die meisten anderen Branchen zu verzeichnen haben. Erfreulich ist es, dass in letzter Zeit sich in besten Kreisen wieder eine Vorliebe für guten alten Kornbranntwein bemerkbar macht, während früher viel sog. Kognak und ähnliche Façon-Waare getrunken wurden. Jeder Sachverständige weiss ohne Weiteres den Werth zu unterscheiden, während das grosse Publikum sich durch die Bezeichnung »Kognak« vielfach zu seinem Schaden täuschen lässt.

12. Mostrich-Fabrikation.

Die Preise für die besseren Senfsaaten waren sehr hoch. Prima gelbe holländische Saat war gegen den Herbst kaum noch am Markte. Als Ersatz dienten italienische und armenische Senfsaat, welche einen scharfen und wohlschmeckenden Mostrich liefern. Im Allgemeinen wird auf die Qualität der gewöhnlichen Handelswaare zu wenig Gewicht gelegt. In Folge der grossen Konkurrenz sind dann die Preise so gedrückt, dass die Fabrikation geringen Nutzen lässt.

13. Molkereien.

Das verflossene Jahr 1901 hat die Hoffnungen, welche die Milchwirthe darauf gesetzt hatten, leider nicht erfüllt. Das starke Frostwetter zu Anfang des Jahres, wobei die Wintersaaten nicht durch die geringste Schneedecke geschützt waren, liess schon befürchten, dass selbige und besonders der Klee erheblichen Schaden leiden würden, und als dann Ende März die durchnässten Felder wiederum durch einen von Wind begleiteten Frost heimgesucht wurden, da zeigte sich sehr bald, dass besonders die Weizen- und Kleefelder in vielen Distrikten fast gänzlich, in anderen zum grössten Theile erfroren waren, umgeackert und mit Sommerfrüchten neu bestellt werden mussten. Waren hierdurch die Aussichten auf eine gute Stroh- und Futterernte bereits sehr herabgestimmt, so mussten die Milchwirthe mit um so grösserer Sorge um das Gedeihen des Milchviehes, besonders in solchen Distrikten erfüllt sein, in denen es an Rückständen bei der Rübenzuckerfabrikation mangelt, zumal als später eine monatelange Hitze- und Dürreperiode eintrat, die den Graswuchs auf ein Minimum herabdrückte, in Folge dessen an vielen Orten Futtermangel herrschte. Dass unter diesen traurigen Verhältnissen die Viehhaltung ganz besonders litt, dass die ohnehin schwache Rentabilität der Milchwirtschaft noch geringer wurde und zum Theil ganz aufhörte, die Milchproduktion ausserordentlich verringert wurde, ist selbstverständlich. Demgemäss war denn auch das Angebot auf dem Buttermarkte ein schwaches, so dass die Preise eine kleine Belebung gegen das Vorjahr erfuhren. Dass diese sich nur in den engsten Grenzen bewegten, dafür sorgten die Preislage auf dem Weltmarkte, der Rückgang der Industrie, die erschwerten Erwerbsverhältnisse und die damit in Verbindung stehende geringe Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten. In solchen Zeiten wird aber immer der Butterverbrauch zuerst eingeschränkt, man wendet sich den billigeren Surrogaten zu, und das durch diese Ersparniss übrig bleibende Quantum an Butter drückt auf den Markt. Dazu kam, dass der Ausfall an Klee und Wiesenheu durch die im Preise wesentlich gestiegenen Kraftfuttermittel aller Art gedeckt resp. ersetzt werden musste, wodurch den Milchwirthen nicht unerhebliche Ausgaben erwuchsen.

Eine Frage, welche die Milchwirthe stark interessirt und noch immer der endgültigen Lösung harrt, ist die Bekämpfung der Viehseuchen, in erster Linie der Tuberkulose und der Maul- und Klauenseuche. Dank den zweckmässigen Absperrungsmaassregeln der Regierung ist letztere derart eingeschränkt worden, dass man sagen kann, sie ist mit wenigen Ausnahmen aus den meisten Distrikten verdrängt und hinsichtlich der Tuberkulose sind im letzten Jahre eine Reihe auf diesem Gebiete liegender wissenschaftlicher Forschungen bekannt geworden, die ohne Zweifel die Entscheidung über die in dieser Frage bisher für zweckmässig gehaltenen Maass-

regeln stark beeinflussen und die Frage bald einer Lösung entgegen führen werden.

Die neuesten ausführlichen Forschungsergebnisse von Prof. Ostertag haben die früheren Resultate bestätigt, dass eine Gefahr hinsichtlich Uebertragung der Tuberkulose auf Menschen nur dann besteht, wenn die Thiere bereits klinische Erscheinungen der Tuberkulose oder Eutertuberkulose zeigten, und die neueren Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschungen von Prof. von Behring, der Entdecker des Diphtherieheilserums, lassen mit grosser Zuversicht auf eine erfolgreiche Bekämpfung der Rindertuberkulose hoffen. Möchte diese Hoffnung keine vergebliche sein zum Wohle der Menschheit und im Interesse der deutschen Viehzucht und speciell der Milchwirtschaft!

Das Buttergeschäft verlief im Allgemeinen recht lebhaft in Folge der zeitweilig herrschenden Milchknappheit und der entsprechenden geringeren Butterproduktion, demzufolge denn auch in den Monaten Mai und Juni, in denen die Preise sonst meist einen sehr niedrigen Stand einnehmen, als niedrigster Preis sowohl in Hamburg wie in Berlin im Juni 100 Mk. notirt wurde. Den höchsten Preis notirte im Oktober Hamburg mit 132 Mk., Berlin mit 127 Mk., während der Jahresdurchschnittspreis für allerfeinste Butter sich auf 113 Mk. stellte.

Was das Käsegeschäft betrifft, so kommen für den hiesigen Bezirk nur Weichkäse nach französischer Art, Remondau, Limburger und Harzkäse in Betracht, und verlief selbiges in den ersten Monaten des Jahres sehr ruhig, belebte sich indess gegen das Frühjahr, um bei dem später eintretenden warmen Wetter fast vollständig zu stocken.

Es ist eine stets wiederkehrende Erscheinung, dass mit Eintritt wärmeren Wetters und besonders bei länger andauernder Hitze der Konsum in Weichkäsen sich ungemein verringert, und dass bei plötzlich veränderter Konjunktur sich grosse Bestände ansammeln. Da bei der nicht aufzuhaltenden Reife der Käse dieser Art ein langes Lagern unmöglich ist, müssen dieselben zu jedem Preise verkauft werden, wodurch den Produzenten grosse Verluste erwachsen, die noch dadurch vermehrt werden, dass die Käse bei der Hitze während des Eisenbahntransports derartig leiden, zum Theil vollständig verlaufen, dass sie ungeniessbar und unverkäuflich werden. Es wäre aus diesem Grunde zu wünschen, dass den Molkereien und Käsefabrikanten von Seiten der Eisenbahnverwaltungen die Vergünstigung gewährt werden möge, Käse dieser Art, welche dem raschen Verderben ausgesetzt sind, zu gewöhnlichen Frachtgutsätzen als Eilgut — und sei es auch nur während der heissen Jahreszeit — befördert zu sehen.

Waren die Absatzverhältnisse während des Sommers mithin sehr ungünstig, so änderte sich das Bild im Herbste vollständig. Infolge der eintretenden ausserordentlichen Milchknappheit war

die Produktion an Käsen eine geringe, demgemäss die Nachfrage eine sehr lebhaft, so dass bis zum Schlusse des Jahres recht befriedigende Preise erzielt wurden, obgleich das Jahr 1901 im Allgemeinen nicht die Hoffnungen erfüllt hat, die man darauf gesetzt hatte.

Besonders günstig für diejenigen Molkereien, mit denen Schweinehaltung und -Mast verbunden waren, war der Einfluss, den die hohen Verkaufspreise für fette Schweine auf die Rentabilität der Betriebe ausübten. Bei der Beliebtheit der im Bezirke gemästeten Thiere, bei der stets sehr lebhaften Nachfrage nach solchen von Seiten der hiesigen umfangreichen Fleisch- und Wurstindustrie, erzielten die Molkereien die glänzendsten Resultate, und es wurden Preise gezahlt, wie solche bisher kaum jemals gezahlt wurden. Für feine Qualitäten wurden 58—64 Mk. pro 100 Pfd. Schlachtgewicht gezahlt, so dass die Molkereien eine vorzügliche Verwerthung der zur Verfütterung gekommenen Magermilch und der sonstigen Molkereirückstände erzielten.

Der direkte Milchverkauf wurde durch die lange Hitzeperiode des vorigen Sommers sehr begünstigt, ebenso der Absatz an sterilisirter Milch. Von letzterer wurden von einer Molkerei gegen das Vorjahr allein circa 50 000 Flaschen selbst nach den entferntesten Plätzen mehr versandt und hat sich selbige bei den stark auftretenden Kinderkrankheiten fast ausnahmslos als ein schätzbares Kindernährmittel bestens bewährt. Wiederholt wurde dieselbe auch bei längeren Seereisen während der Ueberfahrt benutzt, um eine ungestörte Ernährung der Kinder zu sichern, und zwar geschah solches in allen Fällen mit dem günstigsten Erfolge.

Zu den vorhandenen Molkereigenossenschaften sind im verflossenen Jahre ebenfalls weitere hinzugekommen. Die Erkenntniss der Milchwirthe, dass nur auf dem Wege des gemeinsamen Zusammenschlusses eine bessere Milchverwerthung zu erzielen und der fühlbaren Konkurrenz mit Erfolg zu begegnen ist, bricht sich immer mehr Bahn.

Die Bestrebungen der Milchproduzenten zwecks Erhöhung des Milchpreises in der Stadt Braunschweig haben einen Erfolg bislang nicht zu erzielen vermocht, so berechtigt diese Forderung der Produzenten im Hinblick auf die höheren Erzeugungskosten der Milch auch erscheinen mag. Die Führer der Bewegung vermochten bislang den Widerstand, der ihnen von der dabei in Betracht kommenden einflussreichsten Molkerei entgegengesetzt wurde, nicht zu überwinden, und da letztere die Ansicht vertritt, dass der Preis einer Waare durch Angebot und Nachfrage geregelt wird und die Stadt Braunschweig in einem an Milch reichen Produktionsgebiete liegt, so dürfte der von interessirter Seite gewünschte Erfolg noch in weiter Ferne liegen.

14. Haarmann & Reimer, Vanillin-Fabrik, Holzminden.

Der allgemeine Rückgang, der sich im vergangenen Jahre auf fast allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens bemerkbar gemacht hat, ist auch auf unsere Industrie nicht ohne Einfluss geblieben und hat für viele unserer Artikel eine Verminderung des Absatzes zur Folge gehabt. Dazu hat die immer mehr überhandnehmende Konkurrenz im In- und Auslande bei einer ganzen Reihe unserer Fabrikate einen weiteren Rückgang der ohnehin schon sehr gedrückten Preise verursacht, so dass verschiedene Zweige unseres Betriebes nur noch einen ganz minimalen Nutzen abwerfen. Dies gilt besonders von unserem ältesten und wichtigsten Produkt, Vanillin, das am meisten unter der unlauteren Konkurrenz von ausländischen, minderwerthige Qualitäten zu Schleuderpreisen auf den Markt werfenden Firmen zu leiden hat. Der Absatz unserer bekannten Specialität Jonon ist zwar auch im verflossenen Jahre gestiegen, aber doch nicht in dem Maasse, wie es bei der grossen Bedeutung dieses Produktes zu erwarten gewesen wäre. Hieran trägt die illoyale Konkurrenz speciell holländischer und schweizer Fabriken die Schuld, die unser, in allen Kulturstaaten durch Patente geschütztes Jonon nachmachen und ihre unerlaubten Nachahmungen in grossen Mengen nach Deutschland importiren. Zu einem erfolgreichen Vorgehen gegen diese Contrefacteurs bietet die deutsche Patentgesetzgebung dem Patentinhaber leider keine genügende Handhabe.

Das Jahr 1901 kann demnach als ein für den Fabrikationszweig günstiges noch weniger als die vorhergehenden Jahre bezeichnet werden.

15. Cichorien- und Kaffeesurrogat-Industrie.

Wie am Schlusse des vorjährigen Berichts bemerkt, ist in Folge der stetig anhaltenden hohen Preise für Rohmaterial gegenüber den gedrückten Preisen der fertigen Fabrikate schon Mitte Februar 1901 eine Konvention der Fabrikanten zu Stande gekommen, welche die Verkaufspreise für Cichorien und Surrogate auf eine normale Höhe festlegte, um dadurch wenigstens grössere Verluste der Fabrikanten zu vermeiden. Von einem Verdienst konnte indessen dabei noch nicht die Rede sein, da gedörrte Cichorienwurzeln sich weiter im Laufe des ersten Halbjahres sehr hoch (bei Abschlüssen auf 15 bis 15,50 Mk. pro 100 kg) hielten und erst in der zweiten Hälfte sich wesentlich ermässigten, und endlich bei neuer Ernte auf die früheren Jahre zurückgingen, so dass gedörrte Cichorien mit 12 bis 13 Mk. und prima gedörrte Zuckerrüben mit 11,50 bis 12 Mk. pro 100 kg gehandelt sind.

Unter diesen Umständen sind vortheilhafte Verkäufe vielfach geschlossen und dürfte sich, wenn, wie mehr als wahrscheinlich, die Konvention der Fabrikanten bestehen bleibt, ein Umschwung zum Besseren gestalten, um so mehr, als Specialitäten, wie

Essenzen, Malzkaffees etc., in letzter Zeit bedeutend nachgelassen und die Konsumenten auf reine, gute Cichorien zurückkommen, da allmählich der Glaube durchdringt, dass für mässiges Geld ebenso gute, vollständig den Essenzen gleichwerthige Cichorien- und Kaffeemehle zu haben sind und Cichorien pro 1902 mit 12 bis 12,50 Mk., Rüben mit 10 bis 10,50 Mk. pro 100 kg geschlossen sind.

16. Rübensaftfabrikation. F. H. Werner (Velpke).

Die Rübensaftfabrikation leidet in der Regel dadurch, dass periodisch Stockungen im Absatz eintreten; wodurch diese hervorgerufen werden, ist schwer zu ergründen; in erster Linie führt man solche auf eine reichliche Obsternte zurück.

Im Jahre 1900 und in der ersten Hälfte 1901 waren diese Stockungen unangenehm fühlbar; in der zweiten Hälfte 1901 trat die Nachfrage grösser auf und bewegt sich bis jetzt noch normal, so dass man sagen kann, der Absatz ist befriedigend.

Nachtheilig im Handel sind die vielen Mischprodukte, so dass manche Fabriken das dreifache Quantum fabriziren, als aus den Zuckerrüben zu gewinnen ist, und zwar durch Zusatz von Melassen und auch wohl Stärkesyrup, auch scheint Saccharin schon in der Saftfabrikation Verwendung zu finden.

Die Preise sind ziemlich unverändert geblieben und durch die jetzt etwas grössere Nachfrage als behauptet zu bezeichnen. Gute Fabrikate werden überall gern gekauft, doch verderben die schlechteren Produkte mit viel Melassezusatz das Geschäft.

17. Cigarren- und Rauchtabakfabrikation.

Für die Geschäftslage im ersten Halbjahre von 1901 ist keine wesentliche Veränderung gegen die früheren Geschäftsperioden zu verzeichnen, indem sich der Absatz nicht gerade auffällig erschwerte, es aber doch fortwährend der regelmässigen persönlichen Aufsuchung der Kunden bedurfte, um einen befriedigenden Umsatz zu erzielen. Im zweiten Semester machte sich dagegen die allgemeine ungünstige Geschäftslage auch in unserem Geschäftszweige geltend und wird es auch für die nächste Zeit grosser Anstrengung der Fabrikanten bedürfen, für ihre sämtlichen Arbeitskräfte die nöthige Beschäftigung zu finden.

Eine unliebsame Beunruhigung erfuhr unsere Industrie durch die unerwartet auftretende Absicht, den Tabak wieder zur Mitaufbringung der für das Reich erforderlich scheinenden Mehreinnahmen aus den Zollabgaben heranzuziehen. Hoffen wir, dass, nachdem die letzte Regierungsvorlage, die Einführung einer Fabrikatsteuer betreffend, glücklicherweise im Reichstage seiner Zeit gescheitert ist, bei den Reichstagsabgeordneten keine Neigung vorhanden sein wird, erneuten Zollvorlagen in unserem Artikel ernsthaft näher zu treten.

Der Einkauf in Rohtabak bewegte sich bis zum Herbst auch auf einer ähnlichen Grundlage wie im Vorjahre.

Die Brasilernthe war im Allgemeinen eine recht gute und das Geschäft in dieser Tabaksgattung zuerst bei eher etwas steigenden Preisen lebhaft. Dann liess das Interesse für dieselbe aber allmählich nach und der Geschäftsgang wurde für die Importhäfen ein schleppender, in Folge dessen sich auch die Abgeber erster und zweiter Hand zu Preisermässigungen verstehen mussten.

Augenblicklich — Anfang des neuen Jahres — kann man die meisten Gewächse ganz wesentlich billiger kaufen als bei Eintreffen der ersten Ankünfte, was zum Theil auch als eine Folge des allgemeinen wirthschaftlichen Niederganges zu betrachten ist. Ueber die neue Ernte lässt sich noch nichts Bestimmtes sagen, doch hört man, dass das Meiste, was bis jetzt davon gezeigt ist, nicht gerade gefallen hat, indess sollen auch manche Probesendungen auf gute Waare schliessen lassen.

Domingo war nicht gerade fein in Qualität, aber gut im Blattgehalt und immerhin zur Verarbeitung ganz brauchbar. Die Preise zeigten einen mässigen Rückgang gegen früher.

In Seedleaf waren die Zufuhren in Folge vermehrten Verbrauches dieses Tabaks in den Vereinigten Staaten geringer als sonst und fand gute Waare schlank zu vollen Preisen Abnehmer.

Carmen wurde etwas mehr importirt als früher und, obwohl die Sortirung in Folge der columbischen Unruhen nicht besonders sorgfältig vorgenommen war, wurden doch die Tabake bei guten Preisen schnell verkauft.

Von Ambalema wurde nur ein ganz geringes Quantum eingeführt.

Von Havanna trafen noch viele Partien alter Ernte in meist leichter Qualität ein, die zu billigen Preisen willig Abnehmer fanden, während gute Qualitätstabake hoch bezahlt wurden. Die neue Ernte lieferte in den späteren Abladungen eine gute Waare, doch war das Geschäft ein beschränktes, da in Havanna selbst jetzt zu hohe Preise für den Tabak bezahlt werden.

Von Java wurde nur wenig und sehr unentwickelte Waare eingeführt und in Cuba sind nur Probesendungen eingetroffen, deren Qualität aber gelobt wird.

Java-Umblatt und -Einlage zeigte eine gute und leichte Beschaffenheit und war deshalb zum Vermischen mit kräftigem Brasiltabak recht geeignet.

Java-Deckblatt wurde in den beliebten Vorstenlanden-Gewächsen wenig angeboten, so dass die Preise dafür hoch blieben.

Die ersten Sumatra-Deckblattankünfte enthielten gute Partien, welche auch hoch bezahlt wurden, während die weiteren Zufuhren weniger gute Beurtheilung fanden, so dass die Ernte nur als eine mittelmässige bezeichnet werden kann. Die neue Ernte dürfte sich nach den jetzt bekannt gewordenen Einschreibungsterminen als eine grosse erweisen.

Was von Mexiko-Decken in guten St. Andres-Gewächsen angeboten wurde, fand stets Beachtung und schlanken Absatz.

In der Rauchtabakfabrikation ist leider keine Besserung der Geschäftslage gegen das Vorjahr zu verzeichnen.

18. Aktien-Spargelbau-Gesellschaft.

Durch die vom Gemüsebauverein veranlassten erhöhten Preise für Rohspargel (für Prima auf 58 Pfg., Sekunda 46 Pfg. und Tertia 26 Pfg. per Pfund) war das Geschäft sehr erschwert und der Absatz nach aussen dadurch beschränkt. Nach Erfüllung der abgeschlossenen Kontrakte wurden die Preise von den Konservenfabrikanten sehr gedrückt, obgleich die Ernte, besonders in Prima-Spargel, geringer war als im Vorjahre.

Die Bedeutung der Kopirbücher als Urkunden.

Eine für die kaufmännische Welt hochbedeutsame Reichsgerichts-Entscheidung, aus der hervorgeht, welch' schwere Strafen Aenderungen in Kopirbüchern nach sich ziehen können, finden wir im letzten Hefte der bekannten volksthümlichen Rechtszeitschrift »Gesetz und Recht«. (Breslau, Verlag von Alfred Langewort, Preis ganzjährig 4 Mk.)

Gegen einen Manufakturwaarenhändler war Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben worden auf Grund des im Nachstehenden in Kürze mitzutheilenden Sachverhalts; das Landgericht zu Hamburg hatte die Verurtheilung ausgesprochen, und diese Entscheidung ist durch Erkenntniss des III. Strafsenats beim Reichsgericht unter dem 27. Februar 1902 als zutreffend bestätigt worden. Die Sache selbst aber lag folgendermaassen. Das Haus, in welchem der Angeklagte sein Geschäft betrieb, gehörte demselben Besitzer, wie das Nachbarhaus. Beim Einzuge war vereinbart worden, dass in dem von dem Angeklagten selbst bewohnten Grundstück ein Konkurrent nicht aufgenommen werden sollte, während bezüglich der Nachbarschaft damals nicht die Rede gewesen ist. Nun hat der Hauseigentümer in diesem zweiten Grundstück einen Laden durch Miethsvertrag an einen anderen Manufakturwaarenhändler überlassen, und daraufhin ist der Angeklagte mit der Behauptung hervorgetreten, er habe bei einer späteren Gelegenheit die Zusage erhalten, dass er auch hinsichtlich des zweiten Hauses dagegen geschützt sein solle, einen Konkurrenten in so unmittelbarer Nähe zu erhalten. Es ist daraufhin zu einem Civilprozeesse gekommen, in dessen Verlaufe er die Klatschkopie eines Briefes vorlegte, in welchem u. a. enthalten war, er bewillige die damals vom Vermiether verlangte Erhöhung des Miethzinses um 200 Mk. für das Jahr nur mit Rücksicht auf die getroffene Verabredung, dass auch im Nachbarhause an keinen

Konkurrenten vermietet werden dürfe. Die Kopie trug das Datum des 18. September 1896. Es ist nun festgestellt, dass in dieser Zeit ein Briefwechsel zwischen den Parteien überhaupt nicht stattgefunden hat, sondern dass ein solcher Gedankenaustausch zwei Jahre früher gepflogen worden ist und sich damals auf ein Vertragsverhältniss bezogen hat, das im Jahre 1895 zu Ende ging um durch den neuen Vertrag ersetzt zu werden. Der Angeklagte hatte bei der Klatchkopie, die er vorlegte, das Datum geändert, indem er bei der Jahreszahl die 4 in 6 umänderte. In diesem Verhalten ist nun eine Urkundenfälschung erblickt worden. An und für sich begegnet diese Auffassung mancherlei juristischen Schwierigkeiten, die aus dem Begriffe der Urkunde herzuleiten sind. Ein Brief ist ohne Zweifel eine Urkunde, dann aber die Kopie eines solchen Briefes wiederum nur die Kopie einer Urkunde, also nicht selbst eine Urkunde. Aber gerade hinsichtlich der von einem Kaufmanne im Zusammenhange mit seinem Geschäftsbetriebe stehenden Abschriften und kopirten Briefe muss etwas anderes gelten, was mit der Eigenart solcher Abdrücke bzw. des Kopirbuches überhaupt zusammenhängt. Das Gesetz verlangt von dem Kaufmanne, dass er die Abschriften oder Abdrücke der von ihm abgesandten Handelsbriefe zurückbehalte und zehn Jahre lang aufbewahre, damit durch diese Schriftstücke in Verbindung mit den eingegangenen Briefen eine Grundlage geschaffen werde, auf welcher sich die ganze Geschäftsführung überblicken lässt und damit bei etwaiger Eröffnung des Konkursverfahrens die Prüfung der maassgebenden Rechtsverhältnisse leichter sei. Man will damit auch erreichen, dass im Prozesse bequeme und zuverlässige Mittel der Beweisführung bereit seien, dass bei Vernichtung, Beschädigung, Unauffindbarkeit der Urschriften die zurückbehaltenen Kopien als Ersatz benutzt werden können. Deshalb galten auch im alten Rechte die zurückbehaltenen Kopien als sogenanntes gemeinschaftliches Beweismittel und nach dem neuen Rechte ist ihr Inhaber gegebenen Falles verpflichtet, sie dem anderen Theile zur Einsicht vorzulegen (vergl. B. G.-B. § 810 und C.-P.-O. § 422). An der Kopie eines Briefes hat also unter Umständen auch der Empfänger des Briefes selbst und eventuell auch ein Dritter Recht, und dieses letztere wird naturgemäss verkömmert, wenn der Inhalt der Kopie widerrechtlich verfälscht wird. Die Kopie ist also im Sinne des Strafgesetzbuches eine Urkunde, die zum Beweise von Rechten und Rechtsverhältnissen erheblich ist; dies ergibt sich aus dem Grunde ihrer Anfertigung. Indem der Kaufmann eine Kopie von dem Schreiben anfertigt, das er absendet, erfüllt er eine ihm im Interesse des Gegners vom Gesetze auferlegte Verpflichtung. Deshalb kann man eine solche Abschrift eines Briefes, wenn sie dem Richter im Prozesse vorgelegt wird, nicht etwa so ansehen, wie eine einseitige Parteibehauptung, sondern es liegt sehr viel mehr darin, indem für die aufgestellte Behauptung mit der Kopie selbst und

durch sie schon ein erheblicher Beweis erbracht wird, so sehr, dass häufig aus dem Vorhandensein der Kopie allein die Ueberzeugung geschaffen werden kann, dass ein Schreiben gleichlautenden Inhalts thatsächlich verfasst und abgesandt worden ist.

Angesichts dessen ist das Reichsgericht zu der Ueberzeugung gelangt, dass der Angeklagte durch sein Verhalten die Voraussetzungen erfüllt hat, unter denen die Strafbestimmungen der §§ 267, 268 No. 1 Anwendung erleiden. Es liegen hier Privaturkunden vor, deren Inhalt beliebig zu ändern dem Inhaber derselben nicht zusteht, da er sie unverändert aufzubewahren verpflichtet ist. Der Angeklagte hat aber das Datum des Schreibens vom 18. September 1894 vorsätzlich und widerrechtlich geändert, indem er aus der 4 eine 6 machte, und er hat dies gethan zum Zwecke der Täuschung des Prozessgerichts über das Datum der fraglichen Vereinbarung; zugleich auch war seine Absicht darauf gerichtet, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorthail zu verschaffen.

Dr. B.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

(Juni.)

Wurst- und Fleischwaaren.

Im Grossen und Ganzen war das Geschäft in den Monaten April, Mai und Juni in frischer Waare befriedigend, während der Absatz in Dauerwaare des kühlen, nassen Wetters wegen sehr schlecht war, auch dürften die hohen Preise, die durch den enorm hohen Einkaufspreis bedingt wurden, woran wohl in erster Linie die Grenzsperrn schuld sind, dies mit veranlasst haben.

Speck wurde nicht so gefragt, wie man nach dem Herbstgeschäfte annehmen konnte, doch werden die Läger überall geräumt sein, da die Schlachtungen in den Wintermonaten bedeutend zurückgegangen waren.

Heute, Ende Juni, sind die Preise für fette Schweine immer noch hoch zu nennen, man befürchtet sogar, dass, wenn die Ernte auch gut ausfällt, die Preise für nächsten Winter abermals nicht normal werden, weshalb der Wunsch der gesammten Wurst- und Fleischwaaren-Industriellen, Aufhebung der Grenzsperrn, wohl gerechtfertigt ist.

C. Fr. Behrens.

Konserven.

Die diesjährige Spargelernte brachte gegenüber der vorjährigen einen Ausfall von etwa 40 Prozent. Es ist damit wohl die kleinste, welche, solange hier in Braunschweig Spargel in grösseren Mengen angebaut wird, beobachtet wurde. Wenngleich die Produzenten, die neben den niedrigen Preisen nun auch noch mit sehr schlechten Erträgen zu rechnen haben, zu bedauern sind, so wird hoffentlich der Ernteausfall neben den billigen Preisen dazu beitragen, dass die Ueberproduction in Spargel aus der Welt geschafft und damit wieder normale Zustände auf dem Konservenmarkte herbeigeführt werden, wodurch die Lage der Produzenten gleichfalls gebessert werden wird. Vorläufig ist jedoch noch alles von der Zukunft zu erhoffen, denn, dass sich das Geschäft nach der schlechten Ernte lebhafter gestaltet

hätte, lässt sich nicht sagen. Es sind allerdings einige Posten Spargel in prima Qualitäten gehandelt und haben die Preise für die besseren Sorten auch eine kleine Festigung erfahren, doch halten die Händler nach wie vor zurück und scheinen erst die Gestaltung des Geschäftes abwarten zu wollen. —

In Bezug auf den Absatz liegen die Verhältnisse in Erbsen und Bohnen ähnlich. Ueberall beobachtet man Zurückhaltung beim Einkauf. Die Versuche der Händler, Bohnen noch wesentlich unter Gestehungspreis einzukaufen, scheinen nunmehr aber erfolglos zu verlaufen, denn es ist von solchen Geschäften in letzter Zeit nichts mehr verlautet. Im Uebrigen ist in Bohnen auch keine grosse Produktion zu erwarten, weil einmal verhältnissmässig wenig angebaut und von diesen in Folge nasskalten Wetters viele eingegangen sind.

A. W. Querner.

Handelsregister.

(Juli.)

1. Neueintragungen.

1. Theodor Staats Nachfolger, An- und Verkauf von Produkten, Wolfenbüttel. Inhaber: Produkthändler Robert Martitz.
2. Vereinsbrauerei Warberg, G. m. b. H., in Warberg. Zum Geschäftsführer ist der Brauereidirektor Gustav Voigt in Warberg bestellt.
3. Wilhelm Raymann, Central-Molkerei Hessen, in Hessen. Inhaber: Molkereibesitzer Wilhelm Raymann.
4. Wilhelm Raymann, Central-Molkerei Pabstorf, in Pabstorf. Inhaber: Molkereibesitzer Wilhelm Raymann.
5. Wilhelm Raymann, Central-Molkerei Schöppenstedt, in Schöppenstedt. Inhaber: Molkereibesitzer Wilhelm Raymann.
6. Wilhelm Raymann, Central-Molkerei Kl.-Winnigstedt, in Kl.-Winnigstedt. Inhaber: Molkereibesitzer Wilhelm Raymann.
7. Theodor Sander, Agentur- und Kommissionsgeschäft, sowie Handlung mit Cigarren und Wein en gros und en détail, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Theodor Sander.
8. Andreas Duckstein, Manufakturwaren-, Materialwaren- und Drogenhandlung, Watenstedt. Inhaber: Kaufmann Andreas Duckstein.
9. Otto Gehrke, Mehlhandlung und Handelsmüller, Hoiersdorf. Inhaber: Mühlenbesitzer Otto Gehrke.
10. Dampfmolkerei Offleben, Wilhelm Sittel, Dampfmolkerei mit Milchhandel in Offleben. Inhaber: Molkereibesitzer Wilhelm Sittel.
11. A. Buchhorn & Sohn, Viehhandlung, offene Handelsgesellschaft, Söllingen. Inhaber: Viehhändler Andreas und Albert Buchhorn.
12. Central-Molkerei Watenstedt, Benedict Raymann, Molkereigeschäft, Butter- und Käsehandlung, Watenstedt. Inhaber: Molkereibesitzer Benedict Raymann.
13. Otto Friedel, Verlagsgeschäft populärer medicinischer Schriften, Braunschweig. Inhaber: Polykliniker Otto Friedel.
14. H. August Rautmann, Versand- und Exportgeschäft feiner Wurst- und Fleischwaren en gros, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann August Rautmann.
15. A. Dammeyer, Fassfabrik, G. m. b. H., Braunschweig. Zu Geschäftsführern sind bestellt: Kaufmann Willy Runtzler und Böttichermeister Adolf Dammeyer.
16. Radau-Brauerei Harzburg, G. m. b. H., in Bettingerode bei Harzburg. Geschäftsführer sind: Kaufmann Paul Wallbaum und Braumeister Otto Wallbaum.
17. Wilhelm Helmholt, Betrieb eines Baugeschäfts und Steinbruchs, Helmstedt. Inhaber: Bauunternehmer Wilhelm Helmholt.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Aktien-Rübenzuckerfabrik Thiede. Der Betriebsleiter Heitzsch ist aus dem Vorstände ausgeschieden.
2. Heinrich Elsmann, Bad-Harzburg. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist an den Kaufmann Ludwig Elsmann abgetreten. Die Firma hat den Zusatz erhalten: Inhaber Ludwig Elsmann.
3. Gebr. Dannenbaum, Braunschweig. In Helmstedt ist am 10. Mai d. J. eine Zweigniederlassung errichtet.
4. Ig. Eisler & Co., Braunschweig. Der Mitgesellschafter, Kaiserlich und Königl. Hof-Armee- und Marine-Lieferant Ignatz v. Eisler, ist aus der unter der vorbezeichneten Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft durch Tod ausgeschieden.
5. B. Oppermann, Söllingen. Jetziger Inhaber: Gastwirth Wilhelm Oppermann daselbst.
6. C. W. Fricke & Röse, Schöningen. Jetziger Inhaber: Kaufmann Hans Böhm daselbst.
7. Aktien-Zuckerfabrik Dettum. Die Vorstandsmitglieder August Wolf in Dettum, Werner Westphal in Mönche-Vahlberg, Wilhelm Barnstorf in Weferlingen und Heinrich Peggau in Gr.-Vahlberg sind wiedergewählt.
8. Otto Friedel, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva nebst Passiva von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Polyklinik Otto Friedel, an dessen Tochter, die unverheiratete Helene Friedel, abgetreten.
9. Braunschweigische Konservenfabrik Böttlicher & Co., Braunschweig. Ein Kommanditist ist durch Tod ausgeschieden und ein Kommanditist eingetreten.
10. Dinse, Wessel & Co., Kommanditgesellschaft, zu Königsutter. Nachdem der einzige Kommanditist ausgeschieden ist, besteht die Gesellschaft als offene Handelsgesellschaft weiter.
11. Paul Block, Wolfenbüttel. Der einzige Kommanditist ist ausgeschieden.
12. H. Brathering, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Fabrikant Heinrich Brathering, seit dem 30. November 1901 an den Rentner Heinrich Voges abgetreten.
13. Wilb. Suschitzky & Co., Braunschweig. Der Kaufmann Wilhelm Suschitzky ist seit dem 23. Juni aus der offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden und wird das Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von den Kaufleuten Hermann Saloschin und Max Guhrauer in unveränderter Weise unter der bisherigen Firma fortgesetzt.
14. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Aktiengesellschaft, Braunschweig. Der Kaufmann Heinrich Stegmann ist durch Tod aus dem Vorstände ausgeschieden und sind durch Beschluss der Aufsichtsrathssitzung vom 15. Mai d. J. der Regierungsbaumeister Adolf Schön als Direktor und der Ingenieur Reinhold Lochner als stellvertretender Direktor in den Vorstand gewählt.
15. Bei der Bündheimer Zweigniederlassung der Aktiengesellschaft Fabrik für Brauereieinrichtungen vorm. Heinrich Göhrke & Co. zu Berlin ist der Firmenzusatz »Kaiserbrauerei« gelöscht.

3. Löschungen.

1. A. Kühne, Jerxheim.
2. Louis H. Friede, Helmstedt.
3. Ph. H. Friede, Helmstedt.
4. Rudolf Meihof, Helmstedt.
5. F. & C. Breitenbach, Helmstedt.
6. J. H. Rühland Nachf., Helmstedt.
7. Iser & Ohse, Braunschweig.
8. Harzer Hygrosit-Fabrik, G. m. b. H., Braunschweig.

9. Emil Reuter, Braunschweig.
10. Radau-Bierbrauerei Gebr. Wallbaum, Harzburg.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Otto Friedel, Braunschweig. Der unverehelichten Helene Friedel.
2. Otto Friedel, Braunschweig. Dem Polykliniker Otto Friedel.
3. H. Ramme, Broistedt. Dem Kaufmann Wilhelm Wasmus.

5. Prokura-Löschungen.

1. Heinrich Elsmann, Bad-Harzburg. Kaufmann Ludwig Elsmann.
2. Dampfkessel- und Gasometerfabrik vormals A. Wilke & Co., Braunschweig. Ingenieur Martin Hentze.
3. Otto Friedel, Braunschweig. Unverehelichte Helene Friedel.
4. Joseph Grunsfeld & Söhne, Braunschweig. Kaufmann Nathan Grunsfeld.
5. Paul Block, Wolfenbüttel. Kaufmann Heinrich Behrens.
6. Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co., Braunschweig. Ingenieur Reinhold Lochner.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Konsumverein zu Wenzeln, e. G. m. b. H. Mitglieder des Vorstandes sind: Halbspänner Hermann Weiberg, Schuhmachermeister Hermann Kaufmann, Arbeiter Wilhelm Papenberg.
2. Zobbenitzer Molkerei-Genossenschaft, e. G. m. b. H., in Zobbenitz. Mitglieder des Vorstandes sind: Ackermann Friedrich Grobleben zu Zobbenitz, Ackermann Friedrich Gürges daselbst, Ackermann Friedrich Brohme daselbst.
3. Konsumverein zu Meinbrexten, e. G. m. b. H., zu Meinbrexten. Mitglieder des Vorstandes sind: Vollmeier Wilhelm Meier, Steinbrecher Wilhelm Loges, Gemeindevorsteher Ernst Siebrecht.

2. Abänderungen.

1. Konsumverein für Naensen und Umgegend, e. G. m. b. H. Die Genossenschaft ist aufgelöst. Die Liquidation erfolgt durch die beiden Vorstandsmitglieder: Hermann Schlimme und Chr. Nienstedt.
2. Konservenfabrik Wendeburg, e. G. m. b. H. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Langeheine aus Zweidorf ist der Kothsass Hermann Meinecke in Wendeburg für die Dauer von einem Jahre in den Vorstand gewählt.
3. Braunschweiger Baugenossenschaft, e. G. m. b. H., Braunschweig. Die §§ 1, 9, 11, 13, 16, 37 und 45 des Genossenschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt.
4. Elektrizitätswerk Söllingen-Jerxheim, e. G. m. b. H. Das bisherige stellvertretende Vorstandsmitglied, Landwirth Robert Kahmann zu Jerxheim, ist zum ordentlichen Mitgliede des Vorstandes bestellt. Für das behinderte Vorstandsmitglied, Landwirth Wilhelm Günther in Söllingen, ist der Landwirth Fritz Günther daselbst zum Vertreter bestellt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Fabrik haltbarer Speisen Harlingerode, vorm. Herm. Dehn, e. G. m. b. H., in Harlingerode. 7. Juni 1902.
2. Wilhelm Wulff, Malermeister, Braunschweig. 13. Juni 1902.

2. Aufhebungen.

1. Hermann Goes, Lederhändler, Braunschweig.
2. Frau Helene Kurdelbaum, Putzhändlerin, Braunschweig.
3. Wilhelm Fricke, Goldarbeiter, Königsutter.
4. Karl Müller, Weiss- und Manufakturwaarenhändler, Braunschweig.
5. Hermann Grosse, Eisenwaarenhändler, Bad-Harzburg.
6. Friedrich Japke, Rentner, Vorsfelde.
7. Wilhelm Hehling, Landwirth, Seesen.
8. August Ewers, Thierarzt, Seesen.
9. Karl Bügel, Tischlermeister, Blankenburg.
10. Max Wagner, Kaufmann, Riddagshausen.
11. Albert Bode, Schuhmachermeister, Braunschweig.
12. Wilhelm Räcke, Drechslermeister, Braunschweig.
13. Wilhelm Wolters, Garderobehändler, Braunschweig.
14. Adolf Kulpe, Tischlermeister, Braunschweig.
15. Albert Hube, Buchbindermeister und Papierhändler, Helmstedt.

Bücherschau.

Von dem Mittelbach'schen Kartenverlag in Leipzig geht uns eine soeben neu erschienene Karte zur Besprechung zu mit dem Titel: **Mittelbach's Polit. Karte der Erdtheile zum Hand- und Kontorgebrauch**, mit besonderer Berücksichtigung des **deutschen überseeischen Weltverkehrs**. Maassstab 1:36 500 000, Grösse des Kartenbildes 80:114 cm.

Das in vielen Farben gedruckte Blatt zeigt neben einer guten politischen Karte der Erdtheile die Wege, die der deutsche Handel auf den deutschen Schifflinien einschlägt. Alle deutschen Linien sind durch besondere Darstellung von einander unterschieden, von den ausländischen Linien sind die wichtigeren aufgenommen. Preis 1,25 Mk., aufgezogen auf Leinwand 4,25 Mk.

Die Organisation im Fabrikbetriebe von A. Johanning, Direktor von »Allgemeine Gesellschaft für Dieselmotoren A.-G.«, Augsburg, Zweite Auflage. Braunschweig, Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn. Gebunden in Leinwand 3 Mk.

C. W. Belden, **Rabatt-Tabellen** für Fabrikanten und Grosshändler, welche mit Rabatt verkaufen. Verlag von Gebr. Jänecke in Hannover. Preis geb. 2,50 Mk.

v. Leyden, Geheimrath Prof. Dr. E., **Verhütung der Tuberkulose**. Mit einem Titelbild und vier Textfiguren. (1. Heft der Veröffentlichungen des Deutschen Vereins für Volkshygiene, herausgegeben von Dr. K. Beerwald.) Preis 30 Pfg. In grösseren Partien billiger.

Der Deutsche Verein für Volkshygiene beginnt mit dem vorliegenden Heftchen eine Reihe von »Veröffentlichungen«, welche für die breitesten Volkskreise bestimmt sind und deren jährlich vier bis sechs zu dem billigen Preise von je ca. 30 bis 40 Pfg. erscheinen werden. Jedes Heft soll eine Frage aus dem Gebiete der Gesundheitspflege in knapper, erschöpfender, übersichtlicher, aber stets allgemein verständlicher Form behandeln, und dieses Ziel können wir in der v. Leyden'schen Arbeit als durchaus gelöst bezeichnen.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 8/9.

Braunschweig, August/September 1902. XII. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomastrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Der Handelskammer gehen regelmässig zuverlässige Mittheilungen über schwindelhafte oder zweifelhafte Firmen des Auslandes zu. Die Handel- und Gewerbetreibenden des Herzogthums können nach Bedarf auf dem Bureau der Handelskammer (Breitestrasse 9¹) Einblick in die betreffenden Register erhalten.

Braunschweig, den 2. September 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Bericht

über

die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung gewerblicher Etablissements.

Am dritten Tage, welcher für die Besichtigungen in Aussicht genommen war, begaben sich die Theilnehmer zunächst nach der

Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, A.-G.

Herr Kommerzienrath Lemmer gab zunächst nachstehenden Erläuterungsbericht:

Die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Aktiengesellschaft, ist hervorgegangen aus der Firma G. Luther, die im Jahre 1846 zu Wolfenbüttel von dem Vorbesitzer, Gottlieb Luther, gegründet wurde.

Das Geschäft begann in einer kleinen ermietheten Werkstätte mit dem Bau verhältnissmässig unbedeutender Mahlmühlen und Windmühlen. Unter der umsichtigen Leitung des Besitzers vergrösserte es sich schnell, so dass im Jahre 1852 eine neue grosse Werkstatt mit Eisengiesserei erbaut werden konnte. Die dazu nothwendigen Geldmittel wurden durch den Eintritt eines Geld-

mannes als Associé, des Herrn Peters, beschafft. Dank der Thätigkeit Luther's vermehrte sich der Kundenkreis zusehends, so dass es derzeit nur wenige Mühlen im Herzogthum Braunschweig, in der Provinz Hannover und den angrenzenden Gebieten gab, die nicht von der Firma erbaut worden waren. Bald wurde die Errichtung von Oelmühlen, Cementfabriken, der Bau von Turbinen, Wasserrädern und Dampfmaschinen in den Bereich der Fabrikation aufgenommen.

Im Jahre 1875 trennte sich Gottlieb Luther von seinem Theilhaber und gründete mit seinem ältesten Sohne Hugo in Braunschweig eine gleiche Fabrik, für die im Jahre 1878 ein bereits in grösserem Stile angelegter Neubau errichtet wurde.

Nach dreijährigem Zusammenwirken starb der Vater, und Hugo Luther übernahm nunmehr das Geschäft, das an Bedeutung und Ausdehnung schnell zugenommen hatte. Im Jahre 1888 wandelte Hugo Luther das Unternehmen in eine Kommanditgesellschaft um, damit er eine Anzahl seiner ersten Beamten am Geschäft theilhaben und so ihr Interesse daran wesentlich erhöhen konnte.

Die immer weiterschreitende Ausdehnung des Geschäfts machte den Eintritt eines weiteren Theilhabers und persönlich haftenden Gesellschafters wünschenswerth, und als solcher trat der Ingenieur Albert Lemmer, bis dahin technischer Direktor der Sächsischen Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann zu Chemnitz, in die Firma ein.

In wenigen Jahren hob sich die Zahl der Arbeiter derart, dass neue Werkstätten erbaut werden mussten. Es wurden zunächst sämmtliche Holzbearbeitungsmaschinen und die Tischlerwerkstätten in einen grossen fünfstöckigen Neubau von 60 m Länge und 19 m Breite, mit eigener Dampfmaschine von 120 Pferdestärken ausgerüstet, verlegt. Die dadurch in den älteren Werkstätten frei werdenden Räume konnten anderen Betriebszweigen dienstbar gemacht werden. Kurz vorher wurde ein grosses Modellhaus und Speichergebäude zur Aufbewahrung, Verpackung und Verladung der fertigen Maschinen errichtet und mit zweckmässigen hydraulischen Verladeeinrichtungen versehen. (Die Fabrik ist durch Anschlussgeleise, die bis mitten in die Werkstätten führen, mit der Braunschweigischen Landeseisenbahn verbunden.)

Im Jahre 1896 wurde die Mühlenbauanstalt und Eisengiesserei vorm. Gebr. Seck in Darmstadt erworben und als Filiale mit Erfolg weiter betrieben.

So zeigte das Unternehmen ein stetiges, auf gesunder Grundlage fortschreitendes Wachsthum, und sein Kundenkreis umfasste mit den Jahren bald ganz Europa und weiter über die Meere hinaus auch die überseeischen Länder.

Die Zahl der Arbeiter in dem Braunschweiger Werke betrug etwa 600, in der Darmstädter Filiale etwa 350. Augenblicklich sind diese Zahlen in Folge des anhaltenden geschäftlichen Nieder-

ganges, wie überall so auch hier, zurückgegangen auf etwa 700 in beiden Werken.

Die Zahl der angestellten kaufmännischen und technischen Beamten beträgt in beiden Werken ungefähr 125.

Der Betrieb des Braunschweiger Werkes umfasst fünf gesonderte Abtheilungen, deren jede unter Leitung eines Oberingenieurs oder Abtheilungschefs eine bestimmte Specialität zu bearbeiten hat.

Die Abtheilung I umfasst den Bau von Mahlmühlen und Oelmühlen.

Die Abtheilung II den Bau von Maschinen zur Hartzerkleinerung aller Art, z. B. für Cementfabriken, chemische Fabriken etc.

Die Abtheilung III den Bau von Getreidespeichern (Silos), hydraulischen und elektrischen Hebezeugen aller Art, Hafenausrüstungen nebst hydraulisch oder elektrisch bewegten Schleusen, Schiebethoren etc.

Die Abtheilung IV beschäftigt sich mit dem Bau von Dampfmaschinen und Pumpen. In dieser Abtheilung werden liegende und stehende Dampfmaschinen bis zu den grössten Abmessungen mit Ventil- und Schiebersteuerung gebaut; ebenso Pumpwerke aller Art. Es sind z. B. Pumpwerke bis zu 300 Atm. = 3000 m Druckhöhe mit grossem Erfolge ausgeführt worden.

Die Abtheilung V beschäftigt sich mit dem Bau von Hebe- und Transportvorrichtungen neueren amerikanischen Systems für die Bewegung von Massengütern, wie Kohlen, Erze, Holz, Getreide etc.

Die technischen Bureaus aller dieser Abtheilungen sind auch räumlich von einander getrennt, so dass eine Absonderung der technischen Hilfskräfte nach ihrer Thätigkeit und dadurch eine grössere Leistungsfähigkeit auf dem betreffenden Gebiete erreicht wird.

Der Umsatz der Fabrik betrug in den letzten Jahren dem Werthe nach durchschnittlich 5 000 000 Mk., und zwar entfallen davon etwa 60 % auf Lieferungen für das Inland und etwa 40 % auf Lieferungen für die übrigen europäischen und überseeischen Länder. Von den europäischen Staaten sind Frankreich, Holland, Belgien, Spanien und Portugal, Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Schweden und Norwegen, Russland, Rumänien und die Balkanstaaten stete Abnehmer der Erzeugnisse der Fabrik, während für die überseeischen Länder hauptsächlich die Staaten Südamerikas als Besteller in Betracht kommen.

Für den Verkauf der Erzeugnisse ist selbstredend ein über alle in Frage kommende Länder zweckmässig organisirtes Vertretungsnetz von grosser Wichtigkeit, und es ist daher eine beträchtliche Zahl von Vertretern angestellt, die zum grossen Theile Beamte des Werkes sind.

An Arbeitslöhnen wurden in den letzten Jahren durchschnittlich 750 000 Mk. für das Jahr gezahlt und für die Arbeiterversicherung wurden 19 000 Mk. geleistet.

Der durchschnittliche Materialverbrauch betrug in den letzten Jahren etwa 2500000 Mk.

An Wohlfahrtseinrichtungen besitzt die Fabrik eine Kantine, aus der die Arbeiter zu nahezu Selbstkostenpreisen ihre Bedürfnisse an Speise und Trank in guter Beschaffenheit entnehmen können. Ausserdem werden Unterstützungen an Arbeiter und an hinterlassene Wittwen aus der Dorotheenstiftung bewilligt, deren Kuratorium aus den Meistern der Fabrik zusammengesetzt ist. Auch besteht noch eine Beamten- und Arbeiter-Unterstützungskasse. Zu der letzteren leisten die Arbeiter einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pfg. Sie wird von einem Arbeiterausschusse verwaltet und gewährt bestimmte Unterstützungen in allen Krankheits- und Todesfällen.

Sodann begaben sich die Theilnehmer nach dem

Herzoglichen Hofbrauhaus Carl Wolters & Co.

Im Herzoglichen Hofbrauhaus Carl Wolters & Co. wurden die Theilnehmer von Herrn Dr. Wolters empfangen. Derselbe erstattete über das Unternehmen folgenden Bericht:

In dem 1563 erbauten Stammhause der Firma wird von Mitgliedern der Familie Wolters das Braugewerbe seit 1688, anscheinend zunächst pachtweise, betrieben. In diesem Jahre wurde aus jenem Hause die Pfarre der Michaelisgemeinde nach der Echternstrasse verlegt. Bald nachher hat die Familie Eigenthum am Hause erlangt. Nach einer vorhandenen Urkunde vom 25. Januar 1811 hat der Brauer Johann Heinrich Wolters am 19. Mai 1763 sein väterliches Wohn- und Brauhaus für 1800 Thaler bei einer Erb-Auseinandersetzung erhalten. Bis zum Jahre 1849 ist obergähriges, dann untergähriges Bier gebraut. Später sind zur Erweiterung des Betriebes das von Hantelmann'sche und die Philipp'schen Häuser hinzugekauft. In den siebziger und achtziger Jahren ist die Brauerei verlegt nach dem heutigen Grundstück Wolfenbüttlerstrasse. Die Firma war offene Handelsgesellschaft in den Jahren 1859 bis 1871 und 1883 bis 1894, sonst waren Einzelkaufleute Firmeninhaber. Das 1873 verliehene Prädikat »Herzogliches Hofbrauhaus« ist im Jahre 1892 mit Genehmigung des Hofmarschallamts als Zusatz zur Firma in das Handelsregister eingetragen.

I. Die Bau- und Betriebseinrichtungen.

Auf dem jetzt ungefähr 41 $\frac{1}{2}$ ha grossen Grundstücke ist in den Jahren 1883 bis 1885 ein Komplex von sechs getrennten Gebäuden: Geschäftshaus, Sud- und Maschinenhaus, Gähr- und Lagerkeller, zwei Eishäuser und Pferdestall errichtet. Im Sudhause ist ein doppeltes Sudwerk für 80 Centner Malzschüttung untergebracht. Die Maischen und Würzen werden ausschliesslich mit Dampf gekocht. Die Dampfkochung hat gegenüber der früher gebräuchlichen Kochung mit offenem Feuer grosse Be-

triebsvorteile und für die Geschmacksbildung keinerlei Nachteile. Zur Erzeugung des erforderlichen Betriebsdampfes dienen drei zweiflammrohrige Cornwall-Kessel, zusammen 270 qm Heizfläche mit rauchverzehrenden Vorfeuerungen, d. h. vereinigten Treppen und Planrosten mit einstellbarer seitlicher Luftzuführung. Als Brennmaterial dienen ausschliesslich braunschweigische Braunkohlen, jährlich ungefähr 564 Doppelladungen, die durch einen Elevator auf ein oberhalb der Kessel befindliches Lager gefördert werden und von dort selbstthätig auf die Feuerungen hinabfallen. Das Kesselspeisewasser wird, ehe es in die Kessel gepumpt wird, durch Zusatz von Chemikalien und Abscheidung mit Filterpressen gereinigt. Zur Unterhaltung des Betriebes dienen drei Dampfmaschinen von insgesamt 450 PS. Die Kraft wird von allen in der Weise auf eine gemeinschaftliche Transmission übertragen, dass die drei Dampfmaschinen zu gleicher Zeit oder abwechselnd diese Haupttransmission betreiben können. Ermöglicht wird dies durch Anbringung von auslösbaren Hülsenkupplungen, auf denen die Antriebsscheiben sitzen. Auf diese Weise ist selbst der Rücktrieb der grossen Compound-Ventilmaschine auf das Seilschwungrad der Eincylindermaschine möglich, an deren Kurbelachse zwei Eismaschinenkompressoren direkt gekuppelt sind. Eine solche Anordnung gewährt für den Dampfmaschinen- und Kälteerzeugungsbetrieb grosse Sicherheit. Zur fernerer Kraftabgabe, gleichzeitig auch zur Beleuchtung, dienen zwei Gleichstrom-Nebenschlussdynamomaschinen, 800 Ampère 110 Volt, die 11 Elektromotoren betreiben, 4 direkt gekuppelt an Ventilatoren und Centrifugalpumpen, 3 durch Zahnrad- und Schneckenradübersetzung für Aufzüge, Elevatoren und Bierpumpen, 4 zum Antriebe von Transmissionen. Eng angeschlossen an die Dampfmaschinenanlage ist die Kälte- und Eiserzeugungseinrichtung, die aus 3 Kompressoren von je 150 000 Kalorien stündlicher Leistung, 3 entsprechend grossen Kondensatoren, 4 Generatoren von insgesamt 1350 Ctr. täglicher Eiserzeugung und aus 4 Süsswasserkühlern für Erzeugung von Kaltwasser zum Bier- und Würzekühlen besteht. Von den Kompressoren sind zwei an die Kurbelachse einer Dampfmaschine direkt gekuppelt, und einer für Transmissionsbetrieb eingerichtet. Alle Kompressoren sind gleichzeitig oder abwechselnd von allen Dampfmaschinen zu betreiben. Die Eis- und Kälteerzeugungsanlage arbeitet in der Weise, dass Ammoniakgas durch Kompression unter Wärmeerscheinung verflüssigt und das verflüssigte Ammoniakgas unter Kälteerscheinung vergast wird. Die entstehende Wärme wird durch beständig hinzufließendes Kühlwasser, im Hochsommer bis 70 000 l stündlich, abgeführt und die bei der Vergasung entstehende Kälte an Salzwasserlösungen und Süsswasser übertragen. Das ablaufende Kühlwasser dient zur Kondensation der Dampfmaschine. Die Vergasung selbst geschieht in einzölligen Rohrspiralen, die sich in Gefässen, mit 16prozentiger Salzlösung oder mit gewöhnlichem Brunnenwasser

gefüllt, befinden. Die gekühlte Salzwasserlösung wird benutzt zur Eiserzeugung, indem man mit Brunnenwasser gefüllte Kasten in sie hineinhängt. Kunsteis schmilzt leichter als Natureis und ist deshalb zur Kälteabgabe geeigneter. Es enthält viele kleine eingefrorene Luftbläschen im Innern, die während des Gefrierprozesses nicht entweichen können und durch die Lichtstrahlenbrechung dem Kunsteise eine Milchfarbe geben. Die Salzwasserlösung dient ferner zur Luftkühlung in den Gähr- und Lagerkellern. An deren Gewölben befinden sich Systeme von Kühlrohrleitungen, zusammen ungefähr 20 km, durch die mehrere Pumpen das gekühlte Salzwasser hindurchtreiben. Die Rohre umsetzen sich mit einer starken Eiskruste, und diese Eisdecke kühlt indirekt die Luft. Schliesslich wird Kälte übertragen an gewöhnliches Brunnenwasser zur Würzekühlung und Gährbottichkühlung. Die Dampfmaschinen, Kompressoren und Wasserpumpen werden regelmässig von uns selbst durch Indikatoraufnahmen geprüft. Die Grösse der Anlage hat den Brauereibetrieb vollständig unabhängig gemacht von der Verwendung von Natureis. Auch mehrere aufeinander folgende eisarme Winter sind ohne Einfluss auf Betrieb und Verkauf. Würde die gesammte Kälteerzeugung zur Fabrikation von Kunsteis benutzt werden, so würde sich der Selbstkostenpreis auf ungefähr 20 Pfg. für den Centner stellen. Viel billiger ist die Einbringung von Natureis, 10 bis 11 Pfg. für den Centner. Es werden davon jährlich 75000 Ctr. in die hiesigen beiden Eiskeller, geerntet vom Teiche im Herzoglichen Kennel, und 50000 Ctr. in die Eiskeller auf auswärtigen Niederlagen gefüllt. Die Entleerung der hiesigen Eiskeller geschieht mechanisch durch einen Elevator.

Der über den Lagerkellern befindliche Gährkeller von 1300 qm Grundfläche hat Fassungsraum für 180 Gährbottiche und wird durch künstliche Kälte auf 4 bis 5° R. erhalten. Er ist mit 3 Elektro-Ventilatoren zur Entfernung der kohlenensäurehaltigen Luft versehen. Die durch die Ventilatoren eingeführte frische Luft wird durch mehrfache Seidengazefilter gereinigt. Der Gährkeller, wie auch alle Lagerkeller sind durch mehrere hundert elektrischer Flammen beleuchtet.

In demselben Gebäude sind unterirdisch 16 Lagerkeller von 4000 qm Grundfläche und 38000 hl Fassungsraum. Bis zum Jahre 1883 ist ein Theil der jetzigen Lagerkeller durch Natureis gekühlt. Später sind diese Eiskeller in Lagerkeller umgewandelt. Die Lagerfässer haben einen Inhalt von 25 bis 130 hl und sind zum Theil doppelt gesattelt. In den neueren Abtheilungen werden zum Satteln der Lagerfässer Laufkräne benutzt. Alljährlich werden alle Fässer durch einen elektrisch betriebenen Fassaufzug ausgekellert, nach der Entpickung frisch gepicht und dann in die Kellerabtheilungen wieder eingelegt.

Die Pferdeställe der Brauerei können 75 Pferde aufnehmen. Zur Speicherung von Hafer, Bohnen und Mais dient eine Dampfmaschine, von der auch eine Schrotmühle und Häckselschneide-

maschine bedient wird. Zur Unterbringung infektiöser Pferde ist ein Barackenstall für 6 Pferde vorhanden.

II. Die Rohprodukte.

In Bayern besteht das sogenannte Surrogatverbot: Zur Biererzeugung sind lediglich Wasser, Malz, Hopfen und Hefe zu verwenden. Für Norddeutschland besteht ein solches Verbot nicht. Sein Erlass ist im Reichstage von den Abgeordneten Rösicke und Paasche angeregt und wird vermuthlich für das ganze Reichsgebiet in nächster Zeit erfolgen. Als Surrogate kommen besonders Reis, Stärke und Zucker in Frage. Im Hofbrauhaus Wolters ist jede Verwendung von Surrogaten ausgeschlossen.

a) Für alle Brau- und Manipulationszwecke dient ausschliesslich Quellwasser, das einem an der Ackerstrasse in der Nähe der Jüdel'schen Fabrik gelegenen Brunnen entnommen wird. Das Brauereigrundstück selbst ist wasserarm, dagegen ist in einer Entfernung von 800 m östlich ein grosser Wasserreichtum. Von der Salzdahlumerstrasse bis einige hundert Meter vor die Jüdel'sche Fabrik liegt eine ungefähr 400 m breite, an der tiefsten Stelle bis auf 30 m hinabgehende Mulde, in die sehr wasserreiche Schichten groben Kiesel gelagert sind. In Mitte dieser Mulde sind die untersten Kiesschichten durch eine trennende Thonschicht in einer Tiefe von ungefähr 12 m unter Erdoberfläche gegen das obere Grundwasser geschützt, so dass jede Verunreinigung von der Erdoberfläche ausgeschlossen ist. Diese Mulde, ein ausgewaschenes altes Flussbett, zieht sich von Norden nach Süden durch den östlichen Theil der Stadt Braunschweig nach dem Fallersleber- und Wendenthore zu. Die Wasserfassung geschieht durch einen vortrefflich gebauten Schlinkbrunnen von 22 m Tiefe und 6 m unterem und 4½ m oberem Durchmesser, erbaut aus Cementbeton. Die Brunnenwandung hat 13—14 m unter Erdoberfläche, unter der trennenden Thonschicht eine Anzahl Durchbrechungen, durch die auch seitlich Wasser hinzutreten kann. Auch in dieser Tiefe ist eine sehr wasserreiche grobe Kiesschicht. Vom Brunnen bis zur Brauerei liegt fast horizontal eine 800 m lange Saugleitung. Eine im Maschinenhause aufgestellte Zwillings-Plungerpumpe fördert bis 84 000 Liter stündlich. Der Wasserersatz im Brunnen ist derart gross, dass der Wasserspiegel bei einer solchen Leistung dauernd nicht weiter als 1½ m abgesenkt wird. Das Saugmanometer der Pumpe verbleibt auf 18 cm, das Druckmanometer auf 2 Atmosphären. Nach einer Untersuchung der Herren Dr. R. Frühling und Dr. Julius Schulz vom 26. April 1899 ist dieses Brunnenwasser chemisch und mikroskopisch folgendermaassen beschaffen. Es enthält in 100 000 Theilen 6,480 Theile gelöste organische Stoffe, 0,078 Theile Ammoniak, 0 Theile Salpetersäure, 0 Theile salpetrige Säure. 100 000 Theile Wasser ergaben 33,271 Theile festen Gesamtrückstand, 3,190 Theile Glühverlust, mithin 30,081 Theile mineralische Stoffe, worin be-

stimmt wurden: 1,801 Theile Kieselsäure, 1,215 Theile Eisenoxydul, 12,702 Theile Calciumoxyd, 1,164 Theile Magnesiumoxyd, 6,659 Theile Schwefelsäure, 2,835 Theile Chlor und Spuren von Thonerde. Die doppelt angesetzten Kulturen auf Nährgelatine mit je 2,5 und 5 cbcm Wasser zeigten nach 7×24 Stunden im Mittel 2 Bakterienkolonien pro 1 cbcm, welche die Gelatine nicht verflüssigt hatte. Das Wasser ist also fast keimfrei zu nennen.

Wegen des grossen Eisengehaltes muss dieses Rohwasser vor dem Gebrauch enteisenet werden. Zu diesem Zwecke ist beim Maschinenhause eine Rieselungs- und Filtrationsanlage untergebracht, deren Art sich von der Anordnung im hiesigen Städtischen Wasserwerke wesentlich unterscheidet. Gleich sind an beiden Stellen die Rieseler: Das Rohwasser wird in feinen Strahlen zur Aufnahme von Luft über ein poröses Material, bei uns über Kokes, geleitet. Durch Sauerstoffaufnahme wird das Eisenoxydul in Eisenoxyd übergeführt und scheidet sich in grossen gelbbraunen Flocken aus. Das Abfiltriren dieser Ausscheidungen wird im neuen Städtischen Wasserwerke durch grosse mit Sand gefüllte Filterbassins vorgenommen. Im Hofbrauhaus Wolters geschieht die Abscheidung in Filtertrommeln mit Sandfüllung, von denen jede bei einer stündlichen Arbeitsleistung von 40 cbm 12 Stunden betreibbar ist. Gereinigt werden die Filtertrommeln durch einen eingeführten Wassergegenstrom, während die Trommeln durch Transmmissionen betrieben rotiren. Die Wirkung der Enteisenung ist so bedeutend, dass der Gehalt von 1,35 Theilen Eisenoxyd im Rohwasser auf 0,05 Theile Eisenoxyd im gereinigten Wasser herabgemindert wird.

Neben diesem Quellwasserwerk dient nicht für Brauzwecke, aber für Reinigungs- und Kondensationszwecke der Dampf- und Eismaschinen ein zweites Wasserwerk. Oberhalb von Eisenbüttel, in der Nähe der städtischen Klärbassins, sind am Okerufer im Herzoglichen Parke Richmond Wasserfilter angelegt, von denen eine durch den Herzoglichen Park laufende, zusammen 750 m lange Saugleitung nach der Brauerei gelegt ist. Elektrisch betriebene Centrifugalpumpen fördern dieses Wasser in der Zeit, wenn die Quellwasserleitung zur Reinigung des Brunnens oder der Rohrleitung während ein oder zwei Wochen, alle zwei Jahre einmal, ausser Betrieb gesetzt wird.

b) Malz und Hopfen. Eine eigene Mälzerei besitzt die Firma jetzt noch nicht. Es wird beabsichtigt, sie auf dem Brauereigrundstücke in den nächsten Jahren anzulegen. Die Frage des Neubaus einer Mälzerei hängt wesentlich von der Gestaltung der neuen Zolltarif-Gesetzgebung ab. Vorläufig wird Malz aus Fabriken bezogen, die im Herzogthum, in den Provinzen Hannover, Sachsen und Schlesien, in Thüringen, im Königreich Sachsen und in Böhmen liegen. Der Jahresbedarf an Malz ist 43—45 000 Ctr. Die erforderliche Menge von jährlich annähernd 700 Ctr. Hopfen wird direkt in den Produktionsgebieten einge-

kauft, also nicht durch Händler geliefert, im letzten Jahre wegen der deutschen Missernte ausschliesslich in Böhmen vom Saazer Bezirke und Kreise, in normalen Jahren zur schwachen Hälfte aus Bayern, im Spalter Bezirke. In Baden, Württemberg und der Hallertau kauft die Firma jetzt nicht mehr. Der Hopfen wird durch leichtes Schwefeln konservirt, in eiserne Büchsen luftdicht abgeschlossen gefüllt und ist so zwei Jahre und länger ohne Schaden im Keller aufzubewahren.

c) Die Hefe. Seit langen Jahren wird zur Gährung ausschliesslich Reinhefe benutzt. Aus den eigenen Stämmen der Brauerei, die sich im Geschmack und in der Gährungsenergie besonders ausgezeichnet haben, wird durch ein auswärtiges Laboratorium eine Hefenzelle isolirt und bis zu einem bestimmten Gewichte wachsen gelassen. Hefereinzuchtapparate, die im Gährkeller untergebracht sind, dienen dazu, die so gezüchtete Reinhefe mit sterilisirter Würze bis zu einer bestimmten grösseren Menge zu vermehren. Die so erhaltene Reinhefe wird dann in einem kleinen Bottich mit Betriebswürze angestellt und durch die wiedereintretende Vermehrung zur Anstellung in Gährbottichen nutzbar. Die Verwendung von Reinhefe hat drei Hauptzwecke. Die Betriebssicherheit und Schutz gegen Infektion wird erreicht durch Verwendung von Bierhefe (*Saccharomyces cerevisiae*), die mit keinerlei fremden Pilzen vermischt ist. Damit hängt eine völlige Geschmacksreinheit zusammen. Durch Auswahl bestimmter Heferassen ist ferner eine Einwirkung auf den Geschmack und vor Allem die Höhe des Vergährungsgrades möglich. Man unterscheidet hoch und niedrig vergärende Heferassen. Bei jenen wird die Stammwürze bis zu 70%₀, bei diesen bis zu 50%₀ vergährt.

III. Die Fabrikation.

Das Ziel der Brauerei ist, aus Gerste ein frisch und würzig schmeckendes, leicht berauschendes Getränk zu erzeugen. Zu diesem Zwecke ist die in der Gerste enthaltene Stärke in gährungsfähigen Zucker (Maltose) überzuführen, dann die wässrige Zuckerlösung nach Hopfenzusatz unter Verbleib eines Extraktrestes in Alkohol und Kohlensäure zu spalten. Diesen einzelnen Zwecken dient die Mälzerei, der Sudprozess und die Gährung. Für Ueberführung der Gerstenstärke in Maltose wird im Mälzungsprozesse an Ferment, die zum Theil schon in der Gerste vorhandene Diastase stark vermehrt. Sie bildet sich, während die eingeweichte Gerste auf der Malztenne wächst. Der Mälzungsprozess wird unterbrochen durch das Darren, um das Malz selbst haltbar zu machen und ihm das erforderliche Röstaroma zu ertheilen. Die Farbe hellen und dunklen Bieres hängt von der Farbe des Malzes ab. Dunkle Mälze werden erzeugt, indem man das Grünmalz mit verhältnissmässig grossem Wassergehalte in höhere Temperaturen auf der Darre bringt. Lichte Mälze entstehen, wenn das Grünmalz in diese hohen Temperaturen erst mit geringerem Wasser-

gehalte gelangt. Das fertige Malz wird im Sudprozeß, nachdem es geschrotet und im Verhältniss von 1 : $1\frac{3}{4}$ mit Wasser vermischt ist, gemaischt und gekocht. In Deutschland am meisten gebräuchlich ist das sogenannte Dekoktionsverfahren, mit zwei Dickmaischen und einer Läutermaische. Die Maische wird in drei einzelnen Portionen zum Kochen gebracht und das Gesamtquantum allmählich auf eine Temperatur von annähernd 60° R. gebracht. Bei 48° R. ist das Optimum für die Verzuckerung der Maische. Die Maischen werden mehr oder weniger zuckerreich, entsprechend der Zeit des langsamen oder schnellen Hinübergehens über diesen Wärmegrad. Mit dem grösseren Zuckergehalte der Würze hängt wieder eine stärkere Vergärung zusammen. Vom Läuterbottich läuft das Filtrat, die Würze, in die Bierpfanne, wird dort mit Hopfen versetzt im Verhältniss von $1\frac{1}{2}$ — $1\frac{3}{4}$ Pfd. auf den Centner Malz. Die Würze wird zur Ausfällung der in ihr enthaltenen Eiweissstoffe eingekocht und dann durch Pumpen auf die Kühlschiffe befördert, auf denen sie sich bis auf 50° R. abkühlt und Sauerstoff aus der Luft für die Gärung aufnimmt. Die Würze wird dann über Berieselungskühler geleitet, von diesen auf die Anstelltemperatur von 4° R. durch Süsswasser herabgekühlt und dann in die Bottiche zur Gärung hinuntergelassen. Diese wird eingeleitet durch Hefezusatz und durch Luftkühlung und Kühlung der gärenden Würze selbst mit Süsswasserschwimmern innerhalb bestimmter Temperatugesetzen von 4 bis zu 8° R. gehalten. Nach Beendigung der Hauptgärung gelangt das Jungbier auf die Lagerfässer in den Lagerkellern und erfährt dort während 3 bis 4 Monaten eine Nachgärung. Die Lagerkeller werden durch künstliche Kühlung dauernd auf einer Temperatur von $+1^{\circ}$ R. erhalten. Die Zusammensetzung gewöhnlichen hellen Lagerbieres nach einer Untersuchung der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin vom 4. September 1901 ist folgende: Saccharometeranzeige $3,55\%$, Balling, Extrakt $5,25\%$, Alkohol $3,73\%$, Stammwürze beim Anstellen $12,46\%$, Balling, scheinbare Vergärung $71,5\%$, wirkliche Vergärung $57,9\%$. Das Bockbier hatte nach einer Untersuchung des Herrn Professors Dr. Reinke vom 23. März 1902 folgende Zusammensetzung: Saccharometeranzeige $6,07\%$, Balling, Extrakt $7,67\%$, Alkohol $3,85\%$, Stammwürze beim Anstellen 15% , Balling, scheinbare Vergärung $59,53\%$, wirkliche Vergärung $48,86\%$.

Nach beendeter Nachgärung wird das Bier durch Bierpumpen auf Abfüllräume zu ebener Erde hinaufgedrückt und dort unter einem Drucke von annähernd einer Atmosphäre durch isobarometrische Abfüllapparate auf Fässer und Flaschen gefüllt. Das Abfüllen unter Luftdruck bezweckt, die durch die Gärung entstandene und durch die Spundung zurückgehaltene Kohlensäure im Biere nicht frei werden zu lassen. Die Transportfässer werden nach der Rückkunft zunächst durch Maschinen innen und auswendig gereinigt und dann durch eine interessante Transport-

anlage von der Schwankhalle, dem Reinigungsraume, nach dem Abfüllkeller in der Weise befördert, dass sie durch einen Elevator zunächst 6 m gehoben, dann horizontal 60 m über Lager- und Gährkeller hinweggeführt und schliesslich 10 m tiefer nach dem Abfüllraume hinabgesenkt werden. Die Transportfässer der Firma sind mit Nummer und Literzahl versehen. Ein Aichungszwang für Bierfässer besteht noch nicht. Es ist anzunehmen, dass einer Anregung des Abgeordneten Rösicke entsprechend ein Reichsgesetz in den nächsten Jahren erlassen werden wird. Der Entwurf eines Gesetzes für Aichungszwang von Bierflaschen hat Regierung und Reichstag im vorigen Jahre beschäftigt, ist aber zu einem Ende nicht gelangt.

IV. Der Verkauf.

Ausser dem Hauptgeschäfte in Braunschweig unterhält die Firma in eigener Unternehmung achtzehn Niederlagen im Herzogthume und im Königreiche Preussen. Der Firma gehörige Bier- und Eiskeller befinden sich in Blankenburg, Calvörde, Helmstedt, Gandersheim, Seesen, Vorsfelde, Bettrum, Hildesheim, Salzgitter und Vienenburg. Bei acht auswärtigen Plätzen geschieht der Betrieb in gepachteten Räumen, auf den Niederlagen Schöppenstedt, Burgdorf, Celle, Duingen, Ellrich, Gifhorn, Hameln und Wittingen. Ausserdem hat die Firma eine Anzahl anderer Niederlagen, die nicht auf ihre eigene Rechnung gehen, sondern von Unternehmern selbständig betrieben werden. Als Verkehrsmittel für den Verkauf dienen fünf eigene Eisenbahnwagen, die nebst einer grossen Anzahl von der Bahn gelieferter Wagen das Bier den Niederlagen zuführen. Das Brauereigrundstück hat Anschluss an die Staatsbahn. Es sind im vorigen Jahre 2042 Ladungen Rohmaterialien empfangen und 1181 Ladungen Bier durch das Nebengleis abgeschickt. Auf dem Anschlussgleise werden die Eisenbahnwagen mit einer durch Transmission betriebenen Rangirwinde und durch ein Ochsengespann rangirt. So werthvoll der Anschluss selbst dem Geschäfte ist und der Betrieb durch lebenswürdiges Entgegenkommen der Betriebsinspektion und des Güterbahnhofsvorstandes erleichtert wird, so sehr lassen jedoch die Betriebsverhältnisse selbst aus zwei Ursachen zu wünschen übrig. Es herrscht fortwährend Wagenmangel, so dass es im Hochsommer fast keinen Tag möglich ist, die bestellten Ladungen Bier abzuschicken, vielmehr bleiben täglich eine Anzahl unerledigter Sendungen für den nächsten Tag übrig. Ebenso hinderlich ist auch die Bestimmung einer sechsständigen Entladefrist für die empfangenen Wagen. Da der tägliche Empfang oft mehr wie zwölf Ladungen beträgt, ist es selbst bei Aufbietung aller Kräfte kaum möglich, in dieser kurzen Frist die Wagen zu entleeren. Es sind daher fortgesetzt grosse Beträge von Wagenstrafmiethen zu bezahlen.

Von den Niederlagen werden zwei durch Kaufleute geleitet, die übrigen sechzehn durch Arbeiter. Diese schicken täglich Bericht über Bierverkauf und Inkasso und senden am Montag jeder Woche das aufgenommene Geld durch die Reichsbank oder durch die Post direkt an unser Bankhaus, die Braunschweigische Kreditanstalt. Die gesammte Buchführung über Verkauf und Zahlung der Niederlagenkundschaft wird im Hauptgeschäfte in Braunschweig unterhalten. Die gesammte Niederlagenkundschaft erhält alle zwei Monate einen Auszug zum Zwecke des Büchervergleichs.

Neben dem Eisenbahnversande dient ein Fuhrpark als Verkehrsmittel. In der Stadt Braunschweig sind 56 Pferde und 2 Ochsen, auf den Niederlagen 49 Pferde verschiedenartiger Rassen eingestellt, Belgier, Dänen, Amerikaner, Holsteiner, Oldenburger, Ostfriesen, Hannoveraner und mehrere selbst gezüchtete Pferde. Gekauft werden diese Pferde von der Firma selbst auf den Pferdemarkten in Belgien (Lüttich) und in Ostfriesland, zum Theil von hiesigen und auswärtigen Händlern. Der hiesige und auswärtige Wagenpark besteht aus 43 Federwagen für Fass- und Flaschenbier, 46 Ackerwagen und 9 sonstigen Wagen. Seit langer Zeit ist die Verwendung von Motorwagen für Lasten- und für Personenbeförderung von uns ins Auge gefasst, nach anderweitigen Erfahrungen indess, bei der Beschaffenheit der von dem Fuhrparke zu benutzenden Wege, noch nicht räthlich. Das sichere und wünschenswerthe Ziel bleibt aber die Verwendung von mechanischer Betriebskraft. — Alle Pferde erhalten täglich 21 Pfd. Hafer und 4 Pfd. Häcksel. Auch die auswärtigen Niederlagen empfangen fertig gemischt den Futterbedarf mit den Eisenbahnladungen. Der Jahresbedarf an Hafer ist rund 8800 Ctr. Der Bierverkauf der Firma hat betragen im Jahre 1873 27 752 hl, 1881 51 044 hl, 1890 75 152 hl und 1898 100 202 hl. Davon entfallen im Jahre 1901 ungefähr 20 000 hl auf Flaschenbier, also ca. 4 000 000 Flaschen. Ausserordentlich gross sind die Verluste, die nicht zumeist durch Bruch, sondern vor Allem durch eine nachlässige Aufbewahrung der Flaschen in der Kundschaft entstehen. Beabsichtigt wird die Einführung eines Flaschenpfandes, doch stehen dieser Einführung noch so grosse Schwierigkeiten entgegen, dass sie einstweilen kaum zu verwirklichen ist.

V. Finanz- und Volkswirthschaftliches.

A. Beschäftigt werden im Betriebe der Firma insgesamt 29 Brauer, nach den Berufsgenossenschaftslisten, d. h. einschliesslich Naturallieferung und Wohnung, zu einem Jahreslohnsatze von 1365 bis 2020 Mk., 5 Böttcher zu 1400 bis 1694 Mk., 15 Maschinenpersonal zu 1136 bis 1367 Mk., 28 Fahr- und Stallpersonal zu 1268 bis 2020 Mk., 18 Niederlagenverwalter zu 1296 bis 3941 Mk., 45 ungelernete Arbeiter und Hilfspersonal zu 1040 bis 1400 Mk., 20 Flaschenpülerinnen zu 661 bis 728 Mk.

Die Beiträge der Firma zur Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft betrugen im vorigen Jahre 4709,80 Mk., zur Alters- und Invaliditätsversicherung 2377,56 Mk. und zur Betriebskrankenkasse 1100 Mk.

Das Beamtenpersonal besteht aus 20 Kaufleuten und Technikern.

Zwei Wohlfahrtseinrichtungen sind gestiftet, wonach an hilfsbedürftige Betriebsmitglieder jährlich 1500 Mk. innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes ausgezahlt werden. Der Haustrunk im Hauptgeschäfte und auf den Niederlagen hat im vorigen Jahre 1958 hl, also fast 2 Prozent der Produktion, betragen.

B. Die Steuern. An Reichssteuern sind für jeden Centner Malz 2 Mk. Braumalzsteuer zu entrichten. Im Geschäftsjahre 1900/01 betrug diese Summe 86380 Mk. Besonders in den letzten Jahren ist in vielen Gemeinden eine Kommunal-Biersteuer eingeführt und bei den meisten Gemeinden der höchste Satz von 65 Pfg. auf das Hektoliter angenommen. In allen Braunschweigschen und Preussischen Gemeinden hat die Firma im Geschäftsjahre 1900/01 22516,37 Mk. Gemeinde-Biersteuern zu zahlen gehabt. Diese Einrichtung wird wohl mit Recht als ein schwerer, nicht zu billiger Druck empfunden. Es ist in den meisten Fällen nicht möglich, auch nur einen Theil dieser Sondersteuer auf die Abnehmer abzuwälzen. Ferner hat die Firma an Staats- und Gemeindesteuern im vorigen Jahre 18376,59 Mk., daher insgesamt an Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern 127272,96 Mk. zu zahlen gehabt.

C. Die Bezugsquellen und die Zölle. Für den Bezug von Rohmaterialien kommt vielfach das Ausland in Betracht. Den grössten Theil des Malzes bezieht die Firma aus dem Königreiche Sachsen, gearbeitet aus böhmischen Gersten. Hopfen der letzten Ernte ist ausschliesslich aus Böhmen gekauft. Auch Hafer ist vielfach von Russland und Dänemark bezogen. Sollte der Zolltarifentwurf, wie es den Anschein hat, eine wesentliche Erhöhung herbeiführen, so würde besonders das Brauereigewerbe eine neue schwere Belastung erfahren. Nach dem Zolltarifentwurfe wird beabsichtigt die Erhöhung folgender Einfuhrzölle: für Gerste von 2 Mk. auf 3 bis 4 Mk.; für Malz von 2,60 Mk. auf 6,25 Mk.; für Hopfen von 14 Mk. auf 60 Mk., Alles für 100 Kilo.

An diesen höchst instruktiven Vortrag schloss sich alsdann die Besichtigung des Werkes an.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Neubeschaffung von Langholzwagen.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hatte bereits im Jahre 1897 bei dem Königl. Preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten sich für eine Verbesserung der Wendeschemel durch eine zweckentsprechendere Konstruktion bei der Neubeschaffung von Langholzwagen verwandt, und zwar hatte dieselbe vorgeschlagen, statt der bisher üblichen Einsteckungen, Klapprungen einzurichten, sowie die Wendeschemel, abgesehen von dem mittleren Drehlager, an jedem Ende mit zwei möglichst grossen Tragrollen, die auf einer kreisrunden Laufschiene auf der Plattform des Wagens laufen würden, zu versehen.

Wie nun von Seiten hiesiger Interessenten mitgetheilt ist, sind die in der Eingabe erwähnten Verbesserungen bald darauf bei verschiedenen bei der Waggonfabrik Breslau gebauten Langholzwagen angebracht gewesen.

Wieweit diese Neuerungen, die sich praktisch durchaus bewährt haben dürfen, bei den übrigen Langholzwagen angebracht sind, entzieht sich unserer Kenntniss, jedoch scheint es, dass mehrfach noch Langholzwagen veralteter Konstruktion mit Einsteckungen ohne Ringplatten und Rollen gebaut werden.

So langte neuerdings hier eine Ladung Rundhölzer auf fast neuen Wagen Elsass-Lothringen No. 2452/2429 an, die jene alte Konstruktion aufwiesen.

Bei der bedeutenden Höhe der Einsteckungen ist die Arbeit des Be- und Entladens solcher Wagen nach Mittheilung von sachverständiger Seite direkt mit Lebensgefahr verknüpft.

Die Kammer hat daher kürzlich bei dem Königl. Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten beantragt, dahin zu wirken, dass die wiederholt geschilderten Verbesserungen möglichst an allen Langholzwagen angebracht werden.

Vereidigter Zuckerprobezieher.

Der Kaufmann Albert Denecke von hier ist nach erfolgter Vereidigung und Verpflichtung auf die erlassenen Vorschriften für die Probenahme von Rohzucker und Melasse in die Liste der vereidigten Probezieher eingetragen.

Aus dem Bezirke.

Kaufmännische Fortbildungsschule Seesen.

Die Zöglinge der hiesigen Fortbildungsschule unternahmen am Sonntag, den 24. August, einen Ausflug nach Rhüden, um daselbst das Kaliwerk Karlsfund und die dazu gehörige grosse chemische Fabrik zu besichtigen.

K. B.

Kaufmännische Fortbildungsschule Schöningen.

Die kaufmännische Fortbildungsschule Schöningen unternahm Sonntag, den 24. August, unter Führung der Lehrer Linne und Thiele eine Fahrt nach dem Harze.

Die Abfahrt von Schöningen geschah schon Morgens 5,20 Uhr, so dass noch Vormittags die Hermannshöhle in Rübeland besichtigt werden konnte.

Um bei der Kürze der Zeit noch den schönsten Theil des Bodethales zu genießen, ging man kurz nach Mittag von Hüttenrode aus im strammen Marsche über Forstort Todtenrode nach der Rosstrappe.

Abends 8,21 Uhr erfolgte von Thale ab die Rückfahrt nach Schöningen, wo die vergnügte Schaar nach 11 Uhr ankam.

W. Th.

Zum Fernsprechverkehr

mit Braunschweig sind zugelassen: Heiligenstadt (Eichsfeld), Westhausen (Eichsfeld), Kassel, Ihringhausen, Kirchditmold, Niedervellmar, Rothenditmold, Wahlershausen (Bezirk Kassel), Waldau (Bezirk Kassel), Wilhelmshöhe (Bezirk Kassel), Corbach, Berndorf (Waldeck), Nordenbeck, Arolsen, Braunsen, Helsen, Kulte, Massenhausen, Meneringhausen, Wetterburg, Grabenstein, Gudensberg, Besse, Dissen, Hofgeismar mit Gesundbrunnen, Vöhl mit Basdorf, Wolfsanger, Bettenhausen (Bezirk Kassel), Witzenhausen, Mühlhausen (Thüringen), Höngeda, Hunnesrück und Wedelheine. Die Gebühren für ein einfaches Gespräch betragen nach Hunnesrück 50 Pfg., nach Wedelheine 20 Pfg., im Uebrigen 1 Mk. — Ferner sind zugelassen: Allendorf (Werra) mit Albugen, Orferode, Sooden (Werra) und Wahlhausen (Werra), Eschwege mit Niederhone und Reichensachsen, Grossalmerode mit Laudenbach und Rommerode, Wanfried mit Frieda, Boyer und Hülserberg, Gebühr für ein einfaches Dreiminutengespräch 1 Mk.; ferner Betheln, Eitzum und Eberholzen, Gebühr 50 Pfg.

Reichsbanknebenstelle.

In Höhr ist am 4. August d. Js. eine von der Reichsbankstelle in Coblenz abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Deutsche Japanpost.

Seit Kurzem erscheint in Yokohama unter dem Namen „Deutsche Japanpost“ eine Zeitschrift, welche sich hauptsächlich der Vertretung der handelspolitischen Interessen Deutschlands in Japan zu widmen beabsichtigt und dabei bestrebt sein will, die vorhandenen guten Beziehungen zu den in Japan wohnenden Angehörigen der übrigen Nationen aufrecht zu erhalten. Die Kaiserliche Gesandtschaft in Tokio hält das Unternehmen im deutschen Interesse für wichtig und glaubt, dass das Unternehmen, welches in seinen ersten Anfängen mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen hat, in guten Gang gebracht werden kann, wenn ihm von deutscher Seite mit Wohlwollen und thatkräftiger Hilfe beigestanden wird.

Industrie und Handel unseres Bezirkes im Jahre 1901.

I. Theil: Industrie.

X. Nahrungs- und Genussmittel.

19. Zucker.

Rohzucker. Während die Werthe für Rohzucker in den ersten acht — zu dem Kampagnejahre 1900/1901 zu zählenden — Monaten des Kalenderjahres 1901 eine nicht häufig beobachtete Stabilität zeigten und sich wenig unter denjenigen des Vorjahres bewegten, erfuhren dieselben in den nachfolgenden vier Monaten eine ununterbrochene und so weit gehende Ermässigung, wie solche wohl von Niemandem vorausgesehen war. Am Jahreschlusse wurden hier Rohzucker I. Produkts Basis 88 % mit Mk. 7,80 pro 50 kg notirt, ein Preis, der in den Annalen der Zuckerstatistik vergeblich zu suchen ist und auch in den unter den günstigsten Verhältnissen arbeitenden Rohzuckerfabriken nicht ausreicht, um die Herstellungskosten zu decken.

Unter Berücksichtigung der zu den Wochendurchschnittspreisen verkauften Quantitäten stellt sich der Durchschnittspreis für den hier am Platze gehandelten Rohzucker I. Produkts im Kalenderjahre 1901 auf Mk. 9,11 per 50 kg Basis 88 % und bleibt damit um ungefähr $1\frac{1}{4}$ Mk. hinter dem des Vorjahres zurück.

Hatten mehrere günstige Faktoren in überseeischen Gebieten trotz der bereits im Mai bekannt gewordenen erheblichen Vergrösserung des Rübenanbaues die Aufrechthaltung lohnender Weltmarktpreise bis August bewirkt, so waren es in den Herbstmonaten die von sämtlichen Rohzucker produzierenden Ländern zusammen einlaufenden — einen aussergewöhnlichen Erntesegeu bestätigenden — Berichte, welche die Rohzuckerfabriken auch in hiesiger Gegend veranlassten, die von Tag zu Tag ermässigten Gebote der Käufer in der wohl nicht unberechtigten Befürchtung anzunehmen, dass solche periodisch überhaupt nicht zu finden sein könnten.

Eine theilweise Entschädigung für den Preisrückgang fanden die Rüben bauenden Aktionäre der Zuckerfabriken in der bis dahin unerreicht grossen quantitativen Rübenernte, die auf manchen Feldern über 200 Ctr. pro Morgen betragen hat.

Die Umsätze am hiesigen Platze mussten naturgemäss hinter denen der Vorjahre zurückbleiben, da die grösste Raffinerie während des ganzen Jahres, die zweite im letzten Quartal in Folge erlittener Brandschäden zur Unthätigkeit gezwungen war, und der dadurch herbeigeführte Ausfall in dem von hier aus immer erschwerten Exporthandel einen Ausgleich schon deshalb nicht zu finden vermochte, weil die andauernd rückläufige Bewegung der Preise für den Ausfuhrhandel nur verlustbringend gewesen wäre.

Eine günstige Aenderung dieser Tendenz wurde immer aussichtsloser, als auch die Ernteschätzungen der Kolonien allmählich Steigerungen erfuhren, und damit die Ueberzeugung die Oberhand gewann, dass Amerika fortan deutschen Zucker nicht mehr zu kaufen gezwungen sein würde.

Diese feststehende Thatsache und die daraus resultirende Erkenntniss, dass Deutschland mit dem Ueberschuss an Zuckerprodukten nunmehr einzig und allein auf England angewiesen ist, giebt dem Zukunftsbilde der Zuckerindustrie eine recht dunkle Färbung, veranlasst aber hoffentlich diejenigen Maassnahmen der Regierungen, welche allein im Stande sind, wenigstens die rationell arbeitenden, mit normalem Rübenboden versehenen Rohzuckerfabrikanten dauernd zu erhalten.

Die Umsätze in raffinierten Zuckern waren hier am Platze durch die oben erwähnten Betriebsstörungen ebenfalls wesentlich geringer, als in den Vorjahren, für die arbeitenden Raffinerien aber aussergewöhnlich lohnend, da ihnen die von der Kartellleitung festgesetzten Minimalpreise — ausser der Abgabe an die Rohzuckerfabrikanten — einen bis dahin nicht gekannten Nutzen sicherten; der Handel wurde dagegen in seiner Thätigkeit wie in seinem Verdienst durch die Syndikatsbestimmungen recht empfindlich beschränkt. In den leitenden Kreisen des Kartells wurde deshalb eine den Grosshandel begünstigende Aenderung der Verkaufsbestimmungen berathen und beschlossen, ohne dass jedoch ihre Einführung bewerkstelligt werden konnte, da die nöthige Zustimmung sämmtlicher Betheiligten bislang nicht zu erlangen war.

Für den Grosshandel bleiben deshalb die höchst unbefriedigenden Verhältnisse bestehen, deren Aenderung in nicht zu ferner Zeit eintreten muss, wenn dieser wesentliche Theil des hiesigen wie des gesammten deutschen Handels nicht ernstlich gefährdet werden soll.

Der Durchschnittspreis für hiesige beste Brodraffinade stellte sich im Berichtsjahre bei Abnahme von 10000 kg auf Mk. 28,72 per 50 kg.

Der Produktionsausfall an raffinigtem Zucker wurde durch Raffinerien in der Umgegend, namentlich von Magdeburg, und zwar nach den Kartellbestimmungen zu gleichen Preisen gedeckt, so dass hier eine Preiserhöhung nicht eingetreten ist.

XI. Bekleidung.

1. Schuhwaaren.

Die Schuhbranche hatte im letzten Jahre durch die allgemeine Arbeitslosigkeit ebenfalls zu leiden.

Wenn auch die Fabrikanten durch Vorverkäufe für das erste halbe Jahr gedeckt waren, so war der Druck doch noch so gross,

dass im zweiten Halbjahr die Arbeitszeit zum Theil auf Dreivierteltag herabgesetzt werden musste. Immerhin ist anzunehmen, dass das verflossene Jahr für die Fabrikanten noch einigermaassen zufriedenstellend gewesen ist. Wesentlich schlechter dürfte sich das Geschäft für die Detailhändler gestaltet haben, die viele, durch frühzeitigen Einkauf gebunden, Waaren nehmen mussten, die sie, unter den veränderten Umständen, überhaupt nicht mehr gebraucht hätten. Rechnet man dazu noch die Konkurrenz der ständigen »Ausverkäufe« zu noch nie dagewesenen Preisen, so kann man sich ungefähr ein Bild machen, wie schwer es einem reellen Detailhändler gerade ist, sich zu behaupten.

Der Grosshandel in Schuhwaaren hat in den letzten Jahren so zugenommen, dass auch dabei nur noch mit ganz kleinem Nutzen zu rechnen sein wird und dürfte in Folge dessen das letzte Jahr als ein mittelmässiges zu bezeichnen sein.

II. Theil: Der Handel.

1. Bankwesen.

Der wirthschaftlichen Hochfluth, welche noch einen Theil des Jahres 1900 andauerte, folgte im Berichtsjahre **1901** auf fast allen Erwerbsgebieten ein starker Rückschlag. Die bekannten Vorgänge bei einzelnen Kredit- und Hypotheken-Banken führten nicht nur grosse Verluste in allen Kreisen des Publikums, sondern auch erhebliche Krediterschwerungen herbei, zu denen sich eine fast vollständige Stagnation des Börsengeschäfts gesellte, da sich das Publikum vom Kaufe industrieller und Bankpapiere zurückzog und auch die berufsmässige Spekulation besonders in Folge der von sachverständiger Seite vorausgesagten Wirkungen des Börsengesetzes ihre für die Börse nothwendige Thätigkeit fast ganz aufgab. Die Folge dieser Erscheinungen war, dass die Staats- und anderen sicheren fest verzinslichen Papiere wieder in den Vordergrund des Interesses traten und bereits im Jahre 1901 den grössten Theil der vorher erlittenen Kurseinbussen einholten. Auch der Umstand, dass die Industrie in Folge ihres ungünstigen Geschäftsganges nicht mehr so grosser Mittel bedurfte, wie zuvor, und dadurch der Geldstand erheblich an Flüssigkeit gewann, trug viel zur Wiederkehr des Vertrauens bei, so dass Alles in Allem, bei Schluss des Berichtsjahres, das Bankgeschäft sich in einer befriedigenden Lage befand.

Unser Bezirk ist von den Erschütterungen im Kreditverkehr glücklicher Weise verschont geblieben, wogegen durch den Besitz von Pfandbriefen der nothleidend gewordenen Hypothekenbanken manche Verluste erlitten sind. Ob diese Verluste hätten vermieden werden können, soll hier nicht untersucht werden, jedenfalls sollten diese Vorkommnisse dem Publikum sowohl, als dem Vermittelungsgeschäft, als ernste Mahnung für die Zukunft

dienen, bei der Auswahl der zur Kapitalanlage bestimmten Papiere stets die grösste Vorsicht anzuwenden.

Es sei noch auf eine Erscheinung hingewiesen, welche in unserem Bezirk im letzten Jahre anscheinend sich mehr als früher bemerkbar gemacht hat, das ist »der Hausirhandel im Bankgeschäft«, wie die Würzburger Handels- und Gewerbekammer, welche auf diesen Auswuchs des Bankgeschäfts gleichfalls aufmerksam macht, den Geschäftsbetrieb treffend nennt, der sich damit befasst, die Landleute aufzusuchen und sie zum Kauf und Tausch von Papieren zu überreden. Es kann nicht zweifelhaft sein, dass diese Art des Geschäftsbetriebes nicht im Interesse des Publikums liegt, daher ein Hinweis darauf an dieser Stelle angebracht erscheint.

Am hiesigen Platze sind im Jahre 1901 folgende Werthpapiere mit Erfolg zur öffentlichen Subskription gebracht:

Mk.		zum Kurse von
300000	5 $\frac{0}{10}$ zu 103 rückzahlbare Obligationen der Maschinenfabrik A. Wilke A.-G.	101
2000000	4 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{10}$ Obligationen der Braunschweig-Schöninger Eisenbahngesellschaft	100,50
2000000	3 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{10}$ Obligationen III. Ser. der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft	91
2000000	3 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{10}$ Obligationen des Kreis-Kommunalverbandes Braunschweig	98,50
1350000	Aktien der Braunschweigischen Landes-Eisenbahn-Gesellschaft	105,50

Diese sind auch anderwärts aufgelegt.

Der Kurs der

	am 2. Januar 1901	31. Dezemb. 1901
3 $\frac{0}{10}$ Deutschen Reichs-Anleihe war	88,—	90,50
3 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{10}$ » » »	97,50	100,90
3 $\frac{0}{10}$ Braunschw. Leihhaus-Landes-Schuldverschreibung	83,50	89,—
3 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{10}$ Braunschw. Leihhaus-Landes-Schuldverschreibung	93,75	99,75
3 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{10}$ Braunschw. Kreis-Kommunal-Anleihe	93,75	98,75
3 $\frac{1}{2}$ $\frac{0}{10}$ Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank-Pfandbriefe	89,50	90,—
4 $\frac{0}{10}$ Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank-Pfandbriefe Ser. 18	98,—	99,—
Der Reichsbankzinsfuss	5 bzw. 6 $\frac{0}{10}$	4 bzw. 5 $\frac{0}{10}$.

Auf dem Hypothekenmarkt ist die Geldflüssigkeit noch wenig in Erscheinung getreten, doch ist nicht zu verkennen, dass mit dem zunehmenden Vertrauen auch auf diesem Gebiete eine Besserung sich vorbereitet hat.

2. Garn-, Band- und Kurzwaaren.

Das Geschäftsjahr 1901 zeigte in dieser Branche die gleichen Erscheinungen, wie sie in übrigen Wirthschaftsgebieten sich geltend gemacht haben, d. h. Krisis in Folge der Ueberproduktion.

Die Preise gingen fast in allen Artikeln rückwärts, wodurch empfindliche Entwerthung der Läger eintrat. Auch waren die Verluste durch schlechte Schulden erheblich höher als in früheren Jahren. Der Umsatz dagegen hielt sich auf befriedigender Höhe, da der Bedarf an Stapelartikeln zuerst nothwendig gedeckt werden musste.

Baumwollene Garne fielen langsam im Preise, die Unsicherheit über den Ausfall der amerikanischen Ernte blieb bestehen bis zum Jahresschluss, der sogar eine Aufwärtsbewegung wieder brachte. Die nervösen Schwankungen des Marktes erschwerten jede Kalkulation.

In baumwollenen Webwaaren wurden die Preise auf den billigsten Stand gedrückt, wie er vor zwei Jahren gewesen, obwohl Rohbaumwolle statt $28\frac{1}{2}$ Pfg. jetzt im Durchschnitt 41 bis 42 Pfg. kostet, lediglich eine Folge der Ueberproduktion.

Wollgarne waren schon zu Anfang des Jahres wieder auf den billigsten alten Stand zurückgekehrt, und man hoffte damit den Tiefpunkt erreicht zu haben, als der Herbst durch die grosse Wollproduktion Südamerikas und die Vergrößerung der Spinnereien im Inland einen Abschlag für mittlere und geringere Preislagen brachte, der jeden bisher bekannten Preis weit hinter sich lässt. Spinner und Zwischenhändler wurden in sehr ungünstige Lage versetzt, die hoffentlich aber dadurch bald gebessert wird, dass der billige Preis den Absatz erweitert. Der Preis der niedrigeren Qualitäten Wollgarn ist heute $33\frac{1}{3}\%$ billiger als vor zehn Jahren, und Wollgarn tritt immer noch an Stelle des baumwollenen Garnes. Es ist kaum wahrscheinlich, dass dieser abnorme tiefe Preisstand lange anhält.

Ausländische, besonders englische Strickgarne werden immer weniger gefragt.

Leinen blieb fest im Preise auf vorjähriger Höhe in Folge der knappen Ernte, wodurch für Spinner und Händler das Geschäft sehr eingeengt wurde und theilweise verlustbringend war.

Kurzwaaren sanken langsam im Preise, ohne besondere Veränderung im Umsatz zu zeigen.

In Barmer und Annaberger Besätzen gingen schwarze Tressen und Atlas-Blenden flott, alles Andere blieb vernachlässigt.

3. Seidenwaaren.

Nachdem die Preise der Rohseide im Herbst 1900 bis fast auf den billigsten Stand zurückgegangen waren, konnte das Geschäft sich auf der damit festgelegten Basis im Jahre 1901 gut entwickeln und brachte im Ganzen durchaus normale Umsätze.

Die in allen Produktionsländern nur mittelmässig ausgefallenen Ernten des Jahres 1901 hätten vielleicht für die zweite Hälfte des Jahres wieder eine kleine Preissteigerung gerechtfertigt; aber die Versuche der Eigner und Spinner, Aufbesserungen der Preise zu erzielen, scheiterten an dem Mangel an Lust zu grösseren Abschlüssen, der ja bei der ganzen politischen und industriellen Lage nicht zu verwundern war.

Erst im Spätherbst konnten zum Theil etwas bessere Preise erzielt werden und mit Schluss des Jahres mussten durchweg 2—3 % höhere Stoffpreise in Betracht gezogen werden.

In Stoffen waren die stark gefragten Artikel für Besatzzwecke und für Blousen ungefähr die gleichen.

Chiné-Stoffe, für Besatz mehr in Halbseide, für Blousen mehr in Ganzseide, waren in ihren entzückenden Ausführungen an der Spitze, zuerst mehr in schlichten und damassirten Geweben, später auch mit Streifeneffekten.

Streifen waren überhaupt die Parole vom Anfang bis zum Ende des Jahres. Infolge der verhältnissmässig bequemen Fabrikation brachte die Fabrik darin eine Neuheit nach der anderen; alles wurde von der Kundschaft glatt aufgenommen. Am stärksten gefragt waren stark hervortretende Effekte mit aufgewebten soutache-artigen Fäden und à jour gewebte Stoffe.

In enormen Massen gingen alle gestreiften Waschseiden, besonders die japanischen Ursprungs, die durch ihre Billigkeit und hübsche Ausführung der deutschen Fabrikation starke Konkurrenz machten.

Als Waschseide wurde schliesslich alles bezeichnet, was billig und schlecht war, ein Waschen aber meistens wegen der schlechten Färbung und der geringen Haltbarkeit unmöglich, während die japanischen Seiden sich waschen lassen und ziemlich gut halten.

Die Japaner haben enorme Fortschritte gemacht und liefern schöne gleichmässige Waare, wie das in den Pongis, die seit mehreren Jahren eine immer grössere Rolle spielen, auch zu Tage tritt.

Carreaux wurden im Gegensatz zum vorigen Jahr wenig gekauft.

Die im vorigen Bericht erwähnten Stoffe mit Gold konnten im ersten Halbjahr kaum genügend beschafft werden, im zweiten war die Nachfrage darin nur gering.

Für Robenzwecke waren Damaste gleichmässig gut gefragt, auch in ganz hohen Preislagen, besonders in hellen und mittleren Farben. Für leichte Sommerkleider spielten bedruckte Pongis eine grosse Rolle und fanden lebhaften Absatz.

Sammete gingen gleichmässig gut, sowohl in schlicht als auch gemustert. Bedruckte Sammete, in denen viele hübsche Neuheiten gebracht wurden, hatten sich auch im verflossenen Jahre grosser Gunst zu erfreuen. Auch hierin wurden Streifmuster gern gekauft.

Plüsch gingen nur in billigen Qualitäten zu Besatz.

In schwarzen schlichten Stoffen war das Geschäft im ersten Halbjahr nur mässig; das zweite Halbjahr und besonders das Ende des Jahres brachten wieder grössere Umsätze, wohl in Folge der etwas anziehenden Preise.

In schwarzen Damasten war das Geschäft gleichmässig und gut.

4. Damen- und Kindermäntel.

Das Frühjahrsgeschäft war dem des Vorjahres ziemlich gleich, während die Sommermonate recht ruhig verliefen und die Umsätze gegen das Vorjahr zurückblieben. Der Grund hierfür ist wohl in der anhaltend warmen und regenlosen Witterung zu suchen, sowie den vielfachen Kapital- und Zinsverlusten mancher Konsumenten. Das Herbst- und Wintergeschäft begann flau und wurden bessere Umsätze erst im November und Dezember erzielt. Die allgemeine Krise der Industrie sowie verschiedener Banken mahnten zu vorsichtigen Dispositionen und findet man deshalb fast überall gut geräumte Läger, jedoch wird auch der Umsatz in der Wintersaison im Vergleich zum Vorjahre geringer sein.

Unlautere Anpreisungen von Geschäften durch Zeitungen, sowie an das Schwindelhafte grenzende Schaufenster-Preisausstattungen waren speciell in der Stadt Braunschweig flott im Gange; leider werden diese Uebelstände schwer zu beseitigen sein,

Als voll befriedigend kann man das Jahresgeschäft nicht bezeichnen.

5. Putzartikel.

Wie für das Geschäft im Allgemeinen, so war das Jahr 1901 auch für die Damenputzbranche kein gutes. Gedrückte Preise und schleppende Zahlungsweise bildeten die Signatur.

6. Steinkohlen- und Koakshandel.

Im Kohlenhandel haben im Jahre 1901 Angebot und Nachfrage im Allgemeinen sich die Waage gehalten; die Preise blieben fast in allen Sorten unverändert; nur in Gaskohlen für Gasfabriken und in mageren Sieb- und Waschprodukten, die innerhalb des Gesamtabsatzes eine kleine Rolle spielen, trat eine Preiserhöhung von Mk. 0,50 bis 1 Mk. pro Tonne ein.

Ebenso liegt es mit Steinkohlenbrikets, deren Abschlusspreise sich für 1901/02 durchgehends um 1 Mk. pro Tonne höher stellen, als für 1900/01, und die das ganze Jahr hindurch hinreichenden Absatz fanden.

Anders war die Geschäftslage in Koaks. In diesem Artikel blieb in Folge des Darniederliegens der Eisenindustrie die Nachfrage stark hinter dem Angebot zurück und die — vorher allerdings sehr heraufgeschraubten — Preise wurden in zweiter Hand

bedeutend herabgedrückt, so dass vielfach mit Schaden verkauft werden musste.

Der Gesamtumsatz an Kohlen, Brikets und Koaks in dem für hier hauptsächlich in Betracht kommenden Ruhrbezirk war in 1901 nur um 2,1 % niedriger, als in 1900; im Saarbezirk blieb er um 0,9 % gegen das Vorjahr zurück, während er in Oberschlesien 1901 um 1,1 % höher war, als 1900.

7. Weinhandel.

Der Weinhandel im Herzogthum Braunschweig ist im letzten Jahre in ähnlicher Weise wie seither verlaufen. Sehr schädigend für denselben sind die häufigen Anpreisungen so vieler, oft schwindelhafter, auswärtiger Ausverkäufe und Auktionen, sowie die Weinverkäufe gewisser Gesellschaften, die, nicht durch Abgaben und Gewerbesteuern belastet, allenthalben als verkappte Weinhandlungen auftreten und dem leichtgläubigen Publikum oft genug Waare zweifelhafter Natur zu den billigsten Preisen aushängen.

In rothen Bordeauxweinen erstreckte sich der Hauptumsatz in Flaschen auf 91er, 92er, 95er und 96er Weine und in Gebinden auf 98er und 99er; doch ist hierbei leider zu konstatiren, dass wohl in Folge der allgemeinen so ungünstigen wirthschaftlichen Lage die sogenannten Qualitätsweine viel weniger gekauft sind, als in den früheren Jahren. In weissen Bordeauxweinen ist so gut wie gar kein Konsum mehr und sind dieselben durch die guten und preiswerthen deutschen Weissweine fast völlig verdrängt worden.

Auch der Umsatz in französischem Cognac und in Schaumweinen ist zu Gunsten der deutschen Produkte wesentlich zurückgegangen.

Während in unserem Herzogthum von einem Handel in deutschen Rothweinen überhaupt keine Rede sein kann, ist der Umsatz in deutschen Weissweinen, und besonders immer noch in den billigen Moselweinen, ein recht bedeutender gewesen, und war es dem Weinhandel nicht schwer, darin die Konsumenten durch die grossen 95er, 97er und 99er Ernten nach jeder Richtung hin zufrieden zu stellen. Dieselben Jahrgänge sind auch am Rhein und in der Pfalz gut ausgefallen, so dass ein kleiner Aufschwung im Konsum dieser Weine unterschieden stattgefunden hat.

In den heissen Weinen, wie Portwein, Sherry, Madeira, Marsala etc., bleibt sich der Umsatz immer ziemlich gleich, da von hier aus in diesen Weinen mit einigem Erfolg kein Engrosgeschäft zu erzielen ist. Ebenso verhält es sich mit den vom Weinhandel geführten und direkt importirten Spirituosen, wie Rum, Arrac, Cognac, da dieselben nur von den Hafenplätzen aus im Engrosverkehr gewinnbringend vertrieben werden können.

Die Einführung des neuen Weingesetzes hat der solide Weinhandel mit Freuden begrüsst und verspricht sich davon ein

ferneres gutes Gedeihen, wenn das Gesetz überall mit rücksichtsloser Strenge gehandhabt wird.

8. Drogenhandel.

Der Rückblick auf das abgelaufene Jahr ist nicht erfreulich, da die in dem vorigen Berichte bereits angedeutete Unsicherheit der Preise gleich in den ersten Monaten fühlbar wurde und erhebliche, rückgängige Konjunkturen eine nutzbringende Verwerthung der Vorräthe nicht zulassen. Insbesondere machten sich die Nachtheile der in der chemischen Industrie mit Vorliebe gepflegten Konventionen geltend, da Uneinigkeit unter den Kontrahenten, abzuwehrender Mitbewerb des Auslandes und nicht zuletzt die allgemein ungünstiger gewordene Geschäftslage zu empfindlichen Preisherabsetzungen führte, die das Lager entwertheten. Hiervon abgesehen, war der Geschäftsgang der Branche ein regelmässiger.

In Bezug auf die Branntweinsteuer-Gesetzgebung ist zu berichten, dass die Verwendung steuerfreien Aethers grösseren Fabriken, staatlichen Lehranstalten etc. unter gewissen Kautelen freigegeben wurde.

Der Verkehr mit Arzneimitteln erfuhr durch eine kaiserliche Verordnung vom 22. Oktober eine Neuregelung.

9. Kolonialwaaren.

Das Geschäft kann im Grossen und Ganzen wohl als zufriedenstellend bezeichnet werden. Je nach der Jahreszeit und den Preisverhältnissen für die einzelnen Artikel wechselte es allerdings zwischen lebhafteren und ruhigeren Perioden, aber der Bedarf ist nicht kleiner gewesen, im Gegentheil, er zeigt vielfach eine Zunahme. Auffallend war eine sonst nicht beobachtete Geschäftsstille in den beiden letzten Monaten des Jahres.

Ueber die Lage des Kleinhandels ist kaum etwas Neues zu berichten. Es bestehen dieselben Verhältnisse, wie sie in früheren Berichten zum Ausdruck kamen, weiter, aber ungünstiger ist die Lage auch nicht geworden.

Gehen wir nun zu den einzelnen Artikeln über, so nimmt das Hauptinteresse wieder Kaffee in Anspruch. Die Preise, die im Vorjahre grossen Schwankungen unterworfen waren, zeigten auch in dem abgelaufenen erhebliche Differenzen, durch abweichende Schätzungen der Zufuhren und Ernteerträge, besonders des Hauptproduktionslandes Brasilien, hervorgerufen. Wir begannen das Jahr mit 32 Pfg. für den laufenden Monat good average Santos, um zunächst Ende Januar auf 30 Pfg. zu fallen. Dann hoben sich die Notirungen wieder etwas, denn am 4. März kostete der laufende Monat 34 $\frac{1}{2}$ Pfg., aber diese Besserung vermochte sich nicht zu behaupten. Wir erreichten am 24. Juli mit

26 $\frac{1}{2}$ Pfg. den niedrigsten Stand. Von diesem Tage an begann eine allmähliche, zuerst ganz langsame, später raschere Steigerung, die am 11. November mit 39 Pfg. für den laufenden Monat, nachdem noch wenige Tage vorher (z. B. am 5. November) 34 $\frac{1}{4}$ Pfg. notirt wurde, ihren Kulminationspunkt erreichte. Nun vollzog sich zunächst ein Rückgang bis 34 $\frac{3}{4}$ Pfg., der zwar von einer neuen Besserung, bis 39 Pfg., abgelöst wurde, aber Ende Dezember kostete effektive Waare wieder 36 $\frac{3}{4}$ Pfg. bei sehr stillem Geschäft. Betrachten wir den Gang der Preise von diesem und dem vorhergehenden Jahre, so muss sich jedem Unbefangenen die Ueberzeugung aufdrängen, dass es zunächst rein unmöglich ist, zuverlässige Schätzungen der Ernte eines so grossen Landes, wie Brasilien, zu erlangen und zweitens, dass der Artikel selbst viel zu gross ist, um sich auf die Dauer von einer Gruppe Spekulanten beherrschen zu lassen. Angebot und Frage, die für die Preisgestaltung eines Artikels, wenn er sich selbst überlassen bleibt, allein maassgebend sind, bilden in letzter Linie doch immer das entscheidende Moment.

Reis. Die Umwandlung im deutschen Reishandel, durch die Vereinigung der Bremer, Hamburger und Flensburger Reismühlen, haben dem Markte eine stabilere Haltung verschafft und waren in Folge dessen die Preisänderungen während des ganzen Jahres kaum nennenswerth. Die Ein- und Ausfuhr des hiesigen Bezirks hielt sich auf der Höhe des Vorjahres.

Südfrüchte. Mandeln. Da die Ernte 1900 ein geringes Ertragniss lieferte, waren Preise zunächst sehr hoch, denn Anfang des Jahres notirten süsse Sicil-Mandeln P. und G. und Bari Frucht 110 bis 118 Mk. unverzollt per 50 Kilo ab Hamburg; Ende März, nach einem guten Verlauf der Blüthe, kostete dieselbe Waare nur noch 93 Mk. und fiel bis Ende August auf 70 bis 75 Mk. Die Offerten für Herbstlieferung, neue Frucht, waren noch niedriger; im September konnte man süsse P. und G. à 56 Mk. cif Hamburg kaufen. Von da ab gingen Preise etwas höher, so dass Ende Dezember 62 bis 63 Mk. ab Hamburg bezahlt werden musste. — Das Geschäft in Rosinen war wenig erfreulich, einmal der zu hohen Preise wegen und zum anderen wegen der sich immer mehr verschlechternden Qualität, die den Bezeichnungen der Ablader oft geradezu Hohn spricht, dies gilt namentlich von Eleme-Rosinen; die Packung der Valencia-Frucht ist reeller und hat diese in Folge dessen die Elemes vielfach verdrängt; gern gekauft wurden spanische Sultana-Rosinen, da sie gut gereinigt und wohlschmeckend sind. — Von Korinthen gilt ziemlich dasselbe, was über Mandeln gesagt ist; der Werth, bis August nahezu um 50 % sinkend, hob sich gegen Jahresschluss langsam, aber stetig; die Vorräthe sind überall mässig.

Pflaumen. Der reichen Ernte des Vorjahres folgte in Frankreich, Kalifornien und in den Donau-Ländern eine sehr kleine im

Berichtsjahre und waren die Preise für letztere verhältnissmässig hoch. Die grossen Vorräthe aus 1900 verhinderten allerdings eine übertriebene Steigerung. Bosnische kosteten Anfang Januar ab Budapest unverzollt, Sackpackung $95/100 = 26$ Mk., $80/5 = 27$ Mk., Anfang April $24\frac{3}{4}$ resp. 26 Mk., Anfang Juli $26\frac{1}{4}$ resp. $32\frac{1}{4}$, Anfang September 25 resp. 29 Mk., und im Dezember $25\frac{3}{4}$ resp. 28 Mk.; französische neuer Ernte stellten sich wesentlich höher als im Vorjahr und sind nur vereinzelt bezogen worden, dagegen fanden Kalifornier, obwohl auch viel theurer als vorher, mehr Käufer.

Fettwaaren. Amerikanisches Schmalz. Das Geschäft in diesem Artikel war fast das ganze Jahr hindurch ein lebhaftes, ungeachtet der viel höheren Preise, die Anfang Oktober noch 14 Mk. höher waren, als im Oktober 1900 und seit Anfang des Jahres bis zum höchsten Punkt ca. 15 Mk. stiegen. Die hauptsächlich geführten Marken kosteten in Fässern von 100 Pfund unverzollt ab Hamburg:

Barbarossa	$37\frac{3}{4}$ Mk.,	Special	$39\frac{3}{8}$ Mk.	Anfang	Januar
„	$42\frac{1}{2}$ „	„	$43\frac{5}{8}$ „	„	April
„	$43\frac{3}{4}$ „	„	$43\frac{7}{8}$ „	„	Juli
„	51 „	„	52 „	„	Oktober, um mit
„	49 „	„	$50\frac{3}{4}$ „	„	Ende Dezember zu schliessen.

— Amerikanisches Petroleum, raff. stand. white. Dasselbe wird meistens in Tankwagen bezogen und hier in Barrels gefüllt; die nachstehend notirten Preise gelten indess für Lieferung in Barrels ab Bremen resp. Weserhäfen unverzollt:

Anfang Januar	6,95 Mk.	} per 50 Kilo netto und prompte Lieferung.
Ende März	7,15 „	
„ Juli	6,35 „	
„ Oktober	6,95 „	
„ Dezember	6,70 „	

— Thran. Der Handel damit spielt eine sehr bescheidene Rolle, soweit jedoch Einkäufe gemacht wurden, mussten etwas höhere Preise bewilligt werden, hervorgerufen durch ungünstige Fangergebnisse; der Robbenfang bei Grönland war z. B. so arm, wie man ihn kleiner noch nie gekannt hat.

Heringe. Der Fang war reicher als im Vorjahre und dementsprechend stellten sich die Preise niedriger. So weit Angebot vorlag, wurden deutsche Marken gekauft, ausserdem schottische Crownfulls und Holländer. Anfang September standen die Preise am niedrigsten, indem z. B. schottische Crownfulls damals à 22 sh erhältlich waren; kurz darauf, als in Folge schlechter Witterungsverhältnisse der Fang ungünstigere Resultate lieferte, trat eine erhebliche Steigerung ein und musste Ende September für Schotten 30 sh pro Tonne bezahlt werden. Ende Dezember kosteten

solche in Hamburg 36 Mk. verzollt, während Deutsche prima gleichzeitig 34½ und Holländer sortirte 33 Mk., superior 38 Mk. inklusive Zoll kosteten.

Gebr. Dannenbaum.

10. Viehhandel.

Im Allgemeinen darf man den Viehhandel des Jahres 1901 als einen weniger flotten bezeichnen, als den der Vorjahre; schon der durch die Auswinterung des Weizens hervorgerufene Stroh-mangel, der durch Sommerkorn ungenügenden Ersatz fand und die Landwirthschaft vielfach zur Einschränkung des Viehstandes veranlasste, trug das seinige dazu bei.

Trotz alledem kann man einen Rückgang der Preise in Magervieh nicht konstatiren.

Gute Milchkühe wurden in Folge weiterer Ausdehnung der Molkereibetriebe sehr gefragt und mit hohen Preisen bezahlt, untergeordnetere, reichlicher zugeführte Thiere nach Werth.

Wie seit Jahren schon, machte sich hierbei wieder das Einfuhrverbot, welches dem holländer Zuchtvieh den deutschen Markt verschliesst, recht bemerkbar nicht allein dadurch, dass die milch-ergiebigen Holländer überhaupt nicht käuflich sind, sondern auch durch den Mangel an Zuführung frischen Blutes zur Aufbesserung unserer Inlandsrassen.

Bayerische Gangochsen erfreuten sich, besonders erstklassige, reger Beobachtung, bedangen auch angemessene Preise, mittlere und abfallende Sorten zu Zug- und Mastzwecken wurden weniger flott abgesetzt und je nach Lage des Marktes bewerthet.

Auch in jungen Ochsen (Stieren) zu Mastzwecken war das Geschäft umfangreich, aber wenig lukrativ.

Schafe zur Zucht waren zeitweise ein recht gesuchter Artikel und danach auch im Preise.

Durch grossen Stroh-mangel veranlasste Aufgabe vieler Schäfereien Westpreussens und Posens gab Gelegenheit, die diesseitigen Anforderungen grösstentheils prompt zu befriedigen.

Aehnlich war der Handel in Jährlingshammeln, während Lämmer zu Mastzwecken in der Bedarfszeit reichlicher zur Verfügung standen.

Der Handel in Fettvieh ist durchweg kein befriedigender gewesen, wesschon in gewissen Zeitabschnitten hin und wieder kleine Aufbesserungen der Preise eintraten.

Recht fühlbar machte sich dabei die Ruhe der Industrie in Rheinland und Westfalen, welche die Hauptmengen von Ochsen und Kühen aus dem Herzogthum und den angrenzenden preussischen Distrikten aufzunehmen haben. Der Konsum sank fortwährend in der zweiten Jahreshälfte, und unter Mitwirkung der Konkurrenz österreichischen Viehes erlitten die Preise bald mehr, bald weniger Einbussen.

Auch der Absatz nach Süddeutschland konnte sich dem Drucke der unangenehmen Mitbewerbung aus Oesterreich nicht erwehren.

Fast gleich erging es dem Handel mit Stieren, der am Berliner Markte durch die in Ost- und Westpreussen abgestossene, oft nur halbfette Waare zu leiden hatte, während die nach unseren Nordseehäfen dirigirten Partien leider nur zu häufig unter dem Einflusse der holsteinischen und dänischen Zufuhren standen.

Der Absatz in Hammeln beschränkte sich zum grössten Theil auf die Nordseehäfen und Berlin. Der Export nach England war von untergeordneter Bedeutung, und Sachsen rentirte nur in seltenen Fällen.

In den ersten fünf Monaten des Jahres behaupteten sich die Preise an den Hafenplätzen, nahmen dann aber durch Zutrieb von Grasvieh (Weidevieh) eine weichende Richtung an und führten damit die belangreicheren Sendungen dem Berliner Markte zu, an welchem je nach Angebot und Frage grosse Preisschwankungen zu verzeichnen gewesen sind.

11. Getreidehandel.

Das Getreidegeschäft ist im Berichtsjahre als nicht zufriedenstellend zu betrachten, denn obgleich in Futterartikeln zeitweise ein lebhafter Handel unter günstigen Konjunkturen zu verzeichnen war, blieb doch der Umsatz in Brotgetreide ein recht schwerfälliger und wenig gewinnbringend.

In Weizen beschränkte sich das Absatzgebiet wieder auf die Umgegend und nahe westfälische und hannoversche Stationen. Man bezahlte Anfang des Jahres 149 Mk. erste Kosten, welcher Preis sich, da der starke Frost einen grossen Theil des Winterweizens zu Grunde richtete und die Zufuhren im Frühjahr nicht bedeutend waren, successive bis Anfang Mai auf 176 Mk. hob.

Grössere Ankünfte amerikanischen Weizens drückten hiesige Waare im Juni/Juli auf 164 Mk. herab. Die neue Ernte brachte in Folge der Auswinterung des Winterweizens hauptsächlich Sommerweizen zum Angebot, wovon ein wesentlich grösseres Areal als im Vorjahre angebaut war und welcher bei günstigem Erntewetter guten Ertrag und schöne, schwere Qualität lieferte.

Anfänglich wurde Winterweizen 3 bis 5 Mk. höher bewerthet als Sommerweizen; später fand Weizen durchweg im September zu 154 bis 157 Mk., Oktober/November 158 bis 162 Mk., Dezember bis 166 Mk. Aufnahme, egale Partien mindestens 10 Prozent auch wohl zu 2 bis 3 Mk. höherem Preise.

Der Handel in Roggen war nicht von Bedeutung und Rendement auf weitere Entfernungen fand nicht statt. Im Januar bezahlte man erste Kosten 147 Mk., Februar/März 140 bis 143 Mk., April/Mai 147 bis 149 Mk., Juni/Juli 140 bis 142 Mk. Unter Auswinterung hatte Roggen weniger zu leiden als Weizen, daher die

Ernte ziemlich zufriedenstellte, besonders qualitativ. Im ferneren Verlaufe des Jahres schwankten Preise wenig und bewegten sich von August bis Dezember zwischen 139 und 142 Mk. Vom Auslande passten Notirungen nicht, doch wurden zur Deckung des Bedarfs von Mecklenburg und der Altmark Bezüge gemacht.

Für Hafer bestand meistens gute Bedarfsfrage, der Handel kennzeichnete sich als ziemlich schlank; im Beginne des Jahres mit 145 Mk. bezahlt, stieg der Preis langsam bis Juli auf 158 Mk.

Die neue Ernte ergab ein gutes Resultat, wenngleich die Qualität diejenige des Vorjahres nicht ganz erreichte. In Folge der starken Angebote August/September wich der Preis auf 133 Mk.; die rapide Steigerung in Mais indessen sowie die rege Nachfrage aus den Provinzen Sachsen, Anhalt, Hannover und Westfalen wirkten befestigend, so dass Schluss des Jahres über 150 Mk. bewilligt wurden.

Auch in Gerste ist die Ernte als eine sehr gute zu bezeichnen, besonders quantitativ. Die Zufuhren neuer Waare zeigten recht trockene Qualität, ziemlich gute Farbe, aber nicht immer volles Korn. Die überaus starken Angebote im Herbst hatten einen wesentlichen Preistrückgang zur Folge, besonders in mittleren Sorten, während sich prima Waare zu behaupten vermochte. Geringe Landgersten fanden, da man nicht über 145 Mk. dafür bewilligte, meistens für Futterzwecke Verwendung; Mittelwaare erzielte 155 bis 165 Mk., prima 180 Mk. und darüber. Mährische Gerste dürfte, da zu hoch im Preise, kaum nach hier gehandelt sein.

Futtergerste von Südrussland und der Donau war bei lebhaftem Geschäft wenig Preisschwankungen unterworfen; man kaufte im ganzen Jahre ca. 125 bis 131 Mk. ab Magdeburg.

Amerikanischer Mais erfuhr vom Juli bis Dezember eine Steigerung von über 30 Mk.; das Geschäft hielt sich aber bei dem hohen Preise in engen Grenzen.

Feldbohnen, Erbsen, Wicken, Lupinen haben volle Ernten nicht erreicht, weshalb die Preise für diese Artikel verhältnissmässig hoch blieben.

12. Tapetenhandel.

Die allgemeine ungünstige Geschäftslage ist naturgemäss auch im Tapetenhandel pro 1901 zum Ausdruck gekommen. Wenn auch der Bedarf im Ganzen gegen das Vorjahr wohl nur wenig zurückgeblieben ist, so muss doch festgestellt werden, dass die Umsätze dem Werthe nach stetig zurückgehen. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich darin, dass der Durchschnittspreis für die allgemeine Konsumwaare von Jahr zu Jahr gesunken ist, da die Fabrikanten es verstehen, durch verbesserte Einrichtungen etc. trotz erhöhter Rohmaterialpreise wenn auch nicht alle, so doch die begährtesten Genres zu verbilligen, ohne zwar der Haltbarkeit genügend Rechnung zu tragen. Dagegen ist nicht zu leugnen, dass

die Nachfrage nach werthvolleren Sachen steigt, doch dürften die wenigsten Händler dadurch Ersatz gefunden haben für den Ausfall im Umsatz von Stapelwaare.

13. Kunstgärtnerei.

Die auf das Jahr 1901 gesetzte Hoffnung, dass sich die Geschäfte in der Kunstgärtnerei gegen das Jahr 1900 wieder heben würden, hat sich leider nicht erfüllt; im Gegentheil ist das Geschäft noch mehr zurückgegangen.

Der am 1. Januar einsetzende strenge und anhaltende Winter hat einen, wie seit langen Jahren nicht zu verzeichnenden Verbrauch an Heizmaterial beansprucht, was, durch die hohen Preise desselben, eine unverhältnissmässige Mehrausgabe für Betriebskosten veranlasste. Dazu kommt, dass die Gärtnerei noch immer an einem sehr fühlbaren Mangel an Arbeitskräften und an Zahlung verhältnissmässig hoher Löhne und zu kurzer Arbeitszeit zu leiden hat.

Erwägt man weiter, dass die Kunstgärtnerei meist nur Luxusartikel produziert und dass das Kaufen derselben in geschäftlich stiller Zeit und bei den im verflossenen Jahre stattgehabten Verlusten der Kapitalisten und Private zuerst eingeschränkt wird, so kann ein Zurückgehen unseres Geschäftes nicht verwundern. Das Geschäft zu Ostern, zum Todtenfeste und zu Weihnachten steht freilich hinter dem im Jahre 1900 nicht zurück; dagegen ist zu den anderen Zeiten des verflossenen Jahres eine geschäftlich übergrosse Stille zu verzeichnen, so dass 1901 viel schlechter abgeschnitten hat als 1900.

Was nun die Kulturen und deren Absatz anbetrifft, so sind für Rosen und sonstige Baumschulartikel ausser Gesträuchen ein flotter Absatz und auch gute Preise zu verzeichnen. Gesträuche dagegen waren nicht zu Preisen zu verkaufen, die deren Anbau rentabel erscheinen lassen, in Folge der in diesem Artikel stattfindenden Ueberproduktion.

Die Treiberei der Blumenzwiebeln hat auch den Erwartungen, die man an die Rohwaare stellen durfte, nicht entsprochen. Flieder, Azaleen, indische wie pontische, Rhododendron, Rosen und andere Treibsträucher trieben sich zu Anfang schwer, später besser, blieben jedoch viel unverkauft und im Preise stark gedrückt, trotzdem das Treiben der anhaltenden Kälte und hohen Kohlenpreise wegen grössere Kosten verursachte als in normalen Jahren. Maiblumen, Anfangs gesucht und zu annehmbaren Preisen verkauft, sanken jedoch nach kurzer Zeit sehr im Preise und waren kaum noch abzusetzen.

Deutsche Schnittblumen waren reichlich angeboten, oft auch für den niedrigsten Preis nicht abzusetzen, geschweige denn für den Preis, der eine solche Anlage rentabel macht. Eine Ausnahme hiervon machten die deutschen Schnittrosen, die nicht den

Bedarf decken konnten, da die grosse Dürre die Anlagen stark geschädigt und den Ertrag stark beeinträchtigt hat. Französische Schnittblumen waren meistens in grossen Mengen am Markte und wurden im Durchschnitt zu einem so niedrigen Preise angeboten, dass deutsche Waare nicht zu konkurriren im Stande war, was auch wohl für alle Zukunft ausgeschlossen ist, da unsere klimatischen Verhältnisse und grösseren Herstellungskosten viel schlechter und theurer sind als die von Frankreich und Italien. Einen Beweis, dass die Zeiten auch für die Kunstgärtnerei sehr schlecht sind, geben uns allwöchentlich unsere Fachzeitungen durch das Bekanntgeben vieler Konkurse, selbst alter angesehener Geschäfte. Sah die deutsche Kunstgärtnerei bereits zu Anfang des Jahres mit Besorgniss in die Zukunft, so liegt am Schlusse des Jahres noch mehr Grund vor, einen baldigen Aufschwung unseres Geschäftes zu ersehnen, sollen nicht noch weit mehr Geschäfte zu Grunde gehen.

A. Bültemann,
Obmann der Verbandsgruppe Braunschweig.

14. Glas- und Porzellanwaaren.

Die Lage der Porzellan- und Glasbranche hat sich in den Jahren 1900/1901 im Wesentlichen nicht verändert. Für diejenigen Geschäfte, die sich nicht vorwiegend den Luxusartikeln widmen, ist das Geschäft befriedigend gewesen, soweit es den Umsatz anbetrifft. In den Preisen haben, der Bazare wegen, zum Theil erhebliche Konzessionen gemacht werden müssen. Doch scheint eine Besserung in soweit eingetreten zu sein, dass ein Theil der Käufer den Qualitätsunterschied zwischen den von Bazaren und den von Specialgeschäften geführten Waaren herausgefunden hat. Hoffentlich bricht sich diese Erkenntniss weiter Bahn. Die im vorigen Bericht erwähnte Vereinigung der Porzellan- und Glasfabrikanten besteht weiter und wird sich auch wohl halten. Diese Konvention ist als ein Glück für die Branche zu bezeichnen. Die hervorragendsten Firmen haben zu gegenseitigem Schutz eine Vereinigung mit dem Sitze in Berlin gegründet.

Jos. Ross.

Handelsregister.

(Juli.)

1. Neueintragungen.

1. Dampfmolkerei Söllingen, Amandus Geitner, Söllingen. Inhaber: Molkereibesitzer Amandus Geitner.
2. Gustav Lehr, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Gustav Lehr.
3. Radatz & Reinecke, offene Handelsgesellschaft, Handlung mit Papier-, Schreib- und Luxuswaaren, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Fritz Reinecke und Hugo Radatz.

4. H. Sievers & Co. Nachf., Buchdruckerei, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Franz Wilhelm Goebel.
5. Carl Herms & Comp., offene Handelsgesellschaft, Betrieb einer Fabrik zur Konservierung von Spargel, Erbsen, Bohnen, Pilzen und anderen Früchten, Calvörde. Inhaber: Molkeereibesitzer Carl Herms zu Calvörde, Kohlenhändler Christian Lauenroth daselbst.
6. Wiedaer Sägewerk Gustav Redeker, Fabrikation von Holzsohlen zu Schuhen und Pantoffeln, Wieda. Inhaber: Sägewerksbesitzer Gustav Redeker.
7. Stroeher & Ehren, Agentur- und Kommissionsgeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Emil Stroeher und Henry Ehren.
8. Braunschweigisch-Hannoversche Maschinenfabriken, Aktiengesellschaft, Delligsen, Zweigniederlassung in Bornum. Gründer der Gesellschaft sind: Bankier Selly Meyerstein, Namens der offenen Handelsgesellschaft Max Meyerstein in Hannover, Bankier Kommerzienrath Gottfried Herzfeld in Hannover, Direktor Otto Oertel in Alfeld, Direktor Friedrich Doerk daselbst, Brauereibesitzer Henry Fricke daselbst.
9. Friedrich Pilz, Mühle Offleben, Kornhandel mit Lohnmüllerei in Schöningen. Inhaber: Müller Friedrich Pilz in Offleben.
10. Franz Schatz Nachfolger, Hasselfelde. Inhaber: Fabrikant und Eisenwarenhändler Otto Schatz.
11. Gustav Bieler, Kolonialwaarengeschäft, Seesen. Inhaber: Kaufmann Gustav Bieler.
12. Gebr. Frank, An- und Verkauf von Pferden, Altendorf. Inhaber: Pferdehändler Jacob Frank und Pferdehändler Gustav Frank.
13. Hamburger Engros-Lager Wilh. Klopp & Co., Braunschweig. Kommanditgesellschaft, begonnen am 16. Juli 1902, persönlich haftender Gesellschafter Kaufmann Wilhelm Klopp, sowie ein Kommanditist.
14. J. H. Pillmann Nachf., Konservenfabrik, Braunschweig. Inhaber: Konservenfabrikant Carl Wagener.
15. Langelsheimer Electricitätswerk, Emil Liebetraut, Langelsheim. Inhaber: Mühlenbesitzer Emil Liebetraut.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Rhüdener Thonwerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Rhüden. An Stelle des früheren Geschäftsführers, Chemikers Rudolf Keseling, sind zu Geschäftsführern gewählt: Betriebsleiter Hans Eisenhardt, Kaufmann Rudolf Bergen, beide zu Kl. Rhüden, und zum Stellvertreter der beiden Geschäftsführer der Kaufmann Iwan Freudenthal in Braunschweig.
2. Werner Weusthoff, Braunschweig. Durch das erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Werner Lüddecke, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Hoflieferanten Heinrich Lüddecke unter der bisherigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
3. Heinrich Lüddecke, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Werner Lüddecke, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Hoflieferanten Heinrich Lüddecke unter der bisherigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
4. Deutsche Rabatt-Marken-Gesellschaft Tischmann & Co. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Joseph Klenert in Stettin, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft von dem Kaufmann Wolf Tischmann unter der vorbezeichneten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
5. Gebrüder Levin, Braunschweig. Der Mitgesellschafter, Kaufmann Robert Levin, ist aus der Handelsgesellschaft ausgeschieden und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von den Kaufleuten Hermann und Wilhelm Levin unter obiger Firma und auf alleinige Rechnung fortgesetzt.

6. Heinrich Haslicht & Co., Braunschweig. Durch das durch Tod erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Hermann Severit, ist die offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Otto Strube unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
7. H. Brathering, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva, jedoch ohne Passiva, aber mit Firma, von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Rentner Heinrich Voges, an den Kaufmann Richard Schrempf abgetreten.
8. Schrader & Co., Braunschweig. Durch das erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Arthur Cohen, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Otto Schrader unter der bisherigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
9. Julius Kissel, Maschinenfabrik und Maschinenbauanstalt, Wolfenbüttel. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsgeschäft wird unter der bisherigen Firma von dem Fabrikant Augustin Schoureck zu Wolfenbüttel, welcher die vorhandene Passiva übernommen hat, fortgeführt.
10. M. Veth, Gandersheim. Frau Margareth Veth geb. Sylbe ist aus der Gesellschaft ausgetreten, sie hat aber ausdrücklich bewilligt, dass ihr Name M. Veth bei der Fortführung der Firma beibehalten wird.
11. F. H. Strümpell, Schöningen. Das Geschäft ist zur Fortsetzung unter unveränderter Firma auf die Wittve des Kaufmanns Friedrich Strümpell, Anna geb. Wahnschaffe zu Ingeleben übergegangen.
12. E. Rothschild, Stein-Industrie, Stadtoldendorf. Der Kaufmann Ephraim Rothschild ist verstorben und damit aus der Gesellschaft ausgeschieden. Nach Zustimmung seiner Erben wird die Firma von den übrigen drei Gesellschaftern Karl, Joseph und Berthold Ullmann fortgeführt.
13. Gustav Bieler, Seesen. Das Handelsgeschäft ist auf den Kaufmann August Frohne in Seesen übergegangen, welcher dasselbe unter der Firma Gustav Bieler Nachfolger, Inhaber August Frohne, fortführen wird.
14. A. Runge, Blechwaarenfabrik, Braunschweig. Der Inhaber dieser Firma, Fabrikbesitzer Anton Runge, hat den Kaufmann Theodor Dohm in das unter der vorbezeichneten Firma betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen. Das gedachte Handelsgeschäft ist auf eine Kommanditgesellschaft übergegangen. Dieselbe besteht aus zwei persönlich haftenden Gesellschaftern, als: Fabrikbesitzer Anton Runge und Kaufmann Theodor Dohm, sowie zwei Kommanditisten.
15. Actien-Rüben-Zuckerfabrik Thiede. An Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Heine ist der Landwirth Ludwig Stiddin in Rüningen in den Vorstand gewählt.
16. Bourjau & Co., Kommanditgesellschaft zu Schöningen. Der persönlich haftende Gesellschafter Otto Bourjau in Berlin ist verstorben und der persönlich haftende Gesellschafter Carl Bourjau in Berlin-Charlottenburg dessen alleiniger Erbe geworden.
17. C. E. Liebetraut, Langelsheim. Das Geschäft mit der Firma ist ohne Aktiva und Passiva auf den Kaufmann Hermann Kater übertragen, der die Firma C. E. Liebetraut zeichnet.
18. Braunschweigisches Grundbesitz- und Verkehrs-Institut, Carl Tampke & Co., Braunschweig. Durch das erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Ernst Günther, ist die unter der vorbezeichneten Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Carl Tampke unter der alten Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
19. Actien-Stärkefabrik Calvörde. In der Generalversammlung vom 22. Januar 1902 ist die Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von 100 bis 200 Stück neuer Aktien zu je 300 Mk. zum Kurse von 600 Mk. beschlossen. Das Grundkapital ist um 38400 Mk. erhöht.

3. Löschungen.

1. L. Schmelzer, Helmstedt.
2. Kreienser Kalkwerke A. Schaper, Kreiensen.
3. Zuckerfabrik Gandersheim.
4. J. Zimmermann, offene Handelsgesellschaft, Blankenburg a. H.
5. Munte & Clemens, Braunschweig.
6. Franz Schatz, Hasselfelde.
7. Wilhelm Rieche, Hasselfelde.
8. D. C. Unger, Hasselfelde.
9. J. Billmann Nachfolger, Seesen.
10. Heinrich Pechermeyer, Tabackhaus, Seesen.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. G. Dammann, Braunschweig. Dem Kaufmann Albert Goldschmidt.
2. Max Moser, Braunschweig. Dem Kaufmann Ernst Meyer.
3. H. Büsing, Braunschweig. Dem Ingenieur Max Büsing.
4. C. Glas, Wolfenbüttel. Dem Kaufmann Robert Göwecke.
5. Actien-Zuckerfabrik Immendorf. Dem Fabrikdirektor Dr. Ernst Reinecke.

5. Prokura-Löschungen.

- G. Dammann, Braunschweig. Kaufmann Carl Klinge.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Consumverein Vallstedt, e. G. m. b. H., Vallstedt. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Fritz Heinecke zu Vallstedt, Landwirth Fritz Lehmburg daselbst, Lehrer Julius Zeller daselbst.
2. Wendhausener Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H. in Wendhausen. Mitglieder des Vorstandes sind: Gemeindevorsteher Friedrich Schrader zu Wendhausen, Kreiszimmermeister Carl Bartels daselbst, Kothsass Hermann Winkelbrandt daselbst, Brinksitzer Friedrich Uhlenhaut daselbst, Kothsass Heinrich Klaus daselbst.

2. Abänderungen.

1. Arbeiter-Consumverein Harzburg, e. G. m. b. H. Der Kaufmann August Schübeler ist durch Tod aus dem Vorstände ausgeschieden und für ihn der Kaufmann Hermann Meyer zum Mitgliede des Vorstandes gewählt.
2. Greener Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. mit unbeschränkter Nachschusspflicht, Greene. Vom 15. Juni d. J. ab erfolgen die öffentlichen Bekanntmachungen der Genossenschaft künftig durch das landwirthschaftliche Genossenschaftsblatt zu Nieuwed.
3. Consumverein Remlingen. An Stelle des ausgeschiedenen Conrad Weihe ist der Brinksitzer Heinrich Sebastian in Remlingen als Kassirer in den Vorstand gewählt.
4. Vallstedter Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H. An Stelle des ausscheidenden Vorstandsmitgliedes Siebentritt ist der Pastor Hägerbäumer in Vallstedt in den Vorstand gewählt.
5. Molkerei Warmenau, e. G. m. u. H. An Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes, Anbauers H. Helms zu Warmenau, ist der Anbauer W. Beinhorn daselbst gewählt.

Musterregister.

Franz Siebarth, Drahtwaarenfabrikant, Helmstedt. Drahtkorb mit Holzgriff, Muster für plastisches Erzeugniss, Fabriknummer 1, Schutzfrist 3 Jahre, angemeldet am 19. Juli 1902, Vormittags 10 Uhr 53 Minuten.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Conrad Rehkuh, Kaufmann, Schöningen. 27. Juni 1902.
2. Otto Kniehase, Kaufmann, Blankenburg a. H. 30. Juni 1902.
3. Wittve des Polizeisergeanten a. D. Christian Bracke, Caroline geb. Hesselbein, Braunschweig. 4. Juli 1902.
4. August Wolf, Ackerbürger, und dessen Ehefrau, Christiane geb. Schrader, Gandersheim. 5. Juli 1902.
5. Käthe Prévôt, Schneiderin, Braunschweig. 5. Juli 1902.
6. Rudolf Eye sen., Pferdehändler, Blankenburg a. H. 11. Juli 1902.
7. Emil Jauns, Baumschulenbesitzer, Thiede. 12. Juli 1902.
8. Hermann Spengler, Uhrmacher, Hasselfelde. 12. Juli 1902.
9. Hermann Dehn, Kaufmann, Harlingerode. 23. Juli 1902.
10. Wilhelm Dörger, Weinhändler, Holzminden. 29. Juli 1902.

2. Aufhebungen.

1. Hermann Rodenberg, Kaufmann, Braunschweig.
2. Hans Grossmann, Schlachtermeister, Braunschweig.
3. John Bernhard, Generalkonsul, Braunschweig.
4. Carl Richard Wagener, Cigarrenhändler, Braunschweig.
5. August Dröge, Mühlenbesitzer zur Schlackenmühle b. Engelade.

Handelsregister.

(August.)

1. Neueintragungen.

1. Wilhelm Schütze, Handel mit Arzneiwaaren, Drogen- und Medicinalweinen, Vechelde. Inhaber: Apotheker Wilhelm Schütze.
2. Otto Fleischer, Drogenhandlung, Braunschweig. Inhaber: Drogist Otto Fleischer.
3. Ohse & Antoni, Baugeschäft und Cementwaarenfabrik, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Maurermeister Fritz Ohse und Heinr. Antoni.
4. Walter Stuthmann, Cigarren- und Tabackhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Walter Stuthmann zu Pasewalk.
5. Carl Homann, Handlung mit Fleischergeräthschaften und Därmen, Braunschweig. Inhaber: Händler Carl Homann.
6. Gebr. Bethmann, Wurst- und Fleischwaarenfabrik, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Wurstfabrikanten Friedrich und Conrad Bethmann.
7. Friedrich Hagelberg, Handlung mit Teppich- und Möbelstoffen, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Friedrich Hagelberg.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Robert Pfaue, Braunschweig. Aus der Kommanditgesellschaft sind die persönlich haftenden Gesellschafter, Pauline und Marie Geschwister Reichel, sowie ein Kommanditist ausgeschieden und sind in dieselbe der Kaufmann Georg Meinung als persönlich haftender Gesellschafter und zwei Kommanditisten eingetreten.
2. L. Rothenberg, Stadtoldendorf. Der Kaufmann Richard Rothenberg ist als Gesellschafter in das Geschäft eingetreten und führt dasselbe mit dem bisherigen alleinigen Inhaber, dem Kaufmann Levy Rothenberg, unter unveränderter Firma als offene Handelsgesellschaft fort.
3. Joh. Carl Frey & Schurig, Braunschweig. Die Beschränkung der Firmeninhaberin, Wittve des Kaufmanns Georg Cramer, Marie Auguste geb. Schurig in Bremen, die vorbezeichnete Firma nicht vertreten zu können, ist gelöscht.
4. Zuckerfabrik Broistedt. An Stelle des Landwirths Karl Gent in Engelnstedt und des Landwirths Wilhelm Hogrefe in Reppner ist der Halbspänner Heinrich Herweg in Broistedt und der Ackermann Ferdinand Hoyer zu Engelnstedt in den Vorstand gewählt.
5. Paul Lentze & Co. in Kreensen. Der Mitinhaber dieser offenen Handelsgesellschaft, Fabrikbesitzer Willi Lentze in Einbeck, ist aus der Gesellschaft ausgeschieden und führt der Fabrikbesitzer Paul Lentze als nunmehriger alleiniger Inhaber die Firma fort.
6. Hamburger Engros-Lager, Adolf Falkenstein, Stadtoldendorf. Die bisherige Verkäuferin Auguste Fickelscheer aus Stadtoldendorf hat das Geschäft durch Vertrag erworben und setzt dasselbe mit Einwilligung der bisherigen Inhaberin Minna Bauer unter der bisherigen Firma fort.
7. Hermann Ebeling, Langelsheim. Der Mühlenbesitzer Wilhelm Ebeling hat auf Grund einer mit seinem Vater, dem früheren Geschäftsinhaber, getroffenen Vereinbarung das obige Handelsgeschäft erworben und führt die bisherige Firma unverändert fort.
8. Actien-Zuckerfabrik Wierthe. Das ausscheidende Vorstandsmitglied, Landwirth Heinrich Hantelmann zu Liedingen, ist wiedergewählt und an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Landwirth Hennig Schrader zu Gr.-Gleidingen ist der Landwirth Otto Schrader zu Gr.-Gleidingen gewählt.
9. Schrieber & Behmann, Ziegelei, Stadtoldendorf. Vom 1. November 1902 an sind beide Gesellschafter nur in Gemeinschaft zur Vertretung der Gesellschaft befugt, der Steinverkauf bis zu 1000 Mk. kann indess von jedem der Gesellschafter auch allein erfolgen.
10. Singer & Co. Nähmaschinen Act.-Ges., Braunschweig. Der § 2 des Gesellschaftsvertrages ist abgeändert. Der Kaufmann Georg Neidlinger ist aus dem Vorstande ausgeschieden und dagegen der bisherige Gesamtprokurist Karl Martens zu Dockenhuden bei Hamburg in den Vorstand gewählt.
11. Actienzuckerfabrik Seesen. An Stelle des als Direktionsmitglied ausgeschiedenen Landwirths Wilhelm Jürgens zu Ildehausen ist der Landwirth Christian Duerkop zu Unterpanshausen als Mitglied in den Vorstand gewählt.
12. Friedrich Hübner & Sohn, Braunschweig. Der Mitgesellschafter, Bohrunternehmer Friedrich Hübner, ist aus der unter der vorbezeichneten Firma begründeten offenen Handelsgesellschaft durch Tod ausgeschieden und sind dessen Wittve, Marie geb. Schüler, und dessen Kinder, Namens: Marie, Wilhelm, Richard und Alwine, Geschwister Hübner, als Theilhaber eingetreten. Die Vertretung und Zeichnung der Firma steht jedoch nur dem Mitgesellschafter, Techniker Adolf Hübner, zu.
13. Actien-Zuckerfabrik Eichthal, Braunschweig. § 11 des Gesellschaftsstatuts ist abgeändert resp. ergänzt.
14. W. H. Gropp, Braunschweig. Das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma von der bisherigen Firmeninhaberin, Wittve des Lotterie-Haupt-Kollekteurs Wilhelm Gropp, Marie geb. Schrader, seit dem 10. Mai d. J. an deren Sohn, den Kaufmann Hermin Gropp, abgetreten.

15. Deutsche Rabatt-Marken-Gesellschaft Tischmann & Co., Braunschweig. Der Hauptsitz dieser Firma ist nach Berlin verlegt und ist am hiesigen Platze eine Zweigniederlassung dieses Geschäftes errichtet.

3. Löschungen.

1. Friedrich Frommann, vormals Altschwager & Co., Braunschweig.
2. Rosamunde Kremser, Braunschweig.
3. Johannes Büdefeldt, Wendeburg.
4. Otto Fleischer, vormals Julius Pulkowsky, Braunschweig.
5. C. Homann, Braunschweig.
6. Cosmetische Fabrik Braunschweig-Hamburg Otto M. H. Nohle.
7. W. Veth, Gandersheim.
8. Conrad Bethmann, Braunschweig.
9. Hagelberg & Bonewald, Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Singer & Co. Nähmaschinen-Act.-Ges., Braunschweig. Kaufleute Heinrich Müller und Ludwig, Carl, August Held, Gesamtprokura.
2. Gebr. Bethmann, Braunschweig. Dem Buchhalter August Müller.

5. Prokura-Löschungen.

1. Cosmetische Fabrik Braunschweig-Hamburg Otto M. H. Nohle, Braunschweig. Kaufmann Otto Stodte.
2. Singer & Co. Nähmaschinen-Act.-Ges., Braunschweig. Karl Martens und Heinrich Müller.
3. W. H. Gropp, Braunschweig. Kaufmann Hermin Gropp.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Viehverwerthungsgenossenschaft Schöningen, e. G. m. b. H. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Andreas Bosse in Jerxheim, Amtmann W. Henties in Klostergut Wobek, Landwirth Werner Pinkernelle in Büddenstedt.
2. Viehverwerthungsgenossenschaft Wendessen, e. G. m. b. H. zu Gr.-Denkte. Mitglieder des Vorstandes sind: Ackerhofpächter Friedrich Behr in Gr.-Denkte, Ackermann Albert Bötzel in Kl.-Denkte und Ackermann Heinrich Isensee in Wittmar.

2. Abänderungen.

1. Central-Molkerei-Genossenschaft Naensen, e. G. m. b. H. An Stelle des ausgeschiedenen Heinrich Binnewies ist Gustav Sander in den Vorstand gewählt.
2. Consumverein Selbsthilfe, e. G. m. b. H. zu Münchhof. An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Waldarbeiters Ernst Bock ist der Werkführer Hermann Tietze auf die Dauer von drei Jahren zum Vorstandsmitgliede gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Gustav Büchner, Kürschnermeister, Holzminden. 30. Juli 1902.
2. Otto Röber, Restaurateur, Waldhaus Oelper. 6. August 1902.
3. Doebbelin & Katzmann, Holzminden. 6. August 1902.

4. August Wulff, Kaufmann, Stadtoldendorf. 8. August 1902.
5. Wilhelm Sorge, Mineralwasserfabrikant, Braunschweig. 14. August 1902.
6. Theodor Beicker, Materialienhändler, Börssum. 23. August 1902.
7. Gustav Fischer, Landwirth, Königslutter. 25. August 1902.

2. Aufhebungen.

1. Otto Köhnke, Kaufmann, Blankenburg a. H.
2. Wittve des Brauereibesizers Eduard Meinecke, Emma geb. Koch.
3. Louis Bertram, Sattlermeister, Seesen.

Bücherschau.

Das von dem Allgemeinen Deutschen Sprachvereine in dritter Auflage herausgegebene Verdeutschungsbuch „Der Handel“ ist ein sehr nützliches und bequemes Nachschlagebuch, das in jedem kaufmännischen Kontor oder Geschäftsraume zur Hand sein sollte. Der billige Preis von 60 Pfg. ermöglicht jedem die Anschaffung. Die zum Theil veralteten italienischen Bezeichnungen in der Buchführung sowie die vielen französischen und englischen Fremdwörter, die gerade besonders im mündlichen wie im schriftlichen Verkehr der Handelssprache ihr Unwesen treiben, sind durch gute deutsche Ausdrücke ersetzt. Jedoch ist keine lächerliche Fremdwörterhetze getrieben; nur was gut deutsch ausgedrückt werden kann, ist verdeutscht, technische Ausdrücke und Fremdwörter, die das Bürgerrecht in der deutschen Sprache erworben haben, sind beibehalten. Beachtenswerth sind auch die in einem Anhang beigelegten Vordrucke für den deutschen Wechsel. Die Muster vermeiden alle jetzt üblichen Fremdwörter und überflüssigen, theilweise sogar falschen Wendungen, und halten sich streng an die Vorschriften der deutschen Wechselordnung.

Scobel, A., **Handels-Atlas zur Verkehrs- und Wirthschaftsgeographie** mit 68 Haupt- und 73 Nebenkarten, sowie 4 Diagrammen auf 40 Kartenseiten. Bielefeld und Leipzig 1902, Verlag von Velhagen & Klasing. Preis kartonnirt 5,50 Mk., geb. 6 Mk.

Der vorliegende Atlas verfolgt zwei Ziele: Den Studirenden der Handelshochschulen, sowie allen kaufmännischen, gewerblichen und landwirthschaftlichen Schulen ein Hilfsmittel zu bieten. Derselbe soll dem deutschen Kaufmann die Produktionsverhältnisse in ihrer Einwirkung auf die Entwicklung der Verkehrslinien und der wichtigsten Handelsrichtungen zeigen. Bei dieser zusammenhängenden Darstellung von Rohproduktion, Industrie und Handel soll auf engem Raume die Kenntniss der wirthschaftlichen Verhältnisse der Länder und Völker, ihrer Produktionsquellen und ihres Waarenverkehrs vermittelt werden, mit besonderer Rücksicht auf das deutsche Vaterland und seine vielverzweigten Beziehungen zu allen Erdtheilen. Wir können das vorliegende Werk allen Denjenigen, welche Interesse an dem Weltverkehr haben, bestens zur Anschaffung empfehlen.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 10.

Braunschweig, Oktober 1902.

XII. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

XLIX. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

Dienstag, den 28. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, und

Mittwoch, den 29. Oktober, Vormittags 10 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9.

Tagesordnung.

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung 1901/02.
3. Wahl eines Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des kaufmännischen Schiedsgerichts.
4. Abänderung des Gesetzes vom 19. März 1890, betreffend die Errichtung einer Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.
5. Schreiben des Stadtmagistrates Hasselfelde, betreffend Unterstützung des Bahnbaues Stiege-Eisfelder Thalmühle.
6. Eingabe der Handelskammer zu Magdeburg an den Minister der öffentlichen Arbeiten um Wiedereinführung der Fahrpreisermässigungen für die Harzsonderzüge.
7. Antrag des Zuckerwaarenfabrikanten-Vereins, betreffend die Beseitigung einiger Missstände auf dem Gebiete des Eisenbahn-Frachtwesens.
8. Anfrage des Deutschen Handelstages, betreffend die Vorauszahlung der Fracht für leere Emballagen.
9. Errichtung einer technischen Reichsbehörde.
10. Schreiben des Centralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine um Unterstützung seiner Eingabe wegen Regelung der Nahrungsmittelkontrolle.

11. Schreiben des Herrn Dexelmann (Frankfurt a. M.), betreffend Bestimmungen über die Vollstreckbarkeit der Urtheile zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.
12. Vorschläge der Handelskammer Magdeburg, betreffend deutsche Handelssachverständige im Auslande.
13. Antrag des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, betreffend die reichsgesetzliche Regelung des Geheimittelwesens.
14. Eingabe der Handelskammer zu Köslin, betreffend Anlage von Petroleum-Tanks auf Bahnhöfen.

Braunschweig, den 16. Oktober 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Bekanntmachung.

Nachdem wir laut Beschluss unserer Plenarversammlung vom 17. März d. J. die Ausschreibung der Beiträge zu den etatsmässigen Kosten der Handelskammer für das Haushaltsjahr 1902/03 mit 11 Prozent der Gewerbesteuer bewirkt haben, bringen wir hierdurch zur Kenntniss der Wahlberechtigten, dass Einsprüche gegen diese Veranlagung (§ 22 des Gesetzes vom 19. März 1890) nach dem 8. November d. J. keine Berücksichtigung finden können.

Braunschweig, den 8. Oktober 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Bekanntmachung.

Der Handelskammer gehen regelmässig zuverlässige Mittheilungen über schwindelhafte oder zweifelhafte Firmen des Auslandes zu. Die Handel- und Gewerbetreibenden des Herzogthums können nach Bedarf auf dem Bureau der Handelskammer (Breitestrasse 9¹) Einblick in die betreffenden Register erhalten.

Braunschweig, den 12. Oktober 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Voraussichtliche Verkehrszunahme für die Zeit vom September 1902 bis Ende März 1903.

Auf eine Anfrage der Königlichen Eisenbahn-Direktion zu Magdeburg, ob und in welchem Umfange für die noch folgenden Monate des Etatsjahres 1902 (September d. J. bis Ende März 1903) eine Verkehrszu- oder -abnahme im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraume des Vorjahres zu erwarten stehe und welche Umstände etwa auf die Belebung oder Einschränkung des Verkehrs einwirken werden, hat sich die Handelskammer wie folgt geäußert:

I. Eisen- und Maschinen-Industrie.

Es hat den Anschein, als ob der Tiefpunkt der seit 11½ Jahren bestehenden wirtschaftlichen Depression überwunden ist. Mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit darf man wohl annehmen, dass die Transportmengen der Periode September 1902 bis März 1903 nicht hinter diejenigen des gleichen Zeitraumes des Vorjahres zurückbleiben werden. Man neigt vielmehr der Ansicht zu, dass eine, wenn auch nicht erhebliche, Steigerung des Güterverkehrs zu erwarten sein wird.

II. Zucker-Industrie.

Nach den für das Gebiet des Braunschweig-Hannoverschen Zweigvereins der Zucker-Industrie angestellten Ermittlungen von Anfang September beträgt der Rübenbau in diesem Jahre etwa 10 Prozent weniger als im Vorjahre.

Ueber die Rübenernte und den Zuckergehalt der Rüben lässt sich zwar im Augenblick noch kein sicheres Urtheil fällen, jedoch dürfte die Annahme zutreffend sein, dass die Ernte weder quantitativ noch qualitativ von der des Vorjahres erheblich abweichen wird. In dieser Voraussetzung wird das zu verfrachtende Rübenquantum um etwa ein Zehntel geringer eingeschätzt werden müssen, als das vorjährige; dasselbe gilt naturgemäss von den Rübenrückständen und von den Erzeugnissen der Rübenzuckerfabriken, wie Rohzucker und Melasse, und das Gleiche gilt von dem Bedarf der Zuckerfabriken an Kohlen, Koks und Kalksteinen.

Die Verfrachtungen der Zuckerraffinerien werden sich in denselben Grenzen bewegen, wie im Vorjahre.

III. Kohlen-Industrie.

Bezüglich einer Zu- oder Abnahme für die Zeit bis Ende März 1903 im Verhältniss zu dem vorigen Jahre ist zu bemerken, dass, soweit es heute schon zu übersehen ist, der Roh-

kohlenabsatz die Höhe des vorjährigen Absatzes nicht erreichen wird, weil in Folge geringeren Rübenanbaues und geringerer Rüben-ernte der Kohlenbedarf der Rohzuckerfabriken ein geringerer sein wird, und weil auch die Kohlenbezüge der Kali-Industrie kleinere sind.

Dagegen wird der Absatz in Braunkohlenbrikets voraussichtlich eine wesentliche Erhöhung erfahren, wie solche auch in den letzten Monaten bereits zu verzeichnen war, weil die Preise dem Vorjahre gegenüber ermässigt sind, und würde auch ein frühzeitiger Winter eine weitere Erhöhung des Briketabsatzes bedingen.

IV. Ernteverhältnisse. (Bericht von Anfang September.)

Soweit es sich bis jetzt beurtheilen lässt, gestaltet sich die diesjährige Ernte in Weizen, Roggen, Gerste und Hafer sehr befriedigend. Bei der grossen Weizenernte sind Bezüge von ausländischer Waare, wie solche im grösseren Umfange im vorigen Jahre nothwendig waren, nicht erforderlich, sondern man wird sich auf die Verwendung ausländischen Weizens zur Verbesserung der Backfähigkeit des hiesigen Gewächses, bezüglich der klammen Partien, beschränken.

Roggen ist zum grössten Theil in leider nicht genügender Trockenheit geborgen, wohingegen die geerntete Menge befriedigt. Die Roggenmehl-Industrie ist hier aber nicht von Bedeutung; es wird hier stets Roggenmehl hauptsächlich von Brandenburger Mühlen zugekauft, da die hiesige Ernte den Bedarf nicht deckt, auch wird man, um den hiesigen, nicht trockenen Roggen mehlbar zu machen, auf russische oder amerikanische Waare nicht verzichten können.

Wintergerste, die gute Resultate ergab, wird für Futterzwecke aufgebraucht. In Sommergerste ist die Ernte quantitativ als sehr gut zu bezeichnen, wohingegen die Qualität durch die Ungunst der Witterung sehr zu leiden hatte, so dass ein grosser Theil der Sommergerste Malzzwecken nicht dienen kann, sondern für Futterzwecke verwendet wird.

Von Hafer ist noch wenig geborgen, doch lässt sich auch in diesem Artikel ein befriedigendes Resultat erhoffen, welches den Bedarf deckt.

Wenn den Ernteverhältnissen entsprechend der Import von ausländischem Weizen wesentlich zurückbleibt, so dürfte ein Ausgleich im Verkehre gegen das Vorjahr dadurch hervorgerufen werden, dass ein grösserer Versand von Weizen und Weizenmehl in Aussicht steht und somit im Bahnverkehr ein nennenswerther Unterschied gegen das Vorjahr nicht zu konstatiren sein wird.

Gutachten.

Die Handelskammer hat auf Ersuchen des hiesigen Herzoglichen Amtsgerichts in einer Prozesssache sich dahin geäußert, dass es im Handelsgewerbe nicht üblich sei, dass der Reisende Provision von den an zahlungsfähige Kunden geschehenen Verkäufen beanspruchen kann, wenn diese Verkäufe aus irgend einem von dem Reisenden unabhängigen Grunde nicht effectuirt werden. Die Provisionen werden vielmehr nach Handelsgebrauch im Allgemeinen nur von den wirklich zur Erledigung gelangenden Verkäufen bezw. Käufen berechnet und bezahlt.

Handelsgebrauch.

Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat folgendes Gutachten erstattet: Im Handel mit Chilisalpeter ist es Handelsgebrauch, dass der Käufer den Kaufpreis vom Tage der vereinbarten Fälligkeit an zu verzinsen hat. Wird der Käufer mit der Zahlung befristet, so hat er gleichwohl die Kaufsumme vom Tage der Fälligkeit ab bis zur thatsächlichen Zahlung zu verzinsen.

Mangel an Kronen.

Die Handelskammer hat einen Antrag auf die Beseitigung des Mangels an Kronen, welcher sich seit Jahren in fühlbarer Weise gezeigt hat, beim Reichsschatzamte unterstützt.

Sachverständige für den gesammten Maschinenbau, insbesondere für Dampf- und Wasserkraftanlagen.

Die Handelskammer hat den Ingenieur S. Lewandowski als Sachverständigen für den gesammten Maschinenbau, insbesondere für Dampf- und Wasserkraftanlagen, in Vorschlag gebracht, und ist derselbe vom Herzoglichen Amtsgerichte zu Braunschweig unter dem 4. Oktober vereidigt worden.

Sachverständige für Regulirung bei Brandschäden.

Die Handelskammer hat den Ingenieur Gustav Hammer als Sachverständigen für die Regulirung bei Brandschäden in Vorschlag gebracht, und ist derselbe vom Herzoglichen Amtsgerichte zu Braunschweig unter dem 4. Oktober vereidigt worden.

Aus dem Bezirke.

Ablieferung von Waarenbestellungen an Dritte.

Den nachstehenden Vorfall, der für einen Theil unseres Handelsstandes von Interesse sein dürfte, bringen wir hierdurch zur Kenntniss. Ein Kaufmann von auswärts bestellte vor einiger Zeit schriftlich bei einer hiesigen Firma einen Kübel Margarine und schrieb vor, dass die Firma denselben am folgenden Tage nach einem näher bezeichneten Gasthofe senden möge, von wo ihn ein Bote mitnehmen solle. Die Firma führte den Auftrag nach dieser Vorschrift aus. Als der Kutscher mit dem Kübel am betreffenden Tage zwischen 12 und 1 Uhr Mittags vor der betreffenden Wirthschaft eintraf, erfuhr er jedoch von dem Hausknecht, dass der betreffende Fuhrmann noch nicht dort sei, worauf er im Beisein und laut Zeugniss des Hausknechts den Kübel, der die Adresse des Bestellers in Blaustiftaufschrift trug, im Hausflur des Gasthofes niedersetzte.

Bei dem Umfange der Bestellungen dürfte es in den meisten Fällen ausgeschlossen sein, dass der Kutscher auf das Eintreffen des Fuhrmanns warten kann; die Botenfuhrleute und sonstige auswärtige Boten und Botinnen haben in der Regel so viele Besorgungen in der Stadt zu verrichten, dass sie häufig während der ganzen Zeit ihres Aufenthaltes nicht in ihrem Ausspann-Gasthofe zu finden sind, und da der Kutscher der betreffenden Firma Mittags häufig bis zwanzig Stück Fuhrmanns- und Botensendungen an verschiedenen Stellen der Stadt abzuliefern hat, so dürfte sich ein Warten auf die einzelnen Fuhrleute oder Boten von selbst verbieten. Es ist ein wohl von allen Kutschern oder Boten hiesiger Geschäfte befolgter Brauch, in dem Falle, wo der Fuhrmann oder Bote nicht anwesend ist, das Gut, von dessen Anlieferung er fast immer durch den Besteller unterrichtet ist, auf seinen Wagen zu setzen, oder, wenn auch der Wagen nicht da ist, das Gut unter Mittheilung an den Wirth oder den Hausknecht in dem Hausflur oder auch auf dem Hofe der betreffenden Ausspann-Gasthöfe niederzusetzen. Ein geschlossener Raum für diesen Zweck findet sich nirgends, und die Wirthe, Hauseigenthümer oder Hausknechte lehnen die verantwortliche Annahme oder eine Gewähr für die Aufbewahrung dergestalt bei ihnen abgesetzter Güter immer ab.

In dem vorliegenden Falle ist nun der Fuhrmann an dem fraglichen Tage überhaupt nicht hier gewesen, sondern erst am folgenden Tage gekommen; er hat den Kübel Margarine gesehen, angeblich aber die Aufschrift nicht lesen können und ihn deshalb nicht mitgenommen. Von da ab ist der Kübel verschwunden.

Da der Besteller sowohl wie der Fuhrmann die Bezahlung der Waare verweigerten, hat die Firma ihren Rechtsanwalt um ein Gutachten über die rechtliche Seite des Falles ersucht. Aus diesem geht hervor, dass der Versender, auch wenn er genau

der Vorschrift des Bestellers, das Gut nach einem bestimmten Absteigequartier des Fuhrmanns oder Boten zu senden, folgt, für das Gut bis zur erfolgten Uebergabe an den Fuhrmann oder Boten das Risiko allein zu tragen hat.

Viele hiesige Gewerbetreibende verfahren zweifellos genau so, wie es in diesem Falle von der Firma geschehen ist, weshalb es im Interesse Vieler liegen dürfte, wenn wir den Vorfall hiermit zur Kenntniss bringen.

Beförderung von Briefen über 250 Gramm.

Die Beförderung von Briefen durch die Post beschränkt sich bekanntlich auf Gegenstände bis zum Gewicht von 250 g. Briefe von grösserem Gewicht werden nach den bestehenden Bestimmungen nicht dem Empfänger, sondern dem Absender zugestellt. In der Handhabung dieser Bestimmungen hat das Reichspostamt eine dankenswerthe Erleichterung zugelassen. Die neue Bestimmung lautet: Briefe mit werthvollem oder für die Korrespondenten augenscheinlich wichtigen Inhalt, die von der Postbeförderung ausgeschlossen werden müssen, weil sie mehr als 250 g wogen, und deren Absender der Ausschuss nicht ermitteln kann, sind der Bestimmungsanstalt mit dem Ersuchen zu übersenden, sie ausnahmsweise dem Empfänger zuzustellen, wenn dieser bereit ist, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Werthe der verwendeten Freimarken und dem Packetporto nebst Bestellgeld oder bei unfrankirten Sendungen die volle Gebühr für Packete zu entrichten. Die nacherhobenen Beträge würde die Postanstalt in zu entwerthenden Freimarken auf dem zurückgehenden Anschreiben zu verrechnen haben. Verweigert der Empfänger die Annahme, so ist er nach dem Namen oder nach einer sonstigen näheren Bezeichnung des Absenders zu befragen.

(Br. Anz.)

Fernsprechverkehr.

Zum Sprechverkehr mit Braunschweig sind zugelassen: Hoitlingen, Tiddische, Bergfeld, Warmenau, Brackstedt, Hehlingen, Allerbüttel — Gebühr 20 Pfg. — Breitenrode, Grafhorst — Gebühr 25 Pfg. — Tarthun (Bezirk Magdeburg), Werkleitz, Rumbeck, Fallingbostel — Gebühr 50 Pfg. — Sulingen, Wolkramshausen, Isthä, Ermschwerd, Lerbeck, Wolfhagen und Ortsbereich Bründersen — Gebühr 1 Mk.

(Br. Anz.)

Statistische

über den Post- und Telegraphenverkehr bei den im Handelskammerbezirke Post- und Telegraphen-Anstalten des Ober-Postdirek

Laufende No.	Name des Ortes	Einwohner- zahl im Orts- und Landbestell- bezirke nach der Zählung vom 1. De- zember 1900	Porto- und Telegraphen- gebühren- Einnahme	An Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk eingegangene portopflichtige und portofreie				Im Orte auf portopflichtige	
				Briefe, Postkarten, Drucksachen u. Waaren- proben	Packete ohne	Briefe mit	Packete mit	Briefe, Postkarten, Drucksachen u. Waaren- proben	Packete ohne Werth
			Mk.	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	Braunschweig .	131 148	2 123 275	14 336 244	665 808	38 681	14 413	26 442 348	897 646
2	Wolfenbüttel .	20 241	179 195	2 222 506	82 249	5 815	1 969	2 597 036	64 115
3	Schöppenstedt .	7 841	37 437	298 558	21 168	1 266	246	238 316	12 278
4	Helmstedt . .	14 259	124 024	1 013 376	60 944	4 349	2 451	1 073 670	41 607
5	Schöningen . .	10 976	70 761	670 774	37 257	2 714	322	583 414	25 059
6	Königsutter . .	6 493	34 568	316 004	170 074	1 184	192	246 766	10 487
7	Gandersheim . .	6 555	51 254	390 572	23 469	1 593	754	294 190	41 115
8	Seesen	5 408	45 532	396 578	24 514	1 314	208	391 820	18 179
9	Holzminde . .	12 525	94 930	941 928	52 005	3 495	1 383	980 148	34 666
10	Stadtholte . .	5 363	37 900	235 378	16 985	1 170	218	239 044	10 664
11	Eschershausen	3 872	14 434	127 426	10 720	677	108	91 936	7 919
12	Blankenburg a. H.	10 284	132 089	1 667 094	89 665	4 250	1 003	1 996 982	49 795
13	Hasselfelde . .	2 969	14 187	125 762	11 743	551	105	103 194	8 194
14	Harzburg . . .	7 255	107 566	1 335 178	48 640	2 571	368	1 286 194	20 728

Fernsprech

Stadt-Fernsprecheinrich

	Jahr	Blanken- burg (Harz)	Braunlage	Braun- schweig	Ganders- heim	Harzburg	Helmstedt
Zahl der Stadt-Fernsprechstellen .	1894	21	—	709	—	36	16
	1895	20	—	813	—	48	18
	1896	18	—	915	—	50	17
	1897	15	8	1008	—	55	30
	1898	17	10	1126	—	61	38
	1899	22	10	1236	12	65	41
	1900	56	16	1566	19	84	57
	1901	85	25	1704	28	102	65
Zahl der in den Jahren 1894 bis 1900 ausgeführten Verbindungen	1894	32 433	—	2 884 351	—	13 994	18 304
	1895	29 640	—	3 077 703	—	34 733	21 149
	1896	42 617	—	3 594 345	—	53 269	25 544
	1897	44 653	2 932	3 194 270	—	54 589	35 853
	1898	52 316	8 939	3 594 120	—	67 038	58 043
	1899	68 259	10 127	4 044 607	4 725	69 791	66 062
	1900	35 865	12 855	3 439 233	15 901	77 970	81 016
	1901	47 300	20 231	3 196 319	18 286	105 397	78 698

Nachrichten

Braunschweig und zwar in den vierzehn Städten des Herzogthums belegenden
Postbezirks Braunschweig für das Kalenderjahr 1901.

Gegebene ad portofreie	Briefe mit Sache	Päckete mit	An Empfänger im Orts- oder Landbestellbezirk eingegangene portof- pflichtige und portofreie		Betrag der		Zahl der von den Verlags- post- anstalten abgesetzten Zeitungs- nummern	Telegramme		Einnahme aus dem Verkauf von Wechsel- stempel- marken etc.
			Post- nachnahme- sendungen	Post- auftrags- briefe	ein- gezählten	aus- gezählten		Auf- gegebene	Ein- gegangene	
			Stück	Stück	portopflichtigen und portofreien Postanweisungen Mk.	portofreien und portofreien Postanweisungen Mk.		Stück	Stück	
11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
33 637	13 994	98 584	15 940	33 000 901	49 888 167	8 033 261	146 306	154 709	56 130	
5 869	948	15 042	3 421	4 585 382	3 270 927	161 750	11 652	11 834	865	
2 097	353	4 465	774	1 601 940	610 189	32 305	2 780	3 012	869	
5 805	897	12 488	2 413	4 108 269	3 025 057	407 769	9 941	10 338	3 253	
3 362	405	9 621	1 649	2 767 260	1 336 166	81 884	6 334	7 148	3 231	
1 725	210	4 390	1 190	1 299 451	546 982	13 728	3 040	2 937	1 495	
2 198	586	4 576	699	1 473 128	840 981	67 600	2 592	2 620	1 477	
1 626	417	5 132	1 172	1 607 572	1 088 456	113 208	4 740	4 285	210	
2 876	2 686	10 141	1 538	2 614 611	2 247 584	320 284	8 657	9 005	3 056	
1 227	220	3 546	674	952 966	766 804	7 792	2 392	3 198	766	
689	135	2 137	343	594 363	293 240	10 608	1 096	1 363	117	
4 922	1 034	16 226	3 383	3 953 136	2 334 509	178 375	13 219	12 097	2 928	
575	100	2 275	398	536 191	157 186	3 315	1 371	1 431	48	
2 372	335	10 322	2 339	2 707 130	1 465 621	69 182	16 124	14 521	872	

erkehr.

gen bestehen in:

Pol- anden	Jerxheim*	Königs- lutter	Rübeland*	Schönnin- gen	Schöppen- stedt	Seesen	Stadt- oldendorf	Walken- ried	Wolfen- büttel
—	—	—	—	33	—	—	—	—	48
—	—	—	—	34	—	—	—	—	54
—	—	—	—	36	—	—	—	—	66
—	—	—	—	42	—	—	—	—	67
—	—	13	—	48	—	16	—	—	81
21	—	15	17	47	22	22	5	9	79
36	8	20	19	48	26	34	16	12	138
53	12	28	24	60	33	42	18	15	150
60	1	36	1	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	33 478	—	—	—	—	91 825
—	—	—	—	34 801	—	—	—	—	95 339
—	—	—	—	40 285	—	—	—	—	129 286
—	—	—	—	54 279	—	—	—	—	154 267
—	—	—	—	70 276	—	—	—	—	192 160
7 125	—	9 660	7 484	8 010	3 386	—	—	5 458	230 380
8 893	1824	29 390	47 798	32 947	25 005	322	—	15 772	242 327
8 870	4317	32 478	62 238	69 086	38 109	9 347	—	23 440	213 802
094	8436	38 965	62 160	71 809	62 373	21 545	—	—	—
—	—	44 087	—	—	—	—	—	—	—

Ferner bestehen Stadt-Fernsprecheinrichtungen in:

	Jahr	Broistedt	Calvörde*	Detmum	Eschers- hausen	Hedwigs- burg	Lesse (Brschw.)	Mattier- zell	Schande- lah	Tanne*	Ueflagen	Vecroide	Velpke (Brschw.)	Vorsfelde	Wende- burg*
Zahl der Stadt-Fernsprech- stellen	1901	11	1	12	7	6	16	20	8	1	9	15	8	10	1
Zahl der ausgeführten Verbindungen	1901	8601	4695	2626	2740	2004	3160	12 626	1938	12	2478	11 412	809	2706	2018

Anmerkung: Die mit * bezeichneten Orte haben Umschaltestellen.

Es beträgt	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901
1. Die Zahl der Post- und Telegraphenanstalten	140	132	151	153	155	156	160	160
2. Die Zahl der Posthilfsstellen	357	360	348	355	354	358	354	351
3. Die Zahl der amtlichen Verkaufsstellen für Postwerthzeichen	308	326	330	406	457	474	490	491
4. Die Zahl der Briefkasten	1052	1096	1158	1185	1216	1258	1287	1307

Uebersicht
 über die Geschäftsthätigkeit des Gewerbegerichts zu Braunschweig
 in den Jahren 1892 bis 1901.

	1892		1893		1894		1895		1896		1897		1898		1899		1900		1901	
Anzahl der Klagen	621	%	498	%	580	%	507	%	466	%	590	%	637	%	683	%	715	%	630	%
Erledigt durch:																				
Zurücknahme	110	17,7	48	9,7	78	13,5	60	11,9	49	10,5	90	15,3	99	15,6	147	21,5	87	12,2	88	16,6
Anerkenntniss	19	3,1	2	0,4	1	0,2	—	—	2	0,4	—	—	—	—	—	—	—	—	1	0,2
Vergleich	286	46,1	270	54,2	331	57,2	281	55,4	262	56,2	327	55,4	327	51,3	365	53,4	376	52,6	280	52,8
Versäumnissurtheil	38	6,1	36	7,2	32	5,2	30	5,9	23	4,9	38	6,4	46	7,2	40	5,9	36	5,0	31	5,8
Endurtheil	167	26,9	112	22,5	110	19,0	101	19,9	85	18,3	70	11,9	102	16,0	89	13,0	69	9,7	65	12,3
Auf andere Weise:																				
aussergerichtliche Einigung,																				
Nichterscheinen der Par-																				
theien u. s. w.	1	0,1	30	6,0	28	4,9	35	6,9	45	9,7	65	11,0	63	9,9	42	6,2	147	20,5	65	12,3
Summa	621	100	498	100	580	100	507	100	466	100	590	100	637	100	683	100	715	100	530	100

Bericht

über

die von der Handelskammer veranstaltete Besichtigung gewerblicher Etablissements.

Zum Schluss wurde der Betrieb der

Aktien-Gesellschaft für Ziegelfabrikation

besichtigt. Herr Direktor Schweinhagen gab nachfolgenden Erläuterungsbericht.

Gestatten Sie mir, dem Wunsche der verehrlichen Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig gemäss, bevor wir den Rundgang durch die Fabrik antreten, zuvor einige erläuternde Bemerkungen über die Ziegelfabrikation im Allgemeinen und über die Fabrikation auf unserem Werke im Besonderen vorauszuschicken.

Die Ziegelindustrie ist ein wesentlicher Zweig der Volkswirtschaft, da er der Befriedigung eines der elementarsten Volksbedürfnisse, des Wohnungsbedürfnisses, dient. Aus diesem Grunde reichen auch die ersten Anfänge unserer Industrie bis in die frühesten geschichtlichen Zeiten der Menschheit zurück.

Es würde selbstverständlich zu weit führen, auch nur in den grössten Umrissen hier ein Bild des geschichtlichen Entwicklungsganges der Ziegelindustrie zu entwerfen. Gestatten Sie mir deshalb, Ihnen, sogleich zum heutigen Stande derselben übergehend, nur die charakteristischen Merkmale der heutigen Entwicklungsperiode anzuführen, welche dieselbe von der nächstvorhergehenden Periode unterscheiden. Diese Merkmale zeigen sich in fast allen Stadien der Herstellung des Ziegelsteines selbst.

Die ganze Produktion der Ziegelsteine zerfällt, wie Sie auf Ihrem Rundgange später deutlich sehen werden, in vier Hauptabschnitte:

1. Den Abbau des Rohstoffes in der Thongrube bezw. die Förderung desselben aus der Grube.
2. Die Verarbeitung des Rohstoffes und das Formen der Steine im Maschinenhause.
3. Das Trocknen der Steine in den Trockenräumen.
4. Das Brennen der getrockneten Steine in den Oefen.

Zu 1 ist zu bemerken, dass in der heutigen Entwicklungsperiode der theilweise in grosser Mächtigkeit abgebaute Thon mittelst maschineller Vorrichtung aus der Grube gefördert wird; bei uns auf Geleisen auf schiefer Ebene mittelst Dampfkraft. Früher baute man den Thon nicht in so grosser Mächtigkeit ab, man stach ihn nur einige Fuss tief mit dem Spaten aus.

2. Wesentlichere Wandlungen haben sich aber in den folgenden Herstellungsstadien des Steines im Laufe der letzten Jahrzehnte

vollzogen. Während man in früherer Zeit nur Ziegeleien mit Handbetrieb kannte, ist die moderne Ziegelei eine solche mit Dampfbetrieb geworden. Die Maschinenfabrikation ist als ein grosser Fortschritt sowohl vom technischen als auch vom privat- und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus zu betrachten.

- a) Das Fabrikat ist besser geworden. Der Rohstoff wird durch die Maschinen gründlicher verarbeitet und wird durch mehrere Walzenpaare fein zermahlen. Bei der Handverarbeitung ist eine solche Homogenisirung der Thonmasse absolut ausgeschlossen; die Pressung des Thones ist eine intensivere, mithin die spätere Druckfestigkeit der Steine eine höhere; gleichzeitig ist die Form der Maschinensteine eine gleichmässigere, schönere, als bei den Handstrichsteinen. Diese Verbesserung des Fabrikates ist von gleichzeitigem Nutzen, sowohl für die Produzenten, als auch für die Konsumenten.
- b) Durch die Maschinenfabrikation ist eine bedeutend schnellere und hauptsächlich umfangreichere Produktion möglich geworden. Während die früheren Handziegeleien im Höchsfalle wohl 500 000 Steine im Jahre produzierten, ist die heutige Industrie zur Grossindustrie geworden. Unser Werk z. B., welches im Jahre 1865 von Gustav Kiesel, der in gewisser Weise ein Pionir auf dem Gebiete der Ziegelindustrie war, gegründet wurde, ist die älteste Dampfziegelei des Herzogthums und eine mit der ältesten des Deutschen Reichs überhaupt. Sie produzierte in ihren ersten Arbeitsjahren nur $1\frac{1}{2}$ Millionen Steine, während sie jetzt eine Jahresproduktion von 10 Millionen aufweist. Die Gründung dieser grossen Dampfziegeleien war ein nationalökonomisches Bedürfniss geworden in Anbetracht des durch die rapide Bevölkerungszunahme bedeutend gesteigerten Wohnungsbedürfnisses.

3. Wir kommen jetzt zur dritten Herstellungsphase der Steine, zum Trocknen der grünen Steine. Früher trocknete man dieselben nur auf natürlichem Wege durch die atmosphärische Luft. Heute dagegen trocknet man auch auf künstlichem Wege

- a) durch Benutzung der vorhandenen und überschüssigen Ringofenwärme, wie wir später ausführlich sehen werden,
- b) durch eigens zu diesem Zwecke künstlich geschaffene Wärme (bei uns in einer Coloriferen-Anlage).

Die künstliche Trocknung ist ein hervorragender technischer und wirtschaftlicher Fortschritt, da hierdurch das Trocknen von den Wetterverhältnissen unabhängig wird, welche letztere auf die gesammte Produktion noch immer einen grossen Einfluss ausüben. Unsere künstlichen Trockenanlagen z. B. erlauben es uns, selbst im Winter bei hohen Kältegraden unsere Produktion fort-

zusetzen, während die übrigen Fabriken ihren Betrieb schon im Herbst einstellen müssen.

4. In der vierten und letzten Herstellungsphase wird der durch Maschinen geformte Thonstein in den Oefen durch einen chemisch-physikalischen Brennprozess bei einer Hitze von 800 bis 1200° C. auf einen solchen Härtegrad gebracht, dass er für die Bauzwecke verwendbar wird. Dieses Brennen der Thonsteine geschieht vornehmlich in Ringöfen mit kontinuierlichem Brennverfahren. Früher brannte man die Steine nur in periodischen Oefen. Diese wurden mit Steinen vollgesetzt, dann gebrannt und schliesslich wieder ausgekarrt. Ein solcher Ofen durfte aber während seines vierzehntägigen Brandes nicht angerührt werden, es konnten weder Steine ein- noch ausgekarrt werden. In dem heutigen kontinuierlichen Ringofen hingegen werden in den oblongen Brennkänen ununterbrochen Steine gebrannt, ein- und ausgekarrt. Hieraus ergibt sich von selbst, dass diese Oefen ein schnelleres Brennen und überhaupt erst die jetzige Massenproduktion ermöglichen, welche das heutige volkswirtschaftliche Bedürfniss erfordert.

Was schliesslich unsere Fabrikate anbetrifft, so fertigen wir Verblendsteine, Hintermauerungssteine und Formsteine jeder Art an, sowie Dachziegel, Falzziegel und Drainröhren.

IV. Kongress des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen.

Dem IV. Kongress für das kaufmännische Unterrichtswesen, der vom 4. bis 7. September d. J. in Mannheim tagte, lag nachstehende Tagesordnung zu Grunde:

- I. Die Berechtigungsfrage bei den Handelsschulen.
- II. Das Privat-Handelsschulwesen in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten und seine gesetzliche Regelung.
- III. Welche Methode erweist sich für den fremdsprachlichen Unterricht an den kaufmännischen Unterrichtsanstalten als die zweckmässigste?
- IV. Welche Einrichtungen für fachwissenschaftliche Vorträge sind von den Handelskammern resp. kaufmännischen Vereinen bisher getroffen worden, wie haben sich dieselben bewährt und auf welche Weise ist der Ausbau derselben zu fördern?
- V. Musterverzeichniss für Schülerbibliotheken und Lehrlingsheime.
- VI. Wieweit liegt ein Bedürfniss für die Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichts für weibliche Angestellte vor, und welche Grundforderungen sind in dieser Beziehung zu stellen?

- VII. Welche Stellung ist der Handelsbetriebslehre im Lehrplan der kaufmännischen Unterrichtsanstalten einzuräumen?
- VIII. Die Bedeutung der höheren Handelslehranstalten für die Heranbildung der Träger heimischer Unternehmungen in neuerschlossenen Wirthschaftsgebieten sowie die Bedeutung der Reisestipendien als Ergänzungsmittel für diese Ausbildungsbestrebungen.
- IX. Wieweit und in welcher Form verdient die Einrichtung des Uebungskontors Beachtung?

Die Zahl der Theilnehmer belief sich auf ca. zweihundert. Die Regierungen und Städte waren sehr zahlreich vertreten, ebenso hatten fast alle grösseren Handelskammern und zahlreiche kaufmännische Vereine Vertreter entsendet. Als Vertreter der Regierungen waren anwesend: Geheimer Regierungsrath van der Borght (Berlin), Vertreter des Reichsamts des Innern; Geheimer Oberregierungsrath Pfister (Mannheim), Vertreter des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts des Grossherzogthums Baden; Regierungsrath Maier (Karlsruhe), Vertreter des Grossherzoglichen Gewerbeschulraths; Regierungsrath Schmidt (Stuttgart), Vertreter der Königlich Württembergischen Kommission für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen; Schulrath Dr. Stuhlmann (Hamburg), Vertreter des Senats der freien und Hansestadt Hamburg; Geheimer Regierungsrath Lang (Mannheim), Vertreter des Vorstands des Grossherzoglichen Bezirksamts Mannheim. An Städten waren Bielefeld, Dessau, Wiesbaden, Hannover, Köln, Strassburg, Ludwigshafen a. Rh., Magdeburg, Mannheim, Dortmund, Frankfurt a. M. und Mülheim a. d. Ruhr vertreten.

Am 4. September, Nachmittags 3 Uhr, wurde der Kongress von dem Vorsitzenden eröffnet. Am 5. September wurde Morgens die eigentliche Kongressarbeit in Angriff genommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Versammlung die Berichte der am vorhergehenden Tage stattgehabten Kommissionssitzungen entgegen. Herr Fabrikant Uebel (Plauen) theilte Namens des Vorstandes der Stiftung für junge Kaufleute mit, dass seit Bestehen der Stiftung neun Bewerbern eine Unterstützung von 3500 Mk. zugewendet worden und dass denselben dadurch das Studium an der Handelshochschule ermöglicht sei. Durch die hochherzige Spende des Herrn Kommerzienraths Fritz Nachod (Leipzig) sei der Stiftungsfonds um 10000 Mk. vergrössert, und es sei dadurch dem Stiftungsausschuss eine noch ausgedehntere Thätigkeit ermöglicht.

Einige allgemein mit Interesse aufgenommene Anregungen gab der Bericht des Herrn Handelskammersyndikus Dr. Behrend (Magdeburg) über die Sitzung der Abtheilung für die Fortbildungsschulen. Derselbe wies zunächst auf die noch immer mehr zunehmende Bedeutung des Schulzeugnisses für den Lehrling hin und schlug vor, um jedem Irrthum, den der Name der Schule hervorrufen könnte, vorzubeugen, den Zeugnissen eine kurze Charakteristik der besuchten Anstalt beizufügen. Sodann über-

mittelte er der Versammlung den Wunsch der Abtheilung, die Entwicklung der kaufmännischen Fortbildungsschulen in den letzten Jahren festzustellen und eine Untersuchung vorzunehmen, ob die Bestimmungen der RGO. für die kaufmännischen Fortbildungsschulen ausreichend seien.

In dieser Beziehung sei auch noch einmal die Bezeichnung »Fortbildungsschule« zu prüfen, deren Umwandlung von verschiedenen Seiten beantragt sei. Sodann würde sich eine Zusammenstellung von Normalstatuten und Lehrplänen empfehlen, mit welchen in der Bildung begriffene Schulen unterstützt werden könnten.

Nachdem der Herr Vorsitzende die Bereitwilligkeit des Verbandes, diesen Wünschen nachzukommen, zu erkennen gegeben hatte, berichtete Herr Kommerzienrath Lissauer (Berlin) über die Sitzung der Kommission für Handelsschulen. Derselbe beantragte, den städtischen Vertretungen die bisherigen Fortschritte auf dem Gebiete des Handelsrealschulwesens bekannt zu geben und ihnen die Errichtung von Handelsrealschulen zu empfehlen und durch Zusammenstellung von Lehrplänen und Berechtigungsbestimmungen eine einheitliche Grundlage für die Handelsrealschule zu schaffen. Es wurde beschlossen, für das nächste Jahr eine besondere, erweiterte Abtheilungssitzung anzuberaumen, welche sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigen solle.

Der Herr Vorsitzende berichtete dann über die Sitzung der Kommission für die praktische Ausbildung der Lehrlinge. Die Kommission sei zu der Ansicht gelangt, dass die praktische Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge heute zum grossen Theil nicht mehr den an dieselbe zu stellenden Anforderungen entspreche und dass in keineswegs seltenen Fällen der Lehrling auch nicht annähernd diejenige abgeschlossene Ausbildung erhalte, welche das Deutsche Handelsgesetzbuch dem Lehrherrn zur Pflicht mache. Bei aller Werthschätzung der theoretischen Fachbildung müsse die praktische Lehre doch immer das Fundament der kaufmännischen Ausbildung bleiben. Die kaufmännische Fortbildungsschule habe nur systematisch zu ergänzen und zu vertiefen, was die Praxis der Lehre grundlegend biete. Die Kommission halte es für wünschenswerth, wenn der Verband Erhebungen über die thatsächlichen Verhältnisse anstellen und das Ergebniss demnächst in einer erweiterten Kommission zur Berathung stellen würde.

Es wurde alsdann zu Punkt 1 der Tagesordnung: »Die Berechtigungsfrage bei den Handelsschulen« übergegangen. Herr Professor Dr. Wernicke (Braunschweig) berücksichtigte in seinem Referat besonders die norddeutschen, Herr Rektor Lössl die süddeutschen, besonders die bayerischen Verhältnisse. In beiden Referaten trat der von Herrn Professor Wernicke formulierte Wunsch zu Tage, dass die gleiche Berechtigung aller neunstufigen und die gleiche Berechtigung aller sechsstufigen höheren Lehranstalten in allen Theilen Deutschlands, in welchen sie noch nicht

bestehe, anzustreben sei, und dass besonders der sechsstufigen Handelsschule alle Rechte der sechsstufigen Realschule (Realanstalt) und der neunstufigen Handelsschule alle Rechte des Realgymnasiums bzw. der neunstufigen Oberrealschule zu erwirken seien. Entscheidend würde für die Gewöhnung dieser Berechtigung wohl die vielfach noch ungeklärte Ansicht über den Bildungswerth der kaufmännischen Fächer sein.

In der sich daran schliessenden Debatte bemerkte Herr Professor Raydt, dass derartige Schulen in Sachsen sehr populär seien, aber ohne Berechtigung nicht existenzfähig sein würden. Herr Oberbürgermeister Beck berichtet, dass Baden derartige Schulen bisher noch gar nicht aufweise, dass aber im September eine Handelsrealschule in Mannheim eröffnet werde. Das erste für Baden zu erstrebende Ziel würde die Gleichstellung mit der Oberrealschule sein. Herr Direktor Vogels (Köln) bemerkte, dass durch Verleihung aller Berechtigung der lateinlosen Schulen an die Kölner Handelsschule ein Präzedenzfall geschaffen und damit für Preussen die Frage erledigt sei. Nachdem der Herr Vorsitzende die Anregung zu einer Behandlung der Frage betreffend den Bildungswerth der kaufmännischen Fächer als Preisarbeit gegeben hatte, wurde zu Punkt 2 der Tagesordnung übergegangen: »Das Privathandelsschulwesen in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten und seine gesetzliche Regelung«.

Nach Darlegung der auf diesem Gebiet herrschenden Missstände stellte der Referent, Herr Handelskammer-Syndikus Dr. Brandt (Düsseldorf) folgenden Antrag:

Der IV. Kongress des Deutschen Verbandes für das Kaufmännische Unterrichtswesen zu Mannheim erklärt, dass auf dem Gebiete des privaten Handelsschulwesens so grosse Missstände bestehen, dass der Staat ordnend einzugreifen verpflichtet ist. Da die vorhandenen gesetzlichen Handhaben in den deutschen Bundesstaaten sehr verschiedenen Inhalts, meist aber vollständig ungenügend zur Erreichung des gedachten Zweckes sind, würde die Ordnung der Verhältnisse in diesem Unterrichtszweige am besten einheitlich für das Reich mit Hilfe der Gewerbeordnung erfolgen, andernfalls auf Grund von Sondergesetzen für die Bundesstaaten.

Die gesetzliche Regelung der Verhältnisse des privaten Handelsschulwesens hat zu umfassen das Konzessionsverfahren bei Errichtung einer privaten Handelsschule, sowie die Ueberwachung des Unterrichts bei den bestehenden Schulen. Im Einzelnen sind zur Durchführung dieser Grundsätze folgende Forderungen aufzustellen:

1. Es müssen entsprechende Unterrichtsräume vorhanden sein.
2. Der Leiter und die Lehrkräfte privater Handelsschulen müssen den Nachweis:
 - a) ihrer sittlichen Würdigkeit,
 - b) ihrer Lehrbefähigung
 beibringen.

3. Es muss ein Lehrplan und eine Stoffeintheilung vorhanden sein, die erkennen lassen, dass das angekündigte Lehrziel in der vorgesehenen Zeit auch wirklich zu erreichen ist.
4. Die Zahl der Lehrer muss in einem Verhältniss zu der Zahl der Schüler stehen.
5. Die Schulen unterliegen einer eingehenden, regelmässigen Aufsicht, welche vom Staate unter Zuziehung von Kaufleuten ausgeübt wird. Die Wahl dieser Kaufleute erfolgt durch die Handelskammer.

Die Schulaufsicht müsste sich auf folgende Punkte erstrecken:

- a) Räumlichkeiten,
- b) Einreihung der Schüler nach ihrer Vorbildung,
- c) Unterricht,
- d) Entlassungsprüfungen.

Unterwirft sich ein Unternehmer diesen Bedingungen nicht oder erfüllt er sie nicht, so ist die Genehmigung zur Fortführung der Anstalt zu verweigern resp. zurückzuziehen.

Ungeachtet der Nothwendigkeit eines solchen Vorgehens des Staates erkennt der Kongress in der Ausbreitung der obligatorischen Fortbildungsschulen und in der Angliederung von Unterrichtskursen für Handelsangestellte reiferen Alters an die öffentlichen Fortbildungsschulen eines der wirksamsten Mittel zur Einengung des privaten Handelsschulwesens und damit zur Aufhebung seiner etwa hervortretenden schädlichen Wirkungen.

Die mit den privaten Handelsschulen häufig verbundene Stellenvermittlung bedarf einer scharfen Ueberwachung.

Nach längerer Debatte wurde unter Betonung der Thatsache, dass den besseren der Privathandelsschulen damit ein Dienst geleistet würde, der Antrag des Herrn Referenten von der Versammlung angenommen.

Zu dem 3. Punkt der Tagesordnung: »Welche Methode erweist sich für den fremdsprachlichen Unterricht an den kaufmännischen Unterrichtsanstalten als die zweckmässigste?« hatte der Referent, Herr Direktor Dr. Dunker (Berlin), folgende Leitsätze aufgestellt, welche nach längerer Debatte von der Versammlung genehmigt wurden.

1. In kaufmännischen Fortbildungsschulen ist das gründliche Betreiben einer einzigen fremden Sprache dem gleichzeitigen Erlernen mehrerer fremder Sprachen entschieden vorzuziehen.
2. Das Unterrichtsziel ist, den Schüler zu einiger Uebung im mündlichen Gebrauch der fremden Sprache zu erziehen und ihn in den Stand zu setzen, kaufmännische Schriftstücke zu verstehen und einfache Handelsbriefe zu schreiben.
3. Ohne häuslichen Fleiss und bei überfüllten Klassen ist dieses Unterrichtsziel nicht zu erreichen.

4. Unterricht und Lehrbuch müssen inhaltlich den Interessen und Bedürfnissen des jungen Kaufmanns angepasst sein.
5. Die fremde Sprache ist stets in einfacher, kontakter Form, unter Vermeidung alles Ungewöhnlichen, darzubieten und, soweit es irgend möglich ist, als Unterrichtssprache zu benutzen.
6. Der Elementarunterricht hat, eventuell nach einer kurzen lautlichen Einleitung, von zusammenhängenden Stücken auszugehen und durch Frage und Antwort, Rückübersetzung, Umbildung und Nachbildung in der fremden Sprache das Sprachgefühl und die Ausdrucksfähigkeit des Schülers zu wecken und zu bilden. Zusammenhängendes Uebersetzen aus dem Deutschen ist ausgeschlossen.
7. Die Grammatik ist analytisch aus dem Lesestoff zu entwickeln. Sie ist in der Hauptsache Formenlehre; sie hat das Regelmässige zu betonen, von dem Unregelmässigen nur das Allernothwendigste heranzuziehen; sie ist nur Mittel zum Zweck, nie Selbstzweck.
8. Der Korrespondenzlehre, die im Elementarkursus vorzubereiten ist, liegen nicht alleinstehende Briefe zu Grunde, sondern Briefgruppen, die sich um die Erledigung eines Geschäftsvorfalles gruppieren, und in die sich die wichtigsten Formulare: Faktura, Wechsel, Check, Konnossement etc., eingliedern. Vom ausgeschriebenen Brief ist zu Dispositionen und Direktiven fortzuschreiten, nach denen Anfangs die Klasse gemeinsam, später der einzelne Schüler selbstständig Briefe zu schreiben hat.
9. Das Lesebuch, das stets auch die Unterlage für Sprechübungen bildet, soll dem Schüler einen kaufmännischen Wortschatz zur Verfügung stellen und seinen Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes lenken. Es muss Belehrungen über Handels- und Wechselrecht, Buchführung, Versicherung etc. enthalten; Annoncen aus dem Handels- und Verkehrsleben; Markt- und Börsenberichte; Konsulatsberichte über interessante Industrien, Bahnbauten, Schifffahrtslinien etc.

Herr Handelskammer-Syndikus Dr. Behrend (Magdeburg) referirte alsdann über Schülerbibliotheken. Die von der Kommission für Prämienbücher und Schulbüchereien aufgestellten und von dem Herrn Referenten vertretenen Thesen gelangten einstimmig zur Annahme.

Leitsätze der Kommission für Prämienbücher und Schulbüchereien.

I. Prämienbücher.

1. Broschüren eignen sich nicht zu Prämien, sondern nur Werke, die auch ihrem Umfange nach wirkliche Bücher sind.
2. Als Mindestpreis sind deshalb von uns 3 Mk. angenommen, der Höchstpreis ergibt sich aus der Leistungsfähigkeit der Prämienstifter (Schule, Handelskammer u. s. w.), er dürfe jedoch 20 Mk. selten übersteigen.

3. Das Prämienvuch soll den Schüler durchs Leben begleiten; es muss demnach dementsprechend auch die Anforderungen eines erwachsenen Menschen an Lektüre voll befriedigen.
4. An den Inhalt der Bücher stellen wir im Speciellen folgende Forderungen:
 - a) Bücher, deren Inhalt zum Wirthschaftsleben des Kaufmanns Beziehungen aufweisen, verdienen besondere Beachtung.
 - b) Die Bücher dürfen nicht rein didaktischer Natur (mit lehrhaftem Ton) sein.
 - c) Moralisirende Bücher sind auszuschliessen.
 - d) Auszuschliessen sind Romane u. s. w., es sei denn, dass sie kaufmännische Verhältnisse in anerkannt klassischer Form behandeln.
5. Sehr werthvoll sind Lebensbeschreibungen bedeutender Kaufleute (einschliesslich der Industriellen).

II. Schülerbüchereien.

1. Für die Schülerbüchereien eignen sich Bücher und Broschüren jeder Preislage.
2. Bei der Anschaffung von Büchern für die Schülerbüchereien sind in erster Reihe solche Werke zu berücksichtigen, die geeignet sind, die Schüler in den Gedankenkreis des kaufmännischen Lebens einzuführen.
3. Die Bücher müssen dem Bildungsgrade des Schülers angepasst und für Leute von etwa vierzehn bis zwanzig Jahren verständlich sein.
4. Die Bücher müssen in deutlich lesbarer Schrift gesetzt und sprachlich so abgefasst sein, dass die Schüler sie ohne Hilfsmittel verstehen können.
5. Ihrem Inhalte nach werden Werke der Schülerbüchereien vornehmlich folgenden Wissensgebieten anzugehören haben:
 - a) Der Geschichte, und zwar hauptsächlich der Kultur, insbesondere der Handelsgeschichte.
 - b) Dem Kreise der Lebensbeschreibungen berühmter Kaufleute und Staatsmänner.
 - c) Der Länder- und Völkerkunde.
 - d) Der Naturwissenschaft, insbesondere in ihrer Beziehung zu Industrie, Handel und Verkehr.
 - e) Der Volkswirtschaftskunde, der Verkehrs- und Handelswissenschaft.

Hierbei können nicht Bücher in Betracht kommen, die als Lehrbücher (s. III. Lehrerbüchereien) in kaufmännischen Fortbildungsschulen eingeführt sind, sondern nur solche Werke, die entweder von grösseren Gesichtspunkten ausgehen und in die betreffende Disziplin auch ohne nebenhergehende Erklärung und Ergänzung des Lehrers einführen, oder Werke, die ein Specialgebiet erschöpfend behandeln.

- f) Der schönen Literatur (einschliesslich der Werke sittlich erzieherischer Tendenz).

Auszuschliessen sind die in Leihbibliotheken erhältlichen Tageserscheinungen. Inwieweit es rathsam ist, für die Beschaffung der Klassiker, die meist in Stadt- und Leihbibliotheken und in billigsten Volksausgaben zu haben sind, Geld aufzuwenden, ist nach den örtlichen Verhältnissen zu entscheiden.

Dagegen dürfte es sich empfehlen,

- g) einige leichte englische und französische Bücher und Zeitschriften anzuschaffen, die geeignet sind, Lust und Liebe zum Erlernen fremder Sprachen zu wecken und wach zu halten.

III. Lehrerbüchereien.

In die Lehrerbüchereien sind aufzunehmen:

- Grosse Nachschlagewerke allgemeiner Natur. (Konversationslexikon),
 Handbücher der Volkswirtschaftskunde,
 Waarenlexika,
 1 etymologisches Fremdwörterbuch,

- je 1 Lexikon der modernen Kultursprachen,
- 1 Handbuch der Wirtschaftskunde,
- 1 Handbuch der Kontorkunde,
- Statistische Nachschlagewerke,
- Die Jahresberichte von Handelskammern,
- Die Lehrbücher der kaufmännischen Unterrichtsanstalten,
- Sammlung der den Handelsstand berührenden Gesetze des Reiches und des betreffenden Bundesstaates; unbedingt nöthig sind:
- 1 Staub, Handelsgesetzbuch,
- 1 Kommentar zur RGO.,
- 1 Kommentar zur WO.,
- 1 Kommentar zur KO.

Das Referat über Punkt 4 der Tagesordnung: »Welche Einrichtungen für fachwissenschaftliche Vorträge sind von den Handelskammern resp. kaufmännischen Vereinen bisher getroffen worden, wie haben sich dieselben bewährt und auf welche Weise ist der Ausbau derselben zu fördern?« hatte bei Verhinderung der beiden Herren Referenten in dankenswerther Weise Herr Handelskammer-Sekretär Dr. Emminghaus (Mannheim) übernommen. Derselbe wies an der Hand einer Enquête über das fachwissenschaftliche Vortragswesen nach, dass die Bedeutung derartiger Vorträge noch nicht genügend anerkannt würde. Wohl haben vielfach, z. B. in Köln, Augsburg, Elberfeld, Chemnitz, Würzburg und Bremen die Handelskammern entsprechende Einrichtungen getroffen, doch fehle eine systematische Anordnung. Dem jungen Kaufmann würden nur Bruchstücke aus den verschiedensten Wissensgebieten dargeboten, während es sich empfehlen würde, wie es ja schon in Hamburg, Mannheim, Frankfurt a. M. und Magdeburg der Fall sei, in sich abgeschlossene Vortragskurse einzurichten.

In der Debatte wurde der Wunsch laut, eine besondere Vortragskommission im Verande ins Leben zu rufen. Herr Handelskammer-Syndikus Dr. Behrend (Magdeburg) sprach sich entschieden für Vortragszyklen aus und gab eine Reihe praktischer Winke für deren Handhabung. Die Hauptschwierigkeit liege in der Beschaffung des Vortragenden und würde sich die Ausbildung und Anstellung besonderer Dozenten für diesen Zweck empfehlen.

Der Kongress beschloss die Bildung einer besonderen Vortragskommission und nahm die von dem Herrn Referenten aufgestellten Leitsätze in nachfolgender Form an:

1. Damit eine höhere, den Bedürfnissen des Kaufmannsstandes entsprechende Bildung auch an solchen Orten geboten werden könne, die der Handelshochschule entbehren, empfiehlt sich eine zweckmässige Pflege und Gestaltung des Vortragswesens.
2. Es empfiehlt sich, die für den Kaufmann wichtigen Wissensgebiete nicht bruchstückweise in Einzelvorträgen, sondern, wo es irgend angeht, in systematischer Ordnung in mehrstündigen Kursen kurz, aber möglichst erschöpfend zu behandeln.

3. Die Kurse sind nach Art akademischer Vorlesungen dem Verständniss strebsamer angehender Kaufleute anzupassen, sollen aber gleichzeitig auch dem selbständigen Kaufmann systematische Belehrung bieten.

4. Es ist wünschenswerth, dass am Sitze von Handelskammern diese entweder selbst die Organisation fachwissenschaftlicher Kurse für Kaufleute in die Hand nehmen oder sich mit anderen geeigneten Körperschaften (kaufmännischen Vereinen, Börsen und dergl.) zu diesem Zwecke vereinigen.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung: »Wieweit liegt ein Bedürfniss für die Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichts für weibliche Angestellte vor und welche Grundforderungen sind in dieser Beziehung zu stellen?« referirte Herr Dr. Silbermann (Berlin). Derselbe wies zunächst auf die scharfe, zwischen dem Kontor- und Ladenpersonal bestehende, ungerechtfertigte Scheidung hin, und dann auf die im Handelsstande immer weiter um sich greifende Specialisirung, die nur dann eine Berechtigung habe, wenn eine genügende Allgemein- und eine gründliche kaufmännische Fachbildung vorhanden sei. Diese fehle aber in den meisten Fällen, und an eine fruchtbringende Specialthätigkeit sei demgemäss nicht zu denken. Deshalb sei das Bedürfniss, Unterrichtsanstalten für weibliche Angestellte zu schaffen, ein sehr dringendes.

Diese zu schaffenden Unterrichtsanstalten würden aber erst nach Erfüllung zweier Vorbedingungen: »der Beseitigung der kaufmännischen Pressen, und der Einführung des Fortbildungsschulzwanges« ihrer Aufgabe voll nachkommen können. Die an diese Anstalten zu stellenden Grundforderungen legte der Herr Referent in folgenden Thesen nieder.

1. Für das weibliche Geschlecht kommen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Zustände vornehmlich zwei Arten von kaufmännischen Schulen in Betracht:
 - a) Handelsschulen für diejenigen, die sich dem Bureaudienst widmen wollen,
 - b) Fortbildungsschulen für das Verkaufspersonal. Für die Ausgestaltung des Unterrichts in beiden Arten von Schulen liegt ein Bedürfniss, insbesondere nach der Richtung hin vor, dass die Einseitigkeit der Praxis mehr als bisher durch theoretische Fachbildung ergänzt werde, und dass ferner auf die Unterweisung in allgemein bildenden Fächern ein grösseres Augenmerk gerichtet werde.
2. An Handelsschulen kommen niedere und höhere in Betracht. Die niederen müssten für Mädchen mit Volksschulbildung einen mindestens zweijährigen, für solche mit höherer Schulbildung einen mindestens einjährigen Kursus umfassen. Die höhere Handelsschule dürfte nur Mädchen

mit höherer Schulbildung zugänglich sein, und die Unterrichtsdauer hätte sich auf zwei Jahre zu erstrecken, an die sich zur Ausbildung von Handelslehrerinnen ein drittes Seminarjahr anschliessen könnte. Der Unterricht in den Handelsschulen muss so gestaltet sein, dass er ein genügend starkes Gegengewicht gegen die idealistisch-ästhetische Erziehungsweise der höheren Mädchenschulen bietet. Die Wahl der einzelnen Unterrichtsfächer ist nicht in das Belieben der Schülerinnen zu stellen.

3. Die Dauer der Fortbildungskurse, die ebenfalls, soweit es sich um elementare Unterrichtsgegenstände handelt, nur Pflichtfächer umfassen dürften, hätte wenigstens zwei Jahre zu betragen. Der Unterricht in mehreren aufsteigenden Klassen sollte sich auf Deutsch, Rechnen, gewöhnliche schriftliche Arbeiten, Elemente des kaufmännischen Briefwechsels und der Buchführung, sowie auf die Handelslehre erstrecken.

Die Mitberichterstatlerin, Fräulein v. Roy (Königsberg), führte an der Hand der Berufs- und Gewerbestatistik aus, dass die Zahl der im Handel beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte immer mehr zunehme, dass die Zahl der kaufmännischen Unterrichtsanstalten für weibliche Angestellte aber in einem auffallenden Missverhältniss dazu stehe. Die Mehrzahl der jungen Mädchen, denen es um eine theoretische Ausbildung zu thun sei, sei damit auf die Pressen angewiesen, und einer Enquête bei den verschiedenen kaufmännischen Vereinen weiblicher Angestellter zufolge, bestehe überall der Wunsch nach gründlicherer Ausbildung. Es sei daher zu empfehlen, zur Ausgestaltung des Unterrichts für weibliche Angestellte denselben Weg zu beschreiten, den man für die männlichen bereits eingeschlagen habe. Um dabei eine zu grosse Belastung der Gemeinden zu vermeiden, solle man die für die männlichen Angestellten schon bestehenden Anstalten den Mädchen öffnen bezw. ihnen Klassen für weibliche Angestellte angliedern. Den weiteren Ausführungen lagen folgende Leitsätze zu Grunde:

»Für die Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichtswesens für die weiblichen Handelsangestellten ist derselbe Weg zu beschreiten, den man bereits für die angehenden jungen Kaufleute männlichen Geschlechts eingeschlagen hat.

1. Der grossen Masse der frisch von der Schule ohne Fachkenntnisse in den Handelsstand Eintretenden soll die Fortbildungsschule dienen.
2. Als Vorbereitung auf den kaufmännischen Beruf soll die Handelsschule und die höhere Handelsschule dienen.
3. Um das durchschnittliche Maass der Ausbildung und die Stellung der weiblichen Angestellten zu heben, ist dahin zu streben, dass sich auch junge Mädchen aus den wohl-

habenderen Ständen eine tüchtige kaufmännische Ausbildung erwerben.

4. Es ist durchaus nothwendig, ausgiebig für die Heranbildung von Handelslehrerinnen zu sorgen.
5. Um diese Ziele zu erreichen, darf dem weiblichen Geschlecht auch die Handelshochschule auf die Dauer nicht verschlossen werden.«

Nach einer lebhaften Debatte beantragte Herr Professor Dr. Wernicke (Braunschweig) folgende Entschliessung anzunehmen:

»Der Kongress erkennt ein Bedürfniss für die Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichts für weibliche Angestellte unbedingt an, und zwar sind dafür im Allgemeinen dieselben Grundforderungen zu stellen, wie sie für die männlichen Angestellten vom Verbande anerkannt worden sind. Die Ausgestaltung hat unter stetiger Prüfung der Bedürfnissfrage weiter zu schreiten. Die in den Referaten und in der Debatte angeregten besonderen Fragen in Bezug auf die Fortbildungsschulen und auf die selbständigen Vorbereitungsanstalten für das weibliche Geschlecht, insbesondere auch die Frage der Ausbildung geeigneter Lehrerinnen werden von dem Kongress dem Vorstande zur weiteren Bearbeitung überwiesen.«

Der Antrag wurde angenommen.

Herr Direktor Ebeling (Halberstadt) sprach alsdann über die Stellung, welche der Handelsbetriebslehre im Lehrplan der kaufmännischen Unterrichtsanstalten einzuräumen sei. Er vertrat dabei den Standpunkt, dass eine grössere Konzentration der verschiedenen Fächer als bisher anzustreben und die Korrespondenz in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen sei. Es hat die Entwicklung eines Geschäftes von seiner Gründung bis zu seiner Auflösung zur Darstellung zu kommen. Die Debatte ergab allgemein den Wunsch nach einer verstärkten Konzentration, der in folgendem Beschluss zum Ausdruck kam: »Der Kongress hält es für wünschenswerth, dass in Zukunft da, wo sie bisher noch nicht besteht, zwischen den einzelnen Unterrichtsfächern eine grössere Beziehung herbeigeführt wird«.

Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung: »Wieweit und in welcher Form verdient das Uebungskontor Beachtung?« referirte Herr Oberlehrer R. Stern (Leipzig).

Die interessanten Ausführungen des Berichterstatters fanden reichen Beifall, und wurde beschlossen, den Vortrag auch in besonderer Ausgabe weiteren Kreisen zugänglich zu machen.

Da hiermit die Tagesordnung erschöpft war, schloss der Herr Vorsitzende den Kongress.

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

Juli/August.

Wurst und Fleischwaaren.

Durch die anhaltende kalte, nasse Witterung, welche auch in diesen beiden Monaten vorherrschte und den Niedergang der allgemeinen ungünstigen geschäftlichen Lage war das Geschäft in Dauerwaare, welches für diese beiden Monate ganz besonders in Frage kommt, sehr ungünstig.

Die Abnehmer, welche Abschlüsse in Dauerwaare gemacht hatten, waren meistens nicht in der Lage, die Quantitäten abzunehmen. Die Fabrikanten haben durch diese ungünstigen Verhältnisse viel Dauerwaare auf Lager behalten, wodurch sie gezwungen wurden, um, wenn möglich rechtzeitig, die Lager zu räumen, zu bedeutend billigeren Preisen zu verkaufen, was bei den enorm hohen Einkaufspreisen einen grossen Verlust im Gefolge hat. — Die Einkaufspreise sind noch höher als im Vorjahre, denn es werden 68 bis 70 Pfg. pro Pfund Schlachtgewicht gezahlt; dazu ist die Qualität eine sehr mangelhafte und sind der hohen Preise wegen die Schlachtungen quantitativ nur dieserhalb zurückgegangen.

Es ist deshalb unbedingt erforderlich, dass die Einfuhr lebender Schweine nach öffentlichen Schlachthäusern, wobei die strengsten veterinären, polizeilichen Vorschriften Beobachtung finden müssen, noch vor Beginn der neuen Saison gänzlich freigegeben wird. — Sonst werden die Erfolge für die deutsche Wurst- und Fleischwaaren-Industrie im nächsten Geschäftsjahre noch schlechter als die diesjährigen ausfallen und ein weiterer Rückgang der in den letzten Jahren hochentwickelten Industrie unvermeidlich sein.

C. Fr. Behrens.

Handelsregister.

(September.)

1. Neueintragungen.

1. König & Nickel, Kolonialwaaren en gros, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufleute Wilhelm König und Conrad Nickel.
2. Georg Richter, Manufakturwaarengeschäft, Schöppenstedt. Inhaber: Kaufmann Georg Richter.
3. A. Kleinschmidt & Co., Fabrikation und Handlung mit mechanischen Musikinstrumenten, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Hof-Instrumentenmacher Wilhelm Künzel und Kaufmann Adolf Kleinschmidt.
4. Gebhard & Gralle, Handlung mit Baumaterialien, offene Handelsgesellschaft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Carl Gebhard und Techniker Hermann Gralle.
5. Ludwig Bech, Handlung mit Bildern, Uhren und Spiegeln, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Ludwig Bech.
6. B. Ries, Wolfenbüttel, Zweigniederlassung des in Braunschweig unter der gleichen Firma betriebenen Handelsgeschäfts (Handlung mit Nähmaschinen, Fahrrädern und Zubehörrtheilen). Inhaber: Kaufmann Iwan Bernhard Ries in Braunschweig.
7. Albert Frank, Fabrikation von Arve'schen Dichtungsringen, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Albert Frank.
8. Hans B. Fedde, Holzwaarenfabrik und Sägewerke, Harzburg-Bündheim. Inhaber: Fabrikant Hans Bielfeld Fedde zu Bündheim.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther Act.-Ges., Braunschweig. Der Ingenieur Max Münzel hierselbst ist zum Vorstandsmitgliede und der Kaufmann Johann Mengeringhausen in Darmstadt zum stellvertretenden Vorstandsmitgliede gewählt.
2. Braunschweigische Dampfwaschanstalt O. Bormann, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist ohne Forderungen und Schulden aber mit Firma seit dem 1. September cr. von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Kaufmann Otto Bormann, an den Dampfwaschereibesitzer Hermann Reulecke abgetreten.
3. B. Ries, Braunschweig. In Wolfenbüttel ist eine Zweigniederlassung errichtet.

3. Prokura-Ertheilungen.

1. Carl Bihlmaier, Braunschweig. Dem Kaufmann Otto Bihlmaier und dessen Ehefrau, Elise geb. Graulich.
2. Metallwaarenfabrik vormals Fr. Zickerick, Wolfenbüttel. Dem Buchhalter Wilhelm Anger.

4. Prokura-Löschungen.

Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther Act.-Ges., Braunschweig. Kaufmann Johann Mengeringhausen.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

Molkerei-Genossenschaft Amelungsborn-Negenborn, e. G. m. b. H. Mitglieder des Vorstandes sind: Amtmann R. Behrens in Amelungsborn, Halbmeier Wilhelm Eilers in Negenborn, Brinksitzer Karl Kuhlmann daselbst, Anbauer Wilhelm Grimme daselbst.

2. Abänderungen.

1. Consumverein Beddingen, e. G. m. u. H. Die Genossenschaft ist in eine solche mit beschränkter Haftpflicht umgewandelt. Die Firma lautet: Consumverein Beddingen, e. G. m. b. H. Die Haftsumme beträgt 20 Mk., nur ein Geschäftsantheil ist zulässig.
2. Association der Schuhmacher zu Wolfenbüttel, e. G. m. u. H. Die Genossenschaft ist in eine solche mit beschränkter Haftpflicht umgewandelt. Die Firma lautet: Rohstoff-Genossenschaft der Schuhmacher zu Wolfenbüttel, e. G. m. b. H. Die Haftsumme beträgt 300 Mk. Nur zwei Geschäftsantheile sind zulässig.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Gustav Fischer, Landwirth, Königslutter. 25. August 1902.
2. Margarethe Wegener, Blankenburg a. H. 12. September 1902.
3. Ernst Drewes, Dachdeckermeister, Schöningen. 13. September 1902.
4. Frau Bertha Frank, Inhaberin der beiden Firmen C. Arvé und Ph. Frank, Braunschweig. 16. September 1902.
5. Mathias Kahmann sen., früher Gastwirth, jetzt Altentheiler, und Mathias Kahmann jun., Gastwirth, Pabstorf. 17. September 1902.
6. Erich Günther, Gutsbesitzer, Blankenburg a. H. 25. September 1902.
7. Hermann Heine, Kaufmann, Königslutter. 26. September 1902.
8. Schrieber & Behmann, Stadtoldendorf. 26. September 1902.

2. Aufhebungen.

1. Robert Vietsch, Hutfabrikant, Wolfenbüttel.
2. Wilhelm Schumburg, Konservenfabrikant, Braunschweig.
3. Christian Bartölke, Kornhändler, Mahlum.
4. Josef Wand, Handelsmann, Kreensen.

Bücherschau.

Der Kaufmann und seine Firma, dargestellt von Walther Selbach, Gerichtsassessor, so betitelt sich ein soeben im Verlage von G. D. Baedeker in Essen erschienenenes Schriftchen, dessen Preis nur 60 Pfg. beträgt. Das Werkchen enthält in gedrängter Form Alles, was der Kaufmann und Gewerbetreibende über die »Firma« wissen muss, und erläutert in knapper und leicht fasslicher Form die betreffenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, die überdies im Anhange abgedruckt sind. Ein zweckmässiges Sachregister macht den Inhalt besonders übersichtlich.

Der Handwerker. Die Ausbildung, die Prüfungen und die Rechtsverhältnisse der Gewerbetreibenden, nach den gesetzlichen Bestimmungen bearbeitet und herausgegeben von Hermann Gehrig, Königl. Kreisschulinspektor, und Dr. A. Schellen, Handwerkskammer-Sekretär. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig 1902. 112 Seiten.

Der erste Theil der Broschüre enthält eine Angabe der gesetzlichen Vorschriften des Handwerkgesetzes und der Gewerbeordnung. Der zweite Theil beschäftigt sich zunächst mit der praktischen, dann mit der theoretischen Ausbildung des Handwerkers und behandelt am Schluss verschiedene gesetzliche Bestimmungen über die Organisation und die Vertretung des Handwerkerstandes, die Genossenschaften, das Gewerbegericht, das Innungsschiedsgericht und einige Punkte aus der Gesetzgebung zum Wohle der arbeitenden Klassen.

Neuere Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrizität in wissenschaftlich-gemeinverständlicher Weise, dargestellt von Professor Dr. Richarz. Zweite, wenig verbesserte Auflage. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig 1902. 128 Seiten.

Der Verfasser hat hiermit fünf von ihm gehaltene Vorträge weiteren Kreisen zugänglich gemacht. Dieselben behandeln: Die magnetischen und elektrischen absoluten Maasseinheiten, Ampère, Volt, Ohm; die Hertz'schen elektrischen Schwingungen und die stehenden Wellen auf Drähten; Hertz'sche Wellen in freier Luft, Strahlen elektrischer Kraft und die Telegraphie ohne Draht; die Kraftlinien Faradays und seine Anschauungen über das Wesen der elektrischen und magnetischen Erscheinungen; und Kathodenstrahlen und Röntgenstrahlen.

„**Ca' Canny**“ (Immer nur hübsch langsam). Ein Kapitel aus der modernen Gewerkschaftspolitik von W. G. H. Freiherr von Reisswitz, Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona. — 7 Bogen gr. 8^o, in effektivem, mehrfarbigem Umschlage. Preis 2 Mk.

Was bedeutet »ca' canny«? Es ist eine schottische Redewendung, die in wörtlicher Uebersetzung: »Geh' langsam« heisst, und zum Schlagwort der englischen Gewerkschaften geworden ist, zur geheimen, von Mann zu Mann ausgetheilten Parole, »hübsch langsam« zu arbeiten, sei es, um die Unternehmer im Lohnkampfe müde zu machen, sei es, um diese zur Einstellung vermehrter Arbeitskräfte zu zwingen. In einer Serie von Artikeln, die vor Kurzem in den »Times« erschienen ist, wurde nachgewiesen, dass der Rückgang der englischen Industrie im Wesentlichen auf diese, das ganze wirtschaftliche Leben vergiftende, allen Fleiss und Ehrgeiz tödtende »ca' canny-Politik« zurückzuführen sei; von diesen Artikeln ist nun Baron von Reisswitz ausgegangen. Seine Ausführungen werden in allen Kreisen, in denen man sich mit praktischer oder theoretischer Socialpolitik befasst Interesse finden.

Für die Redaktion verantwortlich: W. Wolff, Braunschweig.

Verlag und Expedition:
Kanzlei
der Handelskammer.

Monatsschrift

Abonnement:
Vierteljährlich 1 Mk.

für

Handel und Industrie.

Amtliches Organ der Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Herausgegeben im Bureau der Handelskammer.

No. 11/12.

Braunschweig, November/Dezember 1902.

XII. Jahrgang.

Alle für die Monatsschrift bestimmten Inserate bitten wir an Herrn Emil Müller (Braunschweig), Thomaestrasse 5, gelangen zu lassen.

Monatsschrift für Handel und Industrie.

Bekanntmachung.

Der Handelskammer gehen regelmässig zuverlässige Mittheilungen über schwindelhafte oder zweifelhafte Firmen des Auslandes zu. Die Handel- und Gewerbetreibenden des Herzogthums können nach Bedarf auf dem Bureau der Handelskammer (Breitestrasse 9¹⁾) Einblick in die betreffenden Register erhalten.

Braunschweig, den 10. Dezember 1902.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Jüdel.

Stegemann.

XLIX. Plenarversammlung

der

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig

Dienstag, den 28. Oktober, Nachmittags 3 Uhr,

und Mittwoch, den 29. Oktober, Vormittags 10 Uhr,

im Sitzungssaale der Handelskammer, Breitestrasse 9.

Erster Tag.

Anwesend sind die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Kommerzienrath Gutkind, Kommerzienrath Lemmer, Dr. Bartz, Gerecke, Lüttge, Querner, Meyer, Baumgarten, sämmtlich aus Braunschweig, Ballin (Gandersheim), Corves (Blankenburg), Fricke (Schöppenstedt), Rehn und Liebold (Holzminden), Buchholz (Rübeland), Walter (Seesen), Kebbel (Schöningen), Falinsky (Helmstedt), Tielecke (Wolfenbüttel), Wiesmann (Harzburg), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, Generalsekretär F. Stegemann, Regierungsassessor Bartels und wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Dr. Schmidt.

Es fehlen entschuldigt die Herren: Dorguth (Helmstedt), Dr. Pfeiffer (Wendessen), Rückert (Frellstedt).

Die Sitzung wird 3¹/₄ Uhr vom Vorsitzenden eröffnet.

I. Geschäftsbericht.

Berichterstatter: Der Syndikus.

In Ausführung des Beschlusses der letzten Plenarversammlung ist die hinsichtlich der Zuckerprämie gefasste Resolution (siehe Monatsschrift 1902, No. 5/6 S. 113) dem Reichstage, dem Bundesrathe, Herzoglichem Staatsministerium und dem Braunschweigischen Gesandten eingereicht worden.

Durch Beschluss der Plenarsitzung vom 12. November 1901 hatte sich die Handelskammer auf ein Schreiben der Handelskammer Magdeburg hin für eine einheitliche Notirung des Zuckers zu 50 kg ausgesprochen, inzwischen ist der Bundesrathsbeschluss, lautend auf eine einheitliche Notirung zu 100 kg, ergangen.

Die Dampfkessel- und Gasometerfabrik vorm. A. Wilke & Co. und die hiesige Baugewerkinnung haben eine Eingabe an die Kammer gerichtet, dahin zu wirken, dass die Lieferungen zu dem geplanten Umbau des Hauptbahnhofes an Braunschweiger Unternehmer vergeben würden. Die Antragsteller sind dahin beschieden worden, dass es noch nicht an der Zeit sei, ihre Wünsche zu verfolgen, dass die Handelskammer aber die Angelegenheit im Auge behalten werde.

Seitens der Königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg war der Kammer der Entwurf des Fahrplans der neuen Bahnstrecke Schandelah-Oebisfelde zur Begutachtung zugesandt. Auf Grund einer Umfrage bei den interessirten Gemeinden und Industriellen wurden die Vorschläge der Eisenbahn-Direktion unterbreitet. Dieselben haben jedoch eine Berücksichtigung nicht erfahren, es ist vielmehr der alte Entwurf beibehalten worden.

Um den Bau der Bahn Harzburg-Oker energisch in die Wege zu leiten, hat vor Kurzem in Bad Harzburg eine Konferenz stattgefunden, wobei sich ein Komitee, bestehend aus Vertretern von Stadtgemeinden und Handelskammern, gebildet hat. Als Vertreter der Handelskammer Braunschweig ist der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, in das Komitee gewählt.

An den Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten ist eine Eingabe gerichtet, worin erneut auf die bereits im Jahre 1897 gemachten Abänderungsvorschläge bezüglich der Beschaffung von Langholzwagen hingewiesen wird.

Auf eine Anfrage der Eisenbahn-Direktion Magdeburg, ob für die Zeit vom September 1902 bis März 1903 eine Verkehrs- oder -abnahme im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraume des Vorjahres zu erwarten stehe, ist das in der Oktober-Nummer der Monatsschrift (S. 235) abgedruckte Ergebniss berichtet worden.

Es scheint daraus hervorzugehen, dass der Tiefstand der wirthschaftlichen Depression erreicht ist.

Hinsichtlich der Frage der Fleischvertheuerung haben mehrere Besprechungen mit hiesigen Interessenten stattgefunden. Auch hat die Handelskammer an Herzogliches Staatsministerium einen Bericht erstattet.

Die vom Herzoglichen Staatsministerium der Kammer vorgelegten Fragen, betreffend die Frachtermässigung für Gyps zur Ausfuhr, konnten nicht in dem gewünschten Umfange beantwortet werden. Die Handelskammer musste sich im Wesentlichen auf den ihr zugegangenen Bericht eines Betheiligten stützen.

Zu dem Gesetzentwurf über das Eigenthumsrecht an Werken der Photographie sind einige Abänderungsvorschläge gemacht und Herzoglichem Staatsministerium übergeben.

Die Eingabe des Mecklenburger Handelsvereins zu Rostock, betreffend Beseitigung des Mangels an Kronen, ist beim Reichsschatzamt unterstützt worden. Ein gleicher Antrag ist vom Handelskammermitgliede Herrn Falinsky mit Bezug auf Helmstedt bei der Kammer gestellt worden. Selbige will daher bei Herzoglichem Staatsministerium dieserhalb vorstellig werden.

Die Handelskammer ist endgültig der vom Verbande mitteldeutscher Handelskammern aufgestellten Vereinbarung über die öffentliche Anstellung der Probenehmer von Getreide, Oelsaaten, Hülsenfrüchten und Erzeugnissen der Getreidemühlen beigetreten.

Zu der Eingabe des Sächsischen Provinzialvereins für Getreide- und Produktenhandel, betreffend die Uebergriffe der Kornhausverwaltung zu Halle a. S., ist eine Stellungnahme nicht erfolgt, da positive Unterlagen für eine Schädigung Braunschweiger Getreidehändler nicht vorliegen.

Die Kaiserliche Intendantur der Marinestation der Ostsee hat eine Anfrage an die Kammer gerichtet, ob Wünsche bezüglich einer anderen Handhabung des Submissionswesens hervorgetreten seien. Es ist erwidert, dass Gründe für eine Aenderung diesseits nicht vorlägen, dass also die Beibehaltung des bisher üblichen Verfahrens — Nichtverlesen der Angebote bei Submissionen — wünschenswerth erscheine.

Während der Berichtszeit hat die Handelskammer eine Reihe von Gutachten abgegeben, die in der Monatsschrift abgedruckt sind. Es sind ferner während dieser Zeit der Buchhalter Denecke hierselbst als Bücherrevisor und Zuckerprobezieher, der Ingenieur Lewandowski hierselbst als Sachverständiger für den gesamten Maschinenbau, insbesondere für Dampf- und Wasserkraftanlagen, und der Ingenieur Gustav Hammer hierselbst als Sachverständiger für Regulirung bei Brandschäden auf Vorschlag der Handelskammer gerichtlich vereidigt worden.

Am 12. September hat zu Friedrichroda der VII. Verbandstag mitteldeutscher Handelskammern getagt. Es ist daselbst beschlossen worden:

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Stellungnahme zu den aus Anlass der Kleinhandelsenquete gemachten Vorschlägen (Berichterstatter: Handelskammer Braunschweig).

Der Verband mitteldeutscher Handelskammern erachtet die Vorschläge der in der Verbandssitzung mitteldeutscher Handelskammern vom 30. April 1902 eingesetzten Kleinhandelskommission über die Behebung der Nothlage des Kolonialwaaren-Kleinhandels als brauchbare Unterlage für die weitere Behandlung der Kleinhandelsfrage. Er beschliesst, an den Deutschen Handelstag das Ersuchen zu richten, die aufgestellten Vorschläge zur Kenntniss der übrigen deutschen Handelskammern zu bringen und diese zur Beschlussfassung zu ersuchen. Der Verband mitteldeutscher Handelskammern spricht die Erwartung aus, dass der Deutsche Handelstag die eingereichten Vorschläge auch seinerseits zur Grundlage weiterer Berathungen machen wird.

Vorschläge.

A. I. Von denjenigen Vorschlägen, welche bezwecken, die Nothlage des Kolonialwaaren-Kleinhandels durch äussere Mittel, insbesondere mit Hilfe der Gesetzgebung, zu beheben, erscheinen als erwägenswerth:

1. Heranziehung der Konsumvereine zu den gleichen Steuern wie des Kleinhandels unter gesetzlicher Einführung der Eintragungspflicht für Konsumvereine,
2. Fortfall jeder behördlichen Begünstigung der Konsumvereine gegenüber dem Kleinhandel (durch Hergabe von Räumlichkeiten etc.),
3. Verbot für Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte einschliesslich Offiziere, eine Betriebsthätigkeit in den Konsumvereinen auszuüben,
4. Ausdehnung des Verbotes der Waarenabgabe an Nichtmitglieder auf die vom Konsumvereine selbst produzierten Waaren,
5. Aufstellung des Grundsatzes für Konsumvereine, dass der Nachweis eines örtlichen Bedürfnisses bei Ertheilung der Konzession für Kleinverkauf von Brantwein und Spirituosen nicht schon durch Vorhandensein einer genügenden Zahl von Vereinsmitgliedern als erbracht angesehen wird, sondern erst dadurch, dass die vorhandenen Konzessionsberechtigten nach Zahl und Leistung nicht genügen,
6. Verbot des Abschlusses von Rabattverträgen mit anderen Geschäften, dergestalt, dass die Mitglieder des Konsumvereins für die von ihnen bezogenen Waaren Rabattmarken erhalten.

II. Von den vielfachen sonstigen Vorschlägen nach der Richtung, durch äussere Mittel der Nothlage des Kolonialwaaren-Kleinhandels zu steuern, werden als ungeeignet besonders hervorgehoben:

- a) in Bezug auf den Kleinhandel selbst:
 - aa) die Einführung einer Geschäfts-Eröffnungssteuer,
 - bb) die gesetzliche Forderung des Vermögensnachweises oder Befähigungsnachweises bei Eröffnung eines kaufmännischen Geschäftes,
- b) in Bezug auf die Konsumvereine:
 - cc) der durch Gesetz zu fordernde Nachweis örtlichen Bedürfnisses bei Errichtung neuer und bei Fortbestand vorhandener Konsumvereine,
 - dd) die Einführung einer besonderen Umsatzsteuer für Konsumvereine,
 - ee) Verbot der Dividendenvertheilung.

B. Erscheinen die obigen, zur Hebung der Nothlage des Kolonialwaaren-Kleinhandels in Vorschlag gebrachten äusseren Mittel nur geeignet, seine Existenz zu erleichtern, ist eine dauernde Besserung doch nur von solchen Mitteln zu erwarten, die ihn in sich selbst stärken.

I. In dieser Hinsicht wird zur Steigerung seiner Konkurrenzkraft schon jetzt beitragen:

7. die Bildung von Kreditgenossenschaften,
8. die Bildung von Einkaufsgenossenschaften,
9. die Durchführung des Baarzahlungssystems im Verkehr mit der Kundschaft.

II. Um eine weitere Besserung für die Zukunft zu erreichen, ist schon jetzt darauf zu dringen, die heutigen Mängel in der beruflichen Ausbildung des Kaufmannsstandes zu beseitigen,

in theoretischer Beziehung

10. durch Ausgestaltung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens und Einführung — fakultativer — Lehrlingsprüfungen,

in praktischer Beziehung

11. durch Ausbau der gesetzlichen Regelung des Lehrlingswesens im Handel, u. A. durch Einschaltung einer Bestimmung, dass Lehrherren, die entgegen § 76 des Handelsgesetzbuches ihre Pflicht zur Ausbildung des Lehrlings nicht erfüllen, die Befugniss, solche zu halten, entzogen werden kann.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Die Anstellung deutscher Handels-sachverständiger im Ausland (Berichterstatter: Handelskammer Magdeburg).

Die in »Verhandlungen und Mittheilungen der Handelskammer zu Magdeburg«, Jahrgang 1902, No. 6, Seite 115 f. zum Abdruck gebrachte, an den Preussischen Herrn Minister für Handel und Gewerbe gerichtete Eingabe zu unterstützen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Besprechung über das Zolltarif-gesetz mit Zolltarif nach den Beschlüssen der Reichstags-kommission erster Lesung (Berichterstatter: Handelskammer Halle a. S.).

In den Beschlüssen der Zolltarifkommission des Reichstages erster Lesung, wie sie durch die Zeitungen zu allgemeiner Kenntniss gelangt sind, haben die von den berufenen Vertretungen der Industrie und des Handels gestellten Anträge und geäußerten Wünsche in nur geringem Maasse Berücksichtigung gefunden; in wichtigen Punkten sind die Beschlüsse der Kommission sogar in entgegengesetzter Richtung ausgefallen. Angesichts der sich hierdurch immer ungünstiger gestaltenden Aussichten auf Erlangung vortheilhafter Handelsverträge hält sich der Verband mittel-deutscher Handelskammern für verpflichtet, dies unter Wiederholung seiner früher geäußerten schweren Bedenken festzustellen und sich in aller Schärfe gegen diese Beschlüsse auszusprechen.

Während die Erschwerung der Beibehaltung und Errichtung der gemischten Transitlager und die Ausnahme des Getreides, der Hülsenfrüchte u. s. w. von der Zollstundung höchst bedauerlicher Weise nicht beseitigt wurden, geben, abgesehen von einer Anzahl anderer nicht unwesentlicher Bedenken, insbesondere folgende Beschlüsse nicht nur vom Standpunkte der Industrie und des Handels aus, sondern im allgemeinen Interesse unseres deutschen Vaterlandes zu den ernstesten Befürchtungen Anlass.

A. Zolltarifgesetz.

1. § 1 Abs. 2. Die Mindestzollsätze für die Hauptgetreidearten sind nicht nur beibehalten, sondern sogar erhöht worden, unter ganz besonders übertriebener Erhöhung des Gerstenzolles. Die das Zustandekommen von Handelsverträgen gefährdenden Mindestzollsätze sind aber ferner über die im Zolltarifgesetz enthaltene Anzahl hinaus noch vermehrt worden, indem im Zolltarif bei den wichtigsten Viehzöllen festgesetzt wurde, dass sie durch vertragsmässige Abmachungen nicht um mehr als 20% ermässigt werden dürfen. In diesen Beschlüssen ist sowohl die Rücksicht auf das Zustandekommen günstiger Handelsverträge als auch auf die Versorgung unserer Bevölkerung mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen ausser Acht gelassen.
2. § 7a Abs. 1. Nach dem Beschlusse der Zolltarifkommission sollen Ursprungszeugnisse in grösserem Umfange gefordert werden als bisher. Der Einfuhrhandel erkennt dankbar an, dass die Regierung die Schwierigkeiten, mit welchen die Beibringung von Ursprungszeugnissen verknüpft ist, würdigt und nur in den dringendst gebotenen Fällen solche Zeugnisse verlangen will. Um so bedauerlicher ist es, dass die Reichstagskommission auf Maassregeln hindrängte, welche den deutschen Einfuhrhandel unnöthiger Weise schwer schädigen und zum Theile sogar undurchführbar sind.
3. § 8 Abs. 2. Die Vorschrift »Auch können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, für ausländische Waaren dieselben Zölle festgesetzt und für die Abfertigung dieselben Maassregeln angeordnet werden, welche im Ursprungslande für deutsche Waaren in Geltung sind«, erscheint nicht nothwendig, da das Zolltarifgesetz auch ohnedies hinlänglich wirkungsvolle Waffen bietet, um unfreundliches Verhalten auswärtiger Staaten auf handelspolitischem Gebiete zu bekämpfen. Die Vorschrift ist auch nur schwer durchführbar, da sie zum Theil Einrichtungen voraussetzt, die bei uns nicht vorhanden sind. Die trifft u. A. für die Erhebung von Werthzöllen zu.
4. § 12 Abs. 1 bestimmt, dass Zolltarifgesetz und Zolltarif spätestens am 1. Januar 1905 in Kraft treten. Diese Bestimmung ist mit Rücksicht auf die Kontinuität eines handelsvertragsmässigen Zustandes und auf das Zustandekommen günstiger Handelsverträge zu verwerfen.

B. Zolltarif.

Der Verband mitteldeutscher Handelskammern hat am 18. September 1901 seine schweren Bedenken gegen die im Entwurf vorgesehene Erhöhung der Zölle auf Rohprodukte, insbesondere auf Lebensmittel, ausgesprochen.

Inzwischen ist von der Reichstagskommission namentlich eine Reihe der Zölle auf Lebensmittel in ganz ungerechtfertigter Weise weiter erhöht worden.

So sehr im Interesse einer Besserung unserer tief darniederliegenden wirthschaftlichen Verhältnisse eine baldige Erneuerung und Festigung unserer handelspolitischen Beziehungen wünschenswerth ist, so muss der Verband mitteldeutscher Handelskammern doch auf das Nachdrücklichste und Entschiedenste die Erwartung aussprechen, dass die Entwürfe zum Zolltarifgesetz und Zolltarif in der Form, die sie durch die Kommission des Reichstages in erster Lesung erhalten haben und in der sie unsere wirthschaftliche Weiterentwicklung auf das Alleräusserste gefährden würden, niemals Gesetz werden mögen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

a) Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, wie er vom Bundesrath beschlossen wurde und den Verhandlungen des Reichstages am 23. und 24. April d. J. zu Grunde gelegen hat, entspricht im Wesentlichen den vorliegenden Bedürfnissen auf diesem Gebiete des Arbeiterschutzes. Für nothwendig erachtet der Verband mitteldeutscher Kammern insbesondere, ohne zu allen Einzelheiten des Entwurfs Stellung zu nehmen, dass diejenigen Bestimmungen des Entwurfes Gesetzeskraft erhalten, welche die Beschäftigung der Kinder zwischen 8 Uhr Abends und 8 Uhr Morgens untersagen und somit der körperlichen Entwicklung des Kindes sowohl als den Aufgaben der Schule gebührend Rechnung tragen, ohne der Familie den Miterwerb des Kindes ganz zu entziehen.

(Antrag der Handelskammer Sonneberg.)

b) Der Verband mitteldeutscher Handelskammern hält es für nothwendig, dass die bestehenden Ausnahmetarife für Thüringer Waaren nach den Rhein-Umschlagsplätzen auf die Saale-, Elbe- und Fuldahäfen ausgedehnt werden.

(Antrag der Handelskammern Halle a. S., Cassel, Dessau und Sonneberg.)

c) Die Staatsregierungen zu bitten, die Reichsregierung zu ersuchen, mit der weiteren Ausprägung von Zehn-Markstücken in Anbetracht des grossen Mangels an diesen Münzen schleunigst vorzugehen.

(Antrag der Handelskammer Weimar.)

Der Vorsitzende, Herr Kommerzienrath Jüdel, hat der Handelskammer für die bereits bestehende Jüdel-Stiftung eine weitere Summe von 20 000 Mk. überwiesen.

Die Akademie für Social- und Handelswissenschaften zu Frankfurt a. M. hat mehrere Exemplare des Vorlesungsverzeichnisses für das Wintersemester 1902/03 übersandt. Dieselben stehen den Mitgliedern der Kammer zur Verfügung.

Die Freie Vereinigung der Weserschiffahrts-Interessenten hat der Kammer die aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens von ihrem Geschäftsführer verfasste Denkschrift »Die Oberweserschiffahrt im letzten Jahrzehnt« überreicht. Je ein Exemplar haben Herr Liebold und Herr Rehn (Holzminen) erhalten. Die übrigen stehen zur Verfügung der Mitglieder.

Die Handelskammer zu Halberstadt hat einen Abdruck ihrer Korrespondenz mit dem Handelsminister bezüglich der Bezirks-eisenbahnräthe übermittelt. Von derselben wird mit Interesse Kenntniss genommen.

Auf die neu gegründete Arbeitgeber-Zeitung wird aufmerksam gemacht.

Die von der Handelskammer (Abtheilung für das kaufmännische Unterrichtswesen) eingerichteten Kurse für weibliche Angestellte erfreuen sich auch in diesem Jahre eines zahlreichen Besuches und zeugen von grossem Streben und Eifer der Theilnehmerinnen.

Das Bureau hat sich in der Zwischenzeit mit einer erneuten Umfrage über die Gestaltung des Arbeitsmarktes beschäftigt, die Herzoglichem Staatsministerium eingereicht ist, und stellt zur Zeit Erhebungen an über die Ausbildung der Handlungslehrlinge und über freiwillige kaufmännische Lehrlingsprüfungen.

Im Anschluss an den Geschäftsbericht bemerkt Herr Kommerzienrath Gutkind in Bezug auf den Fahrplan der Strecke Schandelah - Oebisfelde, man dürfe nicht kurzer Hand über die Nichtberücksichtigung der Vorschläge durch die Eisenbahn-Direktion hinweggehen. Die von der Handelskammer übermittelten Wünsche hätten wohl mehr Anspruch auf Berücksichtigung gehabt; der Vorstand müsse Schritte thun, um die Stellung der Kammer zu wahren.

II. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung 1901/02.

Herr Baumgarten berichtet, dass von ihm und Herrn Tielecke die Jahresrechnung geprüft und als richtig befunden worden ist. Dem Schatzmeister, Herrn Lüttge, wird hierauf Decharge ertheilt.

III. Wahl eines Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des kaufmännischen Schiedsgerichts.

Berichterstatter: Der Vorsitzende.

Der Vorsitzende theilt der Versammlung mit, dass in der Geschäftsausschusssitzung vom 27. Oktober Herr Dr. Bartz an Stelle des verstorbenen Herrn Stadtrath Sievers zum Vorsitzenden des kaufmännischen Schiedsgerichts gewählt sei. Von der Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden habe man bei der geringen Inanspruchnahme dieser Institution abgesehen.

IV. Abänderung des Gesetzes vom 19. März 1890, betreffend die Errichtung einer Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Berichterstatter: Der Syndikus.

Referent führt aus, dass die äussere Veranlassung zur Abänderung des Braunschweigischen Handelskammergesetzes in dem Punkte zu suchen sei, dass die Handelskammer seiner Zeit nicht habe in eine Berathung über die Vorschriften für die Anstellung von Handelschemikern eintreten können, weil sie auf Grund des Gesetzes vom 19. März 1890 rechtlich nicht in der Lage sei, eine solche Anstellung zu bewirken. Auf eine diesbezügliche Anfrage bei Herzoglichem Staatsministerium sei der Bescheid erteilt worden, dass selbiges grundsätzlich Bedenken gegen eine entsprechende Ergänzung des Handelskammergesetzes nicht habe, aber anheim gebe, wenn einmal eine derartige Novelle in Aussicht genommen werde, das jetzt geltende Gesetz darauf durchzusehen, ob nicht auch noch in anderen Punkten Abänderungen bezw. Ergänzungen sich als wünschenswerth erwiesen. Dies sei geschehen. Aus einer im Bureau erfolgten Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen deutscher Handelskammergesetze habe er im Wege des Vergleiches diejenigen Punkte herausgehoben, die einer Beachtung werth erschienen und die er zur Diskussion vorlegen werde. Der Geschäftsgang würde sich des Weiteren dann praktisch am besten folgendermaassen abspielen: Die formelle Ausarbeitung der Vorschläge wäre einer Kommission zu übertragen, die nach Erledigung ihrer Arbeit sämmtlichen Handelskammermitgliedern den Entwurf zur Kenntnissnahme zuschickt und anderweitige Verbesserungsvorschläge entgegennimmt. Nach Verarbeitung derselben würde die fertige Vorlage zum Gegenstande der Berathung im Plenum gemacht und alsdann mit Begründung Herzoglichem Staatsministerium eingereicht werden.

Alsdann bespricht Referent eingehend die Punkte, die er für erörterungsfähig hält. Diese beziehen sich zunächst auf die Organisationsfragen, und zwar:

1. Auf die Wahlberechtigung, ob die alten Bestimmungen beizubehalten sind (Zur Wahl berechtigt sind: Diejenigen Kaufleute [Art. 4 des H.-G.-B.] und kaufmännische Gesellschaften, die zu einer Gewerbesteuer von mindestens 36 Mk. veranlagt sind) oder ob sie durch andere zu ersetzen oder zu ergänzen sind.
2. Auf die Wählbarkeit, ob eine Bestimmung dahin aufzunehmen ist, dass auch Kaufleute wählbar sind, die sich von ihrem Berufe zurückgezogen haben, und ferner, ob auch Prokuristen das Recht der Wählbarkeit eingeräumt werden soll.
3. Auf das Wahlverfahren, ob das Klassensystem den Vorzug vor dem allgemeinen Wahlrecht verdient und

ob die Kammer berechtigt sein soll, sich durch Cooptation zu ergänzen.

Im Weiteren bringt Referent dann eine Reihe von Fragen bezüglich der Aufgaben, der Befugnisse und der Wirksamkeit der Handelskammer zur Erörterung, so das kaufmännische Schulwesen, die Jahresberichterstattung, die Anstellung von Hilfspersonen, die Einrichtung von Hilfsorganen etc. etc.

Die Versammlung erklärt sich nach einer lebhaften Diskussion im Grossen und Ganzen mit den vom Syndikus aufgestellten und vorgebrachten Gesichtspunkten einverstanden und wählt eine Kommission, bestehend aus dem engeren Ausschuss und den Herren Liebold und Ballin zur weiteren Erörterung dieser Frage.

Darauf wird die Sitzung um 6 Uhr aufgehoben.

Zweiter Tag.

Anwesend die Herren: Kommerzienrath Jüdel, Kommerzienrath Dr. Schmidt, Dr. Bartz, Gerecke, Lüttge, Meyer, Querner, Baumgarten, sämmtlich aus Braunschweig, Rehn und Liebold (Holzminden), Corves (Blankenburg), Buchholz (Rübeland), Falinsky (Helmstedt), Tielecke (Wolfenbüttel), Wiesmann (Harzburg), Fricke (Schöppenstedt), der Syndikus Regierungsrath Dr. Stegemann, Generalsekretär F. Stegemann, Regierungsassessor Bartels und wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Dr. Schmidt.

Es fehlen die Herren: Kommerzienrath Lemmer und Kommerzienrath Gutkind (Braunschweig), Ballin (Gandersheim), Walter (Seesen), Rückert (Frellstedt), Dr. Pfeiffer (Wendessen), Dorguth (Helmstedt), Kebbel (Schöningen).

Eröffnung der Sitzung um 10¹/₄ Uhr.

V. Schreiben des Stadtmagistrates Hasselfelde, betreffend Unterstützung des Bahnbaues Stiege-Eisfelder Thalmühle.

Berichterstatter: Herr Direktor Dr. Bartz.

Die Stadt Hasselfelde und die Gemeinde Stiege erstreben eine Eisenbahnverbindung mit Nordhausen durch Herstellung einer Verbindungsbahn von Stiege (Station der Gernrode-Harzgeroder Eisenbahn) und Eisfelder Thalmühle (Station der Nordhausen-Wernigeroder Eisenbahn) herbeizuführen. Die Gründe, die für dieses Projekt maassgebend sind, seien in erster Linie, mit Nordhausen, wohin seit langen Jahren die Handelsbeziehungen von Hasselfelde und Stiege gravitirten, eine bessere Verbindung zu erhalten, dann auch, um durch diesen Bahnbau die anderen schwebenden Bahnprojekte Lindenbergr-Rottleberode und Günthersberge-Eisfelder Thalmühle, die nicht im Interesse der dortigen Gegend lägen, zum Scheitern zu bringen. Die Generalversamm-

lung der Gernrode-Harzgeroder Eisenbahn-Gesellschaft habe beschlossen, den mit 720 000 Mk. veranschlagten Bau und den Betrieb dieser Strecke zu übernehmen, sofern von anderen Interessenten 360 000 Mk. entweder à fond perdu oder in Stammaktien Litt. B. der Gernroder-Harzgeroder Eisenbahn-Gesellschaft aufgebracht würden. Von diesem Betrage hätten beschlossen zu übernehmen:

die Stadt Nordhausen	60 000 Mk.
die Nordhausen-Wernigeroder Eisenbahn-Gesellschaft	100 000 »
anderweit sicher gestellt	20 000 »

Summa: 180 000 Mk.

so dass noch der gleiche Betrag zu decken wäre. Hiervon wollten die Gemeinde zu Hasselfelde, Stiege und der Kreiskommunalverband Blankenburg je 10 000 Mk. übernehmen, und um Uebernahme des Betrages von 150 000 Mk. sollte die Braunschweigische Landesregierung gebeten werden.

Referent hebt hervor, dass es sich bei diesem Projekte um die wirthschaftliche Hebung eines nicht mit Glücksgütern gesegneten Theiles des Braunschweigischen Staates handelt, und bittet aus diesem Grunde den Antrag zu unterstützen.

Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt äussert sein Bedenken. Den Nutzen habe die Stadt Nordhausen, daher müsse auch der Preussische Staat um Uebernahme der fraglichen Aktien angegangen werden.

Die Kammer beschliesst, für den Antrag insofern einzutreten, als sie ihn Herzoglichem Staatsministerium zur Berücksichtigung unterbreitet.

VI. Eingabe der Handelskammer zu Magdeburg an den Minister der öffentlichen Arbeiten um Wiedereinführung der Fahrpreisermässigungen für die Harzsonderzüge.

Berichterstatter: Herr Direktor Wiesmann,

Die Handelskammer Magdeburg hat an den Minister der öffentlichen Arbeiten ein Gesuch gerichtet behufs Wiedereinführung der Fahrpreisvergünstigungen für die Sonderzüge von Magdeburg nach dem Harz, und ersucht die Handelskammer Braunschweig, in gleicher Weise vorzugehen. Referent führt mit Bezug hierauf aus: Man könne sich den Ausführungen der Magdeburger Handelskammer in allen Theilen anschliessen. Es sei im Interesse derjenigen Bewohner Magdeburgs, welche die in Rede stehenden Sonderzüge zu benutzen pflegten, sehr bedauerlich, dass die gedachten Fahrpreis-Vergünstigungen aufgehoben seien. Es seien in der Hauptsache Leute des Mittel- und Arbeiterstandes gewesen, welche die betreffenden Züge benutzt und welche gern im Sommer je drei bis vier oder auch mehr Sonntage im Harz zugebracht

hätten, um sich von ihren Arbeiten zu erholen und in gesunder Luft Kräfte zu neuer Schaffensfreudigkeit zu sammeln. In gleicher Lage wie Magdeburg befinde sich aber auch Braunschweig. Es dürfe nicht versäumt werden, wie es schon häufig verlangt sei, Fahrpreis-Vergünstigungen wiederum anzustreben, die den Vergünstigungen entsprächen, die Magdeburg früher genossen habe und jetzt wieder eingeführt wissen wolle. Er stelle daher den Antrag, dass die Handelskammer zu Braunschweig ein Gesuch an den Minister der öffentlichen Arbeiten richte, in welchem der Magdeburger Antrag unterstützt, die gleichen Fahrpreis-Vergünstigungen aber auch für die Stadt Braunschweig in Anspruch genommen würden.

Ausser dem Interesse — fährt Referent weiter fort —, welches die Benutzer der betreffenden Sonntagszüge an diesen Fahrpreis-Vergünstigungen hätten, hätte auch ein grosser Theil der Harzbewohner ein schwerwiegendes Interesse daran. Zahlreiche Unternehmer, hauptsächlich Waldrestaurant-Besitzer und Verkaufsstellen-Inhaber, welche Harzandenken etc. feilhielten, hätten ganz ungemein unter dem Fortbleiben der Sonntagsausflügler gelitten, und ihm sei von verschiedenen Seiten gesagt worden, dass manche dieser Personen ihre Existenz verlieren würden, wenn der Touristenverkehr im Harz in Folge der Vertheuerung der Fahrgelegenheit ein so geringer bleiben würde wie letzthin. Daher dürfte es auch im Interesse dieser Existenzen unbedingt erforderlich sein, dass die Fahrpreis-Vergünstigungen, wie sie Magdeburg verlange, wieder eingeführt würden.

Mindestens ebenso wichtig wie die Fahrpreis-Vergünstigung für Harzsonderzüge sei aber auch die Wiedereinführung der sogenannten Touristenkarten. Durch diese Karten, die mit zehntägiger Gültigkeit für den einfachen Fahrpreis ausgegeben worden seien und zur Hin- und Rückfahrt, allerdings ohne Freigepäck, berechtigt hätten, wäre in gleicher Weise dem Harz eine sehr grosse Zahl von Touristen zugeführt worden, weshalb auch auf die Wiedereinführung solcher Karten Gewicht gelegt werden müsste. Er bitte daher, auch ein diesbezügliches Gesuch an den Preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten abgehen zu lassen.

Im Verlaufe der Diskussion wird hervorgehoben, wie wichtig es für die Volkswohlfahrt ist, den Harz so billig wie möglich zu erreichen, dass andererseits eine Abnahme des Verkehrs aber auch auf die dort üblichen hohen Preise und die Uebelstände in den Wohn- und Verpflegungsverhältnissen zurückzuführen ist, immerhin müsse unbedingt eine Verbilligung der Personentarife, gleichviel in welcher Form, angestrebt werden. Die Versammlung beschliesst, nach dieser Richtung hin die Frage aufzunehmen und darin alle Städte, die an dem Verkehr mit dem Harz interessirt sind, einzubeziehen.

VII. Antrag des Zuckerwaarenfabrikanten-Vereins, betreffend die Beseitigung einiger Missstände auf dem Gebiete des Eisenbahn-Frachtwesens.

Berichterstatter: Herr Konservenfabrikant Querner.

Referent führt aus, dass die Bestimmung des § 1 des Deutschen Gütertarifs, wonach Sendungen unter 20 kg für 20 kg, das darüber hinausgehende Gewicht mit 10 kg steigend so gerechnet werde, dass je angefangene 10 kg für voll in Ansatz gebracht würden, als eine ungerechtfertigte Härte zu empfinden sei. Besonders die Zuckerwaarenfabrikanten hätten unter dieser Bestimmung zu leiden, da solche Waaren, speciell Marzipan, vorzugsweise mit der Bahn befördert würden. Daher sei von diesen der Antrag eingebracht, die Handelskammer möge dahin wirken, dass die Bestimmung so geändert würde, dass von 20 kg bis 24,9 kg die Fracht für 20 kg und von 25 kg bis 29,9 kg die Fracht für 30 kg berechnet würde.

Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt konstatiert, dass auch von anderen Branchen diese Bestimmung sehr schwer empfunden würde.

Der Vorsitzende bemerkt, dass dieser Antrag wenig Aussicht auf Erfolg haben werde, da er einen bedeutenden Einnahmeverlust für den Staat bedeute.

Herr Corves spricht sich dafür aus, eine Abrundung der Fracht von 5 zu 5 kg (nach oben hin) eintreten zu lassen oder mit anderen Worten die Frachtgrenze von 10 kg auf 5 kg herabzusetzen, bei einem Gewichte über 50 kg aber die bisherige Bestimmung in Kraft zu lassen.

Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden.

Ein zweiter Antrag des Zuckerwaarenfabrikanten-Vereins behandelt die Vorausbezahlung der Fracht für leere Emballagen. Da der VIII. Punkt der Tagesordnung gleichlautend ist, wird er mit diesem Antrage zusammen behandelt. Berichterstatter sind die Herren Querner und Lüttge. Die Kammer beschliesst, für eine einheitliche Regelung dieser Frage einzutreten und zwar nach der Richtung hin,

1. dass der Frankaturzwang für leere Emballagen überall eingeführt wird;
2. dass Emballagen, die wiederum Emballagen enthalten, auch ihrerseits als Emballagen behandelt werden;
3. dass der Grundsatz der halben Fracht auch auf diese Anwendung finden soll.

IX. Errichtung einer technischen Reichsbehörde.

Berichterstatter: Herr Regierungsassessor Bartels.

Referent erörtert eingehend die Aufgaben und Organisation nach der Denkschrift des »Ausschusses für das Studium der Errichtung einer technischen Reichsbehörde« und hebt im Einzelnen die Bedenken hervor, die die Ausführung einer derartigen Institution undurchführbar erscheinen lassen. Die Kammer tritt dieser

Auffassung bei, hält es aber für wünschenswerth, wenn in den einzelnen Bundesstaaten die praktische Technik zu den Verwaltungsaufgaben in weiterem Umfange herangezogen werde.

Im Uebrigen soll der Standpunkt der Kammer in einer demnächst erscheinenden Denkschrift näher präzisiert werden.

X. Schreiben des Centralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, betreffend Unterstützung seiner Eingabe wegen Regelung der Nahrungsmittelkontrolle.

Berichterstatter: Herr Lüttge.

Die von genanntem Centralausschuss in einer ausführlichen Eingabe bei dem Preussischen Staatsministerium gestellten Anträge werden auf Befürworten des Referenten von der Kammer unterstützt.

XI. Schreiben des Herrn Dexelmann (Frankfurt a. M.), betreffend Bestimmungen über die Vollstreckbarkeit der Urtheile zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Berichterstatter: Herr Kommerzienrath Dr. Schmidt.

Herr Dexelmann macht in seinem Schreiben darauf aufmerksam, dass hinsichtlich der Vollstreckbarkeit der Urtheile eine verschiedene Gesetzgebung in Oesterreich-Ungarn und Deutschland bestehe. In Oesterreich-Ungarn werde nämlich die Zwangsvollstreckung versagt, wenn die Zustellung der das Streitverfahren einleitenden Ladung nicht zu eigenen Händen erfolgt sei, auch wenn sich der Beklagte auf die Klage eingelassen habe. Die Folge davon sei, dass vielfach Personen aus Deutschland ihren Wohnsitz nach Oesterreich verlegt hätten, um der ihnen drohenden Exekution zu entgehen. Genannter Herr bittet, ebenso wie die Handelskammern zu Frankfurt a. M. und Nürnberg dies bereits gethan hätten, Schritte zur Abänderung des derzeitigen Rechtszustandes zu unternehmen. Die Versammlung beschliesst, der Anregung Folge zu geben.

Punkt XII. Vorschläge der Handelskammer Magdeburg, betreffend deutsche Handelssachverständige im Auslande

wird, da der Referent, Herr Kommerzienrath Lemmer, am Erscheinen verhindert ist, von der Tagesordnung abgesetzt.

XIII. Antrag des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, betreffend die reichsgesetzliche Regelung des Geheimmittelwesens.

Berichterstatter: Herr Direktor Dr. Bartz.

Auf Seiten der verbündeten Regierungen besteht die Absicht, eine für das ganze Deutsche Reich einheitliche Regelung des Geheimmittelwesens herbeizuführen und zwar in der Weise, dass die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten eine im Bundesrath zuvor festzustellende Verordnung erlassen, durch welche der Verkehr mit Geheimmitteln geregelt und auf Grund deren diejenigen

Stoffe und Zubereitungen von den Landescentralbehörden zu bezeichnen sind, welche als Geheimmittel betrachtet werden sollen. Durch Beschluss des Bundesrathes vom 25. Januar 1901 ist auch bereits ein Entwurf für die Polizeiverordnung, welche in den Bundesstaaten erlassen werden soll, festgestellt worden.

Gegen diese geplante gesetzgeberische Maassnahme, so führt der Referent aus, mache der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands eine Reihe von Bedenken geltend. Es werde sich auf dem vom Bundesrathe beschrittenen Wege eine gleichartige Behandlung bezüglich der Geheimmittelfrage unter Anderem deshalb nicht in vollem Umfange erreichen lassen, weil die letztinstanzliche Entscheidung über die Rechtsgültigkeit und die Auslegung der einzelnen Bestimmungen der Polizeiverordnungen den obersten Gerichtshöfen der Einzelstaaten vorbehalten sei und die Entscheidung dieser Gerichte leicht von einander abweichen könnten. Dies müsse um so mehr befürchtet werden, als der Entwurf der Verordnung eine Reihe von Bestimmungen enthalte, die eine verschiedenartige Auslegung zuliessen. Eine unbedingt einheitliche Regelung des Geheimmittelwesens wäre nur durch ein Reichsgesetz zu erreichen.

Im Weiteren werden noch andere Bedenken hervorgehoben. Der Verein etc. spricht sich dahin aus:

1. dass das Geheimmittelwesen reichsgesetzlich geregelt wird,
2. dass, bevor ein Stoff oder eine Zubereitung als Geheimmittel gekennzeichnet wird, die Hersteller derselben gehört werden und
3. dass den Herstellern gegen den Beschluss, durch welchen ihr Erzeugniss als Geheimmittel bezeichnet wird, der Rekurs an eine höhere Instanz gegeben wird.

Referent bittet die Eingabe zu unterstützen; die Kammer beschliesst demgemäss.

XIV. Eingabe der Handelskammer zu Köslin, betreffend Anlage von Petroleumtanks auf Bahnhöfen.

Berichterstatter: Herr Baumgarten.

Die Eingabe der Handelskammer Köslin richtet sich gegen die amerikanischen Bestrebungen, den Petroleumhandel zu monopolisiren. Die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft hat in einer grösseren Anzahl von Städten Süd-, Mittel- und Westdeutschlands Petroleumtanks gebaut, die an der Bahn gelegen sind, so dass sie unmittelbar bei den Eisenbahnkesselwagen mit Hilfe von Rohr- und Schlauchleitungen gefüllt werden können. Dadurch ist die Gesellschaft in der Lage, auf Grund niedriger Bezugskosten, als sie bei der Versendung in Fässern entstehen, den Wettbewerb am Orte zu beseitigen. Referent ist der Ansicht, dass man an die für das Herzogthum Braunschweig in Betracht kommenden Eisenbahndirektionen gleiche Eingaben richten müsse,

denn es sei klar, dass die erwähnten Tankanlagen desto grösseren Vortheil böten, je näher sie an den Bahnhöfen lägen und die grösste Wirkung hätten, wenn sie auf dem Bahnhofe selbst eingerichtet würden, da dann in den meisten Fällen bei der Beschränktheit des Raumes für andere Tankanlagen etwaiger Mitbewerber kein Platz mehr verfügbar sei.

Von der Kammer wird die Befürchtung ausgesprochen, dass dieser Vorschlag nicht im Stande sein werde, die Bestrebungen der Gesellschaft einzuschränken, da diese auch in der Nähe der Bahnhöfe Gelände erwerben und sich durch Legen von Geleise Anschluss verschaffen könne. Eine Abhilfe sei nur zu erwarten, wenn andere Gesellschaften diesen Bestrebungen entgegenträten, wie es seitens der Deutsch-Russischen Naphtagesellschaft bereits mit einigem Erfolg versucht sei. Immerhin spricht sich die Versammlung dahin aus, im Sinne des Vorschlages des Referenten vorstellig zu werden.

Es wird bei dieser Veranlassung der folgende Vorfall zur Sprache gebracht:

Am 12. Juli d. J. erhielt ein Handelskammermitglied von einer Firma aus Langelsheim folgendes Schreiben:

»Hiermit möchte ich Sie gebeten haben, in der nächsten Handelskammersitzung das Nachfolgende, wenn thunlich, zur Aussprache gelangen zu lassen.

Es dürfte die gewissenlose Vergewaltigung des deutschen Petroleumhandels durch die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft nicht mehr unbekannt sein. Mir ist nun folgendes mit dieser Gesellschaft passirt, was wohl fast an unlautere Machenschaften grenzt, ohne dass ich mich dagegen zu wehren vermöchte. Als mir von Seiten obiger Gesellschaft vor ca. sechs Wochen auch ein eisernes Petroleumreservoir angeboten wurde, habe ich dieses Angebot in Gegenwart von Zeugen angenommen und mich durch Namensunterschrift in gewisser Weise verpflichtet müssen. Bis heute bin ich nun noch nicht in den Besitz dieses Reservoirs gelangt, während meine Kollegen am Platze dasselbe längst erhalten haben. Ausserdem muss ich nun von meinem auf die Tour gesandten jungen Manne hören, dass meine Kundschaft in der Weise bearbeitet worden ist, dass man die Leute erst ausgefragt hat, von wem sie bislang ihr Petroleum bezogen hätten. Wurde dann die Antwort ertheilt, dass dies von mir bezogen sei, dann zeigten die Vertreter der Gesellschaft meine Unterschrift mit dem Bemerken vor, dass ich mich ja auch selbst verpflichtet hätte, von ihnen das Petroleum zu beziehen.

Ich glaube nun unter diesen Umständen annehmen zu dürfen, dass diese Gesellschaft von Anfang an gar nicht Willens gewesen ist, mir das versprochene Petroleumbassin zu liefern, sondern es lag ihr nur an einer Verpflichtung meinerseits durch Namensunterschrift, damit obige Manipulationen vorgenommen werden konnten; denn die Landkundschaft ist manch-

mal sehr misstrauisch, was der Gesellschaft resp. deren Vertreter wohl bekannt gewesen sein mag. Ich kann mich natürlich gegen diese allmächtige Gesellschaft durchaus nicht wehren, sondern muss Alles ruhig über mich ergehen lassen, doch glaube ich, dass die Sache verdient, etwas höher gehängt zu werden.

Indem ich Ihnen im Uebrigen alles Weitere überlasse, bin ich mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr N. N.«

Dieser Brief ist der Handelskammer zugestellt worden, worauf selbige unter dem 6. August folgendes Schreiben an die Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft richtete:

»In der Anlage übersenden wir Ihnen Abschrift eines Schreibens, das der Kaufmann N. N. an eines unserer Mitglieder gerichtet hat. Wir ersuchen Sie um gefällige Feststellung, ob und wieweit die gegen Ihren Vertreter gerichteten Beschwerden zutreffend sind und würden Ihnen für eine entsprechende Mittheilung des Ergebnisses Ihrer Feststellungen dankbar sein.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.«

Hierauf ist eine Antwort nicht eingegangen, auch das unter dem 18. September ergangene Mahnschreiben ist unbeantwortet geblieben.

XV. Trennung der Reichsbanknebenstelle Holzminden von Braunschweig und Ueberweisung nach Hildesheim.

Berichterstatter: Herr Rehn.

Referent berichtet: Das Reichsbankdirektorium zu Berlin gehe mit der Absicht um, die Reichsbanknebenstelle Holzminden von der Reichsbankstelle Braunschweig zu trennen und der Reichsbankstelle Hildesheim zu überweisen. Er habe dieserhalb mit den Interessenten Rücksprache genommen und gefunden, dass sie ausschliesslich für Beibehaltung der jetzigen Verhältnisse wären. Der Geschäftsverkehr mit der Reichsbank zu Braunschweig sei ein reger, während sie zu Hildesheim fast gar keine geschäftlichen Beziehungen hätten. Auch ständen sie vielfach mit der Braunschweiger Bank, der Braunschweigischen Kreditanstalt, der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank, sowie mit anderen Braunschweiger Firmen im Geschäfts- und Ueberweisungsverkehr, so dass ihnen auch aus diesem Grunde ein nicht unerheblicher Nachtheil erwachsen würde, wenn die Beziehungen zur Reichsbankstelle Braunschweig aufhörten.

Die Kammer beschliesst demzufolge, dafür einzutreten, dass von der beabsichtigten Trennung der Reichsbanknebenstelle Holzminden von der Reichsbankstelle Braunschweig Abstand genommen werde.

Schluss der Sitzung 1 Uhr.

Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig.

Der Vorsitzende:
Jüdel.

Der Protokollführer:
Dr. W. Schmidt.

Ueber die Bedeutung und Gestaltung des Fortbildungsschulwesens.

Bericht des Stadtschulraths Dr. Schmidt an die Stadtverwaltung zu Elberfeld.
(Mit Genehmigung des Verfassers abgedruckt.)

Die Fürsorge für die der Volksschule entwachsene Jugend steht zur Zeit im Vordergrund der öffentlichen Wohlfahrtsbestrebungen. Mit Recht; denn der gefährdrohenden Wendung, welche die wirthschaftliche und sociale Lebensgestaltung des Gewerbestandes in den letzten Jahrzehnten genommen hat, wird nur durch einen Neubau von unten auf wirksam begegnet werden können. Um für einen solchen die maassgebenden Gesichtspunkte zu gewinnen, empfiehlt es sich, zunächst die Gefahren, denen entgegengewirkt werden soll, etwas genauer ins Auge zu fassen, und zwar

a) den wirthschaftlichen Rückgang des Handwerks.

Einst als Quellgebiet nationalen Wohlstandes und als Schule bürgerlicher Charaktertüchtigkeit eine staatterhaltende Macht ersten Ranges, vermag das deutsche Handwerk heute kaum noch mühsam ein bescheidenes Dasein zu fristen und kämpft um seine Existenz einen ungleichen Kampf gegen die übermächtige Grossindustrie, die im Bunde mit dem Grosskapital sich anschickt, den kleinen Gegner zu verschlingen.

Zu dieser beklagenswerthen Situation hat ja nun zwar das überlieferte volkswirthschaftliche System mit seinen hier nicht zu erläuternden Uebelständen unzweifelhaft das Seinige beigetragen; aber einen wesentlichen Theil der Schuld trägt doch auch das Handwerk selbst, insofern es weder in der **Erzeugung** noch in der **Verwerthung der Güter** verstanden hat, mit der Zeit fortzuschreiten.

In der ersten Hinsicht hat es nicht nur versäumt, sich mit intensiver Kraftkonzentration auf die Ausbildung des Specialitätsbetriebes zu werfen, dem die moderne Wissenschaft und Industrie ihre gewaltigen Erfolge verdanken; es ist auch noch obenein an den reichen Hilfsmitteln der neuzeitlichen Technik achtlos und misstrauisch vorübergegangen.

In der zweiten Beziehung muss ihm zum Vorwurf gemacht werden, dass es sich nicht einer rationellen kaufmännischen Ausbildung befleissigt hat, vermöge deren es seinen Betrieb hätte ökonomisch regeln und marktfähig behaupten können.

Nun sind die Folgen dieser Unterlassungen da, und die redlichste Arbeit vermag nicht, sie abzuwenden. Die produzierende Tüchtigkeit ist der kaufmännischen Schlaueit tributpflichtig geworden, und der Handwerker ist auf dem Wege, zum Tagelöhner, zum Proletarier hinabzusinken.

Die künftige Handwerkergeneration aus dieser unwürdigen Lage zu erheben, ihr neuen Lebensgeist und rüstige Konkurrenz-

kraft einzuhauchen, das ist die erste, die wirthschaftliche Aufgabe der Jugendfürsorge. —

Die wirthschaftliche Kalamität hat aber als ihre unmittelbare Folge eine zweite erzeugt, die sociale:

b) die Entfremdung der produzierenden Stände
vom bestehenden Staatswesen.

Wer innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsordnung seine Rechnung nicht gefunden hat, wird immer geneigt sein, diese Ordnung dafür verantwortlich zu machen und an ihrem Sturze mitzuarbeiten. In dieser Lage sind heute Zehntausende in allen Ländern, Handwerker sowohl wie Industriearbeiter; in keinem anderen Staatswesen aber bilden sie eine so ernste Gefahr, wie bei uns in Deutschland, weil der Klassengeist hier nicht, wie in den anderen Ländern, seine Schranke in einem überragenden Nationalgefühl findet. Der französische Arbeiter fühlt sich noch immer in erster Linie als Glied der grossen Nation, der englische als meerbeherrschender Brite, beide jeden Augenblick bereit, der nationalen Grösse und Sicherheit Opfer zu bringen.

Bei uns ist das anders. Der Mangel an Nationalgefühl, der unserem Volke von altersher als trauriger Erbfehler anhaftet, ist bei der grossen Mehrheit der deutschen Arbeiter zu vollkommener Verleugnung des nationalen Staates verschärft. Wie dieser Gefahr etwa durch eine liberal ausgeübte Socialpolitik abgeholfen werden könnte, liegt ausserhalb unserer vorliegenden Untersuchung. In jedem Falle wird die auf diesem Wege vielleicht zu erreichende Aussöhnung der erwachsenen Arbeiter mit der nationalen Staatsordnung doch nur sehr allmählich von statten gehen, und wir haben anstatt ihrer heute noch mit ausgesprochener Feindschaft zu rechnen.

Dieser feindseligen Schaar ist nun bis jetzt die Einführung der Jugendlichen in das öffentliche Leben fast ausschliesslich überlassen; ihr ist es anheimgegeben, die heranwachsende Mannschaft auf die Führung der Waffe vorzubereiten, die nach wenigen Jahren den jugendlichen Händen in Gestalt des politischen Wahlrechts überantwortet werden wird.

Es leuchtet ein, dass die gesetzliche Betheiligung solcher Massen an der Staatsverwaltung nicht, wie Fürst Bismarck hoffte, ein wirksames Mittel der Volkserziehung, sondern die Ursache unseres nationalen Unterganges werden müsste, wenn uns in dieser Jugend ein urtheils- und gesinnungsloser Haufen erwüchse, der jenes höchste Bürgerrecht unter Verhöhnung der darinliegenden Bürgerpflichten zu einem Machtmittel selbstsüchtiger Parteiinteressen erniedrigte. Das zu verhüten ist die zweite, die ethisch-sociale Aufgabe der Jugendfürsorge, deren hohe nationale Mission wir nunmehr zusammenfassend dahin bestimmen dürfen:

Die Jugendfürsorge hat sich der schulentlassenen gewerblichen Jugend in den entscheidenden Jahren ihrer inneren Entwicklung anzunehmen, um sie an unserem nationalen Staatswesen äusserlich und innerlich (wirthschaftlich und moralisch) zu interessiren.

Aus dieser Zielbestimmung folgt hinsichtlich der einzu-schlagenden Wege bereits eins mit absoluter Klarheit: dass es mit blossen Repressivmaassregeln **nicht** gethan sein wird.

Selbstverständlich müssen solche zu Gebote stehen, um der zunehmenden Kriminalität und dem zuchtlosen äusseren Gebahren der Halbwüchsigen zu steuern; ja wir stimmen sogar nach mancher Richtung ganz entschieden für ihre Vermehrung, indem wir z. B. gegen brutale Ausschreitungen die Prügelstrafe befürworten und die Minderjährigen durch beschränkende Ausnahmegesetze von öffentlichen Gerichtsverhandlungen und politischen Versammlungen ausgeschlossen sehen möchten; aber wir wollen sie als die ultima ratio aufsparen und stehen ihnen selbst dann noch mit äusserst bescheidenen Erwartungen gegenüber. Denn sie treffen im günstigsten Falle doch höchstens die Auswüchse und lassen die Wurzel des Uebels unberührt. Der Geist der Zuchtlosigkeit wird durch sie nicht ausgerottet werden, und wenn es gelingen sollte, ihm dadurch gewisse Wege zu den jugendlichen Gemüthern zu versperren, so wird er andere genug finden, die dem gesetzgeberischen und polizeilichen Einschreiten unzugänglich sind.

Wir werden also eine Heilmethode anwenden müssen, die dem geistigen Grundcharakter des zu bekämpfenden Uebels besser entspricht: die positiv-geistige Gegenwirkung in **verhütendem Sinne**.

Die ist freilich weit weniger bequem als die Mobilmachung von Staatsanwalt und Büttel, aber sie ist dafür um vieles edler und erfolgverheissender.

Von den dabei in Frage kommenden erziehlichen Mächten haben nun leider zwei hervorragend berufene — die Familie und die Kirche — gerade in den betreffenden Volkskreisen an Einfluss so erheblich verloren, dass sie, anstatt unmittelbar helfend eingreifen zu können, vielmehr zunächst selbst der Stütze bedürfen.

Eine dritte, die Volksschule, ist in ähnlich beschränkter Lage. Sie wird, auch wenn ihr Unterricht in der Religion, im Deutschen und in der Geschichte dem ethischen Gehalt dieser Fundamentalfächer vollkommener als bisher gerecht würde, ihre vorbereitende Kraft erst dann in vollem Maasse ausüben können, wenn ihre Einwirkung auf die Zöglinge durch parallele Bemühungen erziehlicher Hilfsanstalten (wie Kinderhorte und dergleichen) in der schulfreien Zeit verständnissvoll unterstützt und so die mangelnde Hilfe des Elternhauses ersetzt wird.

Die Hauptwirkung muss daher vorderhand von anderen Faktoren erwartet werden, als deren vornehmste die socialen

Wohlfahrtsvereinigungen und die öffentlichen Verwaltungsbehörden in Betracht kommen.

Beide müssen Hand in Hand gehen, um durch ein wohlgeordnetes System bewahrender Fürsorge der körperlichen und seelischen Entwicklung der Volksschulentlassenen, und zwar ganz besonders der Verwaisten und Alleinstehenden unter ihnen, diejenige Pflege angedeihen zu lassen, die den in glücklicheren Verhältnissen Geborenen das Elternhaus und die höheren Bildungsanstalten gewähren. Dabei wird den ersteren vorzugsweise die Pflege einer würdigen äusseren Lebensführung anheimfallen.

Arbeit und Musse der Pfleglinge werden ihrer sorgenden Aufmerksamkeit unterliegen. Den Ortsfremden und Unkundigen werden sie geeignete Lehrstellen nachweisen. Wo sie in den Werkstätten Ausbeutung der jugendlichen Kraft, in den Schlafstätten hygienische und moralische Missstände vorfinden, wird ihre Stimme zu den Behörden dringen und Abhilfe erwirken. Ihre Hauptaufgabe aber wird darin bestehen, den Halbwüchsigen in der arbeitsfreien Zeit ein **Heim** zu bieten, das dieselben dem Geist der Gasse und dem Treiben der Schnapsspelunken entrückt und ihnen dafür je nach Wahl nützliche Belehrung oder harmlosen Zeitvertreib gewährt. Es muss auf das Gemüth der Knaben, die schon in früher Jugend ihr Brot im Schweisse ihres Angesichts essen, erwärmend und versöhnend wirken, wenn die bürgerliche Gesellschaft ihnen mit freundlicher Hand eine Stätte aufthut, wo ihre berechtigten Wünsche nach Lebensfreude Erfüllung finden.

Das Misstrauen der erwachsenen Arbeiter gegen solche Veranstellungen anderer Gesellschaftsklassen wird am wirksamsten dadurch beseitigt werden, dass dabei jede Tendenz der Beeinflussung nach irgend einer politischen oder kirchlichen Richtung hin grundsätzlich vermieden und nach Möglichkeit die Mitwirkung deputirter Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in Anspruch genommen wird, wie denn auf der anderen Seite auch verwandte Bestrebungen der Arbeitergenossenschaften selbst unbedenklich zu unterstützen sein dürften, wofern auch sie ihrerseits sich jeder Tendenz enthalten und das von ihnen Gebotene sich wirklich als reine Wohlfahrtseinrichtung ohne polemische und agitatorische Hintergedanken darstellt.

Dass eine in diesem lauterer Sinne geübte sociale Hilfstätigkeit vermöge des sittigenden Einflusses, der einer ehrbaren äusseren Zucht an sich innewohnt, ganz erheblich dazu beitragen wird, das Leben unseres gewerblichen Nachwuchses in heilsamere Bahnen zu lenken, ist gewiss, und ebenso gewiss ist es auch, dass dieser Weg ungeachtet der Selbstverleugnung, die er verlangt, dem Herzen des Jugendfreundes sympathischer sein wird als die Anrufung der exekutiven Gewalten. Dennoch würde es verfehlt sein, damit allein schon die Aufgabe der Jugendfürsorge als gelöst zu betrachten.

Eine Einrichtung, die auf Ausübung eines Zwanges grundsätzlich verzichtet, wird niemals von allgemeiner Wirkung sein können. Es werden also der hier gebotenen Wohlthaten nur diejenigen theilhaftig werden, die sich freiwillig dazu drängen, und das ist erfahrungsgemäss die Minderheit.

Aber auch diese Minderheit wird durch die bezeichneten Veranstellungen doch nur nach gewissen Seiten gefördert werden; gerade ihr Hauptinteressengebiet, der gewerbliche Beruf, liegt ausserhalb des hier zu verfolgenden Programms, und damit kommt ein vorzugsweise fesselndes Erziehungs- und Zugmittel in Wegfall.

Die Thätigkeit der socialen Hilfsvereine wird daher unbeschadet ihres hervorragenden Werthes immer nur als eine begleitende und vorbereitende zu veranschlagen sein, und es muss zu ihrer Ergänzung eine Einrichtung von extensiv und intensiv umfassender Tragweite geschaffen werden, die im Bunde mit jener das Werk vollendet.

Dieses abschliessende und wesentlichste Stück der Jugendfürsorge ist die Fortbildungsschule.

Wie dieselbe am zweckmässigsten zu gestalten ist, dafür geben die reichen Erfahrungen, die anderwärts seit mehr als fünf- undzwanzig Jahren damit gemacht sind, werthvolle Fingerzeige, und die vorsichtige Zurückhaltung, die hierorts bis heute darin beobachtet worden ist, hat nun wenigstens den Vorzug, dass inzwischen über gewisse wichtige Organisationsfragen auf fremde Kosten Klarheit gewonnen ist. Insbesondere sind die beiden für den Erfolg entscheidenden **Prinzipienfragen** mit einer Evidenz, die keinen Zweifel mehr zulässt, klargestellt, die Fragen nämlich:

1. ob freiwilliger oder obligatorischer Besuch?
2. ob allgemeine oder berufliche Fortbildung?

Die erste dieser beiden Grundfragen: Soll der Besuch der Fortbildungsschule dem Belieben der Zöglinge überlassen bleiben oder nicht? ist fast überall während der ersten Versuchsstadien in bejahendem Sinne beantwortet worden. Man hoffte, dass die einleuchtende Zweckmässigkeit der Einrichtung die anfangs Widerstrebenden allmählich gewinnen und die überwiegende Mehrheit der jugendlichen Arbeiter von selbst der Fortbildungsschule zuführen werde.

Dieser Optimismus ist überall enttäuscht worden. Nur ein bescheidener Bruchtheil von ihnen, zumeist dem Kunstgewerbe und dem Handelsstande angehörig, hat sich beteiligt, und auch diese nicht immer pünktlich und regelmässig.

Die grosse Mehrheit ist fern geblieben, darunter gerade diejenigen, die der Erziehung am meisten bedurft hätten. So hat sich denn schliesslich überall die Erkenntniss Bahn gebrochen, dass es verfehlt war, eine so bedeutsame öffentliche Angelegenheit, die wahrlich keine geringen Ansprüche an die Selbstverleugnung der Lehrlinge und der Arbeitgeber stellt, dem jugendlich unreifen Verstand der ersteren und dem guten Willen der letzteren anheim-

zugeben, und es ist heute eine selbst von ursprünglichen Gegnern anerkannte Wahrheit:

Nur durch Zwang wird ein **extensiv** umfassender Einfluss der Fortbildungsschule gewährleistet.

Von einer ganzen Reihe deutscher Staaten ist diese Erkenntniss bereits in Thaten umgesetzt worden: Baden, Bayern, Coburg-Gotha, Hessen, Sachsen, Württemberg und andere kleinere haben den Fortbildungsschulzwang seit Jahren gesetzlich eingeführt, und auch die Preussische Regierung ist augenscheinlich auf dem Wege dazu, indem sie Staatszuschüsse im Allgemeinen nur für Schulen mit obligatorischem Besuch gewährt und die Einrichtung solcher nach Kräften begünstigt.

Die gesetzlichen Grundlagen zur lokalen Regelung dieser Frage durch Ortsstatut geben die §§ 120, 142 und 150 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891.

Viele preussische Städte haben auf Grund davon obligatorische Fortbildungsschulen errichtet: Altona, Bochum, Danzig, Duisburg, Elbing, Erfurt, Frankfurt a. O., Halberstadt, Hannover, Kempen, Königsberg i. Pr., Königshütte, Liegnitz, Magdeburg, Mettmann, Nevises, Osnabrück, Paderborn, Posen, Potsdam, Rheydt, Wiesbaden und andere.

Viele stehen im Begriff, es zu thun: Breslau, Cassel, Charlottenburg, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Görlitz, Hildesheim und andere.

Die darüber vorliegenden Berichte, die sich zum Theil schon auf langjährige Erfahrung berufen können, sind durchaus ermuthigend nach Seiten des Unterrichts sowohl als der Zucht.

Anfängliche Schwierigkeiten, die sich in letzterer Beziehung durch zwangsmässige Zuführung der Widerwilligen naturgemäss ergeben haben, sind durch energische obrigkeitliche Kontrol- und Strafmaassregeln allmählich überwunden. Von dem prophezeiten Uebelstande, dass durch die obligatorische Schule den bereits vorhandenen höheren Fortbildungsanstalten mit freiwilligem Besuch das Schülermaterial entzogen werden würde, ist das Gegentheil eingetreten, indem mancher Gewerbelehrling, der sonst spazieren gegangen wäre, wenn er denn einmal zur Schule musste, die höhere Bildungsgelegenheit vorzog.

Wir werden daher mit gutem Gewissen den Fortbildungsschulzwang nunmehr auch hier in Elberfeld riskiren dürfen und zwar mit grundsätzlicher Ausdehnung auf die gesammte gewerbliche Jugend vom beginnenden fünfzehnten bis zum vollendeten siebzehnten Lebensjahre. Zu befreien würden nur solche sein, die den Besitz einer entsprechenden Bildung entweder durch Zeugnisse anderer Lehranstalten oder durch eine Prüfung nachweisen, sowie diejenigen, die nachweislich eine von der Verwaltungsbehörde als gleichwerthig anerkannte fakultative Fortbildungsgelegenheit benutzen, wobei vorausgesetzt ist, dass diese

letztere hinsichtlich der Versäumnisse den nämlichen Strafbestimmungen unterliegt wie die obligatorische Schule. Auch die wöchentliche Stundenzahl muss hier wie dort für den einzelnen Schüler die gleiche sein, nämlich sechs, da mit geringerem Zeitaufwande die weiter unten darzulegenden Unterrichts- und Erziehungsaufgaben nicht zu bewältigen sind.

Dass die Heranziehung der jugendlichen Fabrikarbeiter eine nichts weniger als populäre Maassregel sein wird, verhehlen wir uns nicht, würden es aber als einen schweren Missgriff ansehen, wenn sie um äusserlicher Bedenken willen unterbliebe. Legionen von Bildungsunlustigen würden durch partiellen Schulzwang den Fabriken zugetrieben und das Heer der »ungelernten« Arbeiter vermehren, in dessen Herabminderung gerade wir eine hervorragend wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe erblicken.

Es ist von der höchsten Bedeutung für unser nationales Leben, dass nicht ein durch seine numerische Stärke ausschlaggebendes Glied des Volkskörpers in dem lebenslänglichen Einerlei mechanischer Verrichtungen innerlich verkümmere. Darum bedürfen gerade die jugendlichen Fabrikarbeiter in ganz besonderem Maasse des gesunden Gegengewichts einer geistig anregenden und gewerblich fördernden Bildung.

Die Dauer der Schulpflicht wird am besten für alle Kategorien von Zöglingen gleichmässig auf drei Jahre festzusetzen sein analog der in den meisten Gewerben üblichen Lehrzeit. Als Entlassungstermin aber dürfte um der Ordnung willen nicht ohne Weiteres der Tag gelten, an dem der einzelne Zögling das siebzehnte Lebensjahr vollendet, sondern der darauf folgende Semesterschluss.

Wir nehmen nunmehr zur zweiten der oben aufgeworfenen Grundfragen Stellung:

Ist zur Lösung der Anfangs entrollten Doppelaufgabe einer zugleich wirthschaftlichen und ethisch-socialen Jugendbildung die allgemeine oder die berufliche Fortbildungsschule geeigneter?

Die Entscheidung darüber ist nach allen bisherigen Erfahrungen durchaus zu Gunsten der beruflichen Fortbildung gefallen.

Die allgemeine Fortbildungsschule, mit der zahlreiche Versuche gemacht sind, hat sich dazu unfähig erwiesen. Sie stellt sich im Wesentlichen als eine Fortsetzung der Volksschule mit verminderter Stundenzahl dar und richtet als solche ihr Augenmerk in erster Linie auf die allgemeine Weiterbildung ihrer Zöglinge in intellektueller und moralischer Hinsicht. Ob ihre Erfolge nach dieser Richtung hin der aufgewandten Mühe entsprechen, erscheint nach mannigfachen Erfahrungen zweifelhaft.

Um so weniger zweifelhaft aber ist es, dass sie dasjenige, was sie nebenbei noch erstrebt, bei ihrer Organisation nicht

zu leisten vermag: die gründliche Förderung der Zöglinge in ihrem Beruf.

Ihre Klassen vereinigen in sich Lehrlinge der allerverschiedensten Berufe; es ist vorgekommen, dass in einem Klassenlokal und unter einem Lehrer gerade so viel verschiedene Gewerbezweige vertreten waren als Schüler. Wie soll es da wohl der Lehrer anstellen, in dem kurzen Zeitraum einer Stunde jedem einzelnen von diesen gerade die für seinen Beruf wesentlichen Sachkenntnisse, Fertigkeiten, Wirthschaftsberechnungen u. s. w. mitzutheilen? Und wie sollen die Schüler, die doch seit dem Abgang von der Volksschule mit ihrem Interesse in eine ganz bestimmte Berufsbahn geleitet sind, nun noch Sinn und Aufmerksamkeit haben für die bei solcher Klassenzusammensetzung doch nur in farbloser Allgemeinheit denkbaren Belehrungen?

Im Zeichenunterricht hat man die Zusammenwürfelung so verschiedenartiger Elemente von Anfang an als eine Unmöglichkeit erkannt und demgemäss eine Klassentheilung nach Gewerben durchgeführt; warum nicht auch im Deutschen, in der Naturkunde, im Rechnen?

Der auffallend günstige Erfolg, welche die den einzelnen Gewerbebedürfnissen angepassten Zeichenkurse auf die Betheiligung und die Leistungen der Schüler ausgeübt haben, beweist im Verein mit den ganz gegentheiligen Ergebnissen jener anders gehandhabten Lehrfächer auf das Schlagendste die zweite grundlegende Wahrheit:

Die Fortbildungsschule muss Berufsschule sein; denn nur dieses Organisationsprinzip sichert ihr einen **intensiv** durchgreifenden Einfluss auf die Zöglinge.

Dem dagegen möglichen Bedenken, es möchte bei solcher grundsätzlichen Voranstellung realer Zwecke nunmehr wiederum die **ethische** Festigung der Schüler zu kurz kommen, ist hier zunächst entgegenzuhalten, dass eine gründliche praktische Berufsausbildung, indem sie Fleiss und Ausdauer der Zöglinge sehr energisch in Anspruch nimmt, eben damit an und für sich schon ein werthvolles Stück Charakterbildung repräsentirt. Es wird sich aber ausserdem weiter unten zeigen, wie zu einer vollkommenen Berufsschulung in unserem Sinne neben der Aneignung praktischen Könnens doch auch noch eine eindringliche Einschärfung der künftigen Bürgerpflichten gehört, und wie wir eine solche durch ganz besondere Bestimmungen lehrplanmässig sicher zu stellen gedenken.

(Schluss folgt.)

Aus der Geschäftsthätigkeit der Handelskammer.

Gutachten.

Die Handelskammer hat sich in einer Prozesssache dahin geäußert, dass im hiesigen Bezirke kein Handelsgebrauch bestehe, nach welchem der Besteller von Getreide verpflichtet sei, eine das wirklich bestellte Gewicht überschreitende Menge anzunehmen. Nur wenn Ausdrücke wie »ungefähr«, »circa« bei der Bestellung gebraucht seien, sei eine Mehrlieferung zulässig, und zwar bis zu 5 Prozent, höchstens aber bis zu 10 Prozent.

Auflieferung von Postpaketen beim Hauptpostamte in Braunschweig.

Es ist von Interessenten des Oeftern darauf hingewiesen worden, dass es erwünscht sei, wenn die mit Postpaketen anfahrenden Wagen in den Hof des Postgebäudes einfahren könnten, da beim Transporte der Pakete aus dem Wagen an den Schalter die Wagen unbeaufsichtigt ständen, was schon mehrfach Diebstähle zur Folge gehabt habe. Die Handelskammer hat diese Wünsche der Interessenten der Kaiserlichen Postdirektion zur Kenntniss gebracht.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenspfandbriefe.

Die Handelskammer hat den vereidigten Wechselsensal angewiesen, die Notirung der vierprozentigen Hypothekenspfandbriefe Serie 21 der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank in dem amtlichen Kursberichte zu bewirken.

Vereidigter Bücherrevisor.

Der Buchhalter Benno Heyne in Holzminden ist nach erfolgter Vereidigung und Verpflichtung auf die erlassenen Vorschriften für die Revision von Geschäftsbüchern in die Liste der vereidigten Bücherrevisoren eingetragen.

Verschiedenes.

Ausserkurssetzung der Zwanzig-Pfennigstücke aus Nickel.

Die Zwanzig-Pfennigstücke aus Nickel gelten vom 1. Januar 1903 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist ausser den mit der Einlösung beauftragten Kassen Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

Die Zwanzig - Pfennigstücke aus Nickel werden bis zum 31. Dezember 1903 bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werthe sowohl in Zahlung als auch zur Umwechslung angenommen.

Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausche findet auf durchlöchernte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte, sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Zuckersendungen zur Ausfuhr.

Mit Rücksicht auf die Lage des inländischen Zuckermarktes ist für Zuckersendungen zur Ausfuhr, die bis einschliesslich den 31. August 1904 auf der Binnen- oder Seehafenstation, von der die Ausfuhr stattfinden soll, eingehen, die für den Nachweis der thatsächlich erfolgten Ausfuhr in den Ausnahmetarifen 14 und L der Staatsbahngütertarife vorgesehene Frist von zwölf Monaten auf achtzehn Monate verlängert worden.

Für die nach dem 31. August 1904 auf den vorbezeichneten Ausfuhrstationen ankommenden Sendungen gilt für den Nachweis der Ausfuhr wieder die gewöhnliche Frist von zwölf Monaten.

Internationale Ausstellung für Automobil- und Fahrrad-Industrie.

Vom 10. bis 25. Dezember d. J. findet in Paris im Grand Palais (Champs Elysees), dem Grand Palais des Beaux Arts der Weltausstellung 1900, eine 5. Internationale Ausstellung für Automobil- und Fahrrad-Industrie, sowie für das gesammte Sportwesen statt. Sie ist, wie ihre Vorgängerinnen, ein Privat-Unternehmen des Automobile-Club de France und der verschiedenen Syndikatkammern der Fahrrad- und Automobil-Fabrikanten und -Händler.

Reichsbankstelle.

In Dirschau ist am 1. November d. J. eine von der Reichsbankhauptstelle in Danzig abhängige Reichsbanknebenstelle mit Kasseneinrichtung und beschränktem Giroverkehr eröffnet worden.

Von der hiesigen Reichsbankstelle ist mitgetheilt, dass Wechsel auf Höxter, welche nach dem 15. November d. J. fällig werden, von der Reichsbank angekauft werden und dass dieselben an die Reichsbankstelle Holzminden zu giriren sind.

Aus dem Bezirke.

Die Wirthschaftsergebnisse der Herzoglich Braunschweigischen Forstverwaltung

im Jahre 1900/01

sind, im Auszuge wiedergegeben, folgende:

Kapitel 1.	In zusammen 44 Forstamtsbezirken betrug die gesammte Forstfläche am 31. Dezember 1900 inkl. der Wege	rot. ha	84 326
	wobei an Klosterforsten	ha	5 923
Kapitel 2.	Die Gesamteinnahme betrug	rot. Mk.	4 279 794
	die Gesamtausgabe betrug	» »	2 056 303
	Mithin Reinertrag	rot. Mk.	2 223 491
	oder pro ha Gesamtfläche Mk. 26,37.		
Kapitel 3.	Die Gesammternte betrug an Laub- holz	fm	263 000
	die Gesammternte betrug an Nadel- holz	»	201 500
	Zusammen rot. fm		464 500
	Die Holzwerbungskosten dafür haben betragen	rot. Mk.	730 400
	oder 17,8 % der Einnahme für Holz oder 1,57 Mk. pro fm.		
Kapitel 4.	Verwerthet sind:		
	147 486 fm Bau- und Nutzholz für	Mk.	2 707 000
	259 179 » Brennholz für	»	1 394 000
	Zus. 406 665 fm.	Zusammen für	Mk. 4 101 377
	Bau- und Brennholz pro fm durch- schnittlich	Mk.	10,09
	oder pro ha	Mk.	50,13

Bemerkung zu Kapitel 4.

Um zu veranschaulichen, welche grossen Holzmassen die Herzoglich Braunschweigische Forstverwaltung an den Markt bringt und welche unmittelbare Einnahmequelle für die Bewohner der Waldgegenden daraus erwächst, bringe ich folgendes:

Der Transport der vorstehenden Holzmassen aus dem Walde hat ca. 100000 mittlere Fuhren nöthig gemacht.

Rechnet man für jede dieser Fuhren nur 10 Mk. Transportkosten vom Walde bis zur Bahnstation oder Verwendungsstelle, so ist den Fuhrwerksbesitzern mit den zugehörigen Arbeitern ein Verdienst geboten von 1 000 000 Mk.

Hätte man die ganze Holzmasse auf der Eisenbahn verfrachten wollen, so wären dazu rot. 20 000 Waggons à 10 Tons nöthig gewesen. Diese Ladungen an einander gestellt würden eine Wegestrecke von ca. 180 bis 200 Kilometer einnehmen, was gleichbedeutend mit der Entfernung von Braunschweig über Magdeburg bis ungefähr nach Potsdam wäre.

Wenn nur die Hälfte dieser Holzmassen, also ca. 10 000 Ladungen, ca. 50 Kilometer weit mit der Eisenbahn verfrachtet wären, was einer Entfernung von Harzburg nach Braunschweig-Nordbahnhof entspricht, so würde die Eisenbahn dafür rot. 190 000 bis 200 000 Mk. Fracht vereinnahmt haben.

Kapitel 5 und 6 lassen sich im Auszuge nicht wiedergeben, sie sind forstwirthschaftlicher Natur, welche für die Allgemeinheit kein Interesse haben.

Kapitel 7. Forstnebennutzungen aus Pacht- und Kaufgeldern für Steinbrüche etc., Gras, Laub und Weide etc. . . . zusammen Mk. 112 237

Kapitel 8. Kultur- und Wegebaukosten haben betragen Mk. 278 462
oder für 1 ha der Gesamtfläche Mk. 3,30.

Kapitel 9. Kosten der Fürsorge für Waldarbeiter:
In den 44 Forstamtsbezirken waren
1900/01 beschäftigt: 4141 Personen,
für welche seitens der Herzoglichen
Forstverwaltung an Zuschüssen für
Kranken-, Alters- und Invaliden-Ver-
sicherung, Pensionen, Unterstützungen
etc. gezahlt sind Mk. 83 291

Kapitel 10. Im Jahre 1900 sind in den 44 Forst-
amtsbezirken zur Anzeige gebracht an
Forst- und Jagdfrevel Fälle 2 856
wovon auf Holzdiebstähle etc.
rot. Fälle 2100
Forstpolizeiliche Ueber-
tretungen » » 680
Jagd- und Fischereiver-
gehen » » 25
und der Rest auf allgemeine Polizei-
Uebertretungen entfällt.

In Kapitel 11 bis 14 ist eine Zusammenstellung der in 1900/01 vorgekommenen Waldbrände, des erlegten Wildes, der Ablösung von Forstnutzungsrechten, sowie der im Jahrzehnt 1890/1901 in Folge von Wind, Sturm und Schneebruch, unfreiwillig genutzten Holzmassen enthalten, welche ebenso wie die nachfolgenden Forststatistischen Nachweisungen für den Nichtfachmann ohne Interesse sind.

Carl Gerecke.

Fernsprechverkehr.

Der Fernsprechverkehr von Braunschweig ist eröffnet nach Borken (Bez. Kassel), Arnsbach, Gombeth, Grossenenglis, Kerstenhausen, Singlis, Marburg (Bez. Kassel), Kölbe, Ockershausen, Kappel (Kreis Marburg) und Wabern (Sprechgebühr für ein einfaches Gespräch 1 Mk.); sowie nach Langwedel (Sprechgebühr 25 Pfg.). Ferner nach Rogätz, Loitsche (Sprechgebühr 50 Pfg.) und nach Breitenhees, Kunrau, Jahrstedt, Kusey, Neuferchau, Steimke bei Brome (Sprechgebühr 25 Pfg.).

Ferner sind zum Fernsprechverkehr mit Braunschweig zugelassen worden: Norderney, Rothenburg (Hannover), Unterstedt, Luhne, Waldkappel, Harmuthsachsen, Obernkirchen (Bez. Cassel), Kirchhorsten, Sülbeck und Vehlen. Die Gebühr für ein einfaches Gespräch beträgt 1 Mk.

Kaufmännische Fortbildungsschule Schöningen.

Die Mittel- und Unterstufe der kaufmännischen Fortbildungsschule besichtigten am Dienstag Morgen die hiesigen Druckereien. Nachdem der Besuch schon in der vorigen Woche durch einen Schulvortrag über das Druckereiwesen vorbereitet war, konnten die jungen Leute den interessanten Darbietungen der Werkführer genannter Betriebe mit gutem Verständniss folgen. Der nicht zu verkennende gute Eindruck, den die Besichtigung auf die Besucher machte, wird nicht so bald wieder verwischt werden.

W. L.

Handelshochschul-Nachrichten.

Akademie für Social- und Handelswissenschaften zu Frankfurt a. M.

Die Akademie für Social- und Handelswissenschaften (Handelshochschule) hat ihr Vorlesungsverzeichniss für das am 21. Oktober d. J. begonnene Wintersemester herausgegeben. Es kündigt 72 verschiedene Vorlesungen (einschliesslich Seminare, Laboratorium und sonstige Uebungen) an, die sich nach folgenden Rubriken gliedern: Volkswirtschaftslehre, Versicherungswissenschaft und Statistik, Rechtswissenschaft und Konsularwesen, Handelswissenschaften, Neuere Sprachen, Philosophie, Geschichte, Technik und andere Hilfswissenschaften.

Handelshochschule zu Köln.

Das neu begonnene vierte Semester der Kölner Handelshochschule hat bereits einen Zuwachs aufzuweisen, welcher den der früheren Semester noch übersteigt. Schon 72 neue Studierende aus allen Theilen Deutschlands sind immatrikulirt worden, so dass die Gesamtziffer der Immatrikulationsliste auf 275 in diesem Semester angestiegen ist. Die Zahl der Hospitanten und Handelslehrer bleibt auf derselben Höhe von rund 60, auf der sie sich bisher in jedem Semester bewegt hat. Dagegen wird, ebenso wie die Zahl der immatrikulirten Studierenden, die Zahl der Hörer, die an den öffentlichen Vorlesungen, die allwöchentlich Abends in 25 Stunden stattfinden, Theil nehmen, die in den früheren Semestern erreichte Ziffer erheblich übersteigen; bereits jetzt sind mehr Hörerkarten als je zuvor verkauft worden, nämlich 689. Da die Immatrikulationsfrist am 12. November abgelaufen ist und täglich neue Anmeldungen eingehen, so wird die gesammte Besuchsziffer der jungen Kölner Hochschule im neuen Semester hinter 1000 kaum weit zurückbleiben.

Rechtsprechung hiesiger Gerichte.

Einige Mitglieder der hiesigen Ortskrankenkasse für Metallarbeiter liessen sich im Laufe der Jahre 1899 bis 1901, aus Anlass ihnen zugestossener Verletzungen, durch einen hiesigen Arzt, der nicht zu den von jener Kasse angenommenen Aerzten gehört, ärztlich behandeln und verwiesen den Arzt wegen der ihm zustehenden Vergütungen an jene Kasse. Der Arzt wandte sich dann auch wegen Befriedigung seiner Honoraransprüche an die Kasse und erhob, da diese jegliche Zahlung ablehnte, Klage gegen die Kasse, indem er geltend machte, dass die in Rede stehenden Fälle, in denen seine Hilfe erbeten und gewährt sei, zu den »dringenden Fällen« im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes und des Statuts der verklagten Kasse gehöre, und dass die Kasse deshalb zur Begleichung seiner Honoraransprüche verpflichtet sei. Das Gericht hat den von dem Arzte versuchten Nachweis, dass die in Rede stehenden Erkrankungen und Behandlungen zu den »dringenden Fällen« gehört haben, nicht für geführt erachtet, und hat daher die Klage des Arztes abgewiesen. In der Begründung des Urtheils hat das Gericht ausgeführt, dass ein »dringender Fall« nur dann gegeben sei, wenn die Verzögerung ärztlicher Hilfe wirklich (nicht etwa bloss nach der Meinung des Erkrankten) die Gefahr einer Verschlimmerung des Leidens oder einer Verlängerung oder Steigerung der Schmerzen des Erkrankten nach sich ziehe und nach Lage der Verhältnisse dem Erkrankten nicht zugemuthet werden könne, zu warten, bis der ordentliche Kassenarzt um Hilfeleistung angegangen zu werden vermöge, und dass hiernach die vorliegenden Fälle — in denen keiner der Erkrankten auch nur versucht habe, sich an einen Kassenarzt zu wenden, oder Gründe angeführt habe, um derentwillen er diesen Versuch als aussichtslos unterlassen habe — nicht als dringend bezeichnet werden können.

(Br. Anz.)

Ein hiesiger Kaufmann bestellte bei einer auswärtigen Firma zur Probe einen Ballen weisse und einen Ballen bunte Putzwolle zum Preise von 63 bzw. 48 Mk. Da die ihm daraufhin gelieferte Putzwolle seines Erachtens nicht so gut war, wie er sie mit Rücksicht auf die Höhe des Preises glauben zu können, so stellte er die geliefert erhaltenen beiden Ballen der Firma zur Verfügung und verweigerte deren Bezahlung. Die Firma verklagte nunmehr den Kaufmann auf den verabredeten Kaufpreis. Zur Begründung ihres Anspruches machte die Firma namentlich geltend, dass die Putzwolle, weil sie zur Probe gekauft sei, selbst dann nicht hätte zurückgewiesen werden dürfen, wenn sie wirklich mangelhaft sein sollte, sowie ferner, dass sie (die Firma) grosse Mengen Putzwolle von der dem Kaufmann gelieferten Art jährlich in ganz Deutschland absetze. Das Gericht hat, nachdem es durch Vernehmung eines Sachverständigen die Mangelhaftigkeit der gelieferten Putzwolle festgestellt hatte, die Firma mit ihrer Klage abgewiesen. In der Begründung seines Urtheils hat das Gericht ausgeführt, wer einen Gegenstand »zur Probe« kaufe, könne, ebenso wie jeder andere Käufer, verlangen, dass der Kaufgegenstand die zugesicherten oder die als stillschweigend vereinbart anzusehenden Eigenschaften besitze, und es sei ganz gleichgültig, ob es etwa der klagenden Firma gelinge, in Deutschland grosse Mengen Putzwolle zu einem Preise abzusetzen, der höher sei als der bei anderen Verkäufern übliche.

(Br. Anz.)

Monatsberichte

über

die Lage des Handels und der Industrie.

Oktober.

Konserven.

Ueber den schlechten Ausfall der Spargelernte ist schon früher berichtet worden.

Von den sonstigen Gemüsen ist zu sagen, dass auch die Erbsenernte sehr schlecht ausgefallen ist. Von dem feineren Korn gab es etwa die Hälfte, und von dem gröberen Korn nur etwa den fünften Theil eines Normalertrages.

Die Bohnenernte ist, soweit Krupbohnen in Frage kommen, wohl als normal zu bezeichnen, wohingegen die Stangenbohnen den Durchschnittsertrag nicht ganz erreicht haben dürften. Trotz des Normalertrages in Krupbohnen sind jedoch bedeutende Posten nicht eingelegt, weil verhältnissmässig nur kleine Flächen angebaut waren.

Fast sämtliche andere zur Konservenfabrikation verwandten Gemüse, Gurken und Pilze hatten in Folge des ungünstigen Wetters mehr oder weniger unter Misswuchs zu leiden, so dass im Ganzen wenig davon eingelegt werden konnte. Steinpilze wurden überhaupt nicht geerntet. Eine Ausnahme bildeten Blumenkohl und Pfefferlinge, welche reichlich und in guter Qualität angeliefert wurden.

Ueber den Absatz lässt sich sagen, dass derselbe im Frühjahr sehr schleppend war und die Preise einen erschreckenden Tiefstand erreichten. Unter dem Eindruck der schlechten Ernten machen sich seit einiger Zeit Bestrebungen bemerkbar, die Preise zu heben. Ob diese Bestrebungen von Erfolg gekrönt sein werden, muss die Zukunft lehren.

A. W. Querner.

Handelsregister.

(Oktober.)

1. Neueintragungen.

1. Otto Habekost, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Otto Habekost.
2. H. Lange, Bierexportgeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Max Dre-witz in Berlin.
3. Justitia, Internationale Auskunft und Incasso-Bureau Hermann Sonnenberg, Auskunftsbureau und Inkassogeschäft, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Her-mann Sonnenberg.
4. Fr. Mirre, Helmstedt. Inhaber: Kreismaurermeister Heinrich Helmhold.
5. Bartels & Wichmann, offene Handelsgesellschaft, Uebernahme und Aus-führung von Erdarbeiten jeder Art, insbesondere Oberbau. Inhaber: Maurer-meister August Bartels und Schachtmeister Hermann Wichmann.
6. Fritz W. Bönig, Lackfabrik, Dohnsen. Inhaber: Lackfabrikant Fritz Bönig.
7. Theodor Ahrens, Pelzwaaren, Hut- und Mützen-Geschäft, Helmstedt. Inhaber: Kürschnermeister Theodor Ahrens.
8. Hermann Depold, Dampfziegelei, Helmstedt. Inhaber: Ziegeleibesitzer Hermann Depold.
9. Carl Bokemüller, Handel mit Material- und Kolonialwaaren, Cement und Sämereien, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Carl Bokemüller.
10. Willi Meier, Handel mit Korn, Futter und Düngemitteln, Helmstedt. Inhaber: Kaufmann Willi Meier.
11. Aug. Wendt, offene Handelsgesellschaft, Dekorationsmalerei, Braunschweig Inhaber: die Erben des Malermeisters August Wendt, als: die Ehefrau des Architekten Otto Kratzsch, Babette geb. Wendt, und die minderjährigen Brüder August und Reinhold Wendt.
12. Ziegelei Mastbruch Hermann Keffel, Braunschweig. Inhaber: Ziegeleibesitzer Hermann Keffel.
13. Elektrizitätswerk Greene, G. m. b. H., in Greene. Zum Geschäftsführer ist der Mühlenverwalter Christian Strote in Greene bestellt.
14. Braunschweigische Klebstoff-Fabrik Hugo Boller, Braunschweig. Inhaber: Kauf-mann Hugo Boller.
15. Cyrenius & Haasemann, Holzwaarenfabrik, offene Handelsgesellschaft, Holz-minden. Inhaber: Kaufmann Emil Cyrenius in Holzminden und Direktor Gustav Haasemann zu Fratte di Salerno in Italien.
16. Albert Borchert, Kolonialwaaren-, Delikatessen- und Weinhandlung, Seesen. Inhaber: Kaufmann Albert Borchert.
17. Ida Hildebrand, Buchdruckerei und Geschäftsbücherfabrik, sowie ein Land-wirthschaftliches und Milchwirthschaftliches Institut, Braunschweig. Inhaber: Ehefrau des Zeitungsverlegers Johannes Hildebrand, Ida geb. Rathmann.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. W. Maseberg, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Konservenfabrikanten und Hoflieferanten Wilhelm Masc-berg, mit Aktiva und Passiva nebst Firma auf dessen Wittve und alleinige Erbin, Minna geb. Schorkopp, übergegangen.
2. Fr. Pfingst & Co. Nachf. Adolf Karseboom, Helmstedt. Bezeichnung der Firma: Jetzt »Adolf Karseboom«.
3. A. L. Mohr, Actiengesellschaft, Filiale Helmstedt. Die Zweigniederlassung in Helmstedt ist aufgehoben.
4. Die Firma C. Bockemüller in Hasselfelde ist abgeändert in C. Bockemüller, Inhaber Robert Bockemüller, und ist als Inhaber derselben der Kaufmann Robert Bockemüller eingetragen.
5. A. Wilke, Maschinenfabrik, Actiengesellschaft, Braunschweig. Der § 3 des Ge-sellschaftsvertrages ist abgeändert resp. dahin ergänzt, dass die Einziehung von 60 der Gesellschaft kostenlos zu überweisenden Aktien zulässig ist.

6. C. V. Hanfland, Süpplingen. Seit dem Tode des Firmeninhabers, Kaufmanns Carl Victor Hanfland, setzt dessen Wittwe, Marie geb. Wolfram, das Geschäft unter unveränderter Firma fort.
7. Braunschweig - Schöninger Eisenbahn-Actiengesellschaft, Braunschweig. Der Major a. D. Otto Retzlaff ist aus dem Vorstande ausgeschieden, dagegen durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 21. August d. J. der Bauinspektor Mühlen und der Direktor Schlüter, Beide zu Köln, in den Vorstand gewählt.
8. J. F. Jürgens, Braunschweig. Durch das Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Albert Duwe, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst, und wird das gedachte Handelsgeschäft bei Uebernahme der vorhandenen Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Friedrich Jürgens unter der bisherigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
9. Zuckerraffinerie Braunschweig. Der Direktor Dr. Wilhelm Bartz ist aus dem Vorstande ausgeschieden und ist an dessen Stelle durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 26. d. Mts. der Chemiker Max Gundermann in den Vorstand gewählt. Dem genannten Dr. Wilhelm Bartz, jetzigen Beamten der Gesellschaft, ist gleichzeitig die Befugniss ertheilt, die Firma der Gesellschaft zugleich mit einem Vorstandsmitgliede mit dem Zusatze »i. V.« rechtsverbindlich zu zeichnen.
10. National-Actien-Bierbrauerei Braunschweig vormals F. Jürgens, Braunschweig. Durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 19. September 1902 ist der Kaufmann Franz Raabe, früher in Culmbach, jetzt hieselbst, zum zweiten Vorstandsmitgliede gewählt.
11. Gustav Störig, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma seit dem 1. d. Mts. von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Kaufmann Gustav Störig, an die Kaufleute Max Hopmann und Heinrich Kohlmann, abgetreten, welche das gedachte Handelsgeschäft jetzt in offener Handelsgesellschaft unter der obigen Firma fortbetreiben.
12. Jul. Heyermann, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma nach dem Tode des bisherigen Inhabers, Kaufmanns Julius Heyermann, auf dessen Wittve und Miterbin, Fanny geb. Rosenbaum, übergegangen.
13. Carl Wurm, Braunschweig. Das Handelsgeschäft ist mit Aktiva und Passiva nebst Firma seit dem 30. d. Mts. von dem bisherigen Firmen-Inhaber, Juwelier Carl Wurm, an den Kaufmann Ernst Wurm abgetreten.
14. Braunschweiger Actien-Cichorien-Fabrik zu Rühme. § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 1. Januar 1900 ist abgeändert und hat folgende Fassung erhalten: Das Grundkapital der Gesellschaft besteht, abgesehen von 178 überhaupt nie begebenen Aktien, aus 329 Aktien zu 150 Mk., mithin aus 49 050 Mk.
15. Adolf Karseboom, Helmstedt. Der Inhaber Kaufmann Emil Alexander führt das Geschäft unter der Firma Adolf Karseboom Nachf. Emil Alexander fort.
16. Franz Heuser, Braunschweig. Die bisherige Inhaberin, Wittve des Fabrikanten Franz Heuser, Anna geb. Keinemeyer, aus Hannover, hat das Handelsgeschäft mit sämmtlichen Aktiven, unter Ausschluss der Passiven, aber mit dem Rechte zur Fortführung der Firma seit dem 1. d. Mts. an den Kaufmann Bernhard Schidwigowski in Hannover abgetreten.
17. A. Wilke, Maschinenfabrik, Actiengesellschaft, Braunschweig. Die Generalversammlung vom 25. September d. J. hat beschlossen: Das Grundkapital zwecks entsprechenden Ausgleichs der Unterbilanz durch Vernichtung von 60 der Gesellschaft unentgeltlich zur Verfügung gestellten Aktien von je 1000 Mk. auf 540 000 Mk. herabzusetzen und das auf 540 000 Mk. herabgesetzte Grundkapital durch Ausgabe von 210 neuen Aktien auf den Inhaber von je 1000 Mk. auf 750 000 Mk. zu erhöhen.
18. Wilhelm Jäger, Vechelde. Das Handelsgeschäft ist nach dem Tode des bisherigen Inhabers, des Sattlermeisters, Tapezierers und Kaufmanns Wilhelm Jäger auf dessen Erben: 1. seine Wittve, Sophie geb. Jäger, 2. seinen Sohn Wilhelm Jäger, 3. seine am 10. Juni 1883 geborene minderjährige Tochter Alwine Jäger, vertreten durch ihre unter 1. genannte Mutter, übergegangen,

welche das Geschäft unter unveränderter Firma in offener Handelsgesellschaft fortsetzen.

19. Carl Uhl & Co., Braunschweig. Der Bankier Albert Schmincke als persönlich haftender Gesellschafter, sowie ferner drei Kommanditisten sind durch Tod ausgeschieden und ist ein Kommanditist eingetreten.
20. Henry Litolffs Verlag, Braunschweig. Die Inhaber dieser Firma, Musikalienverleger Theodor und Richard Litolff, haben den Musikalienverleger Adolf Bente in die unter obiger Firma bestehende offene Handelsgesellschaft als Theilhaber aufgenommen.
21. Braunschweigische Actiengesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie, Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 29. September 1902 sind die §§ 13 Abs. 1 und 14 des Gesellschaftsvertrages abgeändert.
22. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Actiengesellschaft, Filiale Darmstadt, Hauptniederlassung Braunschweig, Zweigniederlassung Darmstadt. Durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 11. August 1902 ist der Ingenieur Max Münzel in Braunschweig zum Vorstandsmitgliede und der Kaufmann Johann Mengeringhausen in Darmstadt zum stellvertretenden Vorstandsmitgliede ernannt worden.
23. Braunschweigische Zuckersiederei, G. m. b. H., Braunschweig. Die bisherigen Geschäftsführer, Kaufmann Wilhelm Schulz und Fabrikdirektor Wilhelm Knobloch, sind durch Tod ausgeschieden und ist an deren Stelle durch Beschluss des Aufsichtsraths vom 18. Oktober d. J. der Kommerzienrath Max Gutkind zum alleinigen Geschäftsführer gewählt.
24. Braunschweigische Maschinenbauanstalt, Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 10. September 1902 sind die §§ 14, 20 und 21 des Gesellschaftsstatuts abgeändert resp. ergänzt.
25. Germania-Brauerei, Wolfenbüttel. Der Direktor Robert Wutzler ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

3. Löschungen.

1. Oscar Lintz, Maschinenfabrik, Braunschweig.
2. Bierbrauerei Warberg von J. A. H. Rimpau, zu Warberg, Zweigniederlassung der Firma J. A. H. Rimpau zu Braunschweig.
3. Habekost & Hahn, Braunschweig.
4. Acetylen-Industrie Braunschweig und Apparatenbau-Anstalt, Inhaber: Hermann Lehmann, Braunschweig.
5. C. Fritze, Rübke.
6. D. Keutel, Delikatessen- und Weinhandlung, Königslutter.
7. Theodor Brodthuhn, Söllingen.
8. Wilh. Brümmer & Sohn, Braunschweig.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. W. Maseberg, Braunschweig. Den Kaufleuten Heinr. Dürre und Willy Schorkopp Gesamtprokura.
2. Aug. Wendt, Braunschweig. Dem Architekten Otto Kratzsch.
3. Braunschweigische Maschinenbauanstalt, Braunschweig. Dem Ober-Ingenieur Hermann Unger.
4. Ziegelei Mastbruch Hermann Keffel, Braunschweig. Dem Kaufmann Otto Keffel.
5. Germania-Brauerei, G. m. b. H., Wolfenbüttel. Dem Buchhalter Hermann Rosenthal.
6. Ida Hildebrand, Braunschweig. Dem Zeitungsverleger Johannes Hildebrand.
7. Wilhelm Henze in Deensen. Dem Kaufmann Robert Henze.

5. Prokura-Löschungen.

1. W. Maseberg, Braunschweig. Wittve Maseberg, Kaufleute Heinr. Dürre und Willy Schorkopp.
2. Fr. Thiel, Stadoldendorf. Louis Gattermann.

3. National-Actien-Bierbrauerei Braunschweig vormals F. Jürgens, Braunschweig. Kassirer Otto Göwecke.
4. Jul. Heyermann, Braunschweig. Kaufmann Hugo Breustedt.
5. Carl Wurm, Braunschweig. Ehefrau des Juweliers Carl Wurm, Emma geb. Behrens, und Kaufmann Ernst Wurm.
6. Braunschweigische Creditanstalt, Braunschweig. Die dem Hauptkassirer Theodor Becker ertheilte Berechtigung zur Firmenzeichnung ist gelöscht.
7. Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther, Actiengesellschaft, Filiale Darmstadt, Hauptniederlassung Braunschweig, Zweigniederlassung Darmstadt. Kaufmann Johann Mengerlinghausen.
8. Braunschweigische Maschinenbauanstalt, Braunschweig. Kaufmann Johannes Wöhlert und Ober-Ingenieur Dr. phil. Bernhard Wiesengrund.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Braunschweigische Druckerei Gutenberg, e. G. m. b. H. in Braunschweig. Mitglieder des Vorstandes sind: Der Zeitungsverleger Gottlob Brandau, Kaufmann Hugo Schumacher und Kaufmann Wilhelm Jung.
2. Neuer Consum-Verein, e. G. m. b. H., Holzminden. Mitglieder des Vorstandes sind: Sekretär a. D. Bach, Kaufmann Friedrich Schmidt, Ingenieur Reinecke.

2. Abänderungen.

1. Conservenfabrik Braunschweig. An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder, Rentner Friedrich Fulst und Rentner Ferdinand Wrede, sind die Kaufleute Anton Schlüter und Gustav Scheling provisorisch in den Vorstand gewählt.
2. Conservenfabrik Burgdorf-Braunschweig, G. m. b. H. Die jetzige Firma lautet: Conservenfabrik Burgdorf-Braunschweig, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
3. Badenhäuser Spar- und Darlehnskassen-Verein, e. G. m. u. H. An Stelle des Grossköthers August Steinmann ist der Bäckermeister Otto Fellinginger in Badhausen für den Rest der Amtsdauer, welche dem p. Steinmann noch zustehen würde, zum Vereinsvorsteher gewählt worden.
4. Conservenfabrik Braunschweig, e. G. m. b. H., Braunschweig. Die §§ 15 und 18 des Gesellschaftsstatuts sind abgeändert resp. ergänzt. An Stelle der provisorisch in den Vorstand gewählten Kaufleute Anton Schlüter und Gustav Scheling sind der Landwirth Hermann Löhr und der Ingenieur Paul Lichtenstein definitiv in den Vorstand gewählt.
5. Conservenfabrik Brunsviga, e. G. m. b. H., Braunschweig. § 2 Abs. 2 des Genossenschaftsstatuts ist abgeändert resp. ergänzt.
6. Consum-Verein Thiede, e. G. m. b. H. An Stelle des ausgeschiedenen Beisitzers Heinrich Hausmann ist der Gärtner Hermann Wolf in Thiede als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Hermann Heine, Kaufmann, Königsutter. 26. September 1902.
2. Hans Wolter, Schuhmachermeister, Helmstedt. 1. Oktober 1902.
3. Karl Fallenbacher, Kaufmann und Gastwirth, Vechelde. 2. Oktober 1902.
4. Doris Peters, geb. Krumisch, Delikatesenhändlerin, Königsutter. 7. Oktober 1902.

5. Albert Flöter, Kaufmann, Blankenburg a. H. 13. Oktober 1902.
6. Konrad Marx, Maurermeister, Bündheim. 16. Oktober 1902.
7. Gustav Schachel, Privatmann, Braunschweig. 18. Oktober 1902.
8. Gottlieb Schulze, Kaufmann, Braunschweig. 20. Oktober 1902.
9. Louis Schrieber, Schlachtermeister, Stadtoldendorf. 21. Oktober 1902.
10. Louis Köllmann, Restaurateur, Braunschweig. 23. Oktober 1902.
11. Robert Wildschütz, Landwirth, Blekenstedt. 23. Oktober 1902.

2. Aufhebungen.

1. Heinrich Rischbieter, Ackermann, Lehre.
2. Otto Schäper, Kaufmann, Berlin, früher in Helmstedt.

Handelsregister.

(November.)

1. Neueintragungen.

1. Carl Luckhardt, Agentur in Bergwerksprodukten und eine Kohlenhandlung en gros, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Carl Luckhardt.
2. Harzburger Patentpapier-Fabrik F. Weyland, Bad Harzburg. Inhaber: Kaufmann Franz Christoph Weyland.
3. Adler-Drogerie Albert Dreyer, Handlung mit Drogen und Kolonialwaaren, Hessen. Inhaber: Drogist Albert Dreyer.
4. Hermann Klaue, Material- und Kolonialwaarenhandlung, Schöningen. Inhaber: Kaufmann Hermann Klaue.
5. Harzer Wagenindustrie Maximilian Ludwig, Blankenburg a. H. Inhaber: Fabrikant Maximilian Ludwig.
6. Franz Wild Nachfl., Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Wilhelm Roos.
7. Hermann Nievert, Gastwirthschaft und Fremdenpension, Schöningen. Inhaber: Gastwirth Hermann Nievert.
8. Braunschweig-Hannoversche Erdöl-Industrie, G. m. b. H., Braunschweig. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Hermann Wolpers in Hannover bestellt.
9. Friedrich Christian Hesse, Verlagsbuchhandlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Friedrich Hesse.
10. August Schmidt, Schöningen. Inhaber: Hotelier August Schmidt.
11. Karl Hesse Nachf., Bodenburg. Inhaber: Kaufmann Heinrich Kopmann.
12. Oskar Berger, Niederlassung resp. Zweigniederlassung: Cöthen, Zweigniederlassung in Helmstedt. Inhaber: Oskar Berger in Cöthen.
13. Busch & Compagnie, Handel mit Brennmaterialien, Futtermitteln und Fourage, Bündheim. Inhaber: Die Ehefrau des Gastwirths Theodor Busch, Friederike geb. Deichfuss zu Bündheim, und Buchhalter Hermann Brinkmann zu Bad Harzburg.
14. Max Plaut, Fett- und Darmhandlung, Braunschweig. Inhaber: Kaufmann Max Plaut.
15. Oscar Weidemann, Goldschmiedegeschäft, sowie Handel mit Gold, Silber und Alfenidewaaren, Helmstedt. Inhaber: Oscar Weidemann.
16. Lenne-Vorwohler Asphaltfabrik L. Haarmann & Co., G. m. b. H., zu Lenne bei Vorwohle. Geschäftsführer sind: Kaufmann Otto Haarmann und Kaufmann Friedrich Liemann, Beide zu Holzminden.

2. Abänderungen und Zusatzvermerke.

1. E. F. Witting, Braunschweig. Der Mitgesellschafter Kaufmann Louis Witting ist aus der unter der vorbezeichneten Firma bestehenden offenen Handelsgesellschaft durch Tod ausgeschieden.

2. A. Wilke, Maschinenfabrik, Actiengesellschaft, Braunschweig. Das Grundkapital ist um 210 000 Mk. erhöht.
3. Carl Uhl & Co., Filiale Schöppenstedt. Von den persönlich haftenden Gesellschaftern ist der Bankier Albert Schmincke durch Tod ausgeschieden, und sind zur Zeit acht Kommanditisten vorhanden.
4. Braunschweig-Schöninger Eisenbahn-Actien-Gesellschaft, Braunschweig. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 19. September 1902 ist der § 1 des Gesellschaftsvertrages abgeändert resp. ergänzt.
5. Germania-Brauerei, G. m. b. H., Wolfenbüttel. Der Braumeister Anton Vogl ist als Geschäftsführer ausgeschieden und an dessen Stelle der Braumeister Wilhelm Heuer zum Geschäftsführer bestellt.
6. Actienzuckerfabrik Vechelde. An Stelle des verstorbenen Vorstandsmitgliedes Landwirths Julius Bohnhorst sen. in Bettmar ist der Rittergutsbesitzer Oberamtmann Richard Breudecke in Alvesse in den Vorstand gewählt.
7. L. Frühling, Braunschweig, Zweigniederlassung der in Hannover bestehenden Hauptniederlassung, ist zufolge Antrags vom 10. d. Mts. in eine selbständige Hauptniederlassung umgewandelt. Gleichzeitig ist das unter dieser Firma betriebene Handelsgeschäft mit Ausschluss der im Betriebe des Geschäfts für den bisherigen Inhaber, Kaufmann Lewin Frühling in Hannover begründeten Verbindlichkeiten, aber mit Firma von dem genannten Kaufmann Frühling seit dem 1. d. Mts. an den Kaufmann Moses Rothschild in Hannover abgetreten.
8. Markmann & Schwekendiek, Schöningen. Der Kaufmann Albert Markmann ist aus der Handelsgesellschaft ausgetreten und ist die Firma in Carl Schwekendiek abgeändert.
9. Braunschweigisch-Hannoversche Maschinenfabriken, Actiengesellschaft, zu Delligsen. Die Zugehörigkeit des Direktors Otto Oertel zum Vorstände der Gesellschaft ist mit dem 15. Oktober d. J. erloschen, der Direktor Friedrich Doerk in Alfeld ist jetzt einziges Vorstandsmitglied der Gesellschaft.
10. J. G. Huch & Co., Braunschweig. Der Inhaber, Kaufmann Joseph Huch, hat seit dem 14. d. Mts. den Chemiker Otto Huch in das unter obiger Firma jetzt in offener Handelsgesellschaft betriebene Handelsgeschäft als Theilhaber aufgenommen.
11. Actien-Gesellschaft Thiederhall. Die Firma heisst nicht wie eingetragen: Actien-Gesellschaft Thiederhall vormals Gewerkschaft Thiederhall, sondern Actien-Gesellschaft Thiederhall zu Thiede.
12. Rhüdener Thonwerke, G. m. b. H., Rhüden. An Stelle des bisherigen Geschäftsführers, Kaufmanns Rudolf Bergen, ist der Kaufmann Georg Brüggemann zu Kl.-Rhüden zum Geschäftsführer gewählt.
13. Stroehmer & Ehren, Braunschweig. Durch das am 18. d. Mts. erfolgte Ausscheiden des Mitgesellschafters, Kaufmanns Emil Stroehmer, ist die unter obiger Firma bestandene offene Handelsgesellschaft aufgelöst und wird das gedachte Handelsgeschäft unter Uebernahme der Aktiva und Passiva von dem Kaufmann Henry Ehren unter der obigen Firma auf alleinige Rechnung fortgesetzt.
14. A. Wilke, Maschinenfabrik, Actiengesellschaft, Braunschweig. Die durch Vernichtung von 60 Aktien à 1000 Mk. beschlossene Herabsetzung des Grundkapitals auf 540 000 Mk. ist durchgeführt, so dass letzteres nunmehr durch die inzwischen erfolgte Erhöhung 750 000 Mk. beträgt. Die §§ 3 und 4 des Gesellschaftsvertrages sind abgeändert resp. ergänzt.

3. Löschungen.

1. C. Köhler, Gandersheim.
2. Harzburger Patentpapier-Fabrik Weyland & Co. in Bad Harzburg.
3. A. Wilgering & Sohn, Gandersheim.
4. L. Lichtenthal, Gandersheim.
5. Franz Wild, Braunschweig.
6. H. Brathering, Braunschweig.
7. Wilh. Mäkler Nachf., Inhaber: Louis Griese, Gandersheim.

4. Prokura-Ertheilungen.

1. Fritz Hahne, vorm. Fritz Röpkke, Helmstedt. Dem Kaufmann Heinrich Ellermann.
2. Carl Uhl & Co., Braunschweig. Dem Bankier Alexander Plagge.
3. Carl Salomon, Helmstedt, und deren Zweigniederlassung Carl Salomon zu Schöningen. Dem Kaufmann Constantin Lüttge.
4. Carl Salomon, Helmstedt. Dem Bankier Alexander Plagge zu Braunschweig.
5. Carl Uhl & Co., Filiale Blankenburg a. H. Dem Bankier Alexander Plagge Prokura mit der Beschränkung auf die Zweigniederlassung in Blankenburg a. H.
6. Carl Uhl & Co., Filiale Schöppenstedt. Dem Bankier Alexander Plagge und dem Kassirer Richard Meyer.
7. Carl Salomon, Schöningen. Dem Kaufmann Constantin Lüttge in Helmstedt.
8. Carl Salomon, Schöningen. Dem Bankier Alexander Plagge in Braunschweig.
9. F. Hoepner, Bad Harzburg. Dem Kaufmann August Hoepner.
10. Busch & Compagnie, Bündheim. Dem Gastwirth Theodor Busch.

Genossenschaftsregister.

1. Eintragungen.

1. Molkerei Rühle, e. G. m. u. H., Rühle. Mitglieder des Vorstandes sind: Halbköther Heinrich Schünemann zu Rühle, Grossköther Wilhelm Dörries daselbst, Grossköther Friedrich Scharpenberg daselbst.
2. Viehverwerthungsgenossenschaft Lesse, e. G. m. b. H., in Lesse. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Hermann Liekefett in Lesse, Landwirth Karl Mumme in Lesse, Landwirth Fritz Garbrecht in Lesse, Landwirth Hermann Sonnemann in Lesse.
3. Consum-Verein Barum, e. G. m. u. H., in Barum. Mitglieder des Vorstandes sind: Landwirth Heinrich Blumenberg, Landwirth Christian Blumenberg, Aufseher Richard Kaiser, sämmtlich in Barum.

2. Abänderungen.

1. Centralmolkerei Bettingerode, e. G. m. b. H. Die Firma hat hinter dem Worte »Bettingerode« den Zusatz »und Harlingerode« erhalten.
2. Neuer Consum-Verein, e. G. m. b. H., zu Holzminden. Jeder Genosse kann sich mit mehreren Geschäftsanteilen betheiligen, jedoch sind mehr als fünf Geschäftsanteile nicht zulässig.
3. Conservenfabrik Braunschweig, e. G. m. b. H., in Braunschweig. Das Genossenschaftsstatut ist durch Hinzufügung der §§ 26 und 27 ergänzt.
4. Consumverein Ackenhausen und Umgegend, e. G. m. unb. H. Der Kothsass Wilhelm Ude ist aus dem Vorstande ausgeschieden und an dessen Stelle der Schuhmachermeister August Overbeck bis zum 31. Dezember 1904 zum Vorstandsmitgliede gewählt.

Musterregister.

Oskar Ohm, Ingenieur, Braunschweig. Ein offenes Packet, enthaltend zehn Photographien, Scenen aus dem Theaterstück Alt-Heidelberg darstellend, unter den Geschäftsnummern 1 bis 10 Muster für Flächenerzeugnisse, Schutzfrist ein Jahr, angemeldet am 1. November 1902, Vormittags 11 Uhr 45 Minuten.

Konkurse.

1. Eröffnungen.

1. Hugo Vetter, Malermeister, Bündheim. 29. Oktober 1902.
2. Wilhelm Nelle, Kolonialwaarenhändler und Cigarrenmacher, Schlewecke, 6. November 1902.
3. Germania-Brauerei zu Wolfenbüttel, G. m. b. H. 6. November 1902.
4. Heinrich Dralle, Restaurateur, Braunschweig. 10. November 1902.
5. Wilhelm Kraul, Mühlenbesitzer, Fleitmühle bei Bahrdorf. 12. November 1902.
6. Fritz Milz, Kaufmann, Braunschweig. 17. November 1902.
7. Hermann Löhr, Landwirth und Fuhrherr, Braunschweig. 18. November 1902.

2. Aufhebungen.

1. Heinrich Hagemann, Gastwirth, Bungenstedter Thurm bei Halchter.
2. August Wiegering, Maurermeister, Kreiensen.
3. Erich Richter, Kaufmann, in Firma Albert Kelle Nachfolger, Braunschweig.
4. Johannes Kohlstock, Ackermann, Gardessen.
5. Doris Peters, geb. Krummisch, Delikatessenhändlerin, Königslutter.

Bücherschau.

Offizielles **Leipziger Mess-Adressbuch** (Verkäufer-Verzeichniss), herausgegeben vom Mess-Ausschuss der Handelskammer Leipzig. 13. Aufl. Michaelismesse 1902. Neujahrsmesse 1903.

Das Buch enthält die Messaussteller in vier Abschnitten alphabetisch nach Firmen, Hauptverkaufsartikeln, Messlokalen und Herkunftsorten geordnet; im ersten Abschnitt auch Angaben über Gründungsjahr, Arbeiterzahl, Vertretungen, Filialen, Auszeichnungen, Specialitäten, Telegrammadressen und dergl. Bei der Aufzählung im Firmentheile ist mit angegeben, welche Messen jede Firma besucht, so dass die Michaelisaufgabe namentlich auch der vorläufigen Orientirung über die nächste Ostermesse zu dienen geeignet ist, für die die 14. Auflage im Interesse der Vollständigkeit des Inhalts nicht vor Ende Februar erscheint. Die Zahl der Aussteller erreicht in der vorliegenden Auflage 3716 gegen 3616 in der 12. Auflage (Ostermesse 1902) und 3515 in der 11. Auflage (Michaelismesse 1901). Es entfallen davon 2780 auf die keramischen, Glas-, Metall-, Kurz-, Galanterie-, Spielwaaren und verwandten Branchen, und 936 auf den Handel mit Rauchwaaren, Leder, Haaren, Borsten und dergl. und die Textilbranche.

Der neue schweizerische Zolltarif. Von der Bundesversammlung angenommen am 10. Oktober 1902. Verlag: Art. Institut Orell Füssli in Zürich. 63 Seiten. Preis 1,60 Mk.

Französisches Taschenwörterbuch und Sprachführer, herausgegeben von Otto Robert. Verlag von Otto Maier in Ravensburg. 170 Seiten. Preis 1,40 Mk.

Die Grundstücks-Aufnahme Ende Oktober 1900 sowie die Wohnungs- und die Bevölkerungs-Aufnahme vom 1. Dezember 1900 in Berlin und dreißigtausend Nachbargemeinden. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. Berlin 1902, Kommissionsverlag von Leonhard Simion.

Dr. jur. Ernst Schwarz, Das Allgemeine deutsche Wechselrecht. Unter Berücksichtigung der Handelskorrespondenz und der internationalen Beziehungen für die Praxis bearbeitet. Karlsruhe 1903, Braun'sche Hofbuchdruckerei. Preis 4,60 Mk.

Die Darstellung ist nach alphabetischen Stichwörtern lexikographisch gehalten; dies ist ebenso sehr ein Vorzug wie ein Nachtheil. Das System geht verloren, der Nachschlagezweck wird erleichtert. Bei Sachgebieten wie dem vorliegenden erscheint uns die Form systematischer Behandlung zweckentsprechender. Im Uebrigen ist der Stoff mit anerkennenswerther Gründlichkeit behandelt.

